# Das Zeitalter der Revolution

von

Gustav Struve.

Zweite Abtheilung.

Vom Jahre 1815 bis 1848

New-York:
Verlag von Gustav Struve.
1860.

Expedition: S. Zickel, No. 113 Rivington Street.

# Vierter Abſchnitt.

## Die Zeiten der ſ. g. heiligen Allianz (1815—1830).

### § 46. Völkerbewegungen und Fürſten-Congreſſe.

Wenn wir in den Schriften der Alten von einem göttlichen Sauhirten und von einem Hirten Paris leſen, welchem drei Göttinnen das Schiedsrichteramt in einer zwiſchen ihnen obwaltenden Streitigkeit übertrugen, ſo folgen wir dieſen Hirten mit hohem Intereſſe. Denn der göttliche Sauhirt bildet ſich nicht ein, Menſchenhirt zu ſein, er beſchränkt ſich auf ſeine Schweine, und Paris glaubt, weil ihm einmal hohe Ehre wiederfuhr, nicht ein für alle Male zum Richter über Menſchen und Götter beſtellt zu ſein.

Mit ganz anderen Gefühlen betrachten wir aber drei Hirten der Neuzeit, welche, nachdem ſie von ihren Speichelleckern in dicke Weihrauchwolken gehüllt worden waren, ſich alles Ernſtes einbildeten, Götter geworden zu ſein, welchen es zukomme, vom hohen Olymp herab die Völker zu weiden und deren Angelegenheiten zu ordnen.

Wer waren denn dieſe drei thörichten Hirten? Sie hießen: Franz I., Friedrich Wilhelm III. und Alexander I. Franz I., eine Jammergeſtalt, deren Anblick uns zum Mitleid rühren müßte, wenn uns nicht bekannt wäre, daß in derſelben noch mehr Bosheit, als Beſchränktheit wohnte, ein Menſch, welcher ſich durch nichts auszeichnete, als durch die Dummdreiſtigkeit, womit er den größten Unſinn in Wiener Mundart ausſprach, und die kalte Herzloſigkeit, womit er die ſchändlichſten Thaten beging. Friedrich Wilhelm III., welcher in dem erſten Abſchnitte ſeines Lebens mit ſeiner Gattin Lafontaine'ſche Romane las, in dem zweiten ſich wider ſeinen Willen und ohne alles Bewußtſein auf das Poſtament der Freiheit und in dem dritten mit gleichem Stumpfſinn auf dasjenige der Willkür ſtellen ließ! Endlich Alexander I., welcher den Hirten Paris jedenfalls in einer Beziehung übertraf, indem er ſich nicht damit begnügte, einer Frau ihren Gatten zu rauben, ſondern unzählige verführte, welcher übrigens von den dreien mit Paris die größte Aehnlichkeit beſaß. Leider war das Feld, auf welchem Alexander ſich bewegte, größer, als dasjenige, auf welchem Paris ſeine Schaafe hütete.

Alexander I., nicht durch Gottes Gnaden, ſondern durch die Ermordung ſeines Vaters Kaiſer von Rußland, hatte beſſere Tage gehabt. Allein er konnte das Glück der Jahre 1812—1815 nicht ertragen. Es betäubte ihn. Nicht durch ſeine Verdienſte, ſondern durch den heldenmüthigen Aufſchwung der deutſchen Nation war Napoleon's Zwingherrſchaft gebrochen worden! Nicht ihm und nicht ſeinen beiden Genoſſen, ſondern den Völkern, welche ſo wacker geſtritten hatten, kam es zu, die Geſchicke Europa's zu ordnen. Doch von eitelem Wahne bethört, ſchloß er die ſ. g. heilige Allianz, in deren Stiftungsurkunde er mit ſeinen Verbündeten erklärte:

„Daß sie zufolge der großen Ereignisse, die in Europa den Lauf der drei letzten Jahre begleiteten, vorzüglich aber in Folge der Wohlthaten, welche die göttliche Vorsehung über die Staaten ausgeschüttet, deren Regierungen auf sie allein ihr Vertrauen gesetzt, die innige Ueberzeugung erlangt hätten, daß das von den Mächten in ihren wechselseitigen Verhältnissen zu befolgende Verfahren auf die erhabenen Wahrheiten der ewigen Religion des Weltheilandes begründet sein müsse. Daher beabsichtige denn auch dieser Bund weiter nichts, als vor den Augen der Welt ihren unerschütterlichen Entschluß zu bezeugen, sowohl in der Verwaltung ihrer eigenen Staaten, als in ihren politischen Verhältnissen zu anderen Regierungen nur die Vorschriften jener heiligen Religion, die Gebote der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens zur Richtschnur zu nehmen, die, weit entfernt, einzig auf das Privatleben anwendbar zu sein, vielmehr auf die Beschlüsse der Fürsten unmittelbar Einfluß haben und alle ihre Schritte leiten müßten, als das einzige Mittel, die menschlichen Einrichtungen zu befestigen und ihren Mängeln und Unvollkommenheiten abzuhelfen. Ferner versprechen sich die Verbündeten, in Gemäßheit der Worte der heiligen Schrift, die allen Menschen sich als Brüder zu betrachten anbefehle, immer durch die Bande einer wahren und unauflöslichen brüderlichen Liebe vereinigt zu bleiben, sich unter einander als Landsleute anzusehen und sich bei jeder Gelegenheit und aller Orten wechselseitig zu helfen und zu unterstützen; ihre Unterthanen aber, indem sie sich selbst als Hausväter betrachteten, in demselben Geiste der brüderlichen Liebe zu leiten, um die Religion, den Frieden und die Gerechtigkeit auf alle Weise zu beschirmen. Daher sollte der einzige, sowohl zwischen ihren Regierungen, als ihren Unterthanen bestehende leitende Grundsatz der sein, sich einander zu helfen, sich durch ein unveränderliches Wohlwollen die wechselseitige Liebe zu bezeichnen, von der sie beseelt sein müßten und sich insgesammt nur als Mitglieder einer und derselben christlichen Nation zu betrachten; wie denn auch die Fürsten selbst sich nur als von der Vorsehung bevollmächtigt ansähen, drei Zweige einer und derselben großen Familie zu regieren und zugleich laut es anerkännten, daß die große christliche Nation, zu der sie und ihre Völker gehörten, wahrhaft keinen andern Herrscher habe, als den, dem allein die Macht gebühre, weil sich in ihm alle Schätze unendlicher Liebe, des Wissens und der Weisheit vereinigten, nämlich Gott und den Heiland Jesus Christus, das Wort des Höchsten und des Lebens. Deswegen empfehlen sie mit zärtlicher Sorgfalt ihren Völkern, als einziges Mittel, des aus einem guten Gewissen entspringenden und allein dauernden Friedens zu genießen, sich jeden Tag mehr in den Grundsätzen und in der Ausübung der Pflichten, welche der göttliche Erlöser die Menschen gelehrt, zu befestigen und zu stärken. Alle Staaten, welche feierlich die hier ausgedrückten Grundsätze annehmen und zugleich anerkennen würden, wie wichtig es zum Glücke der nur zu lange beunruhigten Nationen sei, daß diese Wahrheiten hinfort auf das Schicksal der Menschen allen gebührenden Einfluß übten, sollten mit Bereitwilligkeit und Liebe in diesen heiligen Bund aufgenommen werden."

Also lauten die Worte der s. g. heiligen Allianz. Sie sind denjenigen nicht unähnlich, in welchen geistliche und weltliche Despoten seit Jahrhunderten zu den Völkern zu sprechen gewohnt waren.

Zur „Ehre Gottes" hatte Philipp II. gemordet, die Inquisition ihre Scheiterhaufen errichtet, der Jesuitenorden seine Netze gesponnen. Die Berufung auf Gottes Gnaden war nichts Neues. Seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts war dieselbe aber anrüchig geworden. Die freien Geister schämten sich einer Ausdrucksweise, deren sich die schändlichsten Tyrannen zur Bemäntelung ihrer fluchwürdigen Leidenschaften bedient hatten.

Als jene drei anmaßlichen Völkerhirten (26. September 1815) ihren Bund schlossen, rauchten ihre Hände noch von der blutigen Zerstückelung Deutschland's, Italien's und

Polen's, die Schaffotte der Fürſten, welche ſie wieder hergeſtellt hatten und ſpäter in ihren Bund aufnahmen, trieften in Neapel, Spanien und Frankreich von dem Blute der ermordeten Opfer der Tyrannei, und die Zuſagen der Freiheit, welche ſie ſelbſt gegeben hatten, klangen noch wieder in den Ohren der getäuſchten Nationen der Erde!

Die Heuchelei lag alſo auf platter Hand. Kein denkender Menſch konnte ſich darin täuſchen. Deſſenungeachtet traten dem Bunde, mit Ausnahme des Prinz-Regenten von England und des Pabſtes, alle chriſtlichen europäiſchen Staaten bei. Der Prinz-Regent, welcher ſich aus Rückſicht für die Verfaſſung ſeines Reiches dem Bunde der feſtländiſchen Despoten nicht anſchloß, erklärte nichts deſto weniger ſeine Uebereinſtimmung mit den ſ. g. „Grundſätzen der heiligen Allianz."

Verſtändlich werden dieſelben übrigens erſt durch den Hinblick auf deren Anwendung und namentlich auf die zu Aachen (1818), Karlsbad (1819), Wien (1819—1820), Tröppau (1820), Laibach (1821) und Verona (1822) gefaßten Beſchlüſſe.

Die ſ. g. heilige Allianz läßt ſich hiernach bezeichnen als ein Bund, deſſen Zweck war, das Hammelheerdenſtaatsrecht nicht blos im Schooße der einzelnen Reiche Europa's zu befeſtigen, ſondern auch in das Völkerrecht einzuführen oder, mit anderen Worten, den Despoten Europa's die Verpflichtung aufzuerlegen, jede Regung der Freiheit im Schooße irgend einer Nation Europa's mit vereinter Gewalt niederzuwerfen.

Praktiſch genommen war die ſ. g. heilige Allianz der Bund, durch welchen Deutſchland, Italien und Spanien unter dem Joche eines unerträglichen Despotismus gehalten und alle Völker Europa's, welche verſucht ſein mochten, ihre Ketten zu brechen, mit der vereinigten Macht aller Despoten Europa's bedroht wurden. Die „heilige Allianz" war ein Bund gegen die Freiheit der Preſſe, Freiheit der Lehre, Freiheit des Wortes, gegen jede Freiheit der Staatsverfaſſung. Ihr Grundſatz war die Legitimität! Doch Alexander war kein Abkomme aus dem Hauſe Romanoff, ſondern aus dem Hauſe Soltikoff, und Friedrich Wilhelm III. war der Sohn deſſelben Friedrich Wilhelm's II., deſſen Gattin Friedrich II. anbieten ließ, ſich, ſtatt ihres Gemahls, des Lieutenants von Schmettau zu bedienen! Franz I. war der Sohn jenes Leopold, welcher ſich den Tod durch ſeine Wolluſt zuzog. Inmitten ſolcher Liederlichkeit, wie ſie ſich an den Höfen Katharina's II., Friedrich Wilhelm's II. und Leopold's II. fand, iſt Tugend eine Fabel und eheliche Geburt eine Fiction, allein keine Wirklichkeit.

Die „heilige Allianz" war ein Bund, welcher den Grundſatz der Einmiſchung feſtſtellte, zum Zwecke der Beförderung maßloſer Willkürherrſchaft, allein den Grundſatz der Nicht-Einmiſchung, wo es galt, ein Volk, ſelbſt gegen türkiſchen Despotismus, zu ſchützen.

Je feierlicher die Worte waren, deren ſich die drei gekrönten Gründer der ſ. g. heiligen Allianz bedienten, deſto größern Ekel und Abſcheu müſſen ſie uns einflößen.

Die Congreſſe der „heiligen Allianz" werden für alle Zeiten Schandflecke in der Geſchichte der Menſchheit bleiben.

Bis zum Congreſſe von Aachen (October 1818) betrachteten die drei Gründer der ſ. g. heiligen Allianz Frankreich mit mißtrauiſchen Blicken. Allein die reactionären Geſinnungen, welche die Bourbonen im Laufe der drei Jahre von 1815 bis 1818 kund thaten und die wenigſtens ſcheinbare Geduld, mit welcher die franzöſiſche Nation den Despotismus des ihr aufgedrungenen Königsgeſchlechtes ertrug, bewirkten einen vollſtändigen Umſchwung in den Gemüthern der drei Völkerhirten. Sie erkannten, daß Ludwig XVIII. würdig ſei, in ihren Bund aufgenommen zu werden. Sie verkündeten der Welt förmlich den Unſinn, welcher drei Jahre früher ihr gewiſſermaßen nur privatim mitgetheilt worden war. Die einzige, unmittelbar praktiſche Folge des Congreſſes, welcher vom 30. September bis

21. November 1818 dauerte, bestand darin, daß die Occupationsarmee von einmalhundertfünfzigtausend Mann aus Frankreich zurückgezogen wurde. Wozu auch jetzt noch fremde Truppen in Frankreich? War doch Ludwig XVIII. feierlich aufgenommen in den „heiligen Bund," hatte er doch folgeweise Krieg auf Tod und Leben allen Freiheitsbewegungen Europa's angekündigt!

Jedes Jahr brachte neue Früchte der heiligen Allianz zu Tage. Besonders reich an solchen war das Jahr 1819. Im Sommer kamen die Gesandten der heiligen Bündler in Karlsbad zusammen und beschlossen: 1) durch eine provisorische Executionsordnung den Beschlüssen des deutschen Bundestags größern Nachdruck zu verschaffen, 2) die Universitäten in strenge Aufsicht zu nehmen, damit im Schooße derselben keine Lehren auftauchen möchten, welche mit denjenigen der heiligen Allianz nicht übereinstimmten, 3) die Presse durch die Censur zu knebeln, 4) eine Central-Untersuchungscommission gegen revolutionäre Umtriebe und demagogische Verbindungen niederzusetzen, endlich 5) den Artikel 13 der Bundesacte so zu drehen, daß derselbe, statt freie Verfassungen, das monarchische Prinzip verbürgen sollte.

Was mit so großem Erfolge begonnen worden war, wurde noch im Laufe desselben Jahres zu Wien fortgesetzt, indem die zu Karlsbad festgestellten freiheitsmörderischen Beschlüsse zu einer umfassenden Acte erweitert und dem Bundestage zur Annahme überwiesen wurden. Wir werden auf dieselben weiter unten zurück kommen.

Trotz der Einmüthigkeit der Cabinette Europa's ließen sich nicht alle Völker das auf ihnen ruhende Joch geduldig gefallen. Namentlich erhoben sich die Spanier, Portugiesen und Neapolitaner gegen ihre Dränger. Die drei Völkerhirten versammelten sich daher (20. October 1820) zu Troppau, um zu berathen, wie die Völker wieder unter das alte Joch gebracht werden könnten. In Troppau konnten sie jedoch während zweier Monate nicht einig werden. Portugal und Spanien lagen von Petersburg, Berlin und Wien zu fern, als daß sie leicht hätten erreicht werden können. Zudem hatten diese beiden Staaten in den Jahren 1808 bis 1814 die fremden Eindringlinge so nachdrucksvoll zurückgewiesen, daß die drei Völkerhirten es für klüger fanden, sie in Ruhe zu lassen. Neapel sollte aber dafür büßen, daß es die alte Wirthschaft seines Ferdinand's nicht länger dulden wollte. Oesterreich, Rußland und Preußen beschlossen, die in Neapel eingetretene Volksbewegung nicht anzuerkennen und die Fortdauer des daraus hervorgegangenen Zustandes erforderlichen Falls mit vereinter Kraft zu hintertreiben. Sie konnten sich über die zu treffenden Maßregeln mit Frankreich und England nicht verständigen. Die Sprache, welche die Vertreter dieser beiden Cabinette zu Troppau führten, war aber so schwach, daß die drei Völkerhirten guten Grund hatten, zu glauben, man werde sie gewähren lassen. Sie verlegten daher ihren Congreß nach Laibach, um Italien näher zu sein, knüpften geheime Unterhandlungen mit den Fürsten Italien's an und bewirkten, daß sich der König beider Sicilien, der Herzog von Modena und Gesandte des Pabstes, des Königs von Sardinien und der kleineren italienischen Staaten bei ihnen einstellten. Mittlerweile hatte auch in Piemont der Aufstand des Volkes um sich gegriffen und hatten die Griechen ihren Kampf gegen die Türkei begonnen.

Die zu Laibach vereinigten Machthaber erklärten sich für berechtigt, in die inneren Angelegenheiten ihrer Nachbarstaaten einzugreifen und behaupteten, niemals von diesem Grundsatze abweichen zu wollen. In der That gelang es ihnen auch, theils durch Ränke, theils durch Anwendung von Gewalt, die freiheitlichen Bewegungen Piemont's und Neapel's niederzuwerfen. In diejenigen der Moldau und Wallachei, welche ihnen viel näher

lag, als Neapel, mischten sie sich nicht ein und bewiesen so damals schon, daß, was sie Grundsätze zu nennen beliebten, nichts war, als Vorwand für despotische Gelüste.

Auf den Congreß von Laibach folgte schon bald derjenige von Verona (October bis December 1822). Auch dort wurde zwar der Grundsatz aufgestellt, daß die Fürsten der heiligen Allianz das Recht hätten, mit bewaffneter Macht die pyrenäische Halbinsel zur Wiederherstellung der umgestoßenen monarchischen Verfassungen zu zwingen. Ueber gemeinsame Maßregeln konnte man sich jedoch nicht verständigen. Es kamen auch die Angelegenheiten der Griechen und das Verhältniß Rußland's und der Türkei zur Sprache. Die Unmacht des „heiligen Bundes" gegenüber einer kräftigen Volksbewegung trat schon in Verona zu Tage. Der Despotismus ist nur feigen Nationen gegenüber mächtig; vor entschlossenen Völkern hat er sich immer zurückgezogen.

Die französischen Bourbonen erkannten übrigens aus den Verhandlungen des Congresses von Verona, daß England ruhig zusehen werde, falls sie es für gut fänden, ein Heer in die pyrenäische Halbinsel zu schicken. Dieses genügte ihnen, um Spanien mit Gewalt niederzuwerfen.

Auf solche Weise wurden durch die s. g. heilige Allianz die Bewegungen der Italiener, Spanier und Portugiesen, welche gar nicht weiter, als bis zu einer constitutionellen Monarchie reichten, mit Waffengewalt bekämpft. Die drei Völkerhirten drangen daher jedem denkenden Menschen die Ueberzeugung auf, daß den Nationen Europa's keine andere Wahl, als zwischen schrankenlosem Despotismus oder Republik, bleibe. Die Wuth, mit welcher die Mitglieder der s. g. heiligen Allianz alle Reformbestrebungen behandelten, mußte die Völker mit gerechter Entrüstung gegen ihre Unterdrücker erfüllen.

Da es sich die drei Gründer der s. g. heiligen Allianz herausnahmen, im Auslande das Streben nach constitutionellen Formen zu bekämpfen, so konnten sie solche natürlich im eigenen Lande nicht einführen. Die Artikel der deutschen Bundesacte, welche unserem Volke ständische Verfassung, Religionsfreiheit, Handelsfreiheit, Preßfreiheit und andere Freiheiten zugesagt hatten, wurden in ihr Gegentheil verkehrt. Ein eisernes Joch, ähnlich demjenigen Napoleon's, obgleich wegen der Unfähigkeit und Feigheit der Gründer der heiligen Allianz nicht ganz so drückend, wurde auf dem Nacken aller Völker des europäischen Continentes befestigt. Noch ist es nicht zerbrochen! Wenn wir übrigens die für die Ewigkeit bestimmten Erklärungen der „heiligen Allianz" aus den Jahren 1815 bis 1822 mit dem gegenwärtigen Zustande Europa's vergleichen, so wird uns die Unhaltbarkeit des System's derselben anschaulich. Langsam, doch unaufhaltsam hat der Geist der Freiheit Fortschritte gemacht: nicht blos in Italien, Spanien, Portugal und Griechenland, sondern auch in Preußen und Oesterreich. Ein Mitglied der von den Gründern der „heiligen Allianz" geächteten Familie Bonaparte sitzt auf dem französischen Throne und hat abwechselungsweise dem Kaiser von Rußland und dem Kaiser von Oesterreich Niederlagen bereitet. Die Fürsten-Congresse haben seit dem Jahre 1822 eine ganz veränderte Form angenommen. Die Uebereinstimmung, welche in früheren Zeiten unter den Despoten Europa's obwaltete, hat aufgehört. Die Gründer der „heiligen Allianz" mußten es erleben, daß die von ihnen aufgestellten Grundsätze öffentlich verhöhnt wurden. Ja, selbst der Wiener Friede des Jahres 1815 wurde in vielen seiner wesentlichen Bestimmungen über den Haufen geworfen. Die Grundlage der s. g. „heiligen Allianz" ist durch und durch unterwühlt. Schwerlich wird sie den darauf gesetzten Bau europäischer Tyrannei lange mehr tragen.

Interessant ist es, daß von allen christlichen Potentaten der Pabst der einzige war, welcher gegen die heilige Allianz eiferte. Er mochte in derselben einen Eingriff in seine

Rechte, ein Pfuschen in sein Handwerk erkennen. Auch mißfiel ihm sehr, zwei Ketzer im Bunde mit dem rechtgläubigen Oesterreich und einen griechischen Katholiken an der Spitze der Allianz zu sehen. Die Heiligkeit des Pabstes mochte der Heiligkeit des Bundes der Kaiser und Könige Europa's ziemlich gleich kommen. An Macht stand sie hinter derselben weit zurück. Die Einsprache des Pabstes blieb unbeachtet, selbst von Seiten der gläubigsten Fürsten der römischen Kirche. Alexander vereinigte nicht blos in seinem Lande, sondern auch in ganz Europa die Rolle eines Großkophta mit derjenigen eines Kaisers.

Außer dem Pabste war auch der Sultan der Türkei sehr ungehalten wider die heilige Allianz; allein mit Unrecht. Er allein von allen Fürsten Europa's hatte von diesem Bunde nichts zu fürchten, wie sich schon bald zeigte, als Kaiser Alexander es ruhig geschehen ließ, daß die von ihm und seinen Vorfahren aufgeregten Griechen von den Türken abgeschlachtet wurden. Die Türkei war der einzige Staat der Welt, welcher von der „heiligen Allianz" Vortheil zog. Das Prinzip der Legitimität, d. h. der Aufrechthaltung aller bestehenden Willkürherrschaften, welches der „heiligen Allianz" zu Grunde lag, erhielt dadurch gewissermaßen seine Blut-Taufe.

Kaiser Alexander mußte sich bald überzeugen, daß es seine Bedenklichkeiten für einen Kaiser habe, irgend einen Grundsatz feierlich aufzustellen. Zu derselben Zeit setzten sich Griechen, Italiener, Spanier und Portugiesen in offenen Aufstand wider ihre Herrscher. Noch nie war Rußland eine so günstige Gelegenheit geboten worden, seine Eroberungspläne gegen die Türkei auszuführen. Fast ganz Europa nahm Theil an den Kämpfen der Griechen und wünschte den Türken den Untergang. Doch wie konnte man in Italien die „rebellischen Unterthanen" zu Paaren treiben und in Griechenland unterstützen? Fürst Metternich, welcher Anfangs der „heiligen Allianz" keinen Geschmack hatte abgewinnen können, wußte sich jetzt derselben trefflich zu bedienen, um die Gelüste des russischen Kaisers auf die Türkei zu bekämpfen. Rußland brachte den Griechen keine Hülfe. Es opferte sie und seine alte Eroberungspolitik den Grundsätzen der „heiligen Allianz" auf. Alexander wollte lieber Italien in Fesseln schlagen, als Griechenland befreien.

Es wäre ungerecht, behaupten zu wollen, daß der Grundgedanke der „heiligen Allianz" so freiheitsmörderisch gewesen sei, als er später wurde. Keineswegs! Im Gegentheile unterliegt es keinem Zweifel, daß Alexander im Jahre 1815 noch freisinniger Bestrebungen fähig war und, wenn auch mit der ihm eigenthümlichen Zaghaftigkeit und nicht ohne gewisse Hintergedanken, solche hegte. Allein dieses ist nur von geschichtlicher *) Bedeutung, ändert den Grundcharakter des Bundes, wie sich dieser im Leben gestaltete, nicht. Es beweist dieses nur, daß, wenn Menschen Götter sein wollen, sie unter die durchschnittliche Höhe ihrer Natur herabzusinken pflegen, nach dem Sprichworte: „Hochmuth kommt vor dem Falle."

Wir kennen die Entstehungsgeschichte der „heiligen Allianz" auf's Allergenaueste, zum Theil selbst aus den mündlichen Mittheilungen des Kaisers Alexander. Wir wissen, daß sie gezeugt wurde in Angst und Schrecken nach den unglücklichen Schlachten von Lützen und Bautzen und zu Tage trat im Siegesjubel nach dem zweiten Einzuge der Verbündeten in Paris. Frau von Krüdener war die Hebamme, welche während der Schwangerschaft dem Kaiser Alexander hülfreich zur Seite stand und denselben entband.

Angst und Schrecken einerseits und Siegesübermuth andererseits bildeten auch später den Grundcharakter der „heiligen Allianz." Diese veränderte jedoch im Laufe der Zeit vollständig ihren Gegenstand. An die Stelle der napoleonischen Gewaltherrschaft, welche

*) Siehe den folgenden Paragraph.

den Völkerhirten vorschwebte, als sie den ersten Gedanken der „heiligen Allianz" faßten, trat später der fortschreitende Geist der Zeit, der sich kundgab in den Revolutionen der drei südlichen Halbinseln der Pyrenäen, der Apenninen und der europäischen Türkei.

Metternich hatte die Urkunde der heiligen Allianz Anfangs einen leeren Wortkram (verbiage) genannt. Er überzeugte sich aber bald, daß sie ihm als Mittel für seine und seines Kaisers despotische Gelüste treffliche Dienste leisten könne und beutete sie in diesem Sinne aus.

Das Verhältniß zwischen Alexander und Metternich war zwar nach 1815 das des Herrn zum erkauften und theuer bezahlten Diener.*) Allein da dieser viel schlauer, als der Herr war und nach seinem Charakter und seiner Stellung im Leben ganz andere Zwecke verfolgte, als Alexander, so fand es sich bisweilen auch, daß der Diener den Herrn leitete. Metternich, welcher für Freiheit und Recht keine Empfänglichkeit besaß, bediente sich der „heiligen Allianz" und der revolutionären Bewegungen Europa's, um die edleren Bestrebungen Alexander's zu ersticken. Schwerlich würde er aber hierin so weit gegangen sein, als er wirklich ging, wenn auf ihn nicht Kaiser Franz selbst wieder einen freiheitsfeindlichen Druck ausgeübt hätte. Denn Metternich war scharfblickend genug, zu erkennen, daß der Geist der Zeit in der Richtung der Freiheit voranschreite und daß es zweckmäßig wäre, demselben einige, wenn auch nicht sehr große, Zugeständnisse zu machen. Franz I. widerstrebte solchen mit dem ganzen Starrsinn und dem vollen Ingrimm, dessen er fähig war. So kam es, daß Franz I., trotz seiner Beschränktheit und seiner Unfähigkeit, selbst irgend etwas einzuleiten oder durchzusetzen, vermittelst Metternich's und Alexander's den verderblichsten Einfluß auf die Entwickelung der Geschichte der Menschheit ausübte.

Die heilige Allianz ward in den Händen Metternich's und Franz I. zur Schraube, mit deren Hülfe die ganze Menschheit festgemacht und von jeder fortschreitenden Bewegung abgehalten werden sollte.

Wenn wir uns die Schandthaten vergegenwärtigen, welche die Völker unter der Herrschaft der s. g. heiligen Allianz zu ertragen hatten, so haben wir Mühe, die Ursachen aufzufinden, welche sie bestimmten, so Vieles stumpfsinnig über sich ergehen zu lassen. Die Jahre 1815 bis 1830 finden ihren Erklärungsgrund nur in den Jahren 1789 bis 1815.

Wie in der Natur auf mächtige Gewitter eine entsprechende Abkühlung der Atmosphäre folgt, so ziehen im Völkerleben jene Stürme, welche wir Revolutionen nennen, ähnliche Erscheinungen nach sich. Die vom Kampfe ermüdeten Massen sehnen sich nach Ruhe und überlassen ehrgeizigen und herrschsüchtigen Führern die Sorge der Regierung. Diese verstehen es dann gewöhnlich, die ganze Spannkraft des Volkes von dem Ziele der Freiheit abzulenken und auf einen Gegenstand zu richten, der ihren Leidenschaften dient. So brachte Napoleon I. die große französische Revolution des achtzehnten Jahrhunderts in ein falsches Geleise, indem er, selbst nachdem das Ausland zurückgeschlagen und Frankreich vor dessen Angriffen vollkommen gesichert war, den Krieg fortsetzte. Nur auf diese Weise konnte er hoffen, seinen kaiserlichen Thron zu befestigen. Es gelang ihm, bis dieselbe Erschlaffung, welche ihm möglich gemacht hatte, sich emporzuschwingen, von dem Gebiete der innern Politik auf das Feld des Kriegs überging. Als die Franzosen der Schlachten überdrüssig waren, ließen sie den Kaiser Napoleon fallen, wie sie früher die Republik aufgegeben hatten.

Die Nationen haben, gleich den Individuen, ihre Augenblicke der Müdigkeit und der Schwäche. Ein solcher war es, als die Franzosen die Republik dem Kaiserthume opferten. Das Kaiserthum führte nothwendig wieder zum alten Königthum.

*) Siehe oben § 36, S. 379.

Die s. g. heilige Allianz, d. h. der Bund der sich selbst und ihre Tyrannei vergötternden Despoten Europa's, bestimmte die Geschicke der Völker. Der russische Czaar, der österreichische Kaiser und der preußische König führten das große Wort. Die Reaction wurde organisirt und für permanent erklärt. Die nothwendige Folge war, daß die Revolution sich im Stillen auch organisirte und gleichfalls permanent wurde.

Die Kaiser und Könige, welchen es gelungen war, die Bourbonen nach Paris zurückzubringen, glaubten, nicht blos die französische Revolution, sondern überhaupt jeden Freiheitsdrang in den Herzen der Völker ersticken zu können. Sie irrten sich. Das erschöpfte Frankreich konnte freilich nicht sofort wieder das Banner der Freiheit entfalten. Es brauchte Zeit, sich wieder zu sammeln. In Griechenland, Italien, Spanien und Portugal brach die Revolution los. In der apenninischen und pyrenäischen Halbinsel wurde sie durch fremde Bajonette erdrückt. In Griechenland blieb sie siegreich.

Die Forderungen, welche die Völker in den anderthalb Jahrzehnten machten, welche auf die Restauration folgten, waren sehr bescheiden. Sie wollten sich die Monarchie und selbst die Personen ihrer unfähigen Könige gefallen lassen. Nur verlangten sie einige Bürgschaften gegen die maaßlosen Uebergriffe der Gewalt. Diese wurden ihnen verweigert. Tausende der edelsten Freiheitskämpfer büßten mit ihrem Leben, mit dem Verluste ihrer Freiheit oder ihrer Heimath ihre aufopfernde Theilnahme an den Freiheitsbestrebungen ihres Volkes.

Während die Griechen, Italiener, Spanier und Portugiesen kämpften, wuchs in Frankreich ein neues Geschlecht heran, welches die Spannkraft nicht verloren hatte, weder in politischen Kämpfen, noch auf dem Schlachtfelde. Als Karl X. sich am festesten auf dem Throne glaubte, als er den Pfad der Rückkehr zu allen Abgeschmacktheiten des alten Königthums gebahnt wähnte, wurde er aus Paris und Frankreich vertrieben. Langsam reiste er von Stadt zu Stadt bis an die Meeresküste. Keine Hand rührte sich zu seinen Gunsten, kein Mund öffnete sich ihm zu Ehren, nachdem er die Juli-Schlacht verloren hatte. Im Jahre 1792 besaßen die Despoten Europa's noch die Macht, ihre Völker gegen das revolutionäre Frankreich zu führen. 1830 drang die Revolution bis in das Herz Rußland's und Italien's vor und die Despoten verständigten sich mit Ludwig Philipp, dem revolutionären Könige Frankreich's und Leopold, dem revolutionären Könige von Belgien. Das Prinzip der Legitimität mußten sie aufgeben. Aber Polen wurde dem russischen, Italien dem österreichischen Kaiser geopfert. Zum zweitenmale hatte die Revolution in Frankreich über das Königthum gesiegt, zum zweitenmale beutete ein Einzelner den Sieg zu Gunsten seiner Person und seiner Familie aus. Napoleon blendete sein Volk durch scheinbaren Ruhm, Ludwig Philipp durch scheinbaren Wohlstand. Beide gründeten ihre Macht auf die Corruption des Volkes. Napoleon corrumpirte durch die Künste des Krieges, Ludwig Philipp durch diejenigen des Friedens. Die Revolution, verrathen von ihrem begünstigten Kinde, fuhr fort zu arbeiten. Ludwig Philipp hielt viel auf den Schein der Freisinnigkeit. Doch die Völker waren damit nicht zufrieden. Sie wollten die Freiheit. Dem klar erkannten und entschlossenen Willen der Nationen konnen auch die mächtigsten Herrscher auf die Dauer nicht widerstreben. Die „heilige Allianz" erfocht nur scheinbare, keine wirklichen Siege. In Piemont, in Spanien und Portugal wurde ihr zum Trotze das constitutionelle System eingeführt, desgleichen in Neapel, wenn schon hier nur in vorübergehender Weise, weil der Sohn, Ferdinand II. eben so meineidig, als der Vater, Ferdinand I. (IV.) war.

Die Zeit der s. g. heiligen Allianz liegt abgeschlossen hinter uns. Wir können sie mit Ruhe und Sachkenntniß beurtheilen. Sie läßt sich am bestimmtesten be-

zeichnen als eine Periode des Katzenjammers nach einem dreifachen Rausche. Zuerst hatte sich nicht blos Frankreich, sondern auch ein guter Theil des übrigen Europa berauscht mit dem geistigen Getränke der Freiheit, welches aber zu viele falsche Beimischungen gehabt, um nicht Nachwehen zu hinterlassen. Dieser Rausch dauerte etwa acht Jahre lang von 1789 bis 1797. Darauf folgte der Rausch napoleonischer Größe, welcher von 1798 bis 1807 etwa gleich lange als der Freiheitsrausch die Gemüther verwirrte. Der Stoff, welcher diese Betäubung hervorrief, war nicht blos verfälscht, sondern durchaus giftig. Doch die Fiaschen, welche ihn enthielten, waren mit Flittern verziert, und die Becher, aus welchen er geschlürft wurde, waren von Silber und Gold. Endlich kam der dritte Rausch (1808 bis 1815), welcher durch eine Mischung der beiden Getränke früherer Zeiten hervorgerufen wurde. Freiheit und Despotismus bildeten gemeinsam das Gebräue. Nationen und Tyrannen hatten bei dessen Anfertigung zusammengewirkt. Nach dreimaliger Täuschung fielen die Völker, statt in einen vierten Rausch, in stumpfe Betäubung, aus welcher ab und zu wohl eine Nation erwachte und versuchte, nüchtern zu handeln, allein noch zu sehr betäubt war, um etwas Durchgreifendes, Weiterschütterndes zu Stande zu bringen.

Nur diejenigen Völker, welche an den drei Räuschen des vergangenen Vierteljahrhunderts den geringsten Theil genommen hatten, führten ihren Kampf mit Ausdauer und Kraft, die Griechen gegen türkischen, die Bewohner Südamerika's gegen spanischen Despotismus.

Während der Zeit dieses Katzenjammers suchten entnervte Wollüstlinge und schlaue Heuchler ihr Heil im Pfaffenthume, d. h. sie wurden fromm. Leere Köpfe mit Anlage zur Gewaltthätigkeit warfen sich dem Despotismus in die Arme. Die Schöngeister ohne Saft und Kraft suchten Zuflucht im Schooße der Bibliotheken, welche sie mit Wasserfarben anstrichen und mit Bildern verzierten, die ihnen das Mittelalter lieferte.

Die wenigen Männer von Charakter, welche, weil sie früher nicht berauscht gewesen, später auch von den Nachwehen des Trunkes verschont geblieben waren, setzten den Kampf gegen Pfaffenthum und Despotismus, gegen Seichtheit und Schlaffheit fort, fanden aber nur wenig Anerkennung, bis sich allmählig die Dünste der drei Räusche verloren. Sie waren es, welche die Revolutionen der Jahre 1830 und 1831 hervorriefen und durch dieselben eine bessere Zeit vorbereiteten.

Sie stießen das zu Wien glorificirte Hammelheerdenstaatsrecht wenigstens für zwei Reiche um, indem sie aus Frankreich die Bourbonen, aus Belgien das Haus Oranien vertrieben. Sie nährten das heilige Feuer der Freiheit in ganz Europa, erschütterten die s. g. heilige Allianz in deren Grundfesten und bereiteten eine neue Periode frischer revolutionärer Thätigkeit vor, welche seit dieser Zeit ohne Unterbrechung wirksam blieb, und welche am Ende doch den Sieg über Pfaffenthum und Despotismus, über Rausch und Betäubung davontragen wird.

Die erste und hervorragendste Schöpfung der Katzenjammerperiode war die s. g. heilige Allianz selbst. Nimmermehr wäre dieselbe möglich gewesen, gewiß hätte dieselbe nicht zehn Jahre lang bestanden, wenn sie blos in den Personen ihrer Stifter und nicht auch in deren Völkern eine gewisse Begründung gehabt hätte. Wir finden in den drei Gründern derselben die drei Elemente, die wir oben bezeichneten, bestimmt vertreten: die Frömmelei durch Alexander I., die mit Beschränktheit verbundene Gewaltthätigkeit durch Franz I., und die Schlaffheit und Seichtheit durch Friedrich Wilhelm III.

Die Bemühungen der unter dem Namen der „heiligen Allianz" verbrüderten Despoten blieben in der Hauptsache doch erfolglos. So wenig die Päbste in früheren Jahrhunderten den Fortschritt der Wissenschaft, die Entdeckungen Copernicus', Keppler's und

Galilei's der Vergeſſenheit anheim zu geben vermochten, konnten die Fürſten der heiligen Allianz die Bewegung der Menſchheit hemmen. Galilei hatte den Pfaffen entgegengerufen: „und ſie bewegt ſich doch," und hatte dabei an die Erdkugel gedacht. Die Menſchheit, welche dieſe bewohnt, bewegte ſich auch fort trotz dem Beſtreben der Despoten, ihrer Entwickelung Stillſtand zu gebieten. Gleichwie die Bahn der Erdkugel das Ergebniß der auf den Erdkörper wirkenden Kräfte des Schwunges und der Schwere, ſo iſt die Bahn der Menſchheit die Folge der auf den Geiſt wirkenden Schwung- und Schwerkraft. Der Despotismus kann nie eine andere Rolle, als diejenige des Ballaſtes im Schiffe ſpielen. Belaſtet er das Fahrzeug zu ſehr, ſo wird er über Bord geworfen.

Wohl wiederfuhr dieſes in den Jahren 1815—1830 dem Ballaſte des Despotismus noch nicht. Allein es gelang doch manche Vorarbeit zu dieſem Zwecke.

Die unvermeidlichen Folgen der Gewaltthätigkeit der „heiligen Allianz" waren Verſchwörungen, welche ſich von den Steppen Rußland's bis an die Ufer des Tajo's erſtreckten und welche wiederholt zu blutigen Zuſammenſtößen mit den anmaaßlichen Völkerhirten führten.

Das Geheimniß, in welches eine Partei ſich hüllt, iſt immer der Beweis ihrer Schwäche. Es bedroht nicht blos die Gegner, ſondern auch die eigene Partei mit Gefahren. Nur inſofern eine Verſchwörung eine große Volksbewegung hervorzubringen und zu leiten geeignet iſt, kann ſie gute Dienſte leiſten. Wenn ſie aber, gleich der ruſſiſchen, der Jahre 1821—1825, auf keinen Anklang im Schooße der Nation rechnen kann, wird ſie nie das Gute fördern. Berechtigt iſt eine Verſchwörung nur da, wo die Regierung jede Oppoſition mit Gewalt niederwirft. Wo eine offene Oppoſition möglich, iſt eine Verſchwörung nur eine Pflanzſchule für ehrgeizige und herrſchſüchtige Ränkeſchmiede.

Die Geſchichte kennt jetzt ziemlich genau die Einzelnheiten der Verſchwörungen der Jahre 1815—1830. Die Mittel, über welche ſie verfügten, waren groß. Allein ihre Leiſtungen entſprachen denſelben ſehr wenig. Wir leben in der Zeit der Oeffentlichkeit. Dieſe beſitzt eine größere Macht, als das Geheimniß. Der offene Kampf iſt für den Menſchen eine weit beſſere Schule, als der geheime. Wenn der zehnte Theil derjenigen Kräfte, welche ſich in Verſchwörungen nutzlos aufrieben, auf einen offenen Kampf verwandt worden wären, hätten ſich die Tyrannen Europa's nicht bis auf den heutigen Tag behauptet.

Durch eine Verſchwörung kann niemals die Republik begründet werden, weil dieſe die Theilnahme der Geſammtheit an den Staatsangelegenheiten vorausſetzt, die Verſchwörung eine ſolche ausſchließt. Wenn ein Staat nicht ſoviel Freiheit beſitzt, daß in deſſen Schooße eine offene Oppoſition möglich, iſt derſelbe für eine Republik nicht reif.

Alle Verſchwörungen der Jahre 1815—1830 hatten daher blos den Umſturz der herrſchenden Dynaſtien oder die Beſchränkung der Herrſcher-Rechte derſelben zum deutlich ausgeſprochenen Ziele. Wohl mochten einzelne Theilnehmer derſelben weiter reichende Abſichten hegen. Dieſe fanden jedoch nicht einmal bei der Mehrheit der Verſchworenen Anklang, und beruhten auf der Vorausſetzung, daß diejenigen, welche Republikaner zu ſein vorgaben, an die Spitze des Staats treten würden.

So lange die Despoten Europa's nur durch Verſchwörungen bekämpft wurden, war die ihnen drohende Gefahr nicht groß. Erſt ſpäter, als der Widerſtand ein offener wurde, fingen die Throne zu beben an.

Die Zeit von 1815—1830 würde eine ſehr traurige ſein, wenn dieſelbe nicht eine Periode des Uebergangs bildete, gleich derjenigen, welche auf einen abgeſchlagenen Sturm vor dem Beginne einer regelmäßigen Belagerung zu folgen pflegt. Die franzöſiſche

Revolution hatte wohl die Zerstörung vieler Außenwerke des Despotismus, allein nicht seiner Citadelle bewirkt. Die Nationen überzeugten sich mehr und mehr, daß der Despotismus noch mächtig genug sei, um eine regelmäßige Belagerung nothwendig zu machen. Diese organisirte sich nach und nach im Laufe der Zeit. Die Extreme, welche sich seit dem Jahre 1797 mehr und mehr abgestumpft hatten, traten sich wieder schroffer entgegen. Die Hoffnung einer friedlichen und freundlichen Entwickelung der Dinge schwand. Die Nationen machten sich mit dem Gedanken eines Kampfes auf Tod und Leben vertraut. Allerdings war die Zahl derjenigen, welche dieses damals schon erkannten, klein. Allein sie wuchs von Jahre zu Jahre.

Die Kaiser und Könige machten von der Gewalt, die sie besaßen, den ausgedehntesten Gebrauch, sie regten dadurch nur die gerechte Entrüstung aller denkenden und sittlichen Menschen gegen sich auf. Pfaffen und Frömmlee konnten sich bemühen, die Mumie des Mittelalters wieder zu beleben. Diese blieb todt. Der Glaube der Völker blieb erschüttert. Der Adel suchte vergeblich, wieder Bedeutung zu gewinnen. Das Lehenswesen war vernichtet und mit ihm zugleich die einzige Verfassung, welche dem Adel nachhaltige Kraft eingehaucht hatte.

Auf der anderen Seite hoben sich während des fünfzehnjährigen, nur wenig unterbrochenen Friedens Ackerbau und Gewerbe, Handel und Schifffahrt, Kunst und Wissenschaft. Dampfschiffe eilten im Fluge durch die Wogen, wo sonst entweder Pferde, Ruder oder Segel langsam und unsicher vorwärts getrieben hatten. Die ersten Eisenbahnen leisteten Unglaubliches. Menschen und Völker rückten sich näher. Der Unterschied der Stände glich sich aus. Der Kaiser konnte nun nicht mehr schneller fahren, als der Proletarier. Der Fabrikant, der Kaufmann und der Banquier machten bessere Geschäfte, als Adel und Geistlichkeit. Der Bauer konnte theuer verkaufen und kam, trotz den schweren Lasten, welche ihn drückten, in bessere Verhältnisse, welche ihm erlaubten, auf seine Kleidung, Nahrung, Wohnung und Bildung mehr als früher zu verwenden. So sehr sich Aristokraten und Pfaffen spreitzten, so sehr das Königthum sie zu fördern geneigt war, obgleich Beamtenthum und stehende Heere ihnen dienen mußten, der redliche Erwerb brachte die Menschen weiter voran, als Fürstengunst. Dieser fand sich aller Orten die Ungunst des Publikums gegenüber, welche mehr schadete, als jene nützen konnte.

In politischer Beziehung herrschte unter Bürgern und Bauern Schlaffheit; im Geschäftsleben griff eine ungewöhnliche Regsamkeit immer weiter um sich. Je mehr Mühe sich die Regierungen gaben, das politische Leben unerquicklich und drückend zu machen, desto eifriger strebte Bürger und Bauer, Künstler und Gelehrter sich eine von fürstlicher Gunst oder Ungunst unabhängige Wirksamkeit zu schaffen. Die Geschäfte hatten, in Folge der Kriegszeiten, lange so sehr gestockt, daß der Unternehmungsgeist fast erstorben war. Ohne die Maaßregeln der Regierung ließ sich unter diesen Umständen erwarten, daß die strebsamen Kräfte mehr darauf bedacht sein würden, ihre gestörten Familien-, Geschäfts- und Vermögensverhältnisse wieder auf einen guten Fuß zu bringen, als sich viel mit Politik zu befassen. Allein der Geist der Reaction, welcher die Regierungen trieb, alles Leben in Ketten und Banden zu schlagen, erbitterte auch die Gleichgültigsten und verwandelte die treuesten Anhänger derselben in ergrimmte Gegner.

Es wäre sehr flach, behaupten zu wollen, die reactionäre Richtung, welche alle Regierungen Europa's seit 1815 einschlugen, sei von den Fürsten und deren Ministern allein künstlich geschaffen worden. Keineswegs! Die Reaction war die natürliche Richtung des Pfaffenthums und des Adels. Das Mittelalter war die Zeit der Blüthe und der Macht dieser beiden Stände gewesen, dahin steuerten sie also mit aller Kraft. Allein der Wind

der Zeit blies in entgegengesetzter Richtung. Der Fehler der Regierungen bestand darin, daß sie den Einflüsterungen jener beiden Stände williges Gehör schenkten, als den Forderungen der Nationen, daß sie die öffentliche Meinung unterdrückten und diejenigen Wünsche, welche ihnen von ihren Günstlingen vorgetragen wurden, für die öffentliche Meinung theils wirklich hielten, theils dafür zu halten vorgaben.

Daß trotz den reactionären Bestrebungen aller Regierungen Europa's die Menschheit voran schritt, beweist, daß diese auf einem Höhepunkte angelangt war, woselbst die Völker nur in sehr geringem Maaße von ihren Regierungen abhängig sind, daß die Nationen einen Grad von Selbstthätigkeit besitzen, im Verhältniß zu welchem die Wirksamkeit der Kaiser und Könige sehr unmächtig ist. Die Gewalt eines Herrschers ist groß in einem Staate, wie Rußland, woselbst außer den Adeligen, welche Leibeigene des Kaisers und den Bauern, welche Leibeigene des Adels sind, wenige Elemente von Erheblichkeit sich finden. In allen übrigen Staaten Europa's, woselbst die Fesseln der Leibeigenschaft zerrissen waren, gingen die persönlich freien Menschen ihren eigenen Weg, welcher sie immer, ob sie es wollten oder nicht, zur Freiheitsliebe führte, weil jede unnütze Beschränknng sie in ihrem Fortschritte hemmte.

Ungeachtet der Gesinnungsgenossenschaft, welche die Beherrscher Rußland's mit den Königen des Westens verband, wurde der Spalt, welcher die civilisirten Nationen von den barbarischen Russen trennte, immer weiter — gerade so, wie drei Jahrhunderte früher ungeachtet der Glaubenseinheit, welche zwischen den spanischen und den weiter östlich herrschenden Königen bestand, der Spalt zwischen dem bigotten Spanien und den aufgeklärteren Völkern Mitteleuropa's immer größer wurde.

Der Reformation des sechzehnten Jahrhunderts gingen die Hussitenbewegungen und die Kirchenversammlungen des fünfzehnten Jahrhunderts voraus. Die Hussiten brachten durch das Schwert, die Kirchenfürsten durch ihre Verhandlungen das tief gefühlte Bedürfniß religiöser Reform zu Tage, ohne demselben in genügender Weise abzuhelfen. Was weder das Ungestüm der böhmischen Krieger, noch die Bedachtsamkeit der „heiligen" Fürsten der Kirche durchsetzte, brach sich in der Reformation Bahn. Die Christenheit spaltete sich in zwei Hälften, welche nach einem Kampfe von fast anderthalb Jahrhunderten sich gegenseitig anerkennen mußten.

In diesen Ereignissen des fünfzehnten, sechzehnten und der ersten Hälfte des siebenzehnten Jahrhunderts finden wir das Vorspiel der großen politischen Revolution, in deren Mitte wir uns befinden.

Was die Hussiten in Betreff der kirchlichen Reformation, waren die Franzosen in Betreff der staatlichen Revolution. Was die Kirchenversammlungen des fünfzehnten, waren die Fürsten-Congresse des neunzehnten Jahrhunderts.

Die Hussiten waren durch die Luxemburger und die Habsburger unterjocht worden, wie die Franzosen durch die Bourbonen und Bonaparte's unterworfen wurden. Der von ihnen angeregte revolutionäre Geist wurde dadurch nicht erstickt. Die Kirchenversammlungen des fünfzehnten Jahrhunderts mochten, gleich den Fürsten-Congressen des neunzehnten, den Forderungen der Völker Hohn sprechen, die Menschheit wurde dadurch nicht beruhigt.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird die bevorstehende Revolution des neunzehnten Jahrhunderts sich zu derjenigen des achtzehnten in ganz ähnlicher Weise verhalten, wie die Reformation des sechzehnten zu den kirchlichen Stürmen des fünfzehnten.

Die Rollen, welche im fünfzehnten, sechzehnten und in der ersten Hälfte des siebenzehnten Jahrhunderts die Kirchenfürsten spielten, haben im achzehnten und neunzehnten Jahrhunderte die weltlichen Fürsten übernommen.

Wie damals die romaniſchen Völker ſich der Reformation unzugänglich erwieſen haben, ſind in unſeren Tagen die ſlaviſchen der Revolution unfähig. Was damals die Spanier waren, werden in unſeren Tagen die Ruſſen ſein und bleiben. Wie ſich damals die Welt in eine proteſtantiſche und katholiſche ſpaltete, ſo wird ſie ſich in unſeren Tagen in eine republikaniſche und eine monarchiſche trennen.

Gegen die böhmiſchen Revolutionen des fünfzehnten Jahrhunderts ſtritten, wie gegen die franzöſiſche des achtzehnten, faſt alle Völker Europa's — vergebens, bis beide von ihrer urſprünglichen Reinheit der Begeiſterung abgewichen waren. Wie die Huſſitenkriege alle chriſtlichen Völker der Erde zwangen, ſich mit den in Böhmen erzeugten religiöſen Fragen zu befaſſen, ſo nöthigten die Kriege der franzöſiſchen Revolution alle Völker der Erde, ſich mit den in Frankreich verhandelten politiſchen Dingen zu beſchäftigen.

Wie im fünfzehnten, ſechzehnten und in der erſten Hälfte des ſiebenzehnten Jahrhunderts Deutſchland das große Schlachtfeld der Reformation war, ſo war es theilweiſe ſchon und wird in noch höherem Maße werden das große Schlachtfeld der Revolution.

Deutſchland allein konnte der Reformation Dauer geben. Deutſchland allein kann der Revolution den entſcheidenden Sieg verſchaffen. Die franzöſiſche Revolution des achtzehnten Jahrhunderts war nur der Anfang. Die Machthaber wähnten in der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts die kirchliche, wie ſie in unſeren Tagen wähnten, die politiſche Revolution erſtickt zu haben. Sie irren ſich. Wir ſtehen zwiſchen dem Vorſpiel und dem eigentlichen Drama erſt in der Mitte. Die Hauptſache kommt noch.

Die große, geiſtige Bewegung, welche wir Reformation nennen, hatte ihre Waffenſtillſtände, ihre Niederlagen und ihre Siege gerade ſo wie diejenige, welche wir mit dem Namen Revolution bezeichnen. Nachdem die Machthaber ſie in Böhmen erdrückt zu haben meinten, brach ſie in Deutſchland und allen übrigen civiliſirten Ländern Europa's aus, gerade ſo wie die Revolution, nachdem die Fürſten der heiligen Allianz ſie mit Stumpf und Styl ausgerottet zu haben wähnten. Nachdem ſich die Reformation über den größern Theil Europa's verbreitet hatte, glaubten wiederum die Despoten, dieſelbe da oder dort erdrückt zu haben, in Deutſchland nach der Schlacht von Mühlberg, in den Niederlanden nach dem Einzuge des Herzogs Alba zu Brüſſel, in England zur Zeit der blutigen Maria. Doch kaum beſiegt, erhob die Reformation immer wieder ihr Haupt, kühner, wie zuvor, gerade ſo wie in unſeren Tagen die Revolution. In Frankreich erſtickt, ſchwingt ſie ihr Banner in Spanien, Portugal, Italien, in Griechenland und ſelbſt im fernen Amerika. In den Nebenländern niedergeworfen, erringt ſie plötzlich einen entſcheidenden Sieg in Frankreich und dringt von da in faſt alle Länder der Erde. Ein zweites Mal verrathen in Frankreich, rafft ſie ſich ein drittes Mal auf (1848) und ſchreitet ſiegreich durch ganz Europa. Auch der dritte Verrath konnte ihr den Lebensnerv nicht abſchneiden. Kräftiger, als jemals früher, rührt ſie ſich von Neuem in Italien, Spanien und Deutſchland. Der ruſſiſche Czaar ſelbſt muß ihr Zugeſtändniſſe machen.

Der Reformation des ſechzehnten Jahrhunderts ging die Entdeckung Amerika's und die Entdeckung des Seewegs nach Oſtindien vorher. Der Sieg der Revolution unſerer Tage wird uns angekündigt durch noch weit großartigere und tiefer eingreifende Entdeckungen auf allen Gebieten der Wiſſenſchaft und der Kunſt, des gewerblichen und des commerciellen Lebens. Die elektriſchen Telegraphen, die Eiſenbahnen und Dampfſchiffe, die Schöpfungen eines Alexander von Humboldt und Liebig, eines Fulton und Faraday, Volta's und Oerſtedt's bedürfen eines freiern Bodens, als die Monarchien ihnen bereiten können. Die Schranken, welche einſt die Nationen trennten, ſind niedergeriſſen auf geiſtigem Gebiete. Die politiſchen Schranken können nicht länger aufrecht erhalten werden.

Sie bilden einen verletzenden Anachronismus inmitten der geistigen Bewegung unserer Tage.

Es war eine Zeit, da jede Nation glaubte, sich zum Mittelpunkte der gesammten Civilisation machen zu müssen. Doch die Chinesen, welche seit Jahrtausenden sich das Volk der Mitte nennen, sollten uns mahnen, mit mehr Sachkenntniß und Unparteilichkeit die Ansprüche der verschiedenen Mitglieder der Familie der Menschheit zu würdigen.

Für den Freund des Fortschritts, der Freiheit und der Gleichberechtigung ist kein Gedanke erfreulicher, als derjenige, daß die civilisirten Völker der Erde, obschon ihre Stimmen von verschiedener Stärke sein mögen, doch alle unentbehrlich sind im Concerte der Menschheit.

Die Italiener trugen während des größern Theils des Mittelalters der Menschheit das Banner höherer Geistesbildung voran. In den Stürmen der Reformation bemächtigten sich die Deutschen der Fahne und schwangen sie bis zum westphälischen Frieden in vielen blutigen Schlachten. Anderthalb Jahrhunderte hindurch kämpften dann Frankreich und England um den ersten Platz in Europa. Polen, Schweden und Dänemark, die Schweiz und die Niederlande, Spanien und Portugal hatten alle ihre Glanzperioden, während welcher sie mit schweren Opfern sich Sitz und Stimme im Rathe der Nationen erwarben. Seit dem Sturze des ersten Napoleon's gelang es keinem einzelnen Staate mehr, ein entschiedenes Uebergewicht zu erlangen. Das kleine Griechenland ist groß durch die Hoffnungen, welche es in seinem Schooße birgt. Das große Rußland ist klein, wenn wir es mit dem Maßstabe der Freiheit und des Rechts, der Kunst und der Wissenschaft messen.

Im gegenseitigen Verhältnisse der Nationen, wie der Individuen fließt die Strömung der Zeit in der Richtung des gleichen Rechtes.

Der Frieden, welcher für die Revolution sein wird, was der westphälische Vertrag für die Reformation war, ist noch nicht geschlossen, ja, der Krieg, welcher das Seitenstück des dreißigjährigen sein wird, hat noch nicht einmal begonnen. Das Zeitalter der Revolution liegt bis jetzt nur als Bruchstück hinter uns. Doch der Tag der Entscheidung rückt immer näher. Möge dann jeder Mann der Freiheit auf seinen Posten treten!

Die Behauptung Napoleon's auf St. Helena, daß Europa entweder kosakisch oder republikanisch werden müsse, hat einen tiefen Sinn. Wenn der Despotismus den Sieg über die Freiheit davon tragen sollte, so müßte nothwendig das despotischste aller Reiche Europa's die erste Rolle spielen, Europa müßte also unter die Zuchtruthe Rußland's fallen, d. h. kosakisch werden. Siegt dagegen, wie wir zuversichtlich hoffen, die Sache der Freiheit, so muß Europa republikanisch werden, denn es giebt außerhalb der Republik keine wahre Freiheit.

Die Staaten Europa's sind seit dem Jahre 1815 in einen so innigen Wechselverkehr getreten, jede Bewegung in einem derselben hat eine so bedeutungsvolle Rückwirkung auf die übrigen, daß vereinzelte Fortschritte, wie vereinzelte Rückschritte auf die Dauer unmöglich geworden sind. Europa, mit alleiniger Ausnahme der Türkei, entwickelt sich unter einem und demselben Gesetze, d. h. es drängt vorwärts. Jeder Fortschritt, welchen irgend eine Nation auf irgend einem Gebiete des Strebens macht, kommt allen übrigen zu statten, sei es, daß er deren Muth kräftige, oder deren Nacheiferung rege mache.

Wer nicht will, daß Europa kosakisch werde, muß sich früher oder später für die Republik erklären.

Die constitutionelle Monarchie ist nur eine Uebergangsform vom Despotismus zur Republik. Sie hat sich in England bewährt, weil dieses Reich durch seine Insel-Lage weniger, als die übrigen Länder Europa's, von den Bewegungen der Nachbarn berührt

wird. Allein in keinem europäiſchen Staate hat ſie auf die Dauer beſtehen und eine tief eingreifende Bedeutung gewinnen können, weil die Einwirkung der despotiſchen Nachbarſtaaten derſelben früher oder ſpäter immer wieder ein Ende gemacht hat. Vorausſichtlich wird es ſo auch in Zukunft ſein.

So lange noch eine despotiſche Macht in Europa beſteht, wird dieſe immer bemüht ſein, jede conſtitutionelle Monarchie des Erdtheils in eine despotiſche umzuwandeln. Der Geiſt der Freiheit macht aber eben ſo wohl Propaganda, als der Ungeiſt des Despotismus. Durch ihre innerſte Natur ſind entgegengeſetzte Prinzipien gezwungen, mit einander in Kampf zu treten. Darum iſt es ſehr wahr, was uns Napoleon vorher verkündete: Europa wird entweder koſakiſch, oder republikaniſch werden. Koſakiſch kann es nicht werden, denn die Ströme des Geiſtes, wie diejenigen des Waſſers fließen nicht nach ihren Quellen zurück! Alſo republikaniſch! Je früher, deſto beſſer! Je entſchiedener, deſto ſchneller wird der Kampf überſtanden ſein!

Der einzige Staat, welchem die Vorausſetzung der Republik, allgemeine perſönliche Freiheit des Volkes, gebricht, iſt Rußland. Dieſes möge denn noch für eine Zeit lang ſein Koſakenthum behalten, wenn nur die übrigen Staaten Europa's zu republikaniſcher Freiheit gelangen!

## § 47. Rußland.

Der Wiener Congreß hatte Rußland zur erſten Macht der Erde emporgehoben, ſoweit dieſes durch Zutheilung von Ländern und Völkern geſchehen kann. Die nothwendige Folge hiervon war, daß ruſſiſche Anſchauungsweiſen im Schooße aller Cabinete an Bedeutung gewannen. Zu der Lage der Dinge, welche der Wiener Congreß geſchaffen hatte, kam aber noch hinzu, daß Kaiſer Alexander den dirigirenden Miniſter von Oeſterreich in ſeinen Sold genommen hatte. Durch Metternich, welcher außer Oeſterreich den deutſchen Bund und Preußen dirigirte, herrſchte der Czaar in ganz Deutſchland, ſo weit fürſtliche Gewalt reichte.

Was von den Fürſten Europa's abhing, war geſchehen, um den Sieg des Koſakenthums vorzubereiten. In der That ſcheuten die meiſten derſelben die ruſſiſche Knute viel weniger, als die franzöſiſche Freiheitsmütze. Der ruſſiſche Czaar wurde auf ſolche Weiſe das Haupt der europäiſchen Pfaffen- und Adelspartei, der Schutzherr der geſammten Reaction und der Popanz der Völker.

Die Rolle eines Wauwau's hat aber auch ihre Schattenſeiten. Die Kinder und die Völker lieben das Schreckbild nicht, gewöhnen ſich am Ende an deſſen widerlichen Anblick, hören auf, es zu fürchten und fühlen ſich dann um ſo freier, je weniger ſelbſtändigere Kraft ihre Beherrſcher an den Tag zu legen gewohnt waren.

In Rußland ſelbſt blieb die Stimmung des Volkes für Alexander bis zum Ende ſeines Lebens günſtiger, als außerhalb. Die Erinnerung an die erſten, ſo hoffnungsreichen Jahre ſeiner Regierung und an die großen Erfolge ſeiner auswärtigen Politik brachten viele der Schwächen und Mängel, welche ſpäter im Charakter des Kaiſers zu Tage traten, in Vergeſſenheit, oder mäßigten doch den Unwillen, welchen viele ſeiner früheren eifrigſten Verehrer darüber empfanden.

Bis zum letzten Augenblicke ſeiner Regierung zählte Alexander I. ſogar viele blinde Verehrer, welche keinen Tadel gegen ihn aufkommen ließen, vielmehr alle Schuld der herrſchenden Uebelſtände entweder auf die Nation, oder auf die Macht der Verhältniſſe wälzten, welcher auch der Kaiſer weichen müſſe. In Rußland war es überdies zu allen Zeiten ſo

ſchwer, ſich über die wirkliche Lage des Reiches zuverläſſige Nachrichten zu verſchaffen und ein richtiges Urtheil zu fällen, daß die Zeit von der eingetretenen Sinnesänderung des Kaiſers bis zu ſeinem Tode zu kurz war, als daß eine entſprechende Sinnesänderung der Nation ſich hätte entwickeln können.

Man wußte allgemein, daß Alexander I. das geheime Polizei-Cabinet aufgehoben habe. Eine lange Zeit verging, bevor auch nur der gebildete Theil der Nation gewahr wurde, daß ſchon ein Jahr nachher jene verhaßte Behörde unter einem andern Namen wieder hergeſtellt wurde. Allerdings blieben faſt alle Zuſagen aus der erſten Zeit Alexanders unerfüllt, allein die Hoffnung erſtarb darum doch nicht im Schooße der Nation. Man ſchob die Schuld auf die äußeren Kriege und als der Friede ſich befeſtigt hatte, auf die revolutionären Umtriebe der weſtlichen Länder, welche zur Vorſicht mahnten. Der unparteiiſche Geſchichtsforſcher muß es aber dem Kaiſer Alexander zum ernſten Vorwurfe machen, daß er ſo vieles verſprach und ſo wenig hielt. Unter allen Verhältniſſen iſt dieſes ein großer Fehler, beſonders aber in der Stellung eines unumſchränkten Herrſchers. Schwerlich würden die letzten Jahre der Regierung Alexanders ſo voll von Verſchwörungen geweſen ſein, falls die erſten derſelben nicht ſo reich an ſchönen Verſprechungen geweſen wären.

Alexander fühlte dieſes ſelbſt. Er war aber in einer großen Täuſchung befangen, indem er nicht ſich, ſondern der Undankbarkeit der Menſchen und der Macht der Verhältniſſe die Schuld beimaß. Schwerlich war jemals ein Herrſcher in günſtigerer Lage, als Alexander I. nach dem Abſchluſſe des zweiten Pariſer Friedens. Die ganze Nation, Adel, Beamte und Volk waren durch die von ihrem Kaiſer gewonnenen Erfolge in dem Maße entzückt, daß jede vom Throne ausgehende Reform auf die bereitwilligſte Unterſtützung rechnen konnte. Allein der Reformeifer war im Herzen Alexander's erkaltet. Die Erinnerung an die gegebenen Zuſagen wirkte auf die erſchlafften ſittlichen Gefühle des Czaaren nicht mächtig genug, um ihn zu Thaten zu ſpornen. Die Gründe, welche den Kaiſer abhielten, in den erſten fünf friedlichen Jahren ſeiner Regierung ſeinem Volke mehr, als Worte zu geben, wirkten nach dem zweiten Pariſer Frieden im verſtärkten Grade. Alexander hatte ſeine Regierung damit angefangen, das Gute zu wollen, ohne jedoch die Kraft zu beſitzen, es im Kampfe mit großen Schwierigkeiten auszuführen. Er endigte damit, daß ihm die Zuſagen, welche er früher gegeben hatte, höchſt unbequem wurden und daß es ihm lieber geweſen wäre, er hätte durch dieſelben gar keine Hoffnungen angeregt.

Nichts erbittert aber den einzelnen Menſchen und ganze Nationen mehr, als getäuſchte Hoffnung. Seit ſeinem Regierungsantritte hatte Alexander theils durch ausdrückliche Zuſagen, theils durch den Ton, in welchem alle ſeine Erlaſſe gegeben wurden, theils durch tauſende von Herzensergießungen, welche die geſchäftige Fama von Mund zu Mund weitertrug, die großartigſten Hoffnungen freiheitlicher Entwickelungen angeregt. Die Leibeigenen hofften auf perſönliche Freiheit, die gebildeten Claſſen der Geſellſchaft auf Annäherung der Verfaſſung des Reiches an diejenige der freieren Staaten des Weſtens, der Freund der Bücher und Zeitungen hoffte auf Preßfreiheit, der Freund offener Mittheilung auf Abſchaffung der geheimen Polizei, welche in jeden Freundeskreis einen Spion einſchmuggelte. Von alle dem geſchah nichts, oder doch ſo wenig und in ſo vorübergehender Weiſe, daß gegen das Ende der Regierungszeit Alexander's, d. h. nachdem derſelbe zwei Jahrzehnte hindurch die Nation mit Redensarten bedient hatte, eine allgemeine Unzufriedenheit ſich der beſten und edelſten Ruſſen bemächtigte.

Darin beſteht der Fluch des Despotismus, daß er das Licht nicht ertragen kann, daß er zuſammenbricht beim erſten Hauche der Freiheit, der ihn berührt. Die Preßfreiheit

hätte nicht blos die faule Grundlage, die Illegitimität des Herrschergeschlechtes, die Mordthaten, durch welche die einzelnen Kaiser und Kaiserinnen zu den Stufen der Throne gelangten, sondern die noch immer fortwuchernde Corruption der Beamten, Minister und Generale zu Tage gebracht. Eine freie Presse mochte mit dem Schwerte des Damokles über ihrem Haupte, eine kurze Zeit mehr zum Scheine, als in Wirklichkeit bestehen. Dauernd war dieselbe unter dem Hause Romanoff-Soltikoff eine Unmöglichkeit! Auf dem Standpunkte, welcher eine freie Presse möglich macht, war Rußland unter Alexander I. noch nicht angekommen. Solange die Schrecken der Leibeigenschaft und eines Sibirien's bestehen, kann auch künftig davon keine Rede sein. Erst müssen die Massen zu persönlicher Freiheit und zu einer geordneten Rechtspflege gelangt, erst müssen die gröbsten Mängel beseitigt sein, bevor irgend eine verfassungsmäßige Beschränkung der monarchischen Gewalt wünschenswerth wäre. Ein Kaiser, welcher nicht den Willen, oder nicht die Kraft besitzt, diesen Mängeln abzuhelfen, kann unmöglich sich eine ständische Controlle gefallen lassen.

Im Laufe einer fünfzehnjährigen Regierung hatte Kaiser Alexander die Mängel, welche sich im Schooße seines Reiches fanden, und namentlich die unter seinen Beamten herrschende Verderbniß, kennen gelernt. Er äußerte einmal: „seine Untergebenen würden ihm, wenn sie wüßten, wohin damit, selbst seine Kriegsschiffe stehlen." Im ersten Jahre der Regierung seines Nachfolgers geschah es wirklich, daß viele Arsenalgegenstände auf offenem Markte zu Kronstadt verkauft wurden, ohne daß die Schuldigen zur Strafe gezogen werden konnten. In weit größerem Maßstabe als den Kaiser, bestahlen die Beamten aber das Volk. Es liegt in der Natur der Sache, daß in demselben Maaße, als die Beamten von oben herab bedrückt wurden, sie nach unten und nebenhin auch wieder drückten. Der Druck auf das Volk kann nur erleichtert werden, wenn an die Stelle eines allgemeinen Schreckenssystemes eine tiefer eindringende Controlle, eine genaue Sichtung der Verhältnisse tritt. Dazu ist in Rußland der Raum zu groß. Zwei Augen können denselben nicht überwachen. Die Aufgabe des Kaisers wäre gewesen, vor allen Dingen der Verderbniß der Beamten entgegen zu wirken. Die Grundursache derselben lag unstreitig in dem alles sittliche Gefühl ertödtenden Verhältnisse der Leibeigenschaft, in welchem die große Masse des Volkes dem Adel und dieser der Krone gegenüber stand, dann aber auch in dem Systeme des Vielregierens, welches die Anstellung einer den Finanzkräften des Reiches nicht entsprechenden Anzahl von Beamten zur Folge hatte.

Nach beendigten Kriegen hätte, ohne alle Gefahr für die innere Ruhe und die äußere Machtstellung Rußland's das Heer ansehnlich vermindert werden können. Es hätten sich dann die Mittel finden lassen, die so nothwendigen inneren Reformen auszuführen. Die Schulen blieben in dem trostlosesten Zustande. Nur für die Universitäten, welche in Rußland Treibhauspflanzen bleiben mußten, wurden Summen von Erheblichkeit aufgewendet, mehr zum Scheine, als zur Pflege der Wissenschaft.

Alexander erhielt das Heer auch nach dem Frieden auf einem unerhört hohen Fuße. Im Jahre 1817 zählte es 640,000 Mann regulärer Truppen, wozu noch die Zehntausende irregulärer Kosaken, Baschkiren und anderer wilder Völkerschaften kamen. Die Truppen verschlangen die Hälfte der Staatseinnahmen und entzogen dem Ackerbau und den Gewerben unentbehrliche Kräfte. Nicht zufrieden damit, brachte Alexander durch sein unsinniges System der Militär-Colonien Jammer und Elend in den Schooß der sonst ruhig und friedlich dahin lebenden ackerbauenden Bevölkerung.

Es war in der That hart genug, daß ein Heer von Eheleuten bestand, welches nicht mehr hoffen konnte, jemals Weib und Kinder wieder zu sehen. Denn nach den Grundsätzen des Adels wurden an die Armee zum größten Theile nur verheirathete Männer

abgegeben, welche bereits für die Nachkommenschaft Sorge getragen hatten. Mit diesen Opfern war Alexander noch nicht zufrieden. Er griff noch vermessener in das Familienleben ein, indem er den Bauern der Krongüter, auf welchen Militär-Colonien angelegt wurden, ein bis zwei Mann Soldaten zur Beköstigung in das Haus legte. Der Bauer, welchem diese Einquartirung zu Theil ward, mußte sich militärischer Zucht unterwerfen, Kopf und Bart scheeren, verlor die Freizügigkeit für seine Söhne, welche vom dreizehnten Jahre an Soldaten werden, und die Freiheit der Ehe für seine Töchter, welche Soldaten zu Gatten nehmen mußten.

Der Kaiser, welcher auf diese Weise die drückendste aller Arten von Sclaverei einführte, war in der That nicht dazu geeignet, der Leibeigenschaft in Rußland ein Ende zu machen. Den Donischen Kosaken nahm Alexander die Reste der Freiheit, welche ihnen bisher unter dem russischen Scepter geblieben waren, indem er sie in die Zwangsjacke des russischen Militär-Reglements einkleidete. Die Leibeigenen in den Regierungsfabriken, welche früher von Steuer und Kriegsdienst frei gewesen waren, indem sie der Regierung Frohndienste leisten mußten, unterwarf er beiden Lasten. Die Regierungsfabriken litten darunter. Sie verloren brauchbare Arbeiter. Das Heer verschlang diese. Der Staat verlor mehr durch den Abgang guter Arbeiter, als die diesen auferlegten Steuern einbrachten.

Alexander glaubte, den Einzelverkauf der Leibeigenen abgeschafft zu haben. Allein er irrte sich. Seinen Fenstern gegenüber in dem Justizgebäude des Gouverneurs von St. Petersburg wurden nur zu häufig die Leibeigenen bankrutter Gutsbesitzer gerichtlich versteigert. Im Innern Rußland's gab es eine Messe, auf welcher russische Mädchen an asiatische Handelsleute herkömmlich verkauft wurden. An allen Straßen- und Canalbauten konnte man die Leibeigenen, welche deren Herren an die Unternehmer vermiethet hatten, im Zustande des größten Elendes sehen. Alexander that nichts zur Linderung des Unglücks aller dieser Opfer der Leibeigenschaft.

Der Druck, welcher auf den Leibeigenen lastete, war so hart, daß Jahr ein, Jahr aus die Anzeigen von beiläufig vierzig Aufständen derselben bei dem Ministerium des Innern einliefen. Wie viele ohne Anzeige unterdrückt und bestraft wurden, bleibt dahingestellt.

Noch weniger, als Rußland, befriedigte Alexander Polen. Auch diesem Lande hatte er die großartigsten Versprechungen gemacht. In seinem Aufrufe vom $^{13}/_{25}$. Mai 1815 hatte er den Polen ihre Sprache, ihre eigene Armee und Verwaltung unter landsmännischen Beamten, eine Verfassung, Handelsfreiheit und erleichterte Verbindungen mit den alten Theilen ihres Landes zugesichert. An demselben Tage veröffentlichte Alexander den Grundriß der neuen polnischen Verfassung, welcher sehr schöne Erwartungen rege machte. Allein derselbe erlitt schon mehrere höchst bedenkliche Abänderungen, als er aus Nowosilzow's Umarbeitung endgültig hervorging. Wäre übrigens auch nur dieses Grundgesetz redlich gehalten worden, so hätte sich Polen gewiß beruhigt. Denn es hätte vermittelst desselben alle seine gerechten Wünsche nach und nach erreichen können. Allein die Grundlage, auf welcher die neue Verfassung ruhte, war eine durchaus unhaltbare. Sie bestand in der dreimaligen Theilung und einer mangelhaften und unbefriedigenden Wiederherstellung Polen's und setzte daher das Volk in die Alternative, entweder das an ihm begangene Unrecht vollständig zu ignoriren, d. h. seine ganze geschichtliche Vergangenheit und alle mit derselben verbundenen Begriffe und Gefühle von Recht aufzugeben, oder aber einen Kampf mit Rußland zu beginnen, welcher mit der Losreißung Polen's enden müßte.

Abgesehen von dem an Polen verübten Unrechte war eine polnische Freiheit unter russischer Herrschaft eine Unmöglichkeit, solange Rußland keine Freiheit hatte. Wie hätte in Polen die Presse und Zunge frei und in Rußland unter demselben Herrscher geknebelt

ſein können? Umgekehrt wäre dieſes eher möglich geweſen. In dem Nebenlande mag weniger Freiheit ſein, als in dem Hauptlande, aber mehr — das iſt unmöglich. Das Hauptland würde dieſen Schimpf nie ertragen. Aus ähnlichen Gründen, wie in Polen, konnte aber auch in Rußland kein freies Verfaſſungsleben Wurzel ſchlagen. Leibeigenſchaft und Freiheit ſind unverträgliche Gegenſätze. Ein ruſſiſcher Autokrat mag den Umſtänden nach, aus eigener Machtvollkommenheit die Leibeigenſchaft vom Nacken des Volkes nehmen. Eine Bojaren-Verſammlung wird dieſes niemals thun. Dem ruſſiſchen Reiche iſt daher die unumſchränkte Monarchie ſolange ein unabweisbares Bedürfniß, als das Land keinen freien Bauernſtand hat.

Die polniſche Verfaſſung konnte unter dieſen Umſtänden nur ein Scheinleben haben. Sie mußte untergehen, ſobald das Volk von derſelben ernſtlichen Gebrauch machte. Schon die Ernennung des Statthalters deutete dieſes an. Wie Philipp II. ſeiner Zeit den Niederlanden weder den Prinzen von Oranien, noch den Grafen Egmont, ſo gab Alexander den Polen weder den Fürſten Czartoryski noch einen andern volksthümlichen Mann zum Statthalter, ſondern den alten und ſchwachen General Zajonczek. Dieſem zur Seite ſetzte Alexander Männer, von welchen man wußte, daß ſie niemals ein freies Verfaſſungsleben in Polen aufkommen laſſen würden. Der ruſſiſche Bevollmächtigte Nikolaus Nowoſilzow war der eigentliche Statthalter, der Großfürſt Conſtantin in ſeiner Eigenſchaft als Oberbefehlshaber des Heeres der ſichtbare Vertreter der Staatsgewalt in Polen.

Drei Jahre vergingen nach Veröffentlichung der Verfaſſung, bevor dieſe in Kraft trat. Am 27. März 1818 erſt wurde der Reichstag zu Warſchau eröffnet. Alexander erklärte bei dieſer Gelegenheit, „daß ihm die freien Einrichtungen, die er jetzt in Ausführung bringe, immer am Herzen gelegen hätten, und daß er mit Gottes Hülfe hoffe, ihren heilſamen Einfluß auf alle Lande auszudehnen, welche die Vorſehung ſeiner Fürſorge anvertraut habe.“

So lange die Polen von Dankesergießungen überſtrömten und alle Regierungsvorlagen ohne Widerrede genehmigten, blieb der Kaiſer bei guter Laune. Als ſie ihm aber (September 1818) nur einige Wünſche vortrugen, und einige Verfaſſungsüberſchreitungen der Miniſter rügten, erreichte die Comödie ſchon faſt ihr Ende. Der Kaiſer gab der polniſchen Ständeverſammlung deutlich zu erkennen, daß ihn die Verfaſſung nicht binde.

Bei der Eröffnung des zweiten polniſchen Reichstages (13. September 1820) warnte der Kaiſer vor den politiſchen Theorien des Tages und verwies die Stände auf die chriſtliche Moral, deren Befolgung allein ihnen die conſtitutionelle Ordnung aufrecht erhalten könne. Die Stände waren der leeren Spiegelfechterei müde, ſie verwarfen eine Strafprozeßordnung, worin das Schwurgericht nicht aufgenommen war. Andere Regierungsvorlagen, welche den Erwartungen des Volkes nicht entſprachen, hatten daſſelbe Schickſal. Die Folge davon war, daß Alexander die Verfaſſung in ihren wichtigſten Beſtimmungen umſtieß. Statt im Jahre 1822, wie das von ihm gegebene Grundgeſetz vorſchrieb, verſammelte der Kaiſer die Stände erſt im Jahre 1825 wieder, hob die Oeffentlichkeit der Verhandlungen auf und gab dadurch der polniſchen Nation gerechten Grund, ſich über Treubruch zu beſchweren. Da dieſes nicht öffentlich geſchehen konnte, zog ſich die Oppoſition in den Schooß der geheimen Geſellſchaften zurück, welche in Polen ſeit langer Zeit beſtanden und nach 1820 an Bedeutung ſehr zunahmen.

Daß Kaiſer Alexander im Jahre 1815 ernſtlich die Abſicht hatte, nicht blos dem polniſchen, ſondern auch dem ruſſiſchen Reiche eine freie Verfaſſung zu geben, unterliegt keinem Zweifel. Es erhellt dieſes nicht blos aus der Stellung, welche er Ludwig XVIII.

gegenüber einnahm,*) nicht blos aus der Verfaſſung, welche er wirklich den Polen gab, ſondern auch aus der Thatſache, daß er eine Verfaſſung für Rußland entwerfen ließ, welche ſpäter unter den Papieren Nowoſilzow's gefunden und (1831) veröffentlicht wurde.**)

Der Fehler Alexander's beſtand darin, daß er die Schwierigkeiten, welche ſeine Reformpläne boten, nicht zum Voraus erkannte, daß er nicht das Erreichbare, ſondern das Schimmernde und Glänzende ſuchte, und daß er, falls er, wie immer geſchah, auf Hemmniſſe ſtieß, ſtatt durch dieſe ſich auf das Erreichbare zurückführen zu laſſen, in Widerwillen und Unluſt allen Fortſchritten den Rücken wandte. Die Folge dieſer verkehrten Geiſtesbeſchaffenheit war, daß das ruſſiſche Reich, weit entfernt davon, die ihm zugedachte freie Verfaſſung zu erhalten, auch nicht eine einzige der möglichen und nothwendigen Verbeſſerungen empfing, auf welche es ſeit Alexander's Thronbeſteigung gehofft hatte.

An die Stelle der früheren freiſinnigen Miniſter der Aufklärung, trat der Finſterling Admiral Schiſchkow, welcher dumm und frech genug war, den Unterricht der niederen Volksklaſſen geradezu für unnöthig und ſchädlich zu erklären. Was im Laufe zweier Jahrzehnte in dieſer Beziehung mühſam vorbereitet worden war, blieb nicht blos unvollendet, ſondern wurde ſogar abſichtlich wieder zerſtört.

Der mittelalterliche Judenhaß trat wieder zu Tage. Schon im Jahre 1824 kam es dahin, daß der einſt ſo milde und für Aufklärung ſchwärmende Alexander die Juden Polen's mit einer maſſenhaften Verſetzung nach Süd-Rußland bedrohte. Die barbariſche Maßregel kam zwar nicht zur Ausführung, allein ſie hing doch, gleich einem Damoklesſchwerte, über den Häuptern der Israeliten und deutete in trübſeliger Weiſe an, wie tief der Barometer der Aufklärung und Duldſamkeit in den letzten Jahren der Regierung Alexander's gefallen war.

Die Worte der Freiſinnigkeit, welche Kaiſer Alexander ſo reichlich ſpendete, waren nicht alle auf unfruchtbaren Boden gefallen. Der Graf Woronzow und der Fürſt Menſchikow wollten dem geſammten ruſſiſchen Adel mit einem großen Beiſpiele vorangehen, indem ſie ihre Leibeigenen vollſtändig freigäben. Sie wollten einen Verein gründen, in welchen gleichgeſinnte Gutsbeſitzer treten ſollten und in deſſen Schooße die Art und Weiſe der Freigebung der Leibeigenen berathen und beſchloſſen werden ſollte. Der edle Turgenew ergriff den Plan mit Feuereifer und unterſtützte denſelben durch eine Denkſchrift, in welcher er die Vortheile des Planes auseinanderſetzte (28. December 1819). Es kam nur darauf an, daß der Kaiſer den Verein billigte und die hochherzigen Beſtrebungen der Gründer deſſelben förderte. Noch nie war der Zeitpunkt für die Aufhebung der Leibeigenſchaft günſtiger geweſen. Allein damals war der Geiſt Alexander's ſchon durch die Furcht vor Demagogie und revolutionären Beſtrebungen ſo verdüſtert, daß er keines kräftigen Entſchluſſes zum Beſten ſeines Volkes mehr fähig war. Er verſagte dem beabſichtigten Vereine die nachgeſuchte Beſtätigung. Er ſah nicht ein, daß das einzige ſichere Mittel gegen alle im Dunkeln ſchleichenden Umtriebe in der Einführung durchgreifender Reformen beſtehe.

Alle ſtrebenden Menſchen Rußland's mußten ſich ſehr enttäuſcht fühlen, daß Alexander auch nicht eine der vielen von ihm angeregten Hoffnungen erfüllte. Ihre gerechte Mißſtimmung mußte in die äußerſte Erbitterung umſchlagen, als ſie gewahr wurden, daß, ſtatt der gehofften Einrichtungen der Freiheit, die verderblichſte Anſtalt der Knechtſchaft das Hauptaugenmerk Alexander's während der letzten Jahre ſeiner Regierung wurde, wir meinen die Militär-Colonien. Der Plan war von dem Grafen Araktſchejeff entworfen

*) Siehe oben § 32, S. 330.

**) Portfolio No. 40 und 41.

worden. Es ſollte durch dieſelben der Stand der Kronbauern mit demjenigen der beſoldeten Krieger verſchmolzen werden, als ob eine ſolche Verſchmelzung möglich wäre! Das einzige, was dem Bauer ſein entbehrungsreiches und mühſames Leben erträglich macht, iſt die Familie. Wird ihm dieſe geraubt oder verdorben, ſo wird ihm das Daſein zur unerträglichen Plage. Nach dem Plane Araktſchejeff's wurden die Soldaten bei den Kronbauern einquartirt. Der Bauer wurde unter militäriſche Zucht geſtellt. Sein Familienleben wurde durch die ihm aufgedrungenen Soldaten geſtört. In dieſer Weiſe ſprach der „fromme" Alexander dem „Sacramente der Ehe" Hohn, und untergrub zu gleicher Zeit die letzten Reſte des Familienlebens und der perſönlichen Freiheit, welche der Kronbauer noch hatte. Die ganzen Streitkräfte Rußland's ſollten an den Gränzen Polen's, der Türkei und Kaukaſien's in Militär-Colonien zuſammengedrängt werden. Vergebens widerſtrebten die unglücklichen Bauern dem ihnen auferlegten Joche. Sie mußten ſich der zwingenden Gewalt fügen. Umſonſt empörten ſich ganze Dörfer. Die unglücklichen Opfer despotiſcher Willkür wurden zu Tauſenden nach Sibirien geſchleppt. Nach fünfjährigen, mit unerbittlicher Strenge fortgeſetzten Bemühungen (1820 bis 1825) waren viermalhunderttauſend Kronbauern in die Bande der Militär-Colonien geſchlagen worden, welche vierzigtauſend Mann zu Pferde ſtellten.

Was die heilige Allianz für die auswärtige, waren die Militär-Colonien für die innere Politik Rußland's, unter einem lockenden Aushängeſchilde der unerträglichſte Despotismus. Trotz der großen Opfer, welche ſie dem Lande auferlegten, zog dieſes von denſelben ſehr geringen Vortheil. Der Plan wurde nicht ſeinem ganzen Umfange nach ausgeführt. Soviel, als bereits in's Leben gerufen war, blieb beſtehen, als Denkmal, welches Alexander I. und Araktſchejeff ſich gegenſeitig ſetzten und das ihnen zur ewigen Schande gereicht.

Wenn Alexander nur einen Theil der Kräfte, welche er auf Gründung dieſer Militär-Colonien verwandte, der Aufhebung der Leibeigenſchaft gewidmet, ſo hätte er dieſes Ziel erreicht und dadurch nicht blos die Macht, ſondern auch die Blüthe ſeines Reiches dauernd gehoben. Allein die Männer, mit deren Hülfe er das Werk der Befreiung ſeines Volkes hätte durchführen können, beſaßen das Vertrauen des Kaiſers nicht mehr. Dieſes war auf einen ganz andern Menſchen, auf den General Araktſchejeff, übergegangen.

Schon unter Kaiſer Paul hatte dieſer hartherzige Mann eine einflußreiche Stellung als Inſpector über die ganze Artillerie eingenommen. Er war beſtimmt, an Pahlen's Stelle Militär-Commandant von Petersburg zu werden, allein Pahlen wußte dieſes zu hintertreiben. Bevor Araktſchejeff in Petersburg anlangte, lebte Paul nicht mehr. Alexander's Gunſt erwarb ſich der General, indem er dieſem verſicherte, Kaiſer Paul wäre nicht ermordet worden, falls er in Petersburg geweſen wäre. In den letzten Jahren der Regierung Alexander's war er der einflußreichſte Mann in Rußland, obgleich ſeine Stellen als Präſident des Departements der Militär-Angelegenheiten und als General-Inſpector der Infanterie und Artillerie ihn dazu keineswegs berechtigten. In einer unumſchränkten Monarchie bedingt aber nicht das Amt, ſondern das Vertrauen des Herrſchers die Macht des Dieners. Araktſchejeff, welcher das Ohr Alexander's beſaß, ſprach das entſcheidende Wort nicht blos in Betreff der Militär-Colonien, deren General-Inſpector er war, ſondern auch in allen übrigen Staatsangelegenheiten. Sein harter, grauſamer Charakter, ſein abſtoßendes Weſen machte ihn unter allen Ruſſen, die ihn kannten, im höchſten Grade verhaßt. Alexander wußte dieſes und erhielt ihm doch ſeine Gunſt. Araktſchejeff hatte eine Maitreſſe, die Frau eines Matroſen, eine Furie, welche mit ihrem Buhlen auf gleicher Stufe ſittlicher Verkommenheit ſtand. Sie wurde die ſchmutzige Quelle, aus welcher

Ehrenſtellen, Ordenszeichen und Gnadenbezeugungen aller Art floſſen, inſofern man verſtand, ihre Gunſt zu gewinnen, was freilich nur durch herabwürdigende Schmeicheleien oder reiche Geſchenke bewirkt werden konnte. Nachdem dieſes Scheuſal lange genug ihre Dienſtboten ſchändlich mißhandelt hatte, ermordete ſie ein Leibeigener, deſſen Schweſter ſie grauſam hatte züchtigen laſſen. Die übrigen Leibeigenen kamen ihrer Herrin nicht zu Hülfe. Die Rache Araktſchejeff's war furchtbar. Er ließ mit zuvor eingeholter Genehmigung Alexander's einundzwanzig Leibeigene, welchen nichts vorgeworfen werden konnte, als daß ſie ihrer Herrin nicht zu Hülfe kamen, auf's Grauſamſte martern und knuten und dann in die Gewalt eines niedrigen Augendieners verbringen, welcher Keiner der Unglücklichen lebend entkam. Dieſes war der Mann des Vertrauens Alexander's. Was ließ ſich von ihm erwarten?

Es iſt kein Wunder, daß unter dem Einfluſſe eines ſolchen Mannes Alexander mehr und mehr in Schwermuth verſank. Mit ſeiner Gattin hatte er ſeit langer Zeit in einer höchſt unglücklichen Ehe gelebt, indem er dieſelbe vollſtändig vernachläſſigt und ihr andere Frauen vorgezogen hatte. Erſt im letzten Jahre ſeines Lebens näherte er ſich ihr wieder an und begab ſich nach Taganrog, woſelbſt die Kaiſerin, den Anordnungen der Aerzte zufolge, mildere Luft einathmen ſollte. Dort ereilte den Kaiſer der Tod (1. December 1825). Fünf Monate ſpäter folgte ihm die Kaiſerin nach.

Der Charakter Alexander's I. iſt von verſchiedenen Geſchichtſchreibern in ſehr verſchiedener Weiſe aufgefaßt worden. Darin aber, daß demſelben die erforderliche Kraft gebrach die von ihm ſelbſt angeregten Hoffnungen zu erfüllen, ſind Alle einig. Bei einem ſchwachen Charakter kommt alles auf die äußeren Umſtände und die Umgebungen an. Wir ſehen daher Alexander in einem ganz andern Lichte während der Zeit, da die Lehren Laharpe's noch friſch in ſeinem Gedächtniſſe waren und ſpäter, da Araktſchejeff ſein Vertrauen beſaß. Alexander beſaß nicht die Klarheit des Geiſtes, die Männer, deren er zu ſeinen Zwecken bedurfte, aufzufinden und nicht die Feſtigkeit des Willens, dieſelben zu gewinnen und feſtzuhalten. Seine treueſten Freunde und die edelſten Förderer der Zwecke ſeiner beſſeren Tage ließ er ſich rauben, indem er den gegen ſie ausgeſtreuten Verläumdungen Gehör ſchenkte.

Hätte er in reiner Ehe mit ſeiner Gattin gelebt, ſo hätte er in dieſer vielleicht denjenigen Stützpunkt gefunden, den ſein eigener Charakter ihm nicht bot. Allein in ſeiner Familie ſtand er eben ſo vereinzelt, als auf ſeinem Throne.

Das weiche Gemüth Alexander's konnte niemals von der Wunde geneſen, welche die Ermordung ſeines Vaters ihm geſchlagen hatte. Das Geſpenſt Paul's I. war faſt das einzige Weſen, welches vom Anfange ſeiner Regierung bis zu ſeinem Tode auf Alexander einen dauernden Einfluß ausübte. In der erſten Periode ſeiner Wirkſamkeit (1801 bis 1805) beſeelten ihn aufrichtige Wünſche der Reform der inneren Zuſtände ſeines Reiches, welche jedoch von ſehr geringem Erfolge gekrönt wurden; in der zweiten (1806—1815) beſchäftigten ihn hauptſächlich die Kriege mit dem Auslande. Dann trat der hochwichtige Augenblick ein, welcher am beſten bezeichnet werden kann mit den Worten: Herkules am Scheidewege. Das Schwanken dauerte fünf volle Jahre. Eine Zeit lang ſchien es, als ob der Czaar in den Netzen der Frau von Krüdener verſtrickt, ſich mehr dem Himmel, als der Erde zuwenden wolle. Doch Metternich bemächtigte ſich des Netzes und zog in demſelben den Kaiſer ſehr tief zur Erde in deren giftigſte Sümpfe, in den Abgrund des Menſchenhaſſes und des Despotismus nieder. Die Krüdener hätte ihm in dem entſcheidenden Augenblicke beſſer gerathen, als Metternich. Sie hätte den Kaiſer zum Kriege gegen die Türkei angefeuert. Doch damals war ſie ſchon abgenutzt. Ihre Worte fanden kein Gehör mehr.

Die Jugendfreunde Alexander's: Laharpe, Czartoriski, Speranski, selbst Karamsin und die Krüdener verloren ihren Einfluß. Araktschejeff der Russe, und Metternich der Oesterreicher, wurden die Stützen seines Reiches.

Nimmermehr hätten Menschen, wie diese beiden, einen bestimmenden Einfluß auf Alexander gewinnen können, wenn nicht in dessen Seele eine geheime Neigung zum Despotismus versteckt gewesen wäre. Diese wurde künstlich und absichtlich genährt und gestärkt, während die milderen Seiten des Charakters des Czaaren keine Anregung zur Thätigkeit mehr erhielten.

Die verschiedenen Seiten Alexander's I. werden uns am anschaulichsten in den Bildern der verschiedenen Personen, welchen er abwechselungsweise sein Vertrauen schenkte. Diese unter sich unverträglichen Gegensätze hätten in der Seele des Kaisers nicht Aufnahme finden können, falls Alexander nicht mehr von der Natur eines Spiegels, als eines Brennglases, nicht mehr Passivität, als Spontaneität besessen, falls er nicht mehr beeinflußt worden wäre, als beeinflußt hätte.

Die lähmende, abstumpfende und für alle Gründe der Vernunft unzugänglich machende Frömmelei zeigte sich am deutlichsten, als Griechenland und mit ihm fast ganz Europa an Alexander die Bitte richtete, dem blinden Wüthen der Pforte ein Ziel zu setzen. Katharina II. hätte eine solche Gelegenheit, welche nie wiederkehren wird, nicht ungenützt vorübergehen lassen. Die Gründe der Politik hätten bei ihr den Ausschlag gegeben. Alexander I. selbst würde in früheren besseren Tagen außer dem Gewichte der politischen Gründe denjenigen der Menschlichkeit Folge geleistet haben. Allein Metternich hielt Alexander in den Ketten der „heiligen Allianz" gefangen. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit wiederum, daß die Fürsten die Fesseln, welche sie den Nationen anlegen, immer auch selbst tragen müssen.

Alexander hatte sich der Frömmelei ergeben, weil sie seiner damals schon etwas stumpf gewordenen Eitelkeit schmeichelte.

Von allen Eitelkeiten ist diejenige, welche auf religiösem Grunde ruht, die verderblichste. Der Mensch, welcher sich für ein erlorenes Rüstzeug Gottes hält und eben deshalb göttliche Eingebungen höher achtet, als diejenigen, welche aus Scharfblick, Wohlwollen und Gewissenhaftigkeit hervorgehen, ist für nüchterne Wahrheit und rein menschliche Empfindungen unzugänglich. Das Gewöhnliche, Natürliche enthalt für ihn keinen Reiz. Deshalb gerathen meistentheils diejenigen Menschen, welche durch den Genuß aller übrigen Arten des Weihrauch's bereits abgestumpft sind, zuletzt noch auf das Gebiet der Frömmigkeit, um sich mit göttlichem Dunste zu betäuben, da der weltliche nicht mehr stark genug für sie ist. In ähnlicher Weise wird derjenige, dem der klare Quell der Natur nicht mehr genügt, am Ende seiner Tage zum Trinker geistiger Getränke.

Die unmittelbare Folge des Seelenzustandes, in welchen Alexander während der letzten Jahre seines Lebens versank, war, daß er sich selbst unaussprechlich unglücklich fühlte und folgeweise gar nicht mehr im Stande war, Glück um sich her zu verbreiten. Der Tod war ihm nicht unwillkommen. Das Leben bot ihm keine Reize mehr.

Leute, welche geneigt sind, in der Nähe der Throne immer Mord zu wittern, haben denselben auch bei Alexander's Tode gefunden. In der Geschichte sind aber Muthmaßungen unerlaubt, insofern klare, bestimmte und unbestreitbare Zeugnisse vorliegen. Solche stehen uns in Betreff des Todes und der diesem vorhergegangenen Krankheit Alexander's I. zu Gebote. Sie lassen darüber keinen Zweifel, daß der Kaiser eines natürlichen Todes starb. Seine Krankheit war ein intermittirendes Fieber mit Unordnung in den Verdauungsorganen und mit gallenartigen Absonderungen. Sie verschlimmerte sich in Folge

des Zurücktretens einer Rosengeschwulst, welche Alexander seit längerer Zeit am Beine gehabt hatte und in Folge der Entdeckung einer weit verzweigten Verschwörung, welche dem Kaiser mitgetheilt wurde. Sie artete in ein schweres, typhusartiges, entzündliches Fieber aus, welches nicht geheilt werden konnte, um so weniger, als Alexander erst, als es zu spät war, die ihm von seinen Aerzten empfohlenen Mittel anwenden wollte.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Mißstimmung, welche sich nicht öffentlich kund geben darf, zum Schleier des Geheimnisses greift. Wo keine Revolutionen im eigentlichen Sinne des Wortes, d. h. keine großartigen Volksbewegungen möglich sind, schaaren sich die Unzufriedenen in Verschwörungen zusammen. Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß während der Jahre 1815 bis 1825 fast aller Orten in Europa weit verzweigte Verschwörungen bestanden, welche unter einander entweder gar nicht, oder doch nur sehr lose zusammen hingen. Sie beweisen, daß aller Orten ähnliche Ursachen zu ähnlichen Wirkungen führten. Auf dem ganzen Festlande Europa's waren während der Jahre 1813 bis 1815 die großartigsten Hoffnungen von Freiheit, Recht und Nationalität angeregt, aller Orten waren sie gebrochen und überdies den Völkern ein Zwang auferlegt worden, welcher ihnen eine gesetzliche und offene Geltendmachung ihrer Wünsche und Ansprüche unmöglich machte. Die Völker besaßen nicht die Kraft, die Fesseln, in welche sie geschlagen worden waren, in offenem Kampfe zu brechen. Daher nahmen sie ihre Zuflucht zu Verschwörungen.

Im Jahre 1813 hatte Alexander I. zu Berlin feierlich erklärt: „Der Marsch der russischen Armee durch Deutschland bis nach Paris soll auch dem gesammten Rußland zu Gute kommen. Auch für uns soll eine neue Epoche in der Geschichte beginnen; ich habe vielfache Pläne und sie sollen realisirt werden." Doch Rußland kam nichts von dem Marsche nach Paris zu Gute. Die damaligen Pläne Alexander's I. wurden nicht realisirt. An die Stelle gehoffter größerer Freiheit trat ein verschärfter Zwang. Die Mißstimmung brach sich daher im Nordosten Europa's in gewaltsamen Unternehmungen gegen den Thron Bahn.

In Rußland, Polen mit eingeschlossen, finden wir drei große Brennpunkte der Verschwörung: einen im Norden, einen im Süden und einen im Westen (in Polen). Die große polnische Verschwörung stand mit der russischen in sehr geringer Verbindung. Sie verfolgte wesentlich nationale Zwecke und konnte sich schon aus diesem Grunde mit der russischen Verschwörung nicht verständigen. Sie dauerte noch fort, als die russische längst ausgebrochen und unterdrückt worden war. Sie fand ihren Ausgangspunkt in der Revolution des Jahres 1830.

Die russische Verschwörung des Südens besaß einen durchaus militärischen Charakter. Offiziere bildeten fast ausschließlich deren Mitglieder, das Heer war die Kraft, auf welche die Verschworenen sich verließen. Paul Pestel war die Seele der Bewegung. Er war Oberst und befehligte das Infanterie-Regiment Viatka. Er war ein Mann von seltener Entschlossenheit, von durchdringendem Geiste und unbeugsamer Willenskraft.

An der Spitze einer zweiten geheimen Gesellschaft des Südens stand Alexander Murawieff, ein Mann von edeler Bildung und reinen Sitten, voll Feuereifer für Freiheit und Recht. Sein Ziel war die allgemeine Wohlfahrt, und sein Wunsch, dasselbe ohne Gewaltthätigkeiten im ruhigen Gange der Entwickelung zu erreichen.

Die geheime Gesellschaft des Nordens wurde durch den Generalmajor Michael Orloff zu Petersburg gegründet. Im Jahre 1819 umfaßte dieselbe viele ausgezeichnete Männer, namentlich den oben schon erwähnten Alexander Murawieff, dessen Bruder Michael, den Fürsten Trubezkoi und Andere. Damals schlug Michael Murawieff noch vor, die Geneh-

migung des Kaiſers zu verlangen. Dieſer Vorſchlag erhielt nicht die ſtatutenmäßige Stimmenmehrheit. Viele Mitglieder traten aus, andere hinzu. Nach dem Jahre 1822 verloren die ruhigeren Männer, wie Turgeneff, mehr und mehr an Einfluß und die wilderen, ungeſtümeren gaben den Ausſchlag. Ryleſeff war ſeit dem Jahre 1824 der bedeutendſte Mann der Geſellſchaft des Nordens.

Jahre lang ſetzten die Verſchworenen ihre Verhandlungen fort, entwarfen Pläne, Statuten und Verfaſſungen, ſuchten Verbindungen da und dort anzuknüpfen und beſprachen namentlich die Frage, welche Stellung die Verſchworenen dem Kaiſer gegenüber einnehmen ſollten. Mehr und mehr brach ſich die Ueberzeugung Bahn, daß die Verſchwörung ihren Zweck nicht erreichen könne, falls das Leben des Kaiſers geſchont würde. Der Sitz der Verſchwörung des Südens war zu Tultſchin, im Hauptquartiere des vom Fürſten Wittgenſtein befehligten Heeres des Südens.

Zur Zeit, da Kaiſer Alexander nach Taganrog reiſte, waren beide Verſchwörungen, diejenige des Südens und des Nordens, im vollen Gange. Allein Alexander erhielt umfaſſende Nachrichten über diejenige des Südens. General Diebitſch ordnete die Verhaftung der hervorragendſten Perſönlichkeiten derſelben an und erſtickte dieſe dadurch im Keime. Die Verſchwörung des Nordens kam aber in Petersburg zum Ausbruche und bedrohte eine Zeit lang die Familie Romanoff (Soltikow) mit ernſtlichen Gefahren.

Alexander I. hinterließ keine ehelichen Kinder. Nach der Thronfolge-Ordnung war daher ſein Bruder Conſtantin berufen, ihm nachzufolgen. Dieſer hatte jedoch auf den Thron Verzicht geleiſtet. Als die Nachricht von dem Tode Alexander's I. in Petersburg eintraf, eröffnete der Senat die Urkunde, in welcher Conſtantin auf die Krone Verzicht geleiſtet hatte und wollte Nicolaus, den zweiten Bruder Alexander's, als Kaiſer ausrufen. Nicolaus gab dieſes jedoch nicht zu und verlangte, daß Conſtantin I. der Eid der Treue geleiſtet würde, was denn auch geſchah. Fünfundzwanzig Tage vergingen, bevor Nicolaus die Verzichtleiſtung ſeines Bruders Conſtantin als gültig anerkannte und anordnete, daß ihm der Eid der Treue geleiſtet werde. Dieſes ſollte am 26. December geſchehen.

Die Verſchworenen hatten es nicht verſtanden, die Zeit der allgemeinen Ungewißheit zu benützen. Sie wagten erſt dann einen entſcheidenden Schlag, als durch die mittlerweile angelangte Erklärung Conſtantin's jeder Zweifel geſchwunden war und konnten nur dadurch hoffen, die Truppentheile, auf welche ſie perſönlichen Einfluß beſaßen, mit ſich fortzureißen, daß ſie dieſelben glauben machten, es handle ſich darum, Conſtantin des Thrones zu berauben. Trotz dieſer Ausſtreuungen war die Zahl der Soldaten, welche auf die Seite der Verſchworenen traten, ſehr gering. Sie wurde mit leichter Mühe auseinander geſprengt. Paul Peſtel, Conrad Ryleſeff, Sergius Murawieff-Apoſtol, Michael Beſtuſcheff Rumin und Peter Kachofski wurden gehängt, viele Andere nach Sibirien geſchickt oder in Feſtungen geſteckt. So endeten die ruſſiſchen Verſchwörungen in Strafurtheilen, welche bis zum heutigen Tage viele der angeſehenſten ruſſiſchen Familien in tiefe Trauer, ganz Rußland aber in einen ſolchen Schrecken verſetzten, daß bis zum heutigen Tage keine neue Verſchwörung entſtanden iſt, von welcher die Welt Kunde erhalten hätte.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, ob im Falle des Sieges der Verſchworenen ein Umſchwung zum Beſſern für Rußland zu erwarten geweſen wäre, ſo wird der unparteiiſche Geſchichtſchreiber nach den bekannt gewordenen Thatſachen dieſelbe ſchwerlich bejahen können. Die ruſſiſche Nation beſaß damals und beſitzt heute noch nicht die Elemente eines freien Staates. Das dringendſte Bedürfniß derſelben beſteht nicht in der Erhöhung, in der Beſſerſtellung der bevorzugten, ſondern der niederen Claſſen, in der Aufhebung der Leibeigenſchaft, in der Erziehung der großen Maſſe des Volkes, in der Gründung eines gebil-

deien und wohlhabenden Mittelstandes, in der Belebung des Rechts- und Freiheitsgefühls des ganzen Volkes. Alles dieses ließ sich beim Siege der Verschworenen weder von den leitenden Personen unter denselben, noch von den Entwürfen und Plänen, welche ihnen vorschwebten, erwarten. Im günstigsten Falle ging eine neue Dynastie aus der Revolution hervor, welche schwerlich besser war, als diejenige der Romanoff-Soltikoff. In dem wahrscheinlichen Falle aber konnte der Sturz der alten Dynastie nur furchtbare Umwälzungen nach sich ziehen, deren Ende sich nicht absehen ließ. Wir mögen manche hochherzige Männer beklagen, welche aus reinen Absichten an der Verschwörung Theil nahmen. Das Scheitern der Verschwörung selbst wird der Menschenfreund nicht bedauern.

Nur diejenige Revolution ist berechtigt, welche sichere Bürgschaften für eine Verbesserung der Zustände des Volkes gewährt. Eine im Finstern schleichende Verschwörung kann, ihrer Natur nach, solche nur in sofern bieten, als sie der Stimmung der Mehrheit des Volkes entspricht, aus dieser den größern Theil ihrer Kraft ableitet. Trotz aller Schwächen und Fehler des Kaisers war Alexander I. aber noch immer viel zu sehr geliebt und geachtet, als daß die Mehrheit der Nation den Sturz desselben oder eines seiner Brüder mit oder ohne Dolch gut geheißen hätte. Eine Revolution, welche der Mehrheit des Volkes Gewalt anthut, welche nur durch Betrug, Ueberraschung und Gewaltthat einen vorübergehenden Triumph gewinnen kann, ist nicht volksthümlich und daher schon aus diesem Grunde ungerecht. Der Wille des Volkes ist die einzige sichere Quelle jedes Rechtes auf Erden, insofern wir darunter etwas Positives und nicht ein ideales Recht verstehen, welches über jede Willensäußerung als Heischesatz der Vernunft erhaben ist.

Der beste Beweis dafür, daß die Nation den gewaltsamen Sturz des Hauses Alexander's I. niemals gebilligt hätte, liegt in der unbestreitbaren Anhänglichkeit und Tiefe der Trauer, welche der Tod dieses Kaisers zur Folge hatte. Ganz anders war die Lage der Dinge beim Tode Kaiser Paul's gewesen. Dieser war nicht blos von seiner eigenen Familie gefürchtet, von den Großen des Reiches gehaßt, sondern auch von der Masse der Nation theils verabscheut, theils wenigstens nicht geliebt. Alexander besaß aber trotz aller seiner Schwächen und Mängel noch immer die Liebe der Nation. Die Zahl Derjenigen, welche ihm den Tod wünschten, war verhältnißmäßig klein und von keinem großen Gewichte. Außerdem würde die Verschwörung nicht so leicht unterdrückt worden sein. Die Liebe zu Alexander war so groß, daß Viele durch die Nachricht von dessen Tode auf's Krankenbett geworfen wurden. Das Volk von Petersburg gab seine Trauer dadurch zu erkennen, daß es an den drei Tagen, welche auf die Todesnachricht folgten, statt je dreitausend, nur je zweihundert Kannen Branntwein verzehrte.

Auf der anderen Seite zeigte sich die Haltungelosigkeit der Verschwörung durch nichts deutlicher, als dadurch, daß selbst das Zwischenreich, welches fünfundzwanzig Tage lang dauerte, nicht im Stande war, ihr Kraft und Entschiedenheit einzuflößen. Für eine Palast-Revolution war die Zahl der Verschworenen zu groß und deren Bedeutung zu klein. Für eine nationale Revolution fehlte aller Grund und Boden.

Die große Masse der russischen Nation wollte beim Tode Alexander's I., daß dessen nächstberechtigter Bruder ihm nachfolgen solle. Die Frage war nur, wer dieser sei, oder mit anderen Worten, ob die von Constantin abgegebene Verzichtleistung Gültigkeit besitze?

Ueber die Formen und Voraussetzungen der Verzichtleistung auf die Krone hatte das Statut Kaiser Paul's nichts festgesetzt. Es konnte wohl die Frage aufgeworfen werden: 1) waren die Formen, in welchen Constantin verzichtet hatte, genügend? 2) war seine Verzichtleistung vor Anfall der Krone überhaupt gültig?

Beide Fragen müssen verneint werden. In einer für das Wohl des Volkes so wich-

tigen Angelegenheit, als der Verzicht auf die Krone, ist Oeffentlichkeit die erste und dringendste Voraussetzung ihrer Gültigkeit, die zweite ist die freie Selbstbestimmung. Eine solche ist unter der Herrschaft eines Autokraten in einer so wichtigen Angelegenheit nicht anzunehmen. Welche Bürgschaft gewährt eine Urkunde, wie die in Rede stehende, daß die Verzichtleistung nicht eine erzwungene war? Ueberdies konnte wohl ein Zweifel über die Frage bestehen, ob überhaupt der Verzicht auf ein noch nicht angefallenes Recht gültig sei. Das römische Recht verneint dieselbe. Jedenfalls konnte der Verzicht nur in sofern Gültigkeit haben, als über dessen Feierlichkeit, Freiheit und Wirklichkeit auch nicht der leiseste Zweifel obwaltete.

Nicolaus, welcher gewiß die Frage wohl erwogen hatte, handelte daher sehr klug, indem er darauf bestand, die Krone nicht anzunehmen, bevor Constantin seine Verzichtleistung wiederholt habe. Dieses vorausgesetzt, war es durchaus nothwendig, daß er darauf drang, seinem ältern Bruder den Eid der Treue zu leisten. Edelmuth lag darin nicht. Nicolaus wußte wohl, daß Constantin, welcher wiederholt und entschieden seinen Verzicht ausgesprochen hatte, denselben nicht zurücknehmen werde. Es galt, das Erbfolgegesetz über den Willen des Kaisers zu erheben. Dieses geschah nur, indem Nicolaus darauf drang, dem Erbfolgegesetze, und nicht dem Willen Alexander's I. Folge zu leisten.

Ein despotischer Charakter will nicht auf einen wankenden, sondern auf einen festen Thron steigen. Nicolaus wollte nicht, daß ihm dieser oder jener, sei es auch nur insgeheim, vorwerfen könne, Constantin's Verzicht sei untergeschoben oder erzwungen gewesen. Er hatte dazu guten Grund, da seine Abstammung von Peter III. ohnedieß zweifelhaft genug war. Kaum hatte Nicolaus den Thron bestiegen, so mußte er es erleben, daß Oberst Murawieff ihn in's Gesicht den Sohn eines Bastards nannte. Die Fußtritte, welche er dafür dem in Ketten geschlagenen Gefangenen beibrachte, enthielten keinen Beweis des Gegentheils,*) sondern vielmehr eine Andeutung, daß Nicolaus sich selbst der Ungesetzlichkeit seiner Abstammung bewußt war.

Die Beweggründe der Handlungsweise Nicolaus' liegen also klar zu Tage. Was bestimmte aber den Großfürsten Constantin, auf die russische Krone Verzicht zu leisten? Auch auf diese Frage gibt uns die Geschichte eine deutliche und bestimmte Antwort. Constantin hat diese selbst theils gegeben, theils wenigstens angedeutet. Er hatte mehr, als einen Grund. Der unmittelbar bestimmende lag in seinem Verhältnisse zu der Fürstin Lowicz. Sein Verzicht auf die russische Krone war der Preis für die Scheidung seiner Ehe mit der Prinzessin von Sachsen-Coburg und für die Gestattung seiner zweiten Ehe mit der Fürstin Lowicz. Hätte Constantin auf die russische Krone großen Werth gelegt, so hätte er sich schwerlich diese Bedingung gefallen lassen. Allein das Schicksal seines Vaters schwebte ihm stets vor Augen und benahm ihm die Freude an dem Gedanken der Thronfolge. Zudem war er seinem ältern Bruder in wahrhaft knechtischer Weise ergeben und Alexander hielt Constantin für unfähig, sich selbst zu beherrschen. Constantin hatte in seiner äußeren Erscheinung und seinem Charakter so große Aehnlichkeit mit seinem Vater Paul, daß der Gedanke sehr nahe lag, diese Aehnlichkeit der Naturanlagen, möchte auch ein ähnliches Ende zur Folge haben.

Mit Nicolaus I. stieg ein hart gesottener Despot auf den russischen Thron. Ihm konnte man nicht vorwerfen, daß er frohe Hoffnungen angeregt und unerfüllt gelassen habe. Er begann seine Herrschaft mit Blutvergießen und endigte dieselbe in gleicher Weise. Das Blut, das er auf dem Isaaksplatze bei seinem Regierungsantritte verspritzte, mochte ihm,

*) S. Sugenheim Rußland's Einfluß auf Deutschland.

im Hinblicke auf seine Stellung verziehen werden. Doch wieviel unschuldiges Blut vergoß er später! Nicolaus ging zwar, was die inneren Angelegenheiten Rußland's betrifft, auf der Bahn weiter, welche Alexander im Laufe seiner letzten Zeit eingeschlagen hatte d. h. auf dem Wege der Reaction. Dem Auslande gegenüber trat er aber weit entschiedener auf, als Alexander in dem letzten Jahrzehnte seiner Regierung gethan hatte. Die Verwaltung hörte auf, so schlaff zu sein, als sie unter Alexander gewesen war, allein jede edlere Regung, alles Streben nach Freiheit verschwand gänzlich aus den Kreisen der Regierung. Lange Zeit hatte man in Rußland die höhere Bildung des Westens unumwunden anerkannt und gesucht, sich dieselbe anzueignen. Unter Nicolaus sollte alles russisch sein. Mehr und mehr schloß der Kaiser sein Volk gegen das Ausland ab. Er erschwerte das Reisen der Russen nach den milderen Himmelsstrichen des Westens. Die Jugend sollte sich in Rußland nach russischen Mustern bilden, sie sollte nicht mehr auf deutschen Universitäten oder in den Salons von Paris die Luft der Freiheit athmen und die Sprache der Freiheit erlernen.

General Cancrin brachte wieder Ordnung in die zerrütteten Finanzen des Reiches, allein dieselben wurden nicht darauf verwendet, die Bildung und den Wohlstand des Volkes zu erhöhen, sondern lieferten dem Kaiser nur die Mittel, seine Heere zahlreicher zu machen und besser auszurüsten.

Schon am 6. Juli 1827 schloß Kaiser Nicolaus mit den Cabinetten von Paris und London einen Vertrag zur Pacification Griechenland's ab, dessen unmittelbare Folge die Schlacht bei Navarin (20. October 1827), die Vernichtung der türkischen Seemacht und die Erschütterung der Pforte war.

Ludwig XVIII. war gestorben. Karl X., dessen unruhiger Ehrgeiz von dem russischen Cabinette leicht irre geführt werden konnte, schloß einen innigen Bund mit Kaiser Nicolaus. Dieser versprach dem Könige der Franzosen das linke Rheinufer wofür Karl X. dem Czaaren seinen Beistand zusagte, falls Oesterreich den russischen Eroberungsplänen im Osten entgegentreten sollte. Im Februar 1828 brach der Krieg Rußland's gegen Persien aus. Durch den Frieden von Turkmantschai gewann das russische Reich an Gebiet, und befestigte seinen Einfluß in Asien. Gleich darauf begann der Krieg gegen die Türkei, in welchem übrigens die Russen anfangs geringe Fortschritte machten. Erst, als General Diebitsch den Oberbefehl übernahm, drangen die Russen über den Balkan. Die neutralen Mächte vermitteiten den Frieden zu Adrianopel (1829). Die Russen gaben die meisten ihrer Eroberungen der Pforte zurück. Der Pruth und von seiner Mündung an das rechte Donau-Ufer wurden in Europa die Grenze zwischen Rußland und der Türkei. Der große Gewinn Rußland's in Europa bestand in dem Besitze sämmtlicher Donaumündungen, welcher ihn in den Stand setzte, diesen größtentheils deutschen Strom zu beherrschen. In Asien gewann Rußland das ganze Küstengebiet des schwarzen Meeres von der Mündung des Cuban bis zu dem Hafen St. Nicolaus, die kaukasischen Länder, die Stadt und den größten Theil des Paschaliks Akhalzik und das Fort Akhalkalaki. Ueberdies mußte die Pforte den Russen Handelsfreiheit im ganzen türkischen Reiche, freie Handelsschifffahrt auf der Donau, im schwarzen und im mittelländischen Meere einräumen. Die freie Schifffahrt durch die Dardanellen wagte Rußland nicht für sich allein auszubedingen. Sie wurde allen mit der Pforte befreundeten Mächten gleichmäßig gestattet. Serbien, die Wallachei und die Moldau erlangten der Pforte gegenüber eine größere Selbstständigkeit. Der Sultan mußte die Unabhängigkeit Griechenland's anerkennen, anderthalb Millionen Dukaten als Schadenersatz und zehn Millionen Dukaten an Kriegs-

koſten bezahlen. Aus beſonderer Gnade ſetzte Kaiſer Nicolaus dieſe Summe ſpäter auf ſieben Millionen herab.

Durch dieſe Siege gegen Perſien und die Türkei nahm Rußland's Macht in Aſien anſehnlich zu, allein Nicolaus regte dadurch die Eiferſucht England's an, welche ſeit dieſer Zeit nicht wieder einſchlief. Die weiter ausſehenden Pläne des Kaiſers wurden durch den Ausbruch der Juli-Revolution unterbrochen, welche nicht blos eine neue Dynaſtie auf den franzöſiſchen Thron hob, ſondern auch andere für Rußland höchſt empfindliche Volksbewegungen in ihrem Gefolge hatte. Neue Conſtellationen, welche alle früheren Berechnungen des Kaiſers Nicolaus umſtießen, traten ein. Solange Europa unter der Zuchtruthe ſeiner Despoten geduldig dahin lebte, konnte Rußland den Ton angeben. Sobald die Völker aber ihre Häupter erhoben und für die Freiheit in die Schranken traten, konnte der Czaar nicht hoffen, ſeine Eroberungspläne auszuführen. Dieſe beſtehen darum noch immer fort. Kein Land der Erde wurde durch dieſelben mehr bedroht, als Deutſchland. Sobald auf dem franzöſiſchen Throne ein Fürſt ſitzt, welcher bereit iſt, die Verträge wieder aufzunehmen, welche Alexander I. mit Napoleon I. und Nicolaus I. mit Karl X. über die Theilung Deutſchland's abſchloß, werden dieſelben wieder in Kraft treten, Deutſchland wird ſich dann in einer ähnlichen Lage befinden, wie Polen im Jahre 1772.

## § 48. Oeſterreich.

Wir brauchen nur auf eine Landcharte zu ſehen, um uns zu überzeugen, daß die öſterreichiſche Monarchie ein Raubſtaat iſt. Ein Stück von Deutſchland, ein Stück von Polen und ein Stück von Italien, Ungarn und Siebenbürgen, Dalmatien, Bukowina, Kroatien, Militärgränze, endlich ein Stück von Serbien und das Temeſer Banat — dieſes Conglomerat von Ländertheilen faſt aller Nationen Europa's, dieſes Babel, in welchem Deutſche, Czechen, Ruthenen, Polen, Slavaken, Kroaten, Serben und Bulgaren, Romanen, Italiener, Magyaren, Szekler, Albaneſen, Armenier und Zigeuner ihre verſchiedenen Mundarten ſprechen und zuſammengekoppelt ſind, ohne ſich eines gemeinſamen Vaterlands zu freuen! Denn gemeinſam iſt ihnen nichts, als das Haus Habsburg und der von demſelben ausgehende Druck.

Der Wiener Congreß gab dem Hauſe Habsburg die früheren Beſitzungen, die es ſeit 1792 verloren hatte, zurück und fügte noch Venedig nebſt Dalmatien hinzu. Nur Belgien, und Vorderöſterreich, dieſe Provinzen, welche ſo oft die Habsburger in Kriege verwickelt hatten, traten ſie ab.

Es liegt in der Natur einer ſolchen zuſammengeraubten Miſchung der verſchiedenartigſten Elemente, daß ſie nicht nach Grundſätzen der Menſchlichkeit, des Rechtes und der Freiheit verwaltet werden kann. Denn ſollten dieſe gelten, ſo müßte das unnatürliche Band, welches die Ländertheile verknüpft, gelöſt und jedem derſelben geſtattet werden, in die ſeiner Nationalität und Bildungsſtufe entſprechenden Verbindungen einzutreten.

So lange es eine öſterreichiſche Monarchie gibt, kann es kein einiges Deutſchland, kein einiges Italien, kein einiges Polen, kein freies Ungarn und Siebenbürgen, kein brüderliches, ſondern nur ein geknechtetes Europa geben.

Der haarſträubende Despotismus, welcher ſich von Oeſterreich aus nicht blos über die Theile, welche dazu gehören, ſondern auch über die ſeiner Herrſchaft nicht unmittelbar unterworfenen Länder Europa's erſtreckt, iſt nicht das Ergebniß der Willkür und Laune irgend eines Miniſters oder Kaiſers, ſondern die nothwendige Folge der Zuſammenſetzung dieſes Reiches. Die Klagen der Völker waren nicht minder groß zur Zeit des reformirenden

Kaisers Joseph, als zu derjenigen des beschränkten Franz, des blödsinnigen Ferdinand oder des blutigen Franz Joseph. Ob Thugut, oder Cobenzl, Stadion oder Metternich die Feder des Uhrwerks war, änderte wenig an dem Organismus der österreichischen Staaten. Die Gewalt allein kann Provinzen zusammenhalten, welche durch ihre innere Natur getrieben werden, auseinander zu fliegen. Nur eine jede geistige Freiheit zermalmende Schwerkraft, kann die Schwungkraft bändigen, welche die österreichischen Landestheile bewegt.

Alles Gefühl für Nationalität, Recht und Freiheit muß gewaltsam erstickt werden, um der österreichischen Monarchie ihr Dasein zu fristen. Denn besäßen diese Gefühle auch nur einige Kraft im Schooße der vom Hause Habsburg unterjochten Provinzen, so würden sie das Hinderniß beseitigen, welches sie abhält, eine nationale Existenz und mit dieser die erste Voraussetzung der Freiheit und des Rechtes zu gewinnen.

Es war ganz wahr, was Kaiser Franz öffentlich erklärte: „ich brauche keine gescheite Leute, sondern nur getreue Unterthanen." Dumm war es nur, daß er die Schande seines Hauses offen aussprach. Er hätte hinzufügen können: „ich brauche keine freiheitliebende, keine für das Recht empfängliche, keine begeisterte Leute, sondern Knechtsseelen, gedankenlose Lebemenschen und stumpfsinnige Tagelöhner. Denn nur diese lassen sich das Joch gefallen, welches mein Haus ihnen auferlegt und der Natur der Sache nach auferlegen muß."

Zur Zeit, da Mongolen und Türken ganz Europa bedrohten, bestand allerdings das Bedürfniß einer Macht, welche im Stande sei, diesen barbarischen Völkern die Spitze zu bieten. Die Mongolen sind aber seit mehr als drei Jahrhunderten nach Asien zurückgetrieben*) und die Türken haben seit einem Jahrhunderte wenigstens aufgehört, dem Westen Schrecken einzujagen. An die Stelle der Türken traten seit dieser Zeit die Russen. Das Haus Habsburg hat aber, weit entfernt, diese zu bekämpfen, denselben zuerst geholfen, weiter nach dem Westen vorzudringen, und dann in dieser Macht die festeste Stütze zur Aufrechthaltung seines Despotismus gefunden. Die österreichische Monarchie ist dadurch für Europa nicht blos überflüssig, sondern die gefährlichste Bundesgenossin asiatischer Barbarei geworden. Als Verfechterin europäischer Bildung hätte sie sich vielleicht eine Zeit lang noch behaupten können, als Verbündete und Vasallin Rußland's, dem sie 1848 ihre Erhaltung verdankte, ist sie zu einer Schranke geworden, welche gleichmäßig der Entwickelung der Freiheit und der Nationalität der Völker Europa's hemmend im Wege steht und welche daher gefällt werden muß, um der Menschheit die Bahn zu brechen.

Die jedem Fortschritte feindliche Stellung, welche das Haus Habsburg der großen französischen Revolution gegenüber einnahm, verwickelte Deutschland in die verderblichen Kriege, welche ein Vierteljahrhundert hindurch wütheten. Das Hammelheerdenstaatsrecht, welches dasselbe auf dem Wiener Congresse geltend machte und seit dieser Zeit mit der äußersten Halsstarrigkeit fest hielt, bildet den directen Gegensatz desjenigen Rechtes, nach welchem alle civilisirten Nationen der Welt streben, d. h. des Rechtes der Selbstbestimmung, nationaler und freiheitlicher Entwickelung. Die Verbrechen, deren sich das Haus Habsburg allein seit dem Jahre 1815 schuldig machte, sind so groß, daß sie vor dem Richterstuhle der Vernunft, durch kein anderes als das Todesurtheil gebüßt werden können. Ich will damit nicht sagen, daß jedes einzelne Mitglied des Hauses Habsburg seinen Kopf verwirkt habe (ich bin grundsätzlich gegen die Todesstrafe); allein sicherlich hat dieses Haus allen Anspruch auf die unter seiner Herrschaft befindlichen Länder, allen Anspruch auf die Fortdauer seiner Souveränitätsrechte verscherzt.

*) S. Buch VI. § 73.

Die Einrichtungen ſind im Schooße deſſelben ſo getroffen, daß, während die ganze Welt in rieſigen Fortſchritten begriffen iſt, die Prinzen deſſelben der Zeit niemals folgen können.

Ueber die Erziehung der öſterreichiſchen Prinzen theilt Major Möring in ſeinen „Sibylliniſchen Büchern aus Oeſterreich“ folgendes mit:

„Die Erziehung der öſterreichiſchen Prinzen iſt das Werk der Partei, die das größte Intereſſe hat, die Monarchen klein zu machen, um ſelbſt groß bleiben zu können. Ihre überall hervortretende Bemühung iſt, jedes eigenthümliche Streben, jede charaktervolle Richtung, jedes Ichſein in der Perſönlichkeit ihrer Zöglinge zu vernichten oder wenigſtens zu paralyſiren. Wie ein Ball werden die armen Prinzen von einem Lehrer dem andern in die Hand geworfen, unter ſteter Aufſicht der Kammerherren, wenn der Vortragende nicht etwa ein geiſtlicher Herr oder ein Militärprofeſſor iſt; ein dienſtthuender Kammerherr oder Zugetheilter fangt ſie nach dem andern auf. Alles iſt Eintheilung, Abtheilung, Methodik, Pedanterie. Selbſt der Prinzen karge Erholungsſtunden — wir ſprechen von Spielſtunden, nicht von Stunden der Selbſtbeſchäftigung oder geiſtigen Verdauung, denn ſolche haben ſie nicht — müſſen nach Vorſchrift benützt werden. Es ſcheint eigens darauf angelegt, bald unter Vorwand höherer Befehle, bald unter Ausrede des „Muß“ der Stellung, aber meiſtens wegen einer “arrière pensée,” die in der ſelbſtſüchtigen Bequemlichkeitsliebe der Kammerherren — oder in der Idee der Erziehungsleitung begründet iſt, die Prinzen immer zu dem anzuhalten, was Andere wollen. Ihr Wille, theils auf dem Rad der Etiquette gebrochen, theils vom Zwange erdrückt, hört nach und nach auf, activ zu ſein, gewöhnt ſich an Leitung und Führung an die geiſtige Nachhülfe, an das Bequeme der Verantwortlichkeit Anderer; er ſchlägt, wenn man ihm keinen, oder doch nur einen ſcheinbaren Widerſtand entgegen ſetzt, in dem Eigenſinn der Caprice, in das Entêtement der falſchen Scham über die zu verbergende Schwäche um und bringt endlich in Allem das verkehrte Reſultat zur Welt. Die weiteren Folgen hiervon ſind: Mangel an Selbſtdenken und Selbſthandeln und Mangel des Muths für Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe. So werden die Prinzen, auch die von der Natur mit den herrlichſten Eigenſchaften begabten, in ſpäteren Jahren meiſt der Spielball einer intriguanten Clique oder ränkevoller Günſtlinge.

Die Wahl der Hofmeiſter der Prinzen trifft Leute, die ohne den Kammerherrenſchlüſſel ſich als ehrliche Bürger nicht ihr Brod verdienen könnten, an deren Trivialität und Geiſtloſigkeit aber die armen Prinzen geſchmiedet ſind. Dieſen Leuten iſt die Geſchichte nur eine Stammbaumchronik, Religion eine Litanei der Heiligen oder “un moyen pour parvenir,” Philoſophie nichts als fluchwürdiger Jakobinismus, Politik ein Blindkuhſpiel mit Noten und Protokollen, der Kriegerſtand ein pomphafter Zeitvertreib, Wiſſenſchaft und Kunſt ein Schutzmittel gegen Langeweile, Staatsökonomie ein verworrenes Rechenexempel ohne Probe, Menſchenrechte ein Gnadenſpiel, der ganze Staatsdienſt eine fette Kuh, das Vaterland ein Pachtgut, der Monarch ein Co-efficient ihrer eigenen Größe und Freiheit das ſtrafenswerthe Vermeſſen aberwitziger Thoren.“

Was läßt ſich von Prinzen erwarten, welche, in einem ſolchen Dunſtkreiſe heranwachſen, welche in den Ueberlieferungen des Habsburgiſchen Hauſes die höchſte Weisheit und den einzigen Born erkennen, aus welchem ſie in zweifelhaften Fällen Rath zu ſchöpfen haben? Sie müſſen die Kluft, welche zwiſchen der Wirklichkeit und den gerechten Forderungen der Nationen gähnt, immer erweitern. Sie können den Entwickelungsgang der unter dem Habsburgiſchen Scepter vereinigten Volksmaſſen nicht fördern, ſondern nur hemmen.

Die Zuſtände innerhalb der öſterreichiſchen Monarchie wurden daher von Jahrzehent zu Jahrzehent immer verzweifelter. Trotz des langjährigen Friedens verbeſſerten ſich nicht

einmal die Finanzen des Staats. Die Unzufriedenheit ſämmtlicher dem Hauſe Habsburg unterworfenen Nationalitäten war ſeit 1815 in ſtetem Zunehmen begriffen.

Kaiſer Franz, Fürſt Metternich und deſſen Geheimſchreiber Gentz trieben die Mißregierung auf einen früher nie gekannten Höhepunkt. Denn ſie begnügten ſich nicht damit, in Oeſterreich jede Regung des Geiſtes niederzuhalten, ihr Streben war darauf gerichtet, ganz Deutſchland, ja, wo möglich ganz Europa in die Feſſeln zu ſchlagen, welche ſich die Oeſterreicher damals noch ſo ſtumpfſinnig gefallen ließen.

Das gegenſeitige Verhältniß, in welchem Franz und Metternich zu einander ſtanden, bezeichnet ein in den Lebensbildern Hormayr's mitgetheilter Brief ſehr treffend in folgender Weiſe:

„Von einem Gefühle für Ehre und Freiheit war bei Metternich nichts zu erwarten. Er that, was der Herr wollte, wenn er ihn nicht thun machen konnte, was er wollte."

Drei Charakterzüge traten bei Franz I. am beſtimmteſten hervor: Abſcheu gegen jede Regung der Freiheit, Mißtrauen und Eigenſinn. Metternich erhielt erſt dann volle Gewalt, als Franz ſich nach und nach, insbeſondere ſeit dem Jahre 1820, überzeugt hatte, daß der Staatskanzler ſeinen Widerwillen gegen die Freiheit theile. Die Folge des kaiſerlichen Mißtrauens war eine kleinliche Neugierde, welche ſich nicht ſcheute, jedwedes Siegel zu erbrechen, welcher in die Kreiſe jeder Familie, in den Kerker der Gefangenen, in das Cabinet hochſtehender Staatsdiener eindrang und ſelbſt die nächſten Verwandten nicht verſchonte.

Metternich erklärte mit gutem Grunde, daß er das Vertrauen des Kaiſers nur darum beſitze, weil er „den Weg wandele, den dieſer ihm vorzeichne." Franz und Metternich lebten ſich nach und nach dermaßen in einander hinein, daß die Regierung Oeſterreich's zu ziemlich gleichen Theilen auf beider Rechnung zu ſchreiben war. Franz gab die Richtung der Politik zugleich in den größten Umriſſen und in den kleinlichſten Einzelnheiten an, Metternich führte dieſelbe innerhalb dieſer beiden Schranken aus. Die Richtung im Großen war: Kampf auf Tod und Leben gegen jede Regung der Freiheit. Die Vorliebe, welche Franz aber für die Einzelnheiten der Staatsregierung beſaß, befriedigte er durch die Polizeiſpione, welche er hörte, und die Briefe die er erbrechen ließ. Für Männer von wirklichem Verdienſte, ſelbſt hochgeſtellte Staatsbeamte, war es ſehr ſchwer Zutritt zum Kaiſer zu erhalten, oder wenigſtens für etwas Anderes als die gewöhnlichſten Redensarten ſein Ohr zu feſſeln. Intriguanten aller Art, flache Zungendreſcher, welche den Geſchmack des Kaiſers kannten und dieſem huldigten, unterhielten ſich oft Stunden lang mit ihm.

In dem Chiffrecabinet der auf den Joſephsplatz hinausgehenden Stallburg, welches bis zum März 1848 zu Wien beſtand und ohne Zweifel jetzt wieder im vollen Gange iſt, wurden die auf den Poſten unterſchlagenen Briefe regelmäßig theils durchgeleſen, theils aufgefangen, theils verfälſcht oder, wie man ſich auszudrücken pflegte, „ſubornirt." Das Chiffrecabinet ſtand mit der geheimen Polizei in der innigſten Verbindung. Die tariſchen Poſtbüreau's theilten ſich in Poſtlogen und Nicht-Logen, d. h. in ſolche, welche mit dem Wiener Chiffrecabinet verbunden waren, oder nicht. Um ſieben Uhr wurde die Wiener Hauptpoſt geſchloſſen und ging ſcheinbar ab. Die betreffenden Felleiſen gingen aber für's Erſte nicht weiter, als bis zu dem Chiffrecabinet. Hier wurden die verdächtigen Correſpondenzen ausgeſucht, gemuſtert und abgeſchrieben, was gewöhnlich bis gegen Mitternacht, nicht ſelten bis ein Uhr dauerte. Dann erſt ging die Poſt wirklich ab. Die Arbeiter im Chiffrecabinet, welche gut bezahlt wurden, ſtanden unter ſchärfſter Polizeiaufſicht. Jeden Morgen erhielt der Kaiſer Franz ſeinen Polizeibericht über die Ergebniſſe des Chiffrecabinets, über die Mittheilungen der geheimen Polizei und über das Perſonal ſelbſt der vertrauteſten

Arbeiter. Die geheime Polizei wurde auf dieſe Weiſe der Mittelpunkt der Regierung, von welchem der geſammten Staatsgewalt ihre Anregungen zugingen. Bei ſeinem Regierungsantritte hatte Franz befohlen, alle anonymen Denunciationen ungeleſen zu verbrennen. Nach 1815 beſchäftigte ſich der Kaiſer mit denſelben auf's Eifrigſte.

Hormayr theilt uns hierüber wörtlich Folgendes mit: „Zu Kaunitz' Zeiten brauchte man mit dem Oeffnen der Felleiſen fremder Couriere noch viel Vorſicht und eine Art Decorum, man fing die beſtochenen preußiſchen Couriere in Pirna ab, copirte ihre Depeſchen unterwegs und Originale und Copien gelangten dann gleichzeitig nach Wien. Weit weniger Mühe, Unkoſten und Angſt machten ſich vor dem Ausbruche des ruſſiſch-türkiſchen Krieges 1828 „die Metternich-Rothſchild'ſchen Expoſiti," um zu Fiſchament (der zweiten Poſt auf der ungariſchen Straße) der türkiſchen Poſt des Internuntiatur-Tartaren von Conſtantinopel vorzuwarten, damit man Zeit gewinne, bei zwei, drei Börſentage vorhinein den Cours zu machen und jedesmal für den ſtaatskanzleriſchen, zichyſchen und der anderen Diebeshelfer Beutel Hunderttauſende zu gewinnen, ihn an der Spitze, den deutſchen Feſtungsſchlüſſelbewahrer, den König der Juden und Juden der Könige."

Niemand in ganz Oeſterreich, weder die auswärtigen Geſandten, noch die Brüder des Kaiſers, noch deſſen Gehülfen waren ſicher gegen das Oeffnen ihrer Briefe. Selbſt Gentz, das unwürdige Werkzeug habsburgiſcher Tyrannei, warnte ſeine Freundin Rahel (1831), ihm nie durch die Poſt, der durchaus nicht zu trauen ſei, zu ſchreiben, wenn es nicht ganz gleichgültige Dinge betreffe. *)

Bei Kaiſer Franz liefen die Berichte über die niedrigſten Amtsbewerber und die höchſten Staatsbeamten, ſodann die Berichte über dieſe Berichterſtatter ſelbſt zuſammen. Bis in die eigenen Wände des kaiſerlichen Bruders wurden die Worte des Erzherzog's Karl belauſcht und deſſen Schlöſſer erbrochen. Des Kaiſers Falſchheit bildete ſich auf dieſe Weiſe bis zur Täuſchung des ſchärfſten Auges aus. Seinem zähen Willen mußte ſich jeder Widerſtand beugen. Seine unverſöhnliche Natur verzieh niemals und fand beſonderes Gefallen daran, diejenigen, welche ihm einmal Angſt eingeflößt hatten, bis auf den Tod zu quälen.

Den Haß, welchen Franz frühzeitig den Jakobinern gewidmet hatte, trug er ſpäter auf alle Diejenigen über, welche nichts weiter verlangten, als die redliche Erfüllung der Artikel 13, 16, 18 und 19 der deutſchen Bundesacte. Die bloße Erwähnung dieſer Artikel oder der in denſelben zugeſagten Rechte brachte ihn auf. Was auch nur entfernt damit zuſammen hing oder dem Geiſte des Fortſchritts Vorſchub leiſtete, jede freie menſchliche Bildung, jede religiöſe Aufklärung, jede reine Wiſſenſchaft, wahre Geſchichte oder kühne Philoſophie, alle nicht in ſeinem Solde ſtehende Schriftſtellerei und Gelehrſamkeit, jeder Zweifel an der Unfehlbarkeit ſeiner Regierung — verſetzte ihn in Zorn und Wuth, welche er an irgend Jemanden auslaſſen mußte. Konnte er das eigentliche Ziel, den von ihm ſchuldig Erachteten nicht erreichen, ſo mußten Andere, welche mit dieſem in irgend einer Verbindung geſtanden hatten, dafür büßen. Als zum Beiſpiel (1826) zu Prag ein Studentenauflauf ſtatt fand und die Schuldigen nicht ermittelt werden konnten, ließ Kaiſer Franz alle Studirenden, welche zufällig die letzten ſchwarzen Noten hatten, ohne Hoffnung auf Avancement in's Militär ſtecken.

Aus den Mittheilungen **) Silvio Pellico's haben wir erfahren, in welcher Weiſe Kaiſer Franz ſich mit den unglücklichen Opfern beſchäftigte, welche er auf ſeinen Feſtungen

*) Siehe Austria as it is 1828.

**) Siehe Gervinus, Geſchichte des neunzehnten Jahrhunderts. Schuſelka, Oeſterreichiſche Vor- und Rückſchritte. Behſe, Geſchichte des öſterreichiſchen Hofes.

eingekerkert hielt. Die verruchtesten Tyrannen des Alterthums, ein Dionysius von Syracus, ein Tiberius und Nero verriethen nicht eine so teuflische Lust, die Opfer ihres Hasses zu quälen, als jener Kaiser Franz, dessen Gutmüthigkeit feile Schriftsteller und verblendete Dummköpfe bis auf den heutigen Tag zu preisen pflegen.

Der Zweite in jener Dreieinigkeit, welche Oesterreich zwei Jahrzehnte hindurch knechtete, war der Fürst Metternich. Er war nur ein Mann der Routine ohne alle Gründlichkeit des Wissens. Er besaß Gewandtheit, Verschlagenheit und diejenige Art von Scharfblick, welche den Polizisten eigenthümlich ist. Allein es gebrach ihm vollständig an jener Tiefe der Einsicht, welche die Zukunft in ihrem Wechselverhältniß zur Gegenwart, oder die Gegenwart in ihrer Beziehung zur Vergangenheit erkennt. Es fehlte ihm jedes Gefühl für Ehre, Recht und Freiheit. Wäre er nicht der Diener des Kaisers Franz gewesen, so hätte er seinen Despotismus nicht auf diejenige Höhe geschraubt, welche derselbe im Jahre 1835 erreicht hatte und welche ihm wenigstens jedes Einlenken unmöglich machte. Allein er wollte in Saus und Braus leben. Um dieses zu können, folgte er willig der ihm von Kaiser Franz bezeichneten Richtung. Das unsittliche Leben, welches er schon führte, als er 1794 nach Wien kam und fortsetzte, selbst in den Zeiten, da die Ruthe Napoleon's Tausende anderer Schlemmer und Wollüstlinge aus ihrem Schlaraffenleben erweckte, stumpfte in seiner Seele jedes bessere Gefühl im Laufe der Jahre vollständig ab. Noch liegen der Geschichte nicht alle Beweise der von Metternich begangenen Verbrechen vor. Es ist guter Grund, anzunehmen, daß derselbe, wie ihm Napoleon in's Angesicht vorwarf, von England und zu gleicher Zeit durch die Herzogin von Sagan von Rußland bestochen war. Vollständig erwiesen ist es übrigens, daß er vom Jahre 1815 bis 1848 im russischen Solde stand *) und daß Staatsmänner, wie Capodistrias, welche Gelegenheit hatten, ihn zu kennen, der Ansicht waren, er könne durch einige Millionen zur Unterstützung der gefährlichsten Pläne Rußland's erkauft werden. Ich rechne es mir zur Ehre, daß ich diesen österreichischen Staatsmann, als derselbe auf dem Höhepunkte seiner Macht stand, öffentlich des Hochverraths anklagte.**) Wohl wurde ich deshalb in das Gefängniß geworfen. Doch meine Richter konnten mir nicht eine einzige thatsächliche Unrichtigkeit oder auch nur einen Fehlschluß nachweisen. Ich hatte damals die Frage aufgeworfen †): „Glaubst Du wohl, die deutsche Nation werde noch lange die Fesseln geduldig tragen, welche die Karlsbader und Wiener Beschlüsse ihr anlegten?"

Diese Frage bildete einen der Anklagepunkte, welcher meine Verurtheilung zur Folge hatte. Allein es vergingen kaum zwei Jahre, so hatte die deutsche Nation die Antwort auf meine Frage gegeben, Metternich war nach London geflüchtet und das Joch der Karlsbader und Wiener Beschlüsse war gebrochen. Durch Lug und Trug, Mord und Gewaltthat wurde zwar die frühere Despotenwirthschaft wieder hergestellt. Doch dieselben Ursachen müssen mit unabweislicher Nothwendigkeit zu denselben Wirkungen führen, wie früher.

Kaiser Franz, so wenig, als dessen Nachfolger Ferdinand und Franz Joseph, forderte von Metternich keine Rechenschaft für mehr als dreizehn Millionen Gulden, welche bis zum Jahre 1835 durch dessen Hände gegangen waren. Die österreichischen Kaiser deckten alle Verbrechen des Staatskanzlers nicht mit dem Mantel der christlichen Liebe, denn dieser stand ihnen nicht zur Verfügung, wohl aber mit dem schmutzigen Tuche der Mitschuld zu.

*) Siehe oben § 36, S. 378 f.

**) Briefwechsel zwischen einem ehemaligen und einem jetzigen Diplomaten von G. von Struve, S. 67 ff

†) Briefwechsel, S. 3.

Allein dieselbe deutsche Nation, welche sich in den Jahren 1848 und 1849 gegen ihre Dränger erhob, wird den Muth und die Entschlossenheit zu einer zweiten durchgreifenden Erhebung gewinnen. Mittlerweile sind neue bedeutungsvolle Beweisstücke gegen den Fürsten Metternich zu Tage gekommen, welche über die Verwerflichkeit des österreichischen Regierungssystems und die Heuchelei desselben erschöpfenden Aufschluß geben.

Metternich erklärte in den von seinem Privat-Secretär mitgetheilten und von Doctor Meinhart herausgegebenen Memoiren wörtlich Folgendes:

„Man bedenke doch, daß Oesterreich's Verhältniß zum deutschen Bunde nur ein gemeinsames militärisches Schutz- und Trutzbündniß gegen jeden auswärtigen Feind sowohl, als gegen alle inneren, aus Frankreich nach Deutschland herübergespielten revolutionären Tendenzen und Bewegungen ist, seine innere Politik aber von der des übrigen Deutschland's eine ganz abweichende sein muß, weil Oesterreich in seiner heutigen Zusammensetzung ein vorherrschend magyarisch-slavischer Staat ist, dessen deutsche Bestandtheile wieder durch die italienischen fast ganz im Schach gehalten werden, daher er nur in seinem nicht im rein deutschen Interesse Mitglied des deutschen Bundes geworden ist, weil also Oesterreich kein deutscher, sondern ein slavisch-ungarisch-italienischer Staatencomplex ist, wo jede der ihm incorporirten Nationalitäten die Berücksichtigung ihrer Sonderinteressen fordert und durch keine Sympathie der Sprache, Religion und Sitte mit Deutschland verbunden ist; ein Satz, welcher selbst in Beziehung auf die deutsch-redenden Völker Oesterreich's seine Anwendung leidet."

„Ich wiederhole es daher: eine andere Stellung zu dem deutschen Bunde, als die vorhin erwähnte, kann und wird Oesterreich nie eingehen."

Diese Worte lassen darüber keinen Zweifel, daß, so lange das Haus Habsburg Macht besitzt, die Einheit der deutschen Nation ebenso wohl, als diejenige Italien's und Polen's, ein Hirngespinnst bleiben muß.

Eine zweite Stelle giebt uns Aufschluß über das Verhältniß der österreichischen Regierung zur Religion. Sie lautet wörtlich wie folgt: „Wenn ich also die katholische Politik im Ansehen erhielt, so geschah es nur, weil sie den Autoritätsglauben, ohne welchen eine geordnete Staatshaushaltung nicht denkbar, aufrecht erhält und somit der Damm gegen eine Volksherrschaft ist, die überall früher oder später eintritt, wo der Gehorsam der Kirche aufgekündigt ist; denn nach der geistlichen Obrigkeit wird auch die weltliche ihr Ansehen einbüßen und Anarchie ist die bittere Frucht."

Hier haben wir also mit den eigenen Worten des Apostels der Legitimität den Beweis geführt, daß der österreichischen Regierung die Religion nichts weiter, als ein Mittel zu ihren Zwecken ist. Die Schwachköpfe, welche in den österreichischen Kirchen beten, erfahren auf diese Weise, daß der Glaube, welcher ihnen mit der Muttermilch eingeflößt wurde, nichts weiter ist, als der Gensd'arm, welchen jeder „gute Unterthan" im Herzen haben und ihn abhalten soll, die Missethaten seiner Bedrücker näher in's Auge zu fassen und zu bekämpfen.

Wann werden die gläubigen Christen endlich einmal erkennen, daß Niemand sich herzloser über sie lustig macht, als gerade Diejenigen, welche sich den Anschein der Gläubigkeit geben, um unter diesem Aushängeschilde desto schrankenlosere Willkür üben zu können?

Was Metternich von den Jesuiten dachte, sprach er in folgenden Worten aus:

„Die Jesuiten sind in einem großen Staate, wo das Argusauge der Polizei nicht alle Winkel durchspähen kann, die unentbehrlichsten Werkzeuge der Regierung, weil das Ansehen der Religion ihnen den Weg zur Auffindung aller Familiengeheimnisse anbahnt."

Wer also kein Freund dieser Argusaugen ist, hüte sich vor den Söhnen Loyola's.

Die gutmüthigen Seelen, welche noch an die Heiligkeit der Jeſuiten glauben, mögen hierdurch erfahren, aus welchen Gründen die Regierungen dieſen Orden begünſtigen!

Mit einem Regierungsſyſteme ſo verruchter Art, wie es in Oeſterreich ſeit Jahrhunderten faſt ununterbrochen beſtand, iſt natürlich keine Art der Freiheit und nicht einmal die Entwickelung der materiellen Quellen des Wohlſtands vereinbar. In allen freien Staaten der Erde dient die Preſſe nicht blos dazu, die ideellen Beſtrebungen der Menſchheit an das Tageslicht zu fördern, ſondern auch die materiellen Intereſſen derſelben zu beſprechen. Eine freie Preſſe macht auf tauſend bisher unbenützt gebliebene Hülfsmittel aufmerkſam, regt den Unternehmungsgeiſt der Menſchen an, warnt vor Gefahren, eröffnet neue Handelswege und bildet überhaupt den mächtigſten Sporn jedweder Thätigkeit. Die gefnebelte öſterreichiſche Preſſe konnte dem Lande dieſe Vortheile nicht bieten.

Metternich war ſchlau genug, zu erkennen, daß die öffentliche Meinung ihre Bedeutung habe. Er dachte aber nicht daran, dieſe durch ſeine Regierungsmaßregeln zu gewinnen, ſondern nur, ſie zu erſticken. Er beſaß nicht Talent genug, ſie, wie in unſeren Tagen Napoleon III. zu thun pflegt, durch glänzende Erfolge zu beſtechen oder durch ſeine Soldknechte fabriciren zu laſſen. Unterdrückung war das ganze Ziel ſeines Strebens. Bis zu einem gewiſſen Grade gelang ihm dieſes auch, namentlich in den Jahren 1819 bis 1830. Doch die Juli-Revolution gab ſeinem Syſteme einen Stoß, von dem es ſich nie wieder gänzlich erholte.

Wir kommen nun zu dem Dritten im Bunde der Gewaltigen Oeſterreich's: Friedrich Gentz. Er war während dieſes ganzen Zeitraums der bezahlte Hofſophiſt der öſterreichiſchen Regierung, der die Aufgabe hatte, alle diejenigen Staatsſtreiche, welche man nicht vollſtändig der Oeffentlichkeit entziehen konnte, in das Gewand der Rechtmäßigkeit zu hüllen. Er führte das Protokoll bei den meiſten Miniſter-Conferenzen dieſer Zeit und gab den Beſchlüſſen derſelben eine Faſſung, welche das größere Publikum über deren eigentliche Bedeutung wo möglich irre führen ſollte. In beſſeren Tagen war er der Meinung geweſen, daß in Oeſterreich, wenn es Europa ſollte retten und ſelbſt gerettet werden können, kein Stein in dem ganzen Bau ſeiner Regierung auf dem andern bleiben dürfe. Später entſchied er ſich aber für das Erhaltungsprinzip. Die Wahl wurde ihm gut bezahlt. Um die Feder für Franz und Metternich führen zu können, mußte er ſich auf dieſelbe Stufe ſittlicher Verkommenheit, wie dieſe, ſtellen. Er ging früher als ſeine beiden Mitarbeiter am Werke des Obſcurantismus und Abſolutismus, gefoltert von Todesfurcht und Lebensüberdruß, zu Grunde. Er erlebte noch die Juli-Revolution und ſtarb (1832), nachdem er ſich überzeugt haben mochte, daß die Verachtung aller Beſſeren auf ihm ruhe.

Neben Franz I., Metternich und Gentz verdient auch noch Graf Joſeph Sedlnitzky genannt zu werden, welcher von 1817—1848 an der Spitze der öſterreichiſchen Polizei ſtand. Hormayr nennt ihn „einen Jammerpudel, der ſchon als junger Kreishauptmann wegen Unfähigkeit, Trägheit und Eigenmacht zweimal von Amt und Gehalt längere Zeit ſuspendirt, aber doch wieder der wichtigſte Mann in Wien geworden ſei, als das vor keiner Unthat erſchreckende Haupt der geheimen Polizei und der verderblichſte Wehrwolf in der Cenſur."

Eine kräftige Nation würde nimmermehr ein ſo unwürdiges Joch, wie Franz I. und Metternich es den Oeſterreichern auferlegte, ertragen haben; allein die Bevölkerung der öſterreichiſchen Monarchie war und iſt überall keine Nation. Eine nationale Bewegung kann ſie auch niemals weſentlich fördern, inſofern dieſelbe nicht aus dem tiefern Drange der Freiheit hervorgeht. Jeder einzelnen Nationalität, welche ſich rührt, kann das Haus Habsburg immer drei bis vier andere feindlich entgegenſetzen. Sobald übrigens das gemein-

same Streben nach Freiheit sämmtliche vom Hause Habsburg geknechtete Nationen ergriffen haben wird, muß die österreichische Monarchie in sich selbst zusammenfallen. Jahrhunderte hindurch ist es den Habsburgern gelungen, die von ihnen unterjochten Völkerschaften und Bruchtheile von Nationen dadurch von jeder fortschreitenden Bewegung abzuhalten, daß es die höher gebildeten Theile des Reiches zwang, auf den Standpunkt der weniger gebildeten herab zu steigen, oder doch sich zu demselben niederzubeugen. Die Jahre 1848 und 1849 und neuerdings 1859 haben übrigens bewiesen, daß das alt habsburgische System des Stillstandes und der Trennung sich nicht mehr lange behaupten lasse.

Die Gründe, wodurch Fürst Metternich die habsburgische Regierungsweise zu rechtfertigen sucht, beweisen haarscharf, daß eine Auflösung der österreichischen Monarchie im Interesse sämmtlicher betheiligten Nationalitäten, insbesondere aber der deutschen dringend nothwendig ist. Eben weil Slaven, Magyaren und Italiener mit Recht verlangen können, im Geiste ihrer Eigenthümlichkeiten regiert zu werden, ist die Trennung derselben von den deutschen Provinzen des Hauses Habsburg die unabweisliche Voraussetzung einer vernünftigen Regierung. Hierbei sind nicht blos die österreichischen, sondern auch alle übrigen Provinzen Deutschland's interessirt. Unser Vaterland kann nie eine Einheit bilden, so lange es noch eine österreichische Monarchie gibt. Ein halbes Jahrtausend hindurch hat Deutschland durch seine Verbindung mit dem Hause Habsburg und dessen nicht-deutschen Provinzen gelitten. Es ist jetzt, nach allen diesen Leiden, aufgefordert, einmal zu handeln, das unselige Band zu zerreißen, welches ungleichartige Theile mit einander verbindet und gleichartige von der ihnen nothwendigen Verbindung zurückhält.

Nimmermehr wäre Deutschland während der Jahre 1815 bis jetzt (1859) auf seiner Bahn der Entwickelung so furchtbar gehemmt worden, hätte nicht das Haus Habsburg mit allen seinen nicht-deutschen Provinzen einen Druck zugleich auf seine und alle übrigen deutschen Länder ausgeübt, welcher jeden kräftigen Fortschritt unmöglich machte. Der deutschen Nation wäre die Schmach der Karlsbader und Wiener Beschlüsse nicht auferlegt worden, hätte nicht das Haus Habsburg denselben durch eine Bevölkerung von fünfunddreißig Millionen, von welchen nur der fünfte Theil deutsch ist, einen ungebührlichen Nachdruck verliehen.

Die Klein-Deutschen bildeten sich ein, Deutschland von dem auf ihm ruhenden österreichischen Alpe befreien zu können, indem sie die deutschen Provinzen Oesterreich's vom Gesammt-Vaterlande los schieden. Welcher Unsinn! Deutschland würde dadurch nicht vereinigt und erhielte in dem ungeschwächten Oesterreich weder einen Freund, noch einen Verbündeten, sondern nur einen Gegner, welcher im Interesse seiner slavischen, italienischen und magyarischen Bevölkerung noch heftiger, als bisher, gedrängt würde, Deutschland von jeder freien Entwickelung abzuschrecken. Ueberdies würde sich das Haus Habsburg eine derartige Ausweisung aus Deutschland gutwillig niemals gefallen lassen. Greift man aber zum Schwerte, so hat die Partei der Freiheit nur insofern Hoffnung auf einen dauernden Sieg, als alle Völker Mittel-Europas an dem Kampfe Theil nehmen. In diesem Falle werden Italiener, Polen, Magyaren und alle übrigen vom Hause Habsburg unterjochten Völkerschaften mit der deutschen Nation gemeinsame Sache machen, wenn diese ihnen zu einer nationalen Existenz zu helfen bereit ist. Außerdem aber werden sie sich, wie in den Jahren 1848 und 1849, nur zu gern zur Unterdrückung der Deutschen gebrauchen lassen. Halbe Maßregeln führen bei großen nationalen Bestrebungen nie zum Ziele.

Die österreichische Monarchie ist in Folge des abstumpfenden und niederdrückenden Einflusses, welchen das Haus Habsburg auf dieselbe ausübte, weit hinter ihren westlichen und nördlichen Nachbarstaaten zurückgeblieben. Die politische Erstarrung, die Unwissen-

heit und durchschnittlich selbst die Armuth der unter dem habsburgischen Joche schmachtenden Völker war in den Jahren 1815 bis 1830 so groß, daß denkende Reisende, welche Gelegenheit hatten, das Land genau zu beobachten, darüber in Erstaunen geriethen. Die Indolenz, in welche alle Theile der Monarchie versanken, erstreckte sich auf alle Gebiete menschlicher Strebung. In den Jahren 1815 und 1816 hatten die Oesterreicher wieder zu hoffen gewagt. Die Stände von Steiermark und Tyrol trugen Bitten vor, die Salzburger legten ihre Beschwerden in einer Klagschrift nieder (12. November 1816). Doch bald änderte sich dieses. In allen Provinzen wurden die freisinnigen Statthalter durch Finsterlinge und Tyrannen ersetzt. Die letzten Ueberreste freisinniger Einrichtungen aus der Josephinischen Zeit wurden beseitigt. Censur und Polizei, gestützt auf Gensd'armerie und stehende Heere, drückten jede freie Regung im Volke gewaltsam nieder. Wo sich die Völker das ihnen auferlegte Joch nicht ruhig gefallen ließen, wurden Untersuchungen durch feile Gerichte eingeleitet und Tausende in die Gefängnisse geworfen. Eine Nationalität wurde immer durch die Soldaten der anderen nieder gehalten. Denselben Druck, welchen Oesterreich auf Deutschland, übte es auch auf Italien aus. Wie in unserem Vaterlande die Könige von Preußen und Baiern, so gaben sich in Italien die Könige von Neapel und Sardinien dazu her, dem österreichischen Absolutismus Schergen-Dienste zu leisten. Die Frage ist: soll die Menschheit und namentlich ganz Mittel-Europa im Takte des Hauses Habsburg, oder soll dieses im Takte Mittel-Europa's einherschreiten? Die nächste Völkerbewegung wird diese Frage beantworten. Dreiunddreißig Jahre vergingen, bevor auch nur ein Theil der österreichischen Völker zur Erkenntniß seiner Lage gelangte. Vielleicht werden nach den Erfahrungen der Jahre 1848 und 1849 noch einige Jahre vergehen, bevor die Völker sich auf einen höhern politischen Standpunkt, als damals, emporgeschwungen und neuen Muth gesammelt haben werden, allein die Zeit wird kommen, da das Haus Habsburg den Gang der Entwickelung Mittel-Europa's nicht mehr wird aufhalten können. Es wird und muß die Früchte der Saaten erndten, die es unter seine Völker ausgestreut hat. Die Beamten, welche es nur zu Maschinen dressirt hat, werden sich nicht zu helfen wissen, sobald sie, statt einem knieenden, einem aufrecht stehenden und drohenden Volke werden gegenübertreten sollen. Die Diener fremder Nationalitäten, welche absichtlich als Werkzeuge zur Unterdrückung auserkoren wurden, werden im Augenblicke der Gefahr keine sittliche, keine geistige Gewalt auf die Massen ausüben können. Ein kräftiger Schlag, welcher die Wiener Staatsmaschine trifft, wird das ganze künstliche Räderwerk des österreichischen Despotismus in Unordnung bringen. Die dem österreichischen Volke eingetrichterte und eingeprügelte Gehorsamspflicht wird sich dann in der Unselbständigkeit und Hülflosigkeit der Massen und in der Ungunst der gedrückten, niederen Beamten kund thun.

Wie alle Nationalitäten, so unterdrückten sich gegenseitig auch alle Stände, alle Körperschaften im Schooße der österreichischen Monarchie. In keinem christlichen Staate Europa's befanden sich die bevorzugten Stände in einer so wenig beneidenswerthen Stellung, als in Oesterreich. Das mißtrauische Auge der Regierung lastete mit gleicher Schwere auf Civilbeamten und Militärpersonen, auf Adeligen und Geistlichen. Niemand, so hoch seine Stellung im Dienste oder so günstig seine persönliche Lage, war seiner Freiheit sicher, falls er es wagte, seinen eigenen Weg zu gehen, falls er nicht mit den Wölfen heulen wollte.

Den schmutzigsten Leidenschaften, der gemeinsten Liederlichkeit mochte Adel und Beamtenstand ganz öffentlich fröhnen. Dagegen schritt die Regierung im Interesse der Sittlichkeit niemals ein. Allein Censur und Polizei, die quälendsten Bestimmungen über

Privat-Unterricht und Paßweſen drückten auf Adel und Beamtenſtand nicht minder ſchwer, ja oft noch ſchwerer, als auf Bürger und Bauern.

Kein Geſetz und keine Gewohnheit der Milde ſchützte den Beamten gegen willkürliche Mißhandlungen von Seiten ſeiner Vorgeſetzten, oder den Adeligen vor den Mißhandlungen der Beamten. Die alten ſtändiſchen Vorrechte des Adels, welche zuerſt von Ferdinand II. untergraben und ſpäter von Joſeph II. vernichtet worden waren, blieben aufgehoben. Der Form nach beſtand zwar in allen Provinzen (außer Görz, Iſtrien und Dalmatien) eine ſtändiſche Vertretung; ſie wurde ſogar in den rückerworbenen Provinzen Tyrol und Vorarlberg (1816), in Galizien (1817), in Krain (1818) und in Salzburg (1826) wieder eingeführt. Allein die Zuſammenſetzung der ſtändiſchen Verſammlungen und die denſelben zugetheilten Rechte waren ſo beſchaffen, daß für die Sache der Freiheit und des Rechtes kein Vortheil von Erheblichkeit daraus entſpringen konnte. In Vorarlberg gibt es keinen Adel, in Tyrol ſind die vier Stände gleich ſtark vertreten. Im Schooße aller übrigen Ständeverſammlungen beſaßen Adel und Geiſtlichkeit durchſchnittlich drei Viertheile der Stimmen. Zu Gunſten der Geſammtheit ließen ſich daher ſchon aus dieſem Grunde keine Beſchlüſſe erwarten. Der Geſchäftskreis dieſer Ständeverſammlungen ging über Landpolizei, Rekrutenaushebung, Vertheilung und Beitreibung der Steuern nirgends hinaus. Selbſt das Recht der Bitte, welches ihnen dem Namen nach zuſtand, wurde ihnen dermaßen verkümmert, daß ſie es für klüger fanden, davon keinen Gebrauch zu machen. Sie erfuhren bald, daß eine von ihnen vorgetragene Bitte der Nichterfüllung gewiß ſei und daß die Bittſteller froh ſein mußten, falls ſie mit einem bloßen Verweiſe davon kamen. Die Stände von Ungarn wurden im Laufe von vierzehn Jahren (1811 bis 1825), diejenigen von Siebenbürgen in dreiundzwanzig Jahren (1811 bis 1834) nicht berufen. Hätten die Mitglieder der verſchiedenen Ständeverſammlungen Kraft und Entſchloſſenheit beſeſſen, wären ſie aller Orten vom Geiſte der Freiheit beſeelt geweſen, ſo hätten ſie ungeachtet aller dieſer Beſchränkungen und Hemmniſſe dennoch etwas zu leiſten vermocht. Allein viele der Beſſeren zogen ſich in Groll und Unmuth von denſelben zurück. Speichellecker und Knechtſeelen benützten dieſelben, um ſich der Regierung durch ihre unterwürfigen Geſinnungen bekannt zu machen. Erſt in den vierziger Jahren entwickelte ſich einige Lebenskraft im Schooße derſelben, welche bewies, daß es immer unklug und gewiſſenlos iſt, auch den ſchwächſten Hebel politiſcher Freiheit unbenützt zu laſſen, indem derſelbe durch ausdauernde Kraftanſtrengung geſtärkt werden kann.

Wie der Adel, ſo hatte auch die Geiſtlichkeit denjenigen wohlthätigen Charakter, den ſie in früheren Jahrhunderten gehabt haben mochte, vollſtändig verloren. Keine andere Macht war ihr geblieben, als dem Volke, wie Kaiſer Franz und ſein Erzieher Colloredo ſich auszudrücken pflegten, einen Kappzaum anzulegen. Ein Pfarrer, der es gewagt hätte, unter ſeiner Gemeinde den Samen ſittlicher Freiheit, erleuchteter Gewiſſenhaftigkeit und ſelbſtbewußter Menſchenwürde auszuſtreuen, wäre ſchnell von ſeinem Poſten entfernt worden. Seine Aufgabe war, dieſelbe ſtumpfſinnige Unterwürfigkeit, wie gegen die Kirche und die Religion, ſo auch gegen den Staat und die Obrigkeit einzuſchärfen.

Die Kirche als eine Geſammtheit, als eine Macht, war den Habsburgern keine erwünſchte Anſtalt. Als eine Magd, als ein Werkzeug ihrer Gewalt, welches ſich ſelbſt, gleich anderen Unterthanen, ruhig jeden Druck gefallen ließ, war ſie dagegen dem Hauſe Habsburg ſehr nützlich. Einen geſicherten Rechtszuſtand beſaß ſie in Oeſterreich eben ſo wenig, als Adel, Bürger und Bauern. War man in Finanzverlegenheiten, wie z. B. im Jahre 1809, ſo hob man Klöſter auf; in Zeiten des Friedens beförderte man dagegen Mönche und Nonnen. Vom Jahre 1815 an wurden die Klöſter unausgeſetzt vermehrt

und begünstigt. Mönche und Soldaten, mönchisch und soldatisch geschulte Beamte sollten Bürger und Bauern in einen Zustand mönchischer Verdummung und soldatischer Unterwürfigkeit versetzen.

In Tyrol fing man 1814 an, die unter Joseph II. verminderten Klöster und Stifte wieder herzustellen. Piaristen, Kapuziner und Franziskaner wurden durch Steuererleichterung begünstigt. Seit dem Jahre 1804 wurden die Volksschulen mehr und mehr unter geistliche Aufsicht gestellt. In Italien, woselbst man der Geistlichkeit nicht traute, verfuhr die österreichische Regierung im Kirchenwesen sehr gewaltthätig. Sie hob im Venetianischen mehrere Bisthümer auf, besetzte andere mit Deutschen und brachte das ganze Kirchenwesen auf österreichischen Fuß. Es kam darüber zu Streitigkeiten mit dem Pabste, welche jedoch schon im Jahre 1819 ausgeglichen wurden. Die österreichische Regierung förderte jede Art des Aberglaubens, namentlich das Wallfahrten. Sie schenkte (1816) den Redemptoristen oder Ligorianern ein Kloster zu Wien und stellte (1820) in Galizien eine förmliche Ordensprovinz der Jesuiten wieder her. Doch hielt die Regierung mit Strenge auf das placetum regium, d. h. päbstliche Erlasse erlangten erst durch kaiserliche Genehmigung Gültigkeit in Oesterreich. Die Regierung begünstigte zwar geistliche Erziehungsanstalten, beaufsichtigte diese jedoch mit der äußersten Strenge. Sie behielt sich die Besetzung der höheren geistlichen Stellen zum größten Theile vor und konnte durch Entziehung des Staatszuschusses die niederen Geistlichen unter dem Daumen halten, wenn jemals es vorgekommen wäre, daß ein mißliebiger Pfarrer von seinen Vorgesetzten nicht auf Anregung der Regierung beseitigt worden wäre.

Die Protestanten wurden mit Ungunst betrachtet. Da sich aber im Schooße derselben viele befähigte Menschen befanden, konnte die Regierung nicht umhin, sich derselben häufig zu bedienen. Katholische Präsidenten wachten über die Handlungsweise protestantischer Consistorien. Die protestantische Kirche wurde überhaupt nur geduldet, nicht anerkannt. Der Artikel 16 der deutschen Bundesacte galt in Oesterreich ganz eben so wenig, als Artikel 13, 18 und 19. Der Protestant mußte dem katholischen Pfarrer die Stolgebühren ganz eben so bezahlen, als wenn er sich desselben bedient hätte, mußte seine Ehe in der katholischen Kirche aufbieten lassen und durfte auf seinem Todtenbette dem katholischen Seelsorger den Zutritt nicht versagen. Er mußte beim Ankauf von Häusern und Grundstücken, beim Erwerbe von Bürger- und Meisterrechten, von akademischen Würden und Civilämtern Dispens einholen. Auf der Militärakademie in Wiener Neustadt wurde jeder Protestant genöthigt, sich in der katholischen Religion erziehen zu lassen. Unzählige Verordnungen erschwerten den Protestanten jeden Schritt im Leben: den Schulbesuch, den Erwerb von Büchern, namentlich der Bibel, die Eingehung der Ehe mit Katholiken und den freien Verkehr mit dem protestantischen Auslande. In Tyrol wurden Nicht-Katholiken gar nicht geduldet. Vierhundert Zillerthaler mußten auswandern und fanden in Preußisch-Schlesien erst die ihnen in Oesterreich versagte Gewissensfreiheit.

Alle diese Zustände, unter welchen die Protestanten schwer litten, standen im Widerspruch mit dem westphälischen Frieden,*) welcher in sehr bestimmten Ausdrücken derartige Zurücksetzungen verbot und dem Artikel 16 der deutschen Bundesacte. Allein das Joch lastete so schwer auf den Protestanten, daß sie nie sich zu beklagen wagten. Im Schooße des Bundestags fand sich natürlich keine Stimme, die sich ihrer angenommen hätte.

Die Schule konnte unter den bisher geschilderten Verhältnissen nichts weiter sein, als eine Anstalt für mechanische Abrichtung. Der Geistliche führte auf derselben das große

*) Siehe Buch VII., § 44, S. 321.

Wort. Er führte die Aufsicht zugleich über die Schüler und die Lehrer. Das Religionszeugniß war das wichtigste unter den vielen Zeugnissen, dessen der Schüler bedurfte, um vorwärts zu kommen; Heuchelei und Bestechung waren die sichersten Mittel, sich ein befriedigendes zu verschaffen. Um es den Oesterreichern unmöglich zu machen, eine selbstständige Bildung im Auslande zu gewinnen, wurde der Besuch ausländischer Universitäten vollständig verboten, in Italien 1817, in den übrigen Provinzen 1819. In Ungarn wurde der letzte Rest dieser Freiheit (1830) zurückgenommen. Der Unterricht durch Privatlehrer wurde außerordentlich erschwert.

Derselbe Druck, wie auf der Schule, lastete auf der Literatur. Viele der trefflichsten Schriftsteller wurden theils gänzlich verboten, theils nur in verstümmelten Ausgaben geduldet. Es erstarb in Folge aller dieser Maßregeln nicht blos alle schöpferische Kraft auf dem Gebiete der Kunst und der Wissenschaft, sondern auch aller Sinn für dieselben, alle Gelehrsamkeit und Kunstfertigkeit. Die einzigen Künste, welche eine theilweise Ausnahme machten, waren Tanz- und Tonkunst, weil die Regierung in denselben ein Mittel erkannte, auf die Sinnlichkeit des Volkes einzuwirken.

Eben so schlecht, wie die ideellen, wurden die materiellen Interessen der Oesterreicher gepflegt. Nach einem schmählichen Staatsbankerotte betrug im Jahre 1815 die Summe des umlaufenden Papiergeldes nach dem laufenden Course siebenhundert Millionen Gulden. Vor 1816 bezahlte der Staat für seine Schuld jährlich fünf Millionen dreimalhundert einundneunzigtausend Gulden Conventionsmünze; im Jahre 1831, nach fünfzehn fast ununterbrochenen Friedensjahren, einundzwanzig Millionen, 1842 neunundvierzig Millionen! Dahin hatten nicht endende Lotterie- und andere auf die Gewinnsucht des Volkes berechnete Operationen geführt!

Ungeachtet sich Oesterreich, dem Artikel 19 der deutschen Bundesacte zuwider, gegen Deutschland durch Zollinien abschloß, verstand die Regierung nicht, die im Innern des Landes stehenden Zollschranken zu entfernen. Selbst nachdem in den Jahren 1825 und 1826 die übrigen Zollinien abgeschafft worden waren, blieben diejenigen Ungarn's bestehen. Die Handelsstadt Venedig ging unter dem österreichischen Scepter ihrem Untergange mit raschen Schritten entgegen. In vierzehn Jahren (von 1814 bis 1828) nahm die Bevölkerung der Stadt um ein Drittheil ab, ein zweites Drittheil lebte von fremder Unterstützung. Im Jahre 1816 befanden sich im Hafen von Venedig acht Linienschiffe und sieben Fregatten. Die österreichische Regierung ließ sie verfallen. Kein Land Europa's, selbst Rußland und die Türkei nicht ausgenommen, machte seit 1815 so geringe Fortschritte, als Oesterreich auf dem Gebiete des Handels und der Schifffahrt.

Trotz der Fruchtbarkeit des Landes und dem milden Klima desselben blieb Oesterreich auch in landwirthschaftlicher Beziehung weit hinter seinen Nachbarländern im Westen und Norden zurück. Die Bodenfläche des Reiches liefert nach dem Urtheile Sachverständiger kaum ein Drittheil desjenigen Ertrages, den sie bei freier Benützung der vorhandenen Kräfte abwerfen könnte. So lange Preußen und Rußland mit Oesterreich Hand in Hand gingen und von französischer Seite her nichts zu befürchten war, mochte das Haus Habsburg seinen Thron für sicher halten. Seit aber Rußland wegen des österreichischen Undankes grollt, Preußen sich von der habsburgischen Vormundschaft befreit hat, Napoleon III. ganz Europa in steter Spannung erhält, und die Nationen der Erde anfangen, sich von den Niederlagen der Jahre 1849 bis 1851 zu erholen, rückt der Tag der Abrechnung mit dem Hause Habsburg immer näher. Deutschland und Italien insbesondere, welche so lange Zeit durch das Haus Habsburg in ihrem Entwickelungsgange aufgehalten worden

sind, haben die heilige Pflicht und das unveräußerliche Recht, der österreichischen Monarchie die Einmischung, welche sich diese in ihre Angelegenheiten erlaubt hat, zurückzugeben: Freiheit für Knechtschaft, Recht für Unrecht.

## § 49. Preußen.

Was Du von der Minute ausgeschlagen,
Bringt keine Ewigkeit zurück.

Im Jahre 1813 stand Friedrich Wilhelm III. thatsächlich an der Spitze der deutschen Nation. Hätte er den in Breslau angeschlagenen Ton festgehalten, hätte er im Streite mit den inneren Feinden dem Volke die Fahne vorangetragen, wie im Kampfe mit den äußeren, hätte er Deutschland vertreten bei den auswärtigen und inländischen Diplomaten, wie bei den auswärtgen und inländischen Generalen, am grünen Tische, wie auf dem Schlachtfelde, dann wäre unser Vaterland nicht unter das Joch der deutschen Bundesacte, der Karlsbader und Wiener Beschlüsse gebracht worden. Es hätte sich im Schooße der deutschen Nation nicht jener tiefe und unüberwindliche Widerwillen gegen seine Fürsten, Adeligen und Pfaffen, gegen Beamten und Soldaten bilden können, welcher früher oder später der Monarchie in Deutschland das Ende bereiten muß. Eine neue, vielleicht lange dauernde Periode constitutioneller Monarchie hätte sich entwickeln können, in deren Schooße Preußen die erste Rolle gespielt hätte. Allein Friedrich Wilhelm III. besaß weder Scharfblick genug, die glänzende Stellung, welche sein Volk für ihn erobert hatte, zu erkennen, noch Kraft und Umsicht genug, von derselben den geeigneten Gebrauch für sich, für Preußen und für Deutschland zu machen. Er ließ sich von Metternich in die Bande des Obscurantismus und Despotismus schlagen, sank auf die Stufe gewöhnlicher freibeutender Fürsten zurück und gab dadurch alle die Vortheile, welche er im Laufe eines Jahres gewonnen hatte, Schritt für Schritt in fünfundzwanzig Jahren einer wortbrüchigen, unfreisinnigen und heuchlerischen Regierung wieder auf.

An der Schuld des Königs hatte jedoch auch das preußische Volk seinen Theil. Es hatte im Kriege große Tapferkeit und warme Begeisterung bewiesen. Im Frieden legte es keine dieser Tugenden an den Tag. Es gab dem Könige nicht denjenigen Sporn, welcher ihn abgehalten hätte, in seine frühere Schlaffheit und Seichtigkeit zurück zu versinken. Es hielt ihm nicht mit Muth und Entschlossenheit die Zusagen der trüben Zeit vor, es gab ihm nicht mit dem erforderlichen Nachdrucke zu erkennen, daß, wenn auch er, doch nicht die Nation die Periode der Schmach und deren Ursachen, die Zeit des Aufschwungs und dessen Hebel vergessen habe. Das preußische Volk ließ sich den Treubruch seines Königs geduldig gefallen und stieg so mit diesem von dem Ehrenplatze unter Deutschland's Stämmen zu dem Schandplatze herab, den es an Metternich's Kette mehr als ein Vierteljahrhundert hindurch einnahm.

Von dem österreichischen Volke erwartete in Deutschland Niemand ein hochherziges Beispiel. Man wußte, daß es seit zwei Jahrhunderten von Jesuiten oder deren Nachfolgern verdummt und von stumpfsinnigen Fürsten geknechtet worden war. Die kurze Zeit josephinischer Reformen war längst vergangen. Allein den Preußen, den Siegern bei Katzbach und Dennewitz, bei Leipzig und Waterloo traute die deutsche Nation zu, sie würden für Freiheit im Innern mit gleicher Kraft kämpfen, als für Freiheit nach Außen hin. Die deutsche Nation täuschte sich. Sie schlug die politische Bildung der Preußen zu hoch an. Eine Militär-Monarchie ist nicht die Regierungsform, in deren Schooße sich für-

gerliche Tugend und politische Mündigkeit entwickeln kann. Die Kleinstaaten boten dazu bessere Tummelplätze, als die Großstaaten Deutschland's.

Friedrich Wilhelm, der dritte im Bunde der Stifter der „heiligen Allianz," besaß zwar nicht die Hartherzigkeit, wohl aber die Beschränktheit, den Eigensinn und die Abneigung gegen freie Verfassungen, welche seinem Bundesgenossen Franz I. angeboren war. Mit Alexander I. hatte er dessen Frömmelei und Charakterschwäche gemein. Er besaß aber nicht dessen Scharfblick, dessen diplomatische Gewandtheit und dessen rastlosen Ehrgeiz. Der König von Preußen hatte einen ganz andern Beruf, als der russische Czaar und der Beherrscher des slavisch-magyarisch-italienisch-deutschen Oesterreich's! Weder Alexander, noch Franz vergaß in demselben Maße, wie Friedrich Wilhelm III. die Pflichten, welche die Beschaffenheit seines Landes, der Bildungsgrad seines Volkes und die Macht der Vergangenheit ihm auferlegten.

Wir wollen den häuslichen Tugenden, der ehelichen Treue, der persönlichen Milde Friedrich Wilhelm's III. nicht zu nahe treten. Sie würden denselben vielleicht zu einem wackern Spießbürger gemacht und die Wahl in ein Collegium von Stadtverordneten oder Kirchen-Aeltesten erwirkt haben. Wichtiger für den Geschichtsforscher sind die Regenten-Eigenschaften des Königs. Diese waren leider! ungewöhnlich schwach. Friedrich Wilhelm III. war kein Verschwender und Wollüstling, gleich seinem Vater, aber auch weder ein Feldherr, noch ein Staatsmann, gleich seinem Großonkel Friedrich II. Die kurze Periode, in welcher die Noth ihn drängte, die Zeit von 1808 bis 1815, in welcher er Andere, statt seiner schalten ließ, bietet uns nicht den richtigen Maßstab für seinen Charakter. Die lange Zeit von 1797—1808 und von 1815—1840, die sechsunddreißig Jahre, in welchen nur gewöhnliche Ereignisse auf ihn wirkten, und in welchen er seinen Eigenthümlichkeiten den Zügel schießen ließ, geben den Ausschlag, wenn wir seinen Charakter würdigen wollen.

Auf die Periode der Angst und des Schreckens, welche vom Jahre 1806 bis 1813 den König aus seinem Schlaraffenleben empor gerüttelt hatte, folgte die Zeit des stillen Genusses. Friedrich Wilhelm III. besaß nicht Aufrichtigkeit und Edelsinn genug, die errungenen Erfolge Denjenigen beizumessen, welche Gut und Blut, Leib und Leben eingesetzt hatten. Weil er selbst zur Befreiung Deutschland's nichts anderes beigetragen hatte, als daß er über sich ergehen ließ, was er zu hindern nicht stark genug war, bildete er sich ein, oder gab sich wenigstens den Schein, als glaubte er, Gott allein gebühre die Ehre. Es ist dieses ein Kunstgriff, dessen sich zu allen Zeiten undankbare Menschen bedienten, um sich dadurch der Pflicht der Dankbarkeit und der Erfüllung ertheilter Zusagen zu entziehen. Es spricht fürwahr! sehr wenig für Friedrich Wilhelm III., daß er ohne Ausnahme alle Männer, welche einen hervorragenden Theil an den Kämpfen der Jahre 1808 bis 1814 genommen hatten, insofern sie ihrem Charakter treu blieben, entweder als Feinde verfolgte und mißhandelte, oder vollständig ignorirte, des Dienstes entließ und nicht wieder in Thätigkeit setzte. Stein, der Mann, welcher vor allen anderen die erste und kräftigste Anregung zum Widerstande gegen die napoleonische Gewaltherrschaft und zur Belebung des Freiheitssinnes der Nation gegeben hatte, mußte sein Leben einsam auf seinem Gute zu Kappenberg vertrauern, woselbst er (1831) starb. Hardenberg wurde nur beibehalten, weil er sich zum dienstwilligen Werkzeuge nicht blos des Königs, sondern auch des Günstlings desselben Wittgenstein's und sogar des österreichischen Metternich herabwürdigen ließ. Blücher starb, gleich Stein, im Privatstande, auf seinem Gute zu Krieblowitz bei Breslau (im Jahre 1819). Bülow-Dennewitz, Kleist-Nollendorf, York-Wartenberg, Grolmann, selbst Gneisenau, alle die Helden des Befreiungskrieges galten nichts mehr am Hofe des

Königs, nachdem ſie dieſem ihre unſterblichen Dienſte geleiſtet hatten. Arndt, Jahn, die Gebrüder Welker, Görres, Mühlenfels und unzählige andere, welche einen mehr oder minder hervorragenden Theil an den Freiheitskämpfen der Jahre 1813 bis 1815 genommen hatten, wurden als Demagogen und Störefriede verfolgt und mißhandelt. Die nichtswürdigſten und verächtlichſten Menſchen: ein Wittgenſtein, Witzleben, Bernſtorff, Kamptz, Schmalz und andere führten das große Wort am Berliner Hofe. Wilhelm von Humboldt, Schön, Boyen, Beyme und andere, welche in den Zeiten der Noth ausgeharrt und guten Rath ertheilt hatten, wurden, einer nach dem andern, in aller Stille beſeitigt. Der König konnte nur Leute um ſich dulden, welche ihn „calmirten.“ „Calmiren“ war ein Lieblingsausdruck Friedrich Wilhelm's III. Er ſelbſt bedurfte der Beruhigung, weil er von Jahr zu Jahr verdrießlicher, ärgerlicher und reizbarer wurde. Die krankhafte Stimmung, in welche er mehr und mehr verſank, machte ihm jedes ſ. g. „Echauffement,“ welches er an Anderen wahrnahm im höchſten Grade verhaßt. Für „Echauffement“ hielt der König aber jeden Widerſpruch, welcher ihm entgegengeſetzt wurde, jedes Streben, welches ihm nicht zuſagte und daher insbeſondere jede freiheitliche Bewegung. Im Staat und in der Kirche zu „calmiren“ war die große Aufgabe, welche ſich Friedrich Wilhelm in den Jahren 1815 bis 1840 ſetzte. Die Stimmung, in welche der König verſank, war derjenigen der erſten Jahre ſeiner Regierung nicht unähnlich. Der Unterſchied zwiſchen damals und jetzt beſtand nur in den äußeren Verhältniſſen. In den Jahren 1797 bis 1806 waren es die auswärtigen Angelegenheiten, welche ſich beſonders geltend machten. Damals war das Looſungswort des Königs: Neutralität, oder mit anderen Worten Unthätigkeit im auswärtigem Kampfe. Das „Calmirungsſyſtem“ der letzten fünfundzwanzig Jahre der Regierung Friedrich Wilhelm's III. war daſſelbe den inneren Bewegungen des Landes gegenüber. Trägheit, Schlaffheit und Seichtigkeit bildeten die Grundlage der Neutralitäts-, wie der Calmirungsbeſtrebungen Friedrich Wilhelm's III.

Man mag Morgens früh um 6 Uhr aufſtehen und ſofort Stiefel und Sporen anziehen und dennoch ſchlaff und träg ſein. Ein König kann im Bette liegend, den Umſtänden nach, weit thätiger, als in Sporen und Stiefeln ſein. Nicht körperliche, ſondern geiſtige Thätigkeit iſt es, was ein Land von ſeinen Regenten verlangt.

Was wir oben*) von dem Prinzipe der Neutralität ſagten, gilt mit gleicher Kraft auch von demjenigen des „Calmirens.“ Als Prinzip iſt es immer verderblich, ſo vortheilhaft es als vorübergehendes Auskunftsmittel ſein kann. Preußen, wie ganz Deutſchland war in den Jahren 1815 bis 1830 in ſeinen inneren Angelegenheiten ſo ruhig, daß es der „Calmirung“ durchaus nicht bedurfte. Was ihm Noth that, war die Erfüllung der gegebenen Zuſagen von Seiten des Königs. „Calmirung“ war nur nothwendig, wenn man das Volk durch Treubruch „echauffirte.“

Die Gräfin Auguſte von Harrach, welche Friedrich Wilhelm III. (9. November 1824) in morganatiſcher Ehe unter dem Titel einer Fürſtin von Liegnitz ſich vermählte, verſtand es zwar, den König etwas zu „calmiren.“ Auf die Politik übte ſie und ihre „Calmirung“ jedoch keinen Einfluß. Der Widerwille gegen jede Regung der Freiheit blieb dem Könige nach, wie vor.

Alexander von Humboldt „calmirte“ auch den König, indem er denſelben trefflich zu unterhalten verſtand. Allein er vermied es, ſich auf das dornenreiche Gebiet des Staats zu wagen und konnte daher zum Beſten der deutſchen Nation bei Friedrich Wilhelm III. nichts durchſetzen.

*) S. § 37. S. 385.

Theater, Oper und Ballet wirkten gleichfalls „calmirend" auf den König, mehr noch, als die Kirche, welche ihm manches Herzeleid bereitete, weil sie sich nicht so unbedingt, wie der Staat von ihm beherrschen lassen wollte.

Als im Jahre 1812 der General Clausewitz in einem schriftlichen Aufsatze dem Könige eine levée en masse, d. h. eine allgemeine Volksbewaffnung angerathen, hatte Friedrich Wilhelm dazu bemerkt: „Bei einer Nation, die gewitzt ist und Intelligenz hat, geht so etwas zur Noth an; aber bei uns?" Als das Volk sich dennoch später erhob und siegte, wurde Friedrich Wilhelm seines Irrthums nicht inne. Nach, wie vor sprach er davon, daß dem preußischen Volke die zu einer freien Verfassung erforderliche Intelligenz und Gewitztheit abgehe. Dem Könige Friedrich Wilhelm III. fehlte es allerdings an derjenigen Intelligenz, welche erforderlich war, aus Preußen eine constitutionelle Monarchie zu machen, und dadurch das Land seinem Hause auf lange Zeit in erhöhter Macht zu erhalten. Dem preußischen Volke gebrach es dazu nicht an Intelligenz, wohl aber an Entschlossenheit. Hätte es diese besessen, so würde es den König schon gezwungen haben Wort zu halten.

Wenn Friedrich Wilhelm III. im Schooße seines Reiches nicht Menschen gefunden hätte, deren Vortheil es mit sich brachte, die Abneigung des Königs gegen freie Einrichtungen zu stärken und die von ihm ertheilten Zusagen in Vergessenheit zu bringen, so hätte freilich Alles eine andere Wendung genommen. Allein da war noch immer jener „arme güterlose oder verschuldete Adel," von welchem Stein geschrieben hatte: „er ist ungebildet, hülfsbedürftig, anmaßend, er drängt sich in alle Stellen vom Marschall bis zum Posthalter und Stadtinspector, er steht allen übrigen Bürgerklassen durch die Stellen, die er ihm entzieht, durch die Ansprüche, die er anstellt, im Wege, und er sinkt unter sie durch seine Armuth, seine verwandtschaftlichen Verbindungen und seine wenige Bildung herunter."

Dieser erbärmliche Adel konnte allerdings nicht hoffen, unter dem Gesetze der Freiheit alle diejenigen Vortheile an sich zu reißen, welche ihm die unbeschränkte königliche Gnade gewährte, und darum bestärkte dieser nichtswürdige Theil des Volkes Friedrich Wilhelm III. in dem Bestreben, die von ihm früher gegebenen Zusagen zuerst auf die lange Bank zu schieben und dann vollständig zu brechen.

Dem hungrigen Adelstand war das feile und kriechende Beamtenthum und das heuchlerische Pfaffenthum hülfreich zur Seite. Ein Bischof Eylert, welcher von dem Grundsatze ausging, daß die Majestät nicht fehlen könne, war nicht dazu geeignet, derselben das Gewissen zu schärfen, wohl aber, dieses einzuschläfern.

Auch dem Fürsten Metternich würde es nicht gelungen sein, den König in seinen Netzen zu fangen, wenn dieser nicht die Ueberzeugung gehegt hätte, daß *man in Wien es am besten verstehe*, das Volk unter dem Daumen zu halten, und wenn der König nicht in der Hauptsache eben dieses Streben, wie Franz I., gehegt hätte.

Friedrich Wilhelm, welcher so schwach war, daß er in seiner Umgebung nur „Spucknäpfe seiner Launen" duldete, dem schon die Nähe der Universität peinlich war, konnte eine Ständeversammlung nicht ertragen, welche die Fehler seiner Regierung vor der ganzen Welt blosgestellt hätte. Friedrich Wilhelm III., welcher durch das Benehmen jedes Menschen, der nicht eine Höflingsnatur besaß, „genirt" und „turbirt" wurde, mußte nothwendig ein ungeheueres Hinderniß bei jeder großartigen Fortschrittsbewegung sein, wie er in solches im Anfange des Jahres 1813 gewesen war. Allein dieselbe Schwäche und Zaghaftigkeit des Charakters, welche den König unfähig machte, eigene Bahnen zu betreten, hätte es den Freunden des Fortschrittes leicht gemacht, ihn zur Ertheilung einer Verfassung zu bringen, falls sie (wie im Jahre 1813) fest zusammen gehalten und einmüthig darauf

gedrungen hätten, daß man der Nation das gegebene Wort halten müsse. Allein schon während des Freiheitskampfes der Jahre 1813 und 1814, beim Friedensschlusse zu Paris und auf dem Wiener Congresse wichen die Rathgeber des Königs von dem Standpunkte ab, auf welchen sie sich in den Jahren 1808 bis 1813 hinangeschwungen hatten. Der größte Theil der Schuld fällt dem Staatskanzler von Hardenberg zur Last. Der maßlose Luxus, dem sich dieser Minister von Jugend auf ergeben, hatte dessen Charakter mehr und mehr entnervt und dessen äußere Stellung wiederholt sehr beengt. Eine Zeit lang wankte er. Ein Besuch, welchen er kurz vor dem Congresse von Aachen dem Fürsten von Metternich auf dem Johannisberge abstattete, entschied über seine Zukunft. Dort wurde wahrscheinlich der Preis festgesetzt, um welchen Hardenberg sich und Preußen an Oesterreich verkaufte. Von dieser Zeit an war es ihm mit der Verfassung nicht mehr Ernst. Was er in Angelegenheiten derselben that, war nur noch Spiegelfechterei.*) Von dieser Zeit an wurde Hardenberg von Wien aus mit Lobpreisungen überschüttet. Die Hoffnungen der Freunde des Vaterlandes schwanden mehr und mehr. Die preußische Regierung begnügte sich nicht damit, die Karlsbader Beschlüsse in's Leben zu rufen. Sie vollzog dieselben ihrer ganzen Strenge nach und ging noch weit über dieselben hinaus. Eine neue Censur-Vorschrift schärfte diejenige des Jahres 1788 (18. October 1819). Die Censurfreiheit der Akademien und der Universitäten, welche in Hannover sogar aufrecht erhalten, wurde in Preußen abgeschafft. Der deutsche Bund schrieb nur für Werke unter zwanzig Bogen, Preußen auch für diejenigen über zwanzig Bogen Censur vor.

Weit schwerer, als in Oesterreich, lastete der Druck von Polizei und Censur in Preußen auf dem Volke. In Oesterreich hatte man wenig oder nichts gehofft, die Massen hatten dort nur geringen Antheil an der Erhebung des Jahres 1813 genommen. In Preußen aber, woselbst das Volk durch königliche Erlasse in die höchste Aufregung und durch königliche Verheißungen zu den großartigsten Hoffnungen gedrängt worden war, wirkte die Wortbrüchigkeit des Königs wahrhaft vernichtend.

Die Provinzialstände, welche der König im Jahre 1823 einführte, erschienen, wie bitterer Hohn im Verhältniß zu den von ihm früher gemachten Zusagen. Enthielten diese eine „zweckmäßig eingerichtete Repräsentation der Nation sowohl in den Provinzen als für das Ganze," welche das Edikt vom 27. October 1810, oder eine Repräsentation des Volkes und eine Versammlung der Landes-Repräsentanten (im Gegensatze zu den Provinzialständen), welche das Edikt vom 22. Mai 1815 verheißen hatte? Keineswegs!! Sogar in dem Edikte vom 17. Januar 1820, worin bestimmt worden war, daß „künftige Schulden nur mit Zuziehung und Gewährleistung der künftigen Reichsständischen Versammlung kontrahirt werden sollten," wurde durch diese neugeschaffenen Provinzialstände stillschweigend auf die Seite geschoben.

Wie nothwendig dem preußischen Staate eine reichsständische Verfassung gewesen wäre, und wie sehr der Staat darunter litt, daß ihm eine solche nicht zu Theil wurde, erhellt insbesondere aus der Betrachtung der Finanzangelegenheiten Preußen's. In Folge des Treubruchs des Königs sank der Credit des Staates so tief, daß eine Anleihe, welche die preußische Regierung in den Jahren 1817 und 1818 zu London im Betrage von fünf Millionen Pfund Sterling aufnahm, bei fünfprocentigen Zinsen nur zu zweiundsiebenzig vom Hundert abgeschlossen werden konnte. Bei der Feststellung der Staatsschulden schämte man sich nicht, diese um sechzig Millionen Thaler höher anzugeben, als sie wirklich war. In der That, eine Regierung, welche den Staatscredit so tief sinken ließ und in Geld-

*) Siehe Gervinus Geschichte des Neunzehnten Jahrhunderts Band II. Seite 587.

angelegenheiten so wenig gewissenhaft war, gab deutlich zu erkennen, daß sie der Controlle des Volkes nicht entbehren könne. Augenscheinlich besaß das preußische Volk nicht zu wenig, sondern zu viel Intelligenz, um sich geduldig eine derartige Finanz-Verwaltung gefallen zu lassen.

Doch das preußische Volk trug mit Geduld den an ihm begangenen Treubruch. Der Staatskanzler von Hardenberg starb im Jahre 1822. Sein Tod vermochte nicht das auf der Persönlichkeit Friedrich Wilhelm's III. und Metternich's ruhende Regierungssystem zu erschüttern.

Um das Volk von unmittelbar praktischen Bestrebungen auf das Gebiet theoretischer Kämpfe hinüber zu ziehen, wurde (1818) der Philosoph Hegel nach Berlin berufen. Dieser Plan gelang der Regierung über alle Erwartung gut. Während in den minder mächtigen Staaten, namentlich in Süddeutschland, die strebenden Geister sich mit Vorliebe auf Staatsangelegenheiten warfen, beschäftigten sich die gebildeten Classen Preußen's und ganz Norddeutschland's mit Hegel'scher Philosophie. Es war dieses jedenfalls weit weniger gefährlich, als die Theilnahme an den Angelegenheiten des Vaterlandes, insbesondere so lange Hegel lebte*) und dessen Philosophie vom Hofe begünstigt wurde. Diese mochte dazu beitragen, die dialektische Kunst und das Denkvermögen ihrer Jünger zu schärfen. Ihr gereicht es durchaus nicht zum Vorwurfe, die Geister in theoretische Bewegung gesetzt zu haben. Zu bedauern bleibt aber immerhin, daß die gebildeten Classen Norddeutschland's sich mehr mit den Theorien Hegel's, als mit den Verheißungen Friedrich Wilhelm's III., mehr mit abstracten, als concreten Dingen befaßten.

Preußen sank in der öffentlichen Meinung eben so tief, als es früher hoch gestiegen war. Niemals wird es die Stellung wieder gewinnen, welche es in den Jahren 1813 und 1814 im Sturmschritt erobert hatte.

Das einzige, was Preußen in den Jahren 1815 bis 1830 für Deutschland leistete, bestand in dem Zollvereine, zu welchem es (1826) den Grund legte. Da dieser übrigens erst später eine gewisse Bedeutung erlangte, werden wir denselben im folgenden Zeitabschnitte **) besprechen.

Schwerlich zog an Preußen jemals eine Zeit vorüber, welche so reich an getäuschten Hoffnungen, an abgeschiedenen, verdrängten und mißhandelten Größen war, als die Zeit von 1815 bis 1830. Doch auch sie hatte gewiß ihre guten Seiten. Sie löschte den Lichtglanz aus, welchen Preußen, vielleicht über Verdienst, um sich gesammelt hatte. Sie bewies der deutschen Nation, daß sie verrathen und verkauft wäre, wenn sie sich jemals der Hegemonie Preußen's in einer anderen, als militärischen Beziehung unterwerfen würde. Sie machte sonnenklar, daß ein Volk militärisch tüchtig und doch politisch sehr unfähig sein könne. Die deutsche Nation wird sich gewiß zu allen Zeiten der Dienste erinnern, welche die preußischen Heere ihr in den Jahren 1813 bis 1815 leisteten, allein auch des schimpflichen Joches, welches das preußische Volk im Dienste seines Königs und des Obscurauten Metternich ihr in den Jahren 1815 bis 1840 auferlegte. Ohne Preußen's Hülfe hätten die Karlsbader und Wiener Beschlüsse weder gefaßt, noch ausgeführt werden können.

*) Er starb 1831.

**) Siehe unten §§ 69—71.

## § 50. Die minder mächtigen Staaten Deutschland's.

Während der Periode der französischen Kriege (1792—1815) war die Zahl der deutschen Landesherren um ein beträchtliches vermindert worden. Die drei geistlichen Kurfürsten, die sieben Erzbischöfe und siebenundvierzig Bischöfe, welche über Land und Leute geherrscht hatten, waren in die Reihen der Unterthanen zurückgetreten. Von den vier weltlichen Kurfürsten, vierundzwanzig weltlichen Fürsten und zweihundertacht Reichsgrafen und Reichsfreiherren des westphälischen Friedens, also zusammengenommen zweihundertsechsunddreißig weltlichen Landesherren, waren in die deutsche Bundesacte nur vierunddreißig aufgenommen worden. Zu diesen kam später noch der Landgraf von Hessen-Homburg hinzu. Von den vierundachtzig Reichsstädten des westphälischen Friedens behaupteten im Jahre 1815 nur vier ihre Unabhängigkeit.

Der Gedanke lag allen minder mächtigen Fürsten Deutschland's daher sehr nahe, es möchte ihnen eines Tages gerade so ergehen, wie den zweihundert mediatisirten Reichsgrafen und Reichsfreiherren. Während der ganzen Dauer des Wiener Congresses hemmte derselbe alle Verhandlungen über die künftige Gestaltung Deutschland's. Eine Zeit lang schwankten die meisten Landesherren, worin sie ihren Stützpunkt suchen sollten: im Despotismus, oder in der Freiheit. Früher oder später wählten die meisten derselben eine sehr krumme Diagonale zwischen beiden Extremen. Sie erkannten die Nothwendigkeit, einen festen Haltpunkt im Schooße ihrer eigenen Unterthanen zu gewinnen. Dennoch widerstanden sie nicht den despotischen Anregungen, welche sie selbst hegten und welche ihnen von Wien, Berlin und Frankfurt a. M. aus zugingen. Sie fügten sich größtentheils sehr gerne in die despotischen Machtgebote der beiden Großstaaten und suchten auf diese den Schein zu werfen, als gingen von ihnen alle freiheitsfeindlichen Bestrebungen aus. In der That waren aber die minder mächtigen Fürsten Deutschland's nicht besser, als Franz I. und Friedrich Wilhelm III. Nicht selten gingen sie sogar in ihren freiheitsfeindlichen und rechtswidrigen Handlungen weiter, als Oesterreich und Preußen wünschten. Sie wurden daher Mitschuldige des Complottes, welches die beiden mächtigsten Fürsten Deutschland's anzettelten, um die deutsche Nation nicht blos aller der ihr in der Bundesacte zugesagten, sondern auch der im Schooße der einzelnen Staaten selbständig begründeten freiheitlichen Rechte zu berauben. Auf diese Fürsten-Verschwörung werden wir im folgenden Paragraphen zurückkommen. Hier genüge es, dieselbe angedeutet zu haben.

Die minder mächtigen Fürsten damaliger Zeit lassen sich in zwei Classen theilen. Die eine umfaßte die von Napoleon vertriebenen und durch den Sieg der verbündeten Mächte wieder hergestellten Landesherren. Zu diesen gehörten Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Hessen-Kassel. Die zweite Classe enthielt die ehemaligen Rheinbundsfürsten, an deren Spitze im Süden die Häuser Baiern, Würtemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, in Mittel-Deutschland die sächsischen Häuser standen.

Die von Napoleon vertriebenen Fürsten kehrten zurück voll Grimmes, nicht blos gegen Napoleon, sondern auch gegen alle Schöpfungen der französischen Herrschaft. Sie betrachteten sich selbst als Märtyrer der guten Sache und glaubten als solche verpflichtet zu sein, Alles auf den alten Fuß vor der französischen Besitzergreifung zurückzuführen. Gutes und Schlimmes wurde gleichmäßig wieder hergestellt, schädliche und nützliche Einrichtungen der Zwischenregierung ohne Unterschied abgeschafft. Man bedachte nicht, daß ein Bestand von sieben bis acht Jahren Veranlassung zu Vergleichen bieten müsse, welche bei einem so rücksichtslosen Verfahren, wie es die rückkehrenden Fürsten beobachteten, oft zum Nachtheile der wieder hergestellten alten Gesetze ausfallen müßten.

Die ehemaligen Rheinbundsfürsten dagegen befanden sich nach Vertreibung Napoleon's und nachdem ihnen von den verbündeten Mächten ihre Besitzungen verbürgt worden waren, in einer weit günstigeren Lage. Im Schooße ihrer Länder waren unter französischen Einflüssen manche alte Mißstände abgeschafft worden. Man konnte sich sofort mit der wichtigsten Frage des Tages, mit derjenigen der neuen Staatsverfassung, beschäftigen, während die wiederhergestellten Fürsten und deren Länder Jahre brauchten, um nur über die Schwierigkeiten hinweg zu kommen, welche die Abschaffung der französischen Einrichtungen in ihrem Gefolge hatte.

Das erste Land, welches eine neue deutsche Verfassung (unterm 1. September 1814) erhielt, war Nassau. Noch vor dem Erscheinen der deutschen Bundesacte octroyirten die Herzoge Friedrich August von Usingen und Friedrich August von Weilburg ihren Ländchen eine Verfassung, welche zwei Kammern einsetzte. Die Herrenbank, welche der Abgeordneten-Kammer an die Seite gesetzt wurde, konnte jeden Fortschritt in volksthümlicher Richtung hemmen, indem sie ein eben so großes Gewicht in die Waagschale des Staates warf, als die letztere. Eine geringe Anzahl Adeliger mit einem verhältnißmäßig beschränkten Vermögensbestande erhielt also gleiche Bedeutung vor dem Gesetze, als das ganze Volk von Nassau, welches damals schon nahezu viermalhunderttausend Menschen zählte. Welches der eigentliche Zweck dieser Verfassung gewesen war, zeigte sich schon bald, indem der Herzog Wilhelm, welcher den beiden oben genannten Herzogen nachfolgte (1816 bis 1839), mit Hülfe seines Ministers, des Freiherrn Ernst Marschall von Bieberstein, die gesammten Domänen des Landes, deren jährlicher Ertrag sich auf zwei Millionen Gulden belief, dem Lande raubte und zu seinem und seiner Familie Privatvermögen zog. Von vorn herein setzte sich die nassauische Herzogsfamilie durch diesen Gewaltstreich in ein Verhältniß offener Feindschaft zum Lande. Vergebens legten alle unabhängigen Abgeordneten Verwahrung gegen diesen Raub ein. Die Herrenbank, welche der Krone näher stand, als dem Volke, vereitelte jede Beschlußfassung, welche dem Lande seine Domänen hätte wieder verschaffen können. Der Domänenstreit, welcher im Jahre 1848 durch die Zugeständnisse des Herzogs erledigt schien, dauert nach deren Zurücknahme bis zum heutigen Tage fort. Im Vergleich zum Domänenraube erschienen alle übrigen Schandthaten der nassauischen Regierung, z. B. der Verkauf eines Regimentes Soldaten an Holland, die willkürliche Erhebung von vier Steuerstimpeln (7. August 1816), die Verschleuderung von Staatsgeldern und Staatsdomänen, als Kleinigkeiten. Ein Rechtszustand war unter solchen Verhältnissen im Nassauischen eine Unmöglichkeit. Der allgewaltige Minister von Marschall herrschte im Lande gleich einem Satrapen. Ihm zur Seite stand der Präsident Ibell. Der Letztere verlor zwar bald, nachdem der Apotheker Löhning einen verunglückten Mordversuch gegen denselben gemacht hatte, sein Amt (Anfangs 1820). Allein Marschall behauptete sich nicht blos in seiner Ministerstelle, sondern auch im Besitz der ihm zum Lohne für seine Missethaten vom Herzoge geschenkten Domäne Hahnstätten, welche nach seinem Tode auf seinen ältesten Sohn überging.

Dem Herzoge von Nassau gelang es, die von seinen Vorfahren octroyirte Verfassung dem Lande aufzudringen. Nicht so glücklich war der König Friedrich von Würtemberg. Als dieser einer auf den 15. März 1815 zusammenberufenen Ständeversammlung eine von ihm entworfene Verfassung vorlegte, und den Saal verließ in der Ueberzeugung, daß Niemand dagegen Einsprache erheben würde, legten die Stände fast einstimmig dagegen Verwahrung ein. Der König starb, bevor der Streit erledigt war. Sein Nachfolger Wilhelm, damals nächst dem Großherzog von Sachsen-Weimar der freisinnigste Fürst Deutschland's, versuchte umsonst, die Stände zu versöhnen. Seine Bemühungen schei-

terten an der Halsſtarrigkeit der Schwaben, welche ſo lange fortdauerte, bis die Zeiten ſich höchſt ungünſtig geſtaltet hatten. Als endlich die Beſorgniß nahe rückte, fortgeſetzter Eigenſinn möchte Würtemberg um jede Verfaſſung bringen, nahmen die Stände den dritten der ihnen vorgelegten Verfaſſungs-Entwürfe (25. September 1819) an. Hätten ſie früher zugegriffen, oder ſich minder halsſtarrig erwieſen, ſo wäre die Verfaſſung weit freiſinniger ausgefallen. König Wilhem hatte in den erſten Jahren ſeiner Regierung guten Willen. Lange Zeit war die würtembergiſche Stimme am Bundestage, welche der Freiherr von Wangenheim vertrat, die freieſte, die ſich dort vernehmen ließ. Später freilich änderte ſich dieſes. Der König wurde des Widerſtandes gegen die Zumuthungen von Oeſterreich und Preußen müde und trat in das breite Geleiſe fürſtlicher Erbärmlichkeit ein. Er bewies, daß eine ungewöhnliche Kraft, welche er nicht beſaß, dazu erforderlich ſei, als deutſcher Fürſt, auch nur verfaſſungstreu, geſchweige denn im Geiſte des Fortſchrittes und der Freiheit zu regieren.

Nach der neuen Verfaſſung trat der erſte Landtag am 15. Januar 1820 zuſammen. Der zweite verſammelte ſich am 1. December 1823, der dritte am 1. December 1826. Ein außerordentlicher Landtag wurde auf 15. Januar 1828 einberufen. Auf allen dieſen Landtagen wurde ſehr viel geſchwätzt, manche kleine Verbeſſerung eingeführt. Der durch die Karlsbader Beſchlüſſe auf ganz Deutſchland laſtende Druck lähmte auch das politiſche Leben im Würtembergiſchen. Die großen Fragen, von welchen die Wiederbelebung des deutſchen Geiſtes abhängig waren, blieben unberührt. Die kleinen Gegenſtände, welche zur Berathung kamen, haben kein geſchichtliches Intereſſe.

Allmählig erhielten die meiſten kleinen Staaten Deutſchlands ſchriftliche Verfaſſungen, in welchen übrigens immer dem Adel ein unverhältnißmäßig großes Gewicht verliehen wurde, und welche unter dem Drucke der Karlsbader Beſchlüſſe einer freien Entwickelung unfähig waren.

Für dieſe Verfaſſungen gebührt den deutſchen Fürſten ſehr wenig Dank. Keiner, mit alleiniger Ausnahme des Großherzogs von Sachſen-Weimar, wurde durch edle Beweggründe zu deren Erlaſſung getrieben. Die „Landesväter" wurden nur beſtimmt durch Rückſicht auf ihren perſönlichen Vortheil. Solange erwartet wurde, daß Preußen ganz Deutſchland mit der Gründung einer freien Verfaſſung vorangehen würde, war der König von Baiern entſchieden gegen die Erfüllung des Artikels 13 der deutſchen Bundesacte. Als er aber erkannte, Preußen neige ſich dem Abſolutismus mehr und mehr zu, hoffte er, an die Spitze der mindermächtigen deutſchen Staaten treten zu können, indem er ſich auf die Seite der conſtitutionellen Monarchie wende. Der Großherzog Karl von Baden, deſſen Main- und Tauberkreis Baiern ſofort an ſich reißen und deſſen ganzes Land es den Markgrafen von Hochberg entziehen wollte, ſah nur in der Verfaſſung ein ſicheres Mittel, die Pläne ſeines Schwagers in München zu vereiteln. In Würtemberg gelang eine Vereinbarung zwiſchen König und Ständen erſt, nachdem die Verſchwörung der Fürſten im Begriffe ſtand, zu Karlsbad loszubrechen, nach einem fünfjährigen erbitterten Kampfe (1814—1819).

Nirgends in Deutſchland konnte ſich ein feſtes Rechtsbewußtſein bilden. Die deutſche Bundesacte ſtand im Widerſpruche mit den Karlsbader Beſchlüſſen. Dieſe hingen gleich einem Damoklesſchwerte über ſämmtlichen Verfaſſungen Deutſchlands. Wenn ſie dieſe nicht gänzlich zertrümmerten, ſo bedrohten ſie dieſelben doch unausgeſetzt und vernichteten wenigſtens viele der wichtigſten Beſtimmungen derſelben, namentlich die Preßfreiheit, die perſönliche Freiheit, das Petitionsrecht, die Freiheit der Verſammlung u. ſ. w. Wie neben der Bundesacte der Bundestag, ſo entwickelte ſich in jedem einzelnen Staate Cenſur und Polizei zum Organe der Gewalt, welches jeder Beſtimmung der Verfaſſung Hohn ſprach.

Bevor in irgend einem Staate Deutschland's das Verfassungsleben feste Wurzeln schlagen konnte, war der Samen der Verfassungswidrigkeit schon aller Orten von Seiten der Machthaber ausgestreut. Derselbe ging im Schooße des habgierigen Adels, des tückischen Pfaffenthums und des feilen Beamtenthums üppig auf und erstickte die jungen Keime des Verfassungslebens, bevor sie sich kräftig entfalten konnten.

Außer denjenigen Hemmnissen, welche der Bundestag dem deutschen Verfassungsleben bereitete, waren die meisten Einzelnregierungen darauf bedacht, in die junge Pflanze den Wurm des Verderbnisses auf die eine oder die andere Weise hineinzulegen, sei es durch ein Adels-Edict, wie in Baden, oder durch ein Religions-Edict und Concordat, wie in Baiern, oder durch ein unsinniges Sträuben gegen jeden durch die Zeit gebotenen Fortschritt, wie im Königreich Sachsen, Mecklenburg, Hannover und Holstein. In manchen kleinen Staaten ließ man, wie in Oesterreich und Preußen, den Artikel 13 der deutschen Bundesacte gänzlich unerfüllt, so z. B. in Oldenburg. Die Fürsten gingen nur darauf aus, sich soviel als möglich von den Ständen unabhängig zu machen und bedienten sich zu diesem Behufe nicht selten der verworfensten Mittel.

In manchen Ländern hatte der in Wien getriebene Seelenhandel solche Schwierigkeiten hervorgerufen, daß auch wohlwollende Fürsten nicht wußten, wie sie im Kampfe mit denselben dem Artikel 13 der Bundesacte Genüge leisten sollten.

Das kleine Ländchen Oldenburg z. B. bestand aus den alten Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, mit mancherlei altgermanischen Einrichtungen und Gesetzen. Dazu kamen die westphälischen Aemter Vechta und Kloppenburg mit westphälischem Rechte, die Herrschaft Jever mit alten Anhalt'schen, später holländischen und noch später französischen Gesetzen, das Fürstenthum Lübeck mit lübischen Rechten und das Fürstenthum Birkenfeld mit dem Code Napoleon! Herzog Peter, der sonst ein ganz wackerer, allein zu alter Mann war, um mit der Zeit gleichen Schritt halten zu können, zögerte bis zu seinem Tode (1829). Sein Nachfolger Paul Friedrich August (1829—1853) war zu gut russisch gesinnt, um eine Verfassung zu lieben. Er zog eiteln Prunk, den Titel und den Hofstaat eines Großherzogs den mühsamen, allein fruchtbringenden Kämpfen verfassungsmäßiger Freiheit vor. Er wartete zwar nicht bis zu seinem Tode, doch bis zu den revolutionären Zeiten des Jahres 1848, bevor er sich entschloß, dem Artikel 13 der deutschen Bundesacte Genüge zu leisten.

Während in den meisten übrigen Staaten Deutschland's die Fürsten, spielten in Mecklenburg die Adeligen die erste Violine. Das Land zerfiel gewissermaßen in ebensoviele souveraine Bezirke, als es adelige Güter gab. Auf den Domainengütern waren die Großherzoge, auf den übrigen Gütern die Grundherren Meister. Die gesetzgebende Gewalt besaß die Ritterschaft nebst einigen von den Städten abgeordneten Bürgermeistern (Landschaft). In Mecklenburg fand sich das ganze Mittelalter in seiner vollen Glorie gewissermaßen in Spiritus aufgehoben. Zwei Großherzoge (von Schwerin und Strelitz) und doch eine unzertrennliche Union beider Herzogthümer! Zwei Monarchen und doch nur eine gesetzgebende Gewalt! Kein Stand war befugt, ohne Zuziehung und Einwilligung des andern eine Verbindung über gemeinsame Interessen zu treffen. Ohne die Zustimmung der Ritterschaft konnte also kein Gesetz erlassen und auf den Rittergütern auch keines vollzogen werden. Symbolzwang in der Kirche, Zunft- und Gewerbezwang in den Städten, Dienstzwang und bis zum Jahre 1820 die eigentliche Leibeigenschaft auf dem Lande, unerträglicher Hochmuth auf der einen, furchtbares Elend auf der anderen Seite, das waren die Früchte der „guten alten Zeit," welche sich nirgends in der Welt so unverwischt erhielt, als in Mecklenburg.

Durch die Aufhebung der Leibeigenschaft gewann der Bauer wenig, oder nichts. Denn da ihm das von seinen Vorfahren eigenthümlich besessene Land vollständig entzogen wurde und seine Aufnahme oder Beibehaltung inmitten eines Landgutes willkürlich von den Gutsherren verfügt werden konnte, so war er den Launen, Ränken und dem Eigennutze der letzteren schutzlos preis gegeben. Er hatte keine Aussicht auf einen heimischen Heerd, wenn er nicht einen Vertrag abschloß, welcher für eine gewisse Zeit wenigstens die Leibeigenschaft thatsächlich wiederherstellte.

Stein schreibt in dieser Beziehung: „die Wohnung des mecklenburg'schen Edelmann's, der seine Bauern *legt*, statt ihren Zustand zu verbessern, kommt mir vor, wie die *Höhle eines Raubthiers*, das alles um sich verödet und sich mit der Stille des Grabes umgibt."

Es läßt sich denken, daß mit solchen Landständen den Großherzogen die Landesregierung nicht leicht wurde. Der Graf Schlitz-Görtz, selbst ein mecklenburgischer Gutsbesitzer, schildert dieselben, wie folgt:

„Der Geist eines mecklenburgischen Landtags ist bei der Mehrheit keineswegs ein löblicher. Das Interesse der Einzelnen rührt eigentlich nur die, welche in gleichem Falle sich schon befinden oder besorgen, sich einst befinden zu können. Viele sind für alles gleichgültig und werden ohne eigene Selbständigkeit von denen, welche leiten, geschoben. Andere erscheinen nie und überlassen den Kampf den Uebrigen. Die städtischen Landstände, größtentheils Mitglieder der Advocatenzunft, bringen in die Versammlungen ihre Advocatenfeinheiten mit. Eine gewisse vertrauliche, zudringliche Gleichstellung des zweiten Standes raubt der Ritterschaft manchen Vorzug der ersten Stelle bei der Landschaft. Selbst viele der Ritterschaft sind von Advocaten durch Prozesse und Geldmäkelei abhängig und fürchten den übeln Willen ihrer Sachwalter und Geldnegozianten. Der Hof findet in der Mitte der Landtagsversammlung dienstfertige Hinterbringer, eine Rolle, welche vorzugsweise manche Bürgermeister übernehmen."

Dieser Unfug *) dauert denn auch bis zum heutigen Tage unverändert fort. Der Tod des Großherzogs Friedrich Franz I. (1785—1837) änderte nichts an der Sache. Unter dessen Nachfolgern Paul Friedrich (1837—1842) und Friedrich Franz II. (seit 1842) blieb Alles beim Alten. Auf die Bewegung der Jahre 1848 und 1849 folgte in Mecklenburg, wie anderswo, die Reaction, welche noch immer herrscht.

*Königreich Sachsen* hatte im Frieden das fruchtbarste Ackerland, die Salzwerke und die besten Waldungen verloren, in den Kriegsjahren einen Verlust von hundert Millionen Thalern erlitten. Das gutmüthige Völkchen ließ seinen König nicht entgelten, was es durch dessen Verschuldung ausstehen mußte. Dieselbe Schlaffheit, welche Volk und König abgehalten hatte, im Augenblicke der Entscheidung von Frankreich auf die Seite Deutschland's überzugehen, machte es Beiden unmöglich, vom Despotismus auf die Seite der Freiheit zu treten. Man kam nicht weiter, als daß man die alten Stände der bei Sachsen gebliebenen Theile von Oberlausitz, Merseburg und Naumburg mit der s. g. erbländischen Landschaft vereinigte, ließ aber nach wie vor dieselben in *sieben* Abtheilungen und *mehreren Unterabtheilungen*, wie in der „guten alten Zeit," berathen. Das Volk sagte: der Landtag spiele Kämmerchen. Bürger und Bauern waren unvertreten. Der König konnte sich zu keiner durchgreifenden Reform entschließen. Alles blieb beim Alten. Doch das Gebiet und mit diesem die Hülfsquellen des Landes waren fast auf die Hälfte herabgesunken.

Daß die Berufung auf das Alte nichts weiter, als eine Kriegslist zu sein pflegte,

*) Siehe Geschichte der deutschen Höfe von Behse, Bd. 36.

zeigte sich am deutlichsten in Hannover. Wo das Alte den despotischen Prinzipien der Fürsten entsprach, behielt man es gerne bei; wo es aber kräftige Elemente der Freiheit in sich schloß, wie z. B. in Ostfriesland, schaffte man es in aller Stille ab, gerade so wie man in Nassau das alte Domänenrecht, in Würtemberg die alte Mitverwaltung der Stände beseitigt hatte.

Kein Land bedurfte nothwendiger einer schützenden Verfassung, als Hannover. Denn noch stand es unter der Herrschaft England's, wurde von London aus regiert und hatte im Laufe eines Jahrhunderts die Mißstände seiner Abhängigkeit von diesem Inselland bitter genug empfunden. Allein der hannover'sche Adel fand seine Rechnung dabei, mit der englischen Regierung unter einer Decke zu spielen. Die Regierung des Grafen von Münster, welche von London aus stattfand, artete mehr und mehr in eine heillose Cliquen-Wirthschaft aus. Alle die Mißstände früherer Zeiten, bei welchen sich die Günstlinge des Hofes wohl, das Land aber sehr schlecht befunden hatte, wurden wieder eingeführt. Man verschenkte zwar nur wenige Domänen, allein man verschleuderte deren Erträgnisse, indem man sie zu einem Spottpreise an Begünstigte in Pacht gab. Nach einigen nichtssagenden Vorberathungen (1817 und 1819) vertagte die Regierung die Ständeversammlung (22. Mai 1819) und berief sie nicht wieder. Um jeden Widerstand unmöglich zu machen, erließen die hannover'schen Magnaten (14. Oktober 1819) ein scharfes Censuredict, das den Hannoveranern verbot, auch außerhalb des Landes uncensirte Schriften drucken zu lassen und octroyirten dann dem Lande eine Verfassung (7. December 1819), in deren Folge alles öffentliche Leben in Hannover vollständig verstumpfte, bis die Juli-Revolution neues Leben in die hannover'schen Steppen brachte.

Das benachbarte und nahe verwandte Braunschweig hatte in der Schlacht bei Quatrebras (Waterloo) seinen kaum aus der Fremde zurückgekehrten Herzog Friedrich Wilhelm verloren. Derselbe hinterließ zwei Söhne: Karl und Wilhelm, deren ältester erst elf Jahre zählte. Es trat daher eine Vormundschaft ein, welche dem Namen nach der Prinz-Regent, später (seit 1820) König Georg IV. von England, in der That aber der Graf von Münster führte. Dieser ließ die Repräsentation in Braunschweig zuerst den Grafen von Schulenburg-Wolfsburg und nach dessen Tode den Grafen von Alvensleben für zwölftausend Thaler jährlichen Gehaltes als Premier-Minister besorgen. Die Geschäfte führte aber der Geheime-Rath von Schmidt-Phiseldeck für fünftausend Thaler jährlich. In welcher Weise dieses geschah, ist bis zum heutigen Tage noch nicht aufgeklärt, da diese Herren zur Ablage einer Rechenschaft niemals gebracht werden konnten. Zwar erhielt das Land durch die Gnade des Grafen von Münster (25. April 1820) eine Verfassung, über deren Zustandekommen die Welt aber nichts erfuhr, da die Berathung über den vorgelegten Entwurf geheim gehalten wurde. Die Verfassung blieb ein todter Buchstabe. Graf Münster und Schmidt-Phiseldeck regierten das Land, wie sie wollten. Wenn sie für dieses nicht mehr thaten, als für die Erziehung der beiden Prinzen, so verdient ihre Verwaltung gewiß den herbsten Tadel. Ihnen selbst gefiel aber die Landesregierung so wohl, daß sie sich entschlossen, dieselbe um zwei Jahre über die Volljährigkeit des Herzogs Karl hinaus in Händen zu behalten. Nach den Gesetzen des Braunschweigischen Hauses war Herzog Karl nach erfülltem achtzehnten Lebensjahre (am 30. Oktober 1822) berechtigt, die Regierung anzutreten. Mit Mühe gelang es dem Fürsten Metternich, einen Vergleich zu Stande zu bringen, demzufolge der Herzog Karl am 30. Oktober 1823 die Zügel der Regierung ergriff. Dem Rathe des Fürsten zufolge ließ Herzog Karl die Verwaltung seines Landes noch drei Jahre lang in den Händen der früheren Beamten und namentlich in denjenigen des Geheimeraths Schmidt-Phiseldeck. Während dieser Zeit verletzte aber der Herzog nicht

blos den Adel ſeines Landes, dem er vorwarf, daß er die Unterthanen im Namen der Souveräne zu eigenem Profit bedrücke, ſondern überhaupt alle für Sitte und Anſtand empfänglichen Menſchen dermaßen durch ſein herriſches und würdeloſes Benehmen, daß ſich die freundliche Geſinnung, mit welcher ihm das Volk entgegengekommen war, in eine höchſt ungünſtige verwandelte. Als er daher nach Ablauf der ihm von Metternich angerathenen Probezeit begann, ſeine bisher geheim gehaltenen Abſichten an den Tag zu legen, hatte er ſchon ganz Braunſchweig, ja! ganz Deutſchland wider ſich. Die Art und Weiſe, in welcher er ſpäter verfuhr, erregte einen furchtbaren Scandal in der ganzen Welt und begründete die allgemeine Anſicht, der Herzog ſei ein leidenſchaftlicher Menſch, welcher keine andere Schranke, als die Gewalt anerkenne und von welchem daher das Land nichts Gutes zu erwarten habe.

Der Geheimerath Schmidt-Phiſeldeck ahnte, daß der Herzog etwas gegen ihn vorhabe. Er hatte für ſeine Zukunft geſorgt, indem er ſich von Georg IV. zum Miniſter in Hannover hatte ernennen laſſen und reichte daher ſeine Entlaſſung ein. Der Herzog verweigerte ihm dieſe mit gutem Grunde und beſtand darauf, daß der Geheimerath ihm *zuvörderſt* von ſeiner Amtsführung Rechenſchaft abzulegen habe. Deſſen weigerte ſich Schmidt-Phiſeldeck und floh aus dem Lande.

Wenn der Herzog den Weg Rechtens gegen Herrn Schmidt-Phiſeldeck und den Grafen Münſter betreten, hätte er allerdings gegen dieſelben nichts ausgerichtet, da beide außerhalb des Bereichs ſeiner Gewalt waren. Allein er hätte die öffentliche Meinung für ſich gewinnen, er hätte die beiden unredlichen Beamten öffentlich brandmarken können, ohne ſich ſelbſt zu gefährden. Statt deſſen betrieb er den Streit mit ſeinen beiden ehemaligen Vormündern in leidenſchaftlichſter Weiſe, verfolgte Schmidt-Phiſeldeck mit Steckbriefen, forderte den Grafen Münſter auf Piſtolen, verletzte den König von England ſelbſt in höchſt unkluger Weiſe und brachte dadurch den ganzen Adel und alle Fürſtenhäuſer Deutſchland's wider ſich auf, ohne im Schooße des Volkes auch nur eine Stimme, die er nicht bezahlte, für ſich zu gewinnen. Unter ſolchen Vorbereitungen überraſchte ihn die Juli-Revolution, deren Rückwirkungen, wie wir ſpäter ſehen werden, ſeiner Herrſchaft ein Ende machten.

Nach welcher Seite wir uns immer wenden, nirgends ſehen wir an deutſchen Höfen irgend etwas Erfreuliches. Entweder tritt uns ein ſchändliches Privatleben, oder ein tyranniſches Regierungsſyſtem verletzend entgegen; häufig das eine und das andere. Dieſes war namentlich der Fall in Betreff des Kurfürſten Wilhelm II. von *Heſſen-Kaſſel* (1821 bis 1847). Dieſer lebte in wahrhaft empörenden Mißverhältniſſen mit ſeiner Schweſter, ſeiner Gemahlin und ſeinem Sohne und gab den größten Anſtoß durch die Beziehungen, in welchen er mit ſeiner Maitreſſe, der Gräfin Reichenbach, ſtand. An ſeiner Schweſter Maria Friederike, verehelichten Fürſtin von Anhalt-Bernburg, ließ er (im Januar 1822) das Verbrechen des Menſchenraubes in ſo brutaler Weiſe verüben, daß die Unglückliche in deſſen Folge wahnſinnig wurde und bis zu ihrem Ende (1840) im Zuſtande der Geiſtesſtörung verblieb. Mitten im Winter bei ſtrenger Kälte ließ er dieſelbe aus ihrem Bette reißen und in nicht einmal nothdürftiger Kleidung von Bonn, alſo von preußiſchem Gebiete, nach Hanau, auf kurheſſiſches (vierzig deutſche Meilen weit) ſchleppen. Die preußiſche Regierung war ſchwach genug, dieſe Verletzung ihres Gebietes und die an der Nichte des regierenden Königs (die Kurfürſtin war die Schweſter Friedrich Wilhelm's III.) verübte Gewaltthat hinzunehmen, ohne weder ſich Genugthuung, noch dem Opfer des Verbrechens die Freiheit wieder zu verſchaffen. Dem ganzen deutſchen Vaterlande wurde in dieſer Weiſe gezeigt, daß ſelbſt einer der vielen *kleineren* Fürſten ungeſtraft jedes Verbrechen begehen

Die Gräfin Reichenbach-Lessonitz, eine geborene Berlinerin, deren Mädchen-Name Emilie Ortlöpp war, hatte schon in der Zeit des Exils mit dem damaligen Kurprinzen Wilhelm gelebt und ihm geholfen, jene zweimalhunderttausend Thaler Schulden zu machen, welche das Land nachher bezahlen mußte. Sie verschaffte sich bald einen solchen Einfluß auf das Gemüth ihres Buhlen, daß dieser ihr nichts abzuschlagen wagte. Wiederholt fanden zwischen beiden die unanständigsten und gemeinsten, in gegenseitige Mißhandlungen ausartenden Streitigkeiten statt. Um den Kurfürsten in unausgesetzter Aufregung zu erhalten, ließ die Reichenbach ihm Drohbriefe zustellen, welche ihren Zweck nicht verfehlten. Am Ende stellte es sich heraus, daß diese Briefe durch den Oberpolizeidirector Ludwig von Manger, einem besondern Günstling des Kurfürsten, vermittelt worden waren. Dieser mußte als Sündenbock auf die Festung Spangenberg wandern. Die Gräfin Reichenbach behauptete sich aber nach wie vor in der Gunst des Kurfürsten, und verschaffte sich durch dieselbe große Reichthümer, welche auf deren Kinder übergingen. Die Kurfürstin mußte dieses schimpfliche Leben mit ansehen und froh sein, wenn sie nicht dazu noch mißhandelt wurde. Es kam zwischen ihr und ihrem rohen Gatten zu Auftritten der empörendsten Art. Bei einem derselben zog der Sohn zum Schutze seiner Mutter sogar den Degen gegen seinen Vater. Endlich (im Jahre 1841) starb die unglückliche Frau. Der Kurfürst konnte nun die Gräfin Reichenbach ehelichen.

Ein solcher Landesvater hatte natürlich keinen Sinn für ständische Verfassung. Diese kam erst später zu Stande, nachdem die Juli-Revolution Kurhessen in einige Bewegung gesetzt hatte.

Nach mannigfaltigen Schwankungen entschloß sich auch König Max von Baiern, seinem Lande eine Verfassung zu geben (26. Mai 1818). Diese gewährte Gleichheit der Gesetze und vor dem Gesetze, der Beisteuerung und Militärpflicht, Verwandelung der ungemessenen Frohnden in gemessene und Ablösbarkeit derselben; Stände mit dem Rechte des Beiraths, der Zustimmung, der Bewilligung, der Wünsche und der Beschwerdeführung; zwei Kammern, von denen die eine aus zwei Drittheilen erblicher und einem Drittheile lebenslänglich von dem Könige ernannter Reichsräthe bestand, die zweite aus dreifachen Wahlen hervorging, von welchen ein hoher Census den ärmern Theil des Volkes ausschloß. Zugleich mit der Verfassung erschienen zehn Edicte, wovon die meisten, namentlich das zweite (Religionsedict) mit dem Concordat und das dritte (Censuredict) andeutete, daß Pfaffen und Censoren hinfüro die Herren in Baiern sein sollten. Diese Richtung trat noch entschiedener nach dem Tode Maximilian's (1825) unter dessen Nachfolger Ludwig I. (1825—1848) zu Tage. Weder unter Max, noch unter Ludwig konnte sich in Baiern ein freies Verfassungsleben entwickeln. Max ließ nach wie vor seine Minister gewähren, wenn diese ihm so viel Geld schafften, als er zu seinem Privatvergnügen brauchte. Ludwig I. hatte kostbarere Liebhabereien, als sein Vater. Unter seiner Regierung wurden dem Staate weit größere Summen und in weit schreienderem Widerspruche mit der Verfassung entzogen, als unter Max I. Doch war er im eigentlichen Sinne des Wortes kein Verschwender. Die großen Summen, welche er auf seine Bauten und Kunstsammlungen verwendete, gereichten nicht blos Baiern, sondern auch ganz Deutschland zum Gewinne. Seine Vorliebe für das Mittelalter, für Pfaffen und Mönche, Kirchen und Klöster lastete jedoch schwer auf dem Lande, erhielt Alt-Baiern in seinem Stumpfsinne und erschwerte den Bewohnern Franken's und Rheinbaiern's jeglichen Fortschritt. Der Zwiespalt zwischen Mittelalter und Neuzeit, Liederlichkeit und Frömmigkeit, Leichtfertigkeit und Ernst trat nirgends deutlicher zu Tage, als in Baiern unter Ludwig I. Die Katastrophe des Jahres 1848, welche

dem Könige zugleich ſeine Geliebte, die Gräfin von Landsfeld, und ſeine Krone koſtete, konnte nicht ausbleiben.

Von allen Verfaſſungen Deutſchland's war diejenige, welche der Großherzog Karl von Baden (22. Aug. 1818) ſeinem Lande gab, unſtreitig die freiſinnigſte. Hätte deſſen Nachfolger Ludwig dieſelbe redlich gehalten, ſo hätte ſich auf deren Grunde ein befriedigender Rechtszuſtand entwickeln können. Allein bevor nur die erſte Ständeverſammlung eröffnet worden war, wurde durch ein Edict, betreffend die Verhältniſſe der Standes- und Grundherren, welches Großherzog Karl (23. April 1818) erlaſſen und Großherzog Ludwig durch ein anderes von weit ausgedehnteren Zugeſtändniſſen (16. April 1819) erſetzt hatte, der Saame der Zwietracht unter das Volk geſtreut. Zwar nahm die Regierung das anſtößige Edict vom 16. April 1819 vorläufig zurück. Allein ſie hatte durch daſſelbe den Adel aufgereizt, die darin enthaltenen Zugeſtändniſſe gewiſſermaßen als ein Recht in Anſpruch zu nehmen. Das Vertrauen zu der Regierung wurde erſchüttert. Nur zu bald zeigte es ſich, daß Großherzog Ludwig der gefährlichſte Feind jedweder verfaſſungsmäßigen Freiheit ſei. So lange die Nachfolge im Hauſe Baden noch im Zweifel befangen war, hielt Ludwig es für klug, die Stände noch einigermaßen zu ſchonen. Als ſie aber mit Hülfe des Kaiſers von Rußland den Söhnen aus der Ehe Karl Friedrich's mit dem Freifräulein Geier von Geiersberg, der nachmaligen Reichsgräfin von Hochberg, geſichert worden war, trat der deſpotiſche Sinn Ludwig's mehr und mehr zu Tage.

Der Großherzog ſtand in einem ähnlichen Verhältniſſe zu der Katharina Werner, nachherigen Gräfin von Langenſtein, wie der Kurfürſt von Heſſen zu der Gräfin von Reichenbach. Nur war er nicht, gleich jenem, anderweitig vermählt. Dafür begnügte er ſich auch nicht mit einer Maitreſſe, vielmehr führte er einen höchſt unanſtändigen Lebenswandel, welcher verpeſtend nicht blos auf ſeinen Hofſtaat, ſondern auch auf ſeine ganze Reſidenzſtadt Karlsruhe wirkte.

Unter der Regierung Ludwig's tauchte jener unglückliche Caspar Hauſer auf, deſſen Schickſal noch immer in undurchdringliches Dunkel gehüllt iſt. Wir ſchreiben der Flugſchrift: „Caspar Hauſer, der Thronerbe Baden's," welche 1845 zu Paris erſchien, nicht die geringſte geſchichtliche Bedeutung zu. Einen ganz andern innern Werth hatte aber jene Denkſchrift, welche der berühmte Criminaliſt Feuerbach über denſelben Gegenſtand ſchrieb und der Königin Karolina von Baiern überſandte. In dieſer weiſt der ſcharfſinnige Verfaſſer mit ſchlagenden Gründen nach, daß Caspar Hauſer kein uneheliches, ſondern ein eheliches Kind war, daß bei dem an ihm begangenen Verbrechen Perſonen betheiligt waren, welche über große Mittel zu verfügen hatten, daß ſich an Caspar Hauſer's Leben oder Tod wichtige Intereſſen knüpften, daß derſelbe wahrſcheinlich fürſtlicher Abkunft war und mit dem Badiſchen Hauſe in einer, freilich bis jetzt noch nicht aufgeklärten Verbindung ſtand. Der Beweis, daß Caspar Hauſer der am 29. September 1812 geborene und nach der gewöhnlichen Meinung am 16. Oktober deſſelben Jahres verſtorbene Sohn des Großherzogs Karl und der Großherzogin Stephanie geweſen ſei, iſt übrigens in bündiger Weiſe nicht hergeſtellt. Der Glaube an die Rechtmäßigkeit der gegenwärtig in Baden herrſchenden Familie mußte übrigens durch das gleich räthſelhafte Erſcheinen und Verſchwinden Caspar Hauſer's und die darauf gegründete Ausführung Feuerbach's nothwendig erſchüttert werden.

Wäre die Succeſſionsfrage in den Jahren 1815 bis 1818 dem badiſchen Volke vorgelegt worden, ſo hätte dieſes unzweifelhaft gerade ſo entſchieden, wie die Großmächte Europa's. In unſeren Tagen wird es aber kein deutſches Fürſtenhaus mehr wagen, die Frage ſeiner Legitimität vor den Richterſtuhl des Volkes zu bringen.

Die mindermächtigen Fürsten hielten es mit wenigen Ausnahmen nicht für klug, so frech als Oesterreich und Preußen den Artikel 13 der deutschen Bundesacte auf die Seite zu schieben. Sie erfüllten denselben, wenn nicht ernstlich, so doch zum Scheine und warfen dadurch die Schuld der Karlsbader und Wiener Beschlüsse zum größern Theile wenigstens auf deren Urheber: Franz I. und Metternich, Friedrich Wilhelm III. und Hardenberg.

## § 51. Die deutsche Nation und der deutsche Bund.

Das deutsche Reich, der aus dessen Trümmern hervorgegangene rheinische Bund und dessen Stützpunkt, das französische Kaiserreich, waren untergegangen. Zwischen der Auflösung der alten Verfassung und der Zeit, da es sich um die Wiederherstellung derselben handelte, lag ein Jahrzehnt voll der bedeutungsvollsten Ereignisse in der Mitte. Eine Rückkehr zu der Vergangenheit war unmöglich. Sämmtliche zwischen Oesterreich, Preußen und den Rheinbundsfürsten abgeschlossenen Verträge schnitten dieselbe vollständig ab. Man mußte also vorwärts gehen, etwas Neues schaffen. Aber was? das war die große Frage, über welche die Diplomaten zu Wien ebensowenig einig waren, als die deutsche Nation selbst.

Wenn wir uns die Bestrebungen und Wünsche der gefeiertsten Freiheitskämpfer damaliger Zeit vergegenwärtigen, so finden wir auch nicht eine einzige Ansicht, welche vor dem Richterstuhle der gesunden Vernunft Anwendung finden könnte. Stein, Arndt und Görres standen zu tief im Mittelalter, als daß sie ihren Zeitgenossen des neunzehnten Jahrhunderts den Weg hätten zeigen können. Wenn einer ihrer Arme vorwärts zeigte, deutete der andere rückwärts. Luden, Oken, Kieser, Fries und Jahn und selbst der entschiedene und thatkräftige Follen standen dem praktischen Staatsleben zu ferne, als daß sie auf dem Boden desselben sich mit Sicherheit hätten bewegen können. Diejenigen Männer, welche vermöge ihrer Berufsarbeiten am meisten befähigt gewesen wären, ein entscheidendes Wort zu sprechen, thaten dieses nicht, wenigstens nicht öffentlich, weil ihr Dienstverhältniß sie hemmte, weil sie mehr Fürstendiener als Staatsbürger waren. Der Franzosenhaß und die Deutschthümelei eines Jahn und eines Arndt konnten dem vernünftigen Menschen ebensowenig zusagen, als der wilde Fanatismus eines Görres, welchem nur die Kraft der Leidenschaft inne wohnte und alle Ruhe und Klarheit fehlte.

Die deutsche Nation war noch nicht zum Verständniß der menschheitlichen Bedeutung der französischen Revolution gelangt. Der Druck des französischen Kaiserthums hatte eine richtige Würdigung der geschichtlichen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit unmöglich gemacht. Franzosenhaß wurde nur zu häufig mit Liebe zum deutschen Vaterlande verwechselt und konnte daher ebensowohl zur Maske reactionärer, als zur Folie freiheitlicher Bestrebungen dienen.

Die Vorschläge, welche die Bannerträger deutscher Freiheit machten, waren mit wenigen Ausnahmen so abgeschmackt, daß es in unseren Tagen nicht mehr noth thut, sie auch nur zu erwähnen. Wir müssen sie vermodern lassen. Sie verdienen nicht wieder ausgegraben zu werden. Der einzige Standpunkt, von welchem aus durchgreifende Verbesserungen hätten angebahnt werden können, die Volkssouveränität, das unveräußerliche Recht einer Nation, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen, ohne sich in diesem Bestreben durch vorgebliche Rechte einzelner Familien oder ganzer Stände beirren zu lassen, — lag jenseits des Gesichtskreises der damaligen Zeit.

Viele der begabtesten und entschlossensten Freiheitskämpfer: Fichte, Scharnhorst und Körner hatten den vollständigen Sieg der Deutschen nicht mehr erlebt. Andere hängten

den Mantel nach dem Winde und gingen aus dem Lager der Nation in die Cabinette und Höfe der Fürſten über oder gedachten nur kleinlicher Standesintereſſen, neben welchen das allgemeine Wohl nicht blühen konnte.

Unter den Fürſten Deutſchland's fand ſich außer dem Großherzog Karl Auguſt von Sachſen-Weimar auch nicht einer, welcher mit redlichem Streben im Geiſte des Fortſchritts gehandelt hätte, und dieſer eine wurde bald eingeſchüchtert. Der König Wilhelm von Würtemberg ſpielte die Rolle der Freiſinnigkeit nur, ſo lange er hoffte, auf den Wogen der Volksthümlichkeit zu höheren Ehren emporgetragen zu werden.

Kaiſer Franz, deſſen Syſtem fertig war, harrte mit Ungeduld des Augenblicks, da er die Larve abwerfen konnte, welche der Drang der Zeiten ihm aufgezwungen hatte, und Metternich ſann auf Ränke, mit deren Hülfe er alle übrigen Fürſten Deutſchland's zu Mitſchuldigen ſeines Obſcurantismus und Despotismus machen konnte. Er ſehnte ſich nach irgend einer Volksbewegung oder Verſchwörung, welche ihm den Vorwand zu den längſt von ihm beabſichtigten reactionären Maßregeln hätte liefern können. Allein die Deutſchen waren ſo ſehr ermüdet und erſchlafft, daß ſie ihm auch nicht die geringſte Handhabe boten.

In der großen Maſſe des Volkes zeigte ſich kein anderes Beſtreben, als die Wunden zu heilen, welche ein langwieriger Krieg und fremdherrſchaftlicher Druck aller Orten geſchlagen hatte. Nur im Schooße der Hochſchulen gährte die Unzufriedenheit ſichtbar. Doch die Bewegung, welche von dort ausging, war theils ſo gelehrtenſtolz und deutſchthümelnd, theils ſo ſchwankend und unbeſtimmt, daß ſie die beſtehenden Verhältniſſe mit keiner wirklichen Gefahr bedrohen konnte. Eine Bewegung, welche das größte Ereigniß der Neuzeit, die franzöſiſche Revolution, entweder vollſtändig ignorirte oder verwarf, welche ihre Stützpunkte im Mittelalter, in der Zeit der Hohenſtaufen fand, war ſo durch und durch abgeſchmackt, daß einige Jahre ruhiger Duldung genügt hätten, ſie dem wohlverdienten Gelächter preis zu geben. Die Verfolgungen mit welchen ſie heimgeſucht wurde, goſſen den Lichtglanz des Märtyrthums über die Betheiligten aus und bewahrten dieſe vor einem ſchmählichen Untergange.

Daß inmitten der Wirrſale der deutſchen Turnerei und Burſchenſchaft der Jahre 1816—1819 ſchöne Keime lagen, iſt nicht zu läugnen. Allein wie hätte eine Bewegung, in welcher ein ſo verſchrobener Kopf, wie Jahn, eine Hauptrolle ſpielte, in ihrer Geſammtheit aufgefaßt, großartige Reſultate haben können? Weltbürgerthum und Franzoſenhaß, Freiheit und Kaiſerthum, nationale Größe und ſtändiſche Zerklüftung, Sittenreinheit und Gelehrtendünkel, Fortſchritt und Mittelalter lagen in der Retorte der Burſchenſchaft neben einander, ohne ſich ihrer Unvereinbarkeit bewußt zu werden. Was Wunder, daß die von den Machthabern der Erde, theils zum Scheine, theils im Ernſte gefürchtete Genoſſenſchaft ſpurlos verſchwand beim erſten Donnerwetter, welches über ſie hereinbrach!

Der Name Burſchenſchaft blieb zwar noch lange auf deutſchen Hochſchulen beſtehen. Allein nach dem Jahre 1820 fand ſich von deren uranfänglichem Geiſte wenig, oder nichts. Die Burſchenſchaften unterſchieden ſich von den übrigen Studentenverbindungen in keiner weſentlichen Beziehung mehr. Sie fröhnten allen üblichen Fehlern des deutſchen Univerſitätsweſens. Sie duellirten, ſoffen und renommirten; und wenn ſie einerſeits etwas mehr, als die Corpsburſchen auf Keuſchheit hielten, ſchlich ſich unter dieſelben eine Heuchelei und eine Großprahlerei mit ihren ſittlichen und intellectuellen Vorzügen ein, welche den Unterſchied zwiſchen beiden Abtheilungen der Studentenwelt ſo ziemlich ausglich.

Die Frage, wie es kam, daß alle die großartigen Hoffnungen der Jahre 1813 und

Reformen, welche Noth thaten. Ihre Fürsten waren wider ihren Willen und ohne alles Bewußtsein in den Strudel der Bewegung gezogen worden, und fingen schon sehr bald an, denselben für höchst gefährlich zu halten. Ihre Generale und Offiziere hegten alle die Vorurtheile ihres Standes. Die deutschen Minister waren Staatsdiener vom alten Schlage und begriffen die Pflichten unabhängiger Staatsmänner nicht. Die deutschen Geistlichen waren voll von Köhlerglauben und Unterwürfigkeit oder gewohnheitsmäßiger Heuchelei. Die deutschen Juristen waren mit dem römischen Rechte der Vorzeit besser vertraut, als mit dem deutschen Rechte, welches der Nation fehlte. Die Begriffe auch der edelsten und uneigennützigsten Vorkämpfer für Freiheit und Recht waren so verwirrt und unklar, daß, wenn ein Stein, ein Oken, ein Arndt gehört worden wären, sie es noch schlechter gemacht hätten, als die Diplomaten von Wien. Zwischen Deutschland und Frankreich wäre eine Wildniß (eine Hamme) künstlich angelegt; Franz I. wäre zum deutschen Kaiser erhoben, Frankreich seiner Gränz-Provinzen beraubt, das alte deutsche Reich mit dem Adel der Ostsee-Provinzen und den Republikanern der Schweiz wiederhergestellt worden. Deutschland wäre daher der Feindschaft seiner beiden Nachbarn im Osten und im Westen sicher und ohne Mittel gewesen, sich derselben zu erwehren.

Der deutschen Nation fehlte im Jahre 1815 diejenige politische Vorbildung, welche die Grundlage eines freien Staatswesens ist. Der Kampf war zu kurz, der Sieg zu glänzend gewesen, als daß eine klare Erkenntniß der Sachlage sich hätte entwickeln können, bevor die Umgestaltung Deutschland's vorgenommen wurde.

Eine neue Literatur, ein neues Volksleben, eine neue Generation mußten entstehen, um den Uebergang zur Freiheit zu bahnen. Weit ist es von mir entfernt, die Fürsten von der auf ihnen lastenden Schuld freisprechen zu wollen. Sie hielten der Nation nicht Wort. Sie beförderten nicht den Fortschritt zu freieren Formen und zu einem reinern Leben in Staat, Kirche und Gesellschaft. Allein wenn die Nation die Klarheit, die Kraft, die Entschlossenheit, welche sie im Laufe von fünfundvierzig Jahren erwarb, damals besessen hätte, so wäre der Widerstand der Fürsten mit leichter Mühe niedergeworfen worden.

Die deutsche Nation hatte im Jahre 1815 Dichter und Metaphysiker, Beamte und Höflinge, Adel und Geistlichkeit, Könige und Generale und überdies viele brave, treue, redliche Menschen. Allein aus diesen Elementen läßt sich in unseren Tagen kein freies Staatswesen zusammensetzen. Ihr fehlte eine Geschichte, eine Naturwissenschaft, eine Rechtswissenschaft, ihr gebrach der kühne Forschergeist und noch mehr das kecke Selbstbewußtsein, welches vom Gedanken zum Worte und von diesem zur That schreitet. Die Burschenschaften mit ihrem Köhlerglauben, ihrem Judenhasse, ihrer Verachtung des Bauern und Handwerkers, ihrer mittelalterlichen Sentimentalität und jugendlichen Unerfahrenheit waren so wenig, als ihre gelehrten Professoren geeignet, der deutschen Nation die Bahn einer besseren Zukunft zu brechen. Viele Illusionen mußten schwinden, unzählige Vorurtheile mußten abgestreift, der christlich-germanische und der römisch-kaiserliche Unsinn mußten zermalmt sein, bevor die deutsche Nation der Freiheit fähig war.

Ich kann in das hergebrachte Klagelied über fürstlichen Treubruch nicht unbedingt einstimmen. Die Hälfte der Schuld lastete auf dem Volke. Hätte die deutsche Nation die erforderliche Reife des Urtheils und Entschlossenheit besessen, so hätte sie die meineidigen Fürsten gezüchtigt. Bevor sie dieses gethan haben wird, muß sie selbst gezüchtigt werden, damit sie durch Schaden klug werde! Die deutsche Nation war aber in den Jahren 1848 und 1849 noch nicht zur Erkenntniß ihrer Lage und zum Entschlusse gekommen, diese durchgreifend zu verbessern. Nur sie selbst kann dieses thun. So lange sie die schweifwedelnden Höflinge und Beamten, die tückischen Pfaffen, den herrschsüchtigen Adel und die

von den Fürſten zu unbedingtem Gehorſam verpflichteten Klopffechter duldet, wird ſie nie aus ihrer Erniedrigung zu ſelbſtändiger Macht und Freiheit hervorgehen.

Eine Periode der Herabwürdigung, wie ſie auf Deutſchland laſtete vom Zwiſchenreiche bis zum weſtphäliſchen Frieden, von dieſem bis zur franzöſiſchen Revolution und dann von 1792 bis 1812 läßt ſich mit allen ihren Folgen nicht in zwei Jahren abſchütteln. Allein es war doch traurig, daß, als Thibaut (1814) auf ein allgemeines bürgerliches Recht in Deutſchland antrug, unſer Vaterland ſich in zwei Lager ſpaltete, wovon eines unter Savigny's Führung nicht blos ſeiner Zeit, ſondern gewiſſermaßen jeder Zeit den Beruf dazu, nicht blos die praktiſche Möglichkeit, ſondern auch das Bedürfniß deſſelben abſprach. So fern ſtand damals Deutſchland von der Verwirklichung eines gemeinſamen bürgerlichen Rechtes, daß man nicht den Anfang machte, die der praktiſchen Durchführung der Idee deſſelben entgegenſtehenden Schwierigkeiten: den Mangel einer allgemeinen geſetzgebenden Behörde und des guten Willens unter den Machthabern, ſowie den Mangel der Entſchloſſenheit im Schooße der Nation auch nur zu beſprechen, vielmehr den Kampf von dem Gebiete der Wirklichkeit auf dasjenige der Möglichkeit übertrug, und auf dieſem ſich theilweiſe wenigſtens für die Unmöglichkeit ausſprach. Die Nation ſchien gar nicht einmal den Schimpf zu empfinden, den ihr ein im Solde der Despoten ſtehender Gelehrter anthat, indem er ihr die Fähigkeit zur Durchführung einer Reform abſprach, welche im Nachbarlande Frankreich mit großem Erfolge mehr als zehn Jahre früher durchgeführt worden war.

Wie auf dem Boden der Geſetzgebung, ſo traten die Schergen der Gewalt den Reformbeſtrebungen der Nation auf allen übrigen Gebieten entgegen. Man begnügte ſich nicht damit, einen Reformantrag zu bekämpfen, man beſtritt deſſen Möglichkeit, ging auf denſelben gar nicht ein oder mit anderen Worten, man hielt den Feind ab nicht blos von der Feſtung und von den Vorwerken des Despotismus, ſondern ſelbſt von einer Beſprechung des Belagerungsplans und der Mittel, denſelben auszuführen. Die ſtreitenden Theile ſtanden dem wirklichen Leben gewöhnlich ſo fern, daß ſie die aus dieſem hergenommenen Gründe und Gegengründe am liebſten vermieden, und ſich ohne Widerſtreben auf die metaphyſiſche Seite jeder Streitfrage beſchränkten. Die Nation, welche von denjenigen Gründen, welche auf ſie wirkten, d. h. von denjenigen Leiden, welche die herrſchenden Mängel ihr bereiteten, nichts vernahm, konnte natürlich auf Streitigkeiten nicht mit Nachdruck eingehen, welche auf einem ihr ganz fremden Boden geführt wurden.

Den Hohn, den Savigny der deutſchen Nation auf dem Felde des bürgerlichen Rechtes bot, trug Ancillon auf dasjenige des Staatsrechts über, indem er zu behaupten ſich nicht entblödete, „das Volk habe das Bedürfniß wie Kinder reglert zu werden!" Die frechen Knechte der Despoten, welche in dieſem Tone zu Deutſchland ſprachen wurden nicht aus dem Felde geſchlagen. Die allgemeine Verachtung zwang ſie nicht, ſich inskünftige fern zu halten von den Angelegenheiten des Vaterlands. Keineswegs! Zum Danke für den Beiſtand, welchen ſie den Despoten leiſteten, wurden ſie hochgebietende Miniſter und balfen, in dieſer Stellung mit verzehnfachtem Einfluſſe die Nation in die Ketten der Knechtſchaft ſchlagen.

Deutſchland beſaß dazumal noch gar keine Volksmänner, im eigentlichen Sinne des Wortes, d. h. Männer, welche in ähnlicher, doch uneigennützigerer Weiſe die Intereſſen des Volkes wahrnahmen, wie die Fürſtendiener diejenigen der Fürſten. Der Gegenſatz zwiſchen Volk und Fürſt war im Jahre 1815 noch nicht entwickelt, wie in unſeren Tagen. Das Volk hatte faſt keine anderen Fürſprecher von höherer Geiſtesbildung, als ſolche, welche im fürſtlichen Brode ſtanden, und welche daher dieſes zu verlieren fürchten mußten, ſobald

Leute von dem Schlage Savigny's und Ancillon's hielten sich in Allgemeinheiten. Sie gaben gewissermaßen nur die Methode an, mit welcher den Freiheitsbestrebungen des Volkes entgegengetreten werden solle. Bald fanden sich aber auch andere, welche von den Allgemeinheiten auf die Einzelnheiten, von den Gesichtspunkten auf die Personen übergingen. Hofrath Janke eiferte gegen das „wilde Freiheitsgeschrei," verdächtigte Arndt und Görres und denuncirte den Fortbestand desselben geheimen „deutschen Bundes," welcher wesentlich zu der Erhebung des Volkes im Jahre 1813 beigetragen, mit dieser zugleich aber sein natürliches Ende gefunden hatte. Schmalz und Kamptz stimmten in den von Janke angeschlagenen Ton ein. Sie wurden zwar in der Presse bekämpft, allein vom Könige Friedrich Wilhelm III. belohnt. Schmalz erhielt einen Orden. Kamptz wurde rasch befördert, und stieg, gleich Savigny und Ancillon, bis zum Minister auf. Diejenigen, welche den niederträchtigen Verläumdungen von Janke, Schmalz, Kamptz und Consorten entgegentraten, welche auch meistentheils Staatsdiener waren, Niebuhr, Schleiermacher, Koppe, Fr. Füster, Krug, wurden zurückgesetzt. Deutschland besaß im Jahre 1815 trotz zahlreicher gelehrter Zeitschriften, keine eigentliche Volksliteratur, ja! nicht einmal die Voraussetzungen einer solchen. Erst mußten Männer, wie Dewette, Paulus, Strauß und Feuerbach einiges Licht in das Labyrinth der Theologie einführen, bevor eine volksthümliche Behandlung der Religion nur möglich war. Hegel und seine Schüler, zumal Arnold Ruge, mußten ihr kritisches Messer an die Schriften legen, welche sich philosophisch nannten, bevor das Volk für Philosophie Sinn bekommen konnte. Rotteck, Schlosser, Hagen, Gervinus und Vehse mußten den Augiasstall der Geschichte, Johannes Ronge, Wisticenus, Scholl denjenigen des Pfaffenthums, einigermaßen gereinigt haben, bevor von Aufklärung die Rede sein konnte. Die Naturwissenschaft mußte ihr Licht über alle Finsternisse leuchten lassen, bevor ein ernstlicher Kampf mit dem Vorurtheil nur möglich wurde.

Besoldete Knechte der Despoten hatten alle Kanzeln und alle Lehrstühle inne. Wenn sich unter denselben auch manche redliche Männer fanden, so war deren Stellung doch eine zu abhängige, als daß sie mit rücksichtsloser Offenheit dem herrschenden Unsinn und Despotismus hätten entgegentreten können. Erst nach 1815 erhielt das Volk Rednerbühnen in den deutschen Kammern, von welchen herab ihm Vorträge über Staatsrecht gehalten wurden. Der Kampf mit Censur und Polizei*) mußte durchgefochten werden, um den Werth der freien Presse und einer offenen Rechtspflege allgemein fühlbar zu machen. Die im Finstern schleichenden Ränke der Diplomaten**) mußten an's Tageslicht gezogen und mit Entschlossenheit als hochverrätherisch bezeichnet werden, um den Schergen der Gewalt einigen Schreck einzujagen. Das Volk mußte sich nicht blos den äußeren, sondern auch den inneren Feinden gegenüber in seiner Allgewalt zeigen, um sich Achtung zu verschaffen. Dieses geschah zum erstenmale im Jahre 1848.

Wenn wir mit den Thaten dieses Jahres diejenigen der Zeit von 1815—1830 vergleichen, so scheinen uns die letzteren sehr klein. Dennoch erhob die Meute der bezahlten Fürstenscribenten darüber einen furchtbaren Lärm, als stünde Deutschland am Rande einer blutigen Revolution.

Ein neues Dichtergeschlecht mußte erstehen, welches den Sold der Fürsten verschmähte,

*) Actenstücke der Censur und Polizei von Gustav v. Struve 3 Bände. Mannheim 1845.

**) Briefwechsel zwischen einem ehemaligen und jetzigen Diplomaten, Briefe über Kirche und Staat, politische Briefe von G. v. Struve. Mannheim 1845, 1846. Oeffentliches Recht des deutschen Bundes von G. v. Struve. Wichtige Urkunden über den Rechtszustand deutscher Nationen von Welcker. Die geheime Inquisition, die Censur und Cabinetsjustiz von demselben. Staatslexikon von Rotteck und Welcker.

und würdigere Gegenſtände ihrer Muſe fanden, als Kaiſer und Könige und Thaten fürſtlicher Laune. Freiligrath und Kinkel, Meisner und Schnaufer mußten geſungen haben, bevor die deutſche Nation ſich ihres Werthes bewußt werden konnte.

An die Stelle einer Baukunſt, einer Tonkunſt und eines gewerblichen Lebens, welches nur den Machthabern fröhnte, mußten Künſte und Gewerbe treten, welche ihre Remunterung von den Maſſen des Volkes erhielten und deßhalb auf deren Geſchmack und deren Bedürfniſſe berechnet waren. Nicht Kirchen und nicht Paläſte, ſondern Eiſenbahnen und Dampfſchiffe, Fabriken, Maſchinen aller Art, welche der Geſammtheit dienten, mußten die Kräfte der Nation in Bewegung ſetzen, nicht gedungene Caſtraten oder bezahlte Muſiker, ſondern freie Bürger in zahlloſen Vereinen mußten den Ton auch in der Muſik angeben; ſelbſt die Heere mußten einen volksthümlichern Charakter annehmen, bevor Deutſchland der Freiheit fähig war.

Wenn wir in allen dieſen Beziehungen die Verhältniſſe unſerer Tage mit denjenigen des Jahres 1815 vergleichen, dann erkennen wir am deutlichſten die Mängel, welche unſer Vaterland abhielten, damals frei zu werden.

Zwar iſt es mir nicht vergönnt geweſen, Augenzeuge der Fortſchritte Deutſchland's zu ſein. Doch die alte und die neue Welt ſtehen heutzutage in ſo innigem Verkehre, daß der Ocean ſie nicht mehr trennt, ſondern ſie verbindet. Im Geiſte habe ich immer feſtgehalten am alten Vaterlande. Niemals habe ich aufgehört, an die Heimath Hermann's und Luther's zu glauben, auf eine ſchönere Zukunft unſerer Nation zu hoffen und mein Volk von ganzer Seele zu lieben.

Die Fortſchritte, welche unſere Nation im Laufe der letzten vier Jahrzehnte gemacht hat, bürgen uns dafür, daß ſie in dem bevorſtehenden entſcheidenden Augenblicke ihre Pflicht thun werde.

Die Zeit der Kotzebue und Merkel, der Schelling und Nicolai, der Schlegel, Stolberg und Clauren, der Romantiker und der glatten Schöngeiſter liegt hinter uns. Ritterromane, Schickſalstragödien, Räuber- und Geſpenſter-Geſchichten haben einer ernſteren Literatur Platz gemacht. Propheten, wie Martin Michel, Adam Müller, Frau Krüdener und Fürſt Hohenlohe regen in unſeren Tagen die Maſſen nicht mehr auf. Von ſeinen Führern erwartet das Volk etwas mehr, als von einem Lützower Jahn. Nicht unreife Jünglinge, ſondern Männer geben in den großen Kämpfen der Zeit den Ausſchlag. Dieſe werden nicht beim erſten Runzeln der Stirn der Despoten in Schrecken gerathen. Ein vom Geiſte der Freiheit beſeelter Schriftſteller wird jetzt nicht mehr, wie einſt Luden noch that, für die Vorrechte des Adels in die Schranken treten. Adel und Pfaffenthum ſind als Einrichtungen erkannt, deren Vorrechte mit den Forderungen der Zeit nicht mehr vereinbarlich ſind. Der Mittelſtand hat eine Kraft gewonnen, welche ſtark genug iſt, zugleich Pfaffen und Junker und die mit beiden verbündeten Geldbrozzen zu zermalmen.

Nirgends in Deutſchland that der Adel ſeine Schuldigkeit. In Oeſterreich und Preußen duckten ſich die Junker unter den herrſchenden Despotismus und ſuchten nur von demſelben möglichſten Vortheil für ſich zu ziehen. In den minder mächtigen Staaten mit ſtändiſchen Verfaſſungen ging ihr Streben dahin, die Intereſſen ihres Standes, zum Verderben des Vaterlandes, häufig ſelbſt im Kampfe mit den Regierungen, zu betreiben. Nirgends warf der Adel das Gewicht, das er beſaß, in die Waagſchale der Freiheit. Unzählige Male ſcheiterten die freiſinnigen Anträge der Volkskammern an dem Starrſinn der Adelskammern. Im Schooße der deutſchen Heere, des deutſchen Beamtenthums und des deutſchen Pfaffenthums ſpielten Adelige die verächtlichſten Rollen. In ihrer Eigenſchaft als Grundherren drückten ſie ihre Unterthanen und erſchwerten ſo weit es in ihrer Kraft lag nicht

blos die Abschüttelung, sondern auch die Ablösung der mit den Forderungen der Neuzeit unvereinbaren mittelalterlichen Lasten. Am deutschen Bundestage fand der Adel allerdings bereitwilliges Gehör, so oft er sich dort in Beschwerden auf den Artikel 14 der deutschen Bundesacte berief. Es wurde dadurch nur um so anschaulicher, daß er mit den Urhebern der Karlsbader Beschlüsse, den Verräthern Deutschland's, zu innig verbunden war, um im Schooße der Nation andere Gefühle, als Entrüstung und Verachtung zu erwecken. Das Pfaffenthum stand aller Orten im Dienste der Gewalt und trat nur in sofern mit den Fürsten in Kampf, als es eine noch schlimmere Richtung, diejenige der Päbste und Jesuiten, begünstigte. Wo der Geistlichkeit aber ein solcher Rückhalt fehlte, ließ sie die weltliche Gewalt gewähren. Nirgends trat sie für Religionsfreiheit, für Humanität, für reine Sittlichkeit oder irgend einen edlen Zweck in die Schranken. Die Prälaten, welche nach den meisten Verfassungen in den Ständeversammlungen Sitz hatten, gaben ihre Stimmen fast ohne Ausnahme immer zu Gunsten der Unfreiheit und des Unrechts ab.

In der protestantischen Kirche kam zwar die Union zwischen Lutheranern und Reformirten zu Stande: in Nassau und Preußen am 21. October 1817, und nach und nach in den meisten übrigen protestantischen Staaten Deutschland's. Allein die eigentliche treibende Gewalt war aller Orten die Regierung, und diese behandelte die Sache, namentlich in Preußen, mit einer Härte, welche großes Aergerniß erregte.

Die katholische Kirche steuerte mit vollen Segeln in's Mittelalter zurück, errichtete neue Klöster und Wallfahrtsorte, streute den Saamen der Zwietracht zwischen ihren Angehörigen und den Protestanten aus, brachte unsägliches Elend über alle Familien, welche in gemischten Ehen lebten, übte einen schweren Druck auf Schule und Privatleben aus und erwies sich überhaupt als die schlimmste Feindin jedes Fortschritts.

Das Beamtenthum, welches von den Zeiten des deutschen Reiches her eine gewisse Selbständigkeit besessen hatte, verlor diese mehr und mehr. Die Regierungen entfernten alle Diener, welche nicht bereit waren, jede persönliche Ansicht ihren Machtbefehlen unterzuordnen. Der Unterschied zwischen Staatsdienern und Fürstendienern verschwand. Wer nicht dem Fürsten fester anhing, als dem Staate, das fürstliche Interesse dem staatlichen vorzog, die fürstlichen Befehle sogar im Widerspruche mit Gesetz und Verfassung vollzog, hatte keine Aussicht, Carrière zu machen und wurde nicht selten mit Schimpf und Schande aus dem Staatsdienste entfernt. Es ist nicht anzunehmen, daß den Staatsdienern der Druck gefiel, unter welchem sie gehalten wurden. Um so besser behagte ihnen aber die feste Besoldung, die Aussicht auf Pension, Wittwenversorgung, das Ansehen und die Gewalt und die Bevorzugung ihrer Kinder bei Anstellungen. Der Zudrang zum Staatsdienste wurde, trotz manchen Beschränkungen desselben, immer stärker, zugleich die Last, welche das Beamtenthum dem Volke auferlegte. Noch größere Summen und Menschenkräfte verschlangen die stehenden Heere. Vor der französischen Revolution kannte man in Deutschland die Conscription nicht. Oesterreich und Preußen warben ihre Heere. Einzelne kleine Fürsten hoben freilich ihre Unterthanen aus und verkauften sie sogar *) an's Ausland. Allein es waren dieses Ausnahmen von der allgemeinen Regel. Durch den deutschen Bundestag wurde aber der Nation die Haltung eines stehenden Heeres auferlegt, welches nicht sowohl zum Schutze gegen das Ausland, als zum Zwecke der Unterdrückung aller Regungen der Freiheit aufgeboten wurde. In den meisten deutschen Staaten, selbst in vielen Provinzen, welche früher unter französischer Herrschaft gestanden hatten, wurde der

*) Siehe oben Buch VIII., § 46, S. 288, 292.

mittelalterliche Zunftzwang aufrecht erhalten oder wieder hergeſtellt. Dieſer hemmte die Freiheit der Bewegung in nicht minder empfindlicher Weiſe, als Cenſur und Polizei, Adel und Pfaffenthum, ſtehende Heere und Beamtenthum. Reiche Kaufleute und Fabrikanten, Banquiers und Geldwucherer aller Art konnten Geſchäfte machen nach Belieben. Allein der arme Handwerker konnte ſich ſeine Lebensbedürfniſſe nur in Uebereinſtimmung mit den läſtigſten Zunftregeln erwerben. Den Wenigſten gelang es, Meiſter zu werden. Nur als ſolche hatten ſie Hoffnung, eine ſelbſtändige Familie zu gründen. Allein auch die wenigen Begünſtigten, welche in die Zunft aufgenommen wurden, waren durch die Regeln derſelben in mannigfaltiger Weiſe beſchränkt und gehemmt. Sie durften nur innerhalb des Gebietes ihrer Zunft arbeiten, gab es auch noch ſo viel in einer anderen zu thun, die mit ihrem Geſchäfte verwandt war. Der Handel mit den Artikeln ihrer Zunft war da und dort ſehr beſchränkt. Wer in einem freien Lande, wie Nordamerika, gelebt und die glänzenden Erfolge der Gewerbefreiheit kennen gelernt hat, begreift es kaum, daß eine kräftige Nation, wie die deutſche, ſich die Feſſeln des Zunftweſens ſo lange gefallen laſſen könne.

Die Reichen und Mächtigen, die Fabrikanten und Kaufleute hatten volle Freiheit, ſich mit einander zu verſtändigen und die Preiſe der Arbeit bis an die Gränze des Hungertodes herabzudrücken. Die armen Arbeiter dagegen wurden auf's Bitterſte verfolgt, eingekerkert und mit Zwangspaß ausgewieſen, wenn ſie Verabredungen zum Zwecke der Erhöhung des Arbeitslohnes trafen.

Auf den Städten laſtete der Zunftzwang, auf dem Lande die mittelalterlichen Frohnden, Zehnten, Bannrechte, Laſten und Abgaben aller Art, auf beiden zahlreiche Gemeinde-, Kirchen- und Staatsſteuern. Frägt man: was gewährten Deutſchland ſeine Fürſten für alle ihnen oder ihren Günſtlingen bezahlten Abgaben, ſo iſt die Antwort: ſehr wenig! Im Rathe der Nationen hatten die Deutſchen als ſolche keine Stimme. Trotz den ſchweren Opfern, welche das vom Bunde beſchloſſene Friedensheer ihnen auferlegte, war der kleinſte König Europa's im Stande, ihm Gränzprovinzen zu rauben, ſeinen Handel zu bedrücken, ſeine Schifffahrt zu hemmen. Nur der Gunſt der Verhältniſſe, nicht den Bundeseinrichtungen hat es Deutſchland zu verdanken, daß die zwiſchen Rußland und Frankreich abgeſchloſſenen Theilungsverträge *) nicht zur Ausführung gelangten. Die deutſche Nation war ohne alle Vertretung. Schon bald wurde ihr verſagt, ſich auch nur bittweiſe an den Bundestag zu wenden. Dieſer wurde mehr und mehr zu einer Anſtalt, welche keine andere Gewalt beſaß, als diejenige anderer verrotteter Einrichtungen, als Pabſtthum und Klöſter, Adel und Pfaffenthum, d. h. die Gewalt, zu drücken und zu ſaugen, das Mark der Nation zu verzehren und zu lähmen, allein nicht die geringſte Macht, wo es galt, irgend einen guten Zweck zu verwirklichen.

In den Bund wurden aufgenommen: 1) Oeſterreich, 2) Preußen, 3) Baiern, 4) Sachſen, 5) Hannover, 6) Würtemberg, 7) Baden, 8) Kurheſſen, 9) Großherzogthum Heſſen, 10) Dänemark, wegen Holſtein, 11) Niederlande wegen des Großherzogthums Luxemburg, 12) die großherzoglich und herzoglich ſächſiſchen Häuſer, 13) Braunſchweig und Naſſau, 14) Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, 15) Holſtein-Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg, 16) Hohenzollern, Lichtenſtein, Reuß, Schaumburg-Lippe und Waldeck, 17) die freien Städte: Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg.

Die Bundesverſammlung beſtand aus ſiebzehn Geſandten in obiger Ordnung, von welchen jeder eine Stimme führte. In beſonders wichtigen Angelegenheiten berieth ſie in einem ſ. g. Plenum, in welchem die achtunddreißig ſtimmberechtigten Mitglieder des

*) Siehe § 40, S. 429, § 47.

Bundes zusammen neunundsechzig Stimmen, nämlich die sechs ersten Mächte je vier, die fünf folgenden je drei, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Nassau je zwei Stimmen, alle übrigen je eine Stimme abgeben.

Den Vorsitz führte Oesterreich. Alle Versuche, welche Preußen machte, Antheil an der Geschäftsleitung zu erhalten, scheiterten.

Am 5. November 1816 wurde die Bundesversammlung feierlich eröffnet.*) Die deutsche Nation hatte von Anfang auf die Bundesversammlung keine großen Hoffnungen gesetzt, allein auch die mäßigsten, welche die vertrauendsten Gemüther hegten, gingen nicht in Erfüllung. Das Volk war zwar verstimmt, allein es war zu sehr mit seinen Privatverhältnissen beschäftigt, als daß es regen Antheil an der Politik genommen hätte. Nur auf den deutschen Hochschulen, auf welchen viele frühere freiwillige Krieger zu ihrer weiteren Ausbildung sich niedergelassen hatten, gährte es. Den deutschen Studenten hatte man seit Jahrhunderten Vieles nachgesehen. Keinem deutschen Fürsten war es früher in den Sinn gekommen, daß die wenigen Tausende junger Leute, welche durch ganz Deutschland zerstreut, in vollständiger Abhängigkeit von den Geldzuschüssen ihrer Eltern lebten, eine Nation von mehr als dreißig Millionen Einwohnern ernstlich gefährden könnten. Auch im Jahre 1817 glaubte im Ernste kein verständiger Mensch daran. Allein seit längerer Zeit suchte Fürst Metternich nach einem Vorwande, den da und dort sich regenden Geist der Freiheit vollständig zu unterdrücken. Einen solchen glaubte er in dem zur Feier des Reformations-Jubiläums und der Schlacht bei Leipzig auf der Wartburg bei Eisenach von deutschen Studenten begangenen Feste gefunden zu haben.

Wenn wir in unseren Tagen die Beschreibung jenes Festes lesen, dessen Reden und Trinksprüche von Frömmigkeit und Gottinnigkeit überliefen, welches mit geistlichem Gesange begann und mit Kirchensegen und Abendmahlfeier schloß, so will es uns bedünken, daß in unseren Tagen Kirche und Monarchie jauchzen würden, wenn die Studenten aus eigenem Antriebe noch ein derartiges Fest feiern würden. Damals aber war Köhlerglaube und Frömmigkeit noch so allgemein im deutschen Vaterlande, daß beide nicht beachtet wurden. Dagegen erhoben die feilen Scribenten der Despoten ein furchtbares Geschrei, als sie erfuhren, daß, nach dem eigentlichen Schlusse des Festes, einige Schriften, eine Schnürbrust, ein Zopf und ein Korporalstock mit entsprechenden Reden verbrannt worden seien. Wie wenig Ueberlegung diesem Verbrennungsprozesse zu Grunde lag, erhellt schon daraus, daß neben den mit Recht verdammten Schriften Kotzebue's, Haller's, Dabelow's, Ancillon's, von Kölln's, Schmalz's, Janke's und Kampt's, auch Wangenheim's „Entwurf zur Erneuerung von Würtemberg's alter Landesverfassung" verbrannt wurde. Die Verbrennung hatte gar nichts auf sich. Keinem Menschen wurde ein Härchen gekrümmt. Allein Metternich bedurfte, um seine freiheitsfeindlichen Zwecke durchzuführen, eines Scandals, und da weder die deutsche Nation, noch auch nur eine Handvoll deutscher Studenten einen solchen machten, so setzte er seine Meute feiler Knechte in Bewegung, um Deutschland und die Welt glauben zu machen, sie stehe am Abgrunde des Verderbens. Schwerlich würde dem Fürsten des Obscurantismus dieses gelungen sein, wäre ihm nicht ein anderes Ereigniß zu Hülfe gekommen: Kotzebue's Ermordung durch Sand. Zwar stand dieses mit der Wartburgsfeier in gar keiner Verbindung. Die That kam allein auf Rechnung Sand's. Nicht der geringste Zusammenhang mit anderen Theilnehmern konnte nachgewiesen werden. Allein wenn es darauf ankömmt, ängstliche Leute in Schrecken zu versetzen, frägt man nicht viel nach Beweisen. Mit gutem Grunde waren alle Besseren im

*) Siehe G. v. Struve's öffentliches Recht des deutschen Bundes.

deutſchen Volke entrüſtet über eine Schrift, worin der Ruſſe Stourdza das deutſche Volk ſchandlich verleumdet hatte. Hätte ein Deutſcher in und gegen Rußland ſich eines ähnlichen Vergehens ſchuldig gemacht, ſo wäre er gewiß in Sibirien verſchwunden. Die deutſchen Fürſten beſaßen aber weder Kraft, noch Willen, den Verleumder vor Gericht zu ziehen, und als die jenaiſchen Studenten, die Grafen Bochholz und Keller den Beleidiger der deutſchen Jugend forderten, bat dieſer den Senat von Jena, die Rücknahme der Aufforderung zu veranlaſſen, da er ſeine Schrift auf Befehl ſeines Kaiſers gedacht, geſchrieben und ausgeführt habe. Auf gleichen Befehl billigte ohne Zweifel Kotzebue die Stourdza'ſche Schrift. Man wußte, daß Kotzebue im ruſſiſchen Solde ſtand und Berichte nach Petersburg ſchickte, welche der Haltung ſeines literariſchen Wochenblattes zufolge nicht anders, als im Geiſte Stourdza's abgefaßt ſein konnten. Abgeſehen von dem zweideutigen Verhältniſſe, in welchem Kotzebue zu dem ruſſiſchen Cabinette ſtand, war er der friſchen und reinen Jugend Deutſchland's wegen des ſeichten und frivolen Charakters vieler ſeiner Schriften mit Recht verhaßt. In dem Gemüthe Sand's ſteigerte ſich der Grimm gegen Kotzebue in dem Grade, daß der Jüngling denſelben (23. März 1819) zu Mannheim erdolchte. Die That erregte eine allgemeine Bewegung in Deutſchland. Sand, welcher ſich ſelbſt den Tod hatte geben wollen, allein an der ſchweren Wunde nicht ſtarb, die er ſich beibrachte, wurde (am 20. Mai 1820) hingerichtet. Die Stimmung Deutſchland's war getheilt zwiſchen Mitgefühl für den ſchwärmeriſchen Jüngling und Widerwillen gegen deſſen kecke That. Beide Empfindungen wohnten nicht ſelten in einer und derſelben Bruſt und hielten ſich die Waage.

Eine ganz andere Bedeutung, als für die deutſche Nation, hatte die That aber für den Fürſten Metternich, welchem dieſelbe trefflich diente, ſeine längſt gehegten Pläne zur Ausführung zu bringen. Der Verſuch, welchen Löhning gegen das Leben Ibell's*) machte, benützte der Fürſt als ein weiteres Schreckbild. Auf der ſchwachen Grundlage einer höchſt unſchuldigen Studentenfeier, eines vollzogenen und eines beabſichtigten Mordes, alſo, wenn wir uns an Thatſachen halten wollen, zweier Verbrechen, bei welchen zuſammen genommen nur zwei Menſchen, beide ohne alle politiſche Bedeutung, ohne Namen und Einfluß, thätig waren, boten dem Fürſten Metternich die Handhabe, mit welcher er die ganze Verfaſſung Deutſchland's umſtieß und den geſetzlichen Entwickelungsgang der Nation vollſtändig unterbrach.

Als die Nachricht von Kotzebue's Ermordung zu Berlin eintraf, rief Wilhelm von Humboldt aus: „Nun iſt die Verfaſſung unmöglich." So trübſelig waren damals die Verhältniſſe in Preußen, daß die vereinzelte Handlung eines ſchwärmeriſchen Jünglings hinreichte, alle Hoffnungen des Volkes zu vernichten. Der ſchwache und ſchlaffe König, welcher begierig nach einem Vorwande geſucht hatte, die Erfüllung ihm läſtiger Verheißungen zu verſchieben, hatte dieſen gefunden. Das freundliche Gehör, welches er früher ſchon Menſchen, wie Wittgenſtein, Kamptz und Genoſſen geſchenkt hatte, gab er von jetzt an denſelben ausſchließlich. Demagogen-Verfolgung wurde die Looſung am Berliner Hofe. Selbſt nahe Diener und Freunde Hardenberg's, Männer, wie Dorow, Varnhagen und Gruner wurden nicht verſchont. Die Papiere der Brüder Welcker und Arndt's in Bonn wurden mit Beſchlag belegt. Jahn wurde über Spandau nach Küſtrin, Follen von Elberfeld, Mühlenfels von Köln nach Berlin gebracht. Görres entging der Verhaftung nur durch die Flucht. Selbſt Stein war in Gefahr. Eichhorn wurde denuncirt, weil er gewagt hatte, dem dienſtfertigen Werkzeuge der Demagogenjagd, Tſchoppe, Vorſtellungen zu machen. Gneiſenau zitterte und bebte. Das Verfaſſungswerk kam in's Stocken. Es

*) Siehe den vorigen Band.

galt jetzt, Deutschland eine ganz andere Verfassung, als bis dahin erwartet worden war, zu geben.

Zu diesem Behufe wurde eine förmliche Verschwörung angezettelt, an deren Spitze Metternich und Franz I. waren. Sie zogen zuerst den Staatskanzler Hardenberg und Friedrich Wilhelm III. in das Complott und bereiteten dann in Karlsbad die Beschlüsse vor, welche sie zu unbedingten Herrschern Deutschland's machen sollten.

Mit den Gesandten von Preußen (Bernstorff und Krusemark), Baiern (Rechberg und Stainlein), Mecklenburg (Plessen), Königreich Sachsen (Schulenburg), Hannover (Hardenberg und Münster), Würtemberg (Winzigerode), Nassau (Marschall), Baden (Berstett), unter Protokollführung von Gentz setzte Metternich sein finsteres Werk durch und drang dasselbe dem Bundestage auf, der es am 20. December 1820 einstimmig annahm.

Nachdem dieser erste Versuch des Umsturzes der deutschen Verfassung so trefflich gelungen war, folgte der zweite auf dem Fuße nach. Metternich versammelte gegen Ende des Jahres 1819 Gesandte aller deutschen Mächte zu Wien, welche dort nach mehrmonatlichen Berathungen die s. g. Wiener Schlußacte zu Stande brachten. Diese rundeten das zu Karlsbad begonnene Werk ab. Auch sie nahm der Bundestag (14. Mai 1820) nebst der zu Wien beschlossenen Executionsordnung (23. August 1820) einstimmig an.

Durch die der Bundesversammlung vermöge eines von außen her wirkenden Druckes aufgedrungenen Beschlüsse wurden wesentliche Bestimmungen sowohl des völkerrechtlichen, als staatsrechtlichen Theils der Bundesacte und überdieß mehrere Bestimmungen der Verfassungen sämmtlicher deutscher Staaten in rechtswidriger Weise aufgehoben.

Dadurch machten sich sämmtliche betheiligten Personen des Hochverraths schuldig.*) Als betheiligte Personen erscheinen nicht blos diejenigen, welche diese rechtswidrigen Beschlüsse faßten, sondern auch diejenigen, welche dieselben ausführen halfen, also nicht blos die in den Jahren 1819 und 1820, sondern auch alle später regierenden Fürsten und Minister. Nach dem in Deutschland herrschenden Staatsrechte können regierende Fürsten nicht vor den Gerichten zur Strafe gezogen werden. Gegen Souveräne steht dem Volke das Recht der Revolution zu, falls dieselben die Staatsverfassung in rechtswidriger Weise umstoßen. Die Minister, in sofern sie leben, können aber noch immer zur Strafe gezogen werden, um so mehr, als dieselben den früher an der deutschen Nation und den einzelnen deutschen Staaten begangenen Hochverrath 1849 durch neuen Verrath bekräftigt haben.

Durch die Karlsbader und Wiener Beschlüsse wurden die Souveränitätsrechte der Mitglieder des Bundes in wesentlichen Beziehungen vernichtet. Die Schlußacte griff störend in das ständische Verfassungsleben ein, indem sie dasselbe unter die Aufsicht des Bundes stellte und das Steuerverweigerungsrecht der Stände und die Besprechung der Bundesangelegenheiten bis zur Vernichtung beschränkte. Durch die Executionsordnung wurden die einzelnen Bundesstaaten der Regierungsgewalt des Bundes untergeordnet. Durch den Beschluß in Betreff der Universitäten wurden diese der obersten Aufsicht der Einzelstaaten entzogen und derjenigen des Bundestags unterworfen. Der Beschluß in Betreff der Presse vernichtete zugleich den Artikel 18 der deutschen Bundesacte und die Artikel der verschiedenen deutschen Landesverfassungen, welche die Preßfreiheit gewährten. Die Bestellung einer Central-Untersuchungsbehörde griff in die richterliche Gewalt der einzelnen Staaten ein.

*) Wie ich in meinem diplomatischen Briefwechsel bereits im Jahre 1845 vollständig nachgewiesen habe. Siehe namentlich S. 68 ff.

Das Palladium der Freiheit aller Deutschen, die Bestimmung, daß kein Bürger seinem gesetzlichen Richter entzogen werden dürfe, wurde vernichtet.

Ueberall ging die Vernichtung von Souveränitätsrechten gleichen Schritt mit der Vernichtung von Bürger- oder Volksrechten.

Universitäten und alle anderen Lehranstalten, die periodische und nicht periodische Presse, die Justizverfassung Deutschland's — also gerade die mächtigsten Hebel der Volksentwickelung, die kräftigsten Garantien der Volksfreiheit — wurden aus den Händen der Bundesglieder in die Hände der Bundesversammlung übergeführt, oder mit anderen Worten: alle diejenigen Hoheitsrechte, welche in diesen Beziehungen früher den deutschen Bundes-Regierungen zugestanden hatten, wurden in ihren Personen aufgehoben und in der Person der Bundesversammlung wieder erweckt.

Alles dieses geschah in durchaus rechtswidriger und heimtückischer Weise. Die deutsche Bundesacte war der deutschen Nation unter dem Aushängeschilde einer neuen, unverletzlichen Verfassung gegeben worden. Rechtmäßig waren in Betreff derselben daher nur solche Beschlüsse, welche innerhalb der Competenz der Bundesversammlung nach vorgängiger Berathung, durch freie Abstimmung, entweder im engern Rath, oder im Plenum gefaßt wurden, je nachdem der Eine oder das Andere durch die grundgesetzlichen Bestimmungen vorgeschrieben ist.

Diese Voraussetzungen der Gültigkeit eines Bundesbeschlusses ergeben sich aus der Natur der Sache. Sie sind überdies im Artikel 10 der Wiener Schlußacte ausdrücklich anerkannt.

An diesem Maßstabe gemessen, erscheinen die Karlsbader und die Wiener Beschlüsse als gesetzwidrig gefaßt und folgeweise als null und nichtig. Denn sie wurden:

1) nicht im Plenum, 2) nicht innerhalb der Competenz der Bundesversammlung, 3) nicht nach vorgängiger Berathung und 4) nicht durch freie Abstimmung gefaßt.

Das Protokoll vom 20. September 1819 weist nach, daß die betreffende Sitzung keine Plenar-Sitzung war, und daß ohne alle vorgängige Berathung sofort auf den Präsidialantrag die Beschlüsse gefaßt wurden. Daß die Karlsbader und Wiener Beschlüsse sich nicht innerhalb der Competenz der deutschen Bundesversammlung hielten, ist klar, denn diese ging nicht auf Umstoßung, sondern nur auf Entwickelung und Anwendung der Bundesacte. Daß sie endlich nicht die Folge freier Abstimmung waren, erhellt aus deren Entstehungsgeschichte zur Genüge.

Die Karlsbader und Wiener Beschlüsse, welche der Presse, den Universitäten, dem Volksleben und den ständischen Verfassungen Deutschland's den Todesstoß beibringen sollten, tödteten diese übrigens *nicht*, sie tödteten vielmehr die Urheber der verhaßten Daumschrauben in der öffentlichen Meinung. Nicht die Durchführung der von den Kammern gefaßten Beschlüsse, sondern deren Begründung war in den Kleinstaaten Deutschland's die Hauptsache. Denn die Kammern waren weit wichtiger in ihrer Eigenschaft, als Hallen, in welchen die Angelegenheiten Deutschland's öffentlich besprochen, als in welchen dieselben endlich festgestellt wurden. Die Hiebe, welche die geheimen Ministerial-Conferenzen oder Bundestagssitzungen gegen die deutschen Kammern führten, erhöhten in den Augen der gesammten Nation die Bedeutung der Volksvertretungen, gewannen ihnen die Sympathien aller für Freiheit und Recht empfänglichen Seelen und erfüllten diese mit gerechter Entrüstung gegen die reactionären Fürsten und deren feile Minister.

Die periodische Presse Deutschland's litt allerdings furchtbar unter den Karlsbader Beschlüssen. In deren Folge wurde der zu Stuttgart erscheinende „Deutsche Beobachter"

Schrecken eingejagt, und wo dieser die Kraft der Presse nicht lähmte, trat die Censur in's Mittel und strich die kräftigsten Artikel. Allein trotz Censur und Polizei lebte die deutsche Presse immer fort. Sie flüchtete sich von einem Staate in den andern, benutzte diesen oder jenen Augenblick der Freiheit und warf sich hauptsächlich auf Bücher über zwanzig Bogen, welche in einem Theile Deutschland's censurfrei gedruckt werden konnten.

Auch die Universitäten litten unter den Karlsbader Beschlüssen, jedoch nicht in dem Maße, daß die Wissenschaft aus Deutschland verbannt werden konnte. Druck erzeugte Gegendruck, und Verfolgung Widerstand. Je beliebter ein Professor bei der Regierung, desto unbeliebter war er gewöhnlich bei den Studenten, welche seine Hörsäle leer ließen, während sie diejenigen der von den Regierungen zurückgesetzten Lehrer um so fleißiger besuchten.

Besonders stark war die Entrüstung der deutschen Nation gegen die Central-Untersuchungs-Commission zu Mainz. Diese bestand neun volle Jahre, nämlich vom Herbste 1819 bis zum Jahre 1828. Deren aus der Bundes-Matrikular-Kasse bestrittene Kanzleikosten betrugen allein 56,490 fl. 37 kr. Die Kosten, welche jedoch von jenen Regierungen bestritten wurden, welche die Commissarien zu denselben gestellt hatten, waren ungleich bedeutender.

Unterm 17. Januar 1828 reichte die Central-Untersuchungs-Commission den in ihrer Berathung vom 14. December 1827 geschlossenen Hauptbericht in fünf Bänden nebst einer Mappe mit vierunddreißig Beilagen, endlich die über die Redaktion aufgenommenen Berathschlagungs-Protocolle in zwei Bänden, bei der Bundesversammlung ein.

Jahre vergingen, bevor sich der Bundestag mit diesem colossalen Berichte beschäftigte und hätte die Juli-Revolution nicht von Neuem die Furcht vor deutschen Demagogen rege gemacht, so würde über die Arbeiten der genannten Commission vielleicht niemals der Bundesversammlung ein Vortrag erstattet worden sein.

Diese herkulische Arbeit übernahm der badische Gesandte, Freiherr von Blittersdorff, welcher bei allen Bestrebungen gegen s. g. Demagogen und s. g. Preßunfug eine besondere Thätigkeit entwickelte. In der zehnten Sitzung vom 24. März 1831 erstattete derselbe seinen Vortrag über den bezeichneten Bericht an die Bundesversammlung. Wir entnehmen demselben folgende Hauptmomente:

Der Bericht der Commission zerfällt in drei Perioden. Die erste derselben umfaßt die Jahre 1806—1815. Den Anfang des deutschen revolutionären Treibens fand die Bundes-Untersuchungs-Commission unter den Papieren des Buchhändlers Georg Andreas Reimer zu Berlin, welchem nach der Schlacht von Jena ein Freund schrieb:

„Laß uns, bis Alles entschieden ist, den Weltbegebenheiten ruhig zusehen, vor allen Dingen aber nicht Deutschland aufgeben. Eine allgemeine Regeneration ist nothwendig und wird sich aus diesen Begebenheiten entwickeln. Wie, das kann man jetzt noch nicht sehen, aber wir wollen dabei sein, und mit angreifen, sobald der Gang der Dinge uns aufruft, oder mit sich fortreißt."

An diesen Anfang reihen sich Fichte's Reden an die deutsche Nation, der Tugendbund, der Verein der Charlottenburger, die Bestrebungen von Ernst Moritz Arndt und Friedrich Ludwig Jahn zu Berlin im Winter 1809 auf 1810, der deutsche Bund der Jahre 1810, 1811, 1812, wobei als gemeinschaftlicher Zweck „des Vaterlandes Rettung und Wiedergeburt" ausgesprochen worden sei. Die Ereignisse des Winters 1813 hätten die Erreichung des Zieles, welches alle diese Verbindungen als das ihrige angegeben hätten, noch eher herbeizuführen geschienen, als sie es von eigener Thätigkeit zu hoffen vermocht hätten. Ernst Moritz Arndt's politisch-literarische Wirksamkeit, die politischen Flug-

und Zeitſchriften, welche die Begriffe und die Gefühle, auf denen am Ende alle bürgerliche Ordnung beruhe, angegriffen, bekämpft und zu zerſtören verſucht hätten, der „Rheiniſche Merkur," von Görres herausgegeben, Wilhelm Snell, Gottlieb und Karl Welcker bilden die Uebergangspunkte zu dem von Arndt veröffentlichten „Entwurf einer deutſchen Geſellſchaft," und zu dem ſ. g. Uſinger Vereine. Napoleon's Landung im Jahre 1815 habe Veranlaſſung zu dem im Rheiniſchen Merkur öffentlich zur Sprache gebrachten und auch von Hofmann zu Rödelheim unterſtützten Projekt gegeben, eine Freiſchaar zu bilden, welche auf 50,000 Mann habe gebracht werden ſollen. Arndt's Schrift „über Preußen's rheiniſche Mark," die Burſchenſchaft in Halle und Jena, das Turnweſen bilden die Uebergangspunkte zu den Pariſer Unterhandlungen vom Jahre 1815. Es hätten ſich damals in Paris mehrere bedeutende Mitglieder jener Partei eingefunden, und ſich hauptſächlich um von Gruner verſammelt; allein bald hätten ſich die Klagen über die „elende Cabinetts-Politik" erneuert. Als der Gang der Ereigniſſe in Paris den Hoffnungen der Partei immer ungünſtiger geworden ſei, habe ſie die öffentliche Stimme abermals zu Hülfe gerufen und in Deutſchland durch Flug- und Zeitſchriften den Ruf gegen die Regierungen ertönen laſſen. Gegen das politiſche Treiben dieſer Partei ſei der geheime Juſtizrath Schmalz zu Berlin zuerſt in der bekannten Schrift „über geheime Verbindungen" öffentlich aufgetreten, habe jedoch die heftigſte Erwiederung gefunden, nichtsdeſtoweniger ſei die Auflöſung des ſ. g. deutſchen Bundes die Folge davon geweſen.

Die zweite Periode des Berichts beginnt mit dem Jahre 1816, ſchließt mit 1819, und enthält im Weſentlichen folgende Momente. Nach dem Jahre 1815 ſeien die Werkſtätten des Gemeingeiſtes vorzüglich auf den Univerſitäten aufgeſchlagen worden. In Tübingen habe ſich aus den Reſten der Teutonia eine Art Burſchenſchaft unter dem Namen Arminia gebildet, in Heidelberg ſei die Hoffnung der Gleichgeſinnten vorzüglich durch die Berufung des Karl Welcker, als Profeſſor an die dortige Univerſität, genährt worden, in Gießen habe Gottlieb Welcker ein Publikum geleſen „über die wichtigſten Verhandlungen unſerer Tage," worin er dieſelbe Tendenz entwickelt, welche Fichte's Reden an die deutſche Nation ausgezeichnet habe. Von derſelben Partei ſei die Gründung einer Burſchenſchaft unter dem Namen des Ehrenſpiegels ausgegangen. Wie in Gießen hätten im Jahre 1816 auch in Darmſtadt und im Naſſau'ſchen Zuſammenkünfte der von der Univerſität Zurückgekehrten ſtattgefunden, welche hauptſächlich der Unterhaltung über Politik und Religion, mit beſonderem Bezug auf Deutſchland's Einheit und Freiheit gewidmet geweſen ſeien. Görres und Arndt hätten am Rheine ihren Wohnſitz aufgeſchlagen und die angeſponnenen Verhältniſſe fortgeſetzt und erweitert.

Die gemeinſchaftliche Tendenz jener „Freunde" im ſüdlichen Deutſchland, in der erſten Zeit ihrer förmlichen Vereinigung ſei die Verwirklichung der Republik, als das für Deutſchland zu erſtrebende Ideal geweſen. Das Streben nach ſtändiſcher Verfaſſung, das Turnweſen, die Burſchenſchaft, die Wartburgfeier, die Betreibung einer National-Adreſſe, der Burſchentag zu Jena, das Glaubensbekenntniß des Profeſſors Fries, die Ermordung Kotzebue's, Karl Lönings meuchelmörderiſcher Anfall auf den Präſidenten Ibell, die Unruhen im Odenwalde bilden die hervorſtechendſten Ueberſchriften der Abſchnitte, welche die Bundestagsbeſchlüſſe vom 20. September 1819 einleiten. Die Central-Unterſuchungs-Commiſſion bemerkt, daß ſie dieſen Beſchlüſſen ihre Aufſtellung verdanke, und fügt ſehr naiv hinzu, ſie habe ſofort den ganzen Haß der Partei auf ſich gezogen, der ſich auf mannichfache Weiſe geäußert habe. Auch liege eine Angabe des de Witt vor, daß er aus dem Munde des Karl Follenius gehört habe, wie bald nach dem Carlsbader Congreſſe von mehreren Unbedingten

Die Auflösung der Burschenschaften, wenigstens eine scheinbare, und die Flucht der Demagogen in's Ausland, wird als die unmittelbare Folge jener Beschlüsse angegeben. In diese Zeit, so schließt der thatsächliche Bericht der zweiten Periode, falle allem Anschein nach die Entstehung eines sehr merkwürdigen Aufsatzes, welcher unter Louis Snell's Papieren zu Wetzlar in Beschlag genommen worden sei. Hierin werde das Treiben und die Tendenz der Partei vollständig entwickelt, gesagt, daß nach den neuesten Maßregeln der Regierungen in Deutschland nichts mehr zu hoffen sei, und der Vorschlag gemacht, in Nordamerika „eine alle Zweige des menschlichen Wissens umfassende deutsche Bildungsanstalt" zu gründen, welche der Zufluchtsort der in Deutschland „durch Willkür unterdrückten Geistesfreiheit, sowie für diejenigen werden sollte, die hier im Kampfe für dieselbe, durch Verlust ihres Wirkungskreises, Opfer jener Willkür geworden seien."

Wenn wir übrigens von Redensarten, schwankenden Anschuldigungen und Vermuthungen absehen, und fragen: welches sind die durch die Bestrebungen der Central-Untersuchung hergestellten verbrecherischen politischen Umtriebe im Laufe der beiden bis jetzt besprochenen Perioden? so ist die Antwort: auch nicht ein Mensch wurde wegen solcher zur Strafe gezogen, auch nicht ein Umtrieb wurde hergestellt.

Es ist demnach klar durch den Rechenschaftsbericht der Central-Untersuchungs-Commission selbst, daß der ganze Lärm, welchen Kamptz und Consorten, die Carlsbader Diplomaten und die bezahlten Schreier wegen angeblicher verbrecherischer Verbindungen anstellten, ein falscher war.

Die dritte und letzte Periode des Berichtes bespricht die Jahre 1819—1825 und theilt nach einigen allgemeinen Vorbemerkungen zuerst ein Gespräch mit, welches Karl Follenius mit Wahlkampf führte, und namentlich die Worte enthält: die Einheit und Republikanisirung Deutschland's würde immer das höchste Ziel seines Strebens sein, aber vorläufig müsse er davon abstrahiren, da es nicht darauf ankomme, fortzuschreiten, sondern nur das wenige vorhandene Gute zu erhalten. Er gehe daher damit um, alle seine Freunde anzuregen, daß sie zu einem gemeinschaftlichen wissenschaftlichen Streben sich vereinigten. Zwei Monate später findet man Follenius in Straßburg. Es folgen nun durchaus schwankende und unbestimmte Mittheilungen über die Bestrebungen, welche Wilhelm Snell und Karl Follenius in Straßburg, in Chur, Follenius, Witt und Liesching in Paris und an anderen Orten gehegt haben sollen, die Burschenschaften und engeren Vereine auf deutschen Hochschulen, Reisen und Zusammenkünfte verschiedener Personen, der Bund der Jungen, der Männerbund, der Burschentag in der Bergstraße vom 24. September bis 20. October 1822, der Bundestag zu Nürnberg am 12. und 13. October 1823, die Unterdrückung des deutschen Beobachters.

Wenn wir hierbei von Combinationen, Conjecturen und dergleichen absehen, und fragen: welche Verbrechen sind durch die vielen Bemühungen sämmtlicher unter Leitung der Central-Untersuchungs-Commission thätig gewesener deutscher Untersuchungsgerichte als erwiesen angenommen, und welche Strafen sind von denselben erkannt worden, so gelangen wir zu folgenden Resultaten:

Durch Urtheil des Gesammt-Ober-Appellationsgerichts zu Zerbst vom 18. October 1824 wurde ein gewisser Schwarz „wegen Theilnahme an einer geheimen, auf die Umwälzung der bestehenden Staatsverfassungen Deutschland's gerichteten Verbindung," zu einem „dreimonatlichen strengen, jedoch seiner Gesundheit unschädlichen Arrest" verurtheilt. Gegen die Mitglieder desselben Bundes (der Jungen) wurde und zwar in Würtemberg gegen Kolb, Gräter und Consorten auf ein- bis vierjährige Festungsstrafe und Entsetzung von ihren Stellen, in Baden gegen Schwörer und Heinrich Geßner auf zwei-

bis fünfjährigen Feſtungsarreſt, in Kurheſſen gegen Hodes und Conſorten auf zwei- bis ſechsjährige Feſtungsſtrafe und Verluſt aller ſtaatsbürgerlichen Rechte, in Hannover gegen Havemann und Conſorten auf fünf- und ſechsjährige Feſtungsarreſtſtrafe, in Sachſen-Weimar auf ſechs Jahre Feſtung mit Entſetzung vom Staatsdienſte, in Preußen gegen Clemen und Conſorten auf acht- bis fünfzehnjährige Feſtungsſtrafe mit Caſſation, Unfähigkeit zu allen Aemtern und Verluſt des Rechts die Nationalcocarde und die Denkmünze vom Jahre 1813 zu tragen, und in Naſſau gegen Hildebrandt auf zehnjährige Feſtungsſtrafe, mit Unfähigkeit zur Erlangung eines Staatsdienſtes, endlich im Königreich Sachſen und in Sachſen-Gotha auf zweiundvierzigjährige Zuchthausſtrafe erkannt.

Dagegen iſt in Darmſtadt ein Mitglied des Tugendbundes von der Inſtanz entbunden, in Mecklenburg-Schwerin die Sache wegen mangelnder Ausmittelung des corporis delicti für zur Zeit noch nicht ſpruchreif erklärt, in Baiern gegen die zum Theil geſtändigen Bundesglieder die Generaluntersuchung einſtweilen aufgehoben worden.

Von den, wegen ihrer Theilnahme am Männerbunde und der Mitwiſſenſchaft darum, in Unterſuchung gekommenen Individuen, wurde Lieſching, wegen Theilnahme an einer hochverrätheriſchen Verbindung, von der Inſtanz losgeſprochen, wegen Verſchweigung und Begünſtigung revolutionärer Umtriebe aber zu ſechsmonatlicher Feſtungsſtrafe verurtheilt; von Ferentheil iſt mit Caſſation, lebenslänglichem Feſtungsarreſte und Verluſte aller Ehrenzeichen beſtraft und Vogel des Militärdienſtes entlaſſen worden.

Wenn wir mit dieſen Reſultaten die Schrecken erregenden Manifeſte der Diplomaten gegen die deutſchen Revolutionäre vergleichen, ſo können wir nicht umhin auszurufen: Parturiunt montes, nascetur ridiculus mus.*) Wenn wir dagegen als die Frucht des Demagogenlärms die Karlsbader Beſchlüſſe betrachten, ſo müſſen wir fragen:

Iſt es gerecht, iſt es klug, etliche und dreißig Millionen Deutſche in Feſſeln zu halten, weil etliche und dreißig junge Leute einen Tugendbund und einige wenige einen Männerbund ſchloſſen? und zwar einen Bund, welcher hervorgerufen war durch die, die Bundesacte in ihren weſentlichſten Beſtimmungen umſtoßenden, Karlsbader Beſchlüſſe?

Es iſt durch den Bericht der Central-Unterſuchungs-Commiſſion ſelbſt vollkommen hergeſtellt: vor den Karlsbader Beſchlüſſen beſtanden keine ſtaatsgefährlichen Verbindungen in Deutſchland. Diejenigen, welche ſich fanden, waren die Folgen dieſer Beſchlüſſe. Die Bundesverſammlung hielt es nicht für angemeſſen, den Bericht der Central-Unterſuchungs-Commiſſion, oder auch nur den über denſelben erſtatteten Vortrag des Frhrn. von Blittersdorff veröffentlichen zu laſſen. Sie erkannte, daß die Veröffentlichung, dem von ihr vertretenen monarchiſchen Prinzipe nicht förderlich ſein dürfte. Es wurde daher das von dem Präſidialgeſandten in ſeinem Vortrage vom 20. September 1819 ertheilte Verſprechen, der am Schluſſe der Unterſuchung zu verfügenden öffentlichen Bekanntmachung der geſammten Verhandlungen dieſer Behörde nicht gehalten.

Es erging den Karlsbader Beſchlüſſen geradeſo wie den pſeudoiſidoriſchen Decretalen d. h. es wurde die vollſtändige Falſchheit der denſelben zu Grunde liegenden Thatſachen vollkommen erwieſen, und zwar nicht erſt nach Jahrhunderten, ſondern ſchon nach einem Jahrzehnte. Deſſenungeachtet blieben dieſelben in Kraft bis zum Jahre 1848 und wurden ſoweit thunlich ſpäter wiederhergeſtellt. Schwerlich werden ſie anders, als auf dem Wege der Revolution aus dem deutſchen Bundesrechte herausgeſchafft werden, wie jene Decretalen nur durch die Reformation für einen Theil der Chriſtenheit wenigſtens beſeitigt wurden.

Der deutſche Bund führte nach den Karlsbader Beſchlüſſen öffentliche und geheime,

gedruckte und ungedruckte Protokolle. Neben den Verhandlungen des Bundestags gingen unausgesetzt diejenigen zwischen Oesterreich und Preußen und den diesen Mächten unbedingt ergebenen Kleinstaaten einher. Je mehr sich eine deutsche Regierung ihrer eigenen Niederträchtigkeit bewußt war, desto fester klammerte sie sich an den Bund und an die Cabinette von Wien und Berlin an.

Bis zur Zeit der Karlsbader Beschlüsse und der durch die s. g. Langenau'sche Note eingeleiteten Beseitigung aller selbständigen Bundestagsgesandten hatte im Schooße des Bundestags eine gewisse Thätigkeit geherrscht. Die Persönlichkeit mehrerer Männer, wie Wangenheim, Gagern, Harnier machte sich geltend. Später trat eine vollständige Erschlaffung ein. Die erst im Werden begriffene Organisation des Bundes stand stille. Die schon entworfenen Gesetze wurden nicht mehr zur Abstimmung gebracht oder doch nicht zu Beschlüssen erhoben. Die Julirevolution machte es den Regierungen anschaulich, daß sich in Deutschland nach und nach ein mächtiger Zündstoff angehäuft hatte, und es wurde deren gemeinsames Bestreben, diesen gründlich auszulöschen. Man bedachte freilich nicht, daß alle vom Bunde beschlossenen Lösch-Anstalten den Zündstoff nothwendig vermehren, wenn auch zugleich bedecken, und dem Auge der Polizei entziehen müßten. Die Bundesversammlung wurde auf diese Weise in Verbindung mit der ihr untergeordneten Militär-Commission und Central-Untersuchungsbehörde die oberste Polizei Deutschland's. Die Ueberwachung des Volkes wurde ihr angelegentlichstes Geschäft, die Erlassung und Durchführung von repressiven Gesetzen ihre Hauptaufgabe. Jede Anzeige einzelner Bundesregierungen von Symptomen politischer Bewegungen gab Veranlassung zu neuen Gesetzen oder zur Verschärfung der bereits erlassenen. Sobald der Bundesversammlung von einer Bundesregierung das Bestehen irgend einer Maßregel mitgetheilt wurde, welche zum Zwecke der Unterdrückung der Freiheit dienlich schien, wurde dieses benützt, um deren Ausdehnung auf ganz Deutschland zu beantragen. Mehrere Commissionen wurden theils niedergesetzt, theils mit erneuter Kraft betrieben, um die Presse, die Universitäten und sonstigen Lehranstalten, das Verfassungsleben der constitutionellen Staaten u. s. w. zu überwachen. Die politischen Flüchtlinge, die Handwerksgesellen, die politisch Verdächtigen und Ueberwiesenen wurden unausgesetzt im Auge behalten. Gerichte, Polizei, Post und andere Behörden wurden zu den bezeichneten Zwecken in Dienst genommen.

Der Gegensatz zwischen den beiden Großmächten des Bundes und den minder-mächtigen Bundesregierungen war durch die Macht der Verhältnisse zu entschieden gegeben, als daß alle Kunst der Diplomatie im Stande gewesen wäre, denselben zu übertünchen. Die Verschiedenartigkeit der Verfassungen von Oesterreich und Preußen einerseits und den meisten übrigen Bundesstaaten andererseits und die Verschiedenartigkeit des Machtverhältnisses jener beiden und dieser andern Staaten blieb bestehen und wird fortdauern mit allen seinen Consequenzen, so lange als der jetzige deutsche Bund sein Leben fristet.

Jede einzelne Bundesregierung fürchtete für ihre Souveränetät und wollte daher dem Bunde nicht zu viele Rechte einräumen, sie besorgte, ihr Gesandter selbst könnte im Widerspruche mit ihren Wünschen handeln und band ihn an starre Instructionen. Mißtrauen herrschte auf allen Seiten und ließ keine kräftige Gestaltung zu Stande kommen.

Der deutsche Bund war augenscheinlich in seiner ersten Anlage verfehlt. Die Mittel, welche ihm zu Gebote gestellt wurden, standen zu seinen Zwecken in keinem Verhältniß. Bei gutem Willen von Seiten der deutschen Fürsten hätte er aber doch manches Gute begründen können.

Von der Zeit der Annahme der Karlsbader und Wiener Beschlüsse drehte sich die ganze Thätigkeit der Bundesversammlung fast ausschließlich um die Verlängerung und Ausfüh-

rung derſelben. Die ganze Wirkſamkeit des Bundes in Betreff aller volksthümlichen Beſtimmungen der deutſchen Bundesacte, namentlich der Artikel 13, 16, 18 und 19, hörte auf. Nur die der deutſchen Nation mit Recht verhaßten Artikel 14, 15 und 17*) wurden zum Verderben Deutſchland's neben den Karlsbader und Wiener Beſchlüſſen noch beachtet.

Für alles Gute war die Kraft des Bundes gelähmt. Dieſes zeigte ſich nicht nur in Betreff aller gemeinnützigen Anträge, welche Anfangs nicht von der Hand gewieſen worden waren, ſondern auch im Wechſelverhältniſſe der Bundesſtaaten.

Als Anhalt von Preußen auf's Tiefſte gekränkt und den preußiſchen Zollmaßregeln, der Elbſchifffahrtsacte und der Souveränetät des Landes zum Trotze, unterworfen wurde, konnte es am Bunde kein Recht finden und mußte ſich der Gewalt fügen. Der Schwache fand keinen Schutz gegen den Starken, wohl aber der Starke Hülfe gegen den Schwachen. Der Herzog von Braunſchweig konnte gegen Hannover kein Recht finden,**) er mußte ſich vielmehr den Forderungen ſeines übermächtigen, durch England noch geſtärkten hannover'ſchen Gegners fügen. Er fand ſelbſt dann keinen Schutz, als er durch eine Revolution verjagt wurde! So wußte der Bundestag mit der Legitimität zu ſpielen!

Eben ſo trübſelig, als die inneren, waren die militäriſchen und auswärtigen Angelegenheiten des Bundes.

Die feſte Grundlage jedes Staates beſteht in der Entwickelung ſämmtlicher in ihm enthaltener Kräfte in Uebereinſtimmung mit ſeinen Zwecken. Die körperlichen, intellectuellen und moraliſchen Kräfte der Staatsbürger ſind es, mit welchen ein Staat allein zu wirken im Stande iſt. Je tüchtiger daher jene ſind, deſto tüchtiger iſt er ſelbſt.

Ohne eine tüchtige körperliche Ausbildung wird eine Nation in militäriſcher Beziehung nie Etwas zu leiſten im Stande ſein, denn jede kriegeriſche Bewegung ſetzt körperliche Regſamkeit, Gewandtheit und Ausdauer voraus. Dieſe Eigenſchaften erlangt der Soldat nicht in der Zeit, welche er zu dienen hat, wenn er nicht gehörig vorbereitet in dieſen Stand eintritt.

Gemeiner und Offizier bedürfen übrigens eines gewiſſen Grades von Intelligenz, damit ihre Wirkſamkeit eine zweckmäßige ſei, kein bloßes Wüthen und Zerſtören zur Folge habe.

Allein die Grundlage aller kriegeriſchen Tüchtigkeit iſt immer die moraliſche Kraft des Kriegers: ſeine Liebe zum Vaterlande, ſeine Begeiſterung für Freiheit und Recht, ſeine Mäßigung im Glück und ſeine Feſtigkeit im Unglück.

Nur diejenige Nation wird im Kriege etwas Tüchtiges leiſten, bei welcher im Frieden alle dieſe Kräfte nachhaltig entwickelt worden ſind. Nur diejenige Nation iſt zum Kriege gerüſtet, bei welcher jene Kräfte bereit ſind, auf den erſten Ruf in Thätigkeit zu treten.

Wenn wir von dieſem Standpunkte ausgehen und fragen: was hat die Bundesverſammlung gethan, um die deutſche Nation auf den Krieg vorzubereiten? ſo iſt die Antwort: Nichts!

Sie hat keine Einrichtungen begründet, welche die Liebe zum Vaterlande bei der deutſchen Nation hätten ſtärken können, keine, welche ſie wehrbar gemacht hätten. Die bisherige Darſtellung der Wirkſamkeit der Bundesverſammlung hat es zur Genüge gezeigt: ihr Streben ging lediglich dahin, den Geiſt der Nation niederzuhalten, nicht ihn zu erheben.

*) Siehe oben § 38, S. 403.

Indem die Bundesversammlung der Erfüllung der Artikel 12, 13, 18 der Bundesacte hemmend entgegentrat, die Artikel 16 und 19 unerfüllt ließ, indem sie die Freiheit unseres deutschen Universitätswesens erdrückte, lähmte sie auch die höhere geistige Entwickelung und mit ihr die Wehrbarkeit der Nation.

Die Friedensheere, deren Haltung der deutsche Bund seinen Gliedern zur Pflicht macht, schwächen die Nationalkraft, indem sie unermeßliche Summen verschlingen, ohne die Nation als solche wehrbar zu machen.

Nur Preußen besitzt eine Nationalbewaffnung, welcher jedoch mit Recht der Vorwurf gemacht wird, daß sie zu kostbar ist. Der Bund als solcher hat für Nationalbewaffnung nichts gethan.

Wenn der zehnte Theil der Millionen, welche jährlich auf das Landheer verwendet werden, auf eine deutsche Flotte verwendet worden wäre, so wären wir dem Sundzoll, den Anmaßungen der Holländer gegenüber, nicht wehrlos gewesen, so läge unsere Nordküste nicht jedem Angriffe einer Seemacht offen und preisgegeben, so fände unser Handel Schutz in fremden Zonen.

Allein wie Nichts geschah, um die Nation wehrbar zu machen, so geschah auch Nichts, um eine Seemacht zu begründen.

Die Bundesversammlung verstand es nicht, auf den Geist der deutschen Nation einzuwirken; sie konnte nur die Zahl der Truppen bestimmen, welche jeder Bundesstaat halten sollte. Allein sie that Nichts, diese Zahlen zu beleben und zu beseelen. Nicht einmal ein Bundeszeichen, wie es die Schweizertruppen haben, konnte sie von diesen entlehnen, um den Gedanken der Einheit anzuregen, nicht einmal ein deutsches Commando wußte sie gegen Dänemark für sein deutsches Bundescontingent durchzusetzen! Ein Däne vertritt das holstein-lauenburgische Contingent beim Bunde; weder bei diesem, noch bei dem luxemburgschen Contingente wird darauf geachtet, daß wenigstens eine gewisse Anzahl der Truppen, wenigstens ein Theil der Offiziere immer aus Deutschen bestehen müsse. Unter solchen Umständen kann Deutschland auf die Contingente für Holstein, Lauenburg, Luxemburg und Limburg im Augenblicke der Gefahr nimmermehr zählen.

Die Bundesversammlung richtete ihre Aufmerksamkeit nur auf die technische und die quantitative Seite der Kriegsverfassung, die tiefer liegenden Elemente, welche die Qualitäten bestimmen, blieben ihr vom Anfang bis zum Ende fremd.

Die ganze Militärverfassung des deutschen Bundes liegt in dem Artikel 1 der Grundzüge ausgesprochen, welche in der Plenarversammlung vom 9. April 1821 vom Bundestage angenommen wurde. Er lautet wörtlich, wie folgt:

„Das Bundesheer ist aus den Contingenten aller Bundesstaaten zusammengesetzt, welche nach der jedesmaligen Bundesmatrikel gestellt werden."

Deutschland besitzt also, trotz der unermeßlichen Kosten, welche seine Soldaten verschlingen, kein innerlich organisirtes, sondern nur ein äußerlich zusammengesetztes Heer, welches (Artikel 13) nur außerordentlicher Weise, „wenn die Aufstellung des Kriegsheeres beschlossen wird," einen Oberfeldherrn erhalten soll. In gewöhnlichen Zeiten besitzt der Bund als solcher gar keine Gewalt über das s. g. deutsche Bundesheer und in Kriegszeiten ist es sehr zu befürchten, daß das Bundesheer entweder zum Werkzeuge österreichischer oder preußischer Willkür gemacht werde. Zum Besten Deutschlands kann es nach seiner Organisation niemals dienen.

Die Kriegsverfassung eines Landes steht in untrennbarer Wechselwirkung mit der Organisation seiner auswärtigen Angelegenheiten. Im Schooße des deutschen Bundes, woselbst Alles verkehrt eingerichtet ist, hat man in den inneren Angelegenheiten die Central-

gewalt über die Gebühr ausgedehnt, in den auswärtigen Angelegenheiten dagegen ſo gut als vollſtändig vernichtet.

Der Widerſpruch zwiſchen der Souveränität der einzelnen Bundesglieder und des Bundes, welcher ſich durch das ganze Gebiet des deutſchen Bundesrechts hindurchzieht, macht ſich insbeſondere auch geltend im Verhältniſſe des Bundes zu auswärtigen Mächten. Es iſt durchaus unmöglich, daß der Bund als ſelbſtändige Macht dem Auslande gegenübertrete und daß deſſenungeachtet auch jeder einzelne Bundesſtaat ſelbſtändig mit dem Auslande verkehre. Entweder bildet der Bund dem Auslande gegenüber eine Macht, dann dürfen conſequenter Weiſe die Bundesglieder nur durch den Bund mit dem Auslande verkehren, oder aber es dürfen die einzelnen Bundesglieder, wie dieſes der Artikel 11 der Bundesacte ausdrücklich beſtimmt, mit dem Auslande Verträge ſchließen ohne Zuthun des Bundes, dann iſt dieſer dem Auslande gegenüber keine Macht.

Wie man nicht Mann und Frau zugleich ſein kann, ſo kann man auch nicht zugleich Souverän und der Souveränetät eines Andern untergeordnet ſein. Dieſes haben aber die Begründer des Bundes und ſeiner organiſchen Geſetze nicht erkannt und daher iſt der Bund zum Zwitter geworden.

Theoretiſch, d. h. nach dem Geſetze vom 12. Juni 1817, § 227, bildet der deutſche Bund eine unabhängige Macht, und derſelbe beſitzt daher actives und paſſives Geſandtſchaftsrecht. Allein in der Wirklichkeit hat er noch niemals einen Geſandten beglaubigt, obgleich bei ihm fremde Geſandte beglaubigt ſind. In allen Fällen, wo er in der Lage war, Geſandte zu ernennen, hat er ſich immer an die Höfe von Oeſterreich und Preußen gewandt, um von dieſen vertreten zu werden. Es ordnete ſich alſo der Bund in ſeinen auswärtigen Angelegenheiten gerade ſo den Höfen von Oeſterreich und Preußen unter, wie er dieſes meiſtentheils, d. h. in allen hochwichtigen Fragen, in Betreff ſeiner inneren Angelegenheiten that. Gerade wie der Bund aus den Händen Oeſterreich's und Preußen's die Karlsbader Beſchlüſſe und die Beſchlüſſe der Wiener Conferenz empfing, ſo empfing er auch aus den Händen dieſer beiden Mächte die Londoner Conferenzprotokolle, welche halb Luxemburg von Deutſchland trennten.

Dieſes Sachverhältniß zeigt uns deutlicher, als alle theoretiſchen Ausführungen, wie es ſich mit der Unabhängigkeit des deutſchen Bundes und mit ſeiner Eigenſchaft einer Macht verhält. Oeſterreich und Preußen ſind ſouverän, allein die übrigen Bundesglieder ſind es in den meiſten Beziehungen und folgeweiſe überhaupt nicht, weil keine Macht ſouverän iſt welche nur in einer Beziehung eine andere über ſich erkennt.

Aus dieſer Vorbemerkung läßt ſich ſchon entnehmen, daß die Stellung des deutſchen Bundes, dem Auslande gegenüber, nicht die glänzendſte ſein kann. In der That hat auch nicht eine Verhandlung mit dem Auslande ſtattgefunden, auf welche der Deutſche mit Freude oder Stolz blicken könnte. Die meiſten der ſtattgehabten Verhandlungen enthalten bloße Notificationen, haben aber keinen eigentlichen Werth für Deutſchland. Manche andere, wie z. B. die Mittheilung der Karlsbader Beſchlüſſe an das Ausland und die Verhandlungen in Betreff der Barbareskenſtaaten enthalten wahre Demüthigungen, wiederum andere, wie die Verhandlungen in Betreff Luxemburg's, eigentliche Kränkungen und Verletzungen der deutſchen Nation.

Für den deutſchen Handel, die deutſche Schifffahrt geſchah, ungeachtet der Beſtimmungen des Artikels 19 der deutſchen Bundesacte, vom Bunde aus nichts. Was kann die deutſche Nation unter dieſen Umſtänden vom Bunde hoffen, was kann ſie von ihm, namentlich in Zeiten der Gefahr, erwarten?

Die Antwort ist: nichts, durchaus nichts, als Schimpf und Schande und Beeinträchtigung.

So lange nicht die gesammte Vertretung Deutschland's dem Auslande gegenüber und die gesammte Heeresmacht in ähnlicher Weise wie in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten Nordamerika's der Centralgewalt überwiesen sein wird, bildet der deutsche Bund dem Auslande gegenüber keine Einheit weder in diplomatischer, noch in militärischer Beziehung.

Noch immer herrschen die freiheitsfeindlichen Elemente im Schooße des deutschen Bundes vor. Unter diesen Umständen ist es kaum wünschenswerth, daß derselbe seine Organisation vervollständige. Jede Macht, welche dem deutschen Bundestage zu Frankfurt am Main anvertraut wird, kann, der Zusammensetzung dieser Behörde und ihren geschichtlichen Antecedenzien zufolge, nicht anders, als zum Verderben Deutschland's wirken. Daraus folgt aber nicht, daß man Alles beim Alten lassen, sondern daß man den Bund von Grund aus reformiren müsse. Besitzt die deutsche Nation nicht die Kraft, dieses durchzusetzen, so kann sie dem Schicksale Polen's nicht entgehen.

Die beiden deutschen Großstaaten Oesterreich und Preußen, welche zu jeder Zeit auf die Hegemonie in Deutschland Anspruch machten, könnten ein Anrecht auf dieselbe nur dadurch erwerben, daß sie der deutschen Nation das Banner der Freiheit, des Rechtes und höherer Geistesbildung vorantrügen, oder wenigstens das Beispiel der gewissenhaften Erfüllung der deutschen Bundesacte gäben. Da sie aber gerade das Gegentheil thaten, statt für Freiheit, Recht und Geistesbildung, für Polizei, Censur, Mißbrauch der Gewalt und Obscurantismus arbeiteten, haben sie alle Aussicht auf Hegemonie eingebüßt. Sie haben im Laufe eines Zeitraums von mehr als vierzig Jahren das von bethörten Anhängern in sie gesetzte Vertrauen so gründlich verscherzt, daß es sie große Anstrengungen kosten wird, es wieder zu gewinnen. Für Preußen ist es zumal Schmach und Schande, mit Oesterreich auf gleicher Stufe der Feindschaft gegen alle Freiheit des Geistes gestanden zu haben — vier Jahrzehnte lang!

Die mindermächtigen Staaten Deutschland's erhielten durch ihre größere Regsamkeit auf dem Gebiete des Verfassungslebens einen Vorsprung vor den beiden Großmächten, welcher sie mehr geschickt machte, als diese, den Ton in Verfassungsangelegenheiten anzugeben. In der That waren es daher, trotz ihrer zahlreichen Heere, nicht Oesterreich und nicht Preußen, welche die geistige Bewegung Deutschland's vermittelten, sondern die mindermächtigen Staaten Deutschland's, insbesondere Süd-West-Deutschland's, ehemalige Rheinbundsstaaten. Diese Thatsache deutet in sprechender Weise an, daß die französische Unterdrückungsperiode doch nicht ganz so schlimm gewesen sein könne, als die deutschen Franzosenfresser die Welt glauben machen wollten. Am weitesten blieben unter allen Theilen Deutschland's diejenigen zurück, welche von den Aenderungen der französischen Revolution am wenigsten angenommen, oder doch beibehalten hatten: Oesterreich, die östlichen Provinzen Preußen's, Hannover, Oldenburg, Braunschweig und andere. Am rüstigsten schritten voran diejenigen, welche mit guten alten deutschen Einrichtungen solche Neuerungen verbanden, welche der Geist der Zeit anrieth: Baden, Würtemberg, Baiern, Hessen-Darmstadt, die sächsischen Herzogthümer, obgleich allerdings auch hier der Fortschritt durch die verderbliche Einwirkung von Seiten der beiden Großmächte und des durch dieselben geleiteten Bundestags in mannigfaltiger Weise gehemmt wurde.

Thatsächlich war Oesterreich gar niemals ein deutscher Bundesstaat. Die erste Voraussetzung eines solchen besteht darin, daß er in der Gewalt der Deutschen sein müsse. Allein er war von polnischen, italienischen und ungar'schen Regimentern besetzt, während das

deutſche Bundes-Contingent Oeſterreich's nicht ſelten in Italien, Ungarn oder in Polen ſtand. Thatſächlich ſtellte Oeſterreich gar niemals ein deutſches Bundes-Contingent. Ein ſolches ſetzt voraus, daß es ein für ſich beſtehendes, nur mit dem deutſchen Bundes-Heere organiſch verbundenes Ganze ſei. Diejenigen Armee-Corps, welche dem Namen nach das deutſche Contingent Oeſterreich's vorſtellten, waren aber weit inniger mit den ungar'ſchen, polniſchen und italieniſchen Abtheilungen der öſterreichiſchen Truppen, als mit den drei preußiſchen, dem baieriſchen und den übrigen deutſchen Contingenten verbunden. Es gab wohl eine öſterreichiſche, niemals aber eine deutſche Armee, was Organiſation, Avancement, Bewaffnung, Commando und alle übrigen Vorausſetzungen militäriſcher Ordnung betrifft.

Oeſterreich erkannte im praktiſchen Leben keinen einzigen freiheitlichen Artikel der deutſchen Bundesacte an, weder Artikel 13, noch 16, noch 18, noch 19. In dieſen Beziehungen kam ihm Preußen ſehr nahe. Allein das Cabinet von Berlin that durch den von ihm angeregten Zollverein doch Einiges für Handel, Schifffahrt und Gewerbe, während die öſterreichiſche Regierung in materieller, wie in ideeller Beziehung ihr Reich ſo ſehr als möglich vom übrigen Deutſchland abſchloß.

Göthe legt dem Alphons von Ferrara die ſchönen und wahren Worte in den Mund:

Ein Feldherr ohne Heer ſcheint mir ein Fürſt,
Der die Talente nicht um ſich verſammelt.

Die deutſchen Fürſten waren alle in dieſem Sinne nicht blos Feldherren ohne Heere, ſondern weit ſchlimmeres: ſie waren die Henker, welche die Talente ermordeten, die Schergen, welche dieſe aus Deutſchland's Gränzen trieben, damit ſie auf fremdem Boden in Jammer und Elend untergehen möchten, die Verleumder, welche durch feile Richter und ſchnöde Soldſchreiber deren Ruf beflecken ließen, damit das Vaterland ſie nicht in ihrer wahren Geſtalt erkennen möge.

Doch die Stunde grauſer Mitternacht wird ſchlagen, in welcher Robert Blum aus ſeinem Grab erſtehen und die von Kugeln durchbohrte Bruſt vor dem Volke Deutſchland's entblößen, da der im fernen Amerika hingeſtorbene Freiheitsdichter Schnauſer ſein zürnend Haupt über die Despoten ſchütteln wird. Nicht Alle werden dann im Grabe ſein. Es werden Einzelne noch leben von jenen nicht verſammelten, ſondern vertriebenen Talenten und zu Gerichte ſitzen über die Schuldigen.

## § 52. Die Niederlande und die Schweiz.

Einſt hatten Holland und Belgien zum deutſchen Reiche gehört. Mittlerweile war allerdings Nord-Niederland zu einem Grade der Selbſtändigkeit und Eigenthümlichkeit emporgeſtiegen, welcher eine Vereinigung mit Deutſchland durchaus unzuläſſig machte. Allein Belgien war ſeit dem Utrechter Frieden mit Oeſterreich verbunden geweſen. Deutſchland lag ſeiner Vergangenheit und ſeinen Bedürfniſſen weit näher, als Holland. Doch Deutſchland war auf dem Wiener Congreß, wie bei den zahlreichen Verträgen, welche zu Paris und früher abgeſchloſſen worden waren, unvertreten. Oeſterreich ſah Belgien lieber in holländiſchen, als in preußiſchen Beſitz übergehen. Die betheiligten Belgier ſelbſt konnten nach dem Hammelheerdenſtaatsrechte, welches damals galt, nicht um ihren Willen befragt werden. Nur die untergeordnete Frage, diejenige der Verfaſſung, nicht die weſentliche der Verbindung mit Holland wurde, zwar nicht dem Volke, doch aber den ſ. g. Notabeln vorgelegt. Dieſe verwarfen die Verfaſſung und folgeweiſe zugleich die Verbindung

ſtimmten ſiebenhundertſechsundneunzig gegen und nur fünfhundertſiebenundzwanzig für die Verfaſſung, d. h. das holländiſche Grondwet, welches nur ſehr wenig der belgiſchen Anſchauungsweiſe angenähert worden war. Die Verfaſſung war alſo mit einer Mehrheit von zweihundertneunundſechzig Stimmen verworfen. Doch Betrüger und Tyrannen wiſſen ſich zu helfen. Wilhelm I. zählte zu ſeinen fünfhundertſiebenundzwanzig Stimmen noch hundertſechsundzwanzig hinzu, welche aus Gründen der Religion die Verfaſſung verworfen hatten, und da dieſe noch nicht ausreichten, ihm die Mehrheit zu verſchaffen, fügte er auch noch die Stimmen der nicht erſchienenen zweihundertachtzig Notabeln hinzu (24. Auguſt 1815).

Durch dieſe ruchloſe Verfahrungsweiſe gab Wilhelm I. gleich beim Antritte ſeiner Regierung zu erkennen, daß Lug und Trug, Liſt und Gewalt die Grundlagen ſeiner Herrſchaft bilden würden. Ein Monarch, welcher ſeine Regierung in ſolcher Weiſe beginnt, verſetzt ſich ſelbſt in die Unmöglichkeit, gerecht oder mild zu herrſchen, weil er die Wahrheit unterdrücken, dem Volke Gewalt anthun muß, um nicht jeden Augenblick daran erinnert zu werden, daß er ein Uſurpator und Tyrann, nicht aber ein rechtmäßiger Fürſt ſei.

Wäre die Verfaſſung, oder gar die Vorfrage derſelben, die Vereinigung mit Holland, dem belgiſchen Volke vorgelegt worden, ſo würde die Mehrheit gegen dieſelbe noch viel ſtärker ausgefallen ſein. Es handelte ſich blos um eine Volkstäuſchung. Die Belgier ließen ſich, im Hinblicke auf die Großmächte Europa's, welche über ſie verfügt hatten und mit welchen ſie ſich in keinen Kampf einlaſſen wollten, die Verbindung mit Holland gefallen. Allein ſie behielten ſich ihre ewigen und unveräußerlichen Menſchenrechte vor, von welchen ſie bei der erſten günſtigen Gelegenheit Gebrauch machten.

Die Verfaſſung, welche in Nord-Niederland, wenn nicht vom Volke, *) ſo doch von den Notabeln angenommen worden, war auch von dieſen in Belgien verworfen worden und beſaß demnach nicht den Schein rechtlicher Gültigkeit.

Die Wünſche der Belgier waren übrigens ſo beſcheiden, daß, hätte die Verfaſſung nur einigermaßen Rückſicht genommen auf Recht und Billigkeit, und wäre ſie treu gehalten worden, vielleicht die anfängliche Mißſtimmung ſich gelegt hätte. Allein von vornherein war die Verfaſſung darauf berechnet, daß die Holländer herrſchen, die Belgier beherrſcht werden ſollten.

Die Volkszahl von Holland verhielt ſich zu derjenigen Belgien's wie zweiundvierzig zu achtundſechzig. Von Rechtswegen hätten daher beide Theile in dieſem Verhältniß vertreten ſein ſollen. Allein die den Belgiern aufgedrungene Verfaſſung bewilligte denſelben nicht mehr Abgeordnete, als den Holländern. Dazu kam, daß der Volkskammer eine erſte Kammer zur Seite geſetzt wurde, welche durchaus vom Könige abhing. Die ſ. g. Generalſtaaten enthielten daher durchaus keine treue Volksvertretung, ſondern in der erſten Kammer nur die Vertretung des königlichen Willens, in der zweiten Kammer eine unverhältnißmäßig ſchwache Vertretung Belgien's.

Bei der Vereinigung Belgien's mit Holland ſtanden übrigens nicht blos nationale Sympathien und Antipathien und Freiheitsrechte in Frage, ſondern auch tief eingreifende materielle Intereſſen und religiöſe Gewohnheiten.

Das erſte Geſchenk, welches König Wilhelm I. Belgien machte, beſtand in der unermeßlichen holländiſchen Staatsſchuld, welche die unglückliche Provinz mit übernehmen mußte. Zwar ſollte, gewiſſermaßen als Entſchädigung dafür, Belgien Antheil an den holländiſchen Colonien haben. Damit war jedoch Belgien wenig geholfen. Holländiſche

*) Siehe oben § 42, S. 442.

Kaufleute waren im Beſitz des ganzen Handels, holländiſche Schiffer im Beſitze der ganzen Schifffahrt mit den Colonien. Die Vortheile, welche die Holländer von den Colonien zogen, waren wirklich und thatſächlich, diejenigen der Belgier aber ſtanden nur auf dem Papier, konnten ſich vielleicht mit der Zeit entwickeln, für's Erſte waren ſie aber nur problematiſch, während die Staatsſchuld ſofort eine wirkliche und ſchwere Laſt auf Belgien legte. Die Verfaſſung entſprach ihrem Inhalte nach ganz demjenigen Geiſte, in welchem deren Annahme betrieben wurde, d. h. ſie war nichts weiter, als eine Spiegelfechterei. Die Stände hatten zwar das Recht der Steuerbewilligung; da aber das Budget auf zehn Jahre votirt werden ſollte, wurde dadurch das Recht der Stände ſo gut wie vollſtändig vernichtet. Denn wer kann auf zehn Jahre voraus die Einnahmen oder die Ausgaben des Staates mit Sicherheit veranſchlagen? Kein Finanzminiſter iſt dazu im Stande. Er iſt daher gezwungen, Alles ungewiß und ſchwankend zu laſſen, während das Steuerbewilligungsrecht der Stände nur inſofern Sinn und Bedeutung hat, als durch die Beſtimmung derſelben dieſer Unſicherheit ein Ziel geſetzt wird. Auf's Tiefſte mußten ſich die Belgier verletzt erachten, indem die ihnen aufgezwungene Verfaſſung ihnen das Schwurgericht raubte, welches ſie unter franzöſiſcher Herrſchaft gehabt hatten und nur eine ſehr beſchränkte Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen gewährte.

Die nothwendige Folge aller dieſer gerügten Mängel beſtand darin, daß im Laufe eines fünfzehnjährigen ununterbrochenen Friedens die Auflagen, ſtatt erleichtert zu werden, unausgeſetzt erhöht wurden. Beſonders läſtig für Belgien war die Mahl- und Schlachtſteuer, welche die Ackerbau treibende Bevölkerung beſonders ſchwer traf.

Der holländiſchen Regierung kann das Verdienſt nicht abgeſprochen werden, daß ſie manches zur Hebung des Handels und der Induſtrie der Vereinigten Niederlande that. Sie ließ neue Straßen bauen, Kanäle graben, neue Poſtverbindungen einleiten. Alles dieſes geſchah jedoch auf eine dem Volkscharakter nicht entſprechende Weiſe, d. h. von oben herab in despotiſcher Weiſe, ohne dem Volke den ihm gebührenden Antheil an dieſen Verfügungen zu gewähren.

In den Jahren 1815—1830, wie zur Zeit Joſeph's II. (1780—1790), ja! wie in den Tagen Philipp's II. und des Herzogs von Alba, beſtand die Oppoſition in Belgien nicht blos aus freiſinnigen, edeldenkenden, dem Fortſchritte geneigten Freunden des Vaterlandes, ſondern auch aus Pfaffen und Pfaffenknechten, deren Beſtrebungen von ganz entgegengeſetzter Art waren. Die katholiſche Partei Belgien's hätte ſich über alle oben gerügte Uebelſtände leicht hinweggeſetzt, wenn Wilhelm I. katholiſch und Holland jeſuitiſch geweſen wäre. Da beide aber proteſtantiſch waren, und ſich nicht, gleich dem Coburger Leopold, unter das Pfaffenjoch beugen wollten, ſo war die Feindſchaft der katholiſchen Partei unverſöhnlich.

Wilhelm I. konnte nur dadurch möglicher Weiſe ſeine Regierung in Belgien befeſtigen, daß er eine der beiden belgiſchen Parteien für ſich gewann. Dieſe in Verbindung mit den Holländern, welche ihm ſicher waren, hätten ſeiner Macht wenigſtens auf eine gewiſſe Zeit lang einen feſten Rückhalt geboten. Holland konnte Wilhelm I. nicht katholiſch machen. Die Holländer konnte er den belgiſchen Pfaffen nicht preisgeben. Es blieb ihm daher nichts anders übrig, als die Liberalen für ſich zu gewinnen. Deren Anſprüche waren auch keineswegs übertrieben. Allein Wilhelm I. war ein viel zu habſüchtiger Menſch, als daß er die Liberalen Belgien's für ſich hätte gewinnen können. Während ſeiner Verbannung hatte er ſchlimme Zeiten gehabt. Der Königsthron ſollte deren Wiederkehr unmöglich machen. Wilhelm I. beſaß ein großes kaufmänniſches Talent. Von dieſem

Arm hatte er die Regierung der Niederlande angetreten. Im Laufe einer fünfundzwanzigjährigen Regierung (1815 bis 1840) sog er dem Lande beiläufig hundert Millionen Gulden aus. Um dieses thun zu können, mußte er die Presse in Ketten schlagen, auf die Ständeverhandlungen einen ungebührlichen Druck ausüben, die entschlossenen Männer des Volkes verfolgen und Rathgeber erwählen, welche bereit waren, seine bösen Absichten zu befördern. Er konnte also an der freisinnigen Partei auf die Dauer keine Stütze finden. Nur die Gewalt gab ihm Macht über Belgien. Beide Parteien dieses Landes widerstrebten ihm, das ganze Volk war ihm feindlich gesinnt. Diese Gesinnung drang auch in die belgische Armee, wie sich im Jahre 1830 deutlich zeigte.

Wäre Wilhelm I. fähig gewesen, die Verhältnisse richtig zu würdigen, so hätte er die katholische Partei leicht besiegen können. Der Uebermuth, mit welchem diese auftrat, trieb die Mehrzahl des belgischen Volkes sogar in das ihr feindliche Lager. Der Pabst hatte den belgischen Priestern befohlen, den niederländischen Staatsdienern nur insofern Absolution zu ertheilen, als diese den Verfassungseid auf die bürgerlichen Verhältnisse beschränkt hätten. Darüber entstand unter den katholischen Staatsdienern selbst die größte Unzufriedenheit. Eine päbstliche Bannbulle gegen die Bischöfe, welche dem Könige den Eid der Treue geleistet hatten, warf den Samen der Zwietracht in das Lager der Geistlichkeit. Unter solchen Verhältnissen wäre es nicht schwer gewesen, die clerikale Partei entweder zu gewinnen, oder niederzuwerfen. Beides setzte übrigens die Beihülfe der Liberalen voraus. Nur zu bald zeigte es sich, daß Wilhelm I., seinem innersten Wesen nach der Jesuiten-Partei näher stand, als den Liberalen. Durch einen königlichen Befehl vom 15. September 1819 wurde das Holländische zur Nationalsprache des vereinigten Königreichs erklärt. In Belgien verstand das Volk dieselbe nicht. Es war also ein Gewaltstreich, welcher das ganze Land in die heftigste Aufregung versetzen mußte. Der König überzeugte sich, daß er die Liberalen nicht für sich gewinnen könne, und versuchte es daher mit der katholischen Partei. Er schloß unterm 18. Juni (25. Juli) 1827 mit dem Pabste ein Concordat ab, welches aber die Absichten des Königs nicht erfüllte. Die katholische Partei wurde durch die dem Pabste gemachten Zugeständnisse dem protestantischen Könige gegenüber nicht gefügiger. Das Concordat beseitigte den Zwiespalt im Schooße der belgischen Kirche und verlieh der katholischen Partei neue Kraft, ohne diese mit der Regierung auszusöhnen. Das Volk war mit dem Concordate sehr unzufrieden. Die ultramontane Partei suchte, auf dem Grunde der dem Pabste gemachten Zugeständnisse, den gesammten Unterricht, welcher nach der Verfassung der Regierung zugewiesen war, an sich zu reißen. Die Geistlichkeit schrie, die Holländer wollten den Belgiern ihre katholische Religion rauben. Die Presse, welche theils aus Gründen katholischer Intoleranz, theils aus denjenigen der Freiheit, der holländischen Regierung entgegentrat, wurde von dieser auf's heftigste verfolgt. Der König vernichtete die verfassungsmäßige Preßfreiheit durch ein furchtbar strenges Preßgesetz, griff in die Gemeinde-Verfassung verletzend ein, indem er die Amtsdauer der von ihm selbst ernannten Bürgermeister und Schöffen lebenslänglich machte. Zu allen diesen Beschwerden kam hinzu, daß nach einer vierzehnjährigen Friedenszeit (1815—1829) trotz der erhöhten Auflagen die Staatsschuld um einhundertdreiundsiebenzig Millionen gestiegen war. Große Mißstimmung wurde dadurch erregt, daß der König drei Regimenter Schweizertruppen in seinen Sold nahm, welche er in Europa behielt, und daß er vorzugsweise belgische Regimenter in die Colonien schickte und diesen holländische Offiziere gab.

Auf diese Weise brachte es Wilhelm I. dahin, daß sich nach und nach Liberale und Clerikale gegen ihn vereinigten. De Potter, ein reicher Bürger aus Brügge, früher ein heftiger Gegner der römischen Curie trat an die Spitze der Opposition gegen Wilhelm I.

Er veranlaßte einen Petitionenſturm wegen Abſtellung der Nationalbeſchwerden. Abſchaffung des Unterrichts-Monopols der Regierung, Einführung von Geſchworenen-Gerichten, der Unabſetzbarkeit der Richter, Verantwortlichkeit der Miniſter und Aufhebung der Mahl-Steuer — dieſes waren die keinesweges übertriebenen Forderungen des Volkes. Der König hätte ſie gewähren können, ohne ſeinen Rechten das Geringſte zu vergeben. Allein er war ein Tyrann. Er glaubte, ſtark genug zu ſein, die Oppoſition, welche ihm mit ſteigender Kraft und Einmüthigkeit entgegentrat, niederwerfen zu können. Er reizte dieſelbe auf's Aeußerſte, indem er ſie für ſchändlich, infam erklärte. Der Juſtizminiſter Van Maanen, welcher ſich dazu hergab, dem königlichen Willen Nachdruck zu verleihen, mochte bewirken, daß De Potter und Andere in's Gefängniß geworfen wurden. Aus dem Kerker heraus ſetzte De Potter ſeine Oppoſition gegen die holländiſche Regierung fort. Der König ſetzte den Forderungen des Volkes nur Trotz entgegen. Er gab ſich den Anſchein, als wenn der ganze Widerſtand nur von der clerikalen Partei ausgehe, befahl den Beſuch des von ihm gegründeten philoſophiſchen Collegiums zu Löwen, gegen welchen die Pfaffen ſeit langer Zeit geeifert hatten und reizte die Liberalen auf's Heftigſte dadurch, daß er deren Forderungen vollſtändig ignorirte. Die Aufregung in Belgien nahm immer zu. Es bedurfte nur eines Funkens, um den allgemein verbreiteten Zündſtoff zu entflammen.

Die Schwierigkeit der Lage Wilhelm's I. wurde durch das Mißverhältniß noch erhöht, in welches er ſich mit Deutſchland und namentlich mit Preußen verſetzte. Der Wiener Congreß wollte, wie aus deſſen Verhandlungen unzweifelhaft hervorgeht, den Beſchluß faſſen, daß die Rheinſchifffahrt bis in das Meer frei ſein ſolle, zum Unglücke für Deutſchland war aber der Verfaſſer der betreffenden Stelle der franzöſiſchen Sprache nicht vollſtändig Meiſter, er bediente ſich des Ausdrucks jusqu'à la mer. An dieſen klammerte ſich die holländiſche Regierung und ſperrte den Strom bei deſſen Ausmündungen in das Meer, indem ſie behauptete, jene Worte hießen zu deutſch bis an das Meer, nicht bis in das Meer. Die Folgen davon waren höchſt gehäſſige Streitigkeiten, welche erſt im Jahre 1831 durch ein Rheinſchifffahrtsreglement einigermaßen ausgeglichen wurden.

In einem ſolchen Zuſtande, im Kampfe mit der überwiegenden Mehrzahl ſeiner Unterthanen und zwar zugleich der liberalen und der clerikalen Partei Belgien's, und im Streite mit den mächtigen Nachbarn im Oſten überraſchte die Julirevolution die junge Dynaſtie der Oranien und machte ihrer Herrſchaft in Belgien ein Ende.

Wie in den Niederlanden, ſo hatten auch in der Schweiz die Großmächte wenig Rückſicht genommen auf die Wünſche und die Bedürfniſſe der Bevölkerung. Ihr Hauptaugenmerk war nur darauf gerichtet, von der „guten alten Zeit," d. h. von Pfaffenthum, Junkerthum und jedweder Art des Zopfes ſoviel als möglich beizubehalten, oder wiederherzuſtellen.

Die im Laufe einer bewegten Vergangenheit zu Tage gekommenen und zum Theile ſogar abgeſtellten Mängel der alten Verfaſſung wurden von Neuem bekräftigt. Wenn es möglich geweſen wäre, ſo hätten die alten Cantone wieder Beſitz von ihren Unterthanenlanden genommen. Dazu fehlte es ihnen jedoch an Macht. Abgeſehen hiervon wurden die alten Verfaſſungszuſtände mit nur ſehr geringen Veränderungen wiederhergeſtellt. Zu den dreizehn alten Cantonen, Uri, Schwyz, Unterwalden (den drei Urcantonen), Luzern (der vierten Waldſtadt), Zürich, Glarus, Zug und Bern (zuſammen den acht alten Cantonen); Solothurn, Freiburg, Baſel, Schaffhauſen und Appenzell — traten neun neue hinzu (St. Gallen, Thurgau, Aargau, Waadt, Graubündten, Teſſin, Wallis, Genf und Neufchatel). Die einzelnen Cantone hatten in der Tagſatzung je eine Stimme. Die Leitung der

wechselte. Der Tagsatzung lagen die auswärtigen und die allgemeinen eidgenössischen Angelegenheiten ob. Im Innern war jeder Canton souverain. Diese Souveränität lag jedoch nicht in den Händen der Gesammtheit der Cantonsbürger, sondern fast aller Orten, namentlich im Schooße der dreizehn alten Cantone in der Gewalt weniger Patrizier-Familien, welche das Land nicht zum Besten der Allgemeinheit, sondern zum Vortheile ihrer Verwandten und Freunde verwalteten.

Dieselben verderblichen Einflüsse, welche die Aufnahme der Artikel 14, 15 und 17 in die deutsche Bundesacte bewirkt, hatten zur Folge, daß in die schweizerische Bundesacte der Artikel 12 aufgenommen wurde, welcher den Klöstern ihren Bestand gewährleistete. Es ging dann in der Schweiz, wie in Deutschland: diejenigen Artikel, welche den Aristokraten und Pfaffen wohl gefielen, namentlich Artikel 12, wurden gehalten, diejenigen dagegen, welche dem Volke seine ewigen und unveräußerlichen Menschenrechte zusicherten, wurden, so oft es geschehen konnte, auf die Seite geschoben.

Die Schweiz macht uns anschaulich, daß seit dem Jahre 1815 ein einzelnes Stück des europäischen Festlandes sich der Strömung, welche durch den ganzen Welttheil geht, mit Erfolg nicht widersetzen kann. Dieselben Einflüsse, welche sich bei den Berathungen über die neue Verfassung Deutschland's geltend machten, wirkten auch auf die schweizerische Tagsatzung ein, welche vom April 1814 bis zum August 1815 außerordentlicherweise versammelt war, um eine neue Bundesverfassung zu berathen. Diese kam endlich am 7. August 1815 zu Stande. So mangelhaft dieselbe auch war, so hätte sie sich doch im ruhigen Gange der Entwickelung verbessern lassen, wenn ein frischer und kräftiger Geist die Schweizer beseelt hätte. Allein eine ähnliche Schlaffheit, wie wir diese im benachbarten Deutschland gefunden haben und wie sie auch, wenigstens theilweise, in Frankreich zu Tage trat, lähmte auch das politische Leben der Schweiz.

Die auswärtigen Mächte sorgten dafür, daß die alten Krebsschäden Helvetien's: religiöse Unduldsamkeit, militärische Seelenverkäuferei und kleinlicher Cantönligeist fortwucherten, und daß die den einzelnen Cantonen, die den Bürgern garantirten Freiheiten möglichst beschnitten wurden. Die Mönche pochten auf ihre verfassungsmäßigen Rechte, und breiteten sich unter dem Schutze der Tagsatzung oder doch der katholischen Cantone mehr und mehr aus. Die Leute, welche gewohnt waren, beim Menschenhandel ihren Schnitt zu machen, hielten darauf, daß ihnen Niemand verwehrte, ganze Regimenter an die Despoten Europa's zu verkaufen, mit deren Hülfe diese ihre Völker unter dem Joche halten konnten.

Nichts beweist übrigens mehr die Abhängigkeit, in welcher die Schweiz den Despoten Europa's gegenüber stand, als, daß dieselbe sogar der heiligen Allianz beitreten mußte. Die natürliche Folge dieser Abhängigkeit war, daß die Polizei, die Presse und die ganze innere Verwaltung des Landes nach den Wünschen, oder Befehlen der s. g. heiligen Allianz eingerichtet wurde. Die Tagsatzung ermächtigte die einzelnen Cantone zu polizeilicher Unterdrückung der den Despoten mißliebigen Zeit- und Flugschriften, erließ (1823) ein Gesetz über die Fremden-Polizei, welches die politischen Flüchtlinge der Willkür der Obrigkeiten preisgab. Die Schweiz lieferte sogar einzelne derselben den fremden Mächten aus!

Alles dieses hätte nicht geschehen können, wenn nicht in der Schweiz selbst die heilige Allianz einflußreiche Anhänger gehabt hätte. Die Aristokraten und Pfaffen erkannten in den Despoten Europa's ihre festesten Stützen. Sie waren sicher, ihr Unwesen in der Schweiz forttreiben zu können, so lange eine fürstliche Depesche mehr galt, als der vom Volke ausgesprochene Wunsch.

Die innige Verbrüderung der schweizerischen Aristokraten und fremden Despoten

bekundete sich am deutlichsten durch die Verträge, welche die verschiedenen Cantone mit auswärtigen Mächten über die Stellung von Regimentern abschlossen. Vermöge einer Militärconvention vom Jahre 1816 stellte die Schweiz sechs Regimenter dem Könige Ludwig XVIII. von Frankreich. Im Jahre 1819 lieferte sie drei Regimenter dem Könige der Niederlande, 1823 vier Regimenter dem Könige von Neapel. Sogar der Pabst und der König von Spanien (1824) erhielten von der Republik Truppen, deren klar ausgesprochener Zweck darin bestand, die Freiheitsbestrebungen der betreffenden Unterthanen mit Gewalt zu erdrücken.

Die Schweiz verlor durch diese Lieferungs-Verträge gesunde, frische, junge Leute in großer Zahl und erhielt dafür früher oder später, körperliche oder geistige Krüppel zurück, welche an die Herrschaft von Aristokraten und Pfaffen gewöhnt, denselben im eigenen Lande keinen kräftigen Widerstand entgegensetzen konnten. Die aus Italien, Spanien oder Frankreich zurückgekehrten Söldner bildeten daher treffliche Rekruten für die in der Schweiz wühlenden Pfaffen.

Die Jesuiten fanden bald aus, daß die Schweiz ein guter Boden für ihre Saaten sei. Sie schlugen ihr Hauptquartier zu Freiburg auf, setzten sich in den katholischen Cantonen fest und warfen von da ihre Netze auch nach den protestantischen Landestheilen aus. In diesen trieben die Momiers (s. g. von momerie d. h. Mummenschanz), Methodisten, Adamiten und andere Pietisten ihr Unwesen und brachten namentlich die Cantone Genf und Waadt in Aufregung. Die Frau von Krüdener fand in der Schweiz (1815—1817), namentlich so lange sie viel Geld zu spenden hatte, zahlreiche Anhänger.

Inmitten aller dieser verderblichen und unsinnigen Bestrebungen blieb der Tagsatzung und den Cantons-Regierungen keine Kraft übrig, den dringendsten Bedürfnissen des Landes abzuhelfen. Weder von der Tagsatzung noch von den Cantonal-Regierungen geschah irgend etwas Erhebliches zur Vermehrung des Wohlstandes, der Bildung und der Freiheit des Volkes. Man konnte sich nicht einmal über ein gemeinschaftliches Gesetz in Betreff des Heimathsrechtes verständigen, wovon die Folge war, daß Tausende sich in der Schweiz ohne feste Heimath umhertrieben, von einem Canton in den andern geschoben wurden, selbst dadurch in das bitterste Elend versanken und folgeweise häufig das Land, in dessen Schooße sie wie Fremde oder Feinde behandelt wurden, gefährdeten.

So traurig diese Verhältnisse auch waren, entwickelten sich aus deren Schooße doch auch bessere Bestrebungen. Da und dort entstanden patriotische Vereine, z. B. der helvetische Verein von Schinznach, der Zofinger Verein der studirenden Jünglinge der Schweiz, der Sempacher Verein junger Männer, welche sich bemühten, das gesunkene Gefühl für Freiheit, Recht und Vaterland zu heben und zu kräftigen. Von den größten Erfolgen wurde der allgemeine Schützenverein gekrönt. Wissenschaftliche Vereine regten zu neuen Forschungen, landwirthschaftliche Vereine zu Verbesserung des Ackerbaus an. Musikalische Vereine gaben dem geselligen Leben neue Würze und glichen manche Disharmonie des politischen und religiösen Lebens aus. Allmählig hob sich die Kraft des Volkes wieder. Zuerst, noch vor der französischen Julirevolution, setzten die Tessiner eine wesentliche Verbesserung ihrer Verfassung durch (4. Juli 1830). Als später der Wind aus Frankreich, Deutschland und Italien wieder günstiger wehte, brachen sich da und dort schnell bessere Bestrebungen Bahn. Der Vorzug, welchen die republikanische Verfassung vor der monarchischen hat, bewährte sich nicht blos darin, daß die Einführung von Reformen leichter war, als in den benachbarten Königreichen, sondern auch und hauptsächlich dadurch, daß sie sich leichter behaupten ließen, nachdem der Wind der Freiheit zu wehen aufgehört und der Sirocco des Despotismus zu blasen wieder angefangen hatte.

## § 53. Frankreich

Die Nation, welche ein Vierteljahrhundert hindurch dem Festlande Europa's Gesetze vorgeschrieben hatte, mußte sich in Folge des zweiten Pariser Friedens zu einer sehr untergeordneten Rolle bescheiden. Sie hatte ihre Stimme im Rathe der Völker verloren. Auswärtige Truppen hielten ihre Festungen besetzt, auswärtige Fürsten zeichneten ihrem Könige sein Verhalten vor. Alle Eroberungen einer Zeit der glänzendsten Siege mußten zurückgegeben werden. Die Franzosen, welche früher das Selbstgefühl anderer Völker so oft verletzt hatten, empfanden schmerzlich das Loos der Besiegten. Dieses konnte ihnen nur dadurch erträglich gemacht werden, daß ihnen, statt der Ehren und Beute des Krieges, das ruhige Glück und die stillen Genüsse des Friedens geboten wurden.

Die Bourbonen mußten sich während der hundert Tage überzeugen, daß sie die Zuneigung und den guten Willen des französischen Volkes nicht besaßen. Eine Nation verändert ihren Charakter niemals wesentlich. Sie entwickelt denselben entweder in dieser, oder in jener Richtung. Doch Jahrhunderte vergehen, bevor eine Stufe hinauf oder hinab geschritten, eine Schwenkung nach rechts oder links vollendet ist. Die französische Nation war daher nach den hundert Tagen im Wesentlichen dieselbe, wie zuvor, obgleich allerdings die Verhältnisse sie zu verschiedenartigen Kundgebungen treiben mochten. Die Anhänger Napoleon's waren gezwungen, das große Wort, welches sie geführt hatten, denjenigen der Bourbonen zu überlassen. Die Zahl der letzteren war zwar gering, allein die Wuth, welche sich ihrer bemächtigt hatte, war um so größer. Diese trat nicht blos in den Regierungsmaßregeln, sondern auch in blutigen Ausbrüchen des von tückischen Pfaffen und Aristokraten aufgehetzten Pöbels da und dort zu Tage. Marschall Brüne erklärte Marseille in Belagerungszustand, um den Rachegeist der Royalisten niederzuhalten. In Bordeaux war es nothwendig geworden, die dort befindlichen Mulatten militärisch zu organisiren und zwei patriotische Generäle, die Zwillingsbrüder Faucher, an die Spitze einer improvisirten bewaffneten Macht zu stellen, um die Royalisten in Schranken zu halten. Sobald die Nachricht von der Schlacht bei Waterloo nach Marseille gelangte (25. Juli 1815), erhob sich der Pöbel und bedrohte Leben und Eigenthum aller Bonapartisten. Als der Marschall Brüne auf der Reise nach Paris durch Avignon kam, wurde er im Gasthause erschossen und seine Leiche in die Rhonne geworfen (2. August). In Toulouse wurde General Ramel, ein Anhänger der Bourbonen ermordet, weil er der Wuth der Royalisten entgegentrat (17. August). An manchen Orten, namentlich im Departement Gard, stellten sich sogar die königlichen Beamten an die Spitze der Bewegung und verübten ungestraft jedwedes Verbrechen. Es bildeten sich jene blutigen Banden von Mördern, welche Verdets genannt wurden und in den Städten Nimes, Uzes und Umgegend Gräuel verübten, welche an die Bartholomäusnacht und an die Septembertage erinnerten. Die Protestanten waren nirgends ihres Lebens sicher. Ihre Häuser wurden geplündert und in Brand gesteckt, sie selbst ermordet, wo man sie erkannte. Ihre Kirchen wurden geschlossen. Zwei Monate lang (Juli und August) trieben die Banditen ihr Unwesen, ohne daß die Gerichte oder die Präfecten einschritten. Als im October d'Argenson in der Kammer der Mordscenen nur als eines Gerüchtes erwähnte, erstickte die Versammlung seine Stimme und gab dadurch deutlich zu erkennen, daß sie an denselben Wohlgefallen habe. Noch im November 1815 wurde General Lagarde bei der Wiedereröffnung der protestantischen Kirche zu Nimes erschossen und der geständige und überführte Mörder Boivon von den Geschworenen freigesprochen. Nirgends wurden auch später die Schuldigen bestraft. Im Gegentheile fielen bis zum Jahre 1817 nicht selten auf die Anklage der Banditen diejenigen als Opfer, welche der

Volkswut mit Kraft entgegen getreten waren, so namentlich die Gebrüder Faucher zu Bordeaux (27. September 1816).

Diese Thatsachen sind aus dem Grunde von hoher Bedeutung, weil sie anschaulich machen, daß Rechtsgefühl und Liebe zur Gesetzlichkeit nicht die vorherrschenden Eigenschaften der s. g. Legitimisten waren. Wenn diese sich der bezeichneten Ausdrücke bedienten, so war es nur Maske. Gesetz und Recht galten ihnen nichts, wo sie glaubten, ihrer Rache Dauf angestraft löschen zu können.

Alle Strafurtheile in politischen Angelegenheiten sind immer sehr bedenklich, denn im gewöhnlichen Sinne der Worte kann von politischen Verbrechen kaum die Rede sein. Was an einem Tage gut ist, kann an dem andern, streng genommen, nie böse sein. Die Anhänglichkeit an die Bourbonen kann eben so wenig für eine Tugend, als die Vorliebe für Bonaparte Laster genannt werden. Alle Handlungen, welche sich auf eine politische Gesinnung zurückführen lassen, mögen, den Umständen nach, Gesetzesübertretungen, Verstöße gegen die Ansicht der Mehrheit, Irrthümer oder Vorurtheile sein, Verbrechen im eigentlichen Sinne des Wortes, d. h. Rechtsverletzungen, welche aus unsittlichen Beweggründen hervorgehen, sind sie nicht. Die Strafen, welche eine Regierung in politischen Angelegenheiten verhängt, lassen sich nur vom Gesichtspunkte der Selbsterhaltung aus vertheidigen. Die Regierung ist in solchen Fällen mehr oder weniger verdeckt immer die Richterin in ihrer eigenen Sache. Wo eine ganze Nation, wie die französische in den hundert Tagen, sich einstimmig gegen ihre Regierung erhebt, ist sie in ihrem guten Rechte, und die Regierung, welche ihr durch fremde Bayonnette aufgedrungen wird, ist im Unrecht.

Dieses war die Lage, in welche sich die Bourbonen durch ihre eigene Schuld versetzt hatten. Allerdings besaßen sie durch die Gunst der fremden Cabinette die Gewalt, ihre politischen Gegner zu maßregeln. Allein das Recht war eben so wenig auf ihrer Seite, wenn sie ihre Gegner nach oder ohne vorgängiges Urtheil abschlachten ließen. Im Gegentheile verletzten diejenigen Tödtungen, welche auf Anordnung von richterlichen Behörden vollzogen wurden, das ungetrübte Rechtsgefühl weit mehr, als diejenigen, welche ohne Urtheil stattfanden. Die letzteren kamen auf Rechnung wilder Pöbelhaufen, tobender Leidenschaften und mangelnder Besinnung. Die Todesurtheile aber, welche nach vorgängigen Gerichtsverhandlungen gefällt und vollzogen wurden, waren das Ergebniß einer Regierungsthätigkeit, von welcher man ruhige Ueberlegung und richtige Abwägung der thatsächlichen Verhältnisse und Beweggründe erwarten konnte. Die Hinrichtung politischer Gegner hatte den Charakter eines kalten Mordes. Die Abschlachtung derselben durch blutdürstige Fanatiker trug mehr den Charakter eines Todtschlags oder eines in der Aufwallung verübten Mordes.

Ludwig XVIII. hatte in dem Aufrufe von Cambray versprochen, daß die Kammern die Schuldigen bezeichnen und daß nur die Anstifter von der allgemeinen Amnestie ausgeschlossen sein sollten. Ludwig XVIII. war dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Umsturz des bourbonischen Thrones die Folge einer weit verzweigten Verschwörung gewesen sei. Es unterliegt jetzt keinem Zweifel mehr, daß diese Voraussetzung irrthümlich war. Streng genommen konnte daher in Uebereinstimmung mit dem Aufrufe von Cambray auch nicht ein einziger hingerichtet werden. Zudem hatten die Gegner der Bourbonen, wie wir oben gesehen, die Wuth der Royalisten theuer genug mit ihrem Blute bezahlt. Ludwig XVIII. hätte, falls er menschlicher Regungen fähig gewesen wäre, sogar von seinem Standpunkte aus, das im Süden unschuldig vergossene Blut seiner Gegner für eine genügende Sühne annehmen können. Vielleicht hätte er es auch gethan, falls er

24. Juli erließ er eine Ordonnanz, welche neunzehn zu Napoleon übergegangene Generale vor ein Kriegsgericht, neunundreißig andere unter polizeiliche Aufsicht zu stellen befahl. Später schloß der König aus eigener Machtvollkommenheit neunundzwanzig Mitglieder der Pairskammer aus. Alles dieses stand im Widerspruche nicht blos mit dem Rechte und mit der Klugheit, sondern auch mit der königlichen Proclamation von Cambray. Was sollte die Nation von einem Könige denken, welcher seine Regierung mit solchem Wortbruche begann?

Ludwig XVIII. versöhnte die französische Nation nicht mit seinem Hause. Er streute schon in den ersten Wochen seiner Wiederherstellung den Samen der Zwietracht aus, welcher unter seinem Bruder den Umsturz des Thrones der Bourbonen als Frucht trug.

Nach Entfernung des Kaisers Napoleon war Marschall Ney unstreitig der größte Liebling der französischen Nation. Diesen ließ der König durch die Pairskammer zum Tode verurtheilen und (7. Dezember 1815) erschießen. Fast sechs Monate waren seit der Schlacht von Waterloo vergangen. General Labedoyère war (am 19. August) erschossen worden und Graf Lavalette entging dem Tode nur in Folge der aufopfernden Liebe seiner Gattin, welche ihn aus dem Kerker befreite. Statt der Großherzigkeit dieser edlen Frau den schuldigen Tribut zu zahlen, warf Ludwig XVIII. sie in den Kerker, dessen Qualen ihr den Geist zerrütteten und später den Tod gaben.

Die Wahlen zur zweiten Kammer waren zu einer Zeit vorgenommen worden, da alle Gegner der Bourbonen in der größten Lebensgefahr schwebten, da jedes den Royalisten mißliebige Wort und noch mehr jede denselben widerstrebende That die furchtbarsten Mißhandlungen in ihrem Gefolge hatte. Talleyrand und Fouché, die Häupter des ersten Ministeriums der zweiten Restauration, waren zwar sehr geschickt im Gebiete diplomatischer und polizeilicher Ränke, allein wenig vertraut mit den Bewegungen des constitutionellen Lebens. Sie hatten gewähnt, daß, da dieselben Wahlkörper wie zur Zeit Napoleon's, noch bestanden, dieselben oder doch ähnliche Wahlen getroffen werden würden. Sie erwogen nicht, daß charakterlose Menschen am leichtesten von einem Extrem zum andern überzuspringen pflegen und daß zur Zeit Napoleon's Charakterlosigkeit den besten Anspruch auf eine bevorzugte Stellung gab. Die Wahlen fielen so aus, wie sie von charakterlosen Menschen unter dem Damokles-Schwerte bourbonischer Verfolgungssucht erwartet werden konnten. Die Leute, welche bei den über Bonapartisten und Protestanten verhängten Verfolgungen den Ton angegeben hatten, spielten auch bei den Wahlen die ersten Rollen und bewirkten, daß nur Royalisten ihres Schlages aus der Wahlurne hervorgingen.

Bevor noch die Kammern zusammentraten, mußten Talleyrand und Fouché weichen (September 1815). Der Herzog von Richelieu trat an die Spitze des Ministeriums. Decazes wurde Polizeiminister und bereitete sich in dieser Stellung eine größere Laufbahn vor.

Die Kammer von 1815, welche wegen ihrer überköniglichen Gesinnung die unfindbare genannt wurde, bewies klar und deutlich die Unvereinbarkeit der alten Lehren des Königthums, des blinden Gehorsams und der aufopfernden Loyalität mit dem Geiste der Neuzeit. Die unfindbare Royalistenkammer kritisirte die Regierung nicht minder und bereitete ihr größere Schwierigkeiten, als irgend eine andere Kammer.

Die königliche Allgewalt, wie sie Ludwig XIV. oder Napoleon besessen hatte, war unvereinbar mit einer Repräsentativverfassung. Sie konnte, wie das vergangene Jahrzehent (1849—1859) beweist, den Umständen nach erzwungen werden. Sie lag aber nicht mehr in den Sitten und Gewohnheiten der Nation und deshalb wird Napoleon III. sie schwerlich mehr lange fortsetzen können.

Die gute alte Zeit mit Baſtille, Ariſtokratie und Pfaffenthum, mit blindem Glauben und Gehorſam war durch die Revolution beſiegt worden. Die Charte der Bourbonen erkannte im Weſentlichen dieſe Thatſache an und verſprach, auf neuer Grundlage ein neues Regierungsſyſtem einzuführen.

Die Aufgabe der Bourbonen war, die Parteien zu verſöhnen, dem Volke das Beiſpiel der Geſetzlichkeit und Mäßigung, der Milde und der Unparteilichkeit zu geben. Allein dazu war dieſe Familie nicht fähig. Wie zur Zeit Ludwig's XVI., machten auch unter Ludwig XVIII. die Prinzen dem Könige Oppoſition, welche um ſo gefährlicher war, als der regierende König keine Nachkommen, der muthmaßliche Thronfolger dagegen zwei Söhne hatte, auf welche, wie damals geglaubt wurde, der Thron übergehen würde. Der Pavillon Marſan wurde das Hauptquartier und der Graf von Artois das Haupt der Oppoſition, welche die Regierung mit der äußerſten Bitterkeit angriff. Hof, Miniſterium und Kammern ſpalteten ſich in zwei royaliſtiſche Parteien. An der Spitze der einen ſtand der König mit dem Herzoge von Richelieu und Decazes, an der Spitze der anderen der Graf von Artois mit dem Miniſter des Innern Vaublanc. Der Streit zwiſchen beiden Parteien wurde ſo heftig, daß der Regierung kein Mittel übrig blieb, als die Kammern aufzulöſen (5. September 1816). Bevor dieſes aber geſchehen war, hatten innerhalb und außerhalb der Kammern, mündlich und ſchriftlich Verhandlungen ſtattgefunden, und waren Maßregeln getroffen worden, welche die königliche Partei in den Augen der Nation nothwendig herabſetzen mußten. Die Kammern räumten (29. October 1815) der Regierung das Recht ein, alle diejenigen zu verhaften, welche ſtrafbarer Anſchläge gegen König und Staat ſchuldig ſchienen, wenn auch vor Gericht deren Schuld nicht erwieſen worden ſei. Sie ſchärften das vom Könige vorgelegte Amneſtiegeſetz vom 6. Januar 1816 dermaßen, daß Alle, die für den Tod Ludwig's XVI. geſtimmt und während der hundert Tage Aemter angenommen hatten, auf ewig aus Frankreich verbannt ſein ſollten. Hierzu kam noch das Geſetz über die Ausnahmegerichte, die Prevotalhöfe, demzufolge dieſe jede anſtößige Perſon mit kurzem Prozeſſe zur Deportation verurtheilen konnten. Sofort begann mit allen dieſen Daumſchrauben das Werk der Verfolgung der Gegner der Bourbonen. Niemand war vor den Klauen der Schergen der Regierung ſicher.

Die beſondere Gunſt der Kammern beſaß die Kirche. Dieſer hätten dieſelben am liebſten alle ihre früheren Beſitzungen, oder wenigſtens die noch unverkauften Waldungen zurückgegeben. Es war zu befürchten, daß die Finanzen des Staats vollſtändig zu Grunde gerichtet würden und die Zahlung der ſchweren Kriegsſchulden in Stocken gerieth. Stolzer, als jemals zuvor erhoben die Pfaffen wieder ihre geſchorenen Häupter. Die Ueberkirchlichen brachten durch Miſſionen und andern Unfug in das Kirchenweſen dieſelbe Verwirrung, wie die Ueberköniglichen in den Staat.

Der Schlag vom 5. September 1816 verſetzte den Pavillon Marſan in die äußerſte Wuth. Der Graf von Artois wandte ſich ſogar an die auswärtigen Mächte und forderte dieſelben zu bewaffneter Einſchreitung auf. Die Ultra's verloren zwar ihr Uebergewicht in der Kammer. Allein ſie behielten es im Schooße des Beamtenthums. Die Ausnahmegeſetze dauerten fort und laſteten ſchwer auf dem Volke. Allein die geſetzgebende Gewalt ging von der rechten Seite auf das Centrum, oder von den reichen Grundbeſitzern auf die Bourgeoiſie über. Bis zum Jahre 1818 blieb der Herzog von Richelieu an der Spitze des Miniſteriums, dann nahm Decazes die erſte Stelle in der Verwaltung ein.

Bald zeigten ſich die Folgen der Uebergriffe der Ultra's. Alle diejenigen Rechte welche dieſe früher im Intereſſe der Ariſtokratie geltend gemacht hatten, nahmen deren

Reſtauration konnte die Regierung der Wunden nicht geneſen, welche ihr die erſte unfindbare Kammer geſchlagen hatte.

Im Ganzen genommen war die Herrſchaft des Centrums die mildeſte der geſammten Reſtauration, obgleich ſie dem Menſchenfreunde immer viel zu blutig und hart erſcheint. Bemerkenswerth iſt ſie durch die unzweifelhafteſten Zeichen der Mißſtimmung, welche im Laufe derſelben zu Tage traten und welche deutlich verriethen, daß im Schooße der Nation ein Gährungsſtoff ſei, welcher ſich nicht beſeitigen laſſe. Dieſer beſtand in dem Gefühle der Schande über die traurige Rolle, welche Frankreich auf der Weltbühne ſpielte und über die unleugbare Thatſache, daß der Nation durch fremde Gewalt eine verhaßte Dynaſtie aufgezwungen worden war. Zu dieſen beiden Beſchwerden traten wiederholte Mißbräuche der Gewalt hinzu, deren ſich die Regierung ſchuldig machte. Die inneren Zuſtände Frankreich's boten den ſtrebenden Geiſtern nicht Freiheit genug, um ſie über den Verluſt der Weltherrſchaft zu tröſten.

Die neue Kammer wurde den 4. November 1816 eröffnet. Mit ihr kam (5. Februar 1817) ein verändertes Wahlgeſetz zu Stande, demzufolge etwa 90,000, je 300 Franken ſteuernde wenigſtens 30[1] Jahre alte Wähler aus 17,000 je 1000 Franken ſteuernden, wenigſtens 40 Jahre alten Bürgern, die Abgeordneten in Departementsverſammlungen direct koren. Dieſes Wahlgeſetz ſchloß zwar die kleinen Grundbeſitzer, welche 50 Franken Steuer zahlten, von der Theilnahme an der Wahl aus, allein es führte directe Wahlen ein und gab ſo gewiſſermaßen mit der linken Hand der Freiheit wieder, was es mit der rechten ihr entzog. Weder die Regierung, noch die Kammern erkannten übrigens die ganze Bedeutung des Geſetzes. Die Regierung glaubte, ſich durch die Erhöhung des Tarifs von 50 auf 300 Franken hinlänglich geſichert zu haben. Die directe Methode verminderte jedoch ihren Einfluß auf die Wahlen. Die Verfaſſung, welche von etwa fünf Millionen volljährigen Franzoſen männlichen Geſchlechts vier Millionen neunmalhundert und zehntauſend von aller Theilnahme an den Wahlen und vier Millionen neunmalhundert und dreiundachtzig tauſend von dem Rechte, gewählt zu werden, ausſchloß, war immerhin plutokratiſch genug. Zu allen Zeiten und bei allen Völkern war übrigens die Stimmung, in welcher gewählt wurde, bedeutungsvoller für das Reſultat, als der Grundſatz, von welchem die Theilnahme an den Wahlen abhängig gemacht wurde. Häufig haben Körperſchaften, welche weniger ausſchließlich waren, der Freiheit feindlichere Wahlen getroffen, als ſolche, welche durch hohe Tarife beſchränkt waren. Die Kammer, welche durch die Adreſſe der zweihundert und einundzwanzig ſo viel zum Sturze der Bourbonen beitrug, ging hervor aus dem Wahlgeſetze, welches mit dem beſtimmten Zwecke, die Gewalt dem Centrum zu entziehen und der rechten Seite zuzuwenden, 1820 erlaſſen wurde.

Nächſt dem Wahlgeſetze war das Rekrutirungsgeſetz vom 6. März 1818 das wichtigſte Ergebniß der Berathungen der Kammer. Daſſelbe wurde von der rechten Seite auf's heftigſte angegriffen. Mit Grund erklärt aber Guizot, daß daſſelbe das am meiſten monarchiſche Heer gebildet, welches Frankreich je gekannt habe. Die ultramonarchiſche Oppoſition war ſo kurzſichtig, daß ſie dieſes nicht erkannte.

Der Herzog von Richelieu bewirkte, daß 1817 das Occupationsheer um 30,000 Mann vermindert und 1818 ganz aus Frankreich zurückgezogen wurde. Für die Bande militäriſcher Occupation, welche er löſte, ſchlug er aber ſein Vaterland in diejenigen der „heiligen Allianz," welche minder ſichtbar waren, um ſo verderblicher aber wirkten und die Grundurſache der nur zu bald folgenden Periode offenbarer Reaction wurde.

Der Unterſchied zwiſchen der Regierung zur Zeit der unfindbaren und der ſpäteren Kammern war mehr ſcheinbar, als wirklich. Freiſinnig war dieſelbe zu keiner Zeit. Allein

sie dachte doch in den Jahren 1817 und 1818 daran, die unangenehmen Beziehungen, in welchen Frankreich zum Auslande stand, in günstigere zu verwandeln. Dieses war nicht möglich, wenn man den Pfaffen und Aristokraten die Finanzen des Reichs preisgab. Die Regierung war eifrig darauf bedacht, diese in Ordnung zu bringen. Die auswärtigen Mächte erkannten es an und gewährten Frankreich bedeutende Erleichterungen. Durch einen Vertrag vom 28. April 1818 wurde die liquide Forderung von 1,296,091,000 auf 240,800,000 Franks herabgesetzt. Auch die rückständige Kriegscontribution wurde um 15,000,000 Franken vermindert. Diese Zugeständnisse wurden, wie oben erwähnt, theils durch den Eintritt Frankreich's in den „heiligen Bund," theils dadurch bewirkt, daß die französische Regierung mehrere der einflußreichsten Diplomaten bestach, indem sie denselben Antheil an dem voraussichtlichen Gewinne ihrer Finanz-Speculationen gewährte.

Der eigentliche Charakter der Regierung, deren Gewissenlosigkeit und Grausamkeit zeigte sich, so oft ihr ein wirklicher, oder auch nur vorgespiegelter Widerstand entgegentrat, so namentlich bei den Unruhen, welche zu Grenoble (1817) und zu Lyon ausbrachen. Dieselben wurden behandelt, als wären sie wahrhaft bedenkliche Volkserhebungen gewesen. Die Militär-Commandanten gaben sich den Anschein, als hätten sie Schlachten geliefert. Die Gerichte sprachen die Verurtheilungen dutzendweise aus. So wurden nicht weniger als einhundertundfünfundfünfzig Strafurtheile, darunter achtundzwanzig Todesurtheile gegen eine Hand voll Dorfbewohner erlassen, welche von einigen Gensdarmen ohne einen Schuß auseinander getrieben wurden.

Das Concordat, welches der König mit dem Pabste abschloß, bot dem Geiste der Zeit den frechsten Hohn und räumte dem Pfaffenthume eine Stellung ein, welche wesentlich dazu beitrug, die Regierung nicht blos bei Protestanten, sondern auch bei aufgeklärten Katholiken verhaßt zu machen. Die Bedrückungen der Presse dauerten fort. Censur und Polizei ließen den denkenden und strebenden Theil des Volkes nicht zur Ruhe kommen. Allein so herb der Druck der Regierung auch empfunden wurde, so vernichtend, wie zur Zeit Napoleon's I. früher oder Napoleon's III. später, war er doch nicht. Sowohl auf der Tribüne, als in der Presse fand ein offener Meinungskampf statt, neben welchem zahlreiche Verschwörungen einher gingen.

Im December 1818 legte der Herzog von Richelieu seine Stelle nieder, das neue Ministerium, das dritte seit 1815, hatte den Marquis Dessolles an seiner Spitze. Vor Ablauf eines Jahres trat auch dieses ab, und Herr Decazes, welcher früher nur die Polizei später Polizei und Inneres verwaltet hatte, wurde (19. November 1819) Premier-Minister. Dem Namen nach war endlich am 9. Juni 1819 die Preßfreiheit wiederhergestellt worden. In der That blieb jedoch die periodische Presse der Censur unterworfen, und alle freisinnigen Schriftsteller wurden nach, wie vor auf's bitterste verfolgt. Das Gesetz der politisch Verdächtigen war von der Kammer des Jahres 1818 aufgehoben worden. Die Regierung setzte jedoch ihre willkürlichen Verhaftungen unter dem Namen des Geheimnisses (le Secret) fort, entzog die Beschuldigten der richterlichen Gewalt, und hielt dieselben oft Jahre lang im Kerker. Nach der Charte war die Vermögens-Einziehung unstatthaft. Ein Gesetz vom 9. November 1819 führte dagegen Geldbußen ein, welche so hoch gegriffen waren, daß sie in Betreff aller nicht sehr reichen Leute der Vermögens-Einziehung ganz gleich kamen. Nur ein sehr geringer Theil der Nation besaß das Recht, zu den Kammern zu wählen, ein noch geringerer, dazu gewählt zu werden. Auf die gesetzgebende Gewalt hatte demnach nur ein kleiner Theil der Nation directen Einfluß. Die Verwaltung von Staat, Departement, Canton und Gemeinde ging ausschließlich von

zum Flurschützen, sondern auch die Offiziere der Nationalgarde. Ja, selbst die Gemeinen der Nationalgarde traten nur nach den Bezeichnungen der Regierung ein. Diese schloß nicht selten die wohlhabenden und gebildeten Bürger aus und legte die Waffen in die Hände des niedrigsten Pöbels, welcher von denselben wiederholt den schändlichsten Gebrauch machte.

Das Heer der von der Regierung abhängigen Staats- und Gemeinde-Beamten, Offiziere und Geistlichen mußte bei vorkommenden Kammerwahlen nicht blos stimmen, wie die Regierung befahl, sondern auch auf ihre Untergebenen und Mitbürger in der von oben herab befohlenen Weise einwirken. Die Wahlen wurden noch verfälscht, nachdem zuvor das Wahlgesetz den größten Theil der Nation von aller Mitwirkung schon ausgeschlossen hatte.

Alle diese Mittel genügten jedoch der Regierung nicht. Das Ministerium Decazes legte in der Sitzung der Kammern, welche vom 29. November 1819 bis 22. Juli 1820 dauerte, ein neues Wahlgesetz vor, welches die Theilnahme des Volkes noch mehr beschränkte. Es entspann sich darüber ein mit großer Heftigkeit geführter Parteikampf. Während derselbe nicht blos die Kammern, sondern auch ganz Paris und Frankreich in Bewegung setzte, wurde der Herzog von Berri, der zweite Sohn des Grafen von Artois (13. Februar 1820) erstochen. Diese That stand, gleich derjenigen Sand's, durchaus vereinzelt da. Sie diente jedoch gerade so, wie die Ermordung Kotzebue's, der Reactionspartei zum erwünschten Vorwande, ihre längst gehegten Pläne durchzusetzen. Es zeigte sich, daß in Frankreich, wie in Deutschland, die Zahl der loyalen Dummköpfe und Feiglinge groß war. Ihr Uebertritt auf die Seite der Reaction gab den Ausschlag. Decazes dankte (18. Februar 1820) ab. Das fünfte Ministerium, in welchem der Herzog von Richelieu wieder Präsident, Graf Simeon Minister des Innern war, griff auf die kaum beseitigten Ausnahme-Gesetze zurück und bedrohte von Neuem die Freiheit aller Bürger. Das Gesetz vom 26. März 1820 verlieh der Regierung das Recht, jeden des Hochverraths Verdächtigen auf den Befehl dreier Minister verhaften zu lassen und drei Monate gefangen zu halten, bevor er vor Gericht gestellt werden mußte. Ein zweites Ausnahmegesetz stellte die Censur wieder her. Hierzu kam noch das neue Wahlgesetz vom 29. Juni 1820, demzufolge nur noch die Besitzer von großen Gütern Antheil an den Wahlen hatten.

Die Folge aller dieser Maßregeln war, daß unter zweihundertundzwanzig (im Jahre 1820) neuerwählten Abgeordneten nur dreißig Liberale waren. Daß übrigens das Wahlgesetz nicht die alleinige Schuld dieses Wahlresultates trug, ergab sich schon aus den Wahlen des Jahres 1821, bei welchen die rechte Seite nur zwei Dritttheile, statt (wie 1820), sechs Siebentheile der Stimmen erhielt. Daß, trotz aller Daumschrauben, welche der Regierung zur Verfügung standen, die liberale Partei unter den ungünstigen Verhältnissen des Jahres 1821 doch ein volles Dritttheil der Stimmen gewann, bewies, daß selbst unter den Besitzern großer Güter die Opposition seit dem Jahre 1820 im Zunehmen begriffen war. Die Masse des Volkes konnte sich kaum anders, als durch Verschwörungen an den Angelegenheiten des Vaterlandes betheiligen. Mehrere Mitglieder der Kammern, namentlich Lafayette und Manuel hatten dabei ihre Hände im Spiele. Die Regierung wagte es jedoch nicht, sie in Anklagestand zu versetzen. Die wackeren Männer, welche ihr Leben durch ein Wort, das sie sprachen, hätten retten können, schwiegen und starben.

Die Regierung, welche sich unausgesetzt bedroht sah, erkannte nicht, daß das einzige sichere Mittel gegen Verschwörungen in Gewährung politischer und bürgerlicher Freiheit und in der Oeffentlichkeit bestehe, und neigte sich mehr und mehr der finsteren Reaction zu. Die Wortführer derselben Lainé, Villèle, Corbière traten (19. September 1820) in das

Digitized by Google

Miniſterium ein. Das Cenſurgeſetz vom 31. Mai 1820 wurde verlängert. Das gemiſchte Miniſterium konnte ſich übrigens nicht lange behaupten. Es trat (17. December 1821) ab. Das Miniſterium, welches folgte, das ſechſte ſeit 1815, beſtand ausſchließlich aus Reactionären. Villèle und Corbière blieben im Amte, Peyronnet, Montmorency, Vietor und Clermont Tonnère verſtärkten die Stimmen der Reaction. Die Unterſuchung aller Preßvergehen wurde den Geſchworenen entzogen. Alles deutete auf Obſcurantismus und Despotismus. In der Kriegsſchule zu Saumur und im Schooße der Beſatzungen von Belfort, Saumur, Neubreiſach und Metz wurden Verſchwörungen entdeckt. In Grenoble, Bordeaux, Rennes, La Rochelle und Nantes kam es zu unruhigen Bewegungen. Aller Orten beſaß die Regierung das Uebergewicht und machte von demſelben den ſchonungsloſeſten Gebrauch.

Selten förderten Verſchwörungen die Beſtrebungen der Freiheit. Ueberall wo ſie entdeckt wurden, boten ſie den Regierungen den Vorwand zu Verfolgungen, welche den Schein Rechtens für ſich hatten. Das Land, welches am meiſten von Verſchwörungen unterwühlt wurde, war Italien. Denn nirgends hatte das Volk ſo gerechten Grund zur Unzufriedenheit und nirgends war demſelben ſo wenig Gelegenheit gegeben, ſeine Wünſche und Beſtrebungen öffentlich kund zu thun und zu verfolgen. Von Italien, der hohen Schule der Verſchwörungen, wurden nach den verunglückten Revolutionen des Jahres 1820 zahlreiche Carbonari nach Frankreich verſchlagen, welche dort den Unzufriedenen ihre Künſte der Verſchwörung mittheilten. Die Franzoſen nahmen von den Italienern nicht blos den Namen, ſondern auch die ganze innere Einrichtung ihrer Geheimbünde an, gründeten zahlreiche Geſellſchaften (Venten), deren Mitgliederzahl niemals zwanzig überſtieg. Die Vertreter von zwanzig Venten bildeten eine Central-Venta, welche durch einen Abgeordneten mit der hohen Venta ihrer Provinz oder ihres Departements in Verbindung ſtand. Die höchſte Venta hatte zu Paris ihren Sitz. Sie ertheilte durch Sendboten den hohen Venten ihre Befehle mündlich. Denn es war Grundſatz, nichts ſchriftlich zu machen. Blinder Gehorſam gegenüber den unbekannten Oberen, Tod den Verräthern waren die Mittel, durch welche der Geheimbund wirkte.

Wenn wir die bedeutenden Kräfte, über welche dieſe Geheimbündler verfügten, mit den Reſultaten vergleichen, welche ſie errangen, ſo unterliegt es keinem Zweifel, daß dieſe außerordentlich gering waren. Der franzöſiſche Volkscharakter iſt glücklicherweiſe zu offen und frei, um ſich zu Verſchwörungen wohl zu eignen. Zudem ſchloß der Druck, welchen die Bourbonen ausübten, öffentliche Thätigkeit nicht vollſtändig aus. Die Gefahren, welchen ſich die Verſchworenen bloßſtellten, waren eben ſo groß, wenn auch nicht ſo augenfällig, als diejenigen, welche die offnen Gegner der Regierung zu beſtehen hatten. Die Verſchwörer entzogen aber dem offenen Kampfe viele tüchtige Kräfte, oder lähmten dieſe wenigſtens. Lafayette, Manuel, D'Argenſon, Teſte und andere Verſchwörer der Reſtaurationszeit hätten einen viel größern Einfluß in der Kammer gehabt, wenn man nicht gewußt hätte, daß ſie in Verſchwörungen verwickelt ſeien. Die Abgeordneten, welche ſich, wie Laffitte, Caſimir Périer, General Foi und Andere von allen Verſchwörungen fern hielten, mußten namentlich nach der geſcheiterten Verſchwörung von Belfort ihren ganzen Einfluß aufbieten, um ihre bedrohten Freunde, deren Verſchwörungen der Regierung nicht unbekannt geblieben waren, zu retten.

Der große Hebel der Neuzeit iſt die Oeffentlichkeit. Das Geheimniß iſt der Schleier in welchen ſich aller Orten der Despotismus hüllt. Wer Gelegenheit gehabt hat, mit den Umtrieben der Verſchwörer bekannt zu werden, weiß, daß dieſelben meiſtentheils aus per-

Leute, welche Jahre lang in Verschwörungen ihre besten Kräfte verbraucht haben, kommen Alle, früher oder später, in die Stimmung der Hazardspieler. Die Erfolge eines öffentlichen Kampfes für Freiheit lassen sich berechnen und setzen eine genaue Kenntniß der Landesverhältnisse, frischen Muth und entschlossene Redlichkeit voraus. Die im Geheimen schleichenden Verschwörungen üben wesentlich nur die Künste der Verstellung, der Lüge und des Truges. Mögen Verschwörungen in der Türkei und in Persien, in China und Japan den Umständen nach entschuldigt oder gerechtfertigt werden, in den civilisirten Ländern Europa's kann in unseren Tagen nur ein offener und redlicher Kampf, an welchem die Volksmassen selbstbewußten Antheil nehmen, zum Ziele führen.

Die Verschwörungen, welche im Laufe der zwanziger Jahre in Frankreich ausbrachen schwächten die Opposition innerhalb und außerhalb der Kammern. Die linke Seite verlor immer mehr Stimmen. In der Kammer der Abgeordneten zählte sie deren nur wenige mehr, welche von den wüthenden Reaktionären mit der größten Frechheit überschrieen wurden. Die Pairs machten von ihrer Stimmenmehrheit zu Gunsten ihrer eigenen Personen Gebrauch, indem sie beschlossen, daß kein Pair wegen Schulden an Bürgerliche verhaftet werden könne.

Villele war die Seele der Regierung. Er besaß große Geschäftskenntniß und Gewandtheit, allein ihm fehlte die Stärke des Charakters, abgesehen von allen edleren Regungen, welche man von einem reaktionären Minister nicht erwarten kann. Hätte Villele seiner eigenen Einsicht folgen können, würde er auf dem Wege der Reaktion nicht so gewaltsam vorangeschritten sein. Allein er diente seiner Partei. Hörte diese seine Rathschläge und Mahnungen nicht, so ging er gegen seine bessere Ueberzeugung mit ihr durch Dick und Dünn. Ihm haben die Ultra's eine Reihe von Maßregeln zu danken, welche diese seit dem Jahre 1815 vergeblich durchzusetzen bemüht gewesen waren. Sie bedachten freilich nicht, daß dieselben mit unabweisbarer Nothwendigkeit zum Sturze der Bourbonen führen müßten.

Die erste Maßregel von hoher Bedeutung, welche Villele ergriff, war der Krieg gegen Spanien. Am 7. April 1823 überschritt ein Heer von hunderttausend Franzosen die spanische Gränze, warf den schwachen Widerstand der constitutionellen Regierung nieder und stellte die absolute Gewalt Ferdinand's VII. wieder her. Die Einmischung Oesterreich's in die inneren Angelegenheiten Italien's hatte mit Recht die Entrüstung aller freisinnigen Menschen Europa's hervorgerufen. Der Krieg Frankreich's gegen die constitutionelle Regierung Spanien's war jedoch noch weit empörender. Oesterreich war eine unumschränkte Monarchie. Das Cabinet zu Wien gab sich nicht den Schein einer constitutionellen Regierung. Ludwig XVIII. behauptete aber, durch die von ihm dem Lande ertheilte Charte eine neue Aera in Frankreich begründet zu haben. Der constitutionelle König von Frankreich stellte in Spanien die absolute Gewalt wieder her und gab dadurch deutlich seine Vorliebe für den Despotismus und seinen Widerwillen gegen alle verfassungsmäßigen Schranken zu erkennen. In der Kammer fanden heftige Verhandlungen darüber statt. Der Abgeordnete Manuel sprach sich (1. März 1823) in kräftigen Worten gegen den damals erst beabsichtigten Krieg gegen Spanien aus. Labourdonaye, dieser wüthende Reaktionär, trug am folgenden Tage auf die Ausstoßung Manuel's an, welche am 3. März beschlossen und am 4. ausgeführt wurde. Damals zeigte es sich aber schon, daß nicht blos das Volk von Paris, sondern auch die Nationalgarde auf Seite der Liberalen stand. Manuel verlor seinen Sitz in der Kammer, doch die Regierung verlor für einen Gegner, den sie aus der Kammer verdrängte, viele Tausende früherer Anhänger, welche durch die an Manuel verübte Gewaltthat zu der Ueberzeugung gelangten, daß kein Recht

in Frankreich mehr sicher sei, insofern es den Plänen der Reaktion im Wege stehe. — Im Jahre 1824 war die Zahl der liberalen Mitglieder der Kammer auf siebzehn herabgesunken. Einer solchen Kammer glaubte die Regierung die reaktionärsten Maßregeln vorschlagen zu können. Der Krieg gegen Spanien hatte über zweihundert Millionen Franken verschlungen. Ohne Widerstreben bewilligte sie die Kammer. Frankreich hatte nicht den geringsten Vortheil davon. Niemals besaß das Cabinet der Tuilerien weniger Einfluß zu Madrid, als nachdem es den König Ferdinand in seine Hauptstadt wieder eingeführt hatte. Der Ruhm, welchen der Herzog von Angoulême als Oberbefehlshaber des französischen Heeres erwarb, war, vom militärischen Standpunkte aus, nichtig. Jedermann wußte, daß der Herzog nur als Strohmann mitgeführt worden war. Die politische Bedeutung des Feldzugs war aber, daß die französische Nation an der verfassungswidrigen Gesinnung des Herzogs und des Königs nicht mehr zweifeln konnte. Bis zum Jahre 1823 hatte die Regierung ihrem Heere sehr wenig Vertrauen geschenkt. Der Feldzug des Jahres 1823 machte sie glauben, das Heer würde bereit sein, auch im Innern, wie nach Außen hin, zum Umsturze einer Verfassung ihren Befehlen Gehorsam zu leisten. In dieser Weise wurde der Sieg, den die Regierung scheinbar gewann, zu einer Falle, in welcher sie später ihren Untergang fand.

Am 16. September 1824 starb Ludwig XVIII. Ihm folgte unter dem Namen Karl's X. jener Graf von Artois, welcher so viel zum Ausbruche der ersten französischen Revolution beigetragen hatte. Er behielt mit geringen Veränderungen das Ministerium Villele bei. Die Nation erkannte bald, daß Karl X. im Laufe von vierzig Jahren sich nicht gebessert habe, vielmehr als König, wie früher als Prinz, ein wüthender Feind jeder Freiheit, ein blinder Pfaffenknecht und übermüthiger Aristokrat sei. Während einer Friedensperiode von zehn Jahren hatte das jährliche Defizit zweiundsiebzig Millionen betragen. Die Opfer, welche die Nation gebracht hatte, um die Kosten der beiden Pariser Friedensschlüsse zu decken, waren unermeßlich. Dieses hielt Villele aber nicht ab, den Emigrirten eine Entschädigung von tausend Millionen Franken zu bewilligen, was vermittelst einer Umwandelung der fünfprocentigen Renten in dreiprocentige ausgeführt wurde. Die Kammern billigten jeden reaktionären Vorschlag des Ministeriums. Besondern Anstoß gab das Sakrilegien-Gesetz, weil die Tendenz desselben, das Pfaffenthum in der öffentlichen Meinung zu heben und jeden Angriff auf dasselbe oder die unter dessen Schutze befindlichen Fetische auf's Härteste zu bestrafen, zu nackt hervortrat.

Mit immer volleren Segeln schiffte die Regierung der „guten alten Zeit" vor 1789 entgegen. Um jede Möglichkeit eines Widerstandes von Seiten der ersten Kammer zu beseitigen, ernannte der König einunddreißig neue Pairs. Dennoch verwarf die erste Kammer den ihr vorgelegten Gesetzentwurf über das Vorzugsrecht der Erstgeburt bei Erbschaften (8. April 1826). Die Regierung wurde dadurch nicht gewarnt. Sie fuhr nur um so eifriger fort, am Werke der Reaktion zu bauen. Die Pfaffenpartei setzte sich, im Bewußtsein des ihr von der Regierung verliehenen Schutzes über alle Gesetze hinweg. Noch war in Frankreich der Beschluß rechtskräftig, durch welchen die Jesuiten aus Frankreich verwiesen worden waren. Dessenungeachtet hatten sie sich seit langer Zeit wieder eingeschlichen, hatten bedeutende Niederlassungen gegründet und trieben von diesen aus ihr Unwesen in solcher Weise, daß selbst gläubige Katholiken und vertrauende Anhänger des Königthums den größten Anstoß daran nahmen. Ein solcher war der Graf Montlosier. In einer Druckschrift machte er auf die Gefahren des Jesuitismus und Ultramontanismus aufmerksam und richtete eine Petition in diesem Sinne an die Pairs-Kammer. Die

Kaiserzeit bewilligt worden war. Der Pariser Appellationshof, vor welchen die Denunziation Montlosier's gebracht wurde, erklärte sich für incompetent (8. August 1826). Die Pfaffenpartei triumphirte. Großes Aergerniß gab auch die Verschleuderung der Staatsfinanzen, von welcher die Nation ab und zu einige Kenntniß erhielt. Der Herzog von Angoulême hatte während des Krieges in Spanien, gegen die Einsprache des Finanzministers, mit Ouvrard Armee-Lieferungsverträge abgeschlossen, in deren Folge der Staat einen Verlust von vielen Millionen erlitt. Die Sache gelangte vor die Pairskammer. Da jedoch der Hauptschuldige der Herzog von Angoulême war, wurde die Angelegenheit nicht in's Klare gebracht. Einige untergeordnete Subjekte wurden bestraft, die Hauptschuldigen gingen frei aus, nach der Regel: „kleine Diebe hängt man, große läßt man laufen."

Das Volk fing an, deutliche Zeichen der Mißstimmung zu geben. Als der König (29. April 1827) die Nationalgarde auf dem Marsfelde besichtigte, riefen mehrere Bataillone derselben: „nieder mit den Ministern, nieder mit Villele!" Der König löste die Nationalgarde auf. Villele that das Gleiche mit der Kammer (5. November 1827).

So willfährig die Kammern immer gewesen, glaubte Villele doch noch eine willfährigere sich verschaffen zu können. Sechsundsiebzig neue Pairs, welche er ernannte, sollten seinen Einfluß in der ersten Kammer, die Anregungen, welche er der gesammten Beamtenwelt gab, die Mehrheit in der zweiten ihm sichern. Allein er irrte sich. Die Aufregung im Volke hatte einen solchen Höhepunkt erreicht, daß alle seine Ränke und Gewaltthaten daran scheiterten. Das Ministerium Villele trat ab (4. Januar 1828). Ihm folgte das (neunte) Ministerium, welchem Martignac den Namen gab. Dieses war wohl weniger gewaltthätig, als das Ministerium Villele, allein es vermochte nicht, die Nation über ihre Zukunft zu beruhigen. Es besaß keine Entschiedenheit und keine Kraft. Schon am 8. August 1829 trat es wieder ab. Das zehnte und letzte Ministerium der zweiten Restauration hatte den Fürsten von Polignac an seiner Spitze. Diesem zur Seite standen Bourmont, als Kriegsminister, Labourdonaye, als Minister des Innern, beide im höchsten Grade verhaßt, der Eine wegen seines verrätherischen Benehmens bei der Schlacht von Waterloo der Andere wegen seiner bekannten wüthend reaktionären Gesinnung. Der Baron Montbel und der Graf von Chabrol gaben gleichfalls zu gerechten Befürchtungen Grund. Der einzige volksthümliche Mann des Ministeriums war der Admiral Rigny, dessen politische Gesinnung man nicht kannte und dessen Antheil an der Schlacht von Navarino ihm wohlfeile Lorbeeren eingebracht hatte. Sobald dieses Ministerium dem Volke bekannt wurde, erkannte dieses klar und deutlich, daß es Karl X. auf den gänzlichen Umsturz der Verfassung abgesehen habe. Polignac, der Fürst der Emigration, konnte bei seiner bekannten Geistesschwäche nichts anderes als das Aushängeschild sein, welches für die französische Nation war, was den Schweizern einst Geßler's Hut gewesen. Die Nation bereitete sich zum Widerstande auf Tod und Leben vor. In mehreren Departementen bildeten sich Steuerverweigerungsvereine. Denn man nahm mit Recht an, daß dieses Ministerium in verfassungsmäßiger Weise nicht regieren könne und folglich zu gesetzwidrigen Steuerhebungen schreiten müsse. Die gefährliche Lage des Ministeriums wurde dadurch noch gefährlicher, daß in dessen Schooße der heftigste Zwiespalt herrschte. Labourdonaye, dessen gewaltsame Vorschläge im Ministerrathe verworfen wurden, nahm seine Entlassung. Fürst Polignac wurde zum Präsidenten des Ministeriums ernannt. Montbel übernahm die inneren, Guernon de Ranville an Montbel's Stelle die geistlichen Angelegenheiten. Polignac hoffte, durch einen Krieg gegen Algier die Aufmerksamkeit des Volkes von den inneren Angelegenheiten abzulenken. Als aber die Kammern zusammentraten, erklärten

die Abgeordneten (18. März 1830) dem Könige, „daß die Uebereinſtimmung der politiſchen Abſichten ſeiner Regierung mit den Wünſchen ſeines Volkes nicht vorhanden ſei.“ Zweihunderteinundzwanzig Abgeordnete ertheilten dieſer Adreſſe ihre Zuſtimmung. Die Pairskammer ſprach ſich nicht ſo entſchieden aus, doch auch ſie gab ihre Mißſtimmung deutlich zu erkennen. Schon am folgenden Tage (19. März 1830) vertagte der König beide Kammern auf den 1. September. Am 16. Mai löſte er die Kammer der Abgeordneten auf, ordnete neue Wahlen an und berief beide Kammern auf den 3. Auguſt. Zwei Miniſter, Chabrol und Courvoiſier, billigten dieſe gefährlichen Maßregeln nicht und zogen ſich zurück. Peyronnet, verhaßt aus den Zeiten des Miniſteriums Villele, übernahm das Innere, Montbel die Finanzen, Chantelauze die Juſtiz, Capelle das neu errichtete Miniſterium der öffentlichen Bauten.

Die Frage war: wer ſollte weichen, Karl X. mit ſeinen volksfeindlichen Miniſtern, welche unmöglich lange ohne Staatsſtreich ihr Amt behaupten konnten, oder die Nation mit ihren Freiheitsbeſtrebungen. Im Laufe einer fünfjährigen Regierung hatte Karl X. mit vollkommener Klarheit bewieſen, daß er ſeinen Willen demjenigen der Nation vorziehe. Die Frage war, ob die Nation ſich dieſes länger gefallen laſſen wolle. Sie wurde in den Juli-Tagen entſchieden. Karl X. konnte ſo wenig, als ſein älteſter Bruder, ſeinem Looſe entgehen.

Er trieb alle Talente und alle Charaktere mit Gewalt in die Gegenpartei. Unter den zweihunderteinundzwanzig, welche für die Adreſſe der zweiten Kammer ſtimmten, waren ſehr wenige Republikaner. Der größte Theil derſelben beſtand aus gläubigen Katholiken und willfährigen, nur nicht vollkommen blinden Royaliſten; Alle waren und mußten nach dem Wahlgeſetze reiche Grundbeſitzer ſein.

Die Bourbonen beſaßen weder die für conſtitutionelle Herrſcher erforderliche Geſchmeidigkeit, noch die für Despoten nothwendige durchgreifende und nachdrückliche Gewaltthätigkeit. Der Mangel der letzteren erhellt ſchon aus der einfachen Thatſache, daß im Laufe von fünfzehn Jahren zehn verſchiedene Miniſterien, kleinere Veränderungen gar nicht gerechnet, ihnen zur Seite ſtanden. Kräftige Despoten wechſeln ihre Werkzeuge nicht ſo häufig.

Eine Zeit lang ſchien es, als ob Ludwig XVIII. den Wünſchen der Nation einige Rechnung tragen wolle. Allein die Ermordung des Herzogs von Berri, welche von den Ultra's ſchlau ausgebeutet wurde, brachte einen Umſchwung in dem ganzen Weſen des Königs hervor, in deſſen Folge dieſer unfähig wurde, klar zu ſehen und den Willen der Nation zu berückſichtigen.

Ludwig XVIII. machte einen Verſuch, die Rolle eines conſtitutionellen, Karl X. diejenige eines unumſchränkten Königs zu ſpielen. Beide Verſuche mißlangen. Ludwig XVIII. war zu ſpröde, um geſchmeidig, Karl X. zu entnervt, um kraftvoll handeln zu können.

Die Verhältniſſe hatten die Bourbonen außerordentlich begünſtigt. Das Ausland bereitete ihnen keine Gefahren. Vielmehr bemühten ſich alle Cabinette, den franzöſiſchen Thron zu befeſtigen. Napoleon, ihr gefährlichſter Nebenbuhler, wurde von den verbündeten Mächten auf der Felſeninſel St. Helena feſtgehalten bis zu ſeinem Tode (5. Mai 1821). Doch die Bourbonen verſtanden nicht, von der Gunſt der Zeit Gebrauch zu machen.

Ludwig XVI. hatte ſtets Karl I. vor Augen gehabt. Die Furcht vor dem Schickſale deſſelben hatte ihm dieſes nicht erſpart. Noch ſchlagender, als die Aehnlichkeit der Lage Ludwig's XVI. und Karl's I., war diejenige der zurückkehrenden Bourbonen und

auch Ludwig XVIII. ein Bruder zur Seite, deſſen heftige und reactionäre Geſinnung die Mehrzahl der Bevölkerung auf's Aeußerſte beſorgt machte. Die unfindbare Kammer des Jahres 1815 war ein vollkommenes Seitenſtück zu dem Cavalierparlament von 1661. Gleich Karl II. ſtarb Ludwig XVIII. ruhig auf dem Throne, während Karl X., gleich Jacob II., von dieſem geſtürzt wurde und in der Verbannung endigte, nachdem er die beſten Jahre ſeines Lebens in derſelben zugebracht hatte. Auf die bourboniſche, wie auf die ſtuart'ſche Reſtauration folgte eine neue Dynaſtie, welche theils auf Verwandtſchaft, theils auf Volksthümlichkeit ihren neuen Thron gründete.

Karl X. war gewiſſermaßen nur eine zweite Auflage Jacob's II. Wäre er etwas anderes geweſen, ſo müßte er deſſen Schickſal vermieden haben. Er hätte weit leichter dem Looſe Jacob's II., als Ludwig XVI. demjenigen Karl's I. entgehen können. Die Volksbewegung war zu ſeiner Zeit (1830) viel ſchwächer, als zu derjenigen ſeines Bruders (1789—1793). Doch er war unrettbar verloren. Die Götter, welche ihn verderben wollten, hatten ihn verblendet. Er ſollte, gleich Jacob II., der Welt zeigen, daß nicht blos ſchwankende, ſondern auch halsſtarrige, nicht blos Könige von der Gemüthsbeſchaffenheit Ludwig's XVI., ſondern auch ſolche von dem Charakter Karl's X. oder Jacob's II. geſtürzt werden, falls ſie an der Spitze einer kräftigen Nation ſtehen.

Beide Königshäuſer bereiteten ihren Sturz dadurch vor, daß ſie das Weſen einer conſtitutionellen Monarchie nicht faßten. Dieſes beſteht nicht darin, die Stimme des Volkes zu unterdrücken, ſondern ſie zu hören und zu berückſichtigen.

Eine Repräſentativ-Verfaſſung hat nur dann Sinn und Bedeutung, wenn ſie ſämmtlichen Theilen des Volkes die Gelegenheit bietet, ihre Anſichten, Wünſche und Beſtrebungen geltend zu machen und zwar im Verhältniß ihrer politiſchen Stärke. Schließt ſie anſehnliche Kräfte vollſtändig aus, oder vertheilt ſie die Stimmen nicht im Verhältniß zu der politiſchen Stärke, ſo werden die Zurückgeſetzten von der Rednerbühne der Verfaſſung zu derjenigen der öffentlichen Meinung gedrängt, in deren Schooß ſie einen der Regierung immer höchſt gefährlichen Zwieſpalt hervorrufen.

Der Despotismus, welcher gar keine Erörterung erlaubt, welcher, gleich demjenigen Napoleon's III., die Rednerbühne zu einer Schaubühne herabwürdigt, auf welcher bei ſchwerer Strafe keine der Regierung feindliche Aeußerung geſchehen darf und welcher die Preſſe knebelt, iſt wenigſtens conſequent und wird dauern, bis der Despot entweder ein Unglück hat, oder ſich eine Blöße giebt. Der Despotismus aber, welcher Rednerbühne und Preſſe abwechſelungsweiſe kettet und frei läßt, thut gerade was erforderlich iſt, um eine Feuersbrunſt zu Stande zu bringen, d. h. giebt dem Funken der Unzufriedenheit abwechſelungsweiſe Nahrung und Windzug.

So kam es, daß die franzöſiſchen Bourbonen, welche in Spanien die conſtitutionelle Monarchie umgeſtoßen hatten, ihren Thron in Frankreich verloren, während Ferdinand VII. denſelben behauptete. Die Despoten Europa's, mit welchen Karl X. ſo innig verbunden geweſen war, konnten ihn nicht retten.

## § 54. Großbrittannien und Irland.

Die Fürſten der heiligen Allianz bemühten ſich vergeblich, die Redensarten, welche ſie für Grundſätze ausgaben, auch in Großbrittannien zur Geltung zu bringen. Der Prinz-Regent, ſpäter Georg IV., hätte gern in gleichem Sinne, wie Franz I., Friedrich Wilhelm III. oder Ludwig XVIII., geherrſcht. Allein die Verfaſſung des Landes und der

Geiſt des Volkes ſetzten ihm unüberſteigliche Schranken. Ein ſchwerer Druck laſtete auf Großbrittannien und Irland, allein das Reich hatte doch eine freie Preſſe und eine freie Rednerbühne. Dieſe zwei Güter fielen ſchwer genug in die Waagſchale der Freiheit, um alle Privilegien, welche in der Schale der Unfreiheit lagen, in die Höhe zu ſchnellen, ſo oft die Nation ſich rührte, oder begabte Vorkämpfer in deren Namen ſprachen.

Das Miniſterium, in welchem Lord Liverpool, der Herzog von Wellington und Lord Caſtlereagh den größten Einfluß beſaßen, war mit Recht verhaßt. Der Prinz-Regent war es nicht minder und mit nicht weniger gutem Grunde.

Der Frieden brachte der Nation nicht die gehofften Erleichterungen. Die Staatsſchuld, welche achthundert Millionen Pfund Sterling oder viertauſend Millionen Dollar, mit einer Zinſenlaſt von vierzig Millionen Pfund Sterling (zweihundert Millionen Dollar), betrug, laſtete mit furchtbarer Schwere auf dem Volke, um ſo mehr, als nicht der Ueberfluß, ſondern die Armuth vorzugsweiſe ſtark beſteuert war. Die beiden Jahre des Mißwachſes 1816 und 1817 ſteigerten die Noth des Volkes noch höher und die (1815) neu gegebenen Korngeſetze machten für die armen Leute die Preiſe des Brodes unerſchwinglich.

Der Frieden veränderte die Verhältniſſe des Abſatzes von Grund aus. Da ſich England gegen die Rohproducte des Auslandes abgeſperrt hatte, legte dieſes hohe Zölle auf die engliſchen Fabrikate. Die Arbeit ſtockte. Ein Fünftheil des geſammten Volkes lebte ganz oder doch theilweiſe von Almoſen. Die Unzufriedenheit der Maſſen erreichte einen Höhepunkt, der ſie unfähig machte, ihre Lage richtig zu würdigen. Irre geführt durch den Schein und aufgeregt durch böswillige Menſchen, glaubten die hungernden und arbeitloſen Proletarier, die neu eingeführten Maſchinen ſeien die Urſache ihrer Noth. Das Parlament nahm ſich der darbenden Arbeiter nicht an. Es beſprach in gewöhnlicher Weiſe die Angelegenheiten des Staates. Seine Mitglieder waren reiche Leute. Dieſe empfanden die Noth der Zeiten nicht. Die Tochter des Prinz-Regenten und der Gattin deſſelben, Caroline von Braunſchweig, die Prinzeſſin Charlotte, ehelichte (2. Mai 1816) unter großem Gepränge den Prinzen Leopold von Sachſen-Coburg. Sechzigtauſend Pfund Sterling wurden ihr vom Parlamente als Jahrgehalt ausgeſetzt. Wie viele hundert arme Familien hätten davon leben können! Eine Flotte ſteuerte nach Algier, um den Dey von Algier für eine England angethane Beſchimpfung zu züchtigen. Algier wurde in Brand geſchoſſen (27. Auguſt 1816), der Dey zahlte dreihunderttauſend Piaſter. Den Krieg gegen Algier hatte England mehr gekoſtet. Die Raubſtaaten trieben ihr Unweſen nach wie vor. Das ganze Reſultat des Kampfes beſtand darin, daß der Dey verſprach, in's Künftige die Gefangenen, welche er chriſtlichen Mächten abnehmen würde, nicht mehr als Sclaven zu behandeln, ſondern nach den Regeln des europäiſchen Völkerrechtes.

Weder das Gepränge der fürſtlichen Hochzeit, noch der Kanonendonner von Algier linderten übrigens die Noth des Volkes. Im Parlamente nahm ſich ſeiner Francis Burdett aus Menſchlichkeit an. Als Haupt der Unzufriedenen, deren Schickſal er theilte, trat Hunt, ſeines Gewerbes ein Krämer, auf. Beide Männer waren von verſchiedenen Beweggründen geleitet, ſtimmten aber darin überein, daß ſie nur auf geſetzlichem Wege dem Volke Linderung verſchaffen wollten. Eine Adreſſe, welche eine zu Weſtminſter (1816) abgehaltene Volksverſammlung an den Prinz-Regenten richtete, wies dieſer kurz ab. Als ſich bald darauf der Prinz-Regent in feierlichem Zuge zum Parlamente begab, um dieſes zu eröffnen, gaben die verſammelten Maſſen durch Schimpfworte, Straßenkoth, Steine und ſelbſt einige Kugeln, welche ſie in den Wagen des Regenten ſandten, ihren Grimm gegen das herzloſe Staatsoberhaupt zu erkennen. Die Regierung rächte ſich, indem ſie die

an andern Orten mit Waffengewalt sprengen, hunderte friedlicher Bürger zusammenhauen, in den Kerker werfen und zu schweren Strafen verurtheilen ließ. Das Mittel zu allen diesen Gewaltthaten hatte das Parlament der Regierung bereitwilligst gewährt, indem es (1817) die Habeas-Corpus-Acte suspendirte und dadurch der schrankenlosesten Willkür Thür und Thor öffnete. Das Volk mußte, um sich nicht neuen Gewaltthaten auszusetzen, auf den geringen Trost Verzicht leisten, den die Verfassung ihm in dem Rechte der Petition und der freien Versammlung gewährte. Als aber die Zeit der Suspension der Habeas-Corpus-Acte abgelaufen war, schrieben die Freunde des Volkes und verfassungsmäßiger Reformen auf den 16. August 1819 eine große Volksversammlung nach Manchester aus. Nahe an 100,000 Menschen aus allen Theilen des Landes fanden sich ein. Die Fahnen, welche den einzelnen Zügen vorangetragen wurden, bezeichneten durch ihre Inschriften die Wünsche des Volkes. Allgemeines Stimmrecht, jährliche Parlamente, geheime Abstimmung, keine Korngesetze, Freiheit und Einheit, gleichmäßige Vertretung oder Tod — dieses waren die Forderungen, welche die Banner des Volkes kund thaten. Durch Reden und Beschlüsse seine Wünsche auszusprechen, erlaubte die Regierung dem Volke aber nicht. Bevor die Versammlung eröffnet worden war, im Augenblicke, da unter allgemeinem Zujauchzen Hunt die Rednerbühne bestieg, näherte sich diesem ein Polizeibeamter und verhaftete ihn. Hunt widersetzte sich nicht. Das Volk war nicht zum Kampfe vorbereitet. Es begnügte sich damit, seine gerechte Entrüstung durch mißbilligendes Geschrei an Tag zu legen. Allein der von der Regierung gefaßte Plan, das Volk durch neue Gewaltthaten einzuschüchtern, wurde nichts destoweniger ausgeführt. Die bereit gehaltenen Truppen warfen sich, gleich Tigern, welche in eine Schafheerde einbrechen, auf die waffenlose und friedliche Volksmenge. So schnell diese auch nach allen Seiten hin floh, wurden doch fünfhundert Menschen verwundet oder getödtet, bevor dem Wüthen Einhalt geschah. Ein Schrei der Entrüstung erhob sich in ganz England. Die Regierung wagte es nicht, die Mordscene in Schutz zu nehmen. Sie gab einige ihrer untergeordneten Schergen preis. Die Urheber, die Minister, erreichte, wie gewöhnlich, das Gesetz nicht.

Die Unzufriedenheit und Gährung, welche in England und Schottland hauptsächlich von den Fabrikarbeitern ausging, durchzuckte in Irland die gesammte katholische Bevölkerung und war besonders heftig im Schooße des Landvolkes. Die Landhäuser verhaßter Gutsherren wurden überfallen, zertrümmert und geplündert. Ganze Banden von Unzufriedenen, welche sich die Gesichter zu schwärzen, oder Masken zu tragen pflegten, durchzogen das Land und machten die Straßen unsicher. Ein unsichtbares Band vereinigte diese Unzufriedenen, welche Bandmänner (Ribonmen) genannt wurden.

Die Regierung dachte nicht an Abhülfe der gerechten Beschwerden des Volkes, sondern nur an Unterdrückung ihrer Gegner. Das Parlament lieh ihr dazu ohne Scheu die Hand. Eine ganze Reihe von Ausnahms-Gesetzen wurde im Jahre 1819 erlassen.

Das englische Parlament trat in die Fußtapfen der unfindbaren Kammer von Frankreich. Gleich dieser erkannte es in der Kirche die beste Anstalt zur Niederhaltung des Volkes. Zugleich mit einem Gesetze, welches die Presse knebelte, der wiederholten Suspension der Habeas-Corpus-Acte und der Einführung willkührlicher Haussuchungen erließ das Parlament ein Gesetz zur Wiederbelebung des kirchlichen Lebens. Es bewies dadurch deutlich, daß Knebelung der Presse, willkührliche Verhaftungen und Haussuchungen auf gleicher Stufe mit demjenigen stehe, was die englischen Gesetzgeber Wiederbelebung des kirchlichen Lebens zu nennen beliebten. Belebung des kirchlichen Lebens war zu allen Zeiten gleich bedeutend mit der Tödtung eines vernunftgemäßen freiheitsliebenden und auf das Recht haltenden Daseyns. Die englische Kirche zumal lebte hauptsächlich von ihren

Digitized by Google

Zehnten, hohen Gebühren und den der katholischen Kirche in früheren Jahrhunderten entzogenen Grundstücken und nutzbaren Rechten. Der Pomp, in welchem die anglikanischen Erzbischöfe und Bischöfe lebten, stach in verletzender Weise ab nicht blos gegen die Armuth der arbeitenden Klassen, sondern auch gegen die Noth der niederen Geistlichkeit. Das Leben der anglikanischen Kirche bestand hauptsächlich in den reichen Pfründen, welche sie den jüngeren Söhnen der Aristokratie bot. Wiederbelebung des kirchlichen Lebens war demnach gleichbedeutend mit Vermehrung der Einnahmen, des Einflusses und des Ansehens der Würdenträger, welche die Aristokratie der Kirche gegeben hatte, oder auf der anderen Seite mit vermehrter Unterdrückung des Volkes vermittelst der von den jüngeren Söhnen der Aristokratie beherrschten anglikanischen Kirche.

Trotz seiner Frömmigkeit hatte Georg III. seinen Verstand und sein Augenlicht verloren. Als er (am 29. Januar 1820) starb, war sein Haus dem Erlöschen nahe, obgleich er nicht weniger als sieben Söhne gehabt hatte. Sein ältester Sohn Georg, welcher sich von seiner Gattin unmittelbar nach der Hochzeit losgesagt, und sich in den Armen von Maitressen für die von ihm selbst verschmähten Freuden des ehelichen Lebens entschädigte, hatte nur eine rechtmäßige Tochter, die Prinzessin Charlotte. Diese starb (5. November 1817) in Folge ihrer Entbindung von einem todten Knaben. Georg's III. zweiter Sohn, der Herzog von York, der dritte, der Herzog von Clarence, der sechste, Herzog von Sussex und der siebente, Herzog von Cambridge, hatten alle keine ehelichen Kinder.

Der fünfte Sohn Georg's III., Herzog von Cumberland, welcher (1815) die Prinzessin Friederike von Meklenburg-Strelitz geehelicht, hatte von dieser nur einen als Kind schon erblindeten Sohn, dessen Regierungsfähigkeit die Engländer schwerlich anerkannt hätten. Nach dem Tode der Prinzessin Charlotte entstand daher unter der englischen Aristokratie große Sorge, ihr Königshaus möge erlöschen. Die Herzoge von Clarence, Kent und Cambridge, angeregt durch bedeutende Erhöhung ihrer Apanagen, schritten bei schon weit vorgerücktem Lebensalter noch zu standesmäßigen Ehen, von welchen eine, diejenige des Herzogs von Kent mit der Prinzessin Victoria von Sachsen-Coburg, verwittweten Fürstin von Leiningen, ihren Zweck erreichte. Die Frucht derselben, Victoria, verscheuchte später jede Sorge des Erlöschens des Hauses Hannover.

Als Georg IV. den Königsthron bestieg, war in Europa die Zeit der Attentate. Sand hatte kurz zuvor Kotzebue ermordet, wenige Tage später war der Herzog von Berry unter Louvel's Hand gefallen. Den Regierungen des Continentes dienten diese vereinzelte Thaten zu einem erwünschten Vorwande für ihre längst gehegten Reactionspläne. In England kam es nicht zu einem Prinzen- oder Minister-Morde, ja nicht einmal zu einem Mordanfalle. Allein ein angebliches Complott gegen das Leben der Mitglieder des Ministeriums Castlereagh machte kurze Zeit nach dem Regierungs-Antritte Georg's IV. großes Aufsehen. Die ganze Verschwörungsgeschichte ist übrigens in ein dichtes Dunkel gehüllt. Nur so viel ist gewiß, daß Lord Harrowby am 22. Februar 1820 benachrichtigt wurde, es bestehe eine Verschwörung, deren Zweck sei, bei Gelegenheit des von ihm auf den folgenden Tag anberaumten Gastmahls sämmtliche Mitglieder des Ministeriums zu ermorden. Am Abend desselben Tages überfiel eine Anzahl von Polizei-Beamten die angeblichen Verschworenen in deren Versammlungslokale und nahm die meisten der Anwesenden gefangen. Die beiden angeblichen Urheber des Complottes, der Metzger Arthur Thistlewood und der Schuster John Brunt entkamen aber. Beide machten keinen Versuch, sich den Nachstellungen der Polizei zu entziehen. Sie blieben nicht blos in London, sondern kehrten sogar in ihre Wohnungen zurück, woselbst sie später verhaftet wurden.

jede Verfolgung schützten. Einer dieser Zeugen, welcher bei dem Complotte am thätigsten gewesen war, ein gewisser Edwards, verschwand, ohne allen Zweifel mit Begünstigung der Regierung. Thistlewood erklärte denselben für den Urheber der ganzen Verschwörung und einen geheimen Agenten der Regierung. Die öffentliche Meinung trat entschieden dieser Ansicht der Sache bei. Der Charakter Castlereagh's und namentlich die Rolle, welche derselbe kurz darauf bei dem Prozesse des Königs gegen die Königin spielte, verliehen der Angabe Thistlewood's Glaubwürdigkeit. Die Regierung setzte übrigens durch, daß elf der Angeklagten von den Geschworenen für schuldig erklärt und von dem Gerichte zu verschärfter Todesstrafe verurtheilt wurden. Sechs der Verurtheilten wurden zur Deportation begnadigt, fünf, darunter Thistlewood und Brunt, wurden hingerichtet. Das Volk umstand das Schaffot in dichten Haufen und gab deutlich seine Entrüstung zu erkennen. Man hörte rufen: „Mord! Mord! — Schande, Schande! — Wo ist Edwards? Warum hängt man die Anstifter nicht? Schießt die Mörder nieder!" Das Volk nahm eine so drohende Haltung ein, daß die Regierung nicht wagte, die Leichen der Gehängten, wie das Urtheil vorschrieb, viertheilen zu lassen. Unter diesen Umständen verfolgte die Regierung die Pläne, welche sie auf diese künstlich herbeigeführte Verschwörung gebaut haben mochte, nicht weiter, um so weniger, als ein anderer Prozeß, welcher England und ganz Europa in noch weit größere Aufregung versetzte, kurz nach der Hinrichtung Thistlewood's (welche am 1. Mai 1820 stattfand) damals schon vorbereitet wurde.

Am 6. Juni 1820 traf nämlich die Königin Karoline, welche seit dem Jahre 1814 England verlassen und theils auf Reisen, theils auf einem Schlosse in der Nähe des Comer Sees zugebracht hatte, in London ein, und gab zu erkennen, daß sie ihre Rechte als Königin von England geltend zu machen gedenke.

Georg IV., welcher seit langer Zeit einen wüthenden Haß auf seine Gattin geworfen hatte, wollte sie an den Ehren der königlichen Würde nicht Theil nehmen lassen. Da er in notorischem Ehebruche lebte, konnte er nach englischem Rechte gegen seine Gattin nicht eine gerichtliche Klage auf Scheidung wegen Ehebruchs anstellen. Er verlangte daher von dem Oberhause (5. Juli 1820), daß dieses vermittelst eines s. g. Buß- und Strafgesetzes seine Gattin ihrer Rechte als Königin von England für verlustig und seine Ehe mit ihr für aufgelöst erklären solle. Als Grund dafür bezeichnete der König die ungeziemenden Verhältnisse, in welchen die Königin mit Bartholomäus Bergami gelebt habe.

Auf diese Anklage hin wurden während voller fünf Monate (vom 6. Juni bis 10. November 1820) vor dem englischen Oberhause die schmutzigsten Verhandlungen gepflogen, welche sich jemals an das Tageslicht gewagt hatten. Das Volk stand entschieden auf der Seite der Königin. Die Regierung erkannte bald, daß sie selbst in dem sonst so gefügigen Oberhause unterliegen müsse, falls sie ihre Klage in deren ganzem Umfange aufrecht erhalten würde. Sie hielt es daher für nothwendig, auf den Antrag in Betreff der Scheidung Verzicht zu leisten. Doch auch mit dieser Beschränkung konnte die Regierung nur 108 Stimmen für ihren Antrag gewinnen, 99 Stimmen waren ihr entgegen. Unter den 108 Stimmen, welche zu Gunsten des Antrags fielen, waren diejenigen der neun Minister inbegriffen. Im Laufe der Verhandlungen hatte der Vertheidiger der Königin, Brougham, erklärt, daß er, wenn es nöthig werden sollte, gegen den König recriminiren werde. Die Regierung wagte es nicht, es darauf ankommen zu lassen. Sie erklärte, sie habe in Berücksichtigung der öffentlichen Meinung und der geringen Stimmenmehrheit, mit welcher die Bill durchgegangen sei, das weitere Verfahren aufzugeben beschlossen. Diese

Erklärung wurde allgemein als ein Sieg der Königin aufgenommen und mit außerordentlichem Jubel begrüßt

Am 19. Juli 1821 ließ sich der König feierlich krönen. Die Königin erklärte, daß sie einige Tage nach der Krönung des Königs auch gekrönt sein wolle. Eilf Tage nach der Krönung des Königs erkrankte die Königin plötzlich (30. Juli 1821), nachdem sie im Drury Lane Theater ein Glas Limonade getrunken hatte. Am 7. August starb sie. Ihr Tod wurde allgemein dem Gifte zugeschrieben. Ihr Neffe, der Herzog Karl von Braunschweig, ließ ihr auf das Grab die Inschrift setzen:

Ici repose la reine assassinée
Caroline d'Angleterre.

(Hier ruht die ermordete Königin Karoline von England.) Lord Castlereagh wurde als der Vermittler der That bezeichnet. Der Wahnsinn, in welchen derselbe schon bald versank und in welchem er sich (am 12. August 1822) das Leben nahm, gab dieser Beschuldigung neues Gewicht.

Mittlerweile hatte die Regierung, welche in dem Parlamente auf einen immer steigenden Widerstand gestoßen war, dieses (Ende 1820) aufgelöst. Die erbärmliche Haltung, welche das englische Cabinet dem Auslande gegenüber einhielt, die Schmach, welche es in dem Prozesse gegen die Königin auf das Land gehäuft, hatte selbst unter den sonst der Regierung so freundlich gesinnten höheren Klassen des Volkes eine große Aufregung hervorgebracht. Die Wahlen fielen nicht im Sinne der Tories aus. Der König wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er Georg Canning zum Nachfolger Castlereagh's ernannte.

Canning befand sich in einer höchst schwierigen Lage. Seine Amtsgenossen waren Hochtories von der schlimmsten Sorte. Seine Amtsvorgänger hatten sich in Verhältnisse und Beziehungen eingelassen, welche er mit dem besten Willen nicht plötzlich zu lösen vermochte. Zudem war er mehr Redner, als Mann der That. Die Worte, welche er im englischen Parlamente sprach, hallten aber wieder in der ganzen Welt. Männer von den verschiedensten politischen Ansichten und gesellschaftlichen Stellungen, z. B. Fürst Pückler und Heinrich Heine konnten ihm ihre Bewunderung nicht versagen. Georg Canning vermochte zwar nicht ungeschehen zu machen, was in Neapel und Piemont durch die Niederträchtigkeit Castlereagh's verdorben worden war. Er wagte es auch nicht, Spanien gegen die französische Einmischung zu schützen, auch that er nichts für die so dringend begehrten inneren Reformen. Dessen ungeachtet verdient kein englischer Minister der neueren Zeit größeres Lob, als er. Keiner hat so viel dazu beigetragen, die hoffnungslose Stimmung, in welche ganz Europa damals versunken war, wieder zu heben und zu kräftigen.

Auch das Wort, nicht blos die That hat Bedeutung. In der damaligen trüben Zeit gehörte ein gewisser Muth dazu, liberal zu sprechen und zu schreiben. Allerdings hätte sich Canning weit größere Verdienste erworben, wenn er nicht blos liberal geschrieben und gesprochen, sondern auch liberal gehandelt hätte. Darum können wir ihm doch nicht alles Verdienst absprechen. Tausende richteten sich an den liberalen Worten des englischen Ministers auf, fingen wieder an zu hoffen und zu streben, als sie die von allen übrigen Ministerien verpönten Worte: Freiheit, Recht, Nationalität und Vaterland von der Ministerbank aus wieder vernahmen. Auch war sein Ministerium nicht durchaus thatenlos. Es war wohl eine That, daß er zuerst die südamerikanischen Colonien Spaniens anerkannte. Ueberdies verhinderte er manche Pläne der „heiligen Allianz," was ihm auch als Verdienst angerechnet werden muß. Zudem ist wohl zu erwägen, daß der Emporkömmling Canning nicht allmächtig war. Nicht einmal im Bereiche seines Departements (der auswärtigen Angelegenheiten) hatte er freie Hand, weit weniger in den übrigen Verwaltungszweigen

Es ist sehr ungerecht, einem Manne zuviel zuzumuthen. Hätten die übrigen Staatsmänner Englands nur einen Theil desjenigen gethan, was Canning that, so wären zur Zeit seiner Verwaltung großartige Fortschritte gemacht worden. Allein er war der einzige Stern in der Nacht des Ministeriums, an dessen Spitze früher Castlereagh gestanden hatte. Als er endlich (1827) nach Lord Liverpool's Tode an die Spitze der Verwaltung trat, entfernte er die Hochtories aus dem Cabinette und brach dadurch zu entscheidenden Reformen die Bahn. Doch er starb schon nach wenigen Monaten (8. August 1827). Wie vor ihm so manche andere Männer des Fortschrittes, rief ihn das Geschick von der Schaubühne ab, als er grade hoffte, diejenige Rolle, welche seinem Charakter entsprach, und für welche er Kraft und Talent in sich spürte, übernehmen zu können.

Nimmermehr hätten die Reformen, welche kurz nach seinem Tode in England stattfanden, sich Bahn brechen können, hätte Canning nicht zum Vereinigungspunkte aller Reformfreunde gedient, wäre durch ihn nicht die öffentliche Meinung zu einer Macht emporgehoben worden, welcher kein Ministerium mehr Trotz zu bieten wagte. Die „heilige Allianz" erhielt durch Georg Canning ihren Todesstoß. Mit der heiligen Allianz zugleich wurde der drückendste Alp, welcher auf Europa lastete, beseitigt.

Der Herzog von Wellington, welcher Ende 1827 an die Spitze der englischen Verwaltung trat, erklärte öffentlich: „Soll meine Verwaltung stark sein, so muß ich die Meinung auf meiner Seite haben. Benutze ich aber den Einfluß der Regierung zur Unterstützung der schwächern Partei, so räume ich meinen Gegnern einen Vortheil ein. Werden daher Veränderungen in dem bestehenden Zustande der Dinge gefordert, so muß die Regierung dem Verlangen nachgeben, wenn nach Abschätzung der Stärke der betreffenden Parteien diejenige, welche die Neuerung begehrt, an Zahl oder intensiver Kraft die stärkste ist." —

Unter Canning's Verwaltung war es, daß die öffentliche Meinung diejenige Bedeutung gewonnen hatte, welche den Herzog von Wellington zwang, ihr Rechnung zu tragen. So kam es denn, daß derselbe Herzog von Wellington, welcher früher in Verbindung mit Lord Castlereagh und Lord Liverpool allen Reformen den entschiedensten Widerstand entgegengesetzt hatte, jetzt selbst solche einführte. Er verbesserte die Civil- und Criminalgesetzgebung, beseitigte manche Mängel der Verwaltung und befreite den Verkehr und namentlich den Getreidehandel von manchen hemmenden Ketten. Er hob (1828) die Testacte*) auf und bereitete dadurch die Emancipation der Katholiken vor. Auch lag es nicht an ihm, daß nicht damals schon die Parlamentsreform zu Stande kam. Die so lange und so dringend geforderte Emancipation der Katholiken setzte er jedoch durch. Nachdem das Parlament schon im Jahre 1828 beschlossen hatte, die Gesetze, betreffend die Katholiken, in soweit abzuändern, als es mit der bestehenden anglikanischen Kirche, sowie mit der Ruhe und Eintracht des Reiches vereinbar wäre, brachte das Ministerium Wellington (5. März 1829) eine Bill ins Parlament, welche alle staatsbürgerlichen Unfähigkeiten der Katholiken aufhob, und denselben das Recht verlieh im Parlamente zu sitzen. Zwar wurde durch dieses Gesetz der Wahlcensus Irland's von 40 Schillingen oder 2 Pfund auf 10 Pfund Sterling erhöht. Nichts destoweniger betrachtete die Torypartei den Sieg des Ministeriums, welchen das Unterhaus am 30. März, das Oberhaus am 13. April 1829 bekräftigte, für eine entscheidende Niederlage. Vergebens hatte sie alle ihre Kräfte in den Kampf geführt, umsonst die Regierung mit allen erdenklichen Schreckbildern bedroht. Das englische Volk

*) Siehe oben Buch 8, § 19. S. 132. §. 20, S. 145.

überzeugte ſich, daß es, bei reger Thätigkeit, ohne Revolution, auf verfaſſungsmäßigem Wege beſtehende Mängel beſeitigen könne.

Es iſt in neuerer Zeit Mode geworden, die engliſche Verfaſſung über die Maßen zu tadeln, nachdem es im vorigen Jahrhundert Mode geweſen war, ſie über Verdienſt zu preiſen. Allerdings ſind die Eigenthumsverhältniſſe in Großbritannien und Irland trauriger beſchaffen, als in irgend einem civiliſirten Lande Europa's. Nirgends finden wir einerſeits ſo unermeßliche Reichthümer, anderſeits ſo bittere Armuth. Allein die Schuld davon liegt nur in einem ſehr geringen Theile an der Verfaſſung des Landes. Allerdings haben die Armen weder das Recht, ihre Abgeordneten in das Parlament zu ſchicken, noch die Mittel, ſich in daſſelbe wählen zu laſſen. Allein ſie haben Preßfreiheit, das Recht der Verſammlung und das Recht, Vereine jedweder Art zu ſchließen. Wenn ſie von dieſen Rechten und Freiheiten einen nachdrücklichen Gebrauch machen, ſind ſie im Stande, jedwede Reform der Verfaſſung durchzuſetzen. Das ſtehende Heer, über welches die Regierung zu verfügen hat, iſt ſo gering, daß es dem Volke, falls dieſes einmüthig iſt, keinen erheblichen Widerſtand entgegenſetzen kann. Auf England laſtet nicht jenes drückende Beamtenthum, welches jede Volksbewegung im Keime ſchon erdrückt. Selbſt die reichen Grundherren, Fabrikanten und andere Plutokraten müßten den Arbeitern auf halbem Wege freundlich entgegenkommen, wenn dieſe ſittliche Kraft und Intelligenz genug beſäßen, ihre gerechten Forderungen mit vereinter Kraft geltend zu machen. Was dem Volke der Britten, zumal den Irländern am meiſten Noth thut, iſt Bildung. Bevor ein Volk einen gewiſſen Grad der Bildung erlangt hat, wird es immer ein Spielball in den Händen der Machthaber bleiben. Wir wollen durch dieſe Bemerkungen die übermüthige Ariſtokratie und das tückiſche Pfaffenthum Großbritannien's und Irland's in keiner Weiſe entſchuldigen. Viele der ſchreiendſten Mißſtände könnten beſeitigt werden, wenn die Grundbeſitzer und Geiſtlichen nur einen mildern Gebrauch von ihren Vorrechten machen wollten. Die Privilegien der Ariſtokraten und Pfaffen Großbritannien's und Irland's ſtehen im ſchreiendſten Widerſpruche nicht blos mit den ewigen und unveräußerlichen Rechten der Menſchheit, ſondern auch mit den Geſetzen der meiſten Staaten des Continents, welche ſich nicht einer ſo freien Preſſe und nicht ſo bedeutungsvoller Rednerbühnen wie England, erfreuen. Allein auf dieſer Erde wird Niemanden ſein Recht zu Theil, der nicht bereit iſt, es mit Opfern zu erringen und mit ausdauernder Wachſamkeit zu behaupten.

Wenn wir die Zuſtände Großbritannien's und Irland's mit denjenigen Frankreich's Deutſchland's und Italien's vergleichen, ſo finden wir im Ganzen genommen, ſie doch freier, gerechter und glücklicher. Auf dem Continente Europa's können nur Revolutionen weſentliche Reformen herbeiführen. Großbritannien und Irland allein kann, wenn es will, ohne Blutvergießen auf der Bahn der Freiheit und des Rechtes kräftig voranſchreiten. Nächſt den Vereinigten Staaten Nordamerika's gebührt doch Albion die Palme der Freiheit.

## § 55. Scandinavien.

Die Blüthenzeit der einſt vereinigten drei Reiche des Nordens: Schweden's, Dänemark's und Norwegen's war dahin. Von den vielen Provinzen, welche Scandinavien einſt am baltiſchen Meere und bis in das Herz Deutſchland's beſaß, war ihm nichts übrig geblieben, als die Herzogthümer Schleswig, Holſtein und Lauenburg, welche der kleinen däniſchen Krone einigermaßen ein königliches Anſehen zu geben verhelfen mußten. Die drei Reiche, welche, vereinigt, Mühe gehabt hätten, eine europäiſche Großmacht zu bilden,

Norwegen's nicht verschmerzen. Die Norweger selbst fühlten sich auf's tiefste verletzt, daß im Kieler Frieden über sie, gleichwie über eine Schaafheerde verfügt worden war. Sie erkannten den Vertrag, bei welchem sie nicht mitgewirkt hatten, nicht als verbindlich an, hielten eine Volksversammlung zu Eideswolde (10. April 1814), ernannten in derselben den Prinzen Christian Friedrich von Dänemark, den Neffen und Thronfolger Friedrich's VI. zum Reichsregenten und entwarfen zugleich für das Land eine Verfassung auf volksthümlicher Grundlage, welche die Selbständigkeit Norwegen's sicher stellte. Zugleich waffneten sie sich und fügten sich in die Macht der Verhältnisse nur unter Bedingungen. Von Mitte Juli bis Mitte August 1814 fand zwischen Schweden und Norwegen ein kleiner Krieg statt. Christian Friedrich sah ein, daß er sich auf die Dauer nicht würde behaupten können. Der König von Dänemark hatte, gezwungen durch die Großmächte, den Prinzen und sämmtliche übrigen dänischen Beamten aus Norwegen abgerufen. Der Prinz allein war zurückgeblieben. Unterm 14. August 1814 schloß er mit dem schwedischen Kronprinzen Bernadotte zu Moß einen Vertrag ab, demzufolge einer nach Moß zu berufenden norwegischen Ständeversammlung (Storthing) die Thronentsagung Christian Friedrich's verkündet und zugleich vorgeschlagen wurde, an dessen Stelle den König von Schweden zu wählen. Der Storthing versammelte sich am 7. October 1814, nahm die Entsagung Christian Friedrich's an, erwählte an dessen Stelle den König von Schweden, sicherte aber zugleich dem Lande die neubegründete Staatsverfassung und mit ihr zugleich dessen Selbstständigkeit. Auf diese Weise bekundeten die Norweger, allein unter allen Völkern Europa's, einen Geist der Unabhängigkeit und der Freiheit, mit welchem der König von Schweden nicht in Kampf treten wollte. Während alle übrigen Völker Europa's Deutsche, Franzosen, Italiener und Polen sich geduldig die zu Paris und Wien getroffenen Bestimmungen gefallen ließen, traten die Norweger dem Hammelheerden-Staatsrechte der Großmächte entgegen und behaupteten ihre Selbstherrlichkeit. Hätten die übrigen Völker Europa's die Entschlossenheit der Norweger besessen, so wären sie nicht in die Ketten der heiligen Allianz geschlagen worden, sie hätten eine dreiunddreißigjährige Periode der Herabwürdigung und blutige Revolutionen, welche in deren Folge theils schon stattfanden, theils noch eintreten werden, vermieden.

Ihre freie Verfassung behaupteten die Norweger bis auf den heutigen Tag, trotz aller Versuche des Königs Karl XIV., Johann von Schweden, ihnen dieselbe zu rauben. Dieser folgte beim Tode Karl's XIII. (1818) auf den schwedischen und norwegischen Thron, ungeachtet er, im Sinne der „heiligen Allianz" kein legitimer König war. Allein Bernadotte verstand es so gut, sich die Gunst der Großmächte Europa's zu erhalten, daß keine derselben daran dachte, ihm die Throne zu entziehen, auf welche er nicht durch seine Geburt, sondern durch die Wahl der Völker von Schweden und Norwegen gelangt war. Allerdings hatte Karl XIII. ihn an Kindesstatt angenommen. Allein nach europäischem Fürstenrechte gibt die Adoption durchaus keinen Anspruch auf Thronfolge. Nicht in Folge der Adoption Karl's XIII., sondern in Folge der Wahl des schwedischen Reichstags und des norwegischen Storthings bestieg Bernadotte die Throne von Schweden und Norwegen.

In Schweden bestand der Reichstag aus vier Kammern, welche abgesondert beriethen, in Norwegen nur aus einer einzigen Kammer. In Schweden tagten nebeneinander vier Stände: Geistlichkeit, Adel, Bürger und Bauern, deren Spaltungen und Standesinteressen jedweden kräftigen Fortschritt und die Abschaffung der augenscheinlichsten Mißbräuche und Uebelstände unmöglich machte. In Norwegen tagte die ungetheilte Nation in ihren Vertretern.

Karl XIV., Johann wollte sich gern den Schein der Freisinnigkeit geben. Er strebte

nach Volksthümlichkeit. Er ließ sich am liebsten den „Bürger auf dem Throne" nennen. Allein lieber, als Volksthümlichkeit war ihm doch die Gewalt. Wäre sein Streben ein edles, ein der Freiheit geneigtes gewesen, so hätte er sich bemüht, dadurch seine beiden Reiche anzunähern, daß er die weniger freisinnige Verfassung Schweden's nach dem Muster der norwegischen verändert hätte. Allein gerade das Gegentheil war das Ziel seines Strebens. Statt die übertriebenen Vorrechte des schwedischen Adels abzuschaffen, ging er darauf aus, in Norwegen, welches von der Plage des Adels frei war, diesen privilegirten Stand einzuführen. Statt in Schweden die Presse frei zu geben, wollte er in Norwegen die Censur einführen. Karl XIV. Johann machte keinen Versuch, die vier Ständeversammlungen Schweden's in eine einzige Versammlung der Volksvertreter zu vereinigen, dagegen bemühte er sich, die einzige Versammlung der norwegischen Volksvertreter in ein Ober- und Unterhaus, Lagthing und Odelsthing zu zerklüften. Im Jahre 1821 reiste der König nach Christiania, zog in der Nähe der norwegischen Hauptstadt ein Heer zusammen und hoffte, dadurch den Storthing einschüchtern und zur Annahme obiger Veränderungen bestimmen zu können. Der Storthing vertagte die königlichen Vorschläge. Das norwegische Volk erhielt Zeit, zu erwägen. Als dieselben sodann wieder an den Storthing gebracht wurden (1824), verwarf sie dieser ohne alle Umstände. Es geschah mit solcher Ruhe und Entschlossenheit, daß der König einsah, seine Krone stünde auf dem Spiele, falls er den Norwegern Gewalt anthun würde.

In Schweden ließ Karl XIV. Johann die ständische Verfassung, welche dem Volk einen hinreichend starken Kappzaum anlegte, ruhig bestehen. Als sich einige Spuren des Mißvergnügens zeigten, unterdrückte er dieselben durch Censur und Polizei. Die Furcht vor dem Prinzen Wasa, dem Sohne König's Gustav IV. hielt ihn ab, der Verfassung des Reiches zu nahe zu treten und gab ihm einen Sporn, sich dem Lande nützlich zu machen. Der König beförderte den Anbau wüster Strecken, den Handel und den Verkehr, die Gewerbe, die Anlegung von Straßen und Kanälen. Er setzte Heer und Flotte auf einen Achtung gebietenden Fuß. Er baute die Centralfestung Wanäs, später Karlsborg genannt, vollendete den Bau des Södertelje-Canals und des Götha-Canals. Dessenungeachtet ward er niemals in Scandinavien heimisch und Schweden und Norwegen betrachteten ihn stets als einen Fremden, welcher mehr durch die Macht der Verhältnisse als durch freie Wahl auf ihren Thron gehoben wurde. Die gute Freundschaft, welche der König mit Rußland pflegte, mochte, den Umständen nach, ganz klug sein. Die Schweden konnten sich dabei aber nicht wohl fühlen. Rußland hatte dem Lande zu tiefe Wunden geschlagen, als daß die Schweden sich nicht durch die Protection hätten verletzt fühlen müssen, welche die russischen Czaaren dem Könige zu Theil werden ließen.

Wie mit der schwedischen Krone Norwegen, so waren mit der dänischen die Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg als selbständige Provinzen verbunden. In Schweden bemühte sich Karl XIV. Johann die freie Verfassung Norwegen's der weniger freien Schweden's anzunähern, in Dänemark, woselbst die Krone durchaus absolut war, ging das Bestreben König's Friedrich VI. dahin, seine Herrschaft über die Herzogthümer eben so schrankenlos, wie in Dänemark zu machen. Zwar schrieb der Artikel 13 der deutschen Bundesacte vor, daß in allen Bundesstaaten eine ständische Verfassung bestehen solle. Allein der König von Dänemark, nach dem Beispiele Oesterreich's und Preußen's, erfüllte ihn nicht. Schleswig-Holstein hatte seit den ältesten Zeiten eine gemeinschaftliche Staatsverfassung. Doch daran kehrte sich Friedrich VI. gleichfalls nicht. Er behauptete, es sei unpassend, dem deutschen Theile des Königreichs einen politischen Freiheitszustand zu ver-

und daß eine doppelte Staatshaushaltung nach zwei einander widerstreitenden Prinzipien unendliche Schwierigkeiten und Nachtheile erzeuge. Was diese angeblich mangelnde Sympathie betrifft, so zeigte sich bald, daß der König desfalls entweder irrte oder absichtlich die Unwahrheit erklärte. Jedenfalls hätte der König von Dänemark die Unvereinbarkeit deutscher und dänischer Landestheile unter einem Scepter früher bedenken, und daher entweder die deutsche Bundesacte nicht unterzeichnen, oder einen der beiden Theile, welche, seiner Angabe zufolge, nicht unter einer und derselben Verfassung leben konnten, aus dem Unterthanenverbande entlassen sollen. Er zog es vor, sein Wort zu brechen und zugleich die alte Verfassung von Schleswig-Holstein mit Füßen zu treten.

Schließlich behauptete der König von Dänemark, daß das Hängen der deutschen Aristokratie an ihren alten Vorrechten und Gewohnheiten, das sich in Würtemberg so grell kund gethan habe, der Errichtung des wahren constitutionellen Prinzips durchaus entgegen sei. Dieser Einwand wäre trefflich gewesen, wenn König Friedrich VI. seinem Lande eine wahre prinzipielle Verfassung verliehen hätte. Da er dieses aber nicht that, so war es klar, daß er sich leerer Ausflüchte bediente, um seine Gewalt so despotisch, als möglich zu machen.

Die Schleswig-Holsteiner hatten eine um so dringendere Aufforderung, die Gewährung einer ihre Rechte sicherstellenden Verfassung zu verlangen, als Dänemark sich augenscheinlich bemühte, denselben ihre deutsche Nationalität zu entziehen und sie mit Gewalt aus Deutschen in Dänen umzuwandeln. Den Anfang hierzu machte Friedrich VI. schon im Jahre 1814, indem er die Behauptung aufstellte, Schleswig sei ein dänisches Herzogthum. Vergeblich widerlegte Falk dieselbe. Der Kampf zwischen Schleswig-Holstein und der dänischen Regierung dauerte fort. Unter Beirath von Falk, Dahlmann und Martin reichten die holstein'schen Ritter und Prälaten (1823) eine Beschwerdeschrift beim deutschen Bundestage ein. Oesterreich und Preußen setzten aber durch, daß in der 22. Sitzung vom 27. November 1823 der Beschluß gefaßt wurde, „die reclamirenden holsteinischen Prälaten und Ritterschaftsmitglieder mit ihrem Gesuche abzuweisen." Hierbei wurde jedoch den Reclamanten zu ihrer Beruhigung eröffnet, „daß der König von Dänemark dem Herzogthum Holstein eine Verfassung zugesichert habe, welche, nach dem Artikel 55 der Schlußacte, die älteren Rechte möglichst berücksichtigen und den gegenwärtigen Zeitverhältnissen angepaßt werden sollte. Ueber die Erfüllung jener Verbindlichkeit werde die Bundesversammlung innerhalb der Gränze ihres Wirkungskreises nach dem 54. Artikel der Schlußacte zu wachen wissen.*)

Sie hielt jedoch nicht Wort. Sie that nichts, um die Erfüllung des Artikels 13 der Bundesacte von Seiten des Herzogs von Holstein und Lauenburg zu bewirken, während das Verhältniß dieser Herzogthümer zu Dänemark so beschaffen ist, daß nur eine kräftige Unterstützung derselben von Seiten des deutschen gemeinsamen Vaterlandes sie vor den Uebergriffen der Dänen schützen kann. Die Unthätigkeit des Bundestages hatte später den Verlust der Hälfte Luxemburg's zur Folge. Eine ähnliche Gefahr bedrohte unausgesetzt die mit Dänemark verbundenen deutschen Herzogthümer. Dessenungeachtet geschah für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg von Seiten des Bundes nichts.

In Dänemark dauerte das alte Unwesen fort. Die Flotte hatte England geraubt, und gab sie im Frieden nicht heraus. Norwegen hatte es an Schweden abtreten müssen. Das kleine Königreich war so unmächtig geworden, daß die Regierung die dringendste Aufforderung hatte, durch kluge Sparsamkeit die Lasten des Volkes zu erleichtern, durch

*) Siehe G. v. Struve's öffentliches Recht des deutschen Bundes Thl. II. § 91. S. 28 ff.

eine erhöhte Thätigkeit die vielen Mißbräuche alter Zeiten abzuschaffen und durch eine freisinnige Verfassung die Lebenskraft des Volkes anzuregen. Von alle dem geschah nichts. Die Zahl der Admirale blieb dieselbe wie zur Zeit, da Dänemark noch eine ansehnliche Flotte besaß. Der Kammerherren und Kammerjunker waren so viele, daß der größte Hof Europa's an denselben genug gehabt hätte. Die Beamten drückten das Volk. Was dem dänischen Reiche an Mitteln gebrach, sollten die deutschen Herzogthümer herbeischaffen. Die gehässigen Maßregeln, welche die dänische Regierung ergriff, um die Schleswig-Holsteiner und Lauenburger Dänemark einzuverleiben, bewirkten gerade das Gegentheil von dem, was Noth gethan hätte. Statt die verschiedenen Provinzen, welche unter dem Scepter Friedrich's VI. standen, inniger zu verbinden, bewirkten die Bande, in welche der König die Deutschen schlug, nur Haß und Widerstreben gegen die dänische Regierung. Es bereiteten sich auf diese Weise jene Ausbrüche gerechter Entrüstung der Schleswig-Holsteiner vor, welche nach langjährigem Streite endlich im Jahre 1848 zu Tage traten und bis auf den heutigen Tag den Saamen der Zwietracht zwischen Dänemark und den Herzogthümern in stetem Wachsthum erhalten haben.

## § 56. Spanien und Portugal.

Unter allen Staaten des romanischen Stammes hatte Spanien Napoleon den heftigsten und anhaltendsten Widerstand entgegengesetzt. Der Krieg mit Frankreich weckte die pyrenäische Halbinsel aus ihrem langen todesähnlichen Schlummer auf. Mit Unwillen fügten sich die Spanier unter das Joch, welches ihr die alte Dynastie nach ihrer Rückkehr aus der französischen Gefangenschaft wieder auferlegte. Von allen Staaten Europa's hatte Spanien zuerst das Signal des Kampfes gegen den napoleon'schen Despotismus gegeben. Es erhob sich auch zuerst wider den unverbesserlichen Despotismus der alten Zeit. Bald folgten Portugal und Italien dem gegebenen Beispiele. „Die heilige Allianz" erdrückte zwar die Freiheitsbestrebungen der apenninischen und der pyrenäischen Halbinsel, allein die Unzufriedenheit des Volkes nahm in Folge der nichtswürdigen und rechtswidrigen Einmischung des Auslandes nur zu und brach sich in offener Revolution Bahn, so oft das Volk neue Kräfte zum Kampfe gegen eine mit den Bedürfnissen der Zeit unvereinbare Regierung gesammelt hatte.

Die geographische Lage der pyrenäischen Halbinsel erleichterte derselben nicht den Fortschritt auf geistigem Gebiete. Allein daß dieselbe nicht von entscheidendem Gewichte sei, erhellt deutlich, wenn wir den Entwickelungsgang des nicht weniger isolirten England's, oder der nordamerikanischen Freistaaten in's Auge fassen. Die Hauptursache, welcher das Zurückbleiben der Spanier und Portugiesen hinter den glücklicheren Staaten Europa's beizumessen, ist in dem erbitterten Kampfe zu suchen, welchen dieselben der Reformation entgegengesetzt hatten. Drei Jahrhunderte waren mittlerweile vergangen, in deren Laufe die übrigen Völker ungehindert, oder doch weniger gehemmt durch Aberglauben und Pfaffenthum, rüstig vorangeschritten waren. Die große Zahl der Feiertage verkürzte die Arbeitszeit und nährte den Hang zur Trägheit, welcher durch die ganze Einrichtung des Lebens in der pyrenäischen Halbinsel gefördert wurde. Auf vierunddreißig Menschen rechnete man in Spanien einen Geistlichen, welcher nichts hervorbrachte, sondern nur verzehrte. Zählt man hierzu noch die große Menge von Adeligen, Beamten und Soldaten, welche von den arbeitenden Classen ernährt werden mußten, erwägen wir, daß die meisten Mitglieder der bevorzugten Stände großen Aufwand machten, daß Unordnung und Ver-

Portugal ruhenden Druckes mehr und mehr um sich gegriffen hatten, so darf es uns nicht wundern, daß Napoleon glaubte, die pyrenäische Halbinsel ohne große Mühe unterjochen zu können. Er hatte aber außer Acht gelassen, daß zwischen Regierung und Volk immer ein großer Unterschied bestehe, und daß eine Nation, welche den von Alters hergebrachten Druck ruhig erträgt, darum doch, den Umständen nach, einer minder drückenden, aber ungewöhnten Herrschaft, den Umsturz bereiten könne. Insbesondere hatte er aber nicht bedacht, daß im Schooße jeder Nation, welche nicht vollständig entnervt ist, durch außerordentliche äußere Verhältnisse außerordentliche Kräfte geweckt zu werden pflegen.

Der sechsjährige Kampf hatte die Bewohner der pyrenäischen Halbinsel zugleich auf's tiefste erschüttert und mit Menschen, Verhältnissen und Einrichtungen, welche ihnen früher in nebelgrauer Ferne gestanden hatten, in die innigsten Beziehungen gebracht. Protestantische Engländer hatten dem einen Theile der Spanier und Portugiesen als Verbündete zur Seite gestanden. Franzosen, welche zum Theile wenigstens in der Schule der Revolution herangewachsen waren, hatten längere Zeit hindurch den andern Theil Spanien's und Portugal's beherrscht. Die Cortes hatten der spanischen Nation eine mächtige Anregung zur Freiheit gegeben und die mannigfaltigsten Hoffnungen rege gemacht. Die Nation war nicht im Stande, während des furchtbaren Kampfes allen denjenigen Vortheil aus den Bewegungen der Zeit zu ziehen, welcher nur im Schooße des Friedens unter den Fittigen einer wohlmeinenden Regierung erwachsen konnte. Als nach der Rückkehr Ferdinand's VII. die Cortes-Verfassung über den Haufen gestoßen und alle Vorkämpfer auf dem Felde der Freiheit und des Krieges mit Frankreich grausam bestraft wurden, härter selbst, als die Anhänger Joseph's und der Franzosen, so wurde die spanische Nation durch alle diese Schläge, die ihr ganz unerwartet kamen, vollständig betäubt.

Die Herrschaft, welche Ferdinand VII. in Spanien wiederherstellte, war nicht blos despotisch, sondern auch unsinnig und wahrhaft stupid. So lange nur die Häupter der verschiedenen Parteien unter derselben litten, fügte sich die Nation stumpfsinnig in ihr Schicksal. Allein bald schon machten sich die Folgen der Mißregierung in allen Zweigen des staatlichen und bürgerlichen Lebens so schmerzlich fühlbar, daß ruhige und vorurtheilsfreie Beobachter in einer Revolution das einzige und unvermeidliche Mittel erkannten, die Nation vom Rande des Verderbens zu retten.

Ferdinand VII. umgab sich mit einer Camarilla, welche keine Ordnung im Staatshaushalte aufkommen ließ. Die Aemter wurden fast öffentlich verkauft. Glück machten, wie in den schlechtesten Zeiten Rom's, nur Possenreißer, welche die Lachmuskeln des Königs kitzelten, oder Angeber, welche seiner Verfolgungswuth Nahrung brachten. Die Menschen, welche der König zu wichtigen weltlichen und kirchlichen Aemtern ernannte, oder durch seine Günstlinge ernennen ließ, waren nicht selten in dem Grade verachtet, daß die Behörden, in deren Schooße sie sitzen sollten, trotz ihrer gewohnheitsmäßigen Unterwürfigkeit dagegen Verwahrung einlegten. Bald schon kam es dahin, daß der König, welcher bei seiner Rückkehr aus Frankreich mit so unbeschreiblichem Jubel empfangen worden war, von denselben Menschen, die ihn vergöttert hatten, verabscheut wurde. Ferdinand VII. hatte vor Napoleon gekrochen, jetzt sollte das spanische Volk vor ihm kriechen. Sein Mißtrauen war so groß, daß keiner seiner Minister und Generale sich unter seiner Herrschaft sicher fühlen konnte. Je höher Jemand in des Königs Gunst stand, desto größer war auch der Argwohn, den dieser gegen ihn hegte. Ein Wort, gelispelt von der Stimme irgend eines geheimen Feindes, genügte, ihn zu stürzen. Vom Ministertische ging der Weg gewöhnlich in den Kerker oder in die Verbannung, ohne daß der Grund davon auch nur angedeutet worden wäre.

Digitized by Google

Mit dem alten Systeme, welches Ferdinand VII. wiederherstellte, kehrten alle Uebelstände und Mißbräuche früherer Zeiten zurück. Während des Krieges mit Frankreich waren aber viele der alten Hülfsquellen versiecht. Die Colonien von Amerika hatten sich vom Mutterlande losgerissen. Weit entfernt, dem spanischen Staatsschatze, wie früher, Jahr ein, Jahr aus eine bedeutende Einnahme zu sichern, verschlang der fortdauernde Krieg Streitkräfte und Geldsummen, welche der zerrüttete Zustand der spanischen Finanzen kaum erschwingen konnte, und deren Herbeischaffung die Noth des Landes noch vermehrte. Zahlreiche Räuberbanden, welche sich aus dem schonungslos und ohne Belohnung, ja selbst ohne den rückständigen Sold entlassenen Soldaten bildeten, machten alle Straßen unsicher und störten den ohnedies schwer gedrückten spanischen Handel. Der alte Zustand, da der arme Bauer seine Grundstücke brach liegen lassen mußte, damit die Merino-Heerden der Reichen darauf weiden könnten, da eine Provinz im Ueberfluß erstickte, während in der anderen die Hungersnoth wüthete — kehrte wieder. Heer und Flotte gingen durch Vernachlässigung zu Grunde. Hunderte verdienter Offiziere schmachteten im Elend, manche, welche sich zu betteln schämten, starben geradezu des Hungertodes. Soldaten und Civilbeamte erhielten ihre Löhnung gar nicht, oder doch höchst unregelmäßig ausbezahlt. Die Civilbeamten und Pensionäre waren froh, wenn sie, was ihnen gebührte, gegen einen Abzug von acht Procenten, den sie den unredlichen Finanzbeamten überließen, flüssig machen konnten.

Die Cortes hatten die Staatsschuld von eilf Milliarden Realen anerkannt und sicher gestellt. In wenigen Jahren (von 1814 bis 1819) vermehrte sich dieselbe um zwei Milliarden. Die Cortes hatten ein neues, directes Steuersystem eingeführt. Der König hob dieses wieder auf. Die Noth wurde in dessen Folge so drückend, daß der Hof sich entschloß, den allgemein geschätzten Martin de Garai zum Finanzminister zu erheben (23. December 1816). Bevor derselbe jedoch durchgreifende Maßregeln hatte ergreifen können, wurde er entsetzt und verwiesen (14. September 1818).

Ferdinand VII. glaubte, daß nichts, als die Unterwerfung der im Aufstande begriffenen Colonien den Staatsschatz wieder füllen könne. Zu diesem Behufe rechnete er auf die Hülfe Rußland's. In der That verkaufte ihm das Cabinet von Petersburg fünf Linienschiffe und drei Fregatten für 13,600,000 Papierrubel. Als dieselben in Cadix anlangten (20. Februar 1818) erwiesen sie sich als untauglich.

Das Volk ertrug die Mißregierung des Königs mit Unwillen, jedoch ohne derselben irgend einen Widerstand von Bedeutung entgegenzusetzen. Im Heere gährte es aber gewaltig. In rascher Folge brachen unter Mina (24. October 1814), Porlier (21. September 1815), in Madrid, Biscaya, Granada, Valencia und Catalonien während der Jahre 1816, 1817 und 1818 Soldaten-Aufstände aus, welche jedoch erdrückt und grausam bestraft wurden. Sie waren ohne weiter reichende Pläne und genügende Vorbereitung begonnen worden, deuteten übrigens klar genug die Stimmung des Heeres und des Volkes an. Die Regierung wußte nicht, die Lehren zu nützen, welche diese Aufstände ihr gaben. Sie besaß nicht einmal so viel Klugheit, die unentbehrlichen Stützen ihrer Gewalt bei guter Stimmung zu erhalten. Sie trieb ihr altes Unwesen fort, als könnte ihre Herrschaft niemals erschüttert werden.

Kurz nach der Hinrichtung des Obersten Vidal und zwölf anderer Männer, welche an der Verschwörung von Valencia Theil genommen hatten, zog die Regierung ein Heer in der Nähe von Cadix zusammen, um dasselbe zum Zwecke der Unterwerfung der amerikanischen Colonien einzuschiffen. Von den früher nach Amerika eingeschifften Truppen (vierzigtausend Mann) waren fast nur Verwundete und Kranke zurückgekommen. Soldaten

gegengingen. Cadix, der alte Sitz der Cortes, die freisinnigste Stadt Spanien's, enthielt viele Männer, welche die Zeiten der Verfassung noch in gutem Andenken hatten. Schnell bildete sich eine Verschwörung, an deren Spitze die Generale Abisbal (O'Donnel) und Sarsfield standen. Als dieselben jedoch erfuhren, daß man in Madrid Kenntniß von ihrem Unternehmen besitze und außerdem das Complott nicht ganz nach ihrem Sinne ging, schlugen die beiden Häupter desselben plötzlich um und verhafteten (8. Juli 1819) ihre Mitverschworenen. Sie wagten jedoch nicht, gegen dieselben mit der sonst üblichen Strenge zu verfahren. Viele derselben waren nur zum Scheine verhaftet und konnten mit Gesinnungsgenossen und Freunden verkehren. Das gelbe Fieber, welches unter dem Heere ausbrach und die alle Verhältnisse lähmende Nachlässigkeit der Regierung verzögerten die Einschiffung der Truppen. Eine neue Verschwörung brach auf der Isla de Leon aus (1. Januar 1820), an deren Spitze die Obersten Riego und Quiroga standen. Lange Zeit verging übrigens, bevor das Land an derselben regen Theil nahm. Der Zug, welchen Riego durch einen Theil Andalusien's machte, hatte unmittelbar nicht den gewünschten Erfolg. Um so wirksamer zeigte er sich dadurch, daß er ganz Spanien in Bewegung setzte. So kam es, daß, als der General Freire (10. März 1820) einen verrätherischen Angriff auf die Abgeordneten des Freiheitsheeres zu Cadix machen ließ, der Aufstand in Cadix einen vollständigen Sieg errang. Mittlerweile hatten die Aufrufe, welche von der Isla de Leon aus über Spanien verbreitet wurden und die Nachricht von den daselbst und in der Umgegend stattgefundenen Bewegungen an verschiedenen Orten Spanien's ähnliche Erhebungen angeregt. Hof und Regierung wußten nicht sich zu helfen. Der König ernannte eine Dictatorial-Junta, befahl die Ernennung von „Vertrauens-Männern" und versprach, Reformen einzuführen (3. März 1820). Als die Aufstände sich mehrten und an Bedeutung zunahmen, versprach der König, „da es der allgemeine Wille des Volkes sei, die Verfassung von 1812 zu beschwören" (7. März 1820). Schon am 9. leistete der König, gedrängt durch die Volksmassen, den versprochenen Eid und ernannte eine provisorische Junta, die ihm bis zum Zusammentritt der Cortes zur Seite stehen sollte. Die Camarilla verschwand, die Kerker der politischen Gefangenen öffneten sich. Die Presse wurde frei erklärt, das Heer auf die Verfassung beeidigt, die Erneuerung sämmtlicher Stadträthe angeordnet, die Inquisition aufgehoben.

Alle diese Veränderungen gingen vor sich, ohne daß ein Tropfen Blutes vergossen irgend eine Handlung der Rache vorgenommen wurde.

Bei Eröffnung der Cortes rühmte der König selbst „dieses großartige, nirgends zuvor in der Geschichte beobachtete Schauspiel, wie ein hochherziges Volk aus einem politischen Zustande in den andern überzutreten verstanden habe, ohne Unordnung und Gewaltthat." Doch der Jubel von der einen Seite dauerte nur so lange, als die Bestürzung von der anderen. Sobald sich der Hof von dieser erholt hatte, begann die Reaction, zuerst im Dunkeln und im Verborgenen zu wühlen, bald aber schon frech das Haupt wieder zu erheben. Man fing damit an, einzelne Artikel der Verfassung von 1812, einzelne Beschlüsse der Cortes, einzelne Reden von Mitgliedern derselben zu tadeln. Es dauerte nicht lange, so griff die Reaktion die ganze Verfassung und alle Freunde derselben an, leitete verrätherische Unterhandlungen mit dem Auslande ein und machte allen denkenden Menschen klar, daß der Hof entweder die Verfassung und die Cortes stürzen, oder von letzteren gestürzt werden müsse. Ferdinand VII. hatte sich nicht geändert. Er hatte sich nur vor der Nothwendigkeit gebeugt.

Die Verhältnisse ändern sich, die Menschen nicht. Was gewöhnlich als Sinnesänderung angesehen wird, ist nichts weiter, als die Rückwirkung der Verhältnisse auf das

Gemüth des Menſchen. Ich will damit nicht ſagen, daß der Fall einer Charakterveränderung niemals vorkömmt. Jede Regel hat ihre Ausnahmen, ſo auch die obige. Die Regel bleibt darum doch feſt. Sie hat ſich zu keiner Zeit mehr bewährt, als in dem halben Jahrhundert, welches am nächſten hinter uns liegt und in deſſen Laufe die Völker ſo oft getäuſcht wurden, indem ſie an Sinnesänderungen glaubten, während doch nur neue Verhältniſſe nebſt deren Rückwirkungen vorlagen. Da aber die Menſchen ſich nicht verändert hatten, da, wenn auch eine Zeit lang verborgen, dieſelben Leidenſchaften tobten, ſo wirkten dieſe in einer ihrer Natur entſprechenden Weiſe wieder auf die Verhältniſſe ein, bis es ihnen gelang, dieſe ſich dienſtbar zu machen. Dann trat der Charakter dieſer Menſchen wieder unverhüllt zu Tage, welchen ſie bis dahin verſchleiert hatten.

Ferdinand VII. von Spanien, Ferdinand I. von Sicilien, Franz I. von Oeſterreich, Friedrich Wilhelm III. von Preußen, ſelbſt Alexander I. von Rußland — ſie alle veränderten ſich nicht im Laufe ihrer ganzen Laufbahn, ſo oft auch die Verhältniſſe und mit dieſen die Larven wechſelten, die ſie trugen.

Allerdings werden den Umſtänden nach die Kleinen groß und die Jungen alt. Die durch dieſe Entwickelung bedingten Veränderungen bleiben nicht aus, allein ſie berühren nicht das Weſen, ſondern nur die äußere Erſcheinung oder die Wirkungsart, nicht die Beweggründe und die Richtung der Menſchen.

Auch die ſpaniſche Nation hatte ſich ſeit dem Jahre 1814 nicht weſentlich geändert, obgleich eine ſechsjährige Mißregierung ihre Stimmung dem Könige gegenüber und der Triumph der Verfaſſung von 1812 ihre Anſicht von dieſer geändert hatte. Die Spanier wußten jetzt die Vorzüge dieſes Grundgeſetzes beſſer zu würdigen, als im Jahre 1814, allein die große Maſſe des Volkes wurde durch die heftigen Angriffe, welche namentlich von Seiten der Pfaffenpartei gegen dieſelbe gerichtet wurden, da und dort irre geführt.

Die Vorwürfe, welche der ſpaniſchen Verfaſſung vom 19. März 1812 gemacht zu werden pflegen, ſind, mit ſehr wenigen Ausnahmen, alle durchaus grundlos. Sie beruhen entweder auf unfreien Geſinnungen, welche mit gleicher Bitterkeit jedwede andere Beſchränkung despotiſcher Gewalt getadelt hätten, oder auf einer völligen Unkenntniß der Verhältniſſe, unter welchen das ſchwierige Werk entſtand.

Spanien konnte im Anfange des Jahres 1812 ſeine Rettung nur von der vereinten Kraft der Nation erwarten. Das Königthum bedrohte das Land, ohne ihm die geringſte Ausſicht auf Hülfe zu eröffnen. Das Volk ſtand in der Mitte zwiſchen einem ihm durch fremde Bayonnette aufgedrungenen und einem in fremder Gefangenſchaft befindlichen Könige. Spanien hatte daher die dringendſte Aufforderung, ſich mit allen ihm zu Gebote ſtehenden Kräften gegen die Uebergriffe des einen und des andern zu vertheidigen. König Joſeph welcher damals noch weit mehr Gewalt in Spanien beſaß, als König Ferdinand VII., mußte nicht blos mit den Waffen in der Hand, ſondern auch mit Geſetzen bekämpft werden. In der Verfaſſung konnte dieſes nicht wirkſamer geſchehen, als indem die königliche Gewalt möglichſt beſchränkt wurde. Ferdinand VII., welcher, als er noch in Madrid war und ſpäter zu Bayonne, die Niederträchtigkeit ſeines Charakters ſchon zur Genüge kund gethan, welcher die Nation, Vater und Mutter an Napoleon verrathen hatte, konnte das Vertrauen des ſpaniſchen Volkes nicht in Anſpruch nehmen.

Die Cortes bildeten den einzigen Vereinigungspunkt für Spanien. Die verſchiedenen Junten des Reiches und mehrere Generale der Armee waren unwillig, eine Gewalt über ſich anzuerkennen und konnten nur mit Hülfe der ſchärfſten Geſetze in der nothwendigen Unterwürfigkeit erhalten werden.

Der beſte Beweis, daß zur Zeit der Entſtehung der Verfaſſung des Jahres 1812 dieſe

den Bedürfnissen des Landes entsprach, erhellt daraus, daß dieselbe mit Berücksichtigung zahlreicher Eingaben aus allen Theilen des Landes nach reiflichster Erwägung beschlossen daß sie von der überwiegenden Mehrheit der Nation mit unbeschreiblichem Jubel aufgenommen und unbedenklich von allen auswärtigen Mächten, namentlich von Rußland anerkannt wurde.

Der Widerstand gegen die Verfassung begann erst, als man anfing, die Mißbräuche, abzuschaffen, welche mit der Wohlfahrt der Nation unvereinbar waren. Dann erhoben sich gegen dieselbe alle diejenigen Stände und Individuen, welche lieber von dem Marke der Nation auf unrechtmäßige Weise, als durch nützliche Arbeit redlich leben wollten: Pfaffen, Aristokraten, Schmuggler und andere Schurken.

Was Despoten- und Pfaffenknechte am heftigsten an der Verfassung tadelten: Abschaffung der ständischen und Einführung der Volks-Vertretung, Einkammersystem, das Recht der Cortes, sich zu versammeln, ohne vom Könige berufen zu werden, die Unauflösbarkeit der Versammlung durch den König, die Unwählbarkeit der Minister, die umfassende Gewalt der Cortes, das Recht derselben, einen unfähigen oder unwürdigen Prinzen von der Thronfolge auszuschließen, alles dieses war durch die Verhältnisse Spanien's auf's Dringendste geboten und verdiente keinen Tadel, in sofern die Cortes ihre Maßregeln so trafen, daß der König gezwungen wurde, die Verfassung nicht blos zu beschwören, sondern auch zu halten.

Der Fehler, dessen sich die Cortes schuldig machten, bestand nicht in dem Inhalte der Verfassung, sondern darin, daß sie nicht mit der erforderlichen Umsicht und Kraft für deren Aufrechthaltung Sorge trugen. Man tadelte, daß nach der Verfassung die Mitglieder der Cortes nicht in die nächste Versammlung wieder erwählt werden konnten. Die Erfahrung, welche die Franzosen in Betreff einer gleichen Bestimmung ihrer Verfassung vom Jahre 1791 machten, verleiht diesem Vorwurfe einigen Nachdruck. Auf der anderen Seite behaupten Männer von der verschiedenartigsten politischen Schattirung, daß diese Bestimmung unumgänglich nothwendig war, um der Mißgunst und dem Neide entgegen zu wirken, welche den Erkorenen der Nation außerdem feindlich in den Weg getreten wären. Allein freilich die Beschränkung der Klöster, die Zurückweisung der Uebergriffe der Kirche, die Aufhebung der Inquisition, eine Staatsordnung, in welcher tückische Mönche, niedrige Günstlinge und herrschsüchtige Soldaten nicht mehr hoffen konnten, die ersten Rollen zu spielen, mußte diese Leute gegen die Verfassung stimmen. Fürwahr! Nicht die Verfassung vom Jahr 1812, sondern theils deren erbitterte Feinde oder unvorsichtige und laue Freunde verschuldeten alle die Leiden, welche der Kampf um das Grundgesetz des Jahres 1812 in seinem Gefolge hatte.

Der Fehler der Cortes bestand darin, daß sie sich nicht vollständig der Armee und der Beamten versicherten, daß sie nicht die Nation durch unauflösbare Bande an die Verfassung knüpften, indem sie die Vortheile derselben ihr handgreiflich machten, insbesondere aber darin, daß sie nicht die offenkundigen Gegner der Verfassung zermalmten, um dem Könige jede Handhabe zu entziehen, mit deren Hülfe er, wie leicht vorauszusehen war, die neue Verfassung des Reiches umstoßen konnte.

Von dem Augenblicke an, da die Franzosen aus Spanien vertrieben waren, mußten die Cortes alle Freunde der Verfassung um sich schaaren, sie mußten alle untergeordneten Fragen von der Hand weisen, namentlich alle früheren Anhänger des Königs Joseph, in sofern diese der Verfassung günstig gesinnt waren, mit sich vereinigen. Doch derselbe Fehler, dessen sich fast alle Nationen Europa's in damaliger Zeit schuldig machten, nämlich das übertriebene Vertrauen, welches sie ihren angestammten Herrschern schenkten, fällt

auch den spanischen Cortes zur Last. Sie glaubten, der Artikel 375 der Verfassung, welcher für acht Jahre, also bis zum Jahre 1820, jede Veränderung des Staatsgrundgesetzes untersagte, und der Beschluß, den sie faßten, daß der König nicht die Zügel der Regierung ergreifen könne, bevor er die Verfassung beschworen habe, — seien genügende Bollwerke zum Schutze der neuen Ordnung der Dinge. Sie trafen keine Vorsehung für den Fall, daß Ferdinand VII. sich weigern würde, die Verfassung zu beschwören, so wenig, als für denjenigen, daß er, nach beschworener Verfassung dieselbe umstoßen sollte.

Einem Manne, wie Ferdinand VII., konnte der Beschluß einer Ständeversammlung ganz eben so wenig, als der Artikel einer Staatsverfassung Schranken setzen. Es kam darauf an, eine Macht zu organisiren, und eine Volksstimmung herbeizuführen, welche stark genug waren, dem Könige keine andere Wahl, als zwischen Aufrechthaltung der Verfassung oder Abdankung zu lassen. Die Cortes versäumten es in unseeliger Verblendung, diese allein zum Ziele führenden Mittel zu ergreifen. Sie selbst, d. h. der bessere Theil derselben, hatte diese Versäumniß mit der ganzen Nation schwer zu büßen.

Dieselben Erscheinungen, welche im größern Maaßstabe bei der französischen Revolution zu Tage getreten waren, zeigten sich auch bei der spanischen, und werden voraussichtlich, weil sie theils auf der menschlichen Natur, theils auf den Verhältnissen der Zeit beruhen, immer wieder kehren, bis die Menschheit zu einem höhern Grade sittlicher und intellectueller Bildung und folgeweise zu einem vollständigen Siege über die Reste des Mittelalters gelangt sein wird. Ein treuloser König, welcher, gestützt auf die geheimen Wünsche und Bestrebungen der Aristokratie und des Pfaffenthums, im Verborgenen gegen die dem Volke gewährte Verfassung Complotte schmiedet und auf die Hülfe der ausländischen Cabinette zählt; eine Partei gemäßigter Freunde der neuen Verfassung, welche die obwaltenden Schwierigkeiten, die Stimmung des Königs und die mangelhafte Bildung des Volkes genau kennt, durch diese Erkenntniß aber mehr gelähmt, als zu durchgreifenden Maßregeln angeregt wird; endlich die Partei der entschlossenen Freunde der Freiheit, welche das Heil der Nation nur in durchgreifenden Maßregeln erkennt, dabei aber auf die wirkliche Lage der Dinge nicht immer genügende Rücksicht nimmt, dieses sind die Elemente, welche sich seit dem Jahre 1789 bei allen Freiheitskämpfen entwickeln.

Die Gemäßigten (Moderados) Spanien's glichen den Girondisten eben so sehr, als die Männer der äußersten Linken (Exaltados) den Jakobinern. Hätten diese beiden Parteien, welche vereint Macht genug besaßen, der Reaction die Spitze zu bieten, sich gegenseitig zu verständigen gewußt, so wäre die spanische Revolution ohne allen Zweifel vollständig gelungen. Sie verständigten sich nicht, so wenig, als früher Girondisten und Jakobiner, weil die Mäßigung der Einen zu nahe mit Schlaffheit und Feigheit, die Entschiedenheit der Anderen zu sehr mit Selbstüberhebung und Wildheit verwandt war. Den Sieg der Revolution wird erst dann ein endlicher sein, wenn die Gemäßigten mehr Muth und Entschlossenheit, die Entschiedenen mehr Selbstbeherrschung und Umsicht gewonnen haben werden.

Die Stützpunkte der Gemäßigten waren in Spanien, wie früher in Frankreich, die Städte oder der Mittelstand. Die Entschiedenen gründeten ihren Einfluß wesentlich auf das Proletariat und die ländliche Bevölkerung.

Die Entscheidung des Kampfes hing übrigens, eben weil sie wesentlich auf der geistigen Beschaffenheit der ganzen Nation beruhte, weder von dieser noch von jener Bestimmung der Verfassung, weder von Zugeständnissen, welche der Reaktionspartei gemacht, noch von feindlichen Maßregeln, welche gegen diese ergriffen wurden, in der Hauptsache ab. Jedes der Reaction gemachte Zugeständniß führte mit unabwendbarer Nothwen-

digkeit zu weiterer Nachgiebigkeit, jeder gegen dieselbe geführte Streich zu weiteren Schlägen.

Die Moderado's überschätzten die Zugeständnisse nicht minder, als die Exaltado's die Gewaltstreiche.

Die constitutionelle Monarchie hat auf dem ganzen Continente Europa's ihre Bedeutung nur als Uebergangsform von der Monarchie zur Republik, von dem Privilegium zum gleichen Rechte, von der Knechtschaft zur Freiheit. Alle die Kämpfe, welche sie in ihrem Gefolge hat, besitzen nur eine culturhistorische Bedeutung, oder mit anderen Worten, sind nur in sofern von Belang, als sie eine Nation auf einen höhern sittlichen und geistigen Standpunkt erheben, als sie die verschiedenen Classen der Gesellschaft gegenseitig in ihren materiellen und ideellen Bestrebungen und dadurch dem Ziele republikanischer Freiheit annähern.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet war die spanische Revolution der Jahre 1820—1823 von unermeßlicher Tragweite, nicht blos für Spanien, Portugal und Italien, sondern auch für alle übrigen Staaten der Erde. Die Reaction, welche mit Hülfe der „heiligen Allianz" und französischer Bayonette im Jahre 1823 siegte, trug nicht weniger als die vorhergegangenen Erfolge der Fortschritts-Partei wesentlich dazu bei, alle Nationen der Erde über die Verworfenheit des Königthums, des Pfaffenthums und des Adels aufzuklären und sie zu neuen Anstrengungen im Kampfe für Freiheit zu spornen.

Die „Gemäßigten" waren Männer, welche in früheren Zeiten sehr entschieden und freisinnig gewesen, allein durch Jammer und Noth, oder doch durch den Druck der sechs letzten Jahre gebrochen worden waren. Sie hielten die Lehren, welche sie aus der jüngsten Vergangenheit abgeleitet hatten, und die Erfahrungen, welche für sie zum größten Theile nur in Angst und Schrecken bestanden hatten, für unumstößliche Weisheit. Die Exaltado's dagegen waren neue, heiße junge Leute, welche die Revolution von 1820 gemacht, oder doch zuerst ergriffen hatten, welche noch die volle Kraft jugendlicher Hoffnung und Begeisterung besaßen, und mit dieser die ganze Welt besiegen zu können vermeinten, während die Moderado's in unausgesetzter Sorge wegen der von ihnen befürchteten Reaction unsicher zwischen König und Exaltado's hin und her schwankten.

Die Exaltado's stießen den König wiederholt hart vor den Kopf, die Moderado's wünschten das königliche Ansehen insoweit zu erhalten, als dieses durch die Verfassung geboten schien. Die Exaltado's traten rücksichtslos dem verrotteten Pfaffenthum und abgeschmackten Aberglauben ihrer Landsleute entgegen. Die Moderado's, welche eben so wenig gläubig, als die Exaltado's waren, heuchelten Achtung, wo sie Widerwillen, und Verehrung, wo sie Abscheu empfanden.

Die Verblendung beider Parteien war ziemlich gleich groß. Die Moderado's überschätzten König, Adel und Pfaffenthum, die Exaltado's das Volk. Die Moderado's hielten die Besonnenheit, die Exaltado's die Kühnheit für das dringendste Erforderniß. Jene wollten die Revolution so bald und so durchgreifend als möglich abschließen, diese wollten sie fortsetzen.

Die Exaltado's verlangten, daß das Heer, welches den Umschwung der Dinge zunächst herbeigeführt hatte, belohnt, vermehrt, und als Kern einer unwiderstehlichen Kriegsmacht verwendet werden solle. Das gemäßigte Ministerium löste dasselbe auf (7. September 1820), um, wie der Minister Arguelles öffentlich erklärte, Europa zu überzeugen, daß die spanische Bewegung keine bloße Soldatenmeuterei gewesen sei. Die Cabinette Europa's wurden dadurch nicht gewonnen, allein das Heer, die festeste Stütze der Revolution, wurde dieser entfremdet.

Die Moderado's waren zu allen großen, durchgreifenden Maßregeln sowohl der Ver-

Digitized by Google

söhnung als der Einschüchterung unfähig. Sie stießen ihre einzigen Freunde, die Exaltado's häufig von sich und ermuthigten dadurch ihre Feinde zu offenem Widerstande.

Eine der dringendsten Klugheitsregeln besteht darin, die Massen, deren Begeisterung nie lange andauert, durch materielle Vortheile an die Revolution zu binden. Das Vermögen des reactionären Adels und Pfaffenthums bot dazu reiche Mittel. Die Moderado's bedienten sich desselben in hinreichendem Maße, den Zorn der Aristokratie und Geistlichen wider sich zu entflammen, allein nicht genug, um das Volk fühlbar zu erleichtern und der Reaction die Mittel zum Umsturze der Verfassung zu entziehen. Die heillose Verwaltung Ferdinand's VII. hatte bewirkt, daß die Staatseinnahmen in den Jahren 1817 bis Ende 1819 von 566 auf 320 Millionen Realen gesunken, die verzinsliche Staatsschuld auf 6814, die unverzinsliche auf 7205 Millionen gestiegen war. Die Kirche und der Adel besaßen jedoch so viele geraubte oder erschlichene Güter, daß mit deren Hülfe die Finanzen des Staates leicht geordnet werden konnten. Die Moderado's, welche alle hohen Aemter inne hatten, konnten sich aber zu keinen durchgreifenden Maßregeln entschließen. Der Staatsschatz blieb daher leer. Es fehlte an den nothwendigsten Voraussetzungen einer siegreichen Revolution. Die Festungen des Landes verfielen, die Arsenale füllten sich nicht mit Kriegsvorräthen, das Volk wurde nicht in umfassender Weise bewaffnet und kriegerisch organisirt. Mit einem Worte, man zeigte dem Auslande nicht eine zum Kampf auf Tod und Leben bereitwillige und gerüstete, sondern nur eine friedfertige, gesetzliche, ruhige und zum Unterhandeln geneigte Nation. Gerade das Gegentheil wäre das richtige gewesen.

Für die Industrie des Landes geschah nichts von Erheblichkeit. Der Ausschuß für Ackerbau und Gewerbe hatte darauf angetragen, die Arbeit und die Arbeiter durch Verminderung der Festtage, der Mönche und der Geistlichen zu vermehren, den belasteten Landmann durch Herabsetzung des Zehnten auf die Hälfte und durch Säcularisirung der anderen Hälfte zu erleichtern. Die Cortes verschoben diese Lebensfragen auf die Sitzung von 1821. Dasselbe Schicksal hatten die Angelegenheiten der grundherrlichen Rechte. Zeit verloren, alles verloren! Dieses Sprichwort gilt nirgends mehr, als in Revolutionen, wo so oft der Augenblick mit seinem günstigen oder ungünstigen Hauche den Ausschlag giebt.

In Betreff der Majorate und der Klöster faßten die Cortes von 1820 zwar Beschlüsse, diese waren aber nicht durchgreifender Art. Die Majorate wurden nicht kurzweg aufgehoben, vielmehr den gegenwärtigen Besitzern nur vergönnt, über die Hälfte derselben zu verfügen. Ueber die andere Hälfte sollten erst die nächsten Besitzer (also nach einem Menschenalter) verfügen können. Der Grundbesitz der Kirche und des widerspenstigen Adels wurde nicht zum Zweck der Erleichterung des Volkes und der Vertheidigung des Landes eingezogen, sondern nur der fernere Erwerb desselben der Geistlichkeit untersagt.

Die Aufhebung der Mönchs-Klöster und der Militairorden wurde zwar beschlossen, allein die Nonnenklöster, die Klöster der Bettelorden und einige andere sollten fortbestehen. Auch diese beschränkte Aufhebung wurde nur durch Gründe der Staats-Oekonomie unterstützt. Niemand wagte, die Klöster vom Gesichtspunkte der Freiheit und der Aufklärung anzugreifen.

Die Folge aller dieser halben Maßregeln war, daß die Reaction von Monat zu Monat kecker wurde, daß die ausländischen Cabinette die Hoffnung schöpften, mit deren Hülfe die Verfassung in Spanien umstoßen zu können, während sie nimmermehr gewagt hätten, dieses zu versuchen, falls von vornherein die Reaction nicht durch blutige, wohl aber durch entscheidende Maßregeln zermalmt und das Volk durch dieselben zu gleicher Zeit erleichtert und gefördert worden wäre.

Frühzeitig begann die Geistlichkeit ihren Kampf gegen die Cortes. Der spanische Gesandte in Rom weigerte sich, den Eid auf die Verfassung abzulegen und bildete (Juli 1820) eine apostolische Junta. Dieses Beispiel fand bald Nachahmung in Galizien. Der Pabst schrieb (15. September 1820) einen Brief an den König, worin er diesen gegen die Verfassung und die Cortes aufhetzte. Der apostolische Nuntius in Madrid schürte den Funken der Unzufriedenheit im Herzen des Königs und bewog diesen, dem Klostergesetze seine Zustimmung zu verweigern. Die „gemäßigten" Minister besaßen nicht die Kraft, ihre Aemter niederzulegen und dadurch den König zu zwingen, entweder offen als Gegner der Wünsche des Volkes aufzutreten, oder dieselben zu erfüllen. Statt dieses zu thun, ließen sie den feigen Ferdinand durch das Volk einschüchtern. Nur zu bald erfuhr jedoch der König, daß zwischen den Exaltado's und dem Ministerium eben so wenig, als zwischen ihm und den Moderado's Uebereinstimmung walte. Er versuchte, sich mit den Exaltado's gegen sein Ministerium zu verbinden. Zwar gelang ihm dieses nicht, allein der Saamen der Zwietracht, welchen der König unter das Volk streute, ging auf, und lähmte die Kraft der Revolution.

Am 9. November 1820 wurde die Sitzung der Cortes geschlossen. Schon am 16. November ernannte der König von Escurial aus, wohin er sich begeben hatte, ohne Wissen des Ministeriums einen entschiedenen Reaktionär, den General Jose Carvajal zum General-Capitain von Madrid. Es lag hierin nicht blos eine Verletzung der Verfassung, sondern auch ein augenscheinlicher Schritt in der Richtung eines gewaltsamen Umsturzes derselben. Der König wurde durch die Kundgebungen des Volkes gezwungen, nachzugeben. Er kehrte (21. November 1820) nach Madrid zurück. Allein jeder vernünftige Mensch mußte erkennen, daß Ferdinand seinen Entschluß gefaßt hatte und daß nur die Gewalt ihn abhalten könne, die Verfassung je eher je lieber umzustürzen. Die Gefahr für Spanien war um so größer, als der muthmaßliche Thronfolger, der Bruder des Königs, Don Carlos, eine ganz ähnliche Stellung in Spanien einnahm, wie der Graf von Artois in Frankreich. Er konnte ungestörter als der König gegen die Verfassung arbeiten und bildete das Parteihaupt der Reaction, der s. g. Servilen, welche sich bald schon vollständig organisirten, indem sie unter dem Namen einer apostolischen Junta eine Central-Behörde ernannten, welche offen auf den Umsturz der Verfassung hinarbeitete.

Als Ferdinand VII. (1. März 1821) die zweite Sitzung der Kammer eröffnete, begnügte er sich nicht damit, die von seinen Ministern gutgeheißene Rede zu verlesen, sondern fügte eine bittere Anklage gegen dieselben hinzu, indem er sie beschuldigte, ihre Pflicht treulos vernachlässigt und die königliche Majestät allen Stürmen der Parteiwuth preis gegeben zu haben. Auch jetzt handelten die „gemäßigten" Minister nicht mit der nothwendigen Entschlossenheit. Statt sofort ihre Entlassung einzureichen, wollten sie sich durch leere Worte vor den Cortes zuerst rechtfertigen und ließen dadurch dem Könige Zeit, (gerade so, wie das girondistische Ministerium gegenüber Ludwig XVI.) sie, ohne vorgängiges Gesuch von ihrer Seite, des Dienstes zu entlassen.

An die Stelle des Ministeriums Perez de Castro trat das Ministerium Martinez de la Rosa, welches der Reaktion näher und den entschlossenen Männern der Freiheit ferner stand.

Die Gefahr für Spanien war mittlerweile weit größer geworden. Im Auftrage der heiligen Allianz hatte Oesterreich die Freiheitsbestrebungen der Neapolitaner und Piemontesen niedergeworfen. Es war klar, daß die Spanier einem ähnlichen Schicksale nur durch äußerste Anstrengung, durch Zermalmung der Reaction im Innern des Landes und eine großartige Kraftentfaltung dem Auslande gegenüber beschwören konnten. Einer solchen

Aufgabe war das Ministerium Martinez de la Rosa nicht gewachsen. Niemals wurden Pfaffen, Aristokraten und Könige durch Nachgiebigkeit und Schwäche, sondern immer nur durch Entschlossenheit und Begeisterung besiegt. Schon am 7. Juli 1821 machten die Garden des Königs, augenscheinlich auf dessen Befehl, einen Versuch der Contre-Revolution, welcher jedoch mißlang. In den nördlichen Provinzen, namentlich in Catalonien, Navarra und Biscaya tauchten, begünstigt von dem französischen Cabinette, apostolische Guerilla-Banden auf. Zu Seu de Urgel in Catalonien errichteten die Serviles sogar eine Regentschaft, welche den König für gefangen erklärte und unumwunden darauf hinarbeitete, den Zustand, wie dieser vor 1820 bestanden hatte, wieder herzustellen. Der Congreß von Verona trat zusammen (October 1822). Die lange vorher zu sehende Intervention rückte immer näher. Unter dem Namen eines Gesundheits-Cordons versammelte Ludwig XVIII. ein französisches Heer an der spanischen Grenze. Allen diesen Gefahren wußte das Ministerium Martinez de la Rosa nichts weiter entgegen zu setzen, als Beschränkung der Preßfreiheit, des Petitions- und des Versammlungsrechtes. Mit gutem Grunde wurde dasselbe daher von allen entschlossenen Freunden der Freiheit auf's heftigste angegriffen. Es mußte weichen. An dessen Stelle trat das Ministerium Evariſt San Miguel. Ferdinand VII. hatte erkannt, daß im Schooße der spanischen Nation die Kräfte zur Wiederherstellung seiner absoluten Gewalt nicht zu finden seien. Er verließ sich hinfüro nur auf das Ausland und ernannte das neue freisinnige Ministerium, um die Spanier über seine wirklichen Gesinnungen zu täuschen und die Hülfe des Auslandes zu beschleunigen.

Diese blieb denn auch nicht lange aus. Am 7. April 1823 rückten hunderttausend Mann Franzosen in Verbindung mit dreißigtausend Spaniern, welche sich unter französischem Schutze auf französischem Boden zu einem Heere organisirt hatten, über die Gränze. Die kostbare Zeit der Jahre 1820, 1821 und 1822 war von den Moderado's in halben Maßregeln vergeudet worden. Die Nation war auf einen Kampf mit Frankreich nicht vorbereitet. Sie hatte die von der Revolution erwarteten Vortheile nicht genossen und konnte sich daher im Augenblicke der Entscheidung nicht, wie früher gegen Napoleon, muthig erheben. Damals hatte jeder Spanier gefühlt, daß es sich um die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Nation handele. Jetzt glaubten die Massen nicht, daß ein so großer Einsatz auf dem Spiele stehe. Die Geistlichkeit, welche in den Jahren 1808—1814 entschieden gegen die Franzosen Partei genommen hatte, stand jetzt auf der Seite der Reaction. Der König, die ganze königliche Familie, der Adel, alle zur Zeit der Cortes entlassenen Beamten verwirrten die Begriffe des Volkes über den eigentlichen Sachverhalt und lähmten dessen Thatkraft. Der eigentliche Kern des Heeres war von den „gemäßigten" Ministern aufgelöst, ein neues, der Lage der Verhältnisse entsprechendes war nicht organisirt worden. Der Einfluß der gemäßigten Partei war während des Friedens groß genug gewesen, die Ergreifung entscheidender Maßregeln zu verhindern. Er war jetzt groß genug, einen begeisterten Kampf gegen die Franzosen zu verhüten. Dahin war es gekommen, daß sich die Moderado's nicht minder vor den Exaltado's, als vor den Absolutisten fürchteten. Verlassen von den Moderado's konnten die Exaltado's den Kampf mit den verbündeten spanischen Serviles und französischen Söldnern nicht aufnehmen. Der Krieg wurde daher weder blutig, noch lange dauernd. Mehrere spanische Generale gingen zum Feinde über, andere schlossen mit demselben schmachvolle Capitulationen ab. So wurden die Cortes gezwungen, zuerst Madrid, dann (12. Juni) Sevilla zu verlassen und sich mit dem Könige nach Cadix zurückzuziehen. Am 28. August 1823 erstürmten die Franzosen das Bollwerk der Stadt den Trocadero. Cadix wurde bombardirt. [illegible]

ſich noch die Cortes-Regierung. An dieſem Tage gab ſie dem Könige die abſolute Gewalt zurück und überließ ihm die Vermittelung mit den Franzoſen. Ferdinand verſprach vollſtändige Vergeſſenheit alles Geſchehenen, Belaſſung der unter den Cortes eingeſetzten Beamten und die Verleihung einer Verfaſſung. Am längſten von allen Generalen ſetzte Mina den Widerſtand gegen die Franzoſen fort. Am Ende mußte auch er weichen.

Wie ſich erwarten ließ, brach Ferdinand VII. alle Zuſagen der Verzeihung, ſobald er, geſtützt auf die franzöſiſchen Bayonette, ſich ſtark genug fühlte, ſich über dieſelben hinwegzuſetzen. Die proviſoriſche Regentſchaft, welche ſich unter franzöſiſchem Schutze gebildet, hatte ihm vorgearbeitet, indem ſie gleich nach ihrem Einzuge in Madrid daſſelbe Verfolgungsſyſtem, welches der König im Jahre 1814 eingeführt hatte, von neuem belebte. Man begnügte ſich nicht damit, durch die Behörden Rache zu üben. Man hetzte den verblendeten Pöbel gegen die bekannten Freunde der Cortes-Verfaſſung und trieb den Unfug auf einen ſolchen Höhepunkt, daß ſelbſt der Herzog von Angoulême, der Oberbefehlshaber der franzöſiſchen Truppen, dagegen Einſprache erhob, und als dieſe nicht berückſichtigt wurde, im Unwillen Spanien verließ. Nichtsdeſtoweniger blieben anfangs fünfundvierzigtauſend, ſpäter (nach dem 10. Dezember 1824) zweiundzwanzigtauſend Franzoſen im Lande, welche die Regierung ſtützten und es ihr möglich machten, ihre Verfolgungen fortzuſetzen. Im Jahre 1827 räumten dieſe die von ihnen beſetzten ſpaniſchen Feſtungen, mit Ausnahme von Cadix, das ſie erſt 1828 verließen. Ferdinand VII. begann den Wiederantritt ſeiner abſoluten Regierung damit, daß er alle Beſchlüſſe der conſtitutionellen Regierung vom 7. März 1820 bis zum 1. Oktober 1823 aufhob. Die Gefängniſſe füllten ſich. Riego, welcher verwundet, nach tapferer Gegenwehr in die Hände des Feindes gefallen war, wurde hingerichtet. Die Häupter der conſtitutionellen Partei entgingen nur dadurch einem ähnlichen Schickſal, daß ſie den trügeriſchen Zuſagen des Königs nicht trauten und ſich in das Ausland flüchteten. So wenig, als in den Jahren 1849 und 1850 war es aber in den Jahren 1823 und den darauf folgenden möglich, alles wieder auf den Fuß der vorrevolutionären Zeit zurückzuſchrauben. Man mochte die nicht entflohenen und folgeweiſe wenig compromittirten Mitglieder der Cortes und der conſtitutionellen Regierung, alle Offiziere des conſtitutionellen Heeres und der früheren Nationalgarde aus der Hauptſtadt und ſämmtlichen königlichen Reſidenzen verbannen, die Univerſitäten reorganiſiren, den Jeſuiten den Unterricht zurückgeben — die Inquiſition wieder herzuſtellen wagte man doch nicht. Die vollendeten Thatſachen einer Regierung, welche dreiundeinhalbes Jahr (von März 1820 bis Ende September 1823) beſtanden hatte, konnte der König mit dem eifrigſten Willen nicht ungeſchehen machen. Die Anhänger des Don Carlos warfen dem König vor, daß er überhaupt jemals die Verfaſſung anerkannt habe. Die Gewaltherrſchaft, welche Ferdinand ausübte, erſchien ihnen immer noch nicht durchgreifend genug. Umſonſt ließ der König den General Beſſière, welcher im abſolutiſtiſchen Sinne die Waffen gegen Ferdinand erhoben hatte, hinrichten (26. Auguſt 1825), umſonſt gewiſſermaßen zur Sühne den freiſinnigen General Empecinado, einen der verdienteſten Kämpfer aus den Jahren 1808—1814, in einem eiſernen Käfige der Verhöhnung des Pöbels preis geben und zum Strange verurtheilen, umſonſt in Granada ſieben Männer hinrichten, deren einziges Verbrechen geweſen war, daß ſie dem Orden der Freimaurer angehört hatten, die Carliſten wurden dadurch weder eingeſchüchtert, noch verſöhnt. Sie erhoben (November 1826) in Catalonien wiederholt die Fahne des Aufruhrs und bewirkten dadurch nur, daß der Zwieſpalt Ferdinand's VII. und ſeines Bruders, Don Carlos, noch bitterer wurde. Der König, welcher dreimal verheirathet geweſen war, ohne ein Kind gezeugt zu haben, vermählte ſich, zum viertenmale, mit der Prinzeſſin Chriſtina von Neapel, welche bald eine vollſtändige

Herrſchaft über den ſchwachen Ferdinand gewann. Obgleich dieſer ohne allen Zweifel impotent war, wußte es die ränkeſüchtige Königin doch dahin zu bringen, daß der König (29. März 1830) das ſ. g. ſaliſche Geſetz, welches die Töchter von der Thronfolge ausſchloß, aufhob, um ihren Töchtern die Thronfolge zu ſichern.

Dieſer hochwichtige Schritt verwandelte den zwiſchen beiden Brüdern längſt eingetretenen Bruch in unverſöhnliche und grimmige Feindſchaft.

Der Zwieſpalt zwiſchen Moderado's und Exaltado's hatte den Sturz der Cortes-Verfaſſung zur Folge gehabt. Der Krieg zwiſchen dem Könige und ſeinem Bruder mußte nothwendig den Untergang der abſolutiſtiſchen Partei in Spanien herbeiführen. Die Bewegung hörte nicht auf im Schooße des Volkes. Sie nahm nur neue Formen an. Das Rad der Zeit ſteht nicht ſtille. Die Reaction kann durch ihr Widerſtreben gegen deſſen Fortſchritt nur vorübergehende Hemmniſſe, Blutvergießen, Verwüſtungen, Jammer und Elend, doch keinen Stillſtand hervorrufen.

In dem benachbarten Portugal führten ähnliche Urſachen zu ähnlichen Folgen. Das Land hatte während des Krieges mit Frankreich größere Erſchütterungen erlitten und ſchwerere Verluſte gehabt, ſelbſt als Spanien. Die Bevölkerung hatte im Laufe von ſieben Jahren 1807—1814 nahezu um eine halbe Million abgenommen. Der Ackerbau und die Gewerbe ſtanden faſt gänzlich ſtill. Das arme Land mußte ſeine nothwendigen Lebensbedürfniſſe: Getreide, Haus- und Leibgeräthe, ſogar Hemden und Schuhe vom Auslande beziehen. Der Krieg, die Flucht der königlichen Familie nach Braſilien und die Herrſchaft der Engländer waren die Haupturſachen dieſer traurigen Erſcheinungen. Die Engländer bemächtigten ſich nicht blos des ganzen Handels zwiſchen England und Portugal, ſondern auch zwiſchen Braſilien und Portugal. Der Unmuth der Portugieſen wandte ſich zunächſt gegen die engliſchen Herren. In Paris hatte Lord Caſtlereagh ohne Vollmacht Portugal vertreten, als wäre dieſes Land eine engliſche Provinz. Er hatte die Rückgabe des von Braſilien eroberten franzöſiſchen Guiana verſprochen, gleich als wäre er der ſelbſtverſtändliche Vertreter Braſilien's und Portugal's. Die Intereſſen beider Reiche wurden daher dem Auslande gegenüber vernachläſſigt. In Portugal führte der engliſche General Lord Beresford das große Wort. Er hielt im Frieden die Armee auf dem Fuße von neunundfünfzigtauſend Mann und bewirkte, daß zwei Drittheile der Staatsausgaben, nämlich von 9719 Millionen Reis 6042 Millionen auf das Kriegsweſen verwendet wurden. Das Heer ſelbſt wurde unzufrieden, theils weil es ſchlecht bezahlt wurde, theils weil ein Drittheil der Offizierſtellen an Engländer vergeben und die grauſame engliſche Disciplin in Portugal eingeführt wurde. Beſondern Anſtoß gab es, daß Lord Beresford ſeiner Maitreſſe, der Gräfin Ferreneuha, der Gemahlin des Grafen Lemos, geſtattete, alle Stellen in der Armee willkürlich zu vergeben und zu entziehen. Schon im Jahre 1817 fanden daher Beſprechungen ſtatt, welche zwar noch nicht den Charakter einer eigentlichen Verſchwörung angenommen hatten, jedoch andeuteten, daß eine weit verzweigte Unzufriedenheit im Heere und im Volke herrſche. Die barbariſche Grauſamkeit, mit welcher Beresford die Theilnehmer dieſer mehr angeblichen, als wirklichen Verſchwörung ſtrafte und die heimtückiſche Weiſe, in welcher er das Geheimniß derſelben belauſchte, vermehrten die allgemeine Mißſtimmung. Der glückliche Erfolg der ſpaniſchen Revolution erfüllte die Portugieſen mit der Hoffnung, das verhaßte Joch Beresford's brechen zu können. Dieſer war gerade damals in Braſilien abweſend. Am 24. Auguſt 1820 erhob ſich zuerſt die Stadt Porto, kurz darauf (9. September) Liſſabon. Ohne Schwertſtreich fiel die alte Regierung, und als Lord Beresford nach Portugal zurückkehrte,

von Lissabon. Am 22. November 1820 wurden die Wahlen zu einer volksvertretenden Versammlung nach Anweisung der spanischen Verfassung, auf deren Grundlage eine portugiesische entworfen werden sollte, ausgeschrieben. Die Wirren, welche um diese Zeit auch in Brasilien ausgebrochen waren, stimmten den König Johann VI. zur Nachgiebigkeit. Er ließ daselbst seinen ältesten Sohn Pedro zurück und langte in versöhnlichster Stimmung (3. Juli 1821) zu Lissabon an. Der König, welcher die Grundlagen der neuen Verfassung (27. April 1821) von Brasilien aus bestätigt hatte, beschwor dieselben am Tage seiner Landung zu Lissabon. Nur unter dieser Bedingung gestatteten die Portugiesen ihm, zu landen.

Johann VI. war unter allen Königen damaliger Zeit, welche gezwungen wurden, ihre absolute Herrschaft in eine constitutionelle umzuwandeln, am wenigsten böswillig und falsch. Nachdem er (1822) die neue Verfassung beschworen hatte, fügte er von freien Stücken, die Worte hinzu: „und das thue ich mit größtem Vergnügen, und von ganzem Herzen." Allein die königlichen Prinzen und Prinzessinnen, Aristokraten und Pfaffen, welche, falls sie selbst die Gewalt besitzen, immer von Gesetzlichkeit sprechen und jeden Angriff auf dieselbe als Hochverrath bestrafen, waren zu allen Zeiten und aller Orten die schlimmsten Gegner derselben, so oft die Gewalt nicht in ihren Händen lag. Alle constitutionellen Monarchien des europäischen Continentes wurden daher unterminirt, bevor sie einige Kraft gewinnen konnten. Wo der König nicht selbst an der Spitze der Reaction stand, wie Ferdinand VII. von Spanien, Ferdinand I. von Neapel und Sicilien oder Karl X. von Frankreich, fand sich irgend ein anderes Mitglied der Familie, welches, unter dem Schutze seiner Geburt und Stellung im Staate ohne Gefahr für seine Person und seine Anhänger die Contre-Revolution einleitete. In Portugal waren es die Königin Charlotte und deren zweiter Sohn Dom Miguel, welche diese Rollen übernahmen. Der Natur des constitutionellen Lebens zufolge müssen verschiedene Parteien sich gegenseitig bekämpfen. Von Rechtswegen sollte dieser Kampf innerhalb der von der Verfassung gesteckten Schranken vor sich gehen. Allein auf dem Continente von Europa stehen die verschiedenen Reiche in viel zu inniger Beziehung, als daß eines sich unabhängig von den anderen entwickeln könnte. Von dem ersten Augenblicke an, da die constitutionelle Monarchie auf dem Festlande Europa's versucht wurde, d. h. 1789, erlaubten die unumschränkten Herrscher keiner Nation, ihre inneren Angelegenheiten selbständig im Geiste der Freiheit zu entwickeln. Aus der Partei, welche, der Verfassung gemäß, sich damit hätte begnügen sollen, auf die Wahlen einzuwirken, und innerhalb der volksvertretenden Versammlungen ihre Anträge zu stellen, bildete sich früher oder später immer eine contre-revolutionäre Partei welche sich bemühte, die Verfassung umzustürzen. Hatte König, Pfaffenthum und Adel die Majorität in den Kammern, wie z. B. in Frankreich zur Zeit des Ministeriums Villèle so bediente sie sich derselben zur Untergrabung des Grundgesetzes. Waren sie dagegen in der Minorität, wie in Frankreich zur Zeit des Ministeriums Polignac, in Spanien und Neapel während der ganzen Dauer des constitutionellen Lebens, so erhob die Reactionspartei ihr Haupt mit Hülfe der auswärtigen Despoten. Der Kampf der Worte, der Austausch der Meinungen verwandelte sich früher oder später in Krieg und in den Austausch von Kugeln und Bayonetstichen.

In Portugal nahm die Bewegung bald schon einen ähnlichen Verlauf, wie in Spanien. Die Königin Charlotte verweigerte unumwunden der Verfassung die Anerkennung. Die Regierung, welche wußte, daß dieses in der Absicht geschah, alle Gegner der Verfassung zu vereinigen, um mit deren Hülfe dieselbe umzustürzen, besaß nicht Kraft genug, diesen Ränken ein schnelles Ende zu bereiten. Die Reaction wurde durch die

Schwäche der Regierung ermuthigt und griff immer weiter um sich. Der König bildete in Portugal zwar nicht das Haupt der Reaction, wohl aber den Hemmschuh, welcher das Ministerium abhielt, in kräftiger Weise die Verfassung aufrecht zu erhalten. Die Cortes von Portugal verstanden es so wenig, als diejenigen von Spanien, sich auf einen prinzipiellen Standpunkt emporzuschwingen. Die Alleinherrschaft des Katholicismus ging neben der Volkssouveränität, die Erhaltung der Dynastie Braganza neben einer im übrigen freien Verfassung einher, ohne daß sich die Portugiesen der Unvereinbarkeit dieser Gegensätze bewußt wurden. Die Volkssouveränität faßten die Portugiesen in der Weise auf, daß ihr Land herrschen, Brasilien dagegen beherrscht werden solle. Die Folge dieser Auffassung bestand darin, daß sich Brasilien für unabhängig vom Mutterlande erklärte. Dieses besaß nicht die Macht, das unermeßliche Reich jenseits des Oceans, in dessen Schooße wie in Portugal, auch der Gedanke der Selbstherrlichkeit aufgetaucht war, wieder zu unterjochen.

Mit der Alleinherrschaft des Katholicismus bekräftigten die Portugiesen in ihrer Verfassung die Stellung einer Geistlichkeit, welche jeder Regung der Freiheit seit Jahrhunderten feindlich war und sich keineswegs mit der Herrschaft über die Seelen begnügen wollte, sondern mit besonderer Vorliebe die Herrschaft über die Menschen diesseits des Grabes, den Besitz von Grund und Boden, Zehnten, Stolgebühren und andere nutzbare Rechte umfaßte. Zum Hause Braganza, dessen Erhaltung die Verfassung feststellte, gehörte, unglücklicherweise für Portugal damals, außer dem schwachen Könige Johann VI., die ränkesüchtige und tyrannische Königin Charlotte und der von ihr durchaus abhängige, die Verfassung mit blinder Wuth hassende Dom Miguel.

Sobald Frankreich zu erkennen gab, daß es in Spanien zum Umsturze der Verfassung einzuschreiten gedenke, entfaltete der Graf Amarante, der nachherige Marquis von Chaves das Banner der Contre-Revolution an den Ufern des Duero (Februar 1823). Dieser erste Versuch mißlang. Als jedoch die Franzosen in Spanien eingerückt waren und siegreich vordrangen, stellte sich Dom Miguel an die Spitze der von ihm gewonnenen Truppen, erließ (28. Mai 1823) einen Aufruf, in welchem sich die hergebrachten Redensarten der Reaction von der „Gefangenschaft des Königs," der „anarchischen Systeme der Cortes," „Rebellen" u. s. w. fanden und bemächtigte sich der Herrschaft. Er machte trotz der Einsprache seines Königs und Vaters, diesen zu seinem Gefangenen, jagte die Cortes auseinander (31. Mai 1823) und herrschte unter der Leitung seiner Mutter mit unumschränkter Willkür über Portugal.

Johann VI. sah mit Unwillen, daß in seinem Namen die Verfassung umgestoßen, alle von den Cortes erlassene Gesetze aufgehoben, den Klöstern ihre Güter zurückgegeben, Censur und geheime Polizei wiederhergestellt wurden. Er bedauerte, daß die besten Bürger des Landes entweder in die Kerker geworfen oder in das Ausland getrieben wurden. Um sich dem unwürdigen Joche zu entziehen, welches seine verruchte Gattin und deren Sohn Dom Miguel (der seinige war dieser nicht) über ihn verhängten, entfloh er (9. Mai 1824) auf ein in der Nähe von Lissabon bereit liegendes englisches Kriegsschiff. Das Blatt wandte sich. Johann VI. ergriff wieder die Zügel der Regierung. Dom Miguel wurde des Landes verwiesen, die Königin Charlotte in ein Kloster gesperrt. Johann VI. hob zwar mehrere contrerevolutionäre Verordnungen, welche während seiner Gefangenschaft erlassen worden waren, auf, stellte aber doch die Verfassung des Jahres 1822 nicht wieder her, sondern verhieß nur, an deren Stelle ein auf dem Grunde der alten ständischen Verfassung zu entwerfendes Staatsgrundgesetz. Bevor es jedoch dazu kam, starb Johann VI. (10. März 1826) unter Umständen, welche auf Vergiftung deuteten. Seine Gattin Charlotte wurde in Portugal allgemein für die Urheberin des Mordes gehalten. Nicht

lange vorher (29. August 1825) hatte Johann VI. die Unabhängigkeit Brasilien's förmlich anerkannt. Für den Fall seines Todes hatte er eine Regentschaft unter dem Vorsitze seiner Tochter, der Infantin Isabella verordnet, welche in Kraft bleiben sollte, bis der gesetzliche Erbe der Krone weitere Verfügung getroffen haben würde. Dieser gesetzliche Erbe war unstreitig des Königs ältester Sohn Dom Pedro. Nach den Bestimmungen der brasilischen Verfassung konnte dieser allerdings nicht zugleich Kaiser von Brasilien und König von Portugal sein. Nichts hielt ihn aber ab, entweder eine Regentschaft für Portugal einzusetzen, oder mit Bewilligung der portugiesischen Stände, einem andern Mitgliede seiner Familie die portugiesische Krone abzutreten. Donna Isabella führte die Regentschaft. Dom Pedro bestätigte diese und verlieh (unterm 23. April 1826) Portugal eine Verfassung unter dem Titel Carta de Lei (Gesetzesurkunde). Zugleich trat er seine Rechte auf die portugiesische Krone seiner Tochter Donna Maria da Gloria ab und verfügte, daß diese seinen Bruder, also ihren Oheim, Dom Miguel ehelichen und mit ihm gemeinschaftlich nach Maßgabe der Carta de Lei regieren solle.

Donna Maria da Gloria zählte damals erst sieben, Dom Miguel bereits vierundzwanzig Jahre. Der Bräutigam war also um siebenzehn Jahre älter, als die Braut und konnte voraussichtlich vor Ablauf eines Jahrzehntes den von ihm so eifrig gewünschten portugiesischen Thron nicht besteigen. Die Anordnung Dom Pedro's war daher eine in jeder Beziehung sehr verkehrte. Dom Miguel hatte sich damals bereits als ein Ungeheuer in Menschengestalt, als ein blindes Werkzeug seiner Mutter und als ein Tyrann kund gethan, welcher entschlossen war, sich durch kein Gesetz die Hände binden zu lassen. Die Verordnung Dom Pedro's diente nur dazu, dem herrschsüchtigen Prinzen die Rückkehr in das Vaterland, von welchem er mit so gutem Grunde ausgestoßen worden war, anzubahnen. Bevor er die Zügel der Herrschaft ergriffen hatte, versprach er Alles, was nöthig war, um in deren Besitz zu gelangen. Zugleich trieb er seine Anhänger in Portugal zu neuen Aufständen an. Damals stand übrigens Georg Canning an der Spitze des englischen Ministeriums. Dieser schickte (im Anfange des Jahres 1827) Truppen nach Portugal, mit deren Hülfe die miguelistische Bewegung schnell unterdrückt wurde.

Die Engländer waren von den Zeiten Lord Beresford's her in Portugal verhaßt. Dom Miguel täuschte seinen Bruder Dom Pedro und bestimmte diesen, ihn bis zur Großjährigkeit der Königin Maria da Gloria an der Stelle der Infantin Isabella zum Regenten zu ernennen (5. Juli 1827).

Ausdrücklich hatte, was sich übrigens von selbst verstand, Dom Pedro bestimmt, daß die Regierung in Uebereinstimmung mit der Carta de Lei zu führen sei.

Am 22. Februar 1828 traf Dom Miguel in Lissabon ein, beschwor daselbst die Carta de Lei mündlich (26. Februar), nachdem er dieselbe von Wien aus schriftlich durch seinen Eid bekräftigt hatte.

Kurz darauf (Anfangs März) zogen sich die englischen Truppen aus Portugal zurück. Sofort (schon am 11. März) ließ sich Dom Miguel zum absoluten Könige von Portugal ausrufen, hob die Carta de Lei auf, begann theils durch die von ihm neu eingesetzten Behörden, theils vermittelst des von ihm aufgehetzten Pöbels die in solchen Fällen üblichen Verfolgungen und Ermordungen seiner politischen Gegner, und setzte seinem Werke die Krone dadurch auf, daß er den Umsturz der von ihm beschworenen Carta de Lei durch die drei alten Stände des Reiches gutheißen ließ, welche dadurch am schlagendsten bewiesen, daß sie Vertreter der Contre-Revolution, aber nicht der portugiesischen Nation seien.

Die Greuel, welche Dom Miguel über Portugal verhängte, waren noch empörender als diejenigen, unter welchen dazumal Spanien seufzte. Von den Prevotalgerichten der

Stadt Porto allein wurden in den Jahren 1829 und 1830 wegen politiſcher Meinungen achttauſend fünfhundert und einunddreißig Perſonen in Unterſuchung gezogen und größtentheils verurtheilt. Die Königin Charlotte, die Ferdinand's VII. von Spanien würdige Schweſter, leitete die Regierung. Donna Maria da Gloria kehrte unverheirathet nach Braſilien zurück. Portugal hatte die drei Grundzüge ſeiner neuen Verfaſſung ſchwer zu büßen. Die von derſelben feſtgeſtellte Volksſouveränität führte, in ihrer verkehrten Auffaſſung, die vollſtändige Trennung Braſilien's von Portugal herbei. Die Alleinherrſchaft der katholiſchen Kirche bereitete zuerſt den Umſturz der Verfaſſung des Jahres 1822 und ſpäter der Carta de Lei vor. Die Erhaltung des Hauſes Braganza endlich brachte den Portugieſen den Segen der Regierung Dom Miguel's, welcher ſchwer auf dem Lande laſtete, und erſt, nachdem Ströme unſchuldigen Blutes vergoſſen worden waren, in Folge der durch die franzöſiſche Juli-Revolution angeregten Volksbewegungen vom Lande wieder abgeſchüttelt wurde.

## § 57. Italien.

Die Halbinſel im Süden der Alpen bildet einen von der Natur ſelbſt abgeſchloſſenen Theil Europa's mit ſchärferen Gränzen, als irgend ein anderes Land des europäiſchen Continents. Hier wohnt eine Nation, deren Sprache und Literatur ein Jahrtauſend alt ſind. Von allen Völkern, welche aus einer Vermiſchung des romaniſchen Stammes mit dem germaniſchen hervorgingen, war das italieniſche dasjenige, welches ſich zuerſt auf einen gewiſſen Grad der Bildung emporſchwang. Dieſelben Geſchicke und Kämpfe erzeugten im Schooße der verſchiedenen Theile Italien's ähnliche Verhältniſſe und Zuſtände, obgleich das italieniſche Volk niemals zu einer ſtaatsrechtlichen Einheit gelangen konnte, weil geiſtliche und weltliche Machthaber, zuerſt Kaiſer und Päbſte, ſpäter zahlreiche Tyrannen ſich um die Herrſchaft ſtritten und die Befriedigung ihres perſönlichen Ehrgeizes den nationalen Wünſchen und Bedürfniſſen vorzogen. Mit den Hohenſtaufen hörten die deutſchen Kaiſer auf, der italieniſchen Entwickelung hemmend entgegenzutreten. Um ſo verderblicher wurde ſeit dieſer Zeit die Wirkſamkeit der Päbſte. Sehr wahr erklärte Machiavelli ſchon vor drei Jahrhunderten das Wohl Italien's unvereinbar mit dem Pabſtthum. Sehr treffend führte er aus, daß durch das verderbliche Beiſpiel dieſes Hofs Italien alle Frömmigkeit und alles religiöſe Gefühl verloren habe, wovon die nothwendige Folge endloſe Unruhe und Unordnung ſei, denn da religiöſe Empfindungen alles Gute vorausſetzen, müſſe, wo dieſes fehle, das Gegentheil derſelben vorausgeſetzt werden. „Wir Italiener," ſo bemerkt der geiſtreiche Florentiner, „verdanken es daher der Kirche und unſeren Prieſtern, daß wir verdorben und ohne Religion ſind. — Sie ſind die noch unmittelbarere Urſache unſers Verderbens, indem die Kirche unſer Vaterland zerriſſen hat und in dauernder Zerriſſenheit erhält. Kein Land war jemals groß und glücklich inſofern es nicht, gleich Frankreich und Spanien, einer oberſten Gewalt gehorcht, dieſe ſei eine Republik, oder ein Fürſt. Der Grund, weshalb Italien dieſes Ziel nicht erreicht hat und weder unter einer einzigen Republik noch einem einzigen Fürſten ſteht, liegt allein in der Kirche, weil, da dieſe ihren Sitz in Italien hat, und weltliche Macht trägt, ſie weder die Gewalt noch die Fähigkeit hat, ganz Italien in Beſitz zu nehmen und ihre Herrſchaft über das ungetheilte Land auszubreiten. Dagegen war ſie nicht ſo ſchwach, daß ſie nicht, ſo oft ſie fürchtete, ihre weltliche Gewalt zu verlieren, im Stande geweſen wäre, irgend einen fremden Potentaten zu Hülfe zu rufen, welcher ſtark genug war, ſie gegen Jeden zu vertheidigen, welcher für ſie zu mächtig in Italien geworden ſein mochte. So kam es, daß da die Kirche nicht ſtark genug war

ganz Italien zu erobern, noch einem Andern erlaubte, sie zu besiegen, sie die Ursache war, daß unser Vaterland niemals unter einem Haupte vereinigt werden konnte und immer mehreren Prinzen und Herren unterworfen worden war. Daher kam jene Uneinigkeit und Schwäche, welche Italien nicht blos zur Beute großer ausländischer Potentaten, sondern jedwedes Freibeuters machte, welcher Lust hatte, es anzugreifen. Diesen Zustand der Dinge verschuldet Niemand, als die Kirche."

Napoleon entfernte den drückenden Alp der Kirche von dem Nacken Italien's. Er entzog dem Pabste das Gebiet, welches der Einheit des Landes hemmend im Wege stand. Allein er vernichtete auch die beiden Republiken, welche sich bis zu seiner Zeit noch behauptet hatten. Er machte aus Italien nicht ein Reich, obgleich er dasselbe der Einheit annäherte. Er bereitete dadurch, daß er Venedig an Oesterreich abtrat (im Frieden zu Campo-Formio), die Fortdauer der Zerstückelung Italien's vor. Er errichtete wohl ein Königreich Italien, verleibte demselben aber weder Unter-Italien, noch Mittel-Italien ein und gestattete auch diesem Reiche nicht, sich frei zu entfalten. Neapel, der Kirchenstaat und Toscana, Piombino und Lukka blieben von dem s. g. Königreiche Italien getrennt, natürlich auch Sicilien und Sardinien, welche Napoleon niemals den alten Dynastien entreißen konnte. Dem s. g. Königreiche Italien gab Napoleon französische Gesetze und einen französischen Herrscher. Alle Theile Italien's behandelte er nur als französische Provinzen, nicht als selbständige Staaten. Die Folge hiervon war, daß im Augenblicke der Entscheidung die Italiener sich nicht zu der Kraft erhoben hatten, welche erforderlich ist, wenn eine Nation ihre Selbstherrlichkeit behaupten will. Allein mannigfaltige, mit der Rückkehr der vorrevolutionären Zustände unvereinbare neue Ideen und Bestrebungen waren doch im Schooße der italienischen Nation angeregt worden.

Unter der französischen Herrschaft spaltete sich schon die Nation in zwei Theile, wovon der eine zwar die herrschenden Zustände stumpfsinnig ertrug, der andere aber nach Freiheit und nationaler Selbständigkeit strebte. Diejenigen, welche mit der französischen Herrschaft unzufrieden waren, weil Napoleon der Nation nicht Wort gehalten, weder republikanische Freiheit, noch nationale Selbständigkeit gewährt hatte, bildeten die geheime Gesellschaft der Carbonari, welche nach der richtigsten Ansicht, zuerst unter Murat im Königreich Neapel eine gewisse Bedeutung erlangte. Sie legte jedoch frühzeitig den Keim des Verderbnisses selbst in ihren Schooß, indem sie sich mit dem Könige Ferdinand von Sicilien und dessen herrschsüchtiger Gemahlin, der Königin Carolina in Verbindungen einließ.

Als die napoleonische Herrschaft zusammen brach, waren die Carbonari nicht im Stande, irgend etwas Erhebliches für die Freiheit oder Nationalität Italien's zu thun, weil die ganze Tendenz der Gesellschaft zunächst nur gegen die französische Herrschaft gerichtet war. Der stumpfsinnige Theil der Nation, welcher das französische Joch, wenn auch mit Widerwillen, so doch ohne Widerstreben getragen hatte, gedachte nur der Lasten, welche Napoleon dem Lande auferlegt hatte, der nie endenden Aushebungen und der immer steigenden Steuern. Eben so hoffnungsreich und thatenarm, als dieser Theil der Italiener die französische Herrschaft auf sich genommen hatte, ließ sich derselbe jetzt das Joch der Oesterreicher oder der von Napoleon vertriebenen früheren Fürsten gefallen. Nirgends verließen sich die Italiener auf ihre eigenen Kräfte, nirgends traten sie den österreichischen Eindringlingen oder den zurückkehrenden alten Fürsten als selbstbewußte freie Männer entgegen. Eine Zeit lang hofften sie auf England. Selbst thaten sie aber nichts, weder gegen die Fremdherrschaft, noch gegen die mit gutem Grunde zu erwartende Tyrannei ihrer alten Herrscher.

Das Schicksal Italien's wurde daher, wie dasjenige Deutschland's, theils von fremden

Diplomaten, theils von den zurückkehrenden Fürsten bestimmt, ohne daß das italienische Volk dabei zu Rathe gezogen worden wäre.

Nur zu bald überzeugten sich die Italiener, daß sie bei dem Wechsel nichts gewannen. Jetzt erst lernten sie die Vortheile, welche die französische Herrschaft ihnen gebracht hatte, schätzen. Die Carbonari, welchen die französische Herrschaft unerträglich geschienen hatte, empfanden, daß das Joch der Oesterreicher oder dasjenige der alten Despoten Italien's noch drückender und schimpflicher sei.

Italien blieb, gleich Deutschland, zersplittert in eine Mehrheit größerer und kleinerer Staaten, welche weder im Innern gleichmäßig organisirt, noch dem Auslande gegenüber ein geschlossenes Ganze bildeten. Venedig und die Lombardei standen direkt unter österreichischer Herrschaft, in Toscana, Modena, Parma, Piacenca und Guastalla herrschten österreichische Prinzen in österreichischem Sinne und Geiste. Ganz Italien wurde durch den wieder hergestellten Kirchenstaat in zwei Theile zerrissen, von welchen keiner mit dem andern in directe Beziehung treten konnte. Die kirchlichen Herrschaften Deutschland's wurden nicht wieder hergestellt. Der Reichsdeputations-Hauptschluß des Jahres 1803 blieb ihnen gegenüber in Kraft. Allein die schlimmste aller kirchlichen Herrschaften, der Kirchenstaat in Italien, trat mit allen seinen für Italien und die ganze Christenheit verderblichen Anhängseln wieder in's Leben ein. Neapel und Piemont fielen zwar ihren alten Dynastien wieder anheim, doch im Schooße dieser beiden Reiche erhielt sich noch eine gewisse Lebenskraft, welche sich in dem Jahre 1820 kund that, während die übrigen Theile Italien's dermaßen niedergedrückt wurden, daß die Völker den Muth verloren, eine Revolution nur zu versuchen.

Seit den Zeiten Leopold's war Toscana als der glücklichste Staat Italien's gerühmt worden, obgleich, wie wir oben gesehen haben,*) dessen Zustände immerhin noch sehr traurig waren. Damals wehte von Wien her durch Joseph II. ein freierer Geist. Nach 1814 gaben dort Franz II. von Oesterreich und Metternich den Ton an. Ferdinand III., welcher aus Würzburg zurückkehrte, ergriff die günstige Gelegenheit, die Neuerungen der Franzosen mit einigen wenigen Ausnahmen abzuschaffen und die alten Zustände, sogar noch schlimmer, als sie vor 1789 bestanden hatten, herzustellen. Er führte den alten Inquisitionsproceß wieder ein, beseitigte aber die Bürgschaften früherer Zeit, welche die Uebelstände desselben um etwas verringert hatten. Die freien Gemeinde-Verfassungen, welche die französische Herrschaft über den Haufen geworfen hatte, blieben beseitigt. Die schändliche Polizei der Leopoldinischen Zeit trat wieder in volle Blüthe. Ferdinand kannte die österreichische Postverwaltung und das österreichische Zollwesen zu genau, um sich in dieser Beziehung dem Wiener Cabinette unterzuordnen. Er verbot nicht, wie die übrigen Staaten Italien's, die Einfuhr fremder Bücher und Zeitungen unbedingt. Er begnügte sich damit, diejenigen auszuscheiden, welche seinem Regierungssysteme nicht entsprachen. Der Absolutismus in Toscana war im Wesentlichen derselbe, wie im übrigen Italien. Er unterschied sich nur dadurch, daß er sich die Mühe gab, harmlose Schriften, Zusammenkünfte und Worte nicht in Bausch und Bogen mit denjenigen zu unterdrücken, welche durchaus unbedenklich waren. Die Ausländer, welche sich zahlreich in Toscana einfanden und dort ihr Geld verzehrten, wurden von dem Hofe freundlich behandelt, fühlten den auf dem Volke lastenden Druck nicht und verwechselten die Vergnügungen des Hoflebens, an welchen sie Theil nahmen, häufig mit den Zuständen des Volkes, mit denen sie sich nicht befaßten.

*) Siehe Buch VIII. § 55. S. 290.

Digitized by Google

Der Pabſt, welcher in den Kirchenſtaat zurückkehrte, glaubte, der Augenblick ſei gekommen, den Ton Gregor's VII. wieder anzuſtimmen. Er bedachte nicht, daß von den vier Großmächten, denen er zunächſt ſeine Wiederherſtellung verdankte, keine einzige eine durchaus römiſch-katholiſche geweſen war und daß er nicht minder den proteſtantiſchen Engländern und Preußen und den griechiſch-katholiſchen Ruſſen, als den der Mehrzahl nach römiſch-katholiſchen Oeſterreichern ſeine Rückkehr verdankte. Eben ſo wenig erwog er, daß, wenn auch die Franzoſen, ſo doch nicht die von denſelben nach Italien eingeführten philoſophiſchen und politiſchen Grundſätze, Anſchauungen und Beſtrebungen verdrängt worden ſeien. Der Pabſt machte ſich nur lächerlich, wenn er, wie einer ſeiner Vorgänger gegen den weſtphäliſchen Frieden, Verwahrung gegen die territorialen Beſtimmungen des Wiener Congreſſes einlegte. Er reizte ſeine ergebenſten Knechte durch die anmaßenden Forderungen, welche er erhob: den König von Neapel, indem er den Tribut des Zelters, und den König von Sardinien, von dem er einen ähnlichen Lehenstribut verlangte. In weit höherem Grade erbitterte er aber durch dieſe und andere Anmaßungen die nach Freiheit ſtrebenden Völker und ſelbſt die Bewohner des Kirchenſtaates, welche wohl erkannten, daß mit denſelben ein erträglicher Zuſtand im eigenen Lande unvereinbar ſei.

Mit einem Schlage hob der Pabſt die ganze franzöſiſche Geſetzgebung auf und ſtellte die frühere wieder her (13. Mai 1814). Durch den Verkauf von Staatsgütern war während der franzöſiſchen Herrſchaft die drückende Staatsſchuld um ein Anſehnliches vermindert worden. Alle Käufer von Staatsgütern wurden durch die Erklärungen der Regierung in die äußerſte Unruhe verſetzt. Eine der wohlthätigſten Einrichtungen der franzöſiſchen Herrſchaft hatte in der Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit der Barone beſtanden. Der Pabſt ſtellte dieſelbe (30. Juli 1814) wieder her.

Während der ganzen Dauer der Napoleon'ſchen Zeit hatten geheime Geſellſchaften mannigfaltiger Art beſtanden, von denen die einen, wie die Freimaurer, rein menſchheitliche Zwecke verfolgten, die anderen, wie die Carbonari, gegen die Fremdherrſchaft gerichtet waren. Ein Edict (vom 15. Auguſt 1814) verbot dieſelben in Bauſch und Bogen, indem es ihnen das Brandmal des Verbrechens aufdrückte. Viele Mitglieder der harmloſen Freimaurer-Geſellſchaft wurden in die Kerker geworfen, andere gezwungen, in der Flucht ihr Heil zu ſuchen. Die Wuth gegen die Freimaurer war ſo groß, daß der Pabſt die im Allgemeinen aufgehobene Folter zur Qual derſelben wieder einführte. Die Mächte hatten zwar den Beamten der franzöſiſchen Regierung Amneſtie verſprochen. Dieſes hielt jedoch den Cardinal Pacca nicht ab, dieſelben abzuſetzen, einzukerkern und mit dem Kirchenbanne zu belegen. Zu ſpät ſchritt der Pabſt gegen dieſen Gewaltmißbrauch ein. Das zu Rom gegebene Beiſpiel fanatiſcher Verfolgungsſucht wurde in den Provinzen von den neu angeſtellten Behörden und dem Pöbel auf's Eifrigſte nachgeahmt. Die Mordthaten, welche unter der franzöſiſchen Herrſchaft ſehr ſelten geworden waren, wurden wieder alltägliche Erſcheinungen im Kirchenſtaate. Das Bettelweſen, welches die Franzoſen faſt gänzlich abgeſchafft hatten, kam wieder in ſeiner ganzen haarſträubenden Scheußlichkeit zu Tage. Dagegen wurden die Straßenbeleuchtung, die Pockenimpfung und zahlreiche andere wohlthätige Einrichtungen der Franzoſen als verhaßte Neuerungen abgeſtellt. Der Unſinn wurde ſo weit getrieben, daß der von den Pfaffen aufgehetzte Pöbel die unter der franzöſiſchen Herrſchaft angelegten Reisfelder zerſtörte. Vergebens widerſtrebten einige minder bethörte Geiſtliche dieſem Treiben. Wenn es ihnen gelang, vernünftigere Anordnungen durchzuſetzen, ſo konnten dieſe nicht in's wirkliche Leben eingeführt werden, weil die Anwendung und Vollziehung der Geſetze aller Orten dem fanatiſchſten Theile der Geiſtlichkeit anvertraut worden war.

Im Kirchenstaate ging (um das Jahr 1824) auf dreißig Einwohner ein Geistlicher. Unter diesen Einwohnern befanden sich außer den Kindern zahlreiche Bettler, Mörder und Räuber, müßiggehende Aristokraten und feile Schergen der Gewalt, welche nichts producirten. Der Druck, welcher auf den arbeitenden Classen ruhte, wurde daher bald unerträglich. Die Verwirrung im Staate, zumal in der Rechtspflege, wurde bald so groß, daß man sich davon außerhalb des Kirchenstaates kaum einen Begriff machen kann. Geständige Diebe erhielten ihre Freiheit wieder, wenn sie sich einen mächtigen Fürsprecher zu verschaffen wußten. Ohne einen solchen konnte Niemand zu seinem Rechte gelangen, auch wenn man ein rechtskräftiges Urtheil für sich hatte. Die Räuber machten alle Straßen unsicher. Ganze Gemeinden lebten vom Raube, weil sie es sicherer fanden, mit den Räubern, als mit der Obrigkeit gemeinsame Sache zu machen. Kamen die Räuber in's Gedränge, so stellten sie sich den Behörden, wurden nach einigen Bußandachten begnadigt und fingen ihr altes Handwerk wieder an, so bald der Augenblick der Gefahr vorüber gegangen war. Pius VII. hatte im Jahre 1800 bei drei Millionen Einkünften eine Staatsschuld von vierundsiebzig Millionen angetreten. Während der französischen Herrschaft war diese bis auf dreiunddreißig Millionen abgezahlt, die Einnahme auf sechs bis sieben Millionen erhöht worden. Bald verminderten sich die Einnahmen wieder, die Schulden mehrten sich und die Verwirrung im Staatshaushalte wurde so groß, daß zu keiner nützlichen Einrichtung Geld vorhanden war. Der Ackerbau, welcher unter der französischen Herrschaft einen großartigen Aufschwung genommen hatte, wurde wieder vernachlässigt. Große Flächen, welche für denselben gewonnen worden waren, blieben unbebaut. Die Zahl der Hirten, des rohesten Theiles der Bevölkerung, nahm zu, die Zahl der Ackerbauer verminderte sich. Nirgends trat der Unterschied zwischen dem stupiden mittelalterlichen und dem energischen und berechnenden neuzeitlichen Despotismus so sehr zum Nachtheile des erstern an das Tageslicht, als im Kirchenstaate.

Das Haus Savoyen, welches nach Piemont zurückkehrte, galt seit allen Zeiten für etwas strebsamer, als die übrigen Dynastien Italien's. Es spielte eine ähnliche Rolle auf der apenninischen Halbinsel, als das Haus Hohenzollern in Deutschland. Victor Emanuel war aber bei einer gewissen Gutmüthigkeit in einem so hohen Grade beschränkt und geistesschwach, daß er nicht im Stande war, das Land gegen den Fanatismus eines habgierigen Adels und eines tückischen Pfaffenthums zu schützen. Er ließ sich dazu mißbrauchen, die Zeit nicht blos bis zum Jahre 1789, sondern sogar bis 1770 zurückzuschrauben. Durch ein Decret vom 20. Mai 1814 hob er in Bausch und Bogen alle französischen Gesetze und Einrichtungen auf und verfügte die Beobachtung der königlichen Constitutionen des Jahres 1770. Was die Beamten des Reiches betrifft, konnte man freilich so weit nicht zurückgehen, weil von dieser Zeit Wenige mehr lebten. Allein bis zum Jahre 1798 griff man auch in dieser Beziehung zurück. Die Verwirrung, welche dadurch mit einem Schlage eingeführt wurde, war grenzenlos. Die Gesetzgebung des Jahres 1770 war im Laufe von vierundvierzig Jahren wenn nicht gänzlich vergessen, so doch dem Bewußtsein des Volkes vollständig entfremdet worden. Das Rädern und Viertheilen der „guten alten Zeit" sowohl, als die Fideicommisse und Majorate, die Feudalrechte, Bannrechte und Zehnten, Klöster und Innungen, die bürgerliche Unfähigkeit der Nicht-Katholiken, die gelben Abzeichen der Juden u. s. w. entsprachen nicht mehr den Anschauungen des Jahres 1814. Doch die Reaction kümmerte sich darum nicht. Die Juden mußten die von ihnen erworbenen Grundstücke wieder verkaufen. Die Mönche und Nonnen, welche in das bürgerliche Leben zurückgekehrt waren, sollten in ihre Orden wieder eintreten, die Civilehen wurden ungültig. Alle diese unsinnigen Restaurationen standen im schreiendsten Wider-

ſpruche mit den Beſtimmungen des Pariſer Friedens und mit den Zuſagen, welche der Fürſt Schwarzenberg den Piemonteſen gegeben hatte. Der Kriegsminiſter Cavaliere Muſſa bemühte ſich, das Heer nach Muſterrollen des Jahres 1800 herzuſtellen. Der Cavaliere Seſca entſetzte die tüchtigſten Profeſſoren der Univerſität Turin. Es fehlte nicht viel, daß die von den Franzoſen erbaute Brücke über den Po bei Turin abgeriſſen worden wäre. Eine Zeit lang wurden für die von Napoleon gebaute Straße über den Mont-Cenis durchaus keine Paßkarten ausgegeben. Gute Royaliſten warfen die franzöſiſchen Geräthſchaften in den Bureau's aus den Fenſtern. Ein begünſtigter Hofgärtner riß die franzöſiſchen Pflanzen aus dem botaniſchen Garten.

Nach den hundert Tagen nahm die blinde Wuth gegen die Franzoſen noch zu. Alle ſeit dem Jahre 1792 in den ſardiniſchen Staaten anſäßigen Franzoſen, 4 bis 5 Tauſend Menſchen, mußten innerhalb 20 Tagen das Land räumen, unter ihnen viele Fabrikanten und Seidenarbeiter, welche dem Lande großen Nutzen gebracht hatten. Die Klöſter, welche in nützliche Fabriken umgewandelt worden waren, mußten eiligſt geräumt und faulen Mönchen und Nonnen überlaſſen werden. Gegen die Hungersnoth, welche ſich theils in Folge des Mißwachſes, theils aber auch in Folge der Mißregierung eingeſtellt hatte, wußte der Hof nur Betgänge mit Kreuzen und Dornenkronen anzuordnen, welche den Mönchen zwar Gelegenheit boten, ſich dem Volke wieder in voller Glorie zu zeigen, allein natürlich den hungernden Maſſen keine Nahrung verſchafften.

Die Gnade des Königs war ſo überſchwänglich, daß ſie ſelbſt richterliche Urtheile in bürgerlichen Prozeſſen umſtieß, wobei die begünſtigenden Staatsdiener zwar anſehnliche Gebühren bezogen, der geſammte Rechtsgang aber vollſtändig über den Haufen geworfen wurde. Der trübſelige Zuſtand des Landes machte ſich zuerſt im Gebiete der Finanzen geltend. Der unfähige Miniſter Graf Serra mußte dem Genueſer Brignole weichen, welcher durch Einſtellung der Zinszahlung und den Verkauf von Kron- und Kirchengütern allmälig einige Ordnung in den Staatshaushalt wieder einführte. In allen übrigen Beziehungen mußte man gleichfalls etwas einlenken, was den unverbeſſerlichen Anhängern „der guten alten Zeit" ein großes Unrecht ſchien und die mannigfaltigſten Schwankungen in ſeinem Gefolge hatte.

Als Ferdinand IV. mit Hülfe der Oeſterreicher von Sicilien nach Neapel zurückkehrte, nahm er ſofort eine große Neuerung vor, d. h. er legte ſich den Titel Ferdinand I., König beider Sicilien, bei. Im übrigen führte er, ſoweit es in ſeiner Macht ſtand, das ganze Unweſen wieder ein, wie es zur Zeit der Königin Karolina und des Generals Acton beſtanden hatte. Die Königin war zwar geſtorben, allein es fanden ſich andere Menſchen, welche im Geiſte derſelben den unfähigen König leiteten. Der Umſchwung wurde übrigens nicht mit derſelben tollen Leidenſchaftlichkeit betrieben, wie im Kirchenſtaate und in Sardinien; zum Theil weil Ferdinand erſt ſpäter, als die übrigen italieniſchen Fürſten auf das Feſtland Italien's zurückkehrte, zum Theil aber auch, weil er den Rathſchlägen des öſterreichiſchen Cabinettes einige Rechnung tragen mußte. Dieſem kam es nicht darauf an, daß eine blindwüthende Reaction in Neapel eingeführt würde, ſondern darauf, daß Obſcurantismus und Deſpotismus auf einer möglichſt feſten Grundlage nach Neapel zurückkehren möchten. Schon am 12. Juni 1815 ſchloß das Wiener Cabinet einen Vertrag mit dem Könige von Neapel ab, worin ſich dieſer verpflichtete, in Italien „keine Veränderungen zuzulaſſen, die mit den alten monarchiſchen Einrichtungen oder mit den Grundſätzen, die ſeine kaiſerlich-königliche Majeſtät für die innere Regierung ſeiner italieniſchen Provinzen angenommen, unvereinbar wären."

Dieſer Vertrag, welcher der Entwickelung Italien's feindlich entgegen trat, beweiſt

deutlicher, als alle anderen Thatsachen, die Unvereinbarkeit der österreichischen Herrschaft in Italien mit der naturgemäßen Entwickelung der apenninischen Halbinsel. Das Haus Habsburg wirkte in demselben Sinne auf Italien, wie auf Deutschland ein. Diese beiden Länder sollten stille stehen und versumpfen, damit jenes verruchte Haus mit Sicherheit über die von ihm unterjochten Völker herrschen könne.

Nachdem König Murat erschossen worden war, glaubte Ferdinand I., mit voller Sicherheit seinen absolutistischen Neigungen fröhnen zu können, war doch der einzige Nebenbuhler, den er fürchtete, im Grabe, und war ihm doch gegen alle Erhebungen seines Volkes die Hülfe Oesterreichs gewiß. In Sicilien, woselbst der König für seinen Absolutismus am meisten von dem Adel zu fürchten hatte, blieb das Lehenswesen aufgehoben, zugleich aber auch die Verfassung, welche das Land unter englischem Schutze erhalten hatte. Das englische Cabinet gab seine sicilianischen Anhänger dem Könige in schimpflicher Weise preis und verlor dadurch nothwendig denjenigen Einfluß auf Neapel und Sicilien, welcher die Entwickelung dieser Reiche hätte fördern und dem Uebergewichte Oesterreichs eine Schranke setzen können.

Der König schloß ein Concordat mit dem Pabste ab, welches der Geistlichkeit eine mit Bildung und Aufklärung unvereinbare Gewalt einräumte. Die Schulen kamen in Verfall. Censur und Polizei drückten schwer auf das Volk. Zwar blieb in Neapel, wie in Sicilien das Lehenswesen abgeschafft, allein die Primogenituren wurden aufrecht erhalten. Das Gerichtswesen und die Gesetzbücher wurden im allgemeinen nicht aufgehoben, allein durch mannigfaltige Zusätze und Beschränkungen verschlimmert. Die Anhänger des Königs waren sicher, begnadigt zu werden, wenn sie auch die schändlichsten Verbrechen begingen. Wer im Geruche stand, freiere Ansichten zu hegen, wurde verfolgt. Im Heer bestand von Anfang an ein großer Zwiespalt zwischen den getreuen Sicilianern, welche der König aus der Verbannung nach Neapel herübergebracht hatte, und den durch Murat gebildeten Regimentern. Statt dieselben zu versöhnen, reizte der Hof die tüchtigsten Offiziere dadurch, daß er ihnen die sicilischen Getreuen bei jeder Gelegenheit vorzog. Da Ferdinand I. seinem eigenen Heere nicht traute, behielt er drei Jahre lang 12 Tausend Mann österreichische Truppen im Lande, was diesem nicht blos große Kosten bereitete, sondern auch schimpflich erschien.

Die Franzosen hatten dem Unwesen der neapolitanischen Räuber Einhalt gethan. Unter Ferdinand I. griff dasselbe wieder dermaßen um sich, daß tausend Mann erforderlich waren, den Postwagen für Apulien vor Angriffen zu schützen. Im Jahre 1817 waren in Calabrien dreitausend Haftbefehle und im jenseitigen Principat und in der Capitanata zweitausend weitere erlassen worden, die nicht vollzogen werden konnten.

Unter solchen Umständen mußte die Unzufriedenheit unter allen Besseren des Landes immer zunehmen. Diese wurde nach dem Abzuge der österreichischen Truppen um so bedenklicher, als in Neapel seit Jahren der Stammsitz der geheimen Gesellschaft der Carbonari gewesen war. Die Regierung hatte in früheren Zeiten mit derselben freundliche Verbindungen gehegt. Sie war daher nicht im Stande, gegen sie mit voller Strenge einzuschreiten. Um die Carbonari zu bekämpfen, stiftete sie nach demselben Plane, nur in entgegengesetzter Richtung, die Gesellschaft der Calderari (Kesselflicker) und regte dadurch die Carbonari noch mehr gegen sich auf.

Das österreichische Italien: die Lombardei und Venedig, trugen mit Widerstreben das Joch der Fremdherrschaft. Von welcher Beschaffenheit dieses war, haben wir weiter oben *) geschildert.

*) Siehe § 36 S. 366 ff.

In gewissem Sinne können Toscana, Modena, Parma und Lukka zum österreichischen Italien gezählt werden, da diese Herzogthümer ganz mit österreichischer Härte und die drei ersteren auch von Mitgliedern des habsburgischen Hauses beherrscht wurden. In Modena übernahm (1814) Franz IV., der Sohn des 1806 verstorbenen Erzherzogs Ferdinands von Modena-Breisgau und der noch lebenden Maria Beatrix, der Erbin des modenesischen Hauses Este, die Regierung. Er legte sich den Familiennamen Oesterreich-Este bei, welcher schon bald durch die tolle Reactionswuth, welche dieses Haus kund that, eine traurige Berühmtheit erlangte.

Parma, Piacenza und Guastalla wurden von den hohen Mächten dazu bestimmt, der Kaiserin Maria Louise, welche in schimpflicher Weise ihren Gatten verließ und im Ehebruche mit dem Grafen von Neipperg lebte, als Wittwensitz zu dienen. Ihre Namensschwester, Maria Louise, welcher nach Principien der Legitimität jene Herzogthümer zugekommen wären, mußte sich mit Lukka begnügen, welches man nicht als Republik wieder herstellte, sondern als Entschädigungsmasse verwendete.

Lange Zeit trugen diese unglücklichen Herzogthümer das auf ihnen ruhende Joch, wenn nicht mit Geduld, so doch ohne kräftiges Widerstreben. In unseren Tagen sind jedoch die ihnen aufgezwungen Fürsten vertrieben worden. Mögen sie nie zurückkehren!

Unter allen Staaten Italien's waren Neapel, Sicilien und Piemont am Wenigsten zu beklagen. Sie lebten wenigstens nicht unter auswärtigen Herrschern und besaßen Heere, welche aus Söhnen des eigenen Volkes bestanden. Die übrigen Theile Italien's wurden von ihren Despoten so schwer gedrückt, daß ihnen die Kraft, sich selbst zu helfen, versagte und daß sie in stumpfsinniger Geduld das auf ihnen ruhende Joch ertrugen. Doch in Neapel, Sicilien und Piemont erhielt sich die Stimmung wohlbegründeten Zornes über die unwürdige Herrschaft der heimgekehrten Dynastien. Es bedurfte nur des zündenden Funkens, um beide Reiche in Flammen zu setzen. Dieser kam aus der pyrenäischen Halbinsel, als Spanien sich erhob und seinen König zwang, die Cortesverfassung zu beschwören und seine Regierung auf diese zu stützen.

Die Nachrichten, welche jede Post aus Spanien brachte, erregten in ganz Italien zuerst die Sympathien des Volkes und dann Nacheiferung. Die Thätigkeit der Carbonari verzehnfachte sich. Die Zahl der Mitglieder der Gesellschaft nahm mit jedem Tage zu. Seit langer Zeit waren viele der angesehensten Officiere des Heeres im Bunde der Carbonari. Bald waren alle Männer von Entschiedenheit bereit, einen großen Schlag zu führen. In der neapolitanischen Armee nahm damals der General Wilhelm Pepe eine der hervorragendsten Stellungen ein. Er hatte sich große Verdienste erworben, indem er die Räuberbanden von Avellino und Foggia vernichtete (1818). Die Regierung wagte es nicht, ihm denselben Auftrag für Calabrien zu ertheilen, weil sie das steigende Ansehen, in welchem der General beim Heere, bei den Milizen und beim Volke stand, fürchtete, und machte dadurch den Unmuth des thatendurstigen Mannes rege. Aelter im Range, als Pepe, war Carrascosa. Ihm, der auch im Bunde war, trug Pepe an, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Carrascosa zögerte. Die hohe Venta zu Salerno, welche sich durch ihre Thätigkeit an die Spitze der Carbonari-Gesellschaft geschwungen hatte, drängte zum Losbruche. Während die Generale und Obersten zauderten und die Regierung schon anfing, Verdacht zu schöpfen und Verhaftungen vornehmen zu lassen, entfaltete der Lieutenant Morelli das Banner der Freiheit, indem er mit seiner Schwadron von Nola aufbrach und sich im Geleite einiger Vettern nach Avellino begab. Von allen Seiten strömten dem kleinen Häufchen Gesinnungsgenossen zu (2. Juli 1820). Als die Nachricht von dieser Bewegung nach Neapel gelangte, gerieth der Hof in große Bestürzung. Zuerst

wurde Pepe erkoren, um den Aufſtand niederzuwerfen; bevor der General jedoch abreiſen konnte, änderte der Hof ſeinen Entſchluß, zog den demſelben ertheilten Auftrag zurück und reizte ihn dadurch noch mehr. Während dieſer Schwankungen der Regierung riefen die Freiheitsmänner zu Avellino die Verfaſſung aus. Die militäriſchen und bürgerlichen Behörden und ſelbſt der Biſchof beſchworen dieſelbe in der Kirche. Die königlichen Truppen gingen theils in das Lager der Freiheitskämpfer über, theils weigerten ſie ſich, gegen ihre Brüder und Geſinnungsgenoſſen zu kämpfen. Das Volk in Neapel und insbeſondere der gebildete Theil der Jugend gab ſeine Sympathien für die Verfaſſung zu erkennen. Die Carbonari ſchürten aller Orten die Flamme. Während die Regierung zu keinem Entſchluſſe kommen konnte, ſtellte ſich der General Napolitano mit einer Cavallerie-Brigade dem General Wilhelm Pepe zur Verfügung. Pepe führte dieſe nach Avellino und gab dadurch den Ausſchlag. Sobald das Volk von Neapel von dieſem entſcheidenden Schritte Kenntniß erhielt, erhob es ſich in Maſſe (6. Juli). Eine Abordnung von fünf Carbonari drang in das Schloß und trug daſelbſt das Verlangen des Heeres, des Volkes und des Bundes der Carbonari nach einer Verfaſſung vor. Sie erhielt die Antwort: „der König gewähre ſie.“ In der That wurde die Cortes-Verfaſſung ſchon Tags darauf (7. Juli) verkündet, allein nicht vom Könige ſelbſt, ſondern von deſſen Sohne, dem Herzoge von Calabrien, welchen Ferdinand Tags zuvor zu ſeinem General-Statthalter ernannt hatte. Sofort verbreitete ſich der ſpäter durch die That nur allzuſehr gerechtfertigte Argwohn, der König wolle ſich auf dieſe Weiſe eine Hinterthür offen halten, durch welche er ſich der Erfüllung ſeiner Zuſagen entziehen zu können vermeine. Der König ſah ſich jedoch von allen Seiten dermaßen bedrängt und fühlte ſich ſo ſchwach, daß er nicht wagte, den Forderungen des Volkes einen Widerſtand entgegenzuſetzen und verſprach, ſelbſt den Eid auf die Verfaſſung zu leiſten, eine Junta zu ernennen und Pepe zum Generaliſſimus des ganzen Heeres zu erheben. Am 9. Juli hielt Pepe unter dem Zuſtrömen und Zujauchzen einer unzähligen Menſchenmenge ſeinen Einzug in Neapel. Die Haltung des Volkes war muſterhaft. Nicht die geringſte Unordnung ſtörte den allgemeinen Jubel. Am 13. Juli beſchwor der König die Verfaſſung und fügte aus eigenem Antriebe die folgenden Worte bei: „Allmächtiger Gott, der Du mit Deinem unendlichen Blicke in der Seele und in der Zukunft lieſeſt, wenn ich lüge oder den Eid brechen ſollte, ſo richte in dieſem Augenblicke die Blitze der Rache auf mich!“

Wäre dieſe Bitte erhört worden, ſo hätte der Blitz Gottes den Despoten ſofort niedergeſchmettert. Doch dieſe, wie ſo manche andere Bitte, blieb unerhört. Die ewigen Geſetze der Natur laſſen ſich durch Worte nicht aus ihrem Geleiſe bringen. Was im Augenblicke als ein furchtbares Unglück betrachtet wird, ſtellt ſich nach Jahrzehnten nicht ſelten als der Wendepunkt zu einem höhern, früher kaum geahnten Glücke heraus. Hätten die Könige den Völkern Wort gehalten, oder hätte ſie die wohlverdiente Strafe für ihre Wortbrüchigkeit im Augenblicke des Verbrechens ereilt, ſo hätten ſich die verrotteten alten Dynaſtien vielleicht noch viele Jahrzehnte hindurch in der Gunſt der Völker behauptet und hätten eine neue Periode der Geſchichte durch Gründung conſtitutioneller Monarchien in's Leben gerufen. Allein ſie hielten, einer nach dem andern, ihren Völkern nicht Wort, ſie brachen die von ihnen feierlich geleiſteten Eide und aus eigenem Antriebe als Herzensergießungen hinzugefügten Zuſagen der Freiheit, ſie machten es ſchlimmer, als einſt Rehabeam. Sie verſprachen den Völkern die Freiheit und gaben ihnen, ſtatt derſelben, die Knechtſchaft. Ihre Väter hatten den Nationen ihr Joch ſchwer gemacht, die Söhne machten es noch ſchwerer. Die Väter hatten die Völker mit Peitſchen gezüchtigt, die Söhne züchtigten ſie mit Scorpionen. Die Folge davon war, daß alle Völker des europäiſchen Continents

sich in ihren Herzen mehr und mehr von ihren Herrschern lossagten. Jedes für sich allein genommen, wäre stark genug gewesen, das auf ihm ruhende Joch zu zerbrechen. Doch die Fürsten verbanden sich gegen die Nationen, während die Völker vereinzelt blieben. Sie bereiteten auf diese Weise den großen Bund der Völker vor, welcher der Herrschaft der Despoten Europa's ein Ziel setzen wird.

Feile Knechtseelen und feige Doctrinäre, welche selbst nie den Muth hatten, irgend einer Schandthat mit Entschlossenheit entgegen zu treten, fanden allerdings an der neapolitanischen, wie an jeder anderen Freiheitsbewegung gar vieles auszusetzen — weil diese am Ende unterlag. Statt ihre Pfeile auf diejenigen abzuschießen, welche schändlichen Verrath übten, die Freiheit mit Gewalt niederschlugen oder doch durch ihr Zaudern und ihre Unentschlossenheit den Sieg der Despoten förderten, überschütten diese Schwätzer jene Männer mit Hohn und Tadel, welche Gut und Blut für die Sache der Freiheit wagten und welche, wenn sie auch selbst als Opfer despotischer Rache fielen, doch der Freiheit eine Gasse brachen, durch welche früher oder später alle civilisirten Nationen Europa's zu ihrem Ziele gelangen werden. Allerdings machten die Neapolitaner Fehler. Kein Volk ist, ohne solche gemacht zu haben, jemals besiegt worden. Ihr größter Fehler bestand darin, daß sie ihrem despotischen und falschen Könige, obgleich wenig, doch zuviel Vertrauen schenkten. Der zweite Fehler war die verkehrte Stellung, welche sie Sicilien gegenüber einnahmen und der dritte, die Schwäche ihrer kriegerischen Rüstungen.

Kurz nachdem die Neapolitaner sich gegen Ferdinand I. erhoben hatten, standen auch die Sicilianer auf (15., 16., 17. und 18. Juli 1820). In Palermo war aber der Volksaufstand nicht so wohl organisirt, als in Neapel. An genannten Tagen entspannen sich heftige Kämpfe, in welchen es nicht an zahlreichen Todten und Verwundeten fehlte. Es lag im augenscheinlichen Interesse der Revolution, daß Neapolitaner und Sicilianer sich gegenseitig verständigten, daß die gesammte Wehrkraft Sicilien's in Neapel concentrirt wurde, um sowohl die königliche Familie, als die auswärtigen Mächte, welche bald schon Miene machten, im absolutistischen Sinne einzuschreiten, durch eine kräftige militärische Haltung auf die Gefahren ihres Unternehmens aufmerksam zu machen. Statt dessen wiesen die Neapolitaner die gerechten Forderungen der Sicilianer ab, behandelten diese nicht als ein gleichberechtigtes Brudervolk, sondern als Rebellen, und schickten siebentausend Mann unter dem Generale Florestan Pepe, dem Bruder des neapolitanischen Generalissimus, nach Palermo, wovon die Folge war, daß eine gereizte Stimmung zwischen Sicilien und Neapel eintrat, daß die Widerstandskraft Neapel's um mehr als sechzehntausend Mann regulärer Truppen geschwächt und überhaupt ein Mißton in die bis dahin so harmonische Bewegung gebracht wurde.

Der Geheimbund der Carbonari umfaßte damals dreihunderttausend kräftige Männer. Es kam nur darauf an, diese wohl zu organisiren und zu waffnen, um jeden Angriff von Seiten aller auswärtigen und inneren Feinde zurückschlagen zu können. Die gehobene Stimmung des Volkes zeigte sich bei jeder Gelegenheit und namentlich dadurch, daß das frühere Räuberwesen wie mit einem Zauberschlage aufhörte und daß auch alle übrigen Arten von Verbrechen merklich abnahmen. Die Carbonari sorgten überall dafür, daß die Steuern regelmäßig bezahlt wurden, daß die Heerpflichtigen sich pünktlich stellten und daß nirgends ein Unfug öffentlich zu Tage trat, ohne daß demselben sofort kräftig entgegen getreten wurde. Unglücklicher Weise bestand aber nicht dieselbe Einmüthigkeit unter den einflußreichsten Personen Neapel's. Namentlich walteten zwischen dem Generale Wilhelm Pepe und den übrigen Generalen, insbesondere Carrascosa und Colletta beklagenswerthe Zwistigkeiten ob, welche die Schlagfertigkeit des Heeres untergruben. Der Gegensatz

Digitized by Google

jen Gemäßigten und Entschlossenen (Moderado's und Exaltado's), welcher um die Zeit in Spanien so verderblich wirkte), hemmte auch in Neapel den Fortschritt der e der Freiheit.

Im October 1820 versammelten sich die Vertreter der s. g. heiligen Allianz zu pau und stellten unumwunden den Grundsatz der Intervention zu Gunsten der „Legität," d. h. des Absolutismus im Kampfe mit der Freiheit auf. Im Januar 1821 n unter dem Vorsitze des Kaisers Alexander die Vertreter der „heiligen Allianz" zu ach zusammen. Die Neapolitaner mußten erkennen, daß die Despoten Europa's ßlossen waren, Gewalt zu brauchen und daß es für sie von der höchsten Wichtigkeit sei, lben auch nicht den entferntesten Schein des Rechtes zu Theil werden zu lassen. nungeachtet waren sie so thöricht, den süßen Worten ihres Königs, welcher versprach, gen der Nation und den Großmächten zu Gunsten der beschworenen Verfassung den ittler zu machen und einen Krieg zu verhindern — Glauben zu schenken. Kaum Ferdinand im Lager des Feindes angelangt, so warf er die Maske der Verstellung ab. erhinderte den Krieg nicht, er machte nicht den Vermittler zu Gunsten der beschworenen assung, er trat im Augenblicke der Entscheidung nicht auf die Seite seines Volkes, ehr befahl er, die österreichischen Truppen als Freunde und Bundesgenossen brüderzu empfangen. Die Proclamation, welche der König unterm 23. Februar 1821 g, die Ränke, welche der in Neapel zurückgebliebene Prinz von Calabrien spann, und Uneinigkeit, welche unter den Führern der Bewegung um sich griff, lähmten alle erstandskraft. Als General Frimont mit achtzigtausend Oesterreichern die neapolitae Gränze überschritt, stieß er nirgends auf todesmuthige Freiheitskämpfer. General gelm Pepe griff zwar (am 7. März) eine österreichische Abtheilung bei Rieli mit Entschenheit und Geschick an, doch seine Soldaten ließen ihn im Stiche und lösten sich in r Flucht auf. Carrascosa's Truppen, unter welche die Hofpartei zahlreiche Verräther ischen verstanden hatte, weigerten sich, gegen die Oesterreicher zu fechten, liefen zum le zu den Oesterreichern über und zerstreuten sich zum andern Theile, ohne einen ß zu feuern.

Ferdinand I. wurde wieder absoluter König. Lieutenant Morelli, dessen That der g gut geheißen hatte, und einer seiner Freunde wurden hingerichtet, achtundzwanzig e zum Tode verurtheilt, jedoch zu den Galeeren begnadigt. Die meisten der Führer Bewegung hatten sich der Rache des Königs durch die Flucht entzogen. Ferdinand I. ebte diesen letzten Verrath nicht lange. Er starb 1825. Ihm folgte sein geistesverter Sohn Franz I. (1825—1830).

Hätten alle Mitglieder des Carbonaribundes eben so viel Entschlossenheit besessen, als lli oder Wilhelm Pepe, so wäre Neapel nicht vereinzelt im Kampfe mit der „heiligen nz" gestanden. Zu gleicher Zeit oder doch in rascher Folge hinter einander hätten sich ont, die Herzogthümer und der Kirchenstaat erhoben. Allein die Carbonari des ens zögerten und zauderten. Die Piemontesen zogen den Prinzen Karl Albert von yen-Carignan, welcher nach Victor Emanuel und dessen Bruder Karl Felix dem ne am nächsten stand, in das Geheimniß und impften dadurch der Verschwörung den des Verderbens ein. Acht volle Monate ließen sie unbenützt verstreichen und als ällich (9. März 1821) zu Alessandria, (10. März) zu Fasano und (am 11. März) rin das Banner der Verfassung erhoben, war in Neapel der Kampf schon nahezu gt. Victor Emanuel legte (13. März) die Krone zu Gunsten seines Bruders Karl nieder und lähmte dadurch den Gang der Bewegung. Karl Felix war in Modena

Verbrechen und die von dem Volke ausgerufene Constitution für nichtig. Zugleich zog er unter dem Grafen de la Torre die dem Absolutismus treu gebliebenen Truppen zusammen. Im Augenblicke der Entscheidung ging Karl Albert in's feindliche Lager über und brach dadurch der Revolution die Spitze ab. Schon im Anfange des Monats April kamen österreichische Soldaten dem absoluten Könige Karl Felix (1821—1831) zu Hülfe, blieben zwei Jahre lang im Lande und machten es demselben möglich, die Regierung in der Weise seines Bruders fortzusetzen. Die üblichen Verurtheilungen folgten. Die meisten schwer Betheiligten waren entflohen. Aus Rücksicht für den Prinzen Carignan durfte man es mit der Untersuchung nicht zu scharf nehmen. Der Rittmeister Garelli wurde hingerichtet. Die Flüchtlinge verloren ihr ganzes Vermögen, welches der König einzog. Karl Albert, das Haupt der Verschwörung, blieb als Prinz natürlich unbestraft. So scheiterte auch in Piemont der Versuch, die absolute Monarchie in eine constitutionelle umzuwandeln.

Im österreichischen Italien kam es nicht zu einer offenen Schilderhebung. Dort lastete der Druck der Polizei und des stehenden Heeres zu schwer auf dem Volke, als daß es die Kraft zu einem offenen Aufstande gehabt hätte. Die österreichische Regierung ließ alle hervorragenden Männer der Freiheit im Stillen verhaften und erstickte durch zahlreiche Hinrichtungen und grausame Kerkerstrafen die ersten Keime der Freiheitsbewegung in der Lombardei und in Venedig. Silvio Pellico entwirft in seiner Schrift (le mie Prigioni) ein wahrhaft schaudererregendes Bild von den Leiden, welche er und seine Genossen auszustehen hatten. Wenige Schriftsteller haben in so schlagender Weise, wie Pellico, ohne es zu wollen, die bodenlose Schlechtigkeit des österreichischen Despotismus gezeichnet. Denn sein Geist war schon gebrochen, als er die Leiden seiner Gefängnisse beschrieb.

Die alte Tyrannei fuhr fort, in Italien zu wüthen. Doch eine neue Generation wuchs heran. Neue Kämpfe begannen. Der Anfang der Befreiung Italien's ist jetzt endlich (October 1859) gemacht. Das Haus Habsburg ist nicht mehr allmächtig in Italien. Auf seine erste Niederlage müssen andere, entscheidendere folgen, bis Italien seine Freiheit errungen haben wird.

## § 58. Türkei.

Der Orient, dessen Verhältnisse im westlichen Europa nur mangelhaft bekannt waren, diente den Schriftstellern verschiedener Tendenzen seit langer Zeit als Stoff, dessen sie sich bedienten, um ihren Lieblingsansichten Eingang zu verschaffen. Den Einen war er erwünschter Sündenbock, bei dessen Abschlachtung sie ohne Gefahr die Mängel und Gebrechen der civilisirten Staaten geißeln konnten. Diese schilderten die Zustände des Ostens mit grellen Farben, um Abscheu gegen den Despotismus und zwar mehr gegen den westlichen, als östlichen bei der Gelegenheit zu erwecken. Die Anderen malten dieselben idyllisch, um anzudeuten, daß das christliche Europa noch viel von dem verachteten mohammedanischen Osten lernen könne. Als nun vollends gar der Kampf zwischen den Griechen und den Türken entbrannte, mischte sich die Partei-Leidenschaft mit noch größerer Heftigkeit in den Streit der Völker. Die Einen, welche die Revolution bekämpften und den Status-quo aufrecht erhalten zu sehen wünschten, ergingen sich in den bittersten Aeußerungen über die Griechen, die Anderen, welche aller Orten russische Agenten witterten, schrieben diesen alle Bewegungen des Orients zu. Wieder Andere, welche für die Sache des Kreuzes im Kampfe gegen den Halbmond schwärmten, sahen alle Ereignisse durch die trügerischen Dünste christlichen Weihrauchs.

Die Cabinette, welche gewohnt sind, alle ihre Pläne, nach dem Muster eines Schauspiels in Scene zu setzen, welche, bevor sie handeln, ihr Stück schreiben, die Rollen vertheilen und das Zeichen zum Emporziehen und Niederlassen des Vorhangs zu geben pflegen, glaubten auch die Bewegungen des Orients als Drama behandeln zu müssen, welches von irgend einer Person oder Mehrheit solcher entworfen und mit vertheilten Rollen aufgeführt werde. Die augenfälligsten Thatsachen wurden den vorgefaßten Ansichten und herrschenden Systemen untergeordnet. Jeder hatte seine fertige Schablone, welche er nach den Umständen mit russischen, türkischen, griechischen, christlichen oder mohammedanischen, religiösen oder politischen Farben überstrich.

Die Geschichte konnte dabei nichts gewinnen. Im Laufe der Zeit ist übrigens die orientalische Frage von manchen verkehrten Beimischungen gereinigt, die Thatsachen sind festgestellt, die Vorurtheile ausgeschieden worden.

Die orientalische Frage bietet gerade in den Jahren 1815—1830 so hohes Interesse, weil sie die Falschheit der Grundsätze, welche die „heilige Allianz" im Westen geltend machte, zur Anschauung brachte. Im Westen behaupteten die Großmächte: „die Unterthanen haben zu gehorchen. Wenn sie sich gegen ihre rechtmäßigen Obrigkeiten empören und diese nicht die Macht besitzen, sie selbst zu unterwerfen, so kommen ihnen die Fürsten der heiligen Allianz zu Hülfe und zwingen die Rebellen zum Gehorsam." Im Osten wurden alle diese Grundsätze von den Königen der heiligen Allianz mit Füßen getreten. Fürst Metternich und Lord Castlereagh gaben allerdings zu erkennen, daß sie am liebsten die Griechen in derselben Weise, wie die Neapolitaner, Piemontesen und Spanier behandelt zu sehen gewünscht hätten, allein sie wagten es doch, so sehr sie die Pforte begünstigten und die Griechen verfolgten, nicht, ihre Gehässigkeiten bis zu offenem Kriege zu treiben. Alexander, der Gründer der „heiligen Allianz," und Ludwig XVIII., das Werkzeug derselben in Betreff Spanien's, gingen in ihrem Hasse gegen die griechischen Revolutionäre nicht so weit, und allmählig kam es dahin, daß Russen, Engländer und Franzosen die türkisch-egyptische Flotte bei Navarino zerstörten, dadurch die ihrem Untergange nahen Griechen retteten, daß Rußland die Pforte mit Krieg überzog und dadurch die Befreiung der Griechen zur unumstößlichen Thatsache machte.

Eine Theorie, welche im Osten zu so ganz entgegengesetztem Resultate führte, als im Westen, kann unmöglich richtig sein. Nachdem die Fürsten der heiligen Allianz den Griechen in deren Kampfe gegen die Pforte Beistand geleistet hatten, war der Bund, welcher im Westen der Freiheit so feindlich entgegengetreten war, thatsächlich gesprengt. Das Evangelium desselben, der blinde Gehorsam, war durch sie selbst umgestürzt und jeder denkende Mensch wurde mit Gewalt zu der Ansicht hingedrängt, daß die Pflicht des Gehorsams der Unterthanen nicht unbedingt sei, daß vielmehr Fälle vorkämen, in welchen diese das Recht hätten, ihren von der „heiligen Allianz" anerkannten Fürsten den Gehorsam zu versagen.

Die Verwirrung, welche die Fürsten der „heiligen Allianz" durch ihr Verhalten der Pforte gegenüber in das europäische Völkerrecht einführten, ist wahrhaft haarsträubend. Das Schwanken zwischen Gehorsamspflicht und Aufstandsrecht hatte zur nothwendigen Folge das Schwanken zwischen Krieg und Frieden. Einmal reist der russische Gesandte nach Verwerfung des von ihm übergebenen Ultimatums mit allen Zeichen drohenden Krieges von Constantinopel ab, es entsteht aber doch kein Krieg. Ein anderes Mal zerstören die verbündeten Russen, Engländer und Franzosen die türkisch-egyptische Flotte und es entsteht zwar ein Krieg gegen Rußland, nicht aber gegen Frankreich und England.

mächten anderseits ein Zwitterzustand, welcher weder Krieg, noch Frieden war. Nirgends tritt uns die Haltlosigkeit der Grundsätze der europäischen Großmächte in schlagenderer Weise entgegen, als in der orientalischen Frage. Nirgends zeigt es sich so klar, daß Grundsätze für sie nur Vorwände sind, ihrer Herrschsucht zu fröhnen, als Netze und Angelhaken, welche sie auswerfen, um im Trüben zu fischen.

Die orientalische Frage ist an und für sich sehr einfach. Sie wird nur verwickelt durch die Herrschsucht und die Eroberungsgelüste der europäischen Großmächte.

Die Türken hatten nach einem mehrere Jahrhunderte fortgesetzten Kampfe die Griechen unterjocht, wie die Mongolen die Russen besiegt hatten. Die Griechen vermischten sich nicht mit den Türken, wie die Russen nicht mit den Mongolen. Im Laufe der Zeit nahmen die Griechen an Kräften zu, während die Türken immer schwächer wurden, gerade so wie früher die Russen im Verhältnisse zu den Mongolen. Niemand verdachte es den Russen, daß sie, sobald sie konnten, das mongolische Joch abwarfen. Welcher denkende und für Recht empfängliche Mensch kann den Griechen daraus einen Vorwurf machen, daß sie sich bemühten, das türkische Joch abzuwerfen?

Doch die Russen, welche sich gegen ihre mongolischen Herren auflehnten, und dadurch wieder in die Reihe selbständiger Völker eintraten,*) besaßen nicht so viel Rechtsgefühl, die Lage der Griechen den Türken gegenüber in gleiche Linie mit derjenigen zu setzen, in welcher sie früher den Mongolen gegenüber waren. Wenigstens fehlte es dem Kaiser Alexander. Er dachte nicht entfernt daran, seinen Glaubensgenossen in der Türkei zur Wiederherstellung ihrer früheren Selbständigkeit zu verhelfen, sondern trachtete nur danach, die Türken tot zu schlagen, um deren Erbschaft und mit dieser die Herrschaft über die Griechen antreten zu können.

Der von den russischen Czaaren angegebene Ton der Eroberungspolitik brachte Disharmonie in die gesammte europäische Staaten-Entwickelung. Als Verbündete der die Wiederherstellung ihres frühern Reiches anstrebenden Griechen hätten sich die Russen um die ganze Menschheit sehr verdient machen können. Doch sie kehrten das natürliche Verhältniß der Dinge um. Sie wollten, daß die Griechen ihnen bei den Eroberungsplänen ihrer Czaaren behülflich sein sollten. Die Russen verkannten eben so sehr, als die Türken, das natürliche Recht der Griechen, das auf ihnen ruhende Joch abzuschütteln. Die Eroberungspläne der russischen Czaaren und Czaarinnen setzten wiederholt ganz Europa in Bewegung. Wer den Weg des Rechtes verläßt und die Gewalt als höchste Schiedsrichterin verehrt, kann sich darüber nicht beschweren, daß andere Fürsten von gleichen Beweggründen ausgehend, gleichfalls auf Eroberungen sinnen. So kam es denn, daß die Eroberungssucht der Russen in derjenigen der Oesterreicher, Engländer und Franzosen wiederholt eine Hemmniß fanden, welche ihnen höchst unbequem war. Die orientalische Frage löst sich einfach in diejenige auf: soll im Orient Recht gelten, oder Gewalt? Gilt das Recht, so werden die Griechen früher oder später, mit oder ohne Beihülfe ihrer christlichen Glaubensgenossen ihre Selbständigkeit im Kampfe mit den Türken wieder erobern, ohne daß Europa in seinen Grundfesten erschüttert wird. Soll dagegen dem Oriente, wie Polen gegenüber, die Gewalt auf den Trümmern des Rechtes den Ausschlag geben, so sind die natürlichen Folgen der Eroberungspolitik unausbleiblich. Die verschiedenen Großmächte, welche nicht zugeben können, daß Rußland seine Krallen immer weiter und weiter ausstrecke, werden, wie in den Jahren 1855 und 1856, in den Krieg mit herein gezogen. Das Blut wird in Strömen fließen, in der Hauptsache wird aber Alles beim Alten bleiben;

*) Siehe oben Buch VI. § 73. S. 434 ff.

der natürliche Entwickelungsgang der Nationen wird gestört, am Ende wird doch die Macht der Verhältnisse, welche allein den Griechen den Beruf gegeben hat, die Türken aus Europa zu vertreiben, den Ausschlag geben.

Die schweren Verluste, welche die Türken im Laufe eines Jahrhunderts bis zum Frieden von Bukarest erlitten hatten, waren die Folgen der inneren Zerrüttung ihres Reiches, gerade so wie früher die Niederlagen der Mongolen im Kampfe mit den Russen.

Sultan Mahmud erkannte dieses und suchte daher frühzeitig seinem Reiche durch innere Reformen neue Kraft zu geben. Wie die meisten Despoten richtete auch er sein Augenmerk zunächst nur auf die Kriegsmacht. Einer der hauptsächlichsten Beweggründe des Friedens von Bukarest war davon hergenommen.

Allein die erste Voraussetzung jeder durchgreifenden Reform besteht in der Uebereinstimmung zwischen Volk und Regierung. Wo diese nicht besteht, mögen wohl einzelne Zweige der Staatsverwaltung übertüncht werden. Umfassende Verbesserungen sind unmöglich, weil diese das Vertrauen und die Mitwirkung des Volkes voraussetzen. In der europäischen Türkei bilden aber die Griechen noch immer die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung und diese können, nach ihren geschichtlichen Erinnerungen, nach ihren religiösen und politischen Bestrebungen, nie und nimmermehr zuverlässige Mitglieder des osmanischen Reiches sein. Schon vor dem Vertrage von Bukarest hatten die Serbier Anstrengungen gemacht, das türkische Joch zu zerbrechen. Jener Friedensschluß sicherte ihnen volle Amnestie und die selbständige Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten zu. Damit waren sie aber nicht zufrieden und setzten den Kampf gegen die Pforte selbständig fort. Kaiser Alexander machte ihnen den Antrag, falls sie ihm alle festen Plätze des Landes übergeben und alle waffenfähigen Männer in das russische Heer eintreten wollten, sie zu unterstützen. Die Serbier waren weise genug, diesen schimpflichen Antrag abzulehnen. Der Kampf gegen die Osmanen begann im Juli 1813 auf's Neue. Georg Czerny, ihr heldenmüthiger Anführer, mußte entfliehen. Die Türken wütheten gleich Barbaren im Lande. Von Neuem standen die Serbier unter Milosch Obrenowitsch auf, und zwangen die Pforte zu dem Vertrage vom 15. December 1813, demzufolge Serbien in der Hauptsache zu einer selbständigen Provinz wurde. Als die Türken dessenungeachtet das Volk drückten, griffen die Serbier von Neuem zu den Waffen und erzwangen den Vertrag vom Jahre 1816, welcher ihnen ihre eigene Verwaltung und Rechtspflege sicherte. Die Türken behielten nur das Besatzungsrecht in den Festungen des Landes, namentlich Belgrad. Milosch wurde (1817) zum Fürsten, (1827) zum Erbfürsten erwählt. Seit dieser Zeit erhielt sich Serbien seine Unabhängigkeit im Kampfe sowohl mit türkischen, als russischen Intriguen.

Eine zweite Provinz, welche sich allmälig von der Türkei losmachte, ist die Moldau. Im Jahre 1777 trat die Pforte einen Theil der unteren Moldau oder Bessarabien's an Rußland, einen Theil der oberen Moldau (Bukowina) an Oesterreich und im Frieden zu Bukarest den Rest Bessarabien's an Rußland ab. Die Provinz, welche seit dieser Zeit den Namen Moldau führte, zählte nur noch eine Million zweimal hundertfünfzig tausend Einwohner. Doch im Schooße derselben regte sich, gleich wie in Serbien, der Geist der Unabhängigkeit. Der Aufstand des Jahres 1821 brachte über das Land großes Elend. Der Vertrag von Akjerman (1826) und der Friede von Adrianopel (1829) gewährten dem Lande aber eine gewisse Selbständigkeit. Die Türken mußten sich aus dem Lande entfernen. Die innere Verwaltung desselben wurde den Einwohnern, freilich unter russischem Schutze, anheim gegeben. Allein auch in der Moldau, wie in Serbien, wurde dadurch doch ein besserer Zustand angebahnt.

lachei. In ihrem Schooße brach (1821) zuerst der Aufstand aus, welcher ganz Griechenland vom türkischen Joche befreien sollte. Die Wallachei hatte, gleich der Moldau, in Folge desselben schwer zu leiden. Allein sie theilte später die Schicksale ihres Nachbarländchens im Norden und geht somit, gleich diesem einer besseren Zukunft entgegen.

Die Russen blieben zwar nach dem Frieden von Adrianopel so lange als möglich in den beiden Donau-Fürstenthümern; im Jahre 1834 mußten sie dieselben aber doch endlich räumen. Seit dieser Zeit haben beide Fürstenthümer an Wohlstand, Bildung und Freiheitsdrang zugenommen. Die Bewohner beider Länder, sowie Serbien's, sind verständig genug, einzusehen, daß Selbständigkeit besser ist, als Unterwürfigkeit und haben bis zu dieser Stunde sich die erstere nach Kräften gewahrt.

Während sich auf diese Weise im Norden der europäischen Türkei drei Provinzen mit einer Gesammtbevölkerung von nahezu 5,000,000 von der Pforte, wenn auch nicht vollständig, doch in den wichtigsten Beziehungen losmachten, erhoben im äußersten Süden der europäischen Türkei die Griechen das Banner der Freiheit und errangen, wie wir im nächsten Paragraph sehen werden, nach einem neunjährigen, blutigen Kriege ihre vollständige Unabhängigkeit.

Die Pforte mußte im Kampfe mit ihren christlichen Unterthanen Schritt für Schritt zurückweichen. Zu den Schwierigkeiten und Gefahren, welche diese ihr bereiteten, kamen diejenigen hinzu, welche mohammedanische Pascha's und die auswärtigen Mächte ihr zuzogen. Der Pascha von Haleb Ali, welcher sich gegen Mahmud II. empörte, wurde zwar mit leichter Mühe besiegt. Doch ein zweiter Ali, Pascha von Janina, setzte der Pforte einen furchtbaren Widerstand entgegen. Er konnte erst nach langen Jahren eines anfangs versteckten, später offenen Aufstandes (1822) überwältigt werden. Die Art und Weise, wie dieses geschah, indem Kurschid Pascha den Gegner der Pforte unter dem Vorwande einer gütlichen Unterhandlung auf eine Insel im See von Janina lockte und daselbst niederhauen ließ, deutete zu gleicher Zeit den sittlichen und den militärischen Verfall der Pforte an.

Schlauer, als seine beiden Namensbrüder ging der Dritte der rebellischen Pascha's, Mehemed Ali zu Werke. Er bewahrte den Schein der Unterwürfigkeit und ein gutes Einvernehmen mit dem Sultan, während er in seinem Paschalik Egypten als unumschränkter Herrscher waltete, seine Streitkräfte unausgesetzt vermehrte und immer deutlicher zu erkennen gab, daß er entschlossen sei, sich von der Pforte unabhängig zu machen.

Der Krieg mit Ali Pascha von Janina und ein zweiter mit Persien (1821—1823) nahm die Streitkräfte der Türkei dermaßen in Anspruch, daß ihr zu Unterwerfung der Griechen nur geringe Mittel zu Gebote standen. Der Streit mit Persien wurde durch den Frieden zu Erzerum, welcher Alles beim Alten beließ, erledigt. Die gefährlichsten Feinde des Sultans, welche ihm unmöglich machten, im Gebiete des Kriegswesens die dringend gebotenen Reformen einzuführen, waren die Janitscharen und die mit denselben verbundenen Ulema's, welche, gleich den Reactionären West-Europa's, jede, auch noch so nothwendige Veränderung als einen Eingriff in ihre alt hergebrachten Rechte verabscheuten.

Die Janitscharen und die Ulema's machen es uns anschaulich, wie verderblich es ist, irgend eine Staatsanstalt auf die Religion zu gründen.

Die Janitscharen, welche (1329) Sultan Orkhan aus jungen christlichen Gefangenen, welche zum Uebertritt in den Islam gezwungen worden waren, errichtete, und welche sich auch später noch durch Gefangene und zum Islam gezwungene Christen rekrutirten, hatten von Alters her, wie dieses bei Abtrünnigen häufig der Fall ist, einen hohen Grad von religiösem Fanatismus kund gethan. Dieser erhielt sich auch später,

als gegen Ende des ſiebenzehnten Jahrhunderts der Zehnte der Chriſtenkinder, welcher zu deren Rekrutirung beſtimmt war, aufhörte. Die Steuerfreiheit und mancherlei andere Vorrechte, welche den Janitſcharen gewährt wurden, brachten zu gleicher Zeit in die geſammte Staatsverwaltung die größte Verwirrung und in das Corps ſelbſt einen gewiſſen Corpsgeiſt, welcher der Pforte häufig große Gefahren bereitete. Hierzu kam, daß die militäriſche Tüchtigkeit und Schlagfertigkeit der Janitſcharen in gar keinem Verhältniſſe zu den Opfern ſtand, welche dieſe Soldateska dem Staate auferlegte. Mehr als 400,000 Perſonen genoſſen die Vorrechte der Janitſcharen. Unter den Waffen ſtand aber gewöhnlich nicht der zehnte Theil derſelben. Diejenigen Janitſcharen, welche in den Provinzen vertheilt waren, leiſteten der Pforte keine, oder nur ausnahmsweiſe geringe und meiſtentheils ſchlechte Dienſte. Diejenigen dagegen, welche zu Conſtantinopel ſtanden, waren immer bereit, Aufruhr anzufangen, wenn die Angelegenheiten des Staats nicht nach ihrem Wunſche gingen. Die ganze Einrichtung derſelben war auf den Volkskrieg, auf Fanatismus und Chriſtenhaß berechnet. Eine ſtrenge Disciplin, ein Fortſchritt in der Bewaffnung und kriegeriſchen Ordnung war für ſie eine Unmöglichkeit.

An den Ulema's hatten ſie ihre Stützen. Denn dieſe ruhten auf einer ähnlichen Grundlage, wie ihre Genoſſen vom Schwerdte. Die Ulema's ſind zugleich Rechtsgelehrte und Geiſtliche, weil ſie nach den Vorſchriften des Koran's Recht zu ſprechen haben. Ihre ganze Weisheit beſteht in der Kenntniß dieſes Buches, wovon die nothwendige Folge iſt, daß ſie alles andere Wiſſen verachten und allen Geſetzen, welche nicht im Koran enthalten ſind, feindlich gegenüber ſtehen.

Mahmud II. beſaß Einſicht genug, um zu erkennen, daß mit Soldaten, wie die Janitſcharen, den kriegsgeübten europäiſchen Truppen nicht die Spitze geboten werden könne. Er fing den Kampf mit dieſer Soldateska dadurch an, daß er einzelne Abtheilungen derſelben nach Griechenland ſchickte, welche dort zum größten Theile ihren Untergang fanden. Im Jahre 1826 zählten ſie aber immer noch beiläufig 50,000 Bewaffnete. Zu dieſer Zeit entſchloß ſich Sultan Mahmud II. zu einem entſcheidenden Schlage. Er hatte damals ſchon einige Truppen auf europäiſchem Fuße organiſirt und lud die Janitſcharen zu Conſtantinopel ein, in die neue Miliz (Nizam-Dſchedid) zu treten. Anfangs ſchienen ſie dazu willig. Plötzlich empörten ſie ſich und verlangten, nach alter Gewohnheit, die Köpfe ihrer Gegner. Mahmud II. hatte aber ſeine Maßregeln getroffen. Auf ſeiner Seite ſtanden der ehemalige Janitſcharen-Führer Huſſein-Aga und der Muſti, das Haupt der Ulema's. Durch letztern ließ der Sultan den Bann über die Janitſcharen ausſprechen, durch erſtern ſie mit den Waffen angreifen. Ein dreitägiger mörderiſcher Kampf entſpann ſich. Mahmud mußte zu der äußerſten Maßregel, der Entfaltung der Fahne des Propheten ſchreiten. Alle gläubigen Mohammedaner wurden dadurch aufgefordert, zu den Waffen zu greifen. Endlich wurden die Janitſcharen beſiegt. Achttauſend derſelben blieben im Kampfe, fünfzehntauſend wurden ſpäter hingerichtet, zwanzigtauſend in die Verbannung geſchickt.

Der Sieg war ſchwer erkauft. Die Opfer deſſelben ſchlugen der Pforte um ſo ſchwerere Wunden, als dieſe gerade damals zahlreicher Heere ſehr nothwendig bedurfte. Allein das Janitſcharenunweſen wurde durch den Kampf im Juni 1826 und die darauf folgenden Strafurtheile von Grund aus beſeitigt. Die ſpätere Geſchichte der Türkei hat übrigens gezeigt, daß durch Reformen, welche ſich auf das Militärweſen beſchränken, der Pforte nicht aufgeholfen werden könne.

Der Kampf gegen Griechenland nahm von Jahr zu Jahr eine der Pforte immer [illegible] Wendung. Zum nach der Vernichtung der Janitſcharen mußte der Sultan

in den Conferenzen zu Akjerman sämmtliche zweiundachtzig Forderungen des russischen Ultimatums zugestehen (6. October 1826). Sie verlor demzufolge alle Festungen in Asien, welche Rußland nach dem Frieden von Bukarest hätte herausgeben sollen, aber besetzt gehalten hatte. Die Verwickelungen, in welche die Pforte durch den Aufstand in Griechenland versetzt worden war, dauerten fort. Die Schlacht von Navarino (20. October 1827) wurde geschlagen. Die ganze türkisch-egyptische Flotte ging in derselben zu Grunde. Mahmud II. wagte es nicht, zugleich mit den drei Mächten, welche dazu mitgeholfen hatten, anzubinden. Doch mit Rußland versuchte er den Kampf. Nach einem zweijährigen Kriege mußte er sich zum Frieden zu Adrianopel (1829) bequemen.*)

Alle Anstrengungen Sultan Mahmud's II., welchem das Zeugniß eines energischen Willens nicht versagt werden kann, scheiterten an der Macht der Verhältnisse. Die schmerzlichste Wunde, welche der Türkei geschlagen wurde, ging aus dem Freiheitskampfe der Griechen hervor.

## § 59. Griechenland und Egypten.

Die großen Thaten der Altvordern gehen den Nachkommen nicht verloren. Sie sind Schätze, welche, gleich Fideicommissen, von Geschlecht zu Geschlecht übergehen. Der Schlüssel zu dem Gewölbe, welcher sie verschließt, ist gewichtig. Eine gewisse Kraft und Geschicklichkeit ist erforderlich, sich seiner mit Erfolg zu bedienen. Diese war im Laufe der Jahrhunderte der Mehrzahl der Griechen abhanden gekommen. Allein die Kämpfe, welche ganz Europa von 1789 bis 1815 durchzuckten, fachten den nie ganz verglommenen Funken der Freiheit im Schooße des Griechen-Volkes von Neuem an. Der Sporn, welcher in den Thaten der großen Griechen für die Bewohner ihres Landes lag, fing wieder an, zu wirken. Nimmer konnten die Griechen das türkische Joch mit Freudigkeit oder auch nur Gelassenheit tragen. Die Zahl Derer, welche sich mit Recht Nachkommen der alten Griechen nannten, war klein; schwerlich erreichte sie im ganzen Gebiete des türkischen Reiches zwei Millionen, welche über Kleinasien, Macedonien, Thessalien und den Inseln zerstreut waren. Allein die übrigen christlichen Stämme: Albanesen oder Arnauten (mehr als anderthalb Millionen), Wallachen (gegen vier Millionen), verschiedene slavische Stämme: Bulgaren, Serbier, Montenegriner, Bosnier (gleichfalls beiläufig vier Millionen zählend) rechneten sich theils wegen der Religionsgemeinschaft, theils aber auch im Hinblick auf die große Vergangenheit der Griechen zu den Letzteren. Drei und ein halbes Jahrhundert, nachdem die Türken den Halbmond zu Constantinopel aufgepflanzt hatten, zählte ihr Stamm noch immer weniger Seelen, als die Christen. Vierzehn Millionen der Letzteren wurden von elf und einer halben Million Türken in Unterwürfigkeit gehalten. Neben Türken und Christen lebten Juden (beiläufig eine Million) und verschiedene andere Völkerschaften im Schooße des türkischen Reiches, dessen Gesammtbevölkerung fünfunddreißig Millionen schwerlich überstieg. In dem afrikanischen Theile des Reiches mit vier Millionen und in dem asiatischen mit achtzehn Millionen Einwohnern hatten die Mohammedaner das Uebergewicht; in der europäischen Türkei waren dagegen die Christen weit zahlreicher, als die Mohammedaner. Freilich waren die Christen unterdrückt, während die Mohammedaner herrschten. Allein es kam nur darauf an, in den Herzen der christlichen Stämme den Funken der Begeisterung wieder zu entflammen, um ihnen die Kraft zu geben, das auf ihnen ruhende schmähliche Joch zu zerbrechen. Die Schwierigkeit war für die

*) Siehe oben § 47. Seite 492.

europäiſche Türkei, woſelbſt die Chriſten die überwiegende Mehrzahl bildeten, nicht groß, vorausgeſetzt, daß dieſe einig waren.

Schon im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts tauchte der Gedanke der Befreiung Griechenland's auf. Damals waren es die Ruſſen, welche ihn hegten. Die Griechen waren übrigens klug genug, ſich durch die ehrgeizigen Beſtrebungen der Kaiſerin Katharina nicht täuſchen zu laſſen. Sie wollten nicht zu den Waffen greifen, um das türkiſche Joch mit dem ruſſiſchen zu vertauſchen. Nur einzelne Aufſtände vermochten die ruſſiſchen Agenten zur Zeit der Schlacht von Tſchesme *) anzuzetteln, welche im Blute der Getäuſchten erſtickt wurden.

Die geheime Geſellſchaft, welche auf Anregung des Theſſaliers Conſtantin Rhigas in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts unter dem Namen Hetärie (Genoſſenſchaft) der Freunde gegründet wurde und welche zugleich auf politiſchen und religiöſen Grundlagen ruhte, wirkte mächtig für die Wiederbelebung des Geiſtes der Freiheit unter allen chriſtlichen Stämmen des türkiſchen Reiches. Die franzöſiſche Revolution drang mit ihrer die Völker wider die Tyrannen aufregenden Gewalt bis in die Thäler des Eurotas und des Iliſſus und auf die Bergeshöhen des Oeta und des Olympos. **) Rhigas verſtand es, durch kriegeriſche Lieder, welche er den franzöſiſchen Revolutionshymnen nachbildete, den kriegeriſchen Geiſt ſeines Volkes und namentlich jener Schaaren, welche unter dem Namen Armatolen oder Klephthen eine gewiſſe Unabhängigkeit behaupteten, zu entflammen. Dieſelben zählten im Anfange des neunzehnten Jahrhunderts beiläufig zwölf tauſend Mann, welche in Abtheilungen von dreihundert bis ſechshundert Mann unter ſelbſtgewählten Anführern (Capitani) eine anſehnliche Kriegsmacht bildeten. Die türkiſchen Paſcha's pflegten durch Geld und gute Worte ſich deren Dienſte oder doch deren friedliche Geſinnungen zu ſichern.

Auch nach dem gewaltſamen Tode des Rhigas (Mai 1798) lebte die Hetärie noch fort. Sie erhielt eine neue Anregung zur Thätigkeit durch die Freiheitskämpfe der Jahre 1813 und 1814. Die Griechen, wie alle übrigen Völker Europa's, wurden durch den Wiener Congreß getäuſcht. Auch ſie hatten gehofft, dort Freunde unter den Machthabern zu finden. Sie ſahen ſich auf die eigene Kraft verwieſen und machten von derſelben Gebrauch. Sie gründeten eine neue Hetärie, welche ihren Hauptſitz in Rußland hatte und auf ruſſiſche Hülfe rechnete. Die Griechen glaubten dieſer ſo gewiß zu ſein, daß ſie die Stelle eines Oberhauptes ihres Bundes einem ruſſiſchen Miniſter, dem Grafen Kapodiſtrias, und als dieſer abgelehnt hatte, dem ruſſiſchen Generalmajor Alexander Ypſilantis anboten. Letzterer war der älteſte Sohn des frühern Hospodar's der Wallachei, welcher, weil er ſich nicht zum Werkzeuge napoleoniſcher Ränke hergab, (1806) nach Rußland geflüchtet und dort (1816) geſtorben war. Alexander Ypſilantis nahm die auf ihn gefallene Wahl, ohne Zweifel mit Zuſtimmung des ruſſiſchen Kaiſers Alexander, an. Er, ſo wenig, als die übrigen Mitglieder des Bundes, konnten damals ahnen, daß die „heilige Allianz" ihre Anwendung auch auf die Griechen in ihrem Verhältniſſe zu den Türken finden ſollte.

Während das ganze übrige Europa mehr, als zwei Jahrzehnte lang, durch Kriege verwüſtet worden war, hatten ſich die Griechen eines nur wenig unterbrochenen Friedens erfreut. Ihr Handel hatte einen großartigen Aufſchwung genommen. Sechshundert Schiffe, welche von mehr als zweitauſend tüchtigen Matroſen bemannt, zum Kriegsdienſte nicht minder, als zum Handel tauglich waren, bildeten eine nicht zu verachtende Seemacht.

*) Siehe oben Buch VIII., § 62, S. 378.

Die neue Hetärie verbreitete sich in den Jahren 1814 bis 1821 nicht blos über ganz Griechenland, sondern auch über alle Küstenplätze der asiatischen Türkei und hatte ihre Verzweigungen selbst in vielen Städten West-Europa's. Der Druck, welchen Ali Pascha auf die Griechen ausübte, gab dem Bunde neue Aufforderung zur Thätigkeit. Fünfzehn Jahre lang hatten die Sulioten (ein aus Illyriern und Griechen gemischter christlich-albanesischer Volksstamm) mit Ali Pascha von Janina gekämpft. Endlich (1803) waren sie unterlegen, hatten zuerst in Parga und später auf den jonischen Inseln Zuflucht gesucht. Im Jahre 1820 rief sie Ali Pascha zurück, räumte ihnen die Festung Kiaka ein und stellte ihnen seinen Enkel als Geißel. Der Krieg, welchen damals Ali Pascha gegen die Pforte führte und der Tod des Hospodar's der Wallachei, Sutzo (11. Februar 1821), waren Ereignisse, welche einer Schilderhebung der Griechen sehr günstig schienen. Seit 1817 waren alle griechischen Primaten von Einfluß, desgleichen die angesehensten Klephthen, Mitglieder der Hetärie. Die Häupter des Bundes beschlossen, das Banner der Befreiung Griechenland's zu erheben. Sogleich nach dem Tode Sutzo's sandte der wallachische Oberst Georgakis, einer der eifrigsten Hetäristen, in Uebereinstimmung mit Alexander Ypsilantis, den Wallachen Wladimiresko mit hundertachtzig Mann in die kleine Wallachei. Dieser sammelte schnell um sich eine zahlreiche Schaar, mit welcher er Bukarest eroberte. Wladimiresko handelte jedoch nicht in Uebereinstimmung mit den Weisungen des Hauptes der Hetärie und brachte dadurch sofort Zwiespalt in die Reihen der Freiheitskämpfer. Alexander Ypsilantis ging kurz darauf über den Pruth, rückte (7. März) in Jassy ein und brachte schnell die ganze Moldau in Bewegung. Er sammelte um sich ein zahlreiches Heer. Dessen Kern bildete die s. g. heilige Schaar, welche aus begeisterten Mitgliedern der Hetärie bestand. In seinen Aufrufen gab Ypsilantis zu verstehen, daß die Griechen auf russische Hülfe zählen könnten. Ohne Zweifel hatte er guten Grund zu dieser Andeutung. Doch seit 1814 war in den politischen Bestrebungen Kaiser Alexander's ein Wendepunkt eingetreten. Seit den Congressen von Troppau und Laibach lag der russische Czaar in den Banden der Furcht vor Aufständen und Revolutionen. Die Zusagen, welche der Czaar der Hetärie in früheren Zeiten gegeben haben mochte, waren ihm jetzt unbequem. Er steüte sie in Abrede und sagte sich entschieden von den Griechen und deren Freiheitsbestrebungen los. Dadurch erhielten diese von Anfang an einen furchtbaren Stoß. Der Zwiespalt zwischen Ypsilantis und Wladimiresko trug gleichfalls viel dazu bei, dem Unternehmen Schwierigkeiten zu bereiten. Die Türken zogen mit Uebermacht heran. Ypsilantis erlitt (29. Juni 1821) bei Skuleni, Georgakis (26. August 1821) im Kloster Sekka eine entscheidende Niederlage. Ypsilantis mußte sich auf österreichisches Gebiet flüchten und wurde daselbst, wahrscheinlich um Enthüllungen zu verhüten, welche dem Kaiser Alexander unangenehm gewesen wären, gefangen gehalten und erst in Freiheit gesetzt (Herbst 1827), als er dem Tode nahe war. Er starb am 31. Januar 1828 zu Wien. Georgakis war im Kloster Sekka kämpfend gefallen. Der Aufstand in den Donaufürstenthümern wurde daher schnell erdrückt.

Mittlerweile hatten aber die Griechen in Morea (Anfangs April 1821) zu den Waffen gegriffen. Theodor Kolokotronis und Pietro Mauromichalis trieben in mehreren Gefechten die Türken zurück. Eine Nationalversammlung, welche (am 9. April 1821) unter dem Namen des Senats von Messenien zusammentrat, brachte gleich Anfangs eine gewisse Ordnung in den Gang der Bewegung.

Nach dem Plane der Hetärie sollte der Hauptschlag am 6. März 1821 zu Constantinopel geführt werden. Zahlreiche Waffenvorräthe waren daselbst, zum Theil in den griechischen Kirchen, aufgehäuft worden. Diese sollten am Abende des 5. März an die

griechiſchen Bewohner der Hauptſtadt, welche hundertundfünzigtauſend Menſchen zählten, vertheilt und dadurch der Pforte der vernichtende Stoß beigebracht werden. Unglücklicher Weiſe erhielt der engliſche Geſandte, Lord Strangford, von dieſem Plane Kenntniß, verrieth denſelben der Pforte und vereitelte ihn dadurch. Die Waffenvorräthe der Griechen wurden entdeckt, die Häupter der Verſchwörung gefangen genommen. Der Sultan erließ einen Hattiſcherif (Cabinetsbefehl), in welchem er das ganze Volk der Osmanen aufforderte, ſich zu waffnen. Die Türken geriethen dadurch in furchtbare Aufregung und richteten (19. April 1821) in Conſtantinopel ein ſchauderhaftes Blutbad an, in welchem ohne Unterſchied Männer, Weiber und Kinder niedergemetzelt wurden. Wer als Grieche erkannt wurde, verlor, ohne Unterſuchung, ob er an der Verſchwörung Theil genommen habe, oder nicht, ſein Leben. Dem rohen Ausbruche der Wuth des Pöbels folgten die von dem Sultan angeordneten Hinrichtungen auf dem Fuße nach. Der Fanariote Fürſt Moruſi, der Dragoman (Dolmetſcher) der Pforte, der Patriarch Gregorius, dreihundert der reichſten griechiſchen Kaufleute, drei Erzbiſchöfe und mehrere Prieſter wurden hingerichtet. Mehr als dreißigtauſend Menſchen verloren inmitten dieſer Schlächtereien ihr Leben. Beſondern Anſtoß gab es, daß die genannten Geiſtlichen am Oſtermontage, nach kaum beendigtem Gottesdienſte, an der Thür der Kirche im prieſterlichen Ornate aufgehängt wurden. Es lag hierin offenbar ein der geſammten Chriſtenheit gebotener Hohn, welcher einen Schrei der Entrüſtung in ganz Europa hervorrief. Die Pforte gab dadurch ſelbſt den ſchlagendſten Beweis ihrer Barbarei.

Schriftſteller der entgegengeſetzteſten Anſichten ſuchten zwar die Pforte zu entſchuldigen, die einen, indem ſie auf die von chriſtlichen Monarchen in Weſt-Europa verübten Greuelthaten, die anderen, indem ſie auf das Recht der Regierung, ihre Unterthanen zu ſtrafen, hinwieſen. Der geſunde Menſchenverſtand und das natürliche Rechtsgefühl läßt ſich aber durch derartige Beſchönigungen nicht irre führen. In der Türkei handelte es ſich nicht blos um einen Kampf der Freiheit, ſondern auch der Religion und der Nationalität. Daher kam es denn, daß alle Diejenigen, welche auch nur für einen dieſer drei Hebel geiſtiger Bewegung Sinn hatten, ihre lebhafteſten Sympathien den Griechen und den äußerſten Abſcheu den Türken widmeten. Die Cabinette Europa's waren allerdings reiner und edeler Gefühle unfähig. Im Bewußtſein, daß ihre Herrſchaft, gleich derjenigen des Sultan's, nur auf Gewalt beruhe, ſtanden ſie alle auf der Seite der Pforte. Jahre vergingen, bevor der einmüthige Schrei der Entrüſtung, welchen alle Völker Europa's, ohne Unterſchied des Glaubens und des Maßes der ihnen zugetheilten politiſchen Freiheit erhoben, die ſtumpfen Gemüther der Kaiſer, Könige und Miniſter erſchütterte. Die Griechen aber, welche die Fahne der Freiheit noch nicht geſenkt hatten, wurden durch die Conſtantinopolitaniſchen Aprilgreuel zu einem Kampfe auf Tod und Leben gedrängt, welcher, wenn auch nach ſchweren Opfern und mannigfaltigen Wechſelfällen, doch mit Sieg gekrönt wurde.

Von Morea verbreitete ſich der Aufſtand ſchnell nach den Inſeln. Spezzia, Pſara und Hydra entfalteten das Banner der Freiheit. Ein griechiſches Geſchwader unter Tombaſis vereinigte raſch alle übrigen Inſeln des Archipels, mit alleiniger Ausnahme von Chios, unter derſelben Fahne. Im Nordweſten breiteten ſich die Sulioten aus, im Nordoſten erhoben ſich Phocis, Böotien und Attika. Die Türken behaupteten ſich nur noch in der Akropolis von Athen. Bis nach Magneſia in Theſſalien und Macedonien breitete ſich der Aufſtand aus.

Die Pforte erwartete, nachdem ſie drei Monate lang gegen die Griechen gewüthet hatte, daß Rußland zu den Waffen greifen würde und ſchickte daher den größten Theil ihrer

Admiral Tombasis schlug die türkische Flotte bei Mitylene (8. Juni 1821). Ein anderes Geschwader der Griechen, welches weiter im Westen längs den Küsten dahin segelte, ermuthigte die Städte Missolunghi und Anatolika und durch diese ganz Anatolien und Akarnanien zum Aufstande. Um diese Zeit (Ende Juni 1821) traf Demetrius Ypsilantis, der Bruder des gefangenen Alexander's, in Morea ein. Im Herbste des Jahres 1821 waren die Türken auf sechs Festungen in Morea beschränkt. Doch bald rückten sie mit Uebermacht heran. Der Zwiespalt, welcher seit der Ankunft des Demetrius Ypsilantis unter den Führern der Bewegung ausbrach, lähmte deren Kraft.

Im Anfange des Jahres 1822 verkündigte die Nationalversammlung der Griechen die unter dem Namen „Organisches Gesetz von Epidauros" bekannte neue Landesverfassung. Maurokordatos trat an die Spitze der Regierung. Doch es gelang ihm nicht, Einheit und System in die Kriegführung zu bringen. Die Führer der einzelnen Heerhaufen konnten sich weder mit einander, noch mit der Landesregierung verständigen. Fast jedes Jahr fanden im Schooße der Regierung mehr oder weniger umfassende Personenwechsel statt, welche an dem Stande der Dinge, im Ganzen genommen, wenig änderten. Dennoch wurde der Kampf gegen die Türken mit großer Tapferkeit und Entschlossenheit fortgesetzt. Kolokotronis schlug die Türken unter Dram Ali, nahm Nauplia (1822) und Korinth (1823) ein. In Nord-Griechenland erlitten aber die Sulioten bei Peta (16. Juli 1822) eine entscheidende Niederlage, welche sie zwang, zum zweiten Male ihre Heimath zu verlassen. Doch schon im folgenden Jahre wetzten sie die Scharte aus, indem sie den Seraskier Mustapha (17. August 1823) auf's Haupt schlugen.

In Macedonien und Thessalien konnte der Aufstand sich nicht ausbreiten, vielmehr mußten die Griechen dort mehr und mehr vor den Türken zurückweichen. Doch gewannen sie (1822) die Akropolis von Athen. Miaulis schlug die türkische Flotte zu wiederholten Malen. Zwar überfiel (April 1822) der Kapudan Pascha, Kara-Ali, die Insel Chios, welche sich dem Aufstande angeschlossen hatte und wüthete dort mit einer Grausamkeit, welche ganz Europa mit Entrüstung erfüllte; doch in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni desselben Jahres verbrannte Kanaris die türkische Flotte vermittelst zweier Brander, welche er mitten in dieselbe einführte.

Ganz Europa blickte mit gespannter Bewegung auf den Kampf zwischen Griechen und Türken. Die zu Verona versammelten Mächte wiesen die griechischen Gesandten zurück, ohne sie anzuhören, doch die öffentliche Meinung stand auf ihrer Seite. In Deutschland, England und Frankreich bildeten sich zahlreiche Vereine, welche milde Gaben sammelten und den Griechen zusandten. Einzelne angesehene Männer, namentlich der Bankier Eynard und Lord Byron traten für sie in die Schranken, indem sie denselben ansehnliche Geldsummen zuschickten oder selbst mit dem Schwerte in der Hand an deren Kämpfen Theil nahmen. Schon in der ersten Hälfte des Jahres 1822 hatte sich ein Philhellenen-Bataillon gebildet, welches jedoch in der Schlacht bei Peta seinen Untergang fand. Neue Schaaren von Griechenfreunden zogen nach dem Osten. Die englischen Bankiers schossen dem jungen Staate (21. Februar 1824) achtmalhunderttausend Pfund Sterling vor. Die Streitkräfte der Türken waren dermaßen erschöpft, daß der Sultan sich nicht anders zu helfen wußte, als dadurch, daß er den Sohn Mehemed Ali's, Ibrahim, zum Pascha von Morea ernannte, um sich dadurch die Hülfe des Vaters zu verschaffen. Anfangs Juni 1824 segelte Ibrahim Pascha mit einer zahlreichen Flotte, welche zweiundzwanzigtausend Mann Landungstruppen an Bord hatte, von Alexandria ab. Miaulis trieb den Kapudan Pascha und die Flotte Ibrahim Pascha's zurück. Allein (24. Februar 1825) landete Ibrahim bei Modon und überschwemmte bald mit seinen wilden Schaaren ganz

Morea. Der Wütherich schickte Schiffsladungen gefangener Griechen als Sklaven nach Egypten und verwandelte Morea in eine Wüstenei. Zugleich rückte Redschid Pascha vom Norden vor und eroberte im Verein mit Ibrahim Pascha Missolunghi (Ende April 1826). Athen fiel (17. August 1826) in die Gewalt Redschid Pascha's. Doch in der Akropolis behaupteten sich noch die Griechen.

Je furchtbarer diese Schläge waren, desto lauter erschallte der Schrei der Entrüstung über die Niederträchtigkeit der christlichen Regierungen durch ganz Europa. Lord Cochrane eilte mit einigen Schiffen den Griechen zu Hülfe. Sir Richard Church leistete denselben gute Dienste. Jener wurde von der Nationalversammlung in Trözene zum Oberbefehlshaber der Seemacht ernannt, dieser an die Spitze des Landheeres gestellt. Dieselbe Versammlung ernannte (14. April 1827) den Grafen Kapodistrias auf sieben Jahre zum Regenten des griechischen Freistaates. So schrecklich die Lage der Griechen auch war, setzten sie doch ihren Widerstand gegen die Türken und Egypter fort. Die Pforte glaubte schon, die Griechen unterworfen zu haben. Mit unerhörtem Uebermuthe wies sie alle Vermittelungsvorschläge Rußland's, England's und Frankreich's zurück und trieb dadurch diese Mächte weiter, als sie Anfangs zu gehen entschlossen waren. So kam es (20. October 1827) zur Schlacht von Navarino, in welcher die türkisch-egyptische Flotte vernichtet wurde.

Am 18. Januar 1828 langte Graf Kapodistrias in Nauplia an. Am 29. August 1828 setzte der französische General Maison vierzehntausend Mann an's Land und zwang dadurch die Egypter, abzuziehen. So war Griechenland von den dringendsten Gefahren, womit es der äußere Feind bedroht hatte, gerettet. Doch im Innern des Landes dauerte die Gährung fort. Kapodistrias verstand es nicht, sich die Achtung und Liebe der Griechen zu erwerben. Er war zu lange im Dienste des russischen Czaaren gestanden, als daß er fähig gewesen wäre, Griechenland nach republikanischen Grundsätzen und frei von russischen Vorurtheilen zu leiten. Sein Starrsinn und seine Gewaltthätigkeit führten höchst bedenkliche innere Kämpfe herbei. Am 9. October 1831 fiel er unter den Händen Constantin's Mauromichalis und dessen Neffen, Georg's Mauromichalis.

Mittlerweile hatten die drei Seemächte vermittelst Protokolls vom 3. Februar 1830 Griechenland zu einem unabhängigen Staate erklärt. Zuerst sollte der Prinz Leopold von Sachsen-Koburg die griechische Krone tragen. Als dieser aber, nachdem er dieselbe angenommen hatte, später ablehnte, trat, vermittelst eines am 7. Mai 1832 abgeschlossenen Vertrages, Prinz Otto von Baiern an dessen Stelle.

Ueber die Gränze des jungen Staates war lange Zeit gestritten worden. Am Ende wurde dieselbe durch eine vom Meerbusen von Arta über das Othrysgebirge bis zum Golfe von Volo etwa unter dem 39. Grade nördlicher Breite gezogene Linie festgestellt. Griechenland umfaßt demnach die ehemaligen Provinzen Morea und Rumelia oder Livadia nebst einigen angränzenden Gegenden, oder den Peloponnes, das alte Mittel-Griechenland oder Hellas im engern Sinne des Wortes, und den im Süden des Othrys belegenen Theil von Thessalien oder Phthiotis, endlich die Insel Euböa oder Negroponte, den größten Theil der Cykladen und einige der westlichen Sporaden, im Ganzen achthundert und sechsundachtzig Quadratmeilen.

Um die Insel Candia, das Creta der Alten, wurde ein langer, blutiger Kampf geführt. Am Ende blieb sie den Türken. Von dem classischen Griechenland wurde demnach, dem Flächenraume nach, kaum die Hälfte vom türkischen Joche befreit.

Wenn das Königreich Griechenland mit dem baierischen Otto an dessen Spitze als das Endresultat des langjährigen Kampfes betrachtet werden müßte, so könnte man daher

wohl bezweifeln, daß daſſelbe einer ſo großartigen Anſtrengung, wie die Griechen ſie machten, werth geweſen wäre. Allein der urſprüngliche Plan der Hetärie ging weiter. Früher oder ſpäter wird dieſer gewiß wieder aufgenommen werden, und dann wird die Freiheit Griechenland's, ſo beſchränkt ſie uns jetzt auch erſcheinen mag, ihre Früchte tragen. Eine allgemeine Schilderhebung der Griechen iſt jetzt weit leichter, als im Jahre 1821 einzuleiten und hat weit günſtigere Ausſichten auf einen endlichen Sieg, als damals. Es kommt nur darauf an, daß ein Wind die vereinzelten Funken der Freiheit, welche in der ganzen europäiſchen Türkei glimmen, zu einer Flamme anfache. Dann werden die Griechen, auch ohne fremde Hülfe, das türkiſche Joch zerbrechen.

Nimmermehr werden die Ruſſen zu einem ſolchen Zwecke den Griechen Beiſtand leiſten. Darüber ſind dieſe ohne Zweifel während des Freiheitskrieges und ſpäter zur Genüge aufgeklärt worden. Fünf Millionen Griechen im Norden, und eine Million im Süden müßten wohl im Stande ſein, ihren in der europäiſchen Türkei wohnenden Stammes- und Glaubensgenoſſen den Sieg über die Türken zu verſchaffen, um ſo mehr, als im Augenblicke der Gefahr die Pforte auf keinen ihrer Paſcha's mit Sicherheit zählen kann. Seit langer Zeit war jeder der türkiſchen Statthalter bereit, ſich unabhängig zu machen, ſobald ſich ihm dazu eine Gelegenheit bot.

Das einzige Land, welches der Pforte in Afrika geblieben, war Egypten. Dort hatte ſich Mehemed Ali feſtgeſetzt. Zur Zeit des Krieges mit den Franzoſen war derſelbe (1800) an der Spitze des Contingentes ſeiner Vaterſtadt Kavala in Macedonien dahin gekommen. Durch Liſt und Grauſamkeit verſtand er es, ſich mehr und mehr emporzuſchwingen, bis er (1806) von der Pforte zum Paſcha von drei Roßſchweifen und von Egypten ernannt wurde. Der Mameluken entledigte er ſich, indem er die Führer derſelben zu ſich lud und nach dem ihnen gegebenen Feſtmahle, vierhundert und ſiebenzig an der Zahl, durch ſeine albaneſiſchen Söldner abſchlachtete. Nicht zufrieden mit dem vergoſſenen Blute, ließ er ſpäter noch über fünfhundert derſelben tödten und vernichtete dadurch vollſtändig die Macht der Mameluken. Die Pforte miſchte ſich nicht in dieſe Angelegenheiten. Mehemed Ali dehnte ſeine Macht immer weiter aus, und als Sultan Mahmud, um den gefährlichen Satrapen dem Verderben zu weihen, dieſem den Auftrag gab, die Wechabiten in Arabien zu bekämpfen, ſo wuchs dadurch des Paſcha's Anſehen noch mehr, indem es dieſem gelang, durch ſeinen Sohn Ibrahim (1816—1818) die Wechabiten vollſtändig zu vernichten. Ein großer Theil Arabien's fiel dadurch unter die Gewalt Mehemed Ali's, welcher ſich auch Nubien und Kordofan unterwarf. Mit Hülfe europäiſcher Offiziere gründete er ein egyptiſches Landheer und eine Seemacht mit allen Erforderniſſen derſelben. Er baute Feſtungen und Zeughäuſer, errichtete Werkſtätten zur Verfertigung aller Arten von Kriegsbedarf, legte Werften an und verfuhr dabei immer, wenn nicht mit großer Sachkenntniß, ſo doch mit niemals raſtender Thätigkeit und einer ſeltenen Ausdauer.

Sein Zweck war übrigens nur darauf gerichtet, für ſich und ſeine Familie eine möglichſt große Macht zu gründen. Was er mit ſeinen Klauen erreichen konnte, riß er an ſich. Die große Maſſe des Volkes mußte ſich von ihm gebrauchen laſſen, ſei es beim Landbau, in den von ihm angelegten Fabriken, oder in dem von ihm gegründeten Heere. Auf die Schwarzen des Südens ließ er in unmenſchlicher Weiſe Jagd machen, um ſie als Sklaven zu verkaufen. Die liegenden Gründe aller frommen Stiftungen, ſo wie diejenigen aller Privatperſonen, welche er an ſich reißen konnte, nahm er in Beſitz. Landbau, Fabriken, Sklavenhandel und viele andere Erwerbszweige betrieb er als Monopol. Die Pforte wagte nicht, ihn in der Ausübung ſeiner unumſchränkten Willkürherrſchaft zu ſtören. Im Gegentheile war ſie bereit, die Macht des Paſcha's noch zu vermehren, um ihn zu beſtim-

men, gegen Griechenland zu Felde zu ziehen. Durch die Schlacht von Navarino wurde übrigens die egyptische Flotte fast gänzlich zerstört. Ibrahim Pascha mußte sich aus Morea zurückziehen. Sein Plan, sich daselbst festzusetzen, scheiterte. Wenn er gelungen wäre, so hätte die Pforte, wie sich aus den späteren Unternehmungen Mehemed Ali's deutlich ergab, nicht viel dabei gewonnen. Schon bald traten die ehrgeizigen Absichten des egyptischen Satrapen immer deutlicher zu Tage. Ohne die Dazwischenkunft der christlichen Mächte, wäre die Pforte durch Mehemed Ali um das Jahr 1840 über den Haufen geworfen worden.

Die Türkei konnte sich durch eigene Kraft nicht länger behaupten. Doch die Eroberungssucht der verschiedenen Großmächte Europa's, welche sich über die Theilung der Türkei nicht so leicht einigen konnten, wie über diejenige Polen's, fristete der Pforte bis auf den heutigen Tag ein ärmliches Dasein. Voraussichtlich wird dieses aber nicht länger dauern, als der Schlummer, in welchem die Nationen Europa's befangen sind. Sobald die Völker des Westens das auf ihnen ruhende Joch der Tyrannei brechen, werden auch diejenigen des Ostens sich erheben und der Herrschaft der Türken ein Ende machen.

---

# Fünfter Abschnitt.

## Die Revolutionen von 1830 und 1831.

### § 60. Die Juli-Revolution.*)

Eine düstere Wetterwolke hing über ganz Europa. Aller Augen wandten sich gegen Paris. Denn dort hatte seit längerer Zeit schon dumpfer Donner gegrollt. Jeder fragte: wer wird siegen, Karl X. mit seinen Aristokraten, Pfaffen und Soldaten, oder die französische Nation mit ihrer Liebe zur Freiheit?

Schon in den ersten Tagen des Monats Juli hatte Herr Chantelauze den förmlichen Antrag auf einen Staatsstreich gestellt. Alle Minister waren über die Nothwendigkeit und die Rechtmäßigkeit desselben einverstanden. Nur Herr von Ranville wünschte, daß derselbe auf einige Wochen hinausgeschoben werden möge. Am 24. Juli versammelten sich die Minister und beriethen sich über die Einzelnheiten des Staatsstreichs.

Als Herr von Bourmont abreiste, um das Commando über die gegen Algier bestimmte Armee zu übernehmen, hatte Herr von Polignac sich das Kriegsministerium beigelegt, von dessen Geschäftsführung er durchaus nichts verstand. Diese einzige Anordnung genügte, den beabsichtigten Staatsstreich von vorn herein zu schwächen. Eine so schlaffe Faust, wie diejenige Polignac's, konnte denselben nicht mit Kraft führen. Nur der Kriegsminister hätte aber dem Streiche, den man beabsichtigte, Nachdruck verleihen können. Unter der Hand erhielten mehrere Personen Kenntniß von den Absichten des Cabinets. Talleyrand hatte diese errathen. Casimir Périer, welcher seit einiger Zeit in geheimen Beziehungen zum Hofe stand, wurde davon benachrichtigt.

Nur Herr von Haussez sprach in der Cabinetssitzung vom 24. einige Zweifel in Betreff der Zahl der Truppen aus, auf welche der Hof rechnen könne. Herr von Polignac begegnete denselben mit großem Selbstvertrauen. Am 25. Juli wurden die Ordonnanzen

*) Louis Blanc histoire de dix ans

unterzeichnet. Sie suspendirten die Freiheit der periodischen Presse auf unbestimmte Zeit, lösten die Deputirtenkammer auf, stießen das verfassungsmäßige Wahlgesetz um und setzten an dessen Stelle ein anderes, mit dessen Hülfe der Hof der Stimmenmehrheit in der Deputirtenkammer sicher zu sein vermeinte.

Im Verhältniß zu dem December-Staatsstreiche Napoleon's III. vernichteten die Juli-Ordonnanzen Karl's X. nur einen sehr geringen Theil der Freiheiten des französischen Volkes. Auch waren die Maßregeln, welche Karl X. zur Aufrechthaltung seines Staatsstreichs ergriff, nicht entfernt so grausam, als diejenigen Napoleon's. Doch die Art und Weise, wie die Bourbonen nach Frankreich zurückgekehrt waren, wie sie mit den auswärtigen Mächten Frieden geschlossen und Freundschaft gehalten, hatte die französische Nation mit einem Ingrimm gegen dieses Königsgeschlecht erfüllt, welcher nur eines geringen Anstoßes bedurfte, um in vollen Flammen auszubrechen. Die Bourgeoisie, die Mitglieder beider Kammern, deren Anhänger und Freunde, sodann der große Kreis strebender Männer, welche mit diesen in näherer oder fernerer Verbindung standen, wurden durch die Ordonnanzen vom 25. Juli auf's Tiefste erschüttert. Allein die bei weitem überwiegende Mehrzahl der Kammermitglieder war viel zu feig, als daß sie gewagt hätte, dem Staatsstreiche einen offenen Widerstand entgegenzusetzen.

Die große Masse der Bevölkerung von Paris nahm die Ordonnanzen, welche ihr am 26. Juli durch den Moniteur mitgetheilt wurden, ohne sichtbare Zeichen der Entrüstung auf. Sie besaß nicht Einsicht genug, die Tragweite des Staatsstreiches zu ermessen. Von den Mitgliedern der Presse ging der erste Anstoß zum Widerstande gegen die ungesetzliche Gewalt des Hofes aus. Am 27. Juli versammelten sich die Vertreter der Presse in dem Geschäftslocale des National und unterzeichneten eine Verwahrung, deren Kraftstelle lautete, wie folgt: „Die Regierung hat heute den Charakter der Gesetzlichkeit verloren, welcher Anspruch auf Gehorsam macht. Wir widerstehen ihr, was uns betrifft; Frankreich hat zu beurtheilen, wie weit sich sein Widerstand ausdehnen soll."

Die Journalisten begnügten sich nicht damit, diese allgemeine Verwahrung den Ordonnanzen entgegen zu setzen; die Herausgeber des Courrier Français, des Journal de Commerce und das Journal de Paris wandten sich an die Gerichte und erwirkten von diesen den Beschluß, welcher den Druckern vorschrieb, ihre Pressen den nicht authorisirten Zeitungen zu leihen.

Die Gazette, die Quotidienne, der Universel, das Journal des Debats und der Constitutionel fügten sich den Ordonnanzen. Der Globe, der National und Le Temps erschienen dem Verbote zum Trotze und zwar in außerordentlich großer Anzahl. Zu Hunderten wurden diese Blätter in die Caffeehäuser, in die Lesecabinette und in die Restaurationen geworfen. Junge Journalisten eilten von einer Werkstätte zur anderen und von einem Laden zum andern, lasen die erschienenen Zeitungen vor und begleiteten dieselben mit entflammenden Reden.

Mehrere Fabrikanten entließen ihre Arbeiter mit den Worten: „Wir können Euch kein Brod mehr geben." Die aus den Werkstätten entlassenen Arbeiter, unter welchen Schriftsetzer und Drucker die zahlreichsten waren, füllten die Straßen und bildeten da und dort Gruppen, welche damit anfingen, über die Ordonnanzen im Ton der höchsten Entrüstung zu sprechen.

Gegen Mittag des 27. Juli begab sich ein Polizei-Commissär mit einer Abtheilung berittener Gensd'armerie vor das Geschäftslocal der Zeitung Le Temps, um die Pressen des Blattes mit Beschlag zu belegen. Schnell sammelte sich eine große Zuschauermenge welche hörte, wie Herr Baude dem Commissär das Gesetz den Ordonnanzen entgegenstellte

und ihm bemerkte, daß er ſich eines mit Zwangsarbeit zu beſtrafenden Verbrechens ſchuldig mache, falls er auf ſeinem Vorhaben beſtehe. Der Commiſſär ließ ſich zwar durch dieſe Worte nicht abhalten, allein er konnte keinen Schloſſer finden, welcher die wohlverwahrten Thüren des Geſchäftslocals öffnete. Die Verhandlung hatte mehrere Stunden gedauert; Tauſende von Zuhörern waren durch dieſelbe in Aufregung geſetzt worden.

Von Stunde zu Stunde wurden die Zeichen der Entrüſtung des Volkes häufiger und heftiger. Schon am Abende des 26. Juli waren einige Steine gegen den Wagen des Herrn von Polignac geworfen worden. Doch kam es erſt am Abende des 27. Juli zu Thätlichkeiten von Bedeutung. Man brauchte einige Zeit, um die Maſſen in Bewegung zu ſetzen.

In der Straße des Lyceums gaben die Truppen nach einigem Zögern Feuer und tödteten einen Menſchen. In der Straße Saint Honoré hatte ein Fremder auf die Truppen geſchoſſen. Dieſe erwiederten das Feuer und ſtreckten ihn und ſeine beiden Diener todt zur Erde nieder. Damals war ſchon die erſte Barrikade in der Nähe des franzöſiſchen Theaters erbaut worden. Lanzenreiter ſprengten durch die benachbarten Straßen und verwundeten mehrere Perſonen.

Der ſchlagendſte Beweis der zunehmenden Aufregung des Volkes lag darin, daß trotz aller Gefahren, womit die Truppen die auf den Straßen verſammelten Menſchen bedrohten, die Zahl der Menſchen daſelbſt immer zunahm.

Am Abende des 27. Juli wurden einige Waffenläden geleert und zwei neue Barrikaden in der Straße St. Honoré erbaut. Die Truppen wurden von dem Volke empfangen mit dem Rufe: „Es lebe die Linie!“ Frauen in eleganter Kleidung riefen den Soldaten aus den Fenſtern zu: „Thut dem Volke nichts zu leide!“

Die Maſſen, durch welche die Soldaten ſich mit Mühe Bahn brachen, beſtanden nicht blos aus zerlumpten Proletariern. Neben der Blouſe des Arbeiters fand ſich der Frackrock des Salonbeſuchers und der feine Ueberrock der höheren Stände.

Gegen Sonnenuntergang entfaltete auf dem Steindamm de l'Ecole ein Mann eine dreifarbige Fahne. Sie machte einen tiefen Eindruck auf die Umſtehenden. Einige Greiſe zogen die Hüte ab, Andere brachen in Thränen aus. Seit fünfzehn Jahren war dieſes Banner verpönt geweſen. Es regte die Maſſen gewaltſam auf. Mit ihm zog gewiſſermaßen die ganze Geſchichte Frankreich's vom Jahre 1789 bis 1815 an den Blicken des Volkes vorüber.

Die Stimmung des ſtrebenden und muthigen Theiles des Volkes nahm nirgends beſtimmtere und ſprechendere Formen an, als im Schooße der polytechniſchen Schule. Ein Zögling derſelben, Herr Charras, welcher ausgeſtoßen worden war, weil er vor fünf Monaten die Marſeillaiſe geſungen, hatte ſeinen Freunden in der Schule die Zeitungen und die Nachricht zugehen laſſen, daß es zum Kampfe kommen würde. Gegen ſechs Uhr Abends, nachdem die erſten Schüſſe gefallen waren, verſammelten ſich die Schüler, aller Drohungen ihrer Vorgeſetzten zum Trotze und beſchloſſen eine Abordnung von vier Schülern an die Herren Laffitte, Caſimir Périer und Lafayette zu ſchicken, um dieſen zu erklären, „daß die Schule bereit ſei, ihre Anſtrengungen zu unterſtützen und, wenn es noth thue, ſich dem Aufſtande in die Arme zu werfen.“ So beſchloſſen die wackeren Knaben der polytechniſchen Schule. Was thaten in dieſer Zeit die Männer ihres Vertrauens?

Im Laufe des 26. Juli hatten einige Abgeordnete ſich bei Herrn Laborde vereinigt. Dort hatte man den Ruf vernommen: „Zu den Waffen!“ Herr Bavoux hatte geſagt: „Es handelt ſich um ein neues Ballſpiel.“ *) Herr Dannou hatte hinzugefügt, daß man zu

einer Berufung an das Volk schreiten müsse. Doch Herr Casimir Périer hatte abgewiegelt und abgewässert, hatte so lange durch sein Geschwätz die Abgeordneten ermüdet, bis diesen aller Muth und alle Kraft vergangen war. Im gleichen Sinne hatte um dieselbe Zeit Herr Thiers in einer Versammlung der Wahlmänner gewirkt, welche im Geschäftslocale des National abgehalten wurde. In einer zweiten Versammlung, welche die Abgeordneten, dieses Mal bei Casimir Périer, hielten, war nur von gesetzlichem Widerstande die Rede gewesen. Herr Thiers warnte, den Namen des Königs ja nicht in diese brennenden Erörterungen zu mischen. Herr Dupin wiederholte immer und immer: „Es giebt keine Abgeordneten mehr, seit der Moniteur mit der die Kammer auflösenden Ordonnanz erschienen ist."

Nächst der Presse war kein Theil der Nation so schwer durch die Juli-Ordonnanzen betroffen worden, als die Deputirtenkammer. Diese war nicht blos aufgelöst. Ihre ganze Zukunft war durch das neu octroyirte Wahlgesetz vernichtet worden. Allein die Herren Abgeordneten waren gewohnt, nur durch Reden und in gesetzlicher Form die Regierung zu bekämpfen. Sie konnten sich auch jetzt zu nichts anderem, als zu Worten, entschließen.

Während die Abgeordneten ihre Angst durch Schweigen oder durch nichtige Reden kund thaten, fing das Volk ohne Führer und ohne Organisation an, zu handeln. Rings um das Palais Royal, diesen Stammsitz der Revolution, drängten sich in düsterer Mißstimmung Tausende, welche durch ihre Haltung kund thaten, daß sie bereit zum Kampfe seien. In den Straßen de l'Echelle und der Pyramiden wurde der Versuch gemacht, Barrikaden zu errichten. Ein Wachthaus am Fuße der Säulengänge der Börse wurde in Brand gesteckt und verbreitete weit hin ein Unheil verkündendes Licht. Gegen das Theater Français wogte ein Menschenzug, welcher eine Leiche mit sich führte und aus welchem wiederholt der Ruf: „Rache! Rache!" erschallte.

Patrouillen durchzogen die Straßen. Längs der Boulevards, auf dem Platze Ludwig's XV., auf dem Platze Vendôme und auf dem Bastillenplatze standen königliche Truppen. Doch diese waren viel zu gering an Zahl, als daß sie im Stande gewesen wären, die Bewegung des Volkes im Keime zu ersticken.

In der Nacht vom 27. auf den 28. fanden endlich mehrere Berathungen ernsteret Art an verschiedenen Orten statt. Republikaner und Anhänger des Kaiserthums waren entschlossen, zu den Waffen zu greifen. Eine Versammlung, welche bei General Gourgaud stattgefunden, hatte den Beschluß gefaßt, am folgenden Tage auf dem Platze des Petits Pères wieder zusammen zu treffen. Dort fand am 28. einer der ersten Kämpfe von Bedeutung statt. Das Volk erstürmte das Rathhaus, vertheilte die daselbst befindlichen Gewehre und ließ Appell schlagen.

Allmählig erhoben sich die kräftigen Bewohner der Vorstädte in Masse, bildeten Gruppen bei den Thoren St. Dénis und St. Martin und erbauten eine Barrikade beim Eingang in die Vorstadt St. Dénis.

Der Aufstand breitete sich nach allen Seiten hin aus. Einzelne entschlossene Bürger verwandelten ihre Häuser in Festungen, besetzten sie mit tapferen Schaaren und griffen von denselben aus die vorbeiziehenden Truppen an. Andere theilten unter das Volk Waffen und Uniformen aus. In der Vorstadt St. Jacques griffen die Studenten zu den Waffen. Die Schüler der polytechnischen Schule, immer angeregt von Charras, brachen aus und stellten sich da und dort an die Spitze des Volkes. Die Abgeordneten derselben hatten von den drei Männern ihres Vertrauens nur Lafayette gefunden und dieser hatte ihnen gesagt: „Rathen Sie ihren Kameraden, sich ruhig zu verhalten." Doch die frische Jugend ließ sich dadurch nicht entmuthigen. Sie stürzte sich in den Kampf, wo die Gefahr am größten war.

Digitized by Google

Der Herr von Polignac hatte bis zum Morgen des 28. Juli keine Gefahr für die Bourbonen gesehen. Erst an diesem Tage übergab er dem Marschall Marmont, Herzoge von Ragusa, die Ordonnanz, welche diesen zum Befehlshaber der ersten Militärdivision ernannte. Erst jetzt konnten daher militärische Anordnungen in größerem Maßstabe getroffen werden. Die Truppen, welche am Morgen des 28. um die Tuilerien concentrirt waren, sollten in zwei großen Abtheilungen die Stadt durchziehen, die eine längs der Seine, die andere längs den Boulevards und über den Bastilleplatz und sich beim Stadthause wieder vereinigen. Zwei Bataillone der Garde sollten die Verbindungen zwischen diesen Heersäulen aufrecht erhalten. Doch das Volk empfing die Truppen fast aller Orten mit Kugeln. Besonders furchtbar tobte der Kampf in der Nähe der Thore St. Dénis und St. Martin. Von den Dächern der Häuser wurden Pflastersteine auf die Soldaten herabgeworfen. Weiber und Kinder nahmen an dem Kampfe Theil, indem sie Steine in die oberen Stockwerke der Häuser trugen, Patronen anfertigten, Pulver und Blei den Kämpfenden zubrachten und die Verwundeten verbanden. Die Truppen, welche das Stadthaus besetzt hielten, wurden vom Volke heftig angegriffen. Dort weigerte sich zuerst das fünfzigste Linien-Regiment, nachdem es auf dem Marsche dahin schwere Verluste erlitten hatte, weiter auf das Volk zu schießen. Eine Abtheilung Schweizer Soldaten, welche von den Tuilerien dem Stadthause zu Hülfe zog, erregte durch ihre verhaßten Uniformen mehr und mehr den Grimm des Volkes. Aller Orten verloren die Truppen viele Leute. Sie sowohl, als ihr Oberbefehlshaber Marmont kämpften mit äußerstem Widerwillen gegen das Volk und dieses gab mitten im Kampfe deutlich zu erkennen, daß es, trotz der schon entbrannten Schlacht, in den Soldaten noch immer seine Brüder erkenne. Als ein Arbeiter einen Hauptmann an der Spitze seiner Companie angriff und diesem mit einer Eisenstange einen heftigen Streich versetzte, schlug der schwer verwundete und blutende Offizier die Bayonnette seiner Soldaten mit dem Degen in die Höhe, um seinem Angreifer das Leben zu retten. Das Volk auf der anderen Seite trug Sorge für die verwundeten Soldaten und erreichte nicht selten durch Bitten und freundlichen Zuspruch, daß diese von ihren Waffen keinen Gebrauch machten.

Während das Volk schon aus tausend Wunden blutete, versammelten sich die Abgeordneten bei Audry de Puyraveau, konnten sich aber über nichts einigen, als eine Unterhandlung mit Marmont einzuleiten. Dieser konnte auf eigene Faust nichts thun und Herr von Polignac, welchem Marmont die Deputation zuführen wollte, weigerte sich, dieselbe zu empfangen. Vergebens bemühte sich Marmont, den König zur Nachgiebigkeit zu bestimmen, entkräftete seine Rathschläge aber selbst vollständig dadurch, daß er erklärte, die Truppen könnten noch einen Monat lang aushalten. Karl X., welcher dieser Zusage des Marschalls vertraute und sich wenig bekümmerte, wie viel Blut im Kampfe vergossen werden möchte, vorausgesetzt, daß er Sieger bliebe, ließ dem Marschall befehlen, die Truppen in der Nähe der Tuilerien zu concentriren. Dieser Befehl störte alle vom Marschall getroffenen Dispositionen und war überdies nur mit schweren Verlusten auszuführen. Die Soldaten kämpften da und dort gegen das Volk und konnten sich nicht mehr frei bewegen. Nur mit großer Gefahr konnten ihnen Befehle überbracht werden. Für die Ernährung der zersplitterten Heeresabtheilungen war keine Fürsorge getroffen worden. Während der Hitze des Tages brachte ihnen Niemand Erfrischungen. Sie mußten mit leerem Magen kämpfen. Die Nachlässigkeit der Regierung wurde ihnen auf diese Weise sehr fühlbar gemacht.

Der Kampf dehnte sich nach allen Seiten mehr und mehr aus. Er dauerte fort bis in die sinkende Nacht. Erst dann wurde es den meisten Truppen [illegible]

gegen die Tuilerien auszuführen. Die Besatzung des Stadthauses hatte nur noch vierzig Patronen, als sie dieses um Mitternacht räumte.

Die Abgeordneten hatten im Laufe des 28. zwar wieder zwei Sitzungen gehalten, sie konnten jedoch zu keinem Beschlusse kommen und viele von Denjenigen, welche später unter Ludwig Philipp am höchsten stiegen, gaben im Augenblicke der Entscheidung nur Beweise der Unentschlossenheit, Halbheit oder offenbarer Feigheit. Zu den Leuten dieses Schlages gehörten namentlich Casimir Périer, General Sébastiani, Guizot, Dupin der Aeltere, General Gérard und Andere.

Lafitte hatte allein den Muth gehabt, dem Marschall Marmont zu erklären, daß, falls der König nicht nachgeben sollte, er sich mit Gut und Blut der Bewegung anschließen würde. Außer ihm bekundeten Lafayette, Mauguin, Audry de Puyraveau, Laborde, Bavoux und Chardel einige Festigkeit. Sie konnten aber gegen die Masse der leeren Schwätzer nichts ausrichten. Lafayette, dessen Name schon der Revolution großen Vorschub geleistet hätte, wagte es nicht, ihr nur diesen zu leihen. Doch das Volk von Paris war muthig. Am Morgen des 29. Juli fand es alle diejenigen Posten, an welchen es Tags zuvor gekämpft hatte, von Truppen entblößt. Während der Nacht hatten entschlossene Bürger, unter diesen namentlich Herr Baude, mehrere Casernen besucht und sich bemüht, die Soldaten für die Sache der Freiheit zu gewinnen. Andere Freunde der Freiheit hatten während der Dunkelheit der Nacht zahlreiche Barrikaden errichtet. Die Truppen hatten nur noch den Raum vom Louvre bis zu den elysäischen Feldern inne. Liniensoldaten standen im Tuileriengarten und auf dem Vendômeplatze. Die Garde hielt den Carrouselplatz, den Platz Ludwig's XV., den Magdalenen-Boulvard und den innern Hof des Palais-Royal besetzt. Einzelne Posten standen in der Straße St. Honoré. Zwei Batallone Schweizer vertheidigten das Louvre. Von allen Seiten strömte das Volk nach dem Mittelpunkte der Stadt. Am 29. Juli war es nicht mehr ganz ohne Führer. General Dübourg nahm Besitz vom Stadthause, ließ auf demselben die schwarze Fahne aufziehen und leitete von da aus den Angriff auf die Soldaten. Herr Baude übernahm die Verrichtungen des Secretärs einer Regierung, die noch nicht bestand. Vom Stadthause aus verbreitete er seine Proclamationen über ganz Paris. In der Stadtkasse fand er über fünf Millionen Franken. Schnell bildeten sich in den zwölf Bezirken der Hauptstadt Ausschüsse, welche sich mit dem Stadthause in's Einvernehmen setzten. Die neue Regierung flößte nicht blos den Parisern, sondern auch den fremden Diplomaten Vertrauen ein. Mehrere derselben namentlich Herr Klaproth, Attaché der preußischen Gesandtschaft, und Herr von Löwenhielm, schwedischer Gesandter, fanden sich auf dem Stadthause ein.

Die Pairs versammelten sich im Palaste Luxembourg, verwünschten Polignac und hofften, daß durch die Zurücknahme der Ordonnanzen die Aufregung des Volkes beschwichtigt werden könne. Der Großreferendarius der Pairskammer, Herr von Sémonville, machte dem Herrn von Polignac die bittersten Vorwürfe. Als diese nichts fruchteten, fuhr er mit Herrn von Argout nach St. Cloud, wo er zu derselben Zeit mit den Ministern eintraf, welche dahin fuhren, um eine Cabinetssitzung zu halten.

Schon hatte sich der Aufstand von Paris nach Versailles ausgebreitet. Der Hof wurde dadurch wegen der geringen Entfernung dieser Stadt von St. Cloud auf's Aeußerste erschreckt. Herr von Sémonville sagte dem Könige rund heraus: „Wenn in einer Stunde die Ordonnanzen nicht zurück genommen sind, ist es aus mit dem Könige und mit dem Königthum!" Karl X. wußte ihm nichts zu erwidern, als: „Vielleicht werden Sie mir zwei Stunden geben."

Mittlerweile war der Kampf in Paris wieder ausgebrochen. Die Zöglinge der

polytechnischen Schule bemächtigten sich der Caserne der Straße Tournon und theilten die daselbst vorgefundenen Waffen unter das Volk aus. Von da begaben sich mehrere Schaaren nach verschiedenen Plätzen, um an dem Kampfe Theil zu nehmen. Eine Abtheilung nahm den Schweizern den Posten des Platzes St. Thomas d'Aquin, eine andere bemächtigte sich des Pulvermagazins in der Nähe des Jardin des Plantes. Eine dritte nahm eine Waffenniederlage der königlichen Garde auf dem Platze de l'Estrapade. Die Garde zog sich zurück, ohne Widerstand zu leisten. Die Waffen wurden unter das Volk vertheilt. Nicht fern vom Pantheon standen die Truppen in Schlachtordnung vor dem Gefängniß Montaigu. Das Volk rückte heran. Bevor es jedoch zum Kampfe kam, drängte sich Herr Charras vor, sprach zu den Soldaten einige Worte voll von Kraft und Begeisterung. Der Offizier senkte seinen Degen und die Soldaten schworen, nicht auf ihre Brüder zu schießen.

Rings um die Kaserne von Babylon, welche die Schweizer inne hatten, fand ein blutiger Kampf statt, welcher drei Viertel Stunden lang dauerte. Endlich siegte das Volk, indem es Stroh vor das Thor der Kaserne brachte und dieses anzündete. Ein Theil der Schweizer entfloh, ein anderer wollte sich weder ergeben, noch fliehen und wurde niedergemacht.

Am heftigsten wüthete aber die Schlacht rings um das Louvre. Die Schweizer, welche in dem Säulengange aufgestellt waren, eröffneten ein furchtbares Feuer auf das Volk. Der Herzog von Ragusa, welchem gemeldet worden war, daß die Truppen auf dem Vendômeplatze wankten, wollte sie durch Schweizer ersetzen und befahl dem Herrn von Salis, welcher im Louvre commandirte, ihm eines seiner beiden Bataillone zu schicken. Salis wollte dasjenige, welches im Feuer gestanden war, dem Herzoge schicken und dieses durch das zweite ablösen lassen. Das erste Bataillon zog ab, das Volk bemerkte es und erstürmte das Louvre, bevor das im Hofe stehende zweite den Platz des ersten hatte einnehmen können. Die Unordnung drang jetzt in die Reihen der Soldaten. In einem Augenblicke floh die ganze Armee des Königs gegen die Elysäischen Felder. Es war zwölf Uhr fünf Minuten Mittags. Das Volk drang vom Louvre in die Tullerien. Die Arbeiter setzten im Thronsaale eine Leiche auf den Stuhl der Könige.

Noch hielten königliche Truppen den Hof des Palais-Royal besetzt. Aufgefordert von einem Manne des Volkes, räumte die Besatzung das Schloß.

In der Eile hatte Marmont eine Compagnie des dritten Garde-Regiments vergessen, welche in der Straße Rohan aufgestellt war. Die Soldaten hatten sich in ein Haus zurückgezogen und feuerten von diesem aus auf das Volk. Nach einem heftigen Kampfe wurde das Haus genommen. Viele Soldaten verloren bei diesem Kampfe ihr Leben. Sie hatten das Volk durch ihren heftigen Widerstand auf's Aeußerste gereizt. Doch mitten im Gewühle des Kampfes traten die ergreifendsten Züge edeler Menschlichkeit zu Tage. Der größte Heldenmuth wechselte auf Seiten des Volkes mit vergebender Milde ab.

Noch hatten die königlichen Truppen den Vendômeplatz, die Magdalenenkirche, die Straße des Friedens und den Boulevard der Kapuzinerinnen besetzt. Ein muthiger Bürger, Herr Froussard, beschwor die Soldaten, ihres Ursprungs zu gedenken und erinnerte sie daran, daß ihre Feinde ihre Brüder seien. Mehrere andere Bürger sprachen in gleichem Sinne. Die Soldaten drehten ihre Gewehre um, den Kolben in die Höhe, längs der ganzen Straße des Friedens. Das 53. Linien-Regiment, welches auf dem Vendômeplatze stand, war bereit, sich dem Volke anzuschließen, nur der Oberst widersetzte sich noch. Ein Sergeant des Regiments brachte die Nachricht davon in das Haus des Herrn Laffitte.

dem Sergeanten an Ort und Stelle. Der Oberst mußte sich fügen. Das ganze Regiment zog vor das Haus Laffitte's. Gleich darauf folgte das sechste Regiment dem Beispiele des dreiundfünfzigsten.

Die Schlacht war gewonnen, das Volk hatte gesiegt. Doch während die Freunde der Freiheit ihr Leben kühn eingesetzt, hatten die Ränkeschmiede Zeit gehabt, ihre Anstalten so zu treffen, daß ihnen die Früchte des Sieges zufielen.

Das Volk hatte sich in den Besitz der Tuilerien gesetzt, kein werthvoller Gegenstand, kein Geldsack, weder Juwelen, noch Gefäße von Silber und Gold fehlten am Tage nach dem Siege. Nur wenige Fälle des Diebstahls waren vorgekommen. Das Volk bestrafte die Verbrecher sogar mit übertriebener Strenge. Während des Kampfes und unmittelbar darauf waren alle Thüren des Hauses Laffitte's dem Volke offen geblieben. Die Pferde des edlen Mannes standen Jedem zur Verfügung, welcher deren für die Sache der Freiheit bedurfte. Sie wurden am Abende des Kampfes alle redlich zurückgebracht. So groß die Verluste waren, welche die Börse dem Bankier Laffitte verursachte, das Volk hatte ihm nicht für eines Pfennigs Werth weggetragen.

Der Unterschied der Stände hatte aufgehört. Arme und Reiche umarmten sich als Brüder. Leider währte die Zeit der Entzückung nicht lange.

Die Nationalgarde, d. h. die bewaffnete Bourgeoisie, hatte an dem Kampfe wenig oder gar keinen Theil genommen. Nach geschlagener Schlacht tauchte sie plötzlich auf und verdrängte die tapferen Proletarier, welche den Sieg errungen hatten. Die reichen Leute dachten nur daran, ihr Eigenthum zu schützen. Dieses galt ihnen mehr, als Freiheit, Recht und die Ehre des Vaterlandes.

So lange der Sieg zweifelhaft war, hüteten sich die Abgeordneten wohl, durch irgend einen entscheidenden Schritt Theil an der Revolution zu nehmen. Als aber der Sieg gewonnen war und sich die königlichen Truppen aus Paris nach St. Cloud zurückzogen, faßten sie einigen Muth. Zwar ergriffen sie noch nicht Partei für das Volk, denn sie dachten, das Blatt könne sich immer noch wenden. Allein sie entschlossen sich doch, den General Lafayette zu ersuchen, den Oberbefehl über die Nationalgarde zu übernehmen. Der General verfügte sich am Abende des 29. Juli nach dem Stadthause, woselbst auf Veranlassung des Herrn Baude die dreifarbige Fahne entfaltet wurde. Zugleich erwählten die Abgeordneten eine Municipalcommission, welche aus den Herren Casimir Périer, Lobau, Schonen, Audry de Puyraveau und Mauguin bestand und den Herrn Odilon Barrot als Secretär wählte. Auf diese Weise wurde zwar Methode in die Bewegung gebracht, allein keine revolutionäre. Lafayette, welcher in seinen besten Tagen die Revolution nicht verstanden hatte, begriff sie im Jahre 1830 noch weniger. Er war überdies zu gebrechlich, als daß er an der Spitze der Nationalgarde etwas hätte leisten können. Er besaß zu wenig Widerstandskraft, um den ihn umgebenden royalistischen Einflüssen die Spitze zu bieten.

Herr Casimir Périer hatte während der drei Tage (27., 28. und 29. Juli) noch immer geheime Unterhandlungen mit dem Hofe gepflogen. Er wollte nichts weiter, als die Bourbonen ohne die Ultra's. An der Spitze der Municipalcommission wachte er darüber, daß die Bewegung der Geister so schnell als möglich abnahm und daß die Nation in das Geleise des Alltagslebens zurückkehrte. Der einzige Mann von Entschiedenheit im Schooße der Commission war Mauguin. Allein er besaß nicht das Vertrauen seiner Genossen und drang daher mit seinen energischen Ansichten nicht durch.

Herr Laffitte war durch eine Wunde, welche er am Beine erhalten hatte, abgehalten, sich persönlich von der Stimmung der Massen zu überzeugen. Er stand in Verbindung mit dem Herzoge von Orleans. Seine Wünsche reichten wohl weiter, als diejenigen

Digitized by Google

Caſimir Périer's, doch nicht über ein conſtitutionelles Königthum, mit dem Herzoge von Orleans an deſſen Spitze, hinaus.

Die Republikaner hatten tapfer gekämpft; allein im Rathe hatten ſie faſt keine Stimme.

Noch war über die Zukunft Frankreich's nichts entſchieden. Karl X. war noch in St. Cloud. Um ihn ſammelten ſich die Trümmer des Heeres, mit welchen ſich Marmont aus Paris zurückzog. Der Dauphin, Herzog von Angoulême, ließ ſich an Marmont's Stelle den Oberbefehl über die Truppen zutheilen. Da dieſer Prinz unfähig war, ein ſelbſtändiges Commando zu führen und nicht einmal die Gabe hatte, den hungernden und ſchwer gedrückten Soldaten ein ermuthigendes Wort zu ſagen, ſo war durch dieſe Ernennung die Sache des ältern Zweiges der Bourbonen unwiederbringlich verloren.

Auf Anregung des Herrn von Sémonville war zu St. Cloud von der Bildung eines neuen Miniſteriums die Rede geweſen. Mortemart und Gérard waren in Vorſchlag gebracht worden. Die Wahl war unglücklich. Denn die Männer, welche in Paris kämpften, kannten dieſe Namen nicht. Karl X., welcher von einer Täuſchung in die andere fiel, glaubte, unter Vorausſetzung einer derartigen Nachgiebigkeit, ſeines Thrones gewiß zu ſein. Als ſich Mortemart weigerte, die ihm angebotene Stelle eines Premierminiſters anzunehmen, rief der König heftig aus: „Sie weigern ſich alſo, mein Leben und dasjenige meiner Miniſter zu retten?“ Mortemart erwiederte: „Wenn Euere Majeſtät das von mir verlangt —“ Karl X. ließ ihn nicht ausſprechen, ſondern unterbrach ihn mit den Worten: „Ja, das iſt es,“ und fügte dann in ſehr verletzender Weiſe hinzu: „Ich bin noch glücklich, daß nur Sie mir aufgedrungen werden.“

Kurz darauf drang Herr von Sémonville nebſt Herrn von Argout und Neuville zum Könige ein. Dieſer ſagte ihnen: „Meine Herren, Sie haben es gewollt, reiſen Sie ab! Sagen Sie den Pariſern, daß der König die Ordonnanzen zurücknimmt; aber, ich erkläre es Ihnen, ich glaube, daß dieſes für die Intereſſen Frankreich's und der Monarchie gefährlich iſt.“ Karl X. täuſchte ſich. Die Zurücknahme war zu ſpät. Sie übte gar keinen Einfluß auf die Lage der Dinge. Der Miniſterwechſel kam gar nicht zu Stande. Er blieb ein Project.

Als die drei Unterhändler im Stadthauſe zu Paris ankamen, hatte ſich daſelbſt ſchon Lafayette und die Municipal-Commiſſion feſtgeſetzt. Damals ſprach Herr von Schonen die berühmten Worte: „Es iſt zu ſpät! Der Thron Karl's X. iſt im Blute zuſammengeſtürzt.“ Herr Mauguin fragte: „Haben Sie ſchriftliche Vollmachten?“ Audry de Puyraveau machte der Unterhandlung ein Ende, indem er aufſtand, gegen das Fenſter ging und rief: „Sprechen Sie nicht mehr von Verſtändigung, oder ich laſſe das Volk hier heraufkommen.“

Herr von Sémonville erkannte, daß die Zeit des ältern Zweiges der Bourbonen abgelaufen ſei. Doch die Herren Neuville und Argout, von Caſimir Périer ermuntert, machten noch einen Verſuch bei Laffitte. Dort nahm das Volk an den Verhandlungen Theil. Als Herr Argout Herrn Laffitte drängte, öffnete ein Mann die Thür, ſtieß ſeinen Flintenkolben auf die Erde und rief: „Wer wagt es, hier von Unterhandlungen mit Karl X. zu ſprechen?“ Von dem Vorplatze her ertönte der Ruf: „Keine Bourbonen mehr!“ Laffitte wurde durch dieſe Rufe noch mehr befeſtigt in dem Entſchluſſe, die ältere Linie der Bourbonen fallen zu laſſen. Allein nur die ältere; die jüngere, das Haus Orleans gedachte er auf den Thron zu heben.

Die Unterhändler Argout und Neuville eilten nach St. Cloud zurück. Dort ſpielte

Landcharte, Herr von Mortemart lauschte vom Balkone aus, ob er keine Töne aus Paris vernehme. Karl X. weigerte sich, irgend etwas zu unterzeichnen, bevor die Unterhändler aus Paris zurückgekommen wären. Als es galt, die Ordonnanzen förmlich zurückzunehmen, fehlte es an Dinte, Feder und Papier und an einem Formular. Endlich wurden die neuen Ordonnanzen fertig. Doch nur mit Mühe erlangte Herr von Mortemart die Erlaubniß, nach Paris zu reisen. Nur auf Umwegen konnte er in die Nähe der Thore gelangen. Zu Fuß und heimlich traf er in der Stadt am frühen Morgen des 30. Juli ein.

Zu dieser Zeit waren die Männer, welche in Paris den vorherrschenden Einfluß besaßen, schon darüber einig, daß Karl X. nicht mehr König von Frankreich sein könne. Die Frage war nur, wer an dessen Stelle treten solle?

Nachdem die Abgeordneten einen Commandanten der Nationalgarde und eine Municipal-Commission ernannt und folgeweise sich für die Gewaltträger der Nation erklärt und die Freiheitskämpfer diese Ernennungen ruhig hingenommen hatten, war im Keime auch die Antwort auf diese Frage gegeben. Eine Bourgeois-Herrschaft, eine constitutionelle Monarchie und nichts weiter konnte von den Männern erwartet werden, welche sich nach dem Siege des Steuerruders bemächtigten. Die republikanische Partei trat nirgends entschieden genug hervor, um die Massen mit sich fortzureißen. Den Bourgeois kam es nur darauf an, der Revolution so schnell, als möglich, ein Ziel zu setzen. Zu diesem Behufe war nichts wünschenswerther, als daß der Herzog von Orleans die Regierung übernahm.

Manche dachten wohl an den Sohn der Herzogin von Berry, allein er war minderjährig und wurde erzogen in den alten Traditionen des Hauses Bourbon. Einige schweiften mit ihren Hoffnungen bis nach Wien, wo der Sohn Napoleon's unter habsburgischer Vormundschaft stand. Frankreich bedurfte aber eines Mannes und keines Kindes, wie Heinrich V., und eines Franzosen, nicht eines Oesterreichers, was der Herzog von Reichstadt geworden war. Wäre dieser aber in Paris oder nur in der Nähe gewesen, so hätte sich die Volksstimme für ihn gewiß eher, als für jedes Mitglied des Hauses Bourbon jüngern oder ältern Zweiges ausgesprochen. Allein er war ferne, und es hing vom Kaiser von Oesterreich ab, ob er jemals den Boden Frankreich's würde betreten können.

Selbst Béranger, der Dichter, welcher Napoleon verherrlicht hatte, wirkte für den Herzog von Orleans. Seine Stimme galt viel bei Laffitte. Die Herren Thiers, Mignet und Larréguy verständigten sich am Morgen des 30. mit Herrn Laffitte dahin, daß eine im Orleanistischen Sinn abgefaßte Proclamation im National, Courrier français und le Commerce erscheinen solle. Thiers entwarf dieselbe. Doch als sie diese Herren dem Volke mittheilten, wurden sie mit Pfeifen empfangen.

Als Herr Pierre Leroux von der Verschwörung zu Gunsten des Herzogs von Orleans den Freiheitskämpfern der Passage Dauphine Nachricht brachte, erhob sich ein Schrei der Entrüstung und allgemein hieß es dort: „wenn dem also, ist die Schlacht wieder zu beginnen, wir werden von Neuem Kugeln gießen." Pierre Leroux eilte, von dieser Stimmung der Gemüther dem General Lafayette Kenntniß zu geben. In diesem Augenblicke traf die Nachricht ein, der älteste Sohn des Herzogs sei durch den Maire von Monterouge verhaftet worden. Lafayette schrieb den Befehl, man solle den Prinzen freilassen. Eine Abtheilung von Freiheitskämpfern, welche unter den Befehlen des Herrn Stephan Arago beim Theater des nouveautés stand, faßte dagegen den Entschluß, den Prinzen zu füsilliren. Arago täuschte seine Leute. Der Prinz entkam.

So standen Royalisten und Republikaner einander feindlich gegenüber. Doch die Royalisten waren im Besitze der Regierung, die Republikaner hatten nur über einige Abtheilungen tapferer Freiheitskämpfer zu verfügen, welchen jeder Stützpunkt im Schooße der

miſſion der Abgeordneten begab ſich in das Palais Royal. Der Herzog von Orleans war dort nicht zu finden. Ihm ſchien die Lage der Dinge noch nicht ſicher genug. Er hielt ſich in Neuilly und deſſen Umgegend verſteckt. Seine Anhänger geriethen darüber in große Beſtürzung. Erſt in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli traf der Herzog zu Fuß in bürgerlicher Kleidung von nur drei Perſonen umgeben, zu Paris ein.

Die erſte Perſon von Bedeutung, welche er zu ſich in's Palais Royal beſchied, war der Herr von Mortemart, welcher ſein neues Miniſterium aller Orten, von den Pairs, von den Abgeordneten, von den Männern des Stadthauſes und ſogar von den Beamten des Moniteur verkannt ſah. Der Herzog von Orleans war der einzige, welcher dem Herrn von Mortemart einige Aufmerkſamkeit ſchenkte. Er betheuerte dem Miniſter Karl's X., daß er ſich lieber tödten laſſen, als die Krone annehmen würde. In demſelben Sinne ſchrieb er einen Brief an den König, den er dem Herrn von Mortemart übergab. Mehrerer Sicherheit wegen, verbarg dieſer das gefährliche Schreiben in den Falten ſeiner Halsbinde. Als dieſes geſchah, hatte der Herzog von Orleans dem Herrn Laffitte ſchon ſeine Ankunft melden und den Herrn Lafayette ſeiner freundlichen Geſinnung verſichern laſſen.

Dieſes Verfahren des Herzogs mag vielleicht ſehr ſchlau genannt werden, redlich und offenherzig war es gewiß nicht. Ein Fürſt, welcher ſeine Laufbahn, in ſo trügeriſcher Weiſe begann, konnte unmöglich der Gründer der beſten der Republiken werden. Wer als leiſe tretender Heuchler anfängt, wird auf einem Throne durch die unwiderſtehliche Macht der Verhältniſſe gezwungen, von einer Lüge zur anderen, vom erſten Betruge zum zweiten überzugehen. Unter einem ſolchen Fürſten konnte die Charte ganz eben ſo wenig zur Wahrheit werden, als unter Karl X. Der Unterſchied zwiſchen beiden beſtand nur in den Formen, nicht im Weſen.

Wenige Stunden nach Herrn von Mortemart empfing der Herzog die Abordnung der Kammer, welche ihm die Stelle eines General-Statthalters anbot. Insgeheim holte der Herzog den Rath des Herrn von Talleyrand ein, und als dieſer ihm ſagen ließ: er möge annehmen, verkündigte er den Abgeordneten ſeine Annahme. Die Proclamation, worin er dieſe der Bevölkerung von Paris anzeigte, war ein Wiederhall des Beſchluſſes der Abgeordneten und der Pairs, welcher mit den Worten ſchloß: „die Kammern werden ſich vereinigen: ſie werden für die Mittel, die Herrſchaft der Geſetze und die Erhaltung der Rechte der Nation zu ſichern Sorge tragen.

Eine Charte wird von nun an eine Wahrheit ſein."

Die Abgeordneten ertheilten der Proclamation des Herzogs von Orleans faſt einſtimmigen Beifall. In mehreren Quartieren der Stadt erregte ſie dagegen die lebhafteſte Mißſtimmung. Die Republikaner, welche ſich Tags zuvor in dem Stadthauſe feſtgeſetzt hatten und welche auf dem Grève-Platze ſtanden, drückten ſich ſehr ſtark über deren kalten und zweideutigen Inhalt aus. Doch als kurz nachher die Abgeordneten ſich in Maſſe im Palais Royal einſtellten, und der Herzog von Orleans, begleitet von den Abgeordneten, ſich im Stadthauſe einfand, hörte bald jeder Widerſtand auf. Ein junger Mann hatte zwar geſchworen, den Herzog zu tödten, allein er that es nicht. Herr von Lafayette empfing den Herzog mit Höflichkeit. Die Republikaner verhielten ſich ruhig. Nur der General Dubourg ſprach einige kühne Worte. Man verlas den Beſchluß der Kammer, deſſen wichtigſte Stellen die folgenden waren:

„Wiederherſtellung der Nationalgarde mit Theilnahme der Nationalgardiſten an der Wahl der Officiere;

„Theilnahme der Bürger an der Bildung der Municipal- und Departemental-Verwaltung;

„Die Geschworenen für Preßvergehen;

„Gesetzlich organisirte Verantwortlichkeit der Minister und der untergeordneten Verwaltungsbeamten;

„Gesetzliche Sicherung des Militärstandes;

„Wiedererwählung der zu öffentlichen Aemtern beförderten Abgeordneten."

Nachdem diese Bedingungen, unter welchen der Herzog von Orleans an die Spitze des Staates berufen wurde, verlesen worden waren, schwenkte man eine dreifarbige Fahne, der Herzog von Orleans umarmte den Herrn von Lafayette. Das Volk rief: „Es lebe der Herzog von Orleans." Das Schauspiel war beendigt. Die Revolution war abgeschlossen. Die neuen Machthaber brauchten das Volk nicht mehr. Die Herrschaft des Herzogs von Orleans war gegründet. Die Bedingungen, unter welchen dieses geschehen, waren viel zu übereilt aufgestellt worden, als daß sie den denkenden Theil der Nation hätten befriedigen können. Die Arbeiter, welche gekämpft hatten, waren gänzlich vergessen worden. Die Intriguanten hatten das Spiel gewonnen. Der größte derselben, der Herzog von Orleans, hatte die erste Stufe zum Throne erklommen. Die Herren Laffitte und Lafayette, welche am meisten zur Erhebung des Herzogs beigetragen hatten, sahen schon bald ihren Irrthum ein.

Noch befand sich aber Karl X. in der Nähe von Paris, umgeben von einem Heere. Am 31. Juli in aller Frühe langte er in Trianon an. Kurz darauf folgte ihm der Dauphin mit den Truppen. Von Trianon ging der Rückzug nach Versailles und von da nach Rambouillet. Dort ernannte Karl X. (1. August) den Herzog von Orleans zum Generalstatthalter des Königreichs. Noch immer dachte er nicht daran, daß sein Enkel in seinen Sturz verwickelt werden könne. Tags darauf verzichtete er in seinem und seines Sohnes Namen zu Gunsten seines Enkels, den er Heinrich V. nannte, auf die Krone. Der Herzog von Orleans hatte jetzt freieres Spiel. Die Rechtmäßigkeit des Sohnes der Herzogin von Berry hatte er schon im November 1820 angefochten. Es galt nur noch, den König so rasch, als möglich, aus Frankreich zu vertreiben. Hätte Karl X. und sein Hof nicht vollständig den Kopf verloren gehabt, so wäre dieses ohne Kampf und mancherlei Gefahren nicht möglich gewesen. Das Heer, welches Karl X. gehorchte, betrug noch immer zwölftausend Mann. Doch einige Schreckschüsse, welche Ludwig Philipp organisirte, bewirkten, daß Karl X. in eiliger Flucht Rambouillet verließ und von dem benachbarten Schlosse Maintenon aus sein Heer verabschiedete. In kurzen Tagereisen näherte sich der König der Meeresküste. Am 14. August schiffte er sich mit seiner Familie und den wenigen Getreuen, die ihm geblieben waren, zu Cherbourg nach England ein.

Bevor Karl X. den Boden Frankreich's verlassen, hatten die Abgeordneten und die Pairs schon über seinen Thron verfügt. Jetzt trat erst die Schwäche der Grundlagen, auf welchen die Herrschaft der Bourbonen ruhte, in ihrer ganzen Nacktheit zu Tage. Es zeigte sich klar und deutlich, daß nur der Eigennutz den Bourbonen scheinbare Freunde geworben hatte. Unter den Pairs fand sich nur ein einziger (Chateaubriand), welcher mit einigem Nachdruck das Wort zu Gunsten der gestürzten Dynastie ergriff. In der Kammer der Abgeordneten erhoben sich nur zwei Stimmen (Conny und Hyde de Neuville) für sie. Die ganze Armee, das gesammte Beamtenthum, die Nation weniger einige hundert Menschen, gaben ihre Unzufriedenheit dem ältern Zweige der Bourbonen in seltener Uebereinstimmung zu erkennen. Zwei kleine Handelsschiffe genügten, den ganzen Anhang Karl's X. aus Frankreich hinweg zu schaffen.

Während des Kampfes griff Niemand für die Bourbonen zu den Waffen, der nicht durch seine Stellung dazu mit unwiderstehlicher Gewalt gezwungen war. Der Ober-

anführer der königlichen Truppen, Marschall-Marmont (Ragusa), gab deutlich zu erkennen, wie unangenehm ihm die von Karl X. auferlegte Pflicht sei. Viele seiner Offiziere thaten das gleiche. Nirgends zeigte sich auf Seiten der bourbonischen Soldaten die geringste Begeisterung. Nur die Schweizer kämpften, wie zu allen Zeiten, als willige Söldner. Die französischen Truppen machten mit äußerstem Widerstreben von ihren Waffen gegen ihre Mitbürger Gebrauch.

Die Bevölkerung von Paris, obgleich ohne alle Organisation, war einig in ihrem Widerwillen gegen die Bourbonen und eben deshalb unüberwindlich. Die Bourbonen und ihre Anhänger waren unter sich mehr als hundertfach gespalten. Die Zwietracht reichte bis in die königliche Familie hinein. Der Herzog von Angoulême gerieth zu St. Cloud mit dem Marschall Marmont in einen Streit, welcher bis zu Thätlichkeiten ausartete. Die Herzogin von Berry hatte schon den Entschluß gefaßt, mit ihrem Sohne, dem Herzoge von Bordeaux, nach Paris zu eilen, um für diesen den Thron Frankreich's in Anspruch zu nehmen und würde denselben ausgeführt haben, hätte Karl X. nicht davon Kenntniß erhalten und denselben verhindert.

Der Herzog von Orleans spann die schändlichsten Ränke gegen den König. Allerdings hüllte er den Verrath, den er an seinen Verwandten spielte, in das trügerische Gewand der Vaterlandsliebe. Wer jedoch die unzähligen Lügen kennt, deren sich der Herzog bediente, um zu gleicher Zeit Karl X. und die Republikaner irre zu führen, dem wird es klar, daß Vaterlandsliebe nicht der Beweggrund seiner Handlungen sein konnte.

Aufopferungsfähigkeit, Freiheitsmuth und Entschlossenheit zeigte sich nur unter den Männern, welche an den Kämpfen der drei Tage einen persönlichen Theil nahmen, welche Gut und Blut einsetzten, als noch eine feindliche Macht im Felde stand. Alle Diejenigen, welche sich nachher in den Vordergrund drängten, hatten sich, wie der Herzog von Orleans, während der drei Tage der Schlacht verborgen gehalten, oder, wie Casimir Périer, so benommen, daß sie für alle Fälle ihren Rücken gedeckt glaubten. Im Kampfe hatten die Republikaner sich besonders hervorgethan. Die Siegesbeute theilten nur die Royalisten. So lange der Kampf unentschieden war, zeigte die Bourgeoisie eine wahrhaft Ekel erregende Verzagtheit. Sobald der Sieg gewonnen war, traten dieselben Menschen, welche zuvor nur abgewiegelt und geheult hatten, mit einer unerhörten Frechheit auf.

Nichts beweist mehr, daß die Juli-Revolution das Werk des Augenblicks und nicht der Vorbereitung war, als die Thatsache, daß diejenigen Leute, welche sie gemacht hatten, von allem Theile an den Früchten des Sieges ausgeschlossen wurden. Hätten die Julikämpfer Zeit gehabt, sich zu verständigen und zu organisiren, dann hätten sie nicht so leicht auf die Seite geschoben werden können.

Niemand hatte eine Ahnung von der Verschlagenheit des Herzogs von Orleans. Dem Könige Karl X. heuchelte er bis zum letzten Augenblicke Treue, die Tugend der Monarchie, den Revolutionären Liebe für Freiheit, Recht und Vaterland, die Tugenden der Republik und den Constitutionellen Verfassungsliebe, die Tugend der beschränkten Monarchie. In Wahrheit besaß er aber keine dieser Tugenden. Alle waren nur erheuchelt. Karl X. überzeugte sich davon im Augenblicke seiner Einschiffung, die Revolutionäre schon am ersten Tage der Regierung Ludwig Philipp's. Die Constitutionellen brauchten siebzehn Jahre, um dieses zu erkennen. Im Februar 1848 fielen ihnen endlich die Schuppen von den Augen.

Die Falschheit des Charakters des Herzogs von Orleans trat schon am ersten Tage seiner Regierung in schlagender Weise zu Tage. Die von ihm unterzeichnete Proclamation, durch welche er die Generalstatthalterstelle angenommen hatte mit den Worten geschlossen:

„Eine Charte wird von nun an eine Wahrheit sein."

Diese Fassung deutete auf eine neue, erst zu entwerfende Charte. Der Moniteur brachte jedoch diese Zusage in folgender Fassung:

„Die Charte wird von nun an eine Wahrheit sein,"

d. h. die bereits bestehende, vor fünfzehn Jahren von den Bourbonen octroyirte, dem Volke nie zur Genehmigung vorgelegte Verfassung mit der verhaßten erblichen Pairskammer, dem hohen Census und den anderen, im Laufe von fünfzehn Jahren so häufig angegriffenen Bestimmungen.

Nur drei Buchstaben waren mit zwei anderen vertauscht worden. Der Generalstatthalter mochte hoffen, der Betrug werde unentdeckt bleiben. Doch der Unterschied im Sinne beider Sätze war zu groß, als daß er den schärfer Blickenden entgangen wäre. Diese erste That des Herzogs deutete mit großer Bestimmtheit an, daß er der französischen Nation ein X für ein U machen würde.

In ähnlicher Weise, wie Karl X., behandelte der Herzog von Orleans gleich in den ersten Tagen nach der Revolution die Republikaner, nur mit dem Unterschiede, daß er das Verfahren, welches er dem Könige gegenüber nach Verschiedenheit der Zeit bemessen hatte, den Republikanern gegenüber nach Verschiedenheit ihres Charakters bemaß. Den König besiegte er, indem er demselben Anfangs die besten Worte gab und später Angst einjagen ließ, die Republikaner, indem er den weniger entschiedenen Theil derselben mit Versprechungen aller Art köderte, die Unbeugsamen unter ihnen aber einschüchterte.

Am Abende des 31. Juli kurz nach dem Besuche, welchen der Herzog von Orleans auf dem Stadthause gemacht hatte, führte Herr Thiers eine Anzahl junger Leute, welche für Republikaner galten, die Herren Boinvilliers, Godefroi Cavaignac, Guinard, Bastide Thomas und Chevallon in's Palais-Royal. Er hatte sie auf die Zusammenkunft mit dem Herzoge von Orleans durch glänzende Aussichten, die er ihnen eröffnete, vorbereitet. Die jungen Leute sprachen mit dem Herzoge über die Verträge von 1815, die Pairie und die Primärversammlungen. Der Herzog drückte sich über die Verträge von 1815 unbestimmt, über die Primärversammlungen mit entschiedener Mißbilligung aus. In Betreff der Pairskammer erklärte er: „dieses ist eine offene Frage und wenn die erbliche Pairie nicht bestehen kann, so werde ich sie nicht auf meine Kosten wieder aufbauen."

Die jungen Leute wurden zwar wenig befriedigt durch die Erklärung des Herzogs, allein der Besuch bei dem Herzoge hatte doch seine Wirkung auf die Gemüther derselben nicht verfehlt. Es ist sehr schwer, namentlich für junge, unerfahrene Menschen, den Lockungen der Gewalt zu widerstehen und einem Manne feindlich entgegen zu treten, dem man sich freundlich angenähert hat und welcher, je nach den Umständen, entweder eine glänzende Laufbahn eröffnen oder diese auf immer verschließen kann.

In ganz anderer Weise, als gegen diese schwankenden jungen Leute, behandelte der Herzog die entschiedenen Republikaner.

General Dubourg hatte eine der hervorragendsten Stellen in den Tagen des Kampfes eingenommen. Er hatte, als der Herzog von Orleans die Comödie auf dem Stadthause aufführte, ihm in's Gesicht erklärt, indem er die Hand nach dem von bewaffneten Männern erfüllten Grèveplatze ausstreckte: „Sie kennen unsere Rechte; wenn Sie dieselben vergessen, werden wir Sie daran erinnern." Als dieser General Dubourg sich zwei Tage später dem Stadthause näherte, wurde er von einer gedungenen Bande überfallen und war in Gefahr, ermordet zu werden. Auf diese Weise entledigte sich der Herzog so frühzeitig der Männer, welche den Thron seines Vorgängers frei gemacht hatten. Dagegen nahm er mit offenen Armen jene Rotte ränkesüchtiger Intriguanten auf, welche, ohne an den

Digitized by Google

Gefahren des Kampfes den geringſten Theil genommen zu haben, die Früchte des Sieges, d. h. einträgliche oder wenigſtens einflußreiche Aemter, als das höchſte Ziel ihres Strebens betrachteten.

Während die Republikaner zu Paris ſchon über den Gang, welchen die Dinge nahmen, trauerten, breitete ſich die Revolution über ganz Frankreich aus. Aller Orten ſenkte ſich die weiße Fahne vor der dreifarbigen. Ohne Blutvergießen zogen ſich die Beamten von Karl X. zurück und ſuchten, ſo ſchnell als möglich ihren Frieden mit den neuen Machthabern zu ſchließen.

Die Stellenjäger eilten nach Paris und drangen darauf, ſo bald als möglich einen Thron zu errichten, um in deſſen Schatten ihre Aemter und Gehalte friedlich genießen zu können. Die Pairs und die Abgeordneten boten ihnen dazu willig die Hände. Der Herzog von Orleans gab ſich zwar den Anſchein, als ſei die Krone ihm eine drückende Bürde. Allein die Maßregeln, die er gegen Karl X. ergriffen hatte, bewieſen deutlicher, als Worte, ſeine wirklichen Abſichten.

Am 6. Auguſt beriethen die Abgeordneten in ihrem gewöhnlichen Verſammlungslocale, dem Palaſte Bourbon, die dem Staate zu gebende neue Verfaſſung. Eine unermeßliche Menſchenmenge drängte ſich in den benachbarten Straßen. Aus ihrer Mitte erſchallte der Ruf: „nieder mit der Erblichkeit! die Kammer verräth uns!“ Umſonſt verſuchten Benjamin Conſtant und Labbey de Pompières durch ihre Erſcheinung die tobende Menge zu beruhigen. Als Lafayette ſich zeigte, ward es ſtille, doch ertönten noch einzelne Rufe: „nieder mit der Erblichkeit.“ Lafayette ſprach zum Volke mit bittender Stimme: „Meine Freunde, meine guten Freunde, wir wachen über euere Intereſſen. Wir erkennen an, daß wir hier ohne Mandat ſind. Aber ziehet euch zurück, ich beſchwöre euch!“

Das Volk berückſichtigte die Worte des alten Generals, nicht aber die Abgeordneten. Außerhalb des Palaſtes Bourbon galt der Grundſatz: Die Abgeordneten haben kein Mandat. Innerhalb handelten dieſelben aber, als ob ſie nicht blos ein Mandat vom Volke hätten, ſondern als ob ſie die Nation ſelbſt wären.

Um ähnliche Scenen, wie diejenigen des 6. Auguſt, zu verhüten, erlaubten ſich die Anhänger des Herzogs von Orleans einen ſchändlichen Kunſtgriff. Die Sitzung war auf zehn Uhr Vormittags anberaumt geweſen. Während der Nacht hatte man die Stunde verändert und die Abgeordneten auf acht Uhr eingeladen. Umſonſt erhoben ſich die Abgeordneten Demarçay und Cormenin gegen die Uſurpation der Kammer und deren heimliche Königsmacherei. Der zu dieſem Zwecke niedergeſetzte Ausſchuß ſtattete ſeinen Bericht ab. In höchſter Eile wurde derſelbe berathen. Im Laufe von weniger als ſieben Stunden war der neue Königsthron gezimmert, die neue Verfaſſung fertig, die Zukunft Frankreich's, wie die Mehrheit glaubte, auf ewige Zeiten feſtgeſtellt. Nur zweihundertzweiundfünfzig Abgeordnete nahmen an der Berathung Theil. Zweihundertneunzehn Stimmen, welche, falls die Kammer vollzählig geweſen wäre, nur eine Mehrheit von zwei Stimmen gebildet hätten, entſchieden über die Zukunft der franzöſiſchen Nation.

Von welchem Geſichtspunkte man das Verfahren der Abgeordneten betrachten mag, war daſſelbe ein durchaus rechtswidriges. Entweder galt die Charte, dann war Karl X., oder falls man auch deſſen und des Daupbin's erſchlichene Thronentſagung als gültig annahm, Heinrich V. der rechtmäßige König von Frankreich, überdies die Kammer aufgelöſt, die Abgeordneten daher ohne Mandat; oder aber man nahm an, daß eine Revolution der Charte ein Ende gemacht habe, dann trat die Nation in ihre ewigen und unveräußerlichen Rechte wieder ein und hatte über ihre neue Verfaſſung zu beſtimmen. Nach der

zu verſammeln. Sie hatten ſich bei ihrer Auflöſung nicht blos beruhigt, ſondern auch, ſo lange der Kampf dauerte, bei jeder Gelegenheit und zuletzt noch Tags zuvor durch den Mund des Generals Lafayette erklärt, daß ſie kein Mandat hätten. Abgeſehen von allem ſtrengen Rechte, brachte es aber die natürliche Pflicht der Dankbarkeit und des Anſtandes mit ſich, diejenigen, welche die Revolution mit Gefahr ihres Lebens gemacht hatten, d. h. die Proletarier und die friſche Jugend von Paris, unter der Leitung der Männer der Preſſe, von den Berathungen über die unmittelbaren Folgen der Revolution nicht vollſtändig fern zu halten.

Die Beſchlüſſe, welche die Abgeordneten am 7. Auguſt faßten, konnten daher in rechtmäßiger Weiſe eine neue Verfaſſung Frankreich's nicht feſtſtellen.

Der ältere Zweig des Hauſes Bourbon hatte ſich den gerechten Haß der Nation zugezogen, weil er ſeinen Thron auf fremde Bayonnette gründete. Der jüngere Zweig erregte wohlbegründete Entrüſtung, weil er den ſeinigen mit Hülfe inländiſcher Ränkeſchmiede erſchlich.

Damit Frankreich alle Arten von Unrechtmäßigkeiten erlebte, fehlte nur noch, daß ein Napoleon III. ſeinen Thron auf inländiſche Bayonnte baute.

Die Grundlage der neuen Verfaſſung, welche zweihundertneunzehn unberechtigte Menſchen im Bunde mit dem Herzoge von Orleans der franzöſiſchen Nation aufdrangen, bildete die octroyirte Charte Ludwig's XVIII. Dieſe erfuhr nur wenige, unerhebliche Abänderungen.

Zwar wurde der Artikel 6 der Charte, welche die katholiſche Religion zur Staatsreligion erklärte, abgeſchafft; allein dafür wurde dieſelbe Religion für die von der Mehrheit der Franzoſen bekannte Religion erklärt, was mit anderen Worten faſt daſſelbe ſagte. Ein Fortſchritt war es dagegen unſtreitig, daß die Abgeordneten die Cenſur auf immer für abgeſchafft erklärten, daß ſie fremde Truppen vom Staatsdienſte ausſchloſſen und den verhängnißvollen Artikel 14 der Charte aufhoben.

Die wichtigſten Fragen, namentlich diejenige der Erblichkeit, der Anwendung der Geſchworenen auf politiſche Vergehen, der Verantwortlichkeit der Miniſter, der Wiedererwählung der zu Beamten ernannten Abgeordneten, der Abſtimmung über das jährliche Contingent des Heeres, der Nationalgarde, der Rechtsverhältniſſe der Offiziere des Heeres und der Seemacht, der departementalen und municipalen Einrichtungen, des öffentlichen Unterrichts und der Freiheit der Lehre, der Bedingungen des activen und paſſiven Wahlrechts — wurden auf ſpätere Zeiten verſchoben. Als es zur Abſtimmung über das Ganze kam, wagten die feigen Abgeordneten nicht einmal, mit ihrem Namen für ihr Werk einzuſtehen. Sie ſtimmten mit Kugeln ab, damit gegen Keinen ein Beweis in Betreff ſeiner Abſtimmung vorläge. Herr von Cormenin allein enthielt ſich der Abſtimmung. Nur dreiunddreißig ſchwarze Kugeln fanden ſich vor. Sie kamen wahrſcheinlich von der rechten Seite.

Die Abgeordneten hatten ſo große Eile, daß ſie die Zuſtimmung der Pairs gar nicht abwarteten. Der Herzog von Orleans nahm die ihm angebotene Krone noch an demſelben Tage an. Tags darauf traten die Pairs den Beſchlüſſen der Abgeordneten bei. Dieſe hatten die unter der Regierung Karl's X. ſtattgefunden Pairsernennungen für nichtig erklärt. Die Pairs ſtellten die Frage „der hohen Klugheit des Prinzen" anheim.

Montags, 9. Auguſt, beſtieg der Herzog von Orleans, nachdem er im Palaſte Bourbon die neue Verfaſſung beſchworen hatte, den Königsthron. Die vier Marſchälle entfalteten die alten Zeichen des Königthums: Scepter, Krone, Degen und die Hand der Gerechtigkeit. Der ganze Rumpelkram des Mittelalters tauchte wieder auf. Den Arbeitern

gab man durch Maueranschläge zu erkennen, sie sollten in ihre Werkstätten zurückkehren. Sechzehn- bis siebzehnhundert derselben waren am 27. und 28. Juli theils getödtet, theils schwer verwundet worden. Viele Tausende hatten ihr Brod verloren. Die Todten wurden in großen Löchern verscharrt, die Verwundeten in den Hospitälern verpflegt und mit kärglichen Almosen abgefunden. Für die Brodlosen geschah nichts. Zur Bewaffnung der Nationalgarde fehlten 2,100,000 Gewehre. Deren Anfertigung hätte vielen Tausend Arbeitern auf Monate lang Beschäftigung gegeben. Man zog es vor, aus England zu beziehen.

Die Juli-Revolution hatte, wie alle großen Volksbewegungen, eine Stockung des Handels und der Gewerbe in ihrem unmittelbaren Gefolge. Eine besonnene Regierung hätte sie vorher gesehen und sich wenigstens bemüht, den daraus hervorgehenden Nothstand zu lindern. Doch der Blick des neuen Königs Ludwig Philipp reichte von den Höhen seines Thrones nicht herab bis in die Hütten der arbeitenden Klassen. Die neue Regierung wurde belagert von Menschen, welche, obgleich sie nichts zum Umsturze des Thrones Karl's X. beigetragen hatten, doch sich rühmten, bei der Erhebung des Herzogs von Orleans mitgewirkt zu haben. Viele Hoffnungen gingen auf diese Weise schon in den ersten Tagen nach der Juli-Revolution zu Grabe. Diese selbst verlor dadurch nichts von dem strahlenden Glanze ihres Ruhmes. Doch niemals trat der Unterschied zwischen den heldenmüthigen Revolutionskämpfern und den niederträchtigen Revolutionsausbeutern so klar zu Tage, als Ende Juli und Anfangs August 1830.

Bevor die Revolutionskämpfer hinreichende politische Bildung erlangt haben werden, um sich und der Menschheit nicht mehr die Früchte des Sieges entreißen zu lassen, wird keine Revolution von großartigen Erfolgen gekrönt werden. Uebrigens zeugt es von großartiger Verblendung, wenn manche Schriftsteller in ihrem Schmerze über ihre getäuschten Hoffnungen so weit gehen, daß sie die Juli-Revolution für verfehlt erklären. Sie war und blieb eine ernste Lehre für alle Despoten, ein mächtiger Sporn für alle schlaffen und trägen Völker. Die französische Nation gewann wieder neues Selbstvertrauen und stieg in der öffentlichen Meinung der gebildeten Welt. Von Paris aus strömte neue Lebenskraft über alle Nationen der Erde, welche sich schon bald in Belgien und Polen, in Deutschland und Italien, theils durch ähnliche Schilderhebungen, theils durch erhöhte politische, literarische und sociale Thätigkeit kund gab.

Frankreich selbst errang, wenigstens dem Rechte nach, Freiheit der Presse und der Versammlung und mit ihr das Mittel zu einer zweiten, weniger blutigen Revolution.

Die Begeisterung, mit welcher alle gebildeten Völker die Nachricht von der Juli-Revolution aufnahmen, war unbeschreiblich. Alle fingen wieder an zu hoffen und zu streben. Der Schrecken in dem Lager der Despoten war groß. Damals wäre es möglich gewesen, die Verträge des Jahres 1815, welche auf Deutschland und Italien, auf Polen und den Niederlanden, auf fast ganz Europa nicht minder schwer lasteten, als auf Frankreich, umzustoßen. Allein die erste Voraussetzung davon wäre gewesen, daß die französische Nation alle Eroberungsgedanken aufgab und daß ihr Oberhaupt die Freiheit höher achtete, als die Krone. An beiden Voraussetzungen fehlte es in Frankreich. Die Verträge von 1815 hatte die französische Nation niemals von einem europäischen, sondern nur von einem französischen Standpunkte aus betrachtet, und Ludwig Philipp dachte mehr daran, so bald als möglich den guten Willen der Kaiser und Könige, als denjenigen der Völker zu gewinnen. Die Rheingränze spukte noch viel zu sehr in den Köpfen vieler Franzosen, selbst warmer Republikaner, als daß die deutsche Nation sich mit ihnen in vollem Vertrauen hätte verbinden können. Ruhmesglanz, Macht und Größe galten in Frankreich noch

immer durchschnittlich mehr, als nationale Unabhängigkeit, Gleichberechtigung im Wechselverhältnisse der Nationen und anspruchslose Freiheit.

Frankreich mußte zuerst noch die Herrschaft des schlauen Louis Philipp's und des zugleich schlauen und grausamen Louis Napoleon's ertragen. Hoffen wir, daß die Nation aus dem Schmelztigel der Leiden, welche diese beiden Herrscher ihr bereitet haben, geläutert und gekräftigt hervorgehen und dadurch der Ehre würdig werden möge, der Menschheit das Banner der Revolution voranzutragen!

Die zu Wien versammelten Kaiser, Könige und Diplomaten hatten in abgeschmackter Selbstüberhebung gewähnt, sie brauchten der natürlichen Entwickelung der Menschheit keine Rechnung zu tragen, sie könnten ungestraft ihren Willen an die Stelle desjenigen der Nationen, das Hammelheerdenstaatsrecht an die Stelle eines auf der freien Wahl der Völker beruhenden Staatensystems setzen. Doch die natürlichen Folgen einer so despotischen und verkehrten Anschauung der Dinge traten bald zu Tage. Gegen keinen Friedensschluß, welcher mit einem so großen Aufwande von Kräften zu Stande gebracht wurde und an welchem so zahlreiche und so mächtige Staaten Theil genommen hatten, legten die Völker so frühzeitig und in so entschiedener Weise Verwahrung ein, als gegen den Wiener Frieden von 1815. Noch waren nicht sechs Jahre seit der Unterzeichnung der Wiener Congreßacte vergangen, so hatten sich schon Spanier, Neapolitaner, Piemontesen und Portugiesen gegen die Bestimmungen und die Griechen gegen die Unterlassungen der Wiener Congreßacte erhoben. Zwar gelang es der vereinigten Macht sämmtlicher Despoten Europa's, den Widerstand, welchen Spanier, Italiener und Portugiesen dem von ihnen proclamirten Hammelheerdenstaatsrechte entgegen setzten, niederzuwerfen. Doch das kleine Völkchen der Griechen besaß Kraft genug, sämmtlichen Regierungen Europa's Trotz zu bieten und diese durch die Macht der öffentlichen Meinung zur Anerkennung ihrer nationalen Selbständigkeit zu zwingen.

Diese eine Thatsache genügte, die Schwäche der s. g. heiligen Allianz unwidersprechlich zu beweisen.

Viel tiefer eingreifend war aber diejenige Verwahrung, welche die Franzosen (im Juli 1830) einlegten. Das Gewicht dieser Verwahrung wurde allerdings dadurch verringert, daß es dem schlauen Herzoge von Orleans gelang, sich auf den französischen Thron zu schwingen. Die Despoten Europa's fanden in dem neuen Könige der Franzosen einen Mann, welcher ganz eben so wenig, als dessen Vorgänger, im Stande war, die ewigen und unveräußerlichen Rechte der Menschheit zu würdigen. Allein Ludwig Philipp mußte der Macht, welche ihn auf den Thron empor gehoben hatte, einige Rechnung tragen. Er lief größere Gefahren, falls er die Forderungen der französischen Nation mit Füßen trat, als wenn er es zu einem Kampfe mit der s. g. heiligen Allianz kommen ließ.

Die Aufgabe, welche sich Ludwig Philipp setzte, bestand darin, zwischen der Scylla der Unvolksthümlichkeit und der Charybdis eines Krieges mit dem Auslande hindurch zu segeln. Im Allgemeinen ließ sich hiergegen nicht viel einwenden. Der Fehler Ludwig Philipp's bestand nur darin, daß er die Macht des Despotismus zu hoch und diejenige der Freiheit zu niedrig anschlug, daß er in seinem Herzen dem Despotismus geneigt, der Freiheit abgeneigt war.

Nach der Juli-Revolution wankten alle Throne Europa's. Keiner wäre so fest, als derjenige Ludwig Philipp's gestanden, falls dieser den von dem bessern Theile der französischen Nation auf ihn gesetzten Hoffnungen entsprochen hätte. Als Bannerträger der Freiheit hätten ihm alle Nationen der Erde zugejauchzt, als Könige von Frankreich standen sie ihm mit allen ihren nationalen Bestrebungen und Vorurtheilen feindlich gegenüber.

Ohne französische Hülfe brachen rasch hinter einander in Belgien, Polen und Italien nachhaltige Volksbewegungen aus. Jede derselben war kräftig genug, sich selbst Bahn zu brechen, vorausgesetzt, daß Frankreich nur für strenge Aufrechthaltung der Neutralität der unbetheiligten Staaten Sorge getragen hätte. Doch Ludwig Philipp wollte den Sieg der Freiheit ganz eben so wenig, als Kaiser Nicolaus, Franz I. oder Friedrich Wilhelm III. Zu seiner Entschuldigung läßt sich nur anführen, daß die französische Nation neben ihren Freiheitsbestrebungen immer noch die alten Eroberungsgelüste hegte und daß es ihrem Führer schwer gewesen wäre, diese zu bändigen, falls damals ein Krieg mit den Großmächten Europa's ausgebrochen wäre.

Durch fremde Bayonette läßt sich die Freiheit wohl unterdrücken, nicht aber pflanzen. Eine Nation, welche nicht die sittliche Kraft besitzt, ihre Freiheit selbst zu erobern, ist nicht im Stande, dieselbe später zu behaupten. Diese Grundansicht schließt übrigens nicht aus, daß geistig verwandte Nationen sich gegenseitig in ihren freiheitlichen Bestrebungen fördern sollen. Dieses ist namentlich so lange eine Pflicht und ein Gebot der Klugheit, als die Despoten zusammen stehen, um das von ihnen verkündete Hammelheerdenstaatsrecht in Gültigkeit zu erhalten.

Ludwig Philipp handelte ganz nach denselben Grundansichten, welche beim Wiener Congresse vorgeherrscht hatten und bekundete dieses am sprechendsten dadurch, daß er den Vertreter Frankreich's bei diesem Congresse (Talleyrand) zu seinem Gesandten ernannte, welcher in Verbindung mit den übrigen Großmächten Europa's die Angelegenheiten des benachbarten Belgien's entscheiden sollte.

Dieselbe Doppelzüngigkeit, welche der Herzog von Orleans an den Tag legte, als es galt, einen Thron zu erschleichen, bekundete er auch später, als es sich darum handelte, denselben zu behaupten. Um die Massen zu täuschen, erklärte er sich mit Entschiedenheit gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines andern Staates. Das hielt ihn aber nicht ab, an der Londoner Conferenz Theil zu nehmen, deren ausgesprochener Zweck Einmischung in die inneren Angelegenheiten Belgien's war.

Den pomphaften Erklärungen Ludwig Philipp's gegen alle derartigen Einmischungen zum Trotze, blühte die „heilige Allianz" in der zweiten Hälfte des Jahres 1830, nachdem sie seit 1825 verwelkt war, üppiger wieder auf, als jemals zuvor. Die heilige Allianz mischte sich nicht blos in die Angelegenheiten Belgien's, sondern auch in diejenigen Polen's und Italien's. Der Unterschied zwischen früher und jetzt bestand nur darin, daß die Despoten sich gegenseitig mit einander verständigten, daß Frankreich Polen den Russen und Italien den Oesterreichern preis gab, während in Betreff Belgien's ein Compromiß stattfand, dem zufolge dieses Land zwar nicht mehr unter das Haus Oranien zurückkehren, allein auch nicht einen französischen Prinzen zum Könige bekommen sollte, sondern den Herzog Leopold von Coburg, welcher als früherer Gatte der Thronfolgerin England's und englischer Pensionär mit den stärksten Banden an das Land geknüpft war, dem er seine ganze politische Bedeutung verdankte.

Diese Verfahrungsweise Ludwig Philipp's bewahrte allerdings Frankreich vor einem Kriege. Allein auch ohne solchen hätte Frankreich bei der damaligen Lage Europa's seine eigenen Interessen und diejenigen der Menschheit weit besser wahren können, falls es den Despoten Europa's mit größerer Festigkeit entgegen getreten wäre. Alle Völker Europa's sind der französischen Nation für die ihnen durch die Julikämpfe gegebene Anregung zum Danke verpflichtet. Allein die Hoffnungen, welche die französische Regierung im Schooße der Völker anregte und täuschte, die bestimmten Zusagen sogar, welche sie brach, verbreiteten bald einen trüben Schleier über den Lichtglanz der Juli-Revolution.

Es wäre übrigens ungerecht, wenn wir die ganze Laſt dieſer Schuld dem Könige ſelbſt beimeſſen wollten. Was Ludwig Philipp that, war, zum Theile wenigſtens, die Folge ſeiner Poſition, nicht ſeiner perſönlichen Wahl. Als König mußte er ſuchen ſeinen Thron, das Königthum überhaupt und alle Folgen deſſelben zu befeſtigen. Er mußte ſich bemühen, von den Despoten Europa's anerkannt, als Bruder und Freund behandelt zu werden. Der Präſident einer Republik hätte als ehrlicher Mann eine ganz andere Stellung, er hätte die Aufgabe gehabt, ſeinen Präſidentenſtuhl, die republikaniſchen Beſtrebungen und deren Folgeſätze zu ſtärken. Indem die zweihundertneunzehn Abgeordneten Ludwig Philipp auf den Thron hoben und das Volk ſich dabei beruhigte, gab die Nation zu erkennen, daß ſie es auf einen europäiſchen Kampf zwiſchen Republik und Monarchie nicht ankommen laſſen wolle. Die Hälfte der Schuld der erbärmlichen auswärtigen Politik Frankreich's während der Jahre 1830—1848 fällt der Nation zur Laſt. Nur zur anderen Hälfte ruht ſie auf Ludwig Philipp.

## § 61. Die belgiſche Revolution

In Frankreich bedurfte es nach allen den Nadelſtichen, womit Ludwig XVIII. und Karl X. die Nation gereizt hatten, noch des Ordonnanzenſchlages, um das Volk zum Aufſtande zu bringen. In Belgien genügte nach der Juli-Revolution die Aufführung der Oper: „die Stumme zu Portici" (25. Auguſt). Doch in Brüſſel waren damals Hof und Regierung nicht anweſend. Es fehlte der Bevölkerung an den unmittelbaren Gegenſtänden ihrer gerechten Entrüſtung. In deren Ermangelung warf ſich die aufgeregte Menge auf die Wohnung des verhaßten Redacteurs der Regierungszeitung, welche der Nation zum Hohne den Namen „Nationnal" führte (Libry Bagnano) und zerſchlug die darin befindlichen Fahrnißſtücke. Unter dem Rufe: „ahmen wir die Pariſer nach!" wurde die dreifarbige Fahne von Brabant entfaltet. Einige Waffenläden wurden ausgeleert, die Fenſter des Aſſiſenhofes eingeworfen und der Palaſt des Juſtizminiſters van Maanen in Brand geſteckt, ohne daß jedoch aus allen dieſen Gewaltthaten Schaden von Bedeutung erwachſen wäre. Dem Volke fehlten augenſcheinlich nicht blos militäriſche, ſondern auch politiſche Führer. Sonſt würde daſſelbe die Civil- und Militärbehörden des Königs gefangen genommen, die Caſernen erſtürmt und die Soldaten gezwungen haben, entweder auf die Seite der Freiheit überzutreten, oder ihre Waffen zu ſtrecken. Keine Proclamation gab dem Volke Kenntniß von dem Zwecke und der Tragweite der Bewegung. Keine Namen von gutem Klange gaben dieſer Nachdruck.

Die Scenen, welche in der Nacht vom 25. auf den 26. Auguſt in Brüſſel vorfielen, deuteten zugleich die Mißſtimmung und die Kopfloſigkeit der Maſſen und die Unentſchloſſenheit der höheren Stände an.

Die Behörden waren wie gelähmt. Sie zeigten ſich nirgends. Gegen Morgen ſchritten zwar einige Truppenabtheilungen ein, doch waren ſie viel zu ſchwach, den zahlreichen Volkshaufen die Spitze bieten zu können.

Hätten die Anhänger des Hauſes Oranien einigen Scharfblick beſeſſen, ſo wäre es damals vielleicht noch möglich geweſen, den drohenden Sturm zu beſchwören. Denn die ganze Haltung des Volkes zeigte deutlich, daß ſich in deſſen Schooße noch keine klaren Begriffe, keine beſtimmten Abſichten gebildet hatten. Der einzige Ruf, welcher aus den Maſſen hervor ging, war: „es lebe die Freiheit!" Leicht wäre es geweſen, durch einige Zuſagen das Volk zu beruhigen und durch deren treue Erfüllung dauernd wieder zu gewinnen. Im Laufe von fünfzehn Jahren hatten ſich die Intereſſen Belgien's und Holland's

so innig verwoben, daß die wohlhabenderen Classen, namentlich Kaufleute und Fabrikanten, eine Trennung der beiden Hauptbestandtheile der vereinigten Niederlande durchaus nicht wünschten. In Brüssel selbst nahmen die wohlhabenden Bürger keinen Theil an dem Aufstande, vielmehr organisirten sie eine Bürgergarde, welche der Wiederholung der Kundgebungen der Nacht vom 25. auf den 26. August ein Ziel setzen sollte. Die hohe Wichtigkeit dieser Unruhen erhellte übrigens daraus, daß dieselben nicht auf Brüssel beschränkt waren, sondern in ähnlicher Weise auch in Lüttich, Verviers, Brügge, Löwen und anderen belgischen Städten vorkamen. Zahlreiche Deputationen wurden an den König, welcher damals im Haag wohnte, abgesandt, deren Forderungen sehr bescheiden waren. Die Deputation von Brüssel drückte sich in folgender Weise aus:

„Voll von Vertrauen in die Güte und die Gerechtigkeit Eurer Majestät haben die Bürger von Brüssel an Sie ihre Mitbürger nur abgesandt, um die süße Gewißheit zu erlangen, daß die Uebelstände, über welche man sich beklagt, sobald sie erkannt sind, werden abgestellt werden. Die Unterzeichneten sind überzeugt, daß eines der besten Mittel zu diesem so gewünschten Zwecke die sofortige Zusammenberufung der Generalstaaten sein werde." In ähnlichem Sinne sprachen sich die meisten übrigen Deputationen aus.

Der Augenblick war entscheidend. Es galt, dem Bürgerstande rasch solche Zugeständnisse zu machen, welche ihn beruhigt und von der großen Masse des Volkes getrennt hätten. Im Laufe der fünfzehn Jahre, während welcher das Haus Oranien einen Königsthron inne gehabt, hatte sich dasselbe aber alle Vorurtheile und Gehässigkeiten des Königthums dermaßen angeeignet, daß es einer ruhigen Würdigung der Sachverhältnisse durchaus unfähig war. Uneingedenk der rechtswidrigen Weise, in welcher er zum Besitze seiner Macht über Belgien gelangt war, und der ewigen und unveräußerlichen Rechte des Volkes, verließ sich Wilhelm I. nur auf die ihm zu Gebote stehenden Bajonette. Er sandte fünf- bis sechstausend Mann Soldaten gegen Brüssel unter dem Befehle seiner beiden Söhne, welche zu Vilvorde, zwei Stunden von der Hauptstadt Halt machten. Es lag in dieser Truppensendung eine Drohung, welche die Brüsseler nothwendig zum Aeußersten treiben mußte. Hierzu kam, daß die beiden Prinzen sehr wenig geeignet waren, die wirren Angelegenheiten Belgien's in Ordnung zu bringen. Der Prinz von Oranien, der älteste derselben, war zwar ein Mann von Talenten, allein auch von zügellosen Leidenschaften. Er war den Belgiern nicht blos als Verschwender, sondern auch als Dieb bekannt. Jedermann wußte, daß er, gedrängt von Gläubigern, seiner Gattin, der russischen Großfürstin, ihre Diamanten gestohlen hatte. Ueberdies besaß er einen unbändigen Ehrgeiz, welcher ihn schon früher zu manchen falschen Schritten getrieben hatte. Sein Vater liebte ihn daher nicht und schenkte ihm kein Vertrauen. Des Königs Liebling war Prinz Friedrich. Diesem fehlte es aber nicht blos an allen höheren Fähigkeiten, sondern auch an allem menschlichen Gefühle. Er war ein beschränkter und harter Korporal, welcher sich einbildete, mit militärischer Gewalt, jeden Widerstand niederwerfen zu können. Dazu reichten aber die wenigen Truppen, welche den Prinzen zur Verfügung standen, durchaus nicht hin.

Im Hauptquartiere der Prinzen begannen Unterhandlungen, welche schon wegen der beschränkten Vollmachten derselben zu keinem erwünschten Ziele führen konnten. Die Truppen zu Vilvorde waren zu zahlreich, um als ein bloßes Ehrengeleite der Prinzen betrachtet werden zu können und nicht zahlreich genug, um die Belgier einzuschüchtern. Diese gewannen Zeit, sich mehr und mehr zu organisiren. Ihre Entschlossenheit nahm mit jedem Tage zu, während die holländischen Truppen durch die zweifelhafte Haltung des Prinzen von Oranien und die langen Zögerungen entmuthigt wurden. Der Prinz von Oranien begab sich blos mit [illegible] Adjutanten begleitet nach Brüssel. Schon hierin lag eine

Ueberschreitung seiner Vollmachten. Seit dem 25. August hatten sich mit der weiteren Ausbreitung des Aufstandes von Tage zu Tage die Ansprüche der Belgier gesteigert. Diese drangen jetzt auf eine vollständige Trennung Holland's von Belgien. Der Prinz von Oranien, welcher nichts mehr befürchtete, als daß sich die Belgier Frankreich in die Arme werfen möchten, verlangte von ihnen weiter nichts, als das Versprechen, daß sie, falls ihr Gesuch gewährt werden sollte, dem Hause Nassau treu bleiben und, falls die Franzosen in's Land fallen sollten, diesen entgegentreten würden. Der Prinz seinerseits gelobte, die Forderungen der Belgier bei seinem Vater auf's kräftigste zu befürworten.

Während diese nutzlosen Verhandlungen gepflogen wurden, hatte der König die Generalstaaten auf den 13. September 1830 nach dem Haage einberufen. Die belgischen Abgeordneten waren daselbst erschienen und hatten sogar in Uebereinstimmung mit den holländischen dem Könige für seine Thronrede gedankt, obgleich dieser in harten Ausdrücken von dem belgischen Aufstande gesprochen und zu dessen Unterdrückung außerordentliche Truppen- und Geldleistungen gefordert hatte. Hierzu kam, daß die belgischen Abgeordneten vom Hofe in geringschätzender Weise behandelt und von dessen fanatischen Anhängern wiederholt beleidigt und mißhandelt wurden.

Die natürliche Folge davon war, daß der belgische Bürgerstand, welcher bis zu dieser Zeit noch immer gezögert hatte, sich dem Aufstande anzuschließen, wider seinen Willen immer tiefer in denselben verflochten wurde. Eine Proklamation des Prinzen Friedrich, worin dieser die „Hauptanstifter allzuschuldiger Handlungen und die Fremden, welche das Gastrecht mißbrauchten," von der den übrigen zugesagten Amnestie ausnahm, goß Oel in das Feuer. Die Erbitterung der Brüsseler stieg auf ihren Höhepunkt, als Prinz Friedrich zwei Bürger, welche sich in versöhnlichen Absichten nach dem Hauptquartiere begeben hatten, als Aufrührer verhaften ließ.

Die holländischen Truppen hatten sich nach und nach auf 13,000 Mann mit vierzig Kanonen vermehrt. Prinz Friedrich vermeinte, mit diesen die Brüsseler zu Paaren treiben zu können, um so mehr, als er noch immer wähnte, der Bürgerstand werde sich mit dem Proletariate nicht vereinigen.

Während der Zeit der Unterhandlungen hatten sich aber auch die Streitkräfte der Brüsseler vermehrt. Mitten durch die holländischen Linien war Rogier an der Spitze einer Freischaar, welche mehrere Kanonen mit sich führte, Brüssel zu Hülfe gezogen. Tüchtige Offiziere, namentlich der spanische General von Halen, der französische General Mellinet, die Belgier Bletineh und Caesels brachten Ordnung in die Reihen der Freiheitskämpfer. Diese waren demnach wohl im Stande, den Holländern die Spitze zu bieten.

Am 23. September griff Prinz Friedrich die Stadt an. Es gelang ihm zwar, nach schweren Verlusten einzudringen, sich in dem Park und auf dem Königsplatze festzusetzen, allein der Kampf dauerte unausgesetzt fort. Am Morgen des 24. September stellte sich eine Administrativ-Commission, bestehend aus den Herren d'Hoogvorst, Rogier und Jolly denen die Herren Vanderlinden und Koppen als Secretäre zur Seite standen, an die Spitze des Volkes und feuerte dieses durch eine energische Proklamation zum Kampfe an. Die von den Holländern verübten Grausamkeiten und die Furcht vor einer Plünderung der Stadt trieben nunmehr auch den Bürgerstand, welcher anfänglich an dem Kampfe keinen Theil genommen hatte, in die Schlacht. Umsonst feuerten die Holländer ihre Kanonen auf die Häuser der Stadt ab. Jeder Schuß, welcher von dem Parke und von dem Königsplatze aus auf die Stadt fiel, vermehrte den Ingrimm der Brüsseler und führte neue Schaaren in die Reihen der Freiheitskämpfer. Die Holländer sahen sich von allen Seiten umzingelt und verloren so viele Leute, daß sie sich entschlossen, in der Nacht vom 26. auf

den 27. die Stadt wieder zu verlassen und nach einer kurzen Rast von Vilvorde nach Antwerpen zurückzugehen.

Schon am ersten Tage ihres Bestandes hatte die Administrativ-Commission die unter holländischen Fahnen stehenden Truppen ihres Eides entbunden, und sie aufgefordert, sich unter ihre Befehle zu stellen. Diesem Aufrufe leisteten dieselben schnelle Folge.

Der Jubel des Volkes war unbeschreiblich. Von allen Seiten rückten die belgischen Truppen, welche sich vom Hause Oranien losgesagt hatten, in die Hauptstadt ein. De Potter kehrte aus der Verbannung zurück (27. September) und trat an die Spitze der provisorischen Regierung (Administrativ-Commission), welche sich Tags zuvor (26. September) durch den Grafen Felix de Mérode, Gendebien, Vandeweyer und Nicolai (als Secretär) verstärkt hatte.

Die provisorische Regierung entwickelte eine sehr verständige Thätigkeit. Sie ernannte Herrn Coghen zum General-Administrator der Finanzen, welcher sich als ein sehr tüchtiger Mann erwies. Dieser hob die verhaßte Mahlsteuer und die verderbliche Lotterie auf, ermäßigte den Zeitungsstempel und die Abgaben, welche die Bierbrauereien und Branntweinbrennereien schwer belasteten, schaffte zahlreiche Mißbräuche ab und brachte schnell Ordnung in die Finanzen des jungen Staates. Das Post- und Zollwesen wurde von Grund aus verbessert, und die Münze von zahlreichen Mißbräuchen gereinigt.

Aller Orten trieben die Belgier die Holländer zurück. In kurzer Zeit war die ganze belgische Festungslinie mit Ausnahme Antwerpen's, Mastricht's und der Citadelle von Gent in deren Besitz. Brüssel wurde in Vertheidigungszustand gesetzt. Die militärischen Operationen litten aber darunter, daß dem bisherigen Oberbefehlshaber von Halen, welchem die Belgier kein volles Vertrauen schenkten, seine Stelle entzogen wurde. Dessenungeachtet drangen die Belgier unausgesetzt weiter vor.

Der König Wilhelm wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er seinen ältesten Sohn zum Statthalter der südlichen Provinzen ernannte und diesen mit einem blos aus Belgiern bestehenden Verwaltungspersonale nach Antwerpen schickte. Vor dem 23. September hätte diese Maßregel der ganzen belgischen Bewegung vielleicht eine andere Wendung gegeben. Jetzt kam sie zu spät.

Durch einen vom 3. October datirten Beschluß erklärte die provisorische Regierung Belgien für einen unabhängigen Staat, versprach eine neue Verfassung in kürzester Zeit zu entwerfen und berief einen National-Congreß ein.

Mittlerweile spielte der Prinz von Oranien die zweideutige Rolle, welche er früher in Brüssel begonnen hatte, zu Antwerpen weiter. Am 15. October erklärte er in einer Proklamation, sich an die Spitze der Bewegung stellen, und sein Blut für die Unabhängigkeit und die Gründung der politischen Nationalität Belgien's verspritzen zu wollen. Auch dieser Schritt war verspätet. Er konnte um so weniger wirksam sein, als König Wilhelm seinem Sohne selbst entgegentrat und diesem alle Vollmachten entzog. Die provisorische Regierung Belgien's verlangte als Grundbedingung eines Waffenstillstandes, daß die Holländer Antwerpen, Mastricht und Termonde räumen und sich auf ihr Gebiet jenseits des Mordyck zurückziehen sollten. Diese Bedingung verwarf der in Antwerpen befehligende General Chassé. Zugleich erklärte er, als die Stadt ihre Sympathien für die belgische Bewegung kund that, Antwerpen in Belagerungszustand. Die Rolle des Prinzen war ausgespielt. Er hatte es mit Belgiern und Holländern verdorben und zog sich nach London zurück.

Die belgische Armee schlug die Holländer bei Berchem und näherte sich Antwerpen, trieb mit Hülfe der Bevölkerung die Holländer in die Citadelle zurück und forderte deren Gouverneur zur Uebergabe auf.

Während der Unterhandlungen fielen unglücklicherweise einige Schüsse auf das Arsenal. General Chassé eröffnete sofort, ohne die in solchen Fällen sonst üblichen, eine Versöhnung anbahnenden Schritte zu thun, ein furchtbares Feuer auf die Stadt, vernichtete die bedeutenden Waarenvorräthe, welche dieselbe enthielt und that den Häusern großen Schaden. Dieser nutzlose Act soldatischer Barbarei erregte allgemeine Entrüstung, nicht blos unter den Belgiern, sondern auch im Schooße aller übrigen Nationen Europa's, welche bei dem Bombardement schwere Verluste gehabt hatten. Chassé wagte es übrigens nicht, den von ihm begonnenen Kampf fortzusetzen, vielmehr ging er einen Waffenstillstand ein, welcher den Belgiern sehr vortheilhaft war, weil sie ihre bisherige günstige Stellung beibehalten durften. König Wilhelm erkannte, daß er mit den ihm damals zur Verfügung stehenden Truppen den Belgiern nicht die Spitze bieten könne. Es kam darauf an, Zeit zu gewinnen, den Saamen der Zwietracht unter die Feinde auszustreuen und neue Streitkräfte zu sammeln. Der König wandte sich daher an dieselben Großmächte, welche er durch seine treulose Auslegung der die Rheinschifffahrt betreffenden Stelle der Wiener Congreß-Acte so sehr verletzt hatte.*) Diesen lag mehr an dem s. g. Legitimitäts-Prinzipe, als an der freien Rheinschifffahrt. Sie kamen ihm bereitwillig zu Hülfe, indem sie eine Conferenz zu London anberaumten, welche den Streit zwischen Holland und Belgien entscheiden sollte. Allerdings hatte sich durch die Vertreibung des ältern Zweiges der Bourbonen manches verändert. Allein vier Großmächte klammerten sich an die s. g. Grundsätze der heiligen Allianz mit um so größerer Heftigkeit an, je mehr sie durch die in Frankreich und Belgien ausgebrochene Revolution in Schrecken versetzt worden waren. Ludwig Philipp gab deutlich zu erkennen, daß er nichts mehr wünsche, als, sobald als möglich, in die Zahl der „legitimen Könige" aufgenommen zu werden.

In der That sprach die Londoner Conferenz in ihrem ersten, vom 4. November 1830 datirten Protokolle den Wunsch aus, die streitenden Parteien möchten die Feindseligkeiten einstellen, und sich beiderseits hinter die Linie zurückziehen, welche vor dem 30. Mai 1814, Holland von Belgien getrennt habe. Der Waffenstillstand wurde von beiden Theilen angenommen (25. November).

Vorher schon (10. November) hatte sich der belgische National-Congreß versammelt. Von den zweihundert berufenen Abgeordneten hatten sich einhundert zweiundfünfzig eingefunden. Von diesen stimmten nur dreizehn für die Republik, alle übrigen für die constitutionelle Erbmonarchie. Einstimmig wurde das Haus Nassau ausgeschlossen.

De Potter, welcher an seinen Anschauungen festhielt, zog sich zurück. Er trieb seinen republikanischen Eifer augenscheinlich zu weit. Das mächtige Frankreich hatte es damals nicht gewagt, das Banner der Republik zu entfalten, wie sollte das kleine Belgien den Muth dazu finden?

Die Verfassung, welche der belgische National-Congreß feststellte, war so freisinnig, als eine Monarchie, in damaliger Zeit sein konnte. Sie stellte fest (Artikel 6): im Staate gibt es keinen Unterschied der Stände. (Artikel 9.) Keine Strafe kann anders als in Folge eines Gesetzes eingeführt oder vollzogen werden. (Artikel 14.) Die Freiheit des Gottesdienstes und seine öffentliche Feier, sowie die Freiheit, seine Meinung über alle Materien mitzutheilen, ist gewährleistet, unbeschadet der gerichtlichen Verfolgung der bei Ausübung dieser Freiheit begangenem Verbrechen. (Artikel 15.) Niemand kann gezwungen werden, sich irgend wie bei den gottesdienstlichen Handlungen und Gebräuchen eines Cultus zu betheiligen, oder dessen Ruhetage zu beobachten. (Artikel 18.) Die

*) Siehe oben § 52, S. 546.

Presse ist frei; die Censur kann niemals eingeführt werden; von den Schriftstellern, Verlegern und Druckern kann keine Caution verlangt werden. Ist der Verfasser bekannt und in Belgien ansäßig, so kann der Herausgeber, der Drucker oder Mittheiler nicht belangt werden. (Artikel 20.) Die Belgier haben das Recht, sich zu associiren; dieses Recht kann keiner Präventivmaßregel unterworfen werden. (Artikel 47.) Die Repräsentantenkammer wird direct von den Bürgern gewählt, die den durch das Gesetz vorgeschriebenen Census bezahlen, welcher nicht über einhundert Gulden und nicht unter zwanzig Gulden directer Steuer betragen darf. (Artikel 55.) Die Senatoren werden auf acht Jahre gewählt; von vier zu vier Jahren wird die austretende Hälfte durch neue Wahlen ersetzt. (Artikel 116.) Die Mitglieder des Rechnungshofes werden von der Repräsentantenkammer ernannt.

Die Verfassung wurde schnell vereinbart, weil die Belgier für sich allein dieselbe festzustellen hatten. Allein zwei große Fragen, bei welchen auch die übrigen Mächte mitwirkten, schwebten in Ungewißheit: 1) welcher Fürst an die Spitze des belgischen Staates gestellt werden, 2) welche Gränzen dieser haben solle. Nach mannigfaltigen Winkelzügen und nachdem Ludwig Philipp's zweiter Sohn, der Herzog von Nemours, die auf ihn (3. Februar 1831) gefallene Wahl ausgeschlagen hatte, entschied sich der National-Congreß (4. Juni 1831) mit hundertzweiundfünfzig unter hundertsechsundneunzig Stimmen für den Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg.

In Betreff der Gränzen Belgien's wurden langwierige Verhandlungen gepflogen, welche erst am 19. April 1839 ihr vollständiges Ende erreichten. Mittlerweile brach der Kampf von Neuem aus. Am 2. August 1831 überfiel der Prinz von Oranien die Belgier, welche sich keines Angriffes versahen und trieb diese in die Flucht. Er wagte jedoch nicht, seine Vortheile weiter zu verfolgen, da der englische und der französische Gesandte ihm mit einer englischen Flotte und einem französischen Heere drohten. Die Holländer weigerten sich, die Citadelle von Antwerpen zu räumen. Demzufolge wurde sie vom 30. November bis 24. Dezember 1832 von den Franzosen belagert und mußte sich endlich ergeben. Der König Leopold ehelichte die älteste Tochter Ludwig Philipp's und trat dadurch in den Kreis der europäischen Könige ein. Die Revolution wurde abgeschlossen. Belgien hatte allen Grund, mit den gewonnenen Erfolgen zufrieden zu sein. Das Land hatte sich eine Verfassung gegeben, welche seinem Bildungszustande und seinen Wünschen in der Hauptsache entsprach. Das Haus Nassau-Oranien mußte von dem erschlichenen belgischen Throne herabsteigen. Die Wiener Congreßarte erhielt einen gewaltigen Riß und die „Grundsätze der heiligen Allianz" wurden in Belgien, gleichwie in Frankreich, über den Haufen gestoßen. Die Kaiser und Könige Europa's mußten diese Zugeständnisse der Revolution machen. Sie wollten es nicht auf einen gewaltigen Zusammenstoß mit dieser ankommen lassen. Ludwig Philipp machte allerdings der „heiligen Allianz" noch größere Zugeständnisse, indem er dieser erlaubte, in Polen und in Italien nach Willkür zu schalten.

## § 62. Die polnische Revolution.

Wenn die polnische Nation den zehnten Theil der Anstrengung, welche sie machte, um ihre Selbständigkeit wieder zu gewinnen, angewandt hätte, um diese, bevor sie verloren war, zu erhalten, so hätte sie sich ein Jahrhundert voll der bittersten Leiden, voll Leichen und Kerkern, voll Demüthigungen und Beschimpfungen ersparen können.

Deutschland möge dieses nie vergessen! Noch ist unser Vaterland nicht ganz so sehr

Verbindung mit nicht-deutschen Ländern. Ich erinnere insbesondere an die mit slavischen, magyarischen und italienischen Ländern zusammengekoppelten österreichischen Provinzen, an das von Dänemark tyrannisirte Schleswig-Holstein und Lauenburg und an das Großherzogthum Luxemburg, welches in die belgische Revolution verflochten wurde und dem deutschen Vaterlande dadurch, zum Theile wenigstens, verloren ging. Doch der größere Theil Deutschland's, obgleich nicht frei, steht doch unter deutscher Verwaltung. Jetzt würden verhältnißmäßig geringe Opfer erforderlich sein, um die deutsche Nationalität vor einem ähnlichen Schicksale, wie es die polnische erlitt, zu bewahren. Noch ist es Zeit, zu handeln, bevor die längst gehegten Pläne der Feinde Deutschland's vollständig ausgeführt worden sind. Die erbärmlichsten Menschen, welche jetzt bei der geringsten Aufforderung zur Thatkraft zittern und beben, würden einen Anflug von Muth bekommen, wenn sie sich die unausbleiblichen Leiden vergegenwärtigen könnten, welche eine neue Theilung Deutschland's oder auch nur neue Verluste von Gränzprovinzen in ihrem Gefolge haben müßten.

Das Schicksal Polen's liegt jetzt so klar und bestimmt vor uns, daß der denkende Mensch über dessen Ursachen nicht den geringsten Zweifel hegen kann. Das Königthum, Pfaffenthum und der Adel herrschten, als Polen dreimal getheilt wurde. Das polnische Königthum ging in den Stürmen der Zeit unter, doch das polnische Pfaffenthum und der polnische Adel überlebten den Untergang der polnischen Nationalität. Sie bildeten nach, wie vor, den Hemmschuh, welcher den unter fremden Herrschern stehenden Polen einen freiheitlichen Aufschwung unmöglich machte. Adel und Geistlichkeit besaßen allein nicht die Kraft, das fremde Joch abzuschütteln. Bürger und Bauern konnten sich nicht veranlaßt sehen, Gut und Blut für die Wiederherstellung eines Reiches einzusetzen, welches ihnen die Freiheit, gleiches Recht und brüderliche Behandlung nicht einmal in Aussicht stellte.

Die polnische Geistlichkeit hielt die Seelen des Volkes in den Ketten des Aberglaubens und des schlimmsten aller Despoten, des Pabstes, gefangen. Der Adel ließ den Leib des Bauern nicht frei und hielt den Bürger in einer unwürdigen Abhängigkeit. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die fremden Herrscher, wenigstens die Oesterreicher und Preußen, für die polnischen Bürger und Bauern mehr thaten, als die eigenen Könige, Pfaffen und Aristokraten. Mit welchem Rechte können diese die Sympathien der Völker in Anspruch nehmen, so lange sie sich selbst nicht auf den Standpunkt ewiger und unveräußerlicher Menschenrechte empor geschwungen haben? Entweder gilt in einem Staate die Gewalt, dann ist diejenige der Häuser Romanow, Habsburg und Hohenzollern so gut begründet, als die Macht des polnischen Pfaffenthums und des Adels; oder aber es gilt das ewige und unveräußerliche Menschenrecht, dann müssen die polnischen Pfaffen und Aristokraten eben sowohl, als die Kaiser von Rußland und Oesterreich und der König von Preußen, auf die Privilegien verzichten, welche sie in trüben Zeiten an sich zu reißen verstanden.

Eine Wiederherstellung Polen's, welche nicht von der Grundansicht der Freiheit und des Rechtes aller Mitglieder des Staates, also auch der Bürger und der Bauern, ausgeht, ist unmöglich, weil diese beiden Stände sich wohl hüten werden, zur Verherrlichung der privilegirten Kasten das Schwert zu ziehen, weil die übrigen Nationen für dieselben nicht in die Schranken treten werden und endlich weil die Wiederherstellung eines polnischen Adels- und Pfaffen-Staates auf durchaus keinem umfassenden Rechtsgrunde beruht.

Alle polnischen Revolutionen sind gescheitert an der Klippe adeliger und pfäffischer Selbstüberhebung.

Die polnische Nationalität, abgesehen von freiheitlichen und rechtlichen Bestrebungen, kann nur schwache Sympathien im Schooße aller für Freiheit und Recht empfänglichen Nationen hervorrufen. Nationalität auf dem Grunde von Freiheit und Recht ist etwas

ganz anderes, als Nationalität auf dem Boden aristokratischer und pfäffischer Privilegien. Eine Erhebung der Nation setzt vor allen Dingen ein Programm voraus, für welches alle Theile derselben sich begeistern können. So lange der Adel die polnische Nationalität nur von dem Gesichtspunkte der ungehemmten Adelsherrschaft, die Geistlichkeit nur von demjenigen der Herrschaft der katholischen Kirche auffaßt, kann die polnische Nation und die Menschheit bei einer Wiederherstellung Polen's nichts Erhebliches gewinnen.

Das Mißverhältniß, in welchem die privilegirten Classen zu der großen Masse des Volkes standen, war die Hauptursache der drei Theilungen Polen's gewesen. Nach dieser Zeit wurden in allen civilisirten Staaten Europa's die Privilegien der Vorzeit durch die französische Revolution auf's Tiefste erschüttert. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wurde die Dreieinigkeit, in deren Namen die Nationen auf der Bahn der Entwickelung vorwärts schritten. Die Ketten mittelalterlichen Aberglaubens und Druckes wurden gelockert. Nicht die Geistlichkeit und nicht der Adel, sondern das gesammte Volk war es, welches in Rußland, Deutschland, Spanien und Portugal die Zwingherrschaft Napoleon's brach.

Als der große Wendepunkt des Jahres 1813 eintrat, befand sich Polen in einer sehr unglücklichen Lage. Nachdem Kosciuszko vom Kampfplatze abgetreten war, zerstreuten sich seine getreuesten Anhänger und die eifrigsten Freunde polnischer Unabhängigkeit über ganz Europa und Amerika. Der größte Theil derselben suchte in Frankreich Zuflucht. Die Polen ließen im alten Vaterlande die Vorurtheile, welche sie mit der Muttermilch eingesogen hatten, nicht zurück. Der Adel nahm den Uebermuth und die mittelalterlichen Ansichten seiner Kaste in's Ausland mit. Nur ein kleiner Theil desselben schüttelte sie ab und schwang sich auf den Standpunkt einer reineren Menschlichkeit empor. Mit diesem bessern Theile der Aristokraten verbanden sich die Söhne des Volkes, welche vermöge ihrer Geburt keine Vorrechte in Anspruch nahmen. Aristokraten und Demokraten behielten übrigens, mit seltenen Ausnahmen, das Joch des Aberglaubens auf sich, welches sie in früher Jugend aus den Händen der Geistlichkeit empfangen hatten. In unseliger Verblendung hielten sie an der römisch-katholischen Kirche um so fester, je mehr die russischen Czaaren sich bemühten, dieselbe in Polen zu Gunsten der griechischen Kirche zu unterdrücken. Sie bedachten nicht, daß außer Rußland auch Oesterreich an dem Untergange Polen's Schuld getragen, daß das Haus Habsburg seit Jahrhunderten die römisch-katholische Kirche als williges Werkzeug der Unterdrückung seiner Völker gebraucht habe und daß die Grundursache des Zerfalles Polen's die von den Jesuiten entzündete Religionsverfolgung gewesen sei.

Die Haltung, welche die polnische Emigration im Auslande annahm, deutete nicht auf einen hohen Grad politischer und philosophischer Bildung. Militairische Tapferkeit und Organisation konnten den Mangel an politischer Einsicht nicht ersetzen. Es gelang den rastlosen Bemühungen des Generals Dombrowski, eine polnische Legion zu organisiren, welche in die Dienste der französischen Republik trat. Napoleon glaubte, sich derselben in ähnlicher Weise bedienen zu können, wie die übrigen Despoten Europa's die schweizerischen Söldner gebrauchten. Er zog dieselbe aus Italien, woselbst sie großen militärischen Ruhm erworben hatte, nach Straßburg. Ohne Zweifel hätte er sie nach Paris geschickt, um mit deren Hülfe die damals schon angestrebte Kaiserkrone zu erobern, wenn sie sich dazu hätte willig finden lassen. Als die Polen aber einstimmig erklärten, sie seien nicht gesonnen, für Napoleon's Interesse gegen die Franzosen zu kämpfen, verschenkte er die Legion an den König von Etrurien, und schiffte später einen Theil derselben nach St. Domingo ein, wo sie im Kampfe mit den dortigen Freiheitsbestrebungen und mit dem

Während des Krieges, welcher den Tilsiter Frieden abschloß, lag es in der Macht Napoleon's, das alte Polenreich wieder herzustellen. Er that es nicht, weil er für Begriffe, wie Nationalität, Freiheit und Recht, keinen Sinn hatte. Zwar errichtete er aus den Preußen abgenommenen polnischen Gebietstheilen das Großherzogthum Warschau (1807) und vergrößerte dieses (1809) durch West-Galizien. Allein er trat nicht blos den Bezirk Bialystock an Rußland ab, sondern ließ auch den bei weitem größern Theil Polen's in der Gewalt der drei theilenden Mächte. Das Herzogthum umfaßte Anfangs nur 1850 Quadratmeilen mit 2,200,000 Einwohnern und stieg (nach dem Wiener Frieden von 1809) nur auf 2800 Quadratmeilen mit 3,780,000 Einwohnern. Schon der Name, welchen Napoleon dieser seiner Schöpfung gab, deutete mit Bestimmtheit darauf, daß es seine Absicht nicht sei, Polen wieder herzustellen, und der Fürst, welchen er an die Spitze des Herzogthums stellte, der König Friedrich August von Sachsen, leistete Bürgschaft dafür, daß weder auf nationale, noch freiheitliche Entwickelung gerechnet werden könne.

Umsonst vergossen die Polen ihr Blut für Napoleon. Das Verhältniß, in welchem sie zu dem Kaiser von Frankreich gestanden waren, erschwerte nach dessen Sturze die Ergreifung kräftiger Maßregeln zu ihren Gunsten. Mit dem Könige von Sachsen, welcher zu Leipzig gefangen genommen wurde, verloren sie den einzigen Mann, welcher nach dem Hammelheerdenstaatsrechte befugt gewesen wäre, das Herzogthum Warschau zu vertreten, falls er sich seine Freiheit bewahrt hätte. Die Polen waren daher, gleich den Deutschen und Italienern, auf dem Wiener Congresse nicht vertreten. Die Fürsten, welche sich in den Besitz ihres Landes gesetzt hatten, dachten nur an ihre dynastischen, nicht an der Polen nationale Interessen. Nicht einmal das Herzogthum Polen blieb bestehen und Rußland, mit dem es verbunden wurde, setzte der Wiederherstellung Polen's weit größere Schwierigkeiten entgegen, als der König von Sachsen hätte bereiten können. Ein öffentliches Leben war für die Polen, trotz der ihnen von Alexander I. gegebenen Verfassung, unter russischer Herrschaft so wenig, als unter preußischer und österreichischer, eine Möglichkeit.

In Preußisch-Polen geschah übrigens manches zur Hebung des Bauern- und Bürgerstandes. Weit trauriger war das Schicksal Oesterreichisch-Polen's, auf welchem ein furchtbarer Abgabendruck den politischen Despotismus noch erschwerte. Von vier Millionen polnischer Unterthanen erhob das Haus Habsburg neunzig Millionen Gulden an Abgaben und bezog überdieß dreißig Millionen von den galizischen Salzminen. Ein großer Theil der Grundstücke wurde von der Regierung sequestrirt, indem deren Besitzer nicht im Stande waren, die darauf haftenden Abgaben zu zahlen. Dessen ungeachtet verhielten sich die Galizier am ruhigsten von allen Polen, theils weil die römisch-katholischen Pfaffen im Bunde mit den römisch-katholischen Habsburgern standen, theils weil die österreichische Regierung es verstand, zwischen Adel und Bauern ein Verhältniß des heftigsten Widerwillens zu hegen.

Der einzige Fleck von Polen, über dessen Theilung die Congreßmächte sich nicht hatten einigen können, war Krakau. Obgleich von den drei Nachbarn mit Scheelsucht bewacht, blühte doch die Stadt unter den Fittigen einer gewissen Freiheit auf und deutete an, was aus Polen werden könnte, falls dem Lande nur so viel Freiheit, als der Stadt Krakau, gelassen würde.

In Ermangelung alles öffentlichen Lebens zogen sich die strebenden Polen in geheime Gesellschaften zurück, welche sie theils unter wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Aushängeschildern verhüllten, theils durch den Schleier des strengsten Geheimnisses deckten.

Die letzten Jahre der Regierung Alexander's I. waren, wie wir schon oben *)

*) Siehe § 47, S. 488 ff.

erzählten, reich an Verschwörungen. Das Joch, welches der Kaiser seinen Völkern auferlegte, war nicht schwer genug, um im Keime jede Regsamkeit der strebenden Geister zu ersticken, und doch nicht so leicht, daß diese dasselbe willig ertragen hätten. Ein solcher Zustand der Dinge fördert, in Abwesenheit alles öffentlichen Lebens, immer die Verschwörungen. Die Beschaffenheit und den Ausgang der russischen Complotte haben wir schon oben erzählt.

Die Polen handelten sehr klug, indem sie mit den russischen Verschwörern keinen festen Bund schlossen. Die lockere Verbindung, in welcher sie mit diesen standen, fügte ihnen schon großen Schaden zu.

Die polnischen Verschwörungen, welche im November 1830 zum Ausbruche kamen, lassen sich in ihren ersten Fäden zurückführen auf die Bestrebungen des Generals Dombrowski, welcher die polnische Legion in Italien befehligt hatte. Er regte (im Jahre 1818) zu Winagora den Gedanken einer neuen patriotischen Verbrüderung an, welcher, obgleich er selbst kurz darauf starb, von Gesinnungsgenossen aufgegriffen wurde. Schon im folgenden Jahre (1819) bildete sich eine geheime Gesellschaft, welche Anfangs den Namen der „nationalen Freimaurerei" trug. Viele Männer von innerem Werthe und äußerem Ansehen traten in den Bund. Dieser umfaßte vier Grade. In dem untersten beschäftigte man sich nur mit der Unterstützung armer Krieger, im zweiten und dritten erhielten die philanthropischen Bestrebungen einen nationalen Charakter, im vierten besprachen sich die Häupter unumwunden über die Befreiung des Landes. Der Bund verbreitete sich rasch nicht blos über das Congreß-Königreich, sondern auch über die diesem nicht einverleibten ehemals polnischen Provinzen Rußland's und Preußen's. Im Posen'schen traten die Mitglieder des Bundes weit ungestümer, als in Russisch-Polen, auf, was zur Folge hatte, daß dort die Gesellschaft in ihrer ursprünglichen Form bald gesprengt wurde und nur in derjenigen des Carbonarismus fortbestehen konnte. In Russisch-Polen dauerte der Bund in seiner alten Form bis Ende 1825 fort. Neben der „nationalen Freimaurerei" bestanden mehrere andere Geheimbünde, namentlich die Templer, die Szubrawcer, die Premienisten, die Philarethen, Philomathen und andere.

Als die Verschwörung in Rußland ausbrach, wurden auch die Häupter des polnischen Bundes der russischen Regierung bekannt. Fürst Jablonowski glaubte dem Kaiser dadurch imponiren zu können, daß er demselben die Verschwörung in der großartigsten Weise darstellte. Nicolaus ließ sich jedoch nicht einschüchtern, vielmehr warf er Alle, welche ihm auf diese Weise als Verschworene angegeben wurden, in die Gefängnisse. Er wagte es jedoch nicht, die Gefangenen durch russische Richter verurtheilen zu lassen. Der polnische Senat sprach sie (unterm 18. Mai 1829) frei, indem er erklärte, Bestrebungen zur Herstellung der Nationalität seien nicht strafbar. Die preußischen Gerichte dagegen verurtheilten die ermittelten Theilnehmer wegen Landesverrathes zu langjährigen Gefängnißstrafen.

Das freisprechende Urtheil des Senates erregte in ganz Polen eine freudige Bewegung. Als es sich aber später zeigte, daß die russische Regierung die freigesprochenen Gefangenen nicht aus dem Kerker entließ, so schlug dieselbe schnell in furchtbare Erbitterung gegen Rußland um. Die geheimen Verbindungen nahmen an Mitgliederzahl und Energie der Gesinnung zu. Unter denselben that sich ein im Schooße der Warschauer Fähnrichschule organisirter Geheimbund (in der zweiten Hälfte des Jahres 1829) besonders hervor. Der Bund war schon am 15. December 1820 gegründet worden und war unentdeckt geblieben. Einer der Fähnriche (Dzialynski) setzte sich sogar mit einigen Landboten in Verbindung, welche dessen Anerbieten mit Freuden aufnahmen.

Damals besaß das Congreß-Königreich noch eine nationale Armee von dreißigtausend

Mann, eine Ständeversammlung, welche einer volksthümlichen Bewegung Nachdruck geben konnte und eine Verwaltung, in welcher die polnischen Elemente stark genug waren, um den russischen einen gewissen Widerstand entgegensetzen zu können. Die russische Besatzung Warschau's zählte nur 5400 Mann, die polnische dagegen, welche unter den Befehlen der Verschworenen stand, 8000.

Lange hatte man gezögert. Wiederholt hatten die kühnsten Freunde des Vaterlandes darauf gedrungen, daß losgeschlagen werden solle, namentlich zur Zeit der vom Fürsten Jablonowski gemachten Enthüllungen (1826) und zur Zeit der Krönung des Kaisers in Warschau (29. Juli 1829). Allein es kam nicht dazu. Als aber durch die Juli-Revolution ganz Europa in Aufregung gebracht wurde, setzte sich die polnische Garnison Warschau's mit den Kammern in Verbindung. Lelewel erklärte auf eine an ihn gerichtete Anfrage, „die Kammer könne, was eine Armee von 30,000 Mann beschließe und ausführe, nicht verurtheilen." Hierauf setzten die Verschworenen die Nacht des 29. November 1830 zur Führung des längst beabsichtigten Schlages fest. Dieser sollte mit der Gefangennahme des Großfürsten Constantin beginnen.

Am Abende genannten Tages um sechs Uhr trafen achtzehn Fähnriche und Militärschüler außerhalb der Stadt vor dem Palaste des Großfürsten, Belvedere, zusammen, zündeten zum Signal für die Verschworenen in der Stadt ein Brauhaus an und stürmten den Palast. Constantin hatte Zeit gefunden, zu entkommen. Er eilte nach der Stadt. Dort war der Lieutenant Wysozki auf das Feuersignal in die Militärschule gegangen und hatte den dort versammelten jungen Leuten die Worte zugerufen: „Polen! die Stunde der Rache hat geschlagen! heute müssen wir siegen, oder sterben! folgt mir! o, möchte euere Brust gegen die Feinde der Freiheit ein Thermopylä sein!" Alle folgten ihm. Mit hundert und sechzig Bewaffneten stürmte Wysozki gegen die Caserne der polnischen Truppen, um diese in die Bewegung hereinzuziehen, während der Großfürst Constantin die russischen Truppen zu den Waffen rief. Die Militärschüler stürmten das Staatsgefängniß, befreiten die Gefangenen und vermehrten dadurch ihre Reihen. Um sieben Uhr Abends schloß sich ihnen zuerst unter allen polnischen Truppen jenes vierte Regiment an, welches sich, wie beim Beginne, so auch im Verlaufe der Revolution, mit unsterblichem Ruhme bedeckte. Nach und nach folgte die gesammte polnische Garnison. Um zehn Uhr war einer der Militärschüler in's Theater gestürzt und hatte die Zuschauermenge in den Kampf gezogen durch die Worte: „hinweg von hier und zu den Waffen! die Russen ermorden die Unsrigen!" Die Sturmglocken ertönten. Das Volk drang in die Straßen. Das vierte Regiment, das sich des Arsenals bemächtigt hatte, vertheilte unter die kampfbereiten Massen die vorhandenen Waffen. Constantin zog sich in eiliger Flucht aus der Stadt zurück.

Jetzt galt es, das glühend gewordene Eisen zu schmieden. Leider wurde viele kostbare Zeit verschwendet. Man erlaubte dem russisch gesinnten Administrationsrathe, sich (30. November) zu versammeln und die Zügel der Regierung in Händen zu behalten. So kam es, daß hemmende und störende Beziehungen zwischen der Revolution und den vom Großfürsten befehligten russischen Truppen eingeleitet wurden. Die letzteren, fünftausend Mann stark, ließ man, nebst dem Großfürsten, unbelästigt abziehen, während es ein leichtes gewesen wäre, sie gefangen zu nehmen oder aufzureiben. Erst am 3. December kam eine provisorische Regierung zu Stande, an deren Spitze Fürst Czartoryski und Lelewel standen. Schon zwei Tage nachher (5. December) ließ sich aber General Joseph Chlopizki, nachdem ihm die Stelle eines Oberbefehlshabers der bewaffneten Macht übertragen worden war, als Dictator ausrufen. Im Augenblicke der Entscheidung, in der Nacht vom 29. auf den 30. November, war er nicht zum Vorschein gekommen. Jetzt, nachdem die Revolution

geglückt war, begnügte er sich nicht mit der Stellung eines Feldherrn, welche schon das Maaß seiner Kräfte überstieg, sondern riß die gesammte Staatsgewalt an sich, welche er zu führen durchaus nicht befähigt war.

Die erste und dringendste Aufgabe jedes Hauptes einer werdenden Revolution besteht darin, diese nach allen Seiten hin auszudehnen und zu kräftigen. Statt dessen leitete Chlopizki Unterhandlungen mit dem russischen Kaiser ein, welche von vorn herein die Kraft des Aufstandes lähmten. Hätten die Polen unterhandeln wollen, so wäre ihre Wahl ohne Zweifel auf einen Diplomaten gefallen. Sie unterwarfen sich der Führung eines Soldaten in der Hoffnung, dieser werde den Kampf mit Nachdruck führen. Es war daher ein Fehler des Reichstages, daß dieser die Dictatur Chlopizki's bestätigte und sich damit begnügte, demselben eine Aufsichts-Commission an die Seite zu setzen, an deren Spitze Fürst Radziwill stand.

Mit Blitzesschnelle hatte sich der Aufstand über das ganze Congreß-Königreich verbreitet. Die Städte Radom, Kielce, Kalisch, Lublin, Modlin, Zamosk und andere warteten keine Befehle von Warschau ab. Sie erhoben sich selbständig, verjagten die russischen Kosacken, befreiten die Staatsgefangenen, setzten an die Stelle der russischen, die polnischen Adler, und stellten sich und ihre Streitkräfte der provisorischen Regierung zur Verfügung. Es kam darauf an, den Aufstand, so schnell als möglich weiter zu tragen, die vorhandenen Truppen dem Feinde entgegen zu schicken und immer neue Corps zu organisiren, und den Vorangeschrittenen nachrücken zu lassen.

Statt das ganze Volk zu den Waffen zu rufen, mit Waffen zu versehen und in den Kampf zu führen, begnügte sich Chlopizki damit, die verabschiedeten Soldaten einzuberufen und dadurch jedes Regiment Infanterie durch zwei neue Bataillone und jedes Regiment Reiterei durch zwei neue Schwadronen zu verstärken. Außer diesen Truppen organisirte Chlopizki zwar noch Sicherheitswachen. Diese waren aber nicht für den Felddienst bestimmt, auch sprach er von einer Landesbewaffnung, allein er führte sie nicht in's Leben ein. Als ein Monat der kostbarsten Zeit nutzlos von Chlopizki verschleudert worden war, und Kaiser Nicolaus, wie jeder denkende Mensch zum voraus erwarten konnte, die polnische Revolution eine schändliche Verrätherei genannt und jede Unterhandlung abgewiesen hatte, dann erklärte Chlopizki in hoffnungsloser Mattherzigkeit der Aufsichts-Commission, daß er dafür stimmen müßte, sich dem Kaiser zu unterwerfen, statt es zum Kriege kommen zu lassen; und als die Aufsichts-Commission ihm deßhalb mit gutem Grunde ernstliche Vorwürfe machte, legte Chlopizki (18. Januar 1831) seine Dictatur nieder. Der Reichstag ließ sich dadurch nicht entmuthigen. Er ernannte den Fürsten Michael Radziwill zum Oberfeldherrn (19. Januar 1831), erklärte die Ausschließung des Hauses Romanoff von dem polnischen Throne (25. Januar) und setzte eine aus fünf Mitgliedern*) bestehende National-Regierung unter dem Präsidium Czartoryski's (30. Januar) ein.

Unter allen diesen fünf Männern befand sich nur einer von Geist und Kraft, nämlich Lelewel. Fürst Czartoryski insbesondere war in allen Vorurtheilen des Hoflebens, des Adels und des Pfaffenthums viel zu tief versunken, als daß er einer wahren Begeisterung und einer freiheitlichen Auffassung der Revolution fähig gewesen wäre. Zudem ging sein Trachten, wie sich später klar und deutlich ergab, nach der polnischen Krone. Seine Beweggründe waren Ehrgeiz und Herrschsucht, nicht Liebe für Freiheit, Recht und Vaterland. Eine aus solchen Bestandtheilen zusammengesetzte Regierung konnte Polen nicht zum Kampfe mit einer fünffachen Uebermacht begeistern, ausrüsten und organisiren.

*) Außer dem Präsidenten bestand dieselbe aus Vincenz Niemojowski, Theophil Morawski, Stanislaus Barzykowski und Joachim Lelewel.

Das polnische Heer zählte mit Einschluß der von Chlopizki einberufenen Beurlaubten 52,000 Mann mit 130 Kanonen. Als Kern einer zahlreichen Revolutionsarmee hätte diese wohl gerüstete und waffenkundige Schaar den russischen Massen einen siegreichen Widerstand entgegensetzen können. Für sich allein war sie denselben nicht gewachsen. Nur wenige Freiwillige und Sensenmänner standen den regulären Truppen zur Seite. Allerdings litten die Polen Mangel an guten Waffen. Allein der ihnen eigenthümliche Muth hätte denselben ersetzt, falls es die Führer verstanden hätten, die Massen zu begeistern. Jeder Sieg hätte ihnen vom Feinde Waffen verschafft. Einige wenige Siege hätten in Frankreich, England und Deutschland eine Stimmung hervorgerufen, welcher die von Preußen und Oesterreich verhängte Grenzsperre hätte weichen müssen. Es wäre dann auf der Grundlage vollendeter Thatsachen in Polen, wie in Belgien, schlimmsten Falles wenigstens ein Abkommen zu Stande gebracht worden, welches die von den Polen errungene Freiheit sicher gestellt hätte. Allein zu alle dem waren ganz andere Maßregeln erforderlich, als Leute, wie Chlopizki, Czartoryski, Radziwill und Genossen zu ergreifen befähigt und Willens waren. Während die Polen nur schwache Rüstungen machten, sammelten die Russen ein Heer von 117,000 Mann mit 400 Geschützen unter Feldmarschall Diebitsch und rückten (5. und 6. Januar 1831) in Polen ein. Hätte die provisorische Regierung ihre Schuldigkeit gethan, so wären die polnischen Truppen ihnen zuvor gekommen, hätten Lithauen, Volhynien, Podolien und die Ukraine in Aufstand versetzt und aus diesen polnischen Provinzen ein Heer von mehr als 50,000 Mann gezogen, welches, in Verbindung mit den Truppen des Congreß-Königreichs, den Russen unter Diebitsch eine entschiedene Niederlage hätte beibringen können. Die Unthätigkeit der provisorischen Regierung und des Dictators Chlopizki hatte zur Folge, daß die reichen Kräfte, welche die genannten Provinzen, bei rascher und kräftiger Unterstützung, der nationalen Bewegung zugeführt hätten, anfangs gar nicht, und später nur in sehr beschränktem Maße flüssig wurden.

Am 25. Februar kam es bei Grochow zur Schlacht, in welcher die Polen dem russischen Heere von beiläufig 120,000 Mann nur 30,000 entgegensetzen konnten. Trotz dieses Mißverhältnisses der Zahlen hätten die Polen durch ihre begeisterte Tapferkeit ohne Zweifel den Sieg errungen, wenn ihr Feldherr Radziwill etwas mehr Kühnheit und Entschlossenheit besessen hätte. Da ihm aber diese Eigenschaften fehlten, räumte er das Schlachtfeld und zog sich auf Praga zurück. Die Russen hatten jedoch im Kampfe so sehr gelitten, daß auch sie ihr Hauptcorps zurückzogen und nur zwei kleine Heeresabtheilungen zur Beobachtung der Polen in der Nähe von Warschau ließen. Radziwill konnte sich nach der Schlacht von Grochow nicht mehr an der Spitze des Heeres behaupten. Ihm folgte im Oberbefehle der General Skrzynezki, welcher, gleich Chlopizki und Radziwill, wieder die kostbare Zeit mit Nichtsthun vergeudete. Erst am 31. März und 1. April griff er den General Geismar bei Dempe-Wielki an, trieb ihn zurück, allein ohne seinen Sieg nachdrucksvoll zu verfolgen. Am 10. April schlugen die polnischen Generale Pronzinski und Ramorino die Russen unter Rosen bei Iganie, allein auch diesesmal wurde der Sieg der Polen nicht mit der erforderlichen Kraft verfolgt.

Die russische Armee litt furchtbar durch Mangel, die Härte des Klima's und die Cholera. Die Polen hatten Lebensmittel im Ueberflusse, fanden aller Orten gastfreundschaftliche Aufnahme und konnten daher dem Klima und der Seuche weit leichter Trotz bieten. Allein ein polnischer General nach dem andern versank in Unthätigkeit, sobald er die Last des Oberbefehls auf sich genommen hatte. Im Frühjahre erhob sich Lithauen (26. März 1831) unter dem Generale Kalinowski und kurz darauf

(April 1831) die Ukraine, unter dem Grafen Tyszkiewicz. In Volhynien und in Podolien gewann jedoch der Aufſtand keine Kraft, indem dieſe Provinzen nicht frühzeitig und nicht kräftig genug von Warſchau aus unterſtützt wurden. General Dwernizki war zwar mit einer kleinen Heeresabtheilung nach Volhynien gerückt, konnte aber daſelbſt nichts ausrichten und zog ſich auf öſterreichiſches Gebiet zurück (27. April), wo er entwaffnet wurde.

Dieſe erſte Niederlage, welche die Polen erlitten, wirkte im höchſten Grade entmuthigend, nicht ſowohl wegen der unmittelbaren Verluſte, welche ſie in ihrem Gefolge hatte, als wegen der Ueberzeugung, welche mehr und mehr um ſich griff, daß die polniſche Revolution in ſchlechten, oder wenigſtens ſchwachen Händen ruhe.

Skrzynezki fuhr fort, zu zaudern. Statt dem Feinde keine Ruhe zu laſſen und dieſen aufzuſuchen, wartete er den Angriff der Ruſſen ab. Am 26. Mai kam es bei Oſtrolenka zur Schlacht. Wie bei Grochow kämpften die Polen mit heldenmüthiger Tapferkeit. Neuen, unvergänglichen Ruhm erwarb namentlich wieder das vierte Regiment. Die Ruſſen verloren an Todten und Verwundeten achttauſend, die Polen ſechstauſend Mann. Die letzteren zogen ſich auf Pultusk und Warſchau zurück. Die Ruſſen verfolgten ſie nicht.

Bald darauf (10. Juni) ſtarb Marſchall Diebitſch. Der Kaiſer Nicolaus war mit deſſen Kriegführung unzufrieden und hatte den General Grafen Orloff in deſſen Hauptquartier abgeſandt, um den Zuſtand des Heeres an Ort und Stelle zu unterſuchen. Den Angaben der ruſſiſchen Aerzte zufolge ſtarb Diebitſch an der Cholera. Viele ſchrieben deſſen Tod dem Gifte zu. So viel iſt jedenfalls gewiß, daß über den Nachlaß des Feldmarſchalls, wie über denjenigen eines geſtürzten Satrapen verfügt wurde. An die Stelle des Deutſchen Diebitſch trat der Ruſſe Paskewitſch. Die polniſchen Feldherren benützten nicht die Verwirrung, welche die Sendung Orloff's und der Tod Diebitſch's im ruſſiſchen Lager hervorgerufen hatte. Die polniſchen Generäle Chlapowski und Gilgoud wurden (12. Juli 1831) auf preußiſches Gebiet gedrängt und wurden daſelbſt mit ſiebentauſend Mann entwaffnet. Dembinski, kühner, als die beiden anderen ſchlug ſich (9. Juli) mit dreitauſend achthundert und dreißig Mann durch und langte nach einem raſchen Marſche (am 4. Auguſt) an der Spitze von fünftauſend Mann in Warſchau an.

Abgeſehen von den militäriſchen Mißſtänden, welche eine fortgeſetzte Unthätigkeit nach ſich zieht, ſind politiſche Wirren bei einem Revolutionskampfe immer im Gefolge der Schlaffheit. Keine Nation ſteht ſo hoch und erhaben, daß ſich in deren Schooße nicht Verräther, Memmen und Genußmenſchen ohne Sinn für Freiheit fänden. Dieſen darf ein umſichtiger Führer keine Zeit und Gelegenheit bieten, auf die Gemüther ihrer Cameraden zu wirken, oder gar Verſchwörungen anzuzetteln. Eine der Früchte der nicht endenden Zögerungen Skrzynezki's beſtand darin, daß die Generale Hurtig, Salazki, Oberſt Sluzezki und mehrere andere eine Verſchwörung zu Gunſten der Ruſſen anzettelten. Skrzynezki ließ zwar die Verſchworenen verhaften, allein er hatte durch ſeine Schlaffheit das Vertrauen des Volks verloren und wurde (10. Auguſt 1831) abgeſetzt. Allein auch ſein Nachfolger Dembinski handelte ganz im Geiſte ſeines Vorgängers.

Es wird behauptet, die Zögerungen der polniſchen Feldherren hätten ihren Grund darin gehabt, daß der franzöſiſche Miniſter des Auswärtigen, Sebaſtiani verſprochen habe, auf diplomatiſchem Wege den Frieden vermitteln zu wollen, falls nur noch zwei Monate ohne entſcheidende Waffenthat vergehen ſollten. Eine Entſchuldigung läge hierin jedenfalls nicht für die polniſchen Generale. Seit der Nacht des 29. November waren mehr, als acht Monate verfloſſen, während welcher die Polen in zwei großen Schlachten und zahlreichen kleinen Gefechten ihren Heldenmuth und ihre Widerſtandskraft auf's glänzendſte bewährt

österreichischen Cabinettes auf's empfindlichste zu leiden. Ohne die Zufuhren, welche die russischen Heere durch Preußen erhielten, hätten diese sich entweder auflösen oder sehr weit zurückziehen müssen. Gegen die Kriegsbedürfnisse der Polen sperrten beide Mächte ihre Gränzen ab. Die Preußen führten den Russen zu, was diese verlangten. Die polnischen Freiheitskämpfer, welche sich auf neutrales Gebiet zurückzogen, ohne dort von ihren Waffen Gebrauch zu machen, setzten Oesterreicher und Preußen gefangen und lieferten deren Waffen an die Russen aus. Russische Heeresabtheilungen dagegen, welche auf österreichisches Gebiet bewaffnet übergingen und von diesem aus die Polen unter Dwernizki umgingen und dadurch zum Rückzuge zwangen, blieben unbehelligt.

Von welchem Gesichtspunkte aus man die polnische Revolution auch betrachten will, war diese durchaus berechtigt. Stellt man sich auf den Standpunkt des positiven Rechtes, so waren es die Kaiser Alexander und Nicolaus, welche dieses verletzten, indem sie die den Polen kaum erst gegebene Verfassung in wesentlichen Beziehungen verletzten, in weit wichtigeren, als Karl X. dem Volke der Franzosen gegenüber. Sehen wir von dem positiven Rechte ab, so waren die Polen zu jeder Zeit berechtigt, die ihnen mit schreiender Verletzung alles Völkerrechtes entrissene nationale Selbständigkeit wieder zu erobern. Die Engländer, deren Staat aus den Revolutionen der Jahre 1649 und 1688 hervorgegangen war und die Franzosen, welche den ihrigen vor Kurzem erst auf die Juli-Revolution neu gegründet, hatten die dringendste Aufforderung aus Rücksichten der Klugheit nicht minder, als des Rechts sich des Volkes anzunehmen, welches so tapfer für seine Freiheit kämpfte. Allein Ludwig Philipp schadete den Polen durch seine Doppelzüngigkeit mehr, als er ihnen nützte. Er glaubte für die Sache der Freiheit genug gethan zu haben, falls er den Thron seines Schwiegersohnes Leopold von Belgien sicher stellte. Die Polen sahen mehr und mehr ein, daß die auswärtigen Mächte und ihre eigenen Generale ein grausames Spiel mit ihnen trieben und geriethen in eine verzweifelte Stimmung.

Dieselbe doppelzüngige, schillernde, zweifelhafte Haltung, wie die Cabinette von England und Frankreich nahm der Adel dem polnischen Volke gegenüber ein. Die frische Jugend hatte den Kampf am 29. November löwenkühn begonnen. Der Adel schloß sich ihr an. Allein er entwickelte die Revolution nicht in volksthümlicher Richtung. Bei jeder Gelegenheit kämpfte die polnische Aristokratie mit Heldenmuth in der Schlacht neben den Demokraten. Allein kein Gesetz verlieh dem Bürger und Bauern gleiche Rechte mit den bevorzugten Klassen der Gesellschaft und seit den ersten Tagen der Revolution deuteten alle Schritte der Aristokraten darauf hin, daß sie eine Aussöhnung mit dem russischen Czaaren wenigstens ebenso sehnlichst wünschten, als die Zertrümmerung des russischen Joches und die Gründung eines unabhängigen Polenstaates.

So entwickelte sich bald im Schooße der polnischen Revolution jener unheilvolle und doch so nothwendige Gegensatz zwischen Aristokraten und Demokraten, Halben und Ganzen, Modorado's und Exaltado's, Girondisten und Jakobinern, jener Gegensatz, an welchem so manche Revolution gescheitert ist und welcher doch, der Natur der Sache nach, immer wiederkehren muß, so lange es noch ein Vorrecht der Geburt und des Standes giebt. Alle polnischen Oberfeldherren: Chlopizki, Radziwill, Skrzynezki und die Mehrzahl der Regierungsmitglieder gehörten der aristokratischen Partei an. Lelewel und Pulawski galten für die Häupter der demokratischen Partei, obgleich diese während des Kampfes eigentlich nie zu einer gewissen Organisation gelangte.

In der Nacht vom 15. auf den 16. August brach die lang unterdrückte Unzufriedenheit des Volkes mit dem Gange der Revolution los. Das Volk warf sich auf das Schloß, woselbst die von Skrzynezki verhafteten Verschwörer gefangen saßen und ermordete sie.

Einige russische Polizeispione, verhaßte polnische Aristokraten und feile Dirnen hatten dasselbe Schicksal. Im Ganzen verloren fünfunddreißig Personen ihr Leben.

Die Demokraten, welche diesen Sieg errungen hatten, verstanden von demselben aber keinen Vortheil zu ziehen. Was sie thaten, verbesserte nicht, sondern verschlimmerte nur die Lage der Dinge. Die Nationalregierung wurde abgesetzt. An deren Stelle trat der geheime Anstifter der Augustnacht, Graf Krukowiezki. Dieser entfernte Skrzynezki vom Heere, in dessen Schooße er noch immer gewirkt hatte, und ersetzte Dembinski durch Malachowski, der seinen Vorgängern an Talent durchaus nicht gewachsen war.

Während die Polen durch diese Wirren ihre gefährliche Lage noch verschlimmerten, rückten die Russen unter Paskewitsch immer näher gegen Warschau. Jetzt erst zeigte sich das Unheil der Augustnacht in seiner ganzen Größe. Sie hatte einen Verräther an die Spitze der Revolution gebracht. Vergebens kämpften die Polen wieder mit Löwenmuth. Nachdem Krukowiezki Alles zur Uebergabe der Stadt vorbereitet und der Reichstag ihn zur Strafe dafür abgesetzt hatte, konnte der alte, rechtschaffene Malachowski nicht anders, als die Stadt (8. September) an Paskewitsch übergeben.

Die Armee zog sich nach Modlin zurück, wo sie Paskewitsch mit trügerischen Unterhandlungen hinhielt, bis er Nachricht erhielt, daß das Corps von Ramorino über die österreichische Gränze getrieben, das Corps von Rozyki zersprengt worden sei. Dann forderte der Russe unbedingte Unterwerfung. Nach Malachowski hatte Rybinski das Obercommando übernommen. Er führte die Reste des tapfern Heeres über die preußische Gränze, woselbst sie sich auflösten.

Das Congreßkönigreich verlor seine Scheinverfassung. Russische Hätte in ihrer concentrirtesten Form schlug jede Regung der Freiheit im Lande nieder. Politischer und religiöser Despotismus wirkte zusammen, um die Polen zu russificiren. Wir glauben nicht daran, daß den russischen Czaaren dieses unmenschliche Werk jemals gelingen kann. Die Revolution der Jahre 1830 und 1831 brachte bei manchen Mängeln eine heldenmüthige Aufopferungsfähigkeit und eine kriegerische Tüchtigkeit der Nation zu Tage, welche zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft berechtigen. Die Mängel der Vorzeit mögen beseitigt werden. Zu diesem Behufe kömmt es darauf an, dieselben zu ergründen.

Zu allen Zeiten, allein ganz besonders in denjenigen der Gefahr und folgeweise der Revolution, ist nichts wichtiger, als daß der rechte Mann am rechten Platze stehe. Universalgenie's, welche mit gleicher Meisterschaft alle Zweige des bewegten Lebensbaumes zu beherrschen verstehen, sind so selten, daß kein Volk auf sie mit Sicherheit rechnen kann. Die militärische Leitung erfordert ganz andere Eigenschaften, als die Entwickelung und Ordnung der inneren Verhältnisse eines Staates. Nichts ist verderblicher für die Sache der Freiheit, als wenn ein Soldat, welcher nur zu befehlen gewöhnt ist, an die Spitze eines in der Revolution begriffenen Staates gestellt wird. Denn er ist nicht geschickt dazu, alle die im Schooße einer Nation ruhenden Kräfte zu beleben und zum Kampfe für die Freiheit willig zu machen. Dieses ist aber gerade die Hauptsache. Noch niemals ist eine begeisterte und zum Kampfe auf Tod und Leben entschlossene Nation unterjocht worden, obgleich sie manche Schlachten verloren haben mag. Die Fehler eines Feldherrn lassen sich, den Umständen nach, wieder gut machen. Die Fehler, deren sich aber ein Staatsmann bei der Organisation eines werdenden Staates zu Schulden kommen läßt, weihen diesen gewöhnlich dem Untergange. Die sicherste Voraussetzung einer siegreichen Schlacht besteht in einem wohl organisirten und zahlreichen Heere. Ein solches wird nicht zu Stande kommen, ohne eine tüchtige Verwaltung des Heerwesens. Diese kann auf die Dauer nicht bestehen, wenn die Verwaltung des gesammten Staates, der Finanzen, der Recrutenstellung,

der Zeughäuser und Waffenfabriken, der Festungen, des Proviantes und der Montirungsstücke nicht tüchtig ist.

Die Kraft des fähigsten Feldherrn wird im besten Falle zersplittert, wenn sie sich nicht auf die Führung des Heeres concentriren kann.

In einer Revolution ist allerdings nicht Zeit, viele Berathungen mit vielköpfigen Versammlungen zu pflegen. Alle vollziehenden Behörden müssen mit dictatorischer Gewalt einschreiten. Allein dieses ist nur dann möglich, wenn jeder Mann nur in demjenigen Fache gebietet, welchem er gewachsen ist. Es ist daher durchaus nothwendig, daß eine Behörde bestehe, welche im Stande ist, die Beamten anzustellen, zu überwachen und, wenn es nöthig ist, zu entfernen und durch tüchtigere zu ersetzen. Hierzu eignet sich sehr wohl eine aus mehreren Personen zusammengesetzte Regierung. Diese bedarf ihrerseits wiederum eines Verbindungsgliedes, welches sie mit unauflöslichen Banden an die gesammte Nation knüpft. Nur eine Versammlung von Volksvertretern kann diese Verbindung in dauernder Weise herstellen. Das Volk muß während einer Revolution in unausgesetzter Spannung erhalten werden. Dieses geschieht am wirksamsten durch die öffentlichen Verhandlungen seiner Vertreter. Der beste Organismus wird übrigens nichts zu leisten vermögen, wenn die bewegende Kraft nicht stark ist, und diese kann sich nur aus dem Willen der Nation entwickeln. Die Hauptsache bei einer Revolution besteht daher immer in der Kräftigung des National-Willens. Die eigentliche Bedeutung eines Sieges, wie einer Niederlage, besteht in deren Verhältnisse zu der Nationalstimmung. Unter dem Einflusse einer tüchtigen Organisation wird Sieg und Niederlage, der eine durch erhöhtes Selbstvertrauen, die andere durch vermehrte Kraftanstrengung die Sache der Freiheit fördern.

Wer nicht entschlossen ist, Gut und Blut einzusetzen, der hüte sich wohl, eine Revolution zu beginnen! Ist diese aber unternommen, kann sie nur durch die energischsten Maßregeln gefördert werden. Jede Unterhandlung mit dem Feinde lähmt die Kraft der Nation, solange derselbe nicht vollständig besiegt und der Zweck der Revolution erreicht ist. Eine Nation, welche mitten im Sturme der Bewegung nicht im Stande ist, eine von den Ideen der Revolution beseelte Versammlung von Volksvertretern zu wählen, besitzt nicht sittliche oder politische Bildung genug, um ihre verlorene Freiheit wieder zu gewinnen. Mit Heeren allein läßt sich keine Revolution machen. Alle die Siege der französischen Heere in den Jahren 1792—1804 endigten in dem Kaiserthume, d. h. einem Despotismus, welcher drückender war, als die Herrschaft der Bourbonen. Durch Terrorismus läßt sich die mangelnde Bildung des Volkes nicht ersetzen. Dieser ist nichts anderes, als der Despotismus einer Mehrzahl, welcher immer zum Despotismus eines Einzelnen zurückführt. Ob dieser ein Cromwell und Napoleon, oder ein Karl II. und Ludwig XVIII. sei, d. h. einer neuen oder einer alten Herrscherfamilie angehöre, gilt ziemlich gleichviel. Der Unterschied besteht gewöhnlich nur darin, daß die neue Herrscherfamilie mit größerer Härte, die alte mit größerem Stumpfsinn despotisirt.

Wenn wir an die polnische Revolution der Jahre 1830 und 1831 den Maßstab anlegen, welchen uns diese allgemeinen Grundsätze bieten, so müssen wir beklagen, daß die Polen den General Joseph Chlopizki als Dictator an die Spitze ihrer Revolution stellten (5. Dezember 1830). Dieser erste falsche Schritt hatte zur nothwendigen Folge, daß eine großartige Entfaltung der Kräfte der Nation unmöglich, daß eine Deputation an den Kaiser Nicolaus abgesandt wurde, welche dem Kaiser Gelegenheit gab, die Polen als Verräther und Rebellen zu behandeln, statt sie blos als Feinde in offener Feldschlacht zu bekämpfen. Eine Revolution, welche stille steht, ist verloren. Sie hat nur dann Hoffnung auf Gelingen, wenn sie während des Sturmes der ersten Begeisterung, der niemals sehr

lange anhält, ihre Feinde niederwirft und sich während dieses Kampfes in so kräftiger Weise organisirt, daß sie später, wenn der erste Rausch der Begeisterung verflogen ist, in der mittlerweile zu Stande gebrachten neuen Organisation einen Stützpunkt findet, welcher doppelt und dreifach ersetzt, was später durch die Abnahme des Enthusiasmus verloren gehen mag.

Auch eine solche Organisation war unter der Leitung Chlopizki's unmöglich, weil dieser weder ein scharfblickender Staatsmann, noch ein begeisterter Freiheitsschwärmer, sondern nur ein tapferer Soldat war. Als Chlopizki (18. Januar 1831) seine Dictatur niederlegte, waren zehn unersetzliche Wochen unbenützt vorübergegangen. Diese hätten unter tüchtiger Leitung genügt, eine Heeresmacht auf die Beine zu bringen, welche die Russen in deren eigenem Lande beschäftigt hätte, und ein revolutionäres Feuer zu entzünden, welches von Warschau aus Wien und Berlin erreicht und die glimmenden Funken in Paris von neuem zu lodernden Flammen angefacht hätte. Dieses Ziel konnte aber nur erreicht werden unter der Voraussetzung, daß die gesammte polnische Nation, namentlich Bürger und Bauern, durch geeignete Anregungen und Gesetze in den Strudel der Revolution hereingezogen worden wären. Abschaffung aller auf den Bauern lastenden mittelalterlichen Abgaben und Dienste, und vollständige Gleichstellung aller Polen vor dem Gesetze waren die Mittel zu diesem Zwecke. Hätte Chlopizki auf derartige Maßregeln gedrungen, oder hätten auch nur seine Nachfolger dieselben ergriffen, so wäre, schlimmsten Falles, der Grund zu einer späteren Revolution gelegt worden. Da alles dieses nicht geschah, war die Niederlage der Polen unausbleiblich und nicht einmal durch das erhabene Bewußtsein versüßt, daß die Bewegung des Volkes von den reinsten Ideen getragen gewesen sei. So müssen wir uns mit dem Gedanken trösten, daß eine künftige auf der Grundlage nicht blos der Nationalität, sondern auch der Freiheit und des Rechtes ruhende Revolution Polen in die Reihe der selbständigen Staaten Europa's wieder einführen werde.

In dieser Richtung sind nach dem Mißlingen der Revolution manche gewichtige Schritte geschehen. Die Blüthe der Nation wanderte aus. Der größte Theil derselben ließ sich in Frankreich nieder und setzte da seine politischen Kämpfe, wenn auch auf einem andern Felde, fort. Der Gegensatz zwischen Aristokraten und Demokraten trat schroffer, als früher, zu Tage. Der unverbesserliche Theil des polnischen Adels warf sich dem Königthum und dem Pfaffenthum in die Arme. Seine Wünsche reichten nicht weiter, als bis zu einer Erbmonarchie unter den Fittigen des Hauses Czartoryski, mit der Verfassung vom 3. Mai 1791*) und den Beschlüssen des Reichstags vor der November-Revolution. Diese Adeligen schickten die Jugend in das „katholische Kloster," eine wenn nicht von Jesuiten, so doch im jesuitischen Geiste geleitete Anstalt, um ihre Söhne zum Dienste der katholischen Kirche heranbilden zu lassen. Von Paris wanderte dieses Kloster zuerst nach Versailles, dann nach Rom, um ihrem Ursprunge näher zu kommen.

Die Demokraten, auf deren Seite die überwiegende Mehrzahl der Polen stand, organisirten sich auf dem Grunde der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit. Ihr Verein erstreckte sich über zweihundertdreißig Städte und umfaßte (1836) 1136 Mitglieder. Ihre Zwecke gehen nach dem Manifeste vom 4. December 1836 auf die Befreiung Polen's und die Erhebung desselben zu einem selbständigen Reiche mit demokratischen Einrichtungen. Ihr ist es um eine sociale Revolution, die geistige und materielle Emancipation Aller, um die Aufhebung der Leibeigenschaft, aller Dienste und Unterthänigkeits-Verhältnisse so wie aller Titel, um gleiche Berechtigung zu allen Aemtern, gleichen Rechts- und Religions-

*) Siehe oben § 39, S. 418.

ſchutz, endlich um Eigenthums-Verleihung an die Bebauer, ohne Entſchädigung des Adels, — zu thun.

Auf dieſer demokratiſchen Partei ruht weſentlich die Hoffnung für eine Neugeſtaltung des polniſchen Reiches. Dieſelbe umfaßt eine ſo große Zahl tüchtiger Männer in faſt allen Zweigen des Staatslebens, des Krieges, der Wiſſenſchaften, der Künſte und Gewerbe, daß, wenn erſt die Gunſt der Zeiten ihnen den Weg in die Heimath geöffnet haben wird, mit deren Hülfe ein vollſtändiger Umſchwung in den jetzt ſo trübſeligen Verhältniſſen Polen's eintreten wird. Doch dieſe Stunde wird erſt ſchlagen zugleich mit derjenigen der Befreiung der übrigen Völker Europa's.

## § 63. Volksbewegungen in Italien.

Nirgends wurde die Juli-Revolution mit größerem Jubel begrüßt, als in Italien. Doch auf Neapel und Piemont laſteten noch immer ſchwer die Nachwehen der unglücklichen Verſuche der Jahre 1820 und 1821. Die Lombardei und Venedig wurden durch öſterreichiſche Söldnerſchaaren niedergehalten. In den kleinen Herzogthümern Modena und Parma und im Kirchenſtaate gährte es gewaltig. Nur die Furcht vor öſterreichiſcher Einmiſchung lähmte dort den revolutionären Geiſt. Als jedoch das franzöſiſche Cabinet die Nicht-Einmiſchung in die inneren Angelegenheiten von Seiten der übrigen Cabinette als Vorausſetzung ſeiner Friedenspolitik aufſtellte, faßten die Italiener neuen Muth. Die italieniſchen Tyrannen, hofften ſie, mit eigener Kraft zu bändigen. Doch mit der vereinten Macht der „heiligen Allianz," oder auch nur mit Oeſterreich's unzähligen Mordknechten glaubten ſie nicht den Kampf wagen zu können.

Die ſittliche Kraft der Nation hatte in Folge des vereinigten religiöſen und politiſchen Druckes, welcher ſeit Jahrhunderten auf dem Lande laſtete, abgenommen. Nichts deſto weniger waren viele Städte bereit, die Fahne nationaler Selbſtändigkeit zu entfalten. Allein auf dem Lande, woſelbſt die kräftigſten Herzen zu ſchlagen pflegen, war die Bevölkerung ſchlaff, weil ihr keine Erleichterung der den Ackerbau niederdrückenden Laſten in Ausſicht geſtellt wurde und ſie mit gutem Grunde dachte, daß eine Bewegung, welche keine Rückſicht auf die dringenden Bedürfniſſe des Landmanns nehme, unmöglich auf einem tief reichenden Plane ruhen und zu durchgreifenden Reformen führen könne.

Das große Unglück der Italiener beſtand darin, daß deren Despoten ihnen nicht erlaubten, die Angelegenheiten des geſammten Vaterlandes in Rede oder Schrift öffentlich zu verhandeln. Die Folge davon war, daß die eifrigſten Freunde des Vaterlandes Verſchwörungen anzettelten, während die große Maſſe des Volkes an den politiſchen Fragen des Tages wenig oder gar keinen Theil nahm. In den Schooß der geheimen Geſellſchaften drängten ſich ehrgeizige Menſchen, welche, gleich dem Prinzen Karl Albert von Carignan, mehr darauf bedacht waren, die Krone Italien's für ſich, als die Selbſtändigkeit und Freiheit Italien's für die Nation zu erwerben.

Die italieniſchen Verſchwörer waren zu ſehr bemüht, Männer von einigem Namen, Einfluß und Reichthum für die Befreiung Italien's zu gewinnen, als daß ſie die Geiſtes- und Herzens-Eigenſchaften ſolcher Leute immer genau geprüft hätten. In Paris ſtand der älteſte Sohn des Königs, der Herzog von Orleans, auf italieniſchem Boden die beiden Söhne Ludwig Bonaparte's, der dermalige Kaiſer Napoleon und deſſen älterer Bruder, in Modena der regierende Herzog Franz IV. mit den Verſchwörern in Verbindung. Die Actien der Revolution waren an den Höfen bedeutend geſtiegen, ſeit Ludwig Philipp durch dieſelben auf den franzöſiſchen Thron gehoben worden. Mehr, als ein kleiner Prinz

beneidete den Herzog von Orleans um sein Glück. Wären die Bestrebungen der Prinzen, welche auf die Carte der Revolution setzten, mit Erfolgen gekrönt worden, so hätte Italien jedenfalls von den Früchten des Sieges nichts zu genießen bekommen. Alle diese Prinzen standen unter solchen äußeren Einflüssen, welche ihnen eine freie Bewegung im Sinne italienischer Nationalität unmöglich machte. Zudem waren sie, wie Franz IV. von Modena schon sehr bald, und Ludwig Napoleon nach achtzehn Jahren kund that, in solchem Grade von Ehrgeiz beherrscht, daß sie an keiner Revolution Theil nahmen, welche ihnen nicht die Aussicht auf die erste Rolle eröffnete.

Neben den Verschwörern aus Herrschsucht gingen allerdings viele wackere Männer einher, welche von den reinsten und edelsten Beweggründen geleitet wurden, allein diese besaßen nicht Einfluß genug, um alle unreinen Elemente von dem Strudel der Bewegung auszustoßen. Die Prinzen, welche im Trüben zu fischen hofften, nahmen keinen Anstoß an den republikanischen Gesinnungen mancher ihrer Mitverschworenen, theils weil sie hofften, im Falle des Sieges sich unbequemer Männer leichten Kaufes entledigen zu können, theils aber auch, weil die Gesinnung derselben ihnen die Bürgschaft der Uneigennützigkeit gab. Jeder Royalist mochte, den Umständen nach, einem andern Fürsten die Krone Italien's bestimmen. Dieses war von den Republikanern nicht zu besorgen.

Kurz nach den Juli-Tagen begann einer jener Revolutionäre, welcher den Despoten Europa's den größten Schrecken einflößt, Joseph Mazzini, seine Laufbahn. Er mahnte den König von Sardinien durch begeisterte Worte, und als diese nichts halfen, durch kühne Thaten an seine Pflicht, das italienische Volk aus den Ketten fremder und einheimischer Tyrannen zu befreien. Er wurde dem zufolge zum Tode verurtheilt und konnte dieser Strafe nur durch die Flucht entgehen. Seit dieser Zeit hat er unausgesetzt an der Befreiung seines Vaterlandes und ganz Europa's gearbeitet. Keine Gefahren konnten ihn abschrecken, keine Strapatzen ermüden und auch ein Vierteljahrhundert voll getäuschter Hoffnungen seinen Eifer nicht abkühlen. Die Tyrannen Europa's und deren Lakaien sind sehr geneigt, alle Revolutionäre Lumpen zu nennen und deren Unzufriedenheit auf Rechnung ihrer Armuth zu schreiben. Mazzini, welcher mit Recht der Vater der Revolutionäre unserer Tage genannt wird, trifft dieser Vorwurf nicht. Er ist reicher Leute Kind. Doch er liebte die Freiheit mehr, als Gold und Silber und haßt, so theuer ihm sein Vaterland ist, die Tyrannei mehr, als die Verbannung.

Die Versuche der Patrioten Genua's scheiterten theils an der Wachsamkeit der Regierung von Piemont, theils an der feindlichen Stellung, welche Ludwig Philipp schon bald den italienischen Freiheitsbewegungen gegenüber annahm. Doch in Mittel-Italien kam es zum Kampfe. Dieser wurde übrigens durch die Beziehungen, in welchen der Herzog von Modena zu den Verschworenen stand, im Keime gelähmt. Ciro Menotti, stand zu gleicher Zeit an der Spitze der Verschworenen und der Polizei des Herzogs von Modena. Er glaubte, den Herzog durch die Aussicht auf die Krone Italien's für die Bewegung gewonnen zu haben. Schwerlich hegte aber der verrätherische Franz IV. von dem Augenblicke an, da er sich in Unterhandlungen mit den Verschworenen einließ, eine andere Absicht, als die Geheimnisse derselben auszukundschaften um dadurch die Pläne derselben am wirksamsten bekämpfen zu können.

In der Nacht vom 3. auf den 4. Februar 1831 ließ der Herzog die Verschworenen, etwa vierzig an der Zahl, in ihrem Versammlungslocale durch seine Schergen aufheben. Doch schon am 5. Februar brach zu Bologna der Aufstand los. In der vorhergehenden Nacht hatten sich die Verschworenen versammelt und sich über die Personen geeinigt, welche die revolutionäre Regierung bilden sollten. Sie benahmen sich darauf an dem nächtlichen

Prolegaten und zwangen diesen, durch seine Unterschrift die provisorische Regierung anzuerkennen. Diese errichtete sofort eine Bürgergarde, verkündete das Aufhören der weltlichen Herrschaft des Pabstes und pflanzte die italienische Tricolore (weiß, roth, grün) als Zeichen der nationalen Tendenz der Bewegung auf. Der Herzog von Modena, von jähem Schrecken erfaßt, entfloh mit seinen Truppen aus der Stadt. Sobald dieses geschehen war, erhob sich das Volk. Der Herzog eilte nach Wien und schleppte den unglücklichen Menotti mit sich über die Gränze. Die ganze Romagna, die Städte Ravenna, Rimini, Ferrara und andere schlossen sich der provisorischen Regierung von Bologna an. Auch Parma erhob sich und veranlaßte seine ehebrecherische Herzogin, die Kaiserin Marie Louise, gleich dem Herzoge von Modena, nach Wien zu fliehen.

Am 26. Februar 1831 versammelten sich zu Bologna Volksabgeordnete „der vereinigten Provinzen," welche die Unabhängigkeit derselben von der weltlichen Herrschaft des Pabstes und deren Vereinigung zu einem Staate verkündigten. Ein gewisser Vicini wurde zum Präsidenten des neuen Staates ernannt. Alles ging in bester Ordnung und unter allgemeinem Beifallsjauchzen von statten. Nimmermehr würden der Pabst, der Herzog von Modena und die Herzogin von Parma die Macht gehabt haben, ihre verhaßte Herrschaft wieder herzustellen, wenn nicht auswärtige Hülfe ihr Joch wieder auf dem Nacken der kaum befreiten Völker befestigt hätte.

Ludwig Philipp, weit entfernt, den Einmarsch der Oesterreicher auf das Gebiet von Parma, Modena und des Kirchenstaates als Kriegserklärung zu behandeln, ließ dem Pabste die Versicherung ertheilen, er werde selbst einschreiten, um den Kirchenstaat unter der Regierung des „heiligen Stuhles" zu erhalten. Herr Lafitte, welcher sich nicht zum Mitschuldigen dieser verrätherischen Politik machen wollte, trat ab. Casimir Périer ersetzte ihn. Die Oesterreicher rückten vor. In Neapel und Piemont, in Toscana und Rom wagten die Bevölkerungen nicht, zu den Waffen zu greifen. Ohne Hülfe von Seiten ihrer Landsleute und verrathen von der französischen Regierung, konnten die „vereinigten Provinzen" den Kampf mit der österreichischen Uebermacht nicht aufnehmen. Sie beugten sich vor der Gewalt, den Grimm im Herzen und die Hoffnung, daß günstigere Zeitverhältnisse ihnen erlauben möchten, den Kampf von Neuem aufzunehmen. Siebenzehn Jahre vergingen, bevor diese eintrafen. Ein zweites Mal warfen fremde Bayonnette die Freiheitskämpfer nieder (1849). Zum dritten Male erhoben sich die Männer der Romagna, von Parma und Modena wider ihre Tyrannen. Das Volk von Toscana blieb dieses Mal nicht zurück. Noch ist der Kampf nicht entschieden (November 1859). Doch Alles berechtigt uns zu der frohen Hoffnung, daß endlich die Sache der Freiheit den Sieg davon tragen werde.

## § 64. Rückwirkung auf Deutschland.

Dem deutschen Volke fehlte es im Jahre 1830 fürwahr nicht an guten Gründen, wohl aber an dem erforderlichen Muth, an der nothwendigen Einsicht und Eintracht zu einer Revolution. Die Fürsten hatten der Nation auf dem Wiener Congresse nicht Wort gehalten und hatten nicht einmal die kargen Zugeständnisse der deutschen Bundesacte erfüllt. Der deutschen Nation fehlte noch immer ihre staatliche Einheit, welche ihr die Fürsten des Rheinbundes geraubt, nachdem Oesterreich und Preußen sie an den auswärtigen Feind verrathen hatten, und der deutsche Bundestag zu Frankfurt am Main war zu einer allgemein gehaßten und verachteten Polizei-Anstalt herabgesunken. In den verschiedenen Bundesstaaten waren der Landesbeschwerden viele. Allein da Oesterreich und Preußen

noch immer in tiefem politiſchem Schlafe lagen, war eine allgemeine deutſche Volksbewegung eine Unmöglichkeit. In mehreren Kleinſtaaten Deutſchland's faßten einige Freunde der Freiheit Muth, und wagten ſich zu rühren. Die Angſt und der Schrecken der Fürſten war ſo groß, daß, falls nur mit einiger Planmäßigkeit und Zuſammenwirkung gehandelt worden wäre, ein weſentlicher Fortſchritt zum Beſſern hätte erzielt werden können.

Die erſte revolutionäre Anregung in Deutſchland ging übrigens nicht von Bürgern und Bauern, weder von Proletariern, noch von Bourgeois, ſondern von dem Adel aus, welcher die günſtige Gelegenheit benützte, den verhaßten Herzog Karl von Braunſchweig von ſeinem Thrönchen zu ſtürzen.

Der Herzog Karl hatte die Juli-Revolution als Liebhaber von Spektakelſtücken mit angeſehen, war dann in Brüſſel zeitig genug für die dortige Auguſt-Revolution angelangt. Er ahnte ſchwerlich, daß im September das Schickſal Karl's X. und Wilhelm's I. ihm zu Theil werden würde. Er pochte auf das von deutſchen Fürſten ſo hoch gehaltene Prinzip der Legitimität und die vom deutſchen Volke ſo oft bewährte Geduld. Er hatte nicht erwogen, daß alle von Fürſten gehegten Prinzipien wächſerne Naſen zu haben pflegen und daß die Geduld des Volkes aufhört, wenn die Ungeduld beſſer bezahlt wird und mächtige Gönner beſitzt.

Die Bevölkerung Braunſchweig's hatte im Jahre 1830 noch keine Spuren derjenigen Freiſinnigkeit vernommen, welche Herzog Karl in ſpäterer Zeit, als es galt, einen verlorenen Thron wieder zu gewinnen, häufig kund that. Die Braunſchweiger kannten ihren jungen Herzog nur von einer höchſt ungünſtigen Seite. Sie waren durch ihn in keiner Weiſe erleichtert, gefördert und gehoben worden. Der Herzog hatte dem Volke keine Abgabe erlaſſen, keine Dienſtpflicht abgenommen, kein Opfer irgend einer Art, weder an Zeit, noch an Geld gebracht. Den grimmigen Haß, welchen Herzog Karl dem Grafen von Münſter, dem Geheimerath Schmidt-Phiſeldeck, dem Oberjägermeiſter von Sierstorpff, dem Kammerherrn von Cramm und anderen Herren von Adel kund gethan hatte, theilten die Braunſchweiger nicht. Die barſche Art und Weiſe, in welcher der Herzog dem Oberappellationsgerichte zu Wolfenbüttel ſeinen allerhöchſten Herrſcher-Willen entgegenſetzte, als dieſes die willkürlich vom Herzoge verfügte Verbannung des Freiherrn von Sierstorpff aufhob, hatte den Unwillen der Braunſchweiger rege gemacht. Die gehäſſigen Händel, in welche der Herzog das ganze Land verflocht, waren dieſem höchſt peinlich. Unter dieſen Umſtänden war es nicht ſchwer, Leute zu finden, welche bereit waren, ſei es aus ſelbſtgefühlter oder wohlbezahlter Abneigung gegen den Herzog, einen Aufſtand zu organiſiren und dadurch der Herrſchaft des Herzogs ein Ende zu machen. Der braunſchweigiſche Adel, zu welchem nicht blos der Oberbefehlshaber, ſondern auch die meiſten anderen Offiziere der braunſchweigiſchen Truppen gehörten, konnte mit Sicherheit darauf rechnen, daß dieſe auf das Volk nicht ſchießen und daß daher eine kleine Revolution ohne Gefahr gemacht werden würde. So kam es, daß, als der Herzog am 6. September Abends aus dem Theater nach ſeinem Schloße fuhr, Steine nach deſſen Wagen flogen und eine tobende Volksmenge den Palaſt umdrängte. Am 6. blieb es bei dieſen Kundgebungen. Am 7. wurden dieſelben aber ernſtlicher. Die herzoglichen Namenszeichen wurden abgeriſſen, zwei hölzerne Seitenthüren zertrümmert und das Kanzleigebäude des Schloſſes erſtürmt. Die Truppen, welche um das Schloß verſammelt waren, ließen dieſes ruhig geſchehen, und als der Herzog vom Generale Herzberg verlangte, er ſolle auf das Volk ſchießen laſſen, weigerte ſich dieſer, indem er bemerkte, der Herzog könne ſich auf die von ihm vernachläſſigten Offiziere nicht verlaſſen. Der Herzog entfloh. Das Volk drang in das Schloß ein und ſteckte es in Brand. Niemand löſchte, bis es abgebrannt war.

Weit weniger ernstlich waren diejenigen Schläge gemeint, welche in Sachsen, Kurhessen, Hessen-Darmstadt und Hannover von der Hand des Volkes, nicht von derjenigen ergrimmter Adeliger geführt wurden. In demselben September-Monate, wie in Braunschweig, brachen auch in Sachsen und in Kurhessen Volksaufstände aus, welche zwar von sehr geringen Gewaltthätigkeiten begleitet, allein insofern von hoher Wichtigkeit waren, als sie den betreffenden Fürsten die Mißstimmung des Volkes und dessen Entschluß kund thaten, nicht länger die alte Tyrannei ertragen zu wollen.

Sachsen und Kurhessen gehörten zu den wenigen Kleinstaaten Deutschland's, deren Herrscher nicht einmal zum Scheine den Artikel 13 der deutschen Bundesacte erfüllt hatten. Diese wagten es daher nicht, es auf einen blutigen Zusammenstoß mit dem Volke ankommen zu lassen. Vom 2. bis zum 4. September fanden zu Leipzig wiederholte Tumulte statt, welche ihren Höhepunkt in einem Aufstande fanden, der am 9. September zu Dresden ausbrach. König Anton wurde bei der Nachricht von diesen Bewegungen wie vom Blitze gerührt und sagte: „Ich habe geglaubt, daß ich von meinem Volke geliebt sei. Hab' ich doch Niemanden wehe gethan, sondern Alles beim Alten gelassen, wie unter meinem hochseeligen Bruder." Der König sah nicht ein, daß seine Pflicht eine höhere sei, als diejenige, „Alles beim Alten zu lassen." Der Aufstand in Dresden war ernstlich genug gewesen, die Soldaten, welche einschritten, zum Rückzuge zu bestimmen. Der König wollte es nicht zum Aeußersten kommen lassen, er gab nach, ernannte seinen Neffen, den Sohn seines Bruders Maximilian, den Prinzen Friedrich August, zum Mitregenten (13. September 1830), wodurch der drohende Sturm schnell beschwichtigt wurde. Ein Jahr später (4. September 1831) wurde die neue Verfassung fertig, welche nach dem Muster der süddeutschen Staatsgrundgesetze geformt wurde.

Einen ähnlichen Verlauf nahm die Bewegung in Kurhessen. Dort war das Volk mit Recht unwillig über das schmutzige Verhältniß, in welchem der Kurfürst zu der Gräfin Reichenbach stand, über die Nichterfüllung des Artikels 13 der deutschen Bundesacte und überhaupt über die nichtswürdige Regierung, welche seit der Rückkehr des vertriebenen Fürstenhauses stattgefunden hatte.

Den ersten Anstoß zu der Bewegung in Cassel gab eine Bürgerversammlung, welche der Küfermeister Herbold und Advocat Hahn auf den 2. September 1830 berufen hatten, und in welcher die Tagesfragen besprochen wurden. Die Polizei vermehrte die herrschende Aufregung, indem sie der Versammlung einen Verweis ertheilte. Am 6. September kam es zu einigen Tumulten, welche übrigens mehr den Bäckerläden, als dem kurfürstlichen Schlosse galten. Die Bürger, welche politische Reformen, allein durchaus keine Störung der geschäftlichen Ordnung wollten, organisirten schnell eine Bürgergarde und gaben dadurch ihren Forderungen ein erhöhtes Gewicht. Am 12. September kehrte der Kurfürst nach Cassel zurück. Sofort überreichte ihm der Stadtrath eine Adresse, welche vierzehnhundert Unterschriften zählte und nichts weiter, als die Einberufung der Landstände verlangte. Der ganze Schloßplatz war gedrängt voll Menschen, welche entschlossen waren, im Falle der Verweigerung dieser Bitte, Gewalt zu brauchen. Bürgermeister Schomberg hielt eine in kräftiger Sprache gehaltene Rede an den Kurfürsten. Dieser gab nach und das gutmüthige Volk zog jubelnd wieder ab. Die Stände wurden auf den 16. Oktober einberufen. Am 5. Januar 1831 war die neue Landesverfassung fertig. Sie war eine der freisinnigsten damaliger Zeit.

Tumulte von geringerer Tragweite, welche jedoch insofern Bedeutung hatten, als sie die weit verbreitete Unzufriedenheit der deutschen Nation kund thaten, brachen im Mecklenburg'schen, in den sächsischen Herzogthümern und in Hessen-Darmstadt los. Das schwer

gedrückte Mecklenburg eroberte sich keine Reformen. In Sachsen-Altenburg entschloß sich der alte Herzog, eine neue Landstände-Ordnung zu erlassen. Die Unruhen im Hessen-Darmstädtischen gaben der Soldateska Gelegenheit, sich in ihrer ganzen Rohheit zu zeigen und riefen neue wohlbegründete Klagen über den unerträglichen Druck des Säbelregiments hervor.

Einen weit ernstern Charakter hatten die Volksbewegungen in Hannover. Der Grund der Unzufriedenheit lag dort in der Mißregierung des Grafen Münster, welcher von London aus das Land gleich einem Pachthofe verwaltete. Advocat König von Osterode faßte in der Schrift: „Anklage des Ministerium's Münster vor der öffentlichen Meinung" die Klagen des Volkes in folgenden Worten zusammen: „Das Ministerium des Grafen Münster, welches die Hannoveraner seit sechzehn Jahren unumschränkt und willkürlich regiert, hat uns schmählicher Weise in die Leibeigenschaft zurückgeworfen; es hat das Lehenswesen, die Zehnten, Frohnden, Banal- und Zwangsrechte, die abgeschafften Innungen und Zünfte wieder hergestellt; es hat ferner die Domainen der Staatskassen geraubt, die Einkünfte aus den Posten, den Bergwerken, Salinen, Waldungen, Mühlen, Eisen- und Kupferhütten als ein Privatgut des Regenten an sich gerissen; es hat Sinecuren erschaffen, die Bürgerlichen aus den hohen Staatsämtern gedrängt, die Beamten wieder auf dreimonatliche Kündigung gesetzt, um sie willkürlich aus dem Staatsdienste entlassen zu können; es hat den Ackerbau, die Gewerbe, den Handel und Verkehr mit unerschwinglichen Steuern und Abgaben belastet, die Presse durch eine furchtbare Censur gefesselt und den Schwung der Wissenschaften und Künste gelähmt."

Diese Schrift König's machte großes Aufsehen, nicht blos in Hannover, sondern auch in dem übrigen Deutschland. Jedermann erkannte, daß das alte Unwesen nicht fortdauern könne. Allein die Aristokraten und höheren Beamten fanden sich dabei ganz wohl. Die große Masse des Volkes wurde von allen politischen Angelegenheiten fern gehalten. Dieses verstand es daher nicht, sich zu organisiren, das ganze Land in den Strudel der Bewegung herein zu ziehen, die Regierung einzuschüchtern, ohne sich selbst übermäßig zu gefährden. Einige Tumulte, welche im September 1830 zu Lüneburg, Hildesheim und Hannover stattfanden, wurden zwar durch Militärgewalt erstickt, allein die herrschende Unzufriedenheit und mit ihr die Gährung dauerte fort. In den ersten Tagen des Jahres 1831 erhob sich die Stadt Osterode. Ein von den Advokaten Freitag und König errichteter Bürgerverein bemächtigte sich der städtischen Regierung, organisirte eine Communalgarde und sandte eine Beschwerdeschrift an den König. Die übrigen Städte ließen Osterode im Stiche. Es war daher den aus Hildesheim herbeirückenden Truppen nicht schwer, der Bewegung in Osterode ein Ende zu machen. Einen ganz ähnlichen Verlauf nahm der Aufstand, welcher in Göttingen den 8. Januar ausbrach, nur mit dem Unterschiede, daß in dieser Stadt Studenten und Privatdocenten an der Spitze standen und daß von der Bürgerschaft sich nur wenige an der Bewegung betheiligten. Auf einen ernstlichen Kampf mit den Truppen war Niemand vorbereitet. Im Königreich Sachsen, in Sachsen-Altenburg und in Kurhessen hatte das Volk einen leichten und unblutigen Sieg errungen. Die Führer der Bewegung in Göttingen hofften auf ähnliche Resultate. Allein sie bedachten nicht, daß zu Dresden, Altenburg und Kassel die persönliche Angst der betheiligten Fürsten den Ausschlag gegeben habe, während der König von Hannover und sein dirigirender Minister, Graf Münster, sich weder in Göttingen, noch in Hannover, sondern in London befanden. Die Bewegung, welche von Göttingen nicht weiter fortgetragen wurde, mußte in sich selbst zusammenfallen, um so mehr, als der eigentliche Anstifter derselben, Rauschenplatt, ein Bramarbas ohne Entschlossenheit und Muth war. Die wackeren Männer, welche sich

aus reiner Liebe zu Freiheit und Recht der Bewegung angeschlossen hatten, namentlich die Advokaten Freitag und König, Eggeling und Seidensticker, wurden mit wahrhaft barbarischer Härte bestraft, nachdem die Stadt Göttingen, ohne irgend einen Widerstand zu leisten (am 16. Januar) den königlichen Truppen ihre Thore geöffnet hatte. Es lag hierin ein der gesammten deutschen Nation gebotener Hohn, welcher um so empörender war, als die hannoversche Regierung nicht umhin konnte, die gerechten Forderungen des Volkes zu erfüllen. Schon im Februar 1831 wurde der Graf Münster entlassen und gleich darauf begannen die Vorbereitungen zu einer neuen Verfassung, welche am 26. September 1833 vollendet wurde.

Die hannoversche Regierung gab demnach durch ihre eigenen Handlungen bestimmt und deutlich zu erkennen, daß die von den Osterodern und Göttingern gestellten Anträge wohl begründet waren. Wenn sie dessen ungeachtet dieselben mit langjährigem, theilweise sogar mit lebenslänglichem Gefängnisse bestrafte, so gab sie dadurch nur zu erkennen, daß sie nicht aus eigenem Antriebe, sondern gedrängt durch unabweisbare Nothwendigkeit den Wünschen des Volkes nachgebe und daher denjenigen Männern, welche sie vorwärts getrieben, diese That nicht zum Guten, sondern als Verbrechen anrechne.

Ungeachtet der Opfer, welche da und dort, zumal im Hannoverschen, am Altare fürstlicher und aristokratischer Rachsucht geschlachtet wurden, ging das Volk doch fast aller Orten als Sieger aus den Kämpfen der Zeit hervor. Braunschweig entledigte sich eines unverbesserlichen Tyrannen, versetzte dem s. g. Legitimitätsprincip einen empfindlichen Stoß und bereitete dem Lande eine bessere Zukunft vor. Königreich Sachsen und Kurhessen eroberten neue, bessere Verfassungen und veranlaßten ihre Herrscher, unter der Form der Annahme von Mitregenten, thatsächlich abzudanken. Hannover erhielt gleichfalls eine neue Verfassung und schüttelte das verhaßte Ministerium des Grafen von Münster ab.

Alle diese Bewegungen hatten übrigens einen nur örtlichen, keinen allgemein deutschen Charakter. Es bedurfte einiger Zeit, um das schwerfällige deutsche Volk zu einer Bewegung zu treiben, welche einigermaßen einen nationalen Charakter trug. Das Hambacher Fest (27. Mai 1832) und das s. g. Frankfurter Attentat (vom 3. April 1833) waren die einzigen derartigen Kundgebungen von einiger Erheblichkeit. Wir werden auf dieselben weiter unten*) zurückkommen. Hier genüge die Bemerkung, daß der Gewinn, welchen die deutsche Nation aus den Juli-Tagen zog, sich nicht auf die oben bezeichneten revolutionären Bewegungen beschränkte. Das Volk wurde durch die gewaltigen Schläge, welche zu Paris, Brüssel, Warschau und Bologna auf die Häupter weltlicher und kirchlicher s. g. Machthaber fielen, aus seinem Alltagsleben aufgerüttelt, mit Gewalt in den Strudel politischer Bewegung hineingerissen und, wenn auch nicht zu entschlossenen Thaten, so doch zu einer Anschauungsweise getrieben, welche den ersten Keim politischer Selbstthätigkeit und Entschlossenheit legte.

Die Volksbewegungen der Jahre 1830 und 1831 wurden die Sprossen zu denjenigen der Jahre 1848 und 1849, wie diese Sprossen sein werden zu den Volksbewegungen, welche wir im Laufe der 1860r Jahre erwarten können.

*) Siehe § 71.

# Sechster Abschnitt.

## Die Zeiten der erneuerten „heiligen Allianz" (1830—1848).

### § 65. Die Nationen und die Dynastien.

Die französische Revolution und die in deren Folge stattgefundenen Bewegungen hatten klar und deutlich zu Tage gebracht, daß sämmtliche civilisirte Nationen Europa's unwillig seien, die mittelalterliche Herrschaft von Königen, Pfaffen und Aristokraten länger zu ertragen, allein auch zu gleicher Zeit, daß ihnen noch derjenige Grad sittlicher Reinheit und politischer Einsicht gebreche, welcher die einzig sichere Grundlage einer republikanischen Verfassung ist. Es entspann sich daher ein Kampf zwischen den starren Anhängern des mittelalterlichen Obscurantismus und Despotismus und den begeisterten Freunden neuzeitlicher Aufklärung und republikanischer Freiheit, welcher bis zur heutigen Stunde sein Ende noch nicht gefunden hat.

Viele seichte Menschen haben diesen Kampf beklagt und bedauert. Flache Republikaner haben sich über die constitutionelle Monarchie in bitteren Spöttereien, flache Despotenknechte in gehässigen Anfeindungen ergangen. Der Geschichtsforscher, welcher von einer höheren Warte herab die Kämpfe des neunzehnten Jahrhunderts übersieht, der Menschenkenner, welcher weiß, daß die Massen durch die Erfahrungen Anderer nie klug werden, sondern sie selbst machen müssen, um zu der richtigen Einsicht zu gelangen, und daß die gebildeten Classen, denen es nicht an Einsicht fehlt, nur durch Gefahren, welche sie muthig bestehen, die Schlacken der Unsittlichkeit und Feigheit abschütteln, sieht in diesen Kämpfen die nothwendige und unvermeidliche Vorschule freier Verfassungszustände.

Die Massen werden nur allmählig von der stumpfsinnigen Anhänglichkeit, welche sie ihren Fürsten, Aristokraten und Geistlichen widmen, geheilt. Wiederholt müssen sie erfahren, daß ihre Herren ihnen nicht Wort halten, daß das Joch derselben immer unerträglicher wird, bevor sie sich entschließen, es zu zertrümmern. Die Begriffe, welche die Machthaber den Völkern von oben herab eintrichtern lassen, können nicht im Sturme einer Revolution von Grund aus beseitigt werden. Seit Jahrhunderten wurden den Völkern Treue, Gehorsam und Glauben als die heiligsten Pflichten eingeprägt. Jahrzehnte vergehen, bevor die Nationen erkennen, daß auch Hunde treu sein können, daß aber nur Menschen des Freiheitsgefühles fähig sind, daß auch das Pferd an Gehorsam gewöhnt wird, nur Menschen aber Recht und Pflicht im Wechselverhältnisse aufzufassen vermögen, daß der Glaube zwar für Kinder, nicht aber für Männer die Grundlage würdiger Zustände bildet. Weit ist es von mir entfernt, den Werth der Treue, des Gehorsams und des Glaubens leugnen zu wollen. Eine Republik kann ohne diese drei Elemente eben so wenig bestehen als eine Monarchie. Allein nur diejenige Treue, nur der Gehorsam und der Glaube, welcher auf der dreifachen Grundlage der Freiheit, des Rechtes und der Aufklärung ruhen, erheben den Menschen über das Thier, oder doch über das Kind.

Die Kämpfe, welche seit dem Sturze der französischen Republik, also seit beiläufig sechzig Jahren, im Schooße aller gebildeten Nationen Europa's stattfanden, sind nicht umsonst durchgefochten worden, das Blut, welches in denselben vergossen wurde, ist nicht

umſonſt in Strömen gefloſſen. Die Meineide der Könige, die Umtriebe der Ariſtokraten, die von Pfaffen eingeleiteten Verfolgungen waren unumgänglich nothwendig, um die Völker von dem Zuſtande hündiſcher Treue, blinden Gehorſams und kindiſchen Glaubens zu demjenigen ſittlicher Freiheit, unveräußerlicher Rechte und klaren Selbſtbewußtſeins emporzuheben. Die edelſten, entſchloſſenſten und muthigſten Männer aller civiliſirten Völker mußten als Opfer der Tyrannei auf Schaffotten fallen, in Kerkern verkümmern oder in der Verbannung ſchmachten, bevor der gebildetere Theil der Nationen aus ſeiner Schlaffheit aufgerüttelt und von der Nichtigkeit halber Maßregeln überzeugt wurde.

Hüten wir uns daher wohl vor jenen liebloſen Verurtheilungen und vor jenen flachen Verhöhnungen, deren ſich ſo manche Schriftſteller unſerer Zeit bei der Beſprechung verunglückter Revolutionen vergangener Jahrzehnte ſchuldig machen! Der Erfolg iſt immer nur für die elendeſten Menſchen der Maßſtab des Urtheils. Siege wurden oft durch Niederlagen vorbereitet. Unumwundenen Tadel verdient nur der Dummkopf, welcher durch keine Erfahrung klug, der Schwächling, welcher durch keine Uebung ſtark wird und der Feigling, welcher immer nur der Gewalt dient, unbekümmert, ob dieſe auf Freiheit und Recht oder auf Despotismus und Unrecht ruht.

Hüten wir uns ferner vor dem Wahne, daß die den Nationen innewohnende Schwäche und Halbheit durch Verleugnung aller Menſchlichkeit und Einführung eines ſinnloſen Schreckensſyſtems in ſittliche Kraft und klares Selbſtbewußtſein umgewandelt werden könne. Das Ziel, nach welchem wir ſtreben, beſteht nicht in der Veränderung der Formen unſerer Staaten, Kirchen und Geſellſchaften, ſondern in der Reinigung, Stärkung und Befeſtigung des ſittlichen und intellectuellen Charakters der Nationen. Iſt uns dies gelungen, ſo entwickeln ſich die freieren Formen von ſelbſt, wie die Frucht aus der Blüthe, wie der Keim aus dem Saamenkorn.

Die Verbrechen der Tyrannen und die Thaten heldenmüthiger Selbſtaufopferung unſerer Freiheitskämpfer ſind die nothwendigen Vorausſetzungen des Sieges der Menſchheit. Jedes Verbrechen, jeder Akt der Grauſamkeit, deſſen ſich die Freiheitskämpfer ſchuldig machen, ſtößt die Maſſen von ihnen zurück. Das wiſſen die Tyrannen ſehr wohl und darum haben ſie die hochherzigſten Männer der Freiheit von jeher ſo ſchändlich verleumdet. Doch die unpartheiiſche Geſchichte, welche auch dem verhaßteſten Despoten nicht mehr zur Laſt legt, als er ſelbſt durch Miſſethaten ſich aufgeladen hat, zerſtreut den Nebel, in welchem die feilen Schergen der Gewalt die Kämpfe der Freiheit zu hüllen bemüht ſind. Sie reinigt die von dem Kothe der Verleumdung beſudelten Heroen der Vorzeit und hält ſie im ſtrahlenden Lichtglanze der Nachwelt zum Muſter empor.

Die Entwickelung der Menſchheit, wie ſie ſich im wirklichen Leben geſtaltet hat, beſteht nicht darin, daß das Gute ſtets zu- und das Böſe ununterbrochen abnimmt, ſondern abwechſelungsweiſe in gleichmäßiger Zunahme des Guten und des Böſen, des Verſtandes und des Unverſtandes und einem Kampfe zwiſchen beiden Gegenſätzen, in welchem das gute und verſtändige Element niemals einen vollſtändigen, vielmehr immer nur einen theilweiſen Sieg errungen hat, indem nicht ſelten Verſtand und Kraft auf der guten Seite ſchwächer, als auf der böſen war. Neben den Siegen der guten Sache, der Aufklärung, der Freiheit und des Rechtes geben immer auch Niederlagen einher. Auf entſcheidende Siege folgen nicht ſelten ſchwere Niederlagen. Die Parthei oder die Nation, welche der Menſchheit eine Zeit lang das Banner vorantrug, verknöchert nicht ſelten und muß, während ſie noch immer glaubt, an der Spitze der Welt zu ſtehen, niedergeworfen werden, um der Menſchheit einen Fortſchritt möglich zu machen. So mußten z. B. in den Tagen der Reformation Spanien und Italien, welche ſich dem Geiſte der Zeit mit der großen Hef-

tigkeit widersetzten, an Kraft und Selbstthätigkeit abnehmen, um der Reformation den Sieg möglich zu machen.

Die Künste des Truges und der Zerstörung, der Aberglauben und der Knechtsinn wachsen nicht selten neben den Künsten der Musen und der Wissenschaften, neben der Aufklärung und dem Freiheitsdrange, gerade so wie Nesseln und Disteln neben dem Weizen.

Schwerlich ist alles Böse in irgend einem Zeitabschnitte von fünfzehn Jahren so riesenmäßig emporgeschossen, als in den Jahren 1815 bis 1830; Obscurantismus in Kirche und Schule, Mönchthum und Inquisition, Jesuitismus und Pietismus, Despotismus in Staat und Gemeinde, Censur und Polizei, stehende Heere und Adel, Wucher und Monopole im Schooße des Handels und der Gewerbe.

Doch alle diese riesigen Entwickelungen des bösen Princips vermochten die Menschheit in ihrem Fortschritte nicht zu hemmen, wennschon einzelne Nationen, zumal die italienische, spanische und portugiesische, bei ihren ersten Kämpfen für die Freiheit gewaltsam zurückgeworfen, andere Völker, wie z. B. diejenigen des österreichischen Staaten-Conglomerats, in ihrer Entwickelung vollständig gehemmt wurden.

Der „heiligen Allianz" zum Trotze, machten während der Jahre 1815—1830 alle civilisirten Nationen der Erde gerade auf demjenigen Gebiete, welches die Despoten am schärfsten bewachten, auf dem Felde politischer, philosophischer und religiöser Entwickelung die bedeutungsvollsten Fortschritte. Dieses zeigte sich nicht blos in Frankreich während der Juli-Tage und der auf dieselben folgenden Bewegung, sondern auch in allen übrigen Staaten Europa's auf mannigfache Weise; nicht blos in den stürmischen Tagen der Revolution, sondern auch in den darauf folgenden ruhigeren Jahren eines unblutigen Kampfes.

Das von der s. g. heiligen Allianz so bitter bekämpfte System der Volksvertretung machte immer weitere Fortschritte in Frankreich, in den Niederlanden, in Deutschland und selbst in Spanien und Portugal. In England sah sich die Regierung gezwungen, dem Geiste der Zeit tief eingreifende Zugeständnisse zu machen. Diejenigen Herrscher, welche der politischen Bewegung des neunzehnten Jahrhunderts in ähnlicher Weise entgegentraten, wie die spanischen und italienischen Herrscher der religiösen Bewegung des sechzehnten Jahrhunderts, verstopften dadurch selbst die Quellen, aus welchen den Völkern zugleich mit der Freiheit Bildung und Wohlstand, finanzielle und kriegerische Macht zufloß.

Die Nationen nahmen an innerer Kraft, an Selbstthätigkeit und Freiheitsdrang auf allen Gebieten menschlichen Strebens zu. Der Ackerbau wurde mehr und mehr nach wissenschaftlichen Grundsätzen betrieben. Handel, Gewerbe und Fabriken nahmen einen früher kaum geahnten Aufschwung. Die Dampfschifffahrt und die Eisenbahnen brachten eine früher für unmöglich gehaltene Schnelligkeit in den Verkehr. Die Wissenschaft machte die großartigsten Entdeckungen. Die von Fürsten und Pfaffen ausgehenden Systeme des Despotismus und Obscurantismus fanden die gründlichsten Widerlegungen, welche in das Bewußtsein der Völker übergingen, trotz allen Bemühungen der Despotenknechte, den Glauben an den alten Unsinn aufrecht zu erhalten.

Das Princip der Legitimität wurde durch die französische Juli-, die belgische August- und die braunschweiger September-Revolution mehr und mehr erschüttert. Die Zahl der Fürsten, welche ihren Thron der Revolution verdankten, nahm immer zu. In England, Schweden und Norwegen, Frankreich, Belgien und Braunschweig herrschten Fürsten im Widerspruche mit der von der heiligen Allianz aufgestellten Legitimität. Allerdings siegten nicht überall die Völker. Die heldenmüthigen Anstrengungen der Polen, die wiederholten Versuche der Italiener wurden nicht vom Erfolge gekrönt. Allein alle Völker der Erde

thaten ihre Sympathien mit den Freiheitskämpfern kund. Die Welt spaltete sich zwar nicht immer durch die That, allein durch die Gesinnung in zwei Partheien: diejenige der Freiheit und diejenige des Despotismus.

Wo die Völker gesiegt hatten, bemühten sich die Herrscher, ihnen die Früchte ihrer Siege möglichst zu verkümmern. Allein die Saaten, welche die Fürsten auf dem Wiener Congresse ausgestreut hatten und welche sie fortwährend durch ihre wortbrüchige und tyrannische Regierungsweise hegten, fingen an, aufzugehen und Früchte zu tragen, mit welchen auf die Dauer eine absolutistische und obscurantische Regierungsweise nicht bestehen konnte. So wurden im Laufe von dreiunddreißig Jahren (1815 - 1848) jene Volksbewegungen vorbereitet, welche den Thron des Hauses Orleans umstürzten, ganz Deutschland, Italien und Spanien, Ungarn und Siebenbürgen von Grund aus erschütterten und allen Monarchen Europa's andeuteten, daß das Ende ihrer Herrschaft herannahe.

Nur dadurch vermochten die Despoten den Nationen den Sieg streitig zu machen, daß sie sich verbanden, während die Völker vereinzelt kämpften. Die Franzosen hatten dem Herzoge von Orleans den Thron angeboten, in der Hoffnung, er werde der Bannerträger der Freiheit, der Vorfechter der besten der Republiken werden. Doch Ludwig Philipp verrieth Frankreich und die Menschheit, indem er in die im Zerfallen begriffene „heilige Allianz" eintrat und Alles that, was in seinen Kräften stand, nicht blos in Frankreich, sondern auch in Italien, Polen und in der Schweiz den Funken der Freiheit zu ersticken.

Von allen Beherrschern Frankreich's seit der großen Revolution hielt sich keiner so lange auf seinem Throne, als Ludwig Philipp. Die Bourbonen hatten sich nur fünfzehn, der erste Napoleon nur zehn Jahre behauptet. Ludwig Philipp, der schlaueste von ihnen, wurde erst nach siebenzehn und einem halben Jahre aus dem Palaste der Tuilerien vertrieben. Während seiner langen und friedlichen Regierung kamen die Leiden der Völker und die Laster ihrer Könige mehr, als jemals früher zu Tage. Die Race der Fürsten war unstreitig ausgeartet. Von Geschlechte zu Geschlechte sank sie immer tiefer herab. Das achtzehnte Jahrhundert hatte noch einen Friedrich II. und Joseph II. erzeugt. Das neunzehnte Jahrhundert sah nur einen Friedrich Wilhelm III. und IV., einen Franz I. und Ferdinand I. auf dem Throne. Fürsten, wie Ferdinand I. von Neapel, Ferdinand VII. von Spanien, Miguel von Portugal, Karl X. von Frankreich und Nicolaus von Rußland mußten die Entrüstung der Völker gegen diese theils unfähigen und treulosen, theils tyrannischen Herrscher auf's Höchste steigern.

Das achtzehnte Jahrhundert hatte noch an die Legitimität der Fürsten geglaubt, obgleich dieselbe nicht mehr vorhanden war. Das neunzehnte machte diesem Wahne ein Ende. Es bewies, daß die Dynastie, welche sich zur Bannerträgerin der Legitimität aufwarf, das Haus Romanoff mit Peter III. ihr Ende erreicht habe, und daß die Czaaren, welche sich Romanoff's nennen, im Ehebruche erzeugte Soltikoff's seien; daß die Könige, welche sich Bourbonen oder Orleans nannten, von Mazarin abstammten und nicht von Ludwig XIII., daß in ähnlicher Weise die Gesetzlichkeit der Abstammung fast aller europäischen Dynastien zweifelhaft, wenn nicht erwiesenermaßen nichtig sei. *)

Zu der Ausartung und der Illegitimität der Dynastien Europa's kam aber noch das Verbrechen des Hochverraths hinzu. Die Dynastien, welche sich Bourbonen, Orleans, Oranien, Braunschweig nannten, wurden demzufolge von ihren Thronen gestoßen. Die anderen Dynastien erhielten sich auf denselben nur durch Meineide und Gewaltthaten, welche sie auf alle Zeiten dem Hasse der Nationen preisgaben. Der Rechtsboden kam den

*) Siehe Buch VIII, § 81, S. 457 f.; Buch IX, § 38, S. 412, § 57, S. 381.

Dynastien Habsburg, Hohenzollern, Baden und allen übrigen abhanden, indem sie die constituirenden Versammlungen von Frankfurt, Wien, Berlin, Karlsruhe u. s. w. gewaltsam auseinander sprengten und die von denselben gefaßten Beschlüsse über den Haufen warfen.

Während die Fürsten immer frecher auf ihre Legitimität pochten, hörte der Glaube der Völker an dieselben nach und nach auf und kam ihnen selbst der Schein derselben vollständig abhanden.

## § 66. Frankreich und seine drei Dynastien.

Die Juli-Revolution hob wie durch einen Zauberschlag das vom Auslande zweimal eroberte und von den Bourbonen geknechtete Frankreich, welches fünfzehn Jahre lang eine so traurige Rolle gespielt hatte, wieder auf den ersten Platz im Schooße der europäischen Staatenfamilie. Paris wurde wieder die Sonne, um welche die Cabinette Europa's, gleich Planeten, kreisten, die Sonne, welche allen Nationen der Erde neue Lebenswärme und frische Kraft verlieh. Es kam nur darauf an, den Geist, welchen die Juli-Kämpfer an den Tag gelegt hatten, festzuhalten und nach seinem Hauche die Segel des Staatsschiffes zu spannen, damit Frankreich in einem weit höhern Sinne, als zur Zeit Napoleon's I., Europa das Gesetz geben könne. Das Gesetz der Freiheit hätten alle civilisirten Nationen damals gern aus den Händen der französischen Nation empfangen. Doch die Freiheit war nicht das Ziel jener Kammer, welche sich nach errungenem Siege der Zügel der Gewalt bemächtigt hatte; und ganz eben so wenig das Ziel des neugeschaffenen Königs Ludwig Philipp.

Casimir Périer sprach den Grundgedanken der Bourgeoisie in den Worten aus: „Die Bourbonen ohne die Ultra's." Dieses und nicht mehr hatte Frankreich durch die Juli-Revolution erlangt. Ludwig Philipp war ja auch ein Bourbone, nur die Ultra's dieser Familie nebst deren Anhange waren gestürzt worden. Die Ultra's der Bourbonen befanden sich im Auslande, die Ultra's ihres Anhangs, die Minister, welche die berüchtigten Ordonnanzen unterzeichnet hatten, harrten im Gefängnisse ihres Urtheils. Der Prozeß der Minister beschäftigte nach der Gründung der neuen Monarchie am meisten alle Gemüther. Das Volk, welches in den Juli-Tagen gekämpft und sein Blut in Strömen für die Sache der Freiheit vergossen hatte, verlangte, daß die Urheber des Bürgerkrieges im Verhältniß zu der Schwere ihres Verbrechens bestraft werden sollten.

Worin bestand aber dieses Verbrechen? handelte es sich blos um die Verletzung irgend eines Artikels dieses oder jenes Staatsgesetzes, oder aber um die Verletzung ewiger und unveräußerlicher Menschenrechte?

Die klugen Leute, welche, ohne an dem Kampfe Theil genommen zu haben, sich alle Früchte des Sieges zugeeignet hatten, behandelten den Ministerprozeß wie irgend eine andere Rechtsangelegenheit. Sie behaupteten, die Minister Karl's X. hätten die Staatsverfassung verletzt, seien folgeweise des Hochverraths schuldig, die Pairskammer habe sie zu richten und sei befugt, da es an einem besondern Gesetze fehle, die Strafe nach eigenem Ermessen zu bestimmen.

Diese ganze Anschauungsweise ging darauf hinaus, dem Volke Sand in die Augen zu streuen, zum Scheine zwar den Ministern zu Leibe zu gehen, in der That aber dieselben sobald als möglich wieder in Freiheit zu setzen. Die Legitimisten, welche diesen Plan nicht durchschauten, widersetzten sich mit Heftigkeit und behaupteten, da Karl X. abgesetzt worden sei, da das Volk ihn thatsächlich für verantwortlich erklärt habe, könnten nicht auch die

des Königs voraus. Ferner warfen die Legitimiſten ein, vom Standpunkte der Charte aus ſei den Miniſtern gar kein Vorwurf zu machen. Der Artikel 14 derſelben ertheile dem Könige das Recht, Ordonnanzen von dem Umfange und der Bedeutung derjenigen des Juli zu erlaſſen. Die Bourbonen ſeien in Folge der Art und Weiſe, wie ſie nach Frankreich zurückgekehrt, in einen Zwieſpalt mit der Nation gerathen, welcher ihnen keine andere Wahl, als die von ihnen im Juli ergriffene, gelaſſen habe.

Von einem ganz andern Geſichtspunkte betrachteten die Republikaner und der entſchiedenere Theil der Conſtitutionellen die Sache. Sie erkannten in den Juli-Ordonnanzen und den darauf folgenden militäriſchen Maßregeln der Regierung eine empörende Verletzung, nicht ſowohl der Charte, als aller Gefühle für Recht, Billigkeit und Menſchenfreundlichkeit. Sie erklärten, daß, wenn Karl X. keine andere Wahl gehabt hätte, als zwiſchen Abdankung und der Abſchlachtung ſeines Volkes, die erſte Alternative zu ergreifen geweſen wäre.

Die Bevölkerung von Paris war zwar durchaus nicht blutdürſtig geſinnt, allein ſie wollte, daß endlich auch einmal wieder den Mächtigen und Reichen gegenüber das Recht gehandhabt werde. Sie hatte den bittern Ernſt der Juli-Ordonnanzen im Pulverdampfe und im Kugelregen erfahren und wollte, daß die Urheber des Bürgerkrieges die ganze Strenge des Rechtes empfinden ſollten.

Ludwig Philipp dagegen betrachtete den Miniſterprozeß als ein treffliches Mittel, die auswärtigen Cabinette von ſeinen anti-revolutionären und conſervativen Geſinnungen zu überzeugen, die Ueberreſte revolutionärer Geſinnung im Schooße der franzöſiſchen Nation zu erdrücken und die Kluft zwiſchen der Juli-Monarchie und der Herrſchaft des ältern Zweiges der Bourbonen möglichſt auszufüllen.

Die Pairs, welche ſeiner Zeit auf höhern Wink den Marſchall Ney zum Tode verurtheilt hatten, waren gerne bereit, auf die Wünſche des Königs einzugehen. Die einzige Schwierigkeit, welche die Angelegenheit bot, beſtand in der Aufregung des Volkes, welche den Umſtänden nach ernſte Ausbrüche herbeiführen konnte. Doch Lafayette ſtand an der Spitze der Nationalgarde des Königreichs. Er war bereit, mit ſeinem Leben für die Aufrechthaltung der Ordnung einzuſtehen. Er gab den Ausſchlag nicht blos bei der Nationalgarde, ſondern auch bei der friſchen Jugend, welche ſich in den Juli-Tagen ſo wacker gehalten hatte. Als der Prozeß der Miniſter verhandelt wurde (15. bis 21. Dezember 1830), war die Aufregung des Volkes zwar ſehr groß, allein obgleich das Urtheil der Pairskammer, welches die Miniſter blos zu lebenslänglichem Gefängniß und den Prinzen Polignac zum bürgerlichen Tode verdammte, den Anſichten der Mehrzahl nicht entſprach, ſo beruhigte ſich dieſe doch dabei, ohne demſelben irgend einen Widerſtand entgegen zu ſetzen.

Wie Jedermann vorausgeſehen hatte, kam dieſe Verurtheilung in der Hauptſache einer Freiſprechung ſehr nahe. Vor Ablauf von ſechs Jahren öffneten ſich den Miniſtern Karl's X. die Pforten ihres Kerkers. Am 17. October 1836 erhielten die Herren Peyronnet und Chantelauze, am 23. November deſſelben Jahres die Herren von Polignac und Guernon Ranville unter einigen Beſchränkungen ihre Freiheit wieder.

Die Legitimiſten betrachteten das Urtheil, welches die Pairskammer über die Miniſter Karl's X. gefällt hatte, als einen glänzenden Sieg über die revolutionäre Partei und fingen wieder an, ihre Häupter trotzig zu erheben. Sie ergriffen die Gelegenheit, welche der Jahrestag des Todes des Herzogs von Berry (14. Februar) ihnen bot, zu einer Kundgebung, welche um ſo größeres Aufſehen erregte, je mehr das Volk noch immer wegen des über die Miniſter gefällten Urtheils entrüſtet war. Sie feierten, wie in den Tagen Karl's X.,

in der Kirche Saint Germain L'Auxerrois einen Trauergottesdienst, zu welchem sie sich in glänzenden Galawagen begaben. Das Bild des Herzogs von Bordeaux wurde auf den Catafalk gelegt und mit Immortellen bekränzt.

Noch war die Rechnung mit den Bourbonen nicht ausgeglichen. Fünfzehn Jahre lang hatte das französische Volk den Druck des übermüthigen und heuchlerischen Pfaffenthums mit Widerstreben ertragen. Die Feier des Todestags des Herzogs von Berry gab der Bevölkerung von Paris eine erwünschte Veranlassung, ihrem lange zurückgehaltenen Grolle gegen die Geistlichkeit Luft zu machen. Das Volk sammelte sich um die Kirche, drang in dieselbe ein, riß den Altar nieder, zerschlug die Kanzel und die Beichtstühle, warf die Bilder der „Heiligen" um und zerriß die Gemälde. Die Sakristei wurde gestürmt. Unter allgemeiner Heiterkeit legten die ungläubigen jungen Leute die priesterlichen Gewänder an und führten in denselben die muntersten Tänze auf. Das Pfarrhaus hatte gleiches Schicksal mit der Kirche. Ein junger Mann, welchen das Volk für einen Jesuiten hielt, lief zwar Gefahr in die Seine geworfen zu werden, kam aber doch mit der Angst davon. Die Nationalgarde schritt nicht ein. Auf den folgenden Tag gaben sich die Pfaffenfeinde das Wort, dem Erzbischofe einen ähnlichen Besuch, wie dem Pfarrer von Saint Germain L'Auxerrois abzustatten. Der König hatte davon Kenntniß und hütete sich wohl, das erzbischöfliche Gebäude schützen zu lassen. Es freute ihn, daß die Ungunst des Volkes ihre Richtung gegen die Geistlichkeit nahm. Ludwig Philipp fühlte sich deßhalb nur um so sicherer auf seinem Thron. Zudem gönnte er den Legitimisten eine scharfe Lehre, welche die Bevölkerung von Paris ihnen ertheilen möchte. Sie sollten fühlen, daß sie seiner bedürften, und daß es nur von ihm abhinge, sie dem Untergange preiszugeben.

Am 15. Februar fanden sich daher alle Zugänge zum Palais Royal, woselbst der König noch wohnte, mit Linientruppen und Nationalgarden stark besetzt, allein in der Nähe des erzbischöflichen Palastes hatte das Volk freies Spiel. Kräftige Männer drückten das eiserne Gitter des Gartens nieder, drangen in den Palast ein, zerschlugen die Kronleuchter, zerrissen die Bilder, zerbrachen die Lehnstühle. Spiegel, Bücher, Manuscripte, Crucifixe, Meßbücher, Meßgewänder, Chorröcke und was sonst zur Hand lag, flog zu den Fenstern hinaus. Mit Mühe rettete Herr Franz Arago die Kirche Notre-Dame von einem ähnlichen Schicksale. Allmälig verliefen sich die Menschen wieder. Niemand wurde verletzt. Das Volk war in der heitersten Laune, und da es darin nicht gestört wurde, behielt es dieselbe bis zum Ende bei.

Die Vorgänge des 14. und 15. Februar 1831 bildeten das Seitenstück zu dem Artikel 6 der neuen Verfassung, welcher die römisch-katholische Religion für den Glauben der Mehrzahl der Franzosen erklärte. Daß dem äußern Bekenntnisse nach dieses der Fall sei, leugnete Niemand. Wie es sich aber mit dem Glauben verhalte, trat an jenen beiden Tagen in schlagendster Weise zu Tage. Der König bekannte sich zur römisch-katholischen Kirche, weil alle französischen Könige sich bis zu dieser Zeit dazu bekannt hatten. Das hielt ihn aber nicht ab, solche Befehle zu geben, welche den heftigsten Gegnern des Pfaffenthums freies Spiel ließen. Die Bourgeoisie der zweiten Kammer hatte den Artikel 6 der neuen Charte verfaßt. Allein dieselbe Bourgeoisie war unzweifelhaft die eigentliche Urheberin der Vorgänge vom 14. und 15. Februar. Denn wenn sie des Scheines wegen sich zur katholischen Religion bekannte, waren ihre Gesinnungen alles Ernstes gegen die Vorrechte der Aristokratie und der Clerisei gerichtet. Wo es sich um einen Conflikt zwischen jenem äußern Bekenntnisse und dieser wirklichen Gesinnung handelte, mußte natürlich die Form dem Wesen, das Bekenntniß der Gesinnung weichen. Die Bourgeoisie in ihrer Eigenschaft als Nationalgarde blieb Gewehr im Arme stehen, oder marschirte vor-

bei, als das Volk seinen Haß gegen das Pfaffenthum kund that, sie lachte in bürgerlicher Kleidung über das Spektakel des 14. und 15. Februar und nahm daran persönlich Theil. Nicht ein Bourgeois, kein gläubiger Katholike, sondern der Julikämpfer und Republikaner Franz Arago bewahrte die Kirche Notre-Dame vor der ihr drohenden Zerstörung. Er that dieses nicht aus gläubiger Verehrung, sondern aus Gründen der Humanität, nicht auf höhern Befehl, sondern aus eigenem Antriebe.

Dem Könige, den Kammern und den höchsten Staatsbeamten kam es in Betreff der Religion nur auf den äußern Schein an. In demselben Verhältnisse standen alle diese Träger der Gewalt zu Freiheit und Recht. Diese beiden Grundpfeiler des Staatslebens standen noch in zu hoher Achtung bei dem denkenden und sittlichen Theile des Volkes, als daß man sie geradezu hätte umstoßen können. Auch war das Volk im Anfange des Jahres 1831 noch viel zu sehr aufgeregt, als daß Ludwig Philipp es nicht für klug gehalten hätte, es möglichst zu schonen. Wie wenig wirkliche Empfänglichkeit Ludwig Philipp aber für Freiheit und Recht besitze, erhellte von Tag zu Tage mehr aus den von ihm ergriffenen Maßregeln. Die beiden Männer, welchen er vor allen anderen seinen Thron verdankte, waren der General Lafayette und der Bankier Laffitte. Der einzige Mann, welcher dem ersten Ministerium Ludwig Philipp's einen gewissen Charakter verlieh war Dupont de L'Eure. Alle drei wurden von Ludwig Philipp, sobald es nur irgend thunlich war, abgeschüttelt. Er entließ sie nicht, im Gegentheile drang er in sie, im Amte zu bleiben, allein er traf hinter dem Rücken und gegen den Willen dieser Männer Maßregeln, für welche sie nicht verantwortlich sein wollten, oder verletzte sie in solcher Weise, daß sie mit Ehren nicht mehr im Amte bleiben konnten. So mußten alle hochherzigen Manner, welche aus Irrthum sich Ludwig Philipp angeschlossen hatten, einer nach dem andern den selbstsüchtigen Menschen weichen, welche in dem Könige nur den Gründer oder Beförderer ihrer persönlichen Interessen erkannten. Casimir Périer trat an die Spitze der Verwaltung (13. März 1831). Neben ihm standen Marschall Soult als Kriegsminister, ein raubsüchtiger Soldat ohne alle potitischen Grundsätze, General Sebastiani als Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Montalivet als Cultusminister, zwei persönliche Günstlinge des Königs, welche zu jeder ihnen von diesem befohlenen Schandthat bereit waren. Zu diesen eigentlichen Häuptern des Ministeriums traten noch die Herren Barthe, Louis, Argout und Rigny hinzu, welche den ihnen vom Könige zugehenden Anregungen ohne Selbstthätigkeit, allein auch ohne Selbstschändung folgten.

Casimir Périer war ein herrschsüchtiger, hartherziger, eigennütziger, durchaus unedler Charakter. Er beugte sich allerdings nicht vor dem Könige, im Gegentheile zwang er diesen wiederholt zur Nachgiebigkeit; allein die Beweggründe des ersten Ministers waren nicht reiner, als diejenigen des Königs, und die Mißhelligkeiten, welche wiederholt zwischen Beiden ausbrachen, waren nicht die Folgen widerstrebender Grundsätze, sondern eines widerstrebenden Eigenwillens. Das trübe Licht, welches Ludwig Philipp in Betreff der Erbschaft des Herzogs von Condé auf sich zog, fiel auf Casimir Périer in Folge des von Herrn Gisquet vermittelten Flintenhandels. Die Rolle, welche Herr Gisquet für Casimir Périer beim Flintenhandel, spielte Frau von Feuchères in Betreff der Erbschaft des Herzogs von Condé für den König. Beide Angelegenheiten wurden niemals vollständig aufgeklärt. Thatsache bleibt es übrigens, daß der Herzog von Condé unter Umständen starb, welche auf die Frau von Feuchères den Verdacht warfen, ihn ermordet zu haben, daß nichtsdestoweniger Louis Philipp die Frau von Feuchères in Schutz nahm, daß diese Frau den alten Herzog dazu bestimmte, den Sohn Ludwig Philipp's, Herzog von Aumale, als Erben einzusetzen und daß der Tod des Herzogs von Condé diese Erbschaft flüssig machte.

Ludwig Philipp begann seine Laufbahn als König mit der Erbschaftsangelegenheit des Herzogs von Condé, welcher (27. August 1830) starb; Casimir Périer sein Ministerium mit der Flintenangelegenheit, welche zwei seit dem 2. October 1830 spielte, allein erst zur Zeit des Ministeriums Périer zum Abschlusse kam. Herr Gisquet war nach England geschickt worden, um dort auf Rechnung der französischen Regierung Flinten zu kaufen. Er schloß mit einer englischen Firma einen Vertrag ab, demzufolge diese 110,000 Flinten eigenes Fabrikat und 90,000 Flinten, welche im Tower von London lagen, lieferte. Das Gewehr wurde mit 34 Franken 94 Centimen bezahlt, während dasselbe nur 26 Franken 50 Centimen werth war. Vertragsweise war der englischen Firma zugesichert worden, diese solle ein Drittheil des Vortheils haben, welcher sich bei dem Geschäfte herausstellen würde. Dieses Drittheil bestand in der Differenz zwischen dem wirklichen und dem der englischen Firma bewilligten Preise der Flinten. Welcher Vortheil für Herrn Gisquet bei diesem Geschäfte abfiel, läßt sich ebenso wenig genau bestimmen, als wie viel Frau von Feuchères bei der Erbschafts-Angelegenheit des Herzogs von Condé gewann. Der Vortheil, welchen Herr Casimir Périer bezog, bestand aber darin, daß Herr Gisquet die von ihm bereits eingestellten Zahlungen wieder aufnehmen konnte, und Herr Périer, welcher dabei mit 1,200,000 Franken betheiligt war, zu seinem Gelde kam. Die englische Firma erhielt außer ihrem rechtmäßigen Gewinn, den ihr der Preis von 26 Franken 50 Centimen sicherte, beiläufig 1,700,000 Franken ausbezahlt. Wie viel davon in die Tasche des Herrn Gisquet floß, ist nicht ermittelt worden. Herr Armand Marast, welcher diese Angelegenheit öffentlich zur Sprache brachte, wurde zu 3000 Franken Geldstrafe und sechs Monaten Gefängniß verurtheilt; allein die öffentliche Meinung stand auf seiner Seite. Das falsche Spiel Gisquet's und Casimir Périer's war augenscheinlich, eben so sehr als dasjenige Ludwig Philipp's, in Betreff der Erbschaft des Herzogs von Condé.

Was ließ sich von einer Regierung erwarten, an deren Spitze zwei Menschen standen, welche ihre Laufbahn in solcher Weise begannen, wie Ludwig Philipp und Casimir Périer? Die Anhänger des Hauses Orleans behaupten zwar, der Herzog von Condé habe sich selbst den Tod gegeben, jedenfalls habe Ludwig Philipp bei demselben nicht mitgewirkt. Allein es steht fest, daß er mit der allgemein für die Mörderin gehaltenen Frau von Feuchères die Erbschaft des Herzogs theilte und daß nur durch die Vermittelung dieser Frau die Erbeinsetzung des Herzogs von Aumale zu Stande gebracht wurde. Auch steht es fest, daß höhere Einflüsse eine genaue Untersuchung des Thatbestandes verhinderten und folgeweise eine vollständige Beweisführung unmöglich machten. Niemand glaubte an den Selbstmord des Herzogs von Condé, nachdem die Ausstreuungen der Frau von Feuchères und ihres Anhangs aus dem Felde geschlagen waren. War aber der Herzog ermordet worden, so mußte sich das natürliche Gefühl dagegen empören, mit der Mörderin, welcher man die Erbeinsetzung verdankte, die Beute zu theilen. Ludwig Philipp nahm keinen Anstoß daran. Er trat für seinen unmündigen Sohn die Erbschaft an.

Frühzeitig fing die Regierung Ludwig Philipp's an, durch Prozesse, welche sie gegen die Träger der Wahrheit und der Freiheit einleitete, ihr verruchtes System zu stützen. Im Prozesse gegen Marast gelang es ihr zwar, einen scheinbaren Sieg zu gewinnen; die Verhandlungen des Prozesses zogen aber die Aufmerksamkeit der gesammten Nation auf das schmutzige Geschäft der Herren Gisquet und Casimir Périer. Im Wesentlichen erlitt doch die Regierung eine Niederlage. Niemand glaubte an die Unschuld Gisquet's und Périer's, Niemand an die Schuld Marast's.

Ein anderer Prozeß, welcher in den ersten Tagen April's 1831 verhandelt wurde, [illegible] Am 7. April

standen mehrere junge Leute vor Gericht, wegen republikanischer Umtriebe. Noch waren nicht neun Monate verflossen, seit diese wackeren Knaben auf den Barrikaden für die Freiheit gekämpft hatten. Jetzt sollten mit ihnen zugleich alle Freiheitsbewegungen gezüchtigt werden. Doch diesesmal hatten sich Ludwig Philipp und seine schlauen Minister verrechnet. An der Spitze der neunzehn Angeklagten standen Trelat, Godefrol Cavaignac und Ginard. Sie vertheidigten ihre Sache mit einer Wärme der Begeisterung und einer Kraft der Ueberzeugung, welche Richter und Geschworene und alle Anwesenden mit sich fortriß. Herr Cavaignac schloß seine Rede mit den Worten: „Die Revolution ist die ganze Nation ohne diejenigen, welche sie ausbeuten; sie ist unser Vaterland, welche die ihm von der Vorsehung der Völker anvertraute Sendung der Freiheit erfüllt; sie ist ganz Frankreich, welches seine Pflicht den Nationen gegenüber erfüllt hat. Was uns betrifft, meine Herren, wir haben unsere Pflicht der Revolution gegenüber erfüllt. Sie wird uns finden, so oft sie unser bedarf. Sie wird erhalten, was sie auch von uns verlangen möge."

Die Angeklagten wurden freigesprochen, und der Jubel, in welchen das Volk dabei ausbrach, deutete an, wie sehr seit dem 31. Juli die republikanischen Gesinnungen an Kraft und Ausbreitung gewonnen hatten. Dieses zeigte sich auch, als der König der durch ein Gesetz beschlossenen Juli-Medaille die Aufschrift gab: „gegeben vom Könige" und deren Verleihung von einem zu leistenden Eide abhängig machen wollte. Der Sturm des Unwillens, welcher sich darüber erhob, war so groß, daß der König die von ihm so schlau erdachte Umschrift und Eidesleistung aufgeben mußte.

Vor dem Volke der Straßen hatte die Regierung noch immer große Scheu. Die Menschen der Kammern hatte sie sich aber schnell dienstbar gemacht. In den Juli-Tagen hatte man die muthigen Freiheitskämpfer, welche den Thron Karl's X. zerbrochen und dadurch Ludwig Philipp die Aussicht auf den seinigen geöffnet, nicht gefragt, wie viel sie an Abgaben bezahlten. Diejenigen, welche die geringsten oder gar keine entrichteten, hatten für die Freiheit am meisten geleistet. Als es aber galt festzustellen, welchen Theil das Volk an der Staatsverwaltung haben sollte, konnte man sich von der Geldfrage nicht los machen. Vaterlandsliebe, Freiheitsmuth, politische Bildung galten in der Waage, welche die Machthaber Frankreich's in der Hand hielten, nichts. Das Geld bestimmte für sie den Werth der Sachen und der Menschen. Ohne Geld konnte Niemand wählen, oder gewählt werden. Selbst die begünstigtsten Personen, nämlich die Leute, welche eine Pension von wenigstens zwölfhundert Franken bezogen, die Mitglieder und Correspondenten des Instituts wurden nur zur Wahl berechtigt, falls sie einhundert Franken directe Abgaben jährlich bezahlten; die übrigen Bürger nur insofern sie zweihundert Franken entrichteten. Um gewählt werden zu können, war ein Vermögen erforderlich, welches mit fünfhundert Franken jährlicher directer Abgaben belastet war. Nach, wie vor, öffnete nur ein goldener Schlüssel die Hallen der Abgeordneten und der Wähler! Nur der Reichthum war vertreten im Schooße der Gesetzgebung. Was Wunder, daß alle Gesetze nur auf den Vortheil der Reichen berechnet wurden!

Nachdem die Machthaber durch das neue Wahlgesetz dem Reichthum das Monopol der Theilnahme an der Staatsverwaltung ertheilt, alle nicht reichen Leute dagegen von derselben ausgeschlossen hatten, konnte die Kammer aufgelöst werden ohne Gefahr für den Besitzstand; was dann auch am 3. März 1831 geschah. Am 23. Juli wurde die neue Kammer eröffnet. Sie war so beschaffen, wie sich von den Auserwählten der reichsten Leute Frankreich's erwarten ließ.

Nachdem der Geldsack zum höchsten Richter in den Wahlangelegenheiten des Staats erhoben worden war, verstand es sich von selbst, daß er die Verwaltung des Staates über-

nahm. Rückſichten der Freiheit, der Nationalität, des Rechtes, ja ſelbſt des Ruhmes, der doch ſonſt in Frankreich ſo hoch gehalten wird, konnten die Intereſſen des Beſitzſtandes nicht beeinfluſſen. Die reichen Leute, welche im Palaſte Bourbon zuſammentraten, um mit dem reichſten Manne Frankreich's die Angelegenheiten des Staats zu berathen, konnten ſich nicht zu dem Gedanken erheben, daß auch der Erwerb und die Erhaltung des Reichthums abhängig ſei von einem höhern Geſetze, welches beſtimmt wird durch ſittliche Gefühle. Sie bedachten nicht, daß zu allen Zeiten, die freieſten Staaten auch die reichſten waren, und daß unter dem Drucke des Despotismus der Reichthum früher oder ſpäter immer mit Armuth endigte.

Es war eine Zeit, da diejenigen Bürger und Bauern, welche die höchſten Abgaben zahlten, keinen Theil an der Geſetzgebung hatten, ſie lag kein halbes Jahrhundert hinter der Juli-Revolution. Früher rollten Jahrhunderte über Europa hinweg, ohne daß irgend eine Regierung ſich um Handel und Schifffahrt in anderer Weiſe kümmerte, als davon möglichſt hohe Abgaben zu erpreſſen. Später erkannten die Regierungen, daß eine umſichtige Berückſichtigung der Verhältniſſe nicht blos die Abgaben, ſondern auch den geſammten Wohlſtand des Volkes zu heben geeignet ſei.

Im Jahre 1830 ſah man ein, daß die Zahl der Bürger, welche Theil an der geſetzgebenden Gewalt haben ſolle, vermehrt werden müſſe. Die Machthaber fühlten jedoch nicht, daß jeder Bürger, welcher nach den Geſetzen des Staates verpflichtet war, für dieſen mit ſeinem Blute einzuſtehen, das Recht habe, ein Wort in den Angelegenheiten des gemeinſamen Vaterlandes mitzuſprechen. Die Machthaber erkannten nicht, daß die Verhältniſſe des Handels und der Schifffahrt nicht blos mit denjenigen der Fabrikanten, ſondern auch mit den Zuſtänden der Fabrikarbeiter in der innigſten Beziehung ſtehen. Wie in früheren Jahrhunderten der Blick des Geſetzgebers den Kaufmann, den Rheder und den Fabrikanten nicht erreicht hatte, war er im Jahre 1830 noch nicht bis zum Fabrikarbeiter gedrungen.

Der Staat, welcher ſeine Aufgabe erfüllen will, darf eine Claſſe von Menſchen, und eine Reihe von Verhältniſſen, auf welchen der Wohlſtand, die Ruhe und die Zufriedenheit des Volkes weſentlich beruht, nicht unberückſichtigt laſſen.

In despotiſchen Staaten ſorgt der Alleinherrſcher mit despotiſcher Gewalt dafür, daß das Volk nicht Hunger leide und nicht durch die Noth zum Aufſtand getrieben werde. Die Verfaſſung, welche die aufgelöste Abgeordneten-Kammer Frankreich gab, entzog den Monarchen die Macht, zu Gunſten der arbeitenden Claſſen einzuſchreiten, und legte die ganze geſetzgebende Gewalt in die Hände von Menſchen, welche entweder von der Lage der arbeitenden Claſſen nichts wußten, oder aber ein denſelben entgegengeſetztes Intereſſe hatten. Die nothwendige Folge davon war, daß die Intereſſen der arbeitenden Claſſen vernachläſſigt wurden. Dieſe hatten an den Julikämpfen einen hervorragenden Theil genommen. Ihr Selbſtbewußtſein war dadurch gehoben, Hoffnungen waren angeregt worden, welche nicht ungeſtraft getäuſcht werden konnten.

Ludwig Philipp dachte nur daran, die von ihm gegründete neue Dynaſtie ſo ſehr als möglich zu befeſtigen, ſie in den Kreis der europäiſchen Herrſcherfamilien einzuführen und die Intereſſen des Königthums zu fördern. Daß alles dieſes mit Nachdruck nur geſchehen könne, in ſo fern die Gefühle, Wünſche und Beſtrebungen der franzöſiſchen Nation nicht verletzt wurden, ahnte Ludwig Philipp ſo wenig, als irgend ein anderer Despot Europa's. Die Zahl ſeiner Gegner mußte, bei der von der Regierung eingeſchlagenen Bahn, von Jahr zu Jahr zunehmen. Daß Republikaner, Legitimiſten und Bonapartiſten Ludwig

Philipp's Feinde waren, verstand sich von selbst. Jede dieser drei Parteien war aber von den beiden anderen so sehr verschieden, daß eine Vereinigung derselben nicht zu befürchten stand. Für sich allein konnte aber keine derselben der organisirten Gewalt der Regierung die Spitze bieten. Die Angriffe, welche zuerst von Seiten der Legitimisten unter Führung der Herzogin von Berry, zweimal von Seiten der Bonapartisten unter Führung Ludwig Napoleon's gegen die Regierung gemacht, wurden abgeschlagen. Dasselbe Schicksal hatten die vereinzelten Aufstände, welche von Republikanern und Proletariern zu Paris, Grenoble und Lyon ausgingen. Ludwig Philipp, welcher so viele Angriffe abgeschlagen hatte, bedachte nicht, daß Republikaner, fortschreitende Constitutionelle und Proletarier einen Kern des Widerstandes bilden könnten, welcher, verstärkt durch die Unzufriedenen aller Parteien, zu einer großen Macht anwachsen müsse. Von Legitimisten und Bonapartisten hatte Ludwig Philipp wenig zu befürchten, um so mehr aber von einer Verbindung zwischen Republikanern, freisinnigen Constitutionellen und unzufriedenen Proletariern.

In der ersten Zeit der Regierung Ludwig Philipp's bestand zwischen Republikanern, Constitutionellen und Proletariern kein Band der Vereinigung. Wiederholt kämpften Republikaner in den Reihen der Nationalgarde gegen die für ihre ewigen und unveräußerlichen Menschenrechte aufgestandenen Proletarier. Von den Vorurtheilen der höheren Stände verblendet, erkannten die denselben angehörigen Republikaner nicht, daß das Recht auf Leben ein noch heiligeres sei, als auf eine Stimme im Staate, daß die Selbsterhaltung dem Menschen näher liege, als das Emporsteigen auf der Leiter der Gesellschaft.

Die Zeit wird kommen, da man die Haltung der Regierungen gegenüber den Arbeiterbewegungen zugleich barbarisch grausam und barbarisch dumm nennen wird. Das Mittelalter erließ Gilden-Ordnungen und Zunftgesetze nach seinen Bedürfnissen. Das neunzehnte Jahrhundert weiß keine Gesetze zu geben, welche den Uebergang vom Handwerk zur Fabrik, vom Kleinkram zum Großhandel ordnen. Es überläßt die Millionen von Arbeitern, welche den Zunftzwang abgeschüttelt haben, allen Zufälligkeiten einer Arbeitsstockung, eines Streits zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, ohne die geringste Fürsorge zu treffen. Das ist der Unsinn, welcher Revolutionen die Bahn bricht.

In der Kammer und in der Presse wirkten Republikaner und fortgeschrittene Constitutionelle häufig zusammen. Allein auf beiden Feldern besaß die Regierung meistentheils ein so großes Uebergewicht der Stimmen, daß sie die Gegner nicht fürchtete, dort überstimmen, hier bestechen ließ. Ludwig Philipp bedachte nicht, daß Zeiten kommen möchten, in welchen die Stimmen nicht blos gezählt, sondern auch gewogen werden, und daß dann nicht das Urtheil der Gerichte, sondern des Volkes den Ausschlag giebt.

Alle Maßregeln der Regierung thaten kund, daß ihr Bestreben dahin gehe, sich so wenig als möglich von der Bahn zu entfernen, welche die Bourbonen ältern Zweiges inne gehalten hatten. Ludwig Philipp machte gar kein Geheimniß daraus, daß die unter Verantwortlichkeit seiner Minister gestellten Anträge und getroffenen Maßregeln ihren Ursprung in seinem Willen hätten. Er wollte nicht, wie die englischen Könige seiner Zeit, den größern Theil der Regierungsgewalt in den Händen seiner Minister lassen. Er übte diese selbst in ihrer ganzen Fülle aus, und bediente sich seiner Minister nur als Werkzeuge, als Vermittler, welche zwischen ihm und der Kammer, zwischen ihm und dem Volke standen.

Ludwig Philipp hatte zwar in den ersten Tagen nach der Juli-Revolution erklärt, wenn die Nation die Pairskammer nicht wolle, werde er dieselbe auf seine Kosten nicht aufbauen; dessen ungeachtet that er, als die Pairsfrage vor die Kammer kam, alles, was

in seiner Macht stand, die Erblichkeit durchzusetzen. Er scheiterte übrigens in seinen Bestrebungen an dem unüberwindlichen Widerwillen, welchen nicht blos die große Masse des Volkes, sondern auch die Deputirtenkammer erblichen Rechten in politischen Dingen entgegen setzte. Mit einer Mehrheit von 380 gegen 40 Stimmen sprach sich die Abgeordneten-Kammer gegen die Erblichkeit der Pairs aus.

Ohne sich dessen selbst bewußt zu werden, untergruben die Abgeordneten durch diesen Beschluß das erbliche Königthum. Die Erblichkeit des umfassendsten aller politischen Rechte kann unmöglich auf die Dauer bestehen, wenn es nicht auf der Grundlage anderer erblicher Einrichtungen ruht. Die Bourgeoisie war in ihrer Entwickelung so weit vorgerückt, um der Erblichkeit der Aristokratie zu widerstreben, allein nicht weit genug, um zu erkennen, daß eine erbliche Monarchie ohne die Stütze einer erblichen Aristokratie nicht bestehen könne. Die Bourgeoisie wollte zu gleicher Zeit die unvereinbarsten Gegensätze: Erbmonarchie ohne die nothwendigen Stützen derselben, eine dauerhafte Regierung, allein keine Einrichtung, welche der Regierung hätte Dauer sichern können, Monarchie und zugleich ein mit dieser durchaus unvereinbarer Grad von Freiheit. Sie war zu aufgeklärt, zu freiheitsliebend für den Despotismus, allein nicht scharfsichtig, nicht tugendhaft und nicht begeistert genug für die Republik. Die Folge dieser unvereinbaren Gegensätze war jenes Schwanken, welches keiner Regierung ein gesichertes Dasein gab, hinter einander Napoleon I., Karl X. und Ludwig Philipp den Sturz bereitete und Napoleon III., insofern er lange genug leben sollte, mit unfehlbarer Gewißheit den Sturz bereiten wird.

Ludwig Philipp mochte zwar den Beschluß durchsetzen: „der ältere Zweig der Bourbonen ist auf immer verbannt." Allein indem die Kammer denselben faßte, hob sie zugleich die Todesstrafe auf, welche den Mitgliedern der Familie Bonaparte, (im Jahre 1816) für den Fall ihrer Rückkehr nach Frankreich angedroht worden war.

Auch gegenüber den beiden concurrirenden Dynastien wurde dem Hause Orleans von der Kammer nicht derjenige Schutz zu Theil, welcher unumgänglich nothwendig war, falls Ludwig Philipp fest auf dem Throne sitzen sollte. Je schwächer sich das Haus Orleans fühlte, desto ungestümer strebte es darnach, seinen schwankenden Thron zu befestigen. Je weniger die Grundgesetze des Staates zur Befestigung der Monarchie beitrugen, desto mehr suchte Ludwig Philipp durch sein persönliches Eingreifen in die Staatsverwaltung seinen Thron sicher zu stellen.

Innerhalb des Kreises der Gesetzlichkeit war dem Könige ein großer Spielraum gelassen. Ludwig Philipp konnte von der ihm anvertrauten Gewalt einen mehr oder weniger harten Gebrauch machen, weniger oder mehr die Wünsche des Volkes berücksichtigen. Er war aber in allen seinen Anschauungen ein viel zu materieller Mensch, als daß er die Macht des Geistes richtig zu würdigen verstanden hätte. Er verletzte unausgesetzt die edelsten Gefühle der Nation, indem er sich aller Daumschrauben bediente, mit deren Hülfe er entweder die ihm zur Verfügung gestellten Mittel vermehren, oder seinen Gegnern wehe thun konnte. Eine gewisse Milde und Nachsicht zeigte er nur den Legitimisten. Die Republikaner und selbst die Constitutionellen, welche mehr Freiheit wollten, als Ludwig Philipp ihnen gestattete, verfolgte er mit einer blinden Wuth, welche selbst alle Regeln der Klugheit mit Füßen trat und folgeweise die beschämendsten Niederlagen in ihrem Gefolge hatte.

Eine der großen Fragen, an welcher die ganze Nation den lebhaftesten Theil nahm, betraf die Civilliste. Von ihr hing es ab, ob der Juli-Thron demjenigen Karl's X. gleich gestellt, oder aber dem Stuhle des Präsidenten einer Republik angenähert werden

Beziehung zwar alles, was er insgeheim gewollt hatte, allein er erregte dadurch einen Sturm des Unwillens, nicht blos in dem Schooße des von den Wahlen ausgeschlossenen Theiles der Nation, sondern auch unter den Abgeordneten selbst, von welchen einhundert und sieben sich gegen die übertriebenen Ansprüche Ludwig Philipp's erklärten. Herr Cormenin bewies, daß die Civilliste Karl's X., nach Abzug der auf derselben haftenden Lasten, nicht mehr als 11,210,865 Franken betrug, während diejenige Ludwig Philipp's auf achtzehn Millionen festgesetzt wurde, wozu noch vier Millionen Einkünfte von Landgütern und Wäldern, die Nutznießung eilf prachtvoller Paläste, mit deren ganzen Einrichtung, 2,594,912 Franken Apanagen und das unermeßliche Privatvermögen Ludwig Philipp's hinzukam. Die Hoffnung auf ein bürgerliches Königthum, auf die „beste der Republiken" unter den Fittigen Ludwig Philipp's mußte im Angesicht einer solchen Civilliste schwinden. Es wurde immer offenbarer, daß Ludwig Philipp seinen Thron auf eine wesentlich materielle Grundlage, auf einen Boden von Eisen und Gold setzen wolle, und daß alle Ideen von Freiheit und Recht, welche in den Tagen der Juli-Revolution die Kämpfer beseelt hatten, im Herzen des König's keinen Platz fanden.

Noch größere Mißstimmung, als die hohe Civilliste, regte die Haltung an, welche Ludwig Philipp den Freiheitsbestrebungen der Polen und Italiener gegenüber einnahm. Die Blüthe der Kammer, einhundert und fünfundvierzig Abgeordnete, unter welchen sich viele der größten Namen Frankreich's fanden; z. B. Arago, Audry de Puiraveau, Bertrand, Clauzel, Cormenin, Lafayette, Laffitte, Lamarque, Mauguin, Odilon-Barrot, vereinigten sich zu einer öffentlichen Urkunde, worin sie der Regierung unter dem Aushängeschilde einer Rechenschaftsablage die kräftigsten Vorwürfe machten. Sie faßten diese in folgenden Sätzen zusammen:

„Sie (die Minister des 13. März d. h. Casimir Périer und Genossen) sollten um den Thron alle Meinungen vereinigen, sie haben den Saamen verderblichen Zwiespalts unter die hochherzigen Männer ausgestreut, welche die Liebe zur Freiheit und das Gefühl der dem Vaterlande drohenden Gefahr sich annäherten.

Sie sollten die Revolution befestigen, sie haben deren natürliche Stützen durch die Auflösung der Nationalgarden der kriegerischsten und ergebensten Städte zerbrochen. Sie sollten die Freiheit der Presse, welche Frankreich rettete, begünstigen, sie haben sie verfolgt durch ihre Anklagen, zu Grunde gerichtet durch Abgaben, corrumpirt durch ihre Käufe und erdrückt durch ihre Geldstrafen.

Sie hatten erklärt, daß sie die gesetzliche Ordnung regieren lassen würden, und es gibt nicht ein Gesetz, dessen Anwendung sie nicht verdreht oder gefälscht hätten."

Mit Recht erklärten die Abgeordneten der Opposition: „die zweideutige Stellung, welche die Regierung genommen hat, ist unhaltbar. Sie gibt ihr weder die Kräfte der Restauration, welche unversöhnlich ist, noch diejenigen der Revolution, welche gereizt und zu Mißtrauen getrieben wird."

Dieses waren die Vorwürfe, welche der reichste Theil der Nation, die bessere Hälfte der Bourgeoisie, der Regierung machte. Viel tiefer eingehend waren aber diejenigen, welche der ärmere Theil des Volkes, die von allem Theile an der Gesetzgebung ausgeschlossenen Proletarier der Regierung machten, nicht blos in unterzeichneten Urkunden, sondern auch in blutigen Aufständen, welche der Regierung ein schnelles Ende bereitet hätten, falls die verschiedenen Gegner derselben sich über einen gemeinsamen Operationsplan hätten einigen können. Der Uebermuth des Präfekten Moritz Düval, welchen die Regierung stützte, versetzte (März 1832) die Stadt Grenoble in einen Aufstand, welcher nur dadurch besänftigt werden konnte, daß das fünfunddreißigste Regiment, welches die

Bürger, ohne alle Veranlassung überfallen und viele derselben verwundet hatte, entfernt wurde. Statt leicht über diesen Vorfall hinwegzugehen, oder die Behörden, welche die Schuld dieser Mißverhältnisse trugen, zu tadeln, nahm das Ministerium Périer Partei gegen die Stadt Grenoble, schickte achttausend Mann, darunter das verhaßte fünfunddreißigste Regiment in die Stadt und bewirkte dadurch eine Aufregung, welche zahlreiche Zweikämpfe zwischen Bürgern und Offizieren und von Seiten des Gemeinderathes die Erklärung zur Folge hatte, er werde seine Entlassung einreichen, falls das fünfunddreißigste Regiment nicht alsbald entfernt würde. Die Regierung mußte nachgeben. Am 20. Mai verließ das fünfunddreißigste Regiment zum zweitenmale Grenoble. Die Regierung hatte sich durch die verkehrte Stellung, welche sie dieser Stadt gegenüber eingenommen hatte, zahlreiche neue Feinde gemacht, und deutlich zu erkennen gegeben, daß sie bereit sein würde, jede mißbrauchte Gewalt aufrecht zu erhalten, falls sie sich dazu stark genug fühlte.

Weit ernstlicher, als die Bewegungen von Grenoble waren diejenigen, welche kurz zuvor (November 1831) zu Lyon stattgefunden hatten. Dort war es zu einer blutigen Schlacht zwischen den Arbeitern und dem diesen günstig gesinnten Theile der Nationalgarde einerseits, den Linientruppen und dem plutokratischen Theile der Nationalgarde anderseits gekommen. Die Linientruppen mußten sich in der Nacht vom 22. auf 23. November aus der Stadt zurückziehen, nachdem sie erkannt hatten, daß sie sich in derselben nicht länger würden behaupten können. In Lyon handelte es sich nicht, wie in Grenoble um eine leicht zu beseitigende Selbstüberhebung eines unverständigen Beamten, sondern um eine jener Lebensfragen, welche immer und immer wiederkehren werden, bis sie eine den Zeitverhältnissen entsprechende Lösung gefunden haben werden, nämlich die Frage über das Wechselverhältniß der Arbeitsnehmer und Arbeitsgeber. Im October 1831 hatten sich die Seidenarbeiter mit den Fabrikanten über den Preis der Arbeit geeinigt. Kurz darauf wollten die Fabrikanten die von ihren Vertretern den Arbeitern ertheilten Zugeständnisse nicht halten. Die Arbeiter, welche darüber in Aufregung geriethen, wurden von dem plutokratischen Theile der Nationalgarde angegriffen. Es kam zu einem blutigen Kampfe, in welchem die Seidenarbeiter einen entschiedenen Sieg davontrugen. Sie verstanden aber nicht, denselben zu benutzen.

Die Regierung behandelte diese, wie jede andere Frage der Zeit, so oberflächlich als möglich. Sie schickte den ältesten Sohn des Königs und den Marschall Soult mit einem zahlreichen Heere nach Lyon (3. December 1831). Die Arbeiter wurden entwaffnet, die Nationalgarde aufgelöst, die Stadt, gleich als wäre sie erobert worden, behandelt. Auf diese Weise wurde zwar für den Augenblick der Schein der Ruhe wieder hergestellt. Allein die Ursache der Mißstimmung und mit dieser der Keim zu neuen, blutigen Aufständen blieb, und entfaltete sich schon bald zum Schaden der Stadt und Frankreich's. Die Verhältnisse der Arbeiter blieben in ihrem anarchischen Zustande. Ludwig Philipp war viel zu sehr mit den auswärtigen Cabinetten, mit seiner Civilliste, mit der Bearbeitung der Mitglieder der Kammer, mit der Verfolgung seiner Gegner, kurz mit der Befestigung seines schwankenden Thrones beschäftigt, als daß ihm Zeit und Kraft übrig geblieben wäre, sich mit den eigentlichen Interessen des französischen Volkes zu beschäftigen.

Es war eine Zeit, da sich der Staat nicht bekümmerte um den Unterricht der Jugend, um den Bau von Heerstraßen und Canälen, selbst nicht um die Bildung der Heere. Was dem Volke von Unterricht zu Theil wurde, besorgte die Geistlichkeit. Die Heerstraßen waren den Räubern preisgegeben. Wer sich gegen diese schützen wollte, mußte ein bewaff-

netes Geleite bezahlen. Die Heere ſtellten die Vaſallen des Reiches, ſpäter wurden ſie geworben und nach dem Kriege wieder entlaſſen.

In unſeren Tagen haben alle Staaten den Jugend-Unterricht, den Bau und die Unterhaltung der Canäle, die Säuberung des Landes von Räubern und Mördern, die Bildung und Erhaltung von Heeren in den Kreis ihrer Beſchäftigung gezogen. Von Jahrzehent zu Jahrzehent dehnt ſich der geiſtige Horizont der Menſchheit und folgeweiſe auch der Regierungen aus. Jeder Fortſchritt in irgend einem Zweige des Staatslebens wurde dadurch bezeichnet, daß der Staat ſich deſſelben mit Nachdruck annahm.

Die großartige Organiſation von Heeren, deren Aufgabe der Krieg iſt, halten alle Regierungen für unumgänglich nothwendig. Die Organiſation von Heeren, deren Aufgabe die Arbeit des Friedens iſt, liegt jetzt noch jenſeits des Horizonts der Regierungen. Die monarchiſche Verfaſſung iſt ſchwerlich die Staatsform, innerhalb welcher Heere der letztbezeichneten Art gedeihen könnten. Allein ſo viel iſt gewiß, daß, wenn die Regierungen derartige Organiſationen nicht fördern, die Arbeiter ſie ihren Herren zum Trotze vornehmen werden. Denn ſie fühlen das Bedürfniß derſelben. Sie wollen aus dem Zuſtande der Anarchie, in welchem ſie ſich befinden, heraustreten. Das können ſie nur durch eine, ihrer Lage und ihren Zwecken entſprechende Geſetzgebung.

Dem Unweſen der Lehnsheere und geworbenen Truppen konnte nur durch die Conſcription durch die Volksheere ein Ende gemacht werden. Dem Unweſen, welches der Geburtsadel und die Monopoliſten in das Gebiet der Arbeit bringen, wird ſich nur durch eine großartige, vom Staate ausgehende Organiſation der Arbeit beſeitigen laſſen. Was die Vaſallen in den Lehnsheeren und die Condottieri in den geworbenen Kriegsheeren waren, ſind die Grundherren, die Fabrikanten und Bankiers in Betreff der Arbeiterheere unſerer Tage.

Die Regierungen ſtellen mit weit geringeren Koſten und Mühen weit zahlreichere und beſſere Heere in's Feld, als die Vaſallen und Condottieri früherer Zeiten. Die Vortheile der verbeſſerten Kriegsverwaltung kommen dem geſammten Staate zu gute. Findet ſich in unſeren friedlichen Tagen gar keine Energie für Unternehmungen des Friedens? Soll nach wie vor der Krieg, ſelbſt im Frieden, die beſten Kräfte der Menſchheit verſchlingen? Wenn ein geringer Theil derjenigen Kräfte, welche dem Kriegsdepartement gewidmet werden, dem Departement friedlicher Arbeiten geſchenkt würde, welchen Aufſchwung würde dann die geſammte Production, der Handel und die Schifffahrt und folgeweiſe der Wohlſtand, die Bildung und die Freiheit der Völker nehmen!

Wir wollen der Regierung Ludwig Philipp's nicht daraus einen Vorwurf machen, daß ſie es nicht verſtand, eine neue durchgreifende Geſetzgebung in Sachen der Arbeit zu begründen. Dazu fehlte es im Anfange der dreißiger Jahre noch vollſtändig an dem erforderlichen Stoffe. Allein wir tadeln ſie, weil ſie, ſtatt in der Richtung einer derartigen Neugeſtaltung voran zu ſchreiten, nach der entgegengeſetzten mit der größten Heftigkeit ſtrebte. Die erſte Vorausſetzung einer die Arbeiter befriedigenden Geſetzgebung beſteht in dem Rechte derſelben, an der geſetzgebenden Gewalt Theil zu nehmen. So lange den Arbeitern dieſes Recht verweigert wird, mag ein aufgeklärter oder auch ein nur kluger Despot von oben herab deren Verhältniſſe günſtiger geſtalten, weil die Arbeiter in einem unumſchränkten Monarchen keinen Nebenbuhler, keinen Parteigegner haben. Von einer conſtitutionellen Monarchie, in welcher die Arbeitgeber das politiſche Uebergewicht beſitzen, die Arbeitnehmer dagegen politiſch rechtlos ſind, läßt ſich dieſes nicht erwarten.

Ein zweiter Schritt zur Neugeſtaltung der Arbeitsverhältniſſe würde in der Beſteuerung

des Ueberflusses und der Erleichterung der Armuth, in der Einführung einer vernünftigen Sparsamkeit im Staatshaushalte und der Veranstaltung großartiger, das Beste der arbeitenden Classen bezweckender Arbeiten auf Staatskosten gewesen sein.

Weit entfernt, eine derartige Richtung einzuschlagen, verfolgte die Regierung mit äußerster Wuth alle Diejenigen, welche sich nur mit Fragen der bezeichneten Art beschäftigten. Sie bezog sich auf den Artikel 291 des Code Pénal, welcher, in der Kaiserzeit verfaßt, die Gründung einer zwanzig Personen übersteigenden Gesellschaft nicht religiöser Art bei Strafe verbot, um die Gesellschaft der Saint-Simonisten zu vernichten. Die Ansichten über den innern Werth derselben mögen getheilt sein. So viel ist gewiß, daß sie sich selbst als eine religiöse Secte betrachteten und daß sie ihre Bestrebungen auf religiöse Grundsätze stützten. Der Artikel 291 des Code Pénal war daher auf sie augenscheinlich nicht anwendbar, selbst wenn man nicht annahm, daß derselbe durch die neue Verfassung Frankreich's, mit der er im schreiendsten Widerspruche stand, abgeschafft worden war. Die Saint-Simonisten waren, als sie vor Gericht gefordert wurden (August 1832), von der Gesammtheit der Franzosen sehr wenig gekannt. Die Regierung setzte es daher durch, daß Enfantin, Duveyrier und Michel Chevalier je zu einem Jahre Gefängniß und hundert Franken Geldstrafe, Rodrigues und Barrault zu einer Geldstrafe von fünfzig Franken verurtheilt wurden. Diese Strafen genügten, um die erst in der Entstehung begriffene saint-simonistische Gesellschaft zu sprengen. Ohne allen Zweifel hätte sich diese auf die Dauer nicht behaupten können, falls die Regierung sie durchaus nicht belästigt hätte. Der gewaltsame Eingriff von Seiten der Regierung diente aber dazu, die natürliche Entwickelung der im Schooße der Saint-Simonisten gährenden Ideen zu stören. Die Regierung that durch die gegen diese Neuerer gerichtete Verfolgung kund, daß sie die Blosstellung der krankhaften Seiten der Gesellschaft und folgeweise auch nur den Versuch, denselben zu steuern, nicht dulden wolle. Wenn die Regierung selbst keine Neigung hatte, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, so mochte sie doch den Saint-Simonisten, welche sich auf dieses dornenreiche Feld begeben hatten, die Freiheit gewähren, es zu thun. Doch sie wollte Alles so sehr als möglich beim Alten lassen und darum war es ihr sehr unbequem, daß eine, wenn auch nicht zahlreiche, so doch sehr rührige Gesellschaft mit kühner Hand den Schleier von den Krebsschäden der Gegenwart hinweg zog und diese zu heilen versprach. Ludwig Philipp betrachtete sich als den einzigen rechtmäßigen Arzt der französischen Gesellschaft und jeden Andern, der sich mit der Heilung derselben beschäftigte, als einen Menschen, der ihm in's Handwerk pfuschte und verfolgte diesen mit der ganzen Schärfe der Zunftgesetze.

Weit unmittelbarere und ernstere Gefahren, als von Seiten der Saint-Simonisten, drohten der Regierung von Seiten der Legitimisten. Diese besaßen große Reichthümer, und in der Person der Herzogin von Berry eine entschlossene und verwegene Führerin. Die Unzufriedenheit mit der Regierung Ludwig Philipp's, welche immer allgemeiner wurde, machte viele ehemalige Gegner der Bourbonen geneigt, gegen Ludwig Philipp in die Schranken zu treten. Eine ziemlich weit verzweigte Verschwörung, welche mit bedeutenden Geldsummen operirte, kam in der Nacht vom 1. auf den 2. Februar 1832 zum Ausbruche, wurde aber ohne große Schwierigkeit unterdrückt, da die Verschworenen unter sich nicht einig waren. Die Polizei gab sich keine besondere Mühe, der Sache auf den Grund zu kommen. Die bedeutenden Namen, welche in die Verschwörung verwickelt waren, wie der Herzog von Belluno, General Montholon, Herzog von Rivière, Baron von Mestre und Andere wagte man nicht, vor Gericht zu ziehen. Die meisten der Ange-

tation, zwölf zu fünfjährigem, vier zu zweijährigem und fünf zu einjährigem Gefängniß verurtheilt. Durch den unglücklichen Ausfall dieser Verschwörung ließ sich die Herzogin von Berry nicht abhalten, ihre Versuche, die Krone Frankreich's für ihren Sohn Heinrich zu erobern, fortzusetzen. Nach mannigfaltigen Vorbereitungen schiffte sie sich (24. April 1832) in Livorno nach Marseille ein. Dort erhoben sich zwar am Tage nach der Ankunft der Herzogin die Legitimisten, wurden jedoch mit leichter Mühe niedergeworfen (30. April 1832). Der Dämpfer Carlo Alberto, auf welchem die Herzogin die Reise gemacht hatte, wurde (den 3. Mai) genommen. Der Süden blieb mit der alleinigen eben erwähnten Ausnahme ruhig. Die Herzogin begab sich nach der Vendée. Doch auch hier war die Bevölkerung nicht geneigt, zu Gunsten der Bourbonen zu den Waffen zu greifen. Es kam nur zu einigen unerheblichen Gefechten. Nirgends konnte sich die Herzogin öffentlich zeigen. Längere Zeit hielt sie sich zu Nantes versteckt, wurde von dem getauften Juden Deutz verrathen, am 8. November 1832 gefangen genommen und nach der Citadelle von Blaye gebracht. Da zeigte es sich, daß die Wittwe des Herzogs von Berry schwanger sei. Diese Nachricht warf nicht blos auf das ganze Unternehmen der Herzogin ein übles Licht, sondern erregte auch Zweifel über die Rechtmäßigkeit ihres Sohnes, welchen die Legitimisten Heinrich V. nannten. Die Herzogin verlor alle politische Bedeutung. Ludwig Philipp konnte sie ohne alle Gefahr für seinen Thron freigeben (Juni 1833). Die Behauptung der Herzogin, sie sei mit dem neapolitanischen Marquis Lucchesi-Palli vermählt, änderte an dem Stande der Dinge nichts, denn die an Standesvorurtheilen klebenden Legitimisten sahen in einer unstandesmäßigen Verehelichung ein nicht geringeres, oder vielleicht gar noch ein schwereres Vergehen, als dasjenige, dessen sich die Herzogin schuldig gemacht hatte. Seit dieser Zeit hatte Ludwig Philipp von legitimistischer Seite her nichts mehr zu befürchten.

Während die Herzogin von Berry sich und ihre Partei durch ihre zweideutige Aufführung zu Grunde richtete, starb zu Schönbrunn der einzige legitime Sohn Napoleon's I., Napoleon Franz Joseph Karl Herzog von Reichstadt (22. Juli 1832). Dieser war seit dem Jahre 1814 in Oesterreich erzogen worden. In der verpesteten Atmosphäre, welche der Fürst von Metternich um den Sohn Napoleon's, wie um alle anderen seiner Sorgfalt anvertrauten Prinzen: den Herzog Karl von Braunschweig, den Prinzen Miguel von Portugal, den Erbgroßherzog von Baden u. s. w. zog, konnte das unglückliche, von seiner Mutter verlassene und von seinem Vater getrennte Kind nicht gedeihen. Er hatte nicht das Schicksal des Herzogs von Braunschweig und des Prinzen Miguel, welche abgesetzt, auch nicht dasjenige des Erbgroßherzogs von Baden, welcher wahnsinnig wurde; er starb als Jüngling von zwanzig Jahren. Sein Tod war die Folge von Ausschweifungen, zu welchen seine Wiener Vormünder ihm Gelegenheit und Anreiz gegeben hatten.

Mit dem Sohne Napoleon's I. ging übrigens die Hoffnung der Bonapartisten nicht zu Grabe. Sie veränderte nur den Namen, auf welchen sie sich stützte. Karl Ludwig Napoleon, der Sohn Ludwig Bonaparte's, des ehemaligen Königs von Holland, wurde nach dem Tode des Herzogs von Reichstadt und dem schon frühern Tode seines ältern Bruders Ludwig (17. März 1831) *) das Haupt der Familie Bonaparte. In damaliger Zeit hielt man ihn für keinen gefährlichen Nebenbuhler des Hauses Orleans. Fast zwei Jahrzehnte vergingen, bevor Frankreich und die Welt ihn kennen lernten.

Die Gegner, welche der Regierung die größten Sorgen bereiteten, waren die Republikaner und diejenigen Constitutionellen, welche in der Juli-Revolution eine zweite

*) Der älteste Bruder, Napoleon Louis Charles, war schon am 5. März 1807 gestorben.

Auflage der Revolution von 1789 bis 1793, nicht aber eine Fortsetzung der Restauration von 1815 bis 1830 erkannten. Wäre Ludwig Philipp ganz so klug gewesen, als er sich zu sein einbildete, so hätte er vor allen Dingen suchen müssen, eine Vereinigung dieser beiden Parteien zu verhindern. Denn in deren Schooße ruhte die größte revolutionäre Kraft. Statt aber sämmtliche Anhänger der constitutionellen Monarchie um sich zu versammeln und die Republikaner zu versöhnen, verletzte er beide Parteien auf's heftigste und trieb sie auf diese Weise zu einer Feindschaft, welcher am Ende sein Thron erlag.

Nachdem sich Republikaner und fortgeschrittene Constitutionelle zu dem weiter oben schon mitgetheilten Rechenschaftsberichte vereinigt hatten, fuhr Ludwig Philipp fort, beide Parteien, so weit seine Macht nur irgend reichte, zu verletzen und zu verfolgen. Die Stimmung der Bevölkerung von Paris wurde immer gereizter und gab sich bei Gelegenheit des Leichenbegängnisses des Generals Lamarque in so unzweideutiger Weise kund, daß es, ohne alle vorgängige Organisation, zu einem blutigen Straßenkampfe kam, welcher vom Abende des 5. Juni bis Mittags des 6. dauerte und eine Zeit lang den Thron Ludwig Philipp's ernstlich gefährdete. Zwar gelang es der Regierung, ihre Gegner zu besiegen, allein die Maßregeln, welche sie nach gewonnener Schlacht ergriff, verbesserten nicht die Stellung Ludwig Philipp's. Ohne allen Rechtsgrund verhängte der König den Belagerungszustand über die Stadt Paris. Der Cassationshof hob jedoch denselben wieder auf und erklärte ausdrücklich, daß die Regierung die Verfassung verletzt habe. Die Ordonnanz in Betreff des Belagerungszustandes von Paris wurde in solcher Weise zwar aufgehoben, allein drei andere Ordonnanzen, durch welche die polytechnische Schule, die Thierarzneischule von Alfort und die Artillerie der Pariser Nationalgarde aufgelöst wurden, blieben in Kraft. Diese drei Körperschaften besaßen die Gunst der Pariser Bevölkerung in besonders hohem Grade, deren Auflösung erregte daher fast allgemeine Mißstimmung. Hierzu kam, daß die Prozesse, welche in Folge des Juni-Kampfes stattfanden, die Blößen der Regierung und zugleich den Heldenmuth und die hochherzige Begeisterung der Republikaner im hellsten Lichte zu Tage brachten.

Vergebens stellte die Regierung die Mitglieder der Gesellschaft der Freunde des Volkes vor Gericht. Die wackeren jungen Leute vertheidigten sich und ihre Grundsätze mit solcher Innigkeit und Begeisterung, daß die Geschworenen sie frei sprachen. Dieses hielt aber den feilen Gerichtshof nicht ab, die Gesellschaft für aufgelöst zu erklären. In diesem Falle hatten die Geschworenen ausdrücklich erklärt, daß der Artikel 291 des Code Pénal nicht maßgebend sei. „Die Freunde des Volkes" standen der öffentlichen Meinung näher, als die Saint-Simonisten und wurden daher freigesprochen.

Der Haß gegen Ludwig Philipp erreichte schon im Jahre 1832 einen solchen Grad der Bitterkeit, daß er sich in einem Mordanfalle auf den König Bahn brach (19. November 1832). Der Thäter konnte nicht ermittelt werden, obgleich ein starker Verdacht auf einen jungen Mann, Namens Bergeron, fiel.

Das Volk wußte, daß Ludwig Philipp regierte, nicht dessen Minister, und daher kam es, daß er, gleich Karl X., persönlich den Haß der Nation auf sich zog. Ein Ministerium nach dem andern fiel. Der Geist der Regierung blieb unverändert derselbe und that sich den fremden Cabinetten durch übergroße Nachgiebigkeit, dem eigenen Volke durch übermäßige Härte kund.

Casimir Périer war (16. Mai 1832) an der Cholera gestorben, inmitten der Schrecknisse, welche diese Seuche über ganz Europa verbreitete.

Das Ministerium vom 11. October enthielt die Herren Broglie, Guizot und Thiers,

drei Männer von Talent, von welchen übrigens die beiden ersten damals schon sehr unpopular waren. Guizot machte sich dadurch verhaßt, daß er wie ein Despot zu sprechen pflegte, obgleich es ihm an Muth gebrach und er in der That auch zu mild von Gesinnung war, um als solcher handeln zu können. Thiers, welcher zu durchgreifenden Maßregeln viel mehr geneigt war, als Guizot, wußte sich dennoch eine gewisse Popularität zu erhalten, welche er erst verlor, als er (1840) dem Könige die Brücke zum Rückzuge baute, d. h. sein Portefeuille nicht mit Entschlossenheit niederlegte, mit dem Könige nicht brach, sondern noch eine Zeit lang im Amte blieb und als guter Freund schied.

Ludwig Philipp verletzte am Tage, an welchem er die Krone annahm, einen der wichtigsten Grundsätze der französischen Monarchie, welcher bestimmte, daß der Fürst, welcher den Thron Frankreich's besteige, sein Privatvermögen mit dem Staatsgute vereinigen müsse. Diesen Grundsatz der alten Monarchie glaubte er in kluger Weise umgangen zu haben, indem er wenige Stunden bevor er den Eid der Treue der Nation leistete, sein Gesammtvermögen seinen Kindern verschrieb, sich selbst aber die Nutznießung vorbehielt. Dieser Schritt fand um so gerechtern Tadel, je größer die Ansprüche waren, welche der König auf eine Civil-Liste machte. Von vorn herein stellte sich dadurch Ludwig Philipp in pecuniärer, wie durch das Wahlgesetz in politischer Beziehung in eine falsche Stellung zum Lande. Durch Gewalt und List behauptete er zwar diese siebenzehn und ein halbes Jahr lang, allein die Mißstimmung des Volkes nahm immer zu, obgleich es dem Könige gelang, wiederholte Aufstände, so namentlich denjenigen von Lyon und einen mit demselben zusammentreffenden in der Straße Transnonain (April 1834) nieder zu werfen.

Auf den Mordversuch des 19. November 1832 folgte derjenige vom 28. Juli 1835, welchen Fieschi vermittelst einer Höllenmaschine machte. Mehrere Personen verloren in der nächsten Nähe des Königs das Leben, andere wurden schwer verwundet. Ludwig Philipp blieb unversehrt. Die Gefahr, welcher der König entgangen war, stimmte ihn nicht zur Milde, vielmehr gab sie ihm nur die Veranlassung, jene „September-Gesetze" hervorzurufen, welche die Presse und die Geschworenengerichte beschränkten und die Contumacialstrafen ausdehnten. Am 25. Juni 1836 fand ein neuer Mordanfall statt, welchen Alibaud machte. Auch dieser Gefahr entging der König. Noch in demselben Jahre (30. October) machte Ludwig Napoleon zu Straßburg seinen ersten Versuch, sich auf den französischen Thron zu schwingen. Zwar mißlang ihm dieser, allein er rief die Familie Bonaparte in das Gedächtniß der französischen Nation zurück. Die verkehrte Weise, in welcher die französische Regierung den Vorfall behandelte, zog ihr eine ähnliche Demüthigung zu, wie im Jahre 1832, als sie den Belagerungszustand über Paris verhängte. Ludwig Philipp ließ nämlich den Urheber der Verschwörung, Ludwig Napoleon, frei und begnügte sich damit, ihn nach Amerika überzuschiffen, war aber frech genug, die übrigen Betheiligten vor Gericht zu stellen. Die Geschworenen sprachen diese frei, indem sie sich nicht zu Werkzeugen des Sprüchworts machen lassen wollten: kleine Diebe hängt man, große läßt man laufen.

Am 27. December 1836 machte Meunier einen Angriff auf das Leben des Königs, und am 12. Mai 1839 brach wieder ein sehr ernsthafter Aufstand in Paris aus. Beide blieben erfolglos. Die Ansprüche, welche der König in Betreff der Dotation des Herzogs von Nemours vor die Kammer brachte, zogen der Regierung eine Niederlage zu (Februar 1840), in deren Folge wieder ein Ministerwechsel eintrat, welcher aber nur die Personen, nicht die Richtung der Regierung änderte. Thiers war in der Hauptsache eben so gefügig

dem Könige gegenüber, als vor ihm Soult, Molé und die anderen Minister gewesen waren. Nur zum vollständigen Rückzuge vor den auswärtigen Mächten wollte er sich nicht bequemen. Er legte daher sein Amt nieder, als der König allen, dem Vicekönige von Egypten eröffneten Aussichten auf Hülfe zuwider, sich dem Machtspruche der wider Frankreich vereinigten vier Großmächte fügte.

Es kam nun das Ministerium vom 29. October an die Reihe, welches die Juli-Monarchie langsam, aber sicher ihrem Untergange entgegen führte. Das Präsidium hatte Soult, die auswärtigen Angelegenheiten Guizot. Neben ihnen standen Duchatel, Martin du Nord, Humann, Teste, Villemain, Cunin-Gridaine, Duperré. Unter allen befand sich kein Mann von freien Ansichten und keiner von Charakter. Doch waren sie willige Diener Ludwig Philipp's und ihrer eigenen Habgier. Den Druck, welchen diese Schergen der dynastischen Gewalt auf Frankreich ausübten, war so schwer, daß sich keine Volksaufstände mehr Bahn brechen konnten. Den Ministern war alles feil. Sie verkauften Aemter und Concessionen aller Art. Ohne Bezahlung war nichts zu haben. Die Leute, welche gegen Geld Aemter und andere Vergünstigungen erhalten hatten, waren nur darauf bedacht, dieselben auf's Aeußerste auszubeuten. Sie hatten weder Grundsätze der Politik, noch der Sittlichkeit. Sie besaßen nicht einmal Anhänglichkeit für den Juli-Thron und überwarfen sich mit diesem, wenn ihnen nicht alle ihre Forderungen gewährt und alle ihre schlechten Streiche nachgesehen wurden.

Die Mißstimmung des Volkes nahm immer zu und hatte die Ausbreitung und Kräftigung der schon lange bestehenden geheimen Gesellschaften in ihrem Gefolge, welche die Polizei niemals aufzulösen verstand und welche nur auf eine günstige Gelegenheit warteten, um den Juli-Thron zu stürzen. Der Tod des Thronerben, Herzogs von Orleans (13. Juli 1842) löste das letzte Band, welches den fortgeschrittenen Theil der Constitutionellen bis dahin noch mit dem Hause Orleans verknüpft hatte. Der zweite Sohn des Königs, der Herzog von Nemours, war beim Volke und beim Heere verhaßt. Republikaner und Legitimisten näherten sich gegenseitig an. Der gemeinsame Haß beider vereinigte sie gegen Ludwig Philipp. Nach und nach wurden manche Urkunden bekannt, welche Ludwig Philipp's persönliche Gesinnung auch den eifrigsten Anhängern desselben anschaulich machten und die gebückte Stellung, in welcher Ludwig Philipp vor dem Kaiser von Rußland und der Königin von England schon in den ersten Tagen seiner Regierung stand, zu Tage brachten.

Ungeachtet eines fast ununterbrochenen Friedens nahmen die Abgaben und die Staatsschulden immer zu. Das Budget stieg von einer Milliarde Franken in siebzehn Jahren (1830—1847) auf eine Milliarde und sechshundert Millionen, die jährliche Rentenschuld nahm um neunzehn Millionen und die schwebende Staatsschuld um fünfhundert Millionen zu.

Ein Theil dieser Vermehrung der Ausgaben kam zwar auf Rechnung der Provinz Algier, welche große Summen verschlang und der öffentlichen Arbeiten, welche unter Ludwig Philipp von 45 Millionen auf 190 Millionen stiegen. Allein diese hohen Summen wurden nicht gewissenhaft verwendet, überdies erklärten sie nur zu einem geringen Theile die Zunahme der Staatslasten.

Eine Zeit lang konnte die Regierung die herrschende Corruption einigermaßen verhüllen, indem sie die Presse unterdrückte und in den Kammern die wohlmeinende Minderheit durch die feile Mehrheit niederschreien und niederstimmen ließ. Allein auf die Dauer reichten diese Hülfsmittel nicht aus. Die Günstlinge der Regierung wurden immer frecher.

keiner mehr zurück. Der Herzog von Praslin, Pair von Frankreich, ermordete seine Frau die Tochter des Marschalls Sebastiani, um sich ungestört einer anderen Neigung hingeben zu können. Der Mörder stand in den innigsten Beziehungen zu dem Könige. Dieser konnte ihn zwar nicht freigeben, allein er verschaffte dem Verbrecher Gift und dadurch das Mittel, sich der Untersuchung und Strafe zu entziehen. Der General Pepans-Cubières, ehemaliger Kriegsminister und Pair von Frankreich, und Herr Teste, ehemaliger Justizminister und damals noch einer der Präsidenten des Cassationshofes, trieben ihren Unfug so offenbar, daß die Pairskammer nicht umhin konnte, den einen wegen Bestechung, den andern wegen Bestechlichkeit zu verurtheilen. Der Minister des Innern, Duchatel, wurde überführt, hunderttausend Franken für die Ertheilung eines Theater-Privilegiums verlangt und zu Gunsten des ministeriellen Blattes der „Epoche" ausbezahlt erhalten zu haben. Der Handelsminister, Cunin-Gridaine, wurde überführt, von der Nordbahn-Gesellschaft fünfhundert Actien im Werthe von zweihunderttausend Franken angenommen zu haben. Aehnliche schmutzige Geschichten, bei welchen untergeordnete Diener der Regierung, z. B. Petit, Trouillard-Jussieu, La Grange, Benier, Lassalle und Andere betheiligt waren, tauchten dutzendweise auf und machten die in allen Zweigen der Verwaltung herrschende Corruption anschaulich. Abgedankte Minister, in Ungnade gefallene Günstlinge mochten, den Umständen nach, wie Cubières und Teste, zur Strafe gezogen werden. Die noch in Amt und Würden stehenden und begünstigten Diener der Krone wurden aber von dieser gegen den Arm der Gerichte geschützt und die Kammern hießen jeden Gewaltstreich der Regierung gut.

Die erste Kammer war von jeher ein williges Werkzeug der Regierung Ludwig Philipp's gewesen, da sie von dieser unbedingt abhängig war. In der Abgeordnetenkammer saßen (1847) nicht weniger als hundertzweiundneunzig Beamte. Außer diesen standen so viele Abgeordnete durch Handelsgeschäfte und andere Privat-Interessen mit der Regierung in bindenden Beziehungen, daß von zwei Drittheilen der Kammer-Majorität, schon nach ihren äußeren Verhältnissen, gar keine Unabhängigkeit erwartet werden konnte. Es wurde daher auch dem blödesten Auge klar, daß von einer solchen Kammer niemals eine Beseitigung der herrschenden Mißstände erwartet werden könne.

Zur Zeit der Restauration hatte die Zahl der Wähler Frankreich's Hunderttausend betragen. Unter Ludwig Philipp war dieselbe auf zweimalhundert zwanzigtausend erhöht worden, welche etwa eine Million Menschen (Frauen und Kinder mit eingeschlossen) darstellten. Von dreiunddreißig Millionen Franzosen waren also zweiunddreißig Millionen durchaus unvertreten. Unter die zweimalhundert zwanzigtausend Wähler war übrigens die Wahlberechtigung sehr ungleichmäßig vertheilt. An einem Orte hatten achthundert, an dem andern nur dreihundert Wähler einen Abgeordneten zu ernennen. Im Schooße dieser kleinen Wahlkörperschaften wußten wieder einzelne, von der Regierung begünstigte Leute einen vorherrschenden Einfluß zu gewinnen, welche mit den Wahlstimmen einen vollständigen Schacher trieben. Ein Mitglied der Nationalversammlung von 1850, Raudot, erklärte: „Die meisten Wähler gaben ihre Stimmen als Austausch für Plätze oder andere persönliche Vortheile, oder wenigstens als Austausch für die Hoffnung, solche zu erhalten."

Die ganze Grundlage der Verfassung war von Anfang an mangelhaft gewesen und durch Einwirkungen von oben herab nach und nach so verfälscht worden, daß es viel leichter war, Gesetze zu Gunsten einer kleinen Sippschaft, als der gesammten Nation zu erlangen. Von den Prämien z. B., welche in Betreff des Zuckers ausbezahlt wurden, bezogen sechs begünstigte Häuser für sich allein (1832) ein volles Drittheil, das Haus Périer neun-

hunderttausend Franken. Da bei der Zuckerfrage derartige Häuser betheiligt waren, stiegen die Prämien von 1830—1832 um zwölf Millionen Franken (von sieben auf neunzehn Millionen). In ähnlicher Weise verhielt es sich mit allen Zweigen der Verwaltung. Die Mitglieder der Kammermehrheit wälzten alle Staatslasten von sich und ihren Standesgenossen auf die ärmeren Classen und rissen, begünstigt durch die Gesetzgebung oder durch die Regierung, mit Hülfe der Gesetze oder im Widerspruche derselben, alle Arten von Vortheilen an sich, welche in letzter Instanz immer wieder vom Volke bezahlt werden mußten.

Alle diese Mißstände entwickelten sich nicht zufällig, sondern waren die unvermeidlichen Folgen des Regierungssystems Ludwig Philipp's. Von Jahr zu Jahr zeigte sich dieses deutlicher, am deutlichsten in den Jahren 1840 bis 1848 zur Zeit jenes Ministeriums, dessen Willfährigkeit allgemein bekannt war. Nach zehnjährigen unausgesetzten Wechsel hatte der König alle diejenigen Männer beseitigt, welche sich nicht unbedingt von ihm persönlich leiten ließen.

Die Kammern, welche sich widerspenstig erwiesen, wurden, wenn alle Künste der Ueberredung nichts fruchteten, aufgelöst. Auf die Wahlen übte die Regierung den verderblichsten Einfluß, indem sie kein Mittel der Gewalt und der List, der Einschüchterung und der Bestechung unversucht ließ, um die Mehrheit zu gewinnen. Alle Schlingen und Netze, welche von glatten Höflingen und schlauen Werkzeugen Ludwig Philipp's nur immer in Bewegung gesetzt werden konnten, wurden gegen die Abgeordneten angewendet, welche auch nur entfernt andeuteten, daß sie bereit seien, ihre Stimme an die Regierung zu verkaufen. Besaß Ludwig Philipp die Stimmenmehrheit in den Kammern, so machte er von derselben den maßlosesten Gebrauch. Nicht ein Gesetz wurde von der Regierung beantragt, welches die Freiheiten der Nation vermehrt hätte. Jeder Vorschlag derselben enthielt eine neue Daumschraube, durch welche die Presse, die Verbindungen, das Gemeindeleben, die Nationalgarde u. s. w. dem Willen des Königs strenger unterworfen wurde. Keinen Plan, welchen Ludwig Philipp gefaßt hatte, um seinen Thron, wie er meinte, zu befestigen, gab er jemals auf. Den Umständen nach verleugnete er denselben durch öffentliche im Moniteur abgedruckte Erklärungen; so bald sich aber die Aufregung der Nation verloren oder die Stimmung der Kammer zu Gunsten der Regierung verändert hatte, griff Ludwig Philipp denselben wieder auf. Ehe man sich dessen versah, war der Plan, welchen die Meisten für längst aufgegeben oder nie gehegt hielten, zu einer vollendeten Thatsache geworden, an welcher der König mit äußerster Zähigkeit fest hielt.

So hatte er z. B. schon in den ersten Jahren seiner Regierung den Plan gefaßt, sich dadurch gegen einen Aufstand der Pariser zu sichern, daß er die Stadt mit Befestigungen umgeben ließe. Als sich die öffentliche Meinung mit großem Nachdruck gegen diesen Plan erklärte, ließ er das Gerücht als durchaus grundlos bezeichnen. Sobald aber der Kriegslärm des Jahres 1840 ausbrach, bediente er sich desselben, um so rasch als möglich sich die erforderlichen Geldsummen votiren und die Festungswerke erbauen zu lassen. Sie halfen ihm in der Stunde der Gefahr nichts. Denn die Kammer bewilligte ihm nicht die zur Bewaffnung derselben erforderlichen Fonds. Die Kanonen und die Munition befanden sich in Vincennes, bevor sie von da nach den Forts von Paris gebracht werden konnten, war der Juli-Thron gestürzt.

Gegen Legitimisten und Bonapartisten verfuhr Ludwig Philipp gelinde, allein doch mehr des Scheins wegen, als aus natürlicher Milde. Die Herzogin von Berry gab er frei, allein erst, nachdem er dafür gesorgt hatte, daß ihre Schande allgemein bekannt wurde. Auch Ludwig Napoleon entließ er ohne Strafe nach dessen Straßburger Unternehmung

Doch die übrigen Betheiligten stellte er vor Gericht. Wenn Milde den König beseelt und nicht die Rücksicht auf den geeierten Namen Napoleon's, so hätte er gerade das Gegentheil gethan, d. h. er hätte die Gehülfen freigegeben und den Urheber vor Gericht gestellt. Um die Bonapartisten zu versöhnen und dem Volke ein großes Schauspiel zu geben, ließ Ludwig Philipp sogar die Asche Napoleon's I. von St. Helena nach Frankreich verbringen und dieselbe im Dome des Invalidenhauses beisetzen. Dabei lief er freilich keine Gefahr, allein er hütete sich wohl, Ludwig Napoleon frei zu geben nach dessen zweitem Boulogner Versuche, die Krone zu erobern. Der Gefangene mußte sich selbst befreien, um loszukommen.

Ludwig Philipp handelte immer aus Berechnung. Alles war bei ihm Staatskunst. Niemals ließ er die menschliche Natur rein und frei walten. Jedermann wußte es, und darum traute ihm Niemand.

Der Haß, welchen Ludwig Philipp gegen sich rege machte, erreichte einen Höhegrad, welchem in der Geschichte Frankreich's nichts gleich kommt. Dennoch unterliegt es keinem Zweifel, daß während seiner Regierung das Wort, die Presse, die Kammern und das Volk überhaupt sich weit freier bewegen konnten, als zur Zeit der Restauration vorher und unter Napoleon III. nachher. Der eigentliche Grund der Unzufriedenheit des französischen Volkes lag nicht in der inneren, sondern in der auswärtigen Politik Ludwig Philipp's. Diese war augenscheinlich schwächer und feiger, als diejenige Karl's X. oder Napoleon's III. Seit dem Jahre 1815 bildeten die auswärtigen Angelegenheiten die wunde Seite Frankreich's. Die Nation fühlte sich nach allen Triumphen, welche Napoleon I. ihr bereitet hatte, gedemüthigt. Die Rolle, welche sie auf der Weltbühne spielte, war eine untergeordnete und schien ihr mit gutem Grunde insofern eine verächtliche, als sie dem Kräftemaße der Nation, dem Schwunge, welche diese im Jahre 1830 kund gethan hatte, nicht entsprach. Auch dem Unerfahrensten mußte es nach und nach klar werden, daß Ludwig Philipp den Frieden um jeden Preis haben wollte, während er, falls er der französischen Nation größeres Vertrauen geschenkt, den Frieden und doch die Ehre und den Einfluß der französischen Nation hätte wahren können.

Was Ludwig Philipp Juste-Milieu nannte, war in der That nichts anderes, als ein Laviren zwischen der Scylla des orleanistischen Despotismus und der Charybdis der Revolution. Keine Regierung Frankreich's war so oft in Gefahr, gestürzt zu werden, als diejenige Ludwig Philipp's. Kein König von Frankreich hatte so zahlreiche persönliche Feinde. Das Leben keines einzigen Monarchen wurde so häufig bedroht, als das seinige.

Die Franzosen lassen sich, den Umständen nach, einen sehr drückenden Despotismus gefallen, wie die Zeiten Ludwig's XIV., Napoleon's I. und Napoleon's III. beweisen. Sie halten es nicht für schimpflich, sich demselben zu unterwerfen, denn sie sind an militärische Zucht gewöhnt. Allein eine Regierung, welche die Ehre der Nation, die Stellung Frankreich's dem Auslande gegenüber nicht wahrt, kann auf die Achtung des Volkes nicht rechnen und muß fallen, sobald sich eine Gelegenheit bietet, sie zu stürzen.

Unstreitig ist der Druck, welchen Napoleon III. auf Frankreich ausübt, ohne allen Vergleich härter, als derjenige der Regierung Ludwig Philipp's. Unter diesem war ein geistiger Kampf möglich und wurde mit außerordentlicher Rührigkeit geführt. Nicht selten wurden die von der Regierung angeklagten Verschwörer, Mitglieder der Presse und dem Fortschritte huldigender Gesellschaften von den Geschworenen freigesprochen. Die Kammern faßten gar viele Beschlüsse, welche dem Könige unerwünscht waren. Napoleon III. hat jeden Widerstand gegen seine Regierung zermalmt. Er beherrscht die französische Nation wie ein Regiment Soldaten, welches auf Commando Sturm läuft, Gewehr bei Fuß

nimmt und Hurra ruft. Die Gewalt, welche der erste Napoleon über Frankreich besaß und der dritte jetzt noch inne hat, beruht wesentlich auf der Stellung, welche sie der französischen Nation dem Auslande gegenüber verschafften. Ludwig Philipp konnte sich trotz aller seiner Schlauheit auf seinem Throne nicht behaupten, weil er im Anfange seiner Regierung eine viel zu schwache und später eine wahrhaft verächtliche Stellung dem Auslande gegenüber einnahm.

Wer das Leben Ludwig Philipp's kennt und gerecht sein will, kann ihm das Zeugniß persönlichen Muthes nicht versagen. Er bewährte diesen namentlich bei Gelegenheit der zahlreichen Angriffe, welche auf sein Leben gemacht wurden, der Straßenkämpfe und der Verschwörungen, welche seinen Thron und sein Leben gefährdeten. Er war allerdings kein Feldherr. Allein auch Ludwig XIV. war und Napoleon III. ist kein solcher. Nicht Feldherren-Talent, sondern das Talent, das Ehrgefühl der französischen Nation zu befriedigen, ist die unumgänglich nothwendige Eigenschaft eines Beherrschers Frankreich's. Denn das Ehrgefühl ist der mächtigste unter allen Trieben, welcher sich, wie in den kleinen, so auch in den großen Kreisen des französischen Lebens kund thut. Das Ehrgefühl hängt übrigens mehr, als jedes andere von äußeren Verhältnissen ab. Es untersucht die Beweggründe der Thaten nicht, es hält sich an deren äußere Erscheinung. Die französische Nation stürzte Ludwig Philipp, weil dieser ihr Ehrgefühl verletzt hatte. Sie wird in diesem Falle auch Napoleon III. den Rücken kehren, schwerlich aber früher. Gestürzt wurden Karl X. und Ludwig Philipp durch einen verhältnißmäßig kleinen Bruchtheil der Nation, allein die überwiegende Mehrheit derselben ließ Beide fallen. Gestürzt kann ein König werden durch die Hand eines einzigen Mannes, ja! eines Kindes. Die Frage bleibt aber dann: welche Stellung die Nation einnimmt? Die Antwort auf diese läßt sich nur ableiten aus dem Wechselverhältniß zwischen dem Charakter der Nation und dem ihres frühern Herrschers.

Wenn die Verletzung der Verfassung auf das französische Nationalgefühl am aufregendsten wirkte, hätte sich Napoleon III. nach den Decembertagen nicht behaupten können. In so frecher Weise, als er, hatte weder Ludwig XVI., noch Karl X., noch Ludwig Philipp, noch selbst Napoleon I. die Verfassung Frankreich's verletzt. Die Verfassungsverletzung war den Franzosen von jeher Nebensache. Herrschern, welche sie in anderer Beziehung zufrieden stellten, verzieben sie eine solche sehr leicht. Allein eine schleichende, feige und ehrlose äußere Politik untergrub den Thron der Bourbonen älterer und jüngerer Linie und das demüthigende Verhältniß, in welches die Niederlagen Napoleon's I. die Nation versetzten, bereitete diesem ein ähnliches Schicksal.

Der Schlüssel zur Lösung des Räthsels des Sturzes Ludwig Philipp's müssen wir in dessen auswärtiger Politik suchen. Zur Beschönigung seiner inneren Politik ließ sich manches anführen: der unausgesetzte Krieg, welchen die verschiedenen Fractionen der Opposition ihm machten, und welcher unter constitutionellen Vorwänden, seit dem Jahre 1832 immer auf dessen Sturz abzielte, die wiederholten Mordanfälle, welche auch den ruhigsten und besonnensten Mann aufregen mochten, und in Folge dessen der Nothstand, in welchem sich der König befand. Allerdings konnte dadurch die Corruptions-Politik Ludwig Philipp's nicht gerechtfertigt werden, schon aus dem Grunde nicht, weil seine reactionäre Handlungsweise die Nation erst allmälig in so hohem Maaße gegen ihn aufregte. Allein sie ließ sich doch eher vertheidigen, als die Art und Weise, wie Ludwig Philipp in den Jahren 1831 Polen und Italien preisgab, und dabei die Nation Rußland, Oesterreich und Preußen gegenüber, demüthigte, wie er sich vor den Engländern in der Angelegenheit, betreffend die Durchsuchung, die Insel Tahiti, den Krieg mit Marokko — genannt:

der schmähliche Rückzug, den er im Jahre 1840 antrat, indem er seinen Verbündeten Mehemed Ali aufopferte und die unterwürfigste Stellung den vereinigten vier Großmächten gegenüber einnahm, nachdem er sich früher vor denselben im Einzelnen gebeugt hatte. Das Maaß der gerechten Entrüstung machte aber Ludwig Philipp voll, indem er sich in Italien und in der Schweiz den Freiheitsbestrebungen der Völker geradezu widersetzte, und bei dieser Gelegenheit, von dem englischen Cabinette hintergangen und von den Schweizern aus dem Felde geschlagen, zugleich seinen bösen Willen, seine Unfähigkeit und seine politische Feigheit kund that. Der König war im Laufe der Zeit schwach geworden.

Dem Auslande gegenüber ermannte sich Ludwig Philipp niemals zu einer kräftigen, zu einer würdigen Haltung. Er stand den fremden Cabinetten immer näher, als der eigenen Nation. Er betrachtete jene mit weniger argwöhnischen Blicken, als diese. Des Friedens mit dem Auslande war er gewiß. Noch im letzten Augenblicke glaubte er, denselben durch irgend ein Zugeständniß erkaufen zu können. Allein er wußte, daß die Republikaner unversöhnliche Feinde seien, welche mit nichts geringerem, als seinem Sturze zufrieden gestellt werden könnten. Wenn Ludwig Philipp seine Truppen gegen das Ausland rücken ließ, so spielte er immer nur Comödie: in Ancona, vor Antwerpen und am Tajo. Es kam ihm nur auf einen Knall-Effekt an. War dieser erreicht, so zog er sich wieder zurück, und Alles blieb in der Hauptsache beim Alten, d. h. wie es von den Diplomaten der erneuerten „heiligen Allianz" ausgemacht wurde. Niemals handelte Ludwig Philipp dem Auslande gegenüber selbständig. Seine Vorliebe für die fremden Cabinette wurde aber um so verletzender, als die Nation die Demüthigung des Jahres 1840 nicht so leicht vergaß, wie Ludwig Philipp. Es ist eine merkwürdige Thatsache, daß dieser in seinen Beziehungen zu einzelnen Personen ganz ebenso wenig, als in seinem Verhältniß zur Nation, das Ehrgefühl zu würdigen verstand und nicht begriff, wie ein Staatsmann auf die Verletzung seiner persönlichen Würde Gewicht legen und durch dieselbe zu entscheidenden Schritten bewogen werden könne. In dieser Verkehrtheit des Charakters Ludwig Philipp's scheint mir der eigentliche Grund seiner Unpopularität zu liegen. Er hätte weit gewissenloser, gewaltthätiger und selbstsüchtiger sein können, wie z. B. Napoleon III. es ist, er wäre dadurch nicht so unpopulär geworden, als durch die Verleugnung des von den Franzosen so hoch gehaltenen Ehrgefühls.

Die Mißregierung im Innern hatte einen Höhegrad erreicht, welcher gleichfalls das Ehrgefühl der Franzosen verletzte. Der Skandal der inneren kam zu demjenigen der äußeren Politik hinzu. Jedermann erkannte, daß durch Ministerwechsel und Kammer-Auflösungen nichts Erhebliches erreicht werden könne. Der Ruf nach Reformen wurde immer allgemeiner. Die Constitutionellen dachten dabei zunächst nur an Verbesserung des Wahlgesetzes, die Republikaner aber an Abschaffung des Königthums.

Von der Kammer war nichts zu hoffen, außerhalb derselben mußte der Hebel gefunden werden, durch welchen der Juli-Thron gestürzt oder, wie die Constitutionellen wollten, von dem daran klebenden Schmutze gereinigt werden sollte. Die Opposition, welche nunmehr nicht blos die Republikaner oder die äußerste linke Seite umfaßte, sondern tief in das linke Centrum hinein reichte und überdies Legitimisten und Bonapartisten, Socialisten und Communisten in ihrem Schooße zählte, beschloß daher, ihre Operationen vermittelst s. g. Reform-Bankette zu beginnen. Mehr als siebzig solche fanden seit der zweiten Hälfte des Jahres 1847 in allen Theilen Frankreich's statt und regten das Land durch Mittel auf, welchen die Regierung keinen Widerstand von Erheblichkeit entgegensetzen konnte. Alle die Klagen und Beschwerden, welche die Opposition seit siebzehn Jahren vergeblich in der Kammer geführt und in der Presse besprochen hatte, wurden jetzt in den heftigsten Reden

und unter den für die Regierung nachtheiligſten Verhältniſſen unmittelbar vor das Volk gebracht. Die verſchiedenen Schattirungen der Oppoſition ließen die Familienſtreitigkeiten auf ſich beruhen und vereinigten ſich in dem Rufe nach Reform. Neben einander machten ſich die beſcheidenſten Anſprüche der Conſtitutionellen und weitgehendſten Forderungen der Socialiſten und Communiſten geltend. Die letzteren vertrat in der Preſſe die „Reforme," die erſteren der „National."

Nachdem die Provinzen ſyſtematiſch aufgeregt worden waren, ſetzten die Häupter der Bewegung für Paris ein Reform-Bankett auf den 22. Februar 1848 an. Das Central-Comité, welches die Bankettbewegung leitete, beſtand allerdings in ſeiner Mehrzahl aus Conſtitutionellen, allein neben der von dieſen geleiteten öffentlichen Bewegung ging eine andere her, welche von den geheimen Geſellſchaften ausging. Die Führer der letztern verſammelten ſich am Abende des 22. Februar und beſchloſſen, am Tage des Bankettes mit dem Verſammlungsplatze zu erſcheinen, ſtill zu beobachten und beſonnen zu handeln. Die Conſtitutionellen verſammelten ſich in dem Geſchäftszimmer des „Siecle," beſchloſſen, an dem Bankette Theil zu nehmen und vereinigten ſich über den Wahlſpruch: „Nieder mit Guizot! Es lebe die Reform!"

Die Regierung, welche zu ſpät die ganze Bedeutung der Reform-Bankette erkannte, verbot faſt in der letzten Stunde das Bankett von Paris, nachdem ſie ſo viele derſelben in anderen Städten geduldet hatte. Das Central-Comité beruhigte ſich dabei. Mit dieſem und den von ihm vertretenen Conſtitutionellen wäre die Regierung leicht fertig geworden. Allein auf den Ruf des Comité's erſchienen zahlreiche Republikaner auf dem Platze, welche minder gefügig waren. Schon am 22. kam es daher zu Unruhen, bei welchen die Truppen zwar Meiſter blieben, allein der Grimm des Volkes ſich mehrte.

Als am 23. die Nationalgarde zuſammentrat, erhob ſie den einſtimmigen Ruf: „Nieder mit Guizot! Es lebe die Reform!" Zugleich ſandte ſie Deputationen an den König, welche dieſem Wahlſpruche größern Nachdruck geben ſollten. Augenſcheinlich konnte die Regierung im Falle eines Volksaufſtandes auf die Nationalgarde nicht rechnen. Als Ludwig Philipp Guizot fragte, was zu thun ſei, antwortete dieſer, er wiſſe es nicht, wohl aber wiſſe er, was er nicht thun könne. „Er könne weder die Reform ertheilen, noch ſich gegen die Nationalgarde ſchlagen." Ludwig Philipp entgegnete: „So wären wir denn zur Ohnmacht verdammt; ich werde zu Molé ſchicken." Guizot fand in dieſen Worten ſeine Entlaſſung und zeigte Nachmittags, drei Uhr der Abgeordneten-Kammer ſeinen Rücktritt an.

Nachdem Ludwig Philipp Herrn Guizot zu erkennen gegeben hatte, daß er geſonnen ſei, ein neues Miniſterium zu bilden, mußte er um jeden Preis ein ſolches ungeſäumt zu Stande bringen, damit die Regierungsmaſchine nicht ſtille ſtehe; und nur in dem Falle konnte er hoffen, den drohenden Aufſtand im Keime zu erſticken, daß die Namen der neuen Miniſter einen guten Klang hätten. Molé hatte dieſen nicht. Abgeſehen davon, beſaß derſelbe keineswegs diejenige durchgreifende Entſchloſſenheit, welche allein am 23. Februar die Juli-Monarchie noch retten konnte. Molé hatte gar keine Neigung, im Augenblicke der Gefahr die Verantwortlichkeit eines Miniſter-Präſidenten zu übernehmen, da er den Charakter Ludwig Philipp's zu genau kannte, um zu glauben, dieſer werde ihm freies Spiel laſſen. Nichts deſto weniger beſprach er ſich, dem Wunſche des Königs zufolge, mit ſeinen Freunden; dieſe lehnten aber den Antrag ab. Die Verhandlungen mit Molé raubten dem Könige zwölf koſtbare Stunden. In der Nacht vom 23. auf den 24. ließ Ludwig Philipp den Herrn Thiers rufen. So gelangte er allmählig von der äußerſten

Rechten, welche Guizot darstellte, über das rechte Centrum, zu welchem Molé gezählt wurde, zum linken Centrum, der Farbe des Herrn Thiers.

Während dieser Unterhandlungen des Königs blieb aber das Volk von Paris nicht ruhig. Die Kämpfe, welche am 22. Februar in der Nähe des Platzes des Bankettes zwischen Volk und Militär stattgefunden hatten, dauerten fort. Zugleich füllten sich die entfernteren, von den Truppen nicht besetzten Stadttheile mit Barrikaden, welche dem Schauplatze, auf welchem sich Volk und Militär feindlich gegenüber standen, immer näher rückten. Vergebens stürmte die Infanterie gegen dieselben an, fast aller Orten wurde sie mit blutigen Köpfen zurückgetrieben. Die Reiterei sprengte durch die Straßen, trieb die durch Barrikaden nicht gedeckten Volkshaufen aus einander und suchte die Errichtung neuer Barrikaden zu verhüten. Die Nationalgarde schritt nirgends gegen das Volk ein, vielmehr schützte sie dieses an manchen Plätzen, indem sie zwischen ihm und den Truppen ihre Aufstellung nahm.

Als sich die Nachricht von der Entlassung Guizot's und von der Gewährung der Reform verbreitete, befriedigte sie zwar die Bourgeoisie, nicht aber die große Masse des Volkes. Der Kampf hörte am Abende des 23. aller Orten auf. Die Aufregung dauerte fort. Ein großer Menschenzug wogte den Boulevards entlang und machte vor der Wohnung Guizot's Halt. Dort schossen die Truppen ohne alle Veranlassung auf das Volk und tödteten und verwundeten mehr als fünfzig Menschen. Der Volkshaufen war unbewaffnet und zum Kampfe nicht vorbereitet gewesen. Von allen Seiten ertönte daher der Ruf: „Verrath! Verrath! man schießt das Volk nieder! zu den Waffen!" Die Leichen der Gefallenen, darunter auch eine weibliche, wurden auf einen Karren gelegt, mit Fackeln umgeben und durch die Straßen gefahren. Neuer Ingrimm durchglühte die Massen. Mit außerordentlicher Anstrengung baute das Volk in der Nacht 1512 Barrikaden und schuf auf diese Weise eine Befestigung, welche die in Paris anwesende Militärmacht zu nehmen nicht im Stande war.

Mittlerweile setzte der König seine Bemühungen fort, ein Ministerium zu Stande zu bringen. Thiers verlangte die Auflösung der Kammer und die Entfernung des verhaßten Marschalls Bugeaud vom Oberbefehle der Truppen. Der König zauderte, diese Bedingungen zu gewähren. Im Moniteur konnte daher am Morgen des 24. Februar nur die kurze Anzeige erscheinen, der König habe Herrn Thiers mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt. Es bestand thatsächlich seit dem Morgen des 23. keine Regierung mehr in Frankreich. Ganz ähnliche Erscheinungen, wie im Juli 1830, traten im Februar 1848 zu Tage. Sebastiani, welcher die Truppen, und Jacqueminot, der die Nationalgarde befehligte, nahmen von einander keine Befehle an. Vergeblich suchte der Herzog von Nemours die Eintracht zwischen Beiden herzustellen. Der König ließ dem Marschall Bugeaud am Morgen des 24. befehlen, einen allgemeinen Rückzug anzutreten. Diesem Befehle fügte sich der Marschall aber erst, nachdem er vom Generale Bedeau, dem Befehlshaber einer der vier organisirten Hauptcolonnen, die Meldung erhalten hatte, daß er mit seinen Truppen auf dem Boulevard bonne Nouvelle von Bürgern und Nationalgardisten umringt sei, welche an die Zusage der Reform nicht glauben wollten, falls er sich nicht zurückziehe. Jetzt erst (9½ Uhr Morgens) fügte sich der Marschall dem Befehle des Königs und ordnete den Rückzug durch die Worte an: „Ich gebe Befehl, das Schießen überall einzustellen und die Nationalgarde wird die Polizei machen." Diese war jedoch in Folge des Vorfalles vor der Wohnung des Hrn. Guizot in die äußerste Aufregung versetzt worden und schritt nirgends gegen das Volk ein. Die Barrikadenkämpfer drängten den sich zurückziehenden Soldaten nach und besetzten alle von diesen verlassenen Posten. So fiel

namentlich das in Zeiten der Revolution so hochwichtige Stadthaus, nebst vier Kanonen, welche vor demselben aufgepflanzt waren, in die Hände des Volkes. Der Rückzug der Truppen glich mehr dem Transporte von Gefangenen, als einer militärischen Bewegung. Die Soldaten trugen ihre Gewehre den Kolben nach oben und gaben deutlich zu erkennen, daß sie keine Neigung hätten, den Kampf fortzusetzen. Schon während der Nacht hatte Thiers vom Könige die Entlassung Bugeaud's verlangt. Erst am Morgen des 24., als das unmittelbare Einschreiten eines Oberbefehlshabers unerläßlich war, gab Ludwig Philipp nach. Bugeaud wurde im Augenblicke, als er allein die wankenden Truppen vielleicht hätte wieder in den Kampf führen können, entlassen. Gérard wurde an die Spitze der Linie, Lamoricière an die Spitze der Nationalgarde gestellt. Beide erhielten die Weisung, von den Waffen keinen Gebrauch zu machen.

Zu spät erkannte Ludwig Philipp, daß auch ein Ministerium Thiers das Volk nicht befriedigen könne. Dieser hatte sich im Jahre 1840, wie Molé in den Jahren 1836, 1838 und 1839, abgenutzt. Odilon-Barrot sollte den Juli-Thron retten. Doch an dem Thore St. Dénis wurde der neueste Minister-Präsident schlecht empfangen und zur Umkehr gezwungen. Auch das Ministerium Odilon-Barrot blieb daher ein Entwurf und konnte sich nicht verwirklichen. Die Republikaner entwaffneten einen Posten nach dem andern und nahmen eine immer drohender werdende Stellung ein. Kurz nach zwei Uhr Mittags legte endlich Ludwig Philipp seine Krone nieder zu Gunsten des Grafen von Paris, unter Regentschaft der Herzogin von Orleans. Kaum war die Entsagungsurkunde aufgesetzt, so floh Ludwig Philipp aus den Tuilerien.

Bis zum letzten Augenblicke blieb Ludwig Philipp seinem falschen Charakter treu. Er machte keine Zugeständnisse, die er nicht hoffen konnte, sofort wieder zurück zu nehmen. Seine Zögerungen, Unterhandlungen, halben Zusagen und sonstigen Kunstgriffe, deren er sich mit so großem Geschicke siebzehn ein halbes Jahr lang bedient hatte, um seinen Willen durchzusetzen, bereiteten ihm im Augenblicke wirklicher und großer Gefahr seinen Sturz. Der König that sich viel darauf zu gut, daß er besser, als alle übrigen Fürsten Europa's verstehe, der Revolution die Spitze zu bieten. Trotzdem war er der erste König, welcher nach 1830 seinen Thron verlor.

Die Nachricht von der Abdankung Louis Philipp's machte dem Kampfe augenblicklich ein Ende. Nur bei einigen Wachthäusern, welche die Municipalgarde und Compagnien des verhaßten 14. Regiments inne hatten, kam es durch die Schuld der Letzteren noch zu einem Kampfe, in welchem die Anhänger des Königthums unterlagen. Mit unwiderstehlicher Macht drang das Volk in die Tuilerien ein (1½ Uhr), welche kurz zuvor von den Truppen geräumt worden waren, zertrümmerte alle Symbole des Luxus und des Königthums, schleppte den Thron auf die Straße und verbrannte denselben unter dem Rufe: „Nieder mit dem Verräther! Keine Bourbonen mehr!"

Um dieselbe Zeit erschien die Herzogin von Orleans, ihre beiden Söhne an der Hand, und begleitet von dem Herzoge von Nemours und einigen Nationalgarden im Schooße der Deputirtenkammer, woselbst sie von den Anhängern Ludwig Philipp's mit dem Rufe empfangen wurde: „Es lebe die Herzogin von Orleans, der Graf von Paris, die Regentin, der König!" Vergeblich widerstrebten die republikanischen Mitglieder der Kammer. Die Abgeordneten in ihrer überwiegenden Mehrheit zeigten gute Lust, in ähnlicher Weise, wie im Jahre 1830, über die Krone Frankreich's zu verfügen. Sie waren dazu ganz eben so wenig berechtigt, als damals. Ueberdies hatte der König vor seiner Abdankung die Kammer noch aufgelöst. Die Kammer, das Product der Wahlen von nur 220,000

Republikaner, welche auf den Barrikaden gekämpft und den Thron Ludwig Philipp's umgestürzt hatten, drangen bewaffnet in den Saal, schlugen ihre Gewehre auf die royalistischen Abgeordneten an und trieben dadurch diese, die Herzogin von Orleans und deren ganzes Gefolge in die Flucht. Die Freiheitskämpfer nahmen die verlassenen Plätze der royalistischen Abgeordneten ein und riefen einstimmig: „Eine provisorische Regierung!" Als Mitglieder derselben wurden sofort gewählt: Alfons von Lamartine, Dupont de l'Eure, Crémieux, Arago, Ledru-Rollin, Garnier-Pagés und Marie. Als diese auf dem Stadthause erschienen, fand sich, daß an anderen Orten das Volk noch drei andere provisorische Regierungen ernannt hatte. Sämmtliche Erwählte des Volkes einigten sich dahin, daß zu den oben erwähnten sieben Erkorenen noch Marast, Louis Blanc, Flocon und Albert als Secretaire hinzutraten.

Diese provisorische Regierung begann ihre Thätigkeit damit, daß sie sich, mit Vorbehalt der Bestätigung durch das Volk, für die Republik aussprach. Ganz Frankreich schloß sich der von Paris ausgegangenen Bewegung an. Am 4. Mai wurde die aus dem allgemeinen Stimmrechte hervorgegangene Nationalversammlung eröffnet, welche sofort die Republik verkündigte. Zwar gelang es später dem Ludwig Napoleon, durch Waffengewalt die Republik in ein Kaiserreich umzuwandeln, allein er konnte durch Meineid und Mord wohl die thatsächlichen Verhältnisse, nicht aber den Rechtszustand Frankreich's ändern.

Durch die blutigen Kämpfe des Februar-Monats 1848 und die friedlichen Wahlen, welche darauf folgten, wurde der Grund zu der Republik gelegt. Keine Macht der Erde kann diese Vorgänge aus den Jahrbüchern der Geschichte streichen. Der gewaltsame Umsturz der Republik durch Louis Napoleon wird eben so wohl seine Sühne finden, als die, wenn auch nicht so weit gehenden, doch nicht minder verderblichen Bestrebungen seiner Vorgänger Ludwig Philipp's und Karl's X., sie gefunden haben.

Viele sind über die vom Glücke so sehr gekrönten Usurpationen Ludwig Napoleon's in Verzweiflung gerathen und haben fast die Hoffnung auf den Sieg der Republik verloren. Sie bedenken nicht, daß es den Bourbonen ältern und jüngern Zweigs vergönnt war, zu herrschen, obgleich die ersteren auf eine für das französische Nationalgefühl noch verletzendere Art, als Ludwig Napoleon, den Thron bestiegen, und Ludwig Philipp, wenn auch in anderer Weise, eben so wohl ein Usurpator war, als Napoleon III.

Allerdings war es ein Unglück, daß sich Napoleon III. der Gewalt bemächtigte, wie es eines war, daß sich früher Ludwig Philipp und noch früher Ludwig XVIII. in deren Besitz gesetzt hatten. Allein wir dürfen nie vergessen, daß der Uebergang von der Restauration zur Juli-Monarchie nur sehr unbedeutende prinzipielle Veränderungen in seinem Gefolge hatte, während die Februar-Revolution einen vollständigen Umsturz der monarchischen Verfassung in sich schloß. Die Restauration hatte Hunderttausend, die Juli-Monarchie Zweimalhundertzwanzigtausend Wählern Theil an der Staatsgewalt verliehen. In Folge der Februar-Revolution wurde das allgemeine Stimmrecht festgestellt, welches Napoleon, trotz allen seinen Gewaltthaten, nicht anzutasten wagte. Allerdings müssen wir die Art und Weise, in welcher die französische Nation in den Jahren 1848 bis 1859 von ihrem Wahlrechte Gebrauch machte, beklagen, allein die Nation besitzt in demselben einen Schatz, dessen Bedeutsamkeit früher oder später sicher zu Tage treten wird.

Der Despotismus Napoleon's III. ist nicht in der Verfassung Frankreich's, sondern in der Person dieses Usurpators begründet. Sobald diese, sei es im natürlichen Gange, oder auf gewaltsamem Wege beseitigt sein wird, tritt das allgemeine Stimmrecht der Nation

wieder in Kraft. Kein Herrscher wird sich in Frankreich mehr auf die Dauer behaupten, welcher das allgemeine Stimmrecht der Nation nicht anerkennt.

Von diesem Standpunkte aus erkenne ich in den dermaligen Zuständen Frankreich's, verglichen mit denjenigen der Juli-Monarchie, einen sehr bedeutenden Fortschritt. Die Corruption mag heutzutage unter dem Schleier des Geheimnisses so groß oder noch größer sein, als zur Zeit Ludwig Philipp's; doch unterliegt es keinem Zweifel, daß die Wehrkraft Frankreich's und seine Stellung dem Auslande gegenüber sich außerordentlich gehoben haben. Diese zwei Zweige der Staatsverwaltung haben in Frankreich von jeher die größte Bedeutung gehabt. Wir dürfen uns daher nicht wundern, daß sich der Usurpator so lange auf dem Kaiserthrone behauptet hat. Karl X. und Ludwig Philipp wurden erst gestürzt, nachdem die Corruption im Schooße ihres nächsten Anhanges einen Höhepunkt erreicht hatte, welcher sie dem Volke unerträglich machte. Als dieser Zeitpunkt eingetreten war, genügte eine verhältnißmäßig sehr geringe Streitmacht, ihren Thron zu stürzen. Ludwig Philipp wurde durch das Schicksal Karl's X. nicht gewitzigt. Er fiel fast unter denselben Verhältnissen, wie sein Vorgänger. So wenig, als dieser, sah er den drohenden Sturm heran brausen. Gleich Karl X. machte er die Zugeständnisse, welche einige Zeit früher den Sturm, für den Augenblick wenigstens, beruhigt hätten, zu spät. Ludwig Philipp's Abdankung kam, wie diejenige Karl's X., gleichfalls zu spät. So werden auch seiner Zeit die Zugeständnisse Ludwig Napoleon's zu spät kommen, insofern er nicht vor der Zeit sterben sollte.

Drei Tage: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag (28., 29., 30. Juli 1830) genügten, den ältern Zweig der Bourbonen vom Throne zu stürzen, drei Tage, wieder Dienstag, Mittwoch und Donnerstag (22., 23., 24. Februar 1848), um der Herrschaft des Hauses Orleans ein Ende zu machen. Wir glauben nicht, daß zu diesem Zwecke das Haus Bonaparte einen größern Aufwand von Zeit erfordern werde.

Der erste Schlacht-Tag that die Entrüstung des Volkes gegen die Regierung kund; der zweite die Verstimmung der Nationalgarde. Am dritten vereinigte sich Volk und Bourgeoisie zum Sturze des verhaßten Despotismus. Die Leute, welche den größten Muth beim Anfange des Kampfes gezeigt hatten, gaben im Februar 1848, nachdem sie im Juli 1830 getäuscht worden waren, den Ausschlag, als es sich darum handelte, die neue Staatsform festzustellen. Wenn die Geschichte Frankreich's regelmäßig verläuft, wird die nächste Catastrophe sich zu derjenigen des Jahres 1848 verhalten, wie diese zur Juli-Revolution.

## § 67. Rußland und das Haus Romanoff-Soltikoff.

Frankreich's Macht, Größe und Ruhm ruhte wesentlich auf dem Schwunge, welchen die Nation selbst besaß und allen übrigen Völkern der Erde mitzutheilen verstand. Rußland's Einfluß im Gegentheile hatte seinen Grund in dem Drucke, welchen dessen Czaaren auf die russische Nation und durch diese auf das übrige Europa ausübten.

Die Furcht vor Revolutionen und folgeweise der Widerwille gegen jede Regung der Freiheit, welche in den Jahren 1815 bis 1825 in Wien ihren Hauptsitz gehabt hatte, ging, seit Nicolaus I. den russischen Thron bestieg, auf Petersburg über. Der Czaar hatte in den ersten Monaten seiner Regierung hören müssen, daß er ein Bastard und kein Romanoff sei. Einige geschichtliche Studien mußten ihm die Ueberzeugung beibringen, daß Murawieff die Wahrheit gesagt habe. Der Fanatismus, mit welchem Nicolaus für die

ſ. g. Legitimität in die Schranken trat, mochte wohl ihren geheimen Grund in dem Bewußtſein der Ungeſetzlichkeit der Geburt ſeines Vaters Paul haben.

Die Monarchie iſt nur da erträglich, wo deren Träger im Bewußtſein ihrer Geſetzlichkeit keinen Grund zur Härte haben, wo ſie ſich mit dem Gedanken der Erhaltung ihrer Krone gar nicht, ſondern nur mit der Regierung des Reiches beſchäftigen. Sobald aber ein Monarch, ſei es wegen der Art, wie er zum Throne gelangte, oder wegen der Mängel ſeiner Abſtammung, in Sorgen wegen der Behauptung ſeines Thrones iſt, gehört eine ungewöhnliche Stärke des Geiſtes dazu, ſich vor düſteren Befürchtungen zu bewahren, die Ruhe zu behaupten und folgeweiſe Milde und Gerechtigkeit walten zu laſſen.

Die furchtbare Härte, welche Nicolaus I. nicht blos Rußland, ſondern auch die übrigen Staaten des Continentes von Europa fühlen ließ, hatte ohne Zweifel ihren Grund, theilweiſe wenigſtens, in dem (öffentlichen) Geheimniſſe der Ermordung ſeines angeblichen Großvaters, Peter's III., auf Anregung ſeiner Großmutter Catharina, und ſeiner Abſtammung von Soltikoff. Nichts beweiſt deutlicher, daß die Monarchie zu Ende geht, als die Thatſache, daß die Wiſſenſchaft längſt aufgehört hat, ihr zu dienen. Die Geſchichte, die Philoſophie und die Rechtswiſſenſchaft haben alle, bisweilen ſogar ohne ſich deſſen bewußt zu werden, eine der Monarchie feindliche Entwickelung genommen. Nur die Theologie, welche keine Wiſſenſchaft, ſondern nur eine Miſchung des religiöſen Unſinns aller Völker der Erde iſt, ſteht noch auf Seiten des Königthums.

Die Geſchichte weiſt nach, daß die meiſten der Könige unſerer Zeit unrechtmäßig, illegitim ſind, die Philoſophie, daß das Menſchengeſchlecht ſich unter republikaniſchen Staatsformen freier und glücklicher fühlen würde, als unter monarchiſchen, die Rechtswiſſenſchaft, daß keine Staatsform, welche nicht ihren Grund in dem Volkswillen hat, zu Rechte beſtehen könne.

Daher kommt es, daß die Monarchie, gleichfalls oft ſich ſelbſt unbewußt, eine der Wiſſenſchaft ſo feindliche Stellung eingenommen hat und nirgends mehr, als in Rußland, woſelbſt die Monarchie noch durch keine volksthümlichen Einrichtungen einigermaßen beſchränkt und wo die Illegitimität des regierenden Hauſes am Beſtimmteſten nachweisbar iſt.

Die ruſſiſchen Czaaren beſitzen allerdings eine große Macht, allein ſie müſſen ſich doch oft vor einer größeren, als die ihrige iſt, beugen, nämlich vor der Macht der Verhältniſſe. Dieſe zeichnet ihnen in großen Zügen ihre Politik vor. Der einzelne Czaar iſt nicht im Stande, ſich von den Vorſchriften derſelben weit zu entfernen, ohne ſicher zu ſein, von ſeinem Throne geſtürzt zu werden.

Der Operationsplan, welcher in dem ſ. g. Teſtamente Peter's I. niedergelegt iſt, hat ſeit mehr als anderthalb Jahrhunderten der ruſſiſchen Regierung als Richtſchnur ihres Verhaltens gedient. Ob Peter I. ſelbſt dieſen Plan zuſammengeſtellt hat, oder nicht, gilt gleichviel. Die darin aufgeſtellten Grundanſichten rühren alle von ihm her. Wir müſſen daher dieſem ſ. g. Teſtamente einige Aufmerkſamkeit widmen. *)

Die Geſchichte eines Zeitraums von anderthalb Jahrhunderten nicht minder, als das Teſtament Peter's I. laſſen darüber keinen Zweifel, daß die Politik des ruſſiſchen Cabinets ſeit jener Zeit unausgeſetzt darnach ſtrebte, vermittelſt ſeiner phyſiſchen Uebermacht und mit Hülfe von Lug und Trug, von Verrath und Beſtechung die Herrſchaft über Europa und mit dieſer zu gleicher Zeit die Weltherrſchaft zu gewinnen. In dem Eingang ſeines Teſtamentes bezeichnet Peter I. unumwunden dieſes Ziel in folgenden Worten:

*) Siehe Buch VIII., § 59, S. 359.

„Der Allmächtige, von welchem wir unſer Leben und unſere Krone erhalten, hat uns ſeine Abſichten geoffenbart; er war bisher unſere Stütze und geſtattete uns, Rußland berufen zu glauben, ſeine Herrſchaft über ganz Europa feſtzuſtellen."

„Ich betrachte die Eroberung der Länder, ſowohl in unſerm Oſten, als in unſerm Weſten, als einen Beſchluß jener Vorſehung, welche einſt das römiſche Reich durch die Eroberung der Barbaren mit neuen Lebenskräften verſah."

„Ich fand Rußland als einen kleinen Bach; ich laſſe es als einen großen Fluß zurück. Unſere Nachfolger werden daraus ein großes Meer machen."

Auf dem Grund dieſer allgemeinen Betrachtungen ertheilt Peter I. ſeinen Nachfolgern die nachſtehenden Vorſchriften; ſie ſollen:

1) Die ruſſiſche Nation in einem Zuſtande nie endenden Krieges erhalten, um immer gute Soldaten zu haben.

2) Von den beſtunterrichteten Nationen Europa's Offiziere während des Krieges und Gelehrte während des Friedens an ſich ziehen.

3) Sich in alle Angelegenheiten Europa's und beſonders Deutſchland's einmiſchen.

4) Sie ſollen Polen theilen, indem ſie in ſeinem Schooße Verwirrung und Eiferſucht unausgeſetzt nähren, durch Gold Einfluß gewinnen und den Landtag beſtechen. Wenn die Nachbarn ſich widerſetzen, ſo ſollen ſie dadurch überwunden werden, daß auch in ihre Länder der Saamen der Zwietracht ausgeſtreut wird.

5) Sie ſollen von Schweden ſo viel als möglich hinweg nehmen, es von Dänemark trennen und für dieſes ſo viel als möglich thun.

6) Die ruſſiſchen Prinzen ſollen deutſche Prinzeſſinnen heirathen; durch dieſe vermehrten Familienbündniſſe und die Gleichheit der Intereſſen ſoll der ruſſiſche Einfluß vermehrt und ſo Deutſchland an Rußland gebunden werden.

7) Sie ſollen ein Handelsbündniß mit England ſuchen.

8) Unſere Gränzen ſollen unausgeſetzt an den Küſten des baltiſchen und des ſchwarzen Meeres ausgebreitet werden.

9) Unſere Nachfolger ſollen ſich Konſtantinopel und Indien ſo viel als möglich annähern.

10) Sie ſollen ſorgfältig ein Bündniß mit Oeſterreich ſuchen, zum Scheine deſſen Beſtrebungen, Deutſchland zu beherrſchen, fördern, heimlich aber die Eiferſucht der anderen Fürſten gegen dieſe Macht aufregen. Sie ſollen in der Weiſe verfahren, daß jeder der deutſchen Fürſten geneigt iſt, den Beiſtand Rußland's in Anſpruch zu nehmen und ſie beſchützen, um ſich auf dieſe Art den Weg zur künftigen Beherrſchung Deutſchland's zu bahnen.

11) Sie ſollen das Haus Oeſterreich glauben machen, es ſei ſein Intereſſe, die Türken aus Europa zu vertreiben und ſeine Eiferſucht dadurch beſchwichtigen, daß ſie ihm einen Theil der Eroberungen anbieten, von welchen man ſpäter wieder Beſitz nehmen kann.

12) Sie ſollen alle ſchismatiſchen Griechen, welche in Ungarn und Polen zerſtreut ſind, um ſich vereinigen, ſie beſchützen und eine Art prieſterlicher Herrſchaft über ſie begründen, um ſo viele Freunde in der Mitte der Feinde zu werben.

13) Wenn Schweden zerſtückt, Perſien beſiegt, Polen unterjocht, die Türken überwunden, unſere Heere vereinigt, das ſchwarze und das baltiſche Meer von unſeren Schiffen bewacht ſind, — ſo ſoll zuerſt der Hof von Verſailles, dann derjenige von Wien abgeſondert und heimlich bearbeitet werden, mit Rußland die Herrſchaft der Welt zu theilen. Wenn eine dieſer beiden Mächte dies Anerbieten annimmt, ſo iſt ihrem Ehrgeize und ihrer Eigen-

14) Wenn jedoch Beide das Anerbieten Rußland's ablehnen sollten, so müssen sie gegeneinander gehetzt werden, um sich gegenseitig aufzureiben. In diesem entscheidenden Augenblicke soll Rußland mit seinen Truppen Deutschland überschwemmen. Zu gleicher Zeit sollen zwei mit Soldaten gefüllte Flotten das baltische und das schwarze Meer verlassen, durch das mittelländische Meer in den Ocean vorrücken, Frankreich auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite im Schach halten; sind diese beiden Länder besiegt dann wird der übrige Theil Europa's bald unter Rußland's Joch fallen.

So kann Europa unterworfen werden."

Nach diesen Grundsätzen haben die russischen Selbstherrscher seit anderthalb Jahrhunderten regiert. Rußland war seit dieser Zeit unausgesetzt im Kriege, hat aus dem Auslande Offiziere und Gelehrte an sich gezogen, hat sich in alle Angelegenheiten Europa's und besonders Deutschland's eingemischt, hat Polen zertheilt und Schweden zerstückt. Die russischen Prinzen haben deutsche Prinzessinnen geheirathet, Handelsbündnisse mit England wurden geschlossen, die russischen Grenzen gegen das baltische Meer, gegen Konstantinopel und Indien ausgedehnt. Bündnisse mit Oesterreich wurden geschlossen und zu gleicher Zeit der Saamen der Zwietracht in Deutschland ausgestreut. Im Verein mit Oesterreich wurden die Türken bekriegt, die den Türken abgenommenen Provinzen jedoch von Rußland allein behalten; endlich wurden die schismatischen Griechen in Ungarn und Polen sorgfältig bearbeitet und unter den Einfluß des Czaaren gebracht. Der Augenblick der Entscheidung steht also nahe bevor, der Augenblick, da die lange vorbereitete Eroberung des Restes von Europa unmittelbar in Angriff genommen werden soll. Alle von Peter I. angeordneten Vorarbeiten sind mit Erfolg gekrönt worden. Was Peter I. vorhergesehen und vorhergesagt hat, ist alles eingetroffen. Doch hat Peter I. Eines nicht vorhergesehen und vorhergesagt, nämlich, daß, während aller die russische Weltherrschaft vorbereitenden Arbeiten eine neue Macht auf die Bühne der Welt treten würde: die Macht des Volkes. Der russische Autokrat kannte nur die Macht der Cabinette, der Fürsten und ihrer Knechte. Zur Zeit Peter's I. gab es allerdings weder eine öffentliche Meinung, noch einen Volkswillen und sein Scharfblick reichte über die Grenzen der fürstlichen Macht nicht hinaus. Nur diejenigen Hebel, welche auf Fürsten und Fürstenknechte zu wirken vermögen, hat der russische Selbstherrscher in Bewegung zu setzen verstanden. Jetzt herrschen die Bourbonen nicht mehr, auf deren Mitwirkung der russische Eroberungsplan wesentlich gebaut war, und in Deutschland ist neben dem Cabinette von Wien und neben der Eifersucht der kleinen Fürsten dieselbe Macht in die Schranken getreten, welche in Frankreich den Hof von Versailles theils guillotinirt, theils vertrieben hat. Stünde in Europa keine andere Macht, als diejenige der Fürsten, den russischen Eroberungsgelüsten gegenüber, so könnte die Welt der russischen Herrschaft nicht entgehen. Allein die Waffen, deren sich die russischen Selbstherrscher bisher mit so großem Erfolge gegen die Fürsten Europa's bedient haben, sind stumpf und wirkungslos gegen die Völker. An die Stelle der niedrigen Beweggründe der Herrschsucht, des Ehrgeizes und der Habgier sind die edleren der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit getreten. Die Mittel, deren sich Peter I. und seine Nachfolger mit so großem Erfolge bedient haben, Bestechungen, Intrigue, Lug und Trug und offenbare Gewaltthat — sind im Laufe der letzten sechs Jahrzehnte in solchen Mißcredit gefallen, daß ein System, welches keine festeren Grundlagen, als diese, besitzt, sich jetzt nicht mehr zu halten vermag. Europa wird daher der russischen Knute nicht anheimfallen. Allein nur die Macht des Volkes, nur die revolutionäre Kraft, welche im Schooße Europa's ruht, kann das Kosackenthum aus dem Felde schlagen, die Fürsten Europa's, und insbesondere diejenigen Deutschland's, sind vom russischen Czaaren umgarnt. Sie können dessen Schlingen, in welchen sie

gefangen liegen, nicht zerreißen. In allen diesen Betrachtungen muß für jeden denkenden Menschen, für jeden Mann, welcher nicht der russischen Knute anheimfallen will, die mächtigste Aufforderung liegen, den Kampf gegen das Königthum mit der äußersten Anstrengung fortzusetzen. Die Alternative, welche schon Napoleon auf St. Helena uns vorhergesagt hat: „entweder kosackisch oder republikanisch," rückt uns mit jedem Tage näher. Wer wollte wohl kosackisch werden? Drum Kampf auf Tod und Leben gegen das Kosackenthum und das damit verbundene Königthum.

Eroberung ist die Loosung der russischen Czaaren. Kein Staat der Erde hat im Laufe der letzten anderthalb Jahrhunderte durch Eroberung so sehr an Macht zugenommen, als Rußland. Kein Staat ist der deutschen Nation insbesondere so gefährlich und beschwerlich geworden.

Dem Eroberungszuge mit Bayonnetten und Kanonen ist ein Eroberungszug mit Maßregeln und Grundsätzen vorhergegangen. Seit dem Congreß von Wien arbeiten die russischen Czaaren daran, die Völker Europa's durch ein mit großer Folgerichtigkeit vollzogenes System der Knechtung für die russische Herrschaft vorzubereiten. Lange Zeit war Fürst Metternich der wohlbesoldete Diener, welcher für schnödes Gold Oesterreich, Deutschland und den gesammten Westen Europa's an Rußland's Beherrscher verkaufte. Schon vor dem Congresse von Aachen, im Mai 1818, hatte derselbe in einer vertraulichen Zuschrift an Hardenberg erklärt:

„Ein Bund der Fürsten muß dem der Völker vorangehen und zuvorkommen."

Auf dem Congresse von Aachen selbst führte Metternich diesen Gedanken näher aus in den Worten:

„Die Basis, auf welcher der neue Fürstenbund errichtet werden muß, ist: „entschiedene Ablehnung und Unterdrückung aller nationalen Wünsche, die eine wirkliche Beschränkung der oberherrlichen Gewalt zur Folge haben dürften; entschiedene Beseitigung und Unterdrückung des revolutionären Geistes, und geheime Einwirkung gegen denselben in allen europäischen Staaten, vorzüglich in Deutschland, Italien, Frankreich, Spanien und Portugal; und endlich: entschiedene Machtaufstellung der drei großen Alliirten (Rußland, Oesterreich und Preußen), zur Zügelung aller Einwürfe von Seiten England's oder Frankreich's, falls eine dortige Veränderung der Dynastie einen Herrscher auf den Thron bringen würde, welcher sich diesem Beschlusse und dem Systeme ihrer verbundenen Majestäten abgeneigt erwiese!"

In diesem Geiste, d. h. im Geiste des russischen Despotismus, wurde Deutschland und mehr oder weniger das ganze Festland Europa's vier Jahrzehnte hindurch geknechtet und ausgesogen. Allein trotz dem Testamente Peter's I., trotz Alexander und Nicolaus, trotz der jährlichen Pension von 50,000 Ducaten, welche Metternich von den russischen Czaaren bezog*), trotz den Congressen von Aachen, Laibach, Verona und wie sie alle heißen, hat doch der unsichtbare Bund der Völker an Kraft gewonnen, der sichtbare Bund der Fürsten an Bedeutung verloren. Dieser Fürstenbund, welchen Metternich zu Stande brachte und welcher das kräftigste Werkzeug in den Händen des russischen Czaaren war, rief im Laufe der Jahrzehnte gerade denjenigen Bund in's Leben, dem er, nach der Absicht seines Stifters, vorangehen und zuvorkommen sollte: den Bund der Völker.

Seit anderthalb Jahrhunderten haben die russischen Selbstherrscher unausgesetzt gegen Deutschland nach Vorschrift des Testamentes Peter's I. gehandelt. Sie haben sich in alle

Angelegenheiten Deutschland's eingemischt (Artikel 3 des Testaments). Sie haben an allen seinen Kriegen und an allen seinen Friedensschlüssen Antheil genommen. Sie haben Deutschland mit der Theilung Polen's verflochten und die Theilung unseres Vaterlandes zur Zeit Napoleon Bonaparte's gut geheißen und gefördert. Sie haben dafür gesorgt, sich die deutschen Fürsten unterthänig zu machen; allein darum nur das Selbstgefühl des Volkes auf's Tiefste verletzt.

„Die russischen Prinzen haben," nach Vorschrift des Artikels 6 des Testaments Peter's I., „deutsche Prinzessinnen geheirathet und durch diese vermehrten Familienbündnisse und die Gleichheit der Interessen den russischen Einfluß vermehrt und so Deutschland an Rußland gebunden" — jedoch nur von oben herab, nicht von unten herauf. Je häufiger deutsche Prinzessinnen ihren Glauben abschworen, um eines russischen Prinzen theilhaftig zu werden, je gleichartiger die Interessen der deutschen und der russischen Herrscher wurden, je mehr sich der russische Einfluß auf Deutschland fühlbar machte, je mehr unser Vaterland an Rußland gebunden wurde, desto verhaßter wurden dem deutschen Volke zugleich seine Fürsten und der russische Czaar.

„Die russischen Kaiser haben," in Uebereinstimmung mit Artikel 10 des mehrbenannten letzten Willens, „sorgfältig ein Bündniß mit Oesterreich gesucht, zum Scheine dessen Bestrebungen, Deutschland zu beherrschen, gefördert, heimlich aber die Eifersucht der anderen Fürsten gegen diese Macht aufgeregt." Sie haben so verfahren, „daß jeder der deutschen Fürsten geneigt war, den Beistand Rußland's in Anspruch zu nehmen und haben sie beschützt, um sich auf diese Art den Weg zur künftigen Beherrschung Deutschland's zu bahnen."

Im Geiste dieses Artikels hat Czaar Nicolaus namentlich gehandelt, als er dem Kaiser von Oesterreich seine Heere zur Bekämpfung der Ungarn lieh. Im Geiste desselben handelte er in den Angelegenheiten von Schleswig-Holstein. Der König von Dänemark fand in dem Beherrscher Rußland's die mächtigste Stütze gegen die gerechten Forderungen des gesammten deutschen Volkes. Am Verderblichsten wirkte der russische Selbstherrscher insofern auf die Geschicke Deutschland's ein, als er den im März 1848 schon gebrochenen Muth unserer Tyrannen von Neuem belebte, sie zur Festhaltung ihrer Gottesgnaden-Rechte eifrig antrieb und Deutschland durch seine Oesterreich gelliehenen und durch die an seinen Grenzen aufgestellten Truppenmassen einschüchterte und willig machte, das vormärzliche Joch mit Hinzufügung von Belagerungszustand und Standrecht von Neuem geduldig zu ertragen.

Die russischen Czaaren haben sich auf diese Weise allerdings „den Weg zur künftigen Beherrschung Deutschland's gebahnt," ja mehr als dieses, sie haben seit vier Jahrzehnten einen so überwiegenden Einfluß auf Deutschland geübt, daß die deutschen Fürsten mit Recht nur russische Lehensleute genannt werden können. Was soll nun aber geschehen, wenn die russischen Czaaren so weit in ihren Eroberungsplänen gediehen sind? Hierüber ertheilen uns die Artikel 13 und 14 des Testaments den besten Aufschluß.

„Es soll," so heißt es daselbst, „zuerst der Hof von Versailles, dann derjenige von Wien abgesondert und heimlich bearbeitet werden, mit Rußland die Herrschaft der Welt zu theilen. Wenn eine dieser beiden Mächte dies Anerbieten annimmt, so ist ihrem Ehrgeize und ihrer Eigenliebe zu schmeicheln und die eine dazu zu benützen, die andere zu vernichten."

Die russischen Czaaren haben ihre Vorarbeiten zur Unterwerfung Europa's und namentlich Deutschland's sehr weit gebracht. Die deutschen Fürsten, Minister und Generale haben gewetteifert, denselben dabei zu dienen. Allein der endliche Sieg der Barbarei über

die Bildung, der Tyrannei über die Freiheit, des Russenthums über das Deutschthum ist eine Unmöglichkeit.

Die schöne Erde ist nicht dazu bestimmt, ein Kirchhof zu werden, auf welchem der russische Czaar die Ruhe handhabt. Als Kaiser Nicolaus seine Eroberungsgelüste zu nackt zur Schau trug, wurde er gezüchtigt und starb vor Aerger, Gram und autokratischer Selbstüberhebung. Sein Nachfolger Alexander wird sich hüten, einen zweiten Versuch zu machen. Die Welt hat seit Peter I. Elemente in sich aufgenommen, an welche dieser Czaar nicht dachte. Rußland's Eroberungsgelüste werden scheitern an dem Freiheitsmuthe Europa's.

Im Jahre 1830 glaubte Nicolaus dem Ziele der russischen Eroberungspolitik sehr nahe zu sein. Er hatte sich mit Karl X. über die Theilung der Erde verständigt.*) Der Premierminister Oesterreich's hatte seine Käuflichkeit Alexander I. gegenüber an den Tag gelegt. Er konnte jeden Augenblick durch Geld gewonnen werden.**) Der König von Preußen lag theils in den Banden des österreichischen Ministers, theils in denjenigen des russischen Schwiegersohnes. Die kleinen deutschen Fürstenhäuser blickten zum Czaaren von Rußland als dem einzigen Beschützer ihrer Thrönchen auf. Zum Theile waren sie, wie Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und andere durch die Bande der Schwägerschaft an den russischen Triumphwagen gefesselt. Der kaum geendigte Türkenkrieg †) hatte Rußland neue Vortheile verschafft und die Uneinigkeit der Mächte, gegenüber den russischen Eroberungsplänen, klar zu Tage gebracht. Die Aussichten des Czaaren waren glänzend. Doch die Juli-Revolution und alle die übrigen Volksbewegungen, welche sie hervorrief, zumal die polnische Revolution und die belgische, welche dem kaiserlichen Schwager die Aussicht auf den Thron dieses Landes entzog, — machten einen dicken Strich durch die Rechnungen des russischen Czaaren.

Die Zeit der Eroberung Europa's war augenscheinlich noch nicht gekommen. Der Czaar mußte in der Londoner Conferenz für seinen Schwager und dessen Vater, den König der Niederlande, und in Polen zur Unterdrückung der Erhebung dieses Volkes kämpfen. Diese beiden Gegenstände nahmen alle Streitkräfte Rußland's in Anspruch. Zwar wurde Polen im Herbste 1831 wieder unterjocht, doch der Streit wegen Belgien's dauerte fort.

In Polen setzte sich Nicolaus über alle zu Gunsten dieses Volkes festgestellten Bestimmungen der Wiener Congreßacte hinweg, indem er demselben seine Verfassung vom Jahre 1818 und den Schatten nationaler Selbständigkeit, der ihm geblieben war, raubte. In Betreff Belgien's hielt er dagegen mit der größten Zähigkeit an der Congreß-Acte fest, mußte aber freilich der Macht der Verhältnisse weichen. Er wagte nicht, dem neuen Könige von Frankreich die Anerkennung zu versagen. Er that es in solchen Ausdrücken, welche einen mit regerem Ehrgefühle begabten Fürsten auf's Tiefste verletzt hätten. Siebenzehn Jahre vergingen, bevor sich Nicolaus mit Ludwig Philipp verständigen und ihn für seine Politik gewinnen konnte. Als ihm aber dieses gelungen war, vernichtete die Februar-Revolution in ganz ähnlicher Weise die Pläne des Czaaren, wie die Juli-Revolution dieses früher gethan hatte.

Die Juli-Revolution störte nicht blos die gegen den Westen, sondern auch die gegen den Osten gerichteten Eroberungspläne Rußland's. Der Czaar wußte, daß, trotz der

*) Siehe oben § 47, S. 492.

**) Siehe oben § 36, S. 378 f.

friedfertigen und unfreien Gesinnungen Ludwig Philipp's, doch die Gährung im Schooße der französischen Nation noch zu groß sei, als daß diese seinem Umsichgreifen im Osten ruhig zusehen würde. Er wurde daher plötzlich Freund und Bundesgenosse des Sultans. Als dieser (1832) durch die Waffen des Pascha's von Egypten bedroht wurde, schickte ihm der Czaar Landtruppen und eine Flotte zu Hülfe, und schloß darauf (8. Juli 1833) den Vertrag von Hunkiar-Skelessi ab, wodurch Rußland der Pforte dauernde Hülfe zusagte, wogegen diese versprach, keinem fremden Kriegsschiffe den Eingang in die Dardanellenstraße zu erlauben. Der Einfluß Rußlands bei der Pforte wurde dadurch um so größer, als die Hauptbestimmungen des Vertrags in geheimen Artikeln niedergelegt waren, während die öffentlichen nichts weiter als gegenseitige Hülfe und Freundschaft festsetzten.

In ähnlicher Weise, wie in der Türkei suchte Nicolaus auch in Persien um sich zu greifen. Er veranlaßte die Perser, einen Einfall in Herat zu machen (1837), in der Hoffnung, der brittisch-ostindischen Herrschaft dadurch Verlegenheiten zu bereiten und sich selbst eine Straße in dieser Richtung zu bahnen. Allein das brittische Cabinet zeigte sich dem russischen vollkommen gewachsen. Es unterstützte den Beherrscher von Herat. Die Russen halfen den Persern. Die Engländer zwangen so die Letzteren, sich zurückzuziehen und sogar vertragsweise alle Forderungen ihrer Politik anzuerkennen.

Während der Streit wegen Herat noch in vollem Gange war (1839), schickte Nicolaus eine Expedition nach Chiwa, welche jedoch in Folge der Kälte und der wüsten Beschaffenheit des Landes vom militärischen Standpunkte aus vollkommen mißglückte. Allein der Chan von Chiwa wurde durch die Anstrengungen Rußland's erschreckt, schickte einen Gesandten nach Petersburg und schloß daselbst einen Vertrag ab, durch welchen Chiwa zwar nicht der russischen Herrschaft unterworfen, allein dessen Unterwerfung doch vorbereitet wurde.

Gegen die Pforte, Persien und Chiwa zog Nikolaus mehr mit den Künsten der Diplomatie, als des Krieges zu Felde. Im Kaukasus entzündete er aber seit dem Jahre 1831 einen Kampf, welcher erst in unseren Tagen (Herbst 1859) durch die Gefangennahme des tapfern Schamyl eine den Bergvölkern entschieden ungünstige Wendung genommen hat. Der Kaukasus bildete seit jener Zeit die Schule für die russischen Heere, in welcher allerdings das Lehrgeld sehr hoch war, denn es betrug beiläufig 40,000 Menschenleben jährlich.

Die Verhandlungen wegen Belgien's wurden bis zum Jahre 1839 fortgesponnen. Kaum waren diese beendigt, als Rußland glaubte, mit größerer Entschiedenheit seine Eroberungs-Politik wieder aufnehmen zu können.

Das „herzliche Einverständniß" zwischen England und Frankreich war in Folge der Haltung, welche das Cabinet der Tuilerien dem Pascha von Egypten gegenüber einnahm, getrübt worden. Nicolaus glaubte die Gelegenheit günstig, Frankreich zu isoliren. In der That gelang es dem Czaaren, den König der Franzosen zu demüthigen, allein mehr nicht. Die begeisterte Stimmung, welche die deutsche Nation damals kund that, deutete zugleich dem Könige von Frankreich und dem Kaiser von Rußland an, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, unser Vaterland zu theilen. Die Wolke zog an Europa vorüber, ohne zu platzen. Nicolaus konnte nirgends im Trüben fischen. Der Quadrupel-Allianzvertrag vom Jahre 1842 *) nöthigte ihn, seine Pläne gegen die Türkei auf spätere Zeit zu verschieben.

Nichtsdestoweniger war der Einfluß, welchen das Cabinet von Petersburg auf die Entwickelung der Angelegenheiten Europa's und insbesondere Deutschland's ausübte, ein höchst verderblicher. Alle unsere Kaiser, Könige und Herzoge wußten, daß sie die Gunst

*) Siehe unten § 73.

des Czaaren nur durch einen unausgeſetzten Krieg, welchen ſie mit den Ideen der Zeit führten, gewinnen könnten. Ohnedieß geneigt, das Volk niederzuhalten, trieb die ruſſiſche Knute, welche ſie verehrten, ſie immer mehr in dieſer Richtung an. Wenn der Czaar entſprechende materielle Vortheile geboten, hätte vielleicht das Krämerthum Deutſchland's das ruſſiſche Joch ruhig ertragen. Allein weit entfernt, die materiellen Intereſſen Deutſchland's zu fördern, that Nikolaus was in ſeiner Macht ſtand, dieſelben zu beeinträchtigen.

Durch den zu Wien (3. Mai 1815) abgeſchloſſenen Handelsvertrag hatten ſich die Cabinete von Petersburg und Berlin gegenſeitig die unbeſchränkteſte Handelsfreiheit für alle Beſtandtheile des ehemaligen Polen's und ungehinderten Umſatz der Bodenerzeugniſſe und Kunſtproducte für ihre ſämmtlichen Provinzen zugeſichert. Außerdem hatten ſie beſtimmt, daß den mercantilen und gewerblichen Intereſſen ihrer beiderſeitigen Unterthanen jede mögliche Berückſichtigung zu Theil und daß der tägliche Gränzverkehr der Anwohner nicht im Geringſten erſchwert, daß diejenigen derſelben, deren Beſitzungen von den Gränzen durchſchnitten würden, nach den liberalſten Grundſätzen behandelt, endlich daß die Schiffahrt auf allen Strömen und Canälen des frühern Polen frei, und nur eine einzige, gemeinſchaftlich zu beſtimmende Tonnenabgabe erhoben werden ſollte.

Dieſer für ganz Deutſchland, insbeſondere aber die öſtlichen Provinzen Preußen's hochwichtige Vertrag wurde von ruſſiſcher Seite in allen ſeinen Beſtimmungen auf's gröbſte verletzt. Statt in energiſcher Weiſe auf die Erfüllung der übernommenen Vertragspflichten zu dringen, entband die erbärmliche preußiſche Regierung (unter'm 11. März 1825) das ruſſiſche Cabinet des Vertrages vom 3. Mai 1815. Der neue Vertrag wurde auf neun Jahre abgeſchloſſen und dabei beſtimmt, daß, falls man ſich im Laufe dieſer Zeit über einen andern Tractat nicht einigen würde, der Vertrag vom 3. Mai 1815 wieder in Kraft treten ſollte. Die ruſſiſche Regierung führte nunmehr einen Tarif ein, welcher für viele preußiſche Waaren, namentlich Bernſteinwaaren, Wollentücher und Baumwollenzeug einem vollſtändigen Verbot gleich kam, und erhob den Zoll ſogar von Tranſit-Gütern. Sie erhob von manchen preußiſchen Waaren einen höhern Zoll, als von franzöſiſchen, hamburgiſchen, holländiſchen oder öſterreichiſchen. Die preußiſche Regierung ließ ſich das alles geduldig gefallen, obgleich die Provinzen Schleſien, Poſen und Preußen darunter furchtbar litten. Sie wagte nicht, Rußland gegenüber eine Spur von Thatkraft an den Tag zu legen und erniedrigte ſich ſo tief, daß ſie, ſtatt irgend eine Repreſſalie zu ergreifen, jene fluchbeladenen Cartel-Verträge abſchloß, durch welche ſie ſich verpflichtete, an den unglücklichen Opfern ruſſiſcher Tyrannei, welche ſich durch die Flucht derſelben zu entziehen ſuchten, Büttel- und Schergendienſte zu verüben. So zeigte es ſich wieder klar und deutlich, daß die idealen Intereſſen nicht mit Füßen getreten werden können, ohne daß auch die materiellen auf's empfindlichſte leiden. Hätte die preußiſche Regierung ihre Pflichten gegenüber den Freiheitsbeſtrebungen des eigenen Volkes redlich erfüllt, dann hätte ſie Jedermann Achtung eingeflößt, ſie wäre ſtark geweſen, und die ruſſiſchen Czaaren hätten nicht gewagt, die mit ihr abgeſchloſſenen Verträge mit Fußen zu treten. Allein da ſie ſich ihres Treubruchs dem eigenen Volke gegenüber bewußt war, verlor ſie alles Selbſtvertrauen und ſah in dem ruſſiſchen Czaaren ihre mächtigſte Stütze nicht blos gegen äußere Feinde, ſondern auch vorkommenden Falles gegen das eigene Volk.

Kaiſer Nicolaus betrachtete, ſolange er lebte, Preußen als ein Vaſallenland, und deſſen Regierung als eine Macht, auf welche er unter allen Verhältniſſen rechnen und über welche er unbedingt verfügen könne. Oeſterreich wagte es, namentlich in der Zeit, während welcher Fürſt Metternich ſeine ruſſiſche Penſion nicht bezog, dem ruſſiſchen Czaaren bisweilen

entgegenzutreten, Preußen niemals. Was in Oesterreich russisches Geld, bewirkte in Preußen theils die russische Verwandtschaft, theils die Russenfurcht.

Die innere Politik Rußland's hatte ganz denselben Charakter, wie die äußere, obgleich sie nur eine untergeordnete Rolle spielte. Nach außen hin ging die ganze Kraft der russischen Regierung. Aeußere Eroberungen, sei es durch das Schwert, oder durch die Künste der Diplomatie, dieses war der Hauptzweck der gesammten Regierungsthätigkeit. Die inneren Verhältnisse waren nur insofern von Bedeutung, als sie die Mittel zu den auswärtigen Eroberungen lieferten. Den größten Theil der Kräfte der russischen Czaaren nahm daher immer das Departement der auswärtigen Angelegenheiten in Anspruch, in zweiter Linie kam die Armee, in dritter die Finanzen und ganz zuletzt erst Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung.

So wenig Feldherrntalent Nicolaus I. besaß, so gerne beschäftigte er sich mit dem Soldatenwesen. Diesem widmete er fast alle Zeit, welche die auswärtigen Angelegenheiten übrig ließen. Die Militär-Revolution, welche ihn bedrohte, als er im Begriffe stand, den Thron zu besteigen, deutete ihm an, daß es bedenklich sei, den Zorn der Soldaten zu reizen. Er kannte die im Schooße der Militär-Colonien gährende Mißstimmung. Er fürchtete, es möchte sich, falls der ursprüngliche Plan derselben ausgeführt würde, eine für das Czaarenthum noch gefährlichere Macht entwickeln, als die Garden. Die Militär-Colonien wurden daher nicht weiter ausgedehnt und in ihrer inneren Einrichtung wesentlich verändert. Nur die Kosaken und einige tausend Soldatenfamilien am Kaukasus wurden noch später angesiedelt. Allein der Plan dieser neuen Ansiedelungen wich von der ursprünglichen Idee der russischen Militärcolonien ab und näherte sich demjenigen der österreichischen Gränzregimenter an.

Auf die regelmäßige Armee verwandte Nicolaus unermeßliche Summen. Er konnte jedoch dadurch nicht mehr bewirken, als daß derjenige Theil des Kriegsdienstes, welcher ganz auf der Oberfläche liegt, verbessert wurde. Nach, wie vor, herrschten die furchtbarsten Unterschleife in der Kriegsverwaltung, wie sich dieses selbst unter den Augen des Kaisers im Hungerlager bei Kalisch herausstellte (August 1835), woselbst trotz der darauf verwandten Millionen und des den Tscherkessen gelieferten Champagners die große Masse der russischen Truppen an den nothwendigsten Lebensbedürfnissen den schrecklichsten Mangel litt.

Das russische Heer, welches zwischen den Jahren 1830 bis 1848 beiläufig 800,000 Mann zählte, verschlang beinahe zwei Dritttheile der Staatseinkünfte. Die Gemeinen bestehen theils aus verurtheilten Verbrechern, theils aus Leibeigenen, welche die Gutsherren stellen, die Unteroffiziere sind zum größten Theile Soldatenkinder, die Offiziere Adelige. Zwischen diesen drei Hauptbestandtheilen der Armee kann sich niemals ein anderes Verhältniß, als dasjenige der Subordination feststellen. Ein durch höhere Ideen beseeltes Ganzes bilden die russischen Söldner nicht. Wie wäre auch nur Cameradschaftlichkeit da möglich, wo die Prügel dermaßen an der Tagesordnung sind, wie in der russischen Armee? Die Cameradschaftlichkeit setzt einen gewissen Berührungspunkt voraus, welcher den verschiedenen Bestandtheilen der russischen Armee fehlt.

Allerdings ist der russische Soldat durchschnittlich körperlich kräftig, willig und gehorsam. Allein es fehlt ihm zu sehr an geistiger Bildung, um dauernder Strapatzen und Anstrengungen und begeisterter Tapferkeit fähig zu sein. Aller Orten und zu allen Zeiten haben die Russen größere Erfolge auf dem Felde der Unterhandlung, als auf demjenigen des Krieges errungen.

An Cancrin hatte Rußland lange Zeit hindurch (1823—1845) einen tüchtigen Finanz-Minister. Er führte das Prohibitiv-Zollsystem ein und bestrebte sich, den Staats-

credit, freilich auf Kosten des Privatcredits, zu heben. Er war aber ein Gegner aller Neuerungen, der Dampfschiffe, Eisenbahnen und Telegraphen, und konnte schon aus diesem Grunde in großartiger Weise für die Finanzen Rußland's nicht wirken. Der Staatscredit selbst mußte, da die russischen Finanzen in ein undurchdringliches Dunkel gehüllt blieben, unmöglich einen großartigen Aufschwung nehmen. Cancrin vermochte nur, der herrschenden Verschwendung des Hofes einige Schranken zu ziehen und die gröbsten Mängel der russischen Finanzverwaltung abzuschaffen. Die Erhebung der Abgaben blieb nach wie vor höchst mangelhaft. Die Zölle, das Branntwein-Monopol und das Salzmonopol bildeten Hauptposten der Einnahme. Dazu kam die Kopfsteuer (5 Papier-Rubel für den Leibeigenen, 25 für den Freien). Damit der Staat eine gute Einnahme habe, wurde der Handel und der Verbrauch des Salzes erschwert, der Genuß des Branntweins befördert. Der Arme zahlt die Kopfsteuer, der Reiche, d. h. wer zu den bevorzugten Classen gehört, weder persönliche, noch Grundsteuer! Trotz eines schweren Abgabendruckes beträgt die Staatseinnahme Rußlands schwerlich mehr als 500,000,000 Papier-Rubel, welche die Ausgaben nicht decken. Ein Siebentheil der gesammten Einnahme wird durch die Zinsen der Staatsschuld verschlungen. Das jährliche Defizit beträgt wenigstens 25,000,000 Rubel. Die Staatsschuld, welche (1831) 823,000,000 Papier-Rubel betrug, stieg bis (1839), um nahezu 253,000,000. Im Jahre 1844 war Cancrin im Begriffe, seine Ministerstelle niederzulegen, weil der Kaiser nicht geneigt war, die nothwendigen Einschränkungen zu bewilligen. Nach einigen Zögerungen bestimmte der Czaar seinen Diener, im Amte zu bleiben. Doch schon im folgenden Jahre starb Cancrin.

So lange der Staat noch so mangelhaft verwaltet wird, und Leibeigenschaft, Censur, Polizei und Militärstaat so schwer auf dem Lande lasten, können die reichen Schätze, welche Rußland in sich schließt, nicht zur Entwickelung kommen.

Das System der Abschließung nach Außen, welches Kaiser Nicolaus einführte, legte allerdings den Grund zu einer gewissen Fabrik-Industrie in Rußland. Diese ist aber bis auf die heutige Stunde eine Treibhauspflanze geblieben und wird sich niemals zu selbstständiger Größe erheben, insofern der Hauch der Freiheit dem Volke nicht neue Kraft und frischen Muth verleiht.

Da der Czaar in seiner Person die Würde eines Staatsoberhauptes mit derjenigen des obersten Kirchenfürsten vereinigt, besitzt in Rußland die Kirche noch mehr als in den übrigen Staaten Europa's, den Charakter einer Staatszwangsanstalt. Es war dem Kaiser Nicolaus von seiner Thronbesteigung an höchst verdrießlich, daß er von den römischen Katholiken, den Protestanten, den Juden, Mohammedanern und Heiden seines Reiches, nicht gleichfalls, wie von den griechischen Katholiken, in seiner doppelten Eigenschaft als kirchlicher und weltlicher Autokrat verehrt wurde. Sein Bestreben ging demzufolge dahin, dieselbe gleichmäßige Unterwürfigkeit, welche er seinen griechisch-katholischen Unterthanen gegenüber besaß, auch auf die Mitglieder anderer Glaubensbekenntnisse auszudehnen. Zu diesem Behufe erlaubte er sich die empörendsten Gewaltstreiche. Im Widerspruche mit den Verträgen, durch welche die Ostsee-Provinzen an Rußland kamen, suchte er in diesen den Protestantismus nach und nach durch die griechisch-katholische Kirche zu verdrängen. In Polen verbot er schon 1831 den Bau römisch-katholischer Kirchen, und wies bald darauf eine Anzahl derselben der griechischen Kirche zu. Im Jahre 1839 ging der Czaar noch weiter, indem er drei bis vier Millionen unirter griechischer Christen gewaltsam von der römischen Kirche losriß und der griechischen, von ihm selbst beherrschten Kirche einverleibte. Die Juden wurden durch gewaltsame Verpflanzung nach dem Innern, durch das

Alle diese Gewaltthaten ließen sich zwar die unglücklichen Opfer czaarischer Tyrannei gefallen, allein die gesammte Entwickelung litt furchtbar unter denselben. So kam es, daß im Augenblicke der Entscheidung Rußland keineswegs diejenige Stärke kund that, welche der Zahl seiner Einwohner und den Hülfsquellen seines Gebietes entsprach.

Als der Czaar seine Herzensgelüste nicht länger unterdrücken konnte, und den längst gehegten russischen Plänen zufolge gegen die Türkei zu Felde zog, vereinigten sich England und Frankreich gegen ihn. Er starb im vollen Bewußtsein der Gefahren, welche er seinem Reiche durch seine ungezügelte Herrschsucht bereitet hatte. Sein Sohn und Nachfolger, Alexander II. mußte im Pariser Frieden der Türkei und den mit derselben verbundenen Mächten Zugeständnisse von hoher Wichtigkeit machen. Zum ersten Male, seit den Zeiten Peter's I., mußte Rußland einen Frieden schließen, welcher den Glauben an seine Macht erschütterte und allen Völkern der Erde die Ueberzeugung einflößte, daß das russische Czaarenthum nicht im Stande sei, den Fortschritt der Menschheit auf die Dauer zu hemmen.

Kaiser Nicolaus, welcher in einer so denkwürdigen Zeit auf dem russischen Throne saß und sich auf demselben so lange behauptete, verdient, bevor wir uns von ihm verabschieden, noch einige Worte. Er war von Jugend auf abstoßend, hochfahrend und stolz. Seine Geistesgaben wurden, da er noch Großfürst war, allgemein für sehr unbedeutend gehalten. Nachdem er den Thron bestiegen hatte, fanden sich natürlich zahlreiche Schmeichler, welche ihm alle erdenklichen Tugenden andichteten. Die unparteiische Geschichte hat aber festgestellt, daß seit den Zeiten Peter's I. keine drei Jahrzehnte vergingen, welche für Rußland so unfruchtbar waren, als diejenigen der Herrschaft des Kaisers Nicolaus. Als Militär besaß er nur die Eigenschaften eines Corporals, als Staatsmann nur diejenigen eines Despoten. Als Gatte machte er sich fortgesetzter Untreuen, und als Oberhaupt der griechischen Kirche nicht blos der Unduldsamkeit, sondern auch einer religiösen Verfolgung schuldig, welche für die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts ein wahrhaft empörender Anachronismus war.

Allerdings kam unter seiner Herrschaft die Gesetzsammlung Swod zu Stande. Allein auch diese athmete den Geist eines vernichtenden Despotismus. Denn in dieselbe Gesetzsammlung wurden keine Gesetze aufgenommen, welche der Freiheit günstig waren. Der Swod war dem Kaiser Nicolaus nur ein Mittel zur Herbeiführung der von ihm so sehnlich gewünschten Einförmigkeit. Das Gute, welches die Gesetzsammlung vielleicht im Privatrechte stiftete, wird zehnfach aufgewogen durch das Uebel, welches sie auf dem Felde des öffentlichen Rechtes schuf.

Für die Stärkung des sittlichen Gefühls, für die Aufklärung des Volkes, für alle Quellen, aus welchen das Gute und Schöne fließt, that Nicolaus nichts. Er irrte sich sehr, wenn er vermeinte, durch seine Adjutanten, welchen er das Recht verlieh, aller Orten die Civil-Beamten zur Rechenschaft zu ziehen, oder durch einzelne Beispiele strenger Strafen, welche er verhängte, Ordnung in den Staatshaushalt einführen zu können. Nicolaus war trotz aller seiner Gewaltthätigkeit ein so flacher Mensch, daß er niemals von der Form zum Wesen einer Angelegenheit hindurch zu dringen vermochte. Was er Ordnung nannte, war in sittlicher Beziehung Anarchie, d. h. blinde Unterwürfigkeit, gedankenloser Gehorsam. In den Worten, welche er an Cüstine richtete: „ich erkenne die absolute Monarchie an, weil ich selbst an der Spitze einer solchen stehe; ich erkenne die Republik an, weil sie eine abgerundete Staatsform ist; ich verabscheue dagegen die constitutionelle Monarchie, denn sie ist die Staatsform der Lüge—" bezeichnete der Czaar am besten sein innerstes Wesen. Sein Haß gegen die constitutionelle Monarchie kann sich unmöglich darauf gründen, daß sie die „Staatsform der Lüge" sei. Denn es ist augenscheinlich, daß nicht die beschränkte, sondern die unbeschränkte Monarchie, nicht die Staatsform, in welcher einige Wahrheit,

ſondern diejenige, in welcher gar keine geduldet wird, die Staatsform der Lüge iſt. Der Grund, welchen Nicolaus zu Gunſten der republikaniſchen Staatsform angiebt, paßt ganz eben ſo gut auf die abſolute Monarchie, ja noch beſſer, denn an Abrundung und Abgeſchloſſenheit übertrifft ſie die Republik, wenn ſie auch, was Wahrheit, Freiheit und Recht betrifft, noch ſo tief unter ihr ſteht. Die deutſchen Conſtitutionellen mögen ſich übrigens dieſe Worte des ruſſiſchen Czaaren merken. Es erhellt daraus jedenfalls, daß das ruſſiſche Czaarenthum zwar den Umſtänden nach eine deutſche Republik, niemals aber eine deutſche conſtitutionelle Monarchie anerkennen werde.

So lange die Wünſche der Deutſchen ſich innerhalb einer conſtitutionellen Monarchie halten, werden ſie auf den ſtärkſten Widerſtand von Seiten Rußland's rechnen müſſen. Was wird das arme deutſche Volk von einem conſtitutionellen Monarchen, welcher im Bunde mit dem ruſſiſchen Czaaren ſteht, erwarten können? Entweder Unterdrückung der inneren Freiheit, oder Verrath dem Auslande gegenüber. Die Beſorgniß iſt um ſo mehr begründet, als die von Nicolaus gehegten panſlaviſtiſchen Tendenzen zu dem principiellen Gegenſatze zwiſchen Deutſchthum und Ruſſenthum, noch den nationalen hinzufügten. Den Panſlavismus, d. h. die Einheitsbeſtrebungen aller ſlaviſchen Völkerſchaften können wir nur durch den Pangermanismus, d. h. das Streben nach der Vereinigung aller germaniſchen Stämme beſiegen oder verſöhnen. Nachdem ſo viele germaniſche Kräfte von anderen Nationen, welchen ſie friſche Säfte zuführten, abſorbirt wurden, ſind die germaniſchen Stämme nicht mehr ſo zahlreich, als die ſlaviſchen, allein die Maſſe giebt nicht den Ausſchlag. Die Bildung der deutſchen Stämme bürgt uns dafür, daß ſie nie von den Slaven werden unterdrückt werden. Zudem iſt der Unterſchied zwiſchen der Zahl der Deutſchen und der Slaven nicht ſehr groß. Die letzteren werden beiläufig auf 80,000,000, die Deutſchen auf mehr, als 60,000,000 berechnet. Allerdings ſind die Slaven zum größten Theile unter einem Herrſcher vereinigt. Doch die Organiſation des Augenblicks iſt nicht maßgebend, ſie kann ſich ſchnell verändern. Jedenfalls haben die germaniſchen Stämme vor den ſlaviſchen nicht blos die höhere Bildung, ſondern auch die mehr concentrirte Beſchaffenheit ihrer Wohnſitze und eine Geſchichte von zwei Jahrtauſenden voll der erhabenſten Muſter und Nutzlehren voraus. Möge Rußland die Fittige ſeines Doppeladlers immerhin über Mittelaſien ausdehnen! Diejenigen Völker, welche noch weniger Bildung beſitzen, als die Ruſſen, mögen von ihnen belehrt, angeregt, oder ſelbſt beherrſcht werden! Die deutſche Nation hat ſich, nachdem ſie lange mit dem Schwerdte in der Hand erobert hatte, auf den Standpunkt emporgeſchwungen, von welchem aus ſie die Eroberungen verſchmähen kann, welche mit den Künſten des Krieges gemacht werden. Ihr Streben iſt dem Frieden, der Freiheit und dem Rechte zugewandt. Nur zur Vertheidigung wird ſie das Schwerdt ergreifen, nicht zum Angriff. Die ruſſiſchen Czaaren konnten bis heute ihre gegen Deutſchland geſchmiedeten Pläne nicht durchſetzen, ſie werden auch in der Zukunft darauf verzichten müſſen.

## § 68. Oeſterreich und die Habsburger.

Metternich hatte zwar kurz vor dem Sturze der älteren Linie der Bourbonen geſagt: ich würde ruhiger ſein, wenn Fürſt Polignac es weniger wäre. Allein es war dieſes mehr ein Wortſpiel, als der Ausdruck einer klaren Erkenntniß der Lage der Dinge in Frankreich. Als die Nachricht von der Juli-Revolution nach Wien kam, traf ſie die dortigen Machthaber wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Man glaubte dort anfangs, der Untergang

Man erholte sich schnell wieder von dem ausgestandenen Schrecken. In Oesterreich blieb Alles ruhig, ungeachtet der Revolutionen, welche an der Nordgränze in Polen, an der Südgränze in Italien und dem Westen zu in Belgien ausbrachen. Allein spurlos ging doch auch an Oesterreich die Juli-Revolution nicht vorüber. Im Gegentheile rüttelte sie die verschiedenen in dessen Schooße ruhenden Nationalitäten oder Bruchtheile solcher in mannigfaltigster Weise auf. Die deutsche Gemüthlichkeit und der angeborene Respect gestatteten nicht, daß man in Wien den Kaiser Franz an die Erfüllung der Art. 13., 16., 18. und 19 der deutschen Bundesacte erinnerte. Man trug das Habsburg'sche Joch nach wie vor, mit Stumpfsinn. Allein der Glaube an die Allmacht der Polizei- und Militärgewalt der Fürsten wurde erschüttert. Die Aufmerksamkeit des Volkes richtete sich mehr, als seither, auf die Staatsregierung.

Man fing an, die Zustände Oesterreich's mit denjenigen anderer Staaten zu vergleichen und mußte sich bald überzeugen, daß man hinter Preußen an Bildung, hinter Frankreich an Schwunge, hinter England an Freiheit, hinter Rußland an Kraft zurückstehe und daß die Regierung gleich einem schweren Alp auf dem Lande laste.

Die ersten Regungen erwachenden Lebens entwickelten sich nicht auf dem Gebiete der Freiheit, sondern auf demjenigen der Nationalität. Die Ungarn, die Italiener und die Slaven fühlten sich mehr dadurch verletzt, daß eine andere Nationalität sie beherrsche, als daß sie schlecht beherrscht würden.

Im Jahre 1835 starb Franz I., ihm folgte sein Sohn Ferdinand. Vergeblich hatte Fürst Metternich gesucht, ihn unter dem Vorwande der Unfähigkeit vom Throne auszuschließen. Ferdinand war in der That epileptischen Zufällen unterworfen, welche sein Nervensystem damals schon sehr zerrüttet hatten. Allein in unseren Tagen wird von einem Könige oder Kaiser so wenig gefordert, daß Ferdinand von der Thronfolge nicht ausgeschlossen werden konnte, um so weniger, als sein Bruder Franz Karl sehr wenig an Geistesgaben vor ihm voraus hatte.

Ferdinand hatte allen Grund, gegen den Fürsten Metternich im höchsten Grade erbittert zu sein. Der Premierminister, welchem der Thronfolger niemals gewogen war, hatte ihn beseitigen wollen. Der Plan gelang zwar nicht; nichtsdestoweniger erreichte der herrschsüchtige Minister, was er durch denselben bezweckt hatte, nämlich die Verlängerung der ihm anvertrauten ersten Ministerstelle über das Leben Franz' I. hinaus. Metternich sorgte dafür, daß der Kaiser ihn dem Thronfolger auf's dringendste empfahl. Das schwache Gemüth Ferdinand's vermochte dem doppelten Hebel der Einschüchterung und väterlichen letztwilligen Bitte nicht zu widerstehen. Fürst Metternich blieb, auch nach Franz' I. Tode (1835) erster Minister Oesterreich's. Ferdinand ließ ihm sogar weit freiere Hand, als Franz I. Das Verhältniß Metternich's zu dem Kaiser veränderte sich nur insofern, als der Minister sich jetzt in Acht nehmen mußte, die beschränkte Gutmüthigkeit seines Herrn nicht zu verletzen, während zu des Vaters Zeiten Metternich hatte Sorge tragen müssen, den finstern Argwohn und den wüthenden Freiheitshaß des Kaisers nicht rege zu machen. Außerdem mußte Metternich mehr als früher Rücksicht nehmen auf den Erzherzog Ludwig, welcher gewissermaßen als Vertreter der gesammten kaiserlichen Familie an den Stufen des Thrones stand, und auf den Grafen Kolowrat, welcher eine so feste Stellung im Ministerium einnahm, daß er von dem Staatskanzler nicht umgangen werden durfte.

Diese drei Männer waren es, welche die Zügel der Herrschaft nach dem Tode Franz' I. in Händen hielten. Sie verbanden sich mit einander, um sich gegenseitig in ihren gebietenden Stellungen zu erhalten. Der Kaiser begnügte sich damit, zu unterzeichnen, was

ihm vorgelegt wurde, und war in dieser Arbeit so gewissenhaft, daß er nicht wagte, in's Theater zu fahren, um nicht zu fehlen „wenn man ihn brauchte."

Diese Zusammensetzung der höchsten Gewalt brachte es schon mit sich, daß ein Abweichen von der unter Kaiser Franz hergebrachten Regierungsweise im gewöhnlichen Gang der Dinge unmöglich war. Den drei wirklichen Machthabern war es nur darum zu thun, sich zu behaupten. Das zur Zeit Franz' I. unter ihrer Mitwirkung gegründete Regierungssystem festzuhalten und daran so wenig als möglich zu ändern, dahin ging ihr ganzes Bestreben.

Die Büreaukratie kam mehr und mehr zu der herrschenden Dreieinigkeit in das Verhältniß, in welchem die Jesuiten zu ihren Generalen stehen, d. h. sie wurde mehr und mehr dem Stocke in den Händen des Herrschers ähnlich. Sie sollte blind die ihr zugehenden Befehle vollziehen, Alles überwachen, über Alles berichten, selbständig aber niemals in den Gang der Geschäfte eingreifen. Denn der finstere Argwohn, welcher von der Regierung ausging, traf auch dessen Diener. Der Schlendrian nahm immer zu. Da die obersten Machthaber die höchste Weisheit darin sahen, so wenig als möglich geschehen zu lassen, thaten alle untergeordneten Beamten nicht mehr, als unumgänglich nothwendig war. Man hatte weniger zu besorgen und mehr zu hoffen, wenn man in dem alten Geleise blieb, als wenn man wagte, aus demselben heraus zu treten.

Der Tod Franz' I. schwächte übrigens das von ihm gegründete Verwaltungssystem, weil dieses nicht mehr, wie früher, einen lebenden Vertreter hatte, welcher mit seiner ganzen Kraft dasselbe zur Geltung bringen konnte. Die Nachfolger Franz' I. hatten nicht, gleich diesem, die gefahrvollen Zeiten der französischen Kriege mit dem Volke durchlebt. An ihre Personen knüpften sich nicht die in Oesterreich so hochwichtigen Bande, welche die Gemüthsweit um Thron und Land geflochten hatte. Während in solcher Weise die Stäele der Regierung nachließ, nahm der Geist des Volkes an frischer Kraft zu. Slaven und Ungarn regten sich und gaben deutlich zu erkennen, daß sie mit Widerstreben das Supremat der deutschen Nationalität trügen. Die Italiener und die Polen konnten niemals mit der habsburgischen Herrschaft ausgesöhnt werden. Neben den nationalen Bestrebungen, deren Träger hauptsächlich die Ungarn und Czechen waren, gingen übrigens auch die freiheitlichen einher, welche am kräftigsten durch das deutsche Element vertreten wurden.

Da sich Czechen und Ungarn nicht zutrauten, auf politischem Gebiete Siege zu erringen, versuchten sie sich zuerst auf demjenigen der Nationalität. Die Sprache der Czechen wurde von den höheren Classen des Volkes, welche sie bisher vernachlässigt hatten, mit Vorliebe gehegt. Es entstand nach und nach eine czechische Literatur, welcher die Censur sogar mehr Freiheit ließ, als der deutschen. Die Magyaren setzten durch, daß ihre Sprache in Gesetz, Amt und Gericht, in Schule und Kirche zur bevorzugten Sprache erhoben wurde. Sechs Jahre nach dem Schlusse des Reichstags von 1844 sollte selbst auf dem Reichstage nur die magyarische Sprache gestattet sein.

Viel bedeutender für die geistige Entwickelung des österreichischen Volkes, als die nationalen Bestrebungen der Magyaren und Czechen, waren die allgemein freiheitlichen Bestrebungen, welche schon kurz nach der französischen Juli-Revolution in Oesterreich auftauchten, „die Spaziergänge eines Wiener Poeten," welche zuerst 1831 in Hamburg erschienen, wirkten wahrhaft zauberhaft und rissen mit einem male der österreichischen Regierung die Larve der Gesetzlichkeit und Gemüthlichkeit ab. „Oesterreich und dessen Zukunft" bewies durch Zahlen und unwiderlegliche Thatsachen, daß das österreichische Verwaltungssystem unausbleiblich zum finanziellen und moralischen Bankrotte führen müsse.

an, von welchem keine gehäßigen Vorurtheile gegen die Regierung vorausgesetzt werden konnten. Es entstand eine sehr bedeutungsvolle österreichische Literatur, welche um so wirksamer war, als sie, trotz aller Verbote der Regierung vom Auslande her, woselbst sie gedruckt wurde, in Oesterreich eindrang und daselbst wohl begründete Entrüstung über ein Regierungssystem hervorrief, welchem zu seiner Vertheidigung durchaus keine geistigen Mittel, sondern nur Censur, Polizei und Gensd'armen zu Gebote standen. Das Volk erwachte allmälig aus seinem Schlummer. Selbst der Adel, welcher doch so viele Vorzüge genoß, die dem Bürger und Bauern versagt wurden, fing an, sich der Büttel- und Höflingsrolle, zu welcher er verdammt war, zu schämen. Der Geist der Zeit hatte die Schergen der Polizei besiegt. Oesterreich konnte sich nicht mit einer chinesischen Mauer umgeben. Je tiefer unter dem Rothstifte der Censur die in Oesterreich arbeitende Presse sank, desto höher stieg in der öffentlichen Meinung die vom Auslande her eingeschmuggelte Literatur. Die Buchhändler nahmen in Oesterreich die Stelle ein, welche in weniger geknechteten Staaten die Schriftsteller inne hatten. Sie wurden in ihrem Kampfe gegen Polizei und Gerichte, selbst von einem Theile der Bureaukratie unterstützt und machten, Sedlnizki zum Trotze, die besten Geschäfte.

Derselbe Stumpfsinn, welchen die österreichische Regierung den idealen Bestrebungen des Volkes entgegensetzte, herrschte auch auf dem Gebiete der materiellen Interessen. Die Fabriken, welche die Regierung heben wollte, bezogen auf dem Wege des Schmuggels die Artikel, welche sie für ihre eigenen verkauften. Statt die Roh-Production und die erste Verarbeitung, worin Oesterreich am meisten vermochte, zu begünstigen, drückte die Regierung dieselbe durch hohe Ausfuhrzölle. Der Unverstand der österreichischen Regierung war so groß, daß auf das Wechselverhältniß der verschiedenen Waaren niemals die geeignete Rücksicht genommen wurde. So war z. B. der Eingangszoll des Rohschwefels nach einem der vielen auf einander folgenden Tarife im Verhältniß zu demjenigen der Schwefelsäure so hochgegriffen, daß man aus dieser den Schwefel ohne Schaden hätte zurück erzeugen können.

Von Jahr zu Jahr mehrte sich die Schuldenlast des Staates, ohne daß für Canäle, Straßen und andere öffentliche Bauten, für das Schulwesen, zum Besten des Landbaus, der Gewerbe, der Fabriken, des Handels und der Schifffahrt irgend etwas Erhebliches geschah. Auch auf dem Felde der Diplomatie, auf welchem sich der Fürst Metternich doch früher mit so großem Geschicke getummelt hatte, trat ein augenscheinlicher Nachlaß der Kräfte ein.

Der Aufstand, welcher im Jahre 1846 in Galizien durch die s. g. Adels-Vesper im Keime erstickt wurde, brachte zugleich die Schwäche und die bodenlose Schlechtigkeit der österreichischen Regierung zu Tage. Um eine noch nicht ausgebrochene, sondern nur beabsichtigte Freiheitsbewegung des galizischen Adels zu besiegen, wußte die österreichische Regierung sich keines andern Mittels zu bedienen, als einer Metzelei, welcher Schuldige und Unschuldige (im Sinne der s. g. Legitimisten) Männer und Frauen, Erwachsene und Kinder, gleichmäßig als Opfer einer durch kaiserliche Beamte künstlich erzeugten Bauernwuth fielen.

Für alle denkenden Menschen ergab sich aus dieser galizischen Adelsvesper mit vollkommener Klarheit, daß sich die österreichische Regierung in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts noch nicht über die Zeiten des Blutbades von Eperies *) erhoben habe und daß daher, wer mit dem Hause Habsburg in Kampf trete, sich auf ähnliche Mordscenen gefaßt machen müsse.

*) Siehe Buch 8, § 43, S. 251.

Die Gelegenheit, welche dieser Aufstandsversuch der österreichischen Regierung bot, wurde von ihr dazu benützt, den letzten polnischen Fleck, welcher bis dahin den Schein der Unabhängigkeit bewahrt hatte, Krakau, zu unterjochen. Daß in dieser That zugleich eine Verletzung der Rechte der Stadt und der Wiener Congreß-Akte lag, bekümmerte die österreichische Regierung wenig. Im Jahre 1815 hatten sich die Höfe von Petersburg, Berlin und Wien wegen Krakau's nicht einigen können. Doch die Verdienste, welche sich das Haus Habsburg durch die kluge Veranstaltung der galizischen Adelsvesper um die gesammte Legitimität erworben hatte, mußten anerkannt werden. Der Lohn dafür war Krakau.

Das österreichische Volk stand übrigens in damaliger Zeit nicht mehr auf einer so niederen Stufe der Bildung, als daß es Schandthaten, wie diejenigen der galizischen Adelsvesper gutgeheißen hätte. Trotz Censur und Polizei und allen wohlbezahlten Zeitungsartikeln erkannten alle denkenden Oesterreicher die Schändlichkeit der Handlungsweise ihrer Regierung an. Der Ruf: „so kann es nicht mehr bleiben, muß anders werden!" wurde immer allgemeiner und erhielt von Jahr zu Jahr eine umfassendere Bedeutung und einen tiefern Sinn.

Alle unter dem habsburgischen Scepter vereinigten Provinzen hatten bessere Tage gesehen, Zeiten, da sie für sich selbst und nicht blos für eine Dynastie arbeiteten, da Freiheit und Recht galten und nicht aller Ruhm dem Herrscher und alle Schmach dem Volke zugewälzt wurde. Einst hatten die lombardischen Städte als mächtige Republiken geblüht. Venedig war Freistaat gewesen, bis es von dem Hause Habsburg mit Zustimmung Napoleon's unterjocht wurde, Böhmen ein Wahlreich, welches bis zur Schlacht am weißen Berge mannigfaltige freiheitliche Rechte sich gewahrt hatte. Auch die polnischen Provinzen Oesterreich's hatten mit der ihnen geraubten Nationalität das Recht verloren, ihren König selbst zu wählen. Die deutschen Provinzen Oesterreich's hatten sich alle früher einer wirksamen ständischen Verfassung erfreut. Von allen österreichischen Provinzen hatte aber nur Ungarn sich seine alte Verfassung theilweise wenigstens erhalten. Für die übrigen war das Haus Habsburg der Mörser, in welchem nicht blos ihre ewigen und unveräußerlichen, sondern auch ihre verfassungsmäßigen Rechte zu Staub gestoßen wurden.

Oesterreich that sich viel darauf zu gute, daß es deutsche Bildung nach dem Osten trage. Das Haus Habsburg trug, wohin es kam, nur Aberglauben, Despotismus und Stumpfsinn, obgleich allerdings manche deutsche Privatpersonen, in unausgesetztem Kampfe mit der Regierung, da und dort Keime höherer Bildung pflanzten.

Ungeachtet die ungarische Verfassung vorschrieb, daß der Reichstag alle drei Jahre einberufen werden müsse, so vergingen doch selbst nach wiederhergestelltem Frieden (1815) zehn Jahre, bevor dieses geschah; und ungeachtet der klaren Bestimmung des Gesetzes, daß ohne ständische Bewilligung keine Steuern ausgeschrieben und keine Soldaten ausgehoben werden könnten, ordnete die Regierung (1820) eine neue Recrutirung an und erhöhte eigenmächtig die Abgaben auf mehr als das Doppelte. Der Widerstand, auf welchen sie im Schooße der nach der alten Verfassung volksthümlich organisirten Comitate (Grafschaften) stieß, veranlaßte sie (1825) den Reichstag zu berufen. Dieser brauchte übrigens nach einer so langen Unterbrechung Zeit, um zu einem gewissen Aufschwunge zu gelangen. Bereitwillig gewährte er die Forderungen der Regierung und begnügte sich damit, für größere Ausbreitung der magyarischen Sprache Sorge zu tragen. Metternich, welcher die ersten Regungen der Freiheit in Ungarn so wenig, als in irgend einem andern Lande richtig zu würdigen verstand, nannte den Eifer der Magyaren für ihre Sprache eine Spielerei. Erst im Jahre 1840 mochte die österreichische Regierung merken, daß den „Spielereien" der ungarischen Opposition ein gewisser Ernst zu Grunde lag. Trotz aller

von ihr in Bewegung geſetzter Hebel erlangte die Oppoſition eine bedeutende Stimmenmehrheit. Der Reichstag beſchloß, den Bauern das Recht zu verleihen, über ihre Erzeugniſſe ohne Steuern zu verfügen. Mehrere andere zum Schutze der Bauern und der Juden erlaſſene Beſtimmungen gereichten dem Reichstag um ſo mehr zur Ehre, als dieſer faſt ausſchließlich aus Adeligen beſtand.

Der Reichstag des Jahres 1843 errang neue Siege über die Regierung. Er ſetzte Beſtimmungen zu Gunſten der Religionsfreiheit, namentlich in Betreff des Uebertritts zu einem andern Glauben und der Miſchehen durch. Die öffentlichen Aemter wurden den Nicht-Adeligen zugänglich gemacht. Der Ankauf adeliger Güter wurde auch dem Bauern geſtattet. Die Steuerfreiheit des Adels konnte zwar der Reichstag nicht abſchaffen, weil die Selbſtverleugnung der Mehrheit ſo weit nicht reichte, allein diejenigen, welchen es damit Ernſt war, verzichteten freiwillig auf ihre Steuerfreiheit und ließen ihre Namen in die Steuerliſten einſchreiben.

Jahr ein, Jahr aus zog die öſterreichiſche Regierung große Summen aus dem Lande, ohne dieſem dafür einen entſprechenden Erſatz zu geben. Die Ausgaben Ungarn's beliefen ſich in den Jahren 1825—1848 jährlich auf beiläufig ſechzehn Millionen Gulden, die Einnahmen betrugen aber dreiundzwanzig Millionen. Der Ueberſchuß von mehr als ſieben Millionen, alſo faſt ein volles Drittheil der Einnahme, floß in das Sieb des öſterreichiſchen Staatsſchatzes. Die Zölle, welche Oeſterreich an der ungariſchen Gränze erhob, machten dieſem Lande erhebliche Fortſchritte auf dem Gebiete der Induſtrie unmöglich. Koſſuth rief daher einen Schutzverein ins Leben, deſſen Mitglieder ſich verpflichteten, ihren Bedarf von Induſtrie-Erzeugniſſen nur mit vaterländiſchem Fabrikate zu befriedigen.

Jetzt erkannte endlich die Regierung, daß ein neuer Geiſt ſich in Ungarn rege und daß die alten Mittel nicht ausreichten, das Land, wie früher, unter dem Joche zu erhalten. Es galt, die öſterreichiſche Polizei, welche bis dahin nur in der oberſten Inſtanz Ungarn beherrſcht hatte, auch in die niederen Verwaltungszweige, in die Comitate, einzuführen. Bisher waren dieſe von ſelbſtgewählten ſ. g. Obergeſpanen verwaltet worden. Jetzt verſuchte die Regierung, die Ernennung der Comitatsverwalter an ſich zu reißen. Den Vorwand dazu gab ihr ein altes, im Jahre 1825 erneuertes Geſetz, welches verfügte, daß, wenn der Obergeſpan längere Zeit von ſeinem Comitate entfernt ſei, ein Verwalter an ſeine Stelle ernannt werden müſſe. Die Ungarn ließen ſich aber nicht täuſchen. Sie erkannten die deſpotiſchen Abſichten der Regierung und ſetzten denſelben den kräftigſten Widerſtand entgegen. Das ganze Land kam in außerordentliche Aufregung. Die öſterreichiſche Regierung fuhr deſſenungeachtet fort, ein Comitat nach dem andern mit ihren feilen Schützlingen zu beſetzen. Nach und nach brachte ſie auf dieſe Weiſe zweiunddreißig Comitate, mithin zwei Drittheile Ungarn's, in ihre Gewalt. Allein das ganze Land glühte von Entrüſtung. Bei den Wahlen zum Reichstage erlitt die Regierung ſchwere Niederlagen. Koſſuth, der gefährlichſte Gegner des Hauſes Habsburg, wurde in Peſth erwählt. Allein in der Magnaten-Tafel zählte die Regierung auf die Stimmenmehrheit. Mit deren Hülfe hoffte ſie, durch einige untergeordnete Zugeſtändniſſe den Reichstag zu beruhigen, welcher am 12. November 1847 zu Preßburg eröffnet wurde. Koſſuth drang darauf, Verwahrung gegen die abſolutiſtiſchen und verfaſſungswidrigen Maßnahmen der Regierung, namentlich die Einſetzung der Adminiſtratoren, neuere Anordnungen in Croatien und die Nichteinverleibung der ſiebenbürgiſchen Comitate — einzulegen. Zwar ſtimmte die Magnaten-Tafel der Adreſſe der Deputirten-Kammer nicht bei. Die Folge davon war aber, daß gar keine Adreſſe zu Stande kam, nachdem das ganze Volk von den erhobenen

Beschwerden durch die Reichstagsverhandlungen Kenntniß erhalten hatte. Der Antrag Szemere's auf gleiche Steuervertheilung wurde in Betreff der s. g. Domestikalsteuer unumwunden angenommen, in Betreff der Kriegssteuer abgelehnt, da der Adel gesetzlich verpflichtet sei, sich in Masse zu erheben. Dagegen wurde die Errichtung einer öffentlichen Landeskasse beschlossen, in welche der Adel, gleich den Nicht-Adeligen, steuern sollte. In Betreff der Ablösung der mittelalterlichen Grundlasten wurde beschlossen, daß der Grundherr in den Loskauf willigen müsse, sobald der Bauer sich loskaufen wolle und könne.

Während über diese und andere brennende Fragen des Tages die lebhaftesten Verhandlungen vom ungarischen Reichstage gepflogen wurden, welche weit über die Gränzen Ungarn's hinaus Leben und Bewegung erzeugten, versetzte die Februar-Revolution ganz Europa in stürmische Bewegung.

Schlag auf Schlag trafen zu Wien die Nachrichten ein, welche die elektrischen Wirkungen der Pariser Kämpfe kund thaten. Jetzt fing man auch in Oesterreich an, die Mittel und Wege zu besprechen, wie das allgemein gefühlte Bedürfniß durchgreifender Verbesserungen befriedigt werden könne. Schon am 3. März brach Kossuth in einer gewaltigen Rede der in Wien drohenden Stabilitäts- und Familienpolitik den Stab. Er erklärte, daß nicht mehr Bajonette, sondern der eigene Wille der Völker die Staaten zusammenhielten, daß Oesterreich am Scheidewege zwischen Verfall und Wiedergeburt stehe, daß Erzherzog Ludwig der unübersteigliche Stein für jeden Schritt zum Bessern sei. Umsonst beschnitt die Censur die Rede in Ungarn und strich sie ganz in den übrigen Provinzen. In einzelnen Abdrücken und schriftlichen Auszügen oder mündlicher Ueberlieferung verbreitete sie sich über ganz Oesterreich.

In Wien gab der Gewerbeverein den ersten Anstoß zu einer Bewegung. In seiner Sitzung vom 8. März beschloß er auf den Antrag seines Vorsitzers Arthaber eine Adresse an den Kaiser, worin eine innige Annäherung an das gemeinsame deutsche Vaterland und unter dem Aushängeschilde des Vertrauens auf künftige Maßregeln eine Aenderung des Systemes verlangt wurde.

Kräftiger und entschiedener traten in den ersten Tagen des März die Bewohner Prag's auf, woselbst die Bewegung der Geister sofort einen slavisch-nationalen Charakter annahm. Doch ging man nicht weiter, als bis zu einer Adresse an den Kaiser, welche übrigens viel umfassender und bestimmter war, als diejenige des Wiener Gewerbevereins.

Um dieselbe Zeit, wie in Prag, setzten auch in Wien die Bürger eine Adress-Bewegung in Gang. Tausende von Unterschriften, unter welchen sich diejenigen von Capitalisten, Großhändlern, Professoren und höheren Staatsbeamten fanden, gaben den Forderungen des Volkes einen gewissen Nachdruck. Am Nachmittage des 11. März übergaben zwei der ersten Urheber der Adresse diese dem auf dem Landhause versammelten ständischen Ausschusse, welcher versprach, dieselbe den Ständen zu übergeben.

Leben und Kraft kam jedoch erst am 13. in die Bewegung, als die Wiener Studenten auf den Kampfplatz traten.

Nach mannigfaltigen Vorbereitungen und Berathungen wagte an genanntem Tage die studierende Jugend Wien's einen entscheidenden Schritt. Sie versammelte sich in der Aula und begab sich von da im feierlichen Zuge zum Landhause. Ganz Wien kam dadurch in Aufregung. In begeisterter Rede ermahnte Fischhof, damals Wundarzt im Spitale, die um das Ständehaus wogende Menschenmenge zur Eintracht und muthigen Geltendmachung der politischen Großjährigkeit. Seine Rede fand tausendstimmigen Wiederklang, welcher sich in einmüthigem Verlangen nach Preßfreiheit, Religionsfreiheit, Ministerverantwortlichkeit und Constitution kund that. Man selbst bildete sich nun diese

Weise eine bewegte Volksversammlung, an welcher der versammelte Landtag Theil nahm. Als Wortführer begab sich Fischhof in den Vorsaal des Ständesaals und trug dort dem Landtagsmarschalle Grafen Montecuccoli die Wünsche des Volkes vor. Der Graf versicherte, die Wünsche der Stände seien ganz diejenigen des Volkes. Es bildete sich auf diese Weise eine gewisse Wechselbeziehung zwischen Volk und Ständen. Die Menge wurde immer lebhafter und zog durch ihre aufgeregte Haltung die zagenden Stände in den Strudel der Bewegung. Der Präsident Montecuccoli entschloß sich, die eingekommenen Petitionen sofort dem Kaiser zu überreichen. Einige Mitglieder der Ständeversammlung wurden ihm beigegeben, zahlreiche Studenten schlossen sich an. Eine zweite Volksversammlung bildete sich unter den Fenstern Metternich's beim Eingange in die Hofburg, in welcher sich die bewegte Stimmung des Volkes deutlich kund gab. Die Menge war übrigens unbewaffnet und würde ohne Zweifel friedlich auseinander gegangen sein, wenn nicht Truppen herbeigekommen wären. Es kam zu Bajonettstößen und Kolbenschlägen von der einen, zum Abreißen der Anschlagtafeln, Zertrümmerung von Schilderhäusern und Feuerleitern von der anderen Seite. Aus der Menge ertönte in gedämpfter Stimme der Ruf: ins Zeughaus! Das Volk wich nicht von der Stelle und mehrte sich mit jedem Augenblicke. Da und dort wurde auf die versammelte Menge geschossen. Die Reiterei hieb ein, doch hinter den Reihen der Soldaten sammelten sich immer neue Massen, sobald die vor ihnen stehenden auseinander getrieben waren. Die Reiterei benahm sich mit barbarischer Grausamkeit, doch die Infanterie schoß gewöhnlich zu hoch. Sonst wäre die Zahl der Opfer weit größer geworden. Während auf den Straßen und öffentlichen Plätzen eine Revolution sich vorbereitete, drangen verschiedene Deputationen in die Hofburg, um dort die Wünsche des Volkes geltend zu machen. Fürst Metternich sagte im Beisein der Erzherzoge Albrecht und Maximilian dem Bürger Scherzer, welcher an der Spitze einer Bürger-Deputation in die Burg gekommen war: „Sie sind ein Bürger Wien's, es wäre eine Schande für solche, wenn sie im Vereine mit dem Militär einen Straßen-Crawall nicht besiegen könnten." Scherzer antwortete: „Durchlaucht, das ist kein Crawall, sondern eine Revolution, an welcher alle Stände Theil nehmen." Metternich erwiederte: „das ist nicht wahr, es sind Polen, Schweizer, Italiener, die das Volk aufwiegeln." Scherzer entgegnete: „Durchlaucht, die Petition enthält Tausende von Unterschriften aus allen Ständen; und wenn Sie einen Blick in die Straßen werfen wollten, so würden Sie sich von der Wahrheit des Gesagten überzeugen. Mit dem Militär können wir unmöglich zusammen wirken, es ist, seitdem man auf das Volk geschossen, verhaßt, wir allein aber sind zu schwach."

Eine Deputation drang nach der andern in die Hofburg. Der Erzherzog Albrecht sagte zu den Bürger-Offizieren, die sich eingefunden hatten: „man wolle die Bürger mit dem Militär die Wachen beziehen lassen, aber sie sollten darauf gefaßt sein, daß bei dem geringsten Widerstande geschossen werde." Die Bürger-Offiziere lehnten den Antrag einstimmig ab. Maximilian wurde wütend und rief aus: „Nun so seid ihr auch Rebellen und man wird auch auf euch schießen." Gerade so hatte Polignac im Juli 1830 gesprochen. In diesem Augenblicke trat eine neue Deputation der Universität, welche die medizinische Facultät abgesandt hatte, in den Saal. Die Entrüstung über das brutale Verfahren der Soldaten war allgemein. Doch schon am ersten Tage zeigte es sich, daß die Regierung nicht unbedingt auf das Militär rechnen könne. Die Infanterie hatte absichtlich zu hoch geschossen und als der Erzherzog Maximilian den Befehl gab, auf die unbewaffnete, ruhig wartende Menge zu schießen, verweigerte die Artillerie schweigend den Gehorsam. Die Aufregung innerhalb und außerhalb der Hofburg nahm immer zu. Das Volk wich nicht von den Straßen, nachdem es

dunkel geworden war, und die in der Hofburg befindlichen Deputationen wurden immer dringender. Endlich öffneten sich die Flügelthüren des Conferenz-Saales. Fürst Metternich trat zu den Abgeordneten und sprach zu den Bürger-Offizieren gewendet: „Sie haben erklärt, nur mein Rücktritt vermöge die Ruhe Oesterreich's wieder herzustellen, ich effectuire ihn also mit Freuden. Ich wünsche Ihnen Glück zur neuen Regierung. Ich wünsche Oesterreich Glück." Einer der Angeredeten erwiederte: „Wir haben nichts wider Ihre durchlauchtige Person, aber alles gegen Ihr System. Darum danken wir im Namen des Volks. Vivat! Kaiser Ferdinand hoch!" In diesen Jubelruf stimmten alle Umstehenden ein, sogar die anwesende Hofdienerschaft. Dem ersten Zugeständnisse folgte ein zweites auf dem Fuße nach: die Studenten sollten Waffen erhalten, die Bürgergarde durch Einreihung aller Bürger vermehrt werden.

Tausendstimmiger Jubelruf begrüßte die Nachricht von dem Sturze Metternich's und der Bewilligung der Waffen. Den ganzen Tag über hatte die Berathung in der Hofburg gedauert. Mittlerweile hatte sich die Bevölkerung Wien's bis in die entferntesten Vorstädte erhoben. In der Vorstadt Mariahilf waren die Mauth- und Accise-Gebäude gestürmt und in Brand gesteckt worden. In den Ortschaften Fünfhaus, Sechshaus und Weidling hatten sich brodlose Arbeiter zusammengerottet. In Sechshaus wurden die Gefangenen befreit, in Braunhirschen alle Verwaltungs- und Amtsakten zerstört. Die Villa Metternich wurde vollständig verwüstet. Nur mit Hülfe der Bürgerschaft und der Studenten konnte die Regierung hoffen, die gestörte Ruhe wiederherzustellen. Darum bewilligte sie die Waffen. Als die Studenten aber erschienen, beruhigte sich schnell die aufgeregte Menge, ohne daß die wackeren Knaben von ihren Waffen hätten Gebrauch machen müssen.

Das Universitäts-Gebäude wurde schnell zum Mittelpunkte der gesammten Fortschrittsbewegung. Es erhielt in Wien eine ähnliche Bedeutung, als das Stadthaus in Paris. Von dem Universitäts-Gebäude aus vertheilten sich Streifwachen nach allen Richtungen; dorthin kamen die Meldungen von Zerstörungen, welche da oder dort stattfanden, oder drohten. Ein zweiter Mittelpunkt politischer Thätigkeit wurde das Lokal des Lesevereins.

Die große Arbeit des 14. März bestand in der Bewaffnung des Volkes. Nach dem Zeughause drängten die Massen. Dreißigtausend Studenten, Bürger und Leute aus allen Classen erhielten Waffen, ordneten sich in Schaaren von achtzig bis einhundert Mann und zogen mit Fahnen, auf welchen stand: „Völkerverbrüderung! Ordnung und Freiheit! Preßfreiheit! Constitution!" durch die Straßen.

Doch kaum war der Regierung im Augenblicke der höchsten Gefahr ein Zugeständniß abgerungen worden, so sann sie schon auf Mittel und Wege, das Volk wieder in die alten Ketten zu schlagen. Gegen drei Uhr Nachmittags erschien eine Regierungs-Bekanntmachung, welche besagte, „der Kaiser habe beschlossen zur Wiederherstellung der Ruhe dem Feldmarschall-Lieutenant Windisch-Grätz alle nöthigen Vollmachten zu übertragen, und ihm alle Civil- und Militär-Autoritäten zu unterordnen."

Die kaum beruhigte Stadt wurde dadurch von Neuem in Aufregung versetzt. Aller Orten ertönte der Ruf: „es ist alles zurückgenommen! Man will uns mit Kanonen antworten! Rothe Bänder auf!" Das Volk drängte in Massen der Burg zu, nicht mehr hülflos und ohne Waffen, wie Tags zuvor, sondern mit aufgepflanzten Bajonetten. In der Reitschule hatten sich die angesehensten Bürger versammelt, um sich in die Bürgergarde einschreiben zu lassen. Sie sandten mehrere Deputationen in die Hofburg, welche durch

die versammelten Volksmassen einen erhöhten Nachdruck erhielten. „Preßfreiheit! Nationalgarde! Constitution!" ertönte es in tausendstimmigem Rufe.

Die Abgeordneten der Bürgerschaft konnten am 14. März weder den Kaiser, noch auch nur einen der Erzherzoge sprechen. Sie wurden an den Fürsten Windisch-Grätz verwiesen, welcher im Namen des Kaisers förmlich versprach, daß das Gewünschte morgen geschehen werde. Das gutmüthige Volk ließ sich täuschen, erleuchtete die Stadt und jubelte. Noch an demselben Tage, Nachts eilf und ein halb Uhr wurden an alle Ecken Anschlagezettel geklebt, welche der Stadt Wien erklärten, daß sie sich im Belagerungszustande befinde. Das war also das Gewünschte!

Die Bevölkerung Wien's lag jedoch noch nicht im Schlafe. Die Plakate wurden so vollständig und so rasch beseitigt, daß am folgenden Tage keines mehr übrig blieb. Der Hof mochte davon auf die Stimmung der Stadt schließen. In der Nacht vom 14. auf den 15. ging ihm die Nachricht zu, daß aus Preßburg eine Deputation, den Palatin an der Spitze eintreffen werde, um die Gewährung der Wünsche des Volkes in Wien zu verlangen. Im Schooße der kaiserlichen Familie und des Hofes machten sich verschiedene Ansichten geltend. Man sagte, der Kaiser habe erklärt: „Ich lasse nicht schießen, ich gehe fort, wenn ihr schießen laßt." Das hatte ihn aber nicht abgehalten, den Belagerungszustand verkünden zu lassen und dem Fürsten Windisch-Grätz das Leben und die Habe aller Bewohner Wien's preiszugeben Der Kaiser entschloß sich, dem Volke entgegenzukommen, sich öffentlich zu zeigen und unverzüglich eine Proklamation zu erlassen, worin dem Volke Preßfreiheit, Nationalgarde und Constitution zugesagt wurde. Der Kaiser wurde mit unbeschreiblichem Jubel empfangen und sprach bei seiner Rückkehr seinen Willen aus, dem Volke, welches ihn so liebe, eine Constitution zu gewähren. Doch was helfen die Reden eines Fürsten ohne Thatkraft und Geist? Sie können wohl für einen Augenblick das Volk täuschen und den Höflingen Schweigen auferlegen. Allein sie ändern an der wirklichen Sachlage nichts. Das System Franz' I. beruhte nicht allein auf Metternich. Tausende feiler Söldlinge, die ganze Umgebung des Kaisers mit wenigen Ausnahmen war demselben ergeben. Im Verhältnisse zu den Millionen des Volkes war die Zahl der Absolutisten Oesterreich's wohl klein, allein sie standen dem Throne am nächsten und besaßen ausschließlich dessen Vertrauen.

Um halb vier Uhr erschien ein kaiserlicher Herold und verkündete der vor der Hofburg versammelten Menge ein kaiserliches Patent, welches die Preßfreiheit, die Nationalgarde und die Einberufung von Abgeordneten der durch Bürger verstärkten Provinzialstände zum Behufe der vom Kaiser beschlossenen „Constituirung des Vaterlandes" zusagte. Der Styl dieser Kundmachung war so geschraubt, daß man ihm die Unfreiwilligkeit der Zugeständnisse wohl anmerkte. Jeder denkende Mensch mußte sich die Frage vorlegen: wird der schwache Kaiser im Stande sein, gegen den Willen seiner Minister, Räthe, Höflinge und Generale dem Volke Wort zu halten? Was sollten die ungewöhnlichen Worte „Constituirung des Vaterlands" bedeuten? Warum bediente man sich nicht der gewöhnlichen Ausdrucksweise, indem man dem Lande eine Verfassung, Constitution oder Volksvertretung versprach?

Doch wer wollte mit den Wienern darüber rechten? Sie kannten wohl den Druck, welcher seit Menschengedenken auf ihnen lastete, allein nicht die geheimen Federn, durch welchen derselbe ausgeübt wurde. Sie kannten die Geschichte Oesterreich's nur in dem Gewande, welches feile Söldlinge des Hofes ihr umgehängt hatten. Sie waren selbst viel zu gutmüthig, um eine Ahnung von der Tücke österreichischer Absolutisten zu haben.

Die Menge, welche um die Hofburg versammelt war und die Worte des Herolds mit

unermeßlichem Jubel vernahm, besaß nicht politische Bildung genug, deren verborgenen Sinn zu fassen. Die Freude war zu groß, als daß sie dem ruhigen Nachdenken eine Stimme vergönnt hätte. Die Bewegung des Volks wurde durch das Eintreffen der ungarischen Deputation noch vermehrt. Doch waren kaum achtzehn Stunden vergangen, seit der Belagerungszustand über Wien verhängt, welcher bis zu dieser Stunde nicht ausdrücklich zurückgenommen worden war.

Aehnliche Kundgebungen, wie zu Wien fanden in den meisten größeren Städten der Monarchie statt. Ueberall machte die Freude über die erhaltenen Versprechungen die Menschen unfähig, den wirklichen Stand der Verhältnisse zu überschauen. Wie auf die Zugeständnisse des 13. März der Belagerungszustand schon am 14. folgte, so begann nach den Zugeständnissen des 15. März die Reaction schon am 16. wieder ihre Thätigkeit und setzte diese so lange fort, bis der Belagerungszustand durchgeführt und der vormärzliche Zustand durch Ströme von Blut in einer, was politische Freiheit betrifft, verschlechterten Ausgabe wiederhergestellt worden war.

Selbst wenn die Regierung vom besten Geiste beseelt gewesen wäre, hätte sie die sich widerstrebenden Wünsche der verschiedenen Nationalitäten Oesterreich's nimmermehr in harmonischer Weise erfüllen können. Freiheit muß in Oesterreich mit unabwendbarer Nothwendigkeit zur Auflösung des Bandes führen, welches sich um die verschiedenen Nationalitäten schlingt und diese von einer naturgemäßen Entwickelung abhält.

Die österreichische Regierung hatte aber im März 1848 keinen guten Willen, sondern nur Angst. Nach Metternich mußten sich zwar auch Sedlnizki und einige andere minder bedeutende Leute von den Aemtern zurückziehen, so namentlich der allgemein verhaßte Bürgermeister Wien's Ritter von Czapka. Allein deswegen blieb doch die vormärzliche Regierung Oesterreich's in der Hauptsache unverändert. Der Erzherzog Ludwig stand dem Throne noch immer so nahe, als früher. Eben dieses war der Fall mit allen übrigen Erzherzogen, welche in den Kartätschen das beste Beruhigungsmittel der Völker sahen. Kaiser Ferdinand hatte keinen Willen. Er besaß weder Scharfblick, noch sittliche Kraft genug, um den Einflüsterungen seiner Umgebungen auf die Dauer einen wirksamen Widerstand entgegensetzen zu können. Noch immer waren die alten Perücken, welche mit Metternich das Land tyrannisirt hatten, Kolowrat, Kübeck, Hartig, Inzaghi u. s. w. im Amte. An der Spitze der österreichischen Heere standen aller Orten Männer, welche aus ihrem Widerwillen gegen die Zugeständnisse der Regierung gar kein Geheimniß machten. Eine Revolution, welche so geringe Zugeständnisse erwirkt, wie diejenigen des März waren, kann auf die Dauer unmöglich bestehen.

Zu den Schwierigkeiten, welche die Regierungspartei dem Fortschritt bereitete, kamen noch diejenigen hinzu, welche die nothwendigen Folgen des Druckes vergangener Zeiten waren. Für eine freie Presse, großartige Volksversammlungen, ständische Verhandlungen und die übrigen Hebel politischen Fortschritts fanden sich zwar in Oesterreich aller Orten ganz gute Anlagen, allein sie waren unentwickelt und bedurften, bevor sie zu voller Kraft gelangen konnten, Jahre langer Uebung. Daß ihr diese nicht zu Theil wurde, dafür sorgte die Regierung. Monate hindurch war übrigens die Aufregung des Volkes in allen Provinzen des Reiches so groß, daß die absolutistischen Neigungen des Hofes sich in den Schleier des Geheimnisses hüllen mußten. Die Beerdigung der gefallenen Märzkämpfer, fünfzehn an der Zahl (17. März), brachte ganz Wien von Neuem in Bewegung. Am 20. März erhielt Oesterreich Kunde von der Bildung eines neuen Ministeriums. Neu war an demselben übrigens fast nur, daß Metternich fehlte. Kolowrat, Kraus, Hornbostel,

Kübeck, Taaffe, selbst Pillersdorf waren Leute der alten Zeit. Sie konnten, wenn ihnen auch der Hof volle Freiheit ließ, keine neue Zeit über Oesterreich herbeiführen.

Die Kunde von der s. g. März-Revolution wirkte nirgends elektrischer, als im österreichischen Italien, welches schon seit dem Januar in fieberhafter Aufregung flammte. Mailand erhob sich in Waffen, Radetzki mußte (22 März) die Stadt räumen. Alles hing von der Frage ab, welche Stellung die Wiener der italienischen Revolution gegenüber einnehmen würden. Sie sahen nicht ein, daß deutsche Freiheit nur auf dem Grunde der Freiheit Europa's blühen könne. Die Wiener nahmen nicht Partei für die Italiener. Sie wagten nicht, die Sache der Freiheit über die Interessen des Hauses Habsburg zu stellen, und bereiteten sich dadurch dasselbe Schicksal, welches den Italienern auf der Spitze österreichischer Bajonette gebracht wurde.

Die kleinen Organisationen, welche sich in Wien zur Aufrechthaltung des Fortschritts bildeten, das Hauptquartier der Studenten in der Aula, der Sicherheits-Ausschuß und manche andere Vereine besaßen eine Scheingewalt, so lange die Regierung an anderen Orten ihre Streitkräfte verwenden mußte. Sie umfaßten nicht einmal alle volksthümlichen Elemente der Stadt Wien, geschweige denn Oesterreichs. Sie waren übrigens kräftig genug, der Regierung augenblickliche Verlegenheiten zu bereiten.

Die alten Minister Kolowrat und Kübeck, erkannten ihre Unfähigkeit und traten, der erste am 4. bezugsweise 19. April, der zweite schon am 3. April ab. Am 20. April schied Taaffe aus. Mittlerweile hatte aber das von ihnen am 31. März erlassene Preßgesetz allgemeine Entrüstung erweckt, welche dadurch wieder Nahrung erhielt, daß der Justizminister dasselbe an alle Gerichtsbehörden zur Nachachtung übersandte, nachdem der Minister des Innern gezwungen worden war, es zurück zu nehmen. Dasselbe Schicksal wie das Preßgesetz, hatte auch der am 14. April veröffentlichte Verfassungs-Entwurf. Die Gährung im Volke dauerte fort und brach sich Bahn, indem die Wiener die verhaßten Liguorianer aus ihrem Kloster vertrieben und deren Gönner, dem Erzbischof Milde eine Katzenmusik brachten. Eine solche wurde auch dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fiequelmont zu Theil, worauf dieser abdankte (5. Mai). Am 15. Mai rückte die akademische Legion aus. Das Ministerium bekam Angst und bewilligte die Aufhebung der April-Verfassung und die Ausschreibung einer constituirenden Reichsversammlung, auf dem Grunde eines freisinnigen Wahlgesetzes.

Auch diese Zugeständnisse konnten übrigens das Volk nicht beruhigen, da es den bösen Willen der Regierung erkannte und einsah, daß derselben nur mit Gewalt die Freiheit abgerungen werden könne. Das Volk fing allmählig an zu fühlen, daß es verrathen werde. Dieses zeigte sich schon klar am 17. Mai, an welchem Tage der Kaiser aus Wien entfloh, um von Innsbruck aus die vom ihm damals schon beschlossene Reaktion mit größerer Sicherheit organisiren zu können. Der Versuch, welchen die in Wien zurückgebliebenen Minister (Ende Mai's) machten, die Studenten aus der Aula zu verdrängen und dadurch die einzige volksthümliche Organisation, welche einige Kraft in Wien besaß, zu sprengen, führte zu einem neuen Volksaufstande (26. Mai). Barrikaden wurden errichtet, und die Zurüstungen zum Kampfe mit solchem Nachdruck gemacht, daß die Regierung, d. h., die in Wien zurück gebliebenen Minister, deren Zugeständnisse jeden Augenblick von Innsbruck aus umgestoßen werden konnten, nachgaben. Sie bewilligten unter anderem, daß die Stadtthore in Zukunft ausschließlich von der Nationalgarde bewacht, und alles nicht zum Dienste gehörige Militär aus der Stadt entfernt werde. Eine schwache Bürgschaft der Freiheit, so lange dem Kaiser eine halbe Million Söldner zu Gebote standen, welche früher oder später herbeigezogen werden konnten.

Wie die Stadt Wien der Mittelpunkt aller deutsch-freiheitlichen, so war Prag derjenige aller slavisch-freiheitlichen Volksbewegungen. Die Wiener erkannten nicht, daß die Slaven dasselbe Recht, wie die Deutschen hätten, d. h. die Freiheit nach ihrer individuellen Auffassung zu verlangen. Am 3. Juni trat zu Prag ein großartiger Slaven-Congreß zusammen, welcher übrigens die Ansprüche der Slaven eben so sehr, oder noch mehr übertrieb, als die Wiener die Forderungen der Deutschen. Wien und Prag, statt ihre nationalen Bestrebungen in den Vordergrund zu stellen, hätten wohl gethan, sich über alle nationalen Vorurtheile hinweg zu setzen und auf der Grundlage der Freiheit und gleichen Rechtes sich gegen ihren gemeinsamen Feind, das Haus Habsburg, zu vereinigen. Davon war jedoch keine Rede. Die Prager dachten nicht daran, sich des guten Willens der Wiener zu versichern. Es kam zwischen ihnen und den österreichischen Truppen (13., 14., 15., 16. und 17 Juni) zu einem Kampfe, welcher weit blutiger war, als die Wiener März-Revolution. Die Prager hatten 46 Tode und 111 Verwundete. Fürst Windischgrätz warf den Aufstand mit Kanonen und Bajonetten nieder, verlor aber seine eigene Gattin, welche gleich im Anfange des Kampfes erschossen wurde, als sie hinter einem Vorhange stehend durch die Fenster sah.

Derselbe Belagerungszustand, welcher den Wienern in der Nacht vom 14. auf den 15. März angedroht worden war, hatte dem Fürsten Windischgrätz die Mittel zur Niederwerfung der Prager geboten. Die Wiener ahnten nicht, daß ihnen dasselbe Schicksal bevorstehe. Sie hielten ihre Sache für weit besser, als diejenige der Prager. Das Haus Habsburg aber machte keinen Unterschied zwischen den Leuten, welche es Rebellen nannte.

Am 24. Juni erklärte Erzherzog Johann, als Alter-Ego Ferdinand's: „Von einer Reaction ist keine Rede; sie ist ganz unmöglich. Mein Kaiser ist ein ehrlicher Mann und wird halten, was er versprochen hat." Vielleicht wußte Johann damals selbst noch nicht, daß ihm nur aus dem Grunde, nach allen früher erlittenen Demüthigungen, so hohe Ehren zu Theil wurden, weil man ihn für die beste Brücke hielt, auf welcher die Reaction zurückkehren konnte.

Am 10. Juli trat der Reichstag in Wien zusammen. Er zählte dreihundertdreiundachtzig Abgeordnete, darunter einhundertneunzig Slaven, einige Romänen aus der Bukowina, Italiener aus Süd-Tyrol und Dalmatien, die übrigen, also die Minorität, waren Deutsche. Die Abgeordneten theilten sich, der Zunge nach, in sieben Sprachen. Thatsächlich blieb übrigens, trotz mancher Einwendungen, das Deutsche Geschäftssprache.

Am 22. Juli eröffnete der Erzherzog Johann den Reichstag. Die wichtigste Stelle seiner Rede war die folgende: „Der Krieg in Italien ist nicht gegen die Freiheitsbestrebungen der italienischen Völker gerichtet, er hat den ersten Zweck: unter vollständiger Anerkennung der Nationalität, die Ehre der österreichischen Waffen gegenüber den italienischen Mächten zu behaupten und die wichtigsten Interessen des Staates zu bewahren." Eine Regierung, welche solchen Unsinn öffentlich aussprach, war fähig zu jeder Gewaltthat und eine Versammlung, welche denselben anhörte, ohne ihm mit Energie entgegen zu treten, war nicht fähig, derselben die Spitze zu bieten. Vierzehn Tage (vom 10. bis 24. Juli), brauchte der Reichstag, um sich nur zu constituiren. Eine Versammlung von Geist und Kraft hätte in dieser Zeit schon den Grund zu einer neuen Organisation des Reiches gelegt. Dem österreichischen Reichstage schien aber die Rückkehr des Kaisers die Hauptsache zu sein. Am 12. August kam der Kaiser endlich, wenn nicht nach Wien, so doch in dessen Nähe, nach Schönbrunn zurück.

begründete Hans Kudlich den von ihm schon am 12. Juli angekündigten Antrag: „von nun an ist das Unterthänigkeitsverhältniß sammt allen daraus entspringenden Rechten und Pflichten aufgehoben, vorbehältlich der Bestimmung, ob und wie eine Entschädigung zu leisten sei. Die Verhandlungen über denselben füllten einen ganzen Monat aus. Die Unterthänigkeit hörte zwar am 7. September auf, mittlerweile hatte aber die Reaction dermaßen an Kraft zugenommen, daß für irgend eine andere Reform-Maßregel nur wenig Hoffnung mehr vorhanden war.

Um diese Zeit war es der österreichischen Regierung gelungen, die italienischen Provinzen zu einem Waffenstillstande zu zwingen (9. August), nachdem sie Mailand wieder erobert hatte. Die schwachen Aufstandsbewegungen, welche in Galizien stattgefunden hatten (namentlich 22. März), waren niedergeworfen und das gesammte slavische Element war durch Zersprengung des Congresses von Prag vollständig gebeugt. Nur Wien und Ungarn blieben noch zu bändigen, um den vormärzlichen Zustand wieder herzustellen. So klar diese Lage der Dinge war, wurde sie doch weder von den Wienern, noch von den Ungarn erkannt, vielmehr dachten beide, ihre Verhältnisse seien ganz anders beschaffen, als diejenigen der Italiener, Polen und Czechen. In der That war aber die Frage nur, über wen die drohende Wetterwolke zuerst platzen sollte, über Wien oder über Ungarn? Alle Anzeichen deuteten darauf, daß Ungarn zuerst in Angriff genommen werden solle. Im Drange der Noth hatten die Habsburger diesem Reiche bedeutende Zugeständnisse gemacht, namentlich die Einsetzung eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums (11. April 1848). Die Hauptpersonen desselben waren Ludwig Batthiany und Ludwig Kossuth. Wenn dieses Ministerium im Geiste der Freiheit kühn vorangeschritten wäre, so hätte das Haus Habsburg den Ungarn nie wieder sein Joch auferlegen können. Allein Batthiany und die eine Hälfte des Ministeriums besaßen noch zu große Vorliebe für das Königthum und steckten noch zu tief in aristokratischen Vorurtheilen, als daß sie einer klaren Anschauung der Dinge fähig gewesen wären. Kossuth und der andere Theil des Ministeriums hegten nationale Befangenheiten, welche ihnen nicht gestatteten, gegen die zu Ungarn gehörenden, nicht-magyarischen Elemente schonend und billig zu sein. Beide Theile kamen darin überein, daß sie sich einbildeten, Ungarn könne für sich allein seine verfassungsmäßige Freiheit behaupten.

Die Regierung, welche immer schon im Augenblicke, da sie gezwungen ein Zugeständniß machte, auf Mittel und Wege sann, dasselbe zurückzunehmen, nährte insgeheim die feindliche Stimmung, welche die verschiedenen slavischen und ein Theil der deutschen Bewohner Ungarn's gegen das Magyarenthum hegten. Von vierzehn Millionen Köpfen, welche Ungarn enthielt, waren nur fünf Millionen magyarischen Ursprungs, welche den Mittelpunkt des Landes und den westlichen Theil Siebenbürgen's inne hatten. Rings an den Gränzen Ungarn's wohnten Slovaken, Croaten, Ruthenen, Raitzen, Wallachen und Deutsche, welche nur durch ein sehr rücksichtsvolles Benehmen der ungarischen Regierung für die gemeinsame Sache hätten gewonnen werden können.

Die kleinen Beschwerden, welche diese verschiedenen Stämme gegen die ungarische Regierung hatten, wären ohne Zweifel leicht ausgeglichen worden, hätte die österreichische Regierung nicht mit aller Macht daran gearbeitet, den kleinen Riß, welcher zwischen Magyaren und Nicht-Magyaren bestand, zu einem gähnenden Abgrunde zu erweitern. Der Banus von Croatien, Freiherr Joseph von Jellachich, war das Werkzeug, welches das Haus Habsburg ausersah, den Krieg, den es selbst nicht offen gegen Ungarn zu führen wagte, zu beginnen. Die Ungarn durchschauten die Intrigue nicht. Sie glaubten noch immer, theilweise wenigstens, den trügerischen Versprechungen der Habsburger. Im

Augenblicke, da die österreichische Regierung den Krieg gegen Ungarn schon durch Jellachich führte, verlangte sie von Ungarn „die Mittel zur Unterdrückung der Unruhen in Italien," und die Mehrheit auf dem ungarischen Reichstage war blind genug, auf Kossuth's Antrag dieselben (11. Juli) zu gewähren. Die Mehrheit des Reichstags vermeinte außerordentlich klug zu handeln, indem sie diesen Beschluß faßte. Sie hatte dabei allerdings ihre Hintergedanken, als sie mit 236 gegen 33 Stimmen die perfid gestellte Frage zu Gunsten des Hauses Habsburg entschied. Dieselbe wurde gefaßt, wie folgt: „will Ungarn durch seine ungesetzliche Passivität, die Fraction Carlo Alberto's und ihn selbst stärken, oder will Ungarn seinem König, der doch gewiß größere Rechte auf das von dem Sardenkönig usurpirte Königthum hat, einen ehrenvollen Frieden erkämpfen helfen, welcher nur allein jene Freiheit und Unabhängigkeit gewähren kann, welche im Wunsche der italienischen Bevölkerung, Diplomatie und Kriegsgewalt liegt?"

Diese Fragestellung beweist deutlich, daß die Mehrheit des ungarischen Reichstages in der habsburgischen Schule zuviel gelernt hatte, um den Völkern Europa's das Banner der Freiheit vorantragen zu können. Die Nachgiebigkeit, welche der ungarische Reichstag dem Hause Habsburg bewies, verhinderte den Krieg mit demselben nicht, entzog den Ungarn aber manche Sympathien, namentlich diejenigen der Italiener und verminderte ihre Widerstandskraft gegenüber ihren Feinden.

Die vom Hause Habsburg aufgehetzten Raitzen überfielen die Magyaren mit Raub, Mord und Brand und metzelten ohne Unterschied Männer, Weiber und Kinder nieder. Um dieselbe Zeit, da dieses geschah, verzögerte der Kaiser die Sanction des Recrutirungs- und Finanzgesetzes, welches allein der ungarischen Regierung die Mittel geboten hätte, sich gegen diese feindlichen Angriffe zur Wehr zu setzen. Als sich gerade deshalb eine Monster-Deputation (9. September) in Wien befand, ging dieser die authentische Nachricht zu, daß Jellachich, welcher eine Zeit lang zum Scheine von dem Hofe verleugnet worden war, in seine Aemter und Würden wieder eingesetzt worden sei. Der österreichische Reichstag, an welchen sich die Ungarn noch wandten, versagte diesen das Gehör. Jellachich brach mit seinen Croaten plündernd und mordend in Ungarn ein. Jetzt konnte auch der befangenste Ungar sich über die wirklichen Absichten der österreichischen Regierung nicht mehr täuschen. Im Augenblicke der Gefahr entfloh der Palatin von Ungarn, Erzherzog Stephan. Die österreichische Regierung schickte an dessen Stelle den Grafen Lamberg nach Ungarn. Während der Reichstag sich über die dem Grafen verliehenen Vollmachten berieth, erschlug diesen das Volk auf der Pesth-Ofener Brücke (28. September). Tags darauf fand die erste Schlacht zwischen Croaten und Magyaren, nur drei Stunden von Ofen entfernt, bei Velencze statt. Jellachich wurde auf's Haupt geschlagen. Doch General Moga, welcher ihn leicht hätte vollständig aufreiben können, verfolgte ihn nicht.

Nachdem in solcher Weise der Kampf begonnen hatte, erließ Ferdinand ein Manifest, wodurch er die ungarische National-Versammlung und deren Beschlüsse aufhob und den Erbfeind Ungarn's, Jellachich, zu seinem schrankenlosen Alter-Ego in Ungarn ernannte.

Dieser Beschluß machte es allen denkenden und kräftigen Bewohnern Wien's klar, was sie zu erwarten hätten, falls die österreichische Regierung die Zeit für gekommen halten würde, mit ihnen abzurechnen. Der österreichische Reichstag hatte durch seine Schlaffheit alle Sympathien im Schooße des bessern Theiles des Volkes verloren. Er hatte noch am 19. September die ihm von dem ungarischen Reichstag gebotene Hand zurückgewiesen. Auch jetzt, da es sich darum handelte, Ungarn mit Waffengewalt zu unterwerfen, wußte der Reichstag nichts zum Schutze der Freiheit zu beschließen. Die Bevölkerung Wien's

falls sie nicht auf den Schauplatz träte. Das deutsche Grenadierbataillon sollte von Wien abmarschiren, um die Ungarn unterdrücken zu helfen. Am Morgen des 6. October sollte es vermittelst der Eisenbahn dahin gebracht werden. Die Grenadiere selbst besaßen politische Bildung genug, um die Folgen dieses Schrittes zu erkennen. Die Bevölkerung Wien's widersetzte sich dem Abmarsche. Es kam zum Kampfe. Das Volk siegte, drang in das Zeughaus, entdeckte unmittelbar vor demselben den Kriegsminister Latour, den Verräther, welcher alle Ränke zum Verderben Ungarn's gesponnen hatte, den Despotenknecht, in dessen Händen alle geheimen Fäden auch gegen die Freiheit des österreichischen Volkes zusammenliefen, schlug ihn nieder und hängte dessen Leiche an einen Laternenpfahl.

Das Ministerium war gesprengt. Der Kaiser entfloh (am 7. October Morgens) aus Schönbrunn, Niemand wußte, wohin. Er hinterließ aber eine Proclamation, welche andeutete, daß er Wien mit Waffengewalt zu bändigen gedenke. Jetzt galt es, die Schelde wegzuwerfen, sich mit den Ungarn zu verbinden und den Kampf für die Freiheit muthig auszufechten. Doch dieses geschah nicht. Keine provisorische Regierung ergriff die Zügel der Gewalt und rief die Völker Oesterreich's und ganz Deutschland's zu den Waffen. Der Reichstag war durchaus unfähig zu irgend einer großartigen Thätigkeit. Am 16. October erhielt Fürst Windischgrätz, der Mann, welcher schon in der Nacht vom 14. auf den 15. März ausersehen worden war, die Segnungen des Belagerungszustandes über Wien zu verhängen, den Oberbefehl über alle Truppenkörper (die italienische Armee ausgenommen). Am 22. wurde der Reichstag vertagt und zum 15. November nach Kremsier in Mähren zusammen berufen. — in augenscheinlicher Verletzung der Rechte einer constituirenden Versammlung. Kein besonnener Mensch konnte darüber im Zweifel sein, daß diese Vertagung nichts weiter sei, als der Uebergang zur Auflösung des Reichstages und zu den vormärzlichen Zuständen.

Von Tag zu Tag nahm die Gefahr zu. Da der Reichstag und die Gemeindebehörden nicht den Muth dazu besaßen, forderten die revolutionären Kräfte Wien's (am 17. October) die Ungarn zur Hülfeleistung auf. Auch ohne solche hatten die Magyaren die Pflicht, die Wiener nicht im Stiche zu lassen. Die Märzrevolution von Wien hatte nicht blos der Freiheit der deutschen, sondern auch der ungarischen Provinzen Oesterreich's eine Bahn gebrochen. Die October-Revolution bewirkte, daß die Croaten unter Jellachich den ungarischen Boden verließen und daß die gegen die Magyaren bestimmten übrigen Truppen sich gegen Wien, statt gegen Ungarn, wandten. Der Feind der Wiener und der Ungarn war einer und derselbe. Es unterlag keinem Zweifel, daß nur die Belagerung Wien's die österreichischen Truppen abhielt, über Ungarn hereinzubrechen. Diese hätten daher den Kampf um Wien als ihre eigene Sache betrachten und ausfechten müssen. Wenn sie dieses gethan und in dieser Richtung wenigstens nach dem 6. October gehandelt, hätten sie Wien und mit dieser Hauptstadt Oesterreich's zugleich ihre eigene Freiheit retten können.

Nicht an materiellen Mitteln, nicht an Geld und Soldaten fehlte es der österreichischen Revolution, sondern an idealen Hülfsquellen, am richtigen Verständnisse der Sachlage, an großartiger Erhebung über Provinzialgrenzen und Förmlichkeiten. Die Abgesandten des Frankfurter Parlaments: Robert Blum, Julius Fröbel, Moritz Hartmann und Trampusch konnten an der Lage der Dinge nichts verändern.

Am 19. October war die Einschließung Wien's schon beinahe vollständig. Am 28. October begann der Kampf. Er dauerte bis zum 31. Eine Zeit lang hatten die Wiener gehofft, durch die Ungarn gerettet zu werden. Am 30. kämpften diese an der Leitha gegen die ihnen entgegen gerückte österreichische Heeresabtheilung. Ihre Macht war

jedoch zu klein. Sie mußte ſich zurückziehen. Zu keinem Zwecke hätten die ungariſchen Truppen beſſer verwendet werden können, als zur Rettung Wien's. Am 31. October zogen die habsburgiſchen Soldknechte in Wien ein. Die Croaten wütheten gleich losgelaſſenen Beſtien, ihr Führer Windiſchgrätz gleich einer giftigen Schlange. Die niedere Soldateska hatte keinen Unterſchied gemacht zwiſchen Männern und Frauen, Erwachſenen und Kindern. Ihr Führer Windiſchgrätz ſuchte die edelſten, die entſchloſſenſten, die begeiſtertſten Freiheitskämpfer als Opfer ſeiner Rache aus: Robert Blum, Meſſenhauſer, Jellinek und wie ſie alle heißen, die unvergeßlichen Märtyrer, deren vergoſſenes Blut ſeiner Zeit noch Tauſende in den Kampf der Freiheit treiben wird.

Mit der Eroberung Wien's und dem Belagerungszuſtande, welchen Windiſchgrätz handhabte, war thatſächlich die Wiener Revolution beendigt. Was in Kremſier noch vom Reichstage verhandelt wurde, war nichts weiter, als eine Komödie, welche die öſterreichiſche Regierung ſpielte, bis ſie glaubte, die ungariſche Revolution gleichfalls niedergeworfen zu haben und daher keiner Larve mehr zu bedürfen. Am 2. Dezember dankte Ferdinand, in Uebereinſtimmung mit ſeinem Bruder Franz Karl, zu Gunſten ſeines Neffen Franz Joſeph ab. Am 7. März 1849 fanden die Abgeordneten ihren Sitzungsſaal von Soldaten beſetzt. Eine vom 4. März datirte ſ. g. Verfaſſung, welche der Kaiſer ſelbſt hatte entwerfen laſſen, machte den öſterreichiſchen Reichstag überflüſſig.

Wie ſich die öſterreichiſche Regierung nur allmählig Zugeſtändniſſe hatte abnöthigen laſſen und den Hintergedanken, dieſe zurückzunehmen, feſthielt, ſo kehrte ſie Schritt für Schritt zu dem alten Abſolutismus zurück. Der erſte Schritt dazu war die Ernennung des Fürſten Windiſchgrätz zum Generaliſſimus der öſterreichiſchen Heere, der zweite die Verlegung des Reichstags von Wien nach Kremſier, der dritte die Erſtürmung Wien's und die dort von Windiſchgrätz geübte Schreckensherrſchaft, der vierte die Auflöſung des Reichstages nebſt Octroyirung der neuen Verfaſſung, der fünfte und letzte beſtand in der Beſeitigung auch dieſer Octroyirung.

Ob dieſe Schwankungen mit klarem Bewußtſein geſchahen, oder ohne ſolches, gilt gleichviel. Die Dummköpfe ſahen nicht klar, die Schlauköpfe wußten, was ſie wollten, die zwiſchen beiden hin und her ſchwankenden Bedientenſeelen folgten den ihnen von da und dort zugehenden Anregungen.

Der Reichstag erlitt das Schickſal, welches er nach den Octobertagen nicht mehr von ſich abwenden konnte. Er hatte zu bald vergeſſen, daß er ſelbſt ein Kind der Revolution ſei und nicht erkannt, daß er nur durch revolutionäre Mittel ſein Daſein erhalten könne. Seine Verhandlungen waren viel zu ſchleppend, als daß ſie das Feuer der Revolution in Kraft erhalten, ſeine Maßregeln zu ſchwach, als daß ſie eine dauernde Gewalt gründen konnten. Er unterlag im Kampfe mit dem Despotismus. Spießbürgerlich, wie ſeine Wirkſamkeit, war auch ſein Ende.

Groß, wie ſie gewirkt und geſtrebt hatte, ging die Aula unter. Von ihr ſang der Freiheitsdichter Schnauſer:

In den Octobertagen
Da ſchwangen ſie den Hut,
Da haben ſie geſchlagen,
Heut — liegen ſie im Blut!
Todt ſind die kühnen Knaben,
Todt iſt die Legion,
Und mit ihr ward begraben

Doch das Volk, welches eine Wiener Legion erzeugte, wird auch eine zweite und dritte ſchaffen, wenn es ſich aus ſeinem Grabe erhebt.

Wenn wir auf die Zeit vom März bis zum November zurückblicken, läßt ſich nicht läugnen, daß Fehler gemacht wurden. Der erſte und größte beſtand in der Schlaffheit der großen Maſſe ſowohl der Bauern, als der Bürger, dann aber auch von Seiten des aufopferungsfähigen und begeiſterten Theiles des Volkes in der mangelhaften Zuſammenwirkung und in der Verkennung des Wechſelverhältniſſes zwiſchen einer revolutionären That und deren Folgen. Nirgends erkannte man die Sammtverbindlichkeit der Revolution, den gleichen Anſpruch, welchen Italiener, Polen, Ungarn und Czechen auf Verbeſſerung und Nationaliſirung ihrer Zuſtände hatten. Nirgends benutzte man die Gunſt des Augenblicks, namentlich in den Octobertagen. Eine ſo wichtige Action, als diejenige des Zeughausſturmes und der Tödtung des Kriegsminiſters Latour durfte nicht ohne wenigſtens vorausſichtliche Zuſtimmung der Mehrheit der Fortſchrittspartei unternommen, mußte aber jedenfalls nachher von derſelben als Anfangspunkt eines neuen Stadiums der Revolution betrachtet werden. Die Tödtung eines vertrauten Miniſters verzeiht eine Dynaſtie nicht. Entweder mußte man den Verräther im Amte laſſen, oder den demſelben gegebenen Tod als Losſagung vom Hauſe Habsburg behandeln. Kampf auf Tod und Leben mußte die Loſung nach dieſer That ſein, wenn man verhüten wollte, was ſpäter eintraf.

Die Leute, welche auf eigene Fauſt das Zeughaus ſtürmten, mußten die Staatsgewalt in die Hand nehmen. Wollten, oder konnten ſie dieſes nicht, ſo machten ſie ſich eines unverantwortlichen Fehlers ſchuldig, welcher den Untergang der Revolution in ſeinem Gefolge haben mußte.

Wien und der Reichstag waren unterworfen. Doch noch ſtanden die Ungarn und Italiener im Felde.

Die Belagerung Wien's hatte den Ungarn Zeit gegeben, ſich zu rüſten. Nach der Einnahme dieſes Bollwerks der Freiheit rückte Fürſt Windiſchgrätz nach Oſten. Die ungariſchen Heere und der Reichstag zogen ſich zurück. Windiſchgrätz zog triumphirend in Buda-Peſth ein (5. Januar 1849). Schon glaubte er, die Rebellen vollſtändig bezwungen zu haben. Doch allmälig vereinigten ſich die verſchiedenen Heeresabtheilungen der Ungarn. Die Schlacht von Kapolna (27. Februar), in welcher die Ungarn der öſterreichiſchen Uebermacht zwar weichen mußten, allein erſt nach einem furchtbaren Kampfe, reichte nicht hin, den verblendeten öſterreichiſchen Oberfeldherrn zu enttäuſchen. Er fuhr fort, die „Vernichtung der Rebellen" an den Hof zu berichten. Eine Reihe von Gefechten: bei Kerecſed, Egerſarmas, Poronezlo, bei Szolnok und anderen Orten, in welchen die Ungarn unter Perczel, Klapka und Görgei ſiegten, bewieſen endlich doch, wenn nicht dem öſterreichiſchen Hofe, ſo doch dem Ungarvolke, daß die Soldknechte der Despoten nicht unüberwindlich ſeien.

Noch größere Siege, als in Ungarn, erfochten die Freiheitskämpfer in Siebenbürgen. Dort ſtand der Pole Bem, welcher vergeblich verſucht hatte, Wien zu retten, an ihrer Spitze. Am Neujahrstage 1849 rückte derſelbe mit einem ſelbſtgeſchaffenen Heere von kaum neuntauſend Mann in Siebenbürgen ein, ſchlug zuerſt die überlegenen Streitkräfte des öſterreichiſchen Feldmarſchall-Lieutenant Wardener, und ſchon am 9. Januar die Hauptmacht des Feindes vor Kolosvar. Am 16. Januar brachte er dem General-Lieutenant Malkowski eine entſcheidende Niederlage bei und erbeutete alle Geſchütze und das ganze Gepäck der Oeſterreicher. Am 21. Januar kam es vor Hermannsſtadt zur Schlacht. Der Kampf dauerte von 7 Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachmittags. Fünfzehn-

tauſend Mann unter Bem ſtanden gegen fünfundzwanzigtauſend Mann unter Puchner. Dort erwarben die Ueberreſte der Wiener Legion, welche auch nach dem Falle der Aula den Kampf der Freiheit fortſetzten, neuen unſterblichen Ruhm. Die Schlacht blieb unentſchieden. Doch ſchon am 9. Februar ſchlug Bem die Oeſterreicher unter Puchner bei der Brücke von Piske auf's Haupt, und Tags darauf (10. Februar) die Reſte des feindlichen Heeres bei Alvincz.

Auf allen Punkten bis zur Vernichtung geſchlagen, warfen ſich die Oeſterreicher den Ruſſen in die Arme. Am 1. Februar rückten viertauſend Mann derſelben unter General Engelhard in Kronſtadt, am 4. deſſelben Monats ſechstauſend Mann in Hermannſtadt ein. Als dieſes auf dem Reichstage zu Kremſier zur Sprache gebracht wurde, läugnete das Miniſterium in gewohnter Frechheit jede Mitwiſſenſchaft. Am 11. März trieb Bem die Ruſſen aus Hermannſtadt und durch den Rothenthurmpaß aus Siebenbürgen. Am 15. März ſchlug er die Oeſterreicher unter Puchner bis zur Vernichtung. Am 20. März eroberte er Kronſtadt. Ruſſen und Oeſterreicher mußten ſich mit Zurücklaſſung aller ihrer Geſchütze, Munition, Verwundeten und ihres ganzen Gepäckes nach der Wallachei flüchten.

Außer den kleinen Feſtungen Karlsburg und Deva war (21. März) ganz Siebenbürgen in Bem's Gewalt. In der ganzen neueren Kriegsgeſchichte iſt mir kein Kampf bekannt, welcher einem Feldherrn zu größerem Ruhme gereichte, als der Feldzug in Siebenbürgen während der drei erſten Monate des Jahres 1849 zur Ehre Bem's. Dieſer hochherzige Pole zeichnete ſich gleichmäßig durch ſeine militäriſchen, wie durch ſeine rein menſchlichen Eigenſchaften aus. Er verſtand es, nicht blos ſeine Krieger, ſondern auch die ganze Bevölkerung Siebenbürgen's, mit alleiniger Ausnahme der daſelbſt wohnenden Wallachen, für die von ihm vertretene Sache der Freiheit zu begeiſtern. Wäre er, ſtatt des Verräthers Görgei, an der Spitze des ungariſchen Hauptheeres geſtanden, ſo hätte der Feldzug des Jahres 1849 wohl eine andere Wendung genommen, obgleich ich nicht glaube, daß der Freiheitskampf ſelbſt dadurch einen weſentlich verſchiedenen Ausgang erhalten hätte. Denn die Urſache des Scheiterns der Freiheitsbeſtrebungen der Jahre 1848 und 1849 lag viel tiefer, als im Heeresbefehle. Dieſer wäre zur rechten Zeit und ſchnell verändert worden, falls die ungariſche Regierung, der ungariſche Reichstag und das ungariſche Volk auf einer höheren Stufe politiſcher Bildung geſtanden hätten.

Der Kampf gegen Oeſterreich nahm eine für die Ungarn immer günſtigere Wendung. Am 1. April ſchlug Dembinski, welchem der Oberbefehl über die ungariſchen Heere zugetheilt worden war, die Oeſterreicher bei Hatvan. Allein dieſelbe Ernennung, welche unter anderen Umſtänden Ungarn die größten Vortheile hätte bringen können, ſtürzte das Land in's Verderben, indem Görgei's fluchbeladener Ehrgeiz nicht ertragen konnte, daß ihm der Oberbefehl nicht zu Theil geworden war. Von dieſer Zeit an ſind die Spuren des von ihm ſpäter vollzogenen Verrathes ſchon ſichtbar. Am 4. April erlitt der linke und der rechte Flügel der Oeſterreicher bei Tapirpieske eine Niederlage und am 6. April wurde das geſammte öſterreichiſche Heer unter Windiſchgrätz bei Gedöllö auf's Haupt geſchlagen. Am 9. April verloren die Oeſterreicher die Schlacht bei Waitzen. Jetzt wurde Windiſchgrätz abberufen. Sein Hochmuth war von den Ungarn gezüchtigt worden. Am 19. April erlitten die Oeſterreicher unter Wohlgemuth ſchwere Verluſte im Dorfe Nagy-Sario.

Doch alle dieſe Siege verloren ihre Bedeutung dadurch, daß es dem Verräther Görgei gelungen war, Dembinski zu verdrängen und das Kriegsminiſterium und den Oberbefehl über das Heer an ſich zu reißen. Er rückte (24. April) ohne auf Widerſtand zu ſtoßen in

Komorn unter Welden. Allein damit endigte Görgei's Siegesbahn, und es begann sein Verrath.

Jetzt galt es, die Fahne der Freiheit über die engen Grenzen Ungarn's hinaus zu tragen, den braven Wienern, welche den ersten Anstoß zur Freiheitsbewegung auch den Ungarn gegeben hatten, das Joch des Belagerungszustandes abzunehmen und alle Völker Europa's zum Kampfe gegen die Despoten aufzurufen. Diese erkannten besser, als die Völker die Sammtverbindlichkeit ihrer Interessen. Bevor die Ungarn es ahnten, hatten die Kaiser von Oesterreich und Rußland schon den Bund gegen Ungarn geschlossen. Der Tag, an welchem der Vertrag zu Stande kam, ist zur Zeit noch nicht ermittelt, doch da die Russen schon am 1. und 4. Februar in Siebenbürgen eingerückt waren, mußte damals schon thatsächlich der Bund geschlossen gewesen sein und es handelte sich seit dieser Zeit nur noch um die Frage, in welcher Art und Weise die russischen Horden dem österreichischen Kaiser zu Hülfe ziehen sollten.

Seit länger als einem Jahre bestand thatsächlich, wenn es auch nicht offen zugestanden wurde, Krieg zwischen Ungarn und dem Hause Habsburg. Blutige Schlachten waren geschlagen worden. Ein Abgrund hatte sich zwischen dem ungarischen Volke und dem Hause Habsburg gebildet, welcher von den Ungarn mit Recht als unübersteigliche Scheidewand betrachtet wurde. Am 15. April 1849 sagte sich der ungarische Reichstag einstimmig vom Hause Habsburg los. Nachdem dieser Schritt zur Kunde der österreichischen Regierung gelangt war, glaubte sie das bisher sorgfältig bewahrte Geheimniß ihres Bundes mit Rußland nicht mehr zurückhalten zu müssen. Am 1. Mai erschien zu Wien die offizielle Kundmachung des mit Rußland abgeschlossenen Vertrages. Die Ungarn mußten jetzt wenigstens erkennen, daß nur ein Bund der Völker die Kraft besitze, den Bund der Despoten zu zersplittern. Doch nichts geschah in dieser Richtung. Dem Bunde, welchen das Haus Habsburg mit dem russischen Czaaren abgeschlossen hatte, stand ein zweiter zur Seite mit dem Verräther Görgei. Dieser sorgte dafür, daß von dieser Zeit an keine kriegerische Bewegung von Erheblichkeit mehr stattfand. Zwar wurde (am 21. Mai) die bis dahin von den Oesterreichern besetzte Stadt Ofen erobert, allein da diese keine eigentliche Festung war, so hatte dieser Sieg weniger eine militärische, als eine politische Bedeutung. Weit größere Resultate hätten erzielt werden können, wenn die Ungarn, statt von Komorn zurück, in westlicher Richtung vorwärts gerückt wären. Mehr als ein Monat der kostbarsten Zeit ging durch die Belagerung Ofen's verloren. Görgei traf seine Maßregeln so, daß die unter seinen Befehlen stehende Kriegsmacht immer mehr geschwächt werden mußte. Die Regierung besaß nicht die Kraft, ihn abzusetzen. Sie entzog ihm zwar das Kriegsministerium, ließ ihn aber an der Spitze des Heeres, welches er dem Untergange gewidmet hatte. Es ist vollkommen bewiesen, daß Görgei alle seine Märsche mit den russischen Feldherren abkartete und alle Treffen, welche seine Truppen den Russen lieferten, so einrichtete, daß die Ungarn geschlagen werden mußten. Die Regierung, welche sich von Pesth nach Szegedin und von da nach Arad zurückgezogen hatte, sank in immer größere Entmuthigung. Sie verlieh (11. August 1849) Görgei die oberste Civil- und Militärgewalt, von welcher er keinen andern Gebrauch machte, als daß er die Reste seines Heeres, welche noch achtundzwanzigtausend Mann und einhundert und zweiundvierzig Kanonen betrugen, bei Vilagos die Waffen strecken ließ.

Am 5. October übergab Klapka die Festung Komorn, erhielt jedoch freien Abzug der Garnison, Päße in das Ausland und einige pecuniäre Vortheile für die unter seinen Befehlen stehenden Truppen zugesichert. Tags darauf ließ das Haus Habsburg zu Arad, die Führer des Kampfes, welche durch Verrath in seine Hände gefallen waren: Vecsey

Aulich, Török, Lahner, Pöltenberg, Nagy-Sandor, Knezich, Leiningen, Damjanich, Kis, Deſſewfy, Lázár und Schweidel — hinrichten. Zu Peſth fielen durch Henkersband: Graf Ludwig Bathyány, Fürſt Waroniezki, Giron, Abancourt, Baron Perényi, Szacsvay, Miniſter Cſányi und Baron Jeßenak.

Begnadigung zu Pulver und Blei wurde die Loſung. Die Männer, welche dem Tode entgingen, verfielen dem Kerker. Die Jugend wurde als Kanonenfutter in die öſterreichiſchen Regimenter geſteckt. Die Frauen wurden geprügelt. Weder Ferdinand VII. von Spanien, noch Ferdinand I. von beiden Sicilien, nur der Bundesgenoſſe des Hauſes Habsburg, nicht der legitime Romanoff, ſondern der Baſtard Soltikow, Nicolaus I. hatte in ähnlicher Weiſe gegen die Polen gewüthet. Doch nicht alle Führer der Ungarn fielen in die Hände der habsburgiſchen Henker. Koſſuth, Bem, Guyon, Meſſaros, Dembinski, Perczel, Kmethy und andere konnten ſich durch die Flucht retten.

Venedig, die letzte Stätte der Freiheit im öſterreichiſchen Italien, war ſchon (am 30. Auguſt) gefallen. *)

Auf dieſe Weiſe erreichte die öſterreichiſche Revolution der Jahre 1848 und 1849 ihr Ende, allein die Reſultate, zu welchen dieſelbe geführt hatte, konnten nicht ungeſchehen gemacht werden. Der geſammte Bauernſtand der Monarchie blieb von den ihm durch den Reichstag abgenommenen mittelalterlichen Dienſten und Abgaben frei. Dieſer Erfolg allein war des während und nach der Revolution vergoſſenen Blutes werth.

Außer dieſem unmittelbar praktiſchen Reſultate wurden aber die für die Zukunft Oeſterreich's und der geſammten Menſchheit bedeutungsvollſten Lehren zu klarer Anſchauung gebracht.

Alle ſowohl zu Wien, als zu Prag, zu Lemberg und Peſth aufgetretenen Volksvertreter waren darin einſtimmig, daß ſie nach größerer Freiheit verlangten. Allein die Deutſchen verſtanden darunter etwas ganz anderes, als die Slaven, und dieſe etwas anderes, als die Ungarn und die Italiener. Ja, ſelbſt unter den Slaven herrſchten mannichfaltige Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen Czechen, Polen, Ruthenen und Romänen. Die Verſchiedenheit der Sprachen erſchwerte bei dem Slaven-Congreſſe zu Prag und auf dem Reichstage zu Wien alle Verhandlungen. Sie war aber ſelbſt nur ein Symbol der weit tiefer liegenden, inneren Verſchiedenartigkeit der unter dem Hauſe Habsburg vereinigten Nationalitäten.

Die Revolution des Jahres 1848 hatte die Oeſterreicher aller Provinzen überraſcht. Weder Deutſche, noch Ungarn, weder Czechen, noch Romänen und Ruthenen waren ſich ganz klar darüber, was ſie eigentlich wollten. Nur die Italiener und die polniſchen Grundherren wußten dieſes, wagten aber nur theilweiſe, es unumwunden auszuſprechen. Die Italiener wollten ein ſelbſtändiges Italien, die polniſchen Adeligen ein unabhängiges Polenreich. Die Deutſchen trachteten im Allgemeinen darnach, das deutſche Element, die Slaven das ſlaviſche auf den Herrſcherſtuhl zu erheben. Allein über die Art und Weiſe, wie dieſes geſchehen ſollte, waltete in beiden Lagern wiederum die größte Meinungsverſchiedenheit ob. Ein Theil der Slaven wollte einen Einheitsſtaat auf ſlaviſcher Grundlage, der andere einen Staatenbund. Derſelbe Gegenſatz fand ſich auch im Schooße der deutſch-öſterreichiſchen Partei. Ein Theil derſelben wollte eine Monarchie mit vorherrſchenden deutſchen Elementen, der andere einen innigen Anſchluß an das übrige Deutſchland, an das Frankfurter Parlament und die von demſelben berathene Verfaſſung.

Die Wenigſten waren ſich aber der nothwendigen Conſequenzen ihrer Forderungen

*) Siehe unten § 75.

bewußt. Nur die blinden Anhänger des Hauses Habsburg, welche die Macht der Regentenfamilie als die Hauptsache und die Schicksale der unterworfenen Völker als eine Nebensache betrachteten, waren consequent, indem sie darnach strebten, alles möglichst wieder auf den alten Fuß zurück zu führen. Sie gewannen am Ende die Ueberhand. Sie setzten alles wieder auf den alten Fuß zurück, soweit dieses thunlich war. Allein die von der kaiserlichen Familie gegebenen Zusagen, die ins wirkliche Leben getretenen Einrichtungen, Anstalten und Gesetze, der ganze Ideengang, welcher vom März bis zum October 1848 in allen Theilen Oesterreich's, vom März 1848 bis August 1849 in Italien und bis zum October 1849 in Ungarn und Siebenbürgen Platz gegriffen hatte, konnte nicht aus dem Gedächtnisse des Volkes gestrichen werden. Die Schwungkraft, welche sich da und dort im Schooße des Volkes kund gethan hatte, ließ sich nur durch eine verstärkte Schwerkraft niederhalten. Das Ansehen, welches die Regierung verloren hatte, indem sie ihre Gewalt auf die Bajonette der rohesten Völker Europa's, der Croaten und Russen stützte, ließ sich durch kein Mittel wieder herstellen und nur durch eine noch unerträglichere Gewaltherrschaft, als diejenige früherer Zeiten gewesen war, ersetzen.

Die nothwendige Folge hiervon war, daß die Stimmung der österreichischen Völker sich derjenigen wieder annäherte, welche vor der Märzrevolution bestanden hatte, nur mit dem Unterschiede, daß früher das Haus Habsburg, jetzt die revolutionäre Partei den Rechtsboden für sich hatte, daß im Monate März das Volk, Ende October 1848 aber die kaiserliche Familie den Boden der Revolution betrat. Hierzu kömmt noch, daß die Völker Oesterreich's die Ueberzeugung gewannen, sie könnten niemals auf eine Verbesserung hoffen, so lange sie das habsburgische Joch trügen. Die Deutschen, wie die Ungarn, die Slaven, wie die Italiener wissen jetzt, daß sie nur nach Zertrümmerung des ihnen vom Hause Habsburg auferlegten Joches eine ihren Ansichten und ihrer Bildungsstufe entsprechende Entwickelung erreichen können.

Nicht ein gemeinsamer Wiener Reichstag kann in Oesterreich zum Ziele führen. Die verschiedenen im Schooße der österreichischen Monarchie befindlichen Nationalitäten müssen ihre Angelegenheiten selbständig in die Hand nehmen, keine muß sich anmaßen, der andern das Gesetz geben zu wollen, wenn es besser werden soll. Den Mailändern ist es in unseren Tagen (1859) mit Hülfe der Sardinier und Franzosen gelungen, das habsburgische Joch abzuschütteln. Die Venetianer haben die Hoffnung nicht aufgegeben, auch ihnen möge gelingen, was die Lombarden erreichten. Der Anfang der Gründung der italienischen Selbstherrlichkeit ist gemacht, soviel dieser auch zu wünschen übrig läßt. Er bietet immerhin einen Anhaltspunkt für die übrigen vom Hause Habsburg beherrschten Nationalitäten.

Die Unklarheit des Jahres 1848 ist überwunden. Die Frage kann jetzt nie mehr sein: Metternich, oder nicht, sondern das Haus Habsburg, oder nicht. Daß ein durchgreifender, ein befriedigender Fortschritt unter dem Hause Habsburg für die verschiedenen demselben unterworfenen Nationalitäten eine Unmöglichkeit ist, haben die Jahre 1848 und 1849 zu Tage gebracht. Fortschritt für Deutsche, Slaven, Ungarn und Italiener ist Zertrümmerung des gemeinsamen Habsburgischen Joches und Anschließung an die stammverwandten, nicht österreichischen Länder: der Deutschen an Deutschland, der Polen an Polen, der Italiener an Italien. Ungarn und Siebenbürgen besitzen von allen österreichischen Ländern allein die Grundbedingung eines selbständigen Daseins. Sie mögen davon Gebrauch machen! Die durch ganz Oesterreich zerstreuten Slaven mögen ihre Wünsche und Forderungen in jedem Landestheile, den sie bewohnen, kund thun! Wo sie

die Mehrheit haben, mögen sie die Rechte einer solchen geltend machen! Wo sie in der Minderheit sind, mögen sie sich fügen!

Wer das Haus Habsburg beibehalten will, hüte sich wohl Revolution zu machen! Denn bei dem jetzigen Stande der Verhältnisse ist ein entscheidender Fortschritt ohne Entfernung des Hauses Habsburg unmöglich.

Sobald die Stunde der Freiheit schlägt, wird keine Hand sich mehr rühren, um Italiener und Polen gegen ihren Willen beim Hause Habsburg fest zu halten, wird niemand den deutschen Bewohnern Oesterreich's verwehren, sich mit ihren Brüdern am Rheine, an der Ost- und Nordsee zu vereinigen, wird die ungarische Verfassung und die von den Vertretern der Nation ausgesprochene Absetzung des Hauses Habsburg in Kraft treten. Wer den Fortschritt in Oesterreich will, mache sich mit dem Gedanken vertraut, das Haus Habsburg zu stürzen! Wer dies nicht will, ducke sich unter die Säbelherrschaft der Soldaten und das Concordat der Pfaffen!

Ungarische, deutsche, polnische, czechische und croatische Truppen halfen Italien unterjochen. Deutsche Soldaten schossen die Czechen zu Prag und die Polen zu Lemberg nieder. Die Croaten wütheten in Wien und in Ungarn, kurz jede Nationalität konnte für das ihr angethane Unrecht an anderen Nationalitäten Rache nehmen, und das Resultat aller dieser Abschlachtungen war allgemeine Knechtschaft, der Triumph der Habsburg'schen Politik.

Jede der verschiedenen Nationalitäten glaubte, in ihren Bestrebungen etwas vor den anderen voraus zu haben; die eine wähnte mehr Macht, die andere mehr Gesetzlichkeit, die dritte mehr erlittenes Unrecht geltend machen zu können und betrachtete daher ihre Stellung für weit besser, als diejenige der anderen Nationalitäten. Diese Anschauungsweise beruhte theils auf Beschränktheit, theils auf Uebermuth, und würde sich in weit höherem Grade geltend gemacht haben, falls die Völker gesiegt hätten. Sie konnten nicht siegen, weil diese Schwächen sie vereinzelten. Sie mußten noch einmal in den Schmelztiegel eines gemeinsamen Despotismus geworfen werden. Während der bitteren Leiden, welche dieser ihnen bereitet, werden sie hoffentlich die 1848 und 1849 bekundeten Fehler erkennen und ablegen.

## § 69. Preußen und die Hohenzollern.

Der Entwickelungsgang Preußen's war demjenigen Oesterreich's sehr ähnlich. Der Unterschied zwischen beiden Staaten bestand hauptsächlich nur darin, daß Preußen, mit Ausnahme der Polen geraubten Bezirke, eine durchaus deutsche Macht war, während im österreichischen Staatencomplexe das deutsche Element sich in der Minderheit befand. Hierzu kam noch, daß in Preußen die protestantische Religion vorherrschend und das Volk durchschnittlich höher gebildet war, als in Oesterreich. Der heroische Aufschwung der Jahre 1813 und 1814 und die Zeiten der Vorbereitung von 1808 bis 1813 konnten weder durch die Censur, noch durch die Polizei in Vergessenheit gebracht werden. Die seit dem Aachener Congresse unbedingt herrschende Reaction lastete gleich einem schweren Alpe auf allen Zweigen des staatlichen und bürgerlichen Lebens. Als mitten in den von oben her gehegten Stumpfsinn des Volkes die Nachricht von dem Ausbruche der Juli-Revolution fiel, so entstand zwar in den Regierungskreisen Anfangs ein großer Schrecken, Ludwig Philipp zerstreute denselben aber schnell durch seine friedlichen Erklärungen und seine reactionären Maßregeln.

Die volks- und freiheitsfeindliche Richtung Friedrich Wilhelm's III. trat insbesondere

den Russen freundlichen und den Polen feindlichen Haltung der preußischen Regierung beigemessen werden mußte. Das s. g. Legitimitätsprincip war der Compaß, nach welchem Friedrich Wilhelm III. seine auswärtige Politik einrichtete. Die Folge davon war, daß aus Unterwürfigkeit gegen Rußland der Handel Preußen's gegen Osten zu Grunde gerichtet wurde. *)

Als auf der andern Seite das constitutionelle Princip in Spanien und Portugal den Sieg gewann, so brach die preußische Regierung allen diplomatischen Verkehr mit den Cabinetten von Madrid und Lissabon ab, worunter der Handel Preußen's nach der pyrenäischen Halbinsel sehr litt. Die Folgen dieser Legitimitätspolitik traten nicht sofort zu Tage. Allein sie blieben darum doch nicht aus. Eine derselben war die oberschlesische Hungerpest.

Im Innern ging das alte Polizeiunwesen, wie früher, fort. Alles duckte sich, Niemand wagte, der Regierung entgegen zu treten. Nur die katholischen Pfaffen, welche wußten, daß sie einem Polizeistaate, wie Preußen, unentbehrliche Gehülfen seien, wollten sich nicht unbedingt fügen. Sie machten ebensowohl, als der König von Preußen, Anspruch auf Unfehlbarkeit und blinden Gehorsam und dehnten, gleich dem Könige, das Gebiet ihrer Herrschaft so weit aus, als möglich. Auf dem Felde der gemischten Ehen stieß Katholicismus und Protestantismus zusammen. Hätte die preußische Regierung diesen Conflict vermeiden wollen, so hätte sie sich auf ihrem Gebiete halten und, ohne auf katholische Unduldsamkeit Rücksicht zu nehmen, die Ehe für einen bürgerlichen Vertrag erklären und als solchen behandeln müssen; doch dazu war Friedrich Wilhelm III. viel zu fromm und viel zu beschränkt. Statt dieses zu thun, ließ er den Erzbischof von Köln, Droste-Vischering (1836) und den Erzbischof von Posen, Dunin (1839), gefangen setzen, wodurch natürlich in der gesammten katholischen Welt eine große Aufregung hervorgerufen und der schlummernde Fanatismus dieser Kirche gewaltsam aufgeweckt wurde. Bevor der Streit zwischen der preußischen Regierung und der römischen Kirche ausgeglichen werden konnte, starb der König (7. Juni 1840).

Ihm folgte sein Sohn, Friedrich Wilhelm IV., welcher damals bereits in seinem fünfundvierzigsten Jahre stand. Er war ein Muster für Alle, welche „groß in Worten und klein in Thaten" zur Richtschnur ihres Lebens gemacht hatten. Er begann, wie die meisten neuen Könige damit, daß er die allerschlimmsten Verstöße und Gewaltthaten seines Vorgängers einigermaßen wieder gut zu machen suchte. Er erließ eine allgemeine Amnestie für sämmtliche politische Verbrechen und Vergehen und setzte einige von seinem Vater entlassene Männer, welche jedoch mittlerweile sehr alt geworden waren, wieder in Thätigkeit, so namentlich den General Boyen und den Professor Arndt. Der ehemalige Turnlehrer Jahn wurde der über ihn verhängten polizeilichen Aufsicht enthoben. Oberpräsident Schön in Königsberg wurde zum Staatsminister ernannt, die Gebrüder Grimm, welche in Folge des hannoverschen Verfassungsstreites ihre Professorstellen in Göttingen niedergelegt hatten, wurden nach Berlin berufen. Alle diese Maßregeln nahm das Volk mit Jubel auf. Den Streit mit der katholischen Kirche suchte der König beizulegen, allein nicht auf würdige Weise, indem er der katholischen Unduldsamkeit durch weltliche Gesetze Schranken zog, sondern durch eine schmachvolle Nachgiebigkeit, welche bewies, daß der König die Hülfe der katholischen Geistlichkeit zur Aufrechthaltung der Ordnung im Staate für unentbehrlich hielt.

In der Hauptsache blieb das Regierungssystem Friedrich Wilhelm's III. unverändert

*) Siehe oben § 67, S. 696.

daſſelbe, d. h. es ſtützte ſich in der auswärtigen Politik auf die ſ. g. Grundſätze der heiligen Allianz, und in den inneren Angelegenheiten auf die in Karlsbad (1819) und zu Wien (1820) feſtgeſtellten Reactionsmaßregeln. Allein die Zeiten hatten ſich geändert. Seit den Freiheitskriegen war eine neue Generation heran gewachſen, welche die Bande der Gemüthlichkeit nicht mehr ſo hoch achtete, als ihre Vorfahren. Friedrich Wilhelm III. war aus Rückſicht für die von ihm durchgemachten Leiden und Kämpfe Manches nachgeſehen worden, was man deſſen Sohne nicht ruhig hingehen ließ.

Die große Frage war: wird Friedrich Wilhelm IV. nach fünfundzwanzig Jahren halten, was ſein Vater dem Volke in den Jahren 1813, 1815 und 1820*) verſprochen hatte?

Aus den zahlreichen Erklärungen, welche der König bei vielen Gelegenheiten gab, erhellte, daß er zwar die Rechte der Krone in deren voller Ausdehnung geltend machen, die mit denſelben verbundenen Verbindlichkeiten aber keineswegs zu erfüllen geneigt ſei, oder mit anderen Worten, daß er zwar die Activa, allein nicht auch die Paſſiva der von ihm angetretenen Erbſchaft gelten laſſen wolle. Die von Friedrich Wilhelm III. ertheilten Zuſagen waren zu bündig, als daß ſie durch irgend eine Dialektik hätten beſeitigt werden können. Die wiederholten und vom Zaune geriſſenen Verſuche, welche der König machte, ſie zu verflüchtigen, mußten nothwendig das Vertrauen des Volkes zu ihm ſchwächen und ihn in den Augen der denkenden Bürger ſogar verächtlich und lächerlich machen.

Die Reden des Königs liefen immer auf die Erklärung hinaus: „da ſein Vater durch Anordnung der Provinzialſtände, ſtatt einer Landesrepräſentation, bereits dem Volke das Wort gebrochen habe, könne ihm nicht verwehrt werden, auf dieſem Wortbruche fußend, jede Erweiterung oder Ausdehnung der gemachten Zugeſtändniſſe als Gnadenſache zu behandeln. Dabei wolle er ſich in keiner Weiſe drängen laſſen, vielmehr könnten ſeine Unterthanen nur inſofern Zugeſtändniſſe erwarten, als ſie ſchön artig ſeien, ſich jedes unliebſamen Tadels enthielten und zu ihrem Könige gleich einer irdiſchen Vorſehung verehrungs- und vertrauensvoll aufblickten."

Im Schooße des preußiſchen Volkes war zwar Unterwürfigkeit und Reſpekt vor den Machthabern, allein auch Feſthalten an dem gegebenen Worte allgemein verbreitet. Es verdroß daher auch die treueſten Anhänger des Königthums, daß Friedrich Wilhelm IV. die Zuſagen aus den Jahren 1810 bis 1815 gänzlich mit Stillſchweigen überging, das Verſprechen vom 17. Januar 1820 zum Nachtheile der Freiheit und des Rechtes deutete und das Geſetz vom 5. Juni 1823 über die Anordnung der Provinzialſtände zur Grundlage der Zukunft Preußen's erklärte.

Schon in den erſten Tagen der Regierung Friedrich Wilhelm's IV. trat jene Doppelzüngigkeit zu Tage, durch welche der König ſeine Anhänger zur Verzweiflung brachte und alle denkenden und ehrlichen Männer Deutſchland's gewaltſam von ſich abſtieß. Keine öffentliche Erklärung, keine der vielen Reden des Königs hatte einen beſtimmten, greifbaren Sinn. Im erſten Augenblicke fanden die Maſſen in denſelben wiederholt erfreuliche Zuſagen. Wenn man ſich aber auf dieſelben ſtützen wollte, ſo trat der Doppelſinn zu Tage, welcher dem Könige eine Hinterthür zum Rückzuge öffnete.

Wären die Menſchen nicht immer ſo ſehr geneigt, zu hoffen, auch wo es ihnen an allem feſten Grunde dazu gebricht, ſo hätten die Rathgeber, welchen Friedrich Wilhelm ſein Vertrauen ſchenkte, deutlich beweiſen können, daß von dem guten Willen des Königs auch nicht das Geringſte zu hoffen ſei. Schon am 10. October 1840 wurde

der Erz-Pietist, Geheime Legationsrath Eichhorn, zum Cultus- und Unterrichtsminister ernannt. General von Thile, ein verknöcherter Corporal, wurde Cabinetsminister, der Oberlandesgerichtspräsident Böttiger in Stettin, ein unverbesserlicher Bureaukrat, zum Mitgliede des Staatsraths, Professor Stahl, welcher nur in dem anmaßlichen Restaurator der Staatswissenschaft, Haller, einen Mann seines gleichen hatte, zum Professor an der Universität Berlin, der frühere kurhessische Minister Hassenpflug, dessen Namen das Volk in Hessenfluch umwandelte, zum Mitgliede des Obertribunals ernannt. Der krasseste Pietismus wurde von oben herab gehegt. Wer auf Carrière Anspruch machte, mußte die Larve der Frömmelei vornehmen. Die verhaßtesten Pietisten, Leute wie der Graf Stollberg-Wernigerode, Savigny, Bodelschwingh, Geheime Rath Göschel, Geheime Rath Götze und Andere besaßen des Königs Ohr und wurden zu den wichtigsten Geschäften gebraucht.

Ein unerträglicher Polizeidruck erschwerte dem Volke jede Kundgebung. So oft nichtsdestoweniger, namentlich vermittelst der Provinzialstände oder der städtischen Behörden eine Regung der Freiheit bis zum Throne drang, trat der König derselben mit einer Heftigkeit entgegen, welche allgemeine Entrüstung erweckte.

Die Provinzial-Landtage waren so zusammen gesetzt, daß der Adel zwei Drittheile, der Bürger- und Bauernstand nur ein Drittheil der Stimmen zählte. Sie hatten nirgends entscheidende Stimme und sogar ihr Petitionsrecht war in mannigfaltiger Weise beschränkt. Dennoch verstand es der König nicht einmal, mit diesen zahmen Leuten gütlich auszukommen. Die meisten Anträge und Wünsche der Provinzialstände wurden Jahr ein, Jahr aus, gewöhnlich in verletzender und abstoßender Weise, verworfen. Dasselbe Schicksal hatten zahlreiche Anträge, welche von verschiedenen städtischen Behörden an den König gelangten. Schon am 13. September 1840 erklärte Friedrich Wilhelm IV. bei seinem Einzuge in Breslau: „Was mir eine fünfundzwanzigjährige Erfahrung als unzweckmäßig gezeigt hat, kann ich nicht geben und lasse es mir durch keine Macht der Erde abzwingen."

Der König gab durch diese Worte zu erkennen, daß er seine persönliche Erfahrung, oder richtiger gesagt, sein persönliches Vorurtheil (denn Erfahrungen im eigentlichen Sinne des Wortes zu machen halte er als Kronprinz gar keine Gelegenheit) über die Landesgesetze und den fast einstimmigen Wunsch des Volkes stelle und diesem Trotz zu bieten entschlossen sei.

Das Jahr 1841 brachte schon zu Tage, daß auch dem Auslande gegenüber von Friedrich Wilhelm IV. nichts zu hoffen sei. Die Kaufmannschaft der Stadt Königsberg wandte sich an das Ministerium des Innern, stellte demselben die für die Provinz so sehr verderblichen Folgen der russischen Grenzsperre und die empörenden Grausamkeiten vor, welche der mit Rußland abgeschlossene Cartelvertrag nach sich zog.*) Die sehr wohl begründete Petition, welche in ganz Deutschland einen kräftigen Wiederhall fand, wurde mit herben Worten zurückgewiesen. Die Grenzsperre und der Cartelvertrag blieben bestehen, zum Verderben des preußischen Handels und zur Schmach der preußischen Regierung. So sehr sich auch der König gegen jeden wirklichen Fortschritt sträubte, sah er sich doch gezwungen, etwas zu thun, was den Schein des Fortschritts hatte. Unterm 19. August 1842 erließ Friedrich Wilhelm IV. eine Verordnung, welche die ständischen Ausschüsse auf den 18. October nach Berlin berief.

Mit Recht sprach sich die Presse fast einstimmig gegen das Institut ständischer Ausschüsse aus. Die Provinzialstände waren allen denkenden Menschen verhaßt, theils weil

*) Siehe oben § 67, S. 696.

dieselben auf einer mittelalterlichen Grundansicht, ohne mittelalterliche Rechte ruhten, theils weil dieselben augenscheinlich nur erfunden worden waren, um das Volk über die Bedeutung der früher ertheilten königlichen Verheißungen zu täuschen.

Der König, welcher durch seine Erlasse auch die gefügigsten Menschen gegen sich aufreizte und selbst durch den geringsten Widerspruch in Zorn versetzt wurde, wüthete gegen die Presse. In einer Cabinetsordre vom 14. October 1842 befahl er den Ober-Präsidenten, „dem Gifte der schlechten Presse" dadurch entgegen zu wirken, daß sie die Redactionen zwängen, die Berichtigung unrichtiger Thatsachen in ihre Blätter aufzunehmen. Dadurch konnte die Regierung nichts gewinnen, denn die Blätter gaben keine unrichtigen Thatsachen, sondern wiesen nur auf solche hin, welche die Regierung am liebsten der Vergessenheit anheim gegeben hätte und erlaubten sich, aus diesen Thatsachen Schlußfolgerungen zu ziehen, welche der despotischen Regierung Friedrich Wilhelm's IV. nicht zusagten.

Als die vereinigten Ausschüsse am 18. October 1842 in Berlin zusammen traten, zeigte es sich sofort, daß der König nicht beabsichtige, den Wünschen des Volkes nachzugeben, sondern nur unter dem Aushängeschilde des Fortschrittes den alten Despotismus festzuhalten. Die Propositionen, welche die Regierung der Versammlung vorlegte, waren höchst unbedeutend. Sie umfaßten nur drei Punkte: Steuererlaß, Eisenbahnverbindung und die Benützung von Privatflüssen. Die brennenden Fragen des Tages: Repräsentativ-Verfassung, Preßfreiheit, Geschwornengerichte, Schutz der Person gegen polizeilichen Unfug, die russische Grenzsperre, der russische Cartelvertrag u. s. w. — blieben unerwähnt. Die Geschäftsordnung, welche der König der Versammlung octroyirte, war so beschaffen, daß sie eine freie Meinungsäußerung, einen Gedankenaustausch oder irgend ein gedeihliches Resultat durchaus unmöglich machte. Die Stellung, in welche der König die Mitglieder der Versammlung gegenüber den verschiedenen Departementschefs versetzte, war eine durchaus herabwürdigende. Der Departementschef konnte zu jeder Zeit das Wort ergreifen und jeden Redner unterbrechen, während die Mitglieder der Versammlung der Reihe nach zum Sprechen aufgerufen wurden und nur einmal über denselben Gegenstand das Wort ergreifen durften.

Das falsche Spiel der Regierung trat bei Gelegenheit der Eisenbahnfrage klar zu Tage. Die Versammlung erkannte mit neunzig gegen acht Stimmen die Dringlichkeit der Ausführung eines Eisenbahnnetzes an. Es handelte sich jetzt noch um die Frage: ob der Staat durch Uebernahme einer Garantie die Ausführung des Eisenbahnsystem's herbeiführen solle. Die Regierung vermeinte, durch diese Fragstellung den eigentlichen Stand der Dinge auf die Seite schieben zu können. Nach dem Gesetze vom 17. Januar 1820 konnte ohne Zuziehung und Mitgarantie der Reichsstände keine neue Anleihe oder sonstige Staatsschuld gemacht werden. Die Finanzen des Staates waren jedoch nicht so blühend, daß die Regierung ohne Anleihen die für nothwendig erkannten Eisenbahnen hätte verwirklichen können. Reichsstände im Sinne des eben genannten Gesetzes wollte der König nicht einführen. Ohne solche konnte er aber keine Staatsschulden contrahiren. Die Regierung vermeinte nun dadurch, daß sie blos von einer Zinsengarantie sprach, die dornenreiche Frage der Reichsstände umgehen zu können. Allein die Folge davon war nur, daß nichts zu Stande kam. So scheiterten die nothwendigsten Einrichtungen an dem beharrlichen Widerwillen des Königs gegen die ständische Verfassung.

So lange die Könige zahlreiche Heere in ihren Diensten haben, während die große Masse des Volkes waffenlos, ist jede reichsständische Verfassung nichts weiter, als eine Organisation, welche einiges Licht in die Hallen der Staatsverwaltung einführt. Der Kampf in Preußen drehte sich daher nur um etwas mehr oder etwas weniger Oeffentlichkeit.

Die Regierung that immer, wie sie wollte. Nur die Scheu vor der Oeffentlichkeit konnte ihr einige Schranken setzen. Der König, welcher außerordentlich eitel und manche Minister, welche gegen die öffentliche Stimme nicht taub waren, konnten sich, so selbstwillig sie immer sein mochten, doch über den Tadel der Presse nicht erheben. Es verdroß sie, fast in allen Fragen alle Blätter, welche auf Unabhängigkeit Anspruch machten, gegen sich zu haben. Ihre Verachtung des Volkes, des Rechtes und der Freiheit war viel zu groß, als daß sie sich durch die Presse hätten belehren lassen. Es blieb ihnen daher nichts übrig, als diese zu unterdrücken. Es fanden sich keine Censoren, welche barbarisch genug gewesen wären, den Wünschen Friedrich Wilhelm's IV. und seiner Minister vollkommen Genüge zu leisten. Zu der Censur kam die Unterdrückung freisinniger Zeitungen und zu dieser die Verfolgung freisinniger Schriftsteller hinzu. Die Rheinische Zeitung wurde vom 1. April 1843 an unterdrückt. Der bei der Königsberger Zeitung beschäftigte Oberlehrer Witt wurde von seinem Amte suspendirt und mit Geld bestraft. Sogar die im Auslande erscheinende Leipziger Allgemeine Zeitung wurde für Preußen verboten. Die Bildercensur, welche der Minister von Rochow aufgehoben hatte, wurde wieder eingeführt, ein neues Censurgesetz gegeben, ein Ober-Censurgericht gegründet, welches am 1. Juli 1843 seine Sitzungen eröffnete.

Die ganze Regierungsthätigkeit Friedrich Wilhelm's IV. bestand nur darin, daß er, statt unsittliche, unvolksthümliche, freiheits- und rechtswidrige Zustände abzuschaffen oder doch zu bekämpfen, dieselben zu legalisiren suchte. Statt die von Friedrich Wilhelm III. versprochenen Reichsstände redlich und ehrlich zu gewähren, bemühte sich Friedrich Wilhelm IV., den Provinzialständen eine Gestalt zu geben, welche eine Verwechselung mit den versprochenen Reichsständen anbahnen sollte. Statt der durch den Artikel 18 der deutschen Bundesacte besprochenen und von dem Volke dringend begehrten Preßfreiheit erließ der König Censurvorschriften aller Art. Statt dem Unwesen des mittelalterlichen Duells entgegenzutreten, suchte er den Zweikampf durch das Institut der Ehrenräthe gesetzlich zu machen. So kam es dahin, daß unter dem frommen Friedrich Wilhelm IV. böswillige Mordthaten unter des Königs schützenden Fittigen ganz gewöhnliche Erscheinungen und offenkundige Mörder besondere Günstlinge des Hofes wurden.

Eben so gewaltsam und unverständig, wie in dem Staate, griff Friedrich Wilhelm IV. auch in der Kirche ein. Seine unterthänigen Diener Eichhorn und Genossen schmeichelten ihm mit dem Gedanken einer Art protestantischen Papstthums, welche dem eitlen und herrschsüchtigen Könige außerordentlich zusagte. Der Druck, welchen der König und die von ihm begünstigten Finsterlinge auf die protestantische Kirche ausübten, hatte zur Folge, daß alle denkenden Menschen sich von einer Anstalt abgestoßen fühlten, deren augenscheinlicher Zweck darin bestand, das Volk zu verdummen. Die „protestantischen Freunde" schaarten sich zusammen, um dem von oben herab begünstigten Obscurantismus die Spitze zu bieten. Selbst die bisher so schläfrigen und spießbürgerlichen Gemeindebehörden wurden durch die reactionären Bestrebungen des Hofes aus ihrem Schlummer geweckt und verlangten Oeffentlichkeit der Gemeindeverhandlungen.

Als im Jahre 1843 die Provinzial-Landtage zusammen traten, wurden sie mit Petitionen überschwemmt, welche eine verbesserte Volksvertretung, ein zeitgemäßes Preßgesetz, Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen und Landtagsverhandlungen, Nennung der Namen der Redner in den Protokollen, Aufhebung des bevorzugten Gerichtsstandes, Verbesserung der Geschäftsordnung der vereinigten Ausschüsse, Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, Freiheit des Gewissens, der Lehre und der Presse und andere ähnliche zeitgemäße Zugeständnisse verlangten. Gegen den Entwurf des neuen Straf-

gesetzbuches trat der rheinische Landtag mit großer Entschiedenheit auf. Ueberhaupt zeichneten sich die Rheinländer durch die Freimüthigkeit ihrer Verhandlungen rühmlichst aus.

Censur und Polizei fuhren fort, zu wüthen, ohne jedoch den Muth des Volkes brechen zu können. Besonderes Aufsehen erregte die von Dr. Johann Jakobi zu Königsberg herausgegebene Schrift: „Vier Fragen eines Ost-Preußen." Obgleich diese Flugschrift in durchaus würdevoller Sprache gehalten war, ließ der König den Verfasser in Anklagezustand versetzen. Durch Erkenntniß erster Instanz (2. April 1841) wurde Jakobi wegen Majestätsbeleidigung und frechen, unehrerbietigen Tadels der Landesgesetze zu zwei und einem halben Jahre Festungsstrafe und zum Verluste der Nationalkokarde verurtheilt. Er hatte gewagt, mit unwiderleglicher Logik nachzuweisen, daß der König verpflichtet sei, dem Lande eine Verfassungsurkunde zu geben. Das Ober-Tribunal sprach jedoch Jakobi völlig frei (Januar 1843).

Der gegen Jakobi eingeleitete Prozeß verlieh der von ihm verfaßten Schrift eine erhöhte Bedeutung, die fortwährenden Eingriffe, deren sich die Behörden im Gebiete der Kirche, der Lehre, der Presse und des täglichen Lebens schuldig machten, der immer zunehmende Uebermuth des Offizierstandes, welcher mehr und mehr zu einer abgeschlossenen Kaste umgewandelt wurde, die Vorliebe, welche der König für den Adel und mannigfaltige adelige Schnurrpfeifereien kund that, erhöhte mehr und mehr die herrschende Mißstimmung. Am 30. Dezember 1843 erschienen die Landtagsabschiede für die Provinzialstände. Systematisch wies der König in denselben alle Bitten von allgemein politischer Bedeutung ab. Besonders scharf wurde der rheinische Landtag abgekanzelt. Es wurde somit auch dem befangensten Anhänger der Regierung klar, daß der König entschlossen sei, dem Volke keine weiteren Zugeständnisse zu machen, vielmehr zu dem Despotismus früherer Zeiten noch den neumodischen Obscurantismus hinzuzufügen.

Die Prozesse wegen „unehrerbietigen und frechen Tadels der Landesgesetze" wurden immer häufiger. Ein schwerer Druck lastete auf dem gesammten Erziehungswesen. Die Universität sollte zum Gymnasium herabgedrückt werden. Männer von freiem Geiste wurden von den Universitäten entfernt, so namentlich Bruno Bauer von Bonn, Walesrode von Königsberg, Nauwerck von Berlin. Andere, welche eine festere Stellung hatten, wie Professor Hinrichs und Dr. Schwarz zu Halle, wurden von dem Cultusminister beleidigt und verfolgt. Die große Mehrzahl der Universitätslehrer duckte sich, doch einzelne, unter diesen namentlich Professor Marheinecke zu Berlin, kämpften muthig für die Freiheit der Wissenschaft.

Mit allen Ständen, allen Klassen der Gesellschaft, allen Provinzen, vielen der bedeutendsten Städte der Monarchie, mit Advokaten und Fabrikanten, mit Universitätslehrern und Schulmeistern, mit Juden und Christen kam die Regierung auf diese Weise in Streitigkeiten, in welchen die öffentliche Meinung immer gegen sie war, obgleich die Beamten, von welchen alle diese Conflicte ausgingen, sich der Gunst und der kräftigsten Unterstützung des Königs erfreuten.

Nur mit Soldaten und Pfaffen stand die Regierung auf freundlichem Fuße. Denn auf Bayonetten ruhte ihre Gewalt, und Verdummung des Volkes war das einzige Mittel, dieselbe auf die Dauer zu behaupten.

Während Friedrich Wilhelm IV. Censur und Polizei hegte und sich mit den Provinzial-Landtagen viel zu schaffen machte, blieb ihm natürlich keine Zeit übrig, für die Wohlfahrt des Landes Sorge zu tragen.

In Folge der weiter oben geschilderten Mißgriffe der Regierung litten die an Rußland

grenzenden Provinzen furchtbar. Namentlich waren es die schlesischen Weber, welche in immer tiefere Armuth versanken. Der Arbeitslohn wurde immer niedriger und statt in Gelde, in Waaren entrichtet, welche zugleich schlecht waren und übermäßig hoch berechnet wurden. Umsonst waren alle Beschwerden. Die Regierung bekümmerte sich nicht um die Noth der armen Leute. Eine Flugschrift: „das Blutgericht in Peterswaldau" (1844) gab der allgemeinen Stimmung Gestalt und Ausdruck. Das Volk versammelte sich vor dem Wohnhause des verhaßtesten unter allen Fabrikanten Schlesien's, in Peterswaldau. Die Polizei schritt ein. Das Volk wurde dadurch noch mehr zum Zorne gereizt, drang in das Fabrikgebäude ein und zerstörte dasselbe von Grund aus. Einige andere Fabriken hatten dasselbe Schicksal. Von Peterswaldau zogen die auf's Aeußerste getriebenen Arbeiter nach dem eine Stunde entfernten Langenbielau und ließen auch dort ihrem Grolle freien Lauf. Das Militär schritt ein, tödtete und verwundete mehrere der Versammelten. Damit glaubte die Regierung ihre Schuldigkeit gethan zu haben. Untersuchungs- und Strafgerichte folgten. Die russische Grenze blieb gesperrt, der Handel nach Spanien und Portugal unterbrochen, den Arbeitern ward kein Schutz von Seiten der Regierung zu Theil. Die Noth wurde immer größer, bis sie im Winter des Jahres 1847 auf 1848 sich zur Hungerpest steigerte. Jetzt erst suchte die Regierung zu helfen, aber auch jetzt nicht durch tief eingreifende Verbesserungen, sondern nur durch Almosen, welche die Wurzel des Uebels selbst unverändert bestehen ließen und nur einige der schlimmsten Auswüchse desselben für den Augenblick beseitigten.

Während die arbeitenden Classen bittere Noth litten, hatten die Pfaffen gute Tage. Die kleinen Betrüger: Kartenschläger, Astrologen und Wahrsager, welche von der Dummheit der Massen einige Pfennige erpreßten, wurden, falls die Polizei sich ihrer bemächtigte, streng bestraft. Die großen Betrüger aber, welche Millionen durch trügerische Vorspiegelungen dem Volke abnahmen, ließ man ihre Betrügereien unter den schützenden Fittigen der Regierung ungestört treiben.

Im Spätsommer und Herbste des Jahres 1844 stellte der Bischof von Trier, Arnoldi mit Namen, einen angeblich ungenähten Rock Christi aus. Die gesammte katholische Pfaffenschaft pries die wunderthätige Wirksamkeit dieses Kleidungsstückes. Von ihren Pfaffen geführt oder doch aufgemuntert, zogen Hunderttausende gläubiger Dummköpfe und viele Tausende auf die Dummheit des Volkes spekulirender Schurken nach Trier, brachten dahin unermeßliche Opfergaben und regten die nimmer satte Habgier der Pfaffen aller Orten zu ähnlichen Schaustellungen an. Das Unwesen dauerte fort, bis Johannes Ronge's „offener Brief an den Bischof Arnoldi von Trier" der öffentlichen Meinung, welche bis dahin durch den ihr so frech gebotenen Hohn wie betäubt war, eine andere Richtung gab.

Aus Furcht, für intolerant verschrieen zu werden, war kein Protestant dem mit dem Trierer Rock getriebenen Götzendienste entgegen getreten. Nachdem aber ein Katholike und sogar ein Priester dem pfäffischen Unfuge entgegen getreten war, fand dieser endlich die wohlverdiente Strafe, indem der Brief Ronge's mit unermeßlichem Beifall, nicht blos von Protestanten, sondern auch von Katholiken aufgenommen wurde. Zu der politischen und der im Schooße der protestantischen Kirche herrschenden Gährung trat so noch eine neue hinzu, welche zugleich in die protestantische und in die römisch-katholische Kirche eingriff und durch ihre erschütternde Kraft auch den wesentlich auf den alten Glaubensbekenntnissen ruhenden Staat berührte.

Die Bewegung der Geister und der Gemüther wurde immer allgemeiner und zog immer neue Elemente in ihren Strudel. Der König sank von Jahr zu Jahr

in der öffentlichen Achtung. Der Angriff auf sein Leben, welchen der ehemalige Bürgermeister Tschech (26. Juli 1844) machte, hatte zwar mannigfaltige Kundgebungen in seinem Gefolge, welche jedoch alle bewiesen, daß das Verhältniß zwischen dem Könige und seinen Anhängern ein sehr formelles geworden sei, während auf der anderen Seite gar manche schrille Stimmen vernehmbar wurden.

Auf dem Provinzial-Landtage des Jahres 1845 wiederholten sich und zwar in verstärktem Maße die Anträge und Wünsche der früheren Jahre. Sie hatten keine besseren Erfolge, als früher.

Der Aufstand, welcher im Jahre 1846 im Großherzogthum Posen ausbrach, wurde zwar schnell durch Militärgewalt erdrückt, allein er deutete einen der tief liegenden Schäden der preußischen Monarchie in blutigen Zügen an. Der gleichzeitige Aufstand in Krakau und Galizien gab der preußischen Regierung wieder Gelegenheit, ihre bis zur Barbarei getriebene Unterwürfigkeit dem russischen Czaaren gegenüber kund zu thun, indem sie die flüchtigen Polen, welche sich nach Schlesien zurückgezogen hatten, an die derselben harrenden russischen und österreichischen Henker und Kerkermeister auslieferte.

Ohne auf die Bestimmungen der Wiener Congreßacte und die Bedürfnisse Preußen's die geringste Rücksicht zu nehmen, bewilligte Friedrich Wilhelm IV. die Einverleibung Krakau's in Oesterreich und schnitt der unglücklichen Provinz Schlesien dadurch die letzte Hülfsquelle ihres Handels nach dem Osten ab. Krakau, welches früher für mehr als eine Million Thaler schlesische Waaren gekauft hatte, verschloß sich diesen von nun an. So wurde die Hungerpest durch die Maßregeln der Regierung nach und nach mit Gewalt herbeigeführt.

Der König lenkte bei jeder Gelegenheit die Aufmerksamkeit des Volkes persönlich auf sich. In einer der vielen Reden, welche er hielt, pries er die ächte Gottesfurcht als den Anfang aller Weisheit und sagte von der ächten Treue, sie wisse, daß man dem Fürsten nicht diene, wenn man seine hohen Diener herabziehe. In einem königlichen Rescripte erklärte der König mit Bezugnahme auf eine zu Königsberg vorgekommene Tödtung, „daß die ritterliche Treue gegen den Landesherrn auch noch in ihrer Uebertreibung schön und herzerwärmend sein könne." Das Volk erkannte hieraus, was es von solcher Treue zu erwarten habe. Was der König Treue, nannte das Volk Mord, was er ächte Gottesfurcht, nannte der denkende Mensch Pietismus und Obscurantismus. Man erkannte, daß nicht die hohen Diener, sondern der König selbst die Grundursache der allgemein beklagten reactionären Tendenzen der Regierung sei. Der Zwiespalt zwischen Volk und König wurde immer ernster. Die in vielen Besatzungsstädten, namentlich in Königsberg, Berlin, Bonn, Coblenz, Bielefeld, Cöln und anderen, häufig vorfallenden Reibungen zwischen Bürgern und Soldaten, bei welchen die Letzteren immer mit großem Uebermuthe auftraten und stets von der Regierung gestützt wurden, so augenscheinlich auch ihr Unrecht war, deuteten dem Volke an, daß, so lange dem Könige ein solches Heer zur Verfügung stehe, Recht und Freiheit, Wissenschaft und Aufklärung leere Träume seien.

Friedrich Wilhelm IV. war kein kriegerischer Herrscher. Er liebte seine Soldaten nur, weil er glaubte, mit deren Hülfe sein Volk in Unterwürfigkeit erhalten zu können. Der Gedanke, von denselben Gebrauch machen zu müssen in allem Ernste, war ihm unwillkommen. Er machte daher noch einen Versuch, das Volk zu befriedigen, ohne von der Fülle seiner Gewalt etwas aufzugeben. Der Versuch mit den Ausschüssen der Provinzial-Landtage war mißglückt. Er machte daher (1847) einen andern mit dem s. g. vereinigten Landtage. Die Grundlage blieb da und dort die provinzialständische Verfassung mit ihren

adeliger Mitglieder. Sobald im Staats-Anzeiger die betreffende Verordnung vom 3. Februar 1847 stand, wurde die Frage aufgeworfen, ob man die karge Gabe annehmen oder ablehnen solle. Am 11. April wurde der vereinigte Landtag eröffnet. Die Stände entschlossen sich, anzunehmen. Daß nur die Frage aufgeworfen wurde, bewies deutlich genug, wie gering der Werth der Gabe war.

Die alte Frage über den Theil, welchen die Stände an der Bewilligung von Anleihen haben sollten, tauchte bei Gelegenheit der Verhandlung über die von der Regierung zur Ausführung der Ostbahn beantragten Anleihe von Neuem auf. Mit 360 gegen 179 Stimmen verweigerten die Stände der Anleihe ihre Zustimmung, obgleich sie den Bau der Ostbahn wünschten.

Der König hatte augenscheinlich wieder einen Fehlgriff gemacht. Die Regierung erlitt auch in Betreff der ständischen Gesetzgebung eine entschiedene Niederlage, und als am 26. Juni die vereinigten ständischen Ausschüsse gewählt werden sollten, enthielten sich 58 Abgeordnete der Wahl, 157 wählten mit Vorbehalt, nur 284 unbedingt,—in dieser Versammlung, welche so zusammen gesetzt war, daß die Regierung unter allen Umständen einer Mehrheit sicher sein zu können vermeinte.

Wenn es der Regierung ernstlich um Verbesserungen zu thun gewesen wäre, so hätte sie vor allen Dingen aufhören müssen, das Volk durch Censur und Polizei so schwer zu bedrücken. Man verkannte zwar nicht, daß in der Anordnung des vereinigten Landtags ein Fortschritt zum Bessern zu erkennen sei, welcher i. J. 1840 ohne Zweifel noch mit Freuden aufgenommen worden wäre. Mittlerweile hatte aber das Volk an politischer Bildung zugenommen. Seine Ansprüche hatten sich nach dem langen Harren gesteigert. Friedrich Wilhelm IV. bildete sich ein, an der Spitze seines Volkes zu stehen. Es war dieses nur in einem Sinne der Fall, d. h. insofern er von seinem Vater die Krone geerbt hatte, nicht aber, insofern es sich um eine geistige Leitung, um eine von Bayonetten unabhängigen Führerschaft handelte. In dieser Beziehung stand Friedrich Wilhelm IV. mit seinem Eichhorn, Thile, Göschel und Arnoldi nicht an der Spitze, sondern im Rücken des Volkes.

Im Winter von 1847 auf 1848 brach endlich, nachdem die Regierung Jahre lang den Hülferuf der armen schlesischen Weber unbeachtet gelassen hatte, die Hungerpest aus. Hunderttausende von Menschen hatten Monate lang keine anderen Lebensmittel, als Kleie, Gras und dergleichen gehabt und sanken in Folge dessen in langwierige Krankheiten und tödtliche Entkräftung, aus welcher sich der Typhus entwickelte. Dieser verschonte auch die Reichen nicht. In einzelnen Kreisen starb daran ein Zwölftel der Bevölkerung. Jetzt half alles Vertuschen nicht mehr. Die wirkliche Sachlage, welche so lange absichtlich verborgen gehalten war, kam zu Tage. Zu spät schafften die Behörden Getreide herbei, welches sie den hungernden und kranken Massen zu billigen Preisen anboten. Sechs Monate früher hätte dadurch die Pest vielleicht verhütet werden können. Jetzt fehlte das Geld, auch zu den niedrigsten Preisen etwas zu kaufen. Um den Unglücklichen einiges Verdienst zu geben, ordnete die Regierung größere Arbeiten an. Die kranken oder doch entkräfteten Menschen waren zu schwach dazu.

Die schlesische Hungerpest zeigte auf einmal die preußische Bureaukratie in ihrer ganzen Erbärmlichkeit. Sie bewies, wohin man komme, wenn sich die obersten Behörden mit Gewalt die Wahrheit ferne halten, wenn jeder unangenehme Vorfall und jedes scharfe Urtheil als Verbrechen bestraft wird. Die Achtung vor der Regierung wurde auf's Tiefste erschüttert.

Nicht besser, als im Innern, sorgte die preußische Regierung dem Auslande gegenüber für das Wohl des Staates. Oesterreich zu Gefallen, machte die preußische Regierung

gemeinschaftliche Sache mit der Jesuitenpartei und rüstete sich, dem Sonderbund gegen die rechtmäßigen Behörden der Schweiz Hülfe zu leisten, und als im Januar 1848 in Mailand Unruhen ausbrachen, gab Friedrich Wilhelm IV. zu erkennen, daß er bereit sei, auf den Ruf Oesterreich's dieselben unterdrücken zu helfen.

Ungeachtet der zahlreichen Beamtenwelt und der drückenden Abgaben, welche das Volk zahlen mußte, war die Hungerpest ausgebrochen und eine halbe Million Krieger, welche Milliarden verschlungen, hatte seit dreiunddreißig Jahren keine andere, als Büttel- und Henkerdienste gegen das eigene Volk zu Gunsten des Absolutismus oder gegen politische Flüchtlinge zu Gunsten Rußland's und Oesterreich's geleistet!

Zu der verwickelten Staatsmaschine kam nun durch die vereinigten Ausschüsse ein neues Räderwerk hinzu, welches neue Verwickelungen schuf, ohne die alten zu beseitigen. Am 17. Januar 1848 traten die vereinigten Ausschüsse zusammen. Es entstand sofort wieder ein Streit mit der Regierung über Principien, indem der König behauptete, er könne auch nach Vertagung des Landtags an den demselben vorgelegten Gesetzentwürfen Aenderungen vornehmen. Der ständische Beirath wäre dadurch vollständig beseitigt worden. Während die Ausschüsse noch tagten, traf die Nachricht von dem Ausbruche der Februar-Revolution in Berlin ein. Noch wäre es vielleicht Zeit gewesen, durch einige Zugeständnisse den drohenden Sturm zu beschwören. Am 6. März wurde die Versammlung von dem Könige in Person geschlossen. Auch diese Gelegenheit versäumte Friedrich Wilhelm IV., durch bestimmte und zeitgemäße Zusagen die herrschende Unzufriedenheit zu besänftigen.

Berlin verhielt sich damals noch ruhig, aber ganz Süddeutschland gährte. In der Rheinprovinz, in Schlesien, in Ostpreußen bereitete sich ein Adressensturm vor. Jetzt endlich kam die Regierung auf den Gedanken, daß auch gegen sie Gewalt gebraucht werden könne. Die Soldaten wurden befehligt, sich zum sofortigen Aufbruch bereit zu halten. In den Pontonhöfen standen die Nacht hindurch Geschütze aufgefahren, welche sofort sich in Bewegung setzen konnten. Das Volk erkannte, daß die Regierung lieber Blut vergießen, als Zugeständnisse machen werde.

Bei den Zelten des Thiergartens, dem beliebtesten Vergnügungsorte der Berliner, nahmen die Zusammenkünfte der Bürger mehr und mehr einen politischen Charakter an. Sie wurden von Tag zu Tag zahlreicher. Am 7. März kam daselbst eine Adresse zu Stande, in welcher Preßfreiheit, Redefreiheit, Amnestie, Versammlungs- und Vereinigungsrecht, Gleichberechtigung ohne Rücksicht auf Religion und Besitz, Geschwornengerichte, Verminderung des stehenden Heeres, Volksbewaffnung, allgemeine deutsche Volksvertretung und schleunigste Einberufung des vereinigten Landtages verlangt wurde.

So bescheiden waren damals noch die Wünsche des Volkes. Doch von Tag zu Tag erweiterte sich der politische Horizont der Massen. Die Volksversammlungen vor den Zelten wurden immer bewegter und zahlreicher, doch hatten dieselben sich immer sehr friedlich und anständig gehalten und ohne die geringste Unordnung aufgelöst. Es machte daher einen sehr schlimmen Eindruck, daß sich am 13. gegen sechs Uhr Nachmittags zahlreiche Abtheilungen Militärs in den Straßen zeigten und sogar an mehreren Punkten Kanonen aufgefahren wurden. Es lag darin eine empörende Herausforderung, welche, zumal in jener bewegten Zeit, nicht ruhig hingenommen werden konnte. So kam es schon am 13. März zu einigen Reibungen zwischen Volk und Soldaten, welche sich am 14., 15. und 16. März wiederholten und die schlaffen städtischen Behörden endlich in Bewegung setzten. Am 17. März langte die Cölnische Deputation in Berlin an, welche in der Hauptsache dasselbe verlangte, was die Berliner wollten. An diesem Tage blieb Alles ruhig. Es

war die Ruhe, welche dem Sturme vorhergeht. Die Regierung hielt sie für die Folge der von ihr ergriffenen Maßregeln.

Die Nachricht von der Wiener Revolution hauchte den Berlinern neuen Muth ein. Am 18. sandte die Stadtverordneten-Versammlung eine Deputation an den König und verlangte die Entlassung des bisherigen Ministeriums, eine freisinnige Ständeverfassung, Bürgerbewaffnung und Entfernung des Militärs. Die Deputation brachte die besten Nachrichten zurück. Auch die rheinische Deputation hatte der König auf's Freundlichste empfangen. Ganz Berlin erwartete eine Proclamation, welche alle Wünsche des Volkes gewähren würde. In der That erschienen um zwei Uhr Nachmittags zwei Patente, von denen das eine den vereinigten Landtag einberief, das andere eine gewisse Preßfreiheit gestattete.

So wenig umfassend diese Zugeständnisse waren, nahm sie das Volk doch als eine Abschlagszahlung freudig auf. Tausende strömten nach dem Schloßplatz und empfingen den König, als dieser zweimal auf dem Balkon erschien, mit lautem Jubel. Plötzlich ertönte der Ruf: „Fort mit dem Militär! Das Militär zurück!" Der Graf von Arnim berichtete dem Könige den Wunsch des Volkes. Der König, welcher niemals an die wirkliche Ehre des Volkes, sondern nur an die krankhafte Ehrsucht des Militärs dachte, antwortete: „Einen unehrenvollen Rückzug der Truppen könne man doch nicht fordern." Diese Antwort verbreitete sich rasch unter den versammelten Bürgern, und verwandelte schnell die frühere Freudigkeit in Mißstimmung. Von der Stechbahn her rückte das Garde-Dragoner-Regiment mit gezogenem Säbel im Trabe vor. Zugleich brach aus dem mittlern Portale des Schlosses ein Bataillon des Kaiser Franz Regiments hervor und trieb mit gefälltem Bajonette das Volk vor sich her. Die Wuth im Herzen stoben die versammelten Menschen auseinander. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde der Vorgänge des Schloßplatzes über Berlin. Rings um das Schloß her leerten sich Straßen und Plätze. Doch in einiger Entfernung erhoben sich Barrikaden, die erste schon bald nach drei Uhr an der Ecke der Oberwall- und Jägerstraße. Gegen fünf Uhr Nachmittags war die ganze Stadt voll von Barrikaden. Der Kampf dauerte die ganze Nacht hindurch. Die achtbarsten Einwohner, die sonst friedlichsten Bürger nahmen daran Theil. Das Volk bewies eine glänzende Tapferkeit.

Zu Wien, wie in Berlin, schwankte der Hof zwischen Widerstand und Nachgiebigkeit hin und her. Am Morgen des 19. März gegen sieben Uhr trat von selbst ein Waffenstillstand ein. Das Militär hatte zwar während der Nacht die Hauptstraßen und Hauptplätze der Stadt eingenommen. Allein es hatte schwere Verluste erlitten, und war von den Strapatzen des Kampfes erschöpft. In den entfernteren Stadttheilen und in den Vorstädten stand das Volk noch unter Waffen und war bereit, den Kampf wieder aufzunehmen. Da erschien eine königliche Proklamation mit der Aufschrift: „An meine lieben Berliner," worin die Zurückziehung der Truppen an die Bedingung der Wegräumung der Barrikaden geknüpft wurde. „Zu spät," war der Ruf, mit welchem das Volk der Barrikaden dem Könige antwortete. Das Sturmläuten dauerte in der ganzen Stadt fort. Neue Züge bewaffneter Bürger drängten sich nach den stehengebliebenen Barrikaden. Alles deutete darauf hin, daß das Volk von allen Barrikaden her einen Angriff auf das Schloß zu machen gedenke. Bevor dieser jedoch ausgeführt wurde, zog sich aller Orten das Militär zurück. Es trat seinen Rückmarsch mit klingendem Spiele an, mußte aber auf Verlangen des Volkes die heitere Musik da und dort in einen Choral umwandeln.

Die Barrikadenkämpfer verfolgten die Truppen nicht auf ihrem Rückzuge. Sie dachten mehr an ihre Todten, als an die Lebenden. Von allen Seiten rückten sie in feier-

lichen Zügen gegen das Schloß und trugen auf ihren Schultern die Leichen der gefallenen Helden, geſchmückt mit Blumen, grünen Zweigen und Lorbeerkränzen, die Todeswunden bloßgelegt. Mit entblößtem Haupte ſchloß ſich an, wer einem ſolchen Zuge begegnete. Im Schloßhofe wurden die Leichen niedergeſetzt. Schweigend ſtand das Volk im Kreis umher. Die meiſten Bahren trugen Inſchriften, z. B. „15 Jahr alt, an meiner Seite niedergeſchoſſen! mein einziger Sohn" — „ohne Pardon niedergeſtochen, nachdem er ſich ergeben hatte" „ein Familienvater von 5 unerzogenen Kindern" — „eine Wittwe, Mutter von 7 Waiſen."

Plötzlich ertönte der Ruf: „der König ſoll kommen!" Er wiederholte ſich ſo gewaltig und drohend, daß Friedrich Wilhelm IV. endlich Folge leiſtete. Als er erſchien, hob man die in ihrem Blute ſchwimmenden Leichen auf und hielt ſie ihm entgegen. „Hut ab," ertönte es. Der König entblößte ſein Haupt und das Volk ſtimmte den Choral an: „Jeſus meine Zuverſicht." Unbedeckten Hauptes mußte der König das Lied bis zum Ende hören.

In dieſem Augenblicke hätte die verſammelte Volksmenge alles, was ſie gewollt, erreichen können, ſelbſt Abdankung und Republik. Doch ſo weit reichte der Wunſch der Berliner nicht. Die Leichen-Scene im Schloßhofe bewies deutlich, daß die Berliner mehr Gemüthlichkeit, Mitgefühl und Schmerz, als das Streben nach politiſcher Entwickelung nach Freiheit und Recht beſaßen. „Was Du von der Minute ausgeſchlagen, bringt keine Ewigkeit zurück."

So leicht, ſo raſch, wie es damals möglich geweſen wäre, wird ſich nie wieder ein entſcheidender Sieg über den Abſolutismus erringen laſſen.

Für Republik und ſocialiſtiſche Einrichtungen war damals die Zeit noch nicht gekommen. Allein der Vielregierung der Büreaukratie, dem Uebermuthe des ſtehenden Heeres, den mittelalterlichen Laſten des Bauernſtandes und den Uebergriffen des Pfaffenthums hätte damals ein entſchloſſener Mann, wenn er die rechten Worte geſprochen, ein Ende machen können. Das Volk ließ dem Könige Zeit, ſich von ſeiner Betäubung zu erholen, und auf Mittel zu ſinnen, die Zügel der Herrſchaft wieder in ſeine Hände zu bekommen.

Schon wenige Stunden nach der Leichen-Scene des Schloßhofes wurde der König mit Jubel begrüßt, als er die Bürgerbewaffnung zugeſtand. Eine ſolche Schnelligkeit im Verzeihen mag ſehr chriſtlich ſein. Politiſch, klug, männlich iſt ſie nicht. Sie iſt kindiſch, abgeſchmackt und ſinnlos und trägt als Früchte Belagerungszuſtand, Verfaſſungsumſturz und Reaction mit allen ihren Greueln.

Die Unreife des Volkes zeigte ſich hauptſächlich darin, daß es ſich, ſtatt mit den großen Fragen der Zeit und den Mitteln, dieſelben im Sinne der Freiheit der Entſcheidung entgegenzuführen, mit elenden Kleinigkeiten, mit Ladenſchildern der Hoflieferanten u. ſ. w. befaßte.

Der Prinz von Preußen ſah ſich durch eine gegen ſeinen Palaſt (am 20. März) ſtattgefundene Kundgebung veranlaßt, nach England zu flüchten. An demſelben Tag erhielten die gefangenen Polen, unter ihnen Mieroslawski, ihre Freiheit wieder. Das Volk begrüßte ſie mit unermeßlichem Jubel.

Am 21. März gerieth ganz Berlin durch eine von dem Könige geſpielte Comödie in Aufregung. Der Hofpartei lag Alles daran, das Andenken an die Ereigniſſe vom 18. und 19. März ſo ſchnell als möglich zu verwiſchen. Schon am Morgen des 21. März wurde daher ein Plakat verbreitet, in welchem Friedrich Wilhelm IV. erklärte, daß er ſich an die Spitze Deutſchlands ſtelle. Kurz darauf ritt er mit ſchwarz-roth-goldenen Bän-

dern und Fahnen in feierlichem Zuge durch Berlin und gab sich als den Retter Deutschland's zu erkennen. Zugleich erklärte er aber, daß er nicht usurpiren, nichts als Freiheit und Einheit wolle. Die Loosung war: „Preußen geht fortan in Deutschland auf."

Dieses war leichter gesagt, als gethan. Als später die deutsche Nation in ihren Vertretern ihm entgegenkam, lehnte er die deutsche Krone ab. Friedrich Wilhelm IV. hatte nur Comödie gespielt. Diejenigen, welche wähnten, es sei ihm ernst gewesen, täuschten sich. Tags darauf (22. März) kam eine neue Proklamation, welche wieder einige Zugeständnisse enthielt, unter welchen sich jedoch die Hauptsache, eine den Bedürfnissen der Zeit entsprechende Staatsverfassung nicht fand. An demselben Tage wurden die gefallenen Freiheitskämpfer, einhundert und siebenundachtzig an der Zahl feierlich zur Erde bestattet. Am 25. März wurden die gebliebenen Soldaten beerdigt. Damals zeigte es sich schon klar und deutlich, daß die Regierung darauf ausgehe, das Volk zu täuschen. Nur fünfzehn Leichname gaben die Behörden zu dieser Feier her, während die Barrikadenkämpfer wohl wußten, daß die Zahl der gefallenen Soldaten weit größer gewesen war, und daß namentlich auch viele Offiziere das Leben verloren hatten. Unter den fünfzehn Soldaten-Leichen befanden sich nur zwei von Unteroffizieren. Durch einen so groben Kunstgriff wollte die Regierung die von ihr erlittenen Verluste verhüllen.

Für den Augenblick hatte die Bevölkerung Berlin's wohl eine gewisse Freiheit, weil in der Hauptstadt die Behörden vor dem Volke Angst hatten. Eben dieses galt auch von den meisten übrigen, größeren Städten des Reichs, allein auf dem Lande und in den meisten kleineren Städten, woselbst die Büreaukratie und die Soldateska im vollen Besitze ihrer Gewalt blieben, änderte sich, abgesehen von einem vorübergehenden Freiheitstaumel, nichts an den alt hergebrachten Zuständen.

Das Ministerium Hansemann, welches am 29. März zusammentrat, behielt drei der früheren Minister: Schwerin, Baron Arnim und Bornemann bei. Hansemann, Auerswald und General Reyher, die drei neuen Minister, besaßen weder die Kraft, noch den Willen, diejenigen Reformen einzuführen, welche eine dreiunddreißigjährige Mißregierung nothwendig machte.

Am 2. April kam der vereinigte Landtag zusammen und nahm als Grundsatz die indirekte Wahl und die Unwählbarkeit aller unter dreißig Jahren stehenden Preußen an. Durch die erstere dieser Bestimmungen wurde eine doppelte Gelegenheit zu Wahlverfälschungen geboten, durch die letztere wurde die frische Jugend von aller Theilnahme an den Berathungen der Nationalversammlung ausgeschlossen. Der Beruf, welcher dieser zugewiesen wurde, war viel zu beschränkt, indem ihr nur die Vereinbarung mit der Krone über die festzustellende Staatsverfassung, und nicht die endliche Feststellung derselben zugewiesen wurde. Es war überhaupt ein großer Fehlgriff, daß die Grundlagen der Thätigkeit der zu berufenden Nationalversammlung nicht rasch vom Volke beschlossen und ein entschieden freisinniges Ministerium dem Könige an die Seite gesetzt wurde. Mehr als sechs Wochen vergingen vom Barrikadenkampfe an gerechnet, bis nur die Wahlen zur preußischen Nationalversammlung (1. Mai 1848) zu Stande kamen und weitere drei Wochen, bis diese eröffnet wurde. Mehr, als zwei Monate lang blieb die gesammte Staatsgewalt in den Händen der Regierung, ohne daß irgend eine volksthümliche Organisation derselben zur Seite stand. Die Regierung hatte also volle Zeit, die Reaction zu organisiren. Alle Mittel des Staates standen ihr zu Gebote und es fragte sich daher fast nur, ob sie die Mehrheit der bevorstehenden Nationalversammlung gütlich gewinnen, oder mit Gewalt bezwingen würde.

Wie sich voraus sehen ließ, traten lange bevor die Vereinbarungs-Versammlung

eröffnet wurde, die wichtigsten Ereignisse ein, welche der Entscheidung des Königs und des von ihm bestellten Ministeriums anheim fielen. Der Einfluß, welchen die Regierung auf die Wahlen ausübte, blieb übergroß und verhütete, daß das Volk seine Wünsche und Forderungen rein und unverfälscht geltend machen konnte. Aristokraten und Pfaffen, Büreaukraten und Monopolisten gingen Hand in Hand mit der Regierung oder wenigstens den geheimen Wünschen des Königs. Die Soldateska stand aller Orten bereit, dem königlichen Willen, unbekümmert um dessen Verfassungsmäßigkeit, Nachdruck zu geben. Die Armee, d. h. die wohlbezahlten Oberoffiziere derselben, welche ihren Untergeordneten jeden freien Meinungsausdruck versagten, betrachteten mit gutem Grunde die Lösung, welche der Kampf vom 18. und 19. März gefunden hatte, als eine Niederlage. Sie erkannten darin nicht zu gleicher Zeit einen Sieg der Freiheit über die Knechtschaft, des Rechtes über die Gewalt. Die Armee war so gezogen, daß sie nur zu gehorchen, nicht zu denken verstand. Dieses Werkzeug des Despotismus blieb nach, wie vor, in seiner inneren Organisation unverändert, und erhielt sogar durch die Kämpfe im Großherzogthum Posen und in Schleswig-Holstein eine erhöhte Bedeutung.

Schon in der ersten Hälfte des Monats April rückten preußische Truppen nach Schleswig-Holstein. General Wrangel erhielt den Oberbefehl über die preußisch-deutsche und schleswig-holsteinische Armee, und zu gleicher Zeit die Gelegenheit, sich und seine Soldaten auf den Staatsstreich vorzubereiten, über welchem der König ohne Zweifel damals schon brütete. Hätte eine volksthümliche Regierung die Zügel ergriffen, so wäre im Kampfe gegen Dänemark ein nationales und freiheitliches Heer gebildet worden, welches den Krieg nicht zum Scheine, sondern ernstlich geführt und nicht einen verrätherischen Waffenstillstand und Frieden zugegeben hätte.

Eben so unglücklich, als in Schleswig-Holstein gestalteten sich die Verhältnisse im Großherzogthume Posen. Der Hauch der Freiheit, welcher von Paris aus ganz Europa erfrischte, setzte auch die Polen in Bewegung. Eine Wiederherstellung des alten Polenreiches konnte von Preußen allein nicht bewirkt werden. Es kam darauf an, gleich Anfangs zwei Dinge festzustellen: erstens, daß die Regierung, was von ihr abhänge, zu thun bereit sei, die Wiederherstellung des alten Polenreiches, so weit thunlich, zu befördern; zweitens bis dieser Zweck aber erreicht sei, den unter preußischer Herrschaft stehenden Polen alle Zugeständnisse machen zu wollen, welche ihre Nationalität begründete.

Die preußische Regierung hütete sich aber wohl in diesem Sinne zu handeln. Sie strebte nicht darnach, den Polen gerecht zu werden, das an diesen verübte Unrecht wieder gut zu machen. Sie suchte nur, über die Schwierigkeiten des Augenblicks mit möglichst geringen Opfern hinwegzukommen.

Im Großherzogthume Posen, wie in den meisten anderen Ländern Europa's, befanden sich dazumal zwei Parteien, wovon die eine mit geringeren Fortschritten im gesetzlichen Wege zufrieden war, die andere alles Vertrauen in die Regierung verloren hatte und nur von der gewaltsamen Abschüttelung des auf dem Lande ruhenden Joches etwas erwartete. Von der letzteren Partei allein hatte die preußische Regierung etwas zu befürchten. Es kam darauf an, sie zu gewinnen, wenn man Blutvergießen vermeiden wollte. Dieses konnte geschehen, wenn sich die preußische Regierung offen und unumwunden für die Wiederherstellung des alten Polenreichs ausgesprochen und unter dieser Voraussetzung die Gränzberichtigung zwischen beiden Reichen späteren Verhandlungen anheim gegeben hätte. Statt dessen geschah gerade das Gegentheil. Die preußische Regierung that nichts, den drohenden Ausbruch einer Erhebung des polnischen Theils der Bevölkerung des Großherzogthums Posen zu verhindern, und als dieß Ende März und Anfangs April wirklich

stattfand, schüttete man Oel in's Feuer, indem man den deutschen Theil Posen's von dem polnischen in der Art trennte, daß den Polen nur ein Drittheil, den Deutschen dagegen zwei Drittheile zugewiesen wurden. Eine Trennung der Polen und Deutschen Posen's hatte gar keinen Sinn, so lange von einer Wiederherstellung des alten Polenreichs nicht die Rede war. Wollte man den Polen ein Zugeständniß machen, das sie beruhigen sollte, so mußte man gerecht gegen sie sein und ihnen nicht Bezirke entziehen, welche der Mehrheit der Bevölkerung nach polnisch waren, wie dieses durch die Cabinets-Ordre vom 26. April geschah. Man durfte überhaupt eine solche Trennung nicht octroyiren, sondern man mußte sich darüber verständigen. Mit gutem Grunde sahen daher die Polen in dieser neuesten Theilung einen ihnen gebotenen Hohn. Der seit mehreren Wochen vorbereitete Kampf kam zum Ausbruche. Vom 4. bis zum 12. Mai fanden mehrere blutige Treffen statt, welche leicht hätten vermieden werden können, wenn es der preußischen Regierung darum zu thun gewesen wäre. Allein dieser lag mehr daran, den gesunkenen Geist der Armee durch glückliche Schlachten mit dem Volke wieder aufzurichten, als Blutvergießen zu verhindern. Die Polen konnten der Uebermacht auf die Dauer nicht widerstehen. Mieroslawski, welcher die Polen befehligt hatte, suchte um Capitulation nach, welche am 9. Mai zwischen Oberst Brzezanski und General Wedell abgeschlossen wurde. Am 12. Mai fand übrigens noch ein blutiges Treffen bei Exin statt. Allmälig beruhigte sich das Land. Allein die unsinnige Demarkationslinie konnte nicht durchgeführt werden, weil kein Pole sich dazu hergab, dieselbe in's Werk zu setzen.

In Berlin selbst und in den übrigen deutschen Theilen von Preußen dauerte zwar die Bewegung fort, allein der Strom derselben spaltete sich in zwei Theile, indem die Einen mehr von der in Frankfurt zusammengetretenen deutschen, die Anderen mehr von der in Berlin (am 22. Mai 1849) zu eröffnenden Versammlung erwarteten.

Im eigentlichen Sinne des Wortes hatten die Preußen bis zum Jahre 1848 gar kein öffentliches Leben gehabt. Es wäre daher schwer gewesen, für eine einzige Versammlung gründlich gebildete, charaktertüchtige Volksvertreter zu finden. Für zwei war dieses natürlich noch schwerer. Das Zusammentreffen der preußischen Vereinbarungs- mit der deutschen constituirenden Versammlung müßte ein großes Unglück genannt werden, wenn es nicht von der preußischen Regierung absichtlich herbeigeführt worden wäre.

Wenn, wie Friedrich Wilhelm IV. erklärte, Preußen in Deutschland aufgehen sollte, warum berief man dann nach Berlin eine Versammlung, welche augenscheinlich überflüssig war, falls man es mit der Einverleibung Preußen's in Deutschland ernstlich meinte? Allein den tiefer Blickenden war es schon am Tage des schwarz-roth-goldenen Umritts klar, daß die deutsche Frage nichts weiter, als der Keil sein sollte, mit welchem der König den jungen preußischen Freiheitsbaum zu spalten gedachte.

Am 22. Mai 1848 wurde zu Berlin die Vereinbarungs-Versammlung vom Könige eröffnet. Sie bestand aus vierhundert Mitgliedern, darunter einhundert Justizbeamte, fünfzig Verwaltungsbeamte und fünfzig Geistliche! Der Verfassungsentwurf, welcher vorgelegt wurde, erregte allgemeine Mißstimmung. Er war der belgischen Verfassung in der Hauptsache nachgebildet, bekundete aber durch manche Veränderungen und Hinweglassungen die Absicht, das den Belgiern vor achtzehn Jahren schon gebotene Maaß der Freiheit den Preußen nur theilweise zu gewähren.

Bei allen durch eine Revolution hervorgerufenen Bewegungen hängt das Gelingen hauptsächlich von der Schnelligkeit und Kühnheit, mit der sie vorgenommen werden, ab. Der elende Entwurf, welchen die Regierung vorgelegt hatte, erschwerte einen raschen Abschluß des Verfassungswerkes. Hierzu kam, daß seit dem Zusammentritt der Verein-

barungs-Versammlung die Reaction immer frecher ihr Haupt erhob. Heimliche Versendungen von Waffen, welche aus dem Berliner Zeughause abgingen, deuteten auf Pläne der Regierung, welche schon wegen ihrer Heimlichkeit die düstersten Besorgnisse erregten. Am 5. Juni trat der Prinz von Preußen, welcher mit gutem Grunde für das Haupt der preußischen Reactionspartei galt, in die National-Versammlung ein. Die ganze Rede, welche er hielt und insbesondere die Schlußworte, die so oft mißbrauchten: „mit Gott für König und Vaterland," machten auf die linke Seite und auf den größern Theil des Volkes einen höchst peinlichen Eindruck.

Bevor es möglich war, die Verfassung vor die Versammlung zu bringen, entwickelte sich über die Frage einer an den König zu richtenden Adresse, in Betreff der Rückkehr des Prinzen von Preußen, über die staatsrechtliche Stellung der Versammlung, und über das für die Märzkämpfer beantragte Dankvotum eine Reihe von Verhandlungen, welche die reactionären Tendenzen der Regierung mehr und mehr zu Tage brachten und nicht blos die linke Seite der National-Versammlung, sondern auch die Mehrheit der Bevölkerung Berlin's in heftige Aufregung versetzten. Die National-Versammlung verstand es aber nicht, eine Crisis herbeizuführen, welche der Sache der Freiheit eine günstige Wendung hätte geben können. Die Erstürmung des Zeughauses, welche in der Nacht vom 15. auf den 16. Juni stattfand, schadete der Freiheitsbewegung, indem sie die Kopflosigkeit der Fortschrittspartei zu Tage brachte. Eine Partei, welche, nachdem sie die Regierung durch einen Akt von der höchsten revolutionären Bedeutung herausgefordert hat, den Kampf nicht mit Entschlossenheit beginnt, ist verloren. Der Zeughaussturm war ein Manöver, welches nur dazu diente, die linke Seite der National-Versammlung zu compromittiren, Bürgerwehr und Arbeiter in ein feindliches Verhältniß zu versetzen und alle künftigen Versuche einer Volkserhebung auf lange Zeit hinaus im Keime zu ersticken.

Doch die Zeit zu offener Entfaltung der Fahne der Reaction war nicht gekommen. Noch war die ganze deutsche Nation mächtig bewegt. In Wien und Frankfurt am Main tagten noch Versammlungen, welche sich bei einem gegen ihre Schwester zu Berlin geführten Streiche nicht ruhig verhalten hätten.

Im Schooße des Cabinettes entstanden Mißhelligkeiten. Das Ministerium Camphausen trat ab. Am 26. Juni kam das Ministerium Auerswald-Hansemann an dessen Stelle. Dieses nannte sich zwar das Ministerium der That. Es war aber, gleich dem vorigen, nur ein Ministerium des Ueberganges von der Revolution zur Reaction. Während die Reaction immer kühner das Haupt erhob, verhandelte die preußische Vereinbarungs-Versammlung über die Aufhebung des bevorzugten Gerichtsstandes und die Abschaffung der Todesstrafe, als befände man sich inmitten des gesichertsten Rechtszustandes. Erst als am 31. Juli nach vielen anderen ähnlichen Vorfällen die Soldateska zu Schweidnitz eine Mordscene aufgeführt hatte, in welcher vierzehn Bürgerwehrleute das Leben verloren, sprach Waldeck in der Versammlung die gewichtigen Worte aus: „Reorganisation des Heeres." Man kam darin aber nicht weiter, als bis zur Stellung eines Antrags an die Regierung, durch welchen der Kriegsminister veranlaßt werden sollte, die Officiere von reactionären Bestrebungen abzumahnen und es denjenigen Officieren, welche einen constitutionellen Rechtszustand mit ihren politischen Ueberzeugungen nicht vereinbaren könnten, den Austritt aus der Armee zur Ehrenpflicht zu machen (9. August).

Nachdem das große Wort: „Reorganisation der Armee" ausgesprochen war, galt es, demselben Nachdruck zu geben. Allein die Versammlung ließ es bei ihrem Beschlusse vom 9. August bewenden und vermochte nicht einmal, diesen bei dem Ministerium Auerswald-Hansemann durchzusetzen.

Die Versammlung sprach, die Regierung handelte. Mit großen Kosten, deren Bewilligung von der Nationalversammlung nicht einmal beantragt wurde, gründete sie das Institut der Schutzmannschaft, d. h. zu den schon vorhandenen Daumschrauben noch eine neue. Die Volksvertreter wußten auch diesen Uebergriff nicht zu verhindern, ja nicht einmal die nachträgliche Vorlage der betreffenden Verordnung zu bewirken.

Das Ministerium weigerte sich, den die Armee betreffenden Beschluß der National-Versammlung auszuführen und zog sich, als diese darauf bestand, zurück. Der König sprach sich persönlich zu Gunsten des abtretenden Ministeriums und gegen den Kammerbeschluß öffentlich aus, verletzte dadurch den ersten Grundsatz einer Repräsentativ-Verfassung und gab so deutlich zu erkennen, daß er unfähig sei, das Haupt eines constitutionellen Staates zu sein.

Alles deutete damals schon bestimmt auf einen Staatsstreich. Am 26. August schloß der König den verrätherischen Waffenstillstand von Malmö mit dem Könige von Dänemark ab, welcher ein Heer und einen Staatsstreichsfeldherrn verfügbar machte. Die zurückkehrenden Truppen wurden in die Nähe von Berlin gezogen und durch andere Regimenter noch verstärkt.

Daß der König einen Staatsstreich bezweckte, war klar. Es erhellte dieses deutlich auch daraus, daß der König das Programm des Hrn. Beckerath, welchen er nach Berlin berief, um ihn an die Spitze des neuen Ministeriums zu stellen, verwarf, ohne Zweifel, weil auch dieser auf Reorganisation des Heeres drang. Am 21. September trat das Ministerium Pfuel in's Leben, welches der Reaction noch näher stand, als die beiden früheren Ministerien. Augenscheinlich waren aber die Vorbereitungen zum Staatsstreich nicht vollendet. Daher erließ Pfuel (25. September) den von der Nationalversammlung beschlossenen Erlaß an die Armee. Die linke Seite glaubte, einen Sieg gewonnen zu haben. Sie hatte nur den Staatsstreich beschleunigt. Denn der König war entschlossen, nicht einmal den anstößigen Titel „von Gottes Gnaden," geschweige denn irgend einen Theil der in seinen Händen befindlichen Gewalt fahren zu lassen.

Die Unruhe im Schooße der Bevölkerung von Berlin und der Nationalversammlung nahm zu und that sich dort durch einige Straßenaufläufe, hier durch gesteigerte Leidenschaftlichkeit der Verhandlungen kund.

Grabow legte (26. October) das Präsidium der Nationalversammlung nieder. Unruh ward an dessen Stelle gewählt. Der Fall Wien's deutete an, was Berlin bevorstehe. Die Zeit für das längst von dem Könige ersehnte Staatsstreichs-Ministerium war gekommen. Habsburg hatte die Loosung gegeben. Hohenzollern folgte. Am 2. November erhielt die Nationalversammlung Kenntniß, daß das Ministerium Pfuel abgetreten und Graf Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt sei. Die Versammlung richtete eine Adresse an den König, worin sie diesem mittheilte, daß seit Wochen Gerüchte über die Absichten der Reaction umliefen und ihn beschwor, ein volksthümliches Ministerium zu ernennen.

Der König empfing die Deputation der Versammlung ohne ein Wort der Erwiederung. Jakobi fragte: „Wollen Ew. Majestät uns nicht wenigstens Gehör schenken?" Der König entgegnete: „Nein!" und trat ab. Jakobi rief ihm nach: „Das ist eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen."

Graf Brandenburg hatte Mühe, ein Ministerium zu Stande zu bringen. Erst am 8. November wurde er damit fertig. Die Nationalversammlung ließ die Zeit vom 2. bis dahin unbenützt verstreichen. Am 9. November erklärte der Ministerpräsident, die Krone verlege die Versammlung nach Brandenburg, wo die Sitzungen am 27. November

wieder beginnen würden. Jedermann erkannte, daß es sich nur um ein Nachspiel des Wiener Staatsstreiches handele. Die Versammlung erklärte mit 252 gegen 30 Stimmen, daß der Beschluß der Regierung rechtswidrig sei und daß sie ihre Sitzungen in jedem Lokale fortsetzen werde, in welches der Präsident sie berufen möchte.

Tags darauf umgab General Wrangel das Sitzungslokal mit Soldaten. Die Bürgerwehr war viel zu schwach, den Regierungstruppen die Spitze zu bieten. Die Nationalversammlung protestirte gegen die ihr gegenüber angewandte militärische Gewalt und erklärte, daß sie den Sitzungssaal nur in Folge der Anwendung militärischer Zwangsmaßregeln verlassen habe. Am folgenden Tage fanden die Abgeordneten, als sie erschienen, ihr Sitzungslokal militärisch besetzt. Sie machten zwar noch einige Versuche, die ihnen entschwindende Gewalt wieder zu ergreifen und faßten namentlich den Beschluß, der Regierung die Steuern zu verweigern. Allein der günstigste Zeitpunkt war versäumt. Es handelte sich darum, Gewalt mit Gewalt zurück zu treiben. Die preußische Nationalversammlung hatte es im Laufe einer fast sechsmonatlichen Thätigkeit nicht verstanden, zu ihrem Schutze eine Gewalt zu schaffen, mit welcher sie im Stande gewesen wäre, der drohenden Reaction die Spitze zu bieten. Sie hatte nicht einmal, wie der österreichische Reichstag, den Bauern das Joch mittelalterlicher Unterthänigkeit abgenommen. Für ruhige und gewöhnliche Zeiten hätte sie manches Gute leisten können. An Fleiß und Arbeitskraft, theilweise auch an gutem Willen, gebrach es ihr nicht. Allein ihr fehlte der belebende Hauch der Freiheit, die revolutionäre Kraft, das Genie.

Nachdem es der Regierung gelungen war, die Nationalversammlung aus ihrem Sitzungslokale zu verdrängen, hatte sie gewonnenes Spiel. Die Versammlung, welche nicht die Kraft besaß, sich in ihrem eigenen Hause zu behaupten, konnte in einem andern noch viel weniger hoffen, ihre Rechte geltend zu machen. Sie wäre würdiger gefallen, wenn sie es auf Anwendung wirklicher militärischer Gewalt hätte ankommen lassen. Seit der Erstürmung Wien's konnte sie über die Absichten der preußischen Regierung nicht mehr im Zweifel sein. Dreiunddreißig Jahre lang war Preußen unter österreichischer Vormundschaft gestanden. Wie hätte sich Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1848 derselben entziehen können?

Die Schwierigkeiten in Preußen waren weit geringer, als in Oesterreich. In Preußen waren außer einer verhältnißmäßig sehr geringen Zahl von Polen alle Bewohner des Landes deutsch. Die Hemmnisse, welche der österreichischen Revolution die Verschiedenartigkeit der Nationalitäten bereitete, fielen in Preußen fast gänzlich weg. Dessen ungeachtet stand die revolutionäre Kraft Preußen's weit hinter der österreichischen zurück. Nach dem Kampfe des 18. und 19. März erhob sich die preußische Revolution nie wieder über die Höhe eines gewöhnlichen Straßenexcesses, während zu Wien das revolutionäre Feuer im Mai und im October von Neuem kräftige Flammen schlug.

Zu Berlin bestand kein Mittelpunkt, welcher, was Hingebung, Gesinnung und Tapferkeit der Mitglieder betrifft, sich nur entfernt mit der Aula vergleichen ließe.

Die Haltung der Regierung war in Preußen in der Hauptsache dieselbe, wie in Oesterreich. Nur spielte die preußische Regierung viel länger Comödie, als die österreichische. Mit der Auflösung der nach Kremsier verlegten Nationalversammlung fiel in Oesterreich der Vorhang, um nicht wieder aufgezogen zu werden. Die preußische Regierung spielte das Stück weiter, ja sie spielte zugleich zwei Comödien, die eine für Preußen, die andere für Deutschland. Der zweite Act der preußischen Comödie endigte mit der Auflösung der zweiten preußischen Nationalversammlung (27. April 1849), die deutsche

Frankfurt, mit welcher man so lange coquettirt hatte. Doch alle diese Gewaltthaten schienen der preußischen Regierung noch nicht zu genügen. Sie octroyirte dem Lande ein neues Wahlgesetz (26. Mai 1849) und warf auch dann die Larve noch nicht ab, als die demokratische Partei sich (11. Juni 1849) vollständig vom Schauplatze zurückgezogen hatte. Sie spielte den Tartüffe weiter zu Berlin, wo sie die von ihr selbst octroyirte Verfassung revidiren ließ und zu Erfurt, wo sie in Angelegenheiten der deutschen Einheit Geschäfte machte. Das Spiel dauerte fast bis zur Schlacht von Bronnzell und den Congressen von Warschau und Ollmütz und endigte jedenfalls weit schmählicher für Preußen, als für Oesterreich.

Preußen behielt zwar einige Reste der octroyirten Verfassung. Diese besaßen aber auch nicht entfernt den Werth des in Oesterreich zu Stande gekommenen Gesetzes, welches den Bauernstand emancipirte. In der Hauptsache traten die vormärzlichen Zustände in Oesterreich und in Preußen wieder ein, nur mit dem Unterschiede, daß in Oesterreich der Bauernstand die ihm verliehene Freiheit behielt, während in Preußen umgekehrt die Junkerpartei durch die octroyirte Verfassung, nachdem diese von ihr revidirt worden war, eine Organisation erhielt, welche in den Augen gedankenloser Menschen der Freiheit des gesammten Volkes, in der That aber den Vorrechten der das Volk drückenden Stände diente.

Wenn uns die Grausamkeit der Habsburger mit Abscheu erfüllt, so flößt uns die Falschheit der Hohenzollern Verachtung und Ekel ein.

## § 70. Die mindermächtigen Staaten Deutschland's.

Der Despotismus ist einförmig und arm an Erfindungsgabe. Deshalb ist die Darstellung desselben so sehr ermüdend. Allein in Deutschland waren von jeher die Verhältnisse, mit welchen er in Beziehung trat, und die Personen, welche ihn ausübten, so mannigfaltig, daß die Geschichte unseres Vaterlandes in der That als Musterkarte für alle Arten desselben gelten kann. In Oesterreich trat der Despotismus in den brutalsten Formen auf, allein das Feld seiner Wirksamkeit war groß. Es umfaßte verschiedene Nationalitäten und Culturstufen und ruhte auf einer ansehnlichen Macht. In Preußen wirkte die Erinnerung an Friedrich II. und die Freiheitskriege versöhnend. War der Despotismus dort auch drückend, so knüpften sich an denselben doch manche Hoffnungen. Deutsche Wehrhaftigkeit und deutsche Einheit wurden mit Preußen in Verbindung gebracht. In den kleineren Staaten Deutschland's war schon wegen des geringen Umfangs ihrer Mittel der Despotismus nicht ganz so drückend, als in den beiden Großstaaten, allein darum nicht selten um so peinlicher wegen seiner Erbärmlichkeit und Niederträchtigkeit und wegen der so sehr geringen Vortheile, welche er als Gegengabe für schwere Steuern und lästigen Druck gewährte.

Die mindermächtigen Staaten Deutschland's hatten zum größern Theile schon vor 1830 landständische Verfassungen besessen. Andere erhielten dieselben unmittelbar nach der Juli-Revolution. *) Allein nirgends wurde die Verfassung von den Fürsten redlich gehalten. Ueberall blieb sie ein todter Buchstabe, dessen Sinn und Bedeutung die Regierungen durch Berufung auf das monarchische Princip, auf die Karlsbader und Wiener Beschlüsse oder auf die Gewalt der Bayonette verfälschten und verdrehten. Censur und Polizei, protestantisches und katholisches Pfaffenthum, alle Daumschrauben

*) Siehe oben § 64, S. 653.

einer engherzigen Verwaltung arbeiteten darauf hin, dem Volke jede frische und freie Meinungsäußerung unmöglich zu machen. Verdummung und Knechtung war die Hauptaufgabe des von oben herab begünstigten Schulwesens.

Trotz der mannigfaltigen Verschiedenheiten, welche zwischen dem kleinen Lichtenstein und dem großen Oesterreich, zwischen den Fürstenthümern Reuß und Hohenzollern und den Königreichen Baiern und Sachsen obwalteten, war doch das Bestreben aller deutschen Regierungen in der Hauptsache eines und dasselbe: ihre Macht auf geraden und krummen Wegen, durch Gewalt und List, auf Kosten der Freiheit und des Rechtes, des Wohlstandes und der Bildung des Volkes möglichst auszudehnen.

Die Juli-Revolution erfüllte die meisten deutschen Regierungen mit Schrecken. Kaum hatten sie sich von demselben erholt, so bemühten sie sich, mit früher nie dagewesener Eintracht, das alte Joch mit doppelter Schwere auf dem Nacken des Volkes zu befestigen. Mehrere Jahre hindurch trugen die Deutschen die Ketten, in welche sie geschlagen waren, mit einer an Stumpfsinn grenzenden Geduld. Allein diese erreichte doch den Höhegrad der Zeiten vor 1830 nicht mehr. Sie dauerte auch nicht so lange, als damals. Die Kriegsgefahr, welche im Jahre 1840 von Frankreich herüber drohte und der Regierungswechsel in Preußen wirkten erfrischend und belebend auf die gesammte deutsche Nation. Je weniger die deutschen Regierungen auf die Wünsche und Forderungen des Volkes, auf seine gerechten Klagen und Beschwerden Rücksicht nahmen, desto allgemeiner und tiefer wurde die Mißstimmung. Als sich daher im Jahre 1848 die Massen wider ihre Dränger erhoben, stand in Deutschland nicht ein Thron mehr fest. Doch die Bewegung des Jahres 1848 hatte eine überwiegend constitutionell-monarchische Tendenz. Die unausbleibliche Folge davon war, daß, wie nach 1815 und 1830, die Fürsten auch nach 1848 die dem Volke ertheilten Zusagen nicht hielten, vielmehr, wenn auch unter etwas verschiedenen Formen, zu ihrem frühern Regierungssysteme zurückkehrten.

Der Raum dieses Werkes gestattet uns nicht, die Einzelnheiten der von den dreißig Tyrannen Deutschland's verübten Schandthaten alle, oder auch nur in ihren Hauptzügen zu schildern. Allen Ländern Deutschland's war Abgabendruck, Censur- und Polizei-Unwesen, Verfassungsverletzung und Gewaltthat gemeinsam. In einem Staat trat mehr der Jesuitismus, im andern mehr der Pietismus, in einem mehr die Scheinheiligkeit, im andern mehr die Frechheit zu Tage.

Baiern, dieser Stammsitz des Jesuitismus, welcher seit drei Jahrhunderten durch das Pfaffenthum und das mit demselben verbündete Fürstenthum gewaltsam in seiner Entwickelung gehemmt worden war, hatte zwar nach den Kriegen mit Frankreich seinen alten Namen und seine Residenz München behalten; durch die Erwerbungen der Rheinprovinz und Franken's und die Einverleibung vieler ehemals freier Reichsstädte hatte es thatsächlich aufgehört, ein ausschließlich katholisches und baierisches Land zu sein. Vier Neuntheile der Bevölkerung Baiern's waren protestantischer Religion und wohl sechs Neuntheile gehörten anderen deutschen Stämmen, als dem baierischen, an. Dessenungeachtet wurde das Land, als wäre es ganz katholisch und ganz baierisch, regiert. König Ludwig besaß weder Scharfblick genug, um zu erkennen, daß ein solches Regierungssystem, wenn auch nicht in München und Alt-Oetting, so doch in Franken und Rheinbaiern, und bei allen denkenden und für Freiheit empfänglichen Deutschen die größte Mißstimmung erregen müsse, noch Selbstbeherrschung genug, um auf die Stimmung des bessern Theiles des Volkes Rücksicht zu nehmen.

Die Juli-Revolution von 1830 rief daher in Baiern, wie in den meisten kleineren

durch Verweigerung des Urlaubs alle freisinnigen Beamten von der Ständeversammlung ferne und glaubte, am Vorabende der Kammer-Eröffnung die öffentliche Meinung durch eine verfassungswidrige Censur-Ordonnanz niederhalten zu können. Sie vermehrte dadurch nur die schon herrschende Mißstimmung.

Während die Kammern versammelt waren (1. März bis 29. December 1831), wagte es die Regierung nicht, der öffentlichen Meinung in allen Beziehungen Hohn zu sprechen. Der Minister des Innern, Schenk, wurde der zweiten Kammer zum Opfer gebracht. Sein Nachfolger, Fürst Oettingen-Wallerstein, war aber weder freisinniger, noch selbständiger, als Schenk. Die Regierung wußte die Verhandlungen der zweiten Kammer so zu leiten, daß deren gerechte Entrüstung in Rauch aufging. Sobald aber die Ständeversammlung geschlossen war, begann das Werk der Reaction gehässiger und empörender, als in irgend einem andern Staate Deutschland's. Die Schriftsteller, welche der Regierung mit Kraft die Wahrheit gesagt hatten, mußten vor dem Bilde des Königs Abbitte thun. Die Wortführer der Opposition, namentlich Behr, Eisenmann und Volkhardt, wurden in den Kerker geworfen. Andere konnten sich nur durch die Flucht einer ähnlichen Behandlung entziehen. Gezwungen gab 1848 die Regierung eine allgemeine Amnestie, aber nicht früher.

Der König verfügte ohne Beirath der Stände willkürlich über die Heere und die Einnahmen des Staates, indem er einen Vertrag mit seinem Sohne abschloß (15. Mai 1833), welcher ungezählte Millionen an Geld und viele Menschenleben verschlang und damit endigte, daß die Baiern mit Schmach und Schande nach Hause geschickt wurden (1843).

Das Hambacher Fest (27. Mai 1832) deutete an, in welcher Richtung der Zeitenstrom, wenigstens in den Rheinlanden, floß. Wirth brachte den vereinigten Freistaaten Deutschland's und dem conföderirten republikanischen Europa ein dreimaliges Hoch. Leider war Deutschland damals, ja selbst 1848 noch nicht kräftig genug entwickelt, an diesem Gedanken festzuhalten und für denselben einmüthig in die Schranken zu treten. Statt den freiheitlichen Wünschen des Volkes wenigstens insofern zu genügen, als die deutsche Bundesacte und die baierische Verfassungsurkunde dieselben begründeten, bekämpfte sie die baierische Regierung mit einer an Wuth grenzenden Härte. Die Kammern wurden seit 1834 immer schlaffer. Sie konnten nichts durchsetzen zum Besten des Volkes.

Die Ultramontanen bemächtigten sich der Gewalt in Baiern. Ludwig I. diente ihnen willig. In den Jahren 1831—1840 stieg die Zahl der Klöster von 42 auf 105. Die Protestanten, welchen diese Sitze der Trägheit, des Aberglaubens und der Unduldsamkeit ein Gräuel waren, mußten die Mittel zu deren Gründung mit herbeischaffen, indem diese zum größten Theile aus den Ueberschüssen der Staatskassen genommen wurden.

Fürst Wallerstein war zwar ein dienstwilliger Knecht des Königs und des von diesem verehrten Pfaffenthums, allein doch nach den Ansichten der Jesuiten noch nicht fügsam genug. Namentlich schien er in Betreff der Klöster und der Ersparnisse nicht zuverlässig. Er hatte überhaupt zu viel persönlichen Ehrgeiz, um der Jesuitenpartei zu genügen. Er wurde daher (1837) durch den Convertiten Herrn von Abel ersetzt.

Von diesem sagt ein mit baierischen Verhältnissen sehr vertrauter Schriftsteller:*) „Hingebendes Schleichen nach Oben, schamlose Dreistigkeit nach Unten und eine gewisse mit Lüge und Argliſt verbrämte Geschäftsgewandtheit haben den von dem gesammten Pfaffenthum des Continentes getragenen Minister, in dem an talentvollen Männern so armen und damals wenigstens einer gesunden öffentlichen Meinung entbehrenden Baierlande zu einer

*) Siehe die Gegenwart, B. 1, S. 185.

Höhe der Macht erhoben, daß das Wohl und die Ruhe der benachbarten ſüddeutſchen Staaten und der Schweizerbund dadurch gefährdet wurde."

In dieſen wenigen Worten liegt die Geſchichte Baiern's von 1837 bis 1847 im Kern. Neben Abel galten nur Pfaffen und Pfaffenknechte, wie Görres, Döllinger oder ſpitzfindige Bureaukraten, welche Verfaſſung, Recht und Geſetz mit Füßen traten. Unterdrückung der Laien durch die Pfaffen, der Proteſtanten durch die Katholiken, des Volkes durch die bevorzugten Claſſen — das war das Ziel Abel's und der Jeſuitenpartei, auf deren Schultern er empor geſtiegen war. Umſonſt brandmarkten drei auf einander folgende Ständeverſammlungen die ſchmutzige Pfaffenwirthſchaft, welche Abel hegte. König Ludwig lag vollſtändig in den Schlingen dieſer Partei und ließ ſie gewähren, weil ſie ihm den Schein abſoluter Herrſchaft und die Mittel, ſeinen Neigungen fröhnen zu können, verſchaffte.

Nicht zufrieden mit einer ſchrankenloſen Herrſchaft, wollten die baieriſchen Jeſuiten der Welt ihre Macht auch anſchaulich machen, indem ſie Katholiken und Proteſtanten zwangen, vor dem Fetiſche, das ſie Venerabile nennen, das Knie zu beugen. In frühern Zeiten, als der Aberglaube, in Baiern wenigſtens, unbedingt herrſchte, d. h. als nur ſehr wenige Proteſtanten zu dieſem Lande gehörten, war die Kniebeugung der Soldaten vor dem Venerabile üblich geweſen. Mittlerweile war aber ein halbes Jahrhundert vergangen, welches auch Baiern vollſtändig umgebildet hatte. Die Kniebeugungsfrage erregte daher, namentlich unter den Proteſtanten, die heftigſte Unzufriedenheit. Der König glaubte, im Beſitze ſeiner Macht, die Einſprache der Proteſtanten wenig oder gar nicht achten zu müſſen. Er änderte zwar einiges an dem Kniebeugungsdecrete vom 11. Auguſt 1838 ab, nahm daſſelbe aber nie ganz zurück. Der König ahnte nicht, daß er ſich die Herzen der Proteſtanten und insbeſondere auch des proteſtantiſchen Theiles ſeines Heeres entfremde und daß ein Zeitpunkt kommen könne, da er deren im Kampfe mit der Jeſuitenpartei ſehr nothwendig bedürfen möchte.

Was das Kniebeugungsdecret für die Armee, war der um dieſelbe Zeit erſchienene Studienplan für den ſich dem Staatsdienſte widmenden Theil der Jugend. Ein geiſtloſes Erlernen von Formeln und ein kirchliches Leben war das einzige, was durch die neue Schulmethode gefördert wurde. Die Folge davon war, daß nur Heuchler und leere Köpfe die Staatsprüfungen gut beſtanden und im Staatsdienſte vorwärts kamen. Ludwig und ſeine Jeſuiten ahnten nicht, daß derartige Subjecte dem Throne keine guten Dienſte leiſten könnten. Die für alle Fächer der Schulen und Univerſitäten beſtimmten Lehrbücher wurden in demſelben unfreien Geiſte umgearbeitet oder neu verfaßt und eingeführt. Die paritätiſchen Städte des Landes wurden mehr und mehr gedrückt, die proteſtantiſche Kirche beſchimpft oder verunglimpft, ohne daß dieſer geſtattet wurde, ſich zu vertheidigen. Nur die Jeſuiten hatten Preßfreiheit. Ihre Gegner brachte die Cenſur zum Schweigen. Die Unſittlichkeit nahm in den katholiſchen Theilen des Landes auf eine wahrhaft erſchreckende Weiſe zu. In keinem Theile Deutſchland's kamen ſo viele uneheliche Geburten vor, als in dem katholiſchen Theile Baiern's. Namentlich zeichnete ſich in dieſer Beziehung die Hauptſtadt München aus, woſelbſt ſeit Jahrzehnten mehr uneheliche, als eheliche Kinder zur Welt kamen. Die Pfaffenpartei ging in ihrer Frechheit ſo weit, daß ſie, wenn ihr derartige Thatſachen vorgehalten wurden, ihre Kinder mit der dieſen eigenthümlichen feurigen Natur und Hingebung zu rechtfertigen ſuchte.

Die fanatiſche Pfaffenpartei, welche in Baiern herrſchte, nahm nicht wahr, daß ſeit dem Jahre 1840 die Nation wieder anfing, Theil zu nehmen an politiſchen Beſtrebungen

und daß ein doppelter, zugleich politischer und religiöser, Druck dem Volke am Ende unerträglich werden müsse.

Die landständischen Verhandlungen brachten zu Tage, daß von 1835 bis 1838 ein Ueberschuß von zwanzig Millionen Gulden erzielt worden sei, über welche den Ständen keine Rechenschaft abgelegt wurde. Später stiegen diese nicht verwandten Ueberschüsse noch höher. Das Volk mußte auf diese Weise erkennen, daß Uneigennützigkeit und Rechtschaffenheit jedenfalls nicht im Geleite jesuitischer Frömmigkeit zu finden sei.

Die aller Orten entstehenden Klöster und Klosterschulen, Brüder- und Schwesterschaften, welche die Volksbildung, die Krankenpflege und das ganze Volksleben in ihre Krallen zu nehmen suchten, verschlangen unermeßliche Summen. Aller Orten wurden die Protestanten zurückgesetzt, namentlich auch im Staatsdienste. Die Katholiken hatten achtundsiebenzig ihrer Glaubensgenossen im Schooße der sieben Appellationsgerichte Baiern's, die Protestanten (1840) nur dreizehn. Der oberste Gerichtshof, das Münchener Oberappellationsgericht, zählte zweiundvierzig katholische und nur so viele protestantische Mitglieder, nämlich sieben, als zur Bildung des protestantischen Ehe-Senats unbedingt nothwendig waren.

Die Gehässigkeit der Pfaffenpartei ging so weit, daß es bei der Beerdigung der protestantischen Königin Wittwe sogar zu einem Scandale kam, welcher in den öffentlichen Blättern besprochen wurde.

Ganz wüthend gebärdete sich die baierische Pfaffenpresse in dem Streite der preußischen Regierung gegen die katholischen Erzbischöfe von Köln und Posen. Später, als der Kronprinz sich (1842) mit einer preußischen Prinzessin, der Tochter des Prinzen Wilhelm, vermählte, setzte König Ludwig dem fanatischen Treiben der Pfaffen einige Schranken. Diese waren aber mittlerweile so mächtig geworden, daß sie sich nichts befehlen ließen und auf des Königs Wünsche nur sehr geringe Rücksicht nahmen.

Neben den Pfaffen wurden auch die Biertrinker gehegt und gepflegt. Sie durften, wenn sie übler Laune waren, wegen eines halben Bierkreuzers ungestraft ihre Wuth an den Brauhäusern auslassen. Gegen den hohen und niedern Pöbel schritt die baierische Regierung niemals mit Kraft ein. Ihr Joch ruhte am schwersten gerade auf dem gebildetsten Theile der Nation.

Im Jahre 1845 hatte es Baiern auf sechsundfünfzig Männerklöster (Augustiner, Benedictiner, barmherzige Brüder, Franziskaner, Minoriten, Kapuziner, Karmeliter und Redemptoristen) und zu sechsundsiebenzig Frauenklöstern von sechzehn verschiedenen Orden gebracht. Welche Masse von Unsinn ging von diesen Sitzen des Aberglaubens und der Unduldsamkeit aus! Welche Masse von Kräften wurde durch diese Orden zu Grunde gerichtet oder zum Verderben der Menschheit angewendet! Welche Summen geheimen Elends und Kummers verbargen die Mauern dieser Klöster!

Vergebens sprachen die Kammern. Man ließ sie reden und that was man wollte. Die Regierung glaubte schon sehr liberal zu sein, wenn sie die Kammern nur sprechen ließ. Was weder die Kammern, noch die Presse, weder die Stimme des bessern Theiles der Baiern und ganz Deutschland's vermochte, brachte eine Tänzerin von schlechtem Rufe und leichten Sitten zu Stande. Diese Thatsache macht auf einmal anschaulich, welche Bedeutung in Baiern Kammern und Presse, Verfassung und Recht hatten. Sie wogen alle zusammen nicht so schwer, als ein Blick aus den Augen der Lola Montez.

So verhielt es sich von 1830 bis 1848 mit der baierischen Verfassungsmäßigkeit und Gesetzlichkeit, so verhält es sich im wesentlichen noch in Baiern und im übrigen constitutionellen Deutschland. Der Unterschied besteht nur entweder im Namen einer Person

oder einer Leidenschaft. Für die Nation ist es ziemlich gleichgültig, ob Wollust oder Herrschsucht, Habgier oder Ehrgeiz, ob eine Lola Montez, eine Stubenrauch, eine Erzherzogin Sophie, eine Königin von Preußen, ein Mauteufel, ein von der Pfordten oder Haynau die Abweichung vom Wege der Verfassung, der Freiheit und des Rechtes vermittelt.

Im Herbste 1846 kam die Tänzerin Lola Montez nach München. König Ludwig zählte damals sechzig Jahre. Er war seit dem Jahre 1810 verheirathet. Ihm lebte die Gattin und eine zahlreiche Kinderschaar. Das hielt ihn aber nicht ab, in die Netze der spanischen Tänzerin zu gehen und sie zu besingen. Wir erwähnen nicht viele andere ihr gewidmete Gedichte, sondern heben nur folgendes hervor:

„Tropfen der Seligkeit und Meer von bitteren Leiden
Die Italienerin gab — Seligkeit, Seligkeit nur
Lassest Du mich entzückend, begeisternd, beständig empfinden,
In der Spanierin fand wahre Liebe und Leben ich nur."

Von welcher Art diese Liebe und dieses Leben war, erhellt schon aus der Zusammenstellung mit der Italienerin, noch deutlicher aber aus vielen Gedichten König Ludwig's, von denen z. B. eines die Ueberschrift „Lola's Busen" trug. Lola begnügte sich nicht mit dem Herzen, auch nicht mit den Schätzen des Königs. Sie wollte herrschen, glänzen und mit gleicher Gewalt Baiern, wie dessen König regieren. Wenn sie sich die Mühe gegeben, die Verhältnisse des Landes zu berücksichtigen, hätte ihr schwerlich irgend Jemand etwas in den Weg gelegt. Allein das war für sie viel zu mühsam und langweilig. Hätte sie sich in den Dienst Abel's und der Pfaffen begeben, so hätten diese, wie vor ihnen viele andere Jesuiten, ihr Absolution ertheilt und das Volk belehrt, schon König David habe ähnliche Bedürfnisse empfunden. Abel und seine Genossen hatten zu weit größeren Schändlichkeiten, als Lola trieb, ihre Zustimmung ertheilt. Allein sie sahen in der Spanierin eine Nebenbuhlerin, welche ihre Herrschaft beeinträchtigte. Das wollten sie nicht dulden. Das Herz des Königs hätten sie ihr nicht streitig gemacht, seine Unterschrift, seine Gewalt wollten sie mit Niemand theilen. Als daher der König seiner Geliebten den Titel einer Gräfin von Landsfeld beilegen und ihr zu diesem Behufe das baierische Indigenat verleihen wollte, was verfassungsmäßig ohne Gegenzeichnung eines Ministers nicht geschehen konnte, so verweigerte das gesammte Ministerium dem Könige die Unterschrift. Damit aber begnügte sich das jesuitische Ministerium, welches aus Abel, Bray, Schrenk, Gumppenberg und Seinsheim bestand, nicht. Es fertigte eine Schrift an, durch welche es den König einzuschüchtern bemüht war und ließ dieselbe veröffentlichen, um derselben größern Nachdruck zu verleihen. Der König hing fester an Lola Montez, als an seinen Ministern und entließ die letzteren (11. Februar 1847). In der heitersten Stimmung erklärte er in einer Abendgesellschaft der Lola Montez am 13. Februar: „alle meine Minister habe ich fortgejagt, das Jesuiten-Regiment hat aufgehört in Baiern."

In diesem Lande war man von alten Zeiten her an die Herrschaft der Maitressen gewöhnt.*) Man nahm dort an dem Treiben der Lola Montez keinen besondern Anstoß, und freute sich allgemein über den Sturz des Ministeriums Abel. König Ludwig war daher zu keiner Zeit beliebter, als im Augenblick, da er auf Anregung der Lola Montez seine Minister fortjagte und dem Jesuiten-Regimente ein Ende zu machen versprach.

Sittlichen Menschen mußte jedoch das Verhältniß des Königs zur Lola Montez im höchsten Grade anstößig erscheinen. Ein Mann von Charakter konnte sich nicht dazu her-

geben, dasselbe zu fördern. Die gewöhnliche Lebensklugheit mußte einen Staatsmann, welcher den persönlichen Wünschen des Königs nachzugeben geneigt war, auffordern, wenigstens das allgemeine Wohl, die Verfassung und die Freiheit des Volkes sichernde Bedingungen an die Gewährung des Indigenates für die Gräfin Landsfeld zu knüpfen.

In der Staatsrathssitzung vom 8. Januar 1847 hatte Herr von Maurer die Indigenats-Verleihung an Lola Montez „die größte Calamität, welche über Baiern kommen könnte," genannt. Das hielt ihn aber nicht ab, wenige Tage darauf, nachdem er an die Spitze der Regierung erhoben worden war, dieselbe Indigenats-Verleihung zu unterzeichnen. Maurer entfernte zwar einige der wüthendsten Jesuitenknechte, namentlich die Professoren von Lassaulx, von Moy, Höfler, Philipps, Döllinger, Deutinger, Merz, Sepp und Mayer, theils durch Versetzung, theils durch Pensionirung aus ihren bisherigen Aemtern; in der Hauptsache blieb doch Alles beim Alten. König Ludwig wollte nach seines Herzens Gelüsten regieren und die Verfassung so wenig, als früher, im Geiste und in der Wahrheit gelten lassen. Das Ministerium Maurer unterschied sich von demjenigen Abel's nur darin, daß man ungestört über Abel und die Pfaffenpartei losziehen konnte.

So lange man eine Systemsänderung hoffen konnte, waren die Meisten bereit, dem Könige seine Lola-Schwäche zu verzeihen. Als man sich aber überzeugte, daß das alte System der Verfassungswidrigkeit und Unfreisinnigkeit beibehalten und mit demselben nur der Lola-Scandal verbunden werden solle, so entstand eine Mißstimmung der bedenklichsten Art. Die Jesuitenpartei wühlte im Verborgenen, die Freisinnigen murrten immer lauter und Tausende redlicher Menschen, welche sich früher nie um Politik bekümmert hatten, ließen sich durch den Lola-Scandal gegen den König aufregen.

Ludwig stand dem Volke nicht so fern, um nicht von dieser Stimmung Kenntniß zu erhalten.. Allein er schrieb die ganze Bewegung den Jesuiten zu, machte sich gegen sie in Gedichten Luft, welche ihren Weg in die Oeffentlichkeit fanden und den König mehr und mehr lächerlich machten. Das Lola-Unwesen dauerte fort. Natürlich ergriffen alle freisinnigen Schriftsteller mit Vergnügen die Gelegenheit, die sich ihnen darbot, die elenden Zustände Baiern's zu geißeln. Trotz aller Reden, welche in beiden Kammern gehalten wurden, kam auch nicht ein einziges wahrhaft freiheitliches oder gemeinnütziges Gesetz zu Stande. Am 27. November 1847 wurde der Landtag geschlossen. Gleich darauf fiel das Ministerium Maurer. An dessen Stelle trat das s. g. Lola-Ministerium (1. December 1847). An dessen Spitze standen der Staatsrath Berks, einer der verächtlichsten Höflinge der Lola Montez und der Fürst Oettingen-Wallerstein, welchem Baiern die grausamen Verfolgungen Behr's, Eisemann's und anderer sehr ungefährlicher Redner und Schriftsteller zu verdanken hatte. Von solchen Ministern ließ sich ganz eben so wenig, als von deren Vorgängern, ein wirklicher Fortschritt zum Bessern erwarten. Sie gaben sich als willenlose Werkzeuge der spanischen Tänzerin her. Diese war jetzt nicht mehr damit zufrieden, hinter dem Vorhange die Geschicke Baiern's zu lenken. Sie erschien täglich im Ministerium des Innern und verweilte daselbst Stunden lang bei ihrem Günstlinge, Herrn Berks.

König Ludwig besaß die Macht, die Mönchsorden des Mittelalters in dem von ihm beherrschten paritätischen Staate wieder einzuführen, die deutsche Bundesacte und das baierische Grundgesetz mit Füßen zu treten. Er hatte auch die Erhebung der Lola Montez in den baierischen Grafenstand durchgesetzt; allein um die Tänzerin in die Kreise der Gesellschaft einzuführen, brauchte es der Zeit. Diese blieb dem verliebten Könige nicht. In Ermangelung eines hochadeligen Hofstaates umgab sich die Gräfin mit einer Bande hübscher junger Leute, namentlich Münchener Studenten, mit welchen sie lärmend durch

die Straßen zog und rauſchende Gelage feierte, und welchen ſie reichliche Unterſtützungen zukommen ließ. Die begünſtigten Studenten vereinigten ſich zu der Landsmannſchaft Allemannia, welche jedoch von den übrigen Studenten, gleich der Peſt gemieden und abgeſtoßen wurde, was zahlreiche Reibungen zur Folge hatte, welche Lola als eine Verletzung der ihr gebührenden Verehrung betrachtete. Die Gräfin Landsfeld erklärte ſchon in den erſten Tagen des Monats Februar 1848: „ich werde die Univerſität ſchließen laſſen; ich mag ſie überhaupt nicht hier haben, ſie muß an einen andern Ort verlegt werden.“ Wenige Tage darauf (9. Februar) unterzeichnete Fürſt Wallerſtein einen königlichen Befehl, demzufolge die Univerſität München bis zum Winter-Semeſter geſchloſſen wurde.

Das Münchener Spießbürgerthum beſaß, ſo wenig politiſche Einſicht, daß es der ſyſtematiſchen Tyrannei Ludwig's I. niemals Widerſtand geleiſtet, und ſo wenig ſittliche Kraft, daß es an dem Maitreſſen-Weſen des Königs bis auf die letzte Zeit nicht den geringſten Anſtoß genommen hatte. Allein die Schließung der Univerſität berührte ſeine unmittelbarſten Intereſſen und verſetzte es daher in die heftigſte Aufregung. Dazu kam, daß ſeit dem Jahre 1840 ſich die Stimmung in Deutſchland überhaupt und ſo auch in Baiern gehoben hatte. Das übermüthige und freche Benehmen der Gräfin Landsfeld trug auch nicht wenig dazu bei, die Bevölkerung München's gegen ſie aufzuregen. Der freiſinnige und proteſtantiſche Theil der Bevölkerung freute ſich der guten Gelegenheit, ihrem längſt gehegten Unmuthe gegen die Regierung Ludwig's Luft machen zu können. Die Bürger traten am 10. Februar auf dem Rathhauſe zuſammen und zogen in Maſſe vor das königliche Schloß, um die Zurücknahme des Befehls zur Schließung der Univerſität zu bewirken. Anfangs erklärte zwar König Ludwig, er würde lieber das Leben laſſen, als eine von ihm ausgegangene Anordnung zurücknehmen; am Abende ließ er jedoch den auf dem Rathhauſe verſammelten Bürgern ſagen, die Univerſität werde nach Oſtern wieder eröffnet werden. Das genügte jedoch nicht, die herrſchende Aufregung zu beruhigen. Die Studenten hatten erklärt, ſie würden München nicht freiwillig verlaſſen, ſie würden nur der Waffengewalt weichen. Während der Nacht vom 10. auf den 11. Januar kam es zwiſchen der Gends'armerie und den Studenten zu einigen Streitigkeiten, welche durch das vielzüngige Gerücht übertrieben, neues Oel in die Flamme der Mißſtimmung goſſen. Schon am frühen Morgen des folgenden Tages verſammelten ſich die Bürger von Neuem auf dem Rathhauſe, woſelbſt die heftigſten Reden gegen den König und Lola Montez fielen.

Die in München anweſenden Mitglieder der Kammer der Reichsräthe traten zuſammen, unterzeichneten eine gemeinſame Bitte an den König, „um Abwendung der dem Lande und der Reſidenz drohenden Gefahren,“ und trugen dieſelbe in Perſon nach dem königlichen Schloſſe. Die Miniſter Fürſt Wallerſtein, Heres und Beisler brachten den verſammelten Bürgern die Nachricht, die Univerſität werde alsbald wieder eröffnet werden. Unter der Hand gab man zu erkennen, auch Lola Montez ſolle entfernt werden. Allein das Volk glaubte weder dem Könige, noch den Miniſtern. Die Maſſen drängten ſich nach der Wohnung der verhaßten Maitreſſe. Der König erſchien perſönlich im Hauſe der Tänzerin und machte es ihr dadurch möglich, unverletzt zu entkommen. Lola begab ſich jedoch nicht außer Landes, ſondern nach Lindau und blieb in unausgeſetztem Verkehre mit dem Könige.

Ludwig hatte erklärt: „von Lola laß' ich nicht; ich laſſe nicht von dieſem edeln, herrlichen Weſen; mein Königthum für Lola!“ Dieſe Halsſtarrigkeit hatte zur Folge, daß der läppiſche Greis zugleich von Lola und ſeinem Königthume laſſen mußte. Nachdem Ludwig I. dreiundzwanzig Jahre lang Baiern Gewalt angethan hatte, mußte er in den Märztagen des Jahres 1848 erfahren, daß ein Fürſt, welcher keine Rückſicht auf die

Stimme des Rechtes und der Freiheit nimmt und seinen Launen den Zügel schießen läßt, am Ende doch auf eine Macht stößt, vor welcher er sich beugen muß.

Der Lola-Scandal und die aus demselben hervorgegangene Schließung der Universität rief in ganz Baiern, insbesondere aber in München eine Bewegung hervor, deren Schwingungen noch fortdauerten, als die Nachricht von der Februar-Revolution in Deutschland eintraf. Nirgends war es ungefährlicher, Revolution zu machen, als in München, denn hier stand das Militär entschieden auf Seiten des Volkes: die Soldaten, weil sie von den Bierkrawallen her mit dem Volke sympathisirten, die Oberoffiziere, weil sie größtentheils jesuitisch gesinnt waren und die Partei Abel's damals weit revolutionärer war, als irgend eine andere Schattirung des baierischen Volkslebens. Der Wind, welcher von Paris her wehte, verlieh aller Orten der herrschenden Mißstimmung eine größere Kraft, allein er veränderte dieselbe ihrem Wesen nach nicht. Die Mißstimmung in Baiern hatte ihren Sammelpunkt in Lola und dem Lola-Ministerium gefunden. Dieses zeigte sich schon am 2. März, an welchem Tage viele Häuser der Straße, wo Minister Berks wohnte, die Inschrift trugen: „nieder mit Berks, nieder mit dem H . . . . -Minister!" Dieser Aufruf blieb nicht ohne Folge. Am Abende wurde die Wohnung des verhaßten Ministers, die Gebäude des Ministeriums des Innern, der Regierung für Ober-Baiern, und einige andere königliche Anstalten bestürmt und verwüstet. Das Militär stand dabei, oder ging ab und zu, ohne einzuschreiten. Die Barrikaden, welche das Volk errichtete, wurden nicht gestürmt. Ungehindert wogte auch am 3. und 4. März die aufgeregte Bevölkerung durch die Straßen, auf welchen sich ihr Niemand entgegenzusetzen wagte. Ein Wechselverhältniß zwischen Beamten und Volk bestand in Baiern nur auf dem Papiere. Persönlich kannte man sich gegenseitig gar nicht. Eine persönliche Einwirkung war daher ganz unmöglich. Zu einer solchen fehlte es überdies den bairischen Büreaukraten vollständig an Fähigkeit und Erfahrung. Das Volk verlangte, wie aller Orten in Deutschland: allgemeine Volksbewaffnung, freie Volksversammlungen, unbedingtes Associationsrecht, Entfesselung der Presse, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens mit Geschworenen, ein einiges freies Deutschland, Frieden mit der französischen Republik, Lossagung von der russischen Lehensherrlichkeit u. s. w.

König Ludwig schwankte unsicher zwischen Nachgiebigkeit und Widerstand hin und her. Am 4. März verbreitete sich das Gerücht, der König habe dem Fürsten Wrede sämmtliche Verwaltungszweige übergeben und dieser habe erklärt, er wolle mit Kartätschen die aufrührerischen Bürger zur Ruhe bringen. Diese Nachricht schlug wie ein Blitz in die aufgeregten Gemüther der Münchener ein. Die Sturmglocken wurden gezogen. Bürger und Studenten, Künstler und Arbeiter waffneten sich. Das bürgerliche Zeughaus lieferte ihnen in bunter Mischung Ritterspieße und Flammschwerter des Mittelalters, Flinten und Säbel des siebenzehnten und achtzehnten Jahrhunderts. Die Handwerker erschienen mit großen Hämmern und Schlosserzangen, Hackbeilen und Keulen. Da erstarb dem Könige Ludwig der Muth. Er versprach, die Stände-Kammer auf den 16. März einberufen zu lassen. Diese Zusage beruhigte für den Augenblick die gährenden Massen. Doch neue Besorgnisse tauchten auf. Es hieß, der König gehe noch immer mit dem Plane um, auf das Volk einhauen und schießen zu lassen. Am 6. März war daher die Bewegung der Geister wieder außerordentlich groß. Der König beschwichtigte dieselbe durch eine Proklamation, worin er neue Zusagen machte und insbesondere versprach, noch an demselben Tage das Militär die Verfassung beschwören zu lassen. Dieses geschah in der That. Allein das Vertrauen zum Könige war vollständig verschwunden. Neue Petitionen mit neuen Forderungen trafen aus allen Theilen des Landes ein. Gleichheit vor dem Gesetze,

Aufhebung aller Standesvorrechte und Befreiung des Grund und Bodens von den Feudal-Lasten wurde von allen Seiten verlangt. Politische Reformen genügten jetzt schon nicht mehr, man verlangte tief eingreifende sociale Verbesserungen.

Während noch immer neue Adressen in München eintrafen, erschien daselbst in der Nacht vom 8. auf den 9. März wieder die Gräfin Landsfeld. Die Nachricht davon brachte ganz München auf die Beine. Lola hatte eine mehrstündige Unterredung mit dem Könige, welche bewies, daß ihr Verhältniß mit demselben noch unausgesetzt fortdauere. Am Morgen des 9. März war Lola Montez in München nicht mehr zu finden. Der Fürst Oettingen-Wallerstein hatte sie in aller Frühe fortschaffen lassen. Diesem Umstande schrieb man es zu, daß der Fürst am 11. März plötzlich entlassen wurde. Die Aufregung gewann dadurch neue Kraft. Das Polizeigebäude wurde gestürmt, die Acten zerrissen und auf die Straße gestreut. Kurz darauf traf die Nachricht von der Wiener und Berliner Revolution in München ein. Der König erkannte, daß seine Stellung unhaltbar geworden war. Er mochte denken, daß unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen die Nachforschung in Betreff der Cassenüberschüsse einen ernstlichern Charakter, als bisher, annehmen möchte. Es handelte sich um mehr, als dreiundzwanzig Millionen Gulden. Im Monate März 1848 stand eine deutsche Krone kaum höher im Preise. Ludwig dankte ab (20. März 1848). Sein Sohn, Maximilian II., versprach recht- und gesetzmäßige Freiheit im Gebiete der Kirche wie des Staates. Schon unter Ludwig hatte das Ministerium mehrere Veränderungen erfahren. Zuerst war Berks entfernt worden. An seine Stelle trat Thon-Dittmer. Heintz erhielt die Justiz, Lerchenfeld die Finanzen, Lesuire den Krieg. Beisler behielt den Cultus und Bray die auswärtigen Angelegenheiten. Durch diese beiden blieb der vormärzliche Absolutismus im Ministerium vertreten. Während dieses Ministerium bestand, wurden einige zweckmäßige Verfügungen über öffentlich-mündliches Verfahren in Strafsachen, vollständige Vertretung der Pfalz, die Presse, Ablösung der Frohnden und Lehen, Ministerverantwortlichkeit, ständische Initiative in der Gesetzgebung, Regelung der Jagd und einige andere erlassen, doch nur theilweise ausgeführt. Gegen Ende des Jahres 1848 trat die Reaction schon keck hervor. Das Ministerium erlitt mehrere Veränderungen, die nach dem neuen Wahlgesetz zusammen getretene Abgeordneten-Versammlung bildete einen unverkennbaren Gegensatz, sowohl zu der unverändert gebliebenen Kammer der Reichsräthe, als zu den Gesinnungen des neuen Königs. Von der Pfordten wurde sodann an die Spitze eines neuen Ministeriums gestellt. Dieser löste die Kammer auf, verhängte thatsächlich den Kriegszustand über das ganze Land und führte den vormärzlichen Zustand, wenn auch unter etwas veränderten Formen, wieder her. Die jesuitisch gesinnten Professoren Lassaux, Döllinger, Höfler, Sepp und Genossen wurden in ihre Stellen wieder eingesetzt. Jesuitismus und Obscurantismus, Polizei-Willkür und Militärgewalt kamen wieder oben auf. Gegen die Freiheit, wo sie sich zu regen wagte, wie zuletzt noch in Kurhessen, schickte die Regierung bereitwillig ihre Söldner ab.

Maximilian II. unterscheidet sich von Ludwig I. wesentlich nur darin, daß unter ihm die Soldaten die erste und die Pfaffen die zweite Rolle spielen, während unter seinem Vater die Pfaffen die erste und die Soldaten die zweite inne gehabt hatten. Das Volk hat bei dem Wechsel wenig gewonnen. Fürwahr, um eines solchen Wechsels willen lohnte es sich nicht der Mühe, die Anstrengungen des Jahres 1848 zu machen.

Nicht so leicht, als in Baiern, wurde es der Regierung im Königreich Sachsen, die vormärzliche Zeit zurückzuführen. Schon die Juli-Revolution von 1830 hatte dieses Land weit regsamer, als Baiern, gefunden.*) Die Februar-Revolution blieb nicht, wie

in Baiern, nur oder doch hauptsächlich eine Flamme des Unwillens gegen eine verhaßte Person und deren Begünstiger und Günstlinge, sondern gegen ein System und dessen Stützen an. Die Revolution von 1830 hatte dem Volke nicht gebracht, was es erwartet hatte: Freiheit, Recht und Erleichterung schwerer Lasten. Unter etwas veränderten Formen war der alte Druck beibehalten worden.

Die neue Verfassung Sachsen's war an und für sich höchst mangelhaft und wurde dem Volke schon in der ersten Zeit ihres Bestehens in mannigfaltiger Weise verkümmert. Die erste Kammer war, wie überall in Deutschland, in durchaus reactionärer Weise zusammen gesetzt, und das Wahlgesetz für die zweite Kammer zersplitterte das Volk in die Stände der Rittergutsbesitzer, der Stadtbürger, der Bauern, der Handelsleute und Fabrikanten, und hatte zur Folge, daß nicht das Interesse des Volkes, sondern nur der betreffenden Stände von den einzelnen Abgeordneten vor Augen gehalten wurde.

Als der erste constitutionelle Landtag Sachsen's (1832) zusammentrat, fand er die Reaction sowohl am deutschen Bundestage, als bei sämmtlichen einzelnen Regierungen in vollem Gange. Lindenau, welcher vom Jahre 1831 bis 1843 an der Spitze der Regierung stand, war ein rechtschaffener und wohlwollender Mann, allein abgesehen davon, daß neben ihm sehr reactionäre Männer im Ministerium saßen, wie z. B. der Justizminister von Könneritz, war Lindenau zu sehr in den Vorurtheilen seines Standes befangen und viel zu wenig entschlossen, als daß unter seinem Ministerium das Volk in redlicher Weise auf der Bahn der Freiheit voran geführt worden wäre. Als nun vollends gar (1843) der mit Recht verhaßte Justizminister von Könneritz an die Spitze der gesammten Verwaltung trat, so entwickelte sich ein heftiger Kampf zwischen Ständen und Regierung, an welchem das Volk einen lebhaften Antheil nahm. Die deutschen Jahrbücher von Arnold Ruge, die sich erst vor Kurzem vor den Bedrückungen der preußischen Censur nach Sachsen geflüchtet hatten, wurden Anfangs 1843 unterdrückt. Dasselbe Schicksal hatte früher der „Bienenvater" von Richter gehabt, weil er die unentgeltliche Aufhebung der Feudal-Lasten als eines geschichtlichen Unrechts gefordert hatte. Im Jahre 1845 wurden hintereinander das „Echo vom Hochwalde," „Die Sonne" und „Die sächsischen Vaterlandsblätter" unterdrückt. Zu den politischen Gründen der Unzufriedenheit traten in Sachsen auch religiöse hinzu, indem die Regierung sowohl den deutsch-katholischen Bestrebungen, als denjenigen der „protestantischen Freunde" mit großer Härte und unter Verletzung aller Grundsätze der Religionsfreiheit entgegen trat. Diese Religions-Verfolgungen erregten gerade in Sachsen um so größere Mißstimmung, als man wohl wußte, daß im Schooße der königlichen Familie die Jesuiten sehr wohl gelitten waren und des Königs Bruder, Prinz Johann, der muthmaßliche Thronfolger, entschieden ultra-montan und absolutistisch gesinnt war. König Friedrich August gestattete demselben einen überwiegenden Einfluß auf die Geschäfte. Er hatte seinen Bruder zum General-Commandanten sämmtlicher Communal-Garden des Landes ernannt. Als solcher begab sich derselbe (18. August 1845) nach Leipzig. Schon bei der Revue der dortigen Bürger-Soldaten thaten sich Spuren der Mißstimmung gegen den Prinzen kund. Dieser wurde von einzelnen Abtheilungen gar nicht, von anderen nur sehr schwach begrüßt. Die zahlreichen Zuschauer gaben gleichfalls dem Prinzen durch ihre ganze Haltung und einzelne Aeußerungen, welche da und dort fielen, ihre Abneigung zu erkennen.

So groß war damals und ist noch heute der Uebermuth der Machthaber und der auf dem Volke lastende Druck, daß die Fürsten jede ihnen unliebsame Meinungsäußerung als Verbrechen betrachten und sich einbilden, wo sie sich auch zeigen mögen, Beifallsjauchzen als ein Recht in Anspruch nehmen zu können. Statt den Vorsatz zu fassen, die Liebe und

Zuneigung des Volkes durch ein den Wünſchen deſſelben beſſer entſprechendes Verhalten zu gewinnen, ritt der Prinz, den Groll im Herzen, in den „Preußiſchen Hof," woſelbſt er abgeſtiegen war. Dort hielt er große Tafel, als das Muſikchor der Communalgarde, wie gewöhnlich, dem Prinzen einen feſtlichen Zapfenſtreich brachte. Die Muſik zog eine zahlreiche Menſchenmenge herbei, welche plötzlich Luther's Lied: „Eine feſte Burg iſt unſer Gott" anſtimmte. Ein proteſtantiſcher Fürſt hätte daran keinen Anſtoß nehmen können und ein katholiſcher hätte bedenken ſollen, daß in einem durchaus proteſtantiſchen Lande das Abſingen eines proteſtantiſchen Kirchenliedes dem Volke nicht verwehrt werden könne. Dieſes war die einzige Kundgebung, an welchen die Maſſen Theil nahmen. Einzelne Rufe, wie „Ronge lebe hoch!" „Fort mit den Jeſuiten" und einzelne Steine, welche gegen die Fenſter und das Thor des Gaſthofes flogen, fielen nicht der Geſammtheit zur Laſt, ſondern den wenigen betreffenden Individuen. Die überwiegende Mehrzahl des verſammelten Volkes hatte eine ernſte und ſittliche Stimmung. Ein ernſtes, an das ſittliche Gefühl des Volkes gerichtetes Wort hätte genügt, die Verſammlung in Ruhe und Frieden aufzulöſen. Allein unter allen den hohen Beamten, welche mit dem Prinzen Johann zu Tiſche ſaßen, fand ſich keiner, welcher ein ſolches zu ſprechen den Muth gehabt hätte. Dagegen wurde eine Abtheilung Schützen von der Beſatzung herbeigezogen. Die Menge wich zurück, der weite Platz vor dem Gaſthofe leerte ſich, das Geſchrei verſtummte, die Maſſen fingen an, ſich zu verlaufen. Plötzlich krachten, ohne alles vorgängige Zeichen, ohne Verleſung der Aufruhracte, ohne Aufforderung zum Nachhauſegehen, raſch nach einander zwei Gewehrſalven. Die Kugeln trafen ruhige, meiſtentheils fern ſtehende, zufällig vorübergehende Perſonen. Natürlich erfaßte gerechter Zorn und wohlbegründete Entrüſtung die Bevölkerung, allein ſie war zu zahm, dem Prinzen die wohlverdiente Züchtigung zu Theil werden zu laſſen. Die Studenten griffen zu den Waffen, die Communalgarde zerſtreute ſie wieder.

Am folgenden Tage reiſte Prinz Johann ab, allein die Bewegung der Geiſter blieb und mehrte ſich noch, als das Miniſterium das Verfahren der Militärbehörde als gerechtfertigt anerkannte und nur gegen die Civilbehörde wegen des zu ſpäten Einſchreitens gegen den Tumult eine Disciplinarunterſuchung vorbehielt.

In jener aufgeregten Zeit war es, daß Robert Blum zuerſt ſich in größerem Maße die Liebe und die Achtung des Volkes erwarb. Seiner Geiſtesgegenwart und Kraft gelang es, die aufgeregten Maſſen von jeder Ausſchweifung abzuhalten und doch der gerechten Entrüſtung derſelben geeignete Rechnung zu tragen. Je weniger die Regierung auf dieſelbe Rückſicht nahm, um ſo tiefer drang Entrüſtung in alle Gemüther. Die Regierung aber war nur darauf bedacht, das Volk einzuſchüchtern und es ihre ſchwere Hand fühlen zu laſſen. Die zahlreichen in Leipzig verſammelten Schriftſteller hatten viel dazu beigetragen, die Mordſcenen des 12. Auguſt in ihrem wahren Lichte bekannt zu machen. Dafür ſollten ſie beſtraft werden. Im Monate September deſſelben Jahres begann jene große Verfolgung, welche alle nicht in Sachſen bürgerlich anſäſſigen Schriftſteller, ohne Rückſicht auf ihre politiſche Farbe, aus dem Lande trieb. Politiſch-freiſinnige Schriftſteller ſchützte ſogar das in Sachſen erlangte Heimathsrecht nicht, wie der Fall des Dr. W. Jordan aus Königsberg zeigte.

Leipzig wurde hauptſächlich in Folge der Mordſcenen des 12. Auguſt der Hauptſitz der Bewegung der Sachſen, deren letzte Schwingungen noch fortdauerten, als die Nachricht von der Februar-Revolution ganz Sachſen, wie alle übrigen Staaten Deutſchlands in neue Aufregung verſetzte.

Lange ſträubte ſich Friedrich Auguſt, die Wünſche des Volkes zu erfüllen. Am 13.

März sah er sich aber doch veranlaßt, seine sämmtlichen Minister zu verabschieden. Am 16. trat das Ministerium Braun ein. Im Schooße desselben saß von der Pfordten als Minister des Innern, welcher im Stillen die Reaktion vorzubereiten verstand. Am 18. Mai traten die alten Kammern noch einmal zusammen, beschlossen ein neues, freisinnigeres Wahlgesetz, behielten aber, obgleich in einer neuen Form, die erste Kammer bei. Auch einige andere freisinnige Gesetze kamen zu Stande, welche alle jedoch der im Finstern schleichenden Reaktion die Spitze nicht abzubrechen vermochten. Wie die Kraft der Volksvertretung durch das Zweikammersystem, wurde diejenige des Volkes durch den Gegensatz zwischen Republikanern und Constitutionellen, Radikalen und Liberalen gebrochen. Man verhandelte in den Kammern und in den Vereinen so lange, bis alle Kraft zum Handeln verloren gegangen war. Die standgerichtliche Ermordung Robert Blum's brachte neue Bewegung in das Heimathland des hochverehrten Märtyrers. Doch auch nachdem die Reaktion in Wien und Berlin ihr Banner wieder entfaltet hatte, kam es in Sachsen zu keiner entscheidenden Crisis. Am 24. Februar 1849 trat das März-Ministerium zurück. Der böse Geist desselben, von der Pfordten, hatte seine Aufgabe erfüllt. Er trat kurz darauf an die Spitze des baierischen Ministeriums (Dezember 1849) und vermittelte dort die Rückkehr zu der vormärzlichen Zeit. In Sachsen kam ein zweites Uebergangs-Ministerium zu Stande, in welchem der Justizminister Held zwar den Vorsitz führte, der Minister des Auswärtigen, Freiherr von Beust aber der Vertrauensmann der Krone war. Die Regierung segelte jetzt schon entschieden nach der „guten alten Zeit" zurück, und da die zweite Kammer widerstrebte, wurde sie (30. April 1849) aufgelöst. Unmittelbar darauf gaben die Minister Held, Weinlig und Ehrenstein ihre Entlassung und erhielten sie vom Könige. Die Aufregung im Volke nahm immer zu. Am Morgen des 2. Mai erließen die Ausschüsse des Vaterlandsvereins und des Arbeitervereins Aufrufe an das Volk, welche andeuteten, daß nur eine gewaltsame Erhebung die Selbstherrlichkeit der Nation retten könne. Deputationen vieler Städte trafen am 3. Mai im königlichen Schloße zusammen. Der Streit zwischen Volk und König drehte sich hauptsächlich um die Annahme der Reichsverfassung, welche Friedrich August verweigerte, *) und das Sachsenland mit seltener Einmüthigkeit verlangte. Der König, gebunden durch Zusagen, welche er der preußischen Regierung gegeben hatte, setzte allen Bitten des Volkes ein taubes Ohr entgegen, und da er sich bei seinem Widerstreben auf seine eigenen Truppen nicht fest verlassen konnte, erbat er sich preußische Soldaten. Das Volk von Dresden baute Barrikaden. Der Kampf begann am Zeughause, welches eine kühne Schaar, geführt von den Turnern, jedoch vergeblich stürmte. Es bildete sich ein Sicherheits-Ausschuß, bestehend aus Todt, Heubner und Tzschirner (4. Mai), nachdem Tags zuvor der König und die Königin, begleitet von den drei Ministern, aus Dresden entflohen waren. Der Kampf dauerte bis in die Nacht vom 8. zum 9. Mai. Nur mit Hülfe preußischer Truppen, deren erstes Bataillon am Abende des 5. Mai in Dresden einrückte, konnte die Bewegung in Sachsen niedergeworfen werden. Mehr als zweihundert Bürger blieben auf dem Kampfplatze. Heubner wurde gefangen und büßte seine Freiheitsliebe durch langjähriges Gefängniß. Die ländliche Bevölkerung und die übrigen Städte Sachsen's eilten nicht rasch genug Dresden zu Hülfe. Der Fall der Hauptstadt hatte den Belagerungszustand, langjährige Prozesse ohne Zuziehung von Geschworenen, die Auflösung des Landtags (1. Juni 1849) und überhaupt die Rückkehr zu den vormärzlichen Zuständen unter etwas veränderten Formen und schärfer angezogenen Daumschrauben, zur Folge. Am 1. Juli 1850 wurden

*) Siehe den folgenden §.

die Kammern ein zweites Mal aufgelöst. Die Regierung stieß dann einseitig das von ihr bestätigte neue Wahlgesetz um; ließ durch die in verfassungswidriger Weise zusammen gebrachten Kammern nicht blos das Wahlgesetz und das Gesetz betreffend die Zusammensetzung der Kammern von 1848 aufheben, sondern griff sogar bis zur Verfassung des Jahres 1831 zurück, und ließ mehrere freisinnige Bestimmungen desselben beseitigen. So weit wagte man fast nirgends in Deutschland die Reaktion zu treiben.

Einen ähnlichen Verlauf, wie in Sachsen, nahm die Revolution in Hannover. Nur kam es daselbst nicht zu einem so blutigen Kampfe, wie in Dresden.

Das Staatsgrundgesetz vom Jahre 1833*) genügte den bescheidenen Ansprüchen des Volkes. Allein als nach dem Tode Wilhelm's IV., dessen Bruder Ernst August den hannoverischen Thron bestieg, während Victoria Königin von England wurde, trat ein vollständiger Umschwung in die Angelegenheiten Hannover's. Das Land hatte durch seine Verbindung mit Albion viel gelitten. Ganz Deutschland freute sich darüber, daß Hannover aufhören sollte, ein Nebenland Großbritannien's zu sein. Doch der neue König that alles, was in seiner Macht stand, diese Freude zu dämpfen. Obgleich die Verfassung des Jahres 1833 in anerkannter Wirksamkeit bestand, und folgeweise selbst nach der Wiener Schlußacte einseitig nicht beseitigt werden konnte, obgleich das Volk mit derselben zufrieden war und Ernst August dieselbe in einem Schreiben an den hannoverischen Minister von Ompteda ausdrücklich anerkannt hatte, stieß er sie doch um. Vergebens wandten sich die Hannoveraner an den deutschen Bundestag unter Berufung auf die klaren Bestimmungen des Artikel 56 der Wiener Schlußacte. Durch Beschluß vom 5. September 1839 erklärte sich der Bundestag für incompetent. Der König von Hannover ging daher aus dem Kampfe mit seinem Volke siegreich hervor. Er erfand die Minoritätswahlen und die Redensart vom beschränkten Unterthanenverstande. Auf den letztern fußend brachte er mit Hülfe der ersteren Kammern zusammen, welche zu allem ja sagten, was er haben wollte. Umsonst legte das hannoverische Siebengestirn: die Gebrüder Grimm, Dahlmann, Gervinus, Albrecht, Weber und Ewald ihre Professorstellen an der Universität Göttingen nieder. Der Tyrann bekümmerte sich wenig um die Blüthe der Universität. Gestützt auf den Bundestag und seine Bajonette setzte er seine Herrschaft fort, bis der Sturm des Jahres 1848 auch Hannover errrichte. Als die Nachrichten von der Wiener und Berliner Revolution nach Hannover kamen, wurde auch Ernst August, gleich den übrigen Tyrannen Deutschland's, geschmeidig. Die Staatsstreichsminister Falcke, Schele und Klenze wichen einem Ministerium, an dessen Spitze Stüve stand. Dieser Mann, welcher, gleich Thon-Dittmar in Baiern, Braun in Sachsen und Römer in Würtemberg lange Zeit für liberal gehalten wurde, gab sich dazu her, dem Könige über die Verlegenheiten des Augenblicks hinweg zu helfen. Unter seinen Fittigen trat die Periode der Zugeständnisse ein. Alle Standesvorrechte wurden abgeschafft, doch behielt man das Zwei-Kammer-System bei. Eine Reihe von Reformen, welche in dem Gesetze vom 5. September 1848 in einhundert- und neun Paragraphen zusammengestellt wurden, erregte die Freude der kurzsichtigen Liberalen. Die Reaction trat aber in Hannover nicht minder, als in dem übrigen Deutschland schon bald wieder zu Tage. Das Ministerium Stüve-Bennigsen hielt sich bis zum September 1850. Als im Januar 1851 die nach Schleswig-Holstein rückenden Oesterreicher durch Hannover zogen, gewann die Junkerpartei neuen Muth. Sie wandte sich an den Bundestag. Dieser ordnete die Revision der gesammten nachmärzlichen Gesetz-

*) Siehe Gustav von Struve's Commentar zu dem Entwurfe eines Staatsgrundgesetzes für das Königreich Hannover. Vinteln 1832 bei Albrecht Osterwald.

gebung in Deutschland an und erließ ein Verbot gegen die Schritte der hannoverischen Regierung in der Angelegenheit der Provinzial-Landtage, d. h. der mittelalterlichen Stände im Gegensatze der Volksvertretung der Neuzeit. Am 18. November 1851 starb Ernst August. Sein blinder Sohn Georg V. ernannte schon am 22. November statt des frühern Uebergangsministeriums, Münchhausen-Lindemann, ein vollständiges Reactionsministerium unter dem Vorsitze des Herrn von Schele. Als sich die zweite Kammer nicht ganz gefügig zeigte, wurde sie aufgelöst (30. Juni 1853). Die Reaction trieb ihr Unwesen stärker als jemals. Es kam dahin, daß die unglücklichen Hannoveraner sogar ihren König Ernst August zurück wünschten. Wie vor dem März 1848, so steht auch seit der Ernennung des Ministeriums Schele das ganze Volk auf der einen, der König und die Junkerpartei auf der anderen Seite — bis wieder ein Sturmwind, sei es von Westen oder von Süden einen gewaltsamen Umschwung herbeiführen wird.

Würtemberg hatte seit 1816 einen sehr schlauen und ehrgeizigen König und seit 1832 an Schlayer einen Minister von gleicher Geistesbeschaffenheit. Beide kamen auch darin überein, daß sie in jüngeren Jahren mit der Freiheit coquettirt, später aber sich überzeugt hatten, daß der Absolutismus ihren Interessen besser entspreche, als der Constitutionalismus. Die Gemüthlichkeit des Schwabenvolkes machte es ihnen leicht, dasselbe unter dem Daumen zu halten.

In keinem Lande war die Stellung der Opposition so traurig, als in Würtemberg. Schlayer kannte die Coryphäen derselben zu genau, um sie zu fürchten. Uhland hatte sich den Dichterkranz wohl verdient, Paul Pfizer besaß hohe Talente, Schott war ein Ehrenmann im strengsten Sinne des Wortes. Der einzige aber, welcher einige Entschlossenheit besaß, war Römer. Von diesem wußte der König sowohl, als sein Minister, daß er zu kaufen sei, freilich nicht im geschäftlichen, wohl aber im politischen Sinne des Wortes. Auf dem Markte kauft man Ochsen und Schweine für baares Geld, auf der Bühne des Staates Diener durch Geld und Macht zugleich, welcher Preis in die Form eines Amtes gehüllt wird. Die Regierung ließ daher die Opposition sagen, was sie wollte und that selbst was ihr beliebte. Im Jahre 1839 erkannte die Opposition, daß die Rolle, welche sie spiele, anfange, lächerlich zu werden. Dieser Gedanke trieb sie nicht an, eine erhöhte Energie zu entwickeln, das Land in Bewegung zu setzen, außerhalb der Kammern diejenige Unterstützung zu suchen, welche ihr innerhalb derselben mehr und mehr abhanden kam. Keineswegs! Die zaghafte Opposition, die obengenannten vier Männer an der Spitze, zog sich zurück. Sie bedachte nicht, daß in einem Lande, welches weder Freiheit der Presse, noch der Versammlung, noch der Vereinigung hatte, eine Rednerbühne, von welcher aus die Worte über ganz Deutschland wiederhallen, auch ihre Bedeutung habe, wenn man sich ihrer zu bedienen wisse. Der Regierung war dieser Schritt zwar nicht angenehm, denn sie hätte gern einen gewissen Schein von Väterlichkeit und Verfassungstreue behauptet. Allein sie ließ sich dadurch in ihrem gewohnten Gange nicht stören. Dieser artete mehr und mehr in eine Mühlenbewegung aus. Die Staatsmaschine klapperte Tag und Nacht in einförmiger Weise. Die Schwaben mußten ihr Korn in die Mühle liefern. Das Mehl blieb dem Könige und dessen Günstlingen, das Volk mußte sich mit der Kleie begnügen. Das Schreiberei-Unwesen wurde immer schlimmer. Menschlichkeit und Verstand wichen mehr und mehr aus den Kanzleien. An deren Stelle trat ein grausames Gesetz oder ein leerer Schematismus. So kam es, daß eine Frau, welche Aepfel im Werthe von 5 Kreuzern gestohlen hatte, zu einer Arbeitshausstrafe von drei Jahren und vier Monaten verurtheilt werden konnte.

So wenig Schlayer und der König ſelbſt fromm geſinnt waren, hegten ſie doch den Pietismus als ein Rüſtzeug gegen den fortſchreitenden Geiſt der Zeit.

Der Zuſtand, in welchen Würtemberg auf dieſe Weiſe verſank, war beklagenswerth.

Die Haltungsloſigkeit des herrſchenden Schreiberſyſtems trat denn auch ſofort zu Tage, als auf den Fittigen des Sturmwindes die Nachricht von der Februar-Revolution eintraf. Der aus Würtemberg (1825) vertriebene, entſchloſſene Freund der Freiheit und darum ſo unglückliche Friedrich Liſt von Reutlingen hatte einſt geſagt: „Die Bureaukratie iſt eine Macht, die ſelbſt ohne Geiſt, auf den Gemeingeiſt keinen Werth legt und, wo ſie hintritt, alles Gras verdorren macht.“ Das trat nun im Augenblicke der Entſcheidung klar zu Tage. Das bisher ſo ſelbſtgenügſame Miniſterium wagte es nicht, mit dem aus dem Schlummer erwachenden Geiſte der Neuzeit in die Schranken zu treten. Es dankte ab. Der König mußte ſich nach anderen Handlangern für ſeinen Schein-Conſtitutionalismus umſehen.

Wie wenig er aber auch damals dem Fortſchritte und den Wünſchen des Volks geneigt war, erhellt am beſten daraus, daß er zuerſt im Sinne hatte, den ultramontanen Ariſtokraten von Linden an die Spitze eines neuen Miniſteriums zu ſtellen. Die erſte Regung des Königs, welche ſeine innerſten Gefühle am klarſten ausſprach, war alſo Kampf gegen die Freiheitsbewegung der Zeit. Doch die Entrüſtung, welche ſich aller Orten über den Gedanken ausſprach, daß Schlayer mit Linden, d. h. ein aufgeklärter und bürgerlicher Bureaukrat mit einem jeſuitiſchen und ariſtokratiſchen vertauſcht werden ſollte, ſprach ſich ſo unzweideutig aus, daß der Hof erkannte, die Zeit zu einem Miniſterium Linden ſei noch nicht gekommen.

Man wandte ſich nun an die bisher von dem Könige ſo ſchnöde behandelte Oppoſition. Bevor Römer nach Heidelberg zu dem daſelbſt abgehaltenen Congreſſe abreiſte, waren ihm Eröffnungen von Seiten des Hofes gemacht worden. Damals hatte er dieſelben aber nicht ſowohl mit ruhiger Entſchiedenheit, als mit heftiger Grobheit zurückgewieſen, indem er erklärte, daß er wie er ſich in Heidelberg damaligen Geſinnungsgenoſſen gegenüber ausſprach, mit dem Hofe nichts zu ſchaffen haben wolle. Als er jedoch nach Stuttgart zurück kam, erfuhr er, daß der Hof ſich während ſeiner Abweſenheit an Duvernoy und Paul Pfizer gewandt habe. Römer ſtand am Scheidewege. Er wandte ſich von den Freunden, mit denen er ſich in Heidelberg beſprochen hatte, von den entſchiedenen Republikanern ab und warf ſich den Conſtitutionellen in die Arme. Wir werden mit ihm darüber nicht rechten. Allein wenn er als Staatsmann und Fürſtendiener eine Rolle ſpielen wollte, ſo war es ſeine Aufgabe, wenigſtens die von ihm ergriffene Partei mit Kraft und Nachdruck zu vertreten. Er mußte ſeinen Eintritt in das Miniſterium an ſolche Bedingungen knüpfen, welche eine Rückkehr der alten Reaction unmöglich machen würden. Allein er duldete neben ſich im Miniſterium die zwei Reactionsminiſter der auswärtigen Angelegenheiten und des Krieges: Berckheimen und Sonthein, an der Spitze des Geheimenrathes den alten Schlaukopf Maucler und im Cabinette des Königs den dienſtbefliſſenen Reactionär Gös. Jeder dieſer vier Männer beſaß das Vertrauen des Königs in einem weit höhern Grade, als die vier der ehemaligen Oppoſition entnommenen Miniſter: Römer, Pfizer, Duvernoy und Goppelt. Unter dieſen vieren war Römer der einzige, welcher eine gewiſſe Beſtimmtheit und Entſchiedenheit des Charakters beſaß. Duvernoy und Pfizer waren viel zu zaghafte und unterwürfige Gemüthsmenſchen, als daß ſie im Stande geweſen wären, mit den ränkeſüchtigen und gewaltthätigen Reactionären ſiegreich zu kämpfen. Die neuen Miniſter gaben ſich dazu her, als Beſchwichtiger der aufgeregten Volksſtimmung zu dienen und wur-

den, gleich ihren Gesinnungsgenossen der übrigen März-Ministerien Deutschland's, wie ausgedrückte Pomeranzen auf die Seite geworfen, als der Hof ihrer nicht mehr bedurfte.

Sobald es die Verhältnisse nur irgend erlaubten, erhob der König den Freiherrn von Linden an die Spitze seines Ministeriums, welches mit den bekannten Maßregeln der Kammerauflösung, der Revision der nachmärzlichen Beschlüsse u. s. w. die vormärzlichen Zustände in einer verschlimmerten Ausgabe wieder herstellte. Das arme Volk mußte die ihm während der Sturmperiode abgenommenen Feudal-Lasten nachträglich mit schwerem Gelde ablösen. Wenn es den dritten Theil dieser Ablösungssumme auf die Revolution verwendet, hätte es nicht blos die beiden übrigen Drittel, sondern auch die unermeßlichen Summen ablösen können, welche es Jahr ein, Jahr aus an seine Bedrücker in der Form von Civil-Liste, Apanagen, Gehalten und Sold zu bezahlen hat.

Der alternde König, welcher theils von seiner katholischen Maitresse Stubenrauch, theils von seinem katholischen Minister von Linden geleitet wurde, erkannte, nach Ueberwindung der Sturmperiode, daß der Ultramontanismus noch ein besseres Mittel zur Verdummung und Knechtung des Volkes sei, als der protestantische Pietismus. Er trieb die dem Katholicismus erwiesene Gunst so weit, daß ganz Schwabenland glaubte, der König sei katholisch geworden. Mit Recht konnte Wilhelm I. dieses bestreiten. Er hatte so wenig als Franz Joseph von Oesterreich oder Maximilian von Baiern die katholische Religion. Sein Glaube war derjenige der Tyrannen, welcher darin besteht, ohne selbst irgend etwas zu glauben, den Aberglauben des Volkes zum Zwecke der Unterdrückung zu hegen und in dem Pflock desselben die Ketten weltlicher Herrschaft zu befestigen.

Einen ganz verschiedenen Entwickelungsgang, als in allen übrigen Staaten Deutschlands nahm die Revolution in **Baden**, wie denn auch früher, seit dem Jahre 1818 Baden seinen eigenen Weg auf der Bahn des Fortschritts eingeschlagen hatte.

Die Verfassung, welche Großherzog Karl dem badischen Lande gegeben hatte, war die freisinnigste aller deutschen Staaten, allein bevor sie noch in Wirksamkeit getreten, hatte er selbst und nach ihm Großherzog Ludwig gesucht, dieselbe zu untergraben.*) Ludwig war einer der schlimmsten kleinen Tyrannen Deutschland's. Die im April 1819 zum ersten Male versammelten Kammern entließ er schon wieder am 28. Juli, ohne den gerechten Wünschen des Volkes die geringste Rücksicht geschenkt zu haben. Den zweiten Landtag, welcher im September 1820 zusammen kam, wagte man nicht ganz so schnöde zu behandeln, als den ersten. Der dritte wurde wieder plötzlich vertagt. Im Dezember 1824 wurden die Kammern aufgelöst und bei den Neuwahlen von der Regierung ein so furchtbarer Druck ausgeübt, daß die Opposition bis auf drei Männer in den Kammern gänzlich verschwand. Die Regierung des Landes artete in einen vollständigen Absolutismus aus, eine früher nie gekannte Sittenverderbniß breitete sich über Karlsruhe aus. Der Hof wurde zu einer Cloake, welche Stadt und Land verpestete. Die Liebesabenteur des alten Großherzogs, die Namen seiner Maitressen und Kuppler gingen von Munde zu Munde. Der Scandal war um so größer, je kleiner die Residenzstadt war, und je weniger andern, bessern Stoff zur Unterhaltung sie bot. Am 30. März 1830 starb endlich der alte Sünder Ludwig. Ihm folgte Leopold, der älteste Sohn Karl Friedrich's aus dessen morganatischer Ehe mit dem Fräulein Geyer von Geyersberg, der nachherigen Reichsgräfin von Hochberg. Der neue Herrscher wurde von dem Lande mit außerordentlicher Liebe begrüßt. Frisches Leben erwachte im Volke. Der Landtag, welcher am 17. März 1831 eröffnet wurde, entwickelte große Thätigkeit. Den Höhepunkt

*) Siehe oben § 50 S. 520.

derselben bezeichnete ein Gesetz, welches dem Lande in inneren Angelegenheiten volle Preßfreiheit gab und welches am 24. Dezember 1831 von der Regierung bestätigt wurde. Ein ähnliches Gesetz bestand in Baiern ohne alle Anfechtung von Seiten des deutschen Bundes. In der That lag auch nicht der geringste Grund zur Einmischung von Seiten des Bundes vor. Die große Regel blieb ja Censur, die kleine, nur auf Baden beschränkte Ausnahme, welche mehr scheinbar als wirklich war, verhielt sich zur Preßfreiheit, wie Baden zum Weltall, wie Eins zur Unendlichkeit. Allein es kam darauf an, dem badischen Volke zu zeigen, daß es eine höhere Gewalt als die Landesregierung in Deutschland gebe, und daß diese die Macht besitze, jede Regung der Freiheit auch im Badischen zu unterdrücken. Mit dieser reaktionären Gewalt stand der badische Bundestagsgesandte, Freiherr von Blittersdorf in den innigsten Beziehungen. Er gab sich gern dazu her, seiner eigenen Regierung eine Grube zu graben, und brachte es dahin, daß das badische Preßgesetz in seinen wesentlichen Bestimmungen vom Bundestage aufgehoben wurde. *)

Wenn es der badischen Regierung mit Aufrechthaltung des Preßgesetzes Ernst gewesen wäre, hätte sie den Freiherrn von Blittersdorf abberufen. Allein schon damals zeigte es sich klar, daß der Constitutionalismus in Baden, gleichwie in den übrigen Staaten Deutschland's, nur eine Comödie sei, welche sich von den zu München, Stuttgart, Dresden und Hannover aufgeführten nur dadurch unterschied, daß der Bühnen-Director sich in seiner Stelle noch nicht fest fühlte, und die Bühnenmitglieder ausgezeichnete Talente besaßen. Die Reden, welche Liebenstein, Rotteck, Itzstein, Duttlinger, Winter von Karlsruhe, Welcker, Bekk, später Friedrich Hecker und andere in der badischen Ständeversammlung hielten, hallten in ganz Deutschland wieder. Traurig war es freilich, daß einige der berühmtesten Kammer-Redner, wie Winter von Karlsruhe und Bekk aus dem Dienste des Volkes in denjenigen des Fürsten übergingen, während andere, namentlich Rotteck und Welcker aus dem Staatsdienste verdrängt wurden. Von Jahr zu Jahr mehrte sich der Einfluß der Reaction auf die Regierung. Der Freiherr von Blittersdorf wurde an die Spitze der Regierung berufen und herrschte, nach Winter's Tode (1838) in Baden mit fast unumschränkter Gewalt. Als derselbe im Jahre 1843 auf seinen Posten nach Frankfurt zurückgeschickt wurde, war die Verwaltung in Baden von Grund aus verdorben. Für die Gegner der Regierung gab es kein Recht mehr, weder bei den Gerichten, noch in der Presse. Sie wurden in ihrer Ehre und ihrem Vermögen angegriffen. Alles wurde daran gesetzt, sie zu Grunde zu richten. Wer sich in diesem Schergen-Dienste am meisten hervorthat, wurde belohnt und befördert. Wer sich darin lässig zeigte, erhielt Verweise und konnte froh sein, wenn er nicht des Amtes entsetzt wurde. Die Bürger, welche sich duckten, und an öffentlichen Angelegenheiten keinen Theil nahmen, erfuhren von allen insgeheim geübten Schändlichkeiten wenig und hielten es meistentheils für das klügste, was sie in Erfahrung brachten, für sich zu behalten. Die Verhandlungen in der zweiten Kammer wurden immer nichtiger. Es zeigte sich gar zu deutlich, daß allen den schönen Reden nichts anderes zu Grunde lag, als der Gedanke, einestheils bei'm Volke für liberal und anderseits bei der Regierung für gemäßigt zu gelten. Im Mißmuthe über diesen erbärmlichen Zustand legte Friedrich Hecker Anfangs (1847) seine Stelle als Abgeordneter nieder und konnte nur mit großer Mühe bestimmt werden, später wieder in die Kammer einzutreten.

*) Siehe Gustav von Struve's politische Briefe: 1. Anklage auf Hochverrath gegen den Freiherrn von Blittersdorf. Seite 185 ff. 2. Das badische Preßgesetz vom 28. Dezember 1831. Seite 208 ff.

Wenn man die Angriffe der freisinnigen Abgeordneten auf die Regierung wörtlich genommen, hätten die verantwortlichen Minister nothwendig in Anklagezustand versetzt, jedenfalls denselben aus Mangel an Vertrauen das Budget verweigert werden müssen. Allein trotz allen bombastischen Reden bewilligten die Kammern der Regierung regelmäßig, was diese von ihnen verlangte.

Seit dem Jahre 1845 übertrug sich ein Theil der Unzufriedenheit des Volkes von der Regierung auf die Kammern, und namentlich auch auf die zweite Kammer, welche für die Handlungen und Unterlassungen der Verwaltung mitverantwortlich war.

Am 1. Juli 1845 übernahm Gustav Struve die Redaction des Mannheimer Journals. Er hatte sich dabei urkundlich ausbedungen, daß das Blatt eine entschieden freisinnige Richtung haben solle. Damals hatte zu Mannheim der ultramontane und absolutistische Regierungsrath Uria-Sarachaga die Censorstelle inne. Es war allgemein bekannt, daß derselbe die Censur mit einer an Wahnsinn gränzenden Härte ausübte. Struve war von vornherein entschlossen, sich den Druck der Censur nicht stumpfsinnig gefallen zu lassen, sondern einen Kampf gegen den Censor zu beginnen, falls dieser auch ihm, wie den anderen Redactoren gegenüber, verfahren würde.

Als Uria-Sarachaga merkte, daß ihm ein Mann von Charakter gegenüber stehe, verlor er aus Zorn und Grimm ganz und gar den Kopf, strich nur, um das Blatt zu Grunde zu richten, oder Struve von dessen Redaction zu verdrängen. Zuglrich verfolgte er Struve mit nicht endenden Prozessen. Uria machte demselben vier Prozesse wegen einiger Gedankenstriche, einen wegen eines Druckfehlers und einen wegen anderer ähnlicher Kleinigkeiten. Struve hatte von Anfang an dem Censor erklärt, die Censur ist verfassungswidrig! Er zahlte daher nie freiwillig Censurstrafen und Censursporteln. Er ließ sich wiederholt ausphänden, erhielt aber immer schon am folgenden Tage seine Fahrnißstücke zurück. Handwerker hatten sie für ihn ausgelöst.

Was Uria strich, ließ Struve in drei Zwanzigbogenschriften *) roth auf weiß drucken. Es zeigte sich auf diese Weise klar, wie der Censor gehandelt hatte. Kein einziges Wort von allen Bogen, welche Uria gestrichen hatte, konnte angefochten werden. Das Publikum trat entschieden auf Struve's Seite. Uria verlor die Censorstelle, allein nicht weil er unrecht gehandelt hatte, sondern nur weil die Entrüstung über das von ihm so lange Zeit inne gehaltene Verfahren einen Höhegrad erreicht hatte, welcher der Regierung Angst einflößte. Uria wurde nicht zur Rechenschaft gezogen, nicht bestraft. Im Gegentheile wurde Struve, welcher sich in einer an die vorgesetzte Behörde gerichteten Eingabe über Uria und einige andere denselben unterstützende Beamte beschwert hatte, zu einer Gefängnißstrafe von vier Wochen verurtheilt. Eine Strafe von gleicher Dauer wurde demselben zu Theil wegen seines „Briefwechsels zwischen einem ehemaligen und einem jetzigen Diplomaten," worin er den Fürsten Metternich des Hochverraths angeklagt hatte, und eine weitere Strafe von drei Monaten Gefängniß wegen seiner „Politischen Briefe," worin er den Freiherrn von Blittersdorf des Hochverraths angeklagt hatte.

Neben diesen größeren Schlägen, welche die Regierung gegen Struve richtete, gingen unausgesetzt kleine Nadelstiche einher, durch welche er zur Verzweiflung oder zur Nachgiebigkeit gebracht werden sollte. Der Unfug der Unterbehörden war so augenfällig, daß die oberen Behörden wiederholt zu Gunsten Struve's einschritten. Dieses geschah aber nie-

*) 1. Aktenstücke der Censur des Großh Bad. Reg.-R. v. Uria Sarachaga. 2. Aktenstücke der Mannheimer Censur und Polizei. 3. Aktenstücke der Badischen Censur und Polizei von G. v. Struve. Mannheim und Heidelberg, 1846.

mals in einer Weiſe, welche Struve befriedigen konnte, ſondern immer in der Art, daß der kleinliche Haß der Regierung gegen Struve klar zu Tage trat. Seit der Mitte Auguſt's 1845 arbeitete ſie daran, Struve von der Redaction des Mannheimer Journals zu verdrängen. Gegen Ende 1846 erreichte ſie dieſen ihren Zweck, allein ohne dabei viel zu gewinnen. Denn wenige Tage, nachdem Struve von dem Mannheimer Journal abgetreten war, eröffnete er ſeinen „Deutſchen Zuſchauer," in welchem er ganz ungehindert ſeine Anſichten entwickeln und ſeine Beſtrebungen fördern konnte.

Der Kampf, welcher Anfangs nur zwiſchen Struve und Uria-Sarachaga geführt worden war, hatte mittlerweile weit größere Dimenſionen angenommen. Die Stadt Mannheim hatte ſich daran betheiligt. Die Regierung war verblendet genug geweſen, eine auf den 19. November 1845 anberaumte Verſammlung des Bürgerausſchuſſes mit Aufbietung eines Regiments Infanterie und eines Regiments Cavallerie zu ſprengen, wodurch ganz Mannheim in die größte Aufregung verſetzt wurde. In der Ständeverſammlung waren die Uebergriffe, deren ſich die Regierungs-Behörden in Mannheim ſchuldig gemacht hatten, zur Sprache gekommen. Der Streit zwiſchen Struve und Uria hatte ſich erweitert zu einem Streite des geſammten badiſchen Volkes gegen die Uebergriffe einer corrupten und freiheitsfeindlichen Regierung.

Je entſchloſſener Struve und ſeine Freunde der Regierung entgegentraten, deſto trauriger wurde die Rolle, welche die zweite Kammer ſpielte. Die wohlverdienten Züchtigungen, welche den „Unentſchiedenen, Halben, Parade-Deputirten, Kammerhaſen und Kammer-Mandarinen," zu Theil wurden, trieben ſie nicht vorwärts, ſondern rückwärts. Es zeigte ſich ganz deutlich, daß der von dieſen Schwätzern bisher an den Tag gelegte Liberalismus nichts weiter, als eine Larve geweſen war, welche das Volk über ihre eigentliche Geſinnung täuſchen ſollte. Die entſchloſſenen Männer der Kammer, namentlich Hecker, arbeiteten mit Struve zuſammen, die Kammerhaſen traten dagegen immer offener auf die Seite der Regierung. Es kam darauf an, feſtzuſtellen, auf welcher Seite das Volk ſtehe. Zu dieſem Behufe veranſtalteten Hecker, Struve, Dr. Eller, Grohe und andere Geſinnungsgenoſſen eine Volksverſammlung, welche am 12. Sept. 1847 zu Offenburg abgehalten wurde und folgende Punkte als Forderungen des Volkes aufſtellte: „Losſagung von den Beſchlüſſen zu Karlsbad, Frankfurt und Wien; Preßfreiheit, Gewiſſens- und Lehrfreiheit; Beeidigung des Militärs auf die Verfaſſung und Schutz der perſönlichen Freiheit gegenüber der Polizei; dann Nationalvertretung beim deutſchen Bunde; volksthümliche Wehrverfaſſung, gerechte Beſteuerung; allgemeine Zugänglichkeit des Unterrichts; Geſchwornengerichte, eine volksthümliche Staatsverwaltung; endlich Ausgleichung des Mißverhältniſſes zwiſchen Kapital und Arbeit und Abſchaffung aller Vorrechte."

Dieſe Forderungen fanden nicht blos in Baden und in Deutſchland, ſondern auch im übrigen Europa, ſelbſt in Spanien und Italien faſt ungetheilten Beifall. Eine derſelben war geweſen Nationalvertretung bei dem deutſchen Bunde. Baſſermann griff ſie in der badiſchen Kammer auf und begründete ſie am 12. Februar 1848.

Die Regierung, weit entfernt den vom Volke ausgeſprochenen Wünſchen nachzukommen, leitete gegen die Führer der Offenburger Volksverſammlung Hochverraths-Prozeſſe ein. Baſſermann, welcher ſich damals ſchon der Regierung ſehr angenähert, hatte einen ſolchen nicht zu erwarten. Allein er konnte unter damaligen Verhältniſſen auch nicht hoffen, daß die Regierung ſeinem Antrage die geringſte Aufmerkſamkeit ſchenken würde.

Die Februar-Revolution traf das badiſche Volk beſſer vorbereitet, ſeine Rechte geltend zu machen, als irgend einen andern Kleintheil Deutſchland's. Die Badener wußten nicht blos, was ſie wollten, ſondern auch, daß die Kammer nicht die Macht, ſo wenig als

den Willen besitze, ihnen dazu zu verhelfen. Dieses zeigte sich schon am 1. März, als eine Petition von Mannheim im Geleite von beiläufig zweitausend Bürgern nach Karlsruhe gebracht wurde, worin Volksbewaffnung, unbedingte Preßfreiheit, Schwurgerichte und ein deutsches Parlament als vorläufige, sofort zu gewährende Forderungen des Volkes bezeichnet wurden.

Von sämmtlichen Abgeordneten der linken Seite nahm sich nur Hecker der Petition mit Nachdruck an. Die meisten übrigen, statt sich mit dem Volke gegen die Regierung zu vereinigen, und diese dadurch zu einem vollständigen Systemswechsel zu zwingen, boten dem Ministerium die Hand zur Abwässerung und Abwiegelung.

Die Männer, welche mehr wollten, als Kammerreden, riefen eine Volksversammlung auf den 19. März nach Offenburg. Die Scheinliberalen hatten an der Volksversammlung vom 12. September keinen Theil genommen. Sie hielten es aber für gute Politik, bei derjenigen des 19. März mitzuwirken. In der That gelang es ihnen, die Frage der Republik, welche dem Wunsche Fickler's, Struve's und ihres Anhanges zufolge, vor die Volksversammlung gebracht werden sollte, davon auszuschließen. Sie konnten jedoch nicht verhindern, daß sofort ein Landes-Ausschuß erwählt, welchem zur Pflicht gemacht wurde, das Volk zu den Waffen zu rufen, falls dessen Forderungen nicht bewilligt würden.

Als die Versammlung abgehalten wurde, hatte man noch keine Kenntniß von der Wiener Revolution. Dessenungeachtet waren es nicht die alten Liberalen, sondern Hecker und Struve, welche den Ton bei der Volksversammlung angaben. Hecker wurde zum Obmann des gesammten Landes-Ausschusses, Struve als erster in den Ausschuß des Unterrhein-Kreises, erwählt. Hecker's und Struve's Gesinnungsgenossen wurden ausschließlich in die Ausschüsse gewählt. Sie gingen darauf aus, durch friedliche Agitation den deutschen Regierungen und insbesondere auch der badischen die Ueberzeugung beizubringen, daß sie es auf einen Zusammenstoß mit dem bewaffneten Volke nicht ankommen lassen könnten. Dieses Ziel wäre leicht zu erreichen gewesen, falls die Alt-Liberalen im Geiste ihrer öffentlich und insgeheim abgegebenen Erklärungen gehandelt hätten. Die meisten derselben waren republikanisch gesinnt und hatten schon früher daraus gar kein Geheimniß gemacht, namentlich Mathy, welcher mit Vergnügen zu erzählen pflegte, daß der Großherzog zwei Schritte zurückgeprallt, als er demselben vorgestellt worden sei, und welcher erklärte, er habe sich schon zu republikanischen Gesinnungen bekannt, als die Zahl der Republikaner sehr gering gewesen sei. Niemand pflegte bei vertraulichen Zusammenkünften heftiger gegen die deutschen Regierungen zu poltern, als Welcker, Niemand über dieselben unflätiger zu schimpfen, als Soiron. Zur Zeit der Offenburger Versammlung vom 19. März 1848 hofften Hecker und Struve noch immer, die Alt-Liberalen würden sich aufraffen und gemeinsam mit ihnen für Recht und Freiheit kämpfen. Sie irrten sich, und dieser Irrthum war die Klippe, an welcher die gesammte Freiheitsbewegung Deutschland's scheiterte. Hätten sich im Monate März in Baden die beiden Abtheilungen der Fortschrittspartei geeinigt, so wären auch Hessen-Darmstadt, Nassau, Hessen-Kassel und die meisten mindermächtigen Staaten Deutschland's diesem Beispiele gefolgt. Doch es sollte anders kommen.

Auf die Versammlung von Offenburg folgten sieben Tage später die großen Versammlungen von Freiburg im Breisgau und von Heidelberg (26. März). Leider wohnte Hecker der letzteren, wie gewünscht worden war, nicht bei. Zu Freiburg, woselbst Struve gewirkt hatte, wurde beschlossen, daß das zu erwartende deutsche Parlament die von demselben zu entwerfende neue Verfassung Deutschland's auf den Grundlagen der föderativen Republik (des republikanischen Bundesstaats) feststelle. Aehnliche Versammlungen fanden

zu Engen, Stockach, Achern, Grenzach, Mörsburg, Waldshut, Donaueschingen und anderen Orten statt. Ueberall war man darüber einig, daß man zum Schwerdte greifen wolle, falls die Regierung den Forderungen des Volkes nicht Genüge leiste.

Vom Vorparlamente wurde die Selbstherrlichkeit des Volkes ausdrücklich anerkannt. Fickler und Struve stellten daher an den badischen Bundestags-Gesandten Welcker den Antrag, bei der Regierung dahin zu wirken, daß eine Abstimmung über die Staatsform eingeleitet würde. Welcker nahm den betreffenden Antrag schriftlich in Empfang. Die Antwort auf denselben war, daß die badische Regierung, weit entfernt, die von dem Volke gestellten Forderungen zu bewilligen, durch Verhaftung der Führer die Volksbewegung zu ersticken suchte. Am 8. April Morgens wurde Fickler zu Karlsruhe von Mathy verhaftet. Gleich darauf begab sich dieser Verräther nach Mannheim, um daselbst weitere Verhaftungen vorzunehmen.

Hecker und Struve, obgleich beide sich nicht besprechen konnten, da der eine in Karlsruhe, der andere in Mannheim war, erkannten, daß der Augenblick der That gekommen sei, daß sie als Männer von Ehre den zu Offenburg erhaltenen und in allen späteren Volksversammlungen bestätigten Auftrag, das Volk zu den Waffen zu rufen, erfüllen müßten. Beide eilten nach dem Oberlande und riefen das Volk auf. Zu friedlichen Versammlungen waren in hellen Haufen zehn, zwanzig, dreißig und vierzig Tausend Männer erschienen. Jetzt, da es galt, die früher gefaßten Beschlüsse auszuführen, fanden sich verhältnißmäßig nur kleine Schaaren ein. In verschiedenen Abtheilungen kamen wohl zehn bis zwanzig Tausend Mann zusammen. Allein die meisten derselben waren schlecht bewaffnet und außer den badischen traten ihnen würtembergische, hessische und nassauische Truppen entgegen. So mußten die Freiheitskämpfer unterliegen. Bei Kandern kam es am 20. April zum Treffen, in welchem General Gagern das Leben verlor, Hecker's Schaar aber zersprengt wurde. Wenige Stunden darauf hatte die von Struve und Weißhaar gesammelte Schaar ein ähnliches Schicksal. Am 23. und 24. April fanden in der Nähe von Freiburg im Breisgau blutige Kämpfe statt. Sigel hatte daselbst das militärische Commando, Struve die politische Leitung. Am 27. April kam es zwischen der von Herwegh aus Paris herbeigeführten deutschen Legion und den würtemberg'schen Soldaten bei Dossenbach zum Kampfe. Auch hier blieben die wohlgeschulten Truppen Sieger. Im Unmuthe über diese Niederlagen verließ Hecker Anfangs September Europa und wanderte nach Amerika aus.

Am 21. September nach dem schimpflichen Waffenstillstand von Malmö und der verunglückten Volksbewegung in Frankfurt am Main, verfügte sich Struve mit einigen unbewaffneten Gesinnungsgenossen auf badisches Gebiet. Seinem Rufe folgten schnell beiläufig zehntausend Mann. Bevor diese jedoch auf einen Punkt gebracht werden konnten, wurde Struve bei Staufen angegriffen. Nach einem zweistündigen Treffen stäubte seine Schaar auseinander. Er selbst wurde nebst seiner Gattin, welche ihm stets in den Kampf gefolgt war, seinem Schwager Pedro Düsar und Karl Blind gefangen. Viele Tausende hatten dasselbe Schicksal in allen Theilen des Landes. Nachdem die Gefangenen in großer Gefahe geschwebt hatten, standrechtlich erschossen zu werden, wurden dieselben gegen Ende des Monats März 1848 vor die Geschworenen gestellt, zuerst Gustav Struve und Karl Blind. Deren Prozeß begann am 20. und dauerte bis zum 30. März. Im Laufe desselben hatten die Angeklagten, welchen Brentano hülfreich zur Seite stand, Gelegenheit, die vielen gegen sie ausgestreuten Unwahrheiten zu berichtigen, und nachzuweisen, daß sie in Uebereinstimmung mit den öffentlich gefaßten Beschlüssen der weiter obenerwähnten Volksversammlungen gehandelt hatten, und daß sie nicht als Angeklagte hier sitzen würden, falls

alle übrigen Theilnehmer jener Versammlungen Wort gehalten hätten. Die Geschworenen sprachen beide Angeklagten theils gänzlich, theils in der Weise frei, daß sie den Vorbedacht in Abrede stellten und mildernde Umstände geltend machten. Auch dieser Wahrspruch konnte nur dadurch erzielt werden, daß der Gerichtshof den ersten, den Angeklagten noch günstigern Wahrspruch zurückgewiesen hatte. Die Angeklagten wurden wegen versuchten Hochverraths zu fünf Jahren vier Monaten Einzelhaft verurtheilt. Bevor sie diese antraten, wurden sie jedoch vom Volke aus der Haft befreit.

Die Bewegung in Baden war nicht abhängig von einigen geliebten und geachteten Führern. Sie dauerte fort, nachdem Hecker Europa verlassen, Struve, Blind und deren Genossen in den Kerker geworfen worden waren. Sie drang von Monat zu Monat tiefer in die Massen ein und bemächtigte sich endlich auch des stehenden Heeres. In Folge der Beschlüsse der Offenburger Volksversammlung vom 19. März 1848 hatte sich ein großes Netz von Volksvereinen über das ganze Land gespannt. Im Laufe eines Jahres hatte das Volk von Baden mit seltener Einmüthigkeit die Ueberzeugung gewonnen, daß nur durch das Schwerdt die zu Frankfurt beschlossene Reichsverfassung aufrecht erhalten werden könne. Dieselbe Ansicht gewannen auch die benachbarten Rheinbaiern. Mehrere Abgeordnete der letzteren erließen einen Aufruf, demzufolge die pfälzischen Abgeordneten der baierischen Kammer und der Nationalversammlung, die Landrathsmitglieder, die Wahlmänner, Bürgermeister und Gemeindevertreter zusammen traten (1. Mai 1849) und einen Landesvertheidigungs-Ausschuß ernannten, welcher sofort in Thätigkeit trat.

Die ganze Rheinpfalz erhob sich. Sogar ein Theil der Besatzungen von Germersheim und Landau schloß sich der Bewegung an. Aus Worms rückte Oberst Blenker, den seine unerschrockene Gattin begleitete, an der Spitze rheinhessischer Freiheitskämpfer, aus Mainz zogen Zitz und Bamberger mit muthigen Schaaren herbei. Von Bonn kam Gottfried Kinkel, nachdem er vergeblich die Erstürmung des Zeughauses zu Siegburg versucht hatte, und schloß sich der Bewegung an.

Am 10. Mai nahm Blenker den Brückenkopf von Ludwigshafen. Die baierische Besatzung schloß sich ihm an. Nur die Offiziere derselben entflohen über den Rhein nach dem Badischen. Hier hatten die Verhandlungen der Prozesse Struve's, Blind's und ihrer Mitangeklagten einen vollständigen Umschwung der öffentlichen Meinung herbeigeführt. Die Ueberzeugung, daß diese Männer unschuldig seien, d. h. daß sie nur in Gemäßheit des von dem Volke öffentlich ausgesprochenen Willens zum Schwerdte gegriffen hatten, wurde immer allgemeiner. Die badische Armee, welche bis zu dieser Zeit, trotz aller Sympathieen, welche sie für die Sache des Volkes hegte, ihren Offizieren Gehorsam geleistet hatte, fing an, schwierig zu werden.

Amalie Struve, welche nach langen und schweren Kerkerleiden aus der Haft entlassen wurde, weil die badische Regierung nicht wagte, sie vor die Geschworenen zu stellen, war schon im Monat April nach Rastatt gekommen. Bürger und Soldaten wurden durch sie angeregt und ermuthigt.

Aller Orten im Badischen verlangte das Volk die Freilassung der Gefangenen. Bürger und Soldaten verbrüderten sich. Ohne alle Verabredung fanden am 11. Mai in Rastatt, Lörrach und Freiburg Bewegungen unter den Soldaten statt. Am 12. Mai wurden Struve und Blind, welche man in Rastatt nicht mehr festhalten konnte, nach Bruchsal in das dortige Zuchthaus gebracht. Frau Struve folgte ihrem Gatten auch dorthin. Am 13. versammelten sich Abgeordnete des Volkes und der Truppen aus allen Theilen des badischen Landes zu Offenburg und gaben das Zeichen zum Aufstande. In der Nacht vom 13. auf den 14. stürmte das Volk das Gefängniß, in welchem Struve,

Blind und viele andere Vorkämpfer der Freiheit festgehalten wurden. Die Truppen blieben Gewehr bei Fuß stehen. In Karlsruhe kam es zu einem Kampfe zwischen den Linien-Truppen und der Bürgerwehr, in welchem die letztere auf Seiten der Regierung stand. Der Großherzog wartete den Ausgang desselben nicht ab. Er verließ seine Hauptstadt mit seiner Familie im Schutze der wenigen Truppen, welche noch nicht auf die Seite des Volkes übergegangen waren. Die Reaction hat die wackere badische Armee auf's Schändlichste verläumdet, hat ihre Beweggründe verdächtigt und sie der Trunkenheit beschuldigt. Doch die Thatsache steht einzig in der Geschichte, daß eine Armee sich von ihrem Kriegsherrn lossagte, ohne die geringste Ausschweifung zu begehen, obgleich sie von ihren Offizieren verlassen und von nichtswürdigen Reactionären unausgesetzt aufgewiegelt wurde. Die badische Armee von 1849 wird von Jahrhundert zu Jahrhundert als das erste Freiheitsheer Deutschland's verehrt werden.

Nur auf den Bajonnetten hatte seit langer Zeit die Regierung Baden's, wie des übrigen Deutschland's geruht. Als diese ihre Mitwirkung versagten, brach sie zusammen. Mit dem Großherzoge zugleich verschwanden die Minister.

Am Morgen des 14. Mai befand sich Baden ohne Regierung. Der zu Offenburg gewählte Landesausschuß, an dessen Spitze Brentano stand, wurde von dem Gemeinderathe der Stadt Karlsruhe aufgefordert, die Zügel der Regierung zu ergreifen, was denn auch noch im Laufe dieses Tages geschah. Den Landesausschuß erkannte sofort das ganze Land, Volk, Beamte und Truppen an. Doch waren es nicht die Republikaner, sondern die Männer der Reichsverfassung, welche die Mai-Bewegung in Baden angeregt hatten. Brentano, Peter, Gögg standen an der Spitze der vollziehenden Gewalt. Im Landesausschuß war Damm zum Präsidenten, Struve und Fickler nur zu Vice-Präsidenten ernannt worden. Die Folge davon war, daß gleich Anfangs nicht mit derjenigen durchgreifenden Energie, wie die Republikaner gewünscht hätten, gehandelt wurde.

Das größte Unglück für Baden und die Rheinpfalz bestand aber darin, daß sie im Norden an Hessen, im Osten an Würtemberg gränzten, und daß diese beiden Länder, gleich unübersteiglichen Morästen die begeisterten Freiheitskämpfer vom übrigen Deutschland trennten. Die Irrlichter, welche auf diesen beiden politischen Sümpfen hin und her zogen, konnten der Sache der Freiheit keine Dienste leisten, sondern nur sie irre führen. Die Zuzüge aus dem übrigen Deutschland waren sehr schwach. Die Turnerschaar von Hanau und einzelne wackere Männer, wie Willich, welcher schon an der ersten Schilderhebung in Baden Theil genommen hatte, Anneke mit seiner begeisterungsvollen Gattin, Joh. Phil. Becker, die Polen Mieroslawski, Sznayde, Oborski und manche Wiener Legionäre, waren zu gering an Zahl, um die bedrohte Sache der Freiheit retten zu können. Die Gesammtmacht von Baden und Rheinpfalz betrug übrigens doch nahezu 50,000 Mann, wovon fast die Hälfte Linien-Truppen waren.

Gegen diese über das ganze Land zerstreute Truppenmasse rückte ein Heer von mehr als 100,000 Mann: 50,000 Preußen, 25,000 Reichstruppen, 16,000 Baiern, 8000 Würtemberger, wozu noch mehr als 20,000 kamen, welche von Vorarlberg, Köln und Würzburg aus dem fürstlichen Heere zum Rückhalte dienten und die Sache der Freiheit bedrohten.

Baden und Rheinpfalz waren die einzigen Theile Deutschland's, welche damals noch das Banner der Reichsverfassung hoch hielten. Die National-Versammlung hatte keine andere Hoffnung mehr, als welche sie ihr boten. Allein sie wagte nicht, ihre Geschicke mit denjenigen des bewaffneten Aufstandes zu verknüpfen. Sie zog es vor, sich in Stuttgart in [illegible] treiben zu lassen. Wenn das übrige Deutschland einen

kleinen Theil des von Baden und der Rheinpfalz bewiesenen Muthes besessen, so hätte die Reaction nie wieder die Zügel der Herrschaft ergreifen können.

Die ersten Gefechte fanden am 29. Mai bei Hembsbach und Heppenheim an der Bergstraße statt. Erst beim Herannahen der Preußen erhielt der Kampf eine höhere Bedeutung. Am 14. Juni fand das Gefecht bei Kirchheim-Boland statt, bei welchem sich auf Seiten der Freiheitskämpfer Mathilde Hitzfeld besonders hervor that. An demselben Tage wurde auch auf der rechten Rheinseite bei Waldmichelbach oder Siegelsbrun gestritten, Tags darauf bei Ludwigshafen und zugleich bei Käferthal, Hirschhorn und Ladenburg. Am 16. Juni wurde das Gefecht bei Ladenburg fortgesetzt und Willich im Anweiler Thale von den Preußen angegriffen. Das bedeutendste Treffen fand aber (21. Juni) bei Waghäusel statt. Die Preußen wurden mit gefälltem Bayonette aus der befestigten Zuckerfabrik vertrieben und hätten unfehlbar eine entschiedene Niederlage erlitten, wäre die badische Reiterei unter Beckert der Sache der Freiheit treu geblieben. Bei Sinsheim (22. Juni), Upstadt (23. Juni), Durlach (25. Juni), bei Gernsheim (27. Juni), an der Murg (28. und 29. Juni) und bei Oos (30. Juni) bewiesen die Männer der Freiheit eine Entschlossenheit und einen Muth, welcher selbst ihre bittersten Feinde in Erstaunen setzte. Von allen Seiten bedrängt und bedroht, mußte sich die Freiheitsarmee nach der Schweiz zurückziehen. Sie that es, nachdem die constituirende Versammlung Baden's auf Struve's Antrag beschlossen hatte, daß jeder Versuch, mit dem Feinde Unterhandlungen einzuleiten, als Verrath bestraft werden sollte (28. Juni). Ohne eine Fahne oder eine Kanone verloren zu haben, rückten die Freiheitskämpfer in die Schweiz ein. Am 23. Juli wurde die Festung Rastatt übergeben. Sie war das letzte Bollwerk deutscher Freiheit.

Die Reaction begann zu wüthen. Weder in Spanien, noch in Italien, nur etwa zu den Zeiten des Kaisers Nicolaus in Polen wurden politische Verfolgungen in solcher Zahl und mit solcher Grausamkeit eingeleitet, als im Lande Baden. Dreißig der hochherzigsten Männer Deutschland's wurden standrechtlich ermordet. Die Zahl der politisch Verfolgten erreichte 50,000, also beiläufig den dritten Theil der kampffähigen männlichen Bevölkerung. Der Schacher, welchen die Regierung trieb, um so viel Geld als möglich von den angeklagten und verurtheilten Freiheitskämpfern zu erpressen, war empörend, dauerte viele Jahre lang und trug viel dazu bei, den schon so tief gesunkenen badischen Beamtenstand vollständig zu demoralisiren. Großherzog Leopold starb im Jahre 1852, sein ältester Sohn einige Jahre später im Irrenhaus. Sein zweiter Sohn Friedrich folgte dem Vater in der Regierung nach. Im Verhältniß zu ihm war Leopold mild und frei gesinnt. Der Sohn vermeinte, durch Härte und Strenge sein Volk unter dem Joche halten zu können. Das wird ihm gelingen, bis das nächste Mal die Sturmglocke der Revolution gezogen wird. Wenn dann Deutschland und ganz Europa das von der badischen Armee 1849 so kühn gegebene Beispiel befolgt, so wird die Menschheit ohne großes Blutvergießen ihre ewigen und unveräußerlichen Rechte erobern. *)

Land der Freiheit, Land der Schmerzen,
Deutscher Mannheit letzte Schanz',
Sauk im Blut dein frischer Kranz,
Heimath der gebroch'nen Herzen,
Hell, wie tausend Himmelskerzen,
Strahlet deines Ruhmes Glanz.**)

*) S Geschichte der drei Volkserhebungen in Baden von Gustav Struve. Bern, 1849.
**) Schkaufer's Todtenkränze. An das badische Volk.

Die Hessen und die Nassauer hatten viel dazu beigetragen, der jungen Freiheit in Baden den Todesstoß zu geben. Nimmermehr hätten sie sich dazu mißbrauchen lassen, wenn sie nicht während einer langen Periode der Knechtung tief herabgedrückt worden wären.

Hessen-Darmstadt unter dem Ministerium du Thil, und Nassau unter der Verwaltung Marschall's und der Schwiegersöhne desselben, gehörten zu den gedrücktesten Staaten Deutschland's.

Der Großherzog Ludwig I. von Hessen-Darmstadt starb den 6. April 1830. Ihm folgte sein ältester Sohn, Ludwig II., welcher so tief in Schulden stack, daß die ersten Verhandlungen des Landtags sich fast ausschließlich um dieselben drehten. Der einzige Gegenstand, welcher den deutschen Ständen ab und zu einige Energie einflößte, war der Geldpunkt. Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Unabhängigkeit der Gerichte u. s. w. lagen dem Bewußtsein des Spießbürgerthums viel zu fern, als daß dieses dadurch aus seinem Alltagsschlafe hätte aufgerüttelt werden können. Die Stände lehnten die Uebernahme der Privatschulden ihres neuen Herrschers und die Vermehrung der Apanagen ab. Der Großherzog gerieth in dessen Folge in großen Zorn, welchen das arme Land, so lange Ludwig II. lebte, schmerzlich zu empfinden hatte. Der Zustand, in welchen Hessen-Darmstadt versank, wurde angedeutet durch die Ausschweifungen, deren sich die hessischen Soldaten gegen die friedlichen Einwohner von Sögel schuldig machten, und welche mehreren Menschen das Leben, einer noch größeren Anzahl ihre gesunden Gliedmaßen kosteten. Die ganze Verwaltung artete in eine wahrhaft unerträgliche Gewaltherrschaft aus. Kleine Tyrannen, wie z. B. Seitz und Georgi, erlaubten sich gegen ihre Untergebenen theils kleinliche Quälereien, theils großartige Verbrechen, wie sie kaum in einem andern Kleinstaate Deutschland's vorkamen. Während die übrigen protestantischen Fürsten Deutschland's sich erst nach der Sturmperiode von 1848 dem Ultramontanismus in die Arme warfen, that es Hessen-Darmstadt unter den Fittigen des Staatsraths von Linde schon vorher. Der Studienplan, welchen dieser für die Universität Gießen ausarbeitete, erregte allgemeine Entrüstung. Ohne die Februar-Revolution wäre derselbe aber schwerlich beseitigt worden. Hier und da, aber höchst selten fiel ein Lichtstrahl in das Dunkel der Darmstädtischen Verwaltung und Rechtspflege, welcher die haarsträubendsten Verbrechen zu Tage brachte. Allein die großen Diebe und Mörder hatten in Darmstadt noch freieres Spiel, als irgendwo sonst. Georgi, welcher den all verehrten Volksfreund Weidig hatte prügeln und entweder ermorden lassen, was das wahrscheinlichste ist, oder zum Selbstmorde getrieben, blieb in Amt und Würden, ungeachtet ganz Deutschland gegen ihn empört war. Er wurde sogar in die Kammer gewählt. So dumm und so geknechtet war im Jahre 1847 das Hessen-Volk!

Um dieselbe Zeit, da in Paris der Herzog von Praslin seine Gattin ermordete, starb zu Darmstadt die Gräfin von Görlitz unter höchst verdächtigen Nebenumständen. Das Hofgericht leitete eine Untersuchung ein, ließ dieselbe aber wieder fallen in Folge eines großherzoglichen Befehls. Doch der von Gustav Struve zu Mannheim herausgegebene „Deutsche Zuschauer" brachte die Sache an die Oeffentlichkeit und rief eine so lebendige Entrüstung hervor, daß die schon geschlossene Untersuchung wieder aufgenommen werden mußte. Mittlerweile hatte aber der Graf Görlitz Zeit gehabt, Maßregeln zu seiner persönlichen Sicherheit zu treffen. Es stellte sich mit vollkommener Klarheit heraus, daß die Gräfin ermordet worden, und daß der Thäter ein Bedienter des Grafen, Johann Stauf gewesen war. Dieser wurde daher auch später für schuldig erklärt und zu lebenslänglicher [illegible]

sachen darauf deuteten, daß er den Mord veranlaßt habe, und vollständig gewiß war, daß er that, was in seinen Kräften stand, eine Untersuchung zu verhindern und den Mörder zu schützen.

Als die Februar-Revolution ausbrach, waren die Hessen-Darmstädter sehr erfreut über das ihnen gemachte Zugeständniß einer Ministerveränderung, welche zuerst Gagern und (Mitte Juli) Jaup an die Spitze der Verwaltung brachte. Ludwig II. nahm seinen Sohn Ludwig zum Mitregenten an, starb schon bald (16. Juni 1848), worauf dieser unter dem Namen Ludwig III. auf den Darmstädtischen Thron stieg.

Das einzige von Erheblichkeit, was die Hessen-Darmstädter während der Sturmperiode thaten, bestand darin, daß sie gegen die badischen Freiheitskämpfer dreimal zu Felde zogen. Nachdem es mit ihrer Hülfe gelungen war, den letzten Funken der Freiheit in Baden auszulöschen, wurde Jaup (27. Juni 1850) entlassen. Der allgemein verhaßte bisherige Territorialcommissär von Dalwigk trat an die Spitze der Verwaltung und vermittelte die Wiederherstellung des vormärzlichen Absolutismus.

Einen ebenso trübseligen Gang wie in Hessen-Darmstadt nahm die Revolution auch in dem benachbarten und geistesverwandten Nassau. In diesem Ländchen war die politische Bildung des Volkes noch traurigter beschaffen, als in Hessen-Darmstadt. Der Domänenstreit *) war zwar mit Gewalt von oben herab erdrückt worden, allein er tauchte immer wieder auf. Er bildete die offene Wunde, welche die besten Kräfte des Landes verzehrte. Um jede Möglichkeit zu beseitigen, denselben in die Kammer zu bringen, setzte die Regierung die Erhöhung des Wählbarkeits-Census in dem Maße durch, daß es in dem ganzen Lande nur 73 Wahlcandidaten gab — unter einer Bevölkerung von mehr als 400,000 Menschen! Das Land hatte demnach so gut wie keine Kammern. Es fehlte ihm gänzlich an irgend einem politischen Blatte. Dagegen hatte es den Hofstaat eines überreichen Fürsten, die Spielhölle zu Wiesbaden und die Mainzer Garnison, welche stets bereit war, jede Freiheitsbewegung mit Gewalt nieder zu werfen.

Im Jahre 1834 starb der Freiherr von Marschall. Ihm folgte der Graf Waldernorff, ein wohlwollender Mann, welcher sich aber nicht lange behauptete. Im Jahre 1839 starb Herzog Wilhelm. Sein Sohn Adolf setzte 1842 den Marschall'schen Schwiegersohn Dungern an die Spitze der Verwaltung. Dungern war ein sehr wenig begabter, in allen Vorurtheilen der Aristokratie befangener Büreaukrat, welcher nur darauf bedacht war, den alten Schlendrian aufrecht zu erhalten.

Die Nassauer, welche nur den Domänenstreit und die mit demselben nahe verwandte Frage der mittelalterlichen Grundlasten und Abgaben in ihren Köpfen hatten, faßten die Revolution von dem Standpunkte auf, welchen diese beiden Gegenstände ihnen boten. Die Bauern zogen in Masse nach Wiesbaden. Am 4. März befanden sich daselbst wohl 30,000 Mann. Einer so großen Macht, welcher die Regierung in der damaligen Zeit nicht den geringsten Widerstand entgegen setzen konnte, gab man natürlich die besten Worte. Man ließ den Bauern freies Spiel, erlaubte ihnen ihre Schultheißen abzusetzen und an deren Stelle Bürgermeister zu erwählen. Man ließ sie eine Zeitlang Holz schlagen und Wild schießen, doch die guten Tage des Volkes waren nicht von langer Dauer. Hergenhahn, welcher die traurige Rolle eines Volksbeschwichtigers übernommen hatte, wurde im Frühjahre 1849 auf die Seite geschoben. An die Stelle des frühern Marschall'schen Schwiegersohns Dungern trat der Marschallische Schwiegersohn Wintzingerode. Die Staatsmaschine kam dadurch in das alte von Marschall gelegte Familiengeleise zurück! So wurden die

*) Siehe oben § 50, S. 513.

Nassauer für die Hülfe belohnt, welche sie ihrer Regierung im Kampfe mit den badischen Freiheitsbestrebungen geleistet hatten.

Die Mitte zwischen den kühnen Badnern, Sachsen und Rheinpfälzern und den schlaffen Bewohnern der meisten übrigen deutschen Kleinstaaten hielten die Kurhessen, welche ihren Untergang in dem „gesetzlichen Widerstand" fanden. Mit unsäglicher Mühe hatten sie ihre Verfassung vom 5. Januar 1831 errungen. Nimmermehr würde der Kurfürst Wilhelm II. die darin enthaltenen Zugeständnisse gemacht haben, hätte er nicht gehofft, sich dadurch ein ungestörtes Zusammenleben mit seiner Maitresse, der Gräfin von Reichenbach, zu erkaufen. Allein das kurhessische Volk wußte wohl, daß es diesem Weibe nicht auf ein Stillleben, nicht auf ein blos persönliches Verhältniß zu ihrem Buhlen, sondern auf Erpressung von Schätzen, auf Einfluß und Macht im Staate ankomme. Als daher die Gräfin Reichenbach (10 Januar 1831) nach Wilhelmsbad zurückkehrte, erhob sich das Volk von neuem. Die Gräfin sah sich veranlaßt, abzureisen. Sie stand aber dem Kurfürsten näher, als das Volk. Er reiste ihr nach, schlug seinen Wohnsitz mit ihr zu Hanau auf und dankte (30. Sept. 1831) thatsächlich ab, indem er seinen Sohn Friedrich Wilhelm zum Mitregenten ernannte. Der neue Herrscher bekundete schon bald seinen verworfenen Charakter, indem er (Anfangs 1832) Hassenpflug an die Spitze der Verwaltung setzte. Dieser begann sofort, die kaum begründete Verfassung zu untergraben. Als (1834) der Landgraf Victor Amadäus von Hessen-Rheinfels-Rothenburg starb, dessen Nachlaß von Rechtswegen dem Lande zufiel, riß Friedrich Wilhelm denselben an sich und rief dadurch einen heftigen Kampf mit den Ständen hervor. Um diese zum Schweigen zu bringen, wurden die hervorragenden Landtagsabgeordneten, namentlich Professor Jordan zu Marburg, aufs grausamste verfolgt, die Presse geknebelt, die Landtagswahlen gefälscht, und überhaupt eine unerträgliche Willkür-Herrschaft geübt. Diese dauerte auch fort, nachdem Hassenpflug (1838) abgetreten war. Der Jordan'sche Prozeß, die Entfernung der unabhängigen Mitglieder des Oberappellationsgerichts, die Unterdrückung der Deutsch-Katholiken, die Einschüchterung der Ständeversammlung hielten das Land in beständiger Aufregung und trugen viel dazu bei, dem gesammten deutschen Volke die Rechtlosigkeit seiner Zustände anschaulich zu machen. Der Tod des Kurfürsten Wilhelm (20. November 1847) änderte an dem Stande der Dinge nichts. Immer entschiedener arbeitete der Kurfürst Friedrich Wilhelm, die Verfassung in ihren freiheitlichen Bestimmungen zu untergraben, als die Nachricht von dem Ausbruche der Februarrevolution den Kurfürsten aus seiner angreifenden Stellung, plötzlich in diejenige der Vertheidigung versetzte. Unfähig, dem Drange der Zeiten zu widerstreben, erhob der Kurfürst Eberhard und Wippermann, die Bürgermeister von Hanau und Kassel an die Spitze der Verwaltung. Diese beiden Männer hatten die Angelegenheiten der Städte, denen sie vorgestanden waren, mit Umsicht und Redlichkeit verwaltet, allein sie waren unfähig, die Ränke der Reaktionspartei aus dem Felde zu schlagen, die Verhältnisse der gesammten deutschen Nation zu überblicken und zu deren befriedigenden Lösung die Kräfte Kurhessen's zu verwenden. Wippermann und Eberhard spielten in Kurhessen ganz dieselbe Rolle, wie die Märzminister in allen übrigen Kleinstaaten Deutschlands, d. h. sie boten ihre ganze Kraft dazu auf, die Partei des entschiedenen Fortschritts zu unterdrücken und sahen sich, nachdem ihnen dieses gelungen war, in der trübseeligsten Lage. Das Uebergangsministerium behauptete sich bis zum Februar 1850. Dann trat wieder Hassenpflug an die Spitze der Verwaltung. Dieser war gerade dazumal in eine gerichtliche Untersuchung wegen Erpressung und Fälschung verwickelt, welche auch in den Augen der schlimmsten Reaktionäre seinen guten Namen gefährdete. Das hielt aber den Kurfürsten nicht ab, ihm sein Vertrauen zu schenken. Ein redlicher Mann hätte die

Arbeit nicht unternommen, welche Haſſenpflug durchführen wollte. Es kam darauf an, dem neuen Miniſterium den Schein zu geben, als verweigere ihm der Landtag die Steuern. In der That war dieſes aber gar nicht der Fall, denn die Verweigerung des Budget's ſetzt die Vorlage eines ſolchen voraus. Haſſenpflug löſte aber die Stände auf (12. Juni 1850), bevor er denſelben ein Budget vorgelegt hatte. Der neue Landtag genehmigte (31. Auguſt) die Forterhebung der indirecten Steuern und Abgaben, jedoch nur unter der Bedingung, daß dieſelben nicht verausgabt, ſondern aufbewahrt werden ſollten. Mehr konnte ſie, in verfaſſungsmäßiger Weiſe nicht bewilligen, da ihr noch immer kein Budget vorgelegt worden war.

Die Frage war augenſcheinlich damals nur, ob die Stände ſich zu dienſtwilligen Werkzeugen des Haſſenpflug'ſchen Despotismus hergeben, oder aber mit Gewalt auf die Seite geſchoben werden wollten. Die Zeit, da der Landtag hoffen konnte, die Pläne der Reaktion aus dem Felde zu ſchlagen, war unter den Fittigen Eberhard's und Wippermann's ungenützt vorübergegangen.

Der Bundestag, welcher wieder belebt werden ſollte, ergriff die ihm von Haſſenpflug gebotene Gelegenheit, die letzten Reſte der Freiheitsbeſtrebungen Kurheſſen's niederzutreten, mit Vergnügen. Umſonſt gab Kurheſſen der ganzen Welt ein wahrhaft überraſchendes Beiſpiel einträchtigen Zuſammenhaltens. Der Kurfürſt verhängte den Kriegszuſtand über das ganze Land (7. September 1850). Vergeblich machten hintereinander Gerichte und ſelbſt das Militär durch einmüthiges Feſthalten an der Verfaſſung die Vollziehung deſſelben unmöglich.

Durch Beſchluß vom 21. September 1850 deutete der Bundestag an, daß er einzuſchreiten gedenke. Als dieſe Drohung nicht den gewünſchten Erfolg hatte, beſchloß der Bundestag (25. October 1850) Waffengewalt anzuwenden. Baiern und Oeſterreicher übernahmen die Execution und rückten (1. November 1850) in Kurheſſen ein. Die Preußen, auf welche die conſtitutionelle Partei gehofft hatte, ſtießen zwar (8. November) bei dem Dorfe Bronnzell mit der Executionsarmee zuſammen, entſchuldigten aber ſehr höflich die von ihrer Seite abgeſchoſſenen Kugeln, zogen ſich zurück und überließen Kurheſſen ſeinem Schickſale. Das unglückliche Land mußte ſich der Gewalt fügen. Der Kurfürſt ergriff die Gelegenheit, die ihm unliebſamen Beſtimmungen der Landesverfaſſung über den Haufen zu ſtoßen. Der Bundestag lieh dazu bereitwillig die Hand. Seitdem iſt die Verfaſſung Kurheſſen's vom Jahre 1831 aufgehoben. Erſt in neueſter Zeit wagte es das tief gebeugte Land, Schritte zur Wiederherſtellung eines geſetzlichen Zuſtandes zu thun. So endete der paſſive Widerſtand Kurheſſen's. Er hatte keinen beſſern Erfolg, als der active Widerſtand Baden's.

Wie in Kurheſſen, ſo fand ſich auch in Schleswig-Holſtein viel guter Wille, allein es gebrach auch dort dem Volke an politiſcher Einſicht und an der Geiſtesgegenwart, welche den Augenblick zu ergreifen und zu nutzen weiß. Die Kurheſſen richteten ſich durch den paſſiven Widerſtand, die Schleswig-Holſteiner durch die Nationalität zu Grunde. Nur die Freiheit haucht nationalen Beſtrebungen begeiſterten Muth und ausharrende Entſchloſſenheit ein. Die Nordalbinger ſchoben die Freiheit in den Hintergrund, um ſich der preußiſchen Hülfe zu verſichern, und wurden im entſcheidenden Augenblicke von Preußen nicht blos verlaſſen, ſondern auch verrathen.

Das poſitive Recht iſt den Umſtänden nach ganz ſchön und gut. Leider hat es ſich aber zu allen Zeiten erwieſen, daß, wenn ſich die Völker darauf beriefen, die Fürſten ſich nichts darum bekümmerten. Ein Freiheitskampf, welcher keinen andern Grund und Boden, als einen alten Vertrag hat, kann niemals ſiegreich zu Ende geführt werden. Der

natürliche Entwickelungsgang der Menschheit geht vorwärts nach den lichten Höhen der Freiheit, und nicht rückwärts nach alten Archiven mit vergilbten Pergamenten.

Als die Schleswig-Holsteiner (3. März 1460) den König Christian I. von Dänemark aus dem Hause Oldenburg erwählten, thaten sie es unter folgenden ausdrücklichen Bedingungen:

„Daß die Herzogthümer den Herrn Christian von Oldenburg gewählt haben nicht als König von Dänemark, sondern als Fürsten dieser Lande (der Herzogthümer); — daß diese Lande sollen zusammen bleiben ewig ungetheilt; — daß der Herzog keine Steuern auflegen soll ohne Zustimmung der Stände; — daß er ohne die Stände weder Krieg führen, noch Münze schlagen, noch andere als die Eingeborenen in den Herzogthümern anstellen soll; — endlich daß jeder neue Herzog bei seiner Thronbesteigung diese Rechte und Privilegien beschwören soll."

Ein Jahrhundert nach dem andern war vorübergerollt, ohne daß an dieser Grundbedingung des Kronrechtes des Hauses Oldenburg die geringste Veränderung vorgenommen wurde. Die Schleswig-Holsteiner gaben die ihnen aus genanntem Vertrage erwachsenen Rechte niemals auf. Der König von Dänemark konnte dieselben, der Natur der Sache nach, nicht beseitigen. Noch weniger vermochten andere Mächte, mit welchen er Verträge schloß, dieses zu thun. Ueber das positive Staatsrecht Schleswig-Holstein's konnte demnach kein Zweifel obwalten. Allein wann hätten jemals Fürsten Verträge gehalten, welche ihnen lästig waren und welche sie hofften, ungestraft brechen zu können?*)

Der Kampf zwischen den Schleswig-Holsteinern und der dänischen Regierung wurde seit dem Abschlusse der Wiener Congreß- und deutschen Bundesacte, wenn auch ohne großes Aufsehen, doch mit immer steigender Heftigkeit fortgesetzt. Die Julirevolution hauchte auch den Nordalbingern neuen Muth ein. Da sie jedoch gar keine Volksvertretung hatten, wurde es ihnen schwer, ihre Ansichten und Wünsche geltend zu machen. Im Jahre 1834 erließ zwar der König die s. g. provisorische ständische Ordnung für die Herzogthümer und zugleich für Dänemark; diese war jedoch so unfreisinnig, daß sie mehr Verstimmung, als Zufriedenheit erregte. Der einzige Vortheil, welcher den beiden Herzogthümern aus dieser ständischen Ordnung erwuchs, bestand darin, daß sie den Abgeordneten die Gelegenheit bot, die Angelegenheiten des Landes freimüthig und kräftig zu besprechen.

Am 3. December 1839 starb Friedrich VI. ohne männliche Leibeserben. Ihm folgte mit Christian VIII. die jüngere Linie des königlichen Hauses.

Christian VIII., der Sohn des Prinzen Friedrich, des Bruders Christian's VII., hatte nur einen Sohn, den jetzigen König Friedrich VII., welcher bereits in reifem Mannesalter stand und keine Nachkommenschaft mehr erwarten konnte. Der Fall einer Trennung der Herzogthümer von Dänemark rückte immer näher. Nach Friedrich's VII. Tode fiel Dänemark dem Königsgesetze zufolge an den Prinzen Friedrich von Hessen, den Sohn der Schwester Christian's VIII., der Landgräfin Charlotte. Die Herzogthümer dagegen, in welchen die männliche Primogeniturerbfolge berechtigt war, kam an den Herzog von Augustenburg.

Die Frage der Nachfolge wurde dadurch eine brennende, welche Dänemark und die Herzogthümer in immer steigende Aufregung versetzte. Es bildeten sich verschiedene Parteien, von welchen die eine beide Herzogthümer in untrennbare Verbindung mit Dänemark bringen, eine zweite (die s. g. Eider-Dänen) Schleswig von Holstein losreißen und Holstein aufgeben wollte, und endlich eine dritte Partei, welche, an dem Vertrage von 1460 festhaltend, die ungetrennte Einheit beider Herzogthümer behauptete.

*) Siehe oben, § 41, Seite 436. § 55, Seite 570 f.

Mitten in den Kampf der Parteien fiel gleich einem Blitze aus heiterem Himmel der „offene Brief" Christian's VIII. vom 8. Juli 1846, worin der König von Dänemark erklärte, daß das ganze Herzogthum Schleswig durch die Vorgänge des Jahres 1721 *) untrennbar mit Dänemark verbunden worden sei, und daß dasselbe einen Theil von Holstein bilde. Die holsteinischen Stände erklärten dagegen, daß das Recht der Herzogthümer die Untheilbarkeit, Untrennbarkeit und die männliche Erbfolge sei. Schleswig-Holstein gerieth durch den offenen Brief des Königs in die größte Aufregung. Ganz Deutschland nahm daran Theil und bedauerte, daß der deutsche Bund in diesem, wie in jedem andern Falle, die Rechte und Interessen Deutschland's nicht wahrte.

Am 20. Januar 1848 starb Christian VIII. Die Gefahr, ihrer verfassungsmäßigen Rechte beraubt zu werden, rückte den Herzogthümern immer näher. Die Aufregung im Lande nahm zu, um so mehr, als die Schleswig-Holsteiner von ihrem neuen Herzoge Friedrich VII. nichts Gutes erwarteten.

Schwerlich befand sich irgend ein Theil Deutschland's in einem Zustande größerer Rechtsunsicherheit, als Schleswig-Holstein in damaliger Zeit.

Volk und Adel waren darüber einig, daß sie an dem Vertrage von 1460 festhalten wollten. Leider erstreckte sich aber die Eintracht nicht weiter. Praktisch genommen war die Hauptfrage: durch welche Mittel und von welchem Standpunkte aus sollen die Herzogthümer ihre verbrieften Rechte geltend machen? Die klare Antwort hätte sein sollen: durch die Mittel der unmittelbar betheiligten Herzogthümer, vom Standpunkte ihrer Selbstherrlichkeit aus.

Hätten sich die Schleswig-Holsteiner dahin entschieden, so wäre die Beihülfe Deutschland's nicht ausgeschlossen worden, allein in die zweite Linie getreten. Sie hätten ihre Angelegenheiten in ihren eigenen Händen behalten und wären die Schmiede ihres eigenen Glücks geworden.

Statt dessen verließen sie sich wesentlich auf fremde, wenn auch deutsche Hülfe, nahmen dem Könige von Dänemark, der Freiheit und Deutschland gegenüber einen höchst schwankenden Standpunkt ein und verscherzten darüber die Sympathien ihrer einzigen wirklichen Freunde, der entschiedenen Männer des Fortschritts. Das schwanke Rohr der Constitutionellen, auf welches sie sich stützten, brach im Augenblicke der Entscheidung. Alle die blutigen Opfer, welche sie mit redlichem Willen brachten, hatten keinen Erfolg. Die Rechtsunsicherheit ist im Jahre 1860 noch dieselbe, wie vor 1848 und eine zehnjährige Leidensperiode ohne Gleichen lastet auf dem Lande seit der Wiederherstellung der Herrschaft des Königs von Dänemark.

Sollte die Bewegung einen volksthümlichen und entschlossenen Charakter annehmen, so mußte sie von der Gesammtheit ausgehen. Nur diese war berechtigt und im Stande, die Geschicke des Landes zu leiten. Statt einer großartigen Volksversammlung berief man aber eine Versammlung der Ständemitglieder (zum 18. März 1848) nach Rendsburg. Diese hatte nach der Verfassung des Landes nicht die Befugniß, die in Rede stehenden Streitfragen zu berathen, geschweige denn einseitig zu entscheiden. Nicht sie, sondern die Gesammtheit des Volkes war die Quelle des Rechtes für Schleswig-Holstein, wie für jeden andern Theil der Erde.

Die geringe Zahl der Personen, welche sich in der Versammlung vom 18. März das Recht zuschrieben, die Geschicke Schleswig Holstein's zu entscheiden (es waren ihrer nicht mehr als 70), vertheilte die Verantwortlichkeit für die zu fassenden Beschlüsse unter viel zu wenige Menschen und diese Wenigen waren nicht hervorgegangen aus freien Volkswahlen,

*) Siehe oben Buch VIII. § 56, Seite 328 ff.

ſondern aus einer ſtändiſchen Ordnung, welche einen hohen Cenſus vorſchrieb. Der Adel und die Reichen waren übermäßig ſtark vertreten, die friſche Jugend und der Kern des Volkes, der Arbeiterſtand, faſt gar nicht.

Wie von einer ſolchen Verſammlung nicht anders zu erwarten war, faßte dieſe keine durchgreifenden organiſirenden Beſchlüſſe, vielmehr entſchloß ſie ſich nur zu einer Petition, welche fünf Abgeordnete nach Kopenhagen bringen ſollten.

Die ſchleswig-holſteiniſche Armee erklärte ſich einſtimmig für das Volk. Die Landesfeſtung Rendsburg fiel ohne Blutvergießen in deſſen Hände. Allein den Führern der Bewegung fehlte es an Entſchloſſenheit. In der zu Kiel (am 24. März) abgehaltenen Verſammlung, welche in zwei Abtheilungen zerfiel, in den engern Rath, welcher alles vorbereitete, und den weitern, welcher ja ſagen ſollte, wurde zwar eine proviſoriſche Regierung niedergeſetzt, in deren Schooße befand ſich aber nicht e i n entſchloſſener Mann. Ein Prinz (Friedrich von Holſtein-Auguſtenburg), ein Ariſtokrat (Reventlow-Preetz), die Advokaten Beſeler und Bremer, der Kaufmann Schmidt waren die Auserwählten der Drahtzieher. Nur in Folge einer Nachwahl wurde denſelben Theodor Olshauſen beigefügt, der einzige Mann von Geiſt und Kraft. Dieſer konnte aber gegen die Mehrheit und namentlich gegen Beſeler, welcher ein wahres Muſter eines Wackel-Politikers war, nicht aufkommen. Gleich anfangs wurde daher die Bewegung von Schleswig-Holſtein in ſchlaffer und geiſtloſer Weiſe betrieben. Die proviſoriſche Regierung erkannte nach wie vor den König von Dänemark als Landesherrn an und behauptete nur, deſſen Wille ſei nicht mehr frei. Auf dieſer ſchlüpfrigen Grundlage konnte der Kampf gegen Dänemark niemals mit Nachdruck geführt werden.

Die militäriſchen Anſtalten wurden eben ſo ſchlaff betrieben, als die politiſchen Einrichtungen. Dieſes zeigte ſich ſchon am 9. April, als die Schleswig-Holſteiner in Abweſenheit ihres Commandanten, des Prinzen Friedrich von Holſtein-Auguſtenburg, bei Bau geſchlagen wurden.

Die proviſoriſche Regierung warf ſich jetzt Preußen und dem deutſchen Bunde in die Arme. Statt die Selbſtändigkeit der Herzogthümer zu wahren und die übrigen Deutſchen nur als Verbündete im Kriege mit Dänemark zu betrachten, ordneten ſich Beſeler und Conſorten der preußiſchen Regierung vollſtändig unter. Sie erſchwerten dadurch nicht blos die innere Entwickelung des Landes, ſondern auch deſſen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten. Denn eine Vergrößerung Preußen's, welche Alle befürchteten, war dieſen weit unangenehmer, als eine Losreißung der Herzogthümer von Dänemark. In die letztere hätte ſich England und Frankreich, den Umſtänden nach, wohl gefügt. Die erſtere hätten ſie ganz ebenſo wenig, als Oeſterreich und Rußland zugegeben. Es kam darauf an, jeden Schein zu vermeiden, als könne Preußen die Herzogthümer an ſich reißen. Es mußte daher die proviſoriſche Regierung des Landes ſowohl den auswärtigen Mächten als dem eigenen Volke gegenüber immer die erſte Rolle ſpielen, und durfte dieſe in keinem Falle dem Könige von Preußen überlaſſen. Allein zu einer derartigen energiſchen Handlungsweiſe fehlte es den Mitgliedern der proviſoriſchen Regierung an Entſchloſſenheit. Theodor Olshauſen, welcher ſich immer überſtimmt ſah, zog ſich endlich (im Auguſt 1848) zurück und dieſelben hatten dann um ſo freieres Spiel.

Der proviſoriſchen Regierung war es mit dem Kriege gegen Dänemark nie Ernſt. Friedrich VII. wußte dieſes und fürchtete ſich vor keiner preußiſchen Uebermacht, ja, nicht einmal vor einer Niederlage, da er wußte, Friedrich Wilhelm IV. werde von derſelben doch keinen Gebrauch gegen Dänemark machen.

Während ſich die proviſoriſche Regierung um deutſche Hülfe bewarb, wandte ſich

Friedrich VII. an Rußland, Schweden und England. Rußland und Schweden waren den Dänen sehr günstig gesinnt. Die preußische und alle übrigen deutschen Regierungen mischten sich dagegen in die Angelegenheiten Schleswig-Holsteins hauptsächlich nur, um die republikanischen und revolutionären Elemente, welche daselbst einen kräftigen Sammelpunkt finden konnten, nieder zu halten. Die Hülfe, welche sie den Schleswig-Holsteinern leisteten, war daher mehr scheinbar, als wirklich, die eigene Macht in Verbindung mit derjenigen begeisterter Freunde der Freiheit würde sie weiter gefördert haben, als die Söldnerheere reaktionärer Fürsten.

Dem Prinzen von Preußen war zuerst das Commando der deutschen Hülfstruppen angeboten worden. Allein er lehnte es ab, indem er erklärte, es gegen den König von Dänemark nicht führen zu wollen. Was konnte Schleswig-Holstein unter solchen Verhältnissen von preußischer Hülfe erwarten?

Zwar wurden die Dänen am 23. April bei Dannevirke geschlagen und in Folge dieses Sieges rasch aus Schleswig vertrieben. Allein die provisorische Regierung wußte nicht, diesen Sieg zu benützen, schnell das Land neu zu organisiren, eine zahlreiche Armee, wozu alle Bestandtheile vorhanden waren, zu bilden und dadurch die verlorene Selbständigkeit wieder zu gewinnen. Sie überließ Alles der preußischen Regierung und dem deutschen Bunde!

Umsonst schlugen die Schleswig-Holsteiner die Dänen (29. Juni 1848) bei Hadersleben. Die preußische Regierung hatte den Zweck erreicht, den sie bei der Einmischung in die Angelegenheiten Schleswig-Holstein's gehabt. Sie hatte ein kriegsgeübtes Heer gebildet, welches sie zur Niederwerfung der Freiheitsbewegung in Preußen verwenden konnte. Sie schloß daher den Waffenstillstand von Malmö ab (26. August) auf sieben Monate, den ganzen Winter, während dessen die Dänen von ihrer Flotte keinen Gebrauch machen konnten. Die deutsche Centralgewalt wurde in dem Vertrage gar nicht erwähnt. Alsen blieb von den Dänen besetzt und folgeweise Schleswig von ihnen auf's schwerste bedroht. Die Regierung der beiden Herzogthümer wurde theils von Dänemark, theils von Preußen errichtet, alle seit dem 17. März erlassenen Gesetze wurden aufgehoben und dadurch der endliche Sieg Dänemark's im Keime schon vorbereitet.

Als dieser Waffenstillstand der Nationalversammlung in Frankfurt vorgelegt wurde, fielen sehr starke Reden. Allein das Ende der Verhandlung war, daß derselbe (17. September) genehmigt wurde.

Die neue Regierung, welche aus den Herren Th. Reventlow-Jersbeck, Boysen, Baron Heintze, Graf Moltke und Preusser bestand, trat (22. October 1848) zusammen. Die Mehrheit derselben bildeten Aristokraten, welche um keinen Preis republikanische Tendenzen aufkommen lassen, allein die Herzogthümer auch nicht Dänemark preis geben wollten.

Die dänische Regierung, welche des Sieges schon gewiß zu sein glaubte, fing wieder an, im Norden Schleswig's Umtriebe zu machen, die dort wohnenden Deutschen einschüchtern und die Dänen aufregen zu lassen. Die Spannung zwischen Deutschen und Dänen nahm immer zu. Während des Waffenstillstands hatten die Schleswig-Holsteiner Zeit und Gelegenheit, ein eigenes Heer zu organisiren. Sie thaten dieses nicht. Allein die Angst vor Republikanern und Revolutionären und das Zutrauen zu den Preußen war noch immer so groß, daß viele sehr tüchtige Kräfte, welche sich darboten, wegen ihrer politisch freien Gesinnungen zurückgewiesen, dagegen preußische Offiziere herbeigezogen wurden, welche immer von der preußischen Regierung abhängig blieben, nie Schleswig-Holsteiner wurden.

Der Krieg brach von Neuem aus. Der Waffenstillstand wurde am 26. Februar

1849 gekündigt. Allein wieder, wie früher, spielte Schleswig-Holstein dabei die zweite, Preußen die erste Rolle. Die gemeinsame Regierung trat ab. An deren Stelle setzte die Bundesversammlung Reventlow-Preetz und Beseler als Statthalter ein (26. März 1849). Diese blieben aber Figuranten, welche hinter den Coulissen von der preußischen Regierung geleitet wurden. Von irgend einer freiheitlichen und begeisternden Thätigkeit konnte unter solchen Umständen keine Rede sein. Kein Sieg wurde benützt. Umsonst verspritzten die tapferen Söhne des Vaterlands ihr Blut. Bei Eckernförde sprengten (5. April 1849) 32 schleswig-holsteinische Artilleristen das dänische Linienschiff Christian VIII. in die Luft und zwangen die Fregatte Gefion, sich zu ergeben. Am 13. April erstürmten die deutschen Truppen die Düppeler Schanzen und trieben die Dänen nach der Insel Alsen. Alles kam darauf an, sie jetzt auch aus der Insel zu verjagen. Das erlaubte aber die Diplomatie nicht. Am 20. April wurden die Dänen mit Verlust aus Kolding verdrängt. Am 23. kam es bei demselben Kolding wieder zur Schlacht. Die Dänen, obgleich 20,000 Mann stark, wurden von 11,000 Schleswig-Holsteinern auf's Haupt geschlagen. Der preußischen Regierung war dieser Sieg der Nordalbinger sehr unbequem. Es kam darauf an, sie mürbe und nachgiebig zu machen. Dazu wäre eine Niederlage geeigneter gewesen. Es wurde daher die Schlacht von Fridericia arrangirt und zwar so, daß die Schleswig-Holsteiner eine entscheidende Niederlage erleiden sollten. In der That mußten sie (6. Juli) ihre Stellungen vor Fridericia aufgeben. Es geschah dieses aber nach einer so furchtbaren Gegenwehr und in solcher Ordnung, daß die Dänen ihre Vortheile theuer bezahlten. Von diesem Augenblicke an war es kein Geheimniß mehr, daß die preußische Regierung den Dänen Sieg und den Schleswig-Holsteinern Niederlage nicht blos wünsche, sondern absichtlich zu bereiten suche.

Der Schlacht von Fridericia folgte der Waffenstillstand von Berlin (12. Juli 1849) auf dem Fuße nach. Dieser brachte Schleswig-Holstein seinen vormärzlichen Zuständen wieder um einen Schritt näher selbst, als der Waffenstillstand von Malmö. Schleswig wurde von Holstein getrennt und durch eine Demarkationslinie in zwei Theile, den südlichen und den nördlichen getheilt, wovon der erste durch schwedisch-norwegische, der zweite durch preußische Truppen besetzt wurde. Eine Landesverwaltung, bestehend aus einem dänischen, einem preußischen und einem englischen Commissär, übernahm die Regierung von Schleswig!

Umsonst erklärte die Schleswig-Holstein'sche Landesversammlung diesen Vertrag für nicht bindend. Sie mußte sich fügen, als sie erfuhr, daß in einem geheimen Artikel Preußen versprochen hatte, eventuell den Waffenstillstand gegen die Herzogthümer mit den Waffen in der Hand durchzusetzen und seine Offiziere aus dem schleswig-holstein'schen Heere abzurufen, um dieses führerlos zu machen.

Das Land litt schrecklich unter der Verwaltung des Dänen Tillisch, des Engländers Hodges und des Preußen Eulenburg. Am 2. Juli 1850 rief die preußische Regierung ihre Officiere aus dem Schleswig-Holstein'schen Heere ab, unglücklicherweise nicht alle. An der Stelle Bonin's hatte Willisen das Obercommando übernommen. Dieser veranstaltete, nachdem der Krieg zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark wieder ausgebrochen war, eine zweite verstärkte Ausgabe des Treffens bei Fridericia in der Schlacht bei Idstedt, welche so eingerichtet wurde, daß das Centrum der schleswig-holstein'schen Armee hinter dem Langsee und der rechte Flügel am andern Ende desselben stehend nicht in's Treffen kommen konnten. Der linke Flügel allein setzte den Dänen einen so tapfern Widerstand entgegen, daß diese schon Anstalt machten, sich zurückzuziehen. In diesem Augenblicke gebot Willisen seinem Heere den Rückzug und führte es in eiligem Marsche hinter die Eider.

Am 12. September schlugen die Schleswig-Holsteiner die Dänen bei Eckernförde und Kochendorf, am 28. September griffen sie diese in Friedrichstadt an. Jedesmal erhielten sie im entscheidenden Augenblicke den Befehl zum Rückzuge.

So wurde Schleswig-Holstein systematisch verrathen. Der wieder erstandene deutsche Bund erklärte, daß er den Frieden vom 2. Juli 1850 zur Ausführung bringen werde. Preußen rief seine Beurlaubten aus dem schleswig-holstein'schen Heere ab, in den Olmützer Conferenzen wurde das Loos Nordalbingen's besiegelt, ein österreichisches Armee-Corps rückte in das Land. Am 11. Januar 1851 unterwarf sich die Landesversammlung. Die Dänen kehrten zurück, nach Schleswig sofort, nach Holstein im Jahre 1852. Sie cassirten die Rechte der Staatsgläubiger, führten alles Kriegsmaterial aus dem Lande, schleiften die Feste Rendsburg, verbannten, trotz der Amnestie, 33 Personen, entsetzten alle hochherzigen Beamten und übten später einen Druck auf das Volk aus, welcher nicht ohne entsprechende Folgen sein kann.

Traurig war das Schicksal Baden's, der Rheinpfalz, Sachsen's und Kurhessen's, allein eine solche Mischung von hochherziger Tapferkeit, kurzsichtiger Beschränktheit und schändlichem Verrath, wie sie in Schleswig-Holstein zu Tage trat vom Tage der Schlacht bei Fridericia bis zur Schlacht von Idstedt und der österreichischen Besetzung der Herzogthümer ist einzig in der Geschichte der Menschheit.

Mit welchen Gefühlen mögen jene Doctrinäre Beseler und Consorten und jene Aristokraten Reventlow-Preetz und Standesgenossen, deren Halbheit so großes Unglück über das Land brachte, auf die Vergangenheit zurückblicken! Wer Revolution machen will, werfe die Scheide weg! Wer dazu nicht den Muth besitzt, bleibe davon!

Nicht blos in den bisher genannten, sondern auch in allen übrigen Staaten Deutschland's fanden mehr oder weniger ernstliche revolutionäre Bewegungen Statt. Aller Orten berieth man sich so lange, daß die Regierungen Zeit gewannen, insgeheim ihre Ränke zu spinnen. Wo sie sich nicht im Stande fühlten, dem Ungestüme des Volkes die Spitze zu bieten, gaben sie nach und behielten sich vor, die gemachten Zugeständnisse zurückzunehmen, sobald die Zeiten wieder günstiger sein würden.

In Mecklenburg, woselbst die Aufregung sehr heftig war, gelang es der Reaction, das Zusammentreten der neu beschlossenen Abgeordneten-Kammer bis zum 31. October 1848 hinaus zu schieben. Damals war in Wien und Berlin die Reaction schon wieder obenauf. Das neue Staatsgrundgesetz wurde am 3. August 1849 von den Ständen endlich festgesetzt. Schon am 6. August wurden aber von Seiten der Schwerinischen Regierung zahlreiche Bedenken dagegen erhoben und am 13. desselben Monats sprach die Strelitzische Regierung die Auflösung der Kammer aus, obgleich ihr Land sich zu Mecklenburg-Schwerin verhält, wie zwei zu dreizehn. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin vollzog zwar (am 23. August) das vereinbarte Staatsgrundgesetz. Schon am 11. Januar 1850 wurden aber die Einleitungen zum Umsturze desselben getroffen. Durch Urtheilsspruch eines sog. Schiedsgerichtes wurde unter'm 11. September 1850 die neue Staatsverfassung für nichtig erklärt. Am 15. Februar 1851 trat der mittelalterliche Landtag Mecklenburg's wieder zusammen. Schon am 31. Januar 1852 wurde die kaum abgeschaffte Prügelstrafe wieder hergestellt. Aerger, als je, drückten die Ritter wieder das Volk. Das bisher durchaus protestantische Land wurde eine Pflanzstätte jesuitischer Umtriebe. Die kleine Minderheit der Nachkommen der ehemaligen Raubritter nährte sich nach wie vor vom Schweiße und Blute des Volkes, verstopfte gewaltsam alle Sicherheits-Ventile, und arbeitet auf diese Weise, ohne es selbst zu ahnen, an ihrem eigenen Ruine.

Nicht ganz so gewaltsam, als in Mecklenburg, verfuhr die Reaction in Olden-

burg. Das Land erhielt nach lebhaften Verhandlungen (1. März 1849) ein neues Staatsgrundgeſetz. Dieſes wurde zwar nicht vollſtändig umgeſtoßen, allein vermittelſt der ſ. g. Reviſion dermaßen abgeſchwächt, daß es nur noch dazu dient, das Volk glauben zu machen, es beſitze einige Freiheit, während die Regierung mit dem neuen Mechanismus eben ſo willkürlich, als früher, verfahren konnte. Der Großherzog von Oldenburg verfuhr weit klüger, als der Herzog von Mecklenburg. Er erreichte ſeine Zwecke ohne Dazwiſchenkunft fremder Mächte, welche dem Anſehen einer Regierung immer ſehr verderblich iſt, durch wiederholte Kammeraufiöſungen und die in den conſtitutionellen Staaten Deutſchland's ſeit langer Zeit üblichen Einſchüchterungsmittel. Durch Beſchluß vom 22. November 1852 ſchnitten die oldenburgiſchen Abgeordneten ſelbſt alle freiheitlichen Beſtimmungen aus dem neuen Staatsgrundgeſetze und vernichteten dadurch dieſes in ſeinen weſentlichen Beſtimmungen. Der Hauptfehler, deſſen ſich alle berathenden Verſammlungen Deutſchland's ſchuldig machten, beſtand darin, daß ſie wähnten, Alles komme auf die von ihnen gefaßten Beſchlüſſe an, während dieſe doch immer die Nebenſache blieben. Die Hauptſache beſtand in der revolutionären Kraft des Volkes. Nur ſo lange dieſe ſtark war, hatten die Beſchlüſſe der berathenden Verſammlungen Bedeutung.

Es iſt ein großer Irrthum zu glauben, daß durch irgend ein Geſetz, welchen Namen es immer trage, die Freiheit gegründet werden könne.

Vor 1848 wähnten viele freiheitsliebende und rechtliche Menſchen, es ſei möglich, durch Geſetze, welche Preßfreiheit, ſtändiſche Verfaſſung, Volksbewaffnung u. ſ. w. feſtſtellten, die Einheit und die Freiheit der deutſchen Nation zu gründen. Allein dieſe beiden höchſten Güter einer Nation ſind in Europa ganz ebenſo unvereinbar mit der Monarchie als in Amerika mit der Sclaverei. Kein Geſetz der Welt vermag den Widerſpruch zwiſchen Freiheit und Sclaverei, oder Freiheit und Monarchie zu löſen.

Wer die Gewalt in Händen hat, verſteht es immer, die Geſetze zum Schweigen zu bringen. Diejenigen dagegen, mit welchen die Gewaltherrſchaft unvereinbar iſt, wie z. B. eine wirkliche Volksbewaffnung, werden entweder aufgehoben, oder doch nicht in Vollziehung geſetzt. Die übrigen werden ſo gehandhabt, daß die Bürger wiſſen, keiner derſelben könne ſie ſchützen gegen den von oben ausgehenden Druck. Der Belagerungszuſtand führt einen Schrecken herbei, welcher die Freiheitsbegeiſterung niederſchlägt. Sind die Führer des Volkes getödtet, im Kerker oder in der Verbannung, ſo fügen ſich, wenn auch ungeduldig und murrend, die Maſſen.

Wer die Freiheit will, muß die mit derſelben unvereinbaren Gegenſätze: Königthum, Adel und Pfaffenthum, feiles Beamtenthum und Soldatenthum von Grund aus vernichten. Erſt wenn dieſes geſchehen iſt, d. h. erſt wenn der Boden vom wuchernden Unkraute gereinigt iſt, läßt er ſich beſtellen und können wir erwarten, daß ausgeſtreuter guter Samen aufgehen werde.

Seit dem Jahre 1849 wird in vielen Theilen Europa's, namentlich Deutſchland's trotz allen während der Sturmperiode errungenen freiheitlichen Geſetze ein Druck auf das Volk ausgeübt, welcher ganz eben ſo ſchwer, wo nicht ſchwerer iſt, als derjenige der Jahre 1821 bis 1830 und der Jahre 1831 bis 1848. Hier und da ſind wohl die Geſetze freier geworden, als früher; dafür iſt der von oben ausgeübte Druck auf das Uhrwerk verſtärkt worden. In der Hauptſache blieb Alles beim Alten. Der Unterſchied beſteht nur darin, daß die innerliche Mißſtimmung der Nation zugenommen und die Ueberzeugung Wurzeln geſchlagen hat: nur Geduld, oder eine durchgreifende Revolution könne zum Ziele führen. Die Zeit der Revolutionen in Glacéhandſchuhen iſt vorüber.

selben, so ist es klar, daß die Träger der Gewalt sich nirgends gebessert, vielmehr aller Orten verschlimmert haben. Die österreichischen und preußischen Staatsstreichsminister und Generäle haben unstreitig viel grausamer gewüthet, als ihre vormärzlichen Vorfahren. Wer könnte einen Manteuffel Herrn Bodelschwing, oder einen Schwarzenberg, Bach, Buol und Rechberg einem Metternich und Colowrat vorziehen? Von der Pfordten und Abel stehen so ziemlich auf gleicher Stufe. Linden ist weit schlimmer als Schlayer in Würtemberg. Die badische Regierung vormärzlicher Zeit hätte sich nie bis zum Concordate des Jahres 1859 erniedrigt. In keinem Staate Deutschland's sind die Personen der Herrscher besser geworden. Der Natur der Sache nach war dieses auch gar nicht möglich. Denn die Minister, Generäle und anderen Beamten werden nicht vom Volke und für das Volk, sondern von den Fürsten und für die Fürsten ernannt, und je tiefer der Abgrund geworden ist, welcher seit dem Jahre 1848 zwischen Fürsten und Völkern gähnt, desto schwerer ist es, daß jemals ein Beamter werde angestellt werden, welcher nicht ganz auf der Seite der Fürsten und der Gegenseite des Volkes steht. Die Machthaber haben sich nicht gebessert, wohl aber die Völker. Diese haben gelernt, daß den schönen Worten der Fürsten kein Glauben geschenkt werden könne. Sie haben zuerst in der Schule der Revolution und dann in derjenigen der Reaction Erfahrungen gesammelt, welche ihnen beim Ausbruche der nächsten allgemein europäischen Revolution von großem Nutzen sein werden.

Wem es ernstlich um eine Reform zu thun ist, der darf sich nicht damit begnügen, sie auf dem Papiere einzuführen, d. h. einen dieselbe begründenden Beschluß zu erwirken. Er muß dafür Sorge tragen, daß die Reform ins wirkliche Leben eintrete, und sich darin behaupte.

Schon in den Jahren 1813 bis 1815 war der deutschen Nation Preßfreiheit, Religionsfreiheit, Handels- und Schifffahrtsfreiheit und landständische Verfassung versprochen, aber nirgends ehrlich und redlich gehalten worden. Die Regierungen, welche einen Theil dieser Zusagen in Erfüllung gebracht hatten, gaben schon bald darauf zu erkennen, daß sie sich übereilt hätten. Sie konnten zwar das Geschehene nicht ungeschehen machen, allein ihr ganzes Bemühen ging darauf hin, die gemachten Zugeständnisse so sehr als möglich zu beschränken. Wo die eigene Macht dazu nicht hinreichte, wurde die Bundesversammlung zu Hülfe gerufen.

Welchen Grund hatten die Deutschen anzunehmen, daß ihre Fürsten nach 1848 gewissenhafter in der Erfüllung der von ihnen gemachten Zugeständnisse sein würden, als nach 1815 und nach 1830?

Der wesentliche Unterschied zwischen den s. g. Radikalen und Liberalen, zwischen Republikanern und Constitutionellen, bestand nicht sowohl in dem Ziele, wonach beide strebten, als darin, daß die einen klar erkannten, die Fürsten würden nicht Wort halten, während die anderen sich einbildeten, sie seien stark genug, um jeder Reaktion die Spitze bieten zu können.

Eine Erfahrung von dreiunddreißig Jahren hatte bewiesen, daß die Constitutionellen, auch wo sie den positiven Rechtsboden ganz augenscheinlich für sich hatten, denselben nirgends gegen die Gewaltthaten der Fürsten hatten sicher stellen können. Der König von Hannover, Ernst August konnte ungestraft die bestehende Landesverfassung über den Haufen werfen, Oesterreich konnte sich der Erfüllung der freisinnigen Artikel der deutschen Bundesakte vollständig, Preußen nach langen Zögerungen, zum größeren Theile, entziehen. Selbst wenn einer der mindermächtigen deutschen Fürsten den guten Willen hatte, die von ihm ertheilten Zusagen gewissenhaft zu halten, besaß er dazu gar nicht die Macht. Oesterreich und Preußen und die übrigen reaktionären deutschen Fürsten zwangen ihn, sich dem

monarchischen Principe nach ihrer Auffassung zu unterwerfen. In jedem Lande bestand eine aus Aristokraten, Pfaffen und Bureaukraten zusammengesetzte Partei, welche, in Verbindung mit dem Bundestage, stark genug war, jede Fortschrittsbewegung, nachdem die erste Aufregung vorüber gegangen war, mit Erfolg zu bekämpfen.

Wer daher im Jahre 1848 ernstlich Reformen wünschte, mußte dafür Sorge tragen, daß die reaktionäre Partei nicht, wie früher, im Stande bleibe, die kaum errungenen Zugeständnisse ganz oder theilweise wieder umzustoßen. Wahrhaftig! nicht aus Furcht vor den constitutionellen Schwätzern, sondern aus Angst vor den republikanischen Männern der That hatten sich die deutschen Regierungen im März 1848 Zugeständnisse abdringen lassen. Der wirkliche Kampf wurde vom Anfang bis zum Ende nur geführt zwischen den Fürsten und den Radikalen. Sobald die letzteren niedergeworfen waren: in Wien und in Berlin, in Dresden und in Baden, wurden die Regierungen mit den Liberalen, mit den Constitutionellen gar schnell fertig.

Die Verhältnisse Deutschlands sind verschieden von denjenigen Englands, Frankreichs, Spaniens und anderer einheitlicher Staaten. In unserem Vaterlande gilt es, zugleich Einheit und Freiheit zu erringen. Man mag vielleicht darüber streiten, ob Freiheit in Monarchien bestehen könne? So viel ist jedenfalls gewiß, daß die Einheit Deutschlands weder unter dreißig, noch unter zwanzig, noch unter zehn, noch auch nur unter zwei Königen gedeihen kann. Dieses vorausgesetzt, ist die Frage nur, ob man sich einem Fürsten in die Arme werfen solle, um mit dessen Hülfe alle die übrigen zu beseitigen, oder aber ob die Nation nicht besser thue, gleichmäßig mit allen Fürsten den Kampf zu beginnen?

Die Italiener haben unter Karl Albert und Victor Emmanuel das erstere versucht; bis zu dieser Stunde aber mit sehr geringem Erfolge. Sie waren, als sie diese Wahl trafen, der Hülfe der genannten beiden Könige sicher. Diese brachen, indem sie die Vorkämpfer ihrer Nation wurden, mit allen Fürsten Italiens, ja gewissermaßen Europa's. Von welchem deutschen Fürsten konnten die Constitutionellen im Jahre 1848, oder können sie heut zu Tage Aehnliches erwarten? Von keinem! Wir Radikalen waren von dieser Ansicht im Jahre 1848 vollkommen überzeugt. Wer es von uns im März nicht war, erkannte dieses wenigstens im October und November. Doch die Constitutionellen hielten aller Orten an ihren Rednerbühnen fest, bis sie von denselben durch militärische Gewalt vertrieben waren.

Die Erfahrung eines halben Jahrhunderts hat erwiesen, daß die deutsche Nation keine andere Wahl habe, als entweder das Joch ihrer dreißig Tyrannen stumpfsinnig zu tragen, oder dasselbe zu zertrümmern, indem gutwillig die Fürsten niemals die durch den Geist der Zeit gebotenen Zugeständnisse machten, und die mit Gewalt erzwungenen immer zu Reaktionen führten, denen als Opfer die edelsten Freiheitskämpfer fielen.

## § 71. Die deutsche Nation und der deutsche Bund. *)

Durch die Karlsbader Beschlüsse hatten die Fürsten Deutschland's die Richtung bezeichnet, in welcher sie zu gehen beabsichtigten. Sie hatten dadurch eine allgemeine Miß-

*) Das öffentliche Recht des deutschen Bundes von G. v. Struve, Mannheim, Verlag von J. Bensheimer, 1846.

Briefwechsel zwischen einem ehemaligen und einem jetzigen Diplomaten, herausgegeben von G. v. Struve, Verlag von J. Bensheimer, 1845.

Politische Briefe von G. v. Struve, Mannheim, J. Bensheimer, 1846.

Briefe über Kirche und Staat von G. v. Struve, Mannheim, Verlag von J. Bens-

stimmung hervorgerufen. Die französische Juli-Revolution brachte zu Tage, wie gewaltig sich die Stimmung Deutschland's seit 1815 verändert hatte. Der Franzosenhaß und die Deutschthümelei waren verschwunden. Unzufriedenheit mit den Regierungen und dem Bundestage war an deren Stelle getreten. Allein es fehlte der deutschen Nation an aller Bestimmtheit des Wollens, an aller Klarheit der politischen Erkenntniß. Die Haltung des Volkes im Jahre 1830 war daher unentschieden, unkräftig und schwach. Zwei Drittheile der deutschen Nation nahmen an der Bewegung der Zeiten nur leidenden Theil, das übrige Drittel war in sich gespalten, durch kleinliche Leidenschaften bewegt und daher nicht im Stande, eine allgemeine Begeisterung hervorzurufen. Doch waren die Kundgebungen der ersten dreißiger Jahre insofern wichtig, als sie andeuteten, in welcher Richtung sich die Nation seit 1815 bewegt hatte. Die Kämpfe des Jahres 1830 waren Vorläufer der großartigeren Bewegungen von 1848.

Die heftigsten und für Deutschland bedeutungsvollsten Bewegungen des Jahres 1830 waren diejenigen, welche im Luxemburgischen stattfanden und welche damit endeten, daß durch Beschluß vom 11. Mai 1839 die Hälfte dieses Großherzogthums an Belgien abgetreten wurde. Zwar sollte der deutsche Bund dadurch entschädigt werden, daß der König der Niederlande ihm mit dem neu gebildeten Herzogthume Limburg beitrat. Allein es war Schimpf und Schande für Deutschland, daß Luxemburg sich losriß, und lieber mit Belgien vereinigt sein wollte. Zudem genügte die Erklärung des Königs von Holland in Betreff Limburg's keineswegs, Deutschland wegen des Verlustes der Hälfte von Luxemburg zu entschädigen. Die Fürsten waren allerdings seit dem Wiener Congreß gewöhnt, den Werth der Länder nur nach der Seelenzahl zu bemessen. Die Folge davon waren aber jene fast ununterbrochenen Revolutionen, welche von dem Jahre 1820 an Europa erschütterten.

Als sich die Bundesversammlung nach der belgischen Seite hin durch Nachgiebigkeit einige Ruhe verschafft hatte, wandte sie sich gegen die im Innern Deutschland's kochende Gährung. Ein Beschluß folgte dem andern, welcher die Aufregung der Gemüther durch freiheitsfeindliche Maßregeln beschwichtigen sollte. Die Folge war dieselbe, welche früher die Karlsbader Beschlüsse hervorriefen, d. h. die Unzufriedenheit vermehrte sich und rief sogar eine Verschwörung hervor, welche am 3. April 1833 zu Frankfurt ausbrach. Ein solches, von jungen Hitzköpfen improvisirtes Unternehmen konnte unmöglich gelingen. Es gab den deutschen Regierungen einen erwünschten Vorwand, auf dem von ihnen schon seit dem Jahre 1831 von Neuem betretenen Weg der Freiheitsbeschränkung, immer wüthender vorzugehen.

Am 27. October 1831 hatte der Bundestag die Einreichung gemeinschaftlicher Vorstellungen oder Adressen verboten. Am 30. Mai und 28. Juni 1832 ergingen Verbote gegen das Tragen „ungesetzlicher" Abzeichen und die Abhaltung von Volksversammlungen. Durch eine ganze Reihe von Beschlüssen, welche mit dem 10. November 1831 anfingen und bis zum 29. November 1832 reichten, wurde die deutsche Presse in Ketten geschlagen. Den Höhepunkt der Maßregeln der Reaction bildete das Schlußprotokoll der Wiener Ministerial-Conferenz vom 12. Juni 1834, dessen wichtigste, und der Freiheit feindlichste Bestimmungen geheim gehalten wurden.

Wir können uns die Mühe ersparen, dieses Grundgesetz der Reaction ausführlich mitzutheilen, da wir die Zustände, welche es in den verschiedenen Staaten Deutschland's herbeiführte, geschildert haben. Hier genüge die Bemerkung, daß durch das genannte Conferenz-Protokoll alle die Freiheit sichernden Bestimmungen sämmtlicher deutscher Staatsgrundgesetze, und namentlich das Steuerbewilligungsrecht der Stände vollständig umge-

stoßen wurden. Den Rechten des Volkes, welche die Fürsten öffentlich anerkannt hatten, wurde insgeheim ein Fürstenrecht ganz widersprechender Natur entgegengesetzt.

Unter dem Einflusse dieser verruchten Conferenz-Beschlüsse lebte Deutschland bis zu der Zeit, als das Ministerium Thiers (1840) Europa mit Kriegsgefahr bedrohte. Dann gaben die Regierungen den Völkern wieder freundliche Worte. Die gutmüthigen Deutschen sangen das Rheinlied und ließen sich willig in die Heere der Fürsten einreihen. Nachdem der Friede gesichert war, trat die Reaction in ihrer ganzen Härte wieder auf. Das Volk schlief aber nicht wieder gänzlich ein. Preußen, welches ein viertel Jahrhundert hindurch auf seinen Lorbeeren geruht hatte, fing endlich an, sich zu regen. Der preußisch-deutsche Zollverein wurde für den Wohlstand des Volkes immer wichtiger, obgleich auch er Stückwerk blieb, da sich Oesterreich und mehrere andere Staaten, namentlich das für den Handel so wichtige Hamburg fern hielten. Der Bundestag bekümmerte sich nicht um denselben, so wenig als um so viele andere Einrichtungen, Anstalten und Bestrebungen, welche für den Wohlstand und die Bildung der Nation von hoher Wichtigkeit waren. Er rief kein anderes Gefühl, als dasjenige gemeinschaftlich erduldeten gesetzwidrigen Druckes in allen edlen deutschen Herzen hervor.

Da die Bundestagsgesandten nach den ihnen von den Regierungen zugehenden Instruktionen handelten, fiel natürlich die Schuld der traurigen Führung der Bundesangelegenheiten auf die deutschen Fürsten zurück, welche unter sich und mit dem Bundestage Versteckens spielten, indem einer immer die Schuld der traurigen Zustände Deutschland's auf den andern zu wälzen bemüht war, und die genaue Feststellung des jedem zufallenden Antheils durch die Geheimhaltung der Protocolle zu verhindern suchte.

Die Fürsten gingen nur darauf aus, ihre Völker tiefer unter ihr Joch zu beugen und unter allen erdenklichen Vorwänden Geld von ihnen zu erpressen. Alle mittelalterlichen Einrichtungen, welche ihnen günstig waren, suchten sie zu beleben, allein immer nur von der einen Seite, welche dem Volke Schaden brachte, nicht von der anderen, welche seine Rechte wahrte. Die Stände des Mittelalters, welche die große Masse des Volkes unvertreten ließen, sagten den Fürsten zu, allein der mittelalterliche Grundsatz: wo wir nicht mitrathen, wir auch nicht mitthaten, und die Abgaben sind Beeten, d. h. müssen erbeten, und können ohne Verwilligung nicht erhoben werden, wurde von ihnen nicht, oder doch nur sehr ungern anerkannt.

Die Mediatisirungen gefielen den Fürsten sehr wohl. Sie bedachten aber nicht, daß die von den Unterthanen an ihre Grundherren bezahlten Abgaben den Zweck hatten, die Staatskosten zu bestreiten. Die mittelalterlichen Gülten, Zehnten, Abgaben und Dienste aller Art wurden zu Gunsten der Mediatisirten beibehalten. Der neue Fürst erhob aber darum doch seine Staatssteuern. Die armen Bauern, welche man die auf ihnen lastenden Abgaben und Dienste bisweilen sogar zweimal ablösen ließ, wußten nicht, daß sie dieselben durch Uebernahme der an den Staat zu leistenden Abgaben und Dienste längst abgelöst hatten.

Nach und nach wurden dem Adel alle die Lasten abgenommen, zu deren Bestreitung ihm früher Güter verliehen und Abgaben und Dienste geleistet worden waren: Heeresfolge und obrigkeitliche Dienste aller Art, allein die Güter wurden ihnen gelassen und die Abgaben von ihnen fort erhoben.

Die eine Seite des Mittelalters, d. h. der auf dem Adel und der Geistlichkeit beruhende Staatsorganismus fiel zusammen. Allein der andere Theil, das damit zusammenhängende Finanzwesen blieb zu Gunsten der bevorzugten Stände und zum Ruine der arbeitenden Classen bestehen!

Wenn dessenungeachtet die deutsche Nation unausgesetzte Fortschritte auf dem Gebiete des Wohlstands, der Bildung und theilweise auch der Freiheit machte, so sind diese auf die Rechnung der unverwüstlichen Volkskraft, nicht aber der Einsicht der Regierungen zu setzen. Fast alles Gute und Schöne, was im Schooße der deutschen Nation sich Bahn brach, geschah entweder ohne Zuthun, oder erst nach Ueberwindung des Widerstands der Regierungen. Eisenbahnen und Dampfschiffe, Bücher und Zeitungen, Fabriken und Handel, Schifffahrt und Landwirthschaft wurden aller Orten zehnmal mehr von den Fürsten durch ihr Eingreifen gehemmt, als gefördert.

Die Unzufriedenheit des Volkes nahm daher von Jahr zu Jahr einen gefährlichern Charakter an, wie sich deutlich zeigte, als die Posaune der Februar-Revolution von Paris nach Deutschland herüber tönte.

Die Bewegung wurde allgemein in allen Staaten Deutschland's und nahm gleich anfangs einen entschieden nationalen Charakter an. Schon am 1. März, dem Tage, da von Mannheim die erste Sturmpetition nach Karlsruhe abging, vertheilten zwei vaterländisch gesinnte Frauen am Bahnhofe die deutschen Farben: Schwarz, roth, gold. In wenigen Tagen legten sie in Baden und dem ganzen südwestlichen Deutschland die meisten Bürger, selbst Frauen und Kinder an. Das Streben nach nationaler Einheit kam in dieser Weise augenscheinlich zu Tage.

Am 5. März traten zu Heidelberg 51 Männer aus verschiedenen Theilen Deutschland's, in ihrer Mehrzahl Kammermitglieder aus Südwest-Deutschland zusammen, um die Angelegenheiten Deutschlands zu berathen. Dort standen zum ersten Mal die Constitutionellen und die Republikaner, die Männer des Wortes und der That einander scharf entgegen. Gagern bezeichnete in einem längern Vortrage als Ziel, nach welchem zu streben sei, ein constitutionelles deutsches Kaiserthum und als Mittel zu diesem Zwecke die Berufung einer deutschen Rathsversammlung. Struve sprach sich für die föderative Republik, nach dem Muster der Vereinigten Staaten Amerika's aus und trug darauf an, in der Voraussicht, daß ohne Zweifel in allen Theilen Deutschlands revolutionäre Bewegungen statt finden würden, ein Directorium zu gründen, dessen Aufgabe es sein würde, Einheit und Kraft in dieselben zu bringen. Man einigte sich dahin, die Frage: Monarchie oder Republik der Entscheidung des Volkes anheim zu geben. Welker erklärte, der Bundestag sei eine Leiche, Hansemann bemerkte, wenn die Nation die Republik beschließen sollte, würde er ihr gern seine Dienste leisten. Der Antrag Struve's, betreffend die Errichtung eines revolutionären Directoriums fand keine Unterstützung. Dagegen sprachen sich viele Stimmen zu Gunsten der Berufung einer berathenden Versammlung aus, welche demzufolge einstimmig beschlossen wurde. Diese Versammlung erhielt später den Namen Vorparlament. Sie trat am 31. März zu Frankfurt am Main zusammen. Sofort nach Eröffnung derselben erhielt Gustav Struve das Wort und trug eine von 19 Mitgliedern der Versammlung unterzeichnete schriftliche Eingabe vor, welche 15 Forderungen stellte, deren letzte war: „Aufhebung der erblichen Monarchie und Ersetzung derselben durch frei gewählte Parlamente, an deren Spitze frei gewählte Präsidenten stehen, alle vereint in der föderativen Bundesverfassung, nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten."

Damals war noch nicht ausgemacht, ob erst eine constituirende Versammlung berufen oder ob die damals vereinigte die Rolle derselben übernehmen werde. Bald stellte es sich heraus, daß eine constituirende Versammlung erst berufen werden sollte. Die Republikaner, welche unzufrieden mit der kraftlosen Haltung der Versammlung am 2. April etwa 60 Mann stark ausgetreten waren, wurden versöhnt durch den Beschluß, welcher die Souveränität des Volkes anerkannte. Sie traten am 3. April der an sie gerichteten

Aufforderung Folge leistend wieder ein. Allein noch an demselben Tage zeigte es sich, daß das Vorparlament durchaus unfähig sei, die Bewegung Deutschlands in das richtige Geleise zu führen. Der Fünfziger-Ausschuß, welcher bis zum Zusammentritt der constituirenden Versammlung Deutschland vertreten sollte, enthielt nicht einen einzigen Republikaner. Diese waren daher bis zur Eröffnung der constituirenden Versammlung von aller Theilnahme an den Verhandlungen des Ausschusses fern gehalten. Das Spießbürgerthum im Bunde mit der Aristokratie hatte einen vollständigen Sieg davon getragen. Die Republikaner wurden schutzlos der Rache der Fürsten preis gegeben. Die nothwendige Folge davon war die erste badische Schilderhebung, auf welche die zweite und dritte, die Erhebung Wiens, Sachsens und der Rheinpfalz folgten.

Am 18. Mai wurde die constituirende Versammlung Deutschlands zu Frankfurt am Main eröffnet. Sie erwählte den Freiherrn Heinrich von Gagern zu ihrem Präsidenten, und (29. Juni) den Erzherzog Johann von Oesterreich zum Reichsverweser. Unter den schützenden Fittigen desselben berieth die constituirende Versammlung die Verfassung Deutschlands, brauchte dazu aber so viel Zeit, daß längst bevor diese fertig geworden war, die Reaktion in Wien und Berlin wieder die Oberhand gewonnen hatte. Die sehr loyale Versammlung erklärte sich gegen jede revolutionäre Bewegung, welche geeignet war, ihr neue Kraft zu verleihen, namentlich gegen die durch den Waffenstillstand zu Malmö herbei geführten September-Unruhen.

Am 27. März 1849 wurde endlich die Verfassung Deutschlands fertig. Tags darauf schritt die Versammlung zur Wahl des deutschen Kaisers. Damals hatte Friedrich Wilhelm IV. die preußische Nationalversammlung schon auseinander gesprengt. Der Belagerungszustand und Militärgewalt herrschten in ganz Preußen. Der König war zum Verräther an seinem Volke und an Schleswig-Holstein geworden. Das hielt aber die Versammlung nicht ab, Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone anzubieten. Unter den Männern, welche dieses thaten, befanden sich nicht blos Aristokraten und Spießbürger, sondern auch Heinrich und Max Simon, Temme, Graf Oscar Reichenbach, Löwe von Kalbe und andere, welche im Rufe der Freisinnigkeit standen.

Zum Glücke für Deutschland hatte Friedrich Wilhelm IV. nicht den Muth, die ihm angebotene Kaiserkrone zu ergreifen. Die einzige Stütze, welche der constituirenden Versammlung geblieben war, brach somit zusammen. Das Parlament konnte sich in Frankfurt nicht mehr behaupten. Die Trümmer desselben siedelten nach Stuttgart über, woselbst sie (18. Juni 1849) mit Gewalt auseinander getrieben wurden.

Am 30. September 1849 schlossen die Regierungen Oesterreichs und Preußens einen Vertrag, dem zufolge sie die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund bis zum 1. Mai 1850 übernahmen. Am 20. Dezember 1849 legte der Erzherzog Johann die Würde des Reichsverwesers in die Hände der österreichisch-preußischen Bundescommission nieder. Aus dieser entwickelte sich nach und nach wieder der alte deutsche Bundestag. Die neu beschlossene Verfassung Deutschlands blieb ein todt geborenes Kind. Um über den ersten Theil derselben, die s. g. Grundrechte keinen Zweifel zu lassen, hob der Bundestag dieselben durch Beschluß vom 23. August 1851 förmlich auf. Dasselbe Schicksal hatte die von der constituirenden Versammlung gegründete deutsche Flotte durch bundestäglichen Beschluß vom 2. April 1852.

So begann die mit Hülfe von Gagern und Consorten ins Leben zurück gerufene Leiche des deutschen Bundestages ihre Wirksamkeit mit der Zerstörung aller freiheitlichen und volksthümlichen Schöpfungen aus der kurzen Zeit des nationalen Aufschwungs von 1848 und 1849! Zum Schaffen gebrach dem Bundestag von Anfang an alle Kraft.

Die habsburgische Politik wurde im Schooße Deutschlands ebenso vorherrschend, als in Oesterreich, d. h. ein Theil des Volkes wurde dazu verwendet, den andern zu unterjochen. Zuerst schritten Hessen, Nassauer, Würtemberger und Preußen in Baden und Preußen in Sachsen ein, dann unterjochten Oesterreicher und Baiern Kurhessen und demüthigten Preußen. Die Schleswig Holsteiner verrieth die preußische Regierung zuerst, dann gab sie dieselben den Dänen Preis, am Ende rückten Oesterreicher noch in das Land und stellten den vormärzlichen Zustand wieder her.

Eine Zeitlang hatten die Constitutionellen, die Parlamenter, die Männer des gesetzlichen Widerstandes mit großer Selstüberschätzung auf die Republikaner, die Revolutionäre, die Männer der That herabgeblickt. Am Ende mußten sie sich freilich überzeugen, daß die Fürsten zwischen den Revolutionären in Schlafrock und Pantoffeln und den Revolutionären des Schwertes sehr geringen Unterschied machten, daß für sie die Frage nur sei: Selbstherrlichkeit oder nicht, daß sie den Umständen nach den blauen Dunst des Constitutionalismus um sich hüllten, allein kein Gesetz, keine Mehrheit der Kammern, des Volkes, der Beamten, ja, selbst des Militairs achteten, wenn es darauf ankam, ihren Willen durchzusetzen.

Wer nach den Vorgängen, wie sie in Berlin, Stuttgart, Baden, Sachsen, Hannover, Kurhessen, kurz aller Orten statt fanden, noch an die Möglichkeit eines wirklichen constitutionell-monarchischen Lebens in Deutschland glaubt, der gehört zu den Menschen, welche zwischen Wort und That, Schein und Wirklichkeit nicht unterscheiden können, oder wollen.

Der Gegensatz zwischen Oesterreich und den übrigen deutschen Staaten besteht nur darin, daß das erstere sich der Mühe überhebt, mit dem Volke Comödie zu spielen, während die übrigen in ihrem Verfassungsspiele die Bürgschaft ihrer Selbstherrlichkeit erkennen.

Im politischen Leben hängt Alles von den Verbindungen ab, in welche sich die verschiedenen Parteien einlassen. Vor der Februarrevolution herrschte Königthum, Pfaffenthum, Adel, im Bunde mit der Bureaukratie und dem Geldwucher, gestützt auf die Soldateska. Durch die Februar-Revolution wurden alle Völker Europa's aus ihrem Schlummer erweckt. Die verschiedensten Klassen der Nation: Proletarier und Bourgeois, selbst manche geistliche und weltliche Beamte vereinigten sich, um den auf ihnen schwer lastenden Druck abzuwerfen. Kaum hatten aber die Könige einige Zugeständnisse gemacht, als ein Theil des Volkes der allgemeinen Aufregung schon entgegen arbeitete, vertrauend auf die von den Fürsten gegebenen Zusagen. Fast aller Orten hatte die constitutionell-monarchische Partei das Uebergewicht. Diejenigen Männer, welche mehr verlangten, als bloße Worte, welche auf tief eingreifende Reformen drangen, und entschlossen waren, diese mit dem Schwerdte in der Hand zu erzwingen, falls sie nicht gutwillig gewährt werden sollten, sahen sich bald von den Massen zurückgestoßen und verlassen. Vergebens erinnerten sie die Völker an die fürstlichen Meineide früherer Zeiten, umsonst deuteten sie auf die schon wieder auftauchende Reaction. Ihre Stimme verhallte mitten im Jubelgeschrei des Volkes über die, wie es wähnte, errungene Freiheit.

Als der Waffenstillstand von Malmö abgeschlossen war, fingen Manche, welche bis dahin gläubig gehofft hatten, zu zweifeln an. Allein die Massen waren noch nicht enttäuscht. Die Versuche, welche zu Frankfurt a. M. und in Baden gemacht wurden, das Banner der Freiheit zu erheben, blieben vereinzelt, und wurden erdrückt.

Als dann endlich Wien erobert und Berlin militärisch besetzt, als die Nationalversammlungen Oesterreich's und Preußen's zuerst aus der Hauptstadt entfernt, und dann aufgelöst worden waren, erkannten allerdings die Meisten die Reaction, allein damals

hatte die deutſche National-Verſammlung durch ihre Schlaffheit und Charakterloſigkeit das Vertrauen des muthigen und entſchloſſenen Theiles der deutſchen Nation verloren. Es fehlte dieſer an einem Centralpunkte, von welchem aus die ſchwer bedrängte revolutionäre Partei ſich in großartiger Weiſe entfalten konnte. Die erneuten Beſtrebungen, welche im Frühjahre 1849 in Sachſen, Rheinbaiern, im Wupperthale und in Baden gemacht wurden, blieben ſowohl von Seiten der National-Verſammlung, als des Volks, ohne die erforderliche Unterſtützung. Selbſt nachdem die National-Verſammlung aus Frankfurt vertrieben war, hatten deren Reſte nicht den Muth, mit der revolutionären Partei gemeinſame Sache zu machen. Sie ließen ſich in Stuttgart auseinander treiben, um nicht auf gleiche Stufe mit den Revolutionären Baden's geſtellt zu werden.

Sechzehn Monate nach dem erſten Auftauchen der Revolution in Deutſchland war dieſelbe wieder vollſtändig unterdrückt.

Athen konnte das Joch der dreißig Tyrannen erſt abſchütteln, nachdem dieſe unter ſich uneinig geworden, und mit ihrem gemeinſamen Herrn, Lacedämon zerfallen waren. Athen fand ſeinen Thraſybul, *) welcher Stadt und Land befreite. Wann wird Deutſchland's Thraſybul erſtehen, die dreißig Tyrannen Deutſchland's vertreiben, und das Reich der Freiheit gründen?

Die Monarchie läßt alle Fragen, von denen die Zukunft Deutſchland's abhängt, ungelöſt, oder entſcheidet ſie zum Vortheile des Despotismus. Die Republik erledigt ſie ſicher und beſtimmt zu Gunſten der Freiheit. Sie ſcheidet alle nicht deutſchen Provinzen von Deutſchland aus und überläßt dieſelben den Nationen, welchen ſie angehören. Sie überweiſt die polniſchen Provinzen der Häuſer Habsburg und Hohenzollern der polniſchen Nation, die italieniſchen der italieniſchen Nation, die ungariſchen der ungariſchen Nation. Sie reißt von Dänemark das ſtammverwandte Schleswig-Holſtein ab und vereint es mit Deutſchland. Die Frage kann unter den Fittigen der Republik nur ſein: ob dieſe oder jene Provinz, dieſer oder jener Bezirk, mehr deutſch oder polniſch, mehr deutſch oder italieniſch, mehr deutſch oder däniſch ſei? Dieſe Frage wird, wie jede andere, durch die freie Abſtimmung der Betheiligten entſchieden.

Die deutſche Nation will keinem andern Stamme ein von dieſem zurückgewieſenes Joch auferlegen. Sie iſt groß genug, um jede Provinz, welche nicht zu ihr gehören will, frei geben zu können.

So lange dagegen das monarchiſche Princip den Ausſchlag gibt, gehören die deutſchen Provinzen Oeſterreich's nur dem Scheine nach zu Deutſchland, bleibt Schleswig-Holſtein unter dem däniſchen Joche, Luxemburg und Limburg unter holländiſcher Herrſchaft, Deutſchland auf allen ſeinen Gränzen bedroht und im Innern zerſplittert; Polen und Italien bleiben getheilt, Ungarn ſeiner Selbſtändigkeit beraubt und inſofern zerriſſen, als die mit demſelben von Alters her verbundenen Nebenländer: Siebenbürgen, Croatien, Slavonien und Bukowina davon getrennt bleiben.

Gerade ſo wie Körper und Geiſt zugleich wachſen und abnehmen, ſo auch Freiheit und Einheit. So wenig man durch den Körper zum Geiſt und durch den Geiſt zum Körper gelangt, kann man durch die Freiheit die Einheit oder durch die Einheit die Freiheit erringen. Für eine Nation giebt es ebenſowenig Freiheit ohne Einheit, als Einheit ohne Freiheit. Einheit des Willens iſt nur ein anderer Ausdruck der Freiheit, wie Freiheit des Willens mit unabweisbarer Nothwendigkeit zur Einheit führt.

Wer ſich einbildet, durch die Einheit zur Freiheit, oder durch die Freiheit zur Einheit zu gelangen, ſpielt entweder nur Comödie oder verbindet mit beiden Worten nur höchſt

*) Siehe oben Buch 2. §§. 17 und 18. S. 26 f.

oberflächliche Begriffe. Die Schreier, welche im Jahre 1848 durch die Einheit zur Freiheit gelangen wollten, haben weder die eine, noch die andere erlangt, sondern nur, theilweise ohne es selbst zu wissen, den Despoten geholfen, die vormärzlichen Zustände zurückzuführen.

Wer nicht zugleich Einheit und Freiheit will, dem ist es mit beiden nicht Ernst, der sucht nur seine eigene Erbärmlichkeit durch den Vorwand, den ihm das eine dieser beiden Worte leihen soll, zu verdecken. Solche Leute lassen sich nicht belehren, sondern nur auf die Seite schieben, oder zermalmen.

Der gemeinsame Fehler fast aller Revolutionen des Jahres 1848 bestand darin, daß man die Maschinerie des Despotismus, deren Erbauung dreiunddreißig Jahre Zeit gekostet hatte, fast unverändert bestehen ließ. Nicht einmal in der obersten Instanz, d. h. im Staatsministerium hatte die revolutionäre Partei zuverlässige Vertreter. Im Schooße aller übrigen Verwaltungszweige, namentlich der Armee blieb der reaktionären Partei von Anfang bis zu Ende das Uebergewicht.

Das einzige Land, welches in den Jahren 1848 und 1849 eine volksthümliche Verwaltung besaß, Ungarn, leistete, trotz aller politischen Befangenheiten, an denen es litt, im Kampfe gegen die Reaktion Großes.

Daß diese unausgesetzt thätig war, die frühere, unbeschränkte Gewalt wieder an sich zu reißen, verstand sich von selbst, so wie, daß sie ihre Fäden insgeheim spann, so lange sie sich nicht stark genug glaubte, offen aufzutreten.

Der erste und nothwendigste Schritt nach einer gelungenen Revolution besteht in einer entsprechenden Umwandlung der Executiv-Gewalt. Keine Republik konnte jemals sich erhalten neben einem stehenden Heere. Republik und Volksbewaffnung bedingen sich gegenseitig. Theoretisch wurde dieses allgemein anerkannt. Die philisterhaften Ansichten der städtischen Bürger verwandelten aber die Volksbewaffnung in eine Bürgerwehr und das mangelhafte Organisationstalent der revolutionären Partei verstand nirgends die ländliche Bevölkerung in den Kreis der Bewegung und in die Reihen der Volkswehr zu ziehen.

Die Heere der Despoten blieben unverändert bestehen, sie wurden sogar fast überall ansehnlich vermehrt. Die Reaction besaß in ihren Söldnern stets das Mittel, die Revolution nieder zu werfen. Sie wartete nur den Zeitpunkt ab, da die revolutionäre Partei unter sich uneinig wurde, oder da ihre Begeisterung nachließ, um alle papierenen Schranken, welche ihr gesetzt worden waren, nieder zu werfen, und im Blute des Volkes die Freiheitsbewegung zu ersticken.

Es zeigte sich auf diese Weise, daß aller Orten in Europa der Säbel geherrscht habe, und daß Censur und Polizei gewissermaßen nur die Vorposten der Soldateska gewesen seien. Censur und Polizei werden mit der Säbelherrschaft von selbst fallen. So lange diese besteht, zieht sie beim Herannahen des Feindes ihre Vorposten ein. Wer einen derartigen Rückzug für einen entscheidenden Sieg ansieht, irrt sich. So lange noch ein stehendes Heer in Europa beisammen bleibt, ist keine Freiheit möglich. Wer aus Furcht vor auswärtigen Feinden sich gegen die Auflösung der stehenden Heere sträubt, hat entweder keine Ahnung von der Kraft der Volksbewaffnung, oder er bedient sich derselben nur als eines Popanzes, um mit dessen Hülfe die Reaktion im schlagfertigen Zustande zu erhalten.

Die Umwandlung eines Söldnerheeres in ein Volksheer setzt die Ausscheidung aller unvolksthümlichen Individuen und Anordnungen und deren Ersetzung durch volksthümliche Männer und Einrichtungen voraus. Dadurch wird die Wehrkraft eines Landes nicht geschwächt, sondern verzehnfacht. Was die Söldnerheere an tüchtigen Bestandtheilen in sich

schließen, wird in das Volksheer aufgenommen. Die Umwandlung, welche nicht an einem Tage, sondern in den verschiedenen Provinzen nach und nach vor sich geht, läßt die alten Heeres-Abtheilungen immer so lange bestehen, bis diese von dem Volksheer absorbirt worden.

## § 72. Italien.

Metternich hatte Italien für einen geographischen Ausdruck erklärt. In gleichem Geiste brachen auch andere versteckte Feinde des Fortschritts der italienischen Nation den Stab und behaupteten, diese sei eines Aufschwungs unfähig. Nachdem die Freiheitsbewegungen des Jahres 1831*) im Blute vieler edler Männer erstickt worden waren, lagerte sich wieder der alte Despotismus auf der Halbinsel. An die Stelle Pius VIII., welcher am 30. November 1830 starb, wurde (2. Februar 1831) Gregor XVI. auf den päbstlichen Stuhl erhoben, welcher die Pest des Jahrhunderts genannt wurde und dessen mit Wuth gepaarte Beschränktheit viel dazu beitrug, die Mißstimmung des Kirchenstaates zu einem solchen Höhepunkte empor zu schrauben, daß sie durch keinerlei päbstliche Zugeständnisse später wieder besänftigt werden konnte. In demselben Geiste, wie Gregor XVI. im Kirchenstaate, herrschte Ferdinand II., welcher seinem Vater Franz (1830) auf dem Throne folgte, in Neapel und Sicilien. Beide Despoten trieben die Mißregierung auf den höchsten Punkt. Es erhellt dieses, was den Pabst betrifft, am bestimmtesten aus der Collectivnote vom 21. Mai 1831, welche die fünf Großmächte an den Pabst richteten und in welcher sie dringend Reformen in der Staatsverwaltung verlangten.

Während die Mißregierung des Pabstes und des Königs beider Sicilien, so wie die Fremd-Regierung Oesterreich's in der Lombardei, in Venedig, in Modena, Parma und Piacenza alle vaterländisch-gesinnten Italiener auf's Aeußerste erbitterte, konnte sich in Toscana und Piemont, so drückend auch dort die Regierung war, der Geist der Freiheit noch einigermaßen entwickeln. Leopold II., seit 1824 Großherzog von Toscana, fügte sich nicht vollständig unter die Herrschaft Metternich's und bemühte sich stets, einen gewissen Schein von Freisinnigkeit zu behaupten. Eine ähnliche Politik verfolgte Karl Albert, welcher (1831) den sardinischen Thron bestieg. Er hatte von Jugend auf Empfänglichkeit für freisinnige Bestrebungen, um so mehr, als er in früheren Jahren kaum hoffen konnte, zum Throne berufen zu werden. Im entscheidenden Augenblicke besaß er allerdings nicht Charakterfestigkeit genug, an der von ihm früher selbst gehegten Sache der Freiheit festzuhalten. Er ging in's feindliche Lager über und nahm später Theil an dem Feldzuge der Franzosen gegen die spanische Verfassung. Beides that er übrigens nur, weil er glaubte, auf diese Weise allein sich selbst die Thronfolge und seinem Vaterlande die Leiden einer von Oesterreich auferlegten Regierung zu ersparen.

Karl Albert hatte, als er auf den Thron berufen wurde, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Regierung des Landes befand sich fast ausschließlich in den Händen Oesterreich's und jesuitisch-gesinnter geistlicher, weltlicher und militärischer Beamten. Hätte übrigens Karl Albert etwas wärmere Freiheitsliebe und etwas mehr Selbstgefühl besessen, so hätte er nicht sechzehn Jahre lang die Oesterreicher und die Jesuiten in seinem Reiche schalten und nur unter deren Fittigen der Freiheit ein klein wenig Duldung angedeihen lassen. Karl Albert war nicht blos für seine Person einfach und sparsam, er bemühte sich auch, in die Staatsfinanzen Ordnung und Rechtlichkeit einzuführen. Besondere Aufmerksamkeit widmete er dem Heere. Er schaffte mancherlei Mißbräuche, namentlich auch

*) Siehe oben § 63. S. 651.

auf der Insel Sardinien, ab; allein vergeblich bemühen sich seine Anhänger, die Blutschuld zahlreicher, in seinem Namen geschehener und von ihm genehmigter Strafurtheile von ihm fernzuhalten. Zu Chambery, Alessandria und Genua ließ Karl Albert (1833) zahlreiche Hinrichtungen, und Verurtheilungen zu langjährigem Kerker, Verabschiedungen von Unteroffizieren und Offizieren vornehmen, während den Angeschuldigten kein anderes Verbrechen bewiesen werden konnte, als der Besitz und die Verbreitung verbotener Schriften.

Der Versuch, welchen Mazzini in Uebereinstimmung mit dem General Romarino (1834) machte, in Savoyen eine Volksbewegung hervorzurufen, blieb durchaus erfolglos. Die österreich-jesuitische Partei, welche in Sardinien herrschte, ergriff die ihr gebotene Gelegenheit mit Vergnügen, über ihre Gegner neue Verfolgungen zu verhängen. Bis zum 16. November 1835 blieben die Kriegsgerichte in Thätigkeit. Allmählig gewann jedoch der König eine richtigere Anschauung von dem Stande der Dinge. Er erließ (1842) eine Amnestie, in deren Folge zahlreiche politische Flüchtlinge zurückkehrten und für die Sache der Freiheit im Vaterlande thätig sein konnten. Er begünstigte die Gelehrten-Congresse, welche den Gedanken an die Einheit Italien's von Neuem kräftigten. Er milderte die Censur und machte es möglich, daß Männer wie Gioberti, d'Azeglio, Balbo, Durando und andere ihre Werke drucken lassen und verbreiten konnten. Als sich im Jahre 1846 mit Oesterreich ein Streit über Handelsverhältnisse entspann, trat er dem verhaßten Nachbar mit Kraft entgegen und als später Pius IX. die Bahn der Zugeständnisse eröffnete, folgte Karl Albert ihm bald schon nach.

Der Kirchenstaat hatte unter Gregor XVI. eine unerträgliche Leidenszeit. Der kräftigere Theil der Bevölkerung erhob sich sogar nach den Unglücksfällen des Jahres 1831 wiederholt in Aufständen, welche keine günstigen Erfolge haben konnten, da die in der benachbarten Lombardei befindlichen österreichischen Truppen stets bereit waren, Hand in Hand mit den päbstlichen Gurgelabschneidern, jede Regung der Freiheit im Blute ihrer edelsten Vorkämpfer zu ersticken.

In Toscana und Piemont konnte sich eine gemäßigte und bescheidene Fortschrittspartei nach und nach einige Bahn brechen, nicht so im Kirchenstaate, in Neapel und Sicilien und im österreichischen Italien. Die nothwendige Folge davon war, daß in Piemont und Toscana die gemäßigte Fortschrittspartei vorherrschenden Einfluß gewann, während im übrigen Italien, woselbst nur von einem Aufstande ein der Freiheit günstiger Umschwung erwartet werden konnte, trotz Kriegsgerichten, Censur und Polizei die revolutionäre Partei immer tiefere Wurzeln schlug.

Das junge Italien, dessen Bewegungen Mazzini leitete, führte einen unausgesetzten Krieg gegen die Despoten des Vaterlandes, welcher, wenn er auch zu keinem Siege führte, dennoch die Bevölkerung verhinderte, in Stumpfsinn zu versinken, die Hoffnung auf bessere Zeiten wach erhielt und den Tyrannen mitten in ihren Schlössern Angst und Schrecken einjagte.

Noch waren die Volksbewegungen der Romagna in ihren letzten Schwingungen kaum überwunden, als sich (1837) die sicilianischen Städte gegen den auf ihnen lastenden neapolitanischen Despotismus erhoben. Zu den Drangsalen des Bürgerkrieges traten die Verheerungen der Cholera und die Verfolgungen einer unversöhnlichen und grausamen Regierung hinzu. Bevor sich Italien von dem Schauder erholt hatte, welchen die Gräuelscenen Sicilien's hervorgerufen hatten, brachen in der Romagna neue Volksbewegungen aus (1843). Eine außerordentliche Militärcommission, welche in Bologna ihren Sitz nahm und durch Anwendung der Tortur Geständnisse zu erpressen suchte, hielt die Entrüstung des Volkes wach bis zum Jahre 1845.

Mittlerweile hatten die Gebrüder Bandiera, die Söhne des im öſterreichiſchen Dienſte ſtehenden Contre-Admirals gleichen Namens, den Verſuch gemacht, eine Volksbewegung im Neapolitaniſchen hervorzurufen. Durch ſchändlichen Verrath wurden ſie ihren Feinden in das geſpannte Netz geliefert und ungeachtet ſie noch gar nicht Zeit gehabt hatten, die Fahne des Aufſtandes zu entfalten, gefangen genommen und mit ſieben ihrer Gefährten (25. Juli 1844) zu Coſenza erſchoſſen. Das Mitgefühl für die beiden jungen Männer, welche eine glanzende Zukunft aufgegeben hatten, um für die Befreiung ihres Vaterlandes zu kämpfen, war allgemein und die Entrüſtung gegen die neapolitaniſche Regierung, welche ihre Luſt daran hatte, das Blut ihrer Gegner zu vergießen, ſtieg immer höher.

Im öſterreichiſchen Italien verhinderten die großen daſelbſt befindlichen Truppenmaſſen ähnliche Ausbrüche, wie ſie in den übrigen Theilen Italien's vorzukommen pflegten. Allein die Stimmung des Volkes that ſich auch dort deutlich genug kund, indem ſich die höheren Claſſen der Geſellſchaft aus dem habsburgiſchen Dienſte zurückzogen und allen geſellſchaftlichen Verkehr mit Oeſterreichern mieden, während die große Maſſe des Volkes auf den Straßen, in Kaffeehäuſern, im Theater und wo ſie ſonſt mit Oeſterreichern in Berührung kamen, dieſen ihren Haß deutlich, nicht ſelten vermittelſt des Dolches, zu erkennen gab.

Die gerechte Entrüſtung des italieniſchen Volkes gegen ihre Dränger erhielt nun Nahrung durch den ſcandalöſen Lebenswandel, welchen die öſterreichiſche Erzherzogin Maria Louiſe, die Wittwe Napoleon's, in Parma führte, und durch die wahrhaft ſinnloſe Wuth mit welcher der habsburgiſche Herzog von Modena jede Regung der Freiheit bekämpfte.

Es war für Italien ſchon ſehr hart, daß zwei ſeiner Herzogthümer (Parma und Piacenza) einer auswärtigen Prinzeſſin als Wittwenſitz dienen ſollten; durchaus unerträglich war es aber, daß dieſe Länder von der wollüſtigen Frau hinter einander drei Buhlen überlaſſen wurden, in deren Armen ſie das Andenken ihres Gatten entweihte.

In keinem Lande waren die Gegenſätze zwiſchen der Wirklichkeit und den Wünſchen des Volkes, zwiſchen der zur Schau getragenen Heiligkeit und den allgemein gefühlten und erkannten Laſtern der Machthaber ſo augenfällig, als in Italien. Alle Freunde der Freiheit empfanden den tiefſten Schmerz über die Herabwürdigung ihres Vaterlandes und ſahen kaum ein anderes Mittel, Italien frei und glücklich zu machen, als die Revolution.

Gerade als die Unzufriedenheit ihren Höhepunkt erreicht zu haben ſchien und der Ausbruch einer Revolution nahe bevor ſtand, ſtarb Gregor XVI. (14. Juni 1846). Die Cardinal Maſtai-Ferretti, welcher unter dem Namen Pius IX. an deſſen Stelle trat, begann ſeine Regierung mit Zugeſtändniſſen, deren Tragweite er ſelbſt nicht erkannte. Er ahnte nicht, daß eine Nation höhere Pflichten, als diejenige der Dankbarkeit für ihre Herrſcher haben könne und wähnte, dieſe in Anſpruch nehmen zu können, weil er dem Volke einige Milde zeigte. Daß ein Volk, zumal das römiſche, ſeinen Regenten gegenüber Rechte habe und dieſe geltend machen müſſe, ſobald ihm dazu ein Spielraum gelaſſen werde, wußte der Pabſt nicht und konnte es, nach ſeiner ganzen Vergangenheit, nicht begreifen.

Pius IX. erfüllte Rom, Italien und die ganze Chriſtenheit mit jubelnder Freude, als er den Opfern der Verfolgung ſeines Vorfahren Verzeihung ſchenkte, den politiſchen Flüchtlingen die Rückkehr in's Vaterland und den Gefangenen die Kerkerthüren öffnete. Er hob die verhaßten Militär-Commiſſionen in der Romagna auf, ſetzte einige beſonders verabſcheute Beamte ab, begnadigte mehrere ſ. g. Majeſtätsverbrecher, entfernte die drückendſten polizeilichen Beſchränkungen, verſprach den Beſuch der Gelehrten-Verſammlungen freizugeben und ſetzte eine Commiſſion zur Begutachtung der Eiſenbahn-Frage nieder.

Es lag in der Natur der Sache, daß durch dieſe Zugeſtändniſſe das Volk aus ſeinem langen Schlummer erweckt wurde, ſich mit ſeinen eigenen Angelegenheiten wieder zu

beschäftigen anfing und, da ihm noch lange nicht volle Gerechtigkeit wiederfahren war, neue Forderungen geltend machte. Noch immer lasteten die Folgen einer mehr als dreißigjährigen Mißregierung schwer auf dem Kirchenstaate. Die Theuerung, welche im Winter 1846 auf 1847 in fast ganz Europa herrschte, bereitete auch den Römern bittere Leiden und folgeweise Mißstimmung. Die Eingeweihten wußten wohl, daß die Zugeständnisse des Pabstes nicht ohne große Mühe demselben abgerungen worden waren und daß eine mächtige Partei mit Spannung des Augenblicks harrte, da die Regierung zu den Grundsätzen Gregor's XVI. zurückkehren würde. Am 15. Juli 1847 verbreitete sich plötzlich das Gerücht, ein großes reactionäres Complott stehe im Begriffe auszubrechen. Das Volk stand auf und vereinigte sich in zahlreichen Versammlungen. Die Bürgergarde trat unter die Waffen. Als Volksführer that sich in damaliger Zeit und so auch am 15. Juli Ciceruachio (Angelo Brunetti) besonders hervor. Im Angesichte einer solchen Volksbewegung hielt es die Reaction für klug, den von ihr beabsichtigten Staatsstreich auf günstigere Zeiten zu verschieben. Am 16. Juli erhielt der Gouverneur Grassellini seine Entlassung und den Befehl, binnen vierundzwanzig Stunden abzureisen. Da das Volk den Sieg gewonnen hatte, blieben die Fäden der Verschwörung, wie gewöhnlich in solchen Fällen, verborgen. Welches aber das Ziel der Reactionspartei damals schon gewesen war, zeigte sich deutlich in der Zeit von 1849 bis jetzt (1860).

Ohne Zweifel hatte das Haus Habsburg bei dieser Verschwörung die Hände im Spiele. Oesterreichische Truppen drangen aus der Citadelle von Ferrara hervor, durchstreiften (3. August) die Stadt und besetzten sie am 13. August. Der Zeitpunkt war aber damals für die österreichisch-jesuitischen Pläne nicht günstig. Die habsburgischen Truppen mußten im Herbste die Stadt Ferrara wieder räumen. Die Art und Weise, wie sich der Pabst dem Wiener Cabinette gegenüber benahm, erregte damals schon unter den tiefer blickenden Italienern große Mißstimmung.

Diese Vorgänge im Kirchenstaate brachten ganz Italien in Bewegung. In Toscana erließ der Großherzog (21. Juli) ein s. g. Motuproprio voll von schönen Versprechungen. Im September entließ der Großherzog die verhaßten Minister Pauer und Bologna. Der Herzog von Lucca dankte ab (7. October 1847). Sein Land fiel an Toscana, welches dagegen dem Herzoge eine ansehnliche Pension zahlen, an Parma Pontremoli und an Modena den Bezirk Fivizzano abtreten mußte.

Die Bewegungen, welche in Mittel-Italien friedlich und freundlich von statten gingen, nahmen in Neapel einen blutigen Charakter an; denn dort konnte das Volk nur hoffen, durch die Gewalt Zugeständnisse zu erwirken. Die Revolution brach zugleich diesseits und jenseits der Meerenge zu Reggio und Messina aus (im Sommer 1847). In Messina mißlang sie, doch in Reggio war sie eine Zeit lang siegreich, und als sie erdrückt wurde, verbreitete sie sich über Calabrien, woselbst sie sich mehrere Monate lang behauptete.

Karl Albert in Sardinien wollte es nicht auf ähnliche Kundgebungen ankommen lassen. Er ließ die Censoren anweisen, der Presse Oesterreich gegenüber einige Freiheit zu gewähren. Am 30. October 1847 versprach er, das öffentliche Verfahren in Strafsachen einzuführen. Zugleich hob er alle Privilegien in Betreff des Gerichtsstandes auf und begründete dadurch die Gleichheit Aller vor dem Gesetze.

In Parma und Modena gährte es gewaltig. Der Herzog von Modena erklärte (10. November 1847) dem Podesta von Carrara: „Ihr Herrn möget wissen, daß ich eine Reserve von 300,000 Mann jenseits des Po habe."

Der Herzogin von Parma, Marie Louise, wurde es unheimlich in Italien. Schon im Mai 1847 reiste sie mit ihrem damaligen Buhlen Bombelles nach Deutschland ab, wo

ſie am 17. December ſtarb. Den Beſtimmungen der Verträge zufolge beſtieg der Herzog von Lucca, Karl Ludwig von Bourbon, den Thron von Parma, trotz dem Widerſtreben der Bevölkerung. Dieſe wurde jetzt ſo wenig als im Jahre 1815 um ihren Willen befragt.

Während in der einen Hälfte Italien's ein Zugeſtändniß dem andern folgte, herrſchte in der andern die öſterreichiſch-jeſuitiſche Partei mit unverminderter Härte. Dieſer Gegenſatz der Regierungen machte die unglückliche Zerſplitterung Italien's allgemein fühlbar und trieb mit unvermeidlicher Naturnothwendigkeit die Fortſchrittspartei zu immer neuen Forderungen. Wenn dieſe auch kein menſchliches Gefühl für die Leiden ihrer Brüder unter öſterreichiſcher und neapolitaniſcher Herrſchaft gehabt, ſo hätte die klare Erkenntniß, daß keine Errungenſchaft geſichert ſei, ſo lange ſie von Oeſterreich und Neapel bekämpft werde, das Vertrauen in die Zukunft erſchüttern müſſen, um ſo mehr, als die drei Fürſten, welche auf die Bahn der Reform getreten waren, ſelbſt zu wohlbegründetem Verdachte Anlaß gaben. Karl Albert von Sardinien und Leopold von Toscana hatten ſo lange Zeit als unumſchränkte Fürſten geherrſcht, daß der Gedanke ſehr nahe lag, ſie hätten mehr dem Drange der äußeren Verhältniſſe, als ihres eigenen Herzens nachgegeben, indem ſie dem Beiſpiele Pius IX. folgten. Der Pabſt aber gab frühzeitig zu erkennen, daß er den Geiſt ſeiner Zeit nicht verſtehe. Im Herbſte des Jahres 1847 brach in der Schweiz der Bürgerkrieg wegen der Jeſuiten-Frage aus. Umſonſt hatte die Preſſe und die Bevölkerung Rom's den Pabſt beſchworen, ſich zu Gunſten der Schweiz und gegen die Jeſuiten auszuſprechen. Ein Wort von ihm hätte genügt, den Streit zu beendigen. Pius IX. ſprach es nicht, im Gegentheil gab er, als die Bevölkerung Rom's ihre Freude über die Niederlage der Jeſuiten ausdrückte, deutlich ſeine entgegengeſetzte Anſicht zu erkennen.

Schon damals ſahen, den Träumereien Gioberti's zum Trotze, alle tiefer Blickenden die Unvereinbarkeit der Stellung eines reformirenden Beherrſchers des Kirchenſtaats mit derjenigen des Hauptes der mittelalterlichen Kirche Rom's ein. Die Zugeſtändniſſe, welche Pius IX. auf weltlichem Gebiete gemacht hatte, führten zu neuen Forderungen in weltlichen und kirchlichen Dingen. Je übertriebener die Lobſprüche waren, welche dem Pabſte geſpendet wurden, deſto mehr nahmen die an ihn geſtellten Forderungen zu. Man verlangte Preßfreiheit, Emancipation der Israeliten, Bau von Eiſenbahnen, Verbeſſerung des öffentlichen Unterrichts und die Begründung eines italieniſchen Bundes von dem weltlichen Herrſcher, und Vertreibung der Jeſuiten von dem geiſtlichen Fürſten Rom's. Die Schriften Gioberti's trugen viel dazu bei, die Anſprüche des Volkes dem Pabſte gegenüber zu erhöhen. So ſteigerte ſich die Bewegung des italieniſchen Volkes von Monat zu Monat.

Neapel und Sicilien hatten bisher nur geringen Theil an der das übrige Italien durchziehenden Bewegung genommen. Im Monate November 1847 fanden aber in Neapel und in Palermo Kundgebungen ſtatt, welche bewieſen, daß dieſelbe Richtung auch dort herrſche. Sie waren ſo entſchieden, daß weder die Polizei, noch das Militär ſie zu verhindern vermochten. In Neapel war die Looſung: „es lebe der König, der Pabſt die Reformen, Italien!" In Palermo riefen die Maſſen: „es lebe der König und die Reformen!" Selbſt in der Lombardei und in Venedig fand das Volk Gelegenheit, ſeine Stimmung kund zu thun. Es beging (28. December 1846) mit großem Pompe eine Trauerfeier für den Tod des Cabonari-Chefs Federico Gonfalonieri, welchen die Oeſterreicher des Hochverraths ſchuldig erklärt hatten. Bei Gelegenheit der Eröffnung des Gelehrten-Congreſſes (15. September 1847) hielt der Fürſt Canino, der Sohn Lucian Bonaparte's, eine Rede, welche der öſterreichiſchen Regierung ſo wenig gefiel, daß ſie den Sprecher ſofort aus dem lombardiſch-venetianiſchen Gebiete wies. Der Senat von

Im Schooße der Central-Congregation trug Nazzari (9. December) darauf an, eine Commission zur Untersuchung der Gründe der Mißstimmung der Lombardei niederzusetzen. Das Volk ging um einen Schritt weiter, indem es den Beschluß faßte, künftighin weder Tabak zu rauchen, noch in die Lotterie zu setzen, um dadurch der Regierung eine jährliche Einnahme von sechs Millionen Lire zu entziehen.

Zu der ersten wahrhaft revolutionären That ermannte sich aber die Stadt Palermo, indem sie sich (12. Januar 1848) am Namensfeste des Königs in Waffen erhob, einen provisorischen Ausschuß erwählte, an dessen Spitze der Fürst Ruggiero Settimo stand und mit außerordentlicher Tapferkeit den königlichen Truppen entgegentrat. Der Kampf dauerte mit fast ununterbrochener Heftigkeit bis in die Nacht vom 29. auf 30. Januar. Anfangs betrug die Besatzung der Stadt nur etwa viertausend Mann. Schon am 15. Januar erhielt sie jedoch eine Verstärkung von fünftausend Mann Infanterie und zwei Regimentern Cavallerie. Die Palermitaner, welchen von allen Seiten Freischaaren zu Hülfe kamen, kämpften muthig, bis sich der General de Sauget zuerst aus der Stadt zurückzog und dann sich (31. Januar) mit den Ueberresten seiner Truppen nach Neapel einschiffte. Zugleich mit Palermo hatten sich alle übrigen Städte Sicilien's erhoben. Nur die Citadellen von Palermo, Messina und Syracus befanden sich Ende Januar's noch in der Gewalt des Königs.

Die Neapolitaner ergriffen den günstigen Augenblick, versammelten sich in Masse und verlangten Reformen. Langsam und mit Widerstreben gab der König nach. Am 19. und 24. Januar erschienen königliche Verordnungen, deren spärliche Zugeständnisse das Volk nicht befriedigten. Die Versammlungen des Volkes wurden immer zahlreicher und stürmischer. Endlich am 29. Januar erschien eine königliche Verordnung, welche dem Volke eine Constitution mit verantwortlichen Ministern, einer Nationalgarde und Preßfreiheit versprach. Jetzt erst legte sich die Aufregung des Volkes in Neapel. In Sicilien dauerte der Kampf noch immer fort. Messina wurde von der Citadelle aus in einen Trümmerhaufen verwandelt. Am 25. März trat zu Palermo das sicilische Parlament zusammen und erklärte den König Ferdinand II. und die ganze Familie der Bourbonen auf ewig der sicilischen Königswürde verlustig.

Auf Sardinien brach der Volksaufstand gegen die Jesuiten los, welche alle von der Insel vertrieben wurden.

In rascher Folge wurde der verhaßte Orden aus Piemont (3. März), aus der Romagna, aus Neapel, aus Rom, aus der Lombardei, Modena und Parma (22. März) verjagt.

Das Volk fügte den Söhnen Loyola's keine Mißhandlungen zu. Diese erholten sich daher schnell von ihrem Schrecken, und da der Pabst den Orden nicht aufhob, kehrte dieser bald in die meisten seiner früheren Sitze zurück. Bis dieses möglich war, arbeitete er mit allen seinen Kräften an dem Umsturze der neuen freiheitlichen Einrichtungen. Wo das Volk nicht auf bewaffneten Widerstand stieß, begnügte es sich aller Orten damit, seine Wünsche den Regenten vorzutragen. Die Bewegung nahm daher einen friedlichen Entwickelungsgang in Piemont und Toscana.

Am 8. Februar gab der König von Sardinien seinem Reiche eine Verfassung nach dem Muster der französischen des Jahres 1830. Die katholische Kirche wurde darin zwar zur Staatskirche erklärt, doch wurde allen Glaubensbekenntnissen Duldung zugesichert. Am 17. Februar folgte der Großherzog von Toscana dem Beispiele, welches ihm die Könige von Neapel und Sardinien gegeben hatten.

Alle diese Zugeständnisse hatten sich die Italiener errungen, bevor noch die Februar-

Revolution ausgebrochen war. Als die Nachricht von dieser nach Italien drang, stieg die Begeisterung des Volkes noch höher. Der Pabst gab dem Kirchenstaate (14. März 1848) gleichfalls eine Verfassung. Ganz Italien, mit Ausnahme desjenigen Theils, welcher unter dem Hause Habsburg stand, hatte entweder, wie Sicilien, das verhaßte Joch der Monarchie abgeworfen, oder Zugeständnisse von hoher freiheitlicher Bedeutung erlangt. In dem österreichischen Italien hielten die Machthaber an dem alten Despotismus fest. Während des ganzen Monats Januar fanden an verschiedenen Orten, zu Mailand, Lodi, Bergamo, Treviso, Como und Pavia, Kämpfe zwischen dem Volke und den österreichischen Soldaten statt. Die Nachricht von der Pariser Februar-Revolution vermehrte die herrschende Aufregung. Als aber die Lombarden Kenntniß von der Wiener Revolution des 13. März erhielten, begann der Kampf in Mailand (18. März). Am 19. wurde er schon allgemein in der ganzen Stadt. Er dauerte fort bis zum Morgen des 23. März. Das Volk hatte gesiegt. Radezki räumte die Hauptstadt der Lombardei und zog sich nach Verona zurück. Gleichzeitig mit Mailand erhoben sich alle übrigen Städte des österreichischen Italien's. Am 22. März räumte der Stadtcommandant Graf Zichy die Stadt Venedig, welche schon Tags darauf die venetianische Republik verkündigte. Manin und Tomaseo traten an deren Spitze. Gegen Ende des Monats März befanden sich nur noch die Festungen Peschiera, Mantua, Verona und Legnano im Besitze des habsburgischen Hauses.

Die Revolution hatte in ganz Italien gesiegt; doch nur in Sicilien und Venedig hatte sie mit dem bisherigen Despotismus vollständig gebrochen. In Neapel ließ sie, uneingedenk des Jahres 1821, den König Ferdinand II., in Rom, im Widerspruche mit allen Mahnungen der Geschichte, den Pabst, in Toscana einen Habsburger auf dem Thron.

Der gefährlichste Feind Italien's war, nächst dem Pabste, das Haus Oesterreich. Beide bedrohten die Freiheit um so mehr, als die Stützen ihrer Gewalt sich nicht blos innerhalb sondern auch außerhalb Italien's befanden.

Unter den Fürsten der appenninischen Halbinsel erklärte sich nur Karl Albert für die Unabhängigkeit Italien's. Auch er dachte dabei aber mehr an die Vergrößerung seiner Hausmacht, als an die Freiheit. Er wollte keinen Krieg auf Tod und Leben. Nur ein Theil der Nation schenkte ihm Vertrauen. Der Abfall des Jahres 1821 war noch nicht vergessen, noch weniger eine mehr als fünfzehnjährige unrühmliche Regierungszeit (von 1831 bis 1846).

Hätten die übrigen italienischen Fürsten dem Könige von Sardinien treu zur Seite gestanden, so wäre es in damaliger Zeit nicht schwer gewesen, die Habsburger aus Italien zu vertreiben. Allein der König von Neapel wußte es so einzurichten, daß er das von ihm gestellte Contingent abberief, bevor es an dem Kampfe hatte Theil nehmen können. Die Folge davon war, daß der römische General Durando, welcher auf die Neapolitaner gezählt hatte, durch den unerwarteten Rückzug derselben in eine sehr schwierige Stellung gerieth. Dem Pabste war der Krieg gegen Oesterreich ein Gräuel. Weit entfernt, denselben mit der ganzen Kraft seines Staates zu führen, ging sein Streben dahin, den Oesterreichern zum Siege zu verhelfen, ohne seine Stellung in Rom unhaltbar zu machen. Dasselbe galt mehr oder weniger von dem Großherzoge zu Toscana.

Die ganze Wucht des Krieges lastete daher auf Ober-Italien. Dort wurde aber die Kraft des Volkes durch den Zwiespalt zwischen Republikanern und Monarchisten gelähmt. In Venedig war die Fahne der Republik aufgezogen worden. Die Lombarden warfen sich dem Könige von Sardinien in die Arme. Karl Albert fürchtete sich vor den Schaaren

Er wußte, daß, im Falle diese siegten, sein Königreich nicht angetastet werden würde, während der Sieg der Republikaner das ganze monarchische Prinzip und folgeweise auch seine Krone bedrohen würde. Karl Albert führte daher den Krieg gegen Oesterreich außerordentlich lässig. Wochen lang stand das piemontesische Heer unbeweglich in seinen Verschanzungen zwischen Peschiera und Mantua. Zwar eroberte es Peschiera, allein unmittelbar darauf erlitten die Italiener eine Niederlage nach der andern. Am 16. Juni räumten die Römer die Stadt Vicenza und verpflichteten sich, drei Monate lang an dem Kampfe keinen Theil zu nehmen. Pius IX. erklärte unumwunden, er könne und wolle keinen Angriffskrieg gegen Oesterreich führen und habe nie seinen Truppen den Befehl gegeben, den Po zu überschreiten.

Verlassen von den übrigen Fürsten Italien's, hätte nur die höchste Begeisterung dem Könige von Sardinien den Sieg verschaffen können. Einer solchen war er selbst und folgeweise das italienische Volk unter seiner Führung unfähig. Karl Albert verlor die dreitägige, blutige Schlacht von Custozza (23. Juli), zog sich auf Mailand zurück und übergab (6. August) die Stadt durch Capitulation an die Oesterreicher. Ein kurz darauf (9. August) abgeschlossener Waffenstillstand überließ ihnen die Lombardei, Venedig und die Herzogthümer und stellte die Teinogrenze wieder her.

Mittlerweile war in Neapel ein vollständiger Umschwung eingetreten. Schon am 15. Mai, dem Tage, an welchem die Ständeversammlung eröffnet werden sollte, ließ der König durch seine Soldaten und die Lazaroni von Neapel die Anhänger der constitutionellen Monarchie niederwerfen. Zwar nahm er den Schein an, als wolle er die von ihm gegebene Verfassung fest halten, allein es war dieses nur ein dem Volke gespielter Betrug. Am 14. März 1849 löste Ferdinand die Kammern auf, von denen später nicht wieder die Rede war.

Nachdem die Revolution in Neapel besiegt war, konnte der König seine ganze Macht auf Sicilien werfen. Vergeblich war der Widerstand, welchen die Insel unter dem Oberbefehl Mieroslawski's den Neapolitanern entgegensetzte. Am 6. April 1849 erlag Messina. Am 15. Mai, dem Jahrestage des Blutbades von Neapel, zogen die Truppen Ferdinand's in Palermo ein und es begann jene schauderhafte Gewaltherrschaft, welche bis zum Tode des Königs (1859) und über denselben hinaus bis zum heutigen Tage fortdauerte.

So lange die Sicilianer noch für die Freiheit kämpften, konnte König Ferdinand auf dem Festlande Italien's das Gewicht seines Degens nicht in die Waagschale Oesterreich's und der Jesuiten werfen. Pius IX. verlor in Folge der von ihm zu Gunsten Oesterreich's abgegebenen Erklärung die letzten Reste seiner Volksthümlichkeit. Die Oesterreicher, der Zustimmung des Pabstes zum voraus versichert, rückten unter General Welden in Bologna ein, wurden aber (8. August) durch die Einwohner aus der Stadt getrieben. Der Sieg von Bologna erfüllte die Freiheitskämpfer mit neuen Hoffnungen. Die Stellung, welche die päbstliche Regierung den Oesterreichern gegenüber einnahm, rief die heftigste Erbitterung hervor. Pius IX. ernannte den frühern französischen Gesandten zu Rom, den Grafen Pelegrino Rossi, einen allgemein verhaßten Reactionär, zu seinem ersten Minister. Am 15. November, dem Tage der Eröffnung des neu gewählten Parlaments, fiel Rossi unter dem Dolche eines Feindes. Wer dieser war, ist bis auf den heutigen Tag nicht ermittelt worden. Die Ernennung Rossi's hatte zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gegeben. Sein plötzlicher Tod vermehrte dieselben und verbreitete allgemeine Bestürzung. Die Römer, welche in dem Blutbade von Neapel und in dem von Karl Albert abgeschlossenen Waffenstillstand schmählichen Verrath sahen, wollten ähnlichen Scenen

dadurch zuvorkommen, daß ſie den Pabſt zwangen, ſein reactionäres Miniſterium mit einem volksthümlichen zu verwechſeln. Der Pabſt gab der Gewalt nach (16. November), entfloh aber ſchon wenige Tage ſpäter (25. November) in Frauenkleidung im Geleite der Gräfin Spaur, der Gattin des baieriſchen Geſandten, aus Rom, begab ſich nach Gaëta, woſelbſt er die Handlungen der römiſchen Regierung für nichtig erklärte. Die römiſche Deputirtenkammer wandelte das päbſtliche Miniſterium in eine proviſoriſche Regierung um und berief (29. Dezember) eine conſtituirende Nationalverſammlung, welche in directer Wahl aus dem allgemeinen Stimmrechte hervor ging. Zweihundertfünfzigtauſend Bürger nahmen an dieſer Wahl Theil. Am 5. Februar 1849 trat die Nationalverſammlung in Rom zuſammen und faßte in der Sitzung vom 8. Februar mit 120 gegen 23 Stimmen den Beſchluß:

„Art. 1. Die weltliche Herrſchaft des Pabſtthums im römiſchen Staate iſt der That und dem Rechte nach gefallen.

Art. 2. Der römiſche Pontifex wird alle nöthigen Garantien der Unabhängigkeit in der Ausübung ſeiner geiſtlichen Gewalt erhalten.

Art. 3. Die Regierungsform des römiſchen Staates wird die reine Volksherrſchaft ſein und den glorreichen Namen der römiſchen Republik annehmen.

Art. 4. Die römiſche Republik wird mit dem übrigen Italien die Beziehung haben, welche die gemeinſame Nationalität erheiſcht.“

Während das römiſche Volk in ſeinen Vertretern mit ſeltener Einſtimmigkeit dieſe Beſchlüſſe faßte, leitete der Pabſt Unterhandlungen mit den Cabinetten von Spanien, Neapel, Frankreich und Oeſterreich ein, deren Zweck war, den in verfaſſungsmäßiger Weiſe ausgeſprochenen Volkswillen mit Gewalt zu beſeitigen.

Noch ſtand aber Venedig in Waffen. Die muthige Stadt unterwarf ſich nicht dem von Karl Albert abgeſchloſſenen Stillſtande. Karl Albert, beſchämt durch die Thatkraft der Venetianer und Römer, griff noch einmal zum Schwerte. Er kündigte den Waffenſtillſtand. Allein er ſelbſt hegte keine Hoffnung des Sieges und wußte daher auch dieſe ſeinem Heere nicht einzuflößen. Am 23. März 1849 kam es zur Schlacht bei Novara. Karl Albert verlor ſie, dankte ab und ſtarb bald darauf (28. Juli 1849) in Portugal, wohin er ſich zurückgezogen hatte. Sein Sohn Victor Emanuel ſchloß in der Nacht vom 23. auf den 24. März Waffenſtillſtand und vereinigte ſich ſogleich über die Grundlagen des Friedens, welcher am 6. Auguſt unterzeichnet wurde. So zog ſich auch Sardinien vom Kampfplatze zurück. Karl Albert hatte aber für die Unabhängigkeit Italien's den Kampf mit Oeſterreich zweimal gewagt. Er legte die Krone nieder, als er unterlegen war und ſein Sohn Victor Emanuel machte es nicht, wie alle deutſchen und alle übrigen italieniſchen Fürſten, vielmehr hielt er die von ſeinem Vater dem Volke gegebene Verfaſſung ungeſchmälert aufrecht. Die Römer ließen ſich auch durch die Nachricht von der Schlacht bei Novara nicht beugen. Sie ernannten Joſeph Mazzini, Saffi und Armellini zu Triumvirn mit dictatoriſcher Gewalt. Am 24. April erſchien eine franzöſiſche Flotte vor Civita Vechia, unter dem Befehle des Generals Oudinot. Dieſer ließ den Vertretern der römiſchen Republik erklären: „Die Regierung der franzöſiſchen Republik achte den Willen der Majorität der römiſchen Bevölkerung, ſie wolle ihr keine Regierung aufzwingen, die nicht mit ihrer Wahl übereinſtimme; die franzöſiſchen Soldaten werden als Freunde das römiſche Gebiet betreten, und einzig in der Abſicht den legitimen Einfluß Frankreich's in Italien aufrecht zu erhalten.“ Die Römer waren klug genug, dieſen Worten keinen Glauben zu ſchenken und es entſpann ſich demzufolge ein Kampf, welcher

fortgesetzt wurde. Während die Franzosen von der Seeseite her Rom bedrohten, rückten die Belagerten den vom Süden herandringenden Spaniern und Neapolitanern entgegen und trieben sie mit solchem Nachdruck auseinander, daß sie sich später nicht wieder im Felde zeigten (16. und 19. Mai). Unter vielen Helden, welche sich unsterblichen Ruhm erwarben, zeichnete sich besonders Garibaldi aus. Die Uebermacht siegte. Am 30. Juni erklärte die constituirende Versammlung Rom's, daß sie auf ihrem Posten verbleibend von einer Vertheidigung abstehe, welche unmöglich geworden sei. Am 3. Juli rückten die Franzosen in Rom ein. Pius IX. wagte sich erst im April 1850 zurück. Die Verfassung, welche er dem Lande gegeben hatte, wurde stillschweigend zur Seite geschoben. Die alten Zustände kehrten unter dem Schutze französischer Bajonette wieder.

Venedig behauptete sich noch bis zum 23. August. In Toscana wurde die Reaction in ähnlicher Weise, wie im Kirchenstaate herbeigeführt. Leopold II. verließ Florenz am 1. Februar 1849. Das Volk erklärte (am 15. Februar) die Republik. Am 12. April brachte die Reaction einen Umschwung zu Stande. Von Gaëta aus ernannte der Großherzog am 1. Mai 1849 einen außerordentlichen Commissär. Am 11. März erzwangen sich die Oesterreicher den Eintritt in Livorno. Am 25. März rückten sie in Florenz ein und öffneten dadurch dem Großherzog die Thore der Residenzstadt, welche er im Bewußtsein, die Mehrheit des Volkes wider sich zu haben, verlassen hatte.

Seit dieser Zeit ruhte auf Italien, wie auf Deutschland wieder ein schweres Joch, welches sich von demjenigen der früheren Zeit nur durch die ruhmvollen Erinnerungen an die Jahre 1848 und 1849 und dadurch unterschied, daß der König von Sardinien seinem Volke eine gewisse Freiheit ließ und die Hoffnungen einer nationalen Wiedergeburt nährte. Im Jahre 1859 kam es zwischen ihm und dem Kaiser von Oesterreich unter Beihülfe der Franzosen zum Kriege. Ohne Anwendung von Waffengewalt wurden der Großherzog von Toscana, der Herzog von Modena und die Herzogin von Parma verjagt oder veranlaßt, sich zu entfernen. Die Romagna erhob sich gegen den Pabst. Der Kaiser von Oesterreich trat im Frieden von Villafranca die Lombardei ab, welche Victor Emanuel mit Sardinien vereinigte. Noch ist über das Schicksal Mittelitalien's kein endlicher Beschluß gefaßt. Die ganze Halbinsel ist in großer Aufregung. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so stehen Italien gewaltige Bewegungen bevor.

Der Februar-Revolution des Jahres 1848 gingen seit dem Juli 1846, also mehr als anderthalb Jahre lange in Italien Volksbewegungen von erschütternder Bedeutsamkeit voran. Allerdings verbreitete sich die Revolution erst in Folge der Pariser Februarkämpfe über ganz Europa. Allein die vorhergegangenen Volksbewegungen Italien's hatten nicht wenig dazu beigetragen, den revolutionären Geist der Franzosen zu entflammen und die übrigen Völker Europa's für die Revolution empfänglich zu machen.

Nach zehn Jahren einer mit stillem Murren ertragenen Gewaltherrschaft, war es wiederum Italien, welches (1859) zuerst den Kampf mit der Tyrannei begann. Allerdings hatte dieser einen ganz andern Charakter, als derjenige des Jahres 1846 und 1847; allein, wenn nicht alle Anzeichen trügen, stimmt er mit demselben darin überein, daß er der Vorläufer größerer Bewegungen ist.

Der Zustand, in welchem sich Italien dermalen (im Anfange des Jahres 1860) befindet, ist durchaus unhaltbar, und die Bewegung des italienischen Volkes ist zu groß, als daß dieselbe auf die Dauer könnte besiegt und in das alte Geleise stumpfsinniger Unterwürfigkeit zurückgeleitet werden.

Kein menschliches Auge kann den Schleier der Zukunft durchdringen. Allein da diese nichts anderes ist, als die Frucht, welche auf dem Boden der Vergangenheit, nach den

ewigen Gesetzen der Weltordnung wächst, so läßt sich doch mit Sicherheit behaupten, daß die Niederlage, welche das Haus Oesterreich (1859) in Italien erlitten hat, eine neue Epoche in der Geschichte Italien's begründen muß. Eine Nation, welche so heldenmüthig kämpfte, wie die italienische (1848) zu Mailand und in Sicilien und (1849) zu Rom und in Venedig, kann in ihrem zeitgemäßen Streben für Nationalität und Freiheit wohl vorübergehende Niederlagen erleiden, sie ist aber des endlichen Sieges gewiß.

## § 73. Die Schweiz, die Niederlande und Scandinavien.

Die Bewegungen der Jahre 1830 und 1848, welche, von Frankreich ausgehend, Deutschland und Italien so gewaltig durchzuckten, mußten nothwendig auch auf die von den genannten drei Ländern umgebene Schweiz einige Rückwirkung ausüben. In dieser Republik gab es zwar keinen Thron zu stürzen, auch kein stehendes Heer von Soldaten und Beamten zu bekämpfen; streng genommen gab es daselbst auch nicht einen Adel, wohl aber ein Patriziat und ein Pfaffenthum, welche in ihrer Verbindung dem Fortschritte der Zeit entgegen arbeiteten. Besonders verderblich wirkte das katholische Pfaffenthum, welches mehr und mehr unter die Herrschaft der Jesuiten fiel. Doch auch die protestantischen Prediger stemmten sich nach Kräften dem rollenden Rade der Zeit entgegen, wie dieses namentlich der Straußen-Unfug des Jahres 1839 bekundete.

Das Patriziat der Schweiz bestand aus den alten Familien, welche zum Theil seit Jahrhunderten gewöhnt waren, die einflußreichsten und einträglichsten Aemter unter sich zu theilen und dabei theils durch Gesetze, theils durch das Herkommen, theils endlich durch gegenseitige Förderung ihrer Interessen unterstützt wurden. Diese Patrizier pflegten sich durch reiche Emporkömmlinge zu verstärken. Inniger, als in irgend einem andern Lande, war in der Schweiz der Geldsack mit den bevorzugten Geschlechtern verbunden.

Die an und für sich nicht unbeträchtliche Macht des vereinigten Pfaffenthums und Patriziates besaß einen mächtigen Rückhalt an den Cabinetten des europäischen Festlandes, namentlich denjenigen von Rußland, Frankreich, Oesterreich und Preußen.

Die eifrige Zusammenwirkung zwischen Patriziern, Pfaffen und den auswärtigen Mächten wurde aber durch den Gegensatz zwischen Protestantismus und Katholicismus gestört. Der Haß der Jesuiten gegen den Protestantismus war noch größer, als ihre Abneigung gegen die Volksherrschaft. Katholische Bürger und Bauern, wenn diese auch noch so demokratisch gesinnt waren, verstanden die Jesuiten, den Umständen nach, zu lenken und zu leiten. Mit Protestanten, auch der reactionärsten Gesinnung, waren alle Beziehungen schwieriger. Sie konnten nicht direct gepflogen werden. Die Vermittler, welche zwischen den katholischen Pfaffen und dem protestantischen Volke unterhandelten, waren selten zuverlässig. Dazu kam, daß die Uebergriffe der Jesuiten schon bald in der Schweiz einen Höhegrad erreichten, welcher sogar die reactionärsten Protestanten in's feindliche Lager trieb.

Die Juli-Revolution von 1830 hauchte in der Schweiz, wie in allen übrigen Ländern Europa's der Fortschrittspartei neue Kraft und frischen Muth ein. Am 6. Dezember 1830 rückten die Bauern der s. g. Freiämter an der Reuß nach Aarau und zwangen das dortige Patriziat, ihnen ihre gerechten Forderungen zu bewilligen. Im Januar 1831 mußten sich die Berner Aristokraten fügen. Im kleinen Cantone Schwyz kam es zu Streitigkeiten, welche zu einer Trennung von Inner-Schwyz und den äußeren Bezirken führten, jedoch unter eidgenössischer Hülfe mit Wiedervereinigung und einer neuen Ver-

Theilung in zwei Halb-Cantone durch. In Glarus kam (1836) die Verfassungsreform in friedlicher Weise zu Stande.

Die Reactionspartei, welche fürchtete, mehr und mehr an Boden zu verlieren, und in den Cantonen Uri, Schwyz, Unterwalden, Neuenburg und Baselstadt das Uebergewicht besaß, vereinigte sich (November 1832) zu dem Sarner Sonderbunde und erklärte, daß sie die Tagsatzung nicht mehr beschicken werde, falls man die Abgeordneten von Baselland zulasse. Die Tagsatzung löste jedoch den Sonderbund sofort auf und zwang die widerspenstigen Cantone zum Gehorsam. Dieser erste Sonderbund, in welchem neben den drei katholischen Urkantonen die zwei protestantischen Neuenburg und Basel standen, bewies, daß damals das politische Element in der Schweiz noch überwiegend war. Die Jesuiten hatten sich in den schönen Alpenthälern noch nicht festgesetzt und die Bewegung der Geister, welche in zwei Drittheilen der Schweiz eine mehr oder weniger durchgreifende Verfassungsreform verlangte, war damals noch mächtig genug, die Obscurantenpartei aus dem Felde zu schlagen.

Vergebens drangen aber die einsichtigen Freunde des Vaterlandes auf eine Reform der Bundesverfassung. Im Schooße der Tagsatzung entschied nicht die Zahl der Landesbevölkerung, sondern der Kantone. Der kleinste von diesen hatte eine eben so gewichtige Stimme, als der größte. In solcher Weise war es einer kleinen Minderheit der Schweizer möglich, der überwiegenden Mehrheit Gesetze vorzuschreiben oder wenigstens jede zeitgemäße Umänderung der Bundesverfassung zu verhindern.

Mit dem Auslande lebte die Schweiz in ungestörtem Frieden. Im Gefühle ihrer Schwäche gab sie nicht selten ihren übermächtigen Nachbarn mehr nach, als zu wünschen gewesen wäre; wenn aber der Uebermuth der fremden Cabinette alles Maß überschritt, so raffte sie sich auf und zeigte dem Gegner eine feste Stirn, so namentlich im Jahre 1838, als Ludwig Philipp von der Schweiz die Ausweisung Ludwig Bonaparte's verlangte, welcher (1832) das Bürgerrecht in Thurgau erhalten hatte. Dem Streite, welcher sehr ernst zu werden drohte, machte Bonaparte dadurch ein Ende, daß er die Schweiz verließ.

Kaum hatte sich die durch die Juli-Revolution hervorgerufene Bewegung der Geister etwas beruhigt, so suchte die reactionäre Partei sich durch Herbeiziehung der Jesuiten zu verstärken. In den protestantischen Cantonen stellten sich die protestantischen Pfaffen an die Spitze der Reaction. Die Berufung des Dr. Strauß auf die Universität Zürich gab ihnen dazu einen erwünschten Vorwand. Es gelang ihnen, die unwissenden Bauern vollständig zu fanatisiren und die Regierung dieses Canton's mit deren Hülfe zu stürzen. So wenig die europäischen Cabinette sonst Freunde von Revolutionen waren, so gefiel ihnen doch diese außerordentlich wohl. Da dieselbe gelungen war, wurde die Reactionspartei zu einer Reihe ähnlicher Bewegungen ermuthigt, welche übrigens weit mehr den Charakter künstlich vorbereiteter Verschwörungen, als eines selbständigen Aufschwunges des Volkes an sich trugen. In Tessin (1839), im Aargau (1840 und 1841), in Wallis (1840 und 1844), in Genf (1842 und 1843), in Luzern (1844 und 1845), in Waadt (1845) fanden Kämpfe statt, welche größtentheils von den Pfaffen angezettelt wurden und deren Macht außerordentlich vermehrten. Von Jahr zu Jahr wurden die von den Jesuiten gesponnenen Ränke unerträglicher. Die Gefahr, daß die Schweiz durch dieselben dauernd in zwei feindliche Hälften gespalten werden möchte, wuchs in gleichem Maße.

Luzern wurde nach und nach durch die Jesuiten so sehr fanatisirt, daß sich daselbst kein Einwohner mehr behaupten konnte, der sich den Söhnen Loyola's nicht blindlings unterwarf. Die Zahl der Luzerner, welche sich durch die Flucht der Herrschaft der Jesuiten entzogen, nahm immer zu. Die Forderung des Volkes, die Jesuiten aus der

Schweiz zu weiſen, wurde immer lauter und allgemeiner. Doch die Tagſatzung, welche die Bevölkerung nur in ſehr mangelhafter Weiſe repräſentirte, griff nicht ein, wie es ihre Pflicht war. Angetrieben durch die zahlreichen, von der Reactionspartei veranlaßten Auf-läufe und Tumulte, verſuchte es die Fortſchrittspartei, die Regierung von Luzern zu ſtürzen. Ende März 1845 rückten etwa viertauſend Luzerner und Freiſchaaren aus Aargau, Baſel-land, Solothurn und Bern unter Ochſenbein's Führung gegen Luzern. Sie wurden aber zurückgeſchlagen. Die furchtbare Härte, mit welcher die Jeſuiten und Jeſuitenknechte ihre zahlreichen Gefangenen behandelten, vermehrte die Erbitterung gegen die Jeſuiten. Es galt, diejenigen Regierungen, welche im Widerſpruche mit den Wünſchen ihrer Vollmacht-geber der Jeſuitenpartei dienten, zu ſtürzen. Schon vor dem Ochſenbein'ſchen Freiſchaaren-zuge zwang die Bevölkerung von Waadt ihren reactionären Staatsrath, abzutreten, ernannte eine proviſoriſche Regierung, revidirte die Verfaſſung und brachte dadurch eine andere Inſtruction in der Jeſuitenſache zu Stande. In Bern kam (31. Juni 1846) gleichfalls ein Umſchwung in derſelben Richtung zu Stande. Im Oktober 1846 wurde hauptſächlich durch die Bemühungen des hochherzigen Galeer, die reactionäre Regierung von Genf geſtürzt. So kam es, daß die Fortſchrittspartei endlich die Mehrheit auf der Tagſatzung erhielt.

Mittlerweile hatten jedoch Luzern, Freiburg, Zug, die Urkantone und Wallis einen Sonderbund geſchloſſen (1845). Dieſer wurde (20. Juli 1847) mit zwölf ganzen und zwei halben Stimmen von der Tagſatzung für aufgelöſt erklärt. Die unter dem Einfluſſe der Jeſuiten ſtehenden Cantone fügten ſich nicht. Frankreich, Oeſterreich und Preußen beſtärkten ſie in ihrem Widerſtande. Doch die Fortſchrittspartei, unterſtützt durch die Rathſchläge des engliſchen Cabinettes, ſchritt ſo raſch ein, daß Freiburg und Luzern genom-men und die Jeſuiten vertrieben waren, bevor ihnen bedeutende Hülfe vom Auslande her zugekommen war. Auch nachher ſuchten die genannten drei Cabinette der Schweiz Schwierigkeiten zu bereiten. Doch die Februar-Revolution machte dieſen unbefugten Einmiſchungen ein ſchnelles Ende. Jetzt kam auch die ſo lange und ſehnlichſt gewünſchte Reviſion der Bundesverfaſſung zu Stande (27. Juni 1848). Der Canton Neuenburg ſagte ſich im Frühjahre 1848 von Preußen los. Vergebens ſuchte das Haus Hohenzollern den Canton wieder zu unterwerfen.

Während der Revolutionsjahre 1848 und 1849 hatte die Schweiz viel von den gegen die politiſchen Flüchtlinge gerichteten Zumuthungen der benachbarten Cabinette zu leiden. Sie gab denſelben mehr nach, als ſie im Bewußtſein ihrer Selbſtherrlichkeit hätte thun ſollen. Allein ſie kam doch über jene bewegte Zeit mit geringeren Opfern, als irgend ein Land Mittel-Europa's, hinweg. Mehr als einmal wurde ſie von Oeſterreich, Preußen und Frankreich mit Krieg bedroht. Allein trotz der großen Zahl der Soldaten der Fürſten dieſer Länder kam es nicht zum Kampfe. Die Schweiz hatte im Sonderbundskriege zweimal hunderttauſend Mann auf die Beine gebracht. Die Zeiten der Jeſuitenherrſchaft waren vorüber. Die Schweiz hatte um ſo weniger Grund, ſich vor irgend einer fürſtlichen Macht zu fürchten, als republikaniſche Geſinnungen, welche ſo lange Zeit nur in den Alpenthälern gehegt worden waren, mehr und mehr in ganz Europa Wurzel ſchlugen. Kein Staat der alten Welt ruht auf einer feſteren Grundlage, als die Schweiz. Vor-ausſichtlich wird ſie noch blühen, wenn alle ſie umringenden Monarchien längſt zerfallen ſein werden.

Während in der Schweiz die Früchte republikaniſcher Freiheit, wenn auch unter man-chen Dornen, reiften, laſteten auf den einſt ſo mächtigen Niederlanden das Joch der Monarchie centnerſchwer. Nachdem die Territorial-Ausgleichung mit Belgien zu

Stande gekommen war, mußten die Finanzen Nord- und Süd-Niederland's auseinandergesetzt werden. Der Krieg hatte unermeßliche Summen verschlungen, welche dem Lande hätten erspart werden können, falls Wilhelm I. zur rechten Zeit hätte nachgeben wollen. Die Mißstimmung des Volkes war groß und erhielt durch die Handlungsweise des Königs immer neue Nahrung. Die Holländer schrieben den Umtrieben der katholischen Partei Belgien's alle die Unglücksfälle zu, unter welchen sie seit dem Jahre 1830 so bitter zu leiden hatten. Sie betrachteten es daher als eine bittere Kränkung, daß der König der katholischen und belgischen Gräfin Henriette d'Oultremont seine ganze Zuneigung schenkte. Wilhelm I. sah sich veranlaßt (7. October 1840), die Krone seinem ältesten Sohne Wilhelm II. abzutreten. Er selbst zog sich mit einem unermeßlichen Vermögen, welches er aus dem Lande gepreßt hatte, unter dem Titel eines Grafen von Nassau in den Privatstand zurück, ehelichte die anstößige Gräfin, vermachte ihr einen großen Theil seines Vermögens und starb (12. December 1843).

Wilhelm II. hatte durch sein zweideutiges Benehmen als Kronprinz das holländische Volk tief gekränkt. Dessenungeachtet ging das Revolutionsjahr 1848 ohne heftige Stürme am Lande vorüber. Eine constituirende Versammlung, welche auf sehr wenig freisinnigen Grundlagen (18. September 1848) zusammentrat, führte zwar (3. November 1848) zu einem neuen Staatsgrundgesetze und in dessen Folge zu einem neuen Ministerium, ohne jedoch das Land wesentlich zu fördern. Wilhelm II. starb (17. März 1849). Sein Nachfolger, Wilhelm III., welcher eben so wenig beliebt war, als Vater und Großvater, mußte das Ministerium seines Vaters entlassen und Thorbecke an die Spitze der Verwaltung setzen (30. October 1849), um die immer zunehmende Mißstimmung zu beschwichtigen. Da dieses aber den päbstlichen Anmaßungen nicht mit dem erforderlichen Nachdruck entgegentrat, mußte es (1853) abtreten.

Ohne Stimme im Rathe der Nationen, ohne höheres geistiges Streben, ausgebeutet und ausgesogen von seinen Königen und dessen Günstlingen, können die Niederländer nur aus ihrer großen republikanischen Vergangenheit Trost und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft schöpfen.

Belgien besaß an Leopold I. einen verfassungsmäßigen König, welcher, obgleich Protestant von Geburt, doch dem katholischen Pfaffenthume so großen Spielraum ließ, daß dieses ihm niemals mit Bitterkeit entgegentrat. An den Kämpfen, welche in Belgien geführt wurden, nahm Leopold nur geringen Antheil. Hatte die Pfaffenpartei die Mehrheit in den Kammern, so wählte der König aus ihr sein Ministerium. Gelangte die Fortschrittspartei zum Uebergewichte, so vertraute Leopold dieser die Verwaltung an. Zum Glück für ihn befand sich gerade der freisinnige Rogier an der Spitze der Geschäfte, als die Februar-Revolution ausbrach. Der Versuch, welchen ein belgischer Abenteurer, Namens Gregoire in Verbindung mit einigen französischen Republikanern (25. März 1848) machte, Belgien zu revolutioniren, scheiterte vollständig, theils weil die Belgier keine Neigung hatten, sich Frankreich in die Arme zu werfen, theils weil sie mit dem Ministerium Rogier leidlich zufrieden waren.

Die Rolle, welche Belgien, gleich allen übrigen Mittel-Staaten Europa's, auf der Weltbühne spielt, ist eine sehr traurige. In den großen Angelegenheiten der Menschheit hat es keine Stimme. Zur Hebung seines Handels, seiner Schifffahrt und seiner Fabriken fehlt es ihm an ausreichenden Mitteln. Die persönlichen Ansichten Leopold's fallen schwerer in das Gewicht, als die Bedürfnisse des Volkes. Zu schwach, sich dem Einflusse seiner mächtigen Nachbarn im Osten und Westen zu entziehen, ohne zuverlässige Verbündete, ist Belgien allen Stürmen preisgegeben, welche von französischer, preußischer oder

holländischer Seite heranbrausen mögen. Eine Achtung gebietende innere Organisation und ein auf Gleichberechtigung ruhendes Verhältniß zum Auslande kann Belgien erst erwarten, wenn die fünf Großmächte Europa's aufgehört haben werden, die Vormünder der Menschheit zu sein und an die Stelle monarchischer Ungleichheit republikanische Gleichberechtigung getreten sein wird.

Erst dann kann auch jenes Scandinavien, welches einst eine so große Rolle auf der Weltbühne spielte, sich wieder vereinigen, sich aus falschen Verhältnissen befreien und neue Lebenskraft gewinnen.

Schweden setzte während der Jahre 1830 bis 1848 den Verknöcherungsprozeß fort, in welchem es seit dem Jahre 1815 befangen war, und Dänemark mühte sich vergebens ab, den kleinen Tyrannen gegen die mit ihm unter derselben Regierung verbundenen Herzogthümer Schleswig und Holstein zu spielen. Nicht durch Krieg gegen Deutschland, sondern durch freundliche Verständigung mit der großen Mutternation und innigen Anschluß an die beiden übrigen scandinavischen Völker, die Schweden und Norwegen, kann Dänemark die trübselige Lage, in der es sich befindet, verbessern. Bereits oben (§ 70) haben wir die Beziehungen Dänemark's zu Schleswig-Holstein geschildert. Es bleibt uns daher jetzt nur noch, die inneren Zustände des Reiches zu besprechen.

Die Juli-Revolution wirkte auf Dänemark schwächer, als auf die meisten übrigen Staaten Europa's. Das Land hatte sich von den schweren Schlägen der napoleonischen Periode noch nicht erholt. Doch allmälig fing es in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre an, aus dem Schlummer zu erwachen, in welchem es seit zwei Jahrzehnten gefangen lag. Scandinavische Bestrebungen waren die ersten, welche das Erwachen des Volkslebens in Dänemark kund thaten. Der Besuch, welchen die schwedischen Studenten (Frühjahr 1842) zu Kopenhagen und welchen die Studenten von Kopenhagen und Christiania den Hochschulen zu Stockholm und Upsala abstatteten, hielt den Gedanken der Wiedervereinigung der zersplitterten Theile Scandinavien's rege. Den Höhepunkt dieser Richtung bezeichnet der Besuch, welchen die schwedischen und norwegischen Studenten (1845) in Kopenhagen machten. Schon bald concentrirte sich aber die ganze Nationalkraft Dänemark's auf den Streit mit den deutschen Herzogthümern. An die Stelle der begeisterten Liebe, welche sich im Wechselverhältnisse zwischen Dänemark, Schweden und Norwegen kund gegeben hatte, trat Haß und Zwietracht.

Friedrich VI. starb den 3. December 1839. Sein Nachfolger Christian VIII., ein Mann von hoher Bildung, allein von zu geringer Selbstständigkeit des Charakters, warf den Eris-Apfel durch seinen „offenen Brief" mitten zwischen Dänemark und die deutschen Herzogthümer. Umgeben von Dänen, auf dänischem Boden wohnend, vermochte er nicht, den deutschen Herzogthümern gerecht zu werden, oder eine versöhnende Stellung zwischen den beiden Landestheilen, die er beherrschte, einzunehmen. Er starb am 20. Januar 1848. Kurz darauf brach die Februar-Revolution aus. Friedrich VII. war noch weniger geeignet, als sein Vater, den Frieden in seinen Landen aufrecht zu erhalten.

Die Dänen, welche so lange das Joch einer unumschränkten Monarchie ruhig getragen hatten, erhoben sich (März 1848) gleich den meisten anderen Völkern Europa's und bewirkten, daß ihr König (4. April 1848) die Provinzialstände der Inselstifte auf den 26. April nach Röskielde berief, um über die Bildung einer Reichsversammlung und Herstellung eines Wahlgesetzes zu berathen.

Am 23. October 1848 trat die constituirende Versammlung Dänemark's zusammen und berieth eine Verfassung, welche der König (5. Juni 1849) bestätigte. Ein Reichstag, bestehend aus zwei Kammern und die sonst gewöhnlichen Bestimmungen finden sich

auch in dieser Verfassung wieder. Der Krieg gegen Schleswig-Holstein erschöpfte die ganze Nationalkraft Dänemark's und brachte das unglückliche Land in eine peinliche Abhängigkeit von Rußland. Die Verhandlungen des Reichstags konnten unter diesen Umständen kein allgemeines Interesse erwecken. Trotz der neuen Verfassung blieb in Dänemark Alles so ziemlich beim Alten, nur daß der Haß gegen Deutschland und insbesondere Schleswig-Holstein durch dieselbe neue Nahrung erhielt.

Ohne alle Rücksicht auf die verfassungsmäßigen Rechte Schleswig-Holstein's bewirkte Friedrich VII. (am 17. Juli 1851) die Unterzeichnung einer Urkunde, durch welche der Prinz Friedrich von Hessen als muthmaßlicher Thronfolger und die übrigen in der Hauptstadt anwesenden Mitglieder der königlichen Familie ihre Rechte auf den dänischen Thron dem Prinzen Christian von Glücksburg und dessen erbberechtigten Nachkommen abtraten. Am 8. Mai 1852 erkannten die auf der Londoner Conferenz versammelten Großmächte diese Verabredung an.

Wenn es sich nur um die Nachfolge in Dänemark gehandelt hätte, so wäre dagegen nichts einzuwenden gewesen. Allein ein Protokoll vom 2. August 1850, welches die Gesandten Frankreich's, Rußland's, Oesterreich's, Schweden's und Dänemark's unterzeichneten und welchem Preußen (8. Mai 1852) beitrat, hatte die Integrität der dänischen Monarchie und den Wunsch ausgesprochen, in Uebereinstimmung mit derselben die Erbfolge-Angelegenheit geregelt zu sehen.

Das Protokoll vom 2. August 1850 und die Familien-Urkunde vom 17. Juli 1851 stehen aber in schneidendem Widerspruche mit den verfassungsmäßigen Rechten Schleswig-Holstein's und den Erbrechten der Herzoge von Holstein-Augustenburg. Dänemark und die deutschen Herzogthümer gehen daher für den Fall des Todes des dermaligen Königs einem zweiten Kriege entgegen, welcher durch das Protokoll vom Jahre 1850 eben so wenig, als durch die Urkunde vom Jahre 1851 verhindert werden wird. Die Schleswig-Holsteiner haben durch die Vorgänge der Jahre 1848 bis 1850 etwas gelernt. Sie sind zu der Erkenntniß gelangt, daß sie von Fürsten kein Heil zu erwarten haben, und daß sie sich selbst helfen müssen, wenn sie nicht dauernd das unerträgliche Joch Dänemark's tragen wollen. Das Zeichen zur Erhebung des Volkes wird der Tod Friedrich's VII. geben.

Das Leben dieses Monarchen ist daher für die Ruhe Europa's von hoher Wichtigkeit. Er zählt dermalen (1860) zweiundfünfzig Jahre. Das Verhältniß in welchem derselbe seit langer Zeit zu Fräulein Rasmussen, der späteren Gräfin Danner steht, hat wiederholt große Mißstimmung im Lande hervorgerufen. Mit der Tochter Friedrich's VI. von Dänemark, welche Prinz Friedrich am 1. November 1828 ehelichte, lebte er nur kurze Zeit, eben so mit der Prinzessin Karoline von Mecklenburg-Strelitz, welche er (1841) heirathete. Beide Ehen wurden bei Lebzeiten der Eheleute aufgelöst. Im Jahre 1850 schloß Friedrich VII. mit der Gräfin Danner eine morganatische Ehe, an welcher allgemein großer Anstoß genommen wurde. Die Aristokraten werfen der Gräfin vor, daß sie früher Putzmacherin gewesen sei. Mit besserem Grunde beklagen sich die Freunde des Vaterlandes darüber, daß sie dem Lande viel Geld koste und sich zuviel in Staatsangelegenheiten mische.

Die steife Hof-Etikette mit ihren Mißheirathen, Ceremonien und anderen unnatürlichen Einrichtungen fängt an, auch den Königen lästig zu werden. In früheren Zeiten setzten sie sich über den ihnen auferlegten Zwang zur Eingehung standesmäßiger Ehen dadurch hinweg, daß sie sich Maitressen hielten. In unseren Tagen zunehmender Oeffentlichkeit und Sittlichkeit hat dieses aber für einen König große Uebelstände in seinem Gefolge. Ein sittliches Leben in der Ehe setzt Freiheit der Wahl voraus. Eine solche ist in Monarchien nicht möglich. Wollen daher die Völker einen Mann von reinen Sitten

an der Spitze des Staates sehen, so mögen sie die Monarchien abschaffen. So lange es standesmäßige Ehen und Mißheirathen giebt, werden in deren Folge sich auch immer Gräfinnen Danner, Reichenbach, Langenstein und andere Aehnliche einstellen.

Von allen Staaten Europa's blieb wohl keiner im Laufe der Jahrzehnte so unverändert bestehen, als Schweden seit dem Jahre 1815. In den übrigen constitutionellen Staaten hat der König gewöhnlich nur eine Kammer, hinter welche er sich verstecken kann, falls er mit guter Manier eine vom Volke gewünschte Reform ablehnen will. Dem glücklichen Könige von Schweden stehen zu diesem Behufe gewöhnlich drei, bisweilen sogar vier Kammern zur Verfügung. Eine Volkskammer giebt es in Schweden gar nicht. Die Kammern des Adels und der Geistlichkeit sind immer reactionär, wie sich von den Vertretern dieser privilegirten Stände kaum anders erwarten läßt. Nicht selten fehlt es den Bauern an der erforderlichen Einsicht, um ihren Vortheil richtig zu würdigen. Uebrigens genügt es, daß zwei Stände widerstreben, um jede Beschlußfassung zu hintertreiben. So kam es denn, daß, während in allen übrigen Staaten Europa's die mannigfaltigsten Veränderungen eintraten, Schweden's Verfassung fast unverändert bestehen blieb.

Karl XIV. Johann konnte sich immer den Schein bewahren, als wenn nicht er, sondern die Stände die Schuld des Stillstands in Schweden trügen. Am 8. März 1844 starb der alte französische Haudegen und Republikaner, welchen die Wogen der Zeit auf den schwedischen Thron geschleudert hatten. Sein Sohn, Oscar I. (1844—1859), setzte das von seinem Vater getriebene Spiel fort. Er ließ das Gesetz aufheben, welches den Verkehr mit dem abgesetzten Hause Wasa verboten und einige höchst anstößige Rechtshändel zur Folge gehabt hatte. In die Commission zur Vorbereitung eines neuen Gesetzbuchs nahm er einige freisinnige Männer auf, und seine Thronrede vom 20. Juli 1844 war voll der schönsten Redensarten. Die einzigen wirklichen Reform-Maßregeln aber, welche zu Stande kamen, waren, daß der Reichstag statt jedes fünfte, jedes dritte Jahr zusammen kommen sollte, daß im höchsten Gerichte die Hälfte der Mitglieder nicht mehr nothwendiger Weise aus Edelleuten bestehen solle, und daß die Regierung auf das Recht verzichtete, Zeitungen willkürlich zu verbieten. Diese Zugeständnisse der schwedischen Krone deuten den trübseligen Zustand des Landes weit mehr, als dessen Fortschritt an.

Die Februar-Revolution brachte auch nach Schweden einiges Leben. Es entstanden (am 18. März 1848) Unruhen, welche sich in den folgenden Tagen wiederholten. Der König ließ auf das versammelte Volk einhauen. Mehr als fünfzig Menschen verloren ihr Leben. So wurde die erste Volksbewegung im Keime erstickt. Zwar bildeten sich im ganzen Lande zahlreiche Reformgesellschaften, auch veränderte der König (10. April 1848) sein Ministerium. Oscar I. wußte aber die Aufmerksamkeit des Volkes so geschickt von den inneren auf die auswärtigen Angelegenheiten und namentlich auf den Streit zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein abzulenken, daß, trotz aller schönen Redensarten, keine einzige Reform-Maßregel von einiger Erheblichkeit zu Stande kam. Umsonst waren die Klagen des denkenden Theiles der Nation über die Unduldsamkeit in religiösen Dingen. Zwar wurde die mittelalterliche Kirchenbuße durch den Reichstag von 1853 auf 1854 abgeschafft. Allein in allen übrigen Beziehungen blieben die alten Gesetze religiöser Unduldsamkeit bestehen. Jede Versammlung zu gottesdienstlichen Zwecken außerhalb der Kirche blieb verboten. Der Genuß des Abendmahls war nach, wie vor, eine Bedingung, ohne welche Niemand sich verheirathen, Aemter bekleiden, das Bürgerrecht erhalten, als Zeuge auftreten, kurz Menschenrechte ausüben konnte.

Der Druck, welchen die Staatskirche ausübte, rief wohlbegründete Erbitterung hervor [illegible] zur Folge, daß unter den Landleuten sich Viele der Secte der s. g. Leier, unter

den höheren Ständen Manche der katholischen Kirche anschlossen. Die von der Pfaffenpartei häufig in Anwendung gebrachte Gefängnißstrafe bei Wasser und Brod hatte nicht immer die gewünschte Abschreckung zur Folge, und die auf den Uebertritt zur katholischen Kirche stehende Todesstrafe erregte, auch wenn sie durch die Gnade des Königs gelindert wurde, in ganz Europa wohlgegründeten Abscheu. Im Laufe einer Zeit von fünfundvierzig Jahren hat sich deutlich herausgestellt, daß Schweden, wenn es auf eine verfassungsmäßige Abhülfe hofft, in einem großen Irrthum befangen ist. Keinem Lande thut eine Revolution mehr noth, als dem schwedischen.

Norwegen behauptete sich fest und manuhaft in seiner freien Verfassung, und machte unter deren Fittigen Fortschritte auf allen Gebieten des Lebens. Doch ist der an Rußland grenzende Theil des Landes unglücklicher Weise zu arm an Producten, um von diesem gefährlichen Nachbar ganz unabhängig zu sein. Ohne russisches Getreide könnte Finnmarken kaum bestehen. Mit lüsternen Blicken schielt das Petersburger Cabinet nach den trefflichen Häfen und den tüchtigen Matrosen Norwegen's. Schweden mit seinen verrosteten vier Kammern würde im Falle eines Krieges Norwegen keinen mächtigen Schutz gewähren können. Nur eine freie Verfassung und ein fester Bund mit anderen freien Staaten kann Norwegen und Schweden gegen russische Uebergriffe schützen.

## § 74. Großbritannien und Irland.

In den Revolutionsjahren 1830 und 1848 bewährte sich wiederum das englische Staatsschiff. Es bewies sich zwar nicht als ein Schnellsegler, auch that es sich nicht durch seine Beweglichkeit hervor. Allein keines durchschnitt die stürmischen Wogen der alten Welt sicherer.

Kurz vor dem Ausbruche der Juli-Revolution starb Georg IV. (26. Juni 1830). Ihm folgte sein Bruder, der Herzog von Clarence, unter dem Namen Wilhelm IV. Dieser erkannte sofort und unumwunden die Juli-Dynastie an und trug dadurch viel zu deren Befestigung bei. Er ließ zwar Anfangs den Herzog von Wellington am Staatsruder, übertrug aber die Verwaltung dem Grafen Grey, sobald das am 2. November 1830 zusammengetretene Parlament seine Abneigung gegen die Tories kund that.

Parlamentsreform wurde jetzt die Loosung der neuen Verwaltung. Zwar verwarfen die Kammern den von der Regierung (am 3. Februar 1831) eingebrachten Reform-Entwurf. Die Folge davon war aber, daß der König (22. April 1831) das Parlament auflöste und daß die neu gewählte zweite Kammer (21. September) die Reformbill annahm. Doch noch immer widerstrebte das Oberhaus. Am 4. Juni 1832 stimmte endlich dieses bei, am 7. erlangte die Reformbill Gesetzeskraft. Die Zahl der Wähler wurde durch die Reform auf eine Million erhöht. Die große Masse des Volkes, beiläufig zwanzig von fünfundzwanzig Millionen Einwohnern, wenn wir auf fünf Seelen einen volljährigen Mann rechnen, blieben aber noch immer aller politischen Rechte beraubt. Sechsundfünfzig verrottete Flecken verloren das Wahlrecht, allein es blieben gar viele Flecken und Städte berechtigt, einen oder mehrere Abgeordnete zu wählen, welchen die entsprechende Volkszahl gebrach, wovon die nothwendige Folge war, daß andere Bezirke und Orte unverhältnißmäßig schwach vertreten blieben.

Am 19. Juli 1834 trat statt des Grafen Grey, Lord Melbourne und kurz darauf (14. November 1834) Peel an die Spitze der Verwaltung. Schon im Frühjahre 1835 kehrte aber der König zu den Whigs unter Melbourne zurück. Seit den Zeiten Wilhelm's IV. konnte sich auf die Dauer keine Tory-Verwaltung in England mehr behaupten.

Die Whigs zeichneten sich zwar nicht durch große Freisinnigkeit aus. Auch fehlte ihnen, gleich den Tories, alle Selbständigkeit. Allein es zeigte sich von Jahr zu Jahr deutlicher, daß sie mehr Fähigkeit besaßen, die Stimmung des Volkes zu würdigen und derselben geeignete Rechnung zu tragen, als die Tories.

Im Innern England's nahmen Industrie, Handel, Schifffahrt, Fabriken und Gewerbe viel rascher an Kraft und Bedeutung zu, als der Ackerbau. Die Tories, welche zwar selbst nicht hinter dem Pfluge bergingen, aber den größern Theil des Grundes und Bodens in England besaßen, kämpften für hohe Preise der Producte des Ackerbaues, die Industriellen für wohlfeile Lebensmittel und Freiheit des Handels. In religiöser Beziehung hielten die Tories fest an der Unduldsamkeit und den Privilegien der anglikanischen Kirche. Die Whigs waren zwar auch in mannigfaltigen religiösen Vorurtheilen befangen, allein sie stellten sich den unterdrückten Katholiken und Juden und den nicht zur englischen Kirche gehörigen protestantischen Secten mit weniger Bitterkeit entgegen. Die Tories hielten in der auswärtigen Politik fest an der von allen Völkern Europa's verwünschten „heiligen Allianz." Die Whigs, welche den Revolutionen eben so sehr abgeneigt waren, als die Tories, besaßen Einsicht genug, zu erkennen, daß das sicherste Mittel zu deren Verhütung in zeitgemäßen Zugeständnissen bestehe. Sie hatten daher schon am 22. April 1834 mit Frankreich, Spanien und Portugal die s. g. Quadrupel-Allianz geschlossen, um die Constitutionellen der pyrenäischen Halbinsel gegen die Uebergriffe der Absolutisten zu schützen.

Wilhelm IV., welcher das Verdienst hatte, das so lange Zeit behauptete Uebergewicht der Tories zu brechen, starb. Seine Nichte, Victoria, welche ihm folgte (20. Juni 1837), blieb der Politik Wilhelm's IV. treu, d. h. sie neigte sich im Allgemeinen den Whigs zu, nahm jedoch keinen Anstand, den Tories die Verwaltung zu übergeben, so oft die Whigs die Mehrheit im Parlamente verloren.

Am 10. Februar 1840 vermählte sich die junge Königin mit dem Prinzen Albert von Sachsen-Koburg, mit welchem sie der englischen Nation eine jedes Jahr sich mehrende Schaar von Prinzen und Prinzessinnen schenkte. Victoria ist eine verfassungetreue Königin. Im Laufe einer mehr als zwanzigjährigen Regierung kann ihr Niemand eine Verletzung der bestehenden Gesetze vorwerfen. Von einer Königin kann man freilich weder republikanische Gesinnung, noch viele Vorliebe für die gedrückten und rechtlosen großen Massen erwarten. Sie steht in Geschäftsverbindung nur mit den herrschenden Parteien.

Whigs und Tories bestanden in ihrer Mehrheit aus solchen Leuten, welche politische Rechte hatten. Die große Masse des Volkes, welche entweder gar keine, oder doch verminderte Rechte besaßen, fing auch allmählig an, sich zu regen. So bildete sich die Partei der Chartisten, an deren Spitze Anfangs Frost, Williams und Jones, später O'Connor standen. Sie verlangten Einführung der Ballotage, allgemeine jährliche Parlamente, Aufhebung des Wahlcensus, Eintheilung des Landes in Wahlbezirke nach Kopfzahl und Besoldung der Abgeordneten. So gerecht und billig diese Forderungen auch waren, vermochten die Chartisten im Laufe von nahezu drei Jahrzehnten keine derselben durchzusetzen. Die Ursache hiervon läßt sich nur in der mangelhaften intellectuellen und sittlichen Bildung der großen Masse des Volkes erkennen, welche einen systematisch und nachdrucksvoll betriebenen Kampf gegen die bestehenden Privilegien nicht aufkommen läßt. Petitionen mit noch so großer Zahl der Unterschriften bringen in England wenig Eindruck hervor. Wenn aber die in denselben geltend gemachten Forderungen durch gehaltvolle Reden und eine geistreiche Literatur zu einem Theile der öffentlichen Meinung erhoben werden, so müssen früher oder später die Tories und Whigs nachgeben.

Eine zweite Classe von Menschen, welche guten Grund hatten, mit der bestehenden Staatsverfassung unzufrieden zu sein, waren die Iriänder. Zwar war durch die Emancipation der Katholiken dem größten Uebel, unter welchem Irland seufzte, ein Ende gemacht worden.*) Allein die Zustände der Smaragd-Insel ließen noch gar viel zu wünschen übrig. Die Drangsale reichten weit zurück bis in die Zeiten Cromwell's. Die Güterverhältnisse des Landes waren schauderhaft. Armuth und Elend hatten wohl in keinem Theile Europa's einen solchen Höhegrad erreicht, als in Irland. Der Haß, welchen die besitzenden protestantischen Engländer und die besitzlosen katholischen Iriänder sich gegenseitig widmeten, führte zu Maßregeln empörender Härte von der einen, und zu haarsträubenden Verbrechen von der anderen Seite. So lange Irland sein eigenes Parlament hatte, konnte es durchgreifende Reformen nicht hoffen, denn seine Stimmen waren zu wenig zahlreich im Verhältniß zu denjenigen England's und Schottland's. Die Wiederaufhebung der Union wurde daher die Loosung Irland's. O'Connel stellte sich an die Spitze der Bewegung und verstand es, ganz Irland in den Strudel derselben zu ziehen, ohne daß die aufgeregten Massen sich einer Gesetzesübertretung schuldig gemacht hätten. Allein diese, wie jede andere Bewegung, erreichte ihren Höhepunkt. Durch friedliche Agitation ließ sich die englische Regierung nicht einschüchtern. Zur Gewalt wollte O'Connel nicht schreiten. Es trat daher ein Zwiespalt unter seinem Anhange ein, welcher dessen Kraft brach. Zum Glücke für die Ruhe England's starb O'Connel vor dem Ausbruche der Juli-Revolution (15. Mai 1847). Hätte der große Agitator diese erlebt, so hätte er schwerlich dem Sturme des Augenblicks widerstehen können. Eine unter den Fittigen O'Connel's, des Pfaffenknechtes, begonnene Revolution hätte aber nie und nimmermehr Irland frei und glücklich machen können. Denn obgleich die englische Regierung lange Zeit Irland in schändlicher Weise vernachlässigt und sogar unterdrückt hatte, so lenkte sie doch seit dem Jahre 1828 ein und bemühte sich seit dieser Zeit theils durch Geldspenden in Hungerjahren, theils durch tief eingreifende Gesetze die Lage Irland's zu verbessern. Eine Losreißung Irland's von England hätte bald zu Tage gebracht, daß die katholische Geistlichkeit den Irländern zwar Aussichten auf den Himmel gegen gutes Geld eröffnen, allein weder Verdienst, noch Kapital zur Verfügung stellen könne und daß das Joch derselben weit schwerer, als dasjenige England's auf dem Lande lasten würde.

Den herrschenden Parteien näher standen die s. g. Radikalen. Diese verlangten, ohne sich mit den Iriändern und mit den Chartisten zu vereinigen Reformen, welche weiter reichten, als die Bestrebungen der Whigs. Unter diesen Radikalen nahmen schon bald die Freihandelsleute eine hervorragende Stellung ein. Sie setzten mit großem Aufwande von Geist, Ausdauer und Geld durch, daß die hohen Zölle, welche bisher auf Lebensmitteln ruhten, theils abgeschafft, theils bedeutend ermäßigt wurden (Juni 1846).

Mancherlei andere Reformen, namentlich im Zustande Irland's, in der Colonial-Verwaltung, in dem Gemeindewesen, im Postwesen, im Armenwesen und im Finanzwesen wurden nach und nach vom Parlamente beschlossen. Leider gingen aber dieselben so langsam von Statten und waren so wenig durchgreifend, daß sich wohl aller Orten eben so viel neue Mißbräuche einschlichen, als alte abgeschafft wurden.

Das Streben der englischen Regierung unter der Herrschaft der Whigs bestand darin, alle diejenigen Reformen, welche das Volk, gestützt auf eine Mehrheit des Parlamentes, verlangte, zu gewähren. Von der Regierung selbst gingen aber niemals umfassende Reformvorschläge aus, selbst dann nicht, wenn ein großer Theil des Volkes mit Ungestüm billig und gerechte Forderungen stellte.

*) Siehe oben § 54, S. 567.

Das Gewicht, welches die Regierung in die Waagschale des Parlamentes warf, war groß genug, um manche Wünsche des Volkes durchzusetzen, wenn es ihr redlich um Reform zu thun gewesen wäre. Allein sie setzte der Stimme der Nation immer so lange ein taubes Ohr entgegen, bis die Furcht vor einer parlamentarischen Niederlage sie zu einem Zugeständnisse zwang. Die Staatsmänner von größter Bedeutung waren Lord John Russel, Palmerston und Peel. Der Letztere starb, allgemein bedauert, am 3. Juli 1850. Die Tories verloren in ihm ihren letzten Nothanker. In den letzten Jahren seines Lebens gehörte er denselben nur theilweise noch an, indem er die größte Maßregel seines Lebens, das Freihandelsgesetz, mehr mit Hülfe der Whigs und Radikalen, als der Tories oder Conservativen durchsetzte.

Die auswärtigen Angelegenheiten, welche seit dem Jahre 1830 meistentheils in den Händen des Lords Palmerston ruhten, wurden in ähnlicher Weise, wie die inneren, betrieben, d. h. die Regierung berücksichtigte die öffentliche Meinung nur, falls diese die Mehrheit im Parlamente gewonnen hatte. Dann aber auch nur insoweit, als es geschehen konnte, ohne England irgend einer Gefahr blos zu stellen. Seit dem Jahre 1830 ging die englische Regierung gewöhnlich Hand in Hand mit der französischen. Allein im Jahre 1840 überwarf sie sich mit derselben wegen der orientalischen Angelegenheiten. *) Später waren es die spanischen Heirathen, welche das „herzliche Einverständniß" trübten (1846). Seit dieser Zeit bis zum Sturze Ludwig Philipp's bestand zwischen beiden Regierungen eine feindselige Stimmung, welche sich bei jeder Gelegenheit kund that. In diese Zeit fiel die Einverleibung Krakau's (November 1846), welche England, wie früher den Umsturz der Verfassung des Königreichs Polen und die Einverleibung desselben in Rußland geschehen ließ, ohne sich zu widersetzen.

Die Februar-Revolution übte eine sehr schwache Rückwirkung auf England. Die Nation wurde durch dieselbe nicht erschüttert und die Regierung nur wenig auf dem Pfade der Reform vorwärts getrieben. Das Cabinet von Saint-James begünstigte zwar, allein nur durch Worte, nicht durch Thaten, die nationalen Bewegungen Italien's und Ungarn's und kehrte denselben zugleich mit dem Glücke den Rücken. Diejenigen Kämpfe dagegen, welche einen entschieden freisinnigen Charakter hatten, wie die Revolutionen der verschiedenen deutschen Staaten, fanden bei der englischen Regierung keinen Anklang und stießen theilweise, wie namentlich die schleswig-holstein'sche Volkserhebung, auf eine durchaus feindliche Haltung. Der Krieg welchen England in der Krim führte, um die Zerstückelung der Türkei zu verhindern (1853—1856), brachte zu Tage, daß sein Kriegswesen an großen Mängeln leide. Vergeblich erhob sich die Presse gegen dieselben. Die Bewegung, welche England durchzuckte, war nicht mächtig genug, um die Regierung aus ihrem Schlendrian heraus zu treiben.

Während das Cabinet sehr langsam und vorsichtig voran schritt, entwickelten sich alle von demselben nicht unbedingt abhängigen Bestrebungen der Nation weit rascher. Ein ganzes Eisenbahnnetz spannte sich über England, Schottland und Irland. Der Telegraph brachte London in Verbindung mit allen Theilen Europa's. Was die Eisenbahnen zu Lande, waren die Dampfschiffe zu Wasser. Neue Maschinen verzehnfachten die Productionskraft des Landes. Zu beklagen war nur, daß der größere Theil des Vortheils aller dieser neueren Einrichtungen nur den bevorzugten Classen der Gesellschaft zu gute kam. Die Aristokratie und Plutokratie England's erfreut sich der glänzendsten Paläste. Doch die Armen wohnen schwerlich in irgend einem Lande Europa's theurer und schlechter, als in Großbrittannien und Irland.

Die Geistlichkeit trägt das Ihrige dazu bei, das Loos der Armen unerträglich zu machen. Weit entfernt, einen Theil ihrer unermeßlichen Reichthümer auf die Erleichterung des Schicksals der Armen zu verwenden, hat sie es verstanden, unzählige der Wohlthätigkeit gewidmete Anstalten diesem Zwecke zu entziehen und entweder auf die Erbauung neuer Kirchen oder auf die Besoldung von Pfarrern zu verwenden. Die Gebühren, welche die englische Geistlichkeit für jedwede Amtshandlung erhebt, sind sehr hoch und werden mit der größten Härte beigetrieben. Nirgends in der Welt ist der Gegensatz zwischen Armuth und Reichthum so groß, als in England, nirgends stehen so viele andere verletzende Gegensätze, wie z. B. Freiheit der Presse und politische Rechtlosigkeit der Massen, bürgerliche Freiheit und das im Heere geltende Prügelsystem u. s. w. feindlich einander gegenüber.

Großbrittanien und Irland bedürfen nicht minder als die übrigen Staaten Europa's einer mächtigen Erschütterung, um von zahlreichen Ueberbleibseln mittelalterlicher Gewaltthat, Raubgier und Unterdrückung befreit zu werden. Doch wird dieses in England leichter, als in irgend einem andern Staate Europa's ohne Blutvergießen, im ruhigen Gange der Entwickelung geschehen können. So wenig wir die Laster und die Fehler der bevorzugten Klassen England's übersehen, so läßt sich doch nicht läugnen, daß dieselben wenigstens den Schein der Verfassungsmäßigkeit seit langer Zeit zu behaupten wußten. Wohl ist der Unfug groß, auf welchem die Parlamentswahlen beruhen, allein Staatsstreiche, wie sie seit 1848 zu Paris, Wien und Berlin, zu Dresden und im Badischen, in Ungarn und in Italien den gesammten Rechtsboden vernichteten, kamen in England selbst unter den Stuarts, geschweige denn unter dem Hause Hannover, niemals vor.

## § 75. Spanien und Portugal.

Das rollende Rad der Zeit tritt unter den verschiedenartigsten Formen in die äußere Erscheinung. In einem Staate ändert sich wenig an der Verfassung, allein die Nation erweitert darum doch ihren Gesichtskreis, nimmt zu an Bildung und Wohlstand und bereitet dadurch großartige Fortschritte auch auf dem Gebiete der Verfassung vor. Eine andere Nation wechselt in rascher Folge die Grundgesetze ihrer Entwickelung, springt von der Republik zur unumschränkten Monarchie, von dieser zur Constitution, von der beschränkten Monarchie zur Republik und von dieser wieder zum Absolutismus über, wechselt die Dynastien, wie die Moden, nimmt aber während aller dieser scheinbaren inneren Widersprüche an Volkszahl, Macht, Bildung und Wohlstand unausgesetzt zu.

Wieder andere Völker gerathen, nachdem sie Jahrhunderte lang sich kaum bewegt zu haben schienen, in einen Zeitabschnitt nicht endender bürgerlicher Kriege, Aufstände und Staatsstreiche. Allein auch sie schütteln im Laufe dieser stürmischen Zeiten gar vielen alten Staub von den Füßen, sammeln mitten im Kampfe frische Kräfte und verjüngen sich im Strudel der Bewegung. Dieses war namentlich der Fall mit Spanien und Portugal. Die Könige dieser Länder wähnten, sie könnten den Ideengang, welchen der Volkskrieg gegen Napoleon angeregt hatte, aufhalten, die bewegungsreichen Jahre von 1808 bis 1814 aus den Jahrbüchern der Geschichte streichen, und ihre Herrschaft unmittelbar an die Zeit knüpfen, da sie ihr Vaterland hatten verlassen müssen. Mit Hülfe fremder Bajonette schien ihnen dieses bis zu einem gewissen Grade auch wirklich zu gelingen. Doch früher oder später trat eine Zeit ein, welche zeigte, daß der Wille einer Nation mächtiger ist, als die Laune eines Despoten. Diesen Wendepunkt bezeichnete in Spanien die pragmatische Sanction vom 29. März 1830, welche den Töchtern der Königin Christine die spanische

Thronfolge eröffnete. Als dieses Gesetz erlassen wurde, war dem Königspaare noch keine Tochter geboren. Doch im October 1830 kam die Infantin Isabella zur Welt, welche, dem Gesetze vom 29. März 1830 zufolge, dem alternden Könige auf dem Throne folgen sollte. Absolutisten und Constitutionelle glaubten, ihre Zeit sei jetzt gekommen. Besonders rührig waren die ersteren, welche versuchten, die pragmatische Sanction durch den König selbst umstoßen zu lassen, dadurch aber den Haß der Königin Christine in noch höherem Grade auf sich zogen. Ferdinand VII. berief (Juni 1833) die alten Cortes nach Madrid, ließ diese der Thronfolgerin in der Wiege den Eid der Treue leisten und ernannte Maria Christine zur Vormünderin Isabellen's und Reichsregentin. Kurz darauf (29. September 1833) starb Ferdinand VII.

Don Carlos, des Königs Bruder, fügte sich aber nicht in diese Anordnung. Er regte, mit Hülfe der Pfaffenpartei die baskischen Länder auf und zwang dadurch die Regentin, sich auf die Liberalen zu stützen. Am 15. April 1834 erließ sie ein s. g. königliches Statut, welches eine beschränkte Repräsentativ-Verfassung mit zwei Kammern einsetzte. Kurz darauf schloß sie die schon oben*) erwähnte Quadrupel-Allianz und trat der Pfaffenpartei entgegen. Das Volk von Madrid gab durch Tumulte, welche am 17. und 18. Juli 1834 stattfanden, den Haß, welchen es den Pfaffen widmete, deutlich zu erkennen. Nach der Restauration des Jahres 1825 konnte die Inquisition in ihrer früheren Form nicht wiederhergestellt werden. Es wurde zwar (1825) eine Inquisitionsjunta und (1826) ein Inquisitionstribunal in Valencia eingesetzt. König Ferdinand gab dadurch die gute Meinung, welche er von der Inquisition hatte, zu erkennen. Allein die Inquisition war auch für Spanien zur Unmöglichkeit geworden. Königin Christine sprach dieses aus, indem sie die Inquisition aufhob. Zugleich verbannte sie die Jesuiten aus dem Reiche.

Der Kampf mit den Carlisten dauerte fort. Er wurde bis zum Jahre 1839 mit furchtbarer Grausamkeit fortgesetzt. So lange Zumalakarraguy die carlistischen Truppen befehligte, konnten die Anhänger der Königin Christine keine bedeutenden Fortschritte machen. Als dieser aber (25. Juni 1835) das Leben verlor, und Don Carlos durch Begünstigung seiner Höflinge und Zurücksetzung seiner begabtesten Anhänger große Unzufriedenheit erregte, gelang es dem Generale Espartero mit dem Carlisten-Chef Maroto (31. August 1839) den Vertrag von Bergara abzuschließen, demzufolge achtzehn Battaillone und fünf Schwadronen der Carlisten die Waffen niederlegten. Don Carlos floh nach Frankreich. Cabrera setzte zwar in Nieder-Aragonien und Catalonien den Kampf zu Gunsten des Don Carlos noch eine Zeit lang fort. Am 6. Juli 1840 mußte aber auch er nach Frankreich entfliehen.

Während des Kampfes mit den Carlisten blieb das spanische Volk nicht ruhig. Das königliche Statut vom Jahre 1834 genügte nicht seinen Erwartungen. In der Nacht des 13. August 1836 begann zu La Granja eine von dem Militär unterstützte Volksbewegung, welche die Einberufung der constituirenden Cortes und (18. Juni 1837) eine Verfassung nach dem Muster der französischen zur Folge hatte.

Die Königin Christine war ein herrschsüchtiges, habgieriges und wollüstiges Weib, welches sich nicht aus eigenem freien Willen, sondern nur weil sie nicht anders konnte, der freisinnigen Partei angenähert hatte. Im Laufe des Krieges hatte sie nur dafür gesorgt, sich ihre Taschen zu füllen, während die für sie kämpfenden Truppen die bitterste Noth litten. Zudem gab das Verhältniß, in welchem sie zu dem Leibgardisten Munoz stand, allgemeinen Anstoß. Das ganze Land erhob sich gegen das verhaßte Weib. Christine

sah sich veranlaßt (12. October 1840), in Valencia, woselbst sie sich damals befand, abzudanken. Die Cortes ernannten (8. Mai 1841) den General Espartero zum Regenten und gaben der minderjährigen Königin Isabella Arguelles, einen der wackersten Verfassungskämpfer von 1812, zum Vormunde. Espartero war ein Mann von großen Verdiensten. Seine Stellung war übrigens sehr schwierig. Die Königin Christine spann unausgesetzt Ränke gegen ihn und brachte es dahin, daß die Exaltado's, denen Espartero nicht freisinnig genug war, sich mit ihren Werkzeugen, den Generalen Concha, O'Donnel und Narvaez zum Sturze Espartero's verbanden. Der Regent mußte (Ende Juli 1843) nach England entfliehen. Allein nicht die Exaltado's, wie sie gehofft hatten, sondern die Moderado's traten an die Spitze der Regierung. Sie verhängten (Februar 1844) den Belagerungszustand über ganz Spanien und entwaffneten die Nationalgarden. Nachdem dieses geschehen war, kehrte Maria Christine zurück, erhob ihren Buhlen Munoz zum Herzoge von Rianzares und erklärte öffentlich, daß sie bisher in heimlicher Ehe mit ihm gelebt habe. Eine unerträgliche Säbelherrschaft trat an die Stelle der verfassungstreuen Regierung Espartero's. Der Verkauf der geistlichen Güter wurde eingestellt, und als (October 1844) die Cortes zusammentraten, setzte die Regierung durch, daß die Verfassung im absolutistischen Sinne revidirt wurde. Die Nationalbewaffnung und die Geschworenen für Preßvergehen wurden beseitigt. Ein neues Wahlgesetz erhöhte den Census. Die Wahlperiode der zweiten Kammer wurde auf fünf Jahre verlängert. Mit vollen Segeln fuhr das spanische Staatsschiff dem alten Absolutismus wieder entgegen.

Bei allen diesen spanischen Angelegenheiten spielte Ludwig Philipp eine Hauptrolle, indem er seinem Sohne, dem Herzoge von Montpensier, die spanische Krone verschaffen wollte. Die Unterhandlungen, welche desfalls gepflogen wurden, gehören zu den schmutzigsten aller Zeiten. Ludwig Philipp wußte, daß die englische Regierung niemals die Vermählung eines französischen Prinzen mit der Königin Isabella zugeben würde. Er schlug daher vor, der Infant Franz d'Assis, Sohn des Infanten Franzisco de Paula, von dem man wußte, daß er impotent sei, solle seine Base Isabella heirathen. Die Königin Christine, welche die Absichten Ludwig Philipp's durchschaute, tröstete ihre Tochter Isabella, indem sie ihr erklärte, jeder spanische General würde bereit sein, sie für die Mängel ihres Gatten zu entschädigen. Die englische Regierung willigte in diesen Handel nur unter der Bedingung, daß die Heirath zwischen der Schwester der Königin und Montpensier erst stattfinden solle, nachdem Isabella Nachkommen geboren habe. Ludwig Philipp ging anfangs diese Bedingung ein, brachte es aber dahin, daß die doppelte Vermählung der Königin mit dem Infanten Franz d'Assis und der Infantin Louise mit dem Herzoge von Montpensier am 28. August öffentlich erklärt und am 10. October vollzogen wurde.

Die englische Regierung, auf's Aeußerste entrüstet über den Wortbruch Ludwig Philipp's und die ränkevolle Haltung der Königin Christine operirte im Verborgenen gegen beide. Die junge Königin Isabella, an welcher die Lehren und das Beispiel ihrer Mutter nicht verloren waren, wandte schon in der ersten Zeit ihrer Ehe ihre Gunst dem jungen Generale Serrano zu. Nicht lange dauerte ihre Freude. Die Königin Christine wollte nach wie vor die erste Rolle am Hofe von Madrid spielen, und das Uebergewicht Serrano's nicht anerkennen. Sie mußte anfangs weichen. Im März 1847 reiste sie ganz gegen ihren Willen nach Frankreich. Narvaez folgte ihr. Doch Christine und Narvaez waren viel gewandter, als Isabella und Serrano. Narvaez verstand es (am 3. October 1847) das Cabinet Salamanka, welches Serrano eingesetzt hatte, zu stürzen und selbst die Zügel der Regierung zu ergreifen. Schon bald kehrte die Königin Christine zurück und theilte mit Narvaez die Gewalt.

Als in Folge der Februar-Revolution auch in Spanien einige Volksbewegungen sowohl im progressistischen als carlistischen Sinne ausbrachen, verstand es Narvaez, dieselben rasch niederzuwerfen. Madrid wurde der Sammelpunkt der niedrigsten Ränke, bei welchen die Königin Isabella und ihre Mutter Christine, die Generale Narvaez und O'Donnel, der erbärmliche König, Franz D'Assis und dessen Beichtväter, endlich General Serrano abwechselungsweise die ersten Rollen spielten. Militäraufstände und Volksbewegungen, Staatsstreiche und Kammerauflösungen folgten rasch auf einander. Das Ansehen des Hofes mußte nothwendig von Jahr zu Jahr abnehmen. Die persönliche Aufführung der beiden Königinnen, Mutter und Tochter, war zu anstößig, deren Regierung zu haltungslos, als daß denkende und sittliche Menschen sich nicht bei deren Anblick hätten empfühlen müssen. Niemand konnte von einer Ministerveränderung oder sogar von einer Verbesserung des Staatsgrundgesetzes die Beseitigung der schlimmsten Mißstände erwarten. Die republikanische Partei nahm daher an innerer Kraft und Ausdehnung immer zu. Nur sie kann Spanien von den vereinigten Geißeln des Königthums, der Aristokratie und des Pfaffenthums befreien. Nie und nimmermehr kann Spanien hoffen, unter den Fittigen des Königthums wieder einzuholen, was es im Laufe dreier Jahrhunderte versäumt hat.

Auf dem benachbarten Portugal lastete das Joch Dom Miguel's mit Centnerschwere. Zu Oporto befanden sich 1832 eilftausend Politisch-Verdächtige im Gefängniß, in ganz Portugal sechsundzwanzig Tausend. Sechzehnhundert wurden nach Afrika deportirt, und über dreizehntausend wanderten aus. Nur auf den Azoren behaupteten sich noch die Anhänger der Donna Maria da Gloria. Der Umschwung, welcher in Frankreich eingetreten war, wirkte auf Portugal nicht mächtig genug, um den Sturz Dom Miguel's herbeizuführen. Einige Bewegungen, welche im August und September 1831 zu Lissabon und Oporto ausbrachen, waren nicht kräftig genug. Sie unterlagen und hatten nur neue grausame Strafen in ihrem Gefolge. Doch am 8. Juli landete Dom Pedro mit einer Flotte bei Oporto. Die Regierungen England's und Frankreich's nahmen Spanien gegenüber eine solche Stellung ein, daß dieses nicht wagte, Dom Miguel Hülfe zu leisten. Sir Charles Napier drang mit englischen Truppen in Algarbien vor, und gewann (5. Juli 1833) die Schlacht bei Cap St. Vincent. Die Bevölkerung erklärte sich aller Orten für Donna Maria. Frankreich und England erkannten sie an. Die Quadrupel-Allianz vom 22. April 1834 und die Schlacht bei Pomar, welche Dom Miguel verlor, bestimmten diesen, die Capitulation von Evora (24. Mai 1834) abzuschließen, in welcher er und sein spanischer Gesinnungsgenosse Don Carlos versprachen, Portugal zu verlassen und Dom Miguel zugleich allen Ansprüchen auf dieses Land entsagte. Zwar widerrief letzterer von Genua aus schon bald seine Entsagung. Dieser neue Wortbruch half ihm jedoch nichts, da der Absolutismus auf der ganzen pyrenäischen Halbinsel nach und nach unhaltbar geworden war.

Dom Pedro stellte seine Carta de Ley von 1826 wieder her. Der Tod machte schon am 24. Sept. seinem Wirken ein Ende 1834. Die junge Königin Maria II. da Gloria vermählte sich (Jan. 1835) mit dem Herzoge August von Leuchtenberg, welcher aber bald (28. März) starb. Nach Ablauf des Trauerjahres (April 1836) ging sie eine zweite Ehe mit dem Prinzen Ferdinand von Sachsen-Coburg ein. Die Königin besaß sehr schwache Geistesgaben, und ihr Gatte von Coburg verstand es nicht, sich die Liebe des Volkes zu erwerben. Kurz nach der spanischen Revolution von La Granja brach daher (am 9. Sept. 1836) eine ähnliche Bewegung in Portugal aus. Das Volk verlangte die Verfassung von 1820. Die

das Zwei-Kammer-System ein, und stellten das absolute Veto wieder her. In dieser Form wurde die neue Verfassung am 4. April 1838 von der Königin beschworen. Seit dieser Zeit machte der Anhang der Königin unausgesetzte Versuche, den Einfluß der Cortes zu schwächen oder gar vollständig zu beseitigen. Die verhaßtesten unter der reactionären Partei waren die Gebrüder Costa Cabral und Silva Cabral. Neben ihnen jedoch in etwas gemäßigterer Weise wirkten die Herzoge Palmella, Tereeira und Saldanha, welche (19. Januar 1842) die neue Verfassung wieder umstießen und zur Carta de Ley von 1826 zurückkehrten. Mit diesem Rückschritt nicht zufrieden, warf sich die Königin (Mai 1844) dem verhaßten Costa Cabral in die Arme. Die Mißstimmung des Volkes über die Gebrüder Cabral nahm immer zu. Das Volk erhob sich (Sommer 1846) und war im Begriffe, die verhaßte Regierung zu stürzen (Frühjahr 1847) als die englische und die spanische Regierung sich einmischten.

Sobald die Gefahr vorüber war, rief die Königin den verhaßten Costa Cabral wieder zurück und ernannte ihn zum Grafen Thomar. Dadurch trieb sie (April 1851) den Marschall Saldanha, sich an die Spitze eines Militäraufstandes zu setzen. Graf Thomar mußte fliehen (Mai 1851).

Die Männer des entschiedenen Fortschritts, in Portugal von der September-Revolution Septembristen genannt, erlangten die Mehrheit in den Kammern. Es entstand daher bald wieder Zwiespalt zwischen Kammern und Regierung. Diese suchte sich durch Vertagung und Auflösung der Kammern zu helfen. Auch Dom Miguel fing wieder an, seine Anhänger in Bewegung zu setzen. Mitten in diesen Wirren starb die Königin (15. November 1853). Ihr ältester Sohn, Dom Pedro V. (geb. den 16. September 1837), folgte ihr, unter der Regentschaft seines Vaters Ferdinand, nach.

Die verschiedenen Parteien, die Chartisten, d. h. die Anhänger der Charte von 1826, und die Septembristen, die Freunde der Verfassung von 1836, standen sich fortwährend feindlich gegenüber. Die Hofpartei neigte sich immer auf die Seite der Chartisten und trieb dadurch die Septembristen mit Gewalt zu der Ueberzeugung, daß die von ihnen dringend gewünschten Reformen unter der monarchischen Verfassung nicht durchzusetzen seien.

Portugal und Spanien befinden sich augenscheinlich in einer Uebergangsperiode, welche von ihrem Abschlusse wohl noch weit entfernt sein dürfte. Auf eine Periode des Stillstands, wie sie auf diesen beiden Reichen Jahrhunderte hindurch lastete, müssen nothwendig viele Stürme folgen, um die schwüle Luft zu reinigen.

## § 76. Türkei, Egypten und Griechenland.

Im Westen schritt die Zeit voran, indem sie zugleich die nationalen und die freiheitlichen Bestrebungen der Völker stärkte. In Oesterreich und in der Türkei trieb der Geist der Freiheit die sich gegenseitig abstoßenden Bestandtheile dieser Conglomerate auseinanderzugehen und sich von unterdrückten Provinzen zu selbständigen Staaten zu entwickeln.

Kaum hatte die Pforte mit schweren Opfern den Frieden von Adrianopel erkauft *) und durch Anerkennung des Protokolls vom 3. Februar 1830 Griechenland freigegeben, **) so gerieth sie durch Empörungen, welche in Bosnien, Albanien, Macedonien, Klein-Asien und Syrien ausbrachen, insbesondere aber durch einen Angriff von Seiten des Pascha von

*) Siehe oben § 58, S. 605 u. § 47, S. 492.
**) Siehe oben § 59, S. 610.

Egypten, in große Gefahr. Ibrahim Pascha, Mehemed Ali's Sohn, drang (21. Dezember 1832) bis Konieh vor und bedrohte Constantinopel. Mahmud wußte sich nicht anders zu helfen, als dadurch, daß er sich dem Kaiser von Rußland in die Arme warf. Eine russische Flotte schiffte Truppen nach Klein-Asien über, welche auf den Höhen von Hunkiar-Skelessi stehen blieben, bis die Egypter sich zurückzogen. Zum Danke für die geleistete Hülfe schloß die Pforte jenen Vertrag von Hunkiar-Skelessi, welcher von den Seemächten Europas so übel aufgenommen wurde.*) Der Vertrag lief im Jahre 1841 ab. Am 13. Juli dieses Jahres wurde derselbe dahin abgeändert, daß allen fremden Kriegsschiffen die Fahrt durch die Dardanellen und den Bosphorus verschlossen sein solle.

Im Jahre 1835 gelang es der Pforte, die Stadt von Tripolis, welche sie seit langer Zeit unabhängig gemacht hatte, wieder zu gewinnen. Auch zwang sie die Insel Samos, welche nach dem Londoner Protokolle von 1830 der Türkei zugesichert worden war, sich aber bis dahin eine gewisse Unabhängigkeit erhalten hatte, zur Unterwerfung.

Sultan Mahmud fuhr fort, seine Armee und Flotte auf europäischen Fuß zu setzen und europäische Sitten in der Türkei einzuführen. Er sah voraus, daß der Kampf mit dem Pascha von Egypten bald wieder losbrechen würde. In der That kam es (1839) zu Neuem zum Kriege. Die Türken verloren die Schlacht von Nisib. Mahmud starb (1. Juli 1839). Sein Sohn und Nachfolger, Abdul-Medschid, ein Jüngling von sechzehn Jahren, war nicht im Stande, durch eigene Kraft den mächtigen Satrapen zurückzuhalten. Frankreich hatte diesem Hülfe zugesagt. Allein die vier anderen Großmächte vereinigten sich dahin, der Pforte Beistand zu leisten. Mehemed-Ali mußte seine weit ausgreifenden Pläne aufgeben.

Während des Krieges mit den Egyptern erließ Abdul-Medschid den berühmten Hatscherif von Gülhane, eine Art Verfassungsurkunde, welche allen Unterthanen des türkischen Reiches, ohne Unterschied der Person und der Religion, Leben, Vermögen und Ehre verbürgte, die Aufhebung aller Willkürlichkeiten in der Rekrutirung und die Einführung eines gleichmäßigen Steuersystems versprach. Allein es war viel schwerer, die Pascha's und deren Unterbeamten zu einer ehrlichen und redlichen Geschäftsordnung zu zwingen, als eine derartige Urkunde zu unterzeichnen und zu veröffentlichen. Trotz allen Zusagen des Sultans blieb die Verwaltung im Wesentlichen ebenso willkürlich, als zuvor. Wiederholte Aufstände schwächten die Kraft der Pforte und erschöpften deren Hülfsmittel. Besondere große Verlegenheiten bereitete ihr seit langen Jahren, und namentlich im Jahre 1852, Montenegro.

Die auswärtigen Mächte, zuerst Oesterreich und später Rußland, ergriffen mit Vergnügen die Gelegenheit, welche ihnen der Aufstand der Montenegriner bot, um Zugeständnisse zu erwirken. Kaiser Nicolaus glaubte, der Augenblick sei gekommen, den „kranken Mann," wie er den Sultan nannte, todtzuschlagen. Unter nichtigen Vorwänden ließ er Truppen in die Donaufürstenthümer rücken. Doch England und Frankreich leisteten der Pforte Hülfe. Die Türken setzten den Russen in Asien und Europa einen tapfern Widerstand entgegen. Nach einem Kampfe, welcher mit großer Erbitterung auf beiden Seiten geführt wurde und dessen wichtigste Schlachten in der Krimm, namentlich um Sebastopol, geschlagen wurden, kam der Pariser Friede zu Stande (1856), welcher das schwarze Meer für neutral erklärte oder, mit deutlicheren Worten, Rußland verbot, eine Kriegsflotte auf diesem Meere zu halten, und Rußland zwang, die unmittelbar an die Donau grenzenden

*) Siehe oben § 67. S. 695.

ezirke Beſſarabiens abzutreten, wodurch die Donau-Schifffahrt ſeinem Einfluſſe entzogen
urde.

Die Türkei entging in dieſer Weiſe dem ihr drohenden Untergange. Es wurde aber
ch klar und deutlich, daß ſie ihre Rettung weſentlich der engliſch-franzöſiſch-ſardiniſchen
ilfe verdankte. Die Mächte konnten ſich nicht über die Theilung der Türkei einigen,
ch mochten ſie fühlen, daß mehrere im Schooße derſelben befindlichen Provinzen nicht
uldig die Beſchlüſſe der Großmächte anerkennen würden. Die ſchweren Verluſte, welche
mmtliche kriegführenden Mächte, ſowohl an den Ufern der Donau, als an der Küſte des
warzen Meeres erlitten, deuteten überdies an, daß eine Theilung der Türkei, auch wenn
ch die Großmächte über dieſelbe geeinigt haben würden, nicht ohne blutige Kämpfe aus-
ührt werden könnte. Eine ſehr wichtige Thatſache, welche im Laufe des ruſſiſch-türki-
en Krieges zu Tage trat, beſtand aber darin, daß, ungeachtet Rußland den Krieg ſchein-
r zu Gunſten der griechiſch-katholiſchen Kirche begonnen hatte, die Griechen nirgends
i Ruſſen zu Hülfe kamen. Sie hatten Zeit gehabt, das ruſſiſche Cabinet kennen zu ler-
n. Sie wußten, daß es demſelben nicht um ihre Befreiung, ſondern um die Vergröße-
ng ſeiner Macht zu thun ſei. Sie hatten nicht vergeſſen, wie Rußland ſie zur Zeit der
chlacht von Tſchesme und des Aufſtands Ypſilanti's im Stiche gelaſſen hatte, wie ihre
geordneten vom Congreſſe zu Verona abgewieſen worden waren, und wie ſeit 1830 das
ſſiſche Cabinet unausgeſetzt nur darauf bedacht war, Einfluß auf die Angelegenheiten
riechenland's zu gewinnen, ganz unbekümmert um die Verlegenheiten, welche es dadurch
n Cabinette von Athen, ſei es den anderen Großmächten, ſei es dem freiheitliebenden
heile des Volkes gegenüber, bereite.

König Otto von Griechenland, welcher am 30. Januar 1833 vor Nauplia
langte, hatte mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Er ſelbſt war noch minderjährig
d die Regentſchaft, welche er aus Baiern mitbrachte: Graf Armansberg, General von
idegger und Staatsrath von Maurer, welchen Herr von Abel als Gehülfe zur Seite
ud, kannten Griechenland zu wenig, und beſaßen noch weniger die Gabe, die Regierung
s Landes mit den Wünſchen und der Anſchauungsweiſe des Volkes in Uebereinſtimmung
bringen. Hierzu kamen noch die Eiferſüchteleien der drei Schutzmächte und die Umtriebe
e verſchiedenen Parteien.

Die Baiern führten in Griechenland ſchnell die Bureaukratie und das Schematis-
nsweſen ihres Landes ein und theilten ihren Landsleuten die beſten Stellen im Staate
d im Heere zu. Am 1. Juni 1835 ergriff König Otto ſelbſt die Zügel der Regierung,
ein er that es im Sinne und Geiſte ſeiner baieriſchen Rathgeber. Das Volk und die
ei Schutzmächte wurden gleichmäßig unzufrieden mit der Landesregierung. So kam
, daß (15. September 1843) in Athen ein Aufſtand ausbrach, durch welchen der König
zwungen wurde, ſein Miniſterium zu ändern, eine Nationalverſammlung zum Zwecke
r Entwerfung einer Verfaſſung zuſammenzurufen und alle im Staatsdienſte befindlichen
emden, worunter die meiſten Baiern waren, zu entlaſſen. Am 20. November 1843
ffnete der König die Nationalverſammlung, am 30. März 1844 beſchwor er die von
rſelben entworfene Staatsverfaſſung.

Die Regierung erhielt nach dieſen Vorgängen einen mehr geſetzlichen Charakter, allein
e Lage des Landes blieb noch immer eine ſehr traurige. Die Schutzmächte miſchten ſich,
ch Verdrängung der baieriſchen Beamten, noch mehr, als zuvor, in die inneren Ange-
genheiten des Landes. Beſonders waren es die Cabinette von Rußland und England,
lche abwechſelungsweiſe der Regierung große Verlegenheiten bereiteten.

Die Februar-Revolution übte zwar auf das Königreich Griechenland keine unmittel-

bare Rückwirkung von Erheblichkeit; allein die jonischen Inseln wurden durch dieselbe in einen Zustand großer Aufregung gesetzt. König Otto und seine Minister waren weit entfernt, diese Bewegung zu unterstützen, doch da die Bewohner der jonischen Inseln augenscheinlich wünschten, mit Griechenland vereinigt zu werden, so gerieth die englische Regierung, welche fühlen mochte, daß ihr gar kein Recht zustehe, jene Inseln zu beherrschen, in üble Laune. Ganz abgesehen davon, daß der Wille der Bewohner der jonischen Inseln, wie jedes andern Landes, allein in Betreff seiner Regierung maßgebend ist, hatte der Pariser Vertrag vom 15. November 1815 der englischen Regierung kein anderes Recht eingeräumt, als dasjenige des Schutzes, welches England im Laufe der Jahre jedoch zu einem unumschränkten Herrscherrechte erweiterte. Das unglückliche Griechenland mußte es, namentlich im Jahre 1850, durch eine englische Blokade und die Hinwegnahme von mehr, als zweihundert Schiffen entgelten, daß die Bewohner der jonischen Inseln ihre Unzufriedenheit mit der englischen Herrschaft deutlich kund gegeben hatten.

Griechenland ist in seinem jetzigen Zustande zu wenig selbständig und zu sehr von den Launen der Seemächte abhängig, als daß es so auf die Dauer fort bestehen könnte. Es muß nothwendig die ihm verwandten Inseln und Provinzen des türkischen Reiches an sich ziehen, um eine Achtung gebietende Macht zu werden. Dazu wird König Otto oder irgend ein anderer Prinz weder den Muth, noch die Kraft haben. Uebrigens wird Griechenland ohne Zweifel früher oder später in die Lage kommen, selbst sein Schicksal zu bestimmen. König Otto's Ehe mit der Prinzessin von Oldenburg ist kinderlos geblieben. Mit Otto wird daher voraussichtlich die bairische Dynastie in Griechenland zu Ende gehen. Die Griechen werden in diesem Falle selbst zu entscheiden haben, welche Regierungsform ihnen zusagen und welche Person ihr Vertrauen besitzen möge.

Im Norden nahmen die Donaufürstenthümer, im Süden Egypten der Pforte gegenüber mehr und mehr eine selbständige Stellung ein. Mehemed-Ali hatte sich eingebildet, mit Hülfe des französischen Cabinettes die orientalische Frage zu seinen Gunsten entscheiden zu können. Allein der Frieden zu Kiuthahia (4. Mai 1833) und die Quadrupel-Allianz (15. Juli 1840) setzten seiner Herrschaft Schranken. Mehemed-Ali verfiel in eine Art Geisteszerrüttung. Bei seinen Lebzeiten folgte ihm daher schon (Juli 1848) sein Adoptivsohn Ibrahim-Pascha und nach dessen Tode (9. November 1848) sein leiblicher Enkel Abbas-Pascha nach. Kurz darauf (2. August 1849) starb der alte Mehemed-Ali.

Abbas-Pascha scheint die weitaussehenden Pläne seines Großvaters aufgegeben zu haben und sich mit der Herrschaft über Egypten begnügen zu wollen. Allein das Land kann unter den schwankenden Verhältnissen, in denen es sich befindet, unmöglich denjenigen Aufschwung nehmen, dessen es außerdem fähig wäre. Dem Namen nach der Pforte unterworfen, muß Egypten, so oft es die Großmächte Europa's so wollen, den Befehl derselben anerkennen. Dieses hat sich namentlich neuerdings in der Angelegenheit des Suezcanals gezeigt. Besäße Egypten die Macht, seine Angelegenheiten nach seinen eigenen Bedürfnissen zu bestimmen, so könnte es einen großartigen Aufschwung nehmen. Es könnte nicht nur seine günstige geographische Lage am mittelländischen und am rothen Meere zur Entwickelung seines Handels und seiner Schiffahrt benützen, sondern auch vieles zur Civilisation Afrika's und zur Ausbeutung der reichen Schätze dieses Erdtheils beitragen. Allein die unentschiedenen, augenscheinlich einer Katastrophe zudrängenden Verhältnisse des Orients wirken lähmend auf Egypten, wie auf Griechenland und auf die Donaufürstenthümer ein. Erst nachdem die altersschwache Pforte dem Schicksale ihren Tribut bezahlt haben wird, kann der Orient, erst nachdem der Despotismus besiegt sein wird, der Occident zu neuem Leben erwachen.

# Siebenter Abschnitt.

## Die Nordamerikanischen Freistaaten.

### § 77. Entwickelung der Union bis 1812.

Das Jahr 1789, welches für Europa den Anfangspunkt einer ganzen Reihe von Revolutionen und Kriegen bildete, schloß für die vereinigten Staaten Nordamerika's den Zeitabschnitt der Revolution, des Krieges und innerer Wirren ab. Im Anfange dieses Jahres wurde die Unionsverfassung von dem Volke angenommen. Erst im November des Jahres trat übrigens Nord-Carolina bei. Noch später (im Mai 1790) schloß sich Rhode Island an und machte die Zahl der dreizehn Staaten voll. Am 30. April desselben Jahres wurde die Centralregierung feierlich eingeführt. Das Volk erwählte Georg Washington mit seltener Einstimmigkeit zum Präsidenten der Union.

Der Sitz der Centralregierung war Anfangs in Philadelphia; erst zehn Jahre später wurde er nach Washington verlegt. Die Zahl der Einwohner betrug damals 3,929,000, unter welchen sich 695,000 Sklaven befanden.

Schon während der ersten Präsidentschaft Georg Washington's (1791) wurde Vermont, und das folgende Jahr (1792) Kentucky, dessen Gebiet zwei Jahre vorher von Virginien getrennt worden war, als ein besonderer Staat in die Union aufgenommen.

Im Jahre 1793 wurde Georg Washington wiederum zum Präsidenten erwählt. John Adams stand ihm während seiner ersten und zweiten Wahlperiode als Vice-Präsident zur Seite.

Damals wüthete schon der Krieg in Europa, welchen der Widerwille der Fürsten gegen die republikanische Verfassung entzündet hatte. Die große Frage war, ob die vereinigten Staaten daran Theil nehmen sollten. Noch hatte sich die vereinigte Union von den ihr durch den Unabhängigkeitskrieg geschlagenen Wunden nicht vollständig erholt. Ihr Gebiet war groß und ihre Bevölkerung klein. Sie konnte im Kriege mit den Großmächten Europa's nicht wetteifern. Sie war wohl mächtig auf eigenem Grund und Boden, doch um an einem auswärtigen, jenseits des Oceans geführten Kriege Theil zu nehmen, fehlte es ihr an allen Hülfsmitteln. Dazu kam, daß der in Europa geführte Krieg von Anfang an nicht ganz frei von Beimischungen blieb, welche befürchten ließen, daß sich in den Principienstreit bald auch Eroberungssucht, Ehrgeiz und Habgier mischen würden. Georg Washington hatte daher gewiß Recht, wenn er in einer Proclamation das Volk ermahnte, an diesem europäischen Kriege keinen Theil zu nehmen.

Nur zu bald hatten auch die Amerikaner, wie die Europäer, von den Uebergriffen der Franzosen zu leiden. Erbittert über die Neutralität der Nordamerikaner, erlaubte die französische Regierung ihren Capern, auch Schiffe der vereinigten Staaten aufzubringen. Mehrere hunderte derselben wurden unversehens genommen und von den französischen Behörden für gute Prise erklärt. Es entwickelten sich daraus Zerwürfnisse, welche erst am 20. September 1800 durch einen Friedensvertrag beigelegt werden konnten.

Im Jahre 1796 wurde Tennessee in die Union aufgenommen. In dem darauf folgenden Jahre (1797) zog sich Georg Washington, nach Ablauf seiner zweiten Präsidentschaftszeit, in das Privatleben zurück. Ihm folgte John Adams, welcher sich durch zwei von ihm veranlaßte Gesetze einen üblen Namen erwarb. Das eine derselben, das s. g. Fremdengesetz, gab dem Präsidenten das Recht, jeden Fremden, der ihm für den Frieden

und die Freiheit des Landes gefährlich erscheinen möchte, ohne weiteres auszuweisen. Nach dem andern, dem s. g. Aufruhrgesetze, konnten Alle, welche sich gegen irgend eine Maßregel der Regierung verschworen oder dagegen schrieben, druckten, äußerten oder veröffentlichten, oder auch irgendwie falsche, scandalöse und boshafte Schriften gegen die Regierung der Vereinigten Staaten oder irgend ein Haus des Congresses oder gegen den Präsidenten erließen, mit Gefängniß oder schweren Geldbußen bestraft werden.

John Adams wurde daher auch nicht wieder erwählt. Statt seiner trat Thomas Jefferson (4. März 1801) an die Spitze der Verwaltung. Die Wahl desselben war sehr schwierig gewesen. Nach der Verfassung damaliger Zeit bezeichneten die Wähler nicht, welche Person sie zum Präsidenten und welche sie zum Vice-Präsidenten wünschten, sondern bezeichneten sie nur zwei Personen. Diejenige derselben, welche die meisten Stimmen hatte, wurde Präsident, die andere Vice-Präsident. So kam es, daß Thomas Jefferson und Aaron Burr, von denen der erstere, nach dem Wunsche der Republikaner, Präsident, der letztere Vice-Präsident werden sollte, eine ganz gleiche Stimmenzahl hatten. Der Congreß mußte daher zwischen beiden entscheiden. Hier wiederholte sich dieselbe Erscheinung. Erst bei der sechsunddreißigsten Abstimmung erlangte Thomas Jefferson die gesetzlich erforderliche Stimmenmehrheit.

Die Föderalisten waren unterlegen. Mit Thomas Jefferson kamen die Republikaner an die Spitze des Staates. Die der Freiheit verderblichen Gesetze der vorhergehenden Verwaltung wurden aufgehoben. Die Bevölkerung war (1801) auf 5,319,762 Menschen gestiegen. Im Jahre 1802 wurde Ohio in die Union aufgenommen. Im folgenden Jahre (1803) brachte die Union durch einen mit Frankreich abgeschlossenen Vertrag Louisiana mit allem Lande bis zum stillen Ocean für die Summe von 15,000,000 Dollars an sich. Der englischen Regierung war dieser Kauf sehr unangenehm, doch die Vereinigten Staaten nahmen darauf mit gutem Grunde keine Rücksicht.

Von Jahr zu Jahr wuchsen die Vereinigten Staaten an Volkszahl und Macht. Bei jeder Gelegenheit zeigten sie, daß sie entschlossen seien, ihre Rechte zu behaupten und kein Unrecht stumpfsinnig zu dulden. Mit den Indianerstämmen, welche eines civilisirten Lebens oder auch nur einer den Regeln des europäischen Völkerrechts entsprechenden Kriegführung unfähig waren, entspannen sich wiederholt Streitigkeiten und blutige Kämpfe. Die Indianer betrachteten sich als ursprüngliche Herren des Landes. Sie erwogen nicht, daß sie das Land Jahrtausende hindurch im Zustande der Wildniß gelassen hatten. Ein Recht kann sich nur Derjenige Herr eines Landes nennen, welcher dasselbe bebaut, nutzbar und zum Sitze reiner Menschlichkeit macht. Allerdings behandelten die von Europa gekommenen Einwanderer und deren Nachkommen die Indianer nicht immer mit christlicher Milde und staatsmännischer Umsicht. Allein die mit Mord, Brand und Raub verbundenen plötzlichen Ueberfälle der Indianer erhitzten die Leidenschaften der Europäer nur zu oft mit gutem Grunde auf's Aeußerste, um so mehr, als sich bis auf den heutigen Tag alle Versuche der Europäer, die Indianer zu bilden, mit sehr wenigen unerheblichen Ausnahmen als erfolglos erwiesen. Die Vereinigten Staaten befanden sich daher in einem fast ununterbrochenen Kriegszustande mit den Indianern. Eine Zeit lang begünstigten die Engländer heimlich noch die Wilden. Früher oder später, mit größeren oder geringeren Opfern siegte die Civilisation aber immer über die Rohheit. Das Gebiet, in welchem die gebildeten Europäer oder deren Nachkommen wohnten, erweiterte sich von Jahr zu Jahr. Die wilden Indianerstämme wurden mehr und mehr nach dem Westen gedrängt, litten in den häufigen Kriegen unersetzliche Verluste und nahmen unausgesetzt an Volkszahl ab.

Jahrhunderte hindurch hatten die europäischen Staaten die Seeräuber der Nordküste

Afrika's ihr Unwesen treiben lassen, ohne demselben jemals mit Nachdruck entgegen zu treten. Kaum waren aber die Vereinigten Staaten in die Reihe der selbständigen Gemeinwesen eingetreten, so schlossen sie (1795) einen Vertrag mit Algier, durch welchen ihr Handel im mittelländischen Meere geschützt und die amerikanischen Gefangenen in Freiheit gesetzt wurden. Als dessenungeachtet der Bey von Tripolis den amerikanischen Handel beunruhigte, erschien eine amerikanische Flottille vor jener Seestadt und zwang den Bey zu einem Friedensvertrage und zum Austausche der Gefangenen.

Weit ernstlicher waren diejenigen Streitigkeiten, welche das von den Engländern behauptete Durchsuchungsrecht veranlaßte. Umsonst waren alle Beschwerden der Vereinigten Staaten. Erfolglos blieb die (1807) angeordnete Handelssperre und das (1809) beschlossene Nichtverkehrsgesetz. Die Uebergriffe, welche sich die englische Regierung erlaubte, wurden immer unerträglicher.

Mittlerweile war auf Thomas Jefferson, welcher, gleich Washington, zweimal hinter einander Präsident gewesen war, James Madison (1809—1817) gefolgt. Der Census des Jahres 1810 ergab eine Seelenzahl von 7,239,903. Diese hatte sich also seit den Zeiten des Unabhängigkeitskrieges mehr als verdreifacht. Sie hatte 1782 nur 2,203,000 betragen. Die englische Regierung, welcher die europäischen Seemächte keinen Widerstand entgegen zu setzen vermochten, glaubte, auch die Amerikaner zur Fügsamkeit zwingen zu können. Allein sie irrte sich im Jahre 1812 nicht minder, als im Jahre 1776. Damals hatten die Bewohner Nordamerika's noch nicht das kräftigende Bewußtsein errungener Freiheit. Im Laufe von sechsunddreißig Jahren hatte die Union einen so großartigen Aufschwung genommen, daß sie in gerechtem Vertheidigungskriege England weit leichter als früher die Spitze bieten konnte.

## § 78. Krieg mit England.

Die Vereinigten Staaten blieben auch nach dem Ende des Befreiungskrieges mit England in so mannichfaltigen und innigen Beziehungen, daß ein Krieg zwischen beiden Staaten als ein großes Unglück nicht blos für sie, sondern für die ganze Menschheit betrachtet werden mußte. Die beiden Völker, welche von allen mächtigen Nationen der Erde allein einen gewissen Grad von Freiheit besaßen und welche nicht lediglich auf der Gewalt beruhten, hätten der Welt ein Beispiel friedlicher Gesinnung geben sollen. Allein der Krieg, welchen England seit zwei Jahrzehnten fast ohne Unterbrechung mit Frankreich führte, hatte die Leidenschaften der Machthaber in ähnlicher Weise aufgeregt, als der Krieg, welcher dem nordamerikanischen Befreiungskampfe vorangegangen war.

Wir können die Ursachen des im Jahre 1812 zwischen England und Nordamerika ausgebrochenen Krieges nicht besser bezeichnen, als indem wir auf das Manifest des Präsidenten der Union verweisen, worin als solche genannt werden: „Britische Excesse, indem sie die amerikanische Flagge auf offener See, der Freibahn aller Nationen, insultirten — Pressen amerikanischer Seeleute — das Hetzen amerikanischer Fahrzeuge, während diese in ihren eigenen Häfen ein- oder ausliefen — das Tödten amerikanischer Bürger, und zwar noch innerhalb ihrer Territorialgränzen — das Erlassen von Befehlen, die Häfen feindlicher Länder zu blokiren, ohne zugleich zur Unterstützung und Legalisirung solcher Befehle die nöthigen Flotten zu verwenden; ferner, daß man solche Befehle von dem Tage ihres Erlasses an in Kraft gesetzt habe, worauf der amerikanische Handel in jedem Meere geplündert worden — die Anwendung heimlicher Agenten, um die Regierung der Union dem

Volke zu entfremden und die einzelnen Staaten ſelbſt gegen einander aufzuwiegeln — und endlich das Aufreizen der ohnedies ſchon feindlich geſinnten indianiſchen Stämme."

Auf den Grund dieſer Beſchwerden erklärten die Vereinigten Staaten (18. Juni 1812) den Krieg. Dieſer entbrannte ſofort zu Waſſer und zu Land: zu Waſſer in allen Theilen der Erde und zu Lande zugleich längs der Nordgränze und der geſammten Oſtküſte der Union. Zu Waſſer erlangten die Amerikaner, obgleich ihre Kriegsflotten ſich mit den engliſchen weder an Zahl der Schiffe, noch der Kanonen auch nur annäherungsweiſe meſſen konnten, manche Vortheile. Es ſtellte ſich durch eine Reihe blutiger Kämpfe feſt, daß unter gleichen Verhältniſſen die Amerikaner den Engländern zur See vollkommen gewachſen, wenn nicht überlegen ſeien. Im Landkriege waren durchſchnittlich die Amerikaner nicht ſo glücklich, als im Seekriege. Sie entwickelten bei jeder Gelegenheit große Kraft in der Vertheidigung ihres Gebietes. Doch die Angriffe, welche ſie auf engliſches Gebiet machten, namentlich in Canada, wurden aller Orten abgeſchlagen.

Den Engländern gelang es nicht, viele amerikaniſche Schiffe zu kapern. Die Amerikaner erbeuteten in kurzer Zeit zweihundertfünfzig engliſche Schiffe, und machten dabei dreitauſend Gefangene.

Der Krieg mit den Engländern wurde dadurch noch furchtbarer, daß demſelben ein Kampf mit den Indianern zur Seite ging. Tecumſeh, der Häuptling der Nation der Creecks, hielt den Augenblick für günſtig, die Weißen aus Amerika zu vertreiben. Die Creecks überfielen die Amerikaner (30. Auguſt 1812) im Fort Mims in der Tenſaw-Anſiedelung und machten ohne Unterſchied des Geſchlechts und des Alters Alles nieder, was ihnen in den Weg kam. Von dreihundert Männern, Frauen und Kindern konnten ſich nur ſiebzehn durch die Flucht retten.

General Jackſon ſchlug die Indianer bei Talladega und ſpäter am Fluſſe Tallagubia und zwang dadurch die Creecks, ſich zu unterwerfen.

Während des Krieges mit England entſpann ſich ein Principienſtreit über die Frage, ob Britten, welche in Amerika das Bürgerrecht erlangt hatten, von der engliſchen Regierung als Verräther behandelt werden dürften, falls ſie mit den Waffen in der Hand gefangen genommen würden. Die amerikaniſche Regierung war augenſcheinlich in ihrem vollen Rechte und die engliſche konnte ihre Behauptung nur rechtfertigen, inſofern ſie ihre Unterthanen als Leibeigene betrachtete, welche nicht das Recht hätten, nach eigener freier Wahl ihr Vaterland zu verändern.

Nach dem Pariſer Frieden vom Jahre 1814 ſchickte die engliſche Regierung eine Armee von vierzehntauſend Veteranen nach Canada, woſelbſt es in den erſten Tagen des Julimonats zu verſchiedenen Treffen in der Nähe des Niagara kam, welche aber zu keiner Entſcheidung führten. General Scott zeichnete ſich auf amerikaniſcher Seite aus und legte damals den Grund zu ſeinem Kriegsruhme. Im Anfange des Jahres 1814 fingen die Engländer an, gegen die Hauptſtadt der Union, Waſhington, zu operiren. Am 19. Auguſt ſegelte ein Theil ihrer Flotte den Patuxent hinauf und ſetzte ein Heer unter General Roß ans Land. Dieſer ſchlug die ihm entgegengeſchickten Milizen zurück, drang in Waſhington ein, ſengte und brannte in der Stadt gleich einem Barbaren, zerſtörte die Bibliothek und andere werthvolle Sammlungen und zog dann wieder ab, als die Amerikaner ſich in größerer Stärke ſammelten. Die größte Waffenthat des Krieges beſtand aber in der Abweiſung des Angriffes der Engländer auf New-Orleans.

Am 1. Januar 1815 eröffneten die Engländer, vierzehntauſend Mann ſtark, den Angriff auf die Stadt. General Jackſon hatte ihnen nur ſechstauſend Mann entgegen zu

ſetzen. Die Engländer wurden mit einem Verluſt von zweitauſendſechshundert Mann zurückgeſchlagen, die Amerikaner hatten nur ſieben Todte und ſechs Verwundete.

Als die Schlacht von New-Orleans geſchlagen wurde, war der Friede ſchon geſchloſſen. In Gent waren die Geſandten der kriegführenden Theile im Auguſt 1813 zuſammen getreten. Im Dezember 1814 kam endlich der Friede zu Stande. Dieſer beſtimmte, daß alle während des Krieges genommenen Plätze zurückgegeben und die beſtrittenen Gränzen regulirt werden ſollten. Der eigentliche Streitpunkt, das von den Engländern behauptete Unterſuchungsrecht, blieb unerörtert. Der Krieg zwiſchen England und Frankreich hatte mittlerweile aufgehört. Man betrachtete daher den Streitpunkt als thatſächlich beſeitigt und überging die dornenreiche Rechtsfrage mit Stillſchweigen. Im Laufe des Krieges wurde James Madiſon ein zweitesmal zum Präſidenten erwählt. Er hatte eine ſehr ſchwierige Stellung, indem die Föderaliſten, welche in den Neu-England-Staaten die Mehrzahl bildeten, mit aller Gewalt Frieden haben wollten. Sie weigerten ſich, ihre Miliz zu ſtellen und beriefen einen Convent nach Hartford; dort beſchuldigten ſie die Unionsregierung, den Intereſſen Neu-Englands feindſelig gehandelt zu haben, und beſchloſſen zugleich eine Adreſſe, in welcher ſie eine Aenderung der Conſtitution verlangten. Sie gingen in ihrer Widerſetzlichkeit ſo weit, daß ſie der Regierung erklärten, ſie würden ein eigenes Schutz- und Trutzbündniß ſchließen, falls die Regierung ihren Forderungen nicht entſprechen würde. Zum Glücke war damals der Friede ſchon geſchloſſen worden. Dieſe gehäſſigen und unpatriotiſchen Beſtrebungen hatten daher keine nachtheiligen Folgen für das Land. Sie bewieſen aber die außerordentliche Leidenſchaftlichkeit, mit welcher die Föderaliſten ihren Kampf mit den Republikanern führten.

## § 79. Die Zeit von 1815 bis 1860.

Nach dem Frieden von Gent erfreuten ſich die Vereinigten Staaten einer Periode faſt ununterbrochenen Friedens, welche nunmehr (Februar 1860) ſchon fünfundvierzig Jahre andauert. Zwar führte die Union (1815) Krieg mit Algier und (1846—1848) mit Mexiko; auch hatte ſie wiederholt kleine Scharmützel mit den Indianern, allein alle dieſe Kämpfe waren verhältnißmäßig von ſo geringer Bedeutung, daß ſie den Genuß des Friedens mehr würzten, als unterbrachen. Der Aufſchwung, welchen die Vereinigten Staaten nahmen, erhellt am deutlichſten aus der Zunahme der Bevölkerung. Vom Jahre 1782 bis 1810 war dieſelbe von 2,203,000 auf 7,239,903 Seelen geſtiegen. Im Jahre 1820 betrug ſie 9,638,191. Im Jahre 1830 erreichte ſie 12,866,020; im Jahre 1840 17,069,453, und 1850 23,256,244. Jetzt (1860) beträgt ſie ohne Zweifel über zweiunddreißig Millionen. Die durchſchnittliche Zunahme vom Jahre 1782 betrug in zehn Jahren beiläufig fünfunddreißig Procent. In den Jahren 1852 bis 1854 war aber die Einwanderung ſo außerordentlich groß, daß dieſelbe im Laufe dieſer drei Jahre allein die Zahl von 1,180,805 erreichte, von welchen die Mehrzahl aus erwachſenen Perſonen beſtand, welche mittlerweile ohne Zweifel ſchon viel für die Vermehrung der Volkszahl beigetragen haben.

In gleichem Verhältniß, als die Bevölkerung, nahm auch die Zahl der neuen Staaten zu. Zu den urſprünglichen dreizehn Staaten kamen hinzu: (1791) Vermont; (1792) Kentucky; (1796) Tenneſſee; (1802) Ohio; (1812) Louiſiana; (1816) Indiana; (1817) Miſſiſſippi; (1818) Illinois; (1819) Alabama; (1820) Maine; (1821) Miſſouri; (1836) Arkanſas; (1837) Michigan; (1845) Florida; (1845) Texas;

(1846) Jowa; (1847) Wisconſin; (1850) Californien; (1859) Minneſota und Oregon.

In der Organiſation ſind begriffen die Territorien: Neu-Mexico, Waſhington, Nebraska, Utah und Kanſas.

Es hat ſich alſo die Zahl der Staaten von dreizehn auf fünfunddreißig vermehrt, wozu fünf Territorien, das Indianergebiet und der Bezirk Columbia mit der Hauptſtadt Waſhington hinzukommen. Vorausſichtlich werden in wenigen Jahren die fünf obengenannten Gebiete als Staaten hinzutreten.

Noch raſcher, als die ländliche, hat ſich die ſtädtiſche Bevölkerung gemehrt. Neu-York, welches im Jahre 1790 nur 33,131 Einwohner zählte, hat ſich ſo außerordentlich vergrößert, daß es nach London und Paris unſtreitig die wichtigſte Stadt der Erde geworden iſt. Ihre Bevölkerung beträgt (1860) ohne Zweifel eine Million, und wenn wir die Bevölkerung von Brooklyn, Williamsburg, Hoboken und Jerſey-City, welche nur durch einen Zwiſchenraum von fünf Minuten von ihr getrennt ſind, dazu rechnen, ſo ſteigt die Bevölkerung noch um 250,000 Menſchen.

Gewöhnlich wird als einzige Urſache der zunehmenden Blüthe der Vereinigten Staaten deren Losreißung von England oder, mit anderen Worten, der glückliche Ausfall ihres Unabhängigkeitskrieges angenommen. Wenn wir jedoch etwas tiefer eingehen und den Gegenſatz zwiſchen den zwei großen Hälften der Union, zwiſchen dem freien Norden und dem ſclavenhaltenden Süden berückſichtigen wollen, müſſen wir als zweite Urſache die faſt in denſelben Zeitpunkt fallende Abſchaffung der Sclaverei hinzunehmen. Nimmermehr würden die Vereinigten Staaten auch nur annäherungsweiſe denjenigen Aufſchwung genommen haben, in welchem ſie noch immer begriffen ſind, hätten nicht die nördlichen Staaten die Sclaverei abgeſchafft. Die Entwickelung, welche die Vereinigten Staaten im Laufe von ſiebzig Jahren (1789—1859) nahmen, ging weſentlich vom Norden aus. Die freien Staaten nahmen nicht nur weit ſchneller, als die ſclavenhaltenden an Bevölkerung, Wohlſtand und Bildung zu, von ihnen gingen auch alle beſſeren Anregungen, welche den Süden vorwärts trieben, aus. Der Norden lieferte dem Süden die Ingenieure, welche deſſen Eiſenbahnen bauten, die Maſchinen, mit deren Hülfe er dieſelben nutzbar machte, die Lehrer für deſſen Schulen, die Capitalien für viele der großen Unternehmungen deſſelben und diejenige Ideenwelt, welche denſelben abhielt, in vollſtändige Barbarei zu verſinken.

Auf dem Gegenſatze zwiſchen Sklaverei und Freiheit beruhte weſentlich der ganze Entwickelungsgang, welchen die Union im Laufe der letzten ſieben Jahrzehnte nahm. Wir werden der Sclavenfrage einen beſondern Paragraphen widmen.

In ruhiger Folge kam ein Präſident nach dem andern. Keiner vermochte den raſchen Gang der Entwickelung der Union zu hemmen, während die meiſten derſelben durch ihre perſönliche Tüchtigkeit zum Gedeihen der Vereinigten Staaten das Ihrige beitrugen.

Auf den vierten Präſidenten, James Madiſon, folgte James Monroe (1817 bis 1825), John Quincy Adams (1825 bis 1829), Andreas Jackſon (1829 bis 1837), Martin Van Buren (1837 bis 1841). Wilhelm Heinrich Harriſſon ſtarb ſchon am 4. April 1841, nachdem er blos einen Monat die Präſidentenwürde inne gehabt hatte. Ihm folgte der Vice-Präſident John Tyler (4. April 1841 bis 3. März 1845), James Knox Polk (1845 bis 1849), Zacharias Taylor (5. März 1849 bis 9. Juli 1850). Durch den Tod dieſes Präſidenten wurde der Vicepräſident Millard Fillmore an deſſen Stelle berufen (9. Juli 1850 bis 3. März 1853). Dieſen löſte Franklin Pierce ab (1853 bis 1857).

Der gegenwärtige Präsident der Vereinigten Staaten ist James Buchanan, dessen Amtszeit noch bis zum 4. März 1861 läuft.

Nächst der ruhigen und friedlichen Entwickelung der Union, welche unausgesetzt vor sich ging, verdienen die Erwerbung von Ost- und West-Florida, welche die Vereinigten Staaten nach langwierigen Verhandlungen (1820) von der spanischen Regierung kauften, die Regulirung der zwischen England und der Union streitigen Grenze vermittelst des s. g. Ashburton Vertrages (1842), endlich der Krieg mit Mexico (1845 bis 1848) besonders hervorgehoben zu werden.

Längere Zeit hindurch hatten zwischen England und den Vereinigten Staaten verschiedene Reibungen stattgefunden. Diese wurden zum Theil durch den Wunsch einer Partei, Canada mit der Union zu vereinigen, theils dadurch hervorgerufen, daß in den früher abgeschlossenen Grenzverträgen aus Unkenntniß, oder weil man den fernen Ländern des Westens damals noch gar keine Bedeutung zugeschrieben hatte, die Grenze in höchst mangelhafter Weise festgesetzt worden war. Im Herbste des Jahres 1842 kam ein Vertrag zwischen beiden Mächten zu Stande, welcher die streitigen Fragen zu gegenseitiger Befriedigung erledigte.

Die Verhältnisse der englischen Colonien im Norden der Union waren, wenn auch (1838) eine Revolution in Canada stattfand, wohl geordnet, so daß es möglich war, zu einer friedlichen Verständigung über streitige Fragen zu gelangen. Anders verhielt sich die Sache an der Südgrenze der Union. Mexico fiel von einer Revolution in die andere. Die Finanzen dieses Staates befanden sich im schlechtesten Zustande. Die Verwaltung war so regellos und ordnungswidrig, daß die Centralregierung von Mexico mit den einzelnen Provinzen des Landes in häufige Conflicte gerieth und zahlreiche Bürger der vereinigten Staaten, welche von den mexicanischen Behörden mißhandelt worden waren, die Hülfe ihrer Regierung in Anspruch nahmen. Schon im Jahre 1842 riß sich Texas von Mexico los, schloß mit Großbrittannien einen Schiffahrts- und Handelsvertrag und wurde von den Vereinigten Staaten als selbständige Republik anerkannt. Viele Bürger der Union ließen sich in Texas nieder und setzten es durch, daß die Texaner um Aufnahme in die Union nachsuchten, welche denn auch (1845) stattfand.

Die mexicanische Regierung, mit welcher die amerikanische seit langer Zeit wegen verschiedener Entschädigungsforderungen im Streite lag, widersetzte sich der Losreißung von Texas, hielt die in Betreff der amerikanischen Entschädigungsforderungen abgeschlossenen Verträge nicht, und ließ sich auf weitere Entschädigungsforderungen, welche gemacht wurden, gar nicht ein. So kam es (1846) zum Kriege zwischen beiden Republiken.

Californien wurde schon im Jahre 1846 hauptsächlich durch die Bemühungen des Obersten Fremont gewonnen.

Von Norden her rückte General Taylor gegen Mexico vor und errang den glänzenden Sieg bei Buena-Vista (22. und 23. Februar 1846). Von der Ostküste her drang General Scott vor, eroberte Vera Cruz (27. März 1847) und gewann die Schlachten bei Cerro Gordo (18. April), bei Contreras und Churubusco (20. August), bei Molinos del Rey (8. Sept.) und bei Chapultepec (13. September). Am 14. September 1847 hielt er seinen Einzug in die Hauptstadt Mexico, worauf am 22. Februar 1848 Frieden geschlossen wurde. Mexico trat an die Vereinigten Staaten Ober-Californien, Neu-Mexico und Texas ab, erhielt dafür 15,000,000 Doll. ausbezahlt und wurde entlastet von allen amerikanischen Entschädigungsforderungen.

Die abgetretenen Provinzen, welche während ihrer Verbindung mit Mexico Jahrhunderte hindurch brach gelegen hatten, erwiesen sich unter den Fittigen der Union als höchst

Digitized by Google

fruchtbare Gegenden, Californien überdies als ein reiches Goldland, welches viel dazu beitrug, den Wohlstand der Union zu heben.

Diese Eroberungen machten die Vereinigten Staaten nach weiteren lüstern. Besonders war ihr Augenmerk auf Cuba gerichtet, doch bis zu dieser Stunde ohne Erfolg.

## § 80. Oeffentliches Leben. *)

In den meisten Staaten Europa's besteht kaum eine Spur öffentlichen Lebens. Die wichtigsten Angelegenheiten, sogar Verträge, welche die Verfassung des Staates betreffen, werden geheim gehalten und oft vergehen Jahrzehnte, bevor die Völker von denselben Kenntniß erhalten. Anders ist es in den Vereinigten Staaten Amerika's. Hier werden die wichtigsten Handlungen des öffentlichen Lebens, die Wahlen, von dem Volke selbst, andere wenigstens von dessen Vertretern vorgenommen, und beide von einer fesselosen Presse unausgesetzt besprochen. Die Freiheit der Vereine und der Versammlungen ist unbeschränkt. So oft es nöthig erscheint, macht das Volk von derselben Gebrauch. In keinem Staate der Welt besteht daher ein so reges öffentliches Leben, als in der Union. Dieses gilt übrigens nur von den nördlichen Staaten, in welchen die Sclaverei abgeschafft ist. In den Sclavenstaaten ist die Freiheit des Wortes, der Presse, der Vereinigung und der Versammlung in allen Fragen, welche sich, wenn auch noch so entfernt, auf die Sclaverei beziehen, vollständig vernichtet. Schon aus diesem Grunde gestaltet sich dort das öffentliche Leben ganz anders, als im Norden.

Das öffentliche Leben der Vereinigten Staaten besitzt eine Frische und eine Kraft, welche, trotz manchen mit demselben verbundenen Auswüchsen, Bürgschaft für eine schöne Zukunft der Republik leistet. Die Uebelstände lassen sich mit großer Bestimmtheit auf eine einzige Classe von Menschen zurückführen: auf die Aemterjäger. So niedrig, wie in den Vereinigten Staaten Amerika's, wird kaum in irgend einem Reiche Europa's um die Gunst des Souverains gebuhlt.

Die Aemterjäger fingen damit an, die wahrhaft guten Eigenschaften des amerikanischen Volkes, seine Geschäftsgewandheit, seinen Muth, seine Entschlossenheit, seinen Thatendurst u. s. w. in übertriebenem Maße zu preisen, fuhren in ihren Lobhudeleien fort, indem sie seine Habgier, Eroberungssucht, Eitelkeit und Herrschsucht für Tugenden ausgaben und sind nun auf dem Punkte angelangt, daß ihnen nichts weiter übrig bleibt, die gegen alles Lob stumpf gewordenen Massen zu kitzeln, als den unsinnigsten Vorurtheilen und verderblichsten Leidenschaften derselben zu fröhnen.

Unter dem Einflusse dieser verächtlichen Volksschmeichler wurde die Sclaverei im Süden für eine von Gott selbst begründete höchst segensreiche Anstalt ausgegeben, die Vernichtung aller persönlichen Freiheit, unter dem Vorwande der Beförderung der Mäßigkeit im Norden als die schönste Frucht amerikanischer Freiheit gepriesen, in Nord und Süd der krasseste Aberglauben und der wildeste Haß gegen die Ausländer gepredigt. Die Folge davon war ein langjähriger, gehässiger Kampf, welcher übrigens seit dem Jahre 1854 mehr und mehr zum Nachtheile der Sclavenhalter, der Mäßigkeitsnarren und der Fremdenhasser ausschlug.

Man thäte dem amerikanischen Volke Unrecht, wenn man keinen Unterschied zwischen ihm und seinen Beute suchenden Politikern machte. Das amerikanische

Volk besitzt Scharfblick genug, die in seiner Staatsverwaltung herrschende Corruption zu erkennen, allein es ist nicht im Klaren über deren eigentliche Urheber. Es besitzt hinreichende sittliche Kraft, um beim Anblicke der häufig an den Tag kommenden Niederträchtigkeiten seiner Beamten, Repräsentanten und Senatoren Entrüstung zu empfinden, allein die Männer von *reiner* Vaterlandsliebe und *ächtem* Freiheitsgefühle haben sich erst in neuerer Zeit zu einem Ganzen vereinigt in der republikanischen Partei, von welcher für die Zukunft der Union etwas Gutes erwartet werden kann.

Zu beklagen ist allerdings, daß das Pfaffenthum und der Geldsack nicht blos im Süden, sondern auch im Norden einen überwiegenden Einfluß ausüben. Die Europäer fühlen die Ketten, in welchen sie von ihren Zwingherren gehalten werden, auf das empfindlichste und harren der günstigen Gelegenheit, sie zu brechen. In Amerika ist aber bis zum heutigen Tage die überwiegende Anzahl, wenigstens unter demjenigen Theil der Bevölkerung, der sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt, entschieden auf der Seite des Pfaffenthums und des Geldsacks. Weit entfernt, sich des Zwanges zu schämen, der ihnen von diesen beiden Geißeln der Menschheit auferlegt wird, rühmen sie sich desselben, als eines Beweises der bei ihnen herrschenden Gottseligkeit und Ordnung, und blicken mit Verachtung auf diejenigen herab, welche sich dieselben Ketten nicht willig anlegen lassen. Doch da die öffentliche Meinung kräftig und ungefesselt ist, kann sich dieses schnell ändern, sobald das souveraine Volk von seinem gesunden Menschenverstande Gebrauch machen will. Die Amerikaner bedürfen keiner blutigen Revolutionen, um zu denjenigen Rechten zu gelangen, welche die Natur jedem Menschen bei seinem Eintritt in das Leben mitgegeben hat. Schon haben sie erkannt, daß etwas faul sein muß in ihrem Staate, denn der Schrei der Entrüstung gegen die herrschende Corruption wird von Tag zu Tage lauter. Die Frechheit, mit welcher die gemeinen Aemterjäger ihre dem Volke gegebenen Zusagen brachen, hat viele schlummernde Kräfte aus ihrem Schlafe geweckt und die Gewandtheit, mit welcher die Tagespolitiker die verschiedensten Ansprüche bereitwilligst genehmigten, um ihre Wahl durchzusetzen, und verhöhnten, nachdem sie durchgesetzt war, kann von einem so kräftigen Volke, als das amerikanische ist, unmöglich lange noch geduldet werden.

Die Corruption, über welche aller Orten öffentlich geklagt wird, und für welche wir im Laufe dieses Abschnitts zahlreiche Beweise beibringen werden, muß eine entsprechende durchgreifende Ursache haben, und diese läßt sich zurückführen auf den Mangel eines richtigen Gleichgewichts zwischen Religion und Gewissenhaftigkeit. Wenn die Amerikaner dieselbe Zeit, Kraft und Anstrengung, welche sie, unter dem Einflusse ihrer Geistlichen, der Kirche widmen, selbständig und frei auf das bürgerliche Leben verwendeten, so würde sich dieses bald ganz anders gestalten. Von tückischen Pfaffen verführt, opfern sie aber einen guten Theil dieses irdischen Lebens einem ihnen vorgespiegelten Himmel jenseits dieser Erde auf und üben, im Widerspruche mit dem Christenthume nicht minder, als mit dem gesunden Menschenverstande, statt Menschendienst Pfaffendienst, statt Gerechtigkeit und Wohlwollen kirchliche Ceremonien.

In keinem Staate der Welt, selbst England nicht ausgenommen, ist die Presse gesetzlich und thatsächlich so frei, als in der Union. Keine Censur, keine Abgaben und auch keine zu harten Strafgesetze hemmen in Amerika die Mittheilung der Gedanken durch die Druckerpresse. Die Zahl der Blätter ist auch in der That unermeßlich. Fast jedes kleine Städtchen hat sein Lokalblatt und in jedem Orte von einigen tausend Einwohnern bestehen deren mehrere neben einander. Allein wie es in Amerika keine Partei gibt, welche dem Fortschritte, der Humanität, edler Freiheit auf allen Gebieten des Lebens huldigt, so gibt es auch keine Zeitung, welche in solchem Geiste strebt. Das eine Blatt ist freisinnig in

Betreff der Sclaverei, aber beſchränkt in religiöſer Beziehung, oder gehäſſig den Ausländern gegenüber. Das andere ſpricht ſich freier in dieſen beiden Fragen aus, allein es iſt an die Sclavenhalter verkauft.

Wie die Tagesblätter, ſo dienen auch die meiſten Bücher, welche in der Union Glück machen, nur perſönlichen oder parteiiſchen Zwecken. Einen beſonders verderblichen Einfluß auf den geſunden Menſchenverſtand des Volkes üben die Millionen von Traktätchen, womit die Pfaffen der verſchiedenen Bekenntniſſe das Land überſchwemmen, worin ſie den kraſſeſten Aberglauben fördern und die gehäſſigſten Vorurtheile gegen Andersglaubende nähren. Selbſt der ſo ſehr und mit Recht gefeierte Roman der Frau Beecher-Stowe, „Onkel Tom's Cabin," hat eine durchaus frömmelnde Richtung und verdankt gerade dieſer einen großen Theil des Beifalls, den er gewonnen.

Nirgends erhält das Publikum für zwei Cents (einen engliſchen Pfennig, oder drei Kreutzer) eine ſolche Maſſe von Leſeſtoff, als in Amerika. Nirgends werden ſo große Koſten und ſo viel Mühe angewandt, die Neuigkeiten ſo ſchnell zu erlangen und mitzutheilen, als in den Vereinigten Staaten. Die amerikaniſchen Zeitungsſchreiber beſitzen unſtreitig große Tüchtigkeit in der Darſtellung, und Gewandtheit, ihre Anſichten zu vertheidigen und ihre Abſichten zu beſchönigen. Allein ſie ſind meiſtens weitſchweifig und nicht ſelten ſuchen ſie, Gründlichkeit durch Keckheit zu erſetzen.

Die politiſchen Parteien Amerika's tragen daſſelbe Gepräge, wie deſſen Preſſe. Zur Zeit der engliſchen Herrſchaft theilten dieſſeits, wie jenſeits des Oceans Tories und Whigs das öffentliche Leben in zwei feindliche Lager. Als der Sieg gewonnen und die Republik begründet war, wollte natürlich Niemand mehr Tory ſein. Dieſe Partei fiel daher ganz hinweg. Diejenigen Amerikaner, welche in den Gewohnheiten und Anſichten England's noch einen weſentlichen Anhaltspunkt fanden, thaten ſich unter dem Namen von Föderaliſten zuſammen, während die mehr dem Fortſchritte geneigte Partei ſich die republikaniſche nannte. Später legten ſich dieſelben Parteien die Namen Whigs und Demokraten bei. Nach der Erwählung Franklin Pierce's löſte ſich das alte Parteiweſen mehr und mehr auf. Unter dem Namen der Amerikaner nahm die Partei der Nativiſten, welche ſeit den Zeiten des Unabhängigkeitskriegs wiederholt ihren Haß gegen die Ausländer zur Grundlage ihres Programms gemacht hatten, einen neuen Anlauf. Allein nach wenigen Jahren waren ſie faſt gänzlich aus dem Felde geſchlagen. Der Gegenſatz zwiſchen den um ſich greifenden Sklavenhaltern und den widerſtrebenden Freunden der Freiheit trat mehr hervor. Der Kampf zwiſchen den Vertretern der Sclaverei und der Freiheit wurde die Angel, um welche ſich das ganze politiſche Leben der Union drehte. Zwar gelang es der Sklavenhalterpartei, welche ſich in höchſt unpaſſender Weiſe die demokratiſche nennt, ihren Präſidentſchafts-Candidaten, James Buchanan, durchzuſetzen. Ihre Gegner, die Republikaner, unterlagen mit dem ihrigen, Fremont; allein deſſenungeachtet haben die Republikaner unausgeſetzt tüchtige Fortſchritte gemacht. Sie beſitzen die Mehrheit im Repräſentantenhauſe des Congreſſes und können hoffen, dieſelbe bald auch im Senate zu erringen.

Seit 1854 haben die beſſeren Elemente des öffentlichen Lebens von Jahr zu Jahr an Kraft zugenommen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, gehen die Zeiten der Herrſchaft der Partei der Sklavenhalter ihrem Ende entgegen. Erſt wenn ſie beſiegt ſein wird, läßt ſich eine großartige Entwickelung der Grundſätze der Freiheit ſowohl in den inneren, als den auswärtigen Angelegenheiten der Union erwarten.

Digitized by Google

## § 81. Privatleben.

Das Privatleben der Bürger der Vereinigten Staaten hat große Aehnlichkeit mit demjenigen der Engländer. Die größere Freiheit, welche das öffentliche Leben der Amerikaner beseelt, verleiht aber auch ihrem Privatleben einen frischern Charakter. Der Amerikaner verehelicht sich gewöhnlich in jüngeren Jahren, als der Engländer, oder der Deutsche. Die Frauen nehmen durchgehends eine würdigere Stellung ein, als in irgend einem andern Lande der Erde, und selbst die Kinder erfreuen sich einer schonungsvolleren und freundlicheren Behandlung, als irgendwo sonst.

Auf dem Lande theilt das Weib die Mühen des Mannes. Wenn er das Feld bestellt, und Holz haut, melkt sie die Kühe, und wartet des Gartens. Gemeinsam fahren die Eheleute häufig zu Markte, und gemeinsam besuchen sie des Sonntags die Kirche. Auch in den Städten nimmt die Frau der ärmeren Klasse die Hälfte der Arbeit auf sich, obgleich jede Anstrengung, welche über ihre Kräfte geht, von der öffentlichen Meinung mit Recht auf's bitterste getadelt wird. Im allgemeinen ist der Amerikaner, welcher sonst sich nicht durch Höflichkeit und Zartheit auszeichnet, gegen das weibliche Geschlecht rücksichtsvoll und die Verletzung des Anstands, einer Frau gegenüber, wird aller Orten scharf gerügt, weit schärfer, als wenn sie einem in der gesellschaftlichen Rangordnung weit höher stehenden Manne widerfahren wäre. Die Frauen der wohlhabenden Städter beschränken ihre Geschäfte gewöhnlich auf ihre Familien, und da ihnen außerdem viele freie Zeit übrig bleibt, so treibt sie ihr Sinn für Thätigkeit, an mannigfaltigen Gesellschaften für allgemeine Zwecke Antheil zu nehmen. Die Geistlichkeit versteht dieses trefflich auszubeuten, und zieht sich in den Frauen die wirksamsten Agenten für die Ausbreitung und Befestigung ihrer Macht heran. Die Künste und die Wohlthätigkeit werden hauptsächlich durch die Frauen gefördert und gehoben.

In der s. g. höheren Gesellschaft giebt die Frau noch unbedingter, als in der alten Welt den Ton an, und da dieses von dem Standpunkte des gesunden Menschenverstandes beurtheilt, ein sehr falscher ist, so entsteht daraus eine große Disharmonie. Die dem weiblichen Geschlechte gebührende Achtung und Rücksicht wird in's Ueberschwengliche getrieben, und hat zur Folge, daß die Frau sich nur als Gegenstand der Verehrung Anderer, nicht als selbstständigen, in die Verhältnisse eingreifenden Charakter betrachtet. Nur durch schwere Schläge des Schicksals wird sie gewöhnlich aus ihrem Schlaraffenleben erweckt und empfindet dann die Rauheit des Alltagsleben doppelt schwer.

Dagegen verdienen die Bestrebungen der amerikanischen Frauen hervorgehoben zu werden, ihre politische Gleichstellung mit den Männern zu erobern. Denn hierin gehen sie der ganzen übrigen Frauenwelt mit einem rühmlichen Beispiele voran, und auf diesem Felde ist bereits so kräftig vorgearbeitet, daß die Aussicht auf einen endlichen Sieg, wenn auch vielleicht noch ferne liegend, doch immer näher rückt. Die Versammlungen, auf welchen die Frauen von Jahr zu Jahr die Grundsätze öffentlich besprechen, aus denen sie die ihnen zukommende Stellung im Staate ableiten, haben die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Im Schooße der Frauenwelt machen sich nicht minder, als bei den Männern, die verschiedenartigsten Religions-Anschauungen geltend. Die Einen stehen auf dem Boden der hergebrachten Religionsgesellschaften, die Anderen haben sich auf den höhern Standpunkt der Vernunft hinangeschwungen. Antoinette Brown kann als Vertreterin der kirchlichen, Frau Ernestine Rose als die Stimmführerin der vernunftmäßigen Richtung bezeichnet werden. Neben diesen beiden Frauen wirken aber viele andere in gleichem Sinne für die

Digitized by Google

geſetzliche Emancipation ihres Geſchlechts mit. Wir nennen unter vielen Fräulein Lucy Stone, Frau Oakes Smith und Frau Lucretia Mott. Die Grundſätze von welchen ſie ausgehen, ſtellten die Abgeordneten der Frauen vor dem Senats-Comite von New York dar, wie folgt. Fräulein Brown ſprach im weſentlichen:

Der Mann beſitzt unſtreitig mehr Körperkraft als die Frau. So lange dieſe den Grund aller Herrſchaft bildete, war die Frau ihm untergeordnet, zuerſt Sclavin, ſpäter Schutzbefohlene. Dieſe Verhältniſſe der Unterordnung müſſen aufhören, wenn an die Stelle des Körpers der Geiſt, ſtatt der Gewalt das Recht herrſchen ſollen. Der Mann kann die Frau nicht vollſtändig vertreten. Er kann weder als Geſetzgeber, noch als Richter die Intereſſen, Gefühle und Anſprüche der Frau eben ſo richtig würdigen, als dieſe ſelbſt. Die Geſetze enthalten keine weiblichen Elemente. Unter den Geſchworenen findet ſich keine Frau, und dennoch kommen Verbrechen vor, bei deren Beurtheilung alles von einer richtigen Auffaſſung der Verhältniſſe abhängt, die dem Weibe geboten werden. Die Beſteuerung der Frauen durch Männer iſt ungerecht. Beide Geſchlechter ſollen gleiche Abgaben zahlen und dennoch iſt der Frau nicht die gleiche Gelegenheit durch die Geſetze gegeben, zu erwerben, welche der Mann beſitzt. Die Einwürfe, welche ihnen entgegen geſetzt wurden, beweiſen am deutlichſten die Nothwendigkeit, den Frauen geſetzliche Gleichheit zu gewähren. Man behauptet, das öffentliche Leben ſei zu rauh für das zarte Weib. Es iſt nur aus dem Grunde ſo, weil die Frau bisher davon ausgeſchloſſen war. Es wird aufhören, an dieſem Gebrechen zu leiden, wenn der Frau der ihr gebührende Einfluß darauf geſtattet wird. Man mache einmal den Verſuch! der Erfolg wird jeden Einwand niederſchlagen. Die Frau fühlt, daß ſie einen höhern Beruf hat, als ihr bisher eingeräumt wurde. Sie verlangt ihr gutes Recht nach dem göttlichen Grundſatze: „thut Anderen, wie ihr wollet, daß ſie euch thun ſollen."

Frau Erneſtine Roſe ſtellte ſich auf den Standpunkt der Unabhängigkeits-Erklärung. „Dieſe," bemerkte ſie, „geht von dem Grundſatze aus: alle Menſchen ſind gleich geſchaffen, alle haben das Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück. Sollen die Frauen von dieſen öffentlich verkündeten Rechten ausgeſchloſſen werden? Glück und Elend, Leben und Tod erkennen kein Geſchlecht an."

Unſeres Erachtens können die Frauen übrigens nur dadurch Gleichheit vor dem Geſetze erringen, daß ſie von allen denjenigen Rechten, welche die Geſetze ihnen jetzt ſchon verleihen, einen ausgedehnten und gemeinnützigen Gebrauch machen, daß ſie namentlich in allen denjenigen Aemtern, welche ihnen offen ſtehen, z. B. als Lehrerinnen, ſich bewähren.

Wenn ſie ſich als geſchäftstüchtig im praktiſchen Leben erwieſen haben, wird ihnen gleiches Recht mit den Männern auch in weiteren Kreiſen nicht länger mehr vorenthalten werden.

Den Glanzpunkt des amerikaniſchen Lebens bildet das Geſchäft (business).

Dieſes leidet nicht an den Mängeln der kirchlichen und der ſtaatlichen Thätigkeit. Es iſt das großartigſte der Welt, obgleich der jungen Republik noch lange nicht die Hülfsmittel zu Gebote ſtehen, wie ſie z. B. England beſitzt. Der Amerikaner iſt ein geborener Geſchäftsmann. Die ganze Erziehung der Jugend iſt auf das Geſchäft berechnet und die Religion nicht minder als der Staat muß ſich ihm unterordnen, denn die geſchäftliche Seite iſt auch in deren Schooße die Hauptſache. Der Geiſtliche und der Politiker wollen gleich dem Kaufmann und dem Handwerker vor allen Dingen gute Geſchäfte machen, und die Rückſicht auf das Geſchäft beſtimmt weit mehr, als die Ueberzeugung den Antheil, welchen das Volk an Kirche und Staat nimmt.

damit noch mannigfaltige andere Bestrebungen verbunden. Der Amerikaner will seine Kraft üben, zu Ansehen und Geltung gelangen. Ohne Geschäft mag in Europa Mancher die höchsten Ehren in Kirche und Staat erreichen, in Amerika kann Niemand ohne geschäftliche Thätigkeit auch nur die niedrigste Sprosse der Stufenleiter der Gewalt ersteigen. Der außerordentlichen Geschäftsthätigkeit der Amerikaner allein sind die vielen und großen Schöpfungen beizumessen, welche in verhältnißmäßig kurzer Zeit erstanden sind. Auf keinem Gebiete zeigen sich in so überraschender Weise die glorreichen Früchte der Freiheit. Der Amerikaner ist mit seinem Geschäfte gewöhnlich schon halb fertig, bevor der Europäer nur die Schwierigkeiten beseitigt hat, welche ihm Landesgesetze und Landesgewohnheiten entgegen stellen. Unter tausend Beispielen, welche uns zu Gebote stehen, heben wir die vor sechs Jahren eröffnete Eisenbahn hervor, welche den atlantischen Ocean mit der Südsee verbindet und den ganzen Weg um Südamerika herum abschneidet. Was im Laufe von Jahrhunderten die mächtigsten Völker der Erde umsonst versuchten, was die Krone Spanien's, als sie ganz Südamerika und einen Theil Nordamerika's besaß, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln nicht zu erreichen vermochte: — die gerade Straße nach Ost-Asien — das führten einige Geschäftsleute von New-York im Laufe weniger Jahre aus. Ohne Zweifel werden bald Schienenwege über die ganze Breite des Continents die Hafenstädte des Ostens mit denjenigen des Westens verbinden.

Der Geschäftsthätigkeit der Amerikaner allein sind die unzähligen Städte zuzuschreiben, welche mit zauberhafter Schnelligkeit an allen günstig gelegenen Punkten emporblühen. Wo vor wenigen Jahren nur die Indianer jagten, werden ganze Strecken vermessen, Pläne zu Städten entworfen, Bauplätze ausgesteckt und bald steht eine Stadt, welche mit den Vortheilen des gebildeten Lebens diejenigen unermeßlicher Reichthümer an Grund und Boden vereinigt.

Die schlimme Seite des vorherrschenden Geschäftstriebes ist aber, daß bei Eisenbahnen, Dampfschiffen und allen Arten von Bauten und Einrichtungen die persönliche Sicherheit der Rücksicht auf Geldgewinn untergeordnet wird. Um hohe Procente zu ziehen, wird so wohlfeil, als nur immer möglich, gebaut. An schwindelnden Abgründen schnaubt die Locomotive vorbei, ohne daß eine Brustwehr das Leben der Reisenden schützt. Kömmt ein Bahnzug aus dem Geleise, so stürzen die Wagen hinab in die Tiefe und was bei gehörigen Vorsichtsmaßregeln nur einen kleinen Zeitverlust herbeigeführt hätte, bringt oft Hunderten von Menschen den Tod, schwere Wunden und die Vernichtung ihres Eigenthumes. Die Zahl der Angestellten ist immer so gering, und es wird denselben so viel zugemuthet, daß sie Heroen sein müßten, um nicht einmal sich eines Vergehens schuldig zu machen. Die Folge eines solchen ist aber gewöhnlich Tod und Verderben für ganze Schaaren von Reisenden. Ein Bahnwärter schläft in übermäßiger Ermüdung ein und eine ganze Wagenreihe stürzt über die Brücke hinab, welche geöffnet wurde, um Schiffe hindurch zu lassen. Ein Zugführer sieht durch den Nebel nicht die Laterne eines ihm begegnenden Bahnzuges, den er nicht erwartet hatte, und zwei Locomotive fahren mit der Schnelligkeit des Pfeiles auf einander zu, die Wagenzüge zertrümmern sich gegenseitig. Unersetzliche Menschenleben gehen verloren. Die alte Einrichtung wird nicht verändert. Alles bleibt wie zuvor. Die Staatsgewalt schreitet nicht ein, die Gefahr nimmt nicht ab. Was bei den Eisenbahnen der knappe Zuschnitt, ist bei den Dampfschiffen der Wetteifer concurrirender Gesellschaften. Jede will die Fahrten auf's Schnellste zurücklegen. Capitain, Ingenieure und Heizer werden durch den ihnen gegebenen Impuls fortgerissen. Man schüttet Kohlen, Holz, Theer, was nur brennen will, in die Flammen, um viel Dampf zu erzeugen. Früher, als gewöhnlich verflüchtigt die Hitze das Wasser im Kessel. Dieser

wird glühend, springt, versengt die Einen, schleudert die Anderen in die Wogen und Hunderte finden auf einmal ihren Tod oder Verstümmelungen, die sie auf Zeitlebens unglücklich machen.

Dieses sind allerdings höchst betrübende Erscheinungen. Allein derselbe Eifer, welcher den Amerikanern bisweilen den Tod bereitet, überwindet auch viele Schwierigkeiten, welche von anderen Völkern für durchaus unüberwindlich gehalten werden.

Der Mann, welcher sich niederlassen will, stößt nirgends auf Hindernisse. Gemeinde und Staat beschränken ihn nicht und besteuern ihn nicht, bevor sein Geschäft im Gange ist. Die Polizei bewacht ihn nicht ängstlich und lähmt nicht seinen Flügelschlag. Während in der alten Welt Zunftzwang, Gemeindeverfassung, religiöse Unduldsamkeit und Staatsgenehmigung jede Niederlassung erschweren, oft ganz unmöglich machen, läßt sich der Amerikaner nieder, wo und wie er will, ohne irgend eine Behörde deßhalb anzugehen.

Jener kleinliche Brodneid, die Frucht Jahrhunderte alter Zunftbeschränkungen, ist unter den Amerikanern unbekannt. Häufig lassen sich neben einander in einer Straße zehn, zwanzig Handwerker oder Kaufleute desselben Geschäftszweiges nieder. Die große Zahl derselben ruft eine entsprechende Kundschaft herbei. Alle können neben einander bestehen. Findet sich diese nicht, so ergreift der Amerikaner schnell ein anderes Geschäft. Der Kaufmann wird Handwerker, dieser Kaufmann, der Arzt legt eine chemische Fabrik oder eine Apotheke an, der Kaufmann wird Billardfabrikant, wie es gerade kömmt, und wie sich gute Aussichten bieten. Der Städter zieht auf das Land, der Landbewohner in die Stadt mit einer Leichtigkeit, von welcher man in der alten Welt keinen Begriff hat. Ein Umzug, welcher in Europa viele Tage und ein Dutzend Männer erfordert, wird in Amerika in wenigen Stunden abgemacht. Es fahren so viele auf Federn ruhende Wagen, als man braucht, vor, die Habseligkeiten füllen einen nach dem andern. Die allzu zerbrechlichen Gegenstände trägt man in der Hand. In einem halben Tage ist ein großer Umzug auf die Entfernung mehrerer Meilen vollendet.

Wenn ein Unfall einen Amerikaner zwingt, Geschäft, Wohnort oder Lebensverhältnisse zu ändern, so geschieht dieses rasch und leicht. In Europa würde derselbe den Mann auf Zeit Lebens ruinirt haben. In Amerika wird das Unglück häufig eine Stufe, welche zu höherem Glück führt. Im schlimmsten Falle ist es für einen unternehmenden Mann Sporn zu neuer Anstrengung, welcher sich nirgends unüberwindliche Schwierigkeiten entgegensetzen.

## § 82. Die Sklavenfrage.

Den wunden Fleck des amerikanischen Lebens bildet die Sklaverei. Sie verpestet nicht blos den Süden, woselbst allein sie besteht, sondern insofern auch den Norden, als die ganze Verfassung der Union auf ihr beruht und der Süden im Norden Knechte besitzt, welche in unnatürlichem Bunde mit den Sklavenhaltern statt für die Freiheit des Nordens, für die Sklaverei des Südens kämpfen.

Die Sklaverei bildet den Angelpunkt des gesammten öffentlichen Lebens in den Vereinigten Staaten. Die Congreßverhandlungen beruhen wesentlich auf der Frage, ob die Union im Sinne und zum Vortheil der Sklavenhalter oder der freien Arbeit verwaltet werden soll. Diese Frage kömmt in Betreff der gesammten inneren und auswärtigen Verhältnisse immer wieder vor. Von ihr sind die Fragen abhängig: unter welchen Bedingungen neue Staaten in die Union aufgenommen, neue Territorien d. h. im Werden

Gesetzgebung und Rechtspflege, die Besetzung der Richterstellen u. s. w. hängen auf's Innigste mit der Sklavenfrage zusammen.

Der Krieg mit Mexico in den Jahren 1846 bis 1848 und die Versuche, welche gemacht wurden, Cuba zu gewinnen, fanden wesentlich im Interesse der Sklavenhalter statt. Das Sklavenfang-Gesetz, welches den Norden zwingt, flüchtige Sklaven an den Süden zurückzuliefern, die Kansas-Nebraska-Bill, welche ein großes, früher der Sklaverei verschlossenes Gebiet derselben wieder öffnete, der Krieg in Kansas, welchen die Sklavenhalter anzettelten, um die Sklaverei in dieses Territorium einzuführen — und tausend andere brennende Fragen des Tages hängen alle von der Sklaverei ab.

Während in den civilisirten Staaten Europa's die letzten Reste der Leibeigenschaft zertrümmert wurden, hat die Sklaverei in Amerika eine immer steigende Bedeutung gewonnen. Von allen politischen Parteien war seit *langer* Zeit keine so mächtig, als diejenige der Sklavenhalter. Erst seit dem Jahre 1855 hat sich derselben in der republikanischen Partei eine Organisation entgegengestellt, welche ihr die Spitze bietet.

Das Gebiet der Sclavenstaaten ist um 200,000 Quadratmeilen größer, als dasjenige der sogenannten freien Staaten, es beträgt 842,000 gegen 642,000 Quadratmeilen, und obgleich die Bevölkerung derselben nach dem Census von 1850 vier Millionen weniger, nämlich 9,600,000 gegen 13,600,000 Einwohner zählt, und darunter 3,272,000 Sklaven sind, so daß die freie Bevölkerung nicht sechs und eine halbe Million ausmacht, und obgleich bei der Vertretung im Congresse der Sklave nicht vollzählt, vielmehr nur zu drei Fünftheilen, so haben doch die Sklavenbesitzer in Folge der Organisation, welche sie zu Stande gebracht haben, eine so gebietende Stellung in der Union eingenommen, daß lange Zeit keine andere Partei sich entfernt mit ihnen messen konnte.

Die Corruption, über welche aller Orten so laut geschrieen wird, findet in der Sklavenhalterpartei ihre eigentliche Quelle. Denn da sowohl im Senate, als im Repräsentantenhause die freien Staaten das Uebergewicht haben, im Verhältniß von zwanzig zu fünfzehn, im Hause nicht blos wie 13,600,000 zu 9,600,000, sondern in einem noch günstigern (da die Sklaven nicht voll zählen), so haben die Sklavenhalter ihre Macht fast nur der Corruption beizumessen. Diese Thatsache für sich allein beweist die Sinnlosigkeit der Behauptung, welche die Sklavenhalter und deren Freunde oft aufstellen, nämlich, daß die Sklaverei eine Sache des Südens sei, welche den Norden gar nichts angehe. Der Süden verlangt, daß der Norden ihm seine flüchtigen Sklaven einfange und ausliefere. Die Zahl der Sklaven bestimmt die Zahl der Mitglieder des Repräsentantenhauses, die Zahl der Sklavenstaaten entscheidet über die Anzahl der Mitglieder des Senats. Obgleich die Sklaven selbst keine Stimme haben, machen sie doch Masse für die Wahl des Präsidenten nicht minder, als der Mitglieder des Repräsentantenhauses.

Präsident und Congreß, auf deren Wahl die Sklaven einen so bedeutenden passiven Einfluß üben, machen Gesetze für die gesammte Union, vertreten sie dem Auslande gegenüber, und bestimmen in hohem Maße die Geschicke der gesammten Vereinigten Staaten. Wenn ungeachtet aller dieser Thatsachen der Südrn sich nicht entblödet, dem Norden jede Einmischung in die Verhältnisse der Sklaverei zu verwehren, so beweist dieses nur, daß die Sklavenhalter sich die größten Anmaßungen den s. g. freien Staaten gegenüber erlauben. Ein geistiger Kampf ist mit den Sklavenhaltern fast gar nicht möglich, denn allen Gründen setzen sie nur Drohungen entgegen. Von der Festhaltung irgend eines Standpunkts kann ihnen gegenüber gar keine Rede sein. Wenn es sich frägt, wie die Bevölkerung in der gesetzgebenden Behörde vertreten sein, welchen Antheil sie an der Wahl des Präsidenten haben soll, so sind die Sklaven Menschen, zwar nicht volle, allein doch zu drei Fünftheilen.

Handelt es ſich dagegen um privatrechtliche Fragen, ſo ſind ſie nur Sachen, welche Geldwerth haben. In allen geſchlechtlichen Beziehungen ſind die Sklaven Menſchen. Kein Sklavenhalter, welcher mit ſeiner Sklavin Kinder zeugt, hält ſich des Verbrechens der Sodomiterei ſchuldig. Iſt er aber ſeiner Gefährtin müde, ſo iſt ſie wieder Sache, die er verkauft, wie es ihm beliebt. Wird ein Verbrechen begangen, ſo ſind die Sklaven Menſchen, inſofern ſie wie andere, gehängt und eingeſperrt werden können. Sie ſind aber Sachen, inſofern ſie gegen einen Weißen Zeugniß ablegen ſollen. Ihr Eid hat dann keine Bedeutung. In Betreff des Unterrichts ſind ſie theils Menſchen, theils Sachen. Sie dürfen, bei ſchwerer Strafe, weder im Leſen und Schreiben, noch in anderen edleren menſchlichen Beſtrebungen unterwieſen werden. Gegen den Unterricht im Arbeiten auf den Plantagen, im Nähen und Stricken, Backen und Kochen und ähnlichen Dingen, welche unmittelbar Geld eintragen, haben die Herren nichts einzuwenden. In der Religion dürfen ſie nur inſofern belehrt werden, als dieſe die Unterwürfigkeit gegen ihre Herren als eine ihnen von Gott auferlegte heilige Pflicht darſtellt. Es iſt einleuchtend, daß auf dieſe Weiſe alle Begriffe verwirrt, und alle Gefühle verkehrt werden. Hierunter leiden nicht blos die Sklaven, welche ſich nicht immer täuſchen laſſen, ſondern auch deren Herren, deren Verſtand unklar und deren Gefühle verdorben werden. Die Drohung, ſich vom Norden zu trennen, welche die Sklavenhalter bei jeder Gelegenheit ausſprechen, deutet am beſtimmteſten an, wie wenig Vaterlandsliebe ſie beſitzen, und die Heftigkeit, mit welcher ſie alle ihre Anſprüche verfolgen, daß ſie nur der Gewalt, niemals aber der Macht der Gründe weichen werden.

Lange Zeit gab ſich der Norden der ſüßen Hoffnung hin, der Süden werde früher oder ſpäter ſelbſt zur Einſicht kommen, und die Sklaverei entweder abſchaffen, oder doch beſchränken. Als aber eine Schranke, welche der Ausbreitung der Sklaverei geſetzt worden war, nach der anderen fiel, als der Süden zwar das Sklavenjagdgeſetz ſtreng gehandhabt wiſſen, allein die in dem bekannten Compromiß gezogene Linie des 36 Grades 50 Minuten nicht mehr anerkennen wollte, entſpann ſich ein Kampf, welcher ſeit dem Jahre 1855 immer ernſtlicher wurde.

Der Süden nennt die Sklaverei eine ihm eigenthümliche Einrichtung (peculiar institution), iſt aber darin gänzlich im Irrthum, indem die Sklaverei eine allen Barbaren gemeinſame Anſtalt iſt. Eigenthümlich iſt es nur, daß der Süden den Schein der Bildung und chriſtlicher Geſinnung mit der Aufrechthaltung der Sklaverei verbinden will. Um dieſen augenſcheinlichen Widerſpruch zu beſeitigen, fanden ſich allerdings Pfaffen, Juriſten und ſelbſt Geſchichtsſchreiber und Naturforſcher genug, welche eine dem Süden eigenthümliche Religion und Wiſſenſchaft erdichten zu können vermeinten. Allein ſie konnten dadurch ſchwarz nicht weiß machen und mußten die gerechte Entrüſtung aller Menſchenfreunde gegen die barbariſche Einrichtung nur vermehren.

Aus der phyſiologiſch unbeſtrittenen Thatſache, daß die Neger eine weniger begünſtigte Menſchenracc, als die Caucaſier ſind, könnten die Südländer allerdings mit Recht den Entſchluß ableiten, ſich mit derſelben nicht geſchlechtlich zu vermiſchen. Allein zu dieſem ſind ſie nicht gekommen. Das erlaubte weder ihre Wolluſt, noch ihre Habgier. Sie glaubten damit beweiſen zu können, daß die Neger Sklaverei zu Rechte beſtehen könne. Wäre dieſe Anſicht begründet, ſo müßten wenigſtens alle diejenigen Sklaven, welche weißes Blut in ihren Adern haben (und deren iſt die Hälfte) freigegeben werden. Dazu werden ſich die Herren ſchwerlich herbeilaſſen. Uebrigens ſtehen nicht blos die Neger, die Urbewohner Afrika's, ſondern auch die Mongolen, die Urbewohner des nördlichen und weſtlichen Aſien's,

rika's, tiefer, als die Indo-Caucasier. Wenn die Stufenleiter der Naturanlagen zugleich Stufenleiter der Herrschaft wäre, so würde die Sklaverei dadurch doch nicht gerechtfertigt sein, weil ein so herabwürdigendes Verhältniß, als dasjenige der Sklaverei, mit einer sittlichen, religiösen und intellectuellen Entwickelung gleich unvereinbar ist.

Wir brauchen nur die Zustände, wie sie sich unter dem Einflusse der Sklaverei im Süden entwickelt haben, näher in's Auge zu fassen, um uns zu überzeugen, daß dieselben vor dem Richterstuhle des gesunden Menschenverstandes ganz eben so wenig, als vor demjenigen der Sittlichkeit und des Christenthums bestehen können.

Es sind im Süden 347,525 Personen, welche zusammen die sämmtlichen Sklaven jener Staaten besitzen. Höhern politischen Einfluß haben aber nur Diejenigen, welche über zwanzig Menschen ihr Eigenthum nennen. Solcher bevorzugter Besitzer giebt es etwa vierzigtausend, und diese herrschen nicht blos über ihre eigenen Sklaven, sondern auch über die 300,000 kleineren Sklavenhalter und über die sechs und eine halbe Million freier Einwohner des Südens. Sie bilden eine Aristokratie, welche sich durch alle und noch größere Laster, als der Adel der alten Welt, auszeichnet, ohne sich der glänzenden Erfolge rühmen zu können, durch welche die Aristokratie Europa's bei mehr, als einer Gelegenheit Ruhm erwarb. Diese Sklavenhalter lassen sich von bezahlten Schriftstellern in den übertriebensten Ausdrücken lobhudeln. Ritterliche Gesinnung, Großmuth, Förderung von Künsten und Wissenschaften, Vaterlandsliebe, selbst Freiheitsmuth wird ihnen von feilen Speichelleckern mit vollem Munde beigemessen; doch wenn wir die Verhältnisse des Südens etwas genauer betrachten, so zeigt es sich bald, daß Ritterlichkeit mit Gewaltthätigkeit, Großmuth mit Verschwendung, Sinn für Kunst und Wissenschaft mit Eitelkeit, Vaterlandsliebe mit Vorliebe für die Sklaverei, und Freiheitsmuth, mit der Entschlossenheit, unbillige Vorrechte zu behaupten, zusammen fällt.

Daß unter den zahlreichen Sklavenhaltern des Südens viele ehrenwerthe Männer sind, welche die Sklaverei in ihrer ganzen Abscheulichkeit erkannt haben und sie gerne abschütteln möchten, unterliegt keinem Zweifel. Gehörte doch Washington selbst zu dieser Zahl. Allein Männer von einer solchen freiheitlichen Gesinnung haben keinen Einfluß im Süden. Sie müssen ihre Ansichten für sich behalten, und wenn sie nicht bei Lebzeiten ihre Sklaven frei lassen, so werden nach ihrem Tode die Testamente, worin sie dieses thun, oft entweder umgestoßen, oder werden durch mannigfaltige Schleichwege ihre wohlwollenden Verfügungen umgangen. Es ist bekannt, daß Georg Washington, dessen Gattin seine menschenfreundliche Gesinnung nicht theilte, durch diese abgehalten wurde, die Sklaven, welche er gemeinschaftlich mit ihr besaß, so frühzeitig, als er es wünschte, freizugeben. Er verfügte aber in seinem Testamente:

> „daß alle Sklaven, welche er Kraft eigenen Rechtes besaß (und über welche allein er ungehindert verfügen konnte), nach dem Tode seiner Frau ihre Freiheit erlangen sollten."

In seinen Briefen an Robert Morris und Lafayette erklärte Washington ausdrücklich, daß Niemand sehnlicher, als er, die Abschaffung der Sklaverei wünschen könne. Wenn er vermocht hätte, durchzudringen, so wäre nicht blos in Virginien, sondern auch in allen übrigen Staaten der Union die Sklaverei aufgehoben worden. So fest diese Thatsachen auch stehen,*) haben doch die Sklavenhalter sich bemüht, dieselben aus der Geschichte zu streichen, oder sie wenigstens in Vergessenheit zu bringen. Die Zeit ist gänzlich vorüber, da der Süden den Schein annahm, als beabsichtige er, der Sklaverei, wenn auch allmählig

*) Washington's writings, Vol. IX., page 159, 163.

Digitized by Google

und unter ſchützenden Bedingungen, ein Ende zu machen. Jetzt iſt es Mode geworden, dieſes fluchwürdige Inſtitut in derſelben Weiſe, welche zur Zeit des Chriſtoph Columbus gebraucht wurde, als eine Wohlthat für die Neger und als einen Schritt vorwärts auf der Bahn der Entwickelung zu preiſen. Weit entfernt, die Sklaverei auf das Gebiet zu beſchränken, auf welchem ſie beſteht, gehen die reichen Leute des Südens, denen ein Capital von zweitauſend Millionen Dollars zur Verfügung ſteht, darauf aus, dieſe Geiſſel über ganz Nordamerika zu ſchwingen, den directen Negerhandel mit Afrika herzuſtellen und auf der Grundlage der Sklaverei ein Weltreich zu errichten, welches den europäiſchen Anſichten von Menſchenwerth und Menſchenrechten keck die Spitze bieten ſoll. Die Sklavenzüchter, denen bis zum Jahre 1855 alle ihre Pläne über Erwarten gelungen ſind, verlangen nicht Duldung, ſondern unumſchränkte Herrſchaft. Sie berufen ſich auf die Verfaſſung und frühere Geſetze nur, inſofern dieſe ihren Entwürfen günſtig ſind, treten aber jedem Geſetze, jedem Abkommen, jeder Verfaſſungsbeſtimmung, wie jedem Schrei der unterdrückten Menſchennatur mit ungezähmter Wuth entgegen, wenn ſie dadurch in ihren Fortſchritten gehemmt werden.

Die Sklaverei iſt im Süden nicht mehr eine patriarchaliſche, ſondern eine ſyſtematiſch betriebene Anſtalt, an welche ſich alle gehäſſige Leidenſchaften der reichen Plantagenbeſitzer knüpfen. Habgier und Wolluſt, Herrſchſucht und Ehrgeiz finden gleichmäßige Befriedigung auf Koſten der unglücklichen Sklaven. Die ganze Zukunft des Südens, die Träume der ausgelaſſenſten Phantaſie ſind gebaut auf die Arbeit der Neger. Daß dieſe dabei elend zu Grunde gehen, kümmert die hochmüthigen Herren eben ſo wenig, als der Gedanke, daß ſie ſelbſt und ihre Familien immer raſcher dem Abgrunde entgegen eilen, der ſie verſchlingen muß.

Während der Sklavenhalter ſchwelgt und ſich der Trägheit ergiebt, darbt der Sklave und wird unter der Peitſche des Aufſehers über ſeine Kräfte angeſtrengt. Oberflächliche Menſchen glauben, der Sklavenhalter werde ſchon aus Rückſicht für ſeinen eigenen Vortheil, einen Diener gut nähren und freundlich behandeln. Das mag der Fall ſein bei jenen kleinen Beſitzern, welche ſelbſt die Aufſicht über ihre Sklaven führen, mit ihnen arbeiten und noch nicht alle menſchlichen Gefühle abgeſtreift haben. Ganz anders verhält es ſich aber auf jenen großen Plantagen, welche nach beſtimmtem Plane bebaut werden, und wo keine andere Rückſicht beſteht, als diejenige der Erzielung eines größtmöglichen Gewinnes mit möglichſt geringen Koſten. Auf dieſen Sitzen des furchtbarſten menſchlichen Elends gilt der Grundſatz, die Sklaven auf's äußerſte zur Arbeit anzuſtrengen und ſo wenig, als möglich auf ihre Nahrung und Kleidung zu verwenden, wenn auch ein ſtarker Mann dadurch in fünf Jahren ſein Leben verlieren, oder doch arbeitsunfähig werden ſollte.

Die Sklavenhalter behaupten zwar, ihre Arbeiter hätten ein beſſeres Loos, als die freien des Nordens. Dieſes iſt aber eine offenbare Unwahrheit.

Der große Gewinn, den die Sklaoenhalter haben, beſteht nur darin, daß ſich ihre Arbeiter mit ſchlechterer Nahrung, Wohnung und Kleidung als die freien Arbeiter begnügen, und auf alle Lebensgenüſſe verzichten müſſen. Würden ſie eben ſo viel auf den Sklaven verwenden, als der freie Arbeiter ſich ſelbſt zugeſteht, ſo hätten ſie den größten Schaden. Denn dann würden ſich weder die Koſten der Aufſeher, noch der Ankaufspreis der Sklaven bezahlt machen.

In den Städten geſtaltet ſich das Leben ganz anders, als auf dem Lande. Da herrſcht nicht dieſelbe eiſerne Regel, daſſelbe kalte Syſtem. Freundliche Herren bereiten ihren Sklaven ein minder hartes, unfreundliche ein noch härteres Loos, als dieſe auf den

obgleich dieses jeden Augenblick in Gefahr steht, für immer zerrissen zu werden. In dem Süden bildet die Prostitution der Sklavinnen, und die Vereinzelung der männlichen Sklaven das Schandmal des Instituts. Junge Leute von Vermögen kaufen sich Sklavinnen, leben mit diesen oft Jahre lang in den innigsten Beziehungen, zeugen mit ihnen Kinder, und wenn sie am Ende sich verehelichen, oder ihre Ehefrauen das geheime Verhältniß entdecken, treten dieselben unglücklichen, welche bisher wie Frau und Kinder gehalten waren, wieder unter das eiserne Joch der Sklaverei, und werden häufig in entfernte Gegenden verkauft. Auf diese Weise hofft der unnatürliche Gatte und Vater jeder unangenehmen Erinnerung zu entgehen. Andere kaufen junge Sklavinnen, nicht selten Kinder, um sie der Prostitution zu übergeben, und sich durch diesen schmutzigen Erwerb zu bereichern.

Sittenreinheit, eheliche Treue, inniges Familienleben sind Unmöglichkeiten im Geleite solcher Zustände. Können alle Schätze, welche die Sklavenhalter durch die Arbeit ihres menschlichen „Vieh's" gewinnen, ihnen nur für diese einzige Entbehrung Ersatz geben?

Wie auf die Familie, so wirkt die Sklaverei corrumpirend auch auf alle übrigen Zweige des menschlichen Lebens: auf den Geschäftsbetrieb, auf die Rechtspflege, auf Sittlichkeit und Religion, sogar auf den National-Wohlstand und auf Künste und Wissenschaften.

Die Versteigerungen der Sklaven, wie sie zu New Orleans und in allen größeren Städten des Südens vorkommen, zeigen uns auf einen Blick die ganze Abscheulichkeit des Instituts. Beim Tode eines Sklavenhalters, oder wenn er es für gut findet, auch bei seinen Lebzeiten, werden nicht selten an 100—200 Menschen, welche früher vielleicht schon Jahre lang zusammen lebten und arbeiteten, auf einem Markte an den Meistbietenden losgeschlagen. Alle Bande der Freundschaft und alter Bekanntschaft werden gelöst, die Familien zerrissen. Der Vater wird in einen, die Mutter mit einem Säugling in einen andern Staat verkauft, die Kinder, oft 8—10 an der Zahl werden in alle Winde zerstreut; und selbst das Kind bleibt nicht länger an der Mutter Brust, als ihr Eigenthümer es seinem Vortheile entsprechend erachtet. Selbst milde Herren können alle diese Greuel nicht verhüten, wenn sie in finanzielle Schwierigkeiten gerathen. Der Gläubiger setzt den säumigen Schuldner aus dem Besitze, läßt dessen Hab und Gut versteigern und bekümmert sich nur um die Frage, auf welche Weise er den höchsten Preis erzielen kann.

Jedes Unrecht fällt übrigens in seinen Folgen immer auf denjenigen zurück, der es verübt. Der Süden ist daher mit seinen Sklaven höchst unglücklich.

Die Sklavenhalter schweben in unausgesetzter Gefahr, von ihren Sklaven ermordet zu werden, oder dieselben durch die Flucht zu verlieren. Die schiefen Verhältnisse, in welchen sie sich mit ihren Sklavinnen befinden, müssen die Ruhe ihrer Seelen auf immer stören. Hierzu kömmt noch, wie Helper*) neuerdings trefflich nachgewiesen hat, daß die Sklaverei die finanziellen Verhältnisse des Südens vollständig zu Grunde richtet.

Der Süden hat in keiner Beziehung mit dem Norden gleichen Schritt halten können, dieses gilt namentlich auch von den Finanzen. Um zu dieser Ueberzeugung zu gelangen, braucht man nur die Lebensweise des Südens mit derjenigen des Nordens zu vergleichen. Wenn wir etwa eine halbe Million der wohlhabendsten Leute des Südens außer der Berechnung lassen, so leben die übrigen, in jeder Beziehung unendlich viel schlechter, als die Millionen des Nordens. Die halbe Million reicher Leute des Südens hinwiederum besitzt weder den Wohlstand, noch die Genüsse, deren sich die halbe Million der reichsten

*) Helper the impending crisis of the South, how to meet it.

Leute des Nordens erfreut. Die Städte des Nordens: New York, Philadelphia, Boſton, Cincinnati, verhalten ſich zu denjenigen des Südens: New Orleans, Baltimore, St. Louis, Charleſton, ungefähr wie die ländliche Bevölkerung des einen Theiles zu der ländlichen Bevölkerung des andern. Baltimore und St. Louis verdanken übrigens ihren Wohlſtand nicht den Sklavenhaltern, ſondern den freien Arbeitern. Wir rechnen ſie zum Süden nur wegen ihrer geographiſchen Lage, obgleich die Elemente ihres Wohlſtandes mehr dem Norden, als dem Süden entnommen ſind.

## § 83. Religiöſe Zuſtände.

Der höchſte Stolz der Amerikaner iſt ihre Freiheit! Sie haben das Joch des Königthums gebrochen. Allein ſie tragen ein anderes, nicht minder ſchweres und weit ſchimpflicheres: das Joch des Pfaffenthums! So lange ihnen dieſes auf dem Nacken ſitzt, iſt ihr Stolz nur zum Theile gerechtfertigt. Es gibt kein Land der Erde, in welchem die Geiſtlichkeit eine ſo große Macht beſitzt, als in der Union. In Rom herrſcht der Pabſt mit Hülfe franzöſiſcher Bajonette. Allein der Glaube an deſſen göttliche Sendung iſt längſt dahin. In Amerika ruht die Gewalt der Geiſtlichkeit wenigſtens theilweiſe noch auf dem Glauben des Volkes; allerdings nur theilweiſe, denn auch hier iſt der Glaube an ſie, am meiſten durch ihre eigenen Thaten, erſchüttert worden. Die Gläubigen und die Heuchler, welche ſich der Gunſt der Geiſtlichen verſichern wollen, ſind in ihrem Vereine ſtark genug, die vernünftigen Männer, welche die Wölfe in ihren Schaafspelzen erkannt haben, und die große, mit dem Strome ſchwimmende Maſſe unter ihre Herrſchaft zu beugen.

Es iſt nicht viele Jahre her, daß ein aus Rom zurückkehrender amerikaniſcher Biſchof etwas Ziegenmilch und einen Schlappſchuh mitbrachte. Die erſtere gab er für Milch der ſ. g. Jungfrau Maria, den letztern für ein Fabrnißſtück der ſ. g. Heiligen Magdalena aus — und die Dummköpfe, welche ſeine Gemeinde bilden, glaubten dem Lügner und verehren noch heute dieſe Fetiſche.

Die unbefleckte Geburt der ſ. g. Jungfrau Maria, ein Glaubensſatz, welcher durch Mohammed zuerſt aufgebracht und im zwölften Jahrhundert noch von dem ſ. g. Heiligen Bernhard bekämpft wurde, ſetzte alle katholiſchen Blätter der Union in Bewegung, und Zeitungen, welche von Proteſtanten redigirt werden, ſchämten ſich nicht, ohne alle Gegenbemerkungen die brünſtigen Artikel katholiſcher Heuchler über dieſen lächerlichen Gegenſtand aufzunehmen.

Noch in unſeren Tagen werden bethörte Mädchen und verblendete Männer auf amerikaniſchem Boden lebendig begraben, und proteſtantiſch geſchriebene Blätter theilen vollſtändige Berichte über die bei ſolchen Gelegenheiten geübten Ceremonien mit, ohne ein Wort des Mitgefühls mit den Opfern pfäffiſcher Tücke und ohne eine Silbe der Entrüſtung gegen die Begründer und Förderer der ſchlimmſten aller Kerker, genannt Klöſter, zu finden.

Der fluchbeladene Henker Bedini konnte es wagen, auf amerikaniſchem Boden ſein längſt dem Geſetze verfallenes Haupt ſtolz emporzuheben und ſich öffentlich und unter Gepränge zur Schau zu ſtellen. Amerikaniſche Behörden traten mit Piſtolen und Knüppeln für ihn und gegen harmloſe, ihm aber nicht günſtig geſtimmte Menſchen in die Schranken, und amerikaniſche Senatoren ſprachen dem frechen Pfaffen das Wort!

Dingen von demjenigen Aberglauben und denjenigen Abgeschmacktheiten los, über welche der Stab in Europa schon gebrochen, und welche dort nur durch die Gewalt der Fürsten aufrecht erhalten werden. Jung Amerika will selbständig sein. Nun gut! Seid doch wenigstens so selbständig, als alle gebildeten Menschen in Europa schon sind!

Wenn es sich darum handelt, der Habsucht und der Geldgier der Mönche und Bischöfe ein Ziel zu setzen, so geben uns die Regierungen der katholischen Länder von Sardinien und Spanien, welche das Vermögen der Klöster zum Besten des Staates einziehen, ein Beispiel, das man hier befolgen sollte. Sehr verkehrt ist es aber, und weit über das Ziel hinausgeschossen, wenn man statt dessen Verschwörungen gegen alle Katholiken und sogar sämmtliche Ausländer anzettelt.

Die Protestanten Amerika's mögen übrigens nicht glauben, daß nur bei den Katholiken Unsinn und Aberglauben, bei Methodisten, Baptisten, Presbyterianern und Episcopalen aber die ächte Frömmigkeit zu finden sei. Die Katholiken Amerika's sind viel weniger zahlreich und mächtig, als die Protestanten, und aus diesem Grund sind deren Pfaffen nicht so gefährlich, als die anderen.

Es ist eine unbestreitbare geschichtliche Thatsache, daß für eine protestantische Seele, welche die Katholiken saugen, zehn katholische von den verschiedenen protestantischen Secten gewonnen werden. Wäre dem nicht so, dann müßten die Katholiken längst in der Mehrzahl sein, während sie nach den höchsten Angaben, welche auf einige Zuverlässigkeit rechnen können, kaum ein Zehntheil der freien Bevölkerung, nicht ganz zwei Millionen, zählen. Die deutschen Katholiken, welche einwanderten, haben zwar zum großen Theile ihre Religion beibehalten, allein in der zweiten und dritten Generation sind schon sehr viele den verschiedenen protestantischen Secten zugefallen. Unter den Irländern ist die Zahl, welche von der katholischen zur protestantischen Religion übergehen, weit größer. Sie suchen, sich so schnell als möglich zu amerikanisiren und da im amerikanischen Leben die Religion eine Hauptrolle spielt, so fügen sie sich auch in dieser Beziehung.

Sehr treffend beginnt Löher seinen Abschnitt*) von dem amerikanischen Kirchenwesen mit den Worten: „Amerika ist das Land der Secten, das Land, wo die Religion auf allen Gassen schreit, aus jedem Winkel schaut, wo sie unaufhörlich die stärksten Thaten hervorbringt, und, glaube ich, nirgends weniger wahrhaft beseligt."

Hier fanden alle religiösen Schwärmer, Betrüger und Sectenstifter den üppigsten Boden. Joseph Smith, der Stifter der Mormonen, Miller, der Gründer der Auferstehungsleute, Quäker, Herrenhuter und hundert andere Secten fanden hier rasch zahlreiche Anhänger.

Die Lager-Versammlungen bilden die Glanzpunkte im kirchlichen Leben der Methodisten, die Taufen, wenn man Untertauchungen noch so nennen kann, die Spektakelstücke der Baptisten, der jüngste Tag ist das große Ziel der Auferstehungsleute, die Vielweiberei ist das bezeichnende Merkmal der Mormonen und der unmittelbare Verkehr mit der Geisterwelt ist das Schlachtroß der s. g. Spiritualisten.

Die Lagerversammlungen der Methodisten lassen sich am Besten vergleichen mit den Wallfahrten der Katholiken. Bei Beiden spielt unter dem Deckmantel der Frömmigkeit die Sinnlichkeit eine Hauptrolle. Doch tritt bei den Methodisten die Gottesverehrung viel wilder und ungestümer zu Tage, als bei den Katholiken, welche durch das Rosenkranzbeten in eine ähnliche Betäubung gerathen, als jene durch Schluchzen, Jauchzen und Stampfen. Die zahlreichen s. g. Bekehrungen und Wiedererweckungen (revivals), welche

*) Geschichte und Zustände der Deutschen in Amerika, Cincinnati 1847.

unter dem Einflusse schöner Frauen und in Beiseiu zahlreicher Prediger gewöhnlich statt-finden, haben weit mehr den Charakter einer auf sinnlichem, als auf geistigem Wege herbeigeführten Verzückung. Trotz aller Aufregung wissen aber die Methodisten, zu welchen im Süden die reichsten Sklavenhalter gehören, zwischen ihren Mitmenschen weißer und schwarzer Farbe einen sehr großen Unterschied zu machen. Die meisten Methodisten lassen die Schwarzen zu ihren Lagerversammlungen und sonstigen s. g. gottesdienstlichen Handlungen nicht zu. In einiger Entfernung wird auch für sie gesorgt. Doch ihnen wird eine ganz besondere Lehre gepredigt. Während die meisten Methodisten von brüderlicher Gleichheit überfließen, wird den Schwarzen gepredigt: „Seid gehorsam euren Herren und thut willig das, was sie euch heißen, denn sie sind von Gott zu Euren Herren bestimmt, es ist Gottes Wille, daß Ihr ihnen gehorcht. Wäre es Gottes Wille nicht, so würdet Ihr nicht Sklaven sein, denn ohne seinen Willen geschieht nichts auf Erden, ohne seinen Willen fällt kein Sperling vom Dache, und es ist kein Haar auf Eurem Haupte, das er nicht gezählt hätte. Ertragt also das über Euch verhängte Loos mit Sanftmuth und Geduld und mit ächt christlicher Freudigkeit. Wir sind alle Gott gleich lieb, dem Einen gibt er Ehre und Gut, dem Andern Niedrigkeit und Armuth; dieses Leben ist ja nur ein kurzes, es ist nur eine kurze Prüfungszeit und habt Ihr sie gut bestanden, so werden die ewigen Freuden des Himmels Euch dafür belohnen." In diesem Style wird fortgeleiert. Die Prediger aber begnügen sich keineswegs mit der Aussicht auf eine andere Welt. Sie greifen mit großer Gier nach irdischer Habe und sind nicht selten die wüthendsten Agitatoren für die Ausbreitung der Sklaverei.

Die Baptisten stimmen darin mit der griechisch-katholischen Kirche überein, daß sie ein völliges Untertauchen und, wo möglich, in fließendem Wasser für besonders wirksam bei der Taufe halten. Sie begnügen sich aber nicht damit, die Kinder, welche man leicht aus dem kalten Wasser in warme Decken bringen kann, in solcher Weise zu behandeln. Sie tauchen erwachsene Personen unter. Die Kleider legen sich dann glatt an den Leib an, die ganze Gestalt tritt, namentlich bei den Frauen, bestimmt hervor, und es entsteht dadurch ein Sinnenkitzel, welcher sehr stark anziehend wirkt. Daß dabei die Gesundheit der Täuflinge, namentlich im Winter, sehr gefährdet wird, ist natürlich nicht von Bedeutung. Man setzt voraus, daß die glühende innere Frömmigkeit die äußere Kälte und Feuchtigkeit schnell besiegen werde. Die Geistlichen selbst aber versehen sich mit Stiefeln und Beinkleidern von elastischem Gummi und können unter deren Schutze ganz gemüthlich im Wasser stehen. Je kälter das Wasser, desto größer das Schauspiel. Um Leute anzuziehen, wird die Geschichte vorher in den öffentlichen Blättern angekündigt, ganz wie Bajazzo auf seine Spektakelstücke das Publikum aufmerksam macht.

Die Auferstehungsleute, deren Glaubenswärme hinter derjenigen der Methodisten und Baptisten nicht zurücksteht, haben das Unglück gehabt, daß ihre Weisen sich mehrere Male verrechnet haben, und daher das ganze Volk der Gläubigen wiederholt vergebliche Zurüstungen zur Auferstehung machte. Wir wollen hoffen, daß der nächste Tag, den sie berechnen werden, nicht in so kurzem Zwischenraume, als bisher auf den früher berechneten folgen werde. Denn die Gläubigen brauchen Zeit, wieder Athem zu schöpfen und sich von den Verlusten, die ihnen ihre getäuschte Erwartung bereitete, zu erholen.

Ganz besonderes Glück machten in neuerer Zeit die Mormonen. Sie gründeten nicht blos eine kirchliche Gemeinde, sondern auch einen Staat, welcher, da er in der Mitte auf dem Wege zwischen dem atlantischen und stillen Meere liegt, eine immer steigende Bedeutung gewinnt. Die Vielweiberei tritt im Schooße dieser Genossenschaft mit einer

monen außer dieſer Verkehrtheit, die ihnen eigenthümlich, auch noch einer zweiten fröhnen, die ihnen mit dem ganzen Süden der Union gemeinſchaftlich iſt, nämlich der Sklaverei, ſo finden ſie an der mächtigen Partei der Sklavenhalter einen Stützpunkt. Es ſind daher bisher noch keine Schritte geſchehen, dieſe Leute, welche die Unzucht geſetzlich machten, in die Schranken der Monogamie zurückzuweiſen. Selbſt der gegen dieſelben (1858) unternommene Feldzug hat an dem Stande der Dinge in Utah nichts verändert, vielmehr nur ein vollſtändiges Losſagen der Mormonen von der Union verhindert.

Auch die ſogenannten Spiritualiſten, welche unter dem Vorgeben unmittelbaren Verkehrs mit der Geiſterwelt nicht blos den furchtbarſten Unſinn zu Tage gebracht, ſondern auch die heilloſeſten Betrügereien verübt haben, treiben ihr Unweſen mit voller Sicherheit. Nicht gegen derartige Auswüchſe der menſchlichen Natur, ſondern gegen diejenigen, welche ſich von allen religiöſen Befangenheiten fern halten, eifern die amerikaniſchen Pfaffen am lauteſten. Die Vernunft ſcheint ihnen weit gefährlicher, als der Unſinn. Jede religiöſe Verirrung wird den Gläubigen zu gute gehalten, aber wer keiner huldigt, der ſteht vereinzelt und wird als Ungläubiger verſchrieen. Wenn er übrigens ein Mann von Charakter iſt, ſo kann ihm in Amerika Niemand etwas anhaben. Denn hier ſtehen den Pfaffen Polizei und Gerichte nicht ſo willig zur Seite, als in Europa. Religionsfreiheit ſteht als Grundſatz feſt. Wer denſelben verletzt, iſt immer in Gefahr, von der öffentlichen Meinung verurtheilt zu werden; und da dieſe am Ende doch den Ausſchlag gibt, ſo hüten ſich die Meiſten davor.

## § 84. Regierung.

In den Vereinigten Staaten Amerika's entſcheidet nicht der Zufall der Geburt über die Schickſale des Volkes. Die Regierung geht unmittelbar oder doch mittelbar aus den von dem Volke getroffenen Wahlen hervor. Allein die thatſächlichen Verhältniſſe, welche den größten Einfluß auf dieſelben üben, ſind zum Theil Ergebniſſe einer Jahrhunderte zurückreichenden Zeit. Die Sklaverei übt auf dieſelben den verderblichſten Einfluß. Die Sklavenhalter, welche ſeit Jahrzehnten die Centralgewalt beherrſcht haben, erkennen in der Sklaverei nicht blos das einzige Mittel, welches ihnen erlaubt zu faullenzen und reich zu ſein, ſondern auch den ſicherſten Boden zur Ausdehnung und Befeſtigung ihrer politiſchen Macht. Je mehr Sklaven ſie beſitzen, je größer iſt auch die Zahl der Wahlſtimmen, über welche ſie verfügen. Auf dieſe Weiſe kömmt durch die Sklaverei ein der Gleichberechtigung und der Freiheit im höchſten Grade verderbliches Element in die Volkswahlen. Nach der jetzigen Schätzung befinden ſich im Süden beiläufig vier Millionen Sklaven. Dieſe werden am Stimmkaſten 2,400,000 freien Menſchen gleich gerechnet. Wiederholt, ſo namentlich bei der Wahl Buchanan's, haben dieſe Stimmen den Ausſchlag gegeben, ſowohl bei den Wahlen zum Congreſſe als zur Präſidentſchaft.

Es iſt eine ſchändliche Ungerechtigkeit, daß die Stimmen der Sklaven zu Gunſten nicht ihrer ſelbſt, ſondern ihrer Herren, alſo ihrer natürlichen Gegner zählen ſollen. Da ſich ſchon in die Verfaſſung eine ſo verderbliche Beſtimmung in Betreff des Wahlrechts eingeſchlichen hat, iſt es kein Wunder, daß bei der Ausübung deſſelben mannigfaltige böſe Elemente ſich geltend machen.

Die Wahlen ſind in Amerika die Produkte aller derjenigen Beſtrebungen und Verhältniſſe, welche wir auf den voranſtehenden Blättern geſchildert haben. Alle böſen Leidenſchaften finden bei Gelegenheit derſelben um ſo mehr Spielraum, je größer die Freiheit,

Digitized by Google

und je schwächer die Gegengewichte sind, welche ihr Schranken ziehen. Den Höhepunkt der dabei vorkommenden Gewaltthätigkeiten bezeichnet uns die im Jahre 1854 stattgehabte Wahl eines Congreß-Abgeordneten im Territorium von Kansas. Ganze Schaaren von Einwohnern des Nachbarstaates Missouri überschritten wohlbewaffnet und unter selbstgewählten oder von den obersten Häuptern der Sklavenpartei gesetzten Führern die Gränzen des im Werden begriffenen Staates, bemächtigten sich der Stimmkästen, vertrieben mit Gewalt die berechtigten Landesbewohner und wählten an deren Stelle einen Sklavenhalter zum Congresse, in der zuversichtlichen Hoffnung, dadurch Kansas zum Sklavenstaate zu machen. Doch alle diese Gewaltthätigkeiten verfehlten ihren Zweck. Kansas hat sich mit überwiegender Mehrheit gegen die Sklaverei ausgesprochen und wird ohne Zweifel schon bald als freier Staat in die Union aufgenommen werden.

Ein so schlimmes Element die Faust bei den amerikanischen Wahlen auch bildet, so gibt es doch noch schlimmere. Die Gewaltthätigkeit, welche auf offener Straße einherschreitet, findet in einem Lande mit freier Presse, freiem Vereins- und Versammlungsrecht immer Gegner, welche sie bekämpfen, und der Gewinn, welchen eine Partei bei einer Wahl aus deren Anwendung zieht, schlägt bei der folgenden nicht selten in eine Niederlage um. Weit verderblicher wirken dagegen diejenigen Umtriebe, welche im Stillen durch Lug und Trug und Bestechung gemacht werden. Bei der großen Mannigfaltigkeit der Partei-Bestrebungen ist es die erste Aufgabe eines Mannes, der eine Wahl auf sich lenken will, möglichst viele, wenn auch noch so sehr verschiedenartige Elemente zu gewinnen. Dieses ist nicht möglich, wenn er nicht einen Theil derselben über seine eigentlichen Gesinnungen täuscht. Vor der Wahl wechseln daher die Politiker je nach Verschiedenheit der Gesinnungen derjenigen Bürger, zu denen sie gerade sprechen, Proteus-artig, ihre Grundsätze, und ihre größte Kunst besteht darin, die Gunst der einen Partei zu gewinnen, ohne diejenige einer anderen zu verscherzen.

In dieser Beziehung konnten die Camäleone namentlich zu der Zeit gute Geschäfte machen, da neben den beiden Parteien der s. g. Demokraten, d. h. Sklavenhalter, und der s. g. Republikaner, d. h. Gegner der Sklaverei, die s. g. Amerikaner, d. h. Fremdengegner sich geltend machten. Seit diese letzteren aus dem Felde geschlagen sind, und nur die beiden ersteren noch politische Bedeutung haben, ist es weit schwerer mit Grundsätzen Versteckes zu spielen.

Seit dem Jahre 1855, d. h. seit der Bildung der s. g. republikanischen Partei hat sich daher vieles in Betreff der Wahlen gebessert. Doch sind noch lange nicht alle Uebelstände derselben überwunden.

Vergleichen wir die amerikanische Art der Aemterbesetzung mit derjenigen, welche in den monarchischen Staaten Europa's üblich ist, so springt es in die Augen, daß dort Alles weit ruhiger und stiller von Statten geht. Allein dieselben Leidenschaften wirken, wenn auch verdeckter, in der alten Welt nicht minder, als in der neuen. Der Unterschied besteht hauptsächlich nur darin, daß die Umtriebe hier zu Tage treten, während sie in der alten Welt verhüllt bleiben.

In Europa wirken daher verderbliche Einflüsse Jahrzehnte hindurch ungestört fort, in Amerika werden dieselben sofort bei ihrem Auftreten bekämpft und endlich besiegt.

Keine Regierung Europa's hat ihr Land im Laufe von achtzig Jahren in gleichem Maaße vor den Uebeln des Krieges zu bewahren und mit den Segnungen des Friedens zu beglücken verstanden, als die amerikanische. Kein Land der Erde hat im Laufe von 80 Jahren auf allen Gebieten des Lebens solche Fortschritte gemacht, als die Vereinigten

Staaten. Zu einem nicht unbeträchtlichen Theile ſind dieſe Erfolge der Regierung beizumeſſen.

Der große Fehler Europa's, die Zuvielregierung, laſtet nicht auf der Union. Dadurch allein iſt ſchon ein großer Vorſprung vor der alten Welt gewonnen. Die unerträgliche Laſt der ſtehenden Heere iſt in den Vereinigten Staaten ſo ſehr erleichtert, als die Verhältniſſe nur immer zulaſſen. Das ſtehende Heer der Union beträgt nur 10,000—12,000 Mann. Dagegen ſind 2 bis 3 Millionen Milizen, und hunderttauſende Freiwilliger jederzeit bereit zu den Waffen zu greifen, wenn das Vaterland in Gefahr kommen ſollte.

Die Regierung der Vereinigten Staaten Amerika's kann, unter ſolchen Umſtänden, niemals wagen, die Verfaſſung umzuſtürzen, obgleich ſie dieſe namentlich im Laufe der letzten ſieben Jahre ſehr zu Gunſten der Sklavenhalter gebeugt hat. Die Regierung der Union wie der einzelnen Staaten geht mit ihren Vorzügen und ihren Mängeln aus der Beſchaffenheit des Volkes hervor. Dieſem kann ſie nie und nimmermehr, wie in Europa aller Orten geſchieht, Gewalt anthun.

## § 85. Einwanderung.

Mit Ausnahme der Ureingeborenen, welche zum Wohlſtande, zur Bildung und zur Freiheit der Vereinigten Staaten nichts beitrugen, beſteht die ganze Bevölkerung derſelben aus Eingewanderten oder den Nachkommen von ſolchen.

Im Schooße der Bevölkerung der Union finden wir Engländer, Irländer und Schottländer, Deutſche, Schweizer, Dänen, Norweger, Schweden, Holländer und Belgier, Franzoſen, Italiener und Spanier, Ungarn und Polen, endlich Neger. In neuerer Zeit kamen hinzu noch Chineſen. An den Negern ſehen wir am deutlichſten, wie weit die Vermiſchung mit der übrigen Bevölkerung fortgeſchritten iſt. Wir finden unter denſelben Schwarze ohne alle Beimiſchung, Mulatten und alle Schattirungen von braungelb bis faſt reinem weiß. In ähnlicher Weiſe verhält es ſich mit der Amalgamation der übrigen eingewanderten Nationalitäten, obgleich dieſelbe nicht in gleichem Maaße in die Augen fällt. Alle Nationalitäten ſind in der erſten, zweiten, dritten oder einer noch früheren Generation vertreten.

Die Frage, auf welche es in Betreff der Feſtſtellung, des Gegenſatzes zwiſchen Einheimiſchen und Ausländern ankömmt, iſt in ſtaatsrechtlicher Beziehung abhängig vom Erwerbe des Bürgerrechtes, in nationaler von der Ablegung oder Beibehaltung nationaler Sprache, Sitten und Gewohnheiten. Die meiſten Einwanderer werden nach Ablauf von fünf Jahren Bürger der Vereinigten Staaten. Allein ihre nationalen Eigenthümlichkeiten erhalten ſich nicht ſelten von Geſchlecht zu Geſchlecht ein Jahrhundert hindurch und länger. Am ſchnellſten aſſimiliren ſich Engländer und Schotten, am langſamſten die Deutſchen. Die Mitte zwiſchen dieſen Extremen halten die Irländer.

Nach Willard befanden ſich Ende Januar 1844 in den Vereinigten Staaten 4,886,632 Deutſche. Im Laufe der letzten ſechzehn Jahre vermehrte ſich dieſe Zahl durch Einwanderung wenigſtens auf 6 Millionen (im Jahre 1852 allein um 206,000), wozu der natürliche Zuwachs durch Fortpflanzung im Betrage von wenigſtens einer Million kömmt. Die Zahl der Deutſchen der Union kann daher jetzt (1860) wohl auf 7 Millionen angenommen werden.

Die Irländer, welche ſich noch ihrer Nationalität bewußt ſind, mögen 4 Millionen und die Farbigen verſchiedener Schattirungen $4\frac{1}{2}$ Millionen betragen, die übrigen Nationa-

litäten, welche ſich nicht amalgamirt haben, 2 Millionen, ſo daß von den 32 Millionen Bewohnern der Union die größere Hälfte, $17^1/_2$ Millionen, ſich ihres ausländiſchen Urſprungs noch bewußt iſt.

Dieſe Zahlen beweiſen deutlich den hohen Werth, welchen die Einwanderung für die Union beſitzt. Die Eingewanderten, welche zum größten Theile erwachſen herüber kommen, können ſofort in Thätigkeit treten, während der Zuwachs, welcher der Bevölkerung durch Fortpflanzung zugeht, erzogen werden muß, bevor er im Stande iſt, ſich nützlich zu machen.

Was die Deutſchen betrifft, ſo haben ſie ſich beſonders dadurch Verdienſte um die Union erworben, daß ſie die Künſte, namentlich die Muſik, heitere Volksfeſte und freudigen Lebensgenuß hier eingebürgert haben. Ihrer Mehrzahl nach ſtehen die Deutſchen in allen Staaten auf der Seite der Freiheit und unter den Gegnern der Sklaverei. Die Hoffnung, dieſe Geißel abzuſchaffen, beruht in Texas und Miſſouri hauptſächlich auf ihnen und der Sieg der Republikaner ſowohl bei der Wahl des Präſidenten als der Mitglieder des Congreſſes hängt in großem Maaße von ihnen ab.

Ein Theil der Deutſchen bringt allerdings den veralteten Aberglauben aus dem Vaterlande mit herüber. Allein ein anderer hat dagegen die freieren Anſichten eingebürgert, welche ſich unter dem Einfluſſe eines Strauß, Feuerbach, Arnold Ruge und anderer großen Geiſter Bahn brachen und pflanzt dieſelben auf dem freien Boden Amerika's fort.

Wie in früheren Zeiten die Deutſchen in den vorderſten Reihen ſtanden, als es galt die Unabhängigkeit gegen England zu erkämpfen, ſo ſtehen ſie jetzt in denſelben, da*) es gilt, das Joch der Sklavenhalter, Pfaffen und Nativiſten zu zerſchlagen. Allerdings läßt ſich dieſes nicht von allen behaupten. Zuviele ſtehen noch im Lager der Sklavenhalter, oder finden ſich noch unter dem Einfluſſe tückiſcher Pfaffen. Doch nimmt die freie Richtung mit jedem Jahre mehr unter den Deutſchen Amerika's zu. Mit wenigen Ausnahmen haben Alle, welche jenſeits des Oceans für die Freiheit kämpften, und in deſſen Folge gezwungen wurden, auszuwandern, auch in Amerika tapfer, wenn ſchon nicht mit dem Schwerte, wozu ſich keine Gelegenheit bot, ſo doch mit Stimmzetteln, mit Schrift und Wort für die gute Sache geſtritten.

Zu leugnen iſt allerdings nicht, daß mit vielen geiſtigen Kräften, welche die Einwanderung der Union bringt, auch manche ſchlechte Subjecte herüberkommen. Allein viele, welche jenſeits des Oceans, unter der Wucht ungünſtiger Verhältniſſe ſelbſt Verbrechen begingen, arbeiteten ſich hier zu nützlichen Bürgern empor. Tauſende, welche in der alten Welt arm waren, wurden hier reich, Tauſende, welche ohne Bildung und Freiheitsmuth herüberkamen, eigneten ſich hier dieſe beiden Grundpfeiler republikaniſcher Tugend an.

## § 86. Auswärtige Verhältniſſe.

Die Stärke der Vereinigten Staaten ruhte ſeit den Tagen des Freiheitskampfes auf der Eintracht, mit welcher ſämmtliche in deren Schooße befindlichen Nationalitäten dem auswärtigen Feinde gegenüber traten, auf der hohen Achtung und Liebe, welche die ſtrebenden Geiſter aller Völker ihnen widmeten, und auf dem lebendigen Hauche der Freiheit, der von ihnen ausging.

Nicht die Zahl der Quadratmeilen entſcheidet über die Hülfsquellen eines Staates. Die Größe des Gebietes erſchwert einer dünn geſäeten Bevölkerung deſſen Vertheidigung.

Was Einwohnerzahl, kriegerische Einrichtung und Uebung und selbst financielle Mittel betrifft, kann sich die Union mit manchen Großstaaten Europa's nicht messen. Mit dem Banner der Freiheit in der Hand und gehoben durch die Sympathien aller Nationen gingen die Vereinigten Staaten siegreich aus ihren Kämpfen mit England hervor.

Zu keiner Zeit standen die Vereinigten Staaten dem Auslande so groß gegenüber, als beim Pariser Frieden. Ihre Stellung ließ sich vergleichen mit derjenigen der Schweizer, deren Freiheit die österreichischen Habsburger, oder der Niederländer, deren Selbständigkeit die spanischen Habsburger nach langen und schweren Kämpfen anerkennen mußten. Solche Glanzpunkte treten im Leben der Nationen nur einmal hervor und nicht wieder. Die Aufgabe eines Volkes, das sich auf den höchsten Gipfel des Ruhmes hinangeschwungen hat, ist es, wenn auch unter veränderten Verhältnissen, die Richtung festzuhalten, welche seine Größe begründete.

Der Gegensatz zwischen Sklaverei und Freiheit, welcher sich im Schooße der Union findet, hat es aber dieser nicht erlaubt, das ganze Gewicht ihrer Macht in die Waagschale der Freiheit zu legen.

Sehr wahr bemerkte ein viel gelesenes amerikanisches Blatt: „Dieses Land sollte eine auswärtige Politik haben, und diese sollte fest und ernst auf die Erhaltung der Sache der Freiheit und der unveräußerlichen Rechte der Menschheit gerichtet sein. Aber eine solche Politik können wir nicht haben, weil wir zu Hause die Menschenrechte mit Füßen treten, und folgeweise nicht in der Lage sind und kein Herz haben, für sie dem Auslande gegenüber einzustehen."

Die Prinzipien der amerikanischen Republik sind in der Unabhängigkeitserklärung niedergelegt. Sie sind ausgesprochen in den Worten des Eingangs: Gleichheit, Freiheit, Glückseligkeit für Alle. Die Politik, welche diese Worte bezeichnen, ist nicht blos die hochherzigste, sie ist auch die klügste, die einzige, welche die Union groß machen kann nach Außen und glücklich im Innern. Die Union hat daher mit allen Kräften dahin zu streben, diese Prinzipien zu fördern. Werden dieselben von den Völkern Europa's anerkannt und in's praktische Leben eingeführt, so fallen den Vereinigten Staaten alle Colonien der alten Welt als reife Früchte in den Schooß. Denn das Colonialsystem ist mit wahrer Freiheit und Gleichheit unvereinbarlich. Siegten diese Prinzipien in Spanien, so könnte Cuba nicht mehr mit Gewalt zurückgehalten werden, sich den Vereinigten Staaten anzuschließen; siegten sie in England, so gälte ein gleiches von Canada, Jamaica, Trinidad und den anderen amerikanischen Colonien Brittanniens.

So lange übrigens statt der Prinzipien der Gleichheit und Freiheit die Interessen der Sklavenzüchter die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten bestimmen, können sie ihr Gebiet nur durch Kauf oder Eroberung vergrößern. Wenn sie die Hälfte derjenigen Summen, welche diese beiden Erwerbsmittel im günstigsten Falle verschlängen, auf die Unterstützung der europäischen Republikaner verwendeten, könnten ihnen alle die Provinzen nicht entgehen, nach welchen sie jetzt lüsterne Blicke werfen. Allein dazu wird sich die Union nicht entschließen, bevor die Partei der Sklavenhalter allen Einfluß auf die Centralregierung verloren haben wird.

Die Vereinigten Staaten haben, weil sie eine republikanische Verfassung besitzen, alle Monarchen und Aristokraten Europa's zu mehr oder weniger offenen Feinden. Nur im Schooße der Völker, nur unter den gedrückten Massen oder den politischen Flüchtlingen können sie auf wahre Sympathien rechnen, allein auch bei diesen nur, im Falle sie einen Freiheitskrieg führen, nicht falls sie auf Eroberungen ausgehen. Die politischen Flüchtlinge Europa's, welche durch die Stürme der Revolution zu Hunderttausenden auf ameri-

Digitized by Google

kanischen Boden geworfen worden sind, haben nichts gethan, um sich der guten Meinung der Republikaner unwürdig zu machen, wennschon die Pfaffen mit ihrem Glauben nicht zufrieden sein mögen. Sie können im Falle des Ausbruchs eines Krieges eine bedeutende Kraft in die Waagschale der Freiheit legen.

So groß die Mißstände auch sind, welche wir geschildert haben, so ist deren Beseitigung doch schon aus dem Grunde zu hoffen, daß sie öffentlich besprochen werden dürfen, was in jedem andern Staate der Welt, England nicht ausgenommen, nur unter dem Damocles-Schwerte von Criminalprocessen geschehen könnte.

Die herrlichen Folgen der Freiheit haben sich namentlich auch insofern bewährt, als die Massen, welche aus allen Ländern hier zusammengewürfelt wurden, im Stande waren, die Republik sich zu erhalten, zu vergrößern und zu kräftigen. Unter dem belebenden Hauche der Freiheit wird voraussichtlich ein Uebel nach dem andern ausgerottet werden. Die Union enthält genug frische Kraft, um zu dieser Hoffnung zu berechtigen. Besser wird es aber nicht dadurch werden, daß man die Schattenseiten des amerikanischen Lebens ableugnet, daß man sie nicht zugesteht, oder gar für Lichtseiten ausgiebt.

Wer es mit dem Volke der Amerikaner, mit der Menschheit gut meint, wird auch auf die Gefahr hin, verkannt zu werden, für die Wahrheit in die Schranken treten. Nur auf ihrem Boden kann die Freiheit gedeihen.

Die Tyrannen Europa's mögen aber nicht der Verfassung Amerika's, sondern im Gegentheil den Abweichungen von der ursprünglich eingeschlagenen Bahn der Freiheit die Uebelstände zuschreiben, welche wir zu rügen fanden. Sie mögen bedenken, daß alle in der Union eingeschlichenen Mißbräuche ohne Revolution durch den bloßen Willen des Volkes abgestellt werden können, während die Monarchien der alten Welt gestürzt werden müssen, bevor die Nationen wieder aufathmen können.

---

# Achter Abschnitt.

## Die übrigen Länder und Völker der Erde.

### § 87. Einleitung.

Die bewegende Kraft, welche die Völker der Erde aus ihrem Alltagsleben aufrüttelte mit der Außenwelt in Verbindung brachte und sie bestimmte, mit der Zeit voranzuschreiten, ging seit dem Anfange des sechzehnten Jahrhunderts fast ausschließlich von den Völkern aus, welche mehr oder weniger an der Reformation Theil genommen hatten. Von der Zeit des Pariser Friedens an, welcher die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten Nordamerika's feststellte, bildeten auch diese einen Mittelpunkt geistiger Thätigkeit, welcher nicht blos auf die weniger gebildeten Theile Amerika's und auf Australien, sondern auch auf die alte Welt zurück wirkte. Von Europa gingen nach, wie vor, monarchische Anregungen aus, von Seiten der Vereinigten Staaten Nordamerika's traten republikanische hinzu. Die Freiheitskämpfe, welche in Europa stattfanden, beförderten in mannigfaltiger Weise die Entwickelung der entfernten Länder, welche mit den civilisirten Nationen Europa's in mehr oder weniger engen Beziehungen standen.

Die inneren Kämpfe der Spanier, Portugiesen und Franzosen in ihrem neu-

mittelbaren Gefolge die Lossagung ihrer sämmtlichen Colonien auf dem Festlande Amerika's und der Insel Hayti von den Mutterländern.

Australien, welches lange Zeit von Europa wenig beachtet worden war, erhielt seit der Entdeckung reicher Goldfelder einen erhöhten Werth für England und die ganze Erde. Die den Europäern so lange fast hermetisch verschlossenen Länder China und Japan sahen sich in neuerer Zeit gezwungen, aus ihrer Vereinsamung einigermaßen herauszutreten. In Indien griff England immer weiter um sich. Für die Bildung, den Wohlstand und die Freiheit der Millionen, welche dem Scepter Albion's unterworfen wurden, geschah wenig. Allein für ein so tief gesunkenes Land, wie Indien in unseren Tagen, war es schon Gewinn, daß es mit einem höher gebildeten Volke in innige Berührung kam. Ohne Zweifel werden aber noch viele Jahrzehnte vergehen, bevor es den Indiern gelingen wird, sich an dem Stabe englischer Civilisation emporzurichten und selbstständige, freiheitliche Gemeinwesen, das Ziel aller menschheitlichen Bestrebungen, zu gründen.

Persien, inmitten übermächtiger Nachbarn und ohne Kraft im Innern führte in diesem Zeitabschnitt, wie früher, ein trauriges Dasein. Vom Norden her hatte es mit den Russen, vom Süden mit den in Indien herrschenden Engländern zu kämpfen. Die glaubensverwandte Türkei reichte ihrem Nachbar im Osten keine hülfreiche Hand, im Gegentheile fing sie mit Persien mehrere Kriege an, welche nur dazu dienten, diese beiden schon so sehr geschwächten Reiche ihrem Untergange immer näher zu führen.

Im Laufe dieses Zeitabschnittes drangen muthige Männer in das Innere Afrika's ein und lüfteten den Schleier, welcher so lange diesen ganzen Welttheil, mit alleiniger Ausnahme eines Theiles seiner Küsten, verhüllt hatte. So groß die Entdeckungen auch waren, welche auf dem Gebiete der Erd- und Völkerkunde Afrika's gemacht wurden, die Geschichte der Menschheit gewann dadurch nur wenig. Die eintönigen Erscheinungen, welche unter der Herrschaft der Sklaverei und Vielweiberei aus dem Schooße roher Völkerschaften hervorgehen und Beziehungen nach Außen, welche fast nur mit europäischen Sklavenhändlern stattfanden, bieten nur wenige Gesichtspunkte, welche für die Entwickelung der Menschheit von Wichtigkeit sind. So lange die Europäer in Afrika Sklaven kaufen, werden die Häuptlinge dieses Welttheils Kriege führen, um Sklaven zu erbeuten. Bevor diesem Unwesen ein Ziel gesteckt ist, kann sich Afrika aus seiner geistigen Versumpfung nicht erheben.

Außer den bisher angeführten Ländern, welche eine gewisse Selbstständigkeit besitzen, obgleich sie, wie Indien, ein Theil Australiens und Westindiens von auswärtigen Regierungen beherrscht werden, haben wir hier noch manche Colonieen zu erwähnen. Diese sind aber nicht bedeutend genug, um einzeln eine besondere Geschichte haben zu können. Wir werden sie in einem besondern Paragraphen zusammenfassen. Wir rechnen dahin insbesondere die englischen Besitzungen in Amerika und Afrika, die holländischen Colonien in Ostindien und die Ueberreste der einst so ausgedehnten Colonien Frankreichs, Spaniens und Portugals.

Das Schicksal aller Colonien war, vom Mutterlande ausgesogen zu werden. Der Wunsch des Menschenfreundes muß daher sein, daß sich dieselben möglichst bald in selbstständige freie Staaten umwandeln möchten.

## § 88. Das spanische Amerika.

Der mit Sieg gekrönte nordamerikanische Unabhängigkeitskrieg rüttelte ganz Amerika aus seinem Traumleben auf. Alle Völker dieses Welttheils sehnten sich nach demselben

Ziele, welches die Vereinigten Staaten erreicht hatten. In Georg Washington schwebte ihnen das Muster eines Helden und Staatsmannes vor Augen, mit dessen Hülfe sie das auf ihnen ruhende Joch zu zerbrechen hofften. Was ein Volk geleistet hat, scheint dem andern nicht mehr unmöglich. Die Bewohner des von den Spaniern und Portugiesen beherrschten Theiles Amerika's dünkten sich so gut, oder noch besser, als die Bewohner der Vereinigten Staaten Nordamerika's. Hierin lag nun freilich eine große Selbstüberschätzung, welche zur Folge hatte, daß noch vierzig Jahre von der Unterzeichnung des Pariser Friedens an gerechnet, vergingen, bevor die spanischen und portugiesischen Colonien Amerika's ihre Unabhängigkeit gewannen, und daß nachher die Zustände sich im Süden der Union ganz anders gestalteten, als in deren Schooße.

Der Gegensatz zwischen romanischer und germanischer Bildung tritt nirgends so klar zu Tage, als in Amerika, woselbst die Vereinigten Staaten des Nordens unter angelsächsischer, die südlichen Länder dagegen unter spanischer und portugiesischer Führung den Gang durch die Weltgeschichte machten.

Die romanischen Colonien des Südens hatten das Beispiel des Nordens, an welchem sie sich aufrichten konnten, voraus. Die spanischen Colonien benutzten den Zeitpunkt, da ihr Mutterland in einen blutigen Krieg verwickelt, und in innere Zerrüttung versunken war, um sich von demselben loszumachen. Dennoch bedurften sie eines Kampfes, welcher zweimal so lang dauerte, als derjenige der Vereinigten Staaten, um sich unabhängig zu machen. Während das Joch der spanischen Krone auf deren Colonien in Amerika ruhte, waren das Pfaffenthum und die Aristokratie gehegt und die Massen der Bevölkerung in dem tiefsten Aberglauben und in der wildesten Rohheit erhalten worden. Pfaffen und Aristokraten blieben im Lande, nachdem das Joch des Hofes von Madrid zertrümmert worden war, und ein Zeitabschnitt von vierzehn Jahren genügte keineswegs dazu, die tiefgesunkenen Massen aus dem Schlamme des Aberglaubens und der Unwissenheit zu den Lichtregionen republikanischer Gesinnung emporzuheben.

Die Frage, ob die spanischen Colonien zur Aufrechthaltung einer Republik die erforderlichen Geistesanlagen besaßen, war weit verschieden von derjenigen, ob sie das spanische Joch geduldig nach wie vor tragen würden. Graf Aranda, welcher im Anfange dieses Zeitabschnittes erster Minister in Spanien war, erkannte sehr wohl, daß die alten Zustände in den Colonien sich auf die Dauer nicht würden erhalten lassen. Er schlug dem Könige vor, die spanischen Colonien auf dem Festlande Amerika's unter drei Infanten seiner Familie zu vertheilen, um dadurch deren gänzlichen Verlust zu vermeiden. Allein das spanische Königshaus war derartiger durchgreifender Beschlüsse unfähig.

Schon während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges brach in Peru ein Aufstand aus, an dessen Spitze Tupac Amaru, oder, wie er früher geheißen hatte Condorcanqui stand. Derselbe wurde zwar niedergeschlagen, allein die barbarische Grausamkeit, mit welcher dieses geschah, deutete den in der Auflösung begriffenen Zustand der spanischen Herrschaft schon bestimmt genug an. Der Bürgerkrieg zog sich mehrere Jahre lang (bis 1783) hin und hatte zahlreiche andere Aufstände und Verschwörungen in allen spanischen Colonien im Gefolge.

Die Spanier behaupteten sich jedoch ohne große Mühe bis zu der Zeit, da die Franzosen die Halbinsel mit ihren Heeren überschwemmten. Die Gefangenhaltung Ferdinand's VII. brachte im Schooße der spanischen Colonien zugleich eine große Aufregung und eine Verwirrung der Begriffe hervor, welche für die Aufrechthaltung der spanischen Herrschaft sehr gefährlich war.

sich im Vaterlande zutrugen, in drei Abschnitte. Der erste, welcher von 1810 bis 1814 dauerte, umfaßte die Zeit, da Spanien zwischen den Anhängern des Königs Joseph, Ferdinand's VII. und der Cortes getheilt war, der zweite (1814—1820) die Zeit der absoluten Herrschaft des aus Frankreich zurückgekehrten Königs, der dritte (1820—1825) die Zeit des Kampfes zwischen Absolutismus und Constitutionalismus. Während der Jahre 1810—1814 entwickelte sich der Kampf im Schooße aller spanischen Colonien, von 1814—1820 nahm derselbe eine für die Unabhängigkeit ungünstige Wendung. Als aber ein ähnlicher Freiheitskampf wie in Amerika, in Spanien selbst entbrannte (1820), machte die Sache der Unabhängigkeit solche Fortschritte, daß der Sieg bald entschieden war.

In Spanisch-Amerika erschienen seit dem Jahre 1808 die Abgesandten des Königs Joseph, der Junta von Sevilla und verschiedener anderer Junten und nahmen Hülfe in Anspruch. Die Nachrichten der blutigen Schlachten, in welchen bald die Franzosen, bald die Spanier oder ihre Verbündeten siegten, flößten, als sie über den atlantischen Ocean kamen, den begeisterten Freunden der Unabhängigkeit neue Hoffnung ein. Die spanischen Colonial-Beamten, die Vicekönige und die Offiziere der königlichen Truppen wußten nicht, für wen sie sich erklären sollten, und schwankten unbestimmt zwischen den verschiedenen Parteien hin und her, selbst wenn sie nicht durchaus unfähig waren. Mehrere derselben erwiesen sich jedoch im Augenblicke der Gefahr so elend, daß sie vom Volke abgesetzt wurden.

Derselbe Kampf, welcher den spanischen Colonien den Muth einflößte, das Joch des Mutterlandes abzuwerfen, der Krieg zwischen Frankreich und der pyrenäischen Halbinsel, veränderte England's Verhältniß zu denselben von Grund aus. Früher hatte das Cabinet von St. James die Unabhängigkeitsbestrebungen Spanisch-Amerika's nachdrücklich unterstützt, freilich nicht um der Freiheit willen, sondern weil es hoffte, selbst im Trüben zu fischen. Allein die europäischen Verhältnisse gaben den Ausschlag auch für die Stellung, welche England im südamerikanischen Unabhängigkeitskampfe einnahm. Das Cabinet von St. James überließ die spanischen Colonien ihrem Schicksale, stand den Spaniern in deren Kampfe mit den Franzosen bei und gab es, auch nachdem dieser ausgefochten war, einzelnen Freunden der Freiheit anheim, die Colonien in ihren Bestrebungen zu fördern.

Buenos-Ayres hatte im Jahre 1806 mit englischer Hülfe das spanische Joch abgeworfen. Damals stand England dem Madrider Hofe noch feindlich gegenüber. Als später die Engländer vertrieben wurden (August 1807), trat eine Junta von Beamten und Notabeln an die Spitze der Bewegung, setzte den Vicekönig Sobremonte ab und verlieh die oberste Militärgewalt dem Grafen Linier. Dieser wünschte, daß die Colonie den König Joseph anerkennen möchte. Die patriotische Partei war jedoch stark genug, die Absetzung Linier's (1809) zu bewirken. Feindlich standen sich die Spanier (Gothen) und die Creolen gegenüber. Bei der Erneuerung des Stadtrathes am 1. Januar 1810 errangen die Letzteren die Hälfte der Stimmen und bereiteten dadurch den Sieg über ihre Gegner vor.

Aller Orten fanden ähnliche, wenn auch minder energische Bewegungen, als in Buenos-Ayres statt.

In Mexico erhob (1810) der Pfarrer Miguel Hidalgo das Banner der Freiheit. Er sammelte um sich ein Heer, welches (Oktober 1810) hunderttausend Mann zählte. Allein Hidalgo selbst war weder Feldherr, noch Staatsmann, und die Massen, welche unter seiner Führung stritten, waren unfähig, für die Sache des Rechtes in die Schranken zu treten. Sie plünderten, zerstörten und führten den Krieg mehr als Räuber, denn als Helden der Freiheit. Der General Calleja schlug sie (7. November 1810) bei Aculco

und ein zweitesmal (17. Jan. 1811) bei der Calderonbrücke. Hidalgo fiel (21. März) in die Hände Calleja's, welcher denſelben (27. Juni) zu Chihuahua erſchießen ließ.

Der Aufſtand wurde ſo niedergeworfen, allein die Aufregung, welche derſelbe hervorgerufen hatte, dauerte fort und führte, ſobald ein günſtiger Wind den Funken der Unzufriedenheit anfachte, zu neuen, tiefer eingreifenden Bewegungen, welche das Anſehen der ſpaniſchen Beamten erſchütterten und deren Hülfsquellen erſchöpften.

Die ſpaniſchen Cortes machten zwar den Colonien manche Zugeſtändniſſe, welche dieſe in früheren Zeiten dankbar angenommen hätten. Jetzt aber verlangten die Spaniſch-Amerikaner abſolute Gleichheit der Vertretung, welche ihnen nicht bewilligt wurde. Die Cortes hoben alle Unterſchiede zwiſchen den verſchiedenen Racen, welche das Geſetz gemacht hatte, und alle alten Beſchränkungen des Landbaus und der Induſtrie auf, allein ſie gewährten den Colonien nicht die von dieſen begehrte Handelsfreiheit. Die Colonien, welche ſeit dem Jahre 1808 aufgehört hatten, willenloſe Knechte Spanien's zu ſein, wurden durch die Zugeſtändniſſe der Cortes nicht befriedigt und bedienten ſich derſelben nur, um ihren Widerſtand gegen die ſpaniſche Herrſchaft zu kräftigen und zu organiſiren. Bald entbrannte aller Orten ein furchtbarer Bürgerkrieg, welcher von beiden Seiten mit ſchauderhafter Grauſamkeit geführt wurde.

Nach Hidalgo kämpfte Morelos, und als auch er (15. November 1815) von den Spaniern erſchoſſen worden war, Iturbide für die Unabhängigkeit Mexico's. Dieſer erklärte (24. Februar 1821) Mexico für ein ſelbſtändiges Kaiſerthum, deſſen Krone Ferdinand VII. oder ein anderer bourboniſcher Prinz tragen, im Weigerungsfalle aber einem vom National-Congreß zu erwählenden Kaiſer verliehen werden ſollte. Die Vicekönige Don Apodaca und deſſen Nachfolger O'Donujo wurden von Iturbide mehr und mehr in die Enge getrieben. Der Letztere ſah ſich gezwungen, die Convention von Aquala abzuſchließen (23. Auguſt 1821), der zufolge Iturbide Präſident, O'Donujo nur Mitglied der Central-Junta ſein und die Kaiſerkrone von Mexico Ferdinand VII. angeboten werden ſollte. Die ſpaniſche Regierung genehmigte dieſen Vertrag nicht, O'Donujo ſtarb, Iturbide ließ ſich durch den Congreß der mexicaniſchen Staaten (21. Mai 1822) zum erblichen Kaiſer von Mexico ernennen, mußte jedoch ſchon am 19. März 1823 abdanken, worauf der National-Congreß eine neue Verfaſſung beſchloß (7. November 1823), welche der nordamerikaniſchen nachgebildet war, allein die römiſch-katholiſche Religion für die Staatsreligion erklärte, der Geiſtlichkeit den Beſitz des unermeßlichen Raubes früherer Jahrhunderte ſicherte und ihr dadurch die Mittel gewährte, nach, wie vor, das Volk als ihre Heerde zu behandeln, welche zu weiden, zu ſcheeren und abzuſchlachten ihr gutes Recht ſei. Hierzu kam, daß die im tiefſten Aberglauben erzogenen Maſſen unfähig waren, ſich dem Einfluſſe der Pfaffen zu entziehen, daß die Verſchiedenheit der Racen jede Verſtändigung erſchwerte und daß die mangelhafte ſittliche und politiſche Bildung einer ruhigen und geſetzlichen Entwickelung unüberſteigliche Hinderniſſe entgegenſetzte. Die Verfaſſung des Jahres 1823 blieb daher ein todter Buchſtabe. Iturbide, welcher (1824) einen Verſuch machte, ſich ein zweitesmal auf den Thron von Mexico empor zu ſchwingen, wurde gefangen und hingerichtet, allein dadurch wurde der Keim des Uebels, welcher nicht in dieſer oder jener Perſon, ſondern in der ganzen Beſchaffenheit des Volkes wurzelte, nicht entfernt.

In den Zeiten der ſpaniſchen Herrſchaft ſtanden Mexico und das General-Capitanat Guatemala unter dem Vicekönige von Neu-Spanien. Guatemala, d. h. der ſchmale Landſtrich, durch welchen der Norden mit dem Süden Amerika's verbunden wird, folgte vorſichtig den Schritten des mächtigen Nachbarlandes im Norden. Es nahm an dem Auf-

von Spanien losgesagt hatte, ernannte (Sept. 1821) eine provisorische Junta, und berief (1822) eine constituirende Versammlung, zu welcher die fünf Provinzen des General-Capitanats Abgeordnete sandten. Im Anfange des Jahres 1824 erklärten diese die fünf Provinzen, nämlich Guatemala, Honduras, San Salvador, Nicaragua und Costarica für Republiken, welchen sie den Namen „Vereinigte Staaten von Central-Amerika" und eine der nordamerikanischen nachgebildete Verfassung ertheilten. Allein auch in Central-Amerika, wie in Mexico und den übrigen Staaten Spanisch-Amerika's, blieb die Verfassung ein todter Buchstabe, weil über dem Volke die Geistlichkeit, über dem Staate die Kirche, über der Vernunft der Aberglaube stand. Die Centralgewalt konnte nie Kraft gewinnen. Die einzelnen Staaten achteten so wenig die Unionsverfassung, als die Local-Gesetze, wovon die nothwendige Folge war, daß eine Revolution nach der anderen ausbrach, ohne daß durch eine derselben das Grundübel beseitigt worden wäre.

Ernster und wechselvoller, als in Neu-Spanien war der Kampf in Neu-Granada und insbesondere in dem dazu gehörigen General-Capitanate Caracecas. Dort herrschte mit eisernem Scepter der Vicekönig Monteverde, als (19. April 1810) zu Caracecas und (15. Mai 1810) zu Santa-Fé di Bogota die Revolution ausbrach. An der Spitze derselben stand der zu Caracecas geborene vielgereiste und vielerfahrene unglückliche General Miranda. Das abergläubische Volk ließ sich durch das am 26. März 1811 ausgebrochene furchtbare Erdbeben entmuthigen. Monteverde benutzte den Augenblick zur Unterdrückung der Bewegung. Miranda fiel (1812) in spanische Gefangenschaft und vermoderte bei lebendem Leibe in den Kerkern der Inquisition zu Cadix (1816). Nach Miranda trat Simon Bolivar an die Spitze der Bewegung, dessen Vorbild Georg Washington war. Leider waren die Bewohner Neu-Granada's den Männern von Saratoga und Yorktown sehr wenig ähnlich. Nach mehrjährigen Kämpfen und wechselnden Erfolgen überfiel Bolivar die Spanier bei Boyaca (7. August 1819) und brachte denselben eine entscheidende Niederlage bei. Morillo und Bolivar standen sich von 1815 bis 1820 gegenüber. Endlich siegte die Sache der Freiheit. Am 25. November 1820 schloß Morillo den Waffenstillstand von Truxillo ab und kehrte darauf nach Spanien zurück. Sein Nachfolger General Morales besaß nicht entfernt die Talente seines Vorgängers. Bolivar schlug ihn (24. Juni 1821) bei Carabobo. Mit Mühe behaupteten sich die Spanier an einzelnen Orten bis zum Jahre 1823. Dann mußten sie mit dem letzten Zolle Landes, den sie in Neu-Granada inne hatten, die Hoffnung aufgeben, die Colonie wieder zu unterwerfen.

Gleichen Schritt mit dem Kampfe gegen die Spanier hielt die innere Organisirung des Landes. Dieses theilte sich in die drei Staaten Neu-Granada, Caracecas und Venezuela. Durch einen Beschluß der constituirenden Versammlung vom 17. September 1819 vereinigten sich die drei Staaten zu einer einzigen Republik, welche zu Ehren des Entdeckers Amerika's den Namen Columbia annahm. Am 12. Juli 1821 gab sich dieselbe eine neue Verfassung, ernannte Bolivar zu ihrem Präsidenten und verlieh ihm den Ehren-Namen Befreier.

Doch nur zu bald löste sich das Band der Einheit, welches diese drei Republiken umschlang, wieder auf. Der Kampf gegen das Cabinet von Madrid ging übrigens ununterbrochen fort.

Eine Provinz nach der anderen schüttelte das spanische Joch ab. Am schwächsten brannte das Feuer der Revolution in Peru und Chili. Ohne fremde Hülfe wäre es diesen beiden Provinzen wohl erst viel später gelungen, ihre Unabhängigkeit zu erobern. Sie kam ihnen vom Norden her durch Columbia, vom Süden her durch Buenos-Ayres.

Diese Provinz hatte zuerst das Banner der Freiheit erhoben und dasselbe siegreich

Digitized by Google

erhalten, obgleich Venezuela früher (1810) seine Unabhängigkeit erklärte. Schon im Jahre 1813, als in den übrigen Theilen Spanisch-Amerika's das Ende noch kaum abgesehen werden konnte, hatte Buenos-Ayres, oder die argentinische Republik, seine Unabhängigkeit sicher gestellt. Doch kaum war das spanische Joch abgeschüttelt, als die inneren Wirren begannen. Die Stadt Buenos-Ayres suchte ein gewisses Uebergewicht zu erlangen und bemühte sich, die La-Plata-Staaten zu einer Central-Republik zu gestalten, während die übrigen Provinzen des La-Plata-Stromes die Föderativ-Verfassung vorzogen.

Ein langjähriger Krieg, in welchen sich auch Brasilien mischte, wurde in Betreff der Banda-Oriental oder der Republik Uruguay mit der Hauptstadt Montevideo geführt. Buenos-Ayres und Brasilien wünschten, sich das Land zu unterwerfen. Montevideo wollte seine Unabhängigkeit behaupten, doch fehlte es dem Lande dazu an Kraft.

In der Provinz Paraguay, woselbst die Jesuiten seit langer Zeit geherrscht hatten, wurde der spanische Statthalter Velasco (1811) abgesetzt. Dr. Francia schwang sich an die Spitze der neuen Republik, zu deren lebenslänglichem Dictator er sich (1817) wählen ließ. Er hielt die Abgeschiedenheit aufrecht, in welche Paraguay seit langer Zeit von den Jesuiten versetzt worden war, und beherrschte es mit patriarchalischem Despotismus bis zum Ende seines Lebens (1840).

Die Bewohner von Chile haßten die spanische Herrschaft nicht minder, als diejenigen der übrigen Provinzen. Allein erst, als (1817) der argentinische General Don Juan San Martin im Vereine mit dem General O'Higgins die Cordilleren überschritten und die Spanier unter Osorio bei Chacabuco (12. Febr. 1817) geschlagen hatte, erklärte sich Chile für eine unabhängige Republik und ernannte O'Higgins zum Ober-Director derselben (1. Januar 1818). Der Kampf mit den Spaniern dauerte fort. Am 10. März 1818 erlitt O'Higgins eine Niederlage bei Talca. Doch kurz darauf (5. April 1818) schlug San Martin am Flusse Maypo die Spanier unter Osorio in so entscheidender Weise, daß diese seither nie wieder festen Fuß in Chile fassen konnten. Mit der Vertreibung der Spanier hörte übrigens der Zwiespalt nicht auf, vielmehr dauerte er unter anderer Gestalt bis zum heutigen Tage fort. O'Higgins wurde durch Freire (1823), dieser durch Pinto (1828) gestürzt. Hier, wie in allen übrigen spanisch-amerikanischen Provinzen lag der Fehler nur in sofern in der Verfassung, als sie die katholische Religion und das Pfaffenthum übermäßig begünstigte. Diesem Uebelstande hätte schnell ein Ziel gesteckt werden können, falls das Volk gebildeter und aufgeklärter gewesen wäre. Allein wenn schon das spanische Joch zertrümmert war, blieben die Wunden, welche dieses im Laufe der Jahrhunderte dem Lande geschlagen hatte, ungeheilt. Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte werden vergehen und neue, frische Kräfte müssen sich dem Lande zuwenden, bevor ein Zustand eingetreten sein wird, welcher sich mit demjenigen der nordamerikanischen Freistaaten vergleichen läßt.

Peru, welches mit Chile vereint das Vicekönigreich Peru in spanischer Zeit gebildet hatte, warf, gleich Chile, das spanische Joch erst ab, als der General San Martin (1820) in Verbindung mit dem in chilesische Dienste getretenen Lord Cochrane dem Lande zu Hülfe zog. Er eroberte (9. Juli 1821) die Hauptstadt von Niederperu, Lima, worauf sich diese Provinz unter dem Namen Republik Peru für unabhängig erklärte (28. Juli 1821). San Martin lehnte die ihm angebotene Präsidentenwürde ab, was im Interesse der Freiheit sehr zu bedauern war, und nahm nur den ihm verliehenen Titel: „Gründer der Freiheit von Peru" (1823) an.

Peru war nicht stark genug, seine Unabhängigkeit mit eigenen Kräften zu behaupten.

zum Dictator (10. Februar 1824). Dieſer trieb, im Verein mit ſeinem Unterfeldherrn Sucre die Spanier aus Oberperu, d. h. dem ſüdlichen Peru, und brachte eine Verfaſſung zu Stande, welche einen etwas mehr ariſtokratiſchen Zuſchnitt als die meiſten übrigen ſüdamerikaniſchen Verfaſſungen damaliger Zeit hatte. Bolivar ſchlug (am 6. Auguſt 1824) den ſpaniſchen General Canterac bei Junin, Sucre das unter Canterac und Laſerna vereinigte ſpaniſche Heer bei Ayacucho (9. Dezember 1824). Laſerna wurde gefangen, Canterac mußte ganz Peru bis auf das Gebiet von Callao räumen. Noch einmal verſuchten die Spanier bei Tamaſia (1. April 1825) das Waffenglück und wurden von Sucre von neuem geſchlagen.

Die wiederholten Niederlagen der Spanier ſtanden in augenſcheinlichem Wechſelverhältniſſe mit den Zuſtänden des Mutterlandes. Gerade zur Zeit, da die Reaktion in Europa am grauſamſten wüthete, wurden deren Soldaten und Generale in Amerika mit der größten Energie und dem beſten Erfolge bekämpft. Die ſpaniſchen Colonien erkannten in dem den Cortes und deren Anhängern bereiteten Schickſale das Loos, welches ihrer harrte, falls ſie beſiegt würden. Dieſer Gedanke verdopplte ihren Muth und führte ſie zum Siege.

Am 11. Auguſt 1825 verkündete der Congreß von Oberperu die Republik und ertheilte dieſer, zu Ehren Bolivar's, den Namen Bolivia. Bolivar ſelbſt wurde zum Präſidenten der Republik ernannt und erhielt den Ehrentitel eines Befreiers und Beſchützers derſelben. Sucre wurde Vice-Präſident. Die Verfaſſung, welche beide (25. Auguſt 1826) dem Lande gaben, hatte einen ſehr ariſtokratiſchen Charakter und bewies deutlich, daß Bolivar kein tief blickender Staatsmann und wohl auch, daß er nicht frei von Ehrgeiz war. Nicht ein lebenslänglicher Präſident und nicht drei Kammern der Tribunen, Senatoren und Cenſoren, ſondern Hebung des Selbſtgefühls des Volkes durch Abſchaffung des überwiegenden Einfluſſes der Pfaffen, Bildung durch Organiſation wiſſenſchaftlicher Erziehungsanſtalten und Förderung des Wohlſtandes durch Einziehung des dem Volke von den Pfaffen geraubten Eigenthums waren die Vorausſetzungen des Gedeihens dieſer, wie aller übrigen römiſch-katholiſchen Länder.

Die ſpaniſch-amerikaniſchen Freiſtaaten bieten zu wenig culturhiſtoriſches Intereſſe als daß wir tiefer in die Einzelnheiten der Geſchichte derſelben eingehen könnten. General San Martin zog ſich frühzeitig von den Staatsgeſchäften zurück. Im Jahre 1824 hatte er zu Guayaquil eine Zuſammenkunft mit Bolivar. Was dieſe beiden bedeutendſten Männer Südamerika's mit einander beſprachen, iſt bis zu dieſer Stunde nicht aufgeklärt. So viel nur iſt gewiß, daß San Martin ſich nach dieſer Zuſammenkunft in das Ausland begab, woſelbſt er (17. Auguſt 1853) zu Bologne-ſur-Mer in Frankreich ſtarb. Bolivar blieb zwar noch eine Zeit lang Präſident der Republik von Peru und Bolivia, allein das ihm früher geſchenkte Vertrauen nahm mit jedem Jahre ab. Er ſah ſich gezwungen, in den Privatſtand zurück zu treten, in welchem er ſtarb (10. Dezember 1830).

Das ganze ſpaniſche Amerika zerbröckelte ſich in eine Mehrzahl kleiner Republiken, dieſe hinwiederum in Provinzen, welche alle unfähig ſind, ein freiheitliches Staatsweſen aufrecht zu erhalten.

Die größte dieſer Republiken iſt Mexico. Sie zählt heutzutage auf 829,900 Quadratmeilen 7,860,000 Einwohner. Nach dem Sturze Iturbide's ſpielte der General Santa Anna lange Zeit, jedoch nicht ohne mannigfaltige Wechſelfälle, die erſte Rolle. Im Jahre 1855 wurde er durch die ſ. g. Revolution von Ayutla von der freiſinnigen Partei geſtürzt. Damals wäre es möglich geweſen, das Land aus den Schlingen des Pfaffenthums zu befreien. Der General Comonfort, das Haupt der Partei des Fortſchritts, beſaß hierzu nicht den Muth. Er wurde von der Pfaffenpartei vertrieben (Anfangs 1858).

Seit dieſer Zeit herrſchte Bürgerkrieg im Lande. Die Pfaffenpartei hält die Hauptſtadt Mexico und einige benachbarte Städte beſetzt. Die freiſinnige Partei hat ihr Hauptquartier zu Vera-Cruz aufgeſchlagen. An der Spitze der Serviten ſteht der General Miramon, Juarez, der rechtmäßige Präſident, vertritt die liberale Partei. Die meiſten Provinzen neigen ſich, jedoch ohne Kraft und Entſchiedenheit, auf die Seite der Liberalen. Die Hälfte des Flächeninhalts Mexico's iſt bereits an die Vereinigten Staaten Nordamerika's übergegangen.*) Die andere Hälfte wird ſich ohne fremde Hülfe ſchwerlich aus dem gegenwärtigen Zuſtande der Verwirrung herausreißen können.

An Mexico gränzt das ſ. g. Central-Amerika, welches in die fünf kleinen Republiken: Guatemala (34,380 Quadratmeilen mit 972,000 Einwohnern), Honduras (39,600 Quadratmeilen mit 358,000 Einwohnern), Salvator (9600 Quadratmeilen mit 358,000 Einwohnern), Nicaragua (40,200 Quadratmeilen mit 257,000 Einwohnern), und Coſta Rica (218,000 Quadratmeilen mit 250,000 Einwohnern) zerfällt.

Guatemala iſt nach mannigfaltigen Kämpfen unter die Herrſchaft eines Dictators gefallen, welcher das Volk mit eiſerner Fauſt beherrſcht. Honduras kann nicht zur Ruhe kommen, indem ſich die Parteien auf's heftigſte bekämpfen. Salvator verjagte vor Kurzem ſeinen Präſidenten und befindet ſich im Zuſtande der heftigſten Gährung. Nicaragua leidet noch immer an den Wunden, welche ihm der Flibuſtier-General Walker geſchlagen hat. Coſta-Rica hat vor Kurzem ſeinen Präſidenten abgeſetzt und verbannt, und befindet ſich demzufolge in großer Verwirrung.

Dieſe fünf Republiken könnten nur dadurch Kraft nach Außen und im Innern gewinnen, daß ſie ſich zu einer föderativen Republik vereinigten. Allein die dortigen Staatsmänner wollen lieber in einem kleinen Stätchen die erſten, als in einem fünffach größern die zweiten ſein. Daher kommt eine kräftige Centralgewalt nicht zu Stande. Die außerordentlich günſtige Lage des Landes bleibt unbenutzt, die reichen Schätze deſſelben werden nicht ausgebeutet. Der Zwieſpalt im Innern lähmt die Kraft der Regierungen dem Auslande gegenüber. Doch ſo traurig dieſe Zuſtände auch ſind, hat ſich doch ſeit den Zeiten der ſpaniſchen Herrſchaft manches gebeſſert und manche neue Verbeſſerung vorbereitet.

Das ehemalige Vicekönigreich Neu-Granada zerfällt dermalen in drei unabhängige Staaten: Neu-Granada (522,000 Quadratmeilen mit 363,000 Einwohnern), Ecuador (206,500 Quadratmeilen mit 1,108,000 Einwohnern) und Venezuela (427,000 Quadratmeilen mit 136,000 Einwohnern).

Neu-Granada befindet ſich im fortwährenden Kriegszuſtande. Ecuador hat vor Kurzem einen ſchmählichen Vertrag mit Peru abgeſchloſſen, durch welchen es zu einem Nebenlande dieſer Republik herab ſinkt. Drei verſchiedene Regierungen machen ſich die Herrſchaft über das Land ſtreitig. Unter ſolchen Umſtänden iſt es kein Wunder, daß das weit ſchwächer bevölkerte Peru ihm das Geſetz vorſchreiben konnte.

Venezuela war glücklich, ſo lange General Paez, einer der würdigſten Mitſtreiter Bolivar's, vorherrſchenden Einfluß ausübte. Als er aber aus übertriebener Beſcheidenheit von den Staatsgeſchäften zurücktrat und die Familie Monagas ans Ruder brachte, verfiel das Land einem furchtbaren Despotismus, unter welchem es ſeit 1847 ſchmachtet. Im Anfange des Jahres 1858 wurden zwar die Gebrüder Monagas vertrieben, allein bis zu dieſer Stunde konnte kein geordneter Zuſtand hergeſtellt werden.

Das ehemalige Vicekönigreich Peru zerfällt dermalen in drei Staaten: Peru, Bolivia und Chile. Peru, früher genannt Nieder-Peru oder das nördliche Peru, (429

Quadratmeilen mit 200,000 Einwohnern) fiel seit den Befreiungskriegen aus einer Revolution in die andere. Die Guano-Inseln, welche dieser Republik angehören, werfen ihr einen ansehnlichen Gewinn ab. Dessenungeachtet ist Peru, gleich den übrigen Staaten Spanisch-Amerika's in unaufhörlicher Verwirrung begriffen. Es ist schwer verschuldet und kann sich inmitten der herrschenden Unordnung unmöglich erholen.

Bolivia (273,000 Quadratmeilen mit 2,326,000 Einwohnern) befindet sich in fortwährender Revolution. An der Spitze des Staates steht dermalen (1860) der Präsident Linares. Die Geistlichkeit sucht dort, wie aller Orten im Trüben zu fischen. Für jedes Amt gibt es zehn Bewerber. Wer es nicht erhält, geht über zur Opposition und sucht sein Glück, wo möglich durch eine Revolution, zu machen.

Chile hat vor wenigen Monaten eine Revolution unterdrückt und befindet sich dermalen (Anfangs 1860) in leidlicher Ordnung. Doch treten schon wieder Anzeichen einer neuen Revolution zu Tage.

Die argentinische Republik oder die Vereinigten Staaten des La Plata Stromes umfassen vierzehn Staaten und etwa 1,286,000 Quadratmeilen*) mit 2,500,000 Einwohnern. Kurz nach dem Zurücktritte San Martin's gewann Don Juan Manuel De Rosas vorherrschenden Einfluß in den La Plata Staaten und übte eine furchtbare Gewaltherrschaft aus. Erst im Jahre 1852 gelang es dem Volke, das verhaßte Joch des Tyrannen zu brechen. Seit dieser Zeit besserten sich die Zustände des Landes. Allein noch immer stehen sich die ländlichen Bezirke und die Hauptstadt des Landes feindlich gegenüber. Ohne Zweifel wird noch eine lange Zeit vergehen, bevor auch dieser Theil Spanisch-Amerika's einen Zustand geordneter Freiheit errungen haben wird.

Trotz aller Wirren, in welche Spanisch-Amerika in Folge der Abschüttelung des spanischen Joches verfiel, haben sich die Zustände daselbst doch wesentlich verbessert. Die Geißel des Königthums ist zerbrochen, die Sklaverei ist abgeschafft, die Selbstherrlichkeit des Volkes ist verfassungsmäßig festgestellt. Diese wird übrigens erst dann zur Wahrheit werden, wenn auch die Geißel des Pfaffenthums zerbrochen sein wird. So oft dieses in einem Staate geschehen war oder geschehen sollte, zettelten die Pfaffen Verschwörungen an, wozu ihnen die Rohheit des Volkes und ihr eigener großer Reichthum die besten Mittel boten. Durch Schaden werden am Ende auch die Spanisch-Amerikaner klug werden und eine Geistlichkeit, welche mit einem freien Staatsleben unvereinbar ist, in die Schranken der Gesetze weisen. Dann erst werden Einwanderer sich mit Freudigkeit im Lande niederlassen, dann erst können Landbau, Industrie, Handel und Schifffahrt gedeihen, welche jetzt noch fast aller Orten durch den Alp des römisch-katholischen Aberglaubens und der Gensdarmerie desselben, der Pfaffen, niedergehalten werden.

## § 89. Brasilien.

Die einzige Provinz Amerika's, welche sich zwar von dem Mutterlande, allein nicht von dessen Dynastie und nicht von der Monarchie lossagte, ist Brasilien. Sie beweist uns, daß wahrscheinlich auch die spanisch-amerikanischen Colonien der königlichen Familie hätten erhalten werden können, falls das Cabinet von Madrid zur rechten Zeit dieselben unter ähnlichen Bedingungen freigegeben hätte, wie das Haus Braganza Brasilien frei gab. Die Hartnäckigkeit der spanischen Bourbonen schlug in diesem Falle, wie sonst so oft, zum Besten der Menschheit aus.

*) Bei allen amerikanischen Ländern haben wir bei Bezeichnung des Flächeninhaltes und der Entfernung stets englische Meilen im Sinne.

Digitized by Google

Das portugiesische Königshaus folgte übrigens mehr dem Drange der Nothwendigkeit, als einem bestimmt und klar gefaßten Plane. Als die Franzosen das Land bedrohten und das Haus Braganza sich nicht anders zu helfen wußte, siedelte es (Januar 1808) nach Brasilien über. Rio Janeiro wurde dadurch thatsächlich zur Hauptstadt, Brasilien zum Hauptlande. Portugal fiel zuerst den Franzosen, dann den Engländern anheim und mußte alle Leiden eines Nebenlandes erdulden, bis es sich aufraffte zum Kampfe für seine Freiheit. Dieser wurde aber zugleich Signal zu einer ähnlichen Erhebung in Brasilien, welche hier weit rascher und entschiedener von Statten ging, als in dem Lande der alten Welt.

Schon im Jahre 1815 hatte Johann VI. Brasilien zu einem Königreiche erhoben und dadurch angedeutet, daß die Zeiten der alten Colonialverfassung vorüber seien. Als die Revolution in Portugal ausbrach, schiffte sich Johann VI. dahin ein, er ließ aber seinen Sohn Dom Pedro als Statthalter zurück, nachdem er diesem gesagt hatte: „Pedro, Du weißt, der Sinn dieses Volkes geht auf Unabhängigkeit. Will irgend ein Abenteurer auf diesen Grund hin sich die Krone Brasiliens auf's Haupt setzen, komme ihm zuvor! Stelle Dich selbst an die Spitze der Bewegung, suche sie zu beherrschen und thue, was die Umstände gebieten!"

Der Versuch, Brasilien und Portugal unter einer Repräsentativ-Verfassung zu vereinigen, scheiterte. Die Interessen beider Länder waren zu verschieden und die räumliche Entfernung, welche sie trennte, war zu groß, als daß ein längeres Zusammenbleiben wünschenswerth gewesen wäre. Als daher Dom Pedro durch einen Beschluß der portugiesischen Regierung nach Europa abberufen wurde, erklärten die Brasilier: „seiner Abreise werde die Unabhängigkeitserklärung Brasiliens auf dem Fuße folgen. Die Völker Brasiliens werden sich gleichwie Tiger erheben, welche der alte Despotismus in Käfige eingesperrt habe und worin sie der neue constitutionelle Machiavellismus erhalten wolle."

Dom Pedro erkannte, daß der Augenblick gekommen sei, den von seinem Vater erhaltenen Wink zu benutzen. Er erklärte (9. Januar 1822), daß er im Lande bleiben und der portugiesischen Regierung diesen Entschluß alsbald kund thun werde. Umsonst widersetzten sich die in Brasilien befindlichen portugiesischen Truppen. Sie wurden theils nach Europa eingeschifft (15. Februar), theils für die Unabhängigkeit Brasiliens gewonnen. Jose Bonifacio de Andrada, das Haupt der Partei der Unabhängigkeit, trat an die Spitze eines neuen Ministeriums. Dom Pedro nahm zuerst (17. Mai 1822) den Titel eines immerwährenden Vertheidigers, kurz darauf (12. October) denjenigen eines constitutionellen Kaisers von Brasilien an. Zugleich wurde die Unabhängigkeit des Landes von Portugal öffentlich verkündet.

Die wenigen Truppen, welche mit der Nation nicht voranschreiten wollten, wurden mit Hülfe des Admirals Cochrane, der aus dem Dienste der Republik Chili in denjenigen Brasiliens übergetreten war, schnell niedergeworfen und weggeschafft. Die Unabhängigkeit von Portugal errang Brasilien auf diese Weise ohne große Mühe und Anstrengung. Schwerer und mühseliger war aber der Weg, welcher vom Absolutismus zur Freiheit führte. Dieser ist in Brasilien so wenig, als in den ehemals spanischen Colonien, heute noch nicht zurückgelegt. Die Brasilier wagten nicht den Sprung vom Absolutismus zur Republik. Sie versuchten auf dem Umwege über die constitutionelle Monarchie dieses Ziel zu erreichen. Die Folge davon war ein langjähriger Kampf zwischen Republikanern und Absolutisten. Dom Pedro war wohl geneigt, den Ausbängeschild der Constitution an seinem Throne zu befestigen, allein von den Rechten eines Monarchen wollte er an das Volk keines, oder doch

ersten constituirenden Cortes, allein er löste dieselben gerade so, wie es später die europäischen Könige thaten, schon bald (12. November 1823) wieder auf. Zugleich ließ er sechzehn Abgeordnete, darunter das Haupt der republikanischen Partei, Andrada e Silva, verhaften und nach Frankreich verschiffen. In den ersten Tagen des Jahres 1824 veröffentlichte Dom Pedro eine von seinen Dienern auf seinen Befehl entworfene Verfassung. Dadurch konnte aber ein Rechtszustand unmöglich begründet werden. Denn dieser beruht bei allen gegenseitigen Verhältnissen auf gegenseitiger Uebereinstimmung.

Dom Pedro verstand es nicht, die Wünsche und Meinungen, welche das brasilische Volk hegte, richtig zu erkennen und auszuführen, wovon die Folge war, daß die Verhältnisse Brasiliens zum Auslande, namentlich zu Portugal und zur Banda oriental, sich mehr und mehr verwickelten und daß folgeweise für die Hebung der inneren Zustände des unermeßlichen Reiches nur sehr wenig geschehen konnte. Die Sklaverei, diese Pest Amerika's, wurde in Brasilien nicht abgeschafft, wie es in allen spanisch-amerikanischen Staaten geschehen war. Die besten Kräfte des Reiches wurden in einem unsinnigen Kriege verschleudert, durch welchen die Banda oriental unterworfen werden sollte. Erst nach fünfjährigen Kämpfen (28. August 1828) kam ein Friede zu Stande, durch welchen die Unabhängigkeit Montevideo's anerkannt werden mußte. Ebenso tadelnswerth, als der Banda oriental gegenüber, war das Benehmen Dom Pedro's im Verhältnisse zu Portugal. Durch einen Vertrag vom 29. August 1825 verpflichtete er sich, die Anerkennung Portugal's durch Zahlung von zwei Millionen Pfund Sterling zu erkaufen. Mit gutem Grunde erklärte die republikanische Partei, die Unabhängigkeit sei bereits errungen, Portugal besitze nicht die Macht, sie zu bestreiten, es sei daher überflüssig und überdies schimpflich, sie mit Gelde zu erkaufen.

Dom Pedro bekümmerte sich wenig um die Einsprache seiner Gegner. Er behandelte die Vertreter des Reiches mit großer Mißachtung. Die Unzufriedenheit mit seiner Regierung stieg daher von Jahr zu Jahr, und brach sich, nachdem die Kunde der Juli-Revolution in Brasilien Eingang gefunden hatte, in einem offenen Aufstande Bahn. Dom Pedro sah sich gezwungen, zu Gunsten seines fünfjährigen Sohnes, Dom Pedro de Alcantara, abzudanken. Zu dessen und seiner drei übrigen Kinder Vormunde ernannte der abtretende Kaiser denselben José Bonifacio de Andrada e Silva, den er früher in rechtswidriger Weise aus Brasilien hinweggeschafft hatte.

Das von dem ersten Kaiser Brasiliens octroyirte Grundgesetz vom 25. März 1824 wurde durch die s. g. Reformacte vom 12. August 1834 ergänzt. Die brasilische Verfassung ruht seit dieser Zeit auf dem Zwei-Kammer-Systeme, lebenslänglichen, vom Kaiser ernannten Senatoren und vom Volke gewählten Abgeordneten. Eine so zusammengesetzte gesetzgebende Gewalt kann unmöglich in durchgreifender Weise die im Laufe der Jahrhunderte eingerissenen Mißbräuche und Mängel beseitigen. Das Pfaffenthum liegt in Brasilien, wie in den spanisch-amerikanischen Republiken, gleich einem schweren Alpe auf dem Volke. Die Sklaverei läßt die freie Arbeit nicht aufkommen. Die reichen Schätze, welche die Natur dem Lande verliehen hat, die herrlichen Wasserstraßen, welche durch dasselbe hindurch bis zum Fuße der Andes reichen, bleiben unbenützt. Die Zahl der Indo-Kaukasier, welche Brasilien bewohnen, ist zu klein, um der großen Masse von Negern, Mulatten, Ureingeborenen und Mischlingen aller Art die erforderliche sittliche Kraft, Einsicht und Ausdauer einzuflößen.

Im Jahre 1841 wurde der fünfzehnjährige Kaiser für mündig erklärt und nahm unter dem Namen Pedro II. die Zügel der Regierung in die Hand. Aus seiner Ehe mit der Prinzessin Thereja Christina Maria von Neapel wurde ihm kein Sohn zu Theil.

Seine älteſte Tochter, Iſabella Chriſtina Leopoldina, geboren am 29. Juli 1846, iſt die muthmaßliche Thronerbin. Sie wird Mühe haben, in dem republikaniſchen Amerika ihren dermaleinſtigen Thron zu behaupten.

## § 90. Weſtindien.

Die reizende Inſelgruppe, welche unter dem Namen Weſtindien bekannt iſt, hat, gleich allen übrigen Ländern der Erde, nur in ſo fern eine Geſchichte, als ſie für die Freiheit kämpfte, ihre Selbſtändigkeit errang und eine eigene Lebensbahn betrat. Nur Hayti hat ſich auf dieſen Höhepunkt hinangeſchwungen. Alle übrigen Inſeln Weſtindien's folgen als Trabanten den Bahnen ihrer Mutterländer, d. h. der ſie beherrſchenden europäiſchen Staaten.

Hayti war nächſt den Vereinigten Staaten des Nordens die erſte Colonie Amerika's, welche es wagte, für die Freiheit in die Schranken zu treten. Der Unabhängigkeitskrieg der Vereinigten Staaten regte auch in Weſtindien mancherlei Freiheitsideen an. Doch erſt die franzöſiſche Revolution fachte auf Hayti den Funken der Freiheit zur lodernden Flamme. Die Frage war: ſollten auch die franzöſiſchen Colonien der von Paris aus verkündeten Menſchenrechte theilhaftig werden, oder nicht?

Seit dem Jahre 1790 war Hayti in fieberhafte Aufregung gerathen. Die Menſchenrechte nahmen dort eine eigenthümliche Färbung an. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit war für eine aus Weißen, Negern und Mulatten beſtehenden Bevölkerung eine Unmöglichkeit. Die Freiheit der Neger war bedingt durch die Beſeitigung der Weißen, welche nicht geneigt waren, aus Rückſicht für das Naturrecht oder ſelbſt für die aus Frankreich herüberkommenden Geſetze ihren Beſitzſtand ganz oder theilweiſe aufzugeben.

Das Decret der Nationalverſammlung vom 15. Mai 1791 verlieh allen von freien Eltern abſtammenden farbigen Menſchen den Genuß der Rechte franzöſiſcher Bürger und folgeweiſe auch eine Stimme bei den Volkswahlen. Das Verhältniß zwiſchen Herren und Sklaven wurde durch daſſelbe unmittelbar gar nicht berührt. Allein es liegt in der Natur des fluchwürdigen Inſtitutes der Sklaverei, daß es durch jeden Fortſchritt auf dem Gebiete des Rechtes und der Freiheit erſchüttert wird, wenn nicht wirklich, ſo doch in der immer ängſtlich bewegten Gemüthswelt der Sklavenhalter. Dieſe erkannten daher das Decret vom 15. Mai nicht an, ſie gaben der geſammten Bevölkerung das Beiſpiel der Auflehnung gegen die geſetzgebende Gewalt Frankreich's und führten dadurch einen Kampf herbei, welcher in ſeinen weiteren Folgen nicht nur die Vollziehung des Decrets vom 15. Mai 1791, ſondern auch die gänzliche Aufhebung der Sklaverei auf Hayti und die Losreißung der Inſel von Frankreich und Spanien hatte.

Der Widerſtand, welchen die Sklavenhalter dem Decret vom 15. Mai 1791 entgegenſetzten, warf die Fackel der Zwietracht und des Haſſes mitten unter die aufgeregte Bevölkerung Hayti's. Der Kampf entbrannte nicht ſowohl zwiſchen Herren und Sklaven, als zwiſchen Weißen und Farbigen. Auf der Seite der Letzteren ſtanden aber alle Sklaven, welche in den freien Negern und Mulatten ihre natürlichen Verbündeten erkannten.

Es gelang den Sklavenhaltern Hayti's, den Widerruf des Geſetzes vom 15. Mai 1791 durchzuſetzen. Allein ſchon am 4. April 1792 wurde daſſelbe wieder hergeſtellt. Die Schwankungen zwiſchen den neuverkündigten Menſchenrechten und dem alten Zuſtande der Unterdrückung vermehrten den Grimm der Farbigen und erſchütterten deren Anhänglichkeit an die Mutterländer. Ein furchtbarer Kampf, in welchem die Weißen ohne Unterſchied des Geſchlech-

Franken angerichtet wurde, entspann sich. Am 29. August 1793 erklärten die von Frankreich nach Hayti abgesandten Commissarien die Freiheit aller Sklaven. Der Nationalconvent bestätigte diese Verfügung, indem er (4. Febr. 1794) ganz allgemein die Sklaverei abschaffte.

Die Sklavenhalter, welche aller Orten Vaterland, Freiheit und Recht demjenigen unterordnen, was sie für ihr Interesse hielten, suchten Hülfe bei England, welches längst mit Frankreich im Kriege war. Die Spanier versuchten von der östlichen Hälfte der Insel aus, welche sie inne hatten, den westlichen, den französischen Theil derselben zu unterwerfen. Allein die Farbigen, Neger und Mulatten kämpften mit so großem Muthe, daß alle Versuche mißlangen, ihnen die persönliche Freiheit und staatliche Unabhängigkeit in deren Besitze sie sich befanden, wieder zu rauben.

Toussaint Louvertüre, ein Neger von hoher Begabung, zwang die Engländer, die Insel zu räumen und sie als neutrale Macht anzuerkennen (Mai 1798), vertrieb die französischen Truppen unter dem General Hedouville aus Cap Français und eroberte auch den spanischen Antheil Hayti's mit alleiniger Ausnahme der Stadt St. Domingo (1801).

Um den errungenen Siegen größere Festigkeit zu geben, gründeten die farbigen Bewohner Hayti's eine Verfassung, welche die gesetzgebende Gewalt einer Versammlung von Volksabgeordneten, und die vollziehende dem tapfern Toussaint Louvertüre auf Lebenszeit zuwies.

Damals dachten die Haytier noch nicht daran, sich von Frankreich gänzlich loszusagen. Die Insel sollte ein Bestandtheil des französischen Gebietes bleiben, aber ihre eigene Gesetzgebung und Verwaltung haben.

Das Band, welches Hayti mit Frankreich verknüpfte, hätte nur in sofern befestigt werden können, als jede Furcht vor der Wiederherstellung der alten Unfreiheit gänzlich beseitigt worden wäre. Allein Napoleon I. stand in zu innigen Beziehungen mit den Creolen, als daß er den Farbigen hätte gerecht werden können. Die Herren standen ihm aller Orten näher, als die Knechte; er gab zwar den Farbigen Hayti's schöne Worte, diese erkannten jedoch sehr wohl die eigentlichen Absichten des Despoten. Umsonst schickte Napoleon (im Winter 1801 auf 1802) ein Heer von 25,000 Mann nach Hayti. Toussaint ließ sich täuschen. Die Franzosen nahmen ihn gefangen und schickten ihn nach Frankreich (14. Juni 1802). Er starb im Fort Joux bei Besançon (5. April 1803). Entrüstet über die Treulosigkeit der Franzosen griffen die Haytier aber von Neuem zu den Waffen. Dessalines und Christoph standen an ihrer Spitze. Mehr als zwanzigtausend Franzosen verloren innerhalb fünf Monaten auf den Schlachtfeldern und in den Spitälern ihr Leben. Der Krieg zwischen Frankreich und England brach wieder aus. Die Trümmer des französischen Heeres mußten die Insel räumen. Nur in der Stadt St. Domingo, welche das Cabinet von Madrid im Baseler Frieden nebst seinem Antheil von Hayti an Frankreich abgetreten hatte, behaupteten sich die Franzosen noch einige Zeit.

Am 1. Januar 1804 wurde Dessalines zum lebenslänglichen Statthalter von Hayti gewählt. Er war ein grausamer Wütherich. Im Kampfe mit Frankreich hatten sechzigtausend Haytier das Leben verloren. Um dafür Rache zu nehmen, ließ Dessalines die Weißen, wo sie aufgefunden werden konnten, wohl fünftausend an der Zahl, niedermachen. Bald darauf (8. October 1804) ließ er sich unter dem Namen Jakob I. als Kaiser von Hayti ausrufen. Doch nicht lange trug er seine Krone. Schon am 16. October 1805 fiel er in einem Aufstande. Das Kaiserreich hatte ein Ende und Christoph trat als Präsident von Hayti an die Spitze der Republik. Christoph vermochte jedoch nicht, seine Gewalt über die ganze Insel auszudehnen. Der Mulatte Petion trat ihm gegenüber und behauptete sich zu Port-au-Prince. Christoph schlug seinen Herrschersitz zu Cap Français auf.

Während die Kraft der Haytier durch den Zwieſpalt zwiſchen Petion und Chriſtoph gebrochen wurde, eroberten die Engländer die Stadt Domingo. Chriſtoph nahm ſich Napoleon zum Muſter und ließ ſich (1811) unter dem Namen Heinrich I. als König krönen. Petion hielt die republikaniſchen Formen feſt. Beide Herrſcher führten blutige Kriege mit einander. Darin waren aber beide einig, daß ſie die Herrſchaft Frankreich's nicht anerkennen wollten.

Petion ſtarb im Jahre 1818. Ihm folgte in der Präſidentſchaft Johann Peter Boyer, welcher nach Chriſtoph's Tode (1820) die ganze Inſel unter ſeiner Herrſchaft vereinigte. Die Republik wurde von allen Staaten der alten und der neuen Welt anerkannt, ſelbſt von Frankreich (1825), ſollte aber dafür an die ehemaligen Plantagenbeſitzer eine Entſchädigung von 125,000,000 Franken bezahlen. Boyer behauptete ſich bis 1843, mußte dann aber der gegen ihn ſich erhebenden Oppoſition weichen. Er floh nach Paris, wo er 1850 ſtarb.

Die Folge des Sturzes Boyer's war, daß Hayti ſich wieder in zwei Theile ſpaltete: in die öſtliche mit Domingo und die weſtliche mit Port-au-Prince als Hauptſtadt. Im Oſten, woſelbſt die Mulatten vorherrſchten, wurden die republikaniſchen Formen beibehalten. General Santanna, weſentlich verſchieden von ſeinen mexikaniſchen Namensbruder, ſtand dort und ſteht noch heute an der Spitze des Staates.

Im weſtlichen Theile der Inſel blühte die Republik unter den Fittigen des Generals Riché. Als aber dieſer wackere Mann (27. Januar 1847) plötzlich ſtarb, erwählte der Senat den General Fauſtin Soulouque. Dieſer begnügte ſich nicht mit der Würde eines Präſidenten der Republik. Er ſtürzte die republikaniſche Verfaſſung um und machte ſich zum Kaiſer von Hayti. Er führte dort die Poſſe eines Kaiſerreiches auf mit dem ganzen Flitter, allen Titeln, Erpreſſungen und Leiden einer Monarchie. Doch im December des Jahres 1858 nahm ſeine Herrſchaft ein Ende. General Geffrard ſtellte die Republik wieder her. Fauſtin I. entfloh. Seit dieſer Zeit beſteht die republikaniſche Regierungsform in beiden Hälften Hayti's.

Von den übrigen Inſeln Weſtindien's bleibt uns nur wenig zu melden. Die ſchwachen Verſuche, welche die Inſel Cuba machte, das ſpaniſche Joch abzuwerfen, waren von keinem günſtigen Erfolge gekrönt. Der unglückliche Lopez verlor (1. September 1851) zu Havanna durch die Garotte ſein Leben. Auf der von der Natur ſo reich ausgeſtatteten Inſel laſtet das dreifache Joch der Sklaverei, des Königthums und des Pfaffenthums. Der Sklavenhandel, welcher von der verruchten Königin Chriſtine von Spanien ſeit langer Zeit gehegt wurde, wird daſelbſt den mit England abgeſchloſſenen Verträgen und aller Menſchlichkeit zum Trotze, ſehr ſtark getrieben. Auf den engliſchen Beſitzungen in Weſtindien wurde (am 1. Auguſt 1834) die Sklaverei vollſtändig abgeſchafft. Es geſchah dieſes aber nicht in Folge einer großartigen Erhebung des Volkes, ſondern vermittelſt eines Parlamentsbeſchluſſes, welcher den Sklavenbeſitzern eine Entſchädigung von 20,000,000 Pfund Sterling zuwies. Gewiß war dieſe Maßregel ſehr wohl gemeint. Allein das Geld vermag nicht ſo viel zu leiſten, als der Freiheitsdrang. Die Neger auf Jamaica ſind nun wohl perſönlich frei, allein politiſche Rechte beſitzen ſie nicht. Es fehlt ihnen der Sporn reger geiſtiger Thätigkeit.

Die alten Zuſtände mit der Sklaverei als Grundlage ſind zerſtört. Die perſönliche Freiheit ohne alle bürgerliche und politiſche bietet den Menſchen keinen hinreichend kräftigen Sporn zu höherer geiſtiger Thätigkeit. Die Zuſtände Jamaica's laſſen daher Vieles zu wünſchen übrig. Sie entſprechen den Erwartungen nicht, welche die Gegner der Sklaverei

ein blühendes Gemeinweſen zu ſchaffen. Dazu ſind poſitive Einrichtungen der Freiheit erforderlich, welche in Jamaica fehlen, Schulen der Bildung für die Kinder und für die Erwachſenen, eine gute Erziehung für die Einen, Freiheit und Recht für die Anderen.

## § 91. Oſtindien.

Das Reich der Engländer in Oſtindien dehnte ſich von Jahr zu Jahr mehr aus. Der Krieg hatte Eroberungen in ſeinem Gefolge und im Frieden wurden dieſe mehr und mehr befeſtigt. Im Anfange dieſes Zeitabſchnittes war Tippo Saib der gefährlichſte Gegner der Britten in Indien. Nach einem dreijährigen Kriege (1789 bis 1792) mußte ſich der Sultan von Myſore dazu verſtehen, die Hälfte ſeiner Beſitzungen abzutreten. Tippo Saib bereitete ſich, den Grimm im Herzen, zu einem neuen Kampfe vor. Die Franzoſen, welche mit den Engländern Krieg führten, ſchickten ihm Offiziere, welche ſein Heer auf europäiſchen Fuß einrichteten. Napoleon's Pläne reichten über Egypten bis nach Indien. Dort ſtand ihm (1798—1805) derſelbe Mann feindlich gegenüber, welcher ihm ſpäter auf der pyrenäiſchen Halbinſel und bei Waterloo die Spitze bot. Als Tippo Saib zu den Waffen griff, erſtürmten die Engländer Seringapatam (4. Mai 1799). Tippo Saib verlor das Leben. Der Marquis von Wellesley konnte über die Erbſchaft des Sultans von Myſore nach Gutdünken verfügen. England's Macht in Dekan wurde zugleich erweitert und befeſtigt. Auf den Krieg mit Tippo Saib folgten die Kämpfe mit den Maharatten, welche im Jahre 1818 mit deren völligem Untergange endigten. Im Jahre 1824 brach der Krieg mit den Birmanen aus, welcher die Abtretung Aſſam's und eines großen Landſtriches von Hinter-Indien zur Folge hatte (1826).

Während die Ruſſen vom caſpiſchen Meere und vom Aral-See aus ſich den Weg nach Indien zu eröffnen ſuchten, drangen die Engländer gegen Kabul und Afghaniſtan in nordweſtlicher Richtung vor. Der Krieg, welcher (December 1845) gegen die Sikhs ausbrach, vernichtete die Selbſtſtändigkeit des Reiches Lahore (März 1846). Schon im Jahre 1848 griffen die Sikhs von Neuem zu den Waffen. Sie erlitten (21. Januar 1849) bei Gujarat eine entſcheidende Niederlage. Ihr Reich wurde mit Brittiſch-Indien verbunden. Im Frühjahr 1852 brach ein zweiter Krieg mit Birma aus, in deſſen Folge das Gebiet der Engländer ſich von Neuem vergrößerte.

Der Freibrief der Oſtindiſchen Compagnie wurde von Zeit zu Zeit mit einigen, durch die Verhältniſſe gebotenen Veränderungen erneuert. Die Macht und die Reichthümer derſelben nahmen immer zu, zugleich aber auch die Gefahr eines drohenden Zuſammenſtoßes. Ein großer Theil der Kriegsmacht der Oſtindiſchen Compagnie beſtand aus eingeborenen Indiern, den ſ. g. Sepoys. Dieſe ſowohl, als auch die aus geborenen Britten beſtehende Kriegsmacht gaben wiederholt Zeichen der Unzufriedenheit zu erkennen. Alle Engländer, welche nach Indien gehen, finden dort Mittel, ſich zu bereichern. Im Verhältniß zu den bürgerlichen Beamten ſind die Soldaten der Compagnie ſchlecht bezahlt. Bis zum Jahre 1857 kam es jedoch in Indien zu keiner gefahrvollen Meuterei. Die engliſchen Heere, welche der Religion nach in Chriſten, Mohammedaner und Heiden zerfielen, konnten ſich nie über gemeinſame Maßregeln verſtändigen. Im Jahre 1857 vereinigten ſich jedoch Mohammedaner und Heiden gegen die Chriſten, erhoben zu gleicher Zeit das Banner der Empörung an verſchiedenen Orten, namentlich zu Delhi und Lucknow und brachten das engliſche Reich in Indien in große Gefahr. Nach vielen blutigen Gefechten wurden zwar die empörten Sepoys beſiegt. Allein die Erinnerung an die Erfolge, welche die aufſtändiſchen Truppen anfänglich gewannen, iſt geblieben. Der Glaube an die

Digitized by Google

Treue der indiſchen Truppen iſt erſchüttert. Wenn es der engliſchen Regierung nicht gelingen ſollte, die Verwaltung Oſtindien's weſentlich zu verbeſſern, ſo werden immer neue Aufſtände ausbrechen. So lange England im Frieden mit den Großmächten Europa's iſt, wird es wohl immer derartigen Militäraufſtänden die Spitze bieten können. Sollte aber ein ſolcher zuſammentreffen mit einem Kriege gegen Frankreich oder Rußland, ſo könnte ein Schwanken im Schooße der brittiſch-indiſchen Armee von ſehr ernſtlichen Folgen ſein.

## § 92. China und Japan.

Im Laufe dieſes Zeitabſchnittes mußten auch China und Japan, ſo ſehr ſie ſich dagegen ſträubten, dem Geiſte der Zeit einigen Tribut bezahlen, d. h. das Syſtem der Abſchließung, welchem dieſe Reiche ſeit Jahrhunderten huldigten, einigermaßen entſagen. So lange die europäiſchen Mächte in gegenſeitigen Kriegen befangen waren, fehlte es ihnen an Willen und Kraft, dieſe beiden für den Handel ſo wichtigen Staaten dem Verkehre zu öffnen. Seit dem Jahre 1833 geſtalteten ſich jedoch die Beziehungen zwiſchen England und China immer feindlicher. Im Anfange des Jahres 1841 kam es zwiſchen beiden Mächten zu einem Kriege, welcher bis zum Auguſt 1842 dauerte und den Chineſen den Beweis lieferte, daß ſie nicht im Stande ſeien, einem europäiſchen Heere die Spitze zu bieten. Zu bedauern war es freilich, daß einer der Gründe, welche den Krieg herbeigeführt hatten, in dem verderblichen Opiumhandel beſtand, den die Engländer von Indien aus ſehr ſchwunghaft betrieben. Die Chineſen mußten, dem abgeſchloſſenen Friedensvertrage zufolge, den Engländern außer Canton die Hafenplätze Amoy, Futſcheufu Ningpo und Shanghai öffnen, Hong-Kong abtreten, in den fünf genannten Häfen Conſuln zulaſſen, einige Zugeſtändniſſe in Betreff der Zölle machen, und einundzwanzig Millionen Dollars als Kriegs-Entſchädigung bezahlen.

Die furchtbaren Niederlagen, welche die chineſiſche Regierung zu Waſſer und zu Lande erlitt, erſchütterten deren Anſehen im Innern des Reiches ſowohl, als im Auslande. Ein Aufſtand, an deſſen Spitze ein angeblicher Sprößling der Ming-Dynaſtie ſtand, wüthete in den ſüdlichen Provinzen ſeit 1851, dehnte ſich immer weiter aus und konnte bis zum heutigen Tage (Anfangs 1860) nicht unterdrückt werden.

Die Stellung der chineſiſchen Regierung dem Auslande gegenüber wurde ſchwieriger. Das Geheimniß ihrer Schwäche war an den Tag gekommen. Vom Norden her breitete ſich Rußland immer weiter aus und riß das ganze Gebiet bis zum Amurfluſſe an ſich. Von der Seeſeite her griffen Engländer und Franzoſen um ſich. Im gegenwärtigen Augenblicke wird eine neue engliſch-franzöſiſche Expedition gegen China ausgerüſtet.

Die Welt iſt dermalen auf einem Höhepunkte angelangt, mit welchem eine Abſchließung, wie China dieſelbe handhabte, durchaus unverträglich iſt.

Wie die Engländer China, ſo ſuchten die Nordamerikaner Japan dem Völkerverkehre zu öffnen. Die Expedition, welche Präſident Pierce nach Japan ſandte, blieb nicht ohne Erfolg. Ruſſen und Engländer ſchritten auf dem eröffneten Wege weiter voran. Es iſt zu hoffen, daß nach und nach in Japan, wie in China, die gegen das Ausland beſtehenden Vorurtheile ſchwinden werden. So viel iſt jedenfalls gewiß, daß es in der Gewalt der europäiſchen Mächte liegt, China und Japan in den Kreis des civiliſirten Lebens hereinzuziehen und daß nur kleinliche Eiferſüchteleien unter ihnen die Verdoppelung des dermaligen Handelsgebietes verhindern können.

## § 93. Perſien.

Das Land, welches die ruſſiſchen Beſitzungen am caspiſchen Meere und am Aralſee von den engliſchen am Indus trennt, beſitzt ſchon durch ſeine geographiſche Lage eine hohe, freilich nicht beneidenswerthe Wichtigkeit. Seit den Zeiten des alt-perſiſchen Reiches war Indien das Ziel, nach welchem alle weltenſtürmenden Eroberer ſtrebten. Die ruſſiſchen Kaiſer, welche ſich als die Beherrſcher der Slaven fähig glauben, die ganze Erde durch friſche Kräfte zu verjüngen, und als Nachfolger der oſtrömiſchen Kaiſer berechtigt wähnen, alle Anſprüche der letzteren geltend zu machen, haben ſich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer weiter in der Richtung nach Indien ausgebreitet. Unverkennbar iſt ihr Trachten darauf gerichtet, ſobald eine günſtige Gelegenheit ſich bieten ſollte, England, welches ihren Eroberungsplänen in Aſien allein einen kräftigen Widerſtand entgegen ſetzen kann, an den Ufern des Indus und Ganges anzugreifen.

In der That wäre die Lage Englands ſehr gefährdet, wenn nicht die Fortſchritte, welche die Schifffahrt und das Telegraphenweſen im Laufe der letzten Jahrzehnte gemacht haben, die Verbindung zwiſchen England und Oſtindien außerordentlich erleichtert hätten. Der Blick auf die Landkarte zeigt uns, daß nur zwanzig Grade Rußland von Indien trennen, während England um einen ganzen Welttheil herumſegeln, oder fremdes Gebiet berühren muß, um Oſtindien zu berühren. Rußland hat nur Perſien zu überſchreiten, um die Gränzen Indiens zu erreichen. Seit langer Zeit wird daher zwiſchen Rußland und England ein mehr oder weniger verdeckter Kampf über deren Einfluß auf Perſien geführt. Die Ruſſen brauchen nur einen Schritt zu machen, um auf perſiſchem Gebiete zu ſtehen. Auch können ſie vom caspiſchen Meere aus gegen Perſien zu Felde ziehen. Das Cabinet von St. James vermag dagegen ſein oſtindiſches Heer über Kabul und Herat und ſeine Flotten auf dem perſiſchen Meerbuſen gegen Perſien in Bewegung zu ſetzen. Inmitten dieſer beiden mächtigen Feinde iſt die Lage Perſiens eine ſehr unglückliche. Nur eine Regierung voll von Kraft und ein von Vaterlandsliebe glühendes Volk könnte den drohenden Gefahren einen unüberwindlichen Widerſtand entgegenſetzen. Allein das perſiſche Volk hat mit den übrigen Nationen der Erde nicht gleichen Schritt gehalten und ſeit den Zeiten Schah Nadir's und Kering-Khans iſt den Perſern kein rettender Held erſtanden. Aga-Mohammed wurde (1796) ermordet. Sein Neffe und Nachfolger Baba-Khan beſtieg den perſiſchen Thron unter dem Namen Feth-Ali. Er verlegte den Sitz der Regierung nach Teheran, welches nur acht und dreißig Stunden vom caspiſchen Meere entfernt iſt. Es war dieſes ein Schritt, welcher dem ruſſiſchen Reiche die Beherrſchung des perſiſchen Hofes erleichterte. Schon im Jahre 1797 mußte Perſien Derbend und einen Theil des Landes am Cur an Rußland abtreten. Im Jahre 1802 erklärte das Cabinet von Petersburg Georgien welches es längſt umgarnt hatte, für eine ruſſiſche Provinz.

Feth-Ali ließ ſich von Napoleon beſtimmen, Rußland den Krieg zu erklären (1811). Im Frieden von Guliſtan (12. October 1813) mußte er alle ſeine übrigen Beſitzungen am Kaukaſus, nördlich von Armenien, an Rußland abtreten, und geſtatten, daß die Ruſſen ihre Kriegsflaggen auf dem caspiſchen Meere flattern ließen. Im Jahre 1826 trieb der Kronprinz Abbas Mirza in unſeliger Verblendung ſeinen Vater Feth-Ali zum Kriege mit Rußland. Die Perſer wurden geſchlagen und mußten im Frieden (22. Februar 1828) ihren Antheil an Armenien und das Kloſter Etſchmiadzin abtreten und achtzehn Millionen Kriegskoſten bezahlen. Als das Volk (12. Februar 1829) über dieſen Friedensſchluß in Wuth gerieth und den ruſſiſchen Geſandten nebſt ſeiner Gemahlin und einem großen Theil ſeines Gefolges ermordete, konnte der perſiſche Hof nur durch die größten Demüthigungen

und durch grauſame Beſtrafung der Theilnehmer am Aufſtande einen neuen Krieg vermeiden.

Schah Feth-Ali ſtarb am 20. October 1834. Abbas Mirza war ihm ein Jahr früher voran gegangen. Des letztern Sohn Mohammed, von Rußland und England unterſtützt, beſtieg den Thron, hatte aber lange Zeit mit ſeinen Verwandten zu kämpfen, von denen ſich mehrere empörten. Das ruſſiſche Cabinet, ſtets darauf bedacht, ſich die Straße nach Indien zu bahnen, trieb die ſchwache perſiſche Regierung zweimal zu einem Eroberungszuge gegen Herat an, welchen jedoch die Engländer beide Male zu vereiteln wußten. Nach dem Tode Kamran-Schahs, des Beherrſchers von Herat, bemächtigte ſich der Vezir Jar-Mohammed der Gewalt in Herat und behauptete ſich daſelbſt, indem er ſich dem Schah von Perſien unterwarf. Die Engländer ſetzten dem unter ruſſiſchem Einfluſſe ſtehenden Jar-Mohammed den Beherrſcher von Kabul, Doſt-Mohammed entgegen. In ſolcher Weiſe dauern die Intriguen, welche Ruſſen und Engländer in Perſien ſpielen, ununterbrochen fort. Rußland verſtand es, durch einen (1846) zu Tiflis abgeſchloſſenen Vertrag die perſiſchen Häfen am caſpiſchen Meere, Reſcht und Aſterabad als Stationsplätze für ſeine Kriegsſchiffe zu gewinnen. Außerdem geſtand die perſiſche Regierung zu, daß die Ruſſen, angeblich, um ſich den Weg nach den von ihnen errichteten Bergwerken zu ſichern, befeſtigte Etappen anlegten. Die Perſer verpflichteten ſich ferner, alle ruſſiſchen Ueberläufer auszuliefern und wurden in ſolcher Weiſe mehr und mehr von Rußland abhängig. Schah Mohammed ſtarb (6. September 1848). Ihm folgte ſein Sohn Naſir-Edin. Mehrere Empörungen, welche in den Provinzen Schiras, Iſpahan, Maſanderan, Kerman und Khoraſan ausbrachen, zerrütteten das Reich mehr und mehr. Noch bedenklicher war eine Volksbewegung, welche im Januar 1850 zu Teheran ſtattfand. Bei dieſer Gelegenheit wurde das ruſſiſche Geſandtſchaftshotel geſtürmt, was zur Folge hatte, daß ſich der perſiſche Hof von neuem vor der ruſſiſchen Regierung demüthigen mußte. Im Jahre 1852 kam es zum Kampfe wegen Herat. Die Perſer nahmen die Stadt (März 1852). Die Engländer ſchritten ein, ſchifften neuntauſend Mann bei Abuſchär aus und zwangen dadurch den Schah von Perſien zur Nachgiebigkeit. In neuerer Zeit ſetzten die Briten ein zweites Mal Truppen in Perſien an's Land und vereitelten dadurch die ruſſiſch-perſiſchen Eroberungspläne, durch welche die engliſchen Beſitzungen in Oſtindien bedroht wurden.

Bis zu dieſer Zeit iſt es zwar in Perſien noch nicht zu einem entſcheidenden Zuſammenſtoße zwiſchen den Engländern und Ruſſen gekommen. Der für Rußland unglückliche Ausfall des ſ. g. Krimkrieges wird einen ſolchen ohne Zweifel noch um einige Jahre hinausſchieben. Früher oder ſpäter wird derſelbe aber jedenfalls ausbrechen, um ſo früher, je weniger Deutſchland geeinigt und auf ſeiner Hut iſt, und je weniger deſſen Fürſten die Gefahr erkennen, womit die ruſſiſchen Czaaren unſer Vaterland und die ganze Erde bedrohen.

## § 94. Auſtralien.

Verbrecher bildeten einen anſehnlichen Theil der erſten weißen Bevölkerung Amerika's. Daſſelbe war der Fall mit den erſten Anſiedlern Auſtralien's.

Nach dem amerikaniſchen Befreiungskriege beſchloß die engliſche Regierung auf Antrag des damaligen Colonial-Miniſters, Viscount Sidney, in Auſtralien an der kurz zuvor entdeckten Botany-Bay eine Strafcolonie zu errichten. Am 13. Mai 1787 ging die erſte Flotte mit fünfhundertfünfzig männlichen und hundertzweiundneunzig weiblichen Sträflingen und dem erforderlichen Aufſichtsperſonale, im Ganzen mit achthundertachtund-

für die Colonie bestimmte Land erwies sich als eine unfruchtbare Mischung von Sumpf und Sand. Man mußte daher etwas weiter nördlich fahren und landete in Sidney-Cove, einer der zahlreichen Buchten, aus denen die schon von Cook entdeckte, jetzt Port Jackson genannte Bucht besteht.

Die ersten Ansiedler hatten furchtbar zu leiden, hauptsächlich in Folge der mangelhaften Anordnungen der englischen Regierung. Wiederholt starrte ihnen der Hungertod in die Augen. Im Jahre 1795 mußte noch immer fast der ganze Bedarf an Lebensmitteln für die Bevölkerung aus England bezogen werden. Eine zweite Strafcolonie errichtete die englische Regierung (1802) in Vandiemensland. Dort sowohl, als in Sidney siedelten sich nach und nach auch freie Einwanderer an. Beide Colonien gelangten erst dann zu Wohlstand, als sie sich auf die Schaafszucht, wozu sich das Land besonders eignete, verlegten. Im Jahre 1807 erzeugten sie 245 Pfund Wolle, 1820 schon 99,415, 1830 899,750 und 1850 über 25 Millionen Pfund.

Im Jahre 1829 wurde die Verwaltung der Colonie durch einen gesetzgebenden Rath, welcher dem vollziehenden Rathe zur Seite trat, vervollständigt. Die Uebelstände in Betreff der Vermiethung der Sträflinge und der Verfügung über die Ländereien und mannigfaltige Streitigkeiten mit den s. g. Squatters, welche große Weideplätze für ihre Schafheerden in Besitz nahmen und nur sehr geringe Miethe dafür zahlten, erschwerten das Aufblühen der australischen Colonien. Nichtsdestoweniger nahm die Zahl der freien Einwanderer immer zu. Die große Aufgabe, welche sich diese stellten, bestand darin, den Charakter einer Strafcolonie abzustreifen. Im Jahre 1850 erlangte Australien durch eine Parlamentsakte eine repräsentative Verfassung, der zufolge der gesetzgebende Rath, zu zwei Drittheilen von den Einwohnern und zu einem Drittheil von der Krone ernannt wird. Die Colonie hörte auf, eine Strafanstalt zu sein und gewann von Jahr zu Jahr eine höhere Bedeutung.

Neusüdwales besaß im Jahre 1850 eine Bevölkerung von 200,000 Seelen und sieben Millionen Schaafe. Es führte Waaren im Werthe von nahezu drei Millionen Pfund Sterling aus und von mehr als zwei Millionen Pfund Sterling ein.

In Süd-Australien bildete sich im Jahre 1835 eine neue Colonie mit der Hauptstadt Adelaide. Der Aufschwung derselben wurde zwar gehemmt durch die Streitigkeiten zwischen den s. g. Snobs, d. h. den Demokraten, und den s. g. Nobs, d. h. den Aristokraten der Colonie, nichtsdestoweniger arbeitete sich die Colonie bis zum Jahre 1850 zu einer Bevölkerung von 63,900 Einwohnern empor, darunter 7000 Deutsche. Noch schneller hob sich die Colonie Victoria mit der Hauptstadt Melbourne.

Eine ganz neue Welt erstand in Australien im Jahre 1851, als daselbst die unermeßlichen Goldfelder entdeckt wurden. Im ersten Jahre wurden schon 345,146 Unzen Goldes, das Jahr darauf (1852) 4,545,780 gewonnen. Gegen Ende des Jahres 1851 arbeiteten am Alexandersberge allein nicht weniger als zwanzigtausend Goldgräber. Die Bevölkerung der Colonie Victoria stieg im Jahre 1852 auf 200,000, diejenige der Hauptstadt Melbourne auf 80,000 Köpfe. Seit dieser Zeit hat sich im Ganzen genommen die Colonie Australien unausgesetzt gehoben, obgleich dieselbe wiederholt furchtbare Wechselfälle erlitt. Im Jahre 1853 fanden zu Balarat einige Unruhen statt, indem die Goldgräber die ihnen von der Regierung auferlegte hohe Licenzgebühr nicht bezahlen wollten. Sie wurden durch Militärgewalt niedergeworfen, ließen aber große Unzufriedenheit zurück, welche ohne Zweifel früher oder später zu ernsten Folgen führen dürfte. Nichtsdestoweniger nahm der Goldgewinn fast unausgesetzt zu. Er belief sich bis Ende des Jahres 1854 auf 10 Millionen Unzen oder 38 Millionen Pfund Sterling. Als die Colonie mehr Wolle,

Digitized by Google

Talg und Gold nach England schicken konnte, nahm auch die Einfuhr englischer Waaren zu. Viele Jahre vergingen indeß, bevor Einfuhr und Ausfuhr in ein richtiges Wechselverhältniß gelangten. Die Einfuhr stieg in den ersten Jahren des Goldgewinns von 745,000 Pfund Sterling (1850) auf 15,842,637 (im Jahre 1853) und 17,675,472 (im Jahre 1854), während die Ausfuhr im Jahre 1850 2,042,000, im Jahre 1853 9,080,574 betrug und im Jahre 1854 auf 4,672,000 Pfund Sterling herabsank. Die Folge dieses Mißverhältnisses bestand in zahlreichen Bankerotten, über welche die Colonie jedoch mit bewunderungswürdiger Elasticität hinwegkam.

Nach aller menschlichen Voraussicht steht Australien eine großartige Zukunft bevor. Solange die Colonisten sich zu schwach fühlen, ihre Selbständigkeit zu erobern, werden sie sich die Herrschaft des Mutterlandes gefallen lassen. Schwerlich wird diese Zeit aber sehr lange dauern. Schon jetzt machen sich zahlreiche Stimmen vernehmlich, welche eine selbstständige Verfassung und Verwaltung des Landes wünschen.

Noch ist Niemand in das Innere der großen australischen Insel gedrungen. Nur der äußerste Rand derselben ist bebaut und bewohnt. Ein großartiger Aufschwung Australien's läßt sich erst hoffen, wenn die Bewohner des Landes nicht auf Befehle von England zu warten brauchen, um ihre Angelegenheiten zu ordnen und wenn diese nach den Bedürfnissen der Australier und nicht nach denjenigen des englischen Hofes bestimmt werden.

## § 95. Afrika.

Während die vier übrigen Theile der Erde alle mehr oder weniger in den Strom fortschreitender Bewegung gezogen wurden, blieb nur Afrika, der conservativste von allen, fast unbeweglich stille stehen. Doch einige Veränderungen trugen sich auch im Schooße des unglücklichen Negerlandes zu.

Nach unsäglichen Mühen und Anstrengungen setzte William Wilberforce im englischen Parlamente zuerst (1789) durch, daß eine Verordnung für die menschlichere Behandlung der Negersklaven auf der Ueberfahrt nach Amerika erlassen wurde, später (1792), daß der Sklavenhandel den Engländern vom Jahre 1795 an untersagt werden sollte, dann (23. Februar 1807), daß der Sklavenhandel vom 8. Januar 1808 den Britten wirklich verboten wurde, endlich daß sich die Großmächte auf dem Wiener Congresse mit dessen Abschaffung beschäftigten.

Die englische Regierung betrachtete nun eine Zeit lang diese Angelegenheit als Ehrensache. Sie schloß mit Frankreich, Spanien, Portugal, Brasilien, den Vereinigten Staaten Nordamerika's und anderen Ländern Verträge zur Unterdrückung des Sklavenhandels ab und hielt eine ansehnliche Seemacht an der Westküste Afrika's zu diesem Behufe. Allein bald erkaltete ihr Eifer. Die Regierungen Spanien's, Brasilien's und der Vereinigten Staaten begünstigten die Fortdauer des Sklavenhandels. England hatte keine Neigung, sich deßhalb mit diesen Mächten zu veruneinigen. So kam es, daß der afrikanische Sklavenhandel bis zum heutigen Tage noch nicht ausgerottet wurde. Solange die Vereinigten Staaten Nordamerika's unter dem vorherrschenden Einflusse der Sklavenhalter stehen, ist auch gar keine Hoffnung, daß dem afrikanischen Sklavenhandel ein Ende werde bereitet werden. Erst wenn sich die beiden großen Seemächte diesseits und jenseits des Oceans, England und die Union, zur Unterdrückung dieser Pest der Menschheit vereinigen, wird sie beseitigt werden.

Die Reisen, welche zuerst Mungo Park und später Clapperton, Lander, Livingston,

haben den Beweis geliefert, daß, wenn nur einmal der Sklavenhandel Afrika's aufhörte, ein großartiger und gewinnreicher Verkehr mit den Negern eingeleitet und in dessen Folge einige Bildung verbreitet werden könnte. Allein so lange der Sklavenhandel an der Westküste und die Sklavenjagden im Innern Afrika's blühen, ist eine tief eingreifende Verbesserung der Zustände dieses Theiles der Erde unmöglich.

Die reichsten Schätze, welche die Berge Afrika's enthalten, die Producte eines tropischen Himmels, eine Thierwelt von unerschöpflicher Menge befinden sich in der nächsten Nähe Europa's und bleiben unbenützt, weil eine geringe Anzahl habgieriger und gewissenloser Sklavenhändler lieber einen ganzen Welttheil an seinem Fortschritte verhindern, als auf den Gewinn ihres unerlaubten und unmenschlichen Handels verzichten wollen!

China und Japan, diese stark bevölkerten Länder können den Europäern nicht bieten, was Afrika besitzt: unermeßliche Strecken fruchtbaren Landes für Ansiedler, Erndten von Baumwolle, welche alle Webstühle Europa's zu beschäftigen vermögen und folgeweise ein Handelsgebiet, welches im Stande ist, mehr als fünfhundert Millionen Menschen reichlich zu nähren! Eine der großen Aufgaben unserer Zeit besteht darin, Afrika für Bildung und Freiheit zugänglich zu machen, ihm selbst Wohlstand zu geben und folgeweise denjenigen der übrigen Erdtheile zu vermehren.

Dieses hohe Ziel läßt sich aber nur erreichen, wenn die Nationen, welche auf Bildung Anspruch machen, einträchtig zusammenwirken. Nicht durch Pfaffen, welche die Menschen auf ein Jenseits verweisen, sondern durch Lehre und Muster auf dem Gebiete des Landbau's, der Gewerbe, der Schifffahrt, des Handels, der Künste und der Wissenschaften wird ein rohes Volk für die Civilisation gewonnen.

Zu diesem Zwecke sind manche Vorarbeiten gemacht worden. Vom Norden her können die Franzosen, die sich in Algier festgesetzt haben, vom Süden die Engländer in der Cap-Colonie leichter als sonst in das Innere Afrika's eindringen. Egypten und Abyssinien sind den Europäern zugänglich. Der Senegal, der Gambia, der Niger, der Schiré und unzählige andere Flüsse bieten den Europäern natürliche Handelsstraßen. Es käme darauf an, von allen Seiten zugleich einen friedlichen Feldzug der Bildung gegen die Rohheit der Neger zu unternehmen. In der ersten Zeit mögen die Regierungen Vorschüsse machen. Diese werden im Laufe der Jahre reichliche Zinsen tragen.

Unter den Fittigen aller gebildeten Völker der Erde könnte die Neger-Colonie Liberia, welche 1822 gegründet wurde und seitdem ein trauriges Dasein führt, eine hohe Bedeutung gewinnen. Alles dieses läßt sich aber nur unter dem belebenden Hauche der Freiheit, nicht unter dem Einflusse grausamer Despoten und ehrgeiziger Eroberer ausführen. Afrika wird, gleich den übrigen Theilen der Erde, den Sieg der Freiheit über den Despotismus abwarten müssen, bevor es das Joch der Sklaverei und mit diesem zugleich die schreiendsten seiner Uebelstände wird abwerfen können.

Die Raubnester der Berberei haben ihre Rolle ausgespielt, seit Frankreich sich in Algier festsetzte. So können wir hoffen, daß auch die Nester des afrikanischen Sklavenhandels früher oder später ihren Untergang finden werden.

## § 96. Colonien.

Die Lossagung der Vereinigten Staaten Nordamerika's, Hayti's, Spanisch-Amerika's und Brasiliens von ihren Mutterländern brachte einen vollständigen Umschwung in dem europäischen Colonialsysteme hervor.

Dem spanischen Cabinette, einst der größten Colonialmacht, blieben nur Cuba und

Portorico in Weſtindien, die canariſchen Inſeln und Ceuta in Afrika und die Philippinen, Biſſaya-Inſeln, Marianen und einige nahe gelegene Gruppen in Auſtral-Aſien, und dieſe gewiſſermaßen nur aus Rückſicht für die Vergangenheit. Denn Spanien beſitzt nicht mehr die Macht, dieſe Colonien zu behaupten, falls die Vereinigten Staaten ihm Cuba, Frankreich Ceuta und England die Philippinen entreißen wollten. Auch in dieſen Ueberreſten der ſpaniſchen Colonien ließ ſich das ältere ſpaniſche Syſtem der Ausſchließung nicht mehr aufrecht erhalten, obgleich der frühere Druck des Pfaffenthums und der Soldateska nach wie vor fortdauert.

Die Portugieſen beſitzen heutzutage noch Goa in Oſtindien, einige Factoreien mit einem beſchränkten Gebiete auf der Sunda-Inſel Timor und der chineſiſchen Inſel Makao; die Inſeln des grünen Vorgebirges, Madeira und Porto Santo, die Küſten Mozambique, Angola nebſt einigen Factoreien in Guinea und Senegambien, endlich die Azoren. Da übrigens Portugal, gleich Spanien, trotz ſeiner zahlreichen Revolutionen, noch zu keinem geordneten Zuſtande der Freiheit gelangt iſt, ſo befinden ſich auch ſeine Colonien in jenem Zuſtande der Erſchlaffung, aus welchem die pyrenäiſche Halbinſel ſich noch immer nicht heraus arbeiten konnte.

Frankreich hat ſeine meiſten Colonien mittelbar oder unmittelbar in Folge der mit England geführten Kriege verloren. In Oſtindien, woſelbſt es in den Jahren 1740 bis 1750 den Engländern an Macht faſt gleich ſtand, beſitzt es nur noch Pondichery mit einem kleinen Gebiete, in Weſtindien Guadeloupe und Martinique nebſt einigen kleineren Inſeln, auf dem Feſtlande Amerikas Cayenne, jenes verpeſtete Land, welches neuerdings durch die Grauſamkeit Napoleons III. eine ſo unglückliche Berühmtheit erlangt hat, endlich einige unbedeutende Fiſcherei-Stationen an der neufundländiſchen Küſte. Zu den alten Beſitzungen, welche Frankreich in Afrika inne hat, (einige Factoreien in Senegambien und die Inſel Bourbon) kamen in neuerer Zeit einige kränkelnde Anſiedelungen auf Madagascar und ſeit 1830 Algerien hinzu. In Auſtralien nahmen die Franzoſen (1842) die Marqueſas Inſeln in Beſitz und ſuchten ihre Herrſchaft über die Geſellſchaftsinſeln auszudehnen. Die franzöſiſche Regierung verſtand es jedoch niemals ihre Colonien nutzbringend zu machen. Im Gegentheile verſchlingen dieſelben große Summen und haben faſt keine andere Bedeutung, als den Flotten und Heeren Frankreichs einige Beſchäftigung zu verſchaffen. Die beiden Mächte, welche allein das Colonialweſen zu ihrem Vortheile auszubeuten verſtehen, ſind ſeit alten Zeiten die Holländer und die Engländer. Die Holländer haben ſich in Aſien die Inſeln Java, Madura, Banca, Timur, die Molukken und mehrere kleinere Inſeln, überdies ſehr anſehnliche Gebietstheile auf Sumatra, Celebes und Borneo angeeignet. Seit dem Frieden vom Jahre 1815 haben ſie ganz im Stillen ihre Macht auf den oſtindiſchen Inſeln außerordentlich erweitert, ſo daß ihr Colonialreich jetzt auf 11,500 Quadratmeilen mit 12½ Millionen Einwohnern geſchätzt wird. In Afrika beſitzen die Holländer nur noch einige Factoreien an der Goldküſte und in Amerika Surinam und die Inſeln Curaçao, St. Martin, St. Euſtache und Saba.

Die größte Colonialmacht iſt noch immer England. Sie beſitzt in Amerika die beiden Canadas, Neu-Braunſchweig, Neu-Schottland, Cap Breton, die Prinz Edwards Inſeln, Neufundland, das Gebiet der Hudſons-Bay-Geſellſchaft, ferner Demerari, Eſſequebo, Berbice und Honduras, ſodann die Falklandsinſeln und in Weſtindien Antigua, Barbadoes, Dominika, Granada, Jamaica, die Jungfern-Inſeln, Anguilla, St. Chriſtoph, Sta. Lucia, St. Vincent, Tabago, Trinidad, die Bahama's und Bermuda's. In Afrika gehören den Engländern: das Capland, Sierra-Leone, mehrere Factoreien an der ſenegambiſchen und an der Gold-Küſte, die Inſeln Mauritius (früher Isle de France), St.

Helena, Ascension, die Seychellen, Amiranten und Fernando-Po. Besonders viel versprechend sind die englischen Colonien in Australien: Neusüdwales, Vandiemensland, West- und Süd-Australien und Neuseeland. Am bedeutendsten sind aber die englischen Besitzungen in Asien. Ostindien ist weniger eine Colonie, als ein erobertes Land zu nennen, dessen stets zunehmende Einwohnerzahl dermalen auf mehr als 150 Millionen berechnet wird. Hierzu kömmt die Insel Ceylon, Hongkong in China, Singapore, Penang, Wellesley, Malakka und einige Besitzungen auf Borneo. In neuester Zeit hat England die Insel Perim beim Eingang in das rothe Meer besetzt. *) Schwerlich wird es dieselbe wieder fahren lassen. In Europa hat es Gibraltar, Malta, die jonischen Inseln und unser deutsches Helgoland an sich gerissen.

Die dänischen Colonien sind Island, Grönland, die westindischen Inseln St. Thomas, St. Jean und St. Croix, endlich einige Colonien an der Küste von Guinea.

Die Russen besitzen an der Nordwestküste Amerika's einige Niederlassungen, welche Colonien genannt werden. Ihre übrigen Besitzungen in Sibirien, Transkaukasien und am Amur können nicht zu den Colonien gerechnet werden.

Die Colonien sind von Alters her die Sitze furchtbarer Ungerechtigkeit gewesen. Seit den Tagen der Unabhängigkeitskriege haben sich die s. g. Mutterländer veranlaßt gesehen, mildere Saiten aufzuspannen. Ein großer Theil derselben wird aber noch immer nur als eine Domäne behandelt, welche möglichst reichen Ertrag bringen soll. Ein Theil derselben wird im Widerspruch mit den wohlbekannten Gesinnungen der Bewohner unter der Herrschaft des Mutterlandes zurückgehalten, so namentlich die jonischen Inseln, auf welche England, selbst nach den Verträgen, durchaus keine herrschaftlichen Rechte hat.

Wenn eine Regierung gerecht sein will, darf sie die Interessen keiner Colonie denjenigen des Mutterlandes unterordnen. Wenn sie klug ist, hütet sie sich wohl eine Colonie zu drücken und behält diese nicht länger, als bis sie fähig ist, sich selbst wieder zu verwalten unter ihrer Herrschaft. Dieses vorausgesetzt können die Colonien vieles zur Civilisation der Erde beitragen, außerdem aber müssen sie das s. g. Mutterland verabscheuen und werden bei der ersten besten Gelegenheit dessen Joch zertrümmern.

---

# Neunter Abschnitt.

## Ideenwelt.

### § 97. Die Menschenrechte und der Despotismus.

Der Fortschritt der Menschheit ist sehr langsam, allein unausgesetzt und allumfassend. Die Wissenschaft macht ihre Entdeckungen. Ein kleiner Theil der Menschheit nimmt davon Kenntniß, ein noch viel kleinerer macht davon Gebrauch. Die Astronomie beweist, daß die Erde sich um ihre eigene Axe und um die Sonne dreht. Jahrhunderte sind seitdem vergangen. Doch die Mehrzahl der Bevölkerung der Erde hat von dieser Entdeckung keine Kenntniß, und selbst im Schooße der gebildeten Völker der Erde glauben Millionen noch immer nicht an die Entdeckungen der Astronomen.

Die Geschichtsforscher haben die Fälschungen nachgewiesen, mit deren Hülfe die Päbste ihre Macht erschlichen, die Quellen, aus welchen christliche Priester schöpften, um die Lehren

*) S. den § 94 oben.

Christi zu einer ihnen vortheilhaften Religion umzugestalten, sie haben gezeigt, daß ein Glaubenssatz indisch-heidnischen, der andere egyptisch-heidnischen Ursprungs ist, das hält die Massen nicht ab, dieselben als göttliche Offenbarungen zu glauben.

Hunderttausendmal sind die Betrügereien der Pfaffen und die Gewaltthaten der Könige entlarvt worden. Dessenungeachtet glaubt die Menge, wenigstens dem äußern Anscheine nach, an die Einen und läßt sich die Herrschaft der Anderen ruhig gefallen. Schon im vorigen Jahrhundert machte man sich lustig über das Gottesgnadenthum der Könige, allein jede Urkunde derselben beginnt noch immer mit den Worten: „Wir von Gottes Gnaden." Eben so lange ist es her, daß der aufgeklärte Theil der Menschheit über die Lehre der Dreieinigkeit lächelt, dennoch stehen an der Spitze der meisten Völkerverträge die Worte: „Im Namen der heiligen Dreieinigkeit."

Der Dummheit der Massen kömmt nichts gleich, als deren Rohheit und Stumpfsinn; allein von Jahrhundert zu Jahrhundert hat die Zahl der denkenden, hochherzigen und strebenden Menschen immer zugenommen, und haben die Symptome der Verkommenheit der Massen einen minder empörenden Charakter gehabt.

Die französische Nation war nicht damit zufrieden, sich einmal in dem ersten Napoleon einen fluchwürdigen Despoten zu geben, nachdem dieser durch die Macht der Verhältnisse entfernt worden und gestorben war, wählte sie dessen Neffen und Geistesverwandten, welcher mit gleichem Scepter und mit ähnlichen Mitteln das Volk ein zweitesmal in die Banden der unwürdigsten Knechtschaft schlug.

Die nordamerikanische Union führte einen siegreichen Kampf gegen den von dem Hause Hannover ausgegangenen Druck, allein sie beseitigte in ihrer Verfassung nicht den weit schwerern Druck der Sklaverei und läßt sich geduldig Jahrzehnte hindurch das Joch der Sklavenhalter gefallen!

Die deutsche Nation beschwert sich bitter über den Bruch der Zusagen, welche ihre Fürsten ihr in den Jahren 1814 und 1815 gaben. Sie erhebt sich in den Jahren 1848 und 1849 in Masse, läßt sich aber durch dieselben Redensarten wieder zur Ruhe bringen, welche in den Jahren 1814 und 1815 so wirksam waren.

Italien fühlte seit Jahrhunderten das Joch der Fremdherrschaft auf's schmerzlichste. Trotz der sicilianischen Vesper, trotz der Kriegszüge Karl's VIII. und Ludwig's XII. und derjenigen Napoleon's I. scheint es in unseren Tagen bereit zu sein, in Napoleon III. einen Retter in der Noth erkennen zu wollen, als ob es einen andern gäbe, als den eigenen Muth und den eigenen Freiheitsdrang.

Die Schreier, Volksverführer und Despoten unserer Tage bekämpfen noch immer mit denselben Waffen, wie früher, die umsichtigen, freiheitsliebenden und redlichen Freunde der Menschheit und wissen diese vom Steuerruder der Staaten fern zu halten. Allein es ist schon viel gewonnen, daß dieselben nicht mehr aller Orten verbrannt werden, sondern da oder dort wenigstens ungefährdet ihre Stimmen erheben können.

Die Aristide und Cincinnatusse unserer Tage sind so arm, als diejenigen Griechenland's und Rom's. Unsere Byrons und Schiller hatten so lange sie lebten mit Kummer und Sorge zu kämpfen, wie früher Guttenberg. Unsere Robert Blums erlitten den Tod von Henkershand wie früher Huß und Hieronymus von Prag. Unsere Mazzini, Kossuth, Arnold Ruge, Kinkel und Hecker sind in der Verbannung wie Dante der Vorzeit. Das Geschlecht der Märtyrer der Freiheit stirbt nicht aus, sondern mehrt sich und gewinnt an Kraft und Bedeutung. Die Menschheit geht vorwärts. Keine Macht der Erde kann sie hemmen.

Beim Anfange dieses Zeitabschnitts besaß dieselbe nur sehr schwache Organe und nur sehr wenig Einfluß auf die Gestaltung der äußeren Verhältnisse. In unseren Tagen wird zwar noch immer durch Censur und Polizei der öffentlichen Meinung Gewalt angethan; allein sie hat doch an Kraft zugenommen. Sie ist reiner und freier geworden. Sie hat sich von tausend religiösen, politischen und gesellschaftlichen Vorurtheilen gereinigt, und wirft ein immer schwerer werdendes Gewicht in die Wagschale der Geschichte.

Der große Kampf, welcher sich durch die ganze Weltgeschichte hindurchzieht, der Kampf der Menschenrechte und des Despotismus hat zu keiner Zeit so entscheidende und so zahlreiche Siege in seinem Gefolge gehabt, als zwischen 1789 und 1848. Wie viele Throne wurden in dieser Zeit umgestürzt! Wie viele Ketten gebrochen! Und wenn auch jedem Siege des Volkes Niederlagen auf dem Fuße folgten, konnten den Völkern nie wieder alle die Fesseln früherer Zeiten angelegt werden.

Es ist eine höchst sonderbare, allein unleugbare Thatsache, daß im Laufe dieses Jahrhunderts die Nationen dreimal hintereinander einen freiheitlichen Aufschwung nahmen, während desselben mancherlei Zugeständnisse erwirkten und jedesmal von den Machthabern, in deren Hände sie ihre Geschicke zu vertrauend gelegt hatten, betrogen wurden.

Aufgestachelt durch die Feindschaft der übrigen Mächte, führte Napoleon die französische Nation von den Bahnen friedlicher und freiheitlicher Entwickelung auf den Weg des Krieges und des Despotismus. Dann vereinigten sich sämmtliche Nationen Europa's gegen den napoleonischen Despotismus und stürzten denselben.

Die Fürsten der großen Allianz übten aber nicht minder schnöden Verrath an ihren Völkern, als es Napoleon, ihr Gegner, an dem seinigen gethan hatte.

Ein zweitesmal erhob sich Frankreich gegen seine Bedrücker (1830). Diesesmal gelang es den vereinigten Despoten Europa's nicht mehr, ihre Völker gegen das revolutionäre Frankreich in den Kampf zu hetzen. Sie mußten die Revolution genehmigen. Zum Danke dafür erkannte aber auch der Erkorene der französischen Nation, Ludwig Philipp die Despoten Europa's an und pflog mit diesen Freundschaft.

Ein drittesmal erhob sich Frankreich gegen seine verrätherische Regierung (1848). Die Despoten Europa's wagten es nicht, der französischen Republik ihre Anerkennung zu versagen. Schon im Jahre 1830 hatte die französische Revolution eine große Bewegung unter allen Völkern Europa's und in Belgien, Polen, Italien und mehreren deutschen Staaten Freiheitskämpfe von hoher Bedeutung angeregt. Die Februar-Revolution des Jahres 1848 wirkte in ganz ähnlicher, allein weit nachhaltigerer und kräftigerer Weise. Fast aller Orten errangen die Nationen die entscheidendsten Siege über ihre Bedrücker: in Deutschland, Ungarn und Italien. Allein die Völker waren noch nicht zu der Einsicht gelangt, daß die Monarchen gewöhnt sind, sie als Unmündige zu betrachten, weil die Monarchie die Staatsform der Unmündigen und nur die Republik die Verfassung der Mündigen ist.

Die Nationen hatten daher nach den Revolutionen von 1848 ganz ähnliche Schicksale, wie nach denjenigen von 1830, 1815 und 1792. Allein niemals gelang es den Despoten, welche eine siegreiche Revolution zurückdrängten, den Zustand vor der Revolution in seiner ganzen Verderbtheit wiederherzustellen. Ein Theil der Errungenschaften blieb immer bestehen. Trotz allen Reactionen schritten die Völker Europa's von einer Stufe zur anderen dem Ziele der Freiheit immer näher.

Seit dem Jahre 1789 trugen die Völker Europa's nie länger als ein halbes Menschenalter das auf ihnen lastende Joch geduldig. Napoleon I. konnte sich kaum elf Jahre (1804—1815), die Bourbonen fünfzehn Jahre lang, Ludwig Philipp siebenzehn und ein

halbes Jahr behaupten. Die erste französische Revolution ging in dem napoleonischen Despotismus unter und Frankreich besaß nicht die Kraft, denselben abzuschütteln. Die übrigen Völker Europa's thaten es statt seiner. Die Revolution, welche anfangs nur in Frankreich ihren Heerd fand, dehnte sich in den Jahren 1830 und 1848 über das ganze Festland Europa's aus. Die Despoten vermochten nur, schwere Gewichte auf die Sicherheitsventile der Nationen zu legen, die Schwungkraft derselben aber nicht zu brechen. Sie zündeten selbst unter dem Kessel, in welchem das Blut der Völker kochte, ein furchtbares Feuer an. Durch das beschwerte Sicherheitsventil konnten keine Dämpfe ausströmen. Der Dampf nahm daher immer an Kraft zu, bis er die Sicherheitsventile sammt allen darauf gesetzten Gewichten in die Luft sprengte. In den Jahren 1830 und 1848 blieb das Leben der Volksverräther verschont. Der Druck, welcher aber seit 1849 auf die Völker Europa's ausgeübt wird, lastet so schwer auf denselben, daß die nächste Explosion noch stärker werden wird, als 1830 und 1848, und zwar um so mehr, je länger und je schwerer dieser Druck auf Europa lasten wird.

Der Fortschritt der Zeit, die zunehmende Bedeutsamkeit der Nationen und die abnehmende Gewalt der Könige erhellt am besten aus der Thatsache, daß wiederholt die Pläne der mächtigsten Cabinete durch das Dazwischentreten der Nationen über den Haufen geworfen wurden. Schon vor 1830 ließen sich die Griechen in ihrem Kampfe gegen die Türkei von den in Verona versammelten Machthabern das Gesetz nicht geben, vielmehr zwangen sie durch die Macht der öffentlichen Meinung die Cabinete von Petersburg, Paris und London, ihnen zu Hülfe zu kommen.

Die Freiheitsbewegungen in Spanien wurden zwar (1823) durch französische Einmischung für den Augenblick erdrückt, allein in der Hauptsache blieb sie am Ende doch siegreich, d. h. das constitutionelle System, so mangelhaft es immerhin sein mag, verdrängte den Absolutismus.

Die Juli-Revolution des Jahres 1830 wurde auf ein halbes Jahrzehnt hinaus der Mittelpunkt, um welchen sich die gesammte Thätigkeit aller Cabinete drehte, und welcher tausend Pläne durchkreuzte. In noch weit höherem Maaße wirkte die Februar-Revolution auf die Geschicke der Welt ein. Wo finden wir Actionen der Cabinete von ähnlicher Bedeutung? Alle Minister- und Fürsten-Congresse zusammengenommen warfen kein so schweres Gewicht in die Wagschale der Völker-Entwickelung, als die Juli- und die Februar-Tage von Paris.

Was das Volk an sich gerissen hatte mit Scheffeln, suchten allerdings die Fürsten ihm wieder zu rauben mit Löffeln. Allein es war doch schon viel gewonnen, daß sie zu der Rolle der pfiffigen Bauern herabgebracht worden waren und daß das Volk diejenige des kräftigen Soldaten spielen konnte.

Wenn es die entschlossenen Republikaner nur mit den Absolutisten zu thun gehabt hätten, so wären sie längst mit denselben fertig geworden. Allein in der Mitte zwischen beiden Parteien stehen jene schwankenden, charakterlosen und geistesarmen Geschöpfe in der Mitte, welche zwar den Despotismus, aber nicht minder die Wagnisse eines Kampfes hassen. Sie sind die gefährlichsten Gegner der Freiheit, und unter ihnen thun sich besonders jene Feiglinge hervor, welche ihren Mangel an Muth in das Gewand der Klugheit hüllen und sich den Schein der Freisinnigkeit geben. Auf eine tyrannische Natur gehen gewöhnlich tausend derartige Mischlinge von Feigheit, Freisinnigkeit und Klugheit. Die Freisinnigkeit hat nur Werth, wenn sie mit Muth gepaart ist. Die Verstöße gegen die Klugheit wirken nie so verderblich, als die blasse Furcht. Diese ist einer ansteckenden Krankheit zu vergleichen, [illegible]

Wie die Strahlen der Sonne auf der Oberfläche der Erde und im Schooße der Gewässer tausendfältige Keime beleben, so regen erhabene Wahrheiten in der Brust des Menschen mächtige Gefühle, Gedanken und Hoffnungen an, welche sich unter der Führung begeisterter Helden zu großen Thaten gestalten.

Die Menschen, welche nur daran denken, Reichthümer zu sammeln oder zu verschwenden, vergehen, wie die Blätter der Bäume, ohne mehr als einigen Dünger zurückzulassen. Doch diejenigen, welche für die Mitwelt thätig waren, gleichen den Früchten, welche, nachdem sie den Menschen gelabt, noch den Kern neuer Schöpfungen zurücklassen.

Der Glaube des Menschen bezeichnet gewöhnlich das Ziel seines Strebens. Wer die Gunst eines Gottes sucht, der gleich einem irdischen Könige auf einem Throne sitzt, und Engel-Legionen zu seiner Verfügung hat, kann sich unmöglich in irdischen Dingen auf den Standpunkt republikanischer Freiheit und Gleichheit erheben. Wer dagegen nach dem Urquell aller Bewegung forscht, Ursache und Wirkung in ihrem gegenseitigen Verhältniß erkennt, den Maßstab irdischer Dinge auf diese Erde beschränkt, die Welt jenseits derselben aber diesem kleinen Planeten nicht unterordnet, sondern vielmehr die Erde nur als den dritten der vielen unsere Sonne umkreisenden Sterne betrachtet, — wird durch den Anblick irdischer Größe nicht verblendet, und durch die Schrecken desselben nicht geängstigt werden. Wie schwach ist auch der mächtigste Tyrann der Erde im Vergleich mit den unendlichen Kräften, welche sie birgt, und welche die Sterne des Himmels bewegen und befruchten! Ein Blitzstrahl, und der Despot ist nicht mehr, ein Sturm und seine Flotten und Heere sind zerstreut. Doch auf die Blitze und Stürme der Natur darf der Mann der Freiheit sich nicht verlassen. Sie treffen ihn mit gleicher Stärke, wie den Despoten. Die Kraft, welche ihm die verlorene Freiheit wiedergeben soll, muß er selbst erzeugen. Der Sturm der Revolution, der Blitzstrahl der begeisterten Liebe der Freiheit, das sind die Kräfte, auf welche er sich verläßt.

Eine der schlimmsten Verirrungen der menschlichen Natur ist es, daß bisweilen einzelne Menschen und ganze Parteien, welchen der Muth gebricht, ihre Freiheit und ihr gutes Recht zu vertheidigen, auf diejenigen, welche mehr Entschlossenheit, als sie besitzen, wüthend werden, und diese ihre besten Freunde, statt ihre gemeinschaftlichen Feinde, bekämpfen. Die Angst vor einer Gefahr, welche sie für die größere halten, stürzt sie in eine andere, welche ihnen kleiner scheint. Dabei verlieren sie in ihrer Verzweiflung den eigentlichen Streitgegenstand ganz aus den Augen. Die Menschen, welche keinen andern Fanatismus, als denjenigen der Ruhe haben, werfen sich denjenigen entgegen, welche ihnen Ruhe in Verbindung mit Freiheit und Recht verschaffen wollen, und bringen dadurch nicht selten die Waagschale derjenigen zum Sinken, welche nur die Ruhe des Kirchhofs und die Ordnung des Despotismus wollen.

Diese Fanatiker der Ruhe, welche in unseren Tagen zu so großer Bedeutung gelangt sind, und in den Jahren 1848 und 1849 den Aufschwung der Völker Europa's im Bunde mit den Despoten niederwarfen, fanden sich schon im sechzehnten Jahrhunderte. In Belgien waren sie es, welche Philipp II. die besten Dienste leisteten und verhüteten, daß dieses Land zur Freiheit kam. Die Grafen Egmont und Horn büßten auf dem Schaffott für das blinde Zutrauen, welches sie dem spanischen Despoten schenkten. Die Herren von Montigny und von Bergen starben aus gleichem Grunde in spanischen Kerkern. *) Ihre Freunde und Anhänger wurden durch das Schicksal dieser Männer nicht gemäßigt. Sie blieben auf spanischer Seite trotz allen Mordthaten Alba's und wurden nur durch die von

*) S. Buch VII., § 19, S. 343. § 59, S. 400 f.

demſelben ausgeſchriebenen Abgaben auf kurze Zeit in's feindliche Lager vertrieben. Denn die Fanatiker der Ruhe ſind immer auch zugleich Fanatiker des Mammons. Sie wollen die Ruhe nur, um nicht in ihrem Vermögen beeinträchtigt zu werden.

In Deutſchland gehörten zu dieſer erbärmlichen Claſſe von Menſchen die Nachfolger des Churfürſten Moritz von Sachſen, die Landgrafen von Heſſen-Darmſtadt, die meiſten Churfürſten von Brandenburg und Herzoge von Braunſchweig-Lüneburg, Kalenberg u. ſ. w.

Menſchen, welche ihr Leben lang dem Eigennutze fröhnten, können ſich nicht denken, daß Andere aus edelen Beweggründen Opfer bringen und Gefahren beſtehen. Sie ſetzen den Eigennutz als ſelbſtverſtändlich und allgemein voraus, lachen über alle Diejenigen, welche dieſe ihre Anſicht nicht theilen und halten ſie für Dummköpfe. Auf der anderen Seite wird es edelen Menſchen, wahren Freundrn des Vaterlandes und der Freiheit ſehr ſchwer, die ganze Tiefe der Schlechtigkeit der Despoten und ihrer Knechte und die ganze Flachheit der Alltagsmenſchen zu erkennen. Nur langjährige, oft bittere Erfahrungen öffnen ihnen endlich die Augen. Durch dieſe von Natur hochherzigen und durch die Erfahrung belehrten Menſchen allein erweitert ſich der Kreis der natürlichen Anlagen der Menſchen. Wir Alle bringen mehr oder weniger ſcharfe, mehr oder weniger reine Brillengläſer mit auf die Welt. Dem Einen ſind ſie roſig, dem Andern dunkel gefärbt, dem Einen vergrößern, dem Andern verkleinern ſie die Erſcheinungen des Lebens. Wohl dem, der bald lernt, die Bilder, welche ſein Seelenſpiegel aufnimmt, nach den Erfahrungen des Lebens zu berichtigen!

Die einzigen ewig friſchen Quellen reger Thätigkeit ſind Selbſtgefühl und Menſchenliebe. Wo dieſe verſiechten, fehlt eine regelmäßige Aufforderung zur Thätigkeit. Wer für Recht und Unrecht lebhaft empfindet und die Menſchen liebt, hat immer Gelegenheit, ſich nützlich zu machen. Wer nur für ſich ſelbſt oder etwa ſeine nächſten Angehörigen ſtrebt, wird in Trägheit verſinken, ſo oft er gerade für dieſen kleinen Kreis nichts zu thun ſieht.

Einzelne Menſchen und ganze Völker ſind immer in demſelben Maße thätig, als ihre Gefühle für die Nebenmenſchen mächtig ſind. Daher die außerordentliche Regſamkeit in jungen und friſchen Republiken, welche auf dem Grundſatze des Gemeinwohles ruhen, und die allgemeine Erſchlaffung in despotiſchen Staaten, deren Organismus darauf berechnet iſt, daß die Geſammtheit nur zum Vortheile eines Menſchen und der von ihm bevorzugten Claſſen arbeitet.

Alle Revolutionen haben ihren Grund darin gehabt, daß die Machthaber dem Rechtsgefühl und der Menſchenliebe Hohn geſprochen haben. Die klügſten Staatskünſtler ſind untergegangen, weil ſie ihre beſſeren Gefühle ertödtet hatten, als die Fluthen der Volks-Entrüſtung hervor zu brauſen begannen. Sie konnten denſelben nicht Halt gebieten, da die Quellen, aus welchen ſie ſtrömten, ihnen unbekannt waren.

Rechtsgefühl und Menſchenliebe ſind die Grundbeſtandtheile der Sittlichkeit. Sie haben in ihrem Gefolge einen unausgeſetzten Kampf gegen das Unrecht, die Lüge und die Grauſamkeit. Es giebt kein ſittliches Leben ohne Kampf gegen die Unſittlichkeit.

Alle Diejenigen aber, welche nicht die Kraft oder nicht den Willen beſaßen, ein ſittliches Leben zu führen, warfen ſich der Religion in die Arme, welche ihnen den Schein der Achtbarkeit nach Außen hin und vor dem Gerichtsſtande des eigenen Gewiſſens verlieh. Seit das Sittengeſetz anfing, unabhängig von der Religion erkannt zu werden, ſeit der Widerſpruch zwiſchen ſittlichem und religiöſem Leben, zwiſchen hochherzigen Menſchen und tückiſchen Prieſtern mehr und mehr zu Tage trat, iſt die von den verſchiedenen Kirchen

gelehrte Religion zur Larve, welche das Laster verhüllt, oder zur Hornhaut, welche die Menschen unempfänglich für die Regungen des Gewissens macht, herabgesunken.

Neben den verschiedenen von Pfaffen befürworteten Religionen lebt eine in den Herzen der Menschen, welche weder Larve noch Hornhaut ist. Allein diese macht sich weder in Tempeln, noch in den Straßen breit. Sie hat keine Katechismen und keine Ceremonien. Sie ist ein geheimer Drang, welcher die Menschen über die niederen Leidenschaften dieser Erde erhebt, sie stählt in Gefahren und ermuthigt in Leiden. Diese Religion ist den Pfaffen aber nicht minder unbequem, als das Sittengesetz. Denn sie verleiht diesem erhöhte Kraft und verdoppelten Nachdruck. Diese Religion hegten von jeher alle begeisterten Freiheitskämpfer. Diese Religion wird die jetzt bestehenden Throne und Altäre stürzen und an deren Stelle den Tempel der Freiheit für alle Menschen aufbauen.

Wer nicht erkennt, daß alle Menschen gleichen Anspruch auf Wohlstand, Bildung und Freiheit auf diese Erde mitbringen, und daß es unsere Aufgabe ist, denselben zu verwirklichen, ist weder ein gerechter, noch ein liebevoller Mensch.

Ein gewisser Grad von Wohlstand ist die unerläßliche Voraussetzung der Bildung, wie diese hinwiederum die Bedingung der Freiheit ist.

Die Eigenthumsverhältnisse bilden aller Orten eine der wichtigsten Grundlagen des Wohlstandes, der Bildung und der Freiheit der Menschen. In Griechenland war nur so lange Freiheit und wahre Bildung, als die Güter einigermaßen gleich vertheilt waren. Sobald sich in einzelnen Händen unermeßliche Reichthümer angesammelt hatten, waren die Massen dadurch nicht blos zur Armuth, sondern folgeweise zur Unfreiheit und zur Unmöglichkeit, sich Bildung zu erwerben, verurtheilt.

Jedes Volk, welches auf seine Freiheit hält, welches Werth auf Geistes- und Herzensbildung legt, hüte sich daher wohl, solche Gesetze und Einrichtungen zu dulden, welche die Ansammlung großer Reichthümer in den Händen Einzelner befördern, oder auch nur gestatten!

Im Alterthume wurden die Völker dreier Welttheile unter dem Gesetze Rom's vereinigt, ungeachtet sie durch Abstammung, Sprache und Religion geschieden waren. Jetzt haben die begeisterten Freiheitshelden, die Führer der Nationen im Kampfe mit dem Despotismus, alle eine Religion, diejenige der Menschenliebe, des Rechtsgefühls und der Freiheit. Doch auch die ungebildeten Massen treffen heutzutage wenigstens darin zusammen daß sie sich zu der christlichen Religion bekennen. Alle civilisirten Nationen Europa's und Amerika's sind gemischten Ursprungs. Selbst die Deutschen, welche sich vielleicht am reinsten erhalten, haben Celten, Romanen und Slaven zahlreich in ihrem Schooße aufgenommen. Weit schroffer standen sich einst Scythen, Deutsche, Römer, Celten und Griechen gegenüber, als die Nationen unserer Tage. Warum sollten die durch Rechts- und Freiheitsgefühl, Menschenliebe, Verwandtschaft, Religion, Sitten und Gewohnheiten näher verbundenen Völker unserer Zeit nicht unter den Gesetzen der Gleichheit und Freiheit ein großes Ganzes bilden können, da sie einst unter weit ungünstigeren Verhältnissen unter dem Gesetze des Despotismus eines ausmachten?

Es kömmt nur darauf an, die von den Despoten künstlich gehegten Vorurtheile, den von ihnen befohlenen Aberglauben zu beseitigen, um alle Völker Europa's, von Lissabon bis zur russisch-türkischen Grenze, zu einem Ganzen zu vereinigen, welches würdig den Vereinigten Staaten Nord-Amerika's zur Seite stände.

In früheren Jahrhunderten galt der Kampf der absichtslosen Barbarei. In unseren Tagen ist die von Fürsten und Pfaffen gemeinsam befürwortete und gepredigte absichtliche Barbarei die gefährlichste Feindin der Menschheit. Die Könige wissen sehr wohl, daß sie

Digitized by Google

nicht in beſonderer Beziehung zur Gottheit ſtehen, dennoch wollen ſie von Gottes Gnaden ſein. Die Pfaffen haben recht wohl erkannt, daß die Bibel zum größern Theile fabelhaften, die päbſtlichen Decretalen gefälſchten Urſprungs ſind. Dennoch berufen ſie ſich auf dieſe Stützen ihrer Gewalt, gleich als glaubten ſie ſelbſt daran.

Die abſichtliche Barbarei unſerer Tage iſt weit ſchlimmer, als die gedankenloſe frühere Zeiten. Aus der natürlichen Barbarei können ſich die Völker zu Bildung emporarbeiten. In der künſtlichen Barbarei, wenn ſie den Sieg davon trüge, müßten die Nationen Europa's, gleichwie Chineſen und Indier, untergehen, um ſich vor Ablauf von Jahrtauſenden nicht wieder zu erheben.

## § 98. Die Staaten und deren Verfaſſungen.

Wie im Anfange des ſechzehnten Jahrhunderts der Glaube an Rom durch die Schandthaten der Päbſte, ſo iſt in unſeren Tagen der Glaube an den Thron durch die Miſſethaten der Könige erſchüttert worden. Wohin wir auch blicken, auf dem ganzen Feſtlande Europa's, ſteht kein Thron mehr auf dem Boden des Rechts. Die eheliche Geburt bildet die Grundlage der ſ. g. Legitimität. Welches Königshaus könnte ſich einer ſolchen rühmen? In Rußland hat ein Soltikow den Romanow's, in Frankreich ein Mazarin den Bourbonen ein Kuckuckei ins Neſt gelegt. *) Da ſpielte ein Königsmark, dort ein Schmettau, hier ein Graf Jenniſon, dort ein anderer Graf, ein Baron oder gar ein Kammermuſikus, hier ein Leibgardiſt, dort ein Beichtvater die Rolle des Gemahls.

Doch abgeſehen ganz von ehelicher Geburt haben alle Fürſten Europa's durch Meineid und Verfaſſungsbruch allen Anſpruch auf ihre Kronen verloren, wenn ſie je zuvor einen ſolchen gehabt hätten.

Bei der großen Seelenverkäuferei auf dem ſ. g. Wiener Congreß hatten die Völker keine Stimme. Schon aus dieſem Grunde konnte dort kein neuer Rechtsboden für Europa gelegt werden. Doch nehmen wir die Beſtimmungen des Wiener Congreſſes auch für rechtsgültig an! Sind ſie gehalten worden? Haben die Fürſten, welche durch den Wiener Congreß eingeſetzt oder beſtätigt wurden, das Recht auf ihre Kronen bewahrt, oder haben ſie es nicht verſcherzt?

Ferdinand VII. von Spanien konnte in gültiger Weiſe ſeinen Thron nicht beſteigen, bevor er die Cortes-Verfaſſung beſchworen hatte. Er beſchwor ſie nicht und war daher ſchon im Jahre 1814 ein unrechtmäßiger König, ein Uſurpator und Tyrann. Er ſtieß zum zweiten Male (1823) die Cortes-Verfaſſung um und verlor dadurch noch einmal alles Recht auf ſeine Krone. Iſabella, welche im Widerſpruch mit der ſpaniſchen Verfaſſung den Thron beſtieg, und zu gleicher Zeit gegen ihren Oheim Don Carlos die ſ. g. Grundſätze der Legitimität und gegen die Nation diejenigen der Volksſouveränität mit Füßen trat, kann um ſo weniger von einem Rechte ſprechen, als ſie bekanntermaßen nicht Tochter Ferdinand's VII. iſt.

Ferdinand I., der König beider Sicilien, brach (1820) ſeinen auf die Verfaſſung geleiſteten Eid. Seine Nachfolger thaten das gleiche in den Jahren 1830 und 1848. Seit dieſer Zeit ruht der Thron von Neapel nur auf der Gewalt der Bayonnette. Können dieſe ein Recht verleihen?

Das Haus Oranien hat ſich in den Niederlanden mit Hülfe der Großmächte Europa's und eines dem Volke geſpielten Betruges feſtgeſetzt. Kann fremde Macht und Volksbetrug ein Recht verleihen?

Die deutschen Fürsten traten im Jahre 1815 ihre Herrscherrechte unter den Fittigen der deutschen Bundesacte an. Sie stießen die Bundesverfassung in deren wesentlichen Bestimmungen um und machten sich schon dadurch allein ihrer Throne verlustig. Sie willigten (1848) in den Zusammentritt der constituirenden Versammlung ein, warfen dann die von dieser beschlossene Reichsverfassung um und trieben die Versammlung der Nation mit Gewalt auseinander. Was sie für ganz Deutschland zu Frankfurt a. M., thaten sie mit größerer oder geringerer Gewaltthat früher oder später zu Wien, Berlin, Dresden und Karlsruhe mit den Grundgesetzen und gesetzgebenden Versammlungen der einzelnen Staaten. Mit russischer Hülfe zerstörte das Haus Habsburg zugleich die neue und die uralte Verfassung Ungarn's und Siebenbürgen's.

Die Theilung Polen's, eine der größten Schandthaten der neueren Geschichte, kann den räuberischen Fürsten nie und nimmermehr ein Recht gewähren.

Welcher Fürst Europa's hat, nach alledem, noch ein Recht auf seine Krone? Etwa Napoleon III., welcher mit der Verfassung und gesetzgebenden Versammlung Frankreich's gerade so verfuhr, wie die deutschen Fürsten mit der deutschen Verfassung und den deutschen gesetzgebenden Versammlungen der Jahre 1848 und 1849? Oder der Pabst, welcher, nachdem er aus Rom entflohen war, mit Hülfe französischer, österreichischer, neapolitanischer und spanischer Bayonnette, nach Vertreibung der rechtmäßigen Abgeordneten des Volkes auf den Trümmern der von diesen neu gegründeten Verfassung seine mittelalterliche Herrschaft wieder anfrichtete? Oder etwa das Haus Bernadotte, welches zum Hohne des Princips der s. g. Legitimität auf dem Throne Schweden's und Norwegen's sitzt, oder endlich das dänische Königshaus, welches die Verfassung von Schleswig-Holstein mit Füßen trat und diese beiden Herzogthümer durch preußischen Verrath wieder unterjochte?

Von allen Fürstenhäusern des europäischen Continentes hat nur das Haus Savoyen, wenigstens im gegenwärtigen Augenblicke, den guten Willen seines Volkes für sich. Doch auch an diesem klebt die Schande des Verrathes. Das Jahr 1820 ist nicht vergessen. Es bleiben noch übrig die Kammern von Belgien und Portugal und das Diadem des türkischen Sultans. Wir wollen über deren Legitimität nicht rechten. Sie werden jedenfalls Europa das Gesetz nicht geben.

Das Königthum hat sich selbst das Grab gegraben. Mit ihm zugleich müssen dessen mittelalterliche Stützen: Pfaffenthum und Adel, fallen. An die Stelle eines feilen fürstlichen Beamtenthums werden frei gewählte Volksbeamte, an die Stelle fürstlicher Soldknechte bewaffnete Völker treten. Ein freier Bund zwischen dem Proletariate und dem Mittelstande wird der Herrschaft der auf den Thronen sitzenden und der auf den Börsen gebietenden Könige ein Ende machen — sobald die Völker aus ihrem Schlummer erwachen.

Die Monarchie ist nicht blos auf dem Gebiete des Staatsrechts, welches deren Vernunftwidrigkeit, sondern auch auf dem Felde der Geschichte, welche deren Ungesetzmäßigkeit erwiesen hat, überwunden.

Alle die großen Kaiser und Könige unserer Tage, welche ihr Thronrecht auf die Abkunft, von den Gründern ihrer Monarchien zurückführen, sind nicht die Nachkommen, für welche sie sich ausgeben.

In eine ganz ähnliche Stellung, wie die Monarchie, ist der Adel zum Volke, über welches er erhaben zu sein vorgiebt, und auf welches er mit Stolz und Uebermuth herabblickt, gerathen.

Die Monarchien unserer Tage befinden sich in derselben Lage, wie die Monarchien Griechenlands zur Zeit der Nachkommen des Lajus, des Agamemnon und des Cotrus, oder wie die Monarchien Italiens zur Zeit des stolzen Tarquiniers. Sie

haben die Liebe, die Achtung und die Anhänglichkeit der Völker verloren. Dieſe kennen die Verbrechen ihrer Herrſcher und werden nur durch die Furcht vor deren organiſirter Macht abgehalten, ſich die Freiheit zu erobern.

Die Reformation, deren Wiege Deutſchland war, brauchte einhundert einunddreißig Jahre (1517—1648), um zu einem Abſchluſſe zu kommen. Die Revolution, welche in Frankreich geboren wurde, hat bis jetzt noch nicht die Hälfte dieſes Zeitraums durchlaufen. Nichts deutet an, daß ſie ihr Ende erreicht hat. Die Ideen, welche ſie in Umlauf brachte, ſind nicht aus dem Felde geſchlagen, ſondern im Gegentheile von Jahrzehent zu Jahrzehent über einen größern Theil Europa's verbreitet worden. So wenig die Reformation im Jahre 1585 abgeſchloſſen war, iſt die Revolution es in unſeren Tagen. Im Anfange des ſechzehnten Jahrhunderts waren die verſchiedenen Staaten Europa's noch nicht ſo innig verbunden, als ſie es am Ende des achtzehnten waren. Wären damals alle Fürſten unſeres Welttheils mit vereinter Macht gegen das kleine Sachſenland zu Felde gezogen, wie ſie im Jahre 1792, alſo ſchon drei Jahre nach dem Beginn der franzöſiſchen Revolution gegen dieſe Krieg begannen, ſo hätte ſie gewiß einen ganz andern Verlauf genommen. Die Reformation nahm in jedem einzelnen Lande ihren eigenen Entwickelungsgang, die Revolution kann nur eine ſolidariſche Entwickelung haben. Sie muß im großen civiliſirten Theile der Erde ſiegen oder unterliegen. Sie ſiegte in den Jahren 1789—1798. Sie unterlag bis 1830. Sie errang neue Vortheile in dieſem Jahre und in den Jahren 1848 und 1849. Sie erlitt dann einige Niederlagen. Allein ihre Funken glühen unter der Aſche. Ein Windſtoß genügt, ſie als brennende Flamme über ganz Europa zu verbreiten.

Die Ideen, welche die franzöſiſche Revolution in Umlauf ſetzte, ließen ſich nicht greifen wie diejenigen der Reformation des ſechzehnten Jahrhunderts. Ihre Bekenner haben ſie noch in kein Glaubensbekenntniß zuſammengefaßt. Sie laſſen ſich aber durch die Devisen, welche ſie erwählten, bezeichnen. Die Loſung der franzöſiſchen Revolution iſt

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit;

der Schlachtruf der Deutſchen:

Wohlſtand, Bildung, Freiheit für Alle!

## § 99. Die Nationen und deren Wechſelverhältniß.

Der Stolz, den die meiſten Menſchen haben, dieſer oder jener Nation anzugehören, ſcheint mir ſehr lächerlich. Es iſt kein Volk, das ſich nicht der größten Verbrechen und Schandthaten ſchuldig gemacht hätte, und fortwährend dem dickſten Unſinn huldigte. Wer einer der bevorzugten Geiſter aller Nationen iſt, freut ſich deſſen im Stillen, ohne durch ſeinen Uebermuth Anderen läſtig zu fallen. Familienſtolz, Adelsſtolz und Nationalſtolz ſind nur drei verſchiedene Grade einer und derſelben Schwäche. Je kleiner der Kreis von Menſchen iſt, welcher der Eitelkeit oder dem Hochmuthe zur Grundlage dient, deſto geringer iſt natürlich die Zahl von Verbrechen und Abgeſchmacktheiten, die man mit in den Kauf nehmen muß, allein deſto kleiner ſind auch die Verdienſte. Der Menſch hat nur ein Recht, auf dasjenige ſtolz zu ſein, was er ſelbſt iſt und geleiſtet hat. Doch auch dieſen gerechten Stolz darf er nicht zeigen. Das edelſte Selbſtbewußtſein wird entweiht, falls es aus der ruhigen Tiefe der Seele an die bewegte Oberfläche des Alltagslebens tritt.

So lange eine Nation ſich nur in dem Gefühle wiegt, beſſer zu ſein, als die übrigen, ſteht ſie auf gleicher Stufe mit adelsſtolzen Ariſtokraten. Erſt dann wird das Wechſelverhältniß der Völker auf einer feſten und reinen Grundlage ruhen, wenn jedes von dem

unverletzt zu erhalten, sodann mit seinen Nachbarn auf dem Fuße der Gleichheit einen regen Verkehr zu pflegen und denselben in allen guten Dingen freundschaftlichen Beistand zu leisten.

Alle diese Beziehungen sind unmöglich, so lange selbstsüchtige Despoten über die Geschicke der Menschheit entscheiden. Ein auf den Grundsätzen der Freiheit ruhendes Völkerrecht ist unmöglich, so lange das Wechselverhältniß zwischen Völkern und Regierungen keine freiheitliche Grundlage hat, vielmehr nur auf der Macht des Bayonnettes ruht.

Noch besitzt von Europa selbst nur ein kleiner Theil die Wohlthaten der Civilisation, von Rußland einige Städte, von England etwa fünf Procent der Bevölkerung, welche politische Rechte haben, von Deutschland, Frankreich, Italien und Scandinavien etwa zehn Procent, welche Eigenthum besitzen, von Spanien und Portugal die Bewohner der Haupt- und See-Städte, welche mit dem Auslande Verkehr pflegen.

Außerhalb Europa's hat die Civilisation nur einige Küstenstriche berührt. Die nordamerikanische Union ist das einzige außereuropäische Land, welches Bildung besitzt. Der Kreis der Wirksamkeit für alle Förderer und Freunde der Bildung ist daher noch immer groß genug. Ganz Afrika und Australien, weniger einige Küstenplätze, ganz Asien, weniger einige Apostel der Freiheit, welche sich da und dort zerstreut finden, ganz Amerika, mit Ausnahme des kleinen Theiles, welchen freie Menschen im Schooße der vereinigten Staaten zu bebauen angefangen haben — erfreuen sich noch nicht der Wohlthaten der Civilisation. Von den Schätzen der Natur werden in allen diesen Theilen der Erde nur sehr wenige benutzt und diese wenigen in sehr ungeschickter Weise. Die Menschen können dort weder lesen, noch schreiben, sie haben keinen Begriff von Menschenrecht und Würde, von der Arbeit, deren Genüssen und Rechten, von allen den Fortschritten, welche Kunst, Wissenschaft, Gewerbe, Schifffahrt und Handel in dem gebildeten Theil Europa's und Amerika's gemacht haben.

Welches Feld der Wirksamkeit für alle strebenden Geister! Bevor Telegraphen und Eisenbahnen in allen Theilen der Erde heimisch geworden sein werden, bevor rings um die Erde von Osten nach Westen und von Norden nach Süden die Telegraphendrähte ein Netz, Eisenbahnen und Dampfschiffe unzählige stets bewegte Verbindungslinien bilden, fehlt es noch an den ersten Voraussetzungen der Civilisation. Denn nur durch diese Mittel können wir die Hebel der Civilisation in ferne Länder bringen und den Verkehr mit denselben aufrecht erhalten.

Statt Bomben und Granaten bringen wir dem Auslande aber die Güter der Civilisation! Nur denjenigen Despoten, welche ihre Länder mit Gewalt gegen die Civilisation verschließen, möge der Krieg den zur Eroberung des Landes für die Wohlthaten höherer Bildung erforderlichen Zwang auferlegen!

Das Land, welchem ein europäisches Volk die Wohlthaten der Civilisation gebracht hat, wird von selbst, wie der Schüler vom Lehrer, wie das Kind von den Eltern, abhängig werden. Diese Abhängigkeit ist gerechtfertigt durch die ewigen Gesetze der Natur. Der Staat, welcher sich mit dieser begnügt, hat den Abfall seiner Colonien nicht zu erwarten, so lange diese nicht fähig sind, sich selbst zu helfen. Sind sie aber dazu im Stande, so wäre es ungerecht, sie noch unter Vormundschaft halten zu wollen.

Eine Voraussetzung regen Völkerverkehrs ist hinwiederum Freiheit desselben, wie die Voraussetzung gewerblicher, künstlerischer und wissenschaftlicher Entwickelung Freiheit in allen diesen Beziehungen ist.

Apostel der Freiheit können aber die Europäer nicht werden, solange ihre eigenen Bewegungen durch so viele Bande gehemmt werden. Freiheit in Europa ist die Voraus-

ſetzung der Freiheit und der Bildung der geſammten Erde. Erſt müſſen die Despoten Europa's vertrieben ſein, bevor europäiſche Bildung ſich über die Erde verbreiten kann.

Noch gibt es nicht einmal ein deutſches, ein franzöſiſches, ruſſiſches, italieniſches Bürgerrecht in dem Sinne, daß jeder, welcher daſſelbe beſitzt, ſich ungehindert an jedem Orte Deutſchland's, Frankreich's, Rußland's oder Italien's niederlaſſen und daſelbſt ſein Geſchäft treiben könne. Bevor es ein europäiſches, ja ein die ganze Erde umfaſſendes Bürgerrecht gibt, ſind wir noch weit von dem Ziele unſerer Hoffnungen entfernt.

Seit vierzig Jahren quälen ſich die Diplomaten mit der Frage ab: Intervention oder Nicht-Intervention? d. h. ſoll eine Macht ſich in die inneren Verhältniſſe eines Nachbarſtaates einmiſchen, oder nicht?

Es iſt ebenſo verkehrt, zu erklären, man werde ſich unter keinen Umſtänden in die Verhältniſſe der Nachbarn einmiſchen, als es verkehrt iſt zu erklären, man werde dieſes oder jenes den Nachbarn nicht geſtatten, ohne ſich in deren Verhältniſſe einzumiſchen. Die europäiſchen Mächte haben ſich häufig mit ihrer Interventions-Theorie blamirt, Amerika ſcheint ſich durch ſeine Nichtinterventions-Theorie blamiren zu wollen. Als die heilige Allianz in ihrer Blüthenzeit war, erklärte ſie, keine Volksbewegung in Europa dulden zu wollen, welche gegen das monarchiſche Princip gerichtet ſein möchte. Die Tyrannen Europa's ließen daher mehrere Jahre lang die Türken gegen die Griechen wüthen, ohne ſich der Letzteren anzunehmen. Am Ende zerſtörten aber doch die vereinigten Flotten von Rußland, Frankreich und England bei Navarino die ägyptiſche Flotte, welche Griechenland wieder unterjochen ſollte. Die Volksbewegungen, welche Italien und Spanien im Anfange der zwanziger Jahre durchzuckten, wurden allerdings durch die vereinten Bemühungen der Despoten Europa's niedergeſchmettert. Allein ſie konnten nicht verhindern, daß in Frankreich, Spanien, Portugal und Belgien das Princip der Legitimität auf die Seite geſchoben wurde. In Ungarn wurde durch ruſſiſche Einmiſchung der Wille des Volkes gebeugt. Aber der „heiligen Allianz" zum Trotze ſteht Frankreich unter der Herrſchaft eines Bonaparte.

Die nordamerikaniſchen Freiſtaaten folgten bisher der gerade entgegengeſetzten Politik. Hatten die Fürſten Europa's erklärt, wir dulden keine Bewegung in einem Nachbarſtaat, welche dem monarchiſchen Princip zuwiderläuft, ſo erklärten die Staatsmänner in Waſhington: „Wir bekümmern uns nicht um die Angelegenheiten anderer Staaten." Deſſenungeachtet bewieſen ſie durch die That, Texas gegenüber, daß ſie es wohl verſtünden, falls es in ihrem Intereſſe lag, den Grundſatz der Nichtintervention nach Belieben zu drehen.

Der einzelne Menſch und der Staat, welcher ſich *unberufener Weiſe* in die Angelegenheiten ſeines Nachbarn einmiſcht, iſt ebenſo tadelnswerth, als derjenige, welcher es nicht thut, wenn er dazu berufen iſt. Der Einzelne und der Staat muß zu allen Zeiten nach den ewigen Grundſätzen der ſittlichen Ordnung handeln und dieſe können ihn eben ſowohl beſtimmen, ſich in die Verhältniſſe der Nachbarn einzumiſchen, als ſich der Einmiſchung zu enthalten.

Noch führen die Fürſten Europa's die Zügel der Welt in ihren Händen. Amerika hat keinen Theil an den Verträgen, durch welche ſich die zu Wien verſammelten Könige im Jahre 1815 in die fünf Theile der Erde theilten. Amerika hat bisher kein Wort mitgeſprochen, wo es ſich handelte, die Geſchichte der Welt zu beſtimmen. Die Union beſitzt keinen Einfluß in Europa. Allein die Fürſten Europa's beherrſchen einen großen Theil Amerika's. Wenn Amerika keinen Anſpruch darauf machte, zu den gebildeten Völkern der

wollte, innerhalb seines Gebietes ruhige Tage zu spinnen, so wäre dieser Zustand doch für seine Entwickelung nicht gefahrlos. Denn Bildung, Verkehr und Landesgränzen sind abhängig von der politischen Stellung, welche ein Staat einnimmt. Ist diese vereinzel und hülflos, so werden jene nicht lange unbeeinträchtigt bleiben. Unter den Fürsten Europa's kann die Union auf keine Freunde, auf keine Verbündeten zählen. Freunde und Verbündete kann die Union nur finden unter den Millionen, welche sich, gleich ihnen, nach Freiheit sehnen und jetzt noch, gleichwie sie im vergangenen Jahrhundert, von ihren Fürsten geknechtet werden.

Wohl ist die nordamerikanische Union bisher von den Fürsten Europa's geduldet worden. Doch nur, weil diese zuviel mit ihren eigenen Völkern beschäftigt waren, um dem jungen Staate jenseits des Oceans Fesseln anlegen zu können. Wohl werden die Könige der alten Welt auch inskünftige die Freistaaten Nordamerika's dulden müssen, doch nur mit Widerstreben und mit gehässigen Gefühlen. Genügt es dem Stolze des freien Bürgers Nordamerika's, nur ein geduldetes Dasein zu haben? Die Beherrscher Rußland's, England's, Frankreich's, Spanien's und Holland's gebieten über die Geschicke Asien's, Afrika's, Australien's und eines ansehnlichen Theiles Amerika's selbst. Die Union aber hat bisher geschwiegen, insofern nicht ihr eigenes Land, ihre eigenen Bürger und die ihr zugesicherten Rechte auf dem Spiele standen.

Der Czaar von Rußland bestimmt die Schicksale Persien's, der Türkei, Polen's Ungarn's, ja selbst Deutschland's und Italien's. Der rohe Barbar des Nordens setzt seine Ehre darein, die Grundsätze des Absolutismus, auf welchen sein Reich beruht, über die ganze Welt zu verbreiten. Albion, die sogenannte Königin der Meere, schreibt den Chinesen und Indiern Gesetze vor, führt Krieg mit Kaffern und Hottentotten, legt Colonien auf den Inseln der Südsee an und umschließt die Union mit einem eisernen Gürtel von Colonien, den sie immer enger winden möchte. Frankreich hat sich in Afrika, das kleine Holland hat sich auf Java, Celebes, Borneo und Sumatra ausgedehnt. Die Fürsten Europa's machen mit dem Schwerte und den Ketten in der Hand in allen Theilen der Erde Propaganda für ihre Grundsätze. Die Union aber steht müßig, läßt sie gewähren, baut Städte in ihrem Innern und begnügt sich damit, unter größtentheils ungünstigen Bedingungen den weltherrschenden Fürsten der Erde die Produkte des Kunstfleißes ihrer Unterthanen abzunehmen.

Die Fürsten Europa's blicken über die fünf Theile der Erde hinweg, und wo sich eine Gelegenheit zeigt, ihre Macht auszubreiten, benutzen sie diese auf's eifrigste. Sie stützen die Blüthe ihres Handels und ihrer Gewerbe auf sichere Handelsplätze, mächtige Flotten und diplomatische Agenten. Amerika könnte die Blüthe seines Handels und seiner Gewerbe stützen auf die allgemeine Liebe und Verehrung der Völker, und bedürfte dazu keiner Festungswerke und keiner kostbaren Heere.

Doch warum nehmen die amerikanischen Freistaaten mit ihrem unermeßlichen Gebiete und ihren unerschöpflichen Kräften an Eisen und Menschen eine so untergeordnete Stellung gegenüber den Fürsten Europa's ein? Weil sie noch nicht ganz das Joch abgeschüttelt haben, das ihnen vor drei Jahrhunderten von den Fürsten Europa's auferlegt wurde. Wohl haben sie sich ihre politische Unabhängigkeit erkämpft. Allein sie sind herangewachsen unter dem Einflusse der ihnen aus Europa zugeführten Ansichten. Sie sind noch nicht zum Bewußtseln ihrer Stellung gelangt. Sie fühlen sich noch immer halb und halb in den alten Banden, die sie früher trugen. Sie haben den hohen Beruf noch nicht erkannt, der ihnen bestimmt ist: an die Spitze der Freiheitsbewegung der Erde zu treten!

In Amerika ist die Freiheit befestigt. In Europa wanken die Throne. Die Union

gründet ihre Macht auf das Freiheitsgefühl ihrer Bürger, die Fürsten der alten Welt die ihrige auf den Knechtssinn ihrer „Unterthanen."

## § 100. Die drei ersten Stände.

Adel und Geistlichkeit, welche bis zum Jahre 1789 die ersten Rollen nächst den Königen auf der Weltbühne spielten, haben in Folge der französischen Revolution im dritten Stande (tiers état) in der Bourgeoisie, in dem Stande der Capitalisten einen Nebenbuhler gefunden, welcher seinen Vorgängern immer mehr Boden abgewinnt.

So lange der dritte Stand keine politischen Rechte hatte, war er revolutionär. Als er aber nicht blos in Frankreich, sondern auch in den meisten übrigen Staaten Europa's, wenn auch theilweise nur zum Scheine solche zugetheilt erhielt, ist er sehr zahm geworden. Der schlaffen Haltung des dritten Standes ist das Mißlingen der meisten Revolutionen im Jahre 1848 und 1849 zuzuschreiben. In unseren Tagen zunehmenden Polizeidruckes aber wird er gewaltsam wieder in die Reihen der Revolutionäre gedrängt. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden wir bei der nächsten Explosion den bessern Theil desselben an der Spitze der Bewegung sehen. Dieser bessere Theil des dritten Standes, d. h. der dritte Stand, weniger die unbarmherzigen Geldwucherer, ist bei einer Revolution unentbehrlich. Ohne ihn kann dieselbe keinen Bestand gewinnen.

Es ist bei einer gewissen Klasse von Leuten Ton geworden, den Mittelstand, die Bourgeoisie, die Philister herabzusetzen. Allerdings besitzt der Mittelmann nicht die glatte Aussenseite des Aristokraten, und nicht die Beweglichkeit des besitzlosen Arbeiters, des Proletariers. Allein dennoch beruht auf ihm die eigentliche Kraft des Staats und jeder vernünftige Proletarier strebt, in die Reihen des Mittelstandes einzutreten.

Unter Mittelstand verstehen wir aber keineswegs die Klasse der auf ihren Schätzen ruhenden Geldbesitzer, auch nicht die Klasse der Wucherer, welche sich mit dem Schweiße und dem Blute der Arbeiter mästen, vielmehr jenen ehrenwerthen Theil des Volkes, welcher selbständig arbeitet, allein dessen Bestrebungen durch einen gewissen mäßigen Besitzstand erleichtert werden. Dieser Mittelstand bildete von jeher und aller Orten den eigentlichen Kern des Volkes. Derselbe stellt die Stärke der in einem Staate lebenden Grundsätze der Mäßigkeit und der Strebsamkeit, gewissermaßen bildlich dar. Wohlstand, Bildung und Freiheit sind gewöhnlich in einem Staate in demselben Maaße entwickelt, in welchem der Mittelstand es ist. Nur unter dem Schutze der Freiheit kann der Mittelstand gedeihen. In despotischen Staaten in Rußland, in der Türkei, in Persien giebt es nur reiche, mächtige Volksbedrücker und besitzlose Arbeiter.

In dem s. g. gebildeten Europa, in Oesterreich, Preußen und Italien sinkt unter der eisernen Herrschaft der Tyrannen der Mittelstand von Jahr zu Jahr tiefer. Tausende welche früher in eigenem Hause wohnten, das eigne Land bebauten und ein selbständiges Geschäft führten, wurden durch Abgabendruck und polizeiliche Ränke ihres Vermögens beraubt, wohnen jetzt zur Miethe, bebauen fremden Boden oder arbeiten in den Fabriken der Reichen.

Jede Handlung der Ungerechtigkeit und der Härte, welche von den Staats-Behörden ausgeht, schwächt das Vertrauen und erschüttert den Geschäftsbetrieb. Der Mittelstand besteht aber nur aus Geschäftsleuten, und wird daher mehr als jeder andere Stand unmittelbar von den Bedrückungen der Tyrannen berührt.

Die Arbeit des Mittelmannes ist verschieden von derjenigen des besitzlosen Arbeiters.

besitzlosen Mitbürger nützen. Er muß sinnen, die Verhältnisse des Lebens erwägen und sich den Augenblick dienstbar machen. Er muß Pläne entwerfen, überwachen und anordnen. Um alles dieses mit Nachdruck und Sachkenntniß thun zu können, muß er etwas gelernt und mannigfaltige Lebenserfahrungen gesammelt haben. Der Mittelmann muß es verstehen, seine Rechte zu wahren gegen Freund und Feind, gegen Käufer und Verkäufer in friedlicher Ausgleichung und vor dem Richter im Streite. Der Mittelmann muß weiter blicken als der Proletarier. Er muß sein Geschäftsleben in Verbindung bringen mit Gemeinde und Staat. Die politischen Verhältnisse bestimmen mehr oder minder die Schicksale des Mittelstandes. Ein Artikel in einem Friedens- oder Handelsvertrage kann einen Erwerbszweig vernichten oder schaffen. Die Richtung einer Eisenbahn oder eines Canals, die Gründung einer Bank oder einer Universität berühren die mannigfaltigsten Interessen desselben.

Je inniger der Mittelmann mit dem Staate, der Gemeinde und den gewerblichen Verhältnissen verbunden ist, desto mehr fürchtet er sich vor Revolutionen und überhaupt vor allen gewaltsamen Veränderungen, welche sein Geschäft benachtheiligen könnten.

Er ist daher immer weniger geneigt, als der besitzlose Arbeiter, zum Schwerte zu greifen, um die Rechte des Volkes zu wahren. Allein wenn er einmal dazu gegriffen hat, so steckt er es so leicht nicht wieder in die Scheide. Der besitzlose Arbeiter trennt sich ohne Kummer und ohne Verlust von einer Sache, welche gefährlich geworden ist. Der Mittelmann, welcher durch Eigenthum und Familie, durch Geschäfte und Freundschaften an seine Heimat gebunden ist, muß, wenn er den Kampf begonnen hat, ihn durchfechten bis zum Ende. Eine Revolution, bei welcher sich der Mittelstand nicht betheiligt, kann niemals zu einem glücklichen Ende führen. Der besitzlose Arbeiter fällt, wenn ihm der Mittelmann nicht zur Seite steht, mit unabweislicher Nothwendigkeit in die Hände ehrgeiziger und herrschsüchtiger Ränkeschmiede, welche ihm schmeicheln, um ihn desto sicherer zu leiten! Denn unter den besitzlosen Arbeitern befindet sich niemals eine hinreichende Anzahl von Männern, welche mit den Verhältnissen des Geschäftslebens, der Gemeinden und des Staates vertraut genug sind um sie gründlich verbessern zu können. Was dem Proletarier, an Kenntnissen und Lebenserfahrungen gebricht, ersetzt er durch seine größere Beweglichkeit, seine, durch äußere Rücksichten nicht gehemmte Stellung im Leben und den Sporn des Elends, der ihn im Kampfe mit dem Vorrechte und der Gewalt vorwärts treibt.

Allerdings waren es die Proletarier, welche die Bastille stürmten, welche den König Ludwig XVI. von Versailles nach Paris zurückführten und die ihn aus den Tuilerien trieben, um im Schooße der constituirenden Versammlung Schutz zu suchen. Allein bei allen diesen Schlägen, welche gegen das Königthum geführt wurden, betheiligte sich der Mittelstand, wenn auch in zweiter Reihe. Wäre die Bourgeoisie in jenen drei verhängnißvollen Tagen den Proletariern von Paris feindlich entgegengetreten, so hätten diese den Sieg nicht errungen.

In den Juli- und den Februartagen zu Paris, wie in den Märztägen zu Wien und Berlin, gab der Mittelstand den Ausschlag. Die Juni-Schlacht in Paris und die deutschen Volks-Bewegungen der Jahre 1848 und 1849 scheiterten an dem Widerstreben des Mittelstandes!

Doch Ludwig Napoleon in Frankreich, Franz Joseph in Oesterreich, der Prinz von Preußen und der russische Czaar werden dem Mittelstande des civilisirten Europa endlich die Augen öffnen!

In den nordamerikanischen Freistaaten bildet der Mittelstand die festeste Stütze der Freiheit. In Europa wird er es auch noch werden. Wenn einmal diejenigen gesell-

Digitized by Google

ſchaftlichen Uebelſtände beſeitigt ſind, unter welchen die Völker am ſchwerſten leiden, wenn es auf der einen Seite keine bevorrechteten und auf der anderen keine geknechteten Stände mehr giebt, — dann wird erſt die Bedeutung des ſogenannten Mittelſtandes zu Tage treten. Dann wird das ganze Volk ſein, was jetzt Mittelſtand genannt wird, d. h. alle Bürger werden arbeiten, ſelbſtändig ſein und ihren Antheil an den Gütern dieſer Erde beſitzen. In der Union, dem freieſten Staate der Welt, iſt der Mittelſtand auch die zahlreichſte und entſcheidende Klaſſe des Volkes.

Die Aufgabe aller Derer, welche nur von einer Revolution eine durchgreifende Verbeſſerung der europäiſchen Zuſtände erwarten, iſt daher, den Mittelſtand zu gewinnen. Solange dieſer der Revolution widerſtrebt, fehlt ihr der feſte Boden. Sobald er ſich ihr mit Innigkeit und Wärme anſchließt, ſtürzen die Tyrannen!

Die Landwehr in Preußen und die Nationalgarde in Frankreich, ſind für ſich allein mächtig genug, die ſtehenden Heere Europa's zu lähmen. Was iſt die preußiſche Landwehr und die franzöſiſche Nationalgarde aber anders, als der bewaffnete und militäriſch organiſirte Mittelſtand?

Mögen wir immerhin bedauern, daß der Mittelmann zu ſehr an ſeinem Beſitze hängt und zu wenig dem Reiche der Ideen zugänglich iſt, die Thatſache von der Unentbehrlichkeit desſelben bei einer Revolution ſteht darum nicht minder feſt.

## § 101. Der vierte Stand.

Kaum hatte das Königthum im Bunde mit Adel und Geiſtlichkeit dem Drange der Zeiten nachgebend, dem dritten Stande politiſche Rechte eingeräumt, ſo klopfte der vierte, d. h. der Stand der nicht beſitzenden Arbeiter an der Pforte des Staates, und verlangte Einlaß. Nicht der Reichthum, ſondern die Arbeit, die Quelle alles rechtmäßigen Beſitzes und aller Leiſtungen beſtimmt den Werth des Menſchen.

Der vierte Stand, der Stand der Proletarier gründet ſeine Anſprüche auf ſeine Menſchen-Natur. Er verlangt keine Vorrechte, ſondern nur gleiches Recht mit allen übrigen Staatsbürgern.

Ich gehöre weder zu den blinden Bewunderern, noch zu den gehäſſigen Gegnern des vierten Standes, zu deſſen Mitgliedern ich mich ſelbſt zähle.

Die Proletarier von Paris machten im Jahre 1848 die Februar-Revolution. Die Proletarier von Frankreich erwählten im December des gleichen Jahres Napoleon zum Präſidenten der Republik. Die Proletarier von Paris verloren im Juni 1848 die Schlacht in den Straßen von Paris. Die Proletarier von Frankreich wählten im December 1851 Ludwig Napoleon zum zehnjährigen abſoluten Präſidenten des Reiches. Die Proletarier ſiegten im Februar 1848, weil ſie Hand in Hand mit dem Mittelſtande gingen; ſie wurden beſiegt im Juni, weil ſie glaubten auf eigene Fauſt eine Revolution machen zu können.

Die Proletarier unſerer Tage ſind nicht mehr die willenloſen Maſchinen früherer Zeiten. Allein die Sache der Freiheit wäre nicht in Frankreich, Deutſchland, Italien und Ungarn unterlegen, wenn ſie diejenige Stufe der Bildung und ſittlicher Kraft erklommen hätten, auf welcher ein Volk ſtehen muß, um ſeine Tyrannen ſtürzen, und das Reich der Freiheit dauernd gründen zu können.

Der Stand der beſitzloſen Arbeiter iſt aller Orten, ſelbſt in dem freien Amerika, der zahlreichſte und körperlich kräftigſte. Im civiliſirten Europa und in Amerika hat er zu

Gegenwart ruht auf ihm noch ein schwerer Druck. Will er diesen abwerfen, muß er sich nicht beschäftigen mit Träumen einer unmöglichen oder doch Jahrhunderte entfernten Zukunft. Er muß seine unmittelbaren und gegenwärtigen Feinde in's Auge fassen und besiegen, seine unmittelbaren und erreichbaren Forderungen stellen und durchsetzen. Wenn er statt dieses zu thun, sich mit einem Zustande beschäftigt, in welchem es keine Gesetze mehr giebt, weil die Menschen keine Verbrechen mehr begehen, so steht er auf gleicher Stufe mit jenen, welche im Hinblicke auf das Paradies jenseits dieser Erde ihre Ansprüche auf alles irdische Glück fahren lassen.

Wenn der Proletarier, wie z. B. jetzt in Frankreich, sich mit den Tyrannen verbindet, so kann er nicht zur Freiheit gelangen und noch viel weniger zu einem gesellschaftlichen Zustande, welcher eines denkenden und gebildeten Menschen würdig ist.

Was in früheren Zeiten der erste, zweite und dritte Stand genannt wurde (die Geistlichkeit, der Adel und der reichere Theil des Bürgerstandes) das hat sich alles mit den Machthabern verbunden zur Unterdrückung des Volkes, d. h. der Arbeiter. Die Proletarier müssen diesem Bunde einen andern mächtigern entgegensetzen: dem Bunde des Vorrechtes den Bund des gleichen Rechtes, dem Bunde der schwelgenden Faulenzer, den Bund der kräftigen Arbeiter. Die Proletarier müssen vor allen Dingen unter sich einig werden, durch Einigkeit eine Macht bilden, Verbündete werben und planmäßig kämpfen. Sie müssen sich nicht gegenseitig wegen kleiner Meinungsverschiedenheiten anfeinden, und nicht verwandte Streitkräfte von sich abstoßen.

Communismus und Socialismus sind Ausdrücke, welche die Arbeiter nicht in feindliche Lager treiben, sondern sie nur zu ernsten Forschungen auf dem Gebiete der gesellschaftlichen Zustände antreiben sollen.

Lassen wir immerhin dem Schwärmer, welcher von einem Zustande nie da gewesener Reinheit und Uneigennützigkeit träumt, welcher nach einem Ziele strebt, das künftigen Jahrhunderten vorbehalten ist, seine Phantasien! Wenn wir ihn auch nicht für einen praktischen Verbündeten halten, so kann er doch die Sache des Fortschritts fördern. Denn manche Leute, welche der ruhigen Ueberlegung nicht fähig sind, werden gewonnen durch reizende Bilder einer fernen Zukunft. Die Schwärmereien der Freunde sollen uns nur bestimmen, unsere Feinde um so schärfer in's Auge zu fassen, unsere Lage um so gründlicher zu prüfen, unseren Kampf um so muthiger fortzusetzen.

Seit sich der sogenannte „dritte Stand" gespalten hat und der reichere Theil desselben auf die Seite der mittelalterlichen Stände des Vorrechts übergetreten ist, gibt es in der That nur noch zwei große Abtheilungen in der Gesellschaft: den Stand der *tyrannisirenden Müßiggänger* und den Stand der gedrückten und *ausgesogenen Arbeiter*.

Der besitzlose Arbeiter steht in seinen Bestrebungen und Leiden dem besitzenden Arbeiter weit näher, als dem müßig gehenden Wucherer, oder dem feilen Schergen der Gewalt. Der besitzlose Arbeiter hat guten Grund, entrüstet zu sein über die Pfaffen, die Adeligen und wuchernden Capitalisten, welche von dem Marke des Volkes leben. Er hat aber durchaus keinen Grund, gegen den besitzenden Arbeiter zu Felde zu ziehen. Denn ein solcher will er selbst werden. Nach Besitz ringt er, sobald er seinen Hunger gestillt und seine Blößen bedeckt hat. Nach Besitz muß er ringen, wenn er für höhere Bildung empfänglich ist. Ohne Besitz ist es in unseren Tagen nicht möglich, sich selbständig zu entwickeln, sich eine freie Ansicht des Lebens zu schaffen und seine Anschauungsweise im bürgerlichen und staatlichen Leben geltend zu machen.

Gerechten Grund zur Beschwerde gibt uns nur ein solcher Besitzstand, durch welchen

die Selbständigkeit der Mitbürger gefährdet und ihnen die Möglichkeit benommen wird, ein naturgemäßes Leben zu führen.

Frankreich würde nicht die Beute eines heuchlerischen Despoten geworden sein, wenn die französischen Arbeiter sich ihrer Lage klar bewußt gewesen wären, wenn sie ihre Feinde erkannt hätten. Doch es gab in Frankreich nicht eine Parthei der strebenden Arbeiter, sondern zwanzig Partheien, welche sich gegenseitig anfeindeten und in den Koth herabzogen.

Ledru Rollin und Louis Blanc, Blanqui und Raspail, Proudhon und Cabet, St. Simon und Fourrier, lebende und todte Größen bildeten unzählige kleine Mittelpunkte schwacher Gruppen, die sich nicht zu einer mächtigen Partei vereinigen konnten, und eben deshalb mit leichter Mühe besiegt wurden. Das furchtbare Schicksal, welches das französische Volk jetzt heimsucht und ihm voraussichtlich auf Jahre hinaus schwere Leiden bereiten wird, sollte allen anderen Völkern der Erde ein warnendes Beispiel der Uneinigkeit und Zersplitterung sein. So glorreiche Tage, wie Frankreich 1792, 1830 und 1848 erlebte, hat kein anderes Volk der Erde gesehen! Keines hat aber auch einen so tiefen Fall erfahren als das französische, welches aus den Träumen des achtzehnten Jahrhunderts unter der eisernen Hand Napoleon's I. erwachte, dessen Hoffnungen durch Ludwig Philipp getäuscht wurden und dessen Februarkämpfe mit Napoleon III. endeten!!

Hätte sich die provisorische Regierung Frankreich's im Februar 1848 damit begnügt, die unmittelbar ausführbaren Verbesserungen im Innern Frankreich's einzuführen, statt nach dem Phantome der nationalen Werkstätten zu haschen, hätte sie den bekannten Tyrannen der Erde den Krieg erklärt, statt sich mit einem Theile derselben zu verbinden, — Frankreich und mit ihm Europa wären nicht so tief gesunken!

Wenn das Proletariat die ewigen und unveräußerlichen Rechte der Menschheit geltend machen will, so darf es seine Kräfte nicht zersplittern, so muß es fest zusammenhalten, einen Bund mit den besitzenden Arbeitern schließen und nach einem wohl überlegten Plane den Kampf mit den bevorrechteten Klassen der Gesellschaft beginnen. Dieser Kampf muß geführt werden auf allen Gebieten des Lebens, auf dem Felde der Wissenschaft und der Kunst, des Staates und der Kirche, der Gemeinde und der Familie.

Wer auf irgend einem dieser Gebiete dem alten Vorrecht huldigt, und das gleiche Recht nicht anerkennt, steht mit einem Fuße noch in der alten Gesellschaft und mit einem Theile seiner Kräfte noch auf feindlicher Seite. Wären die französischen Arbeiter nicht in ihrer Mehrzahl Knechte der Pfaffen, so hätten sie nicht mit diesen für Ludwig Napoleon gestimmt, und wären sie nicht mehr Knechte des Soldatenthums als des Bürgerthums, so hätte der Neffe das Ziel seines Ehrgeizes nicht erreicht.

Ein Proletariat, wie dasjenige Frankreich's, wird nie und nimmermehr zur wahren Freiheit gelangen. Wer sich durch tönende Redensarten und leere Worte gewinnen, und durch einen Staatsstreich einschüchtern und schrecken läßt, kann durch keinen Sieg die Freiheit gewinnen.

Die Erde ist so groß und ihre Gaben sind so reich, daß, bei nur einigermaßen gleichheitlicher Theilung alle Menschen frei von Nahrungssorgen sein könnten. Doch die Mehrzahl ihrer Bewohner hat keinen Antheil an den Gütern dieser Welt. Schlaue Betrüger verweisen sie auf einen Himmel jenseits und auf Unterwerfung diesseits. Aberglauben und Knechtsinn verbinden sich mit dem Betruge und der Tyrannei, um den Menschen statt eines wirklichen irdischen Paradieses den Schatten eines jenseitigen zu geben.

Wir haben uns weit von dem Zustande der Natur, von der vernünftigen Gleichheit

und von der Brüderlichkeit entfernt, zu weit, als daß die Gesellschaft glücklich sein könnte, so lange sie in ihrer dermaligen Verwirrung bleibt.

Das Alterthum hatte die Sklaverei, das Mittelalter die Leibeigenschaft, die Neuzeit setzte an deren Stelle die Stände der besitzlosen Arbeiter und der hülfsbedürftigen Armen, ohne die Leibeigenschaft und die Sklaverei gänzlich abzuschaffen.

Es wirft einen trüben Schein auf unsere s. g. civilisirten Staaten, daß es in deren Mitte eine so große Zahl hülfsbedürftiger Armen giebt. In einem wohlorganisirten Staate, sollte unverschuldete Armuth gar nicht vorkommen.

Daß die Armuth aber fast ausschließlich die Folge unserer mangelhaften gesellschaftlichen Zustände ist, erhellt aus der Thatsache, daß sie in demselben Maße groß oder gering, in welchem ein Staat geknechtet oder frei ist. Die wenigsten Armen finden sich in den nordamerikanischen Freistaaten und in der Schweiz, die meisten in Großbrittannien und Irland, in Deutschland, Frankreich, Italien und den übrigen Staaten, welche unter der Herrschaft der Monarchen, Aristokraten, Pfaffen, Bureaukraten, Soldaten und Geldwucherer stehen.

Seit Jahrhunderten wurde die Welt von Monarchen, Aristokraten und Pfaffen, seit Jahrzehnten von Beamten, Soldaten und Wucherern gebrandschatzt. In unseren Tagen giebt es Arme, weil in den Tagen unserer Väter die Machthaber stahlen und betrogen. Doch lassen wir die ferne Vergangenheit! Im Laufe der letzten vier Jahrzehnte sammelte sich das Haus Rothschild ein Vermögen, welches auf zwei Milliarden Franken geschätzt wird.

Als der erste König der Niederlande, welcher arm den Thron bestiegen hatte, die Krone niederlegte, hatte er hundert Millionen Gulden in seinem Vermögen. Die Königin Christina von Spanien hat noch mehr gestohlen. Die Herzoge von Nassau haben an Staatsdomainen mehr als siebzig Millionen Gulden dem Lande geraubt. Der Kaiser Franz von Oesterreich hat über hundert Millionen Gulden sich zugeeignet. In ähnlicher Weise verfahren nach Verhältnissen und Umständen die meisten Fürsten Europa's. Die Minister und Generale, die Bischöfe und Prälaten folgen ihrem Beispiele. Die reichen Bedrücker werden reicher, die armen Bedrückten immer ärmer.

Rechnen wir die Summen zusammen, welche die fünfhundert reichsten Familien Europa's mit Hülfe der ihnen zu Gebote stehenden Gewalt erpreßt haben, so kommen wir zu einer Vermögensmasse von zehn Milliarden (zehntausend Millionen) Gulden.

Vor vier Jahrzehnten besaßen diese fünfhundert Familien vielleicht nicht eine Milliarde. Die neun übrigen haben sie erworben, und da sie selbst nichts producirt, so haben sie augenscheinlich diese ungeheure Vermögensmasse dem Volke entzogen. Der Mittelstand hat an Zahl und Bedeutung ab-, die ganz Armen und die sehr Reichen haben zugenommen.

Die Armuth der Völker steht in dem innigsten Zusammenhange mit dem Reichthume ihrer Bedrücker. Sie wird fortdauern, bis diese von den Sitzen ihrer Gewalt verdrängt sind.

In den Händen einiger hundert Schurken vereinigt sich zugleich die ganze politische und kirchliche Herrschergewalt und der Geldmarkt. Wenn diese Monopolisten nicht wollen, so können die Handelsleute keine Geschäfte machen, die Fabrikanten nicht arbeiten lassen, haben die Arbeiter kein Brod, steht die ganze Productionsmaschine still.

Da aber darum doch die Bedürfnisse der Menschen fortdauern, so entsteht eine furchtbare Noth, welche für die Tyrannen der Erde ein Mittel wird, die Völker in der Unterwerfung zu erhalten.

Die Handelskriſen Europa's wirken zurück auf Amerika. Der amerikaniſche Arbeiter muß hungern, weil die europäiſchen Tyrannen es für gut finden, die Völker ihre ſchwere Hand fühlen zu laſſen.

Wenn Rothſchild, Baring, die Banken von London und Paris und einige andere Geldmächte den kleineren Bankiers, den Fabrikanten und Groſſiſten, den Credit aufſagen oder verringern, ſo wird dadurch dieſſeits und jenſeits des Oceans eine Geſchäftslähmung bewirkt, welche bis in die Hütte des Arbeiters eindringt und ſich bei dieſem am empfindlichſten fühlbar macht.

Tauſende fleißiger Menſchen werden auf einmal zu hülfsbedürftigen Armen. Tauſende von Kindern werden vor der Zeit in die Geheimniſſe des moraliſchen Elends eingeweiht. Tauſende von Jungfrauen fallen als Opfer der Lüſte der Reichen.

Wenn der Kaiſer von Oeſterreich über die Hälfte ſeines Gebietes, der Großherzog von Baden über ſein ganzes Land den Kriegszuſtand verfügt, wenn ſich die Kerker mit den Opfern ihres Haſſes füllen und die Arbeitsſtätten leeren, wenn ein düſterer Schleier ſich über ganze Provinzen ausbreitet, Niemand ſich ſeines Lebens freut, ſo ſtocken die Geſchäfte, die Arbeit wird nicht mehr bezahlt, die Erzeugniſſe des Kunſtfleißes verlieren ihren Werth, die Armuth vermehrt ſich und die Wucherer kaufen die entwertheten Güter auf, um ſie mit hundertfältigem Vortheil wieder an den Mann zu bringen.

Armenanſtalten, Spitäler und Findelhäuſer ſind ſchwache Mittel gegen ſolche Zuſtände. Sie können einer kleinen Zahl Unglücklicher die Leiden mindern, nimmermehr dem Uebel ſelbſt abhelfen.

Die Armuth der Völker wird nur aufhören mit dem Sturze der Tyrannen, welche ſie künſtlich erzeugen, mit der Vernichtung der Verfaſſungen, welche die Ungleichheit heiligen, und der Geſetzgebungen, welche die Anſammlung großer Schätze fördern und die Arbeit ohne Schutz laſſen.

Die Aufgabe der neuen Geſellſchaft iſt, den Ueberfluß der bevorzugten Stände den hülfsbedürftigen Armen und den beſitzloſen Arbeitern zuzuführen, den Raub, den ſie im Laufe der Jahrhunderte anhäuften und welcher größtentheils zum Verderben der Menſchheit angewendet wird, zu ihrem Beſten zu verwenden, der Armuth zugleich mit dem Ueberfluſſe ein Ende zu machen.

Wenn ein Menſch für Hunderte oder Tauſende ißt, müſſen Hunderte oder Tauſende hungern. Wenn ein Menſch die Wohnung von Hunderten oder Tauſenden einnimmt, ſo fehlt es Hunderten oder Tauſenden an einem heimiſchen Heerde.

Die Armuth iſt wohl eine beſſere Schule, als der Reichthum. Allein darum ſoll der Menſchenfreund ihr doch ein Ziel zu ſetzen ſuchen. Auch wenn der Staat ſeine Schuldigkeit thut, wird die Armuth doch nicht leichten Kaufes ausgerottet werden. — Die unverſchuldete Armuth, die Armuth des fleißigen Arbeiters iſt eine Schmach für die ganze Geſellſchaft. In einem gut organiſirten Staate ſind nur diejenigen arm, welche jetzt reich ſind:

die Trägen, die Laſterhaften und die Verbrecher.

Wenn wir abſehen von den Verhältniſſen, wie ſie ſich im Laufe der Jahrhunderte durch Liſt und Gewaltthat gebildet haben und die Vernunft als einzige Richtſchnur des Lebens betrachten, ſo unterliegt es keinem Zweifel, daß nur die Arbeit einem Menſchen ein Vorrecht, ein ausſchließliches Eigenthum an irgend einem Gegenſtande verleihen kann. Es giebt nur eine wahrhaft vernünftige Erwerbsart. Das iſt die Arbeit. Andere Erwerbsarten mögen wohl durch die Geſetze einzelner Staaten aebeiliat worden ſein, wie

z. B. das Erbrecht, die Eroberung und die Verjährung. Allein einen vernünftigen Grund haben sie nicht.

Es ist eine betrübende Erscheinung, daß durchschnittlich der Arbeiter im Laufe eines ganzen Lebens, voll von Mühen, nicht dazu gelangen kann, auch nur einen kleinen Theil dieser Erde sein zu nennen, auch nur gegen die drückendsten Sorgen geschützt zu sein, während eine geringe Zahl von Müßiggängern über alle Genüsse dieses Lebens verfügt.

Wenn es dem Arbeiter nach einer langjährigen Anstrengung aber auch endlich gelingt, einiges Eigenthum zu erwerben, so ist die Zeit mittlerweile vergangen, in welcher er es zu seiner Ausbildung verwenden, oder dessen Früchte mit Lebensfrische hätte genießen können. Die Reichthümer, welche ein Mensch am Abend seines Lebens erwirbt, sind todte Schätze für ihn und für seine Kinder häufig nur Mittel zur Verweichlichung und Verschwendung.

Die Gesellschaft kann sich niemals aus ihrem Elende erheben, so lange nicht Arbeit und Eigenthum auf vernunftgemäße Grundlagen zurückgeführt werden. Der Natur der Sache nach bringen alle Menschen gleiche Ansprüche an die Güter dieser Erde mit auf die Welt, wie sie mit dem Austritt aus dieser Erde gleichmäßig ihre Ansprüche daran verlieren. Das sagt das Gesetz der Gleichheit.

Die Hälfte der Menschheit geht elend zu Grunde, bevor sie im Stande ist, sich durch Arbeit selbst etwas zu verdienen. Ungesunde Nahrung, mangelhafte Kleidung und schlechte Wohnung thun dem Körper der armen Kinder nicht geringern Schaden, als der Aberglauben, das böse Beispiel und die Irrlehren derer, welche sich ein Geschäft daraus machen, die ganze Masse des Volkes zu verdummen, um sie desto besser knechten und aussaugen zu können.

Die Gesellschaft hat dafür Sorge zu tragen, daß die nachwachsenden Geschlechter gesund und frisch emporblühen. Dieses ist unmöglich, so lange die großen Massen der Menschen in bitteren Nahrungssorgen befangen sind, so lange nicht die redliche Arbeit, sondern der Erbgang, Betrug und Gewaltthat die eigentlichen Erwerbsmittel sind.

Wenn wir fragen: wer sind die reichsten Menschen in dieser Welt, so ist die Antwort: nicht die fleißigsten Arbeiter. Reich sind die Kaiser von Frankreich, Oesterreich und Rußland, reich sind die Rothschilde und die anderen Wucherer, welche den Tyrannen die Mittel geborgt, mit denen sie seit Jahrzehnten ihre Schergen bezahlt haben, reich waren Radezky und Hainau, die Würger der Völker. Reich sind die Verwandten und Familien der Tyrannen, reich die Aristokraten, deren Voreltern Raubritter waren, und welche selbst vom Marke ihrer Grundholden leben, reich sind die Großwürdenträger der Kirche, welche die Menschen in der Dummheit erhalten, reich die Minister, welche die Völker drücken. Der übermäßige Reichthum der Tyrannen der Erde ist die Folge vielhundertjährigen Druckes, vielhundertjährigen Unrechts, wie die Armuth der Massen die nothwendige Folge jenes Reichthums ist. Die Arbeitskraft der Menschen ist nicht so groß, daß sie, ohne Mangel zu leiden, außer den eigenen Bedürfnissen auch noch die unersättliche Habsucht ihrer Despoten befriedigen könnte.

Eine der ersten Aufgaben des freien Staats geht dahin, dem Arbeiter die Früchte seiner Arbeit unverkümmert zuzuwenden. Dieser Zweck läßt sich nur erreichen durch vollständige Umänderung unserer bürgerlichen Gesetze. Wie glücklich könnten die Menschen leben, wenn die Gesellschaft auf richtigen Grundsätzen beruhte! Doch das Elend der Massen wird immer größer, je frecher die Despoten der Erde alle Menschenrechte mit Füßen treten.

Nur die Arbeit begründet ein ausschließliches Recht auf die Erde oder ihre Erzeugnisse. Nur das durch eigene Arbeit erworbene Eigenthum bietet dem Besitzer einen reinen Genuß. An dem Eigenthum, welches der Besitzer nicht durch seine Arbeit gewonnen hat, klebt im günstigsten Falle der Schweiß des Arbeiters, der es erzeugte, ohne sein Anrecht daran geltend

machen zu können. Häufig klebt daran aber das Blut gemordeter Menſchen und die Aſche verſengter Fluren und Häuſer.

Die Gold- und Silberbarren, welche die Wucherer in ihren Gewölben bewahren, ſind die Früchte der Erpreſſungen, durch welche die Millionen in Jammer und Elend geſtürzt wurden. Die Paläſte und Luſtgärten der Despoten Europa's bilden nur das Widerſpiel ihrer Schaffotte und Kerker, die Perlen und das Geſchmeide ihrer Frauen und Töchter das Gegenſtück zu den Ketten, welche die Männer der Freiheit tragen.

Arbeit ohne Eigenthum iſt eben ſo widerſinnig, als Eigenthum ohne Arbeit. Wer nicht arbeiten kann, fällt der Fürſorge der Geſellſchaft anheim: das Kind, der Greis und der Kranke. Wer aber arbeitet, dem ſoll kein Dritter die Frucht ſeiner Mühen rauben.

Wohl iſt es ſchwer, dieſen Grundſatz in's wirkliche Leben einzuführen. Die Tyrannen der Erde, im Bunde mit den Wucherern, werden denſelben immer bekämpfen; und ſelbſt wenn die Throne umgeſtürzt ſein, wird er von den Feinden der Menſchheit nicht zugegeben werden. Ja, wenn er zugeſtanden werden muß, werden ſeine Folgeſätze geleugnet werden. Dennoch wird dieſer Grundſatz, wie jeder andere, wenn er einmal mit Kraft und Nachdruck vertheidigt wurde, am Ende Anerkennung finden, und ſich, wenn auch langſam, in's praktiſche Leben hindurch arbeiten.

Der wichtigſte Grundſatz der neuen Geſellſchaft iſt:

Keine Arbeit ohne Eigenthum, kein Eigenthum ohne Arbeit!

Jede gründliche Reform kann nur hervorgehen aus einer gründlichen Erkenntniß beſtehender Mängel und einem richtigen Blicke in die Zukunft. Nach dem Grundſatze: „Hilf Dir ſelbſt und Gott wird Dir helfen!" kann der Arbeiterſtand nur von ſich ſelbſt, nur von ſeiner eigenen Einſicht und Thätigkeit eine Verbeſſerung ſeiner Zuſtände erwarten. Allerdings haben ehrgeizige und habſüchtige Schmeichler, welche das Volk zu ihrem perſönlichen Vortheil ausbeuten wollten, dieſem oft die hohe und klare Einſicht des Arbeiterſtandes gerühmt. Wer that dieſes mehr, als der freche Uſurpator Ludwig Napoleon?

Allein die trüben Erfahrungen der letzten Jahre haben deutlich bewieſen, daß es den Völkern und namentlich dem Arbeiterſtande gewaltig an Einſicht gebrach. Fürwahr, wenn die Köpfe der Arbeiter eben ſo klar, als ihre Fäuſte derb geweſen wären, ſo würde Ludwig Napoleon jetzt nicht in Frankreich, Franz Joſeph nicht in Wien, der Kartätſchenprinz nicht in Berlin und der Pabſt nicht von Rom aus über die ganze Schaar der gläubigen Katholiken herrſchen! Der Arbeiterſtand hatte in den Jahren 1848 und '49 die Waage in den Händen, auf welcher die Geſchicke der Menſchheit gewogen wurden. Er vertheilte das Gewicht ſeiner Maſſen zu ziemlich gleichen Theilen auf beiden Schaalen der Waage und machte es dadurch den Tyrannen ſehr leicht, durch ihre feilen Schergen den Ausſchlag zum Nachtheile der Völkerfreiheit zu geben.

Die ſociale Reform des Arbeiterſtandes kann nur hervorgehen aus einer geſteigerten Bildung deſſelben. Täuſchen wir uns nicht! Bis zu dieſer Stunde gibt es nur einzelne, höher gebildete, klar ſehende und weiter ſtrebende Geiſter im Arbeiterſtande. Der großen Maſſe der Arbeiter fehlt es noch gänzlich an einer klaren Erkenntniß ihrer Lage, an aller Bereitwilligkeit, Opfer zu bringen, um dieſe zu verbeſſern und an jedweder Organiſation, welche eine durchgreifende ſociale Reform ihres Standes bezweckte.

Viele Arbeiter ſtecken noch tief in den Vorurtheilen des Zunftweſens. In Amerika ſind dieſe allerdings zum größten Theil abgeſchüttelt, allein die Quelle, aus welcher das

über die nächsten Bedürfnisse hinausreicht, religiöser Aberglaube, politische Vorurtheile und gesellschaftlicher Götzendienst, — — — bestehen auch diesseits des Oceans noch immer fort!

Wer es mit dem Arbeiterstande gut meint, wer nicht darnach strebt, auf dessen Schultern zu Einfluß und Bedeutung empor zu steigen, der wird ihm nicht schmeicheln, vielmehr ihm seine Mängel und Schwächen vorhalten und diese bekämpfen. Auch außerhalb Frankreichs giebt es viele kleine Napoleone, welche, wenn nicht über ein ganzes Volk, so doch über diesen oder jenen Verein, über diese oder jene Gesellschaft eine unumschränkte Herrschaft ausüben möchten. Es giebt unter den Arbeitern viele Leute, welche fein genug sind, diese Absichten zu erkennen, allein sehr wenige, welche dieselbe zu vereiteln die Fähigkeit besitzen.

Der großen Masse der Arbeiter fehlt es zu sehr an allgemeiner Bildung, als daß sie im Stande wäre, den Umtrieben und Ränken solcher Napoleönchen ein Ende zu machen. So lange aber der Arbeiterstand unter dem vorherrschenden Einflusse einiger Ehrgeizigen steht, kann er nie und nimmermehr eine sociale Reform in seinem eigenen Schooße durchsetzen. Wie Ludwig Napoleon der Kaiser, so beuten die kleinen Napoleönchen die Arbeiter immer nur zu ihren persönlichen Zwecken aus. Es giebt nur ein Mittel, die Abhängigkeit von derartigen Führern zu brechen, das ist die Selbstständigkeit des Charakters und die Klarheit der Erkenntniß. Der Arbeiterstand hängt mit allen seinen Leiden und allen seinen Bestrebungen so innig zusammen mit der ganzen Gesellschaft, mit Staat und Kirche, daß er ohne einige politische und sittliche Bildung niemals die eigentlichen Ursachen seiner Leiden zu erkennen vermag.

Die Krebsschäden der Gegenwart haben alle ihre Wurzeln in der Vergangenheit, oft einer tausendjährigen. Sie können nicht mit Nachdruck bekämpft werden ohne geschichtliche Kenntnisse.

Die Zukunft des Arbeiterstandes ist dann erst gesichert, wenn der äußeren die innere Verbesserung vorhergegangen ist. Hunderttausende von Arbeitern liegen noch in den Fesseln des Pfaffenthums, Hunderttausende sind befangen in verkehrten politischen Ansichten. Die Einen tragen geduldig das auf ihnen ruhende Joch, so lange sie nicht in bitterer Noth sind, die Anderen haben im Kampfe mit unerträglichen Entbehrungen ihre beste Kraft verloren. Nur eine geringe Minderzahl beschäftigt sich überhaupt mit der socialen Reform ihres Standes, und von dieser stehen sehr wenige auf einem freien Standpunkt.

Manche rühmen sich wohl, die Schriften der ausgezeichnetsten Socialisten und Communisten gelesen zu haben. Allein ob sie ihre eigene Eitelkeit und Herrschsucht abgestreift haben, ist eine andere Frage. Dieselben Leute, welche die schönsten Worte von Socialismus und Communismus machen, sind nicht selten, was Mein und Dein betrifft, nicht besonders gewissenhaft und sehr ungroßmüthig.

Die sociale Reform der Arbeiter läßt sich nicht octroyiren, weder von einzelnen Arbeitern ihren Genossen, noch von anderen Ständen dem Stande. Sie kann nur hervorgehen aus dem Streben und der Organisation der Gesammtheit.

Bevor dieses geschehen sein wird, fehlt es der Menschheit an der erforderlichen Intelligenz und sittlichen Kraft. Bis dahin wird sich ein Bodensatz geltend machen, welcher mit Recht Pöbel genannt wird.

Es gibt Menschen, welche sich scheuen, das Wort Pöbel auszusprechen. Allein wer den Muth besitzt, den adeligen, geistlichen, königlichen und kaiserlichen Pöbel anzugreifen, hat auch das Recht, denjenigen zu züchtigen, welcher keine Helme, Bischofsmützen und Kronen, sondern nur Lumpen zu seiner Verfügung hat. Wir wissen Armuth und Arbeit ebensowohl von Reichthum und Trägheit, als von Lumpenproletariat und Pöbel zu unter-

Digitized by Google

ſcheiden. Wir rechnen zum Pöbel alle diejenigen, welche nicht genug ſittliche Kraft beſitzen, auch nur den Schein der Tugend zu wahren, ob ſie reich oder arm, mächtig oder verlaſſen ſind. Zum Pöbel zählen wir, trotz ihrer gebietenden Stellung einen Marat und einen Danton, weil ſie ſich der von ihnen angeregten Verleumdungen und angeordneten maſſenhaften Abſchlachtungen rühmten, weil ſie ſich derſelben nicht ſchämten, weil ſie mit frecher Stirn der Wahrheit und dem Rechte Trotz boten. Wir zählen zu dieſem Pöbel nicht Robespierre, weil dieſer, obgleich er mehr Blut vergoß, als jene beiden, doch das Mitgefühl für die Leiden der Menſchen weder abſtreifte, noch verhöhnte, noch herausforderte. Wir rechnen dazu auch nicht Maillard, den Präſidenten des blutigen Gerichtshofs der Abtei, weil er, obſchon verblendet durch die Verzweiflung, doch Menſchenleben zu retten ſuchte, inſofern er es mit ſeiner Auffaſſung von Pflicht vereinbar fand.

Der Pöbel ſetzt nicht Armuth, ſondern ſittliche Verkommenheit voraus. Es gibt ebenſowohl einen reichen, als einen armen, einen vornehmen, als einen niedern Pöbel. Es iſt ebenſo verkehrt, die Schlechtigkeit nur unter den Reichen und Vornehmen, als unter den Armen und Niedrigen zu ſuchen.

Es iſt eine unleugbare Thatſache, daß ſich die Gemeinheit unter dieſen und jenen findet, und zwar gewöhnlich bei den Reichen und Vornehmen in Verbindung mit einiger, wenn auch nur äußerlicher Bildung, bei den Armen und Niedrigen gewöhnlich in Verbindung mit Rohheit.

Wenn wir keine andere Wahl hätten, als zwiſchen Despotismus in Verbindung mit Rohheit und Despotismus mit einer gewiſſen Bildung, iſt der Letztere unzweifelhaft vorzuziehen, ſchon aus dem Grunde, weil die Rohheit ſelbſt über die Zwecke des Despotismus hinaus zerſtört und peinigt. Unter ſonſt gleichen Verhältniſſen iſt die Bildung immer der Rohheit vorzuziehen. Die wahre Bildung, welche Geiſt, Gemüth und Außenſeite umfaßt, tritt niemals in den Dienſt des Despotismus, dieſer möge von Einzelnen, von Kaſten, oder von den Maſſen ausgeübt werden. Die wahre Bildung beugt ſich vor keiner Tyrannei. Allein auch diejenige Bildung, welche nur die Außenſeite umfaßt, beſitzt einen gewiſſen Werth. Dieſelbe ſehen wir aller Orten im Dienſte jenes Despotismus, welcher ſich den Schein gibt, den Bedürfniſſen der Zeit Rechnung zu tragen. Der gebildete Mann verdient ſchon Tadel, wenn er ſich dem verfeinerten Despotismus ſchlauer Despoten unterordnet, aber weit herbern, falls er dem brutalen Despotismus roher Pöbelmaſſen fröhnt.

Wer tiefer in die verſchiedenen Schichten des geſellſchaftlichen Lebens eingedrungen iſt, weiß ſehr genau, daß ſich unter den ſ. g. arbeitenden Klaſſen dieſelben Abſtufungen finden, wie unter dem Adel, der Geiſtlichkeit und im Schooße der Beamtenwelt, und daß die Vorurtheile, die Selbſtüberhebung und der Geldſtolz mit denſelben in noch verletzenderer Weiſe verbunden ſind, als inmitten der privilegirten Stände. Die Börſenkönige ſchauen mit Verachtung auf den Millionär, dieſer auf den Beſitzer von nur Tauſenden und dieſe hinwiederum auf den Beſitzloſen herab. Der Vollbauer hält ſich für beſſer, als den Mann, der nur eine halbe Bau, eine Hütte oder gar kein Grundeigenthum beſitzt. Der Fabrikant betrachtet ſeinen Vormann oder Werkführer in ähnlicher Weiſe, wie dieſer den Tagelöhner. Ja! wenn es ſich nur um Verachtung handelte, wäre es noch zu ertragen. Allein damit begnügt ſich gewöhnlich der günſtiger Geſtellte gar nicht. Gewöhnlich beutet der Obenſtehende den Untergeordneten, abgeſehen von den Lohnverhältniſſen, in der mannichfaltigſten Weiſe aus. Der willkürlich entlaßbare Arbeiter ſoll ſich, ſo gebietet der Meiſter, in religiöſer, politiſcher und geſellſchaftlicher Beziehung, nicht blos in geſchäftlicher den Weiſungen ſeines Vorgeſetzten fügen.

und Regierten dauernd einzuführen, so lange die Ungleichheit sich im Schooße der untersten Classen der Gesellschaft, der politischen Paria's selbst noch in empörender Weise geltend macht! Schwerlich wird Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu einer praktischen Wahrheit werden, bevor im Schooße der s. g. arbeitenden Classen der sittliche Werth des Menschen um ein Bedeutendes gestiegen und dessen Geldwerth in gleichem Maaße gefallen ist.

Die Roheit hat in ihrem nothwendigen und unvermeidlichen Gefolge immer den Eigennutz. In Verbindung mit einer blos äußerlichen, das Herz nicht berührenden Bildung kömmt allerdings nur zu häufig auch Eigennutz, Herrschsucht und Ehrgeiz vor. Die Roheit croatischer, ezechischer, pommerischer, schweizerischer und russischer Söldlinge hat die wankenden Throne der Häuser Habsburg, Hohenzollern, Baden und der neapolitanischen Bourbonen wiederhergestellt. Die Roheit französischer Bauern hat dem Siege, welchen Napoleon III. mit Hülfe seiner Mörderbanden errang, erst Dauer verschafft. Die Rohheit ist die schlimmste Feindin der Freiheit und des Rechtes. Hüten wir uns wohl, ihr, sie möge tragen welchen Rock sie wolle, zur Herrschaft zu verhelfen! Hüten wir uns noch mehr, ihr Nahrung und Ermunterung zu geben, ein Mistbeet anzulegen, in welchem sie gedeiht. Den einzigen gerechten Grund zu einer bevorzugten Stellung bietet die Bildung. Kein Volk kann hoffen, die Freiheit zu gewinnen oder zu behaupten, so lange es ein schlechterer Richter in Angelegenheiten der Bildung ist, als der Monarch, der es beherrscht. Erst wenn die gebildeten Classen der Gesellschaft mit den Massen Hand in Hand gehen, sind die Throne gefährdet. Die Fortschritte, welche die Bildung im Laufe der jüngst vergangenen sieben Jahrzehnte machte, sind die einzigen Bürgschaften, welche wir für den endlichen Sieg der Freiheit besitzen. Täuschen wir uns nicht! Der Kampf der Freiheit gegen den Despotismus ist kein anderer, als derjenige der Bildung gegen die Roheit. Jeder Freiheitskampf hört auf, ein solcher zu sein, wenn er in der Roheit einen Stützpunkt statt eines Werkzeugs findet oder auch nur sucht. In der Hand der Bildung mag auch die Roheit frommen. Wehe aber, wenn der Mensch, welcher vermöge seiner mangelnden Bildung nur Werkzeug sein kann, sich zum Werkmeister aufwirft!

## § 102. Die Stellung der Frauen.

Die Hälfte der Menschen ist weiblichen Geschlechts. Bevor die Frauen ihre richtige Stellung in der Gesellschaft gefunden haben, kann die Menschheit sich unmöglich rein und frisch entwickeln. Jedes Mißverhältniß, welches das weibliche Geschlecht betrifft, berührt die Menschheit in ihren tiefsten Tiefen.

Zu allen Zeiten und bei allen Völkern nahmen die Frauen diejenige Stellung ein, welche ihnen die herrschende Meinung anwies. Die Griechen und Römer waren zwar in ihren guten Zeiten Republikaner, allein ihre Anschauungsweise beruhte wesentlich auf dem Vorrechte: auf dem Vorrechte des Freien gegenüber dem Sklaven, des Vollbürgers gegenüber der rechtlosen Menge, des Mitbürgers gegenüber dem Barbaren. Das Christenthum hat zuerst den Grundsatz allgemeiner Menschenliebe und Brüderlichkeit aufgestellt, welcher seit der französischen Revolution in die Formel: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit," gefaßt wird. In neuester Zeit wird viel von der Solidarität der Völker gesprochen. Die Schranken, welche früher die Menschen trennten, sollen schwinden. Alle sollen für Einen, und Einer für Alle einstehen — im Kampfe der Freiheit.

Wie passen diese Ideen der Neuzeit zu den Zuständen, in deren Mitte wir uns bewegen, und namentlich zu der Stellung, welche die Frau im Leben einnimmt?

Die Völker sollen die alten Vorurtheile, welche sie früher trennten, fallen lassen und

ſich gegenſeitig als gleichberechtigte Glieder der großen Familie betrachten, welche die Erde bewohnt. Die Stufen ſollen entfernt werden, auf welchen früher die verſchiedenen Stände feindlich über und unter einander ſtanden. Gleiche Rechte und gleiche Pflichten iſt der Wahlſpruch unſerer Zeit.

Der Deutſche reicht freudig dem Italiener, dem Ungarn, dem Franzoſen und ſelbſt jenſeits des Oceans dem Amerikaner die Hand zum Bruderbunde. Doch ſteht der deutſche Mann der deutſchen Frau gewiß näher, als dem Amerikaner oder dem Engländer. Sollen die Menſchen alle gleichberechtigt ſein, ſelbſt wenn ſie durch Sprache und Abſtammung, durch Geſchichte und Sitten weit von uns verſchieden ſind, und die Frauen, welche Fleiſch von unſerem Fleiſche und Geiſt von unſerem Geiſte ſind, ſollten nicht gleichberechtigt uns zur Seite ſtehen? Iſt das vernünftig, iſt das folgerecht? Oder ſind die Frauen etwa keine Menſchen?

Wenn wir von unſeren ewigen und unveräußerlichen Menſchenrechten ſprechen, ſo iſt doch wohl nicht allein von den Rechten der Männer, ſondern auch von denjenigen der Frauen die Rede. Wenn wir die Gleichberechtigung in Anſpruch nehmen, ſo bezieht ſich dieſe doch nicht blos auf die eine, ſondern auf beide Hälften, auf das Ganze des Menſchengeſchlechts. Die Zukunft der Menſchheit iſt abhängig von dem Siege der nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ringenden Völker, im Kampfe mit den Fürſten, deren Herrſchaft auf der Knechtſchaft, der Ungleichheit und dem Elende der Mehrzahl ruht.

Die Aufgabe derer, welche auf Seite des Grundſatzes der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ſtehen, iſt vor allen Dingen, diejenige Ueberzeugung in den Gemüthern hervorzurufen, welche ihnen den Sieg bereiten ſoll. Wie können aber die Frauen, wie kann die Hälfte des Menſchengeſchlechtes von den Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit durchdrungen werden, wenn ihnen ſelbſt die Freiheit und die Gleichheit verſagt wird, wenn ihnen die Männer nicht Brüder, ſondern *Herren* ſein wollen? Wir glauben einen großen Gewinn zu machen, wenn wir ein Volk auf die Seite der Freiheitskämpfer herüberziehen. Was iſt aber ein Volk im Verhältniß zu der Hälfte des Menſchengeſchlechts?

Wir glauben einen großen Fortſchritt gemacht zu haben, wenn wir von dem Standpunkte der Nationalität uns emporſchwingen auf denjenigen der Geſammtbürgſchaft der Völker. Iſt aber eine Geſammtbürgſchaft möglich, wenn die eine Hälfte des Menſchengeſchlechtes, wenn die Frauen daran nicht Theil nehmen?

Man wende nicht ein, die Frauen werden aus Liebe zu ihren Männern Antheil an dem Kampfe nehmen. Mit welchem Rechte können die Männer auf die Liebe ihrer Frauen bauen, wenn ſie ihnen ſelbſt unrecht thun? Je mehr Liebe die Frauen ihren Männern widmen, deſto mehr ſind dieſe aufgefordert, gerecht gegen ihre Frauen zu ſein. Die Frau iſt jetzt kein *ſelbſtändiges* Mitglied der Staatsgeſellſchaft. Sie ſteht mit dieſer nur durch ihren Mann in Verbindung. Sie wird nicht als *gleichberechtigt* im Staate betrachtet. Das hatte Sinn und Verſtand, ſo lange der Grundſatz des Vorrechtes galt, ſo lange auf dieſem der ganze Staats-Organismus beruhte. Die Frau als unſelbſtſtändiges, untergeordnetes Weſen in *unſeren Tagen* noch betrachten, heißt das Geſpenſt veralteter Sklaverei oder mittelalterlicher Leibeigenſchaft aus dem Grabe heraufbeſchwören.

Die Geſellſchaft iſt in zwei Lager geſpalten, welche getrennt ſind durch furchtbare von den Fürſten begangene Schandthaten. Auf der einen Seite ſteht die alte Geſellſchaft,

Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ringt. Mögen die Tyrannen immerhin der einen Hälfte des Menschengeschlechts, den Frauen, ihren gleichen Antheil an den Rechten und mit diesem an den Freuden, Genüssen und Entwickelungen des Lebens versagen. Versagen sie doch auch das gleiche Recht der großen Masse der Männer. Mit welchen Gründen kann aber der Mann, welcher Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf sein Banner gesetzt hat, die Frau unfreier machen, als der unfreieste Unterthan irgend eines Fürsten ist? Mit welchem Rechte kann er ihr zurufen: „Du stehst mit mir nicht auf gleicher Stufe, tritt ab von der Bühne des Staates!" Mit welchem Rechte kann er der Frau sagen: „Ich will nicht als Bruder Dir zu Seite, sondern als Gebieter über Dir stehen?"

So lange die Männer sich nicht selbst klar sind über die Bedeutung und den Umfang des großen Freiheitskampfes, der uns bevorsteht, so lange sie es nicht verstehen, alle Kräfte sich zu verbinden, die sie darin fördern können, so lange sie die Grundsätze der Neu-Zeit nicht in allen ihren Folgerungen anerkennen, müssen sie darauf verzichten, ihre Gegner zu besiegen.

Die Bedrücker der Völker sind schlauer und folgerichtiger, als gar viele, die sich Freiheitskämpfer nennen. Die Tyrannen wissen wohl, daß ihre Grundsätze nicht bestehen können mit dem gleichen Rechte der Frauen. Wie die indischen Priester, so führen auch die im Solde der Fürsten stehenden christlichen Pfaffen die Unterordnung der Frauen unter die Obergewalt des Mannes auf göttliche Anordnung, auf Eva's Apfel und auf die Schlange im Paradies zurück. Leiten doch die Fürsten auch ihr Herrscherrecht über die Völker von Gottes Gnaden ab. Warum sollten sie die wichtigste aller Ungleichheiten, die umfangreichste aller Rechtlosigkeiten nicht auf dieselben Gründe stützen?

Der große Kampf der Neu-Zeit läßt sich zurückführen auf die Frage: gleiches Recht, oder Vorrecht? Denn weder Freiheit noch Brüderlichkeit sind vereinbar mit der Herrschaft des Vorrechts. Die Fürsten mit ihren geistlichen und weltlichen Schergen sind folgerichtig, klug und fein, indem sie der Frau gleiche Rechte versagen. Die Männer aber, welche „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" schreien, alle drei aber den Frauen versagen, sind entweder zu flach, einzusehen, daß ihre Worte ihren Thaten widersprechen oder zu tief in den Vorurtheilen der alten Gesellschaft befangen, um sich von diesen lossagen zu können.

Nimmermehr wird der Mann eine richtige Stellung im Leben gewinnen, so lange die Frau sie nicht gewonnen hat. Die Frau übt einen zu großen Einfluß auf den Mann, als daß dieser ungestraft ihr Unrecht thun könnte. Der Mann mag die Frau wohl ausschließen vom allgemeinen Stimmrechte, allein die Folge wird davon sein, daß die für politische Dinge gleichgültige Frau dem Manne in seinen politischen Kämpfen und Bestrebungen kalt und fühllos zur Seite steht, während die für das Vaterland und die Menschheit strebende Frau auf Umwegen zu seiner Qual und zu seinem Schaden das Ziel erreichen wird, wozu ihr der gerade Weg versperrt ist.

Manche haben sich gewundert, weshalb die Völker in den Jahren 1848 und 1849 den Sieg nicht erlangten. Die Ursache ihrer Niederlagen war tiefer als der Verrath Ludwig Napoleon's, Görgey's und der Fürsten Deutschland's. Die Ursache war die Unklarheit der Begriffe in den wichtigsten Beziehungen des Lebens, die Unreinheit der Bestrebungen der meisten sogenannten Freiheitskämpfer und der Mangel an ausdauerndem Muthe.

Gar viele von jenen, welche sich Freiheitskämpfer nannten, waren selbst Tyrannen in ihrer Familie, in ihrer Gemeinde, in ihrem Geschäfte. Die Neu-Zeit verlangt Klarheit der Begriffe, Reinheit der Bestrebung und ausdauernden Muth. An die Stelle der niederen Leidenschaften, welche jetzt herrschen, müssen die höheren sittlichen Gefühle treten.

Digitized by Google

Wir müſſen vor allen Dingen ſelbſt gerecht ſein, ſelbſt unbegründete Anſprüche aufgeben, bevor wir dem Unrechte unſerer Gegner ein Ende machen können.

Die Stellung der Frauen im Leben iſt nicht eine untergeordnete, nicht eine bedeutungsloſe Frage für den uns bevorſtehenden Freiheitskampf. Von ihrer Löſung werden im Gegentheile alle übrigen Fragen der Neuzeit abhängen. Wir können nimmermehr auf den Sieg der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit hoffen, ſo lange der einen Hälfte des Menſchengeſchlechts Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verſagt wird.

Sehr wahr und ſehr ſchön ſingt Kinkel:

Es gilt in dieſen Stunden
Nicht mehr der Minne Spiel,
Es gilt nicht blos die Wunden
Zu waſchen dem, der fiel — —
Ihr ſollt Euch ſelber rühren,
Aus Eurem Nichts befrei'n;
Dann ſollt Ihr uns Walküren
Und ſollt Belleden ſein!

Jedes Frauenherz, das für die Freiheit empfindet, wird dieſe Worte des deutſchen Dichters innig begrüßen und darnach trachten, ſie zu einer Wirklichkeit zu geſtalten. In das Innere der Frau muß erſt gedrungen ſein der Geiſt, der ſie treibt, Antheil zu nehmen an den Beſtrebungen und Kämpfen ihres Vaterlandes, der ſie erhebt über die Alltagswelt und ſie lehrt, die Pflichten ihrer Familie in harmoniſchen Einklang zu bringen, mit denjenigen ihrem Vaterlande gegenüber. Einen mächtigen Hebel wird die heilige Sache gewinnen, wenn die Frauen ihr mit Begeiſterung dienen, wenn ſie auch ihren Antheil an den Pflichten und den Rechten des Menſchengeſchlechtes übernommen haben werden. Auf der Knechtſchaft beruht die Tyrannei; die wahre Freiheit ſchüttet ihr Füllhorn aus über alle Menſchen, die Männer wie die Frauen! Nur die falſche, trügeriſche hat es bisher vermocht, die Hälfte des Menſchengeſchlechtes auszuſchießen. Noch iſt der Staat, wo die Freiheit in allen ihren Folgerungen gleich beglückend über alle Menſchen waltet, nur in unſeren Träumen heimiſch. Er hat noch nicht beſtanden, obſchon er ſeit Jahrzehnten von den Völkern angeſtrebt wurde. Obſchon für dieſes Ideal Tauſende jubelnd ihr Herzblut verſtrömten, — iſt er doch niemals in's wirkliche Leben getreten! Noch iſt die wahre Freiheit nicht Herrſcherin geweſen auf Erden!

Aber ſie kann auch dann erſt kommen, wenn das ganze Menſchengeſchlecht arbeitet, ſie herbeizuführen, wenn das Alltagsleben, das Streben nach niederen Genüſſen und Freuden, Raum gemacht hat dem Geiſtesfluge, dem höherern Streben, das allein uns zum Ziele führt!

Von Stufe zu Stufe iſt, ſeit den Zeiten des Mittelalters die Menſchheit immer fortgeſchritten und hat die Freiheit ihre Bahn immer mehr geebnet.

Auch die eine Hälfte der Menſchen (die Frauen) iſt, obgleich ſie rechtlos war, vorangeſchritten auf dem Wege der Bildung und Erkenntniß, wenn ſchon beſchränkte Menſchen, ſo wie früher, auch noch heute dem Entwickelungsgange der Frauen Steine in den Weg legen und Hemmſchuhe an das rollende Rad der Zeit legen möchten.

Die Mehrheit hat doch erkannt, daß die Frauen in einen höhern Kreis von Ideen eintreten, daß ſie aufhören müſſen, bloß gute Kochmaſchinen, Waſchmaſchinen und Spinnmaſchinen zu ſein.

In die Entwickelungsgeſchichte der Menſchheit greifen auch Frauen dieſer Art ein.

nicht, und reichen ihnen nicht die Muskete zum Freiheitskampfe, sie löschen vielmehr die frische Begeisterung aus und rächen auf diese und mannichfaltige andere Weise sich dafür, daß sie rechtlos, wenn sie schon selbst sich dessen nicht klar bewußt sind!

In den Freiheitskämpfen, welche hinter uns liegen, hat man gefühlt, wie mächtig der Einfluß des Weibes auf die Revolutionen, und daß es von der höchsten Wichtigkeit war, neben den thatkräftigen Männern glühende begeisterte Patriotinnen zu haben.

Ehe aber die Frau eine wahre Republikanerin sein kann, muß sie den Geist der Freiheit erfaßt, muß sie nachgedacht haben über ihre eigene Stellung im Leben. Nur so erreicht sie die Stufe, welche sie erreichen kann und erreichen muß. Nicht mehr Sklavin der Mode, des eitlen Putzes soll die Frau im neuen Staate sein. Fern von sich werfen muß die Republikanerin die Schlacken der Eitelkeit, der Schönthuerei auf der einen und des Sklavenstienstes auf der andern Seite.

Bei den heiligen Kriegen, welche für die Freiheit gekämpft wurden, haben sich allerdings hier und da im deutschen Vaterlande, in Italien, in Ungarn und namentlich im badischen Oberlande Frauen durch Wort und That betheiligt, doch deren Zahl war bisher zu gering. Sie wird, sie muß sich von Tag zu Tag mehren, je schwerer der Druck der Tyrannei, je allgemeiner die Freiheitsbestrebungen der Völker werden. Der entscheidende Sieg kann der Sache der Völker erst werden, wenn die Frauen für sie gewonnen sind.

Als Kossuth in Ungarn auf dem Lande umher reiste, den Landsturm aufzubieten, geschah es nicht selten, daß er in Abwesenheit der Männer die Frauen auf den freien Plätzen zusammen kommen ließ und sie zu begeistern verstand für die Sache des Volkes. Die Folge seiner Ansprachen an die Frauen, die Folge der Ideen, welche er in ihnen anregte, war, daß diese ihren Männern die Waffen entgegen brachten und diejenigen unter ihnen, welche noch schwankend waren, antrieben, in den Kampf zu ziehen.

Auch Mazzini regte in Italien die Aufopferungsfähigkeit und Theilnahme der Frauen an der Revolution an und nicht erfolglos, wie zahlreiche heroische Thaten von Frauen uns beweisen.

Wenn die Frauen einmal die Stellung im Leben errungen haben, die ihnen zukommt, dann erst kann eigentlich von ihrem Thun gesprochen werden. Bis jetzt war die Frau ausgeschlossen von dem öffentlichen Leben und Wirken. Sie wird von Jugend auf nicht dem Manne gleich geistig gebildet und wenn sie sich verheirathet, muß sie den Eid ablegen, ihrem Manne Gehorsam zu weihen und ihn als ihren Herrn zu erkennen. Ist das eine des freien Menschen würdige Stellung? Zur Sklavin herangebildet, nur auf einen engen Kreis der Wirksamkeit beschränkt, wird das Weib natürlich oft den nachtheiligsten Einfluß auf ihren Gatten ausüben.

In den Zeiten des Freiheitskrieges von 1813 und 14 erwiesen die Frauen sich allerdings vielfach thätig, doch mehr mit den Händen als mit dem Geiste. Was ist aber alle erwiesene Liebe und Pflichterfüllung ohne Geist?!

Sie wuschen die Wunden und pflegten die Kranken. Thun das nicht auch die barmherzigen Schwestern und Nonnen? Sie sammelten Geld u. s. w., aber das geistige Streben fehlte. Die Vereine von 1813 wurden nicht zusammengehalten durch ein solches und ihre Wirksamkeit war daher nur eine geringe im Vergleich zu derjenigen, welche freie, geistig gebildete Frauen hätten erringen können. Die Frucht der sogenannten Freiheitskriege der Jahre 1813 und 14 war nicht die Freiheit der Völker, sondern nur der Sieg der Mehrheit der Tyrannen über deren Minderheit, des russischen Tyrannen mit seinen Verbündeten über den französischen mit den seinigen.

Wiederum nahe ist die Zeit, welche die Völker auf den Kampfplatz ruft, nahe die

Digitized by Google

Zeit, wo die Jungfrau den Geliebten, die Frau den Gatten soll begeistern, daß ihm der Abschied leicht werde und die Kampflust wachse!

„Ihr sollt Euch selber rühren,
Aus Eurem Nichts befrein!"

ruft Euch der Dichter zu! O, diese Worte schreibet tief in Eure Seele und handelt darnach!

Nur durch Euch selber, Euer Geisteswirken könnt ihr freie Frauen werden. Die äußere Freiheit, die Gleichberechtigung mit dem Manne, erkämpfen die Freiheitskämpfer, welche für die Menschen-Rechte ihr Leben einsetzen. Die geistige Freiheit müßt Ihr Euch selber erringen.

## § 103. Wissenschaft und Religion.

Bis zur Mitte des siebenzehnten Jahrhunderts gaben aller Orten die religiösen Zustände den Ausschlag und die politischen richteten sich nach den von dem Glauben aufgestellten Grundsätzen. Nach dem westphälischen Frieden verlor die Religion ihre vorherrschende Bedeutung, sie machte sich aber doch noch wiederholt in selbstständiger Weise geltend, wie die mannigfaltigen Kämpfe zwischen den weltlichen und kirchlichen Mächten beweisen.

Seit den Tagen der französischen Revolution aber mußte sich die Kirche zu der Rolle einer untergeordneten Dienerin der weltlichen Gewalt bequemen. Diese schaffte in Frankreich den Gottesdienst ab und stellte ihn wieder her, und als alle Throne Europa's wankten, erkannten die Fürsten, daß ihre Macht wesentlich auf derselben Grundlage, als diejenige der Geistlichkeit ruhe, nehmlich auf der Dummheit und der knechtischen Gesinnung der Massen.

Sie nahmen daher die Geistlichkeit in Sold und Pflicht, beseitigten alle früheren Streitigkeiten und erlaubten dem Pfaffenthum in frechster Weise der Vernunft, der guten Sitte und dem Zeitgeiste entgegen zu treten. Der Unterschied der Religionen hörte für die Machthaber gänzlich auf, er wurde nur für die Massen künstlich gehegt. Protestantische Fürsten gestatteten dem Pabste und dem gesammten katholischen Pfaffenthume einen Einfluß, wie katholische Mächte diesen in früheren Zeiten nie geduldet hatten. Das Bestreben der Fürsten, die Massen unter dem Joche des Pfaffenthums zu erhalten, trat so klar zu Tage, daß auch der Beschränkteste erkennen mußte, die Religion sei den Fürsten nichts anderes, als ein Mittel, von dem Volk Gehorsam zu erzwingen. Man widerstrebte, weil man die Absicht erkannte.

Die Wissenschaft machte unausgesetzte Fortschritte und verminderte, selbst wo sie sich auf gar keinen Streit mit der Religion einließ, das Gebiet des Glaubens, indem sie das Feld des Wissens erweiterte. Als sodann Männer wie Strauß, Feuerbach, Arnold Ruge und andere den Samen wissenschaftlicher Klarheit ausstreuten und einen directen Kampf mit dem Aberglauben begannen, sank dieser unter allen Denjenigen, welche auf Bildung Anspruch machten, haltungslos in sich selbst zusammen.

Im Laufe dieses Zeitabschnittes wurde der vollständige Beweis geliefert, daß die s. g. Gottesgelehrsamkeit eine Wissenschaft weder sei, noch sein könne, da der Grund, auf welchem sie ruhe, nicht Erkenntniß, sondern Glauben, nicht Beobachtung und Denkvermögen, sondern Gefühl und Phantasie sei. Es wurde ferner, und zwar selbst von christlichen Geistlichen der Beweis geführt, daß die Bibel, welche früher für einen Ausfluß göttlicher Offenbarung gehalten worden war, eine Mischung babylonischer, egyptischer, chaldäischer und jüdischer Mythen sei, welche ganz ebenso wenig, als der Koran der Mohammedaner, der Zendaveſta der Perser oder irgend ein anderes für heilig ausgegebenes Buch auf einen göttlichen Ursprung

gemacht. Bei einer genauen Prüfung der Rechtszustände unserer Zeit trat deren Haltungslosigkeit mehr und mehr zu Tage. Die Revolutionen, welche mit geringen Unterbrechungen vom Jahre 1789 bis auf unsere Zeit fortdauerten, deuteten in blutigen Zügen an, daß die Nationen von der Unsittlichkeit und Vernunftwidrigkeit der gesetzlichen Zustände Europa's durchdrungen sei.*)

Je tiefer die religiösen und gesetzlichen Zustände Europa's und die Wissenszweige, mit deren Hülfe sie aufrecht erhalten werden sollen, in der öffentlichen Meinung sanken, desto höher stieg die Naturwissenschaft, welche die alten Facultäten der Medicin und der Philosophie in sich vereinigte.**)

Die Gottesgelehrsamkeit ist ein für allemale aus dem Gebiete der Wissenschaft ausgestoßen worden. An deren Stelle ist die Naturwissenschaft getreten, welche den Menschen, statt erdichteter Glaubenssätze, Wahrheit giebt, sie einführt in die dem Unwissenden verschlossene Werkstätte der Natur, die Gesetze derselben feststellt und mit diesen zugleich die Regeln, deren Befolgung Gesundheit, Recht und Freiheit, deren Verletzung dagegen Krankheit, Gewaltthat und Knechtschaft in ihrem Gefolge hat.

Die Fortschritte, welche auf dem Gebiete der Naturwissenschaft gemacht wurden, kann ich nur andeuten.

Gall***) und seine Nachfolger Spurzheim, †) Georg Combe ††) und Andere haben die Seelenlehre, welche früher mit der Physiologie in keiner Verbindung stand, wesentlich auf diese gegründet und dadurch den großen Schritt von der leeren Speculation zu der auf Beobachtung ruhenden Wissenschaft gemacht. †††)

Die Naturgeschichte des Menschen erhielt dadurch gewissermaßen erst ihre wissenschaftliche Begründung, die Naturgeschichte des Thieres eine höchst bedeutungsvolle Erweiterung.

Der Physiologie und Anatomie wurde durch die Entdeckungen Gall's und seiner Nachfolger eine großartige Anregung gegeben, obgleich bis zu dieser Stunde nur wenige Gelehrte den Werth der Entdeckungen Gall's zu würdigen verstehen.

Die Kenntniß der Erde, der Veränderungen, welche sie durchzumachen hatte, der verschiedenen Länder, die sie enthält, und der Nationen, welche diese bevölkern, haben den Gesichtskreis der Menschheit erweitert und diesen in eine vieltausendjährige Vergangenheit zurückgeführt, welche die biblische Schöpfungsgeschichte als unhaltbar und läppisch erscheinen läßt.

Besonders großartig und von tief eingreifender praktischer Bedeutung sind die Entdeckungen, welche im Gebiete der Chemie gemacht wurden.

Das Charakteristische der Wissenschaft der neuesten Zeit besteht darin, daß sie unmittelbar in's Leben eingreift und nicht mehr, wie früher, sich in frecher Selbstüberhebung von dem frischen Leben fern hält. Allgemein wird jetzt anerkannt, daß die Wissenschaft nicht, gleich einer Wolke, über der Erde schweben, sondern gleich den Strahlen der Sonne, diese erleuchten und erwärmen solle.

Uebrigens bestand, wie wir schon an einem andern Orte bemerkten, die Bedeutung

*) G. v. Struve Grundzüge der Staatswissenschaft. Frankfurt a. M. 1847. Geschichte des allgemeinen Staatsrechts. Mannheim 1845.

**) G. v. Struve Mandaras' Wanderungen.

***) Sein Hauptwerk ist: Anatomie et physiologie du système nerveux en général et du cerveau en particulier. Paris.

†) Phrenological system. London, 1815.

††) A system of Phrenology. Edinburgh.

†††) G. v. Struve Handbuch der Phrenologie. Zeitschrift für Phrenologie. Die Phrenologie in und außerhalb Deutschland.

dieſes Zeitabſchnitts nicht ſowohl in der Entdeckung neuer, als in der Anwendung früher entdeckter Wahrheiten auf das praktiſche Leben. Ein großartigerer Fortſchritt auf dem Gebiete der Wiſſenſchaft wird erſt eintreten, wenn die Schranken gefallen ſind, welche ſich ihr in unſeren Tagen feindlich entgegenſtellen. So lange es noch ein mächtiges Pfaffenthum giebt, kann der im Gebiete der Religion herrſchende Unſinn nicht in ſeiner ganzen Blöße geſchildert werden, und ſo lange das mit demſelben verbundene Königthum auf hohen Thronen ſitzt, können die unter deſſen Fittigen ſtehenden Verhältniſſe geiſtiger und leiblicher Knechtſchaft nicht in allen ihren Einzelnheiten bloß geſtellt werden.

Gerade ſo wie in Griechenland und Rom der Glaube an die Götter, an Jupiter und Juno, an Apollo und Diana längſt erſchüttert war, als die Tempel derſelben noch ſtanden, deren Prieſter noch eines gewiſſen Grades äußerer Achtung genoſſen und das Volk an dem üblichen Gottesdienſte noch Theil nahm, ſo iſt auch in unſeren Tagen der Glaube an die Dreieinigkeit, an die Gottheit Chriſti, deſſen Wunder und Auferſtehung dahin, und doch werden die chriſtlichen Kirchen noch beſucht, die chriſtlichen Pfaffen noch bezahlt, die chriſtlichen Ceremonien noch begangen. Wie im alten Rom, ſo ruht aber auch in unſeren Tagen der Kirchendienſt nicht mehr auf dem Glauben, ſondern auf dem Zwange, welchen die Kirche im Bunde mit der weltlichen Gewalt auf die Maſſen ausübt. Das römiſche Heidenthum fiel, ſobald ſich die Kaiſer Rom's auf die Seite des Chriſtenthums ſtellten. In ähnlicher Weiſe fiel die chriſtliche Kirche in Frankreich, ſobald ſich in den Tagen der Revolution die Regierung von ihr losſagte, und ſo wird ſie aller Orten in ſich ſelbſt zuſammenſinken, falls die weltliche Gewalt ſie nicht mehr mit ihren Bayonnetten ſtützt.

Der Pabſt Pius VI. (1775—1798) mußte es ruhig geſchehen laſſen, als die franzöſiſche Nation ſich von der katholiſchen Kirche losſagte. Pius VII. (1800—1825) wurde von Napoleon nicht blos ſeines Staates, ſondern auch ſeiner perſönlichen Freiheit beraubt, und keine Hand eines Gläubigen erhob ſich zu ſeinem Schutze. Die ſchändliche Mißregierung deſſelben, nachdem er durch den Sieg der verbündeten Mächte auf ſeinen Thron wieder erhoben worden war, die maaßloſen Anſprüche, welche er ſelbſt und ſeine Nachfolger auf kirchlichem Gebiete ſowohl als auf weltlichem erhoben, die Wiederherſtellung des ganzen mittelalterlichen Pfaffen- und Mönchweſens, welche von den Päbſten ausging, erweckte nicht blos außerhalb, ſondern insbeſondere auch in Italien eine Stimmung der Entrüſtung, welcher die katholiſche Kirche auf die Dauer nicht wird widerſtehen können.

Leo XII. (1823—1829), Pius VIII. (1829—30) und Gregor XVI. vermehrten den Zündſtoff, welcher endlich unter Pius IX., wie wir in der Geſchichte Italiens*) erzählten, in volle Flammen ausbrach.

Jeſuitismus und Abſolutismus gingen ſeit drei Jahrhunderten in der ganzen römiſch-katholiſchen Welt Hand in Hand. Der Orden Loyola's war gegen Ende des vorigen Zeitabſchnittes (1773) aufgehoben worden, als einige freiſinnige Staatsmänner ſich bemühten, die unter jeſuitiſchen Einflüſſen an den Rand des Verderbens geführten katholiſchen Reiche vom drohenden Untergange zu retten. Allein in der That kam es niemals zu einer vollſtändigen Auflöſung des Ordens. Clemens XIV. mußte mit dem Tode dafür büßen, daß er gewagt hatte, den Söhnen Loyola's die Spitze zu bieten, und ſein Nachfolger Pius VI. würde den Orden ſchon wieder hergeſtellt haben, wenn er nicht gefürchtet hätte, mit den bourboniſchen Höfen deßhalb in Streit zu gerathen.

Die proteſtantiſchen Staaten: England, Holland und Preußen und das griechiſch-katholiſche ruſſiſche Reich bekümmerten ſich nicht um die von dem Pabſte verfügte Auf-

hebung des Jesuitenordens. Es war dieses von ihrer Seite eine sehr schlechte Politik, wie sie Alle wenige Jahrzehnte darauf zu ihrem Schaden in Erfahrung brachten. Die Kaiserin Katharina behielt den Jesuitenorden bei, in der Hoffnung, daß derselbe dazu helfen werde, die Polen zu gehorsamen russischen Unterthanen zu dressiren, sie setzte es sogar durch, daß Pius VI. den von den russischen Jesuiten (17. October 1782) zum Generalvicar des Ordens in Rußland gewählten Pater Czerniewicz thatsächlich, wenn auch nicht ausdrücklich, genehmigte. Im Jahre 1801 stellte Pius VII. den Orden für Rußland förmlich wieder her und ernannte Kareu zum Generale des Ordens in Rußland. Am 30. Juli 1804 stellte derselbe Pabst den Orden für das Königreich Neapel wieder her.

In den übrigen Staaten, in welchen der Orden dem päbstlichen Willen zufolge scheinbar aufgehoben blieb, bestand derselbe unter verschiedenen Namen fort. Die Söhne Loyola's nannten sich, wo sie mit ihren wirklichen Namen nicht hervortreten durften, Väter des Glaubens, Paccanaristen, Ligorianer oder Redemptoristen und die mit ihnen verbündeten Frauen, Mütter des Glaubens, Schwestern des heiligen Herzens u. s. w. Unter diesen Namen setzten sie ihr altes Unwesen fort, bis Pius VII. (1814) den Orden wieder herstellte. Dann zeigte es sich von Neuem, daß die Jesuiten, wenn auch unter etwas veränderten Formen, noch ganz von dem Glaubenshasse und der Verdammungssucht des sechzehnten Jahrhunderts besessen waren, und daß sie, wie früher, Zwietracht und Glaubensverfolgungen überall hinbrachten, wo sie sich festsetzten. Besonders verhaßt machten sie sich durch ihre Proselytenmacherei, welche dann auch zur Folge hatte, daß sie nach dem Tode ihres dritten Generalvicars in Rußland Brzozowski (5. Februar 1820) aus Rußland verwiesen wurden (25. März 1820).

In Spanien führte Ferdinand VII. den Jesuitenorden schon am 19. Mai 1815 wieder ein. Die Cortes verbannten den Orden (14. August 1820) wieder. Der König stellte denselben (1824) wieder her. Das Volk von Madrid erhob sich (17. Juli 1834) gegen die verhaßten Söhne Loyola's. Die Königin-Regentin sah sich gezwungen (4. Juli 1835), denselben für Spanien aufzulösen. Dessenungeachtet schlichen sich die Jesuiten schon bald wieder in Spanien ein und treiben dort ihr Unwesen nach wie vor.

Ein ähnliches Schicksal hatte der Orden in Portugal. Dom Miguel nahm (29. August 1829) den Orden in Gnaden auf. Schon am 24. Mai 1834, kurz nach der entscheidenden Niederlage Dom Miguel's wurde der Orden aus Portugal verwiesen. Hier aber, wie in Spanien wurde das Verbannungsdecret nicht mit Strenge vollzogen, da die Regierung meistentheils aus jesuitenfreundlichen Personen zusammengesetzt war. Solange die aufgeregten Massen der Regierung Furcht einflößten, suchte man sie durch gute Worte zu beruhigen. Sobald aber der Hof wieder anfing, sich stark zu fühlen, spielte er mit den Jesuiten unter einer Decke.

Am mächtigsten und verhaßtesten wurde der Orden schon bald in Italien. Nach dem Tode Brzozowski's schlugen die Jesuiten ihren Hauptsitz wieder in Rom auf, ernannten zuerst Luigi Fortis (18. October 1820), nach dessen Tode Johannes Roothaan zum Generale (9. Juli 1829). Dieser schlaue Pfaffe verstand es, dem Orden nach und nach wieder einen Einfluß zu verschaffen, welcher in einem schreienden Contraste mit dem Geiste der Zeit und den Anforderungen der Völker stand. Er verschaffte dem Orden nach und nach (zuletzt 1846 in Toscana), in allen Staaten Italien's Eingang. In Oesterreich schlich sich der Orden (1820) anfangs unter dem Namen der Ligorianer wieder ein. Metternich, welcher sich lange Zeit gegen den Orden gesträubt hatte, fing im Laufe der dreißiger Jahre an, denselben zu begünstigen, weil er hoffte, mit Hülfe der Jesuiten die Italiener den Habsburgern dienstbar zu machen. Er folgte darin den Beweggründen der

Kaiſerin Katharina II. von Rußland. In Baiern drangen die Söhne Loyola's unter dem Namen Redemptoriſten ein. Der katholiſch gewordene Herzog von Anhalt Köthen begünſtigte ſie in ſeinem Ländchen. Unter dem Schutze der königlich ſächſiſchen Regierung erbauten ſie zu Annaberg (1844) eine Kirche. Die Beſorgniſſe und die Entrüſtung, welche die Umtriebe der Jeſuiten in Sachſen hervorriefen, waren einer der aufregendſten Gründe zu der gegen den Jeſuitenfreund Johann von Sachſen (1845) ſtattgehabten Demonſtration, welche zu dem ſcheußlichen Leipziger Blutbade Veranlaſſung gab.

In den Ländern, in welchen Religionsfreiheit beſtand, machten die Jeſuiten von derſelben den ausgedehnteſten Gebrauch, ſo namentlich in England und Holland. Wo aber die Katholiken in der Mehrzahl waren, wühlten die Söhne Loyola's gegen Gewiſſensfreiheit und den Proteſtantismus. Viel trugen ſie zum Sturze des Hauſes Oranien in Belgien bei. Nach dem flüchtigen Bunde, welchen ſie daſelbſt mit der liberalen Partei geſchloſſen hatten, waren ſie unausgeſetzt thätig, das belgiſche Volk unter ihr Joch zu beugen. Der Streit dauert noch fort und wird ſchwerlich zu Ende gehen, bevor eine neue tiefer greifende Revolution dem Unweſen der Jeſuiten in ganz Europa ein Ende bereitet.

In Frankreich hatten die Jeſuiten unter Napoleon I. abwechſelnde Schickſale. Anfangs begünſtigte ſie der Despot. Später aber, als er mit dem Pabſte zerfiel, gerieth er auch mit deſſen Trabanten in Streit. Unter den Bourbonen kamen ſie wieder zu Macht und Einfluß. Als ſich auf die Anklage Montloſier's die Pairskammer (19. Januar 1827) gegen den Jeſuitenorden ausſprach, ſchritt das Miniſterium Martignac (16. Juni 1828) gegen denſelben ein, jedoch mehr zum Scheine, als im Ernſte. Viele nicht ausdrücklich bezeichnete Jeſuitenanſtalten blieben beſtehen. Die Söhne Loyola's behielten ihren Einfluß am Hofe und ſtürzten ſchon bald das ihnen verhaßte Miniſterium Martignac. Die Juli-Revolution ſchlug anfangs die Jeſuiten in Frankreich nieder, doch ſchon bald nahm Ludwig Philipp, deſſen bigotte Gattin Maria Amalia in den Schlingen des Ordens lag, die Jeſuiten wieder in Gnaden auf. Sie trieben ihr Unweſen ſo frech, daß ſelbſt die zahme Kammer der Abgeordneten (3. Mai 1845) an die Regierung die Aufforderung richtete, die gegen die Jeſuiten in Frankreich beſtehenden Geſetze zu vollziehen. Zum Scheine fügte ſich Ludwig Philipp dieſem Beſchluſſe, indem er bei dem Pabſte die Abberufung der Jeſuiten beantragte. Der Pabſt, welcher wohl wußte, daß es der franzöſiſchen Regierung nicht Ernſt mit der Sache ſei, weigerte ſich deſſen. Der Pater Roothaan verſprach zwar, ſeine Untergebenen aus Frankreich abzuberufen. Dagegen war die franzöſiſche Regierung niederträchtig genug, dem Jeſuitengeneral zu erklären, daß ſie nur einige wenige Jeſuitenanſtalten auf einige Zeit ſchließen laſſen, die übrigen aber nach wie vor dulden wolle. Wie hätte auch ein König, welcher ſo durch und durch jeſuitiſch geſinnt war, wie Ludwig Philipp, anders handeln können?

Kein Land der Erde wurde ſo ſehr von den Jeſuiten gequält, als die Schweiz, ungeachtet dieſelbe doch zu zwei Dritttheilen von Proteſtanten und nur zu einem Drittheil von Katholiken bewohnt iſt. Die Söhne Loyola's wichen nicht eher aus dem Lande, bis ſie die Schweiz in einen blutigen Bürgerkrieg verwickelt hatten. Dieſem folgten auf dem Fuße die Volksbewegungen in Italien und die Februarrevolution nach, welche den Jeſuitenorden, gleich den mit demſelben verbündeten weltlichen Despoten Europa's vollſtändigen Untergang zu drohen ſchienen. Doch gleichen Schritt mit der Reaktion hielten aller Orten die Jeſuiten. Ihr Bund mit derſelben wurde 1849 noch inniger, als zuvor. Nicht blos katholiſche, ſondern auch proteſtantiſche Fürſten förderten von dieſer Zeit an die Zwecke des Ordens, weil ſie erkannten, daß Niemand es beſſer verſtehe, als die Söhne Loyola's, die

Was im Schooße der katholischen Kirche der Jesuitismus, ist in der protestantischen der Pietismus. Dieser hat allerdings keine so selbständige Organisation, wie der Orden Loyola's, allein was dem protestantischen Pfaffenthume an Organisation gebricht, ersetzt die protestantische Polizei.

Jesuiten und Pietisten bildeten übrigens im Schooße ihrer Kirchen immer eine verhältnißmäßig wenig zahlreiche, wenn auch durch ihre Organisation und die Gunst der Könige mächtige Partei. Ihnen gegenüber stand zu gleicher Zeit die große Menge ihrer mehr für diese, als jene Welt strebenden Glaubensgenossen und jene kleine, aber durch ihre Geisteskraft mächtige Partei aufgeklärter Männer, als deren Bannerträger D. F. Strauß, L. Feuerbach, Bruno Bauer und Arnold Ruge betrachtet werden können.

Strauß wies in seinem „Leben Jesu" (1835 und 1836) nach, daß die Erzählungen der Evangelisten höchstens als Mythen, als Volkssagen angesehen werden könnten. In seinem zweiten Werke, „die christliche Glaubenslehre in ihrer geschichtlichen Entwickelung und im Kampfe mit der modernen Wissenschaft" (1840 und 1841) zeigte er, wie sich die christliche Glaubenslehre ununterbrochen umgestaltet und daß dieselbe also keineswegs in ihrer ursprünglichen Beschaffenheit sich erhalten habe. Einen Schritt weiter als Strauß gingen Bruno Bauer und L. Feuerbach. In seiner „Critik der evangelischen Geschichte der Synoptiker" beweist Bauer, daß die Verfasser der verschiedenen Theile des neuen Testaments einzelne, für ihre Werke persönlich verantwortliche Schriftsteller seien, welche in mannigfaltigen Vorurtheilen und Irrthümern befangen und folgeweise zu einem besonderen Anspruche auf Glaubwürdigkeit keineswegs berechtigt seien.

Noch umfassender und zerstörender, als Bruno Bauer, trat um dieselbe Zeit (1841) L. Feuerbach in seinem „Wesen des Christenthums" allen bestehenden Glaubensbekenntnissen entgegen. Er führte aus, daß das göttliche Wesen nichts anderes sei, als das Wesen des Menschen, die Gottheit nur die Summe der menschlichen Eigenschaften, die Religion daher nur Selbstvergötterung oder Selbstvergöttlichung.

Die Ansichten der drei genannten Forscher drangen durch viele Canäle in das Bewußtsein der deutschen Nation ein. Mit besonderer Klarheit und Entschlossenheit wurden sie namentlich in den „hallischen," später „deutschen Jahrbüchern" von Arnold Ruge auseinandergesetzt und vertheidigt.

In unseren Tagen kann die Frage: Katholicismus oder Protestantismus? nur eine höchst untergeordnete Bedeutung mehr haben. Im Schooße beider Religionen wird seit den Tagen der Jansenisten, seit Leibnitz und Lessing ein Kampf geführt, welcher beweist, daß es nicht möglich war, die Geister durch Glaubensformeln vollständig zu knechten.

Der Widerwille der Völker gegen das tückische Pfaffenthum that sich nicht blos in den protestantischen, sondern auch in den ungemischt katholischen Ländern unzweideutig kund. Nur die Bayonnette der Fürsten können die Geistlichkeit aller Orten vor dem ihnen drohenden wohl verdienten Untergange schützen. Der Glaube hat aufgehört die Grundlage der bestehenden Confessionen zu sein. Protestantische Pietisten arbeiten mit katholischen Jesuiten Hand in Hand. Der Bund zwischen Katholicismus und Protestantismus tritt in England in dem s. g. Puseyismus am deutlichsten zu Tage.

Die Gottes-Gelehrsamkeit unserer christlichen Geistlichen verhält sich zu der Naturbetrachtung gerade so, wie ein altes Fabelbuch zu der gesammten Schöpfung, oder wie ein aus Holz und Steln zusammengesetztes Bauwerk zu dem Himmelsgewölbe.

Indem die christliche Geistlichkeit die Bibel zur Grundlage ihrer Gottesgelehrsamkeit machte, der Vernunft den Krieg erklärte und den Glauben auf den Thron erhob, deckte sie einen Schleier über die Schöpfung, würdigte sie die einzige Kraft herab, mit deren Hülfe

wir im Stande ſind, die Wahrheit zu erkennen, und ſetzte an deren Stelle einen Gemüthszuſtand, welcher als ſolcher gar nicht die Fähigkeit beſitzt, Wahrheit von der Lüge, Wirklichkeit von der Fabel zu unterſcheiden.

Durch das Syſtem des Chriſtenthums wurde daher die natürliche Ordnung der Dinge vollſtändig umgekehrt, die Unvernunft zum Compaß, ein Irrlicht zum Polarſterne erhoben. Es entſtand dadurch ein Zwieſpalt in der menſchlichen Bruſt, deſſen ſich der denkende und richtig fühlende Menſch bewußt wurde, welcher den gedankenloſen und verkehrten Menſchen in ſeiner falſchen Richtung beſtärkte, die große Maſſe der zwiſchen Verſtand und Unverſtand hin und her ſchwankenden Menſchen verwirrte, und welcher erſt endigen wird, wenn entweder die Vernunft oder die Unvernunft, die Freiheit oder die Knechtſchaft des Geiſtes, die Wiſſenſchaft oder der Köhlerglaube den Sieg davon getragen haben werden.

Der Entwickelungsgang, welchen die Menſchheit zuerſt im Laufe vieler Jahrtauſende höchſt langſam, ſpäter, ſeit den Tagen der Reformation, etwas ſchneller, ſeit der franzöſiſchen Revolution aber immer raſcher und raſcher nahm, deutet uns mit voller Beſtimmtheit den dermaleinſtigen Sieg der Wiſſenſchaft, der Freiheit und der Vernunft an. Hunderte tief eingreifender Wahrheiten, welche früher von wenigen bevorzugten Geiſtern erkannt, von den Machthabern aber als Ketzereien, gefährliche Neuerungen oder Hirngeſpinnſte verdammt und verfolgt worden waren, ſind zum Gemeingute aller gebildeten Menſchen geworden. Ebenſo viele Fabeln, Vorurtheile und Schreckbilder, welche früher gleich einem drückenden Alpe auf der geſammten Menſchheit laſteten, ſind jetzt von dem gebildeten Theile derſelben, welcher viele Millionen umfaßt, abgeſchüttelt worden, und werden auf dem Nacken der Völker nicht mehr, wie früher, durch deren Unverſtand und Aberglauben, ſondern durch die zwingende Gewalt des Despotismus feſtgehalten. Die Aſtronomie hat das enge Gewölbe welches die Kirche über die Erde zog, geſprengt und uns den Blick in eine unendliche Welt eröffnet, in welcher unſere Erde nicht mehr die Rolle des Mittelpunktes, ſondern diejenige eines der vielen um die Sonne kreiſenden Planeten ſpielt. Die Geologie hat die bibliſche Fabel der Schöpfung der Erde in ſechs Tagen, die Phyſiologie die Schöpfung des Menſchen aus einem Erdenkloſe, die Zoologie die Erhaltung der Thierwelt durch Noah und deſſen Arche in gleicher Weiſe zu nichts verflüchtigt, wie die Sittenlehre den Glauben an eine ſtellvertretende Erlöſung, und an einen für die Menſchheit gekreuzigten göttlichen Sündenbock.

Die Syſteme chriſtlicher Pfaffen römiſchen, griechiſchen und proteſtantiſchen Glaubens, die Theorien monarchiſcher Staatsrechtslehre despotiſcher, ariſtokratiſcher oder pfäffiſcher Färbung, die Erfindungen neumodiſcher Staatskünſtler, welche unter dem Namen Standrecht, Belagerungszuſtand und Begnadigung zu Pulver und Blei die Völker in Schrecken geſetzt, haben ſich überlebt. Eine neue Wiſſenſchaft, welche weder Wunder noch Glauben, weder blinden Gehorſam, noch blindes Wüthen gegen beſtehende Mißbräuche, weder von gekrönten Despoten, noch von verlumpten Pöbelmaſſen verübte Grauſamkeiten anerkennt, ſondern auf ewigen Wahrheiten ruht, iſt an die Stelle der morſch gewordenen Krücken des Despotismus getreten. Dieſe neue Wiſſenſchaft beſitzt Lebenskraft genug, eine wohlgeordnete Geſellſchaft ohne geiſtliche und weltliche Despoten über den Ruinen des Privilegiums und der Sklaverei zu ſchaffen. Die Menſchheit hat ihre Kinderſchuhe ausgezogen und ihre Gängelbänder abgeſtreift. Sie kann auf eigenen Füßen ſtehen, ſie bedarf der Hände nicht mehr, welche ſie ſo lange Zeit in den Sümpfen des Unſinns und der Knechtſchaft zurückhielten, ſie hat ihre Schritte gelenkt nach den lichten Höhen der Freiheit. Keine Macht der Erde wird ſie von dieſer Bahn zurückſcheuchen. Der Sieg, den die Menſchheit auf dem Gebiete der Wiſſenſchaft errungen, verbürgt uns den Sieg, den ſie auf dem Felde

Das Christenthum in seiner reinsten Auffassung ist eine Religion der Geduld und der Selbstverleugnung, in seiner Ausartung ein Glaube, welcher die Knechtschaft der Massen und die Selbstsucht der Führer nährt. Wir bedürfen eines Glaubens, welcher die Thatkraft stählt, die ewigen Rechte der Menschheit anerkennt, für die Freiheit begeistert und dem Eigennutze der Machthaber Schranken zieht.

Im Mittelalter, in welchem Geistliche, Könige und Volk den kirchlichen Unsinn glaubten, die Zahl der aufgeklärten Menschen jedenfalls sehr gering war, hatte das Christenthum eine ganz andere Bedeutung, als seit der Glaube daran in seinen Grundfesten erschüttert wurde. Seit dieser Zeit theilt sich die Christenheit in zwei große Classen: die Betrüger und die Betrogenen. Die Einen glauben nicht an das Christenthum, bedienen sich aber desselben, um die Massen zu knechten und auszusaugen, die Anderen glauben daran und müssen schwer dafür büßen, indem die Betrüger sich des Glaubens der Betrogenen bedienen, um sie in blinder Unterwürfigkeit zu erhalten.

Neben diesen zwei Classen besteht aber noch eine dritte, welche den christlichen Unsinn nicht glaubt, und sich bemüht, die Betrogenen aus den Klauen des Pfaffenthums zu retten. Seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts hat diese Classe an innerer Kraft und äußerer Bedeutung mehr und mehr zugenommen. Nicht lange kann ihr der Sieg mehr streitig gemacht werden.

Im gewöhnlichen Leben wird derjenige als Betrüger gestraft, welcher unter falschen Vorspiegelungen von einem Andern Geld erpreßt. Die Vorspiegelungen, unter welchen die Geistlichen *aller* Bekenntnisse ihre Besoldungen, Gebühren, Zehnten, Zehntablösungen, Nutznießungen von Grundstücken u. s. w. beziehen, sind falsch. Denn sie wissen so wenig, als die Laien irgend etwas von einem Zustande der Seele nach diesem Leben, oder von dem Verhältniß des Menschen zu einer höheren Weltordnung. Was wir in dieser Beziehung *wissen*, lehrt uns die *Naturwissenschaft*. Der Glaube, welcher über dieses Wissen hinausgeht, ist nichts weiter, als Phantasiespiel, Träumerei und Schwärmerei, wenn er nicht zum Zwecke der Täuschung geradezu erfunden ist. Da der Mensch das Bedürfniß hat, sich mit der Frage über die Zukunft nach seinem Tode und sein Verhältniß zu der Weltordnung zu beschäftigen, so kann keine Gewalt der Erde ihm dieses verwehren. Allein es wäre zu wünschen, wenn die außerordentlich in's Große gehenden Speculationen, welche die Geistlichen auf dieses Bedürfniß gründen, etwas vom Staate beaufsichtigt und beschränkt würden, damit das öffentliche Wohl darunter nicht zu sehr leide.

Pfaffen und Pfaffenknechte berufen sich zwar gerne auf ihr Gewissen und ihre Ueberzeugung, wenn sie ihre Gegner verfolgen und die Menschen im Aberglauben zu erhalten suchen. Aber auch die Thugs in Indien, welche die Menschen morden, wo sie können, suchen sich auf gleiche Weise zu entschuldigen. Gewissen und Ueberzeugung sind leider bei allen Schurken sehr schlecht beschaffen. Erst muß der Mensch beweisen, daß sein Gewissen und seine Ueberzeugung gut sind, bevor er sich darauf berufen kann. Die Verfolgung Andersgläubender und die Verbreitung des Unsinns sind aber die deutlichsten Beweise der schlechten Beschaffenheit von Gewissen und Ueberzeugung. Die That, welche sich nicht unabhängig von irgend einem individuellen Gewissen oder irgend einer persönlichen Ueberzeugung rechtfertigen läßt, ist immer eine Schandthat. Der Mensch soll freilich seinem Gewissen und seiner Ueberzeugung folgen. Daraus erhellt aber auch, daß er sich bemühen muß, beide rein zu halten. Sind sie schmutzig, so werden es auch die daraus entspringenden Handlungen sein. Häufig ist aber die Berufung auf Gewissen und Ueberzeugung nur ein Fechterkunststück, welches den Gegner von weiterem Vordringen abhalten soll. Es giebt

eine Coquetterie mit Gewiſſen und Ueberzeugung, welche ſchlimmer iſt, als diejenige, welche mit blitzenden Augen und ſchwellenden Lippen getrieben wird.

Die meiſten Pfaffen und Pfaffenknechte lieben an der Religion nur die Seite, welche ihnen irdiſche Genüſſe bietet. Sie ſchimpfen auf die Epicuräer, aber ſie ſind es ſelbſt im ſchlimmſten Sinne des Wortes. Die heidniſchen Epicuräer der Vorzeit waren heiter und harmlos. Die chriſtlichen Epicuräer unſerer Tage ſind düſter und tückiſch. Dummköpfe halten ſie für fromm und nennen ſie nicht ſelten ſogar heilig oder wenigſtens Eure Heiligkeit oder Euer Hochwürden.

So lange die Menſchen nicht erkannt haben, daß von allen Geſchäftshäuſern keines eine ſo tiefe Grundlage von Betrug hat, als die Kirche, iſt ihnen ſchwer zu helfen. Das wucherhafteſte Pfandhaus giebt doch etwas für die Waare, welche man bei ihm hinterlegt, die Kirche giebt dafür nichts Wirkliches und mehr Sorge und Angſt, als Hoffnung und Zuverſicht für eine jenſeitige Zukunft.

Was früher ein unbeſtimmtes Gefühl war, iſt zur klaren Erkenntniß geworden. Die Wiſſenſchaft und die Menſchenliebe iſt aus der Periode allgemeiner Theorien und Hypotheſen in diejenige thatſächlicher Begründung eingetreten. Die Menſchheit läßt ſich nicht länger mit Wechſeln auf eine andere Welt abfinden. Sie ſucht ihr Paradies mit gutem Rechte ſchon diesſeits des Todes.

Neben allen Maſchinen, welche der Menſch erfunden hat, ſteht immer der Maſchinenmeiſter. Er muß die Uhr aufziehen, den Dampfkeſſel heizen, die Electricität leiten u. ſ. w. Wenn er dieſes unterläßt, ſteht die Maſchine ſtill und geht ſchon bald zu Grunde. In der Natur ſteht nirgends ein Maſchinenmeiſter neben dem von deren Kraft beſeelten Organismus. Dieſer nährt ſich ſelbſt, bewegt ſich ſelbſt und pflanzt ſich ſelbſt fort. Die Annahme eines von der Natur unabhängigen oder nur derſelben gegenüber ſtehenden Schöpfers, Meiſters oder Bildners beruht auf dem Streben des Menſchen, die Thätigkeit der Natur ſeiner eigenen gleich zu ſtellen. Die Naturwiſſenſchaft führt uns nirgends auf ein Weſen, welches den Entwickelungsgang der Eingeweide der Erde, oder ihrer Oberfläche, der Pflanzen, der Thiere oder der Menſchen leitet, wohl aber auf eine allen Theilen der Natur inwohnende Kraft, welche die Grundurſache aller Veränderungen iſt.

Der unwiſſende Menſch glaubte Jahrtauſende lang, die Erde ſtehe ſtille und die Sonne drehe ſich um dieſelbe. Die Wiſſenſchaft lehrte uns aber das Gegentheil. Die Wiſſenſchaft entſcheidet und nicht die Unwiſſenheit der Menſchen ſowohl im Gebiete der einzelnen Erſcheinungen der Erde, als der zuſammenwirkenden Bewegungen der Sterne des Himmels. Aller Orten findet der ſtrebende Forſcher Kräfte, nirgends Weſen, welche dieſelben im Großen beherrſchen. Der Menſch mag ſich wohl einen ſelbſt erzeugten Funken der Electricität dienſtbar machen, einen Blitz ableiten. Die electriſche Kraft in ihrer Geſammtheit iſt keinem Weſen, ſondern nur ihren eigenen Geſetzen unterthan. So verhält es ſich mit allen Kräften der Natur.

Dieſe Anſchauungsweiſe wird von Pfaffen und Pfaffenknechten allerdings als gefühllos, kalt und troſtlos verſchrieen. Dagegen nennen ſie den von ihnen gelehrten Unſinn gefühlvoll. Welcher Mißbrauch wird mit dieſem Worte getrieben! Welche mannigfaltige Bedeutung umfaßt es, ohne daß die Meiſten, die ſich deſſen bedienen, davon einen klaren Begriff haben! Giebt es doch die ſich gegenſeitig widerſprechendſten Gefühle! Da iſt das Ehrgefühl, welches bei der Frau den Umſtänden nach zum Selbſtmord, bei dem Manne zum Duelle auf Tod und Leben führt! Das Gefühl kindlicher Liebe, welches nicht ſelten unüberlegte Opfer bringt, welches unter dem Einfluſſe bigotter und von Pfaffen verdummter Eltern ein Kind zur Nonne macht, welches von [illegible]

Eltern ausgebeutet, ein anderes Kind zur Prostitution treibt. Wer kennt nicht jenes vielgestaltige Gefühl, das mit dem Namen der Liebe bezeichnet wird, und welches je nach den Umständen zu einer glücklichen Ehe oder zur Verzweiflung führt?

So lange sich unsere religiösen Romantiker einbilden, durch die Worte gefühlvoll, seelenvoll, empfindungsreich, etwas anderes zu bezeichnen, als einen Nebel, hinter welchen Sonne, Mond und Sterne aber auch ebenso wohl nur Sümpfe verborgen sein können, sind sie sehr im Irrthum.

In unseren Tagen der zunehmenden Klarheit des Gedankens sollte man sich wohl hüten, das Seelenleben der Menschen ebenso oberflächlich zu behandeln, als früher das Wirken der Natur. Die vier Elemente: Wasser, Feuer, Luft und Erde sind von ihrem Herrscherthrone herabgestürzt. Doch in Betreff der Elemente des Seelenlebens befinden sich die meisten Schriftsteller noch in mittelalterlichem Dunkel.

Erst wenn wir gelernt haben, die verschiedenartigen Gefühle der Menschenbrust genau zu erkennen und in ihrem Wechselverhältniß zu erfassen, werden wir naturgetreue Bilder zeichnen können.

An den Früchten erkennt man den Baum. Nur diejenigen Gefühle sind gut, welche gute Thaten in ihrem Gefolge haben.

Religiöser Aberglauben und Fanatismus führen immer zu Verbrechen, welche eine gewaltthätige Gemüthsstimmung bekunden: Mord, Brandstiftung und Raub, die Heuchelei dagegen, welche wesentlich auf Betrug ruht, führt zu Betrügereien aller Art: Unterschlagung anvertrauter Güter, Urkundenfälschung u. s. w.

Während des Mittelalters war die Heuchelei hauptsächlich nur unter den Geistlichen zu Hause. Sie waren daher die einzigen, welche den Betrug im Großen und massenhaft betrieben, während Ritter und Könige ihre Stärke in offenbaren Gewaltthätigkeiten bekundeten.

In unseren Tagen ist die Heuchelei von der Geistlichkeit auf alle übrigen bevorzugten Stände übergegangen. Die s. g. höheren Classen zeichnen sich daher durch die große Zahl der von ihnen begangenen Betrügereien, die niederen durch das Vorwalten gewaltthätiger Verbrechen aus. Durchschnittlich herrscht in den katholisch-gläubigen Staaten, wie Spanien, Portugal, Italien, Irland, Altbaiern die Gewaltthätigkeit, und in den protestantisch-heuchlerischen, wie England und Preußen, die Betrügerei vor.

Wir können nicht hoffen die Gewaltthätigkeit aus dem Leben zu verdrängen, solange sie noch in den religiösen Gefühlen der Völker vorherrscht, und vergeblich werden wir dem Betruge in der Geschäftswelt ein Ziel zu setzen suchen, so lange er in dem größten Maaßstabe auf dem Gebiete der Kirche heimisch ist.

Der von der Geistlichkeit aller Bekenntnisse mit so großem Erfolge betriebene Volksbetrug hat viele Nachahmung gefunden. So gut als der römisch-katholische und der protestantische läßt sich noch gar viel anderer Unsinn aus der Bibel beweisen. Vielweiberei und Sklaverei werden von den Mormonen und den tonangebenden Geistlichen des Südens der Vereinigten Staaten durch Bibelstellen begründet. Andere, welche den Glauben an die Bibel aufgegeben, statt der Vernunft aber ihre eigenen Leidenschaften auf den Herrschertron gesetzt haben, glauben so gut, als die Pfaffen der Vorzeit ihren Bestrebungen die Gestalt eines Systemes geben zu können. Die Einen, welche unter dem Einflusse der Wollust stehen, haben vollständige Systeme der Liederlichkeit, die Anderen, welche nach den Gütern der Reichen lüstern sind, Systeme der allgemeinen Gütergemeinschaft, wieder Andere, welche von charakterloser Herrschsucht beseelt sind, Systeme persönlicher Dienstbarkeit ausgeheckt, welche unter den glänzenden Aushängeschildern der Freiheit, Gleichheit und

Brüderlichkeit einen Despotismus schaffen würden, wie ihn die Völker kaum in Indien, in Peru und Paraguay jemals erlebten.

Der Fortschritt der Menschheit wird nicht bedingt durch wüthenden Haß gegen alle bestehenden Einrichtungen, sondern durch die Zügelung der wilden Leidenschaften, welche die eigentliche Grundursache aller Mißstände der menschlichen Gesellschaft sind. Die Aufgabe der Menschen ist, in ihrer Zeit so viel von den alten Uebelständen abzuschaffen, als sie durch bessere Einrichtungen ersetzen können. Die beiden Grundlagen jeder Verbesserung sind aber immer eine genaue Kenntniß der bestehenden Verhältnisse und der Bedürfnisse der Menschennatur. Wer verbessern will, ohne jene oder diese zu kennen, wird im besten Falle eine unhaltbare Neuerung begründen, im schlimmeren Falle dagegen den größten Widerwillen gegen jede Abänderung der bestehenden Verhältnisse und folgeweise eine Kräftigung der herrschenden Gewalten herbeiführen.

## § 104. Die Künste des Friedens und des Krieges.

Gleichen Schritt mit dem Freiheitsdrange hielten die Künste des Friedens. Die Fortschritte, welche sowohl in der höheren Kunst, als auf dem Felde der Landwirthschaft, der Gewerbe, des Handels und der Schifffahrt im Laufe dieses Zeitabschnittes gemacht wurden, sind unermeßlich. Es genügt hier nur einige Worte zu nennen, um uns dieselben zu vergegenwärtigen. Der electrische Telegraph bringt mit Blitzesschnelle die Nachrichten von einem Ende eines Erdtheils zum andern. Schon sind Europa, Asien und Afrika durch Telegraphen-Taue verbunden — und nur einem unglücklichen Zufalle ist es beizumessen, daß die zwischen Europa und Amerika hergestellte Verbindung unterbrochen wurde. Dampfschiffe eilen mit einer früher kaum geahnten Schnelligkeit und Sicherheit von einem Meere zum andern und von den Quellen bis zu den Mündungen der Flüsse. Mit noch größerer Schnelligkeit fliegen ganze Wagenzüge über die glatten Eisenbahnen hinweg. Tausende von Maschinen erleichtern den Menschen alle Arbeiten. Die Dampfkraft setzt sie in Bewegung, das Gaslicht erleuchtet die weitesten Räume, die Straßen der Städte und die einzelnen Wohngebäude.

Die großartige Entdeckung Daguerre's, welche im Laufe der Jahre außerordentlich vervollkommnet wurde, macht es möglich, um einen geringen Preis die vollkommensten Abbildungen der Natur in unendlicher Zahl zu liefern.

Auch dem Landwirthe kamen zugleich die Wissenschaft und zahlreiche neu entdeckte Maschinen zu Hülfe. Zwar hat er noch immer mit den räuberischen Erfindungen des Mittelalters, mit Zehnten und Frohnden oder wenigstens deren Ablösung,, mit Abgabendruck und polizeilichen Hemmnissen zu kämpfen; allein der Geist der Neu-Zeit bricht sich allmälig auch in Dörfern und einzeln stehenden Höfen Bahn. Vorwärts ist die Losung. Umsonst versuchen die Despoten mit Waffengewalt der strebsamen Menschheit den Fortschritt zu verbieten. Die alten Verhältnisse sind unhaltbar geworden. Aus ihren Ruinen erheben sich unaufgesetzt neue Schöpfungen. Kein Tag, keine Stunde vergeht, ohne daß neue Entdeckungen das Leben umgestalten. Während die Künste des Friedens sich in so großartiger Weise entwickelten, sind diejenigen des Krieges nur langsam vorangeschritten. Seit dem Jahre 1815 hat die Erde, im Verhältnisse zu früheren Jahrhunderten friedliche Zeiten erlebt. Die Kriege, welche in neuerer Zeit Türken, Franzosen, Engländer, und Sardinier gegen die Russen und später Franzosen und Sardinier gegen die Oesterreicher führten, haben keine erheblichen Verbesserungen seit den Zeiten des ersten Napoleon in

Tage gebracht, weder im Gebiete der Strategie noch der Taktik. Nicht einmal im Verpflegungswesen und im Commissariate hat sich irgend ein Fortschritt von Wichtigkeit herausgestellt. Die alten Commis-Gewehre sind da und dort durch Büchsen, das Feuerschloß ist durch die Zündnadel oder das Zündhütchen ersetzt worden. Die Kanonen haben gezogene Läufe und ein größeres Kaliber bekommen. Dieses ist aber auch fast alles, was sich im Kriegswesen seit den Zeiten Napoleon's I. verändert hat.

Der Uebergang von den geworbenen zu den ausgehobenen Heeren bezeichnet dagegen einen großartigen Fortschritt. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt vermehrten die Despoten die Zahl ihrer besoldeten Klopffechter, sie erwogen nicht, daß in demselben Maße, in welchem sie ihre Heere vergrößerten, sie dieselben wirklichen Volksheeren annäherten, von denen mehr als eines kund that, daß es nicht gesonnen sei, sich zum willenlosen Werkzeuge der Despotenlaunen gebrauchen zu lassen.

Unter den Schlachten, welche seit dem Jahre 1815 geschlagen wurden, waren diejenigen die bedeutungsvollsten, welche in den Kämpfen der Völker wider ihre Tyrannen in den Straßen von Paris, Warschau, Wien, Berlin, Madrid und Neapel, in Ungarn und im Badischen, in Italien und Polen, fast in allen Theilen Europa's ausgefochten wurden. Eine besondere Wichtigkeit errang der Barrikadenkampf. In neuester Zeit hat sich jedoch herausgestellt, daß die Barrikaden leicht umgangen werden können, wenn sich der Feind durch die Wände der Häuser Bahn bricht. Die Barrikaden der Jahre 1830 und 1848 werden durch eine neue Idee vervollkommnet werden müssen, falls die Freunde der Freiheit auf einen entscheidenden Sieg im Kampfe gegen die Despoten rechnen wollen. Die Hauptaufgabe unserer Zeit besteht darin, die Soldaten, diese Kinder des Volkes, diese unfreiwilligen Schergen der Tyrannei für die Idee der Freiheit empfänglich zu machen. Hat diese in ihren Herzen Wurzel geschlagen, dann wird im großen Maßstabe geschehen, was das badische Heer in den Mai-Tagen 1849 that. Die Maschine der Knechtschaft verwandelt sich plötzlich in eine begeisterte Organisation der Freiheit und macht dem Despotismus auf alle Zeit ein Ende.

## § 105. Die Presse und deren Hemmnisse.

Die Ideenwelt hat im Laufe dieses Zeitabschnittes einen so außerordentlichen Aufschwung genommen, daß wir in diesem übersichtlichen Paragraphen nur Andeutungen, keine Ausführungen mehr geben können. Beim Abschlusse des achten Buches waren wir noch im Stande, die Zeitungen, welche erschienen, namentlich zu bezeichnen. Wollten wir dieses jetzt thun, so würde ein solches Verzeichniß einen ganzen Band füllen. Doch in demselben Maße, als die Thätigkeit der Presse, nahm auch die Entgegenwirkung von Seiten der Despoten Europa's zu. Nur in den Vereinigten Staaten Amerika's blieb die Presse vollkommen frei. In England lasteten auf derselben bis auf die neueste Zeit, außer strengen Strafgesetzen, schwere Stempelgebühren und Papierabgaben. Auf dem Festlande Europa's bestand die Censur bis zum Jahre 1830 aller Orten und verhinderte einen großartigen Aufschwung der Presse. Die Juli-Revolution brachte zwar den Franzosen und Belgiern die Preßfreiheit. Dieser schlichen jedoch in Frankreich bald die September-Gesetze nach. Im Jahre 1848 eroberten fast alle Länder des europäischen Continents die Preßfreiheit; allein diese war nicht von langer Dauer. Entweder wurde sie geradezu zurückgenommen, oder durch ein System von Cautionen und Concessionsentziehungen dermaßen gefährdet, daß die meisten Zeitungsschreiber die Censur dem neuerfundenen Systeme der Preßfreiheit mit Confiscationen, polizeilichen Beschlagnahmen und vollständiger Unterdrückung vorzogen.

Ungeachtet aller Hemmnisse, welche die Despoten der Presse bereiteten, gewann diese fortwährend an Kraft. Selbst Rußland und die Türkei konnten sich nicht länger ihrem Einflusse entziehen. Namentlich seit Nicolaus zu Grabe ging, hat die russische Presse eine früher nie gekannte Bedeutung gewonnen. Herzen's Glocke (Kolokol), welche zu London gedruckt wird, dringt allen Verboten zum Trotze in Rußland ein. Der Kaiser liest sie selbst, und da man dieses weiß, erhält die Zeitung einen doppelten Reiz und ein zehnfaches Gewicht. Wie die periodische Presse, so hat auch der Büchermarkt eine außerordentliche Vermehrung gewonnen. Alle Wissenszweige sind nicht blos in gelehrten, sondern auch in volksthümlichen Werken behandelt und zu Preisen verkauft worden, welche auch den ärmeren Klassen deren Anschaffung gestatten. Allerdings blieben auch die Dunkelmänner nicht unthätig. Sie begnügten sich nicht damit, dem Erscheinen freisinniger Werke Hemmnisse entgegenzusetzen, sie ließen auch und zwar in unübersehbaren Massen Schriften drucken, durch welche Unsinn und Aberglauben für göttliche Offenbarungen ausgegeben wurden. Allein durchschnittlich machten doch die Werke des Verstandes größeres Glück als diejenigen des Unverstandes. In allen praktischen Angelegenheiten wird der Unverstand mehr und mehr zurückgedrängt und die Menschheit fängt an zu erkennen, daß die praktischen Dinge dieser Erde von höherer Wichtigkeit sind, als die unpraktischen Grübeleien oder Glaubenssätze, welche sich auf eine andere Welt beziehen.

Zu bedauern ist hierbei aber, daß derjenige Wissenszweig, welcher am tiefsten in das Leben der Menschen eingreift, die Geschichte, theils absichtlich verfälscht, theils vernachlässigt wird, und zwar in einem höhern Grade, als alle übrigen Wissenschaften.

Die große Masse des Volkes schöpft seine geschichtlichen Kenntnisse aus sehr unreinen Quellen: entweder aus Büchern, welche von Pfaffen und Despoten bestellt wurden, oder aus Romanen, welche die Wahrheit der Einbildungskraft und den beabsichtigten Knall-Effekten unterordnet. Auf ein geschichtliches Werk, welches die Wahrheit unverfälscht giebt, gehen viele hundert, welche ihr nationale, religiöse, politische, sociale und mannigfaltige andere Vorurtheile beimischen. In unseren Tagen haben für das lesende Publikum die Lügenwerke der Pfaffen und Despoten, welche gewöhnlich zu langweilig abgefaßt sind, an Bedeutung verloren. Um so größeres Gewicht haben die Dichter gewonnen. Jahrzehnte werden vergehen, bevor die Irrthümer, welche Schiller und Göthe, Walter Scott und andere Romanschreiber in geschichtlicher Beziehung verbreitet haben, aus dem Bewußtsein der Völker verschwunden sein werden.

Vergebens schreibt der ernste Geschichtsforscher für Diejenigen, welche die Vergangenheit lieber im rosenfarbenen Spiegel der Poesie, als in dem farblosen der Wissenschaft betrachten wollen. Wenn es nur gälte, die von feilen oder befangenen Gelehrten verbreiteten Unwahrheiten und Irrthümer zu bekämpfen, wäre der Sieg der Wahrheit weit leichter. Allein eine ganz neue Generation von Dichtern muß uns erstehen, bevor wir hoffen können, daß die Völker die Vorzeit richtig würdigen.

Der Druck, welchen die Monarchie auf die Gewerbe, das Eigenthum und die Freiheit des äußern Lebens ausübt, ist nicht der verderblichste. Dieser besteht vielmehr in der Verwirrung der Begriffe, in der Schwächung der sittlichen Gefühle und in der Erzeugung jener Bilder falscher Größe und jener schlimmen Muster, welche wie Pilze aus dem Dünger der Höfe oder eines durch die Könige verpesteten Volkslebens empor schießen.

Eine vollständige und gründliche Geschichte der Höfe werden wir erst erhalten, wenn es keine Höfe mehr giebt. Die Greuel des Pfaffenthums werden uns erst dann unverschleiert vor Augen treten, wenn die Pfaffen aufgehört haben, Macht und Reichthum zu

So großartig übrigens die Entwickelung der Presse im Laufe dieses Zeitabschnitts war, hielt sie doch nicht gleichen Schritt mit dem Aufschwunge, welchen die meisten übrigen Hebel der Freiheit und der Bildung nahmen.

Der Zeitabschnitt von 1648 bis 1789 war mehr vorbereitender, derjenige von 1789 bis auf unsere Tage mehr praktischer Natur. Während der Vorbereitungen, d. h. so lange es sich nur darum handelt, die Grundsätze fest zu stellen, nach welchen praktische Maßregeln getroffen werden sollen, spielt die Presse eine Hauptrolle. Im wirklichen, nicht blos theoretischen, sondern auch praktischen Freiheitskampfe treten andere Waffengattungen in den Vordergrund.

Zur Zeit Ludwig's XIV. und Ludwig's XV. gab es fast keine anderen Mittel eines großartigen Ideenaustausches, als die Presse. Den Männern der Freiheit und der Aufklärung standen keine Rednerbühnen, keine allgemein zugänglichen Vereine, weder ein ungehemmtes Gemeindeleben, noch Staatsleben zur Verfügung. Die Presse war das einzige Hülfsmittel, welches den großen Geistern der Zeit die Möglichkeit gab, sich in einem größern Kreise auszusprechen. Alle Talente wandten sich daher ihr zu; alle Charaktere, welche entschlossen waren, einen ernstlichen Kampf mit der herrschenden Gewalt zu führen, schlugen ihre Schlachten vermittelst der Typen.

Anders wär es nach dem Jahre 1789. Da wurden Rednerbühnen erbaut, von welchen herab nicht blos ein Saal, eine Stadt, ein Land, sondern die ganze civilisirte Welt in Bewegung gesetzt werden konnte. Neben den von der Staatsgewalt errichteten Rednerbühnen tauchten in zahlreichen Versammlungszimmern, auf Straßen und öffentlichen Plätzen andere auf, welche in Augenblicken der Entscheidung gleichfalls von hoher Bedeutung und zu allen Zeiten für die Bildung der öffentlichen Meinung nicht unwichtig waren. Zu Schrift und Wort kam die That hinzu: die Revolution von 1789 bis 1795, von 1820 bis 1824, von 1830 und 1831, von 1847 bis 1849.

Die Geister von der Entschiedenheit eines Voltaire, J. J. Rousseau und Diderot begnügten sich nicht mehr damit, zu schreiben, sie sprachen auch und handelten. Sie setzten nicht blos ihre schriftstellerische Ehre, sondern auch ihr Leben und ihre Freiheit ein. Wir dürfen uns daher nicht darüber wundern, daß gerade diejenigen Nationen, welche im praktischen Leben am wenigsten leisteten, und diejenigen Jahrzehnte, in welchen im praktischen Leben am meisten geschah, sich nicht in gleichem Maße auch auf dem Gebiete der Presse hervorthaten. Frankreich hat nach 1789 weder einen Corneille, noch einen Molière, weder einen Voltaire, noch J. J. Rousseau, allein eine ganze Partei der großartigsten Redner, die Gironde, und eine zweite Partei der kühnsten Staatsmänner, die Jakobiner, hervorgebracht.

Unser deutsches Vaterland dagegen, welches von seinen Despoten in den Kampf gegen die Freiheit geführt wurde, hatte einen Schiller und einen Göthe. Italien hatte gegen das Ende des vorigen Zeitabschnittes einen Beccaria und Filangieri gehabt. Es erzeugte später nur einen Manzoni und Sylvio Pellico. Alfieri (geb. 1749, gestorben 1805) gehört mehr der vor-, als nach-revolutionären Periode an. Dafür strahlen am Sternenhimmel Italiens die Namen Joseph Mazzini und Garibaldi. England, welches im Laufe dieses ganzen Zeitabschnittes an keinem Freiheitskampfe lebendigen Theil nahm und während der ganzen Zeit der französischen Kriege die Revolution mit der größten Bitterkeit bekämpfte, konnte die Heroen seiner früheren Literatur nicht ersetzen. Weder ein Shakespeare, noch ein Burns, weder ein Gibbon, noch ein Hume konnten im Schooße des zuerst von Pfaffen und Aristokraten, und später von Pfaffen und Plutokraten beherrschten Landes erstehen. Byron besaß unstreitig ein hohes Talent, allein er verschwendete es zu häufig an

unlautere Gegenstände. Zudem lag er tief in den Schlingen aristokratischen Vorurtheils, so daß er mit voller Kraft nicht für die Sache der Freiheit in die Schranken treten konnte. Shelley brannte vom reinsten Dichterfeuer, allein die Feinde der Freiheit trieben ihn aus dem Vaterlande in jungen Jahren, bevor sein Geist noch gereift war, und der Tod ereilte ihn in Italien, bevor die Knospe seines Geistes sich entfaltet hatte.

Die praktische Seite des Lebens, auf welche sich die Engländer warfen, bestand nicht in einem heroischen Kampfe für die Freiheit, sondern in parlamentarischer Erörterung der bestehenden Mißbräuche und in geschäftlichen Verbesserungen, welche zugleich den Unternehmern und dem Publikum Vortheil boten.

Wenn wir die Literatur der bedeutendsten Nationen der Erde mit einander vergleichen, so nimmt meines Erachtens die deutsche den ersten Platz ein; den zweiten möchte ich den Franzosen, den dritten den Engländern, den vierten den Nordamerikanern und den fünften den Italienern einräumen. Diese Rangordnung beweist deutlich, daß ein Unterschied besteht zwischen politischer und literarischer Thätigkeit. Die Engländer halten in beiden Beziehungen die Mitte. Die Franzosen, welche auf dem Felde der praktischen Politik im Laufe dieses Zeitabschnittes unstreitig am meisten geleistet haben, können den Deutschen, welche erst im Jahre 1848, angeregt von Frankreich, den Kampf für die Freiheit ernstlich begannen, auf dem Felde der Literatur die Palme nicht streitig machen. Sie hatten weder einen Schiller und Göthe unter ihren Dichtern, noch einen Kant, Fichte, Hegel und Arnold Ruge unter ihren Philosophen, weder einen Gall und Spurzheim unter ihren Seelenlehrern, noch einen Strauß, Feuerbach, Bruno Bauer unter ihren Theologen.

Die Nordamerikaner setzten, nachdem sie ihre Freiheit errungen hatten, ihren Entwickelungsgang unter vorherrschenden englischen Einflüssen fort. Ihre Literatur konnte unter dem Joche des Pfaffenthumes, welches auf allen, und demjenigen der Sklaverei, welches auf einem großen Theile ihrer Schriftsteller ruhte, sich nicht selbständig entwickeln.

Die Literatur eines Landes deutet mit vollständiger Sicherheit den Weg an, auf welchem eine Nation sich befindet. Frankreich's Literatur war die erste der Welt in dem Zeitabschnitte von 1648 bis 1789. Es folgte darauf die französische Revolution, welche das französische Volk an die Spitze der praktischen Politik der Erde brachte. Nach 1789 schwang sich die deutsche Nation an die Spitze der Literatur der gebildeten Welt. Diese Thatsache bürgt uns dafür, daß sie sich bald auch an die Spitze der Freiheitsbewegung im praktischen Leben schwingen werde.

## § 106. Der Geist der Zeit.

Das Ziel, nach welchem die Menschheit strebt, thut sich kund durch ihre gesammte Thätigkeit. In unseren Tagen wird es insbesondere durch jene gewaltigen Erschütterungen angezeigt, welche seit dem Jahre 1789, in nur kurzen Zwischenräumen auf einander folgten und so viele verhaßte Throne umstießen. Der Geist der Zeit läßt sich näher bezeichnen durch den Drang, die Vernunft an die Stelle der Autorität zu setzen, dem Laster die Larve abzureißen und die sittliche Kraft auf den Herrscherstuhl zu setzen, in dem Streben, von den Formen zu dem Wesen der Freiheit überzugehen, das Loos nicht der bevorzugten Stände, sondern der Gesammtheit zu verbessern.

Wie ein ewiger Kampf besteht zwischen Gegenwart und Vergangenheit, so ringt die Vernunft unausgesetzt mit der Autorität. Der Vernunft entspricht das Recht, der Autorität entspricht der Besitz. Oft vergehen Jahrtausende, bevor der Menschengeist sich

auf ihm auch lastet. Das Unrecht wird getragen in unseren Tagen, weil vor zwei, drei und mehr Jahrhunderten ein schwaches Geschlecht es schweigend hinnahm.

Doch wie das rollende Rad der Zeit unaufhaltsam die Gegenwart in den Abgrund der Vergangenheit stürzt, so wird den Verbrechen der Vergangenheit unnachsichtlich auch der Stab gebrochen. Die Mächtigen, vor deren Grolle die Millionen sich beugten, sterben aus mit Kindern, Kindeskindern und Anhängern. Was zur Zeit ihrer Herrschaft als heiliges Recht und ewige Wahrheit verkündet wurde, erscheint im Lichte der Vernunft, wenn auch erst Jahrhunderte später, als ein verruchtes Unrecht und eine freche Lüge.

In den Zeiten der Revolution erzwingt sich die unterdrückte Stimme des Volkes Gehör. Die Ansichten, welche sich im Laufe von Jahrzehnden oder Jahrhunderten festgestellt haben und zu einer Macht herangewachsen sind, brechen dem herrschenden Unrechte den Stab und reinigen die Welt von veralteten Mißbräuchen. Wenn es die Aufgabe des praktischen Revolutionärs, des entschlossenen Freiheitskämpfers ist, die Träger des veralteten Unrechts und der entlarvten Lüge Mann gegen Mann mit dem Schwerte in der Hand zu bekämpfen, so ist es die Aufgabe des Forschers in den ruhigen Zeiten, welche zwischen einer Revolution und der anderen in der Mitte liegen, mit rücksichtsloser Strenge den Maßstab der Vernunft an die Einrichtungen, Verhältnisse und Ansichten der Gegenwart zu legen.

Kein Glaube, kein Anspruch und kein Besitzstand, welche im Widerspruche stehen mit der ewigen Vernunft, darf sich, unter irgend einem Vorwande, der Prüfung des Forschers entziehen. Der Freund der Menschheit wird sich weder durch das Alter einer Lüge, noch durch die Macht, welche irgend einem Unrechte zur Seite steht, abhalten lassen, für *Wahrheit* und *Recht* zu kämpfen.

Unsere politischen, unsere gesellschaftlichen und unsere kirchlichen Zustände beruhen alle auf Voraussetzungen, welche vor dem Richterstuhle der Vernunft nicht bestehen können. Dieses wissen die schlauen Tyrannen, denen die Welt gehört, sehr wohl. Deshalb dulden sie keine freie Forschung. Auf dem Gebiete des Staates wird sie als Majestätsverbrechen und Hochverrath, auf dem Gebiete des gesellschaftlichen Lebens als Anarchie und wilde Lüsternheit, auf dem Gebiete der Kirche als Unglaube und Schändung des Heiligen gebrandmarkt. Je verworfener eine Einrichtung und je verderblicher eine Ansicht ist, desto mehr sind sie geschützt durch Gesetze und Zwangsmaßregeln. Der Glaube an den göttlichen Ursprung der Gewalt der Könige, Fürsten und ihrer Schergen, ist im Laufe der Jahrhunderte, namentlich durch die Stürme der französischen Revolution des achtzehnten Jahrhunderts erschüttert worden. Der weit gefährlichere Glaube an den göttlichen Ursprung der Gewalt der Geistlichkeit und an die Wahrheit der von ihr zu ihrem und ihrer Freunde Vortheil gepredigten Lehren,— dauert noch immer fort!

Die Völker krümmen sich vergebens unter dem Joche ihrer Tyrannen, so lange sie nicht die Grundursachen des auf ihnen ruhenden Druckes und den innern Zusammenhang der verschiedenen Stützen der Gewalt erkannt haben.

Die Autorität strebt darnach, die Völker zu verdummen und zu knechten, um sie ungestraft ausbeuten zu können. Die Vernunft lehrt, daß alle Menschen gleiche Ansprüche an die Güter dieser Erde und gleiches Recht auf die harmonische Entwickelung ihrer Kräfte auf die Welt mitbringen. Die Tyrannen leiten ihre Gewalt mittelbar aus göttlicher Bestimmung, unmittelbar aber aus Büchern und Gesetzen ab, welche entweder zum Zwecke der Unterjochung der Völker geschrieben, oder doch so ausgelegt werden, daß sie die Absichten der Tyrannen fördern.

Die religiöse, politische und gesellschaftliche Anschauungsweise der Menschen steht in

der innigsten Wechselbeziehung. Wer auf einem dieser drei Gebiete die Autorität der Machthaber, den Glauben und den Gehorsam höher stellt, als seine eigene Vernunft, der wird früher oder später im entscheidenden Augenblicke auch auf den anderen Gebieten die Probe nicht bestehen. Der Geistliche ist ein Mensch, gleich dem weltlichen Lehrer und gleich dem weltlichen Beamten. Er kann für seine Lehre eben so wenig Anspruch auf Unfehlbarkeit machen, als der fürstliche Beamte, welcher für seinen Dienstherrn Gehorsam, oder der weltliche Lehrer, welcher für seine Behauptungen blinden Glauben verlangt!

Aller Orten, wo Tyrannen ihre Völker knechten, sehen wir die Geistlichen noch eifriger in ihrem Dienste, als ihre weltlichen Schergen. Die Geistlichkeit bildete ein Jahrzehnd hindurch die mächtigste Stütze des Usurpators Louis Napoleon. Die Geistlichkeit herrscht in Rom mit Hülfe französischer Bajonette! Jesuiten und Pietisten wetteifern mit einander zum Zwecke der Verdummung der Völker. Liegt in diesen Thatsachen nicht Grund genug, die Geistlichkeit und ihre Lehren mit denselben Gesinnungen zu betrachten, wie die weltlichen Beamten der Tyrannen und ihre Lehren vom „Gottesgnadenthume" der Könige?

Die Vernunft lehrt uns, daß Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die einzig festen Stützen des Völkerglückes sind, während die Knechtschaft, das Vorrecht und der Eigennutz die furchtbarsten Geißeln der Menschheit sind!

Doch die Jugend wird den Schergen der Tyrannen mit Leib und Seele übergeben, damit diese die Lehren der Unvernunft in die jungen Gemüther pflanzen. In der Seele des Menschen entwickelt sich unter allen Trieben und Gefühlen die Vernunft zuletzt. Das Kind kann auswendig lernen, bevor es denkt, kann sich verneigen und sich auf die Brust schlagen, bevor es prüft. Oft genügt ein ganzes Menschenleben nicht, das Unkraut auszurotten, welches fanatische Priester und schlaue Schergen der Gewalt in das unbewachte Herz eines Kindes säeten! Aus den Händen der im Dienste der Tyrannen stehenden weltlichen und geistlichen Lehrer übernimmt die tyrannische Staatsgewalt den zum Knechte vorbereiteten Jüngling. In den Reihen der Soldaten oder Beamten wird zur vollendeten That, was früher nur Anlage war. Unter der Aufsicht bürgerlicher und geistlicher Schergen kann sich auch Derjenige nicht frei entwickeln, der nicht unmittelbar im Dienste der Gewalt steht. Belauscht von bezahlten Spionen, gedrückt von mannigfaltigen Sorgen, gelangen wenige dazu, einen freien Blick in die Welt um sich her zu werfen.

Von Tausenden frägt sich nicht Einer: ist der Glaube, der mir mit der Muttermilch eingeflößt wurde, wahr? Ist der Gehorsam, zu dem ich als Kind schon gewöhnt wurde, eine Gewissenspflicht? Von den Wenigen aber, die sich doch diese Frage stellen, haben die Meisten nicht den Muth, sie zu ergründen. Die Zahl derer, welche ohne Furcht nach Wahrheit forschen und in offenen Kampf treten mit den erkannten Feinden der Menschheit war zu allen Zeiten klein. Um so großartiger war aber immer die Wirkung, welche sie hervorriefen.

In dem Lande der Freiheit, in Amerika, beruht zwar auch der gesellschaftliche Zustand keineswegs auf der reinen Vernunft. Die alte Welt hat der neuen gar viele ihrer Verkehrtheiten eingeimpft. Allein der freien Forschung sind hier wenigstens keine Schranken gezogen. Ohne andere Gefahr, als diejenige, welche jede Meinungsverschiedenheit hervorruft, kann hier der Maßstab der Vernunft an jeden Glauben und jede Einrichtung angelegt werden.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des menschlichen Lebens, die Verhältnisse, in denen Mitte wir uns befinden, vor den Richterstuhl der Vernunft zu ziehen und zu prüfen

ob sie vor demselben bestehen können und wie sie sich nach deren Aussprüchen gestalten müssen?

Ohne sittliche Kraft, ohne ein richtiges Gefühl für Recht und Unrecht, ohne Wohlwollen und Bebarrlichkeit kann die Freiheit keine tiefen Wurzeln schlagen. Die Einen suchen den Grund aller Uebel der Menschheit in dem Genusse „geistiger Getränke," die Anderen in der „Gottlosigkeit" der Menschen, d. h. in ihrer Abneigung gegen das Pfaffenthum, wieder Andere in den traurigen Zuständen der Gesellschaft. Wir betrachten das Uebermaß im Genusse geistiger Getränke, den Pfaffenglauben und die traurigen Zustände der Gesellschaft als die Folgen mangelnder sittlicher Kraft.

Ein Volk von reiner Sittlichkeit, wie z. B. das griechische zur Zeit der persischen und das römische zur Zeit der punischen Kriege, ist nicht unmäßig im Genusse geistiger Getränke. Es mag den Umständen nach wohl einigen Unsinn glauben, läßt sich aber darum doch nicht von den Pfaffen knechten. Es duldet keine gesellschaftlichen Zustände, wie wir sie aller Orten in Europa und theilweise selbst in Amerika wahrnehmen. Nicht durch das „Verbot geistiger Getränke" und nicht durch „Pfaffendienst" sind Griechen und Römer sittlich rein und geistig kräftig geworden.

Auch zu den Zeiten der Alten versuchten es die Aristokraten des Geldes und der Geburt wiederholt die Bürger auszusaugen, doch diese duldeten die Bedrückungen ihrer Gegner nicht. In Athen machten sie sich durch das Solonische Gesetz, in Rom durch Volksaufstände von den auf ihnen ruhenden ungerechten Lasten frei.

Die sittliche Kraft läßt sich nicht befehlen. Verstöße gegen die Sittlichkeit lassen sich nicht verbieten. Die sittliche Kraft wird nicht gehoben durch den Unsinn, welchen schlaue Priester dem Volke als höchste Wahrheit predigen. Sie wird nicht gefördert durch geduldiges Tragen unerträglicher Zustände. Die sittliche Kraft kann sich nur stählen im offenen Kampfe gegen das Laster, sie kann nur gehoben werden durch einen Glauben, der sich auf Vernunft gründet und durch Einrichtungen, welche das Wohl der Gesammtheit bezwecken.

So lange man sich bestrebt, statt die besseren und edleren Kräfte der Menschen zu stärken und dadurch folgeweise ihre niederen Triebe zu schwächen, ihnen den Genuß geistiger Getränke unmöglich zu machen, wird man in gleichem Maße die Heuchelei fördern, in welchem man vielleicht die Völlerei bekämpft. Man rege die Neigung der Menschen zu edleren Vergnügungen und Beschäftigungen an, man hege ihren Kunstsinn und stärke ihre Liebe zur Wissenschaft! Dem Trunke ergeben sich größtentheils nur solche Menschen, welche höhere Genüsse nicht kennen.

Die Priester aller Religionen haben der Sittlichkeit fast zu allen Zeiten mehr geschadet als genützt; zu keiner Zeit aber wirkten sie verderblicher auf die Menschheit ein, als in unseren Tagen. So lange sie, wie im finstern Mittelalter, den Unsinn glaubten, den sie lehrten, mochten sie wohl den Verstand des Volkes trüben, allein sie verdarben doch nicht sein sittliches Gefühl. Anders ist es, seitdem das Licht der Wissenschaft und der Geist der Forschung das Feld der Religion gepflügt haben. Seit dieser Zeit ist der Glaube aller Priester erschüttert, vieler Priester durchaus umgestoßen worden. Der Priester, welcher lehrt was er entschieden nicht glaubt, oder wenigstens bezweifelt, heuchelt und erzieht durch sein Beispiel Heuchler. Er schwächt und vernichtet häufig die festeste Grundlage aller Sittlichkeit: den Sinn für Wahrheit.

Wer nicht glaubt, was er lehrt oder, nach seinen äußeren Verhältnissen, glauben soll, ist unwahr in allen religiösen Beziehungen des Lebens. Dieselbe Unwahrheit, welche er seinem Gotte gegenüber hegt, muß sich nothwendig auch auf seine Mitmenschen übertragen. Niemand kann lange ein religiöser Heuchler sein, ohne ein Heuchler in jeder

Rückſicht zu werden. Menſchen ohne allen Sinn für Wahrheit, wie z. B. die Jeſuiten, haben daher die verabſcheuungswürdigſten Lehren aufgeſtellt. So ſchreibt der Jeſuit Juan de Cardenas:

„Iſt es erlaubt, einen Unſchuldigen zu tödten, zu ſtehlen, Unzucht zu treiben? Ja, in Folge eines Befehles Gottes, da Gott der Herr über Leben und Tod iſt, und alſo ſein Gebot zu erfüllen Pflicht iſt."

Der Jeſuit Casned lehrte:

„Wenn ihr unerſchütterlich glaubt, daß euch zu lügen geboten iſt, — ſo lügt!"

Der Jeſuit Georges Chobat ſchrieb:

„Ein Sohn, der ſich betrunken hat und in der Trunkenheit ſeinen Vater erſchlagen, kann ſich des Mordes, den er begangen, freuen, wegen der großen Glücksgüter, welche er erbt."

Eine Religion, welche ſo unſittliche Lehren erzeugt hat, und eine Prieſterſchaft, welche ſie verbreitet, kann unmöglich wohlthätig wirken. Sie muß erſt vollſtändig vernichtet ſein, bevor die ſittliche Kraft des Volkes ſich heben kann.

Unter den proteſtantiſchen Geiſtlichen iſt die Lüge allerdings nie mit derjenigen Frechheit aufgetreten, wie unter den katholiſchen, allein doch frech genug, um das ſittliche Gefühl der Völker zu ſchwächen. Sie ſind zum größten Theile Heuchler, glauben ſelbſt nicht, was ſie lehren, und dienen überall willig der Gewalt.

Der Grundton aller Sittlichkeit iſt die Wahrheit. So lange mit dieſer ſo frecher Hohn getrieben wird, wie in unſeren Tagen auf dem Gebiete der Religion geſchieht, kann die Sittlichkeit des Volkes nicht gedeihen.

Die ſittliche Kraft beſteht nicht darin, ungerechten Druck kriechend zu dulden, vielmehr darin, jedem Unrecht mannhaft entgegenzutreten, unvermeidliche Härte zwar ruhig zu dulden, allein mit dem feſten Vorſatze, ſobald als möglich ihr ein Ende zu machen.

Die ſittliche Kraft eines Volkes bildet die einzige feſte Grundlage ſeiner Freiheit. Fanatiker, Mäßigkeitsnarren, Pfaffen und Geldwucherer werden ſie nicht fördern, außer etwa wie die Feinde, welche die Kraft ihrer Gegner durch den Kampf, den ſie ihnen bringen, mehren.

Es gibt Menſchen, welche ihr Lebenlang nicht von der Oberfläche in das Innere, von der Schaale zum Kern vordringen: in der Kunſt, in der Wiſſenſchaft und im Leben. Sie laſſen ſich immer vom Scheine blenden und dieſer iſt häufig da am reizendſten, wo die Wirklichkeit am verruchteſten. Sie begnügen ſich überall mit dem Scheine der Wirklichkeit. Dieſe vermögen ſie nicht zu erreichen.

Der Menſch oder die Nation, welche die Formen der Freiheit beſitzen, ſind darum noch nicht wirklich frei. Der junge Mann, welcher die Volljährigkeit erreicht hat, allein unter dem Einfluſſe ſchlechter Rathgeber oder unter der Herrſchaft verderblicher Leidenſchaften ſich ſelbſt zu Grunde richtet und alle diejenigen verletzt, welche mit ihm in Berührung kommen, iſt nicht frei, ſo wenig als die Nation, welche bethört von verkehrten Anſichten und geleitet von ehrgeizigen und herrſchſüchtigen Führern ſich, wie die franzöſiſche, ihre bitterſten Feinde zu Geſetzgebern und Geſetzesvollziehern wählt.

Es giebt keine Freiheit und keine Macht ohne ſittliche Kraft, ohne reine Menſchlichkeit. Wir können niemals erwarten, in den größeren Kreiſen des Lebens die Freiheit eingebürgert zu ſehen, bevor nicht die Sittlichkeit eingezogen iſt in die engeren Kreiſe des bürgerlichen Daſeins. So lange in der Familie, in den Geſchäftsverhältniſſen, in dem geſelligen Leben und in der Preſſe die Gemeinheit und die Unmenſchlichkeit herrſchen, kann die Freiheit nicht einziehen in den Staat. Keine Regierungsform kann einem unſittlichen

Was nützen Geschwornengerichte, wenn die Geschwornen bestechliche, gewissenlose Menschen sind; was Preßfreiheit, wenn die Männer der Presse von Brodneid, Eifersucht, Tadelsucht und Eitelkeit beseelt sind? Was nützt selbst das allgemeine Stimmrecht, wenn ein Theil des Volkes von herrschsüchtigen Pfaffen, der andere von habsüchtigen Monopolisten geleitet wird, während der dritte aus Furcht vor bezahlten Raufbolden sich seines Stimmrechts enthält?

Gar viele Leute, welche sich freisinnig, demokratisch und socialistisch nennen, sind in ihrer Familie und in ihrem Geschäftsleben große Tyrannen. Trotz der schönen Schilder, die sie aushängen, können sie keinen Widerspruch ertragen, nehmen sie keine Rücksichten auf die gerechten Ansprüche ihrer Untergebenen, und denken nur daran, Schätze zu sammeln, während ihr Mund von freiheitlichen Redensarten überströmt. Andere s. g. Demokraten, welche noch keine Familie, keinen Namen, kein Geschäft haben, blicken mit gierigem Neide auf diejenigen Gesinnungsgenossen hin, welchen es gelungen ist, eine Stellung im Leben zu gewinnen und suchen diese blos aus dem Grunde zu verkleinern, zu verleumden und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, weil sie hoffen, sich dadurch zu heben. Wieder Andere, welche im Augenblicke der Entscheidung sorgfältig jede Gefahr vermeiden, nichtsdestoweniger aber sich zu den am weitesten fortgeschrittenen Freiheitsmännern zählen, ergehen sich mit unverkennbarer Vorliebe im bittersten Tadel gegen alle diejenigen, welche ihr Gut und ihr Blut für die Sache der Freiheit eingesetzt haben.

Alle diese Leute sind keine Männer des Fortschritts. Sie werden, wenn die Gelegenheit kommt, die Tyrannei, welche sie im kleinen Kreise bekunden, auch in den größern des Staates übertragen. Sie werden den Neid, der sie verzehrt, auch im Augenblicke des Entscheidungskampfes hegen und lieber einen hochherzigen Führer des Volkes, wenn sie können, verderben, als durch ihn die Sache der Freiheit siegreich sehen. Sie werden das nächste Mal so gut, als früher, sich vom Schusse fern halten, aber darum nicht weniger Diejenigen begeifern, welche für die Sache der Menschheit kämpfen.

Frei im höhern Sinne des Wortes sind nur diejenigen Menschen, welche sich selbst beherrschen, welche treu und gewissenhaft in ihrer Familie, redlich und arbeitsam in ihrem Berufe, einfach und mäßig in ihrer Lebensweise sind, bei denen Wort und That stets Hand in Hand gehen. Wer den Freund verräth, die Gebelmnisse, die er ihm abgelauert haben mag, in verzerrter Form veröffentlicht und Koth nach ihm wirft, sobald das alte Verhältniß sich gelöst hat, vielleicht in Folge eigener schwerer Verschuldung, der ist kein freier Mann, so wenig als Derjenige, welcher immer den Mantel nach dem Winde hängt, den lobt, der ihn füttert oder ködert, den tadelt, welcher kein Futter für ihn hat.

Nichts ist leichter in unsern Tagen, als Worte der Freiheit auszusprechen, zumal hier in Amerika, wo man es ohne alle Gefahr thun kann. Nicht die Worte der Freiheit, sondern die Thaten entscheiden. Bürgschaft für künftiges, edles Streben leistet aber nur Derjenige, welcher sich zur Zeit politischer Windstille in den kleinen Kreisen des Lebens tadellos bewegt.

Jede böse Leidenschaft, jedes Laster eines Menschen stört das freiheitliche Zusammenleben seiner Mitmenschen, während jede Tugend und jedes edle Streben dasselbe fördern. Der Zweck aller Gesetzgebung ist nur darauf gerichtet, die bösen Leidenschaften der Menschen niederzuhalten und ihre guten Eigenschaften zu entwickeln. Je wilder die Leidenschaften sind, welche im Schooße eines Volkes toben, desto strenger müssen auch die Gesetze sein, mit deren Hülfe sie niedergehalten werden. Die Freiheit jedes Staates steht immer im Verhältniß zu der Sittlichkeit seiner Bürger. Je höher diese, desto freier ist auch seine Verfassung, seine Gesetzgebung und seine ganze Staatsverwaltung.

Wer daher nach Freiheit ſtrebt, muß als ihren ſchlimmſten Feind jede wilde Leidenſchaft, jedes Laſter und jede Verletzung einer edlen Menſchlichkeit bekämpfen. Wer ſich vor dem bezahlten Raufbolde beugt, wer den Verleumder unterſtützt, wer in das Horn der Gemeinheit mit hinein ſtößt, wenn ein frecher Burſche es anſtimmt, der tritt mit dem Gewichte ſeiner Perſon auf die Seite der Unfreiheit hinüber. Wer dem Beſten und Höchſten in der Geſellſchaft gleich ſein will, aber nicht den Muth hat, dem Gemeinſten und Schlechteſten entgegenzutreten, wenn dieſer keck und frech ſeine Stimme erhebt, der ſcheint nicht zu wiſſen, daß Diejenigen zu allen Zeiten die Beſten und Höchſten waren, welche dem Laſter und der Gemeinheit mit dem größten Muthe und dem beſten Erfolge entgegentraten.

Es giebt keine Freiheit ohne Recht, wie es kein Recht ohne Freiheit giebt. Die Freiheit iſt die Lebensluft des Volkes, und das Recht iſt das Feuer, welches die Schlacken der Freiheit verzehrt. Freiheit ohne Recht wird zur Zügelloſigkeit, das Recht ohne Freiheit zur Willkür.

Doch die Freiheit des Geiſtes, die innere Freiheit, die Freiheit im Leben, in Kunſt und Wiſſenſchaft fällt dem Menſchen nicht zu, wie dem Baume des Waldes ſeine Lebensluft, ſeine Sonne und ſein Regen. Die Freiheit des Geiſtes kann keinem Volke geſchenkt werden, wie die Form der Freiheit dem atheniſchen geſchenkt wurde, als Codrus in den Opfertod ging. Die Freiheit des Geiſtes läßt ſich auch nicht beſchließen, wie 1776 die Nordamerikaner die Formen der Freiheit, die Republik, beſchloſſen. Sie läßt ſich nur erringen im Kampfe mit den niedrigen Leidenſchaften und den gemeinen Trieben der Menſchen. Wenn wir die Keime des Beſſern nicht im Herzen tragen, kann ſie Niemand von außen hineinlegen. Wenn wir nicht ſelbſtthätig ſind, ſie zu entwickeln, können ſie nicht wachſen und gedeihen.

Die Form der Freiheit kann dem Volke durch eine Urkunde verliehen werden, allein ſelbſt dieſe Form wird ihm nicht zu Theil werden, wenn es ſich nicht durch Anſtrengung ihrer bemeiſtert. Das Weſen der Freiheit kann kein Geſetzgeber einem Volke verleihen. In allen Gebieten des Lebens muß ein unausgeſetzter Kampf gegen Unfreiheit und Unrecht gekämpft werden. Erſt in dieſem Kampfe werden ſich diejenigen Kräfte entwickeln, welche erforderlich ſind, um die errungene Freiheit zu erhalten.

Wohl achten auch wir hoch und heilig die Formen der Freiheit, nach welchen der Geiſt unſerer Zeit ringt: das allgemeine Stimmrecht des Volkes, die Republik und die Volksgerichte. Doch höher, als die wandelbare Form, achten wir den unbändigen Geiſt der Freiheit, welcher der Tyrannei Hohn ſpricht und ihr zum Trotze furchtlos die ewigen Wahrheiten verkündet. Wir achten höher jenen männlichen Geiſt, der ſich nicht beugt vor feilen Richtern und ſich nicht ſchrecken läßt durch ihre beſoldeten Ausſprüche. Wir achten höher jenen kühnen Geiſt, der auf eigene Fauſt Krieg führt gegen das Unrecht und gegen die Unfreiheit, ob ſich dieſe hülle in das Gewand der Monarchie, oder der Republik, und welcher den Knechten des Laſters Schrecken einjagt, ſelbſt in den verſchloſſenen Gemächern ihrer böſen Freuden. Wo dieſer Geiſt der Freiheit weht, da wirft er alle Hemmniſſe vor ſich nieder und geſtaltet ſich raſch die Formen, deren er bedarf, um tief in das Leben einzugreifen. Dieſem Geiſte der Freiheit ſtreben wir nach! Er wird dieſſeits und jenſeits des Oceans die Feſſeln zerbrechen, in welchen die Völker noch ſchmachten, dieſſeits und jenſeits den freiheitlichen Formen das friſche Leben einhauchen.

Allein nicht der Geiſt der Freiheit, ſondern die Erbärmlichkeit herrſcht da, wo die Mitglieder einer und derſelben Partei, ſtatt den gemeinſamen Feind, zu bekämpfen, ſich

des Rückschritts tritt uns geschlossen gegenüber. Nimmermehr werden wir sie besiegen wenn wir in der wichtigsten Beziehung, in der Eintracht, hinter ihr zurück stehen.

Viele Freistaaten, welche wir um uns her sehen, werden so mangelhaft geleitet, daß jeder denkende Beobachter erkennen muß, mit dem Uebergange von der Monarchie und Aristokratie zur Republik sei das Wohl und die Zufriedenheit des Volkes noch nicht gesichert. Zu den Formen der Freiheit muß noch das Wesen der Gleichheit hinzugehen, wenn wir einen wesentlichen Fortschritt machen sollen. Die Monarchie beruht auf der Unterordnung, der Subordination, die Demokratie auf der gleichen Ordnung, der Coordination; das Gesetz der Subordination ist der Gehorsam, das Gesetz der Coordination ist der Verein oder die Association. Wenn in einer Demokratie das Gesetz der Gleichheit, die Association, nur in die obersten Schichten des politischen Lebens eindringt, so bleibt die große Masse des Volkes noch immer in Jammer und Elend versunken. Es ist die Aufgabe unserer Zeit, das Gesetz der Gleichheit in alle Kreise des bewegten menschlichen Lebens einzuführen: in die Ehe, in die Geschäftsverhältnisse, in das Eigenthum und in die Kirche. So lange in der Ehe der Mann, in den Geschäftsverhältnissen der Meister oder der Fabrikant, in den Eigenthumsverhältnissen der Monopolist und in der Kirche der Geistliche Herr ist, welchen sich die Familie, die Arbeiter, und die sog. Laien unterordnen, so kann von dem Gesetze der Gleichheit, von der eigentlichen und wahren Demokratie keine Rede sein.

Die sociale Frage wird häufig von einem zu niedern Standpunkt betrachtet. Nicht dieses oder jenes untergeordnete Verhältniß soll durch den Geist der Freiheit und der Gleichheit gehoben werden. Wir können nicht erwarten, daß er in die kleinen und engen Kreise des Lebens, in die Bude des Schneiders und in die Werkstätte des Eisenarbeiters eindringe, wenn er von den allumfassenden Kreisen des Lebens, namentlich von der Familie und der Kirche fern gehalten wird. Die Zahl der Menschen, welche dieses oder jenes Handwerk, dieses oder jenes Geschäft betreiben und sich von ihren Meistern oder Geschäftsherrn bedrückt oder benachtheiligt fühlen, ist sehr gering im Verhältniß zu der Zahl der Menschen, welche in Familienbeziehungen stehen und in kirchlichen Verhältnissen leben.

Die Arbeiter haben sich mit socialen Fragen gewöhnlich nur in besonderer Beziehung zu ihren Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Wohl ist diese Seite der socialen Frage von hoher Bedeutung, allein das Gesetz der Gleichheit kann unmöglich in der einen Richtung große Fortschritte machen, so lange es in allen übrigen Richtungen stille steht oder gar Rückschritte macht. Wer die Gleichheit ausschließlich in einer untergeordneten Beziehung des Lebens anerkennt, in allen anderen, weit wichtigeren dagegen bestreitet und bekämpft, der beweist klar und deutlich, daß er von Freiheit und Gleichheit keine Ahnung hat, vielmehr nur unter deren Aushängeschilde nach seinem persönlichen Vortheile strebt.

Der persönliche Vortheil der Mitglieder einer Gesellschaft ist die nothwendige Folge der Anwendung eines richtigen Gesetzes. Führt eine Gesellschaft die Gesetze der Freiheit und der Gleichheit in alle Kreise ihres Lebens ein, so werden alle durch den erfrischenden Hauch derselben mit erhöhter Lebenskraft erfüllt. Der Vortheil kann dann eben so wenig ausbleiben, als in einer Stadt, welche früher von ungesunder Luft und stinkenden Sümpfen umgeben war, wenn die Luft gereinigt und die Sümpfe ausgetrocknet werden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn das Monopol durch die Association verdrängt sein wird, alle Arbeiter sich mit einander in den Gewinn theilen werden, welchen der Monopolist jetzt für sich allein macht. Ueberdieß wird aber durch die vereinte, gleichberechtigte Kraft der Arbeiter weit mehr hervorgebracht und weit mehr erspart, als durch die auf der Subordination ruhende Kraft des Monopolisten erzeugt und erspart werden konnte.

Mit der Ursache beherrschen wir die Wirkung, mit dem Grunde die Folge. Der Vortheil, der materielle Nutzen ist nur eine der vielen Wirkungen oder Folgen, welche von selbst entstehen, sobald sich die Gesellschaft auf einen richtigern, auf einen höhern Standpunkt emporhebt. Der Vortheil, der materielle Nutzen ist nur eine der Früchte, welche an dem von Raupen befreiten, aus schlechtem Boden in fruchtbaren verpflanzten Baume wächst.

Nur zu häufig in diesem Leben wird die Hauptidee vergessen neben der damit verbundenen untergeordneten Folge. Die Natur hat den Speisen, deren wir zu unserm Leben bedürfen, Wohlgeschmack verliehen. Der Zweck der Nahrung ist aber darum doch nicht der Wohlgeschmack. Der Zweck ist die Erhaltung und Vermehrung unserer Lebenskraft.

Es ist an der Zeit, die sociale Frage mehr prinzipiell aufzufassen, als bisher geschehen ist. Dann erst wird sie von großartiger praktischer Bedeutung werden. Wenn wir außer den socialdemokratischen Arbeitern alle diejenigen Menschen gewinnen, welche sich in der Familie, in Eigenthumsverhältnissen und in ihrer Kirche gedrückt fühlen, werden wir ganz andere Streitkräfte ins Feld führen können, als jetzt, da der größte Theil der Menschen, welche unter dem Drucke des Vorrechts leben, außerhalb des Kreises der Bewegung steht. Wenn wir nachweisen, daß der Druck, welchen die zurückgesetzte Ehefrau, der besitzlose und der Früchte seiner Mühen beraubte Arbeiter, und der von den Pfaffen ausgesogene und verdummte Mensch fühlt, auf einem und demselben Unrechte beruht, wenn die mißhandelte Gattin des reichen Monopolisten, der von den Pfaffen geängstigte und gequälte Monopelist, oder der von seinen Vorgesetzten mißhandelte Pfaffe selbst auf die Seite der Socialreformer treten, um ihr Elend und ihren Jammer abzustreifen, — dann erst werden wir mit Sicherheit den Kampf gegen das Vorrecht aufnehmen können.

Aller Orten herrscht jetzt noch das Vorrecht, die Gewalt und die Willkür, selbst da, wo die Formen der Gleichberechtigung bestehen. Der mächtigere Staat läßt den minder mächtigen sein Uebergewicht fühlen und beugt ihn unter seine Faust. Selbst da, wo nicht ein einzelner, sondern eine Mehrzahl von Männern, wo nicht geborene, sondern gewählte Machthaber walten, konnte das Gesetz der Gleichheit in das wirkliche Leben nicht eindringen, weil die beiden Verhältnisse, welche den mächtigsten Einfluß auf die Entwickelung des Menschen in seiner zarten Jugend ausüben; die Familie und die Kirche, nicht auf dem Gesetze der Gleichheit, sondern auf dem Vorrechte beruhen. Viele Menschen, welche sich Socialisten und Demokraten nennen, fassen die soziale Frage höchst fragmentarisch auf. Sie erkennen nicht den Zusammenhang der auswärtigen und der inneren, der politischen und der kirchlichen, der Geschäfts- und der Familien-Verhältnisse. Derselbe, welcher in der einen Beziehung dem Grundsatze der Gleichheit huldigt, bekämpft ihn in der andern. Derselbe, welcher um eine Stufe höher steigen möchte, um zur Gleichheit mit seinem Geschäftsherrn oder Meister zu gelangen, hält mit großem Starrsinn auf sein Vorrecht gegenüber seiner Ehefrau und beugt sich oder läßt doch seine Kinder beugen unter das Joch, das der Pfaffe dem Volke auferlegt.

Wenn die soclale Reform eine Wirklichkeit werden soll, so müssen sich deren Vertreter von dem untergeordneten Standpunkte des persönlichen Vortheils auf den beherrschenden Standpunkt der Freiheit und der Gleichheit erheben. Das ist die Forderung des Geistes unserer Zeit. Dieses ist das Ziel unsers Strebens.

## § 107. Idealismus und Materialismus.

Kraft und Stoff, Idee und Materie sind Gegensätze, auf welchen nicht blos die menschliche, sondern überhaupt die ganze Natur, die Drehung der Erde um ihre Axe und um die Sonne, der Wechsel der Jahreszeiten, die Entwickelung des Kindes zum Manne und der im Kindesalter befangenen Nation zum Zustande kräftigen Selbstbewußtseins und heldenmüthiger Freiheitsliebe ruht.

Idee und Materie bilden die Grundlage jener Richtungen, welche durch die Worte Idealismus und Materialismus bezeichnet werden. Im wirklichen Leben lassen sich Kraft und Stoff, Idee und Materie, Geist und Körper nicht trennen. Ohne Stoff fehlt der Kraft der Gegenstand ihrer Wirksamkeit, ohne Materie läßt sich die Idee nicht fassen. Trennen wir den Geist vom Körper, so geht dieser in Fäulniß über. Nur im Begriffe läßt sich eine gewisse Gränzlinie zwischen beiden so innig verbundenen und doch so verschiedenartigen Grundbestandtheilen der Natur ziehen.

Idealismus und Materialismus sind die Richtungen, welche dem Gegensatze zwischen Idee und Materie entsprechen. Idealismus ist die der Idee, Materialismus die der Materie vorzugsweise zugewandte Strebung. Ohne Idee fehlt der Materie alle höhere Lebensthätigkeit. Ohne Materie kann sie aber keine Gestalt gewinnen, sich nicht offenbaren. Idee und Materie sind beide unentbehrlich. Aus einer richtigen Würdigung beider geht die Harmonie des Lebens, die Bildung, die Freiheit und der Wohlstand der Nationen hervor.

Wohl gibt es und gab es zu allen Zeiten einige Schwärmer, welche auf den Fittigen der Idee sich so hoch emporschwangen, daß sie die Materie ganz aus den Augen verloren. Doch deren Zahl war von jeher sehr geringe. Um so häufiger ist und war immer der andere Gegensatz, jene Richtung, welche, ganz versunken in die Materie, der Idee durchaus keine Rechnung trug.

Die Ueberschätzung der Materie, welche die Vernachlässigung der Idee zu ihrem nothwendigen Folgesatze hat, finden wir in allen Gebieten des menschlichen Lebens: in Kirche und Staat, im gesellschaftlichen Leben, in Kunst und Wissenschaft.

In der Kirche bildet der Materialismus die Grundlage des Fetisch- und Götzen-Dienstes, im Staate den Hebel des Despotismus, in der Gesellschaft führt er zu kastenmäßiger Absonderung, in Kunst und Wissenschaft zu Zerrbildern und gelehrtem Miste.

Sehen wir uns um in der Weltgeschichte und prüfen wir, wozu der Materialismus die Menschen da und dort verführt hat!

Wir beginnen mit der Kirche. Denn in deren Schooße hat der Materialismus unter dem Deckmantel der Heiligkeit die größten Verirrungen in seinem Gefolge gehabt.

In der menschlichen Brust wohnt, dieses ist eine unbestreitbare Thatsache, ein unbestimmtes Bedürfniß, über die Schranken dieser Erde in eine andere Welt und in ein anderes Leben hinauszublicken. Allein es ist dem menschlichen Geiste versagt, in jenes ferne Gebiet einzudringen. In der That weiß der Mensch von jenen nebelhaften Regionen nichts. Der Astronom mag uns einige Auskunft geben über die Beschaffenheit der Sterne und die Bahnen, die sie am Firmamente wandeln, der Geologe über die Eingeweide der Erde, der Geschichtsforscher über die Zustände der ältesten Völker. Was der Geistliche weiß, hat er von dem Naturforscher oder Geschichtskundigen geborgt. Was er selbst den Gläubigen bietet, ist seine eigene Erfindung.

Der Aberglaube, welcher sich in allen Religionen findet, ist auf den Materialismus der Menschen gegründet. Die Pfaffen kannten die menschliche Schwäche, aller Orten die

Materie der Idee, den Stoff der Kraft vorzuziehen, und gründeten darauf ihre Macht. An die Stelle einer Urkraft aller Bewegung, eines ewigen Naturgesetzes, einer unveränderlichen Weltordnung setzten sie aller Orten Wesen mit menschlichen Leidenschaften, menschlichen oder menschenähnlichen, oft selbst thierischen Körper. Sie begnügten sich nicht damit, für diese von ihnen erfundenen Götter Anbetung und Verehrung in Anspruch zu nehmen, sondern verlangten diese auch für die Bilder derselben. Sie machten sogar die Beschädigung solcher Bilder von Holz oder Stein zu Verbrechen, schrieben diesen Bildern wunderthätige Kraft zu und verstanden es auf diese Weise, die Massen zugleich in Schrecken zu setzen und zu Opfern willig zu machen.

Die Anhänger jeder Religion lachen gewöhnlich über die Abgeschmacktheit der Glaubenssätze jedes andern Bekenntnisses: der Jude sieht mit Verachtung auf die Erfindungen der heidnischen Priester, der Christ spottet über die angeblichen Wunder Mohammed's, der Mohammedaner bemitleidet die Christen als Polytheisten, weil sie an drei oberste Götter, wenn auch in einer Person, an Heilige und Seelige glauben. Wenn aber Jemand es wagt, an ihr eigenes Bekenntniß den Maaßstab der Vernunft anzulegen, so mißfällt ihnen dieses sehr.

Für uns, die wir inmitten eifriger Christen wohnen, ist derjenige Materialismus, welcher sich in die Glaubenslehren dieser Religionspartei eingeschlichen hat, von besonderer Bedeutung.

Prüfen wir einige der hervorragendsten Sätze unserer christlichen Mitbrüder! Diese thun sich viel zu gut auf die Lehre der Dreieinigkeit, der Menschwerdung und des Versöhnungstodes Christi, auf die unbefleckte Geburt der Jungfrau Maria und sogar deren unbefleckte Empfängniß. Priester-Cölibat, Rosenkranz, Reliquiendienst, Mönche und Nonnen stehen bei den Bekennern der römischen Religion in großem Ansehn. Es würde vergeblich sein, den von Jugend auf absichtlich verdummten Menschen beweisen zu wollen, daß alle diese Erfindungen nichts weiter sind, als Spekulationen schlauer Pfaffen auf die materialistische Richtung der Massen. Denn so lange der Mensch überwiegend materialistisch ist, sagt ihm ein materieller Gott, ein materieller Glaube, ein auf den Materialismus berechneter Gottesdienst besser zu, als eine ideale Weltanschauung, ein sittlicher Lebenswandel und eine auf Gleichheit und Freiheit ruhende kirchliche Einrichtung.

Ebensowenig Eindruck macht es auf unsere Gläubigen, wenn wir ihnen beweisen, daß alle die Lehren, auf welche sie schwören, durchaus nicht christlichen, sondern weit älteren, theils babylonischen, theils chinesischen, thibetanischen oder indischen Ursprungs sind, d. h. schon geglaubt wurden ein ganzes oder ein halbes Jahrtausend vor Christi Geburt und zwar von Völkern, welche unsere christlichen Geistlichen Heiden nennen.

Es würde uns hier zu weit führen, wenn wir den geschichtlichen Ursprung aller dieser Glaubenslehren nachweisen und zeigen wollten, wie die eine in den Thälern von Thibet, die andere in den weiten Ebenen China's, die dritte in den Wüsten Syrien's und Arabien's theils von fanatischen Gläubigen erträumt, theils von heuchlerischen Pfaffen erfunden wurden. Es genüge hier festzustellen, daß der Urgrund der Empfänglichkeit der Menschen für alle diese Abgeschmacktheiten nur in deren materialistischen Neigungen zu suchen ist.

Menschen, welche nichts annehmen, was sie nicht erforscht haben, welche nichts glauben, was im Widerspruch mit Wissenschaft und einer idealen Weltanschauung steht, sind durchaus unfähig, den von den Pfaffen aller Bekenntnisse gelehrten Unsinn heilig zu halten. So lange aber der großen Masse die Materie näher steht, als die Idee, wird

ein materieller Gott, ein dem Materialismus schmeichelnder Gottesdienst, eine auf diesen berechnete Glaubenslehre immer zahlreiche Anhänger finden.

Die Pfaffen aller Zeiten und aller Völker suchten an die Stelle reiner Menschenliebe ein System der Bestechung zu setzen. Die Götter sollten durch gewisse Ceremonien, welche den Pfaffen Ehre und Gewinn brachten, günstig gestimmt werden. Wir sehen, die Corruption beschränkt sich nicht auf menschliche Dinge. Sie hat ihren Ursprung in allen Religionen der Erde und wird nur mit diesen gründlich beseitigt werden. Bestechung, Fürsprache, Schmeichelei, Opfer, — das sind die Mittel, welche uns die Pfaffen empfehlen, um Gott zu versöhnen. Sie sind alle sehr materieller Art. Der ideale Mensch bedarf deren nicht. Darum ist er ein schlechter Kunde der Kirche und wird von ihr als Ungläubiger verschrien.

Der Materialismus in der Religion hängt auf's innigste zusammen mit derselben Geistesrichtung in allen übrigen Gebieten des menschlichen Strebens: im Staate, in der Gesellschaft, in Kunst und Wissenschaft. Nimmermehr wäre es den Pfaffen gelungen, die Menschheit so lange in ihren Banden zu erhalten, wenn Despoten, Adelige und feile Gelehrte ihnen nicht hülfreiche Hand geboten hätten.

Dieselben Länder, welche die Stützen des crassesten Aberglaubens, waren auch die Pflanzschulen des wildesten Despotismus. Die assyrischen, babylonischen, indischen und chinesischen, egyptischen und persischen Despoten hätten nie so furchtbar wüthen können, wenn im Schooße ihrer Völker die Ideen der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit mehr gegolten hätten, als das Gold, womit die Herren ihre Knechte bezahlten, als die Beute, wodurch sie die Gunst ihrer Priester gewinnen konnten.

Das Recht der römischen Kaiser diente dem Rechte der römischen Völker als Muster und Stützpunkt. Der römische Kaiser mit seinem Throne, seinen Legionen, Thorhütern und Boten war das Vorbild, nach welchem die christlichen Pfaffen ihren Gott ausgedacht und ausgestattet hatten.

Der Materialismus war der Ring im menschlichen Herzen, woran die Despoten aller Zeiten die Ketten befestigten, in welchen sie die Völker gefangen hielten. Die freiesten Nationen waren auch die idealsten. Sobald sie aufhörten, für die Ideen des Guten und Schönen Sinn zu haben, sobald sie käuflich wurden, gingen sie ihrem Untergange entgegen. Die Griechen und Römer der Vorzeit bieten dafür die schlagendsten Beweise.

Aus dem Materialismus gingen die Unterschiede der Stände hervor, die bevorzugten Classen konnten sich die große Menge unterwerfen, weil diese nicht bereit war, für ihre ewigen Rechte in Kampf und Tod zu gehen. Sie würdigten diese zu Lastthieren, Leibeigenen und Sklaven herab oder beschwerten sie wenigstens mit Abgaben und Frohnden dermaaßen, daß dem armen Volke kein Lebensgenuß und keine edlere Freude zugänglich blieb.

Die bevorzugten Stände des Mittelalters sind in der alten Welt noch nicht beseitigt, und zu ihnen ist nunmehr noch der Stand der speculirenden Capitalisten hinzugekommen, welcher namentlich hier in Amerika nicht minder verderblich wirkt, als jenseits des Oceans Adel und Geistlichkeit. Wären die Arbeiter nicht gleichfalls zu tief in den Materialismus versunken, hielten sie fest zusammen, und wären sie von der Idee der Freiheit und Gleichheit beseelt, so könnten sie namentlich hier in Amerika ohne große Anstrengung den Ton angeben.

Alle Corruption hat ihren letzten Grund in dem Materialismus der Massen, welche corrupte Männer emporhalten und der Stellenjäger, welche bei denselben Anklang finden, statt von ihnen entlarvt und fortgejagt zu werden.

Weit ist es von mir entfernt, die materiellen Güter der Erde gering zu schätzen. Der Mensch kann ohne sein tägliches Brod nicht leben, und selbst viele schöne Genüsse sind ihm nur durch Geld und Geldes Werth zugänglich. Ja die idealsten, schöpferischsten Geister können ohne materielle Güter die Fittige ihres Genie's nicht frei entfalten, können ihre Entdeckungen nicht in's wirkliche Leben einführen, ihre Werke der Welt oft gar nicht mittheilen. Ein gewisser materieller Bestand bietet die Grundlage jeder idealen Wirksamkeit.

Allein was ich verlange ist, der Mensch soll sich des Wechselverhältnisses zwischen Idee und Materie bewußt sein, soll erkennen, daß die Idee allein der Materie einen höhern Werth verleiht. Er soll sich durch das Streben nach materiellen Dingen seinen Aufblick in das Reich der Ideale nicht trüben, soll sich nicht im Dienste der Materie zum Feinde der Idee gebrauchen lassen.

In dieser Beziehung haben sich die Gelehrten aller Zeiten und Völker vieles zu Schulden kommen lassen. Kaum hatte sich irgend ein Machthaber eine Gewaltthat erlaubt, so ergriffen die in seinem Dienste befindlichen Gelehrten die Feder, um denselben entweder geschichtlich zu verfälschen, d. h. die Thatsachen ganz anders darzustellen, als sie wirklich waren, oder gar principiell zu rechtfertigen.

Das ganze Staatsrecht der alten Welt und auch ein guter Theil desjenigen der Neuen beruht auf einem solchen Ursprunge. Ich erinnere nur an die Vorrechte des Adels, der Geistlichkeit, an Leibeigenschaft und Sklaverei. Zuerst würdigten die Machthaber ihre Mitmenschen zu Unterthanen, frohndpflichtigen Knechten, Leibeigenen, Sklaven herab, und dann erklärten sie diesen Zustand zu einem Rechtsverhältnisse, welches unter dem Schutz der Gesetze stehe.

Von Vater auf Sohn erbte sich der alte Zustand fort. Das natürliche Gefühl der Massen stumpfte sich ab und sie erkannten selbst als Recht an, was ursprünglich Gewaltthat gewesen war.

Nur von dem höhern Standpunkte der Idee herab lassen sich alle diese Mißbräuche siegreich bekämpfen. Wer selbst in den Schlingen des Materialismus gefangen liegt, mag durch Zufall und besondere Verhältnisse in die Reihen der Freiheitsfreunde gedrängt worden sein. Im Augenblicke der Gefahr wird er die gute Sache verlassen, und nur zu oft geht er dann in das feindliche Lager über, wenn er dort größere materielle Vortheile für seine Person erwartet, sollte auch die Partei der Freiheit darüber zu Grunde gehen.

## § 108. Der ruhige Gang der Entwickelung.

Wir wollen die Freiheit nicht blos für eine Minderzahl, sondern für die Gesammtheit der Völker. Allein die Freiheit ist nicht möglich ohne Bildung, und diese setzt hinwiederum einen gewissen Wohlstand voraus. Wenn das Volk zu gleicher Zeit mit seiner Freiheit nicht auch Wohlstand und die nothwendigen Mittel seiner Bildung erringt, so wird es schwerlich lange im Besitze seines höchsten Gutes bleiben.

Wenn es uns nicht gelingt, vor dem Ausbruche der nächsten Revolution die Massen auf einen bedeutend höhern Standpunkt zu heben, so wird derselbe eben so wenig entscheidend sein, als die letzten Ausbrüche waren. Dabei kömmt es nicht darauf an, die Massen mit schmeichlerischen Siegeshoffnungen zu erfüllen, sondern sie für die Stimme der Wahrheit, welche sie oft nicht hören wollen, zugänglich zu machen. Statt die Massen auf einen höhern sittlichen und geistigen Standpunkt hinaufzuheben, statt dieselben durch wenige klare Worte zu belehren und durch das Beispiel unerschütterlicher Ausdauer aufzurichten und zu

Google

gerichtet war, ihre eigenen Verdienste hervorzuheben und diejenigen ihrer Nebenbuhler oder persönlichen Feinde zu verkleinern. Dadurch konnte natürlich die schon gesprengte Fortschrittspartei nur mehr und mehr zerklüftet, das Volk nicht aufgeklärt und gehoben, sondern nur verwirrt und unsicher gemacht werden. Es handelt sich nicht um diesen oder jenen Götzen, der neuen oder der alten Zeit, sondern um eine klare Weltanschauung und ein bestimmtes Prinzip. Ehe die Massen fähig geworden sind, auf dem Grunde einer richtigen Auffassung der Weltlage nach einem bestimmten Prinzipe zu handeln, wird keine Revolution dauernde Früchte tragen.

Die bevorrechteten Klassen Europa's haben einen großen Bund gegen die Völker geschlossen. In diesem sind die Monarchen, die Aristokraten, die Pfaffen, die Bäreaukraten, die Soldknechte und die Geldwucherer die gefährlichsten Feinde der Menschheit. Sie erkennen kein ewiges Menschenrecht und auch kein geschriebenes Vertragsrecht gegenüber den Völkern an. Ihr Recht ist das Standrecht und das Kriegsrecht. Es bleibt daher auch den Völkern nichts übrig, als sämmtliche Privilegirten für rechtlos zu erklären. Die Privilegirten haben es verstanden, im Laufe vieler Jahrhunderte, während welchen sie die Völker beherrschten, ihnen ihr Eigenthum und ihre persönliche Freiheit zu rauben. Die Völker können nimmermehr zu Wohlstand gelangen, wenn sie diesen Räubern ihre Beute nicht wieder abnehmen und sich nicht der Personen dieser ihrer Dränger bemächtigen. Wohl lassen die Monarchen durch ihre Lakaien im Priester- und im Hof-Kleide verkünden, ihre Macht sei von Gott. Doch die Zeiten sind vergangen, da die Völker an solchen Unsinn glaubten. Bedenklicher, als diese Lehre, sind die Strafgesetze und die Henker, mit deren Hülfe sie dieselbe aufrecht erhalten. In den Kirchen muß für die Despoten gebetet, in den Schulen die Jugend zu ihrem Dienste herangebildet werden. Die Laster unserer Tyrannen werden zu Tugenden umgeprägt, ihre verabscheuungswürdigsten Verbrechen gut geheißen. Ihr Verrath wird Pflichterfüllung und ihre Rache eine rettende That genannt. Ihre Feigheit wird für Staatsklugheit und ihre Geschwätzigkeit für Beredtsamkeit ausgegeben. Ihre Schwelgereien werden als erlaubte Vergnügungen entschuldigt und ihre Mordthaten als gerechte Straferkenntnisse gepriesen.

Man wirft uns oft ein, wir wollten eine Republik, allein es fehlten uns die Republikaner. Doch wie könnten sich unter solchen Verhältnissen eigentliche Republikaner bilden? Der Luftkreis, in welchem der Republikaner lebt, ist rein. Derjenige der Höfe ist verpestet. Der Republikaner, *welcher im Vollbesitze der Freiheit ist*, wird allerdings nur in der Republik geboren. Allein der Republikaner, *welcher nach dem Vollbesitze der Freiheit ringt*, der wird gerade durch solche Verhältnisse, wie die europäischen sind, gebildet, denn alle besseren Kräfte der Menschen werden durch die Nichtswürdigkeiten unserer Tyrannen zum Kampf auf Tod und Leben herausgefordert.

Was die Monarchen im großen, sind die Aristokraten im verjüngten Maßstabe, was jene für ein großes Land, sind diese für hunderte und tausende von Edelhöfen. So lange diese großen und kleinen Tyrannen frei, reich und mächtig sind, müssen die Völker in Jammer und Elend schmachten.

Die Fürsten und Herren der Erde haben sich aller Orten verbündet mit der Geistlichkeit. Unter dem doppelt verderblichen Einflusse pfäffischer und fürstlicher Leidenschaft ist, was den Menschen sonst das Heiligste war, die Kirche zur Verdummungsanstalt und die Religion zum Unsinne geworden. Um die Menschen an den blindesten Gehorsam zu gewöhnen, lehrte man ihn Gegensätze glauben, welche eben so unversöhnlich sind, als Volksfreiheit und Fürstengewalt, als Volksrecht und königliche Willkür. Wer dazu gebracht wurde, zu glauben, daß einmal eins drei und dreimal eins eins, daß eine Jungfrau Mutter

und eine Mutter Jungfrau sei, dem konnte man wohl auch beibringen, daß der Kaiser von Oesterreich recht that, als er die Helden des ungarischen Freiheitskriegs zu Arad und der König von Preußen, als er Diejenigen des badischen Kriegs zu Rastadt, Freiburg und Mannheim hinrichten ließ. Wer dazu gebracht worden war, einen alten Rock zu verehren, zu demselben zu wallfahrten und Wunderwerke von ihm zu erwarten, der konnte auch dazu bestimmt werden, zu glauben, ein Fürst, welcher sich bisher nur durch den Gebrauch, den er von Kartätschen machte, hervorgethan hatte, könne seinem Volke die Freiheit geben. Menschen, welche den aufgestellten Dienern der Verdummungsanstalten ihre geheimsten Gedanken mittheilten und ihre Frauen und Töchter leihen, könnten auch dazu gebracht werden, ihrem Fürsten den letzten Pfennig zu zahlen und ihnen Brüder und Söhne zu leihen.

Der Pfaffe predigt blinden Glauben und der Büreaukrat blinden Gehorsam. Der eine schärft seine Predigten mit den ewigen Strafen der Hölle, der andere die seinigen mit den unmittelbaren Züchtigungen dieser Erde ein. Die Diplomaten vermitteln die Beziehungen unter den verbündeten Tyrannen. Die Professoren lehren, deren Beschlüsse seien gesetzlich. Die Steuereinnehmer saugen dem Volke das dem Fürsten erforderliche Geld aus. Die Polizisten verhindern die Bürger, ihre Entrüstung über den auf ihnen lastenden Druck kund zu thun, und die Richter strafen alle Diejenigen, die es wagen, ihren menschlichen Gefühlen Ausdruck zu geben. Das arme Volk, das nichts hat, als seine Arbeit, muß den größten Theil der Abgaben und sämmtliche Frohndienste des Staates leisten. Die Frohndienste des Mittelalters ließ man das Volk für schweres Geld ablösen. Die schwereren Frohndienste der Neuzeit, den Söldnerdienst, der den Sohn seinem Vater, den Bruder dem Bruder feindlich gegenüber stellt, den macht man dem Volke von Tage zu Tage schwerer. Während die Söhne der Reichen und Bevorzugten die einträglichen und einflußreichen Officierstellen einnehmen, müssen sich die Söhne des Volkes mit den Stellen der Gemeinen begnügen, und sich zu willenlosen Werkzeugen der Gewalt abrichten lassen.

Von dem Augenblicke an, da das Kind zu denken beginnt, bemächtigen sich seiner die von unseren Tyrannen bezahlten Pfaffen und Lehrer und bereiten es vor zum Dienste der Despoten. Sobald der junge Mann im Stande ist, die Waffen zu tragen, nimmt ihn der Corporal in Empfang und läßt ihn nicht wieder los, bevor er hofft, ihn gänzlich für den Molochdienst gewonnen zu haben. Das junge Mädchen aber bleibt in den Händen der Pfaffen bis an ihr Grab.

Wenige besitzen geistige Kraft genug, sich den künstlich gelegten Schlingen der geistlichen und weltlichen Tyrannen unserer Tage zu entziehen. Diese Wenigen werden von den Schergen der Machthaber als Anarchisten, Atheisten und Störenfriede verschrieen. Die Privilegirten entziehen ihnen ihre Kundschaften, ihren Credit und ihr Fürwort. Sie verbinden sich gegen diese höher strebenden Geister mit ihren Personen und ihren Capitalien. Viele werden so entweder zu Grunde gerichtet oder im hoffnungslosen Kampfe aufgerieben. Aber die kleine Zahl Derjenigen, welche diesen Kampf aushalten und durchführen, genügt, unsere Zuversicht auf eine bessere Zukunft zu begründen. Einer von diesen im Kampfe gestählten Männer wiegt schwerer, als Hunderte der überzeugungslosen Schergen der Tyrannei. Sie sind die Apostel der Neuzeit. Sie müssen die Aufklärung des Volkes übernehmen. An sie zunächst sind diese Worte gerichtet.

Das Volk muß seine Feinde kennen und als solche behandeln lernen. Gar mancher hält noch immer seinen Landesherrn, seinen Gutsherrn, seinen Pfarrherrn, seinen Amtmann, und selbst seinen Wucherer für seinen Freund, oder doch für einen Mann, der keinen Theil

der Adel, die Geistlichkeit, das Beamtenthum, das stehende Heer und der Geldwucher die Ketten schmieden, in welchen er gefangen gehalten wird, so denkt er: „aber dieser oder jener Herr ist doch gar leutselig und herablassend und ich muß ihm dafür äußere Ehre erweisen, und darf nichts gegen ihn thun und sprechen." Auch im feindlichen Heere sieht wohl mancher brave Mann gegen uns. Das darf uns aber nicht abhalten, tüchtig d'rauf zu schießen, wenn wir nicht zu Grunde gehen wollen. Daß dieser oder jener Privilegirte den Menschen nicht ganz abgestreift hat, ist daher kein Grund für uns, ihn, so lange er uns feindlich gegenüber steht, nicht auch feindlich zu behandeln.

Worin soll aber diese feindliche Behandlung bestehen? Hier ist zu unterscheiden zwischen der Zeit der offenen Revolution und der Zeit der Vorbereitung.

In der Zeit der Revolution müssen alle bezeichneten Feinde des Volkes verhaftet und deren gesammtes Eigenthum mit Beschlag belegt werden. Alle Behörden, welche das Volk nicht selbst frei gewählt hat, werden als feindlich betrachtet und nur die Wahlbeamten des Volkes besitzen die Befugniß, im Sinne und Geiste der Revolution vorzuschreiten. Bis zum Ausbruch der Revolution aber soll jeder Bürger die Feinde des Volkes genau kennen lernen, deren Unthaten sich bemerken, um sie vor das Volksgericht zu bringen. Er soll ihnen so lange einen passiven Widerstand entgegensetzen, als der active nicht möglich ist. Wenn kein Bürger, kein Mädchen und kein Kind die verrätherischen Fürsten, Grafen und Herren mehr grüßte, niemand mehr die Kirchen besuchte, deren Geistliche nicht frei gewählt wurden, jeder Bürger sich von den Schergen der Gewalt, gleich giftigen Schlangen, fern hielte, so würde die Annäherung der volksfreundlichen Männer unter einander in demselben Maaße erleichtert, als die Ausschließung der Feinde des Volkes mehr und mehr vollständig gemacht würde. Die Organisation des Volkes zum Widerstande gegen seine Tyrannen ist nur da schwierig, wo Freunde und Feinde der Freiheit bunt unter einander gemischt leben. Wo sich diese beiden unversöhnlichen Gegensätze getrennt haben, macht sich die Organisation des Volkes gewissermaßen von selbst. Diese Trennung muß vollständig sein. Kein Band der Familie, früherer Bekanntschaft und Freundschaft, kein Interesse der Wissenschaft, des Geschäftslebens und der Unterhaltung darf dem heiligsten Bande und dem höchsten Interesse der Freiheit vorgezogen werden. Die Gesellschaft soll sich schon im Frieden in zwei deutlich erkennbare Classen theilen: in die Freunde und in die Feinde des Volkes, in die bevorrechtete Minderheit und in die geknechtete Mehrheit.

Das Volk soll seine Feinde und deren Missethaten kennen lernen, zugleich aber auch seine Freunde und die bessere Zukunft, welche diese ihm vorbereiten. Die Sehnsucht nach dieser besseren Zukunft muß gleichen Schritt halten mit dem Abscheu vor der gegenwärtigen Bedrückung. Der Wahlspruch unserer Feinde ist: „Aussaugung, Verdummung und Knechtung des Volkes." Der Wahlspruch der Männer des Volkes ist: „Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle." Der Raub, welchen die Bedrücker der Völker im Laufe von Jahrhunderten angesammelt haben, reicht hin, der Armuth der Massen ein Ende zu machen. Sind die Bedrücker der Völker einmal beseitigt, haben alle Menschen ihren Antheil an den Gütern dieser Erde zugewiesen erhalten, dann wird es nicht schwer sein, durch weise Gesetze die Rückkehr der gegenwärtigen unnatürlichen Eigenthumsverhältnisse zu verhindern, und den Wohlstand der Völker bleibend sicher zu stellen. Bleibt die Arbeit und der Kleinbesitz steuerfrei, werden die Lasten der Gesellschaft nur von dem Ueberflusse getragen, und gehen alle gesellschaftlichen Einrichtungen aus dem allgemeinen Stimmrechte hervor, so wird der drückenden Armuth ein Ziel gesteckt sein, wie dem wuchernden Reichthum.

Die Bildung des Volkes ist nicht vereinbarlich mit dem jetzt herrschenden Pfaffenregimente. Ist dieses gestürzt, und wird die Erziehung der Kinder durch den Staat und die

Gemeinden geleitet, werden den Eltern alle Sorgen für ihre Kinder abgenommen und treten diese selbst in die hohe Bildungs-Anstalt freier Genossenschaften ein, so werden die Völker einen Aufschwung nehmen, von welchem die Weltgeschichte uns kein Beispiel liefert. Freiheit von allen jenen Lasten, welche die Völker jetzt zu Gunsten der Bevorrechteten zu tragen haben, Freiheit von allem Drucke, welcher jetzt auf den Völkern ruht, um sie in blinder Unterwürfigkeit zu erhalten, Freiheit der Person und des Besitzes, Freiheit des Handels und der Gewerbe, Freiheit von Wucher und drückender Sorge, Freiheit im Staate und in allen anderen Kreisen der Gesellschaft. Diese Freiheit kann nur errungen und erkämpft, nicht octroyirt werden.

Das Volk muß sich von seinen Drängern absondern, um deren Gratsamkeiten zu erkennen und mit den Bildern einer besseren Zukunft vertraut zu werden. Erst wenn dieses geschehen ist, und Schrift und Wort tiefer in die Gemüther der Bedrückten eindringen, erst dann kann sich eine Organisation bilden, welche derjenigen der Gegner überlegen ist.

Schiller sagt sehr wahr: „Die Welt ist vollkommen überall, wo der Mensch nicht hinkommt mit seiner Qual." Allein wo der Mensch mit seiner Qual ist, sind der Uebelstände, der Mißbräuche, der schlechten Gewohnheiten und Sitten so viele, daß die wichtigste Frage nicht ist, welche derselben abgeschafft werden *sollen*, sondern welche abgeschafft werden *können*? Ein Fortschritt wird nur gemacht werden, falls man die richtige Reihenfolge inne hält, d. h. immer solche Mißstände bekämpft, deren Beseitigung den Zusammensturz anderer in ihrem Gefolge hat. Wie der Baumeister hat auch der Staatsmann seine bestimmten Regeln, welche er bei Aufführung neuer Werke beobachtet. Zuerst gilt es, den Platz zu ebnen, d. h. alles ungehörige zu entfernen und die Fundamente zu graben, dann erst kann mit dem Bau des zu Tage tretenden Gebäudes der Anfang gemacht werden.

Das Ungehörige im Staate besteht in dessen Schmarotzern, nicht selten sogar in den ihm zu Gärtnern bestellten Böcken. So lange diese freies Spiel haben, helfen die schönsten Anlagen nichts.

In gewöhnlichen Zeiten fehlt es den Nationen an der zur Abstellung der Uebelstände erforderlichen Kraft, in den Zeiten der Revolution an der dazu nothwendigen Einsicht. So schleppen sich die Mißbräuche, inmitten des Mangels an Kraft und an Einsicht von einem Jahrhundert zum andern. Für jeden Uebelstand, welcher nichts desto weniger beseitigt wird, wachsen zwei, drei andere nach. Wenn sich nicht zugleich mit den bösen Dingen auch die guten mehrten und ausbreiteten, wäre die Erde längst unbewohnbar geworden. Allein trotz allen Systemen und Bestrebungen der Despoten Europa's ist die Menschheit immer voran geschritten.

Wenn ich zurückblicke auf die Jahre meiner persönlichen Erfahrungen, so stellt sich mir ein Bild des Fortschrittes auf allen Gebieten des äußeren und inneren Lebens von überwältigender Großartigkeit dar. Die Ideen, Ansichten, Wünsche und Bestrebungen, welche die deutsche Nation in den Tagen meiner Kindheit hegte, und welche sich auf den Umsturz napoleonischer Gewaltherrschaft fast ausschließlich beschränkten, verwirklichten sich in der Hauptsache schon in den Jahren 1814 und 1815.

Während der Freiheitskriege tauchte eine neue, weit erhabenere Reihe von Ideen auf, welche übrigens damals nur in den Herzen einer verhältnißmäßig geringen Anzahl bevorzugter Menschen gezündet hatten. Jetzt sind sie das Gemeingut der ganzen Nation. Die Männer, welche in den Jahren 1813, 1814 und 1815 den Ton im Lager der Fortschrittspartei angaben, waren im Anfange der Dreißiger Jahre von der Strömung der Zeit längst überholt worden, wie die Matadore der Dreißiger Jahre 1848 und 1849

sichten der Männer des Fortschritts nicht in allen Beziehungen praktische Bedeutsamkeit gewinnen können. Noch hat sich die deutsche Nation nicht zu politischer Einheit und Freiheit emporgeschwungen. Allein im Gebiete der Wissenschaft, der Kunst, des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaues hat die Neuzeit nicht blos theoretische, sondern auch praktische Siege von der höchsten Bedeutsamkeit errungen. Wir brauchen nur die Augen zu öffnen, um uns zu überzeugen von den Siegen der Neuzeit über das Mittelalter. Zöpfe und Haarbeutel, kurze Hosen und Schuhe mit Schnallen, die langen Ueberröcke und knapp anliegenden Beinkleider der Männer sind verschwunden, und an deren Stelle traten alle jene Erscheinungen, welche in den Jahren 1816 bis 1820 gewissermaßen als Beweisstücke revolutionärer Gesinnung galten: Bärte aller Art und aller Formen, lange weite Beinkleider, kurze Ueberröcke u. s. w.

Derselbe Wechsel trat in dem Hausrathe, in dem Bau der Häuser und in allen übrigen Kreisen des Lebens ein. Die kleinen runden Fensterscheiben, welche so manches Zimmer sehr dürftig erhellten, sind ersetzt worden durch große viereckige Scheiben von Spiegelglas. Die Straßen der Städte sind breiter, heller und reinlicher geworden. Das zweite und dritte Stockwerk ragt nicht über das erste und zweite in den Luftraum der Straße hinein. Die Mauern von vielen hundert Städten und Dörfern sind gefallen, die Gräben, welche sie umgaben, sind ausgefüllt und in lächende Spaziergänge verwandelt worden. Tausende von Schlagbäumen auf allen Gebieten des Lebens sind entfernt, obgleich deren noch immer zu viele stehen.

Die durchschnittliche Lebensdauer der Menschen hat aller Orten um ein Bedeutendes zugenommen und gibt uns den sichersten Beweis der Zunahme der Völker auf dem Gebiete des Wohlstands, der Bildung und der Freiheit.

Abwechselungsweise hat immer eine Partei von der anderen gelernt. In den Jahren 1813—1815 entlehnten die Fürsten von der revolutionären Partei die liberalen Redensarten und von Napoleon die despotischen Maßregeln. Die Völker lernten dann von den Königen die Benützung der Heere zu ihren Zwecken. Erschreckt über die Siege der Revolutionen in Spanien, Portugal, Neapel und Piemont vereinten die Despoten ihre Macht, um die Völker niederzuwerfen, welche die Gewalt der Bajonette anerkennen mußten. Als dessenungeachtet die Revolution (1830) wieder siegreich ihr Haupt erhob, erkannten die Könige die Thatsachen an, welche sie nicht umstoßen konnten, untergruben dieselben aber später so gut sie konnten. Ihrerseits minirten die Nationen die Throne, deren meiste sie im Jahre 1848 erschütterten. Es bleibt den Völkern jetzt nichts mehr, als das ihnen von der „heiligen Allianz" gegebene Beispiel vereinter Wirksamkeit nachzuahmen, um das ganze europäische Staatensystem über den Haufen zu werfen und an dessen Stelle die Vereinigten Staaten Europa's zu gründen.

Die Nachkommen der Gründer und Förderer der heiligen Allianz werden die Früchte der von diesen ausgestreuten Saaten ernten.

In dem Kampfe der Freiheit gegen den Despotismus, welcher seit dem Jahre 1789 in Europa gekämpft wird, haben die Freunde des Fortschritts unstreitig die größeren Siege und unausgesetzt an Boden gewonnen. Ihre Niederlagen führten immer früher oder später zu glänzenden Erfolgen. Spanien, Portugal, Piemont, der größere Theil Deutschlands, Dänemark und Belgien sind constitutionell-monarchische Staaten geworden, und wenn auch im gegenwärtigen Augenblicke Frankreich aller seiner früheren Freiheit beraubt ist, wenn die Niederlande den Krebsgang von der Republik zur constitutionellen Monarchie gemacht haben, so liegt in diesen beiden Thatsachen die bestimmte Bürgschaft eines Umschwungs, welcher beide Staaten bald in die Reihe der Republiken wieder einführen wird.

Wir haben auf unſerem Gange durch die Weltgeſchichte nicht ſelten ganze Claſſen von Menſchen, ganze Völker, welche ſich im Staube der Knechtſchaft beugten, und einzelne Stände, wenn ſie um niedern Eigennutzes willen Vaterland, Freiheit und Recht verriethen, gegeißelt, wie ſie es verdienten. Der Geſchichtsſchreiber, wenn er die Thaten der Millionen ſchildert, kann nicht immer die einzelnen, glänzenden Ausnahmen der düſteren Regel bezeichnen und leuchten laſſen. Dazu fehlt ihm die Zeit und der Raum. Sein Griffel gräbt in den Marmor nur die Umriſſe ein, Licht und Schatten entwickeln ſich von ſelbſt aus den umgebenden Verhältniſſen.

Doch hier, bevor wir das große Werk vollenden, bezeichnen wir im Allgemeinen die Ausnahmen, damit kein braves Herz uns der Ungerechtigkeit bezüchtige. Wir haben zündende Blitze geſchleudert gegen die Throne der Fürſten, die Kutten der Geiſtlichen, die Helme des Adels, wir haben geſprochen von den feilen Schergen der Gewaltigen, von Soldaten und Beamten, mit deren Hülfe die Völker in eherne Feſſeln geſchlagen wurden. Wir haben geeifert gegen den Wucher der Geldmenſchen, gegen die Armſeligkeit der Spießbürger und gegen die Feigheit der Gelehrten. Doch wiſſen wir wohl, daß Cobrus ein König, Luther ein Mönch, Batthiany ein Adeliger, Bem ein Soldat und Jefferſon ein Beamter war. Robert Morris, der Capitaliſt, opferte Vermögen und Credit dem Vaterlande und der Freiheit. Sie alle bildeten Ausnahmen, welche um ſo glänzender leuchteten, je dunkeler die Nacht war, durch welche ſie ihre Strahlen ſandten.

Der Krieg, welchen wir den im Laufe der Zeiten herabgekommenen und verrotteten Kaſten und Ständen machten, iſt ein gerechter. Wir werden ihn fortſetzen, ſo lange dieſe Menſchenklaſſen als ſolche dem Despotismus dienen, oder Vorrechte in Anſpruch nehmen, welche mit der Wohlfahrt der Menſchheit unvereinbar ſind. Doch unſer Haß iſt nicht unverſöhnlich; wir bieten allen Gegnern der Menſchheit die Freundeshand unter einer einzigen Bedingung, daß ſie eintreten in die Reihen der freien, gleichen und brüderlichen Menſchheit. Wer ſich freiwillig der Vorrechte ſeiner Geburt und ſeiner im Dienſte des Despotismus oder des Mammons errungenen Privilegien begiebt, wer treu und redlich Theil nimmt an dem Kampfe der Völker wider ihre Bedrücker wird Verzeihung erhalten. Eine neue Bahn ſteht ihm offen mit gleichen Ausſichten auf Ruhm und Ehre wie allen übrigen Freiheitskämpfern. Doch wer auf der Seite der Tyrannei verbleibt, wenn die Trompete der Freiheit ſchmettert, der erwarte das Loos des Feindes!

## § 109. Die Revolution.

Die von den Völkern der Erde geſtellten freiheitlichen Forderungen ſind nicht immer durchgeſetzt, häufig zurückgewieſen, allein niemals aufgegeben worden. Sie mochten ein Jahrzehent oder länger ſchlummern, wie zur Zeit Napoleons I., der Reſtaurationen, unter Ludwig Philipp und Napoleon III., allein ſie tauchten immer wieder auf, und zwar mit um ſo größerem Ungeſtüm, je länger die vorhergehende Reactionsperiode gedauert hatte. Sie wurden immer allgemeiner. Die Forderungen, welche früher nur eine oder die andere Nation geſtellt hatte, breiteten ſich allmälig faſt über ganz Europa und Amerika aus, und während dieſelben in früheren Zeiten nur von einzelnen hoch gebildeten und begeiſterten Vorkämpfern vertreten worden waren, drangen ſie von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer tiefer in die Maſſen ein.

Bis zum Jahre 1847 reichten die Forderungen der Völker außerhalb Frankreich nicht

Der große Fehler, welchen die Revolutionäre in den Jahren 1848 und 1849 machten, bestand darin, daß sie aller Orten den Soldaten erlaubten, sich unbelästigt zurückzuziehen. Die Auflösung der stehenden Heere bildet die erste Voraussetzung des Gelingens einer Revolution. Wenn die Nationen nicht militärische Kraft genug besitzen, die stehenden Heere durch die Volksbewaffnung vollständig zu absorbiren, so werden sie früher oder später vermittelst derselben wieder unter das alte Joch gebracht werden.

Doch über diese Frage, wie über diejenige des Königthums konnten sich Radikale und Liberale nicht einigen.

Der Unterschied zwischen beiden Parteien bestand, praktisch genommen, darin, daß die Ersten im Augenblicke der Begeisterung, beim ersten Aufschwung darauf drangen, daß die Geschicke Deutschland's auf dauernder Grundlage festgestellt werden sollten, während die Liberalen zu dieser Ansicht erst gelangten, nachdem alle Centralpunkte freiheitlicher Thätigkeit: die Nationalversammlungen von Oesterreich, Preußen, Deutschland, von Neapel und Frankreich gewaltsam auseinander gesprengt waren. Im Augenblicke ihrer Auflösung hätten die Versammlungen sehr gerne die wider sie gesandten Truppenabtheilungen mit Gewalt zurückgetrieben, allein ihnen stand keine zur Verfügung. Zu spät erkannten sie, daß sie in den Augen der Regierung, trotz allen gegenseitig gedrechselten Redensarten, als revolutionäre Producte angesehen wurden.

Die Radicalen, welche die Regierungen von Anfang an richtig gewürdigt hatten, wurden niemals überrascht, wenn auch durch die Uebermacht erdrückt.

Es ist von mehreren Seiten behauptet worden, daß die Angelegenheiten eine bessere Wendung genommen hätten, falls die Radicalen mit den Liberalen Hand in Hand gegangen wären, statt sich von denselben zu trennen. Eine eigentliche Trennung fand nur in Baden, Königreich Sachsen und in der Rheinpfalz statt. In allen übrigen Theilen Deutschland's gingen Liberale und Radicale mit einigen wenigen Ausnahmen Hand in Hand. Niemand kann vernünftiger Weise behaupten, daß der Reichstag zu Kremsier oder Brandenburg radical gewesen sei, als sie aufgelöst wurden. Das Rumpfparlament, welches Römer zu Stuttgart auseinander sprengte, war es so wenig, daß es in seinen letzten Zügen noch nicht wagte, mit der badischen Revolution, welche doch nur das Banner der Reichsverfassung aufgepflanzt hatte, gemeinsame Sache zu machen. Die Fürsten Deutschland's waren von Anfang an entschlossen, sobald als möglich durch die Gewalt der Bayonette ihre verlorene Selbstherrlichkeit wieder herzustellen. Keine Reden, sondern nur Thaten konnten sie davon abhalten. Wer gegen physische Gewalt blos mit Reden zu Felde zieht, ist gleich einfältig, ob die physische Gewalt in einem Seesturme, einem wilden Thiere, oder in Söldnerschaaren bestehe. Die Radicalen wollten der physischen Gewalt der Fürsten die physische Gewalt der Völker entgegensetzen. Die Liberalen beschäftigten sich gar nicht mit der physischen Gewalt der Fürsten und waren außerordentlich überrascht, als diese an ihren Pforten anpochte und sie wie Spreu auseinander blies.

Dieses wäre aller Orten schon viel früher geschehen, wenn nicht die Furcht vor den Radicalen die Fürsten in Schranken gehalten hätte. Die Liberalen irren sich, wenn sie vermeinen, daß die Regierungen aus Furcht vor ihnen oder aus Achtung vor königlichen Worten ihre Redeübungen so lange duldeten. Dieses geschah nur, so lange man die Radicalen nicht niedergeworfen hatte. Dem Sturze der Radicalen folgte die Zerstreuung der Liberalen auf dem Fuße nach. Unter dem Banner der Radicalen fochten Gläubige und Ungläubige, Constitutionelle und Republikaner, Capitalisten und Proletarier. Der Unterschied zwischen Radicalen und Liberalen lag weniger im Principe, als im Charakter. Fast aller Orten gingen beide mit einander Hand in Hand, bis es darauf ankam, vom

Worte zur That überzugehen. Dann griffen die Radicalen zum Schwerte, während die Liberalen ſich damit begnügten, Reden zu halten oder Verwahrungen einzulegen.

Wenn wir die Stärke der revolutionären und der conſtitutionell-monarchiſchen Partei nach der Zahl der von ihnen geſprochenen oder geſchriebenen Worte bemeſſen wollten, ſo würde allerdings die conſtitutionelle als die bei Weitem ſtärkere erſcheinen. Wenn wir aber als Maßſtab die Zahl der von denſelben in den Kampf geführten Männer der That annehmen, ſo erſcheint die conſtitutionelle Partei außerordentlich ſchwach. Als ſich die Republikaner angegriffen ſahen, ſetzten ſie der monarchiſchen Gewalt in Baden, in Wien, in der Rheinpfalz und in Dresden einen Widerſtand entgegen, welcher nur durch eine wahrhaft furchtbare Kriegsmacht niedergeworfen werden konnte. Die conſtitutionelle Partei hatte den Staatsſtreichen, welche ſie vernichteten, zu Kremſier, Brandenburg, Frankfurt am Main und Stuttgart nichts entgegenzuſetzen, als Worte.

Der Kampf der Republikaner gegen die Monarchie beruhte auf Freiheitsliebe, Rechtsgefühl und männlicher Tapferkeit, der Kampf der Conſtitutionellen nur auf Redſeligkeit. Er hörte daher auf, ſobald es galt, zu kämpfen und nicht mehr zu reden.

Der Gegenſatz beider Parteien läßt ſich am ſchärfſten bezeichnen durch die Mittel, deren ſich beide bedienten. Die Republikaner waren Männer der That, die Conſtitutionellen beſchränkten ſich auf das Wort.

Bis die von den Republikanern vorhergeſagten Kammerauflöſungen eintraten, mochte man darüber in Zweifel ſein, ob die Conſtitutionellen außer den Worten noch andere Waffen hätten. Nachdem aber ſämmtliche conſtituirende Verſammlungen Deutſchland's und Frankreich's in aller Ruhe, ohne daß ein Tropfen Blutes vergoſſen worden wäre, aufgelöſt worden waren, konnte darüber kein Zweifel mehr obwalten.

Wiederholt hatten die Conſtitutionellen erklärt, ſie würden die von ihnen feſtgeſetzten Grundſätze und gefaßten Beſchlüſſe auf's Aeußerſte vertheidigen. Als es aber zur Entſcheidung kam, zeigte es ſich, daß ſie weit vereinzelter ſtanden, als die Republikaner, über deren Fall ſie frohlockt hatten.

Bei den Wahlen hatten allerdings die Conſtitutionellen faſt überall die Mehrzahl; auf dem Schlachtfelde aber waren die Republikaner weit ſtärker; und auch bei den Wahlen hätten ohne Zweifel die Republikaner weit günſtigere Reſultate erlangt, wenn nicht die friſche Jugend von denſelben mehr oder weniger ausgeſchloſſen worden wäre und die Conſtitutionellen ſich nicht aller Orten der Begünſtigung von Seiten der Staatsgewalt zu erfreuen gehabt hätten. Die Conſtitutionellen ſchämten ſich nicht, mit dem Königthume, mit dem Pfaffenthume, dem Adel, der Bureaukratie, dem Geldprotzenthume und der Soldateska gemeinſame Sache zu machen. Die Republikaner hatten alle dieſe ſechs Geißeln der Menſchheit und überdies die conſtitutionelle Partei wider ſich. Sie kämpften, während die Conſtitutionellen ſchwätzten. Sie wußten, daß in dieſer Welt die Gewalt den Ausſchlag giebt und ſuchten daher eine ſolche zu bilden. Die Conſtitutionellen brachten es nirgends nur zu einem ſolchen Verſuche. Sie ſtanden ihrem ganzen innern Weſen nach dem Abſolutismus näher, als der republikaniſchen Freiheit.

Sie hatten keine Ahnung davon, daß ſie nur durch revolutionäre Mittel ſich behaupten könnten und daß ſie fallen müßten, ſobald die revolutionäre Kraft der Nation gebrochen würde. Statt dieſe zu ſtärken und zu organiſiren, that die conſtitutionelle Partei, was in ihrer Macht ſtand, die Kraft der Revolution zu brechen. Sobald dieſes geſchehen war, fiel ſie in ihr Nichts zurück.

ben und wie in Frankreich bis zur Republik vorangeschritten, so hätte diese, bei der damaligen Beschaffenheit der Völker, sich unmöglich sehr befriedigend gestalten können. Die Republikaner wären nicht fähig gewesen, in den inneren Angelegenheiten durchgreifende Reformen einzuführen, und nach außen hin den wohlbegründeten Forderungen anderer Nationen gerecht zu werden. Eine Zeit schweren Druckes mußte die Schwungkraft der Völker Europa's erhöhen und deren nationale Vorurtheile zermalmen. Die Massen mußten sich aller Orten überzeugen, daß die constitutionelle Monarchie für die Völker des europäischen Festlandes nichts anderes, als eine über den Absolutismus gedeckte Schabracke sei.

Die Reaction hat durch die gewaltsame Niederwerfung der Opposition in den Hauptstädten Europa's: in Wien, Berlin, Neapel, Dresden, Paris, in Baden, der Rheinpfalz und Ungarn allerdings einen scheinbaren Sieg errungen, allein sie hat es nicht vermocht, den Strom der Zeit, welcher der Freiheit zufließt, zu seiner Quelle zurückzuführen. Sie hat demselben nur einen Damm von Kanonen und Bajonetten entgegengesetzt, welcher nach den ewigen Gesetzen der Natur mit jedem Jahr an Kraft abnehmen muß, während der Strom der Zeit an solcher zunimmt.

Sämmtliche Despoten brachten es durch ihre Wortbrüchigkeit, Falschheit und Gewaltthätigkeit dahin, daß während sie anfangs in allen constitutionellen Versammlungen, namentlich zu Wien, Berlin, Frankfurt am Main und zu Paris eine zahlreiche Partei besaßen, sie diese nach und nach fast gänzlich verloren, oder mit anderen Worten, daß sie das linke und das rechte Centrum in das feindliche Lager trieben. Allerdings brachten sie diese vergrößerte Opposition durch Bajonette zum Schweigen. Allein zu einer Aenderung ihrer Ansichten konnten sie nur charakterlose und eben deshalb nicht zählende Menschen bringen. Alle Charaktere bewahrten ihre Gesinnungen und werden diese bei der nächsten Explosion kund thun.

Während des Kampfes hatten die Republikaner wenig Zeit für das Wort, der größte Theil ihrer Kraft war der That gewidmet. Nach dem Kampfe wurden diejenigen derselben, welche nicht auf dem Schaffotte oder in der Schlacht das Leben verloren hatten, in den Kerker geworfen oder in die Verbannung getrieben. Das Feld blieb der Reaction frei, und da sie siegreich geworden, fehlte es ihr nicht an Federn, welche bereit waren, sich an sie zu verkaufen. In einem Theile Deutschlands blieb jedoch den Constitutionellen einige Freiheit, von welcher sie im Sinne ihrer Partei einen ausgedehnten Gebrauch machten. Schreiben und Sprechen war überhaupt von jeher die Lust der Moderados gewesen. Die deutsche Literatur nahm daher seit 1848, was die große Masse der Erscheinungen betrifft, eine wesentlich constitutionelle Farbe an.

Die reactionäre Partei hatte zwar auf dem Schlachtfelde und auf dem Schaffotte den Sieg gewonnen, allein auf der Rednerbühne und in der Presse eine Niederlage erlitten, von der sie sich nie wieder erholen konnte. Alles Genie, aller Edelmuth, alle Vaterlandsliebe, alles Freiheitsgefühl stand der Reaction feindlich gegenüber. Die republikanische Partei zeigte sich allerdings, der Zahl nach, nicht sehr groß, allein alle wahrhaft ergreifenden, erschütternden und folgeweise unvergeßlichen Vorkommnisse der Revolutions-Periode waren von ihr ausgegangen. Sie errang auf dem Felde der Schlacht nur vorübergehende Siege, doch ihre Niederlagen hatten einen hoch tragischen Charakter. Stolz und kühn, wie in den Kampf, gingen ihre Helden auch auf das Schaffott. Im Kerker und in der Verbannung behauptete der Republikaner seine männliche Würde, während die Niederlagen der Constitutionellen überall an's Lächerliche streiften. Die Republikaner, welche sich vor den Kartätschen und Bajonetten einer Großmacht zurückziehen mußten, nachdem sie diese in ihren Grundfesten erschüttert hatten, spielten auf der Weltbühne eine ganz andere Rolle, als

jene redseligen und thatenarmen Constitutionellen, welche sich nach allen erlittenen Demüthigungen immer noch an die Rednerbühne anklammerten, und von dieser herab sprachen, während die Soldateska heranzog, um ihrer Beredtsamkeit ein Ende zu machen.

Die Thaten der Republikaner, obgleich sie bis zu dieser Stunde keinen Geschichtschreiber gefunden haben, welcher ihnen mit der wohlverdienten Ausführlichkeit hätte Recht widerfahren lassen, haben trotz aller Verdrehungen und Verleumdungen einen größeren Eindruck auf alle denkenden Menschen gemacht, als die Reden, welche zu Wien, Berlin, Frankfurt und Paris gehalten und die Zeitungen, welche daselbst gedruckt wurden. Kein Redner vermöchte einen so tiefen Eindruck hervorzurufen, als Robert Blum, Trützschler und alle die anderen Märtyrer, indem sie ihre Brust der brudermörderischen Kugel darboten, oder Kinkel, indem er Wolle spann. An diese erschütternden Ereignisse der Jahre 1848 und 1849, an die Gräber der Brittenau in Wien und der Laufgräben zu Rastatt, an die Kämpfe des 6. Octobers zu Wien, des Maimonats zu Dresden, und des Junis 1849 in Rheinpfalz und Baden wird sich die nächste Revolution anschließen.

Die Grundlage der Kämpfe der Jahre 1848 und 1849 war Polizei- und Censur-, Abgaben- und Dienst-Druck gewesen. Zu dieser Grundlage wird in der bevorstehenden Revolution noch diejenige der Gräber unserer Märtyrer hinzukommen. Auf diesem doppelten Boden werden die uns bevorstehenden Kämpfe einen weit großartigeren und tiefer eingreifenden Charakter, als alle früheren an sich tragen.

Die blutigen Revolutionen der Niederländer, Engländer, Nordamerikaner und Franzosen haben die Ansicht ziemlich allgemein verbreitet, daß der Uebergang von Monarchie zur Republik nicht anders als im Sturme wilder Leidenschaft stattfinden kann. Allerdings entläßt der herrschsüchtige und eigenwillige Vater den mündig gewordenen Sohn nicht in Liebe und Freundschaft aus seiner Gewalt. Er sucht dieselbe zu verlängern und züchtigt den widerstrebenden Sohn, dessen Freiheitsdrang er nieder zu halten sucht. Doch ein umsichtiger und gerechter Vater erkennt das Unabhängigkeitsgefühl des Sohnes mit Freuden an und wandelt das Band der väterlichen Gewalt zur rechten Zeit in dasjenige der Freundschaft um, neben welcher auf der einen Seite kindliche Liebe und Verehrung, auf der anderen väterliche Fürsorge und Zuneigung sehr wohl bestehen kann.

Die Völker Europa's, mit alleiniger Ausnahme der Türken und Russen, sind jetzt alle auf dem Standpunkte angekommen, da sie die natürliche Gewalt ihrer Könige als ein drückendes Joch, oder wenigstens als ein ihren Interessen nicht mehr entsprechendes, drückendes Verhältniß der Ungleichheit schmerzlich empfinden.

Fürsten und Völker haben guten Grund, die Erneuerung der Scenen der Jahre 1649 und 1793 zu scheuen. Die Könige setzen ihre Köpfe, die Völker ihren Wohlstand und die Segnungen des Friedens auf das Spiel, wenn sie sich nicht gütlich verständigen, wenn die Einen, auf die Vergangenheit pochend, ihre väterliche Gewalt fest halten, die Anderen im Hinblicke auf die Zukunft, ihre ewigen und unveräußerlichen Menschenrechte mit dem Schwerte und der Fackel in der Hand geltend machen wollen. Die Einen mögen an Karl's I. Block, Ludwig's XVI. Guillotine denken, die Anderen thäten wohl, Cromwell und Karl II., Robespierre, die beiden Napoleone und Ludwig XVIII. nicht zu vergessen. So, wie unsere Könige Europa's beschaffen sind, läßt sich nicht erwarten, daß sie ohne einige kräftige Püffe von Seiten der Völker jemals von ihren Thronen herabsteigen werden.

Wenn aber die Völker in Eintracht und Entschlossenheit ihren Fürsten gegenüber treten, werden diese auch ohne großes Blutvergießen eine für sie unmöglich gewordene Stellung

durch ihre Uebertreibungen, die Rückkehr des Königthums vor, die Schweizer und die Nordamerikaner, welche sich keiner Ausschweifungen im Kampfe gegen ihre Bedrücker schuldig machten, erhielten sich ihre republikanische Freiheit bis auf den heutigen Tag, die Niederländer die ihrige über zwei Jahrhunderte hindurch. Möge das Beispiel der germanischen Stämme der Schweiz, der Niederlande und der Vereinigten Staaten Nordamerika's und nicht dasjenige des celtisch-romanischen Stammes der Franzosen uns bei den bevorstehenden Freiheitskämpfen als Muster dienen! Die Männer des Rütli, ein Thomas Paine, Benjamin Franklin und Washington seien unsere Vorbilder, nicht aber ein Marat, ein Danton oder Robespierre!

Die Grundsätze, von welchen wir im Kampfe mit dem Despotismus auszugehen haben, lassen sich zusammenfassen wie folgt:

1) Die Regierung ist des Volkes wegen da, — nicht das Volk der Regierung wegen.

2) Keine Regierung wird für Freiheit und Volkswohl sorgen, die nicht aus dem Volke hervorgegangen ist.

3) Will eine Nation nicht ewig zur Sklaverei verdammt sein, so muß sie der ihr auferlegten Tyrannei ein Ende machen, und an deren Stelle einen Staat der volksmäßigen Selbstregierung gründen.

4) Da alle Gewaltherrschaften so eingerichtet sind, daß ihre Vernichtung auf friedlichem Wege unmöglich ist, so bleibt nichts übrig, als der Gewalt, Gewalt entgegen zu setzen.

5) Nur ein sclavischer Geist kann die Gewalt rechtfertigen, die einer Nation Unrecht zufügt, und die Anwendung von Gewalt tadeln, wenn dieselbe einem unterdrückten Volke zum Rechte verhilft.

6) Um eine erkämpfte Freiheit zu erhalten, bedarf es politischer Einrichtungen und Maßregeln, die die Rückkehr der Tyrannei verhindern.

7) Das stehende Heer muß daher durch Volkswehr ersetzt, und der Einfluß der alten Fürsten- und Pfaffenparthei durch die kräftigsten Mittel gebrochen werden.

8) Die Wahlgesetze für die Volks-Vertretung des Freien Staates müssen um jeden Preis so abgefaßt sein, daß Aufklärung über Aberglauben, Freiheit über Knechtsinn siegt! Dieser Rücksicht sind alle anderen unterzuordnen.

9) Die oberste Staatsverwaltung ist durch die Volksvertreter, auf kurze Amtsdauer zu wählen, und bleibt ihnen verantwortlich: Damit nicht an dem Zwiespalt der gesetzgebenden und vollziehenden Behörde die Freiheit zu Grunde gehe.

10) In jedem Staate, der die ursprünglichen Menschenrechte verletzt, herrscht Tyrannei — und Auflehnung wird in ihm nicht blos zum Rechte, sondern zur menschlichen Pflicht.

Auf, erhebet euch in Masse,
Brecht der Freiheit eine Gasse,
Stürzet der Tyrannen Bau!
Fasset Muth, euch selbst zu retten!
Eure tausendjähr'gen Ketten
Schüttelt ab, gleich wie den Thau,
Der im Schlafe auf euch fiel!
Sie sind wenig, ihr seid viel! *)

*) Nach Shelley bearbeitet.

# Inhalts-Verzeichniß.


Seite

§ 1. Einleitung . . . . . 3

## Erster Abschnitt.

### Die französische Revolution von 1789—1804.

§ 2. Vorbemerkung . . . . . 16
§ 3. Die Nationalversammlung zu Versailles . . . . . 25
§ 4. Der Sturm auf die Bastille . . . . . 33
§ 5. Die Nacht des 4. August 1789 . . . . . 42
§ 6. Der 5. und 6. October 1789 . . . . . 50
§ 7. Der König und die National-Versammlung zu Paris (October 1789 bis Juni 1791) . . . . . 60
§ 8. Die Flucht des Königs und das Blutbad des Marsfeldes . . . 71
§ 9. Die neue Verfassung und die gesetzgebende Versammlung . . 79
§ 10. Das Ministerium Roland-Dumouriez . . . . . 89
§ 11. Der 20. Junius 1792. . . . . 96
§ 12. Der 10. August 1792 und die September-Schlächtereien . . 102
§ 13. Der National-Convent . . . . . 113
§ 14. Ludwig's XVI. Hinrichtung (21. Januar 1793) . . . . 123
§ 15. Die Gironde (Januar bis Juni 1793) . . . . . 136
§ 16. Die Jakobiner (Juni bis September 1793) . . . . . 151
§ 17. Die Schreckenszeit (October bis December 1793) . . . . 159
§ 18. Die Schreckenszeit (Januar bis April 1794) . . . . . 171
§ 19. Die Schreckenszeit (April bis Juli 1794) . . . . . 177
§ 20. Sturz Robespierre's . . . . . 186
§ 21. Kriege mit der Vendée und mit dem Auslande . . . . 196
§ 22. Die letzten Zeiten des National-Convents (Juli 1794 bis October 1795) 209
§ 23. Das Directorium von 1795 bis 1797 . . . . . 215
§ 24. Das Directorium von 1797 bis 1799 . . . . . 227
§ 25. Das Consulat von 1799 bis 1801 . . . . . 237
§ 26. Das Consulat von 1802 bis 1804 . . . . . 251

## Zweiter Abschnitt.

### Das Kaiserreich (1804—1815).

§ 27. Vorbemerkung . . . . . 262
§ 28. Das Kaiserreich von 1804 bis 1808 . . . . . 269
§ 29. Das Kaiserreich von 1808 bis 1812 . . . . . 277
§ 30. Das Kaiserreich von 1812 bis 1814 . . . . . 290
§ 31. Erster Pariser Frieden und Wiener Congreß . . . . 315
§ 32. Die Bourbonen in Frankreich (April 1814 bis März 1815) . . 326
§ 33. Die hundert Tage und der zweite Pariser Friede . . . . .

## Dritter Abschnitt.

### Die übrigen Staaten Europa's (1789—1815).


| | | Seite |
|---|---|---|
| § 34. | Vorbemerkung | 347 |
| § 35. | Großbrittannien und Irland | 351 |
| § 36. | Oesterreich | 366 |
| § 37. | Preußen | 379 |
| § 38. | Das deutsche Reich und seine Trümmer | 393 |
| § 39. | Polen | 415 |
| § 40. | Rußland | 422 |
| § 41. | Scandinavien | 431 |
| § 42. | Die Niederlande und die Schweiz | 437 |
| § 43. | Italien | 446 |
| § 44. | Spanien und Portugal | 453 |
| § 45. | Die Türkei | 456 |


## Vierter Abschnitt.

### Die Zeiten der s. g. heiligen Allianz (1815—1830).


| | | |
|---|---|---|
| § 46. | Die Völkerbewegungen und Fürsten-Congresse | 465 |
| § 47. | Rußland | 479 |
| § 48. | Oesterreich | 493 |
| § 49. | Preußen | 506 |
| § 50. | Die mindermächtigen Staaten Deutschland's | 512 |
| § 51. | Die deutsche Nation und der deutsche Bund | 521 |
| § 52. | Die Niederlande und die Schweiz | 542 |
| § 53. | Frankreich | 549 |
| § 54. | Großbrittannien und Irland | 561 |
| § 55. | Scandinavien | 568 |
| § 56. | Spanien und Portugal | 572 |
| § 57. | Italien | 588 |
| § 58. | Türkei | 599 |
| § 59. | Griechenland und Egypten | 605 |


## Fünfter Abschnitt.

### Die Revolutionen von 1830 und 1831.


| | | |
|---|---|---|
| § 60. | Die Juli-Revolution | 612 |
| § 61. | Die belgische Revolution | 633 |
| § 62. | Die polnische Revolution | 638 |
| § 63. | Volksbewegungen in Italien | 651 |
| § 64. | Rückwirkung auf Deutschland | 653 |


## Sechster Abschnitt.

### Die Zeiten der erneuerten s. g. heiligen Allianz.


| | | |
|---|---|---|
| § 65. | Die Nationen und die Dynastien | 658 |
| § 66. | Frankreich und seine drei Dynastien | 662 |
| § 67. | Rußland und das Haus Romanoff-Soltikoff | 688 |
| § 68. | Oesterreich und die Habsburger | 700 |
| § 69. | Preußen und die Hohenzollern | 722 |
| § 70. | Die mindermächtigen Staaten und Dynastien Deutschland's | 741 |

| | | Seite |
|---|---|---|
| § 71. | Die deutsche Nation und der deutsche Bund | 778 |
| § 72. | Italien | 786 |
| § 73. | Die Schweiz, die Niederlande und Scandinavien | 796 |
| § 74. | Großbrittannien und Irland | 803 |
| § 75. | Spanien und Portugal | 807 |
| § 76. | Türkei, Egypten und Griechenland | 811 |


## Siebenter Abschnitt.

### Die nordamerikanischen Freistaaten.


| | | |
|---|---|---|
| § 77. | Entwickelung der Republik bis 1812 | 815 |
| § 78. | Krieg mit England | 817 |
| § 79. | Die Zeit von 1812 bis 1860 | 819 |
| § 80. | Oeffentliches Leben | 822 |
| § 81. | Privatleben | 825 |
| § 82. | Die Sclavenfrage | 828 |
| § 83. | Religiöse Zustände | 834 |
| § 84. | Regierung | 837 |
| § 85. | Einwanderung | 839 |
| § 86. | Verhältniß zum Auslande | 840 |


## Achter Abschnitt.

### Die übrigen Staaten und Völker der Erde.


| | | |
|---|---|---|
| § 87. | Einleitung | 842 |
| § 88. | Das spanische Amerika | 843 |
| § 89. | Brasilien | 851 |
| § 90. | Westindien | 854 |
| § 91. | Ostindien | 857 |
| § 92. | China und Japan | 858 |
| § 93. | Persien | 859 |
| § 94. | Australien | 860 |
| § 95. | Afrika | 862 |
| § 96 | Colonien | 863 |


## Neunter Abschnitt.

### Ideenwelt.


| | | |
|---|---|---|
| § 97. | Die Menschenrechte und der Despotismus | 865 |
| § 98. | Die Staaten und deren Verfassungen | 872 |
| § 99. | Die Nationen und deren Wechselverhältniß | 874 |
| § 100. | Die drei ersten Stände | 878 |
| § 101. | Der vierte Stand | 880 |
| § 102. | Die Stellung der Frauen | 889 |
| § 103. | Wissenschaft und Religion | 894 |
| § 104. | Die Künste des Friedens und des Krieges | 904 |
| § 105. | Die Presse und deren Hemmnisse | 905 |
| § 106. | Der Geist der Zeit | 908 |
| § 107. | Idealismus und Materialismus | 917 |
| § 108. | Der ruhige Gang der Entwickelung | 920 |
| § 109. | Die Revolution | 926 |

# Alphabetiſches Wörterverzeichniß.

## A.


Aachen, Congreß von 467.
Aarau 796.
Aargau 445, 797.
Abancourt, Fürſt 720.
Abbas Mirza, Kronprinz 859, 860.
Abbas Paſcha 814.
Abbaye 164.
Abbeville 317.
Abdankung, Napoleon's 341.
Abdul Medſchid 812.
Abel, Herr von 743 f., 746, 813.
Abercrombie, engliſcher General 232, 250.
Aberglauben 504, 704, 844, 846 f.
Abgaben 9, 47, 349, 365, 408, 528, 767.
Abgaben, mittelalterliche 411.
Abgabendruck 354.
Abgeordnete 622 f., 628.
Abrikal, General 575.
Abſetzung, Napoleon's 309.
Abſolutismus 52, 106, 331, 339, 349, 732, 845, 896, 929.
Abſolutiſten 808.
Abſtimmung 315.
Abukir 232.
Abuſchar 860.
Abzeichen, ungeſetzliche 779.
Abzugsfreiheit 403.
Achern 762.
Achterklärung 336, 338.
Ackerbau 592.
„Actenſtücke der Cenſur und Polizei" von Guſtav v. Struve 525, 759.
Acton, General 593.
Adams, John, Präſident der Vereinigten Staaten von Nordamerika 815 f.
Adams, John Quincy 820.
Adel 15, 27, 31, 45, 62, 82, 116, 241, 252, 274, 279, 287, 289 f., 315, 334, 339, 349, 368, 390, 417 f., 432, 475, 503, 518.
Adel, allerneueſter 123.
Adel, neuer 123, 318.
Adelaide, Stadt 861.
Adelaide, Prinzeſſin 622.
Adels-Inſtitut 287.
Adelstitel 69, 274.
Adels-Veſper 703.
Adrianopel, Frieden zu 492, 602, 811.
Adolph von Naſſau 767.
Adreſſen 779.
Aemterjäger 822 f.
Afghaniſtan 857.
Afrika 349, 843, 862.
Afterbildung 175.
Altercivilisation 122.
Aga-Mohammed 859.
Agiotage 206.
Aiguillon, Herzog von 29, 45.
Akbalkalaki, Fort 492.
Akhalzik, Paſchalik 492.
Akjerman, Vertrag von 602.
Akropolis von Athen 608 ff.
Akten der Apoſtel 51.
Alabama 819.
Albaneſen 605.
Albert, Prinz von Sachſen-Coburg 804.
Albert 687.
Albertine (ſ. Marat's Frau) 156.
Albitte 165.
Albrecht, Erzherzog 707.
Albrecht 754.
Aleabar 286.
Aleſſandria 231, 598.
Alexander I., Kaiſer von Rußland 249, 256, 273, 288 f., 292 f., 303, 330, 360, 378, 388, 427 f., 465, 481, 490, 641, 647.
Alexander II. 699.
Alexandra, Großfürſtin 424.
Alexandrien 250.
Algier 250, 429, 562, 817.
Ali, Paſcha von Halep 603.
Ali, Paſcha von Janina 231, 457, 603, 607.

Allemannia 748.
Allgemeines Journal des Hofes und der Regierung 51.
Allianz 415.
Allianz, s. g. heilige 346, 350, 428, 431, 465 ff., 470 ff., 561, 598, 631 f., 658, 683.
Allianz, große 306.
Allianz-Vertrag 383.
Alopäus, russischer Gesandter 388.
Alsen, die Insel 774.
Alt-England 363.
Altenkirchen 221.
Altenstein 391 f.
Alterthum 4.
Altmark 281.
Alvensleben, Graf von 517.
Alvinez 718.
Amar 160, 185, 188, 191.
Amarante, Graf, nachheriger Marquis von Chaves 586.
Amberg 221.
Amerika 349, 843.
Amerikaner 824.
Amerikaner, Fremdengegner 838.
Amey 308.
Amiens 250, 317.
Amiens, Frieden zu 360, 448.
Amnestie 257, 329, 787.
Amoy 858.
Amsterdam 359.
Anacharsis Cloots 172 f.
Anarchie 122.
Anarchisten 67.
Anatolika 609.
Ancillon 525.
Ancona 284, 451.
Andalusien 287, 575.
Andernach 223.
Andrada e Silva 853.
Andrian-Werburg 702.
Angeber 369.
Anglikanische Kirche 355, 567, 804.
Angoulême, Herzog von 179, 314, 330, 558 f., 620, 626.
Anhalt 538.
Anhalt, Herzoge von 401.
Anhalt-Dessau 302.
Anjala 433.
Ankerström, Hauptmann 434.
Ankwitz Marschall 421.
Ansbach 272.
Ansbach, das preußische 388.
Anschlag, auf das Leben des Königs 360.
Ansteckung 151.
Anstett 301.
Antiboul 161.
Anton, König von Sachsen 655.
Anton-Vorstadt 191.
Antwerpen 276, 636.
Anwartschaften 46.
Apanagen 564.
Apodaca, Vicekönig, Don 846.
Aquala, Convention von 846.
Arabien 458.
Arad 719.
Arago, Stephan 621, 687.
Aragonien 286.
Araktschejeff, Graf 484 f., 487.
Aranda, Graf 844.
Arbeit 9, 878, 886.
Arbeiter 349, 362, 625, 881, 915.
Arbeiter, frei 8.
Arbeiterverein 753.
Arbeitsverhältnisse 673.
Arbeitende Classen 365, 630.
Areis fur Aube 154, 308.
Arcole, Schlacht bei 222.
Aremberg, Herzog von 401.
Arena 254.
Argentinische Republik 848, 851.
Argonne, das waldige Gebirge der 115, 124.
Argout, Herr von 617, 620, 665.
Arguelles 809.
Ariadne der Freiheit 313.
Aristokratie 67, 78, 122, 320 f., 333, 351, 353, 364, 377, 402, 434, 439, 568, 578, 639 f., 647, 844.
Aristokratie, englische 356, 362, 365.
Arkansas 819.
Armansberg, Graf 813.
Armatolen 606.
Armee 625.
Armenien 859.
Armfeld, Freiherr von 289.
Armuth 807.
Arnauten 605.
Arndt, Dichter 393, 508, 525, 530, 723.
Arnheim 214.
Arnim, Baron 735.
Arnoldi, Bischof von Trier 729.
Arras 172.
Artikel 14 der Charte 629.
Artlenburg, Convention zu 412.
Artois, Graf von (s. Karl X.) 32 f., 39, 41, 109, 214, 314 ff., 327, 329 f., 342, 552.
Aschaffenburg 289.
Ashburton Vertrag 821.
Asien 349.

Aspern 281, 375.
Assam 857.
Assignaten 69, 117, 140, 158, 205 ff., 215 f., 219 f., 242, 355.
Asterabad 860.
Athen 610.
Attika 608.
Audry de Puyraveau 616 f., 619 f.
Audu, Reine 54.
Auersberg, Fürst Karl von 375, 702.
Auerstädt, Treffen von 272, 388, 414.
Auerswald 735.
Auerswald-Hansemann, Ministerium 738.
Auffenberg, General 232.
Auferstehungsleute 835 f.
Aufopferungsfähigkeit 301.
Aufruf an die Völker 301.
Aufruhrgesetze 816.
Aufsichts-Commission 644.
Aufstand 334, 356.
Aufstand, Männer 52.
Aufstand, Weiber 52.
Augiasstall 385.
Augereau (Castiglione) 226, 228, 234, 287, 300, 302.
Augsburg 400.
August, der zehnte 102.
August von Leuchtenberg 810.
August, Wilhelm von Preußen 379.
Auguste, Prinzessin von Baiern 274.
Auguste von Braunschweig 407.
Aula 711.
Aumale, Herzog von 665.
Ausdauer 327.
Ausfuhr 365.
Ausgewanderte 214.
Ausschweifungen 367, 384.
Ausnahme-Gesetz 555.
Austerlitz 271.
Austrägalgerichte 402.
Australien 843, 860.
Auswärtige Angelegenheiten 403, 840 f.
Autorität 909.
Avellino 595 f.
Avignon 95, 206, 222, 451, 549.
Ayutla, Revolution von 849.

## B.

Babada 423.
Baba-Khan 859.
Babeuf 219.
Baeciochi, Elisa 448.
Bacher, franz. Gesandter 401.
Badajoz, Frieden von 249, 456.
Baden 270 f., 400 f., 409, 420, 757.
Baden, Markgrafschaft 409.
Baden, Kurfürst von 400.
Badische Armee 765 f.
Badische Truppen 305.
Bagration, General 293.
Baiern 221, 223, 248, 270 f., 280 f., 283, 305, 345, 373, 399 ff., 406, 519, 742, 769, 813.
Baiern, König von 304.
Bailleul 255.
Bailly 41, 77, 83, 165.
Balarat 861.
Ballesteros 287.
Balbo 787.
Ballspiel 29.
Baltimore 834.
Bamberger 763.
Banda-Oriental 848, 853.
Bandiera, Gebrüder 788.
Banken 365.
Bank von England 355.
Bankerutte 376 f.
Bank, National und Credit 64.
Banknoten 355.
Bankozettel 377.
Bannrechte 528.
Baptisten 835.
Baratinsky, Fürst Alexander 426.
Barbarei 175, 208, 382.
Barbaczy, Oberst 398.
Barbaren 215.
Barbautanne, Graf von 55.
Barbaroux 104, 114 f., 120, 125, 135, 141, 148, 154 f., 162 ff.
Barcelona 359.
Barclay de Tolly 294.
Barnave 49, 68, 75, 165.
Barras 185 f., 191, 210, 217, 219, 225, 234 ff.
Barrault 674.
Barrère 51, 146, 149, 157 f., 185, 187, 190, 204 f., 240.
Barrikaden 614, 685 ff.
Barrikadenkämpfer 733.
Barry, Frau dü 165.
Barthe, Herr 665.
Barthélemy 225, 227, 241.
Basel, Bisthum 211, 444, 446, 797.
Baselland 796.
Baselstadt 796.
Baseler Frieden 212, 384, 395 f., 412.

Bassano 222.
Bassermann 760.
Bastide 627.
Bastille 33 ff., 289.
Batthiany, Graf Ludwig 713, 720.
Baude, Herr 613, 617, 619.
Baudot 172.
Baudry 158.
Bauer, Bruno, von Bonn 728, 899.
Bauern 290, 339, 345, 349, 418, 475. 503, 705.
Bauernstand 390, 720.
Bautzen 303.
Bavour 617.
Bayonne 279.
Bazire 83.
Beamtenstand 386.
Beamtenthum 350, 390 f., 527, 625.
Beauharnais, Eugen 273 f., 302, 306, 448.
Beauharnais, Stephanie von 274.
Beauvais 161.
Becker, Johann Philipp 764.
Beckerath, Herr 739.
Beckert 765.
Bedini 834.
Befreiungen 46.
Befreiung, der deutschen Nation 301.
Befreiung vom Königsdienst 301.
Begeisterung 211, 302, 307, 376, 393.
Begnadigung zu Pulver und Blei 720.
Behr 747.
Beifallsliebe 265.
Beisler 748, 750.
Bekk 758.
Belagerungszustand 676, 710, 715, 809.
Belfort 556.
Belgien 125, 200, 222, 324 f., 348 493, 542 f., 632 f., 695, 799.
Belgier 320, 441.
Belgische Revolution 633.
Belgrad 602.
Belleville 309.
Belliard, General 250.
Belluno, Herzog von 674.
Belvedere 643.
Bem 717 f., 720.
Bender, kaiserlicher General 439.
Benevent 274, 285.
Benezech 225.
Benier 679.
Benningsen 305, 427.
Bentinck, Lord 450.
Berauger 621.
Beresina 293, 297.
Berbice 442.
Berchtesgaden 271.
Beresford, Lord General 456, 584.
Berg, das Großherzogthum 119, 154, 289, 401
Berg, Herzog von (siehe Mürat) 400.
Bergami, Bartholomäus 565.
Bergamo 792.
Bergen 232.
Bergen-op-Zoom 440.
Bergoing 155, 162, 165.
Bergzabern 345.
Berk 747.
Berlin 275, 292, 302, 388, 413, 737, 740.
Berliner 733.
Berliner Cabinet 271 f.
Berliner Universität 392.
Bern 798.
Bernadotte, General (Ponte-Corvo) 274. 289, 303, 305, 373, 398, 435.
Berner Aristokraten 796.
Bernstorf, Graf Peter Andreas 431.
Bernstorff 508.
Beroldingen 756.
Berry, Herzog von 314, 555, 564, 621.
Berry, Herzogin von 625 f., 674 f.
Berthier, (Neufchatel und Wagram) 197 f., 242 f., 287, 298, 311, 445.
Berton, General 65.
Bertrand, Großmarschall 309.
Besançon 173.
Besänftigungsgelder 411.
Beschlag 359.
Beschlüsse 531.
Beseler 772 ff.
Besenval 34, 44.
Bespannung 291.
Bessarabien 602, 813.
Bessières, (Istrien) 278, 287.
Bessière, General 583.
Bestechung 128, 379.
Bestuscheff, Rumin, Michael 489.
Betgänge 333.
Bettelhaftigkeit 328.
Beurnonville 140.
Beust, Freiherr von 753.
Beutegier 291.
Beville 258.
Bevölkerung 819.
Bewegungen, geistige 303.
Bewegungen, unruhige 361.
Beyme 386, 508.
Beisser, General 178, 198.
Bezirke 63.
Bezirksversammlung 204 f., 207, 210.
Bialystock 273, 641.

Alberstein, Ernst Marschall von 513.
Biel 444.
Biguon 311.
Billaut-Varennes 113, 157, 183 ff., 204 f.
Birkenfeld, die Linie 405.
Birmanen 857.
Biron, General 165, 197 f.
Biron, Herzog Ernst Johann 424.
Bireteau 148, 155, 163, 165.
Biscaya 286, 574.
Bischofswerder, General 380, 382 ff., 387.
Blacas, Graf 317, 330.
Blanc, Louis 687.
Blankenburg 328.
Blaye 675.
Blenker, Oberst 763.
Bletinckx 635.
Blind, Karl 762 f.
Blindheit 352.
Blittersdorf, Freiherr von 398, 536.
Blois 309.
Blokade 358.
Blokadestand 275.
Blücher 301. 303 ff., 306, 308 f., 312, 342, 379, 388, 393.
Blum, Robert 259, 716, 752.
Blutbäder 150, 608.
Blutgericht in Peterswaldau 729.
Bochholz, Graf 530.
Bodelschwing 725.
Böhmen 303.
Böotien 608.
Böttticher, Oberlandesgerichtspräsident 725.
Boileau 161.
Boinvilliers, Herr 627.
Bolivar, Simon 847 ff.
Bolivia 849 ff.
Bologna 789, 793.
Bombelles 789.
Bon 157.
Bonaparte, (Napoleon) 220, 222, 228 f., 232 f., 251, 266, 277, 448.
Bonaparte, die Dynastie 327, 229.
Bonaparte, (Hieronymus) 261, 273 f., 291, 293, 305.
Bonaparte, (Joseph) 261, 279, 284, 291.
Bonaparte, (Lucian) 229, 236 f., 260 ff., 228.
Bonaparte, Ludwig 261.
Bonaparte, Ludwig (s. Nap. III.) 797.
Bonapartismus 275.
Bonapartisten 551, 668, 680 f.
Bonchamps 197.
Bonin 774.
Bonn 763.
Bonnier, franz. Gesandter 231, 398.
Bordeaux 155, 159, 172, 549 f., 556.
Bornemann 735.
Borodino 294.
Borstel 304.
Bosnier 605.
Boston 834.
Botany-Bay 860.
Bouillé, Herr von 52, 69 ff., 102, 433.
Bouillon, das Herzogthum 345.
Bourbon, Palast 622, 628.
Bourbon, die Dynastie 241, 243, 253.
Bourbonen 68, 259, 270, 289, 303, 309 ff., 314 ff., 318 f., 323, 337, 342, 467, 469, 473, 549, 552, 622, 662.
Bourbonen, in Neapel 322, 325.
Bourbonen, in Spanien 429.
Bourdon 185 f., 188, 191.
Bourdon de l'Oise 172, 183 f., 187, 191, 205.
Bourgeois-Herrschaft 621.
Bourgeoisie 62, 76, 78, 81 f., 342, 345, 552, 623, 626, 662, 664, 670.
Bourges 146.
Bourgogne 45.
Bourmont, Herr von, Kriegsminister 247, 559, 612.
Boyaca 847.
Boyen, General, Herrman von 389, 508, 721.
Boyer 856.
Boysen 773.
Braganza, das Haus 429, 456, 588.
Brake 282.
Brand, Moskau's 295. 298.
Brandenburg, Graf 739.
Brandenburg, Mark 303, 739.
Branizki, Großfeldherr 418 f.
Brasilien 584 f., 588, 848, 851.
Braun, das Ministerium 753.
Braunschweig 272 f., 282, 401, 415, 517, 654.
Braunschweig, Herzog von 102, 116 138.
Braunschweig, Karolina von (Gemahlin des Prinzen von Wales) 362.
Braunschweig-Oels 415.
Braunschweig-Oels, Herzog von 305.
Braunschweig-Wolfenbüttel 414.
Bray 746.
Bréard 188, 204.
Breda 440.
Breisgau 271.
Bremen 387, 400.
Bremer 772.
Brentano 762, 764.
Breslau 301, 303, 388, 392, 725.

Brest 95.
Breteuil, Baron von 33, 52.
Bretteville, Frau von 156.
Brézé, Marquis von 29 f.
Briefwechsel, zwischen einem ehemaligen und jetzigen Diplomaten von Gustav von Struve 525.
Brignole, Genuefer 593.
Brissac, Herzog von 94.
Brissot 77 f., 83, 90, 97, 114, 120 f., 128, 135, 141, 146, 148, 154, 158, 161.
Britten 250.
Broglie, Marschall 33, 676.
Brounzell 769.
Brooklyn 820.
Brot 364.
Brothier 214, 219, 227.
Brown, Antoinette 825.
Brückenköpfe 397.
Brüderlichkeit 124.
Brügge 634.
Brüne, Marschall 232, 549.
Brüssel 125, 633.
Brüsseler 635.
Brunt, John, ein Schuster 564
Brzezanski, Oberst 737.
Buchanan, James 821, 824.
Buda-Pesth 717.
Budget 332.
Buena Vista 821.
Buenos Ayres 845, 847 f.
Bülow 304, 393, 441.
Bülow-Dennewitz 507.
Bülow-Tauenzien 304.
Büreaukratie 702.
Bürger 290, 339, 349, 475, 503.
Bürgerkrieg 153, 159, 846.
Bürgerstand 418, 433.
Bürgerthum 15.
Büzot 113 f., 117, 135, 148, 154 f., 162 ff.
Buchhändler 703.
Bug 294.
Bugeaud, Marschall 685 f.
Bukarest, Frieden zu 292, 458, 602, 607.
Bukowina 602.
Bulgakoff, russ. Gesandter 423.
Bulgaren 605.
Bund 692.
Bundesakte 403.
Bundesgebiet 403.
Bundesheer 403, 539.
Bundespräsident 402.
Bundestag 769, 782.
Bund, rheinischer 303.
Bundesverfassung 326, 402.
Bundesversammlung 403, 528 f.
Bundesvertrag 301.
Bundeszölle 403.
Buonarotti 173, 183.
Burdett, Francis 361, 562.
Buren, Martin Van 820.
Burgos 280.
Burschenschaft 522, 535.
Byron, Lord 609.

## C.

Cabarrus, Theresia 188.
Cabinet 386.
Cabinet, englisches 276.
Cabinette 796.
Cabral, Costa 811.
Cabral, Silva 811.
Cabrera 808.
Cadix 279, 286 f., 574 f., 582.
Cadoudal, Georg 247, 258.
Caen 95.
Caesels 635.
Cairo 230, 249 f.
Calabrien 594, 789.
Calais 317.
Calca 848.
Calderari 594.
Calderonbrücke 846.
Californien 820 f.
Callao 849.
Calleja, General 845 f.
Camarilla 52 f., 424, 449, 455, 575.
Cambarérès (Parma) 242 f., 245, 257, 266, 286.
Cambden, Vicekönig, Lord 357.
Cambon, Abgeordneter 117, 158, 187.
Cambrai 172, 343.
Cambridge, Herzog von 564.
Camerino 451.
Campertown 440.
Camphausen, Ministerium 738.
Campo-Formio, Frieden von 223, 374, 396, 399, 439, 447, 452 f.
Canada 821.
Canerin, General 492, 697.
Candia, Insel 610.
Canino, Fürst 790.
Cannes 335 f.
Canning, Georg 361 f., 566 f.

Canterac 849.
Canton 858.
Cantone 63.
Cap der guten Hoffnung 325.
Caper 815.
Cap François 855.
Capelle 560.
Capitani 606.
Capitanata 594.
Capitulation 306, 342.
Cap St. Vincent, Schlacht bei 810.
Carabobo, Schlacht bei 847.
Carra 128, 135, 161.
Carraccas 847.
Carbonari 556, 594 f., 597 f.
Cardeine 58.
Carlo-Alberto, Dämpfer 675.
Carlos, Don 583, 808, 810.
Carliſten 583, 808.
Carnot 157, 184, 189, 198, 200, 204, 219, 225 ff., 241.
Carrara 425.
Carrascoſa, General 595, 597 f.
Carrel, Herr 622.
Carriere 172, 176, 205 f.
Carrouſſelplatz 191.
Carta de Lei 587, 810 f.
Carteaux, General 166, 176.
Cartelvertrag 725.
Carvajal, General Joſe 581.
Caspar Hauſer 520.
Caspiſches Meer 859.
Caſſationshof 309.
Caſtell bei Mainz 397.
Caſtiglione 222.
Caſtilien 279.
Caſtlereagh, Lord 361, 562, 564 f., 567, 584.
Catalonien 286, 574.
Cateau-Cambreſis, Aufruf von 343.
Catechismus 275.
Catechismus, bonapartiſtiſcher 275.
Cathelineau 197.
Cattaro 223, 273, 452.
Caulaincourt (Vicenza) 287, 298, 303, 310 f.
Cauſalverbindung, Geſetze der 326.
Cavaignac, Godefroi 627, 667.
Cayenne 255, 259.
Cazales 49.
Cefalonia 231.
Cenſur 332 f., 369, 468, 502, 510, 525, 555, 570, 629, 703, 728, 759, 785.
Cenſuredict 513.
Cenſurgeſetz 556.
Cenſus 627, 809, 817.
Central-Amerika 847, 850.
Centralgewalt 403, 782.
Central-Unterſuchungscommiſſion zu Mainz 468, 531, 533, 536.
Centrum 49, 53.
Ceracchi 254.
Cerigo 223, 231.
Cerro Gordo, Schlacht bei 821.
Ceva 220.
Ceylon 250, 442.
Chabot, Kapuziner 83, 113, 128.
Chabrol, Graf von 559 f.
Chabry, Pierrette 54.
Chacabuco 848.
Chalons 115.
Chambon 148, 163.
Champagny (Cadore) 284, 287 f., 291, 311.
Champaubert 308.
Championnet, General 231, 449.
Changuion 441.
Chantelauze, Herr 560, 612, 663.
Chapultepec, Schlacht bei 821.
Chardel 617.
Charenton 104.
Charette 197, 213, 215, 218.
Charlemont 344.
Charleſton 834.
Charlier 188.
Charlot, Perückenmachergeſelle 108.
Charlotte, Tochter des Prinzregenten von England 362, 562, 564.
Charlotte, Königin von Portugal 585 f., 588.
Charras, Herr 614, 618.
Charte 330 ff., 334, 343, 624, 627 f., 663.
Chartiſten 804, 811.
Chartres, Biſchof von 39.
Chartres, Herzog von 55, 139.
Chaſſé, General, 636 f.
Chaſſet 155, 163.
Chaſtel, du 161, 165.
Chaſteler, Marquis 283.
Chateaubriand 622, 625.
Chatelet, Herzog von 45.
Chatham, Lord 284.
Chatillon, Friedensverhandlungen zu 308, 378.
Chaumette 172 f., 176, 178.
Chaumont, Vertrag von 308.
Chauvelin 137.
Chebreis 230.
Chemillé 197.
Chénier, Andreas, Dichter 191.
Cherbourg 625.

Chevalier, Michel 674.
Chevallon, Herr 627.
Chieſa 248.
Chiffrircabinet 496.
Chili 847 f., 850 f.
China 843, 858.
Chios, Inſel 608 f.
Chiwa 695.
Chlapowski, General 646.
Chlopizki, General Joſeph 643 ff., 650.
Cholera 645, 676, 787.
Chollet 197 f.
Chonans 213, 218, 225, 235, 333.
Chreptowitz 418.
Chriſten 605.
Chriſtenthum 900.
Chriſtian I., König von Dänemark 770.
Chriſtian IV. 405.
Chriſtian Auguſt von Holſtein Auguſtenburg 435.
Chriſtian, Prinz von Glücksburg 801.
Chriſtian Friedrich, Prinz von Dänemark 569.
Chriſtian VIII. 770 f., 800.
Chriſtian VIII., das Linienſchiff 774.
Chriſtiania 570, 800.
Chriſtine, Königin von Spanien 807 ff., 856.
Chriſtine, Prinzeſſin von Neapel 583.
Chriſtoph 855.
Church, Sir Richard 610.
Churubusco, Schlacht bei 821.
Ciceruachio (Angelo Brunetti) 789.
Cintra 280.
Ciudad, Rodrigo 287, 311.
Cincinnati 834.
Civilehe 260.
Civiliſation 875.
Civilliſte 107, 331, 671.
Civita-Vecchia 794.
Clarence, Herzog von 564.
Clarke (Feltre) 287.
Clauren 526.
Clauſewitz 300.
Clavière, Miniſter 90, 92, 107, 121, 148, 158.
Clermont Tonnère 556.
Clery, Kammerdiener 126.
Cleve 272.
Clichy, der Club 219, 225 f.
Club der Bretagne 45, 65.
Club von Charenton 98.
Club des Erzbisthums 154.
Clubs 65, 116.
Coalition 155, 270, 272, 388.
Cobenzl, Graf Ludwig von, Staatskanzler 374 f.
Cobenzl, Philipp von 372.
Coblenz 103, 328.
Cochon, Miniſter 225, 227.
Cochrane, Admiral 610, 848, 852.
Code-Civil 259 f.
Code Napoleon 241, 260.
Coffinhal 184, 191 f.
Coghen 636.
Colberg 292.
Collectivnote v. 21. Mai 1831 786.
Colletta, General 597.
Collot d'Herbois 113, 157, 165, 172, 176, 179, 184 ff., 205.
Colonien 319, 363, 574, 863.
Colonien, Spaniens 455.
Colonialweien 348.
Coloredo, Oberhofmeiſter 305, 371
Columbia 847.
Combe, Georg 895.
Comitate 704 f.
Comitatsverwalter 905.
Commiſſäre 125.
Commiſſariat 297.
Communalgarde 752.
Commune von Paris 62, 97, 107 f., 113 ff., 118 ff., 125, 140, 147, 154, 172.
Communiſten 684.
Como 792.
Comonfort, General 849.
Compiegne 317.
Complott 258, 789.
Compromiß 323.
Concert-Vertrag 270.
Concha, General 809.
Conciergerie 192.
Concordat 256, 259, 285, 519, 545, 554, 594.
Condé, Feſtung 199 f.
Condé, Herzog von 665 f.
Condé, Prinz von 34, 41, 258.
Condorcanqui 844.
Condorcet 83, 114, 136, 143, 146, 150, 155, 168, 178.
Conföderation 420.
Conföderation, Krakauer 420.
Conföderations-Reichstag von Warſchau 416.
Conföderation von Targowitz 419.
Congreß-Königreich 642.
Congreß-Sitzungen 324.
Coni 231.
Conny, 625.

Conscriptionsgesetze 275.
Consistorium, Berliner 381.
Conservative 365.
Conspirationen 65, 130, 349.
Consul, erster 245, 247.
Consular-Verfassung 239, 246, 253, 256, 331.
Consulat 22, 237, 251, 257.
Consuln 237, 243.
Constant, Benjamin 255, 338 f., 628.
Constantin I., Großfürst, Enkelsohn Katharina's II. 422, 483, 489, 491, 643.
Constantinopel 458, 607.
Constituirende Versammlung Dänemarks 800.
Constituirende Versammlung Deutschlands 782.
Constitution 70, 106, 599, 706.
Constitutionalismus 845.
Constitutionelle 88, 339, 675, 753, 783, 808.
Constitutionelles System 339.
Constitutioneller Thron 342.
Conti, Prinz von 41.
Continentalsperre 361 f.
Continentalsteuer 276.
Continentalsystem 276, 281, 349, 387, 440 f.
Contingent 629.
Contrebande 358 ff.
Contreras, Schlacht bei 821.
Convenienz, fürstliche 321, 325.
Convent (siehe N. Convent) 160, 173, 177, 183 ff., 189, 191 f., 201, 204 ff., 216 ff.
Convention 317.
Convent, katholischer 357.
Convoy 358 f.
Corbière 555 f.
Corday, d'Armonte Charlotte 156 f.
Cordeliers 54, 66, 75, 97, 121, 173.
Cordilleren 848.
Corfu 231.
Cormenin 628 f.
Cornwallis, Lord 357.
Corruption 823, 829.
Corsica 229.
Cortes 349, 454, 574 f., 578, 580, 586, 808 f., 811, 845 f.
Cortes-Verfassung 573.
Corunna 280.
Cosenza 788.
Costa Rica 847, 850.
Cotbuser Kreis 273.
Cotin, Herr 45.
Courier de Provence 50.
Courvoisier 560.
Coutbon 148, 157, 165, 173, 176 f., 183 f., 187, 191, 204.
Cramm, Kammerherr von 654.
Craonne 308.
Creeks 818.
Crémieux 687.
Cremona 221.
Creolen 845.
Croaten 713 ff., 721.
Crosne 245.
Csányi, Minister 720.
Cuba 822.
Cuban 492.
Cubières, General Depans 679.
Cuesta, General 286.
Cüstrin 388.
Cultus 332.
Cumberland, Herzog von 564.
Cunin-Gridaine 678 f.
Cur 895.
Cussy 155, 163.
Custine, Graf von 45, 103, 124, 159, 178, 181, 198, 411.
Custozza, Schlacht von 793.
Curhafen 359.
Czapka, Ritter von 710.
Czartoryski, Fürst 483, 487, 643.
Czechen 702, 720.
Czenstochau 302.
Czerny, Georg 457.

## D.

Daendels 232, 397.
Dänemark 250, 276, 303, 325, 358 ff., 387, 402, 413, 423, 430 f., 435, 568, 570, 800.
Dänen 305, 433.
Dänische Colonien 865.
Dänische Regierung 359.
Dahlmann 571, 754.
Dalmatien 222 f., 448, 452, 493.
D'Ambray, Kanzler 331.
Damjanich 720.
Damm 764.
Dampfschiffe 806, 827.
Dampierre 199.

D'Andigné 243.
Danton 54, 66, 77 f., 97, 102, 104, 107 f., 110, 113 ff., 121, 124 f., 128, 135, 139 f., 142 f., 145, 149 f., 153 f., 159 ff., 170, 173, 175 ff., 181, 190, 194.
Dantoniſten 194.
Danzig 306, 420.
Dardanellen 492, 695, 812.
D'Argenſon 549, 556.
Darthé 219.
Daumſchraube 399.
Daunau 255.
Dauphin 59, 179.
David, Maler 113, 157, 184, 188, 204.
Davouſt, (Auerſtädt und Eckmühl) 287, 293, 435.
D'Azeglio 787.
Debry Jean 204, 231, 398 f.
Decazes, Herzog, Premier-Miniſter 551 f., 554.
Deficit 48, 365.
Dego 220.
De Lacroix 225.
De la Torre, Graf 598.
Delbrel 184.
Delhi 857.
Deleſſart 89, 622.
Demagogie 384.
Demagogen-Verfolgung 530.
Demagon 535
Demarkations-Linie 212, 396, 412.
Demarçay 628.
Dembinski 646, 648, 718, 720.
Demerary 442.
Demerville 254.
Demokratie 209.
Demokraten 640, 647 f., 650, 824, 838.
Dempe-Wielki 645.
Denkwürdigkeiten 164.
Dennewitz 304.
Departemente 63, 269.
Departemente des Weſtens 155.
Deportationen 259.
De Potter 545, 637.
Deputirtenkammer 615, 705.
Derbend 859.
D'Eroles 287.
Deſaix, General 248, 252.
Deſertiren 410.
Deſèze 129.
Desmoulins, Camille 52, 66, 77 f., 97, 104, 113, 146, 148, 154, 160 ff., 173, 175 ff.
Desmoulins, Lucilie 177.
Desnard, Oberſt 360 f.
Despot 290, 301.
Despoten 116, 137, 336.
Despotismus 111 f., 123, 169, 171, 184, 203, 208 ff., 228, 237, 240 f., 253, 274, 286 f., 290, 313, 324, 326 ff., 335, 337, 345, 350, 364, 366 f., 379, 393 f., 404, 469, 556, 561, 631, 658, 704, 865.
Despotismus, d. ſtupide, d. neuzeitliche 346.
Deſſalines 855.
Deſſewfy 720.
Deſſoles, Marquis 554.
Des Vignes 344.
Deutinger 747.
Deutſcher Beobachter 532.
Deutſcher Bund 402, 436, 521, 778.
Deutſche Bundesacte 322, 405, 408, 410, 415 f., 469.
Deutſche Freiheit 393.
Deutſche Fürſten 323, 415.
Deutſche, die Nation 212, 288, 300 f., 306 f., 312, 320, 325, 391, 393 f., 402 f., 415, 425, 430 f., 700, 713, 720, 778, 839 f.
Deutſches Reich 393, 400.
Deutſche Reichsverſammlung 394.
Deutſcher Zuſchauer 760, 766.
Deutſchland 212, 220, 223, 231, 248, 280, 283, 286, 290, 302 f., 308, 316, 324 f., 348 f., 405, 415 f., 425, 430, 436, 442, 477, 501, 653.
Deutſchland's mindermächtige Staaten 512, 541, 741.
Deutz 675.
Deva 718.
Dewette 525.
De Winter 440.
Diavolini 382.
Dictatorial-Junta 575.
Dictatur 116, 118, 120, 341, 644.
Diebitſch, General 300, 489, 492, 646.
Dienſt der Vernunft 172.
Diesbach, Jeſuit 371.
Dillen, Graf von 408.
Dillon Arthur, General 95, 178, 198.
Directorial-Regierung 243.
Directorial-Verfaſſung 331.
Directorium 22, 215, 218, 220, 224 ff., 235 f., 242, 357.
Directorium des Departementes 98.
Dnieper 293.
Döllinger 744, 747, 750.
Dönhoff, Gräfin Sophie, (Maitreſſe) 380 f.
Dörenberg, Oberſt von 281.
Dörnberg 411.
Domänenkäufer 411.

Domäneuſtreit 513, 767.
Dombrowsky 297, 640, 642.
Domeſtikalſteyer 706.
Domingo 212 f.
Donau-Armee, ruſſiſche 294.
Donaueſchingen 762.
Donaufürſtenthümer 814.
Donau-Schifffahrt 813.
Donnemarie 308.
Dorfeuille 165 f., 176.
Dorogobuſch 294.
Dorow 530.
Doſſenbach 762.
Doſſonville 227.
Doſt-Mohammed 860.
Dotationen 274.
D'Oultremont, Gräfin Henriette 799.
Douai (ſ. Merlin) 228.
Dram Ali 609.
Dreieinigkeit 290.
Dreifarbige Cocarde 623.
Dreifarbige Fahne 614, 619, 625, 628.
Dreifarbige Fahne von Brabant 633.
Dreißig Tyrannen 784.
Dresden 302 ff., 306, 378, 413, 753.
Droſte-Viſchering, Erzbiſchof von Köln 723.
Drouillard 679.
Drouet 72, 74.
Druiſow 420.
Dſchidda 458.
Dubienka 419.
Dublin 356 f.
Dübois-Crancé 165.
Dübourg, General 617, 627.
Dübüiſſon 173.
Duchatel 678 f.
Düeos 155, 161.
Dües 148.
Dümont André 204.
Dümouriez 86, 89 f., 107, 111, 114 ff., 121, 124, 138 f., 141, 179, 198 f., 258, 439.
Dünkirchen 199.
Düppeler Schanzen 774.
Düpin, der Aeltere 617.
Düpin 340, 615.
Düplay 192.
Düpont de L'Eure 665, 681.
Düport-Dütertre 49, 90, 165.
Düprat 161.
Durando, General 787, 792.
Düranthon 90, 92.
Düret 174.
Düroc (Friaul) 254, 288, 298, 311.
Durchſuchungsrecht 817.
Düſar Pedro 762.
Düſſault, Arzt 179.
Düſſault 148.
Düſſeldorf 213.
Düterray 245.
Düval Präfekt, Moritz 190, 671.
Duheſne 278.
Dumas 83, 190.
Duncan, Admiral 440.
Dundas 354.
Dungallen, in Ulſter 356.
Dungern 767.
Dunin, Erzbiſchof von Poſen 723.
Duperré 678.
Dupont, Kriegsminiſter 278 f., 334.
Durlach 765.
Duttlinger 758.
Duvernoy 756.
Duveyrier 674.
Duyn van Maasdam, van der 441.
Dwernizki, General 646 f.
Dynaſten 323.
Dynaſtien 312, 322, 325, 658.
Dynaſtien, die legitimen 346.
Dynaſtiſche Intereſſen 321.
Dzialynski 642.

## E.

Ebel 443.
Ebene 119.
Eberhard 768 f.
Eblé 282.
Eckernförde 775.
Eckmühl 281.
Eckmühl, Schlacht bei 376.
Ecuador 850.
Edict vom 27. October 1810, betreffend den Adel 391.
Edict vom 30. October 1810, betreffend die geiſtlichen Güter 392.
Edict vom 2. November 1810, betreffend die Zunftverfaſſung und allgemeine Gewerbefreiheit 392.
Edwards 565.
Egalité, Philipp 113.
Egerfarmas, Gefecht von 717.
Eggeling, Advokat 657.
Eguia, General 455.
Egoismus 299.
Egypten 230, 232 f., 249 f., 429, 457 611, 811.
Egypter 812.

Ehe 13.
Ehre der Nation und eigenen Person 327.
Ehrenbreitenstein, Reichsfestung 396 f.
Ehrengarde 302.
Ehrenlegion, Orden der 257, 318, 334.
Ehrenstein 753.
Eichhorn, Geheimer Legationsrath 530, 725.
Eichstädt 271.
Eid auf die Charte 336.
Eidesleistung 340.
Eider-Dänen 770.
Eigenthum 13, 886.
Eigenthumsverhältnisse 353, 568.
Einfuhr 365.
Einheit 785.
Einkommensteuer 360.
Einkünfte der Geistlichkeit 63.
Einmischung, Grundsatz der 467.
Einschüchterungen 341.
Eintheilung des Reiches 63.
Eisack-Kreis 448.
Eisenbahnfrage 726.
Eisenbahnen 827.
Eisenbahnnetz 806.
Eisenmann 747.
El Arisch 249.
Elba, die Insel 249, 310, 320, 335.
Elbe, der Fluß 273, 387, 401.
Elbée, Herr von 197.
Elemente, freiheitliche 290.
Elemente, nationale 290.
Elisa, Fürstin von Lukka 268, 284.
Elisabeth, Prinzessin 105, 179, 194.
Eller, Dr. 760.
Elsaß 45, 172, 316.
Elsfleth 282.
Elster 305.
Emancipation der Katholiken 348, 353, 356, 358, 361, 567.
Embabeh 230.
Embargo 434.
Embargo, allgemeines 359 f.
Embden 359.
Emigranten 88, 109, 116, 225, 227, 235, 257, 317.
Emigration 71, 87, 117, 247, 328.
Emigrirte 220 f., 246, 405.
Emil, Prinz von Hessen 412.
Emmendingen 221.
Empecinado, General 287, 583.
Emporkömmling 123, 343 350.
Ems 401.
Enfantin 674.
Engelhard, General 718.
Engen 248, 762.
Enghien, Herzog von 41, 258 f.
England 138, 200, 213, 229 f., 249 f., 257, 267, 270, 272, 275 f., 278, 284, 303, 308, 324 f., 328, 349, 376, 400, 413, 418, 423, 436, 453, 773, 817, 845, 859, 862, 864.
Engländer 166, 287, 343, 352, 387, 450 f., 839, 860.
Englisch-deutsche Legion 412.
Englisches Cabinet 304.
Englische Kirche 563.
Englische Regierung 363.
Entschädigung 344, 397, 399.
Entschlossenheit 150.
Entwickelung 920.
Epidemien 151.
Epilepsie 369.
Erblichkeit 628 f.
Erblichkeit der Pairs 670.
Erbrecht 315.
Erbstaaten 396.
Erdbeben 847.
Erdkugel 474.
Erfurt 280, 306, 388, 741.
Ernährung 291.
Ernst August 754 ff.
Eroberungskriege 266.
Eroberungspolitik 437.
Eroberungspolitik Rußland's 425.
Eroberungsrechte 315.
Eroberungssucht 265.
Erträukungen 172.
Erwerbstrieb 265.
Erziehung 495.
Eschasseriaux 204.
Escurial 581.
Espaniol 164.
Espartero, General 808 f.
Espinosa 280.
Essequebo 442.
Estaing, Graf von 53.
Etrurien, Königreich 278, 448.
Etrurien, ehemalige Königin von 324.
Etschmiadzin 859.
Etsch 221, 248.
Etsch-Kreis 448.
Ettenheim 258.
Ettlingen 221.
Eulenburg 774.
Europa 203.
Evora, Capitulation zu 810.
Ewald 754.
Exaltado's 578 f., 582, 598, 647, 809.

Execution 769.
Executionsordnung 468, 531.
Excellenzen 405.

Exin, Treffen bei 737.
Eynard, Bankier 609.

## F.

Fabre, d'Eglantine 104, 113, 118.
Fabrikbezirke, englische 362.
Fabriken 348 f.
Fabrikwesen 362.
Falk 571.
Falke 754.
Falkenstein 223.
Famars, Verschanzungen von 199.
Familienpolitik 706.
Fasano 598.
Faucher, Zwillingsbrüder 549 f.
Fauchet 127, 161.
Faustin I. 268, 856.
Favras, Marquis von 65.
Februar-Revolution 792, 795, 798 ff., 802, 806, 810, 813.
Feigheit 269, 313.
Feind 134.
Fénélon, Abbé 179.
Ferand 207.
Ferdinand von Sachsen-Coburg 810.
Ferdinand v. Oesterreich 701, 708, 714, 716.
Ferdinand I., König beider Sicilien 593 f., 597 f., oder
Ferdinand IV., König von Neapel 449, 451, 593.
Ferdinand II., König von Neapel 252, 472, 786, 791 f.
Ferdinand III., Großherzog von Toscana 283, 369, 452, 590.
Ferdinand VII., König von Spanien 278 f., 299, 453 f., 573 f., 578, 581 ff., 808, 844 ff.
Fère-Champenoise 308.
Ferrara 222, 451, 653, 789.
Fersen, Baron von 57, 72.
Festungen, Preußen's 273.
Feth-Ali, Schah 859 f.
Feuchères, Frau von 665.
Feudal-Lasten 751.
Feudalwesen 339.
Feuer 295.
Feuerbach, L. 525, 840, 899.
Feuillantiner 66.
Fichte 393.
Fiequelmont 710 f.
Fiekler 761 f., 764.
Fiction 128.
Fideicommisse 252.
Fieschi 677.
Figueras 200.
Filmoore, Millard 820.
Finanzen 347.
Finanzdepartement 386.
Finistère 164 f.
Finnland 348, 430, 434.
Fischhof 706.
Fivizzano 789.
Flächenraum 392, 438.
Flandern, holländisch 440.
Flesselles 38.
Fleuriot 188, 191 f., 200.
Fleurus, Treffen bei 439.
Fleury de Chabonlon 335.
Flocon 687.
Florenz 249, 285, 795.
Florida 819, 821.
Föderalisten 164, 816, 824.
Föderativ-Verfassung 848.
Foi, General 556.
Fokschani 423.
Fombla 221.
Fonfrède 155, 161.
Fontainebleau 276, 278, 285, 343.
Fontainebleau, Vertrag von 310.
Fontanes 260.
Fontenay, Goupilleau de 191.
Fontenay, Frau 172.
Forderungen des Volkes 760, 762.
Forfait 242 f.
Forschung 7, 382.
Fortschritt 3, 5, 8, 122, 323.
Fortschritt der Zeit 122.
Fouché (Otranto) 165, 176, 184, 186, 240, 242 f., 254, 264, 284, 288, 306, 311, 336, 341 f., 344, 551.
Foullon 44.
Fouqué, Dichter 393.
Fouquier-Tinville 161 f., 178 f., 193 f., 204.
Fox, englischer Minister 353, 361.
Franche-Comté 45.
Frankfurt a. M. 221, 289, 400, 412.
Frankfurt, Großherzogthum 289.
Frankreich 199, 201, 204 f., 210 ff., 222 228 f., 233, 237, 241, 247, 249 f. 252, 257, 261, 263, 266, 268 f. 272 ff., 275 f., 280, 286, 324, 349 366, 394, 399, 401, 416, 423, 433 549, 662, 798, 864.

Frankreich, das freie 51.
Franz I., Kaiser von Oesterreich (s. auch Franz II., Kaiser von Deutschland) 281, 283, 293, 301, 308, 319, 375, 377, 379, 398, 400, 465, 467, 471, 494, 496 ff., 500, 522, 531, 701.
Franz II., Kaiser von Deutschland 223, 370, 373 f., 395, 399, 401
Franz d'Assis 809.
Franz Karl 701.
Franz de Paula 279.
Franz I., König von Neapel 598.
Franz Joseph 716.
Franz IV. von Modena 595, 651 f., 786.
Französischer Gesandter 398.
Französisches Heer 344.
Franzosen 195 f., 200 f., 206, 211 f., 218, 222, 228, 231 f., 247 ff., 256, 258, 270, 278 ff., 281, 283 f., 286, 287 f., 312, 315, 318, 327, 337, 343, 347, 400, 409, 440, 582, 721, 795, 815, 845.
Frauen 5, 54, 57, 173, 825, 889.
Frauenkloster 745.
Freibrief 363, 857.
Freiburg im Breisgau 762 f., 798.
Freicorps 301.
Freie Presse 562.
Freigeisterei 384.
Freibandeisleute 805.
Freiheit 4, 124 f., 301, 307, 313, 318, 321, 323, 325, 327, 335, 338, 367, 393, 631, 785, 796, 914, 921.
Freiheit des Eintritts in die Militärdienste aller Bundesstaaten 403.
Freiheit des Erwerbes 403.
Freiheit der Gewerbe 349.
Freiheit des Handels 322, 403.
Freiheit von aller Nachsteuer 403.
Freiheitsbestrebungen 266, 416.
Freiheitsbewegungen 320, 404.
Freiheitsdrang 328, 351.
Freiheitsgefühl 290, 311.
Freiheitskämpfe 8, 312, 350.
Freiheitskämpfer 377.
Freiheitsliebe 339.
Freimaurer 382.
Freire, General 575, 848.
Frei Schiff, frei Gut 358.
Freisinnige Schriftsteller 327.
Freitag, Advokat 656 f.
Freiwillige, die irländischen 365.
Frejus 233.
Fremdengesetz 354, 815.
Fremdenhasser 822.
Fremont, Oberst 821, 824.
Fréron 77 f., 113, 185 f., 190 f.
Freunde des Volkes 676.
Freya, dänische Fregatte 359.
Frickthal 223, 396.
Fridericia, Schlacht von 774.
Friede zu Gent 819.
Frieden 314, 415, 904.
Frieden zu Frankfurt a. M. 412.
Frieden, Preßburger 271.
Friedensbedingungen 317.
Friedenscongreß zu Rastatt 230 f.
Friedensheere 539.
Friedensschluß 316.
Friedensunterhandlungen 295.
Frieden, westphälischer 271.
Friederike von Mecklenburg-Strelitz 564.
Friederike, Dorothea Sophie von Brandenburg-Schwedt 407.
Friederike Katharina von Würtemberg 273
Friedland 273.
Friedrich August, König von Sachsen 273, 413, 655, 751 f.
Friedrich, August, Herzog von Usingen 513.
Friedrich August, Herzog v. Weilburg, 513
Friedrich I., König von Würtemberg, 407, 409, 513.
Friedrich Eugen, Herzog von Würtemberg, 407.
Friedrich, Großherzog von Baden 765.
Friedrich VI., König von Dänemark 435, 570 f., 770, 800.
Friedrich VII. von Dänemark 770 ff. 800 f.
Friedrich IV. 405, 569.
Friedrich, Prinz der Niederlande 634 f.
Friedrich Wilhelm, Herzog von Braunschweig-Oels 415, 517.
Friedrich von Holstein-Augustenburg 772.
Friedrich II., König von Preußen 379 f., 385 f.
Friedrich Wilhelm II., König von Preußen, 379, 382 f., 396, 420.
Friedrich Wilhelm III., König von Preußen, 300 f., 303, 309 f., 312, 379, 385 f., 389 f., 392, 465, 467, 506 ff., 509, 511, 531, 722 ff.
Friedrich Wilhelm IV. von Preußen 723 ff., 734, 772, 782.
Friedrich Wilhelm von Kurhessen 768.
Friedrich, Prinz von Hessen 770, 801.
Friedrichsfeide 413.
Friedrichsham, Festung 423, 433.
Friedrichsstadt 775.
Frimont, General 598.
Frochot, Präfect des Seine-Departements 299.

Frömmelei 428.
Fröschweiler 200.
Frohnden 252, 346, 411, 528.
Frohndienst 47, 408.
Frost 804.
Froussard, Herr 618.
Fuentarabira 200.
Fünfziger-Ausschuß 782.
Fürsten 320 f., 350, 386, 403, 692
Fürsten-Congreß 476.
Füster, Fr. 525.
Fuhrwesen 293.
Fulda, Vertrag von 289, 408.
Futscheufu 858.

## G.

Gaëta, Festung 288, 794.
Gagern 767, 781.
Galeer 798.
Galeerensklaven 314.
Galizien 703.
Gall 895.
Gamain, Schlosser 128.
Gamonal 280.
Ganze 647.
Garat 119, 140, 255.
Gardasee 223.
Garde, kaiserliche 297, 334.
Garden, französische 54, 65.
Gardes du Corps 53.
Gardien 155, 161.
Garibaldi 795.
Garmier, de l'Aube 185. 190
Garnier-Pagès 687.
Gaudin (Gaëta) 242 f., 288.
Gautheaume 250.
Gautier „der kleine" 51.
Gayvernon, Bischof 172.
Geburts-Adel 123.
Gedölö 718.
Geduld 130, 414.
Geffroy 185.
Gefion, Fregatte 774.
Gegenwart 6.
Geheimbünde 642.
Geheime Artikel des Tilsiter Friedens 429.
Geheimniß 474, 556.
Gehorsam 414.
Gehorsam, militärischer 298.
Geismar, General 645.
Geist der Zeit 366, 908.
Geisteskrankheit 351, 358.
Geistige Bewegung 303.
Geistliche 592.
Geistlichkeit 27, 31, 45, 62, 69, 71, 82, 84 f., 88. 95, 98, 159, 289, 475, 503, 807, 825, 846 f.
Geistlichkeit, bürgerliche Verfassung der 85, 128.
G 355.
Geld-Adel 123.
Geldern 441.
Geldsack 667, 796, 823.
Gemeinde-Behörde 43.
Gemeinen 27, 31.
Gemeinderath von Paris 62.
Gemeindesteuer 528.
Gendebien 636.
Generäle 125, 405.
Generalstatthalter 316, 622, 624.
Generalstaaten 25.
Genf 345, 444, 446, 797 f.
Genialität 291.
Genossen 181.
Genjonné 114, 120, 135, 143, 148, 155, 158, 161.
Gent 338, 342.
Gent, die Citadelle von 636.
Gentz, Geheimschreiber 374, 496, 500.
Genua 231, 247, 268, 285, 322, 324, 448, 452.
Georg III., König von England 351 ff., 358.
Georg IV., König von England 517 f., 561, 565, 803.
Georg V., König von Hannover 755.
Georgakis, Oberst 607.
Georgi 766.
Georgien 859.
Gérard, General 617, 620, 686
Gerichte, Patrimonial 45.
Germanische Bildung 844.
Germanische Stämme 350.
Germersheim 763.
Germinal 203.
Gernsheim 765.
Gertruidenburg 441.
Gerville, Cahier de 89 f.
Gervinus 525, 754.
Gesandschaftspalast, Angriff auf den französischen 373.
Geschäft 826 f.
Geschäftsleitung 529.
Geschäftsordnung 332.
Geschichte 169, 241.

Geschichtsforscher 301.
Geschichtschreiber 169, 212, 238, 259 ff., 266.
Geschichtschreiber, französische 238.
Geschichtschreibung 237.
Geschlechter 381.
Geschmeidigkeit 339.
Geschworene 629.
Geschworenen-Aemter, Verbesserung der 46.
Geschworenengerichte 726, 809.
Gesellschaft 674, 676.
Gesellschaften, geheime 284.
Gesetzgebung 311, 524.
Gesetz der Geißeln 235.
Gesetze des Gleichgewichts 113.
Gesetz der Verdächtigen 159.
Gesetzgebende Gewalt 418.
Gesetzgebender Körper 307 ff., 310
Gesetzlicher Widerstand 783.
Gesetzesvorschläge 332.
Gespenster-Geschichten 526.
Getreidegesetze 364.
Getreidezölle 363.
Gewalt, monarchische 25.
Gewerbe 348 f.
Gewerbezwang 515.
Gewicht 158, 349.
Gewissenhaftigkeit 313, 823.
Gex, das Ländchen 345.
Geyer von Geyersberg, Fräulein 757.
Gibraltar 325, 359, 429.
Gießen 412.
Gilgaud, General 646.
Ginard 667.
Gioberti 787, 790.
Girardin 83.
Girey-Düpré 164.
Giron 720.
Girona 286.
Gironde 83, 114, 119, 122, 135 f., 141, 143, 146, 160 f., 164, 175 f., 181, 188, 190, 192, 206.
Girondisten 83, 88, 90 f., 96 f., 104, 107, 109, 113, 115, 117, 119 f., 123, 125, 128, 136, 139, 142, 146, 153 ff., 162, 167, 171, 176, 178, 181 f., 194, 197. 203, 647.
Gisquet, Herr 665 f.
Givet, Festung 344.
Glarus 797.
Glatz 388.
Glaube 160, 193, 664, 909.
Gleichberechtigung 123.
Gleichberechtigung der verschiedenen christlichen Religionen 403.
Gleichheit 124, 168, 209, 253
Gleichheit der Gesetze 349.
Gleichstellung 356.
Glogau 306, 388.
Glücksritter 411.
Gnade 318.
Gnadenschatz 111.
Gneisenau, General, August von 301, 389, 393, 507, 530.
Gobel, Bischof 172, 178.
Godoy, Herzog von Alcudia und Friedensfürst 278 f., 453.
Gögg 764.
Göhrde, Schlacht an der 413.
Görgei, Verräther 717 ff.
Görlitz, Graf 766.
Görlitz, Gräfin von 766.
Görres 508, 525, 530, 744.
Görtz, Graf 374.
Gös, Reaktionär 756.
Göschel, Geheimerath 725.
Götha-Canal 570.
Göttingen 656 f.
Göttlicher Ursprung 315.
Götze, Geheimerath 725.
Gohier 140, 236, 241.
Gold 862.
Goldfelder 861.
Goldgräber 861.
Goldmachen 382.
Gonfalonieri, Carbonari-Chef, Federico 790.
Gorodeßno 294.
Gorsas 128, 148, 155, 162, 164.
Gothenburg 433.
Gottesdienst 85.
Gottes-Gelehrsamkeit 899.
Gouvion St. Cyr 295.
Grabow 739.
Gradiska 222.
Grammont 174, 178.
Granada 574, 583.
Grand-Maison 206.
Grangeneuve 148, 155, 165.
Gränzen, Belgiens 638.
Gränzverkehr 696.
Grasselini, Gouverneur 789.
Graubünden 232, 445.
Graudenz 292, 388.
Grave, de 90 f.
Gregoire 128, 255, 799.
Gregor VII. 285.
Gregor XVI. 786 ff.
Gregorius, Patriarch 608.
Grenelle 219.
Grenoble 285, 338 f., 556, 671.

Grenzach 762.
Grenzsperre 726.
Grève-Platz 38, 54.
Grey, Graf 803.
Griechen 468 f., 605, 631.
Griechenland 492, 604 f., 811, 813.
Grimm, Gebrüder 723, 754.
Grochow, Schlacht bei 645.
Grobe 760.
Grollmann, General, Karl Wilhelm Georg 389, 507.
Groß-Beeren 304.
Großbrittannien 351, 561, 803 ff.
Groß-Görschen 302.
Großkophta 470.
Großmächte 437.
Großpolen 420.
Grouchy 340 f.
Grouvelle 107.
Grundeigenthum 63, 403.
Grundherren 364.
Grundlagen 299.
Grundlasten 767.
Grundrechte 47, 782.
Gruner 530.
Guadeloupe 213.
Guadet 114, 141, 143, 145 f., 148, 155, 163 ff.
Guano-Inseln 851.
Guastolla 310, 448, 452. 595.
Guatemala 846 f., 850.
Guerillasbanden 344.
Guerillaskrieg 287.
Guernon de Ranville 559, 663.
Gülten 252, 346.
Guiche, Herzog von 45.
Guignes 308.
Guillotine 145, 150, 155, 161, 165, 170, 176, 178 ff., 208.
Guinard, Herr 627.
Guizot 617, 622, 676 ff., 685.
Gujarat 857.
Gulistan, Frieden von 859.
Gumppenberg 746.
Gunst 355.
Gustav III., König von Schweden 138, 432.
Gustav Adolph IV., König von Schweden 424, 434.
Gustav Samuel 405.
Gustavson, Oberst 435.
Guter Wille 339.
Guyana 249.
Guyon 720.
Gyulai, österreichischer General 378.
Gzatsk 294.

## H.

Habeas-Corpusakte 354, 357, 563.
Habsburg, das Haus 212, 223 f., 230 f., 280 f., 283, 304, 307, 324, 337, 341, 343, 366, 377, 400, 403, 412, 789.
Habsburger 700.
Habsucht 291.
Hadersleben 773.
Hagen 525.
Hahn, der Advokat 655.
Halbe 647.
Halberstadt 282.
Halbheit, girondistische 153.
Halen, General von 635.
Haller, Restaurator der Staatswissenschaft 725.
Ham 255.
Hambacherfest 743.
Hamburg 302 f., 306, 387, 400.
Hamburger 316.
Hamburger Senat 359.
Hamm 328.
Hammelbeerden-Staatsrecht 414, 442, 467, 473, 631 f.
Hammond 258.
Hanau 289, 305.
Hanauer Schlacht 402.
Hand, todte 252.
Handel 215, 348 f., 540.
Handelsfreiheit 846.
Handelssperre 817.
Handelsvertrag (vom 3. Mai 1815) 696.
Handschuhsheim 213.
Hannover 270, 272 f., 281, 305 f., 385, 387 f., 396, 400 f., 412, 517, 656 f., 754.
Hanriot 186, 188 f., 191 f.
Hansemann, Ministerium 735, 781.
Hanse-Städte 273, 289, 413, 430.
Hardenberg, Karl August, Freiherr von 289, 300, 312, 378, 388, 391 f., 507, 530 f.
Harmonie 175.
Harrach, Auguste Gräfin von 508.
Harrisson, Wilhelm Heinrich 820.
Hartig 710.
Hassenpflug, kurhessischer Minister 725, 768 f.

Haspinger, Capuziner 283.
Haß 328.
Hattischerif von Gülhane 812.
Hatvan 718.
Haugwitz, Graf von 271, 380, 384, 389 ff.
Haushalt, militärischer 94.
Haussez, Herr von 612.
Havfruen, dänische Fregatte 359.
Haro, General 304.
Hayti 267, 854.
Hazardspieler 299.
Hebenstreit 372.
Hebert 146, 172 ff., 181, 194.
Hébertisten 194.
Hedouville, General 855.
Hecker, Friedrich 758, 760 ff.
Heer, das russische 697.
Heerdenstaatsrecht 337.
Heere 274, 334, 345, 355.
Heerwesen 347, 389.
Hegel, Philosoph 511, 525.
Hegemonie 385, 541.
Heidegger, General von 813.
Heidelberg, Congreß zu 756, 781.
Heiliger Bund 468, 554.
Heinrich I. von Hayti 856.
Heinrich V. von Frankreich 621, 625, 628, 675.
Heintz 750.
Heintze, Baron 773.
Held, Justizminister 753.
Helder 232, 440.
Heldenmuth 301.
Helgoland 325.
Heliopolis 249.
Helsingborg 360.
Helvetischer Verein 548.
Hemsbach 765.
Heppenheim 765.
Herat 859 f.
Hérault, de Séchelles 155, 157, 204.
Herbold, Küfermeister 655.
Heres 748.
Hergenhahn 767.
Herman, General 232.
Herrenhuter 835.
Herrmannstadt 717 f.
Herrschsucht 328.
Herwegh 762.
Herzberg, General 380, 654.
Herzogenbusch 441.
Hessen 281, 305, 385.
Hessen-Darmstadt 400 f., 411, 520, 655, 766.
Hessen-Darmstadt, Landgraf von 400.
Hessen-Kassel 212, 273, 401, 518.
Hessen-Rheinfels-Rothenburg 768.
Hetärie 606 f.
Heubner 753.
Heymès, Oberst 618.
Hieronymus (s. Bonaparte) 291, 293, 305, 411.
Hidalgo, Pfarrer, Miguel 845 f.
Hinrichs, Professor 728.
Hinrichtungen 166, 172 f., 178, 180, 187 f., 201, 207.
Hintergedanken 318, 336, 378, 403.
Hinto 848.
Hirschhorn 765.
Hitzfeld, Mathilde 765.
Hoboken 820.
Hochberg, Reichsgräfin 757.
Hoche, General 198 f., 213 f., 218, 226, 229, 355.
Hochverrath 355, 531.
Hochzeiten, republikanische 150
Hodges 774.
Höchst 213.
Höfler 747, 750.
Höllenmaschine 254, 677.
Hof 25, 60.
Hof, Treffen von 388.
Hofburg 707 f.
Hofer, Andreas 283.
Hof-Etikette 801.
Hofjuristen 325.
Hofstaat 405.
Hogendorf, Graf von 441.
Hohenlinden 248.
Hohenlohe 388.
Hohenlohe, Fürst von 226.
Hohenzollern, das Haus 324, 337, 403, 722.
Hohenzollern-Hechingen, Fürst von 401.
Hohenzollern-Sigmaringen, Fürst von 401.
Holland 138, 200, 232, 305, 324, 383 439, 542.
Holländer 288, 292, 441, 864.
Holstein 305, 436, 568, 570 f., 800.
Holstein-Augustenburg 801.
Holsteinische Ritter und Prälaten 571.
Homburg 412.
Hondschooten 199.
Honduras 847, 850.
Hong-Kong 858.
Hood, Admiral 166.
Hoogvorst 635.
Hormayr 283, 371, 377, 497, 500.
Horn, Graf 434.
Hortense 251.

Howick, englischer Minister 361.
Hoym, Minister 380.
Hünningen 221, 345, 397.
Hütten 630.
Hugenotten 110.
Hullin 54.
Humann 678.
Humboldt, Alexander von 508.
Humboldt, Wilhelm von 508, 530.
Hunger 26, 48, 195, 297.
Hungerpest, schlesische 73 ff., 730 ff.
Hungersnoth 364.
Hunkiar-Skelessi, Vertrag von 695, 812
Hunt 562 f.
Hyde de Neuville 243, 255, 622, 625.
Hydra 608.

## J.

Jablonowski, Fürst 642.
Jackson, General 818, 820.
Jacqueminot 685.
Jämmerlichkeit 328.
Jaffa 233.
Jagd 46.
Jagdlust 408.
Jagot 204.
Jahn 508, 526, 723.
Jakob I., König von Hayti 268, 855.
Jakob II., König von England 137.
Jakobi, Dr. Johann, zu Königsberg 728.
Jakobiner 65, 75, 91, 97, 104, 119 ff., 123, 128, 135 f., 139, 142, 146, 149 ff., 160, 163, 165 ff., 173, 176, 180 f., 188 f., 191 f., 197, 202, 205 ff., 215, 218 f., 259, 647.
Jakobinerclub 125, 173, 184 f., 188, 205, 226.
Jamaica 856.
Janina, die Stadt 457.
Janitscharen 458, 603 f.
Janke, Hofrath 525.
Japan 843, 858.
Jar-Mohammed 860.
Jassy 423.
Jaup 767.
Javogues 165.
Jay 341.
Jbel, Präsident 513, 530.
Jbrahim, Sohn Mehemed Ali's 609 f., 611, 812 ff.
Jdeale 114, 145.
Jdealismus 917.
Jdee 263, 350, 366, 371.
Jdee, der Reformation 324.
Jdee, der Revolution 323 f.
Jdee, des sechszehnten Jahrhunderts 323.
Jdeenwelt 447, 865.
Jdeen der Zeit 385.
Jdria 222.
Jeftert, Schlacht bei 774.
Jefferson, Thomas 816.
Jellachich, Freiherr Joseph von 713 ff.
Jellineck 716.
Jemappes 125, 439.
Jena 272, 278.
Jena, Treffen von 388.
Jersey City 820.
Jersey, Lady (Kebsweib) 362.
Jeschwell, Fürst 427.
Jessenak, Baron 720.
Jesu 207.
Jesuiten 259, 499 f., 548, 786, 790 f., 797 f., 808, 848, 898.
Jesuitenknechte 798.
Jesuiten-Orden 897.
Jesuiten-Regiment 746.
Jesuitismus 558, 742, 896.
Jever 440.
Jganie 645.
Jgelström, General 420.
Jgualo, Aufruf von 846.
Illegitimität 661.
Illinois 819.
Illuminaten 382.
Illyrien, das Königreich 299, 306, 448.
Illyrische Provinzen 452.
Illyrier 292.
Jndiana 819.
Jndianerstämme 816.
Jndien 843.
Jndigenat 746 f.
Immerwährender Rath 416 f.
Innere Verwaltung 347.
Innsbruck 283, 711.
Inquisition 346, 451, 455, 575, 583, 808.
Inseln, jonische 273, 325, 452 f.
Instructionen (Cahiers) 26.
Insurrections-Akte 357.
Insurrectionsjunta von Sevilla 454.
Invaliden 38, 333.
Jnzaghi 710.

Joch, französisches 300.
Joch, unwürdiger Knechtschaft 302, 338.
Johann, Prinz von Sachsen 751 f.
Johann, Erzherzog von Oesterreich, später Reichsverweser 369, 375, 712, 782.
Johann VI., Maria Joseph, König von Portugal 456, 585 f., 852.
Johannisberg, Benedictinerprobstei 379.
Jolly 635.
Jones 804.
Jonische Inseln 814.
Jordan, Dr. W., Professor 752, 768.
Joseph, König von Neapel (s. J. Bonaparte) 229, 280, 286, 291, 309, 349, 448, 450, 453, 845.
Joseph II., Kaiser von Oesterreich 368 ff., 394.
Josephine (Gattin Napoleon's) 208, 246, 251.
Joubert 235.
Jouberthon 288.
Jourdan, Marschall 213, 221, 232, 234, 243, 280.
Journalisten 613.
Jowa 820.
Irland 275, 351 f., 355, 361 f., 803.
Irländer 353, 356, 805, 839.
Irländer, die vereinigten 355 ff.
Irländische Insurrectionsbill 361.
Isabella Christina Leopoldina, älteste Tochter Pedro's II. 854.
Isabella, Infantin 587, 808 f.
Isenburg, Fürstenthum 412.
Isenburg-Birstein, Fürst von 401.
Isla de Leon 575.
Isle de France 325.
Ismael 423.
Isnard 142, 206, 255.
Isonzo 222.
Istrien 222 f., 448.
Italien 138, 200, 221, 223, 230 ff., 247 f., 273, 281, 308, 324, 343, 349, 446, 448, 472, 588, 632, 651, 721, 786.
Italiener 221, 288, 292, 320, 702, 720.
Italienische Republik 448.
Iturbide 846.
Itzstein 758.
Juden 367, 403, 484, 592, 605.
Judenburg 222.
Judenhaß 523.
Judenviertel (Ghetto) 451.
Jugend 629, 911.
Jugend, vergoldete 205.
Juli-Medaille 667.
Julikämpfer 626.
Juli-Monarchie 663, 678.
Juli-Ordonnanzen 613.
Juli-Revolution 612, 796, 800.
Juni, 20ster 1792 96.
Junkerpartei 741, 754.
Junot, General (Abrantes) 278 f., 287.
Junta, apostolische 279, 581.
Junta von Sevilla 845.
Junten 845.
Jussieu 679.

## K.

Kabul 857, 859.
Käfertbal 765.
Kälte 296 ff.
Käuflichkeit der Aemter 45.
Kaiser von Frankreich 343.
Kaiser, die römischen 4.
Kaiserkrönung 246.
Kaiserreich 261, 269 ff., 277 ff., 290 ff., 314, 350.
Kaiserslautern 199.
Kaiserthum 22, 257, 615.
Kaiserverfassung 331.
Kakhofski, Peter 489.
Kalender, republikanischer 158.
Kalinowski, General 645.
Kalisch 644.
Kalisch, Bundesvertrag zu 431.
Kalisch, Hungerlager bei 697.
Kalisch, Militär-Convention von 377.
Kaluga 294.
Kammerherren 405.
Kammern 335, 341 f., 680.
Kampfz 508, 525, 530.
Kamran-Schah 860.
Kanarls 609.
Kandern 762.
Kaninchengehege 46.
Kansas 838.
Kansas-Nebraska-Bill 829.
Kent 382.
Kapodistrias, Graf 606, 610.
Kapolna, Schlacht von 717.
Kara-Ali, Kapudan-Pascha 609.
Karamsin 487.
Karl Albert, Prinz von Savoyen-Carignan 598 f., 786 f., 789 f., 792 ff.
Karl August, Großherzog von Sachsen-Weimar 522.

Karl, österreichischer Erzherzog 221, 281, 369, 375 f., 398.
Karl, Herzog von Braunschweig 517, 654.
Karl, Herzog von Südermanland 433 ff.
Karl Felix 598.
Karl Friedrich, Großherzog von Baden 409 f., 414 f., 520.
Karl Eugen, Herzog von Würtemberg 407.
Karl Ludwig, Herzog von Lukka 790.
Karl Ludwig, Erbprinz von Baden 409.
Karl Theodor, Kurfürst von Baiern 405.
Karl X., König von Frankreich (s. Artois, Graf von) 472, 492, 558, 560 f., 612, 616, 620 ff., 625 ff., 681.
Karl XIII., König von Schweden 569.
Karl XIV. Johann, König von Schweden, 569 f., 802.
Karl Emanuel IV., König von Sardinien 452.
Karl Wilhelm Ferdinand, Herzog v. Braunschweig 388, 414.
Karl IV., König von Spanien 278 f., 453.
Karlsbad 468, 531.
Karlsbader Beschlüsse 514, 532, 536 f.
Karlsburg 718.
Karlsruhe 764.
Karolina, Königin (s. Braunschweig Karolina von) 363, 565.
Karolina Maria, Gemahlin Ferdinand's IV., König von Neapel 371, 449 f., 593.
Kartätschungen 150.
Kassel 282, 305, 411, 655.
Katharina II., Kaiserin von Rußland 138, 407, 419 f., 422 ff., 425, 433.
Katharina, Frau des Hieronymus 408.
Katholiken 65, 110, 835 ff.,
Katholiken Irlands 352, 355, 357.
Katholische Religion 418, 848.
Katholicismus 586, 757, 796, 899.
Katt, Hauptmann von 281 f.
Katzbach, Schlacht an der 304.
Katzenelnbogen 212.
Katzenjammer 473.
Kaukasische Länder 492.
Kaukasus 695, 859.
Kaunitz 372.
Kehl 397.
Keller, Graf 530.
Kellermann (Valmy) 116, 287.
Kent, Herzog von 362, 564.
Kentucky 815, 819.
Kereseb, Gefechte von 717.
Kersaint, Abgeordneter 117, 136.
Kervélégan 155, 163 f.
Kiel, Frieden zu 305, 436, 569.
Kielce 644.
Kienmayer, Feldmarschall 282.
Kinglin, General 228.
Kinkel, Gottfried 763.
Kirche 63, 350, 503, 588, 847.
Kirche, katholische 527.
Kirche, protestantische 527.
Kirchenbuße 802.
Kirchenfeste 333.
Kirchengüter 68.
Kirchenstaat 429, 447 f., 451, 591, 786 f. 789, 792, 795.
Kirchensteuer 528.
Kirchheim-Boland, Gefecht bei 765.
Kirchliche Einrichtungen 347.
Kirchliches Leben 563.
Kis 720.
Kiuthahia, Frieden zu 814.
Klagenfurt 222.
Klapka 717, 719.
Klassen, arbeitende 62.
Klausen, Landgericht 448.
Klausewitz, Ober-Offizier 289.
Kleber 198, 233, 249.
Klein-Deutsche 501.
Kleinstaaten 437.
Kleist-Nollendorf 393, 507.
Kienze 754.
Klephthen 606.
Klöster 63, 406, 503 f., 593, 743.
Kmethy 720.
Knezich 720.
Kniphausen 440.
Knutenstrafe 428.
Kobrin 294.
Kochendorf 775.
Kocher 212.
Köhlerglauben 523.
König, Advocat 656 f.
König von Frankreich 62.
Königin 52, 55, 58, 61.
Königliche Gewalt 315.
Königliches Statut 808.
Königs, Flucht des 91.
Königsberg 273, 300 f., 390, 725.
Königsgesetze 770.
Königshaus in Sachsen 322.
Königsmacherei 628.
Königsmörder 333.
Königstitel 408, 413.
Königthum 15, 31, 69, 80, 82, 84, 107, 116, 127 f., 134, 152, 203, 207, 210, 290, 328, 330 f., 333, 349, 650, 686.
Könneritz 751.
Körner, Theodor, Dichter 393.
Körper 301.

Kokarde der Nation 55.
Kolberg 282, 388.
Kolding, Schlacht zu 774.
Kolokotronis, Theodor 607, 609.
Kolosvar 717.
Kolowrat, Graf 701, 710.
Komorn, Festung 718 f.
Konieh 812.
Kopenhagen 250, 359, 436, 800.
Kopenhagen, Uebereinkunft von 359
Koppe 525.
Koppen 635.
Kordofan 611.
Korinth 609.
Korn, Einfuhr des 364.
Kornpreise 365.
Kornwucherer 31.
Kornzölle 365.
Korsakow 232.
Kosacken 297, 482, 697.
Kosackisch oder republikanisch 478.
Kosackenthum 479.
Kosciusko, Thaddäus 419 ff., 640.
Kosel 388.
Kossakowski, Bischof 418, 421.
Kossuth 705, 713 f., 720.
Kottbuser Kreis 413.
Kotzebue 526, 529 f.
Kraft 290, 301.
Krakau 301, 420 f., 641, 704, 730.
Kremel 295.
Kremsier 716.
Kriechende Gesinnung 313.
Kriege 291, 329, 338, 349, 904.
Krieger 339.
Kriegs-Departement 311.
Kriegsgesetz, das eiserne 292.
Kriegskosten 314.
Kriegslust 326.
Kriegsminister 334.
Kriegsruhm 333.
Kriegssteuer 706.
Kriegsverfassung 539.
Kriegswesen 806.
Krimm 425.
Krönung des Königs 566.
Krone, Frankreichs 315.
Kronstadt 718.
Krüdener 487, 526.
Krug 525.
Krukowiezki, Graf 648.
Kübeck 710 f.
Kudlich, Hans 713.
Küstrin 306.
Kufstein 283.
Kulm, Sieg bei 304.
Kunst 4.
Kunstgegenstände 411.
Kurakin, Fürst Alexander 426.
Kurfürst, Reichskanzler 400.
Kurhessen 272, 655, 768.
Kurland 424.
Kutusow 294, 297.

## L.

Labbey de Pompières 628.
Labedoyère, General 551.
Labourdonaye 557, 559.
Laborde 617.
Labyrinth 313.
Lacage 161.
Laclos, de 76, 121.
Lacombe, Rose 54, 173.
Lacoste 90, 92, 185.
Ladenberg 765.
Ladmiral 185.
Ländergier 324.
Lafayette, Marquis 41, 49, 55, 57, 59, 61, 65, 74, 77, 83, 95, 98, 101 ff., 108, 121, 336, 342, 555 f., 614, 617, 619 ff., 624 f., 628, 665.
Lafitte, Johann Baptist 556, 614, 617 f., 621 f., 624 f., 653, 665.
Lagarde, General 549.
Lagthing 570.
Laacrversammlungen 835.
La Grange 679.
La Granja 808.
Laharpe 428, 444, 487.
Lahner 720.
Labore 857.
Laibach, Congreß zu 222, 468 f
Lainé 336, 555.
Lamartine, Alfons 687.
Lalande, Bischof 172.
Lally Tolendal 49.
Laloi 204.
Lamballe, Herzogin von 108.
Lamberg, Graf 714.
Lamberti, General-Adjutant 375.
Lameth 49, 66.
Lamoricière 686.
Landadel 25.
Landau 199, 345, 763.
Landbau 349.
Landes-Repräsentanten 510.

Landesverfassung 411.
Landhaus 706.
Landkarte 313.
Landmacht 355.
Landrecy 200.
Landsfeld, Gräfin 747 f., 750.
Landsoldaten 355.
Landstände 407.
Landständische Verfassung 403.
Landsturm 390.
Landtag, preußischer 301, 514.
Landwehr 301, 304, 390.
Langenau, General 378.
Langsee 774.
Languedoc 45.
Lanjuinais 147 f., 154 f., 162, 165, 255, 340.
Lannes (Montebello) 287.
Lauthenas 148.
Laon 308.
Lapalus 174, 178.
La Pique, General 54.
La Plata-Staaten 848.
La Plata-Strom 851.
Lappland 269.
Larevellière-Lepaux 217, 219, 225, 234 f.
Larivière, Henry 163, 165, 206.
Larochejaquelin, 197, 336.
Larréguy 621.
La Rochelle 65, 556.
La Romana 278 f.
Laserna 849.
Lasource 118, 148, 161.
Lassalle 679.
Lassault 747, 750.
Lasten 528.
Laster 12.
Lauenburg, Herzogthum 325, 412, 436, 568.
Launay, Gouverneur de 34, 37.
Lauter 345.
Lauterburg 199.
Lavalette, Graf 551.
Lavalette, Frau 192.
Lavicomterie 204.
Laville Heurnois 214, 219, 227.
Lazár 720.
Lazaroni 449.
Lebas 172 f., 176 f., 183 f., 190.
Lebenselexir 382.
Lebenstinktur 384.
Lebon, Joseph 172.
Lebrün (Piacenza), Minister 107, 119, 140, 148, 158, 245, 257, 266, 287, 441.
Lecco 792.
Lecointre 185, 187.
Ledru-Rollin 687.
Lefebvre (Danzig) 236, 287.
Legendre 113, 185 f., 191, 204.
Legion, die schwarze 282.
Legitime Fürsten 343.
Legitimisten 309, 327, 550, 662 f., 668, 674 f., 678, 680.
Legitimität 314, 381, 467, 470, 472, 660, 872.
Legnago 231, 792.
Lebardy 148, 161.
Lehenswesen 343, 364.
Lehrbach, Graf Ludwig von 373 f., 398.
Leibeigene 8, 482, 697.
Leibeigenschaft 346, 417 f., 429, 516.
Leibgarde 57, 94.
Leichen 734.
Leine, Fürst von der 305.
Leiningen 720.
Leipzig 304 f., 751 f.
Leipzig, Schlacht bei 307, 378.
Lelewel 643, 647.
Lemaître 214, 219.
Lenoir-Laroche 226.
Leo XII. 896.
Leoben 222.
Leopold II., Kaiser von Oesterreich 73, 367 ff., 383, 394 f., 439, 590.
Leopold I., König von Belgien 472, 638, 799.
Leopold II., Großherzog von Toscana 765, 786, 790, 795.
Leopold von Sachsen-Coburg, Prinz 562, 610.
Lepeaux (siehe Larevillière) 206.
Le Peley-Pleville 226.
Lerchenfeld 750.
Leroux, Pierre 621.
Lesage 148, 155, 163, 165.
Lesceure 197.
Lescuyer 95.
Leser, Secte der 802.
Lesterpt 161.
Lesuir 750.
Letourneur 217, 219, 225.
Leyen, Graf von und zu der 305, 401.
Liancourt, Herzog von 276.
Liberale 753.
Liberalismus 384.
Libry Bagnano 633.
Licenzen 276.
Lichtenau, Gräfin (Fräulein Enke und Frau Rietz) 380, 382 ff., 385, 387.
Lichtenstein, Fürst von 368, 401.
Lidon 148, 163.

Liebenstein 758.
Liederlichkeit 122.
Lieferanten 124 f.
Liegnitz 303.
Linientruppen 344.
Ligny 340.
Ligurianer 711.
Ligurische Republik 447.
Lille 124, 343.
Lima 848.
Limburg 779.
Limoelan 255.
Limon, Marquis von 103.
Linares, Präsident 851.
Linde, Staatsrath von 766.
Linden, Minister von 757.
Lindenau 378, 751.
Lindet, Robert 157, 204.
Linier, Graf 845.
Lippe-Detmold, Fürst von 401.
Liptingen 231.
Lissabon 249, 269, 278 f., 584, 810.
Literatur 505, 523.
Lithauen 420 f., 645.
Livorno 367, 795.
Liverpool, Lord 362, 562, 567.
Lobau 619.
Lodach, Schloß bei Reval 407.
Löher 835.
Löhning, Apotheker 513.
Lörrach 763.
Löwe von Kalbe 782.
Löwen 634.
Löwen, Universität 368.
Löwenantheil 320.
Löwenstein, Fürst von 395.
Loge 104.
Loire 196 f., 342.
Lola Montez, Tänzerin 746 ff., 750.
Lombard, Cabinetsrath 380, 384, 386 f.
Lombardei 324, 447, 452, 594, 786, 790.
Lombarden 792.
Lonchet 190.
London 250, 361.
Londoner Conferenz 637
Lopez 856.
L'Orient 213.
Loskauf 47.
Losme, Major von 37.
Lothringen 316.
Lotterie 791.
Louis, Fort 199.
Louis, Herr 665.
Louis, König von Holland (siehe St. Leu) 288, 440 f.
Louise, Infantin 809
Louise von Darmstadt (zweite Gattin des Prinzen Wilhelm von Preußen) 381.
Louise Maria von Parma (Gemahlin Karls IV., König von Spanien) 453.
Louise von Mecklenburg-Strelitz (Gemahlin Friedrich Wilhelm's III.) 389.
Louisiana 816, 819.
Loustalot 51.
Louvet 83, 114, 118, 120, 125, 148, 154 f., 162, 164 f., 206.
Louvre 104, 617 f.
Lublin 644.
Lucca 231, 268, 324, 448, 452, 595.
Lucca, Herzog von 789.
Lucchesini, Gesandter in Paris 380, 384, 387.
Lucian (s. L. Bonaparte) 229.
Lucille (s. L. Desmoulins) 177.
Luckner 95. 178.
Lucknow 857.
Ludovika von Modena, Kaiserin 375.
Ludwig I., Großherzog von Hessen-Darmstadt 766.
Ludwig II., Großherzog von Hessen-Darmstadt 766 f.
Ludwig III., Großherzog von Hessen-Darmstadt 767.
Ludwig XVI. 18, 27, 29. 32, 38 f., 41 f., 44, 46, 48, 52, 55 f., 60 ff., 64, 71, 74 f., 79, 83, 86, 89, 93, 101, 103, 105 f., 125, 137, 179 f.
Ludwig XVIII. 259, 314 f., 317 ff., 327, 337, 342, 345, 367 f., 550 f., 558, 582.
Ludwig Bonaparte 797.
Ludwig Philipp, König von Frankreich 472, 630 ff., 647, 653, 663 ff., 670 ff., 674 ff., 679 ff., 684, 686 f., 797, 809.
Ludwig Karl (Dauphin) 179.
Ludwig I., König v. Baiern 519 f., 743 f., 748 f.
Ludwig X., Großherzog von Hessen-Darmstadt 411 f.
Ludwig, Erzherzog von Oesterreich 701, 706, 710.
Ludwig Eugen, Herzog v. Würtemberg 407.
Ludwigsburg 407.
Ludwigshafen 763, 765.
Lübeck, das Fürstenthum 303, 387 f., 400.
Lübenitz 304.
Lüneburg 302, 413.
Lüneville, Frieden von 249, 269, 374, 399, 448.
Lüttich 634.
Lützen 302.
Lützen, Schlacht bei 413.

Luxemburg 213, 442, 617, 779.
Luzern 797 f.
Lyon 155, 159, 165, 172, 184, 196, 206 f., 240, 339, 672.

## M.

Maas, der Fluß 401.
Maaß, das 158, 349.
Macdonald (Tarent) 231, 287, 294, 300, 344.
Macedonien 608 f.
Machecoul 197.
Machtbefehl 291.
Mack, österreichischer Oberst 139, 231, 271, 375.
Maczlewice 421.
Madalinski, Brigadier 420.
Madison, James 817, 819.
Madrid 279 f., 574, 581 f.
Männerbund 536.
Männerkloster 745.
März-Revolution 711 f., 715, 721.
Mäßigkeitsnarren 822.
Magdalenenkirche 618.
Magdeburg 281, 302, 306, 388.
Magnano 231.
Magnatentafel 705.
Magnesia 608.
Magyaren 702, 704, 714.
Magyarenthum 713.
Maharatten 857.
Mahl 53.
Mahmud II., Sultan 458, 603 ff., 812.
Maifeld 339.
Maignet 172.
Mailand 221, 223, 247, 276, 711, 713, 792 f.
Mailänder 721.
Maillan 163.
Maillard 37, 54 f.
Main 213.
Maine 819.
Maintenon 625.
Mainville 161.
Mainz 199, 213, 223, 302, 411 f., 763.
Mainz, Reichsfestung 395 f.
Mainzer 248.
Maison, General 610.
Maitressen 382, 385.
Majorate 274.
Malachowski, Kanzler 418, 648.
Malesherbes 129, 178.
Malet's, Verschwörung 298 f., 309, 311.
Malkowski, General-Lieutenant 717.
Mallarmé 184.
Malmaison 343.
Malmö, Waffenstillstand zu 773, 783.
Malo-Jaroslawetz 296.
Malouet 49, 53.
Malta 230, 232, 249 f., 268, 322, 325, 358 f., 429.
Mameluken 230, 611.
Mammon 327.
Mandat 104, 628 f.
Manfredini, Leopold's italienischer Vertrauter 368.
Mangel an Lebensmitteln 293.
Manger, Ludwig von, Oberpolizeidirector 519.
Manifest des Herzog's von Braunschweig 102, 384.
Manifeste 103, 344.
Manin 792.
Mannheim 200, 213; 232.
Mannheimer Journal 759 f.
Mantua 221 ff., 231, 248, 792 f.
Manuel, Abgeordneter 555 ff.
Marat 51, 54, 66, 104, 110, 113, 115, 117 ff., 135, 139 ff., 148 ff. 156 f., 206.
Marat, Frau (siehe Albertine) 156.
Maraft 666, 687.
Maraudiren 295.
Marcanta 451.
Marceau 198.
Marchenna 164
Marengo 248, 252.
Maret (Bassano) 179, 243, 288, 310 f., 335.
Maria Antoinette 30, 41, 48, 59 ff., 93, 101, 105, 161, 207.
Maria Beatrix 595.
Maria da Gloria, Donna 455, 587 f., 810.
Maria Friederika, Fürstin v. Anhalt-Bernburg 518.
Maria Louise, Kaiserin 246, 288, 291, 309 f., 324, 452, 595, 788 f.
Maria Louise, Infantin 452, 595.
Maria Ludovika von Spanien, Gemahlin Leopold's II. 367.
Maria Thereſa Charlotte, Ludwig's XIV. Tochter 179.
Marie, Mitglied der prov. Regierung 687.
Marienburg 345.
Marineminister 334.
Mark, Gräfin von 387.

Markoff, ruſſiſcher Miniſter 424 f.
Markow, ruſſiſcher General 294.
Marmont (Raguſa) 287, 308 f., 311, 616 f., 626.
Marne 197.
Maroto 808.
Marquiſito 287.
Marſchall, Freiherr von 767.
Marſeillaiſe 138, 155, 159, 162.
Marſeille 166, 196, 206, 549, 675.
Marſeiller 104.
Marsfeld, Blutbad 38, 76 f., 81.
Martignac 559.
Martin, Michael 526.
Martin du Nord 678.
Martin 571.
Martinez de la Roſa, Miniſterium 581 f.
Martinique 213.
Maſchinen, neuere 362.
Maſſa 452.
Maſſe 60, 327.
Maſſenaufſtand 307.
Maſſen des Volkes 123.
Maſſena (Rivoli und Eßlingen) 228, 232, 247, 287.
Maſſenbach, preußiſcher General 300, 380, 384.
Maſtricht 138, 440, 636.
Maſuren 421.
Materie 301.
Materialismus 917.
Materielle Intereſſen 703.
Mathilde von England 407.
Mathy 761 f.
Matroſen 355.
Matthieu, Secretär 412.
Maubeuge 199.
Maubourg-Latour 75.
Maucler, Geheimrath 756.
Mauguin 617, 619 f.
Maurer, Staatsrath von 813.
Maurokordatos 609.
Mauromichalis, Pietro 607.
Mauromichalis, Conſtantin 610.
Mauromichalis, Georg 610.
Maury, Abbé (ſpäter Cardinal) 49, 329.
Max, Joſeph, Kurfürſt von Baiern 373, 405, 519.
Maximilian von Sachſen 655.
Maximilian, Erzherzog v. Oeſterreich 707.
Maximilian II. von Baiern 750.
Maypo 848.
Mayer 283.
Mazzini, Joſeph 652, 787, 794.
Mecklenburg 273, 515, 655, 775.
Mecklenburg, Herzog von 302.
Mecklenburg-Schwerin 401.
Mecklenburg-Strelitz 345, 401.
Mediationsakte 445.
Mediatiſirte Länder Deutſchlands 322.
Medina 458.
Meerfeld, öſterreichiſcher General 304, 308, 378.
Mehée de la Touche 258.
Mehemed Ali 457, 603, 611, 683, 814.
Meilhan 164.
Meineide 73.
Melbourne, Hauptſtadt 861.
Melbourne, Lord 803.
Mekka 458.
Mellinet, General 635.
Memel 421.
Memmingen 248.
Menken 368.
Mende 95.
Menotti, Ciro 652.
Menou, Baron 29, 197 f., 249 f.
Menowitſch, Paul 426.
Menſchendienſt 823.
Menſchenrechte 80, 313, 350, 865.
Menſchheit 4, 195, 290, 313, 474.
Menſchlichkeit, reine 125.
Mercy, Herr von 52.
Mericourt, Theroigne de 54, 99.
Merino 287.
Merlin von Douai 226, 228, 232, 234, 241.
Merlin von Thionville 83, 118, 191, 204.
Mérode, Felix de 636.
Merſch, van der 439.
Merz 747.
Meſſaros 720.
Meſſenhauſer 716.
Meſſina 789, 791, 793.
Meſtre, Baron von 674.
Methodiſten 835 f.
Metternich, Fürſt 303, 306, 310, 312, 317, 320, 376 ff., 379, 471, 479, 487, 496, 498 ff., 501, 517, 530 f., 696, 700 f., 704, 707 f.
Metz 556.
Meunier 677.
Mexico 821, 845 f., 849.
Miaulis 609.
Michigan 819.
Mieroslawski 737, 764, 793.
Mietau 328.
Mignet 621.
Miguel, Dom (zweiter Sohn Charlotten's, Königin von Portugal) 685 ff., 588, 810 f.
Militär-Colonien 481, 484 f., 697.

Militär-Convention 309, 316, 392, 548.
Militär-Despotismus 338.
Militär-Divisionen 247.
Militärgewalt 388.
Militärorden 580.
Militärverfassung 539.
Miliz 355, 839.
Miller 835.
Millesimo 220.
Miloſch Obrenowitſch 602.
Mina 287, 574.
Mincio 221, 248, 306.
Miniſter 321.
Miniſter, Staatsſtreichs 41.
Miniſterium 386.
Miniſterial-Conferenz vom 12. Juni 1834 779.
Miniſterrath 370.
Miniſterverantwortlichkeit 706.
Miniſterwechſel 663.
Minneſota 820.
Minoritätswahlen 754.
Minotaurus des Despotismus 313
Mins, Fort 818.
Miomandre de Sainte Marie 59.
Miquelon 213.
Mirabeau, Graf von 26, 30, 39, 48 ff., 52, 55, 62, 64, 68, 70 f., 121, 128.
Miranda, General 139, 847.
Mirandola 452.
Miramon, General 850.
Miray, Majors-Adjutant 37.
Miſſiſſippi 819.
Miſchehen 705.
Miſſolunghi 609 f.
Mißbräuche 350.
Mißheirathen 801.
Mißregierung 683.
Miſſouri 819.
Mittelalterliche Laſten 349.
Mittelſtand 339, 878.
Mitylene 609.
Modena, Herzog von 788, 795.
Modena 221, 223, 324, 447, 452, 595, 786, 789.
Moderado's 578 f., 582, 598, 647, 809.
Modlin 306, 644, 648.
Modon 609.
Möckern 302, 305.
Mönche 63, 252, 455, 504, 592.
Mönchskloſter 580.
Mönchthum 346.
Mörderbanden 147.
Möring, Major 495.
Mörsburg 762.
Möskirch 248.
Moga, General 714.
Mohammed, Sohn Abbas Mirza's 860.
Mohammedaner 605
Moldau 492, 602, 607.
Molé 678, 684 ff.
Molinos del Rey, Schlacht bei 821.
Mollevault 155, 165.
Molleville, Bertrand de 89 f.
Moltke, Graf 773.
Momiers 548.
Monaco, Fürſt von 452.
Monagas, Familie 850.
Monarchie 121, 257, 260, 358, 442, 633, 873.
Monarchie, abſolute 699.
Monarchie, conſtitutionelle 12, 333, 340, 469, 478, 699.
Monarchiſches Princip 321, 468.
Monarchiſten 792.
Moncey (Conegliano) 254, 278 f., 287.
Mondovi 220.
Monge 107.
Mongolen 601.
Moniteur 256, 261.
Monogamie 837.
Monopole 313.
Monroe, James 820.
Mons 95.
Mont d'Or, Feſtung 344.
Montbel, Baron 559 f.
Montebello 248.
Montecuccoli, Graf 707.
Montenegro 812.
Montenegriner 605
Montenotte 220.
Montesquiou 124.
Monteverde, Vicekönig 847.
Montevideo 848.
Montfaucon 247.
Montgelas 406.
Montholon, General 674.
Montloſier 559.
Montmartre 178, 193, 309.
Montmédy 74, 344.
Montmirail 308.
Montmorency, Graf Mathias von 29, 556.
Montmorin 89.
Montpenſier, Herzog von 809.
Montreuil 317.
Moor, General 280.
Morales, General 847
Moraſt 49.
Mordſcenen 549.
Mordſcenen des 12. Auguſt 752.
Morea 607 f.
Moreau 199, 221, 228, 248, 309.

Morelli, Lieutenant 595, 598.
Morelos 846.
„Morgendämmerung" (le point du jour) 51.
Morillo 287, 847.
Morin 326.
Morisson 127.
Moritz, Kurfürst von Sachsen 264.
Mormonen 835 ff.
Mortemart, Herzog von 45, 620 f., 624.
Mortier (Treviso) 287, 295.
Moruzi, Fürst 608.
Moskau 269, 294, 296.
Moß, Vertrag zu 569.
Moulins 235 f., 241.
Mouton 298.
Moy, von 747.
Mühlenfels 508, 530.
Mühlhausen 444.
Mühlheim am Rhein 305.
Müller, Adam 526.
Müller, Johannes 443.
Mümpelgard 407.
München 248, 405, 748, 750.
Münchener 749.
Münchener Studenten 747.
München, Universität 748.
Münchhausen-Lindemann, Uebergangsministerium 755.
Münster, Graf von 517, 656 f.
Mürat, Joachim 254, 261, 273, 279, 288, 291, 294, 298, 303, 306, 322, 324, 325, 335, 340, 401, 448, 450 594.
Mulatten 856.
Munkatsch 372.
Municipal-Commission 623.
Municipalgarde 686.
Municipalrath 309.
Municipalsoldaten 309.
Munoz 808 f.
Murawieff, Alexander 488.
Murawieff, Apostoll Sergius 489.
Murawieff, Michael 488.
Murg 221.
Murg, Gefecht an der 765.
Murviedro 287.
Mussa, Kriegsminister, Cavaliere 593.
Mustapha IV. 458.
Mystik 382.
Mystiker 383.

## N.

Nacht vom 4. August 42.
Nagy-Sandor 720.
Nangis 308.
Nantes 165, 197, 556.
Napier, Sir Charles 810.
Napoleon I., Bonaparte (s. Bonaparte) 12, 210, 223 f., 227, 229 ff., 238, 251, 261, 270, 288, 319, 327, 337, 350, 360, 374, 389, 407, 444, 451, 472, 675, 681, 855.
Napoleon III., Ludwig 221, 265, 268, 677, 680 f., 687.
Napoleon, Ludwig, König von Holland (s. Louis) 273.
Napolitano, General 596.
Napy-Serlo 718.
Narbonne 89, 103.
Narvaez 809 f.
Nasenwände, Ausreißen der 429.
Nasir Edin 860.
Nassau 513, 767.
Nassau-Usingen, Fürst von 401.
Nassau-Weilburg 401.
Nation 315, 318, 327, 333, 367, 416, 625, 628.
National 684.
National-Bewaffnung 539, 809.
National-Convent 107, 113, 143 ff., 155, 165, 168, 170 f.
National-Eigenthum 117,
National-Congreß von Mexico 846.
Nationalgarden 57, 59, 62, 83, 98, 109, 113, 302, 307, 309, 356, 557, 559, 619, 629, 684, 809.
Nationalgefühl 290, 344, 351.
Nationalgüter 206 f., 219 f., 333, 364.
Nationalität 4, 292, 304, 313, 320 f., 323 f., 367, 502, 589, 769, 796, 839 f.
Nationalitäten 721 f.
Nationalversammlung in Rom 794.
Nationalversammlung, französische 25, 27, 40 ff., 45, 51, 53, 55, 60 f., 64, 735, 738 ff., 813.
Nationalversammlung in Trözene 610.
Nationen 874.
Nationen, Europas 321, 658.
Nationen, Solidarität der 11.
Nativisten 824, 840.
Nauwerck von Berlin 728.
Nauplia 609.
Navarin, Schlacht bei 492, 610.
Navarra 286.

Neapel 221, 230 f., 249, 273, 279, 288, 298, 324, 448 f., 593, 595, 786 f., 789 f., 793.
Neapolitaner 468, 597, 791, 795.
Necker, franz. Minister 28, 32 f., 35, 44, 47, 50, 70.
Neerwinden 139, 429.
Negerhandel, Abschaffung des 348.
Neiperg, Graf von 595.
Nelson, Lord 450.
Nemesis, 337.
Nemours, Herzog von 677 f., 685 f.
Nesselrode, Minister 314.
Neubreisach 556.
Neuburg 248, 445 f.
Neuenburg 797.
Neuengland 819.
Neuschateau, François de 226, 228 f., 241.
Neuschatel 272.
Neugestaltung Deutschlands 300.
Neu-Granada 847, 850.
Neuilly 622 ff.
Neu-Mexico 821.
Neusüdwales 861.
Neutralität 325, 345, 385, 632, 815.
Neutralität, bewaffnete 385 ff., 388, 434 ff.
Neu-Spanien 846.
Neutralität, unbewaffnete 387.
Neuville, Herr von 620.
Neu-York 820, 834.
Neuzeit 4.
New-Orleans 818, 834.
New-Orleans, Schlacht von 819.
Ney, Marschall (Elchingen und Moskwa) 287, 294, 297, 311, 335, 551.
Niagara, Treffen in der Nähe des 818.
Nicaragua 847, 850.
Nichtverkehrsgesetz 817.
Nicolai 526, 636.
Nicolaus I., Czaar von Rußland 489, 491, 646 f., 689, 694 ff., 699.
Nichteinmischung, Grundsatz der 467.
Nicht-Katholiken 64.
Niebuhr 525.
Niederlande 308, 322, 325, 345, 348 f., 402, 437, 542, 796, 798.
Niemen 273, 293.
Nimes 549.
Ningpo 858.
Nisib, Schlacht von 812.
Nivière, Maire 159.
Nizza 221, 447.
Noailles, Vicomte von 38, 45.
Nobs 861.
Nollendorf 304.
Nonnen 63, 252, 592.
Noot, Van der 439.
Nordalbinger 769.
Nordamerikanische Freistaaten 815.
Nord-Carolina 815.
Norddeutschland 430.
Nord-Niederland 543.
Nordsee, Küsten der 385.
Normandie 45, 159, 309.
Normann, Graf 408.
Norwegen 305, 325, 435, 569, 803.
Norweger 320.
Notablen 392, 441 f.
Nothwendigkeit, geschichtliche 327.
Novara, Schlacht bei 794.
Novi 235.
Novosilzow, Nicolaus 483.
Nubien 611.
Nürnberg 221, 400.

## O.

Ober-Californien 821.
Obergespanne 705.
Oberitalien 306.
Oberndorf 405.
Oborski 764.
Obscurantismus 379, 658, 797.
Obscurantismus, Fürst des 310.
Occident 814.
Occupationsarmee 468, 553.
Ochlokratie 122.
Ochs, Peter 444.
Ochsenauge 99.
Ochsenbein 798.
O'Connel 805.
O'Connor 804.
October, 1. 53
October, der 5. und 6. 50.
October-Revolution von Wien 715.
Octroyirung 319.
Oczakow 423.
O'Danoju 846.
Odelsthing 570.
Odeon 226.
Oder 275.
Odilon Barrot 619, 686.
O'Donnel 287, 809.
Offener Brief 800.
Oeffentliches Leben 822.
Oeffentliche Meinung 327, 866.
Oeffentlichkeit 474, 556, 727.
Oeffentliches Recht des deutschen Bundes von Gustav von Struve 525.
Oelper 282.
Oels, Fürstenthum 415.

Oerebro 292.
Oesterreich 138, 213, 222, 231, 248, 270, 280, 289, 299, 308, 324, 345, 366, 388, 396, 402, 417, 422, 493, 541 f., 697, 700, 798.
Oesterreich, Kaiser von (siehe Franz I.) 314, 320, 400.
Oesterreich-Este, Haus 452.
Oesterreicher 116, 199 f., 220 f., 223, 232, 248, 271, 281, 292, 294, 303 ff., 308 f., 340, 421, 653, 769, 786, 795.
Oesterreichisch Italien 599, 787 f., 792.
Oesterreichische Niederlande 373.
Oesterreichisch Polen 641.
Oesterreichische Regierung 366, 399.
Oettingen-Wallerstein, Fürst 743, 747.
Ofen 719.
Offenburg 763 f.
Offizierstand 386.
Offizierstellen, Verkauf der 376.
Oglio, 221 f.
O'Higgins, General 848.
Ohio 816, 819.
Oka 294.
Oldenburg, das Haus 770.
Oldenburg, Großherzogthum 273, 289, 302, 345, 401, 413, 515, 775 f.
Oligarchen 442.
Olivenza 249, 325, 456.
Ollmütz 741.
Olsufiev 308.
Oncle Toms Cabin 824.
Oos, Gefecht bei 765.
Opiumhandel 858.
Oporto 286, 810.
Oranien, das Haus 232, 324 f., 403, 440, 442, 473, 633 ff.
Oranien, Prinz von 634 f.
Oregon 820.
Organisation des Heeres 375.
Organisches Gesetz von Epidauros 609.
Orient 814.
Orientalische Frage 601.
Orleans, das Haus 340, 342.
Orleans, Herzog von 32, 48 f., 58, 61 f., 64, 74, 95, 118, 121, 136, 143, 163, 339, 342, 619, 621 f., 627 ff., 678, 686.
Orleanisten 341, 623.
Orloff, Alexis 426, 646.
Orloff, Michael 488.
Ortlöpp, Emilie (siehe Reichenbach-Lessonitz) 519.
Oscar I. König von Schweden 802.
Osca 297.
Osnabrück 302.
Osorio 848.
Osterode 656.
Ostfriesland 212, 273, 440.
Ostindien 213, 363, 857.
Ostindische Compagnie 363.
Ostrach 231.
Ostrolenka, Schlacht bei 646.
Ostsee, Küsten der 385.
Ostseeprovinzen 429, 698.
Otto, französischer Diplomat 311.
Otto, Prinz von Baiern 610, 813 f.
Oudinot (Reggio) 287, 297, 311, 794.
Ouvrard 559.
Ozarowski, General 421.

## P.

Pabst 284, 325, 429, 451, 469, 591, 653.
Pabstthum 256, 346.
Päbste 4.
Pache 140, 173.
Pachod 308.
Paez, General 850.
Pahlen, Graf von 427 f.
Paine, Thomas 128, 352.
Pairie 627.
Pairs 557 ff., 617, 625, 628 f., 663.
Pairskammer 622, 627, 669.
Palais-Royal 32, 34, 52, 205, 618, 624, 627.
Palermo 597, 790 f.
Palmella, Herzog von 811.
Palmerston 806.
Pantheon 71, 157.
Papiergeld 505.
Pappenheim, Graf von 345.
Paraguay 848.
Paris, Graf von 686.
Paris 30, 53, 56, 61, 125, 165, 178 f., 188, 197, 206 f., 215, 220, 228, 235 f., 243, 249, 254, 256, 267, 298, 308 f., 314, 317, 335 f., 338 f., 341 ff., 626.
Paris, Bevölkerung von 307, 344.
Pariser Cabinet 222.
Pariser Frieden, erster 313, 344 f.
Pariser Frieden, zweiter 344.
Pariser Friede von 1856 812.
Paris, Hirt 465.
Parlament 62, 251, 254 f., 361.

Parlament, das irländische 357.
Parlamenter 783.
Parlamentsreform 348, 356, 361, 803.
Parlamentarische Freiheit 331.
Parma, Herzogin von 653, 795.
Parma, Herzogthum 221, 268, 300, 324, 447 f., 452, 595, 786, 789.
Partei 125.
Partei, republikanische 81, 120.
Partei, ultraroyalistische 46, 109.
Parteiwuth 124, 136, 138.
Parthenopeische Republik 449.
Pascal, Antonio 279.
Pas-de-Calais 172.
Paskewitsch 646, 648.
Pasqual, Felix Bacciochi 268.
Pasquier, Polizeipräfekt 299.
Passau, 271.
Paßwan-Oglu 457.
Paterson, Gemahlin Hieronimus Bonaparte's 274.
Patrioten 419.
Patrioten, französische 51.
Patriotische Bewegungen 300.
Patriziat 796.
Pachtschilling 365.
Pauer, Minister 789.
Paul I., Kaiser von Rußland 132, 250, 358 ff., 425 f.
Paul, Friedrich August, Herzog von Oldenburg 515.
Paulet, Victoria von 371.
Paulus 525.
Pavia 221, 792.
Payan 184, 191 f.
Pechlin, General 434.
Pedro I., Kaiser von Brasilien 585, 587, 810, 852 f.
Pedro II., Kaiser von Brasilien 853.
Pedro V., König von Portugal 811.
Peel 803, 806.
Pelleport 37.
Pendel der Weltgeschichte 113.
Pension 418.
Penthièvre, Fort 214.
Pepe, General Wilhelm 595 ff., 598.
Pepe, General Florestan 597.
Perceval, engl. Minister 361 f.
Perczel 717, 720.
Père Duchesne 173.
Perényi, Baron 720.
Pereyra 173.
Perez de Castro, Ministerium 581.
Périer, Casimir 556, 612, 614 f., 617, 619 f., 626, 653, 662, 665 f., 676.
Périer, August 622.
Permanenz-Erklärung 341.
Perret, Lauze de 161.
Persien 492 f., 603, 695, 843, 859.
Persischer Meerbusen 859.
Persönlichkeit 415.
Peru 844, 847 f., 850.
Peschiera 222, 792 f.
Pest 249.
Pestel, Paul 488 f.
Peta 609.
Peter I., Czaar von Rußland 691.
Peter III., Czaar von Rußland 426.
Peter, Mitglied der prov. Regierung 764.
Peter, Herzog von Oldenburg 415, 515.
Peterswaldau 729.
Petiet 225 f., 679.
Petion, Präsident von Hayti 855 f.
Pétion 75, 98, 104, 113 f., 127, 141, 146, 148, 154 f., 162, 164 f., 177 193.
Petitionsrecht 76, 725.
Peyronnet, Minister 556, 560, 663.
Pfaffen 65, 78, 196, 210, 212, 220, 241, 267, 310, 320 f., 326, 333, 351, 357, 364, 377, 439, 568, 639, 744 840, 901.
Pfaffendienst 823.
Pfaffenknechte 744, 901.
Pfaffenpartei 744, 803, 808, 849.
Pfaffenthum 84, 123, 128, 142, 247, 252 313, 329 f., 349, 362, 365, 368, 525, 578, 650, 796, 823, 834, 844, 848.
Pfarrer 25.
Pferde 296, 411.
Pfizer, Paul 755 f.
Pforte 423, 600.
Pforten, von der 753.
Pfründen, Vereinigung mehrerer 46.
Pfuel, Oberoffizier 289, 739.
Philadelphia 815, 834.
Philadelphiabund 284.
Philantropie 150.
Philhellenen 609.
Philippeville 345.
Philipps 747.
Philippsburg 232.
Phocis 608.
Piacenza 231, 268, 310, 324, 448, 452 595, 786.
Piave 222.
Pichegrü 198 ff., 213, 215, 225 f., 228 258, 439.
Piemont 221, 231, 345, 448, 468, 592 599, 786 f.
Piemontesen 598.

Pierce, Franklin 820.
Pietismus 725, 757, 899.
Pignatelli, Fürst 449.
Pillau 292, 300, 388.
Pillersdorf 711.
Pillnitz, Vertrag zu 369, 384.
Pinel 206.
Piombino, Fürstenthum 249, 268, 448.
Pique, General la 54.
Pirmasenz 199.
Piske, Brücke von 718.
Pitt, Wilhelm, engl. Minister 137, 264, 284, 351 ff., 358, 360 ff.
Pius VI. 246, 451, 896.
Pius VII. 256, 285, 451, 592, 896.
Pius VIII. 786.
Pius IX. 787 f., 790, 793, 795.
Plzzlggbetone 221.
Plaß, Klostergut 379.
Platen, Graf 418.
Plenum 528.
Plutokratie 348.
Po 222 f., 248.
Pockenimpfung 591.
Podlachien 421.
Podollen 645 f.
Pöbel 122, 888.
Pöbelaufstände 115.
Pöltenberg 720.
Polen 138, 223, 273, 275, 283, 348 f., 383, 415, 422 ff., 472, 482, 632, 639, 694, 702.
Polen's Theilung 372.
Polignac, Fürst 559, 612, 614, 616 f., 663.
Polignac, die Familie 41, 47, 258.
Politische Flüchtlinge 328.
Polizei 254, 258, 326, 334, 411, 502, 510, 525, 570, 703, 728, 785.
Polizei, geheime 254, 372, 497.
Polizeistaat 313.
Polizeisystem 369.
Polizeiunwesen 723.
Polk, James Knox 820.
Polnische Revolution 638, 722.
Polotzk 295.
Polytechnische Schule 614, 618.
Pomar, Schlacht bei 810.
Pompadour, preußische 381.
Pondichery 213.
Ponlatowsky 302.
Pontecorvo 274, 285.
Pontecoulent, Toulcet von 206.
Pontremoli 789.
Pont-Royal 104.
Porlier 574.
Port-au-Prince 855.
Portsmouth 356.
Port Jackson 861.
Portland, Herzog von 361.
Porto 584, 588.
Portolegnago 248.
Portugal 230, 249, 278 f., 281, 286 f., 325, 349, 453, 456, 572, 584, 807, 810, 852.
Portugiesen 292, 455, 468, 844, 864.
Poscherung 300.
Posen, Großherzogthum 324, 736.
Potemkin 423.
Potozki, Felix 418.
Potozki, Ignaz 417.
Potozki, Stanislaus 417.
Potsdam, Convention zu 388.
Pozzo di Borgo 314, 337.
Pradt 311.
Praga 421.
Prag 712 f.
Prager 712.
Prager Congreß 303.
Pragmatische Sanction vom 29. März 1830 807.
Präliminarien von Leoben 222.
Prämien 679.
Präsident einer Republik 633.
Präsidenten 307, 332.
Prairial 203.
Praslin, Herzog von 679, 766.
Praxis 330.
Presle, Düverne de 219, 225, 227.
Presse 49, 51, 205, 255, 260, 267, 326, 332 f., 355, 468, 531, 615, 629, 726, 823, 905.
Presse, Knebelung der 259, 563.
Presse, periodische 50.
Preßburg 271.
Preßburger Frieden 400, 448.
Preßfreiheit 318, 322, 367, 403, 554, 706, 726, 758.
Preußen 115 f., 124, 138, 211 f., 234, 247, 250, 271 f., 276, 280 ff., 289, 291, 292 ff., 299, 301, 303 ff., 306, 308 f., 312, 316, 324, 338, 340, 344 f., 348 f., 351, 359 f., 374, 376 ff., 408, 412, 417 ff., 420 ff., 423, 506, 538, 647, 696 f., 722, 769, 772, 798.
Preußen, König von 314, 320, 322 f.
Preußen, Prinz von 734, 738, 773.
Preußisch Eylau 273.
Preußisch Polen 641.
Preußische Truppen 752.

Prevotalgerichte 587.
Prevotalhöfe 332.
Priester 63, 85, 128.
Priester, eidesweigernde 87.
Prieur de la Côte d'Or 157, 204.
Prieur von der Marne 204.
Primärversammlungen 627.
Primas, Fürst 289, 401.
Prinz-Regent 362.
Principieller Standpunkt 321.
Privatleben 825.
Privatcorrespondenz 379.
Privilegium 416.
Prohibitiv-Zollsystem 697.
Proklamation, fürstliche 312.
Proklamation, gefälschte 299.
Proletariat 882.
Proletarier 62, 629, 880.
Proly 173.
Pronzinski, General 645.
Proscriptionsliste 117.
Protectorat 116.
Protestanten 65, 357, 504, 549, 551, 835 ff.
Protestantismus 796, 899.
Protestantisches Pabstthum 727.
Provence, Graf von 39, 48 f., 52, 62, 64 f., 328 ff., 331.
Provinzial-Landtage 725, 727.
Provinzialstände 510.
Provisorische Regierung 309, 315, 342, 636.
Prügel 382.
Prügelstrafe 775.
Pruth 492.
Psara 608.
Puchner 718.
Puisaye, Graf von 213.
Pulawski 647.
Pultusk 646.
Pusevismus 899.
Pyramiden 233.
Pyrenäen 273.
Pyrenäenarmee 119.

## Q.

Quadrupel-Allianz 804, 808, 810, 814.
Quäker 835.
Quai-Pelletier 38.
Quatrebras 409.
Quesnoy 199 f.
Quessant 213.
Quetineau 197.
Quiberon 214.
Quimper 165.
Quiroga, Oberst 575.

## R.

Raband 148.
Rabaut 163.
Rabbe 299.
Raclawice 420.
Radetzki 711, 792.
Radikalcur 387.
Radikale 753, 805.
Radom 644.
Radziwill, Fürst Michael 644, 647.
Räuber 416, 526, 592, 594.
Ragusa 273, 616, 618.
Raitzen 713 f.
Ramanieh 250.
Rambouillet 625.
Ramel, General 226 f., 549.
Ramond 83.
Ranville, Herr von 612.
Rasmussen, Fräulein 801.
Rastadt 229 f., 248, 763, 765.
Rastadt, Friedenscongreß zu 396, 398, 400.
Rastadter Gesandtenmord 373.
Rath der Alten 236 f.
Rath der fünfhundert 217, 224, 226, 229, 236 f.
Ratheau 299.
Raubritter 122.
Raubstaat 493.
Raucourt, Schauspielerin 333.
Rauschenplatt 656.
Ravenna 653.
Rawa 421.
Razumoffsky, Andreas, russ. Gesandter 423, 433.
Reaktion 51, 206 f., 332, 472, 555, 929.
Reaktionäre 444.
Reaktionspartei 797.
Rebellen 103.
Rebecqui 114, 118, 125, 154.
Récamier, Frau 251.
Recht 46, 313, 326.
Rechte der Nation 321.
Rechte, ewige und unveräußerliche 320.
Rechtsgefühl 298, 311.
Rechtspflege 46, 311, 332.

Rede der Laterne an die Pariser 51.
Reding, Aloys 445.
Redschid, Pascha 610.
Reform 368, 386, 683.
Reformation 350.
Reformations-Jubiläums, Feier des 529.
Reform-Bankette 683 f.
Reformen 389 f., 394, 563, 683.
Regensburg 248, 289, 399 f.
Regentschaft 309, 312, 361, 582, 686.
Reggio 452, 789.
Regierung 349, 367, 837 ff.
Regierungsfabriken 482.
Regiment von Flandern 53.
Regnier (Massa und Carrara) 288.
Reichenbach, Graf Oscar 782.
Reichenbach 423, 768.
Reichenbach-Lessonitz, Gräfin (s. Ortlöpp, Emilie) 518 f., 655.
Reichsangehörige 402.
Reichsdeputation 397 ff., 400.
Reichsdeputationshauptschluß, 25. Februar 1803 399, 412, 429.
Reichspensionäre 403.
Reichsrath 433.
Reichsstadt, Herzog von 621, 675.
Reichsstädte, Deutschlands freie 322.
Reichsstände 402.
Reichstag 248, 325, 400, 705, 712, 721.
Reichstag zu Warschau 483.
Reichstag, österreichischer 716.
Reichthum 807.
Reichsverfassung 395, 402.
Reichsversammlung 800.
Reinhard 242.
Reithaus 106, 217.
Rekrutirungsgesetz 553.
Religiöse Zustände 834 ff.
Religion 13, 63, 84, 329, 332, 356, 386, 588, 823, 894.
Religion, katholische 629.
Religionsedict 382.
Religionsbeschwerden 352.
Religionsfreiheit 318, 322, 705 f., 837, 898.
Renault, Cicile 185.
Reuchen 221.
Rendsburg 771.
Rennes 556.
Reorganisation des Heeres 738.
Repelar d'Jonge 441.
Repnin, Fürst 413.
Repräsentation des Volkes 510.
Repräsentativsystem 318.
Republik 15, 116 f., 121, 123 f., 201 f., 209 ff., 220, 222 ff., 227 ff., 232, 235 f., 243, 245, 249, 312, 325, 350, 356, 384, 398, 416, 442, 469, 474, 478, 622, 626, 633, 637, 687 699, 761, 784 f., 795.
Republik, batavische 250, 440.
Republik, cisalpinische 222, 248, 447, 451.
Republik, cispadanische 222.
Republik, föderative 152.
Republik, transpadanische 222.
Republiken, Italien's 322.
Republikaner 78, 121, 311, 341, 615, 620, 623, 626 ff., 675, 678, 753, 792 f., 816, 838, 929.
Republikaner, irländische 357.
Republikanische Partei 621, 810.
Rescht 860.
Restauration 346, 553.
Reubel 444.
Reuß, Fürst von 401.
Reventlow-Jersbeck 773.
Reventlow-Preetz 772, 774.
Revision der Bundesverfassung 798.
Revolution 10, 83, 122 f., 130, 167, 170, 175, 177, 179, 195, 203 ff., 220, 229 f., 240 f., 251 ff., 255, 288, 312 ff., 323, 326, 338 f., 345 f., 350, 364, 384, 472, 476 f., 490, 625, 628, 649, 686, 926.
Revolution, französische 16, 166, 168, 180, 201, 223 ff., 319 f., 347, 349, 351 f., 368, 383, 385, 394, 405.
Revolution Frankreichs und Brabants" „Die 51.
„Revolution von Paris" 51.
Revolutionsausbeuter 630.
Revolutionsgesellschaft 352.
Revolutionskämpfer 630.
Revolutionsplatz 178.
Revolutionstribunal 142, 158 f., 204.
Rewbell 217, 219, 234.
Reyher, General 735.
Reynier 305.
Rhein 269, 273, 307 f., 401.
Rheinbaiern 763.
Rheinbund 272 f., 302 f., 305, 349, 400 ff., 405, 410, 413.
Rheinbundfürsten 321, 519.
Rheinbundtruppen 292.
Rheingränze 630.
Rheinhessen 412.
Rhein-Inseln 397.
Rheinlied 780.
Rheinische Bundes

Rheinufer, das linke 223, 247, 308, 395 f., 399, 492.
Rheinufers, Abtretung des linken 372, 398.
Rheinzabern 345.
Rhigas, Conſtantin 606.
Rhode Island 815.
Ribling, Graf 434.
Richè, General 856.
Richelieu, Herzog von 344, 551 ff., 554 f.
Richer, Herr 45.
Richter, Unabſetzbarkeit der 318.
Richtung, nationale 4.
Riedel 372.
Rieder Vertrag 304, 406.
Riedmüller 283.
Riego, Oberſt 595.
Rieli 598.
Rietz, Maitreſſe 381.
Rietz, Kammerdiener 381.
Riga 294, 300.
Rigny, Admiral 559, 665.
Rimini 653.
Rimnik 423.
Rio Janeiro 852.
Riouffe 164.
Ritterromane 526.
Rivière, Herzog von 674.
Rivoli, Schlacht bei 222.
Robert 157.
Roberjot 231, 398.
Robespierre, der Jüngere 113, 173, 177, 190, 192.
Robespierre, Maximilian 49, 66, 88, 91, 97, 113, 115, 117 f., 120 f., 124 f., 128, 133, 135, 139 f., 142 ff., 149 f., 153 ff., 168, 170 ff., 181 ff., 192, 201, 204 f., 207, 209, 240.
Rochambeau 95.
Rochefoucauld, Herzog la 45.
Rock, Chriſtl 729.
Rodemachern, die Herrſchaft 409.
Rodrigues 674.
Röderer 104.
Römer 755 f., 794.
Römiſch-katholiſche Kirche 329.
Römiſch-katholiſche Religion 846.
Römiſche Republik 447, 794.
Röskilde 800.
Roger-Ducos 235 ff., 241 f., 245, 266.
Rogier 635, 799.
Robheit 844, 888.
Roland, franz. Miniſter 89 f., 98, 107 ff., 117 ff., 128, 140, 143, 146 ff., 154, 177, 181.
Roland, Manon 90 f., 113 f., 118, 120, 128 f., 146 ff., 154, 163 f., 168, 181, 207.
Rom 231, 256, 795.
Rom, König von 293.
Romagna 222, 451, 653, 787, 795.
Romainville 309.
Romänen 720.
Romaniſche Stämme 350.
Romaniſche Bildung 844.
Romanow, das Haus 324 f., 337, 644
Romanow-Soltikoff, das Haus 688.
Romarino, General 645, 787.
Ronco 231.
Ronge, Johannes 525, 729.
Rouſin 172 ff., 181.
Rorica 279.
Roſas, Don Juan Manuel de 851.
Roſe, Erneſtine 825 f.
Roſen 645.
Roſenkreuzerei 382, 384, 387.
Roſes 200.
Roſſi, Graf Pelegrino 793.
Roſſignol 165, 197 f.
Roß, General 818.
Rothſchild 410.
Rotteck 217 f., 525, 758.
Rancher, Dichter 191.
Rovere 185.
Roveredo 222.
Roy 340.
Royalismus 121.
Royaliſten 203, 205 f., 210, 214, 219, 225 f., 228, 240, 254 f., 257 ff., 311 f., 327, 626.
Royaliſtiſcher Schriftſteller 327.
Rüamps 183.
Rückerſtattung 344.
Rückkehr, Napoleon's 320.
Ruſſel, Lord John 806.
Rückzug nach Polen 295, 298.
Rückzug, politiſcher 299.
Ruffo, Cardinal 449.
Rügen, die Inſel 435.
Ruggiero Settimo 791.
Ruge, Arnold 525, 840, 899.
Ruhmbegierde 265.
Ruſſen 231 f., 271, 273, 294, 296, 300, 302 f., 308, 388, 398, 413, 421, 433, 458, 601, 718, 721, 857, 860, 865.
Rußland 230, 249 f., 270, 272, 276, 278, 280, 289, 293, 301, 303, 308, 324, 348 f., 360, 374, 376, 378, 399, 417, 420, 422, 479, 608, 688, 719, 773, 859.

Russisches Cabinet 359.
Ruthenen 713, 720.
Rybinski 648.
Rylejeff, Conrad 489.
Rzwuski, Severin 418.

## S.

Saalfeld 388.
Saarbrücken 345.
Saarlouis 345.
Sachsen 272, 280, 282, 294, 305, 324 f., 385, 413, 418, 516, 655, 750 f., 753.
Sachsen, König von 302, 305 f.
Sachsen, Kurfürst von 401.
Sachsen, Stamm der 325.
Sachsen-Altenburg 656.
Sachsen-Coburg, Herzog von 138.
Sachsen-Lauenburg 413.
Sachsen-Teschen, Herzog von 124.
Sachsen-Weimar, Großherzog von 514.
Sächsische Herzoge 401.
Sacken 308.
Sassi 794.
Saint-André, Jean Bon 157, 204.
Saint-Antoine, Vorstadt 104, 178 f., 191.
Saint-Denis 172.
Sainte-Amaranthe 184 f.
Sainte-Menehoulde 72.
Saintes, Bernard von 204.
Saint-Etienne 163.
Saint-Eustache 173.
Saint-Florent 197.
Saint-Germain, L'Auxerrois, Kirche 664.
Saint-Just 127, 135, 150, 152, 157, 162 f., 172 f., 175 ff., 183 f., 188 f., 191, 198, 204, 229, 240.
Saint-Marceau, Vorstadt 104, 191.
Saint-Simonisten 674.
Sakrilegiengesetz 558.
Salamanka 809.
Saldanha, Herzog 811.
Salisches Gesetz 584.
Salles 121, 136, 148, 155, 162, 164 f.
Salm-Kyrburg, Fürst von 401.
Salm-Salm, Fürst von 401.
Salvador 850.
Salzburg 223, 271.
Salzburger 502.
Sambre 213, 340.
Samogitien, Woiwodschaft 421.
Samos, Insel 812.
Sanchez 287.
Sand 529 f.
San-Marino, Republik 452.
San Salvador 847.
Sansculotten 147.
Santa-Anna, General 849.
Santanna, General 856.
Santa-Fé de Bogota 847.
Santa-Lucia 325.
Santerre 98, 104, 113.
Saragossa 279, 286.
Sardinien 220 f., 231, 249, 277, 324, 787, 791.
Sardinien, König von 447.
Sardinier 721.
Sarner Sonderbund 797.
Sarsfield, General 575.
Sauget, General de 791.
Saubirten, heilige 465.
Saumür, 196, 314, 556.
Sausse, Bürgermeister 74.
Sauvage 43.
Sauvigny, Bertier de 44.
Savary (Rovigo), Polizeiminister 254, 279, 284, 288, 299, 311.
Savenay 198, 213.
Savigny 524 f., 725.
Savona 285.
Savoyarden 179.
Savoyen 221, 345, 447, 787.
Savoyen, das Haus 592.
Scandalprozesse 363.
Scandinavien 348 f., 431, 568, 796, 800
Schafzucht 861.
Scharnhorst 301, 379, 389 f., 393
Schatz 380.
Schatzkammerscheine 365.
Schaumburg-Lippe, Grafschaft 410.
Schaumburg-Lippe, Fürst von 401.
Scheffer 622.
Scheinliberale 761.
Scheinverfassung 648.
Schelde 401.
Schele 754.
Schelling 526.
Schenk, Minister des Innern 283, 743.
Schenkendorf, Max von, Dichter 393
Scherzer 707.
Schicksalstragödien 526.
Schiffahrt 322, 403, 540.
Schiffahrt, freie, auf dem Rhein 325.
Schildwache (Sentinelle) 118.

Schladen, Oberoffizier 289.
Schlayer 755.
Schlegel 526.
Schleiermacher 525.
Schlendrian 702.
Schlesien 212, 304.
Schlesisches Heer 303 f.
Schleswig-Holstein 436, 568, 570 f., 736, 769, 800 f.
Schleswig-holstein'sche Armee 772.
Schleswig-holstein'sche Landesversammlung 774.
Schlingen 221.
Schloisnig, Professor 371.
Schlosser 434, 525.
Schmalz 508, 525.
Schmeicheleien 122.
Schmettau 381, 467.
Schmidt 772.
Schmidt-Phiseldeck, Geheimrath 517 f., 654.
Schmuggelhandel 276, 362.
Schnauser, Freiheitsdichter 716, 765.
Schneider, Advokat 283.
Schneider, Eulogius 172.
Schönbrunn 281, 285.
Schönfeld, General 439.
Scholl 525.
Schonen, Herr von 619 f.
Schott 755.
Schottland 275, 352.
Schottländer 352, 839.
Schouwen 441.
Schrank, eiserner 128.
Schrecken 167, 177, 196.
Schreckensregierung 209.
Schreckenszeit 110, 124, 159, 167 ff., 176 f., 186, 202, 205 f., 208, 216, 227, 245.
Schreibereiunwesen 755.
Schrenk 746.
Schriftsteller 246, 752.
Schriftsteller, royalistische 168.
Schulden 380.
Schuldenlast 365.
Schuldbriefe, alt-hessische 411.
Schule 504.
Schulenburg, Graf 389.
Schulenburg-Wolfsburg, Graf von 517.
Schulmeister, Elsäßer Spion 374, 398.
Schutz der Person 726.
Schwaben 232, 271.
Schwarz, Dr. zu Halle 728.
Schwarze 836.
Schwarze der Colonien 45.
Schwarzenberg, Fürst 292, 294, 301, 303 f., 306, 309, 312, 378, 401.
Schweden 250, 270, 272, 276, 289, 292 f., 303 ff., 358 ff., 405, 416 ff., 422 f., 429 ff., 569 f., 773, 800, 802.
Schwedische Galiote 359.
Schwedisch-Pommern 289, 325, 413, 435.
Schweidel 720.
Schweidnitz 388.
Schweiz 230, 232, 308, 325, 345, 348 f., 437, 442, 542, 546, 796.
Schweizer 94, 106, 291, 617, 625.
Schweizer Garde 336.
Schweizer Offiziere 108.
Schwerin 735.
Schwyz 797.
Scott, General 818, 821.
Sébastiani, General, französischer Minister des Auswärtigen 617, 646, 685.
Sebastopol 812.
Sedan 178.
Sedlnitzky, Joseph, Graf 500.
Seeland 440 f.
Seelen 322.
Seelenhändler 322.
Seelenverkäuferei 378, 410, 414, 872.
Seemacht 355.
Seerechts, Grundsätze des 360.
Seidenarbeiter 593.
Seidensticker, Advokat 657.
Seinsheim 746.
Seite, die linke 49.
Seite, die rechte 49.
Seitz 765.
Sekta 607.
Selbstbeschränkung 299.
Selbstbewußtsein 318, 350.
Selbstherrlichkeit 762.
Selbständigkeit 327.
Selbstthätigkeit 299, 307.
Selim III. 457 f.
Selz 230.
Semallé, Graf von 330.
Sémonville, Herr von, Großreferendarius der Pairskammer 179, 617, 620.
Senat 253, 257, 261, 277, 309 f., 315 f.
Senatoren 332.
Senatorstellen 246.
Senatsconsult 255, 261, 274.
Senatsverfassung 316 ff., 330 ff.
Sendomir 421.
Sepoys 857.
Sepp 747, 750.
Separatfrieden 248.
Septembergesetze 677.
Septembermörder 111 f., 115, 118 f., 140
Septemberschlächtereien 102, 115, 120, 124, 141, 153 f.

Septembriſten 811.
Serblen 457, 492.
Serbier 602, 605.
Sergent 113.
Serra, Graf, Miniſter 593.
Serrano, General 809.
Servan 91 f., 107, 119, 121.
Servile 581 f.
Seſca, Cavalier 593.
Sevilla 582.
Shanghai 858.
Sheerneß 356.
Sibirien 427.
Sicilianiſche Städte 787.
Sicilien 273, 277, 450, 593, 595, 786 f., 790, 792 f.
Sicilianer 597.
Sidney, Cove 861.
Sidney, Colonialminiſter, Viscount 860 f.
Siebenbürgen 368, 713, 717 ff., 721.
Siebengeſtirn, hannoverſches 754.
Siegburg 763.
Siege 341.
Siegelsbrunn 765.
Siegesbeute 312, 320, 626.
Sierstorpff, Oberjägermeiſter von 654.
Sieyes 49, 114, 217, 234 ff., 239, 241, 243 ff., 266.
Sigel 762.
Sikhs 857.
Sillery 143, 161.
Silvio Pellico 599.
Simeon, Graf 555.
Simon, Schuſter 179.
Simon, Max 782.
Simon, Heinrich 782.
Siniawin 458.
Sinnlichkeit 382.
Sinsheim 765.
Sittenloſigkeit 328, 381, 386.
Sittlichkeit 195, 381.
Sklaven 843.
Sklavenfanggeſetz 829.
Sklavenfrage 828 ff.
Sklavenhalter 822, 837, 840 f., 855.
Sklavenhandel 862 f.
Sklavenjagden 863.
Sklavenpartei 838.
Sklavenſtaaten 821 f., 829.
Sklaverei 4, 820, 822, 828 ff., 837, 853 f., 856.
Skrzynezki, General 645 ff.
Skuleni 607.
Slaven 700, 712, 720.
Slaven-Kongreß 712
Smaragd-Inſel 353.
Smith, Joſeph 835.
Smith, Oakes 826.
Smolensk 293 f., 297.
Snobs 861.
Sobremonte, Vicekönig 845.
Socialiſten 684.
Sociale Reform 886 f., 916.
Södertelje-Canal 570.
Söldner 785.
Söldner, ſchweizeriſche 38.
Solages, Graf von 36.
Soldaten 9, 339, 504.
Soldatenfrevel 373, 398.
Soldatenthum 350, 697.
Soldatenunweſen 369.
Soldateska 656, 736, 785.
Soltikoff, Nicolaus 424.
Soltikow, das Haus 324 f.
Sonderbund 798.
Sonne 207, 235, 751.
Sontheim 756.
Sophismen 344.
Soulouque, Fauſtin 856.
Soult, Marſchall (Dalmatien) 261, 286 f. 334, 665, 678.
Souverains 822.
Spandau 292, 302, 388.
Spanien 138, 200, 212, 250, 277 f., 281, 286 f., 290, 299, 306, 308, 325, 349, 412, 453, 572, 807, 864.
Spanier 279 f., 292, 359, 468, 795, 844 f.
Spanier (Gothen) 845.
Spaniſch-Amerika 843.
Spaur, Gräfin 794.
Speckbacher 283.
Speier 200.
Sperauski 487.
Speziale, Oberrichter 449.
Spezzia 608.
Spielmann, Hofrath 372, 387.
Spiritualiſten 835, 837.
Spießbürgerthum 22, 47, 60, 78.
Spießruthen 382.
Spione 369.
Sponheim, Grafſchaft 409.
Spurzheim 895.
Squatters 861.
Staat 13, 350.
Staaten 872.
Staatenſyſtem 322
Staatsausgabe 363.
Staatsbankerutt 216.
Staatscredit 355, 510

Staatseinnahme, Rußland's 698.
Staatsetikette 260.
Staatsform 330.
Staatsgefangene 108.
Staatsgefängnisse 259, 287, 314.
Staatsgüter 273.
Staatshaushalt 348.
Staatskirche 802.
Staatskunst 291.
Staatsmann 313.
Staatsökonomie 580.
Staatspapiere 333.
Staatsräthe 246.
Staatsrath, der geheime 386.
Staatsraths-Präsidenten 246.
Staatsregierung 366.
Staatsreligion 629.
Staatsschuld 158, 318, 574, 591 f.
Staatsschuld, Englands 354, 360, 363, 562.
Staatsschuld, Oesterreichs 375.
Staatsschuld, Verbürgung der 318.
Staatssteuer 528.
Staatsstreich, des Brumaire 239.
Staatsstreiche 54, 612, 739.
Staatsverfassung 813.
Stabilitätspolitik 706.
Stadion, Graf Philipp von 375, 379.
Stadthaus 38, 54, 617, 627, 686.
Städte 418.
Städte, Privilegien der 45.
Städteordnung 391.
Stägemann, Dichter 393.
Staël, Frau von 103, 207 f., 251.
Stand, dritter 13, 26, 82, 879.
Stand, vierter 38, 349, 880.
Stände, 502, 513.
Stände, die drei ersten 878.
Stände-Versammlung, badische 758.
Stände, bevorzugte 123.
Ständische Ausschüsse 725.
Ständische Vertretung 503.
St. Aignan, Baron von 308.
Stanislaus, August, König von Polen 417 ff., 420 f.
Stato degli presidii 448.
Stauffen, Treffen bei 762.
St. Cloud 236, 288, 617, 620, 623.
St. Denis 342.
St. Domingo 95, 855.
Stehende Heere 313, 785, 839.
Stein, Freiherr Karl von 289, 301, 379, 389 ff., 507, 530.
Stellenjäger 327, 628.
Stephan, Erzherzog 714.
Stettin 306, 388.
Steuerfreiheit des Adels 406.
Steuerfreiheiten 412, 705.
Steuern 243.
Steuernbewilligung 318.
Steuerverweigerungsvereine 559.
St. Gallen 445.
St. Helena 253, 343 f.
St. Ildefonso, Vertrag von 277.
Stimmung des Volkes 307.
Stimmrecht, allgemeines 687.
St. James, Cabinet von 356.
St. James Palast 354.
St. Jean d'Acre 233.
St. Leu (siehe Louis, König von Holland) 288.
St. Louis 834.
St. Lucie 213.
St. Marino, die Republik 324.
St. Marsan, Gesandter 300.
St. Maura 223, 231.
St. Nicaise 254.
St. Ouen, Erklärung von 317, 330 f.
St. Pélagie 164.
St. Pierre 213.
St. Sabastien 200.
Stockach 231, 248, 762.
Stockholm 800.
Stockholmer Cabinet 359.
Stöcke, Hauptmann der eisenbeschlagenen 54.
Stoff 290.
Stofflet 197, 213, 215, 218.
Stolberg 526.
Stolberg-Wernigerode 725.
Stone, Lucy 826.
Storthing 569 f.
Stourdza 530.
Strafcolonie 860 f.
Strafrechtspflege 64.
Stralsund 282.
Strangford, Lord 608.
Straßburg 199, 221, 677.
Straßenbeleuchtung 591.
Strauß, Dr. D. F., 525, 797, 840, 899.
Straußen-Unfug 796.
Struve, Amalie 763.
Struve, Gustav 754, 758 ff., 762 ff., 778, 781, 895.
Stubenrauch, Maitresse 757.
Studenten 529.
Studianka 297.
Studienplan 744.
Stüve 754.
Stüve-Benningsen, Ministerium 754.
Stumpfsinn 704.
Sturz, Robespierre's 186.
Styrum, Graf von 441.
Subsidien-Vertrag 270.
Suere 849.

Südermannland, Herzog von 425.
Suezcanal 814.
Sulioten 457, 607 ff.
Sulzbach'ſche Linie 405.
Sund 360.
Suſſer, Herzog von 362, 364.
Suwarow 232.
Symboliſche Bücher 382.
Symbolzwang 515.
Syracus 791.
Syrien 232 f., 249.
Syſtem 122.
Syſtem der Anarchie 122.
Szaesvay, Baron 720.
Szeckler-Huſaren 373, 398.
Szemere 706.
Sziſtowa, Frieden zu 369, 423.
Sznayde 764.
Szolnok, Gefecht bei 717.

## T.

Taaffe 711.
Taback 791.
Tabago 213, 325.
Tabor 232.
Taborbrücke 375.
Taganrog 489.
Tagliamento 222.
Talavera 286.
Talazin, General 427.
Talente 291.
Talg 862.
Talladega 818.
Tallagubia 818.
Talleyrand (Benevent) 225, 240 f., 254, 264, 268, 274, 284, 287, 306, 309, 311 f., 314, 317, 322, 342 ff., 412, 551, 612, 624, 632.
Tallien 172, 184 ff., 204.
Tallien, Frau 207.
Tamaſla 849.
Tapferkeit 304.
Tapirpiciſte 718.
Tardivet dü Repaire 58.
Tarragona 287.
Taubenhäuſer 46.
Tauenzien 393.
Tauſchplan 405.
Tavernier 36.
Taylor, Zacharias 820.
Tecumſeh 818.
Teheran 859 f.
Teining 221.
Telegraphenlinien 158, 806.
Temme 782.
Tempel 255.
Temps, Zeitung Le 613.
Tenda 221.
Tendenz, confeſſionelle 4.
Tenneſſee 815, 819.
Terceira, Herzog 811.
Termonde 636.
Territorialhoheit 229.
Terrorismus 107, 111, 135, 168 f., 209, 240.
Terroriſten 109, 113, 137, 170, 195, 198, 202 f., 203, 218, 240, 243, 254 f.
Teſſin 444 f., 797.
Teſte 556, 678 f.
Tettenborn, General 302.
Texas 819, 821.
Thann 281.
Thauwetter 297.
Theater 411.
Theilung 416.
Theilung der Türkei 459.
Theorien 330.
Thereſe, Franz' II. zweite Gattin 371.
Thermidorianer 201 ff., 225.
Theſſalien 609.
Theſeus der Freiheit 313.
Teſtalte 567.
Teſtament, Peter's I. 689.
Thiers 240 f., 615, 621 f., 627, 676 f. 685.
Thile, General von 725.
Thirion 185, 188.
Thiſtlewood, Arthur, ein Metzger 564 f.
Thomas 627.
Thomaſin 44.
Thon-Dittmar 750.
Thorbecke 799.
Thorn 283, 302, 420.
Thouars 197.
Thron 289, 686.
Thüriot, Roſiere de la 36, 111, 157, 190, 204.
Thugut, Franz Baron von 372 ff., 398, 405.
Thurgau 445.
Thurn und Taxis, das fürſtliche Haus 403.
Tilſit, Vertrag zu 860.
Tilgungsfond 354, 363.
Tilliſch 774.
Tilly, Marie ... 922

Tippo Saib 857.
Todesstrafen 126, 132 f., 738.
Todt 753.
Töplitz, Vertrag zu 304.
Török 720.
Tolentino, Frieden von 222, 451.
Tomaseo 792.
Tombasis, Admiral 608 f.
Torgau 306, 413.
Torres 803, 824.
Tormasow 294, 420.
Torres 279.
Tortona 231.
Tortosa 287.
Tortur 346, 428, 455, 787.
Toscana 211, 231, 248, 271, 448, 452, 590, 595, 786 f., 789, 795.
Toscana, Großherzog von 795.
Toulon 126, 159, 166, 196, 206 f., 229.
Toulouse 178, 549.
Tournay 314.
Tours 53.
Tourzel, Frau von 59.
Toussaint Louvertüre 855
Toustain 255.
Trafalgar 271.
Traktätchen 824.
Trankfteuer 411.
Treiber 408.
Treilhard 204, 229, 234 f., 241.
Trelat 667.
Treue 311, 626.
Treviso 248, 792,
Trianon 55, 276, 625.
Tribunat 118, 120, 246.
Tricolore 315.
Trier 200.
Trier, Kurfürst von 395
Trieft 222.
Trinidad 250.
Tripolis, Bay von 812, 817.
Triumvirat 116, 118, 120.
Triumviren 121, 794.
Troik, Woidwodschaft 421
Tronchet 129.
Troppau 468, 598.
Trubezkoi, Fürst 488.
Trüguet 225.
Truxillo, Waffenstillstand von 847.
Tschech, Bürgermeister 730.
Tscherkessen 697.
Tschernitscheff 413.
Tschitschakow 294.
Tschoppe 530.
Tudela 280.
Türenne, General 172.
Türkei 230, 276, 292 f., 349, 369, 416 ff., 422, 429 f., 457, 470, 492 f., 599, 695, 699, 811.
Türken 605.
Tugend 193.
Tugendbund 391.
Tugenden 311.
Tuilerien 100, 104, 106 f., 175, 236, 686.
Tunis 429.
Tupar Amaru 844.
Turgeneff 489.
Turin 598.
Turkmantschai, Frieden von 492.
Turnerei 522.
Turnerschaar von Hanau 764.
Turnhout 439.
Tyler, John 820.
Tyraunei, mittelalterliche 345.
Tyrannen 122, 125.
Tyrol 271, 281, 283, 502, 504.
Tyroler 281.
Tyszkiewicz, Graf 646.
Tzschirner 753.

## U.

Uebermacht, französische 350.
Ueberwinterung des Heeres 295
Ueberzeugungen, religiöse 84.
Ubland 755.
Uferath 221.
Ukraine 645 f.
Ulemas 458, 603 f.
Ulm, 231, 271, 279, 375, 388.
Ultimatum, das französische 397.
Ultra's 552, 557.
Ultramontane 743.
Ultramontanismus 558.
Unfindbare Kammer 553
Ungarn 368, 383, 702, 705, 713, 717, 719 ff.
Ungleichheit 123.
Union, nordamerikanische 231, 815, 862.
Unionsverfassung 815.
Universitäten 532 f., 708.
Unordnung 293.
Unrecht 326, 337.
Unruhen 361.
Unsinn 837.
Unteroffiziere 65.

Unterthänigkeit 390.
Unterthänigkeits-Verhältnisse 650.
Unterthanen 339.
Unterthanenlande 444.
Unterwalden 797.
Unverletzlichkeit 127, 318.
Unzufriedenheit 334.
Upsala 800.
Upstadt 765.
Urbino 451.
Uri 797.
Uria Sarachaga 759 f.
Urkantone 798.
Urkunden, gefälschte 299.
Urugnay 848.
Ursachen 5.
Utah 837.
Uzes 549.

## V.

Vadier 184 ff., 190.
Valady 163, 165.
Valazé 148, 154, 161.
Valenay 454.
Valence 246.
Valencia 279, 287, 574.
Valenciennes 199 f.
Valmy, Schlacht bei 111, 115 ff.
Valutina Gora 294.
Vandamme, General 304.
Vanderlinden 635.
Vandeweyer 636.
Vandiemensland 861.
Van Maanen, Justizminister 546, 633.
Varel 440.
Varennes 72.
Varicourt, Herr von 58.
Varlet 154.
Varnhagen 530.
Vaterland 327.
Vaterlandsblätter 751.
Vaterlandsliebe 298, 305, 311, 328.
Vaterlandsverein 753.
Vaublanc, Minister des Innern 83, 552.
Vaurchamp 308.
Vergey-Anlich 719 f.
Vedras 279.
Vehse 525.
Velasco 848.
Velencze, Schlacht bei 714.
Veltlin 444 ff.
Vendée 94, 141, 159, 196 ff., 211, 213 f., 336, 675.
Vendemiaire 203.
Vendomeplatz 618.
Venedig 222 ff., 322, 324, 374, 448, 452, 493, 505, 594, 720, 786, 790, 792 ff.
Venetianische Republik 792.
Venetianer 721, 794.
Venezuela 847 f., 850.
Venloo 440.
Vennaissin 222, 319, 451.
Venta, hohe, zu Salerno 595.
Vera-Cruz 850.
Verantwortlichkeit der Minister 629.
Verbrechen, politische 180.
Verbrecher 134.
Verbündete 199, 303 f., 308, 314 f., 317, 325, 340, 378.
Verbündete Heere 342.
Verbündete Kaiser und Könige 343.
Verdächtige 108.
Verdets 549.
Verdün 178, 193.
Vereinigte Ausschüsse 726, 732.
Vereinigte Staaten Nordamerika's 363, 416.
Vereinigungsakte 357.
Vereinsrecht 354.
Verfassung 79, 244 f., 313, 315, 322, 339, 468, 514, 628 f., 637 f., 682.
Verfassung des Jahres 1791 128, 331.
Verfassung, neue 316, 418.
Verfassung, alte Frankreichs 318, 331.
Verfassung der Schweiz, in Paris verfaßt 444.
Verfassung, Umsturz der 359.
Verfassungen 872.
Verfassungseid 70.
Verfassungsentwurf 318, 711.
Verfassungsleben 531.
Verfassungsliebe 626.
Vergangenheit 6.
Verhaftungen 259.
Verkehr 403.
Vermögensconfiscation 339.
Vermont 815, 819.
Vernunft 7, 837, 909.
Verona 792.
Verona, Vertrag von 231, 248, 328, 468, 582.
Verordnung 331.
Verpflegung der Armee 293.
Verrath 399.
Verräther 125.
Versailles 30, 53, 56, 60 f., 309, 617 625.
Versammlung zu Kiel 772

Versammlung, gesetzgebende 79.
Verschwendung 328.
Verschwörung 334, 427, 448, 555 ff., 564.
Verschwörung, Hebenstreit'sche 372.
Verschwörung, die Martinowitz'sche 372.
Verschwörung, die russische 488.
Verträge von 1815 627, 630.
Vertrag, geheimer vom 11. October 1801 429.
Vertrag vom 15. Dezember 388.
Vertragsbrüchigkeit 305.
Vertrauens-Männer 575.
Verviers 634.
Verwaltung 330.
Verwandtenliebe 293.
Verwundete 297.
Vesoul 173.
Veto 93.
Vexin, Oberster des Regiments 115.
Viard, de 129.
Vicenza 793.
Vicenza, Herzog von, franz. Bevollmächtigter 378.
Vichiers 197.
Victor Amadeus III., König von Sardinien 452.
Victor (Belluno) 287, 297, 556.
Victor Emanuel I., König von Sardinien 452, 598, 794 f.
Victoria, die Colonie 861.
Victoria von Sachsen-Coburg, Prinzessin, verwittwete Fürstin von Leiningen 564.
Victoria, Königin von England 564, 804.
Vidal, Oberst 574.
Viertes Regiment 643, 646
Vielweiberei 836.
Vieux Cordelier 173.
Vigée 146, 161.
Villafranca, Frieden von 795.
Villemain 678.
Villèle 555 ff., 558 f.
Vilvorde 634.
Vincennes 255, 258.
Vincent 172 ff.
Visitation 359.
Vittoria, Schlacht bei 305.
Vlissingen 284, 441.
Völker, 301, 312 f., 319, 339, 346 f., 350, 367, 386, 414.
Völker, Europa's 126.
Volhynien 645 f.
Völkerhirten 468 f.
Völkerrechte 351, 436.
Völkerverbrüderung 11.
Volk 43, 51, 56, 130, 312.
Volksbewaffnung 785.
Volkserhebungen 323, 365.
Volksfreund 51, 117.
Volksheer 786.
Volksmenge 354.
Volkspartei 32.
Volksrache 43.
Volkssouverainität 319, 346.
Volksthümliche Fürsten 336.
Volksthümlichkeit, Maske der 367.
Volksverein 763.
Volksversammlung 562 f.
Volksversammlungen von Manchester, Nottingham, Birmingham und Derby 562.
Volksversammlung vom 12. Septbr. 1847 zu Offenburg 760.
Volksversammlung vom 19. März zu Offenburg 761, 763.
Volksversammlungen zu Freiburg im Breisgau und Heidelberg 761.
Volkswohl 124.
Volkszahl 392, 438.
Vollziehende Gewalt 418
Voltaire 62.
Voltri 220.
Vonck 439.
Vonckisten 439.
Vorarlberg 232, 271, 283.
Vorderösterreich 493.
Vorgebirge der guten Hoffnung 250.
Vorparlament 762, 781.
Vorrechte, pecuniäre 46.
Vorsitz 529.
Vorstädte 35, 615.
Voß, Julie von 380 f.

## W.

Waadtland 444 f., 797 f.
Waal 200.
Wachau 304.
Wähler 679.
Waffenstillstand 303.
Wagenreibe 295.
Wagbäusel, Treffen bei 765.
Wagram, Schlacht von 281, 376.
Wahlcensus 567.
Wahlen 26, 119, 837 f.
Wahlgesetz 553, 555, 615, 741.
Wahlkaiser 402.
Wahlrecht 63.
Wahlreich 415.
Wahlstadt 304.
Wahrhaftigkeit 148.

Wahrheit 7, 122.
Waitzen, Schlacht bei 718.
Walcheren 284.
Waldshut 762.
Walderndorff, Graf 767.
Waldmichelbach 765.
Wales, Prinz von 352, 361 ff.
Walesrode von Königsberg 728.
Walker, Flibustier-General 850.
Wallachei 492, 602 f., 605, 607, 718.
Wallachen 713.
Wallerstein, Fürst 748.
Wallis 445 f., 797 f.
Wallis, Graf Joseph 376.
Wanäs, später Karlsborg 570.
Wardener, Feldmarschall-Lieutenant 717.
Waroniezki, Fürst 720.
Warschau, 275, 283, 295, 298, 301, 328, 349, 413, 420 f., 641, 646, 741.
Wartburg 529.
Wasa, das Haus 802.
Wasa, Prinz 570.
Washington, die Stadt 818.
Washington, Georg 815, 831, 844, 847.
Waterloo, Schlacht bei 340 f., 344, 549.
Wattignies 199.
Wechabiten 458.
Wedell, General 737.
Wehrkraft 785.
Wehrpflicht, allgemeine 390.
Weichsel 275.
Weidig, Volksfreund 766.
Weinlich 753.
Weissenburg 199 f., 345.
Weiße Farbe der Bourbonen 315, 628.
Weißhaar 762.
Welden 719, 793.
Welker, die Brüder 508, 530, 758, 761.
Welker, Bundestagsgesandter 762, 781.
Wellesley, Sir Arthur (später Wellington, Herzog von) 279, 286 f., 857.
Wellington, Herzog von 279, 340, 342 f., 562, 567, 803.
Wendepunkt 301.
Werelä, Frieden zu 433.
Wesel 314.
Weser 387, 401.
Westermann 104, 175, 197 f.
West-Galizien 641.
West-Indien 213, 851.
Westphalen, Königreich 289, 305, 349, 401.
Westphalen, König von 273, 280, 282.
Wetterbahne 327.
Whigs 824.
Whitworth, Lord 268, 359.
Whyte 36.
Miasma 294, 297.
Widdin, Paschalik von 457.
Widerstand 80.
Widerstand, passiver 769.
Wiedererwählung 629.
Wiedererweckung 835.
Wien 222, 230 f., 248, 271 f., 281, 283, 375, 706, 708 ff., 715 f.
Wiener Cabinet 222, 230 f., 248, 283, 324, 373.
Wiener Congreß 337, 403, 406, 412, 415, 479, 493.
Wiener Congreßakte 325.
Wiener Beschlüsse 532, 537.
Wiener Legion 718, 764.
Wiener Revolution 792.
Wiener Schlußakte 531.
Wiesbaden 767.
Wilberforce, William 862.
Wildstand 408.
Wilhelm I., Prinz von Oranien 441 f., 543 ff., 634, 636 f., 799.
Wilhelm II. von Niederlanden 799.
Wilhelm III. von Niederlanden 799.
Wilhelm IV. von England 803 f.
Wilhelm IV. von Hannover 754.
Wilhelm V., Erbstatthalter der Niederlande, 440.
Wilhelm II., Kurfürst von Hessen-Kassel 518 f., 708.
Wilbelm V., von Hessen-Kassel 410 f.
Wilhelm I., von Würtemberg 513, 517, 757.
Wilhelm, Herzog von Braunschweig-Oels 282.
Wilhelm, Herzog von Nassau 513, 767.
Wilhelmshöhe 410.
Wille 130.
Williams 804.
Williamsburg 820.
Willich 764.
Willisen 774.
Willkürherrschaft 267.
Willot 226.
Wilna 293, 298.
Wimpfen, Baron von 39.
Winagora 642.
Windisch-Grätz, Feldmarschall-Lieutenant 708 f., 715 ff.
Winkawo 294.
Winkelzüge 397.
Winter von Karlsruh 758.

Winterthur 232.
Winzingerode 308, 767.
Wippermann 768 f.
Wisconsin 820.
Wislicenus 525.
Wissenschaft 3 f., 126, 313, 894.
Witepsk 293.
Wittelsbach, das Haus 403.
Wittenberg 306.
Wittgenstein, General 300, 302, 508, 530.
Witzleben 508.
Wladimiresko, der Wallache 607.
Wöllner, Johann Christoph 380, 382 ff., 387.
Wohlfahrt, gesellschaftliche 4.
Wohlfahrts-Ausschuß 154, 184 f., 204, 209.
Wolfenbüttel 273.
Wolle 861.
Wollüstlinge 383.
Worms 412, 763.
Wrangel, General 736, 740.
Wrede 305.
Würdenträger 25.
Würtemberg 280, 399 f., 407.
Würtemberg, Herzog von 395.
Würtemberger 248, 270 f., 305, 755 f.
Würzburg 221, 271, 306.
Würzburg, Kurfürst von 401.
Wunder 169.
Wurschen 303.
Wysozki, Lieutenant 643.

## X.

Xerumenha, Gräfin, Gemahlin des Grafen Lemos' 584.

## Y.

York, Herzog von 232, 361, 564.
York-Wartenburg, preußischer General 300 ff., 308, 312, 379, 390, 392 f., 507.
Ypsilantis, Alexander 606 f.
Ypsilantis, Demetrius 609.
Ysabeau 172.
Ysenburg, Fürst von 305.

## Z.

Zabiello, General 421.
Zahlen 301.
Zahlungseinstellung 355.
Zajonczek, General 483.
Zamosk 306, 644.
Zante 223, 231.
Zehnten 47, 63, 346, 528.
Zeit, die alte 323.
Zeit, die neue 323.
Zeitung von Paris 51.
Zeitungen 246.
Zelten des Thiergartens 732.
Zeughaussturm 738.
Zichy, Graf 792.
Zitz 763.
Znaym 281 ff.
Zölle 364, 705.
Zöpfe 346, 400.
Zofinger Verein 548.
Zolllinien 505.
Zollschranken 45.
Zuboff, die Brüder 427.
Zuboff, Nicolaus 427.
Zuboff, Platon 424.
Zuckerfrage 680.
Zürich 232.
Zürich, Universität 797.
Zufall 326 f.
Zug 798.
Zugeständnisse 335.
Zumalakarraguy 808.
Zunftzwang 505, 528.
Zusatzakte der Reichsverfassung 339.
Zuvielregierung 839.
Zweibrücken, Fürstenthum 405.
Zweibrücken, Herzog von 395.
Zweibrückener Zweig in Pfalzbaiern 405.
Zwölfer-Ausschuß 146 ff.

# Schlußwort.

Nach langen Mühen und Beschwerden ist meine Weltgeschichte endlich fertig geworden. Sie war im Kerker zu Bruchsal (1848) begonnen und in den Kasematten von Rastatt nahezu bis zum Ende des zweiten Buches gebracht worden. Auf dem freien Boden Amerika's nahm ich den in Europa abgerissenen Faden wieder auf und spann ihn, trotz allen mir bereiteten Hemmnissen, während der Jahre 1852 bis 1860 zu Ende.

Ich folgte dem Entwickelungsgange der Menschheit von ihrer Wiege bis zum Jahre 1848 und darüber hinaus, soweit thunlich bis zum Jahre 1860, von dem Zeitalter, welches die Fabel golden nennt, bis auf das unsrige, welches in einem andern Sinne auch „golden" genannt werden kann, denn leider ist das Gold in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts die Angel, um welche sich mehr oder weniger das ganze Menschengeschlecht dreht. Im Laufe der acht Jahre, welche ich der Herausgabe meiner Weltgeschichte widmete, hatte ich außer denjenigen Schwierigkeiten, welche das Schreiben des Werkes mit sich führte, viele andere zu überwinden, welche mich täglich und stündlich daran erinnerten, daß wir unser Zeitalter nicht ohne Grund in dem angedeuteten Sinne das goldene nennen. Ich begann meine Weltgeschichte drucken zu lassen, ohne einen Pfennig in der Tasche zu haben, den ich auf die Kosten derselben verwenden konnte. Ich fand keinen Verleger, welcher mir die Bürde des finanziellen Theiles meines Werkes hätte abnehmen wollen. Nachdem ich die sechs ersten Bücher der Weltgeschichte der Presse übergeben hatte, wurde mir die ganze Frucht vieljähriger Mühen von Menschen entrissen, welche das Gold als das höchste Ziel ihres Strebens betrachteten, und welche sich nicht darum kümmerten, ob das von ihnen an mir verübte Unrecht die Vollendung des Werkes unmöglich machen würde, oder nicht. Ich mußte im Kampfe mit unserem goldenen Zeitalter mein Werk zugleich fortsetzen und, in sofern es sich um den Druck handelte, von neuem beginnen. Mehr als einmal sah ich nicht ein, wie es mir würde möglich sein, das Werk, auf welches ich mich seit dreißig Jahren vorbereitet hatte, zu vollenden. Die Krisis des Jahres 1857 auf 1858, eine schwere Krankheit, welche mich an den Rand des Grabes führte, unzählige Sorgen und Mühen hielten mich nicht ab, rüstig fortzuschreiten und zu ringen. Mehr als einmal stockte der Druck. Einige wenige Freunde standen mir bei, die Gunst des Publikums förderte mein Werk.

Jetzt ist es vollendet, und schon hat jene Revolution, welche ich auf allen Blättern meines Werkes als die unvermeidliche Folge des in Europa herrschenden Despotismus verkündet habe, in Italien begonnen. Mögen meine Mahnungen nicht unbeachtet bleiben! Mögen die Zagenden bedenken: nicht jede Kugel trifft, nicht alle Gefangenen sterben im Kerker! Nicht immer siegt der Despotismus. Immer und aller Orten ist es aber nur der Kampf für die Freiheit, welcher dem Menschenleben Werth und Bedeutung, der Geschichte Interesse verleiht.

Stapleton, Staten-Island, N. Y., den 4. Juni 1860.

**Gustav Struve.**

Digitized by Google